Christian Wenkel

# Auf der Suche nach einem „anderen Deutschland“

# Studien zur Zeitgeschichte

Herausgegeben
vom
Institut für Zeitgeschichte

Band 86

*Christian Wenkel*

# Auf der Suche nach einem „anderen Deutschland“

## Das Verhältnis Frankreichs zur DDR im Spannungsfeld von Perzeption und Diplomatie

DE GRUYTER
OLDENBOURG

ISBN 978-3-486-70312-2
eISBN 978-3-486-71931-4

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.dnb.de abrufbar.

**Library of Congress Cataloging-in-Publication Data**
A CIP catalog record for this book has been applied for at the Library of Congress.

© 2014 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH
Rosenheimer Straße 143, 81671 München, Deutschland
www.degruyter.com
Ein Unternehmen von De Gruyter

Umschlagabbildung: François Mitterrand bei seinem Staatsbesuch in der DDR am 21. Dezember 1989 vor dem Grabmal von Johann Sebastian Bach in der Thomaskirche Leipzig in Begleitung von Danielle Mitterrand (4. v. r.), Roland Dumas (3. v. l.), Pierre Joxe (4. v. l.), Joëlle Timsit (3. v. r.) und Brigitte Sauzay (hinter François Mitterrand); Privatbesitz.

Druck und Bindung: Hubert & Co, Göttingen

Dieses Papier ist alterungsbeständig nach DIN/ISO 9706

# Inhalt

Geleitwort von Horst Möller und Maurice Vaïsse . . . . . IX

Dank . . . . . XIII

Einleitung . . . . . 1

**Erster Teil**
**Perzeption und Interesse, Kontakte und Engagement: Grundlagen für die Geschichte der Beziehungen Frankreichs zur DDR**

I. Die französische Konzeption eines „anderen Deutschlands" und die Perzeption der DDR . . . . . 17
Die Theorie der „deux Allemagne" und ihre Entstehung (18) – Die Herausbildung von Grundmustern einer französischen DDR-Perzeption (23) – Die Übertragung der Theorie der „deux Allemagne" auf die beiden deutschen Staaten (25)

II. Das zentrale Netzwerk – die *Échanges franco-allemands* . . . . . 35

1. Die Geschichte des Netzwerks im Spiegel seiner Kongresse . . . . . 35
Gründung und erste Generalversammlung 1958–1960 (35) – Die Konferenzen zum Berlin-Problem in Paris und Brüssel (40) – Der erste Nationalkongress 1963 – Konsolidierung der Gesellschaft (45) – Der zweite Nationalkongress 1966 – Aktivitäten auf parlamentarischer Ebene (48) – Auf dem Weg zur Anerkennungsbewegung 1968–1972 (53) – Zenit und Neuausrichtung der EFA 1973–1978 (61) – Zwei Neuanfänge in zehn Jahren 1981–1991 (71)

2. Strukturen . . . . . 79

3. Personen . . . . . 89
Henri Laugier (1888–1973) (89) – Georges Castellan (1920–2014) (92) – Maurice Schumann (1911–1998) (97)

III. Die DDR als Projektionsfläche politischer Utopien . . . . . 101

**Zweiter Teil**
**Die Beziehungen im Spannungsfeld von Vorstellung und Wirklichkeit**

A. Die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen . . . . . 113

I. 1952–1967: Von den Handelsbeziehungen als Diplomatieersatz zu wirtschaftlicher Kooperation . . . . . 114

1. Die Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen im Rhythmus alljährlicher Abkommen und Zugeständnisse . . . . . 114
Die 1950er Jahre: Von den ersten Abkommen zu einem Modus vivendi (115) – Die 1960er Jahre: Von reinen Handelsbeziehungen zu wirtschaftlicher Kooperation (123)

2. Die Leipziger Messe und das französische Interesse an der DDR als Handelspartner . . . . . 134
Die Messe als Kontaktbörse und das politische Interesse (135) – Die Messe als Handelsplatz und das wirtschaftliche Interesse (140)

II. 1968–1975: Die westdeutsche Konkurrenz als zentrale Herausforderung für die französische Industrie auf dem ostdeutschen Markt . . . 149

1. Die privatwirtschaftlichen Initiativen . . . . . 149
Das *Bureau économique de l'industrie française* (150) – Das *Comité économique France-RDA* (155)

2. Strukturelle Kontinuität im Übergang zu den offiziellen Wirtschaftsbeziehungen . . . . . 161
Vom BEIF zum *Service d'expansion économique* (161) – Vom *Comité économique* zum *Accord de coopération* (163) – Die unveränderte Warenstruktur des Handels (167)

Epilog: Die Wirtschaftsbeziehungen in den 1980er Jahren . . . . . 173

B. Die Kulturbeziehungen . . . . . 177

I. 1954–1960: Von den Anfängen der Kulturbeziehungen bis zur Berlin-Krise . . . . . 179

1. Brecht und das *Théâtre des nations* – Austausch im künstlerischen Bereich . . . . . 179
Die ersten Gastspiele des Berliner Ensembles in Paris (180) – Vom Berliner Ensemble zur Komischen Oper (184) – Höhepunkt und Ende der Brecht-Ära des *Théâtre des nations* (190)

2. Die Kulturbeziehungen und das französische Außenministerium . . . . . 198
Kontakte zwischen Wissenschaftlern im Fokus des *Quai d'Orsay* (200) – Grenzen auswärtiger Sprachpolitik in der DDR (202) – Das Jubiläum der Humboldt-Universität zu Berlin und seine Folgen (204) – „La guerre des drapeaux" und die Kontakte auf sportlicher Ebene (207) – Die Entstehung inoffizieller Städtepartnerschaften (209)

3. Die *Échanges franco-allemands* – Grundlinien des kulturellen Austausches . . . . . 210
Henri Laugier und die Verbindung zur auswärtigen Kulturpolitik Frankreichs (212) – Die französischen Germanisten und die DDR: der *Cercle Heine* (214) – Entstehung und Aktivitäten weiterer Fachzirkel (216)

II. 1963–1980: Die Entwicklung kultureller Beziehungen zwischen privatgesellschaftlichen Initiativen und der Kontrolle durch das Außenministerium . . . . . 221

1. Die Kulturbeziehungen auf privatgesellschaftlicher Ebene . . . . . 222
Eine Veranstaltungsreihe über das „humanistische Deutschland" (223) – Weitere Tätigkeitsfelder der EFA-Kulturkommission (230) – Der *Cercle Dürer:* Austausch in den Bereichen Malerei und bildende Kunst (232) – Der *Cercle Bach*: Austausch im Bereich Musik (238)

2. Vom Deutschen Theater zur *Comédie-Française* – die Anerkennung der „patrie de Brecht" . . . . . 241
Das Gastspiel des Deutschen Theaters 1966: ein offizieller Neubeginn? (245) – Die Legitimierung der französisch-ostdeutschen Kulturbeziehungen 1969/70 (251) – Vom inoffiziellen zum offiziellen Kulturaustausch (258)

3. Der lange Weg zum Kulturabkommen . . . . . 265
Anfänge der Institutionalisierung der Kulturbeziehungen vor 1973 (266) – Das Bemühen um eine offizielle Ebene in den Kulturbeziehungen nach 1973 (274)

Epilog: Die Kulturbeziehungen in den 1980er Jahren . . . . . 282

C. Die Beziehungen auf politischer Ebene . . . . . 287

I. Beziehungen auf parlamentarischer Ebene . . . . . 289

1. Parlamentarischer Diskurs: die Auswärtigen Ausschüsse der französischen Nationalversammlung und des Senats als Ort der Auseinandersetzung mit der DDR . . . . . 290
Die Nachkriegszeit bis zur Entstehung der beiden deutschen Staaten (292) – Von der Gründung der DDR bis zu den Pariser Verträgen (296) – Von der Gipfelkonferenz in Genf zur zweiten Berlin-Krise (315) – Vom Mauerbau zu den Auseinandersetzungen der 1960er Jahre (323)

2. „Parlamentarischer Tourismus": die Reisen französischer Parlamentarier in die DDR im Zeichen französischer Entspannungspolitik . . . . . 326
Die erste Reisewelle 1959/60 (326) – Die zweite Reisewelle 1963/64–1966 (335) – Ein Erklärungsversuch (349)

3. Parlamentarische Diplomatie: von der Schaffung der *Groupes d'amitié* in der Nationalversammlung und im Senat bis zur DDR-Reise von Edgar Faure . . . . . 350
Die Freundschaftsgesellschaft *France-RDA* in der Nationalversammlung (351) – Die DDR-Reise von Edgar Faure 1974 (372) – Die Freundschaftsgesellschaft *France-RDA* im Senat (376)

II. Der Prozess der Anerkennung der DDR durch Frankreich . . . . . 392

1. Die beginnende Normalisierung der Beziehungen auf wirtschaftlicher, kultureller und parlamentarischer Ebene 1968–1972 . . . . 393
Der Verkauf der SECAM-Technologie als Gradmesser der Normalisierung (395) – Die Veränderungen der Jahre 1969–1971 im Spiegel parlamentarischer Debatten (400)

2. Zwischen Bilateralismus und Multilateralismus: die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR 1972/73 . . . . . 410
Die Vorbereitungen (410) – Die Verhandlungen (421)

3. Von den Problemen um die Eröffnung der Botschaft bis zu den Schwierigkeiten eines Konsularabkommens – Frankreich und das fortgesetzte Ringen der DDR um Anerkennung 1973–1980 . . . . 426
Die Eröffnung der französischen Botschaft in Ost-Berlin (427) – Die Parallelität beim Austausch der Botschafter (429) – Die „Kranick"-Affäre (433) – Das Transportabkommen und der Berlin-Status (434) – Das Konsularabkommen und das Problem der „nationalité est-allemande" (435) – Politische Konsultationen und die Frage nach der Intensität der Beziehungen (442)

III. Die europäische Dimension der französisch-ostdeutschen Beziehungen . . . . . 449

1. Die Definition der offiziellen Haltung Frankreichs gegenüber der DDR durch Charles de Gaulle . . . . . 450
Die Pressekonferenz vom 25. März 1959 (451) – Von Robert Schuman zu Charles de Gaulle (455) – Die Beständigkeit der Grundhaltung vor dem sich wandelnden Kontext (458)

2. Zwischen Normalisierung und Kontinuität . . . . . 469
Die parlamentarischen Beziehungen als Ersatzebene nach 1973 (472) – Kontakte auf Regierungsebene in den 1980er Jahren (479)

3. Die Reise von François Mitterrand in die DDR im Dezember 1989 . . . . . 487
Ursprüngliche Planungen und veränderte Umstände (488) – Die europäische Einheit (497)

Ein chronologisches Fazit . . . . . 505

Abkürzungsverzeichnis . . . . . 515

Tabellenverzeichnis . . . . . 521

Quellen- und Literaturverzeichnis . . . . . 523

Personenregister . . . . . 547

Sachregister . . . . . 554

Tabellenanhang . . . . . CD-ROM

# Geleitwort

Gab es Beziehungen Frankreichs zur DDR? Bis vor einem Jahrzehnt hätten diese Frage nur wenige Kenner beantworten können, da selbst die 1973 aufgenommenen diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR nicht zu einer intensiven politischen Kooperation geführt haben. Aufsehen erregte lediglich der Besuch des französischen Staatspräsidenten François Mitterrand im Dezember 1989, als in Deutschland kaum noch jemand annahm, die DDR könnte als zweiter deutscher Staat fortbestehen. Heute sind die Kontakte zwischen dem SED-Staat und Frankreich zwar nicht ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt, doch finden sie zunehmend Beachtung.

Einer der Gründe für die marginale Rolle dieser Beziehungen in der Aufmerksamkeit von Öffentlichkeit und Geschichtswissenschaft lag naturgemäß in den immer engeren Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich. In der Folge meinten fast alle, die in den Jahrzehnten nach 1949 von deutsch-französischen Beziehungen sprachen, vor allem oder ausschließlich die Bundesrepublik. Nach den noch sehr schwierigen Anfängen, für die Konrad Adenauer, Robert Schuman und Jean Monnet stehen, vertieften sich vor allem seit Ende der 1950er Jahre infolge der engen Kooperation von General Charles de Gaulle und Konrad Adenauer die Kontakte. Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt führten diese Politik unter veränderten Bedingungen mit europapolitischem Akzent fort, bevor durch François Mitterrand und Helmut Kohl nochmals eine Intensivierung erreicht wurde: Die (west)deutsch-französische Freundschaft wurde nicht nur in Europa, sondern weltweit zu einem Synonym der Aussöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg. Beide Staaten kooperieren nicht allein bilateral, sondern in zahlreichen westlichen Organisationen, insbesondere seit 1957 in der EWG bzw. der späteren EU. Kein Wunder also, dass die DDR in diesem Kontext ein Schattendasein führte, wozu auch eine völkerrechtliche Besonderheit beitrug: Gemäß den Deutschlandverträgen von 1952 bzw. 1954 trug Frankreich gemeinsam mit den USA und Großbritannien weiterhin die Verantwortung für „Deutschland als Ganzes" wie für Berlin, was auch besondere Kooperationen mit der Sowjetunion einschloss. Aufgrund der verfassungsrechtlichen Vorgabe des Grundgesetzes konnten und wollten die Bundesregierungen die Teilung Deutschlands nicht anerkennen und hielten an der Wiedervereinigung als fundamentalem politischen Ziel fest. Diese prinzipielle Position begrenzte auch den Spielraum französischer DDR-Politik, so dass Frankreich zur DDR auch nach 1973 keine völlig „normalen" Beziehungen haben konnte. Hinzu kam, wie Christian Wenkel konstatiert, dass die Teilung Deutschlands in Frankreich als etwas Unnatürliches wahrgenommen wurde. Auch wenn die Wiedervereinigung bis 1989/90 nicht auf der aktuellen Agenda stand, blieb sie im weiteren politischen Horizont doch möglich.

Diese Konstellation rechtfertigte es jedoch nicht, das Verhältnis Frankreichs zur DDR zu ignorieren. Vielmehr lassen sich spezifische Entwicklungen und Strukturen dokumentieren. Christian Wenkel zählt zu den Pionieren in der Erforschung dieser Thematik und geht dabei eigene Wege der Problemorientierung und der

Quellenauswertung. So konzentriert er sich auf bisher nicht erforschte aufschlussreiche private Initiativen, die er als Vorreiter späterer institutionalisierter Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR würdigt.

Im Mittelpunkt steht dabei stets die französische Perspektive, wenngleich multilaterale Aspekte der Beziehungen Frankreichs zur DDR einbezogen werden. Von besonderem Interesse ist die erstmals so intensiv erforschte Bildung eines zentralen Netzwerkes der *Échanges franco-allemands*. Im Mittelpunkt stehen ihre Organisationsstruktur, ihre Persönlichkeiten, Kongresse und Debatten. Der Ausgangspunkt dieser Aktivitäten ist geistesgeschichtlicher Art, nämlich die Perzeption Deutschlands in Frankreich seit dem berühmten Werk der Madame de Staël „De l'Allemagne", dessen erste Ausgabe von 1810 Napoleon vernichten ließ.

Kenntnisreich stellt Christian Wenkel die Entwicklung des Bildes vom doppelten Deutschland – einem negativ und einem positiv wertenden – seit dem frühen 19. Jahrhundert dar. Er analysiert den Bruch der französischen Perzeption Deutschlands durch den Krieg von 1870/71, aber auch die Kontinuität der positiven Bewertung eines aufgrund seiner humanitären, philosophischen, literarischen und künstlerischen Traditionen in Frankreich nach wie vor bewunderten Deutschland: Dieser Hochschätzung vermochten selbst die drei Kriege von 1870/71, 1914–1918 und 1939–1945 langfristig nichts anzuhaben. Auf der anderen Seite entwickelte sich die ständige Furcht vor dem vermeintlich preußisch-militaristischen, aggressiven Deutschland, die Elme-Marie Caro am Beispiel einer Entgegensetzung von Kant und Bismarck darstellt, um den Bruch von 1870/71 zu bewältigen – allerdings ohne Hinweis darauf, dass auch Kant ein Preuße war.

Christian Wenkel zeigt sehr schön, wie sich in Frankreich der Wunsch nach einem anderen, einem besseren Deutschland nach 1945 bzw. 1949 wiederbelebte: Diesen Wunsch projizierten zunächst vor allem linke Intellektuelle und Wissenschaftler sowie kommunistische und sozialistische Politiker immer stärker auf die DDR. Wenkel zeigt hier aus der französischen Perspektive, wie sehr das Sicherheitsbedürfnis nach den Kriegserfahrungen, aber auch die Denktraditionen von zum Teil utopischen Zielen ausgingen: Die Realität der DDR-Diktatur wurde weder wahrgenommen noch wollte man sie wahrnehmen. Einschlägige Debatten endeten oft mit dem Hinweis darauf, dass man in die inneren Angelegenheiten der DDR nicht eingreifen könne.

Zu den großen Vorzügen der Studie zählt es, dass sie nicht bei diesen zunächst privaten, immer größere gesellschaftliche Breitenwirkung erlangenden Initiativen stehen bleibt, die schließlich 1972 zu 250 000 Unterschriften für die Anerkennung der DDR führten. Vielmehr bezieht sie die realgeschichtliche Entwicklung auf drei wesentlichen Feldern ein: erstens die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen seit Beginn der 1950er Jahre, zweitens die Kulturbeziehungen von 1954 bis zum Ende der 1980er Jahre, darunter insbesondere die Schlüsselstellung, die die Rezeption des Theaters von Bertolt Brecht einnahm, und schließlich drittens die Beziehungen auf politischer Ebene. Wenngleich dieser dritte Abschnitt in Bezug auf die Diplomatie im engeren Sinne nachvollziehbare Ergebnisse präsentiert, erschließt Christian Wenkel doch mit einem zentralen Abschnitt, nämlich den Beziehungen auf parlamentarischer Ebene und in der Darstellung der Rolle des Auswärtigen Ausschusses der französischen Nationalversammlung, wiederum Neuland.

Die Arbeit beruht auf einer Auswertung von französischen Archivalien in außerordentlich weitem Umfang beispielsweise aus dem Politischen Archiv des *Quai d'Orsay*, den *Archives nationales*, privaten Nachlässen, Interviews, den Unterlagen der *Échanges franco-allemands* sowie einer Fülle anderer Bestände. Hinzu kommt die Erschließung korrespondierender deutscher Quellen im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin, in der Stiftung Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv und zusätzlicher Unterlagen im britischen Nationalarchiv in Kew. Unter den ausgewerteten archivalischen Unterlagen finden sich zahlreiche bisher nicht benutzte, darunter solche von François Mitterrand und seines engen außenpolitischen Beraters (und späteren Außenministers) Hubert Védrine, insbesondere Dokumente aus der Wiedervereinigungsphase 1989/90.

Die Arbeit ist besonders wertvoll, weil sie quellenbasiert den bisher eher vernachlässigten französischen Blickwinkel intensiv und so umfassend wie möglich einbezieht. Unter diesem Aspekt ist diese Studie Christian Wenkels komplementär zu der wichtigen Darstellung der Beziehungen Frankreichs zur DDR von Ulrich Pfeil, dessen Konzeption stärker auf der Grundlage deutscher Quellen und der DDR-Perspektive basiert.

Gerade weil sich die diplomatischen Beziehungen nach 1973 nicht so intensivierten, wie das von einigen erhofft wurde, und im Übrigen außerhalb des kommunistischen Milieus der Einmarsch einiger Warschauer-Pakt-Staaten in der Tschechoslowakei im August 1968 manche Illusionen über die DDR zerstörte, konzentriert sich Christian Wenkel auf die historisch sehr viel ergiebigeren Felder, nämlich die Entwicklung der Organisation *Échanges franco-allemands*, die Handels- und Kulturbeziehungen. Diese Schwerpunkte ergeben sich also aus der Sache. Diese Themen sind im Anhang der Untersuchung mit sehr detaillierten Listen und Tabellen dokumentiert, die eine außerordentlich dichte, bisher nicht vorliegende Information über die Mitglieder der verschiedenen Freundschaftskreise bieten: Die Mitgliedschaft ging weit hinaus über die bekannten kommunistischen Germanistenzirkel um Gilbert Badia oder André Gisselbrecht oder auch Linksliberale wie Georges Castellan. Wenkel zeigt vielmehr, dass es den linken Initiatoren in einem Jahrzehnt gelang, ihre Organisation weit über die Mitte bis hin ins gaullistische Lager zu erweitern. Aus diesem Grund ist auch die erarbeitete Prosopographie, sowohl über zivilgesellschaftliche Organisationen als auch über die parlamentarischen Freundschaftskreise in der *Assemblée nationale* und im *Sénat*, besonders aufschlussreich und überraschend.

Christian Wenkel betont nicht nur im Hinblick auf die Perzeption Deutschlands die Bedeutung der „longue durée" für die Beziehungen Frankreichs zur DDR. Er weist nach, wie sich Handel und kultureller Austausch ungefähr 20 Jahre vor der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen entwickelt haben. Allerdings zeigt sein Vergleich, dass beispielsweise der Handel zwischen Frankreich und der DDR nie mehr als ein Zehntel des Umfangs des Warenaustausches zwischen der Bundesrepublik und der DDR erreichte, wofür u. a. die Privilegierung des innerdeutschen Handels gemäß den Römischen Verträgen von 1957 ursächlich war. Für Frankreich war die DDR zwar ein interessanter Handelspartner, aber verglichen mit den westlichen Staaten in der EWG bzw. EU doch nur von begrenzter Bedeutung.

Die interessanteste und gewichtigste Domäne der Beziehungen Frankreichs zur DDR ließ sich ohnehin vorstaatlich auf der gesellschaftlichen und künstlerischen Ebene entwickeln, zumal es naturgemäß in diesem Bereich am wenigsten Berührungsängste gab. Die außerordentliche Bedeutung Bertolt Brechts als Dramatiker, Theatertheoretiker und -praktiker war auch in der Bundesrepublik Deutschland und anderen Staaten keineswegs strittig, sie war unabhängig vom Urteil über Brechts politische Einstellung. Insofern gelang es, auf dieser Ebene am ehesten den „eisernen Vorhang" zu durchbrechen. Kein Wunder war es auch, dass das Berliner Ensemble, in dem Brecht mit Helene Weigel Theorie und Praxis seiner Ideen über das Theater in Einklang bringen konnte, schon seit den 1950er Jahren in Paris gastierte. Auch andere ostdeutsche Autoren, zumal solche, die im französischen Exil gelebt hatten und später in die DDR gegangen waren, stießen in Frankreich auf Resonanz, wenn sie literarischen Rang hatten wie beispielsweise Anna Seghers, deren berühmter Exilroman „Transit" seinen Schauplatz in Marseille hat.

Weniger selbstverständlich erscheinen demgegenüber die parlamentarischen Beziehungen. Abgeordnete der demokratischen Linken erkannten sehr wohl, dass die Volkskammer, die nicht auf freien Wahlen basierte, keine wirklichen Kompetenzen besaß: Die Volkskammer konnte folglich nicht als parlamentarisches Pendant zur *Assemblée nationale* oder zum Bundestag angesehen werden. In vielen Äußerungen zeigt sich allerdings, wie begrenzt in Frankreich die Kenntnis über die politische Struktur der DDR blieb: Die Beziehungen zur DDR wurden deshalb mehr unter dem Aspekt des Kalten Krieges und trotz der Westbindung Frankreichs unter der regelmäßig betonten französischen Souveränität betrachtet. Dies trug angesichts der sehr engen politischen Beziehungen sowie der Kooperation auf allen Gebieten zwischen der Bundesrepublik und Frankreich Züge einer gewissen Schizophrenie, war aber, wie Wenkel klar zeigt, nicht zuletzt innenpolitisch motiviert. Mit anderen Worten: Im nicht-linken Milieu spielte die Bewertung der DDR als Diktatur keine so wesentliche Rolle. Sie trat vielmehr hinter innen- und außenpolitischen Motiven zurück, die die französische Selbständigkeit zwischen Ost und West oder aber die Sicherheitsproblematik betrafen.

Die Studie von Christian Wenkel erweitert die Perspektive auf die deutsch-französischen Beziehungen während des Kalten Krieges. Sie bereichert durch zahlreiche Einsichten und empirisch fundierte Ergebnisse die Forschung, regt aber auch zu weiteren Fragen und Diskussionen an. Diesem Buch ist daher eine weite Verbreitung zu wünschen.

München und Paris, März 2014

Horst Möller Maurice Vaïsse

# Dank

Von der ersten Idee, sich mit diesem Thema zu beschäftigen, bis zum fertigen Buch sind nahezu fünfzehn Jahre vergangen. Ohne das Interesse am Thema, die Neugier oder auch das Wohlwollen zahlreicher Außenstehender und zahlreiche glückliche Zufälle wäre es wohl nicht zustande gekommen. Allen zu danken, die sich um dieses Buch verdient gemacht haben, ist mir leider nicht möglich. Begonnen hat diese Reise in Dijon bei Serge Wolikow, der den „gelernten Ossi" auf die umfangreichen, aber weitgehend unbekannten Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR aufmerksam gemacht hat. Den Entschluss, daraus mein Thema zu machen und zu promovieren, verdanke ich meinen wichtigsten Mainzer Lehrern, dem Mediävisten Franz J. Felten und dem (ostdeutschen) Philosophen Hans-Martin Gerlach. Am *Centre d'histoire de l'Europe du XX^e siècle* des *Institut d'études politiques de Paris* fand ich zunächst einen französischen und wenig später auch einen deutschen Doktorvater. Beiden habe ich viel zu verdanken – Maurice Vaïsse insbesondere das Verständnis für den französischen Blick auf die Geschichte der internationalen Beziehungen und die Freude an international vernetzter Forschung, Horst Möller nicht zuletzt die Einsicht, dass sich eine klare Positionierung und das Betreiben ideologiefreier Geschichtswissenschaft nicht ausschließen. Intensiv begleitet wurde das Vorhaben darüber hinaus von Étienne François, der aufgrund seines spezifisch französischen Interesses an der Untersuchung der ostdeutschen Gesellschaft zahlreiche Anregungen gab und zudem dabei half, manchen Stolperstein aus dem Weg zu räumen.

Entstanden ist ein in mancherlei Hinsicht deutsch-französisches Zwitterwesen. Folgt die Struktur des Buches eher deutschen Gepflogenheiten, so entspricht der den Quellen eingeräumte Stellenwert eher französischen Vorstellungen. Ein nicht unwesentlicher Teil meiner Arbeit bestand deshalb in der Suche nach verfügbarem Archivmaterial, wobei mir unzählige Archivare, unter ihnen Pascal Geneste, Anne-Sophie Cras und Bénédicte Gavand, behilflich waren. Besonders in Erinnerung bleiben wird mir aber das private Archiv der *Échanges franco-allemands*, wo ich über viele Jahre jeden Dienstag mit besonderer Herzlichkeit von Josiane Lecomte empfangen wurde.

Finanziell und ideell wurden meine Recherchen von der Studienstiftung des deutschen Volkes, der Deutsch-Französischen Hochschule und dem Deutschen Historischen Institut Paris unterstützt; im Falle des DHIP verdanke ich dies vor allem dem Wohlwollen und Engagement von Stefan Martens. Das Projekt wurde 2003 mit dem Adenauer-de Gaulle-Preis des Deutsch-Französischen Jugendwerkes und der *Fondation Charles-de-Gaulle* gefördert, die fertige Arbeit 2010 mit dem Dissertationspreis des Deutsch-Französischen Historikerkomitees ausgezeichnet und mit dem Preisgeld ein externes Lektorat ermöglicht. Die Korrektur der französischen Zitate (aus Gründen der besseren Lesbarkeit ausschließlich in den Fußnoten) wurde von Pascal Pichon besorgt und aus Mitteln der *Association diplomatie et stratégie* finanziert.

Es versteht sich von selbst und soll dennoch nicht unerwähnt bleiben, dass das Gelingen dieser Arbeit auch von verlässlichen Freunden und von familiärer Unterstützung abhing. Ein besonderes Glück ist es, dass es sich dabei nicht nur um moralische, sondern auch um intellektuelle Unterstützung handelte.

Paris, im Januar 2014 Christian Wenkel

# Einleitung

Das „andere Deutschland“ ist in Frankreich Mythos und Konzept in einem. Es ist der Versuch einer philosophischen Trennung zwischen positiven und negativen Begegnungen mit dem deutschen Nachbarn, die sich nur schwer miteinander vereinbaren lassen. Der Verehrung für deutsche Philosophie und Literatur stehen nach 1945 die Erfahrungen aus drei deutsch-französischen Kriegen gegenüber. Die Trennung schafft Raum für beides: für die Kulturnation wie für den militärischen Gegner. Die Suche nach einem „anderen Deutschland“ ist somit ein philosophischer Prozess; es ist die Suche nach einem utopischen Ort, den es real nicht geben kann. Dass die Suche ergebnislos bleiben muss, nimmt ihr hingegen nichts von ihrem Reiz. Die deutsche Teilung von 1949, später noch verstärkt durch die klare räumliche Teilung infolge des Mauerbaus, schuf erstmalig eine geografische Entsprechung zur tief im kollektiven französischen Bewusstsein verankerten Theorie der „deux Allemagne“, der das Konzept des „anderen Deutschlands“ entlehnt ist. Und der zweite deutsche Staat, die DDR, von der man lange Zeit außer dem Theater Brechts nicht viel kannte, bot gerade deshalb eine ideale Projektionsfläche für dieses Konzept. Die Suche nach dem „anderen Deutschland“ erhielt damit ein scheinbar reales Ziel für nicht wenige germanophile Franzosen. Erst mit zunehmender Kenntnis der DDR verlor dieses Ziel allmählich seinen Reiz. Dennoch blieb die DDR für politisch vornehmlich linksorientierte Franzosen eine mögliche Verkörperung der deutschen Kulturnation. Und dies nicht selten in Abgrenzung zu der Frankreich zwar nicht militärisch, dafür aber wirtschaftlich überlegenen Bundesrepublik. Noch im Januar 1990 zog in Paris eine Veranstaltung mit Künstlern aus der DDR unter dem Titel „L’autre Allemagne hors les murs“ das französische Publikum in seinen Bann. Die Suche nach dem „anderen Deutschland“ hat zwar in den letzten Jahrzehnten erheblich an Dringlichkeit verloren, sie ist jedoch auch mit dem Ende der DDR nicht abgeschlossen.[1]

Dem Interesse an jenem Staat, der zwischen 1949 und 1990 in Frankreich nicht selten als das „andere Deutschland“ bezeichnet wurde, ging in der Regel mithin ein allgemeines Interesse an Deutschland voraus. Unabhängig davon waren die konkreten Motive für ein spezifisches Interesse an der DDR jedoch ausgesprochen vielfältig, je nachdem, was man in ihr sah oder in sie hineininterpretierte. So war die DDR nicht nur kommunistisches oder antifaschistisches Deutschland, sondern auch laizistisches und zentralistisches Deutschland, sie war die deutsche Heimat von Anna Seghers, Bertolt Brecht, Heiner Müller und Christa Wolf, auch galt sie als zweites deutsches Wirtschaftswunder sowie als deutsches Erfolgsmodell sozialistischer Planwirtschaft und schließlich als Erfolg versprechende Verwirklichung eines Sozialismus mit menschlichem Antlitz. Dabei ist es nicht unerheblich, dass einige der auf diesen Kennzeichnungen fußenden französischen DDR-Bilder Anknüpfungspunkte zwischen Frankreich und dem zweiten deutschen Staat boten, wie sie zwischen Frankreich und der Bundesrepublik nicht

[1] Dies ließe sich etwa mit der von Édouard Husson unter dem Titel „Une autre Allemagne“ 2005 vorgelegten Studie zum gegenwärtigen Deutschland belegen.

bestanden. Sie führten zu einer Verstärkung des französischen Interesses an der DDR, sei es aufgrund zentralistischer Strukturen, des Laizismus oder der Verstaatlichung bestimmter Wirtschaftszweige. Es sind diese von Étienne François als „Wahlverwandtschaften" bezeichneten ostdeutsch-französischen Analogien, die von Franzosen im eigenen Erleben der DDR und später der Neuen Bundesländer als Vertrautheit beschrieben wurden und die für ein Fortbestehen des französischen Interesses an der DDR verantwortlich gemacht werden können – auch unabhängig von deren realer Existenz.[2]

In den ersten Jahren nach Kriegsende wurde das Interesse an der SBZ/DDR in Frankreich zunächst vor allem durch das Bestehen von Kontakten zu Deutschen fokussiert, die zwischen 1933 und 1945 nach Frankreich geflohen waren, sich später dort aktiv am Widerstand beteiligten und sich nach dem Krieg in der sowjetisch besetzten Zone beziehungsweise in der DDR niederließen. Dass einige dieser Personen hochrangige politische Funktionen in der DDR übernahmen[3], begünstigte nicht nur die Wahrnehmung der DDR als antifaschistisches Deutschland, sondern auch den Einsatz dieser Kontakte. Aber auch innerfranzösische Netzwerke hatten einen großen Einfluss auf die Pflege und die Vermehrung dieses Interesses. Sie waren in ganz besonderem Maße verantwortlich für die Umwandlung vielfältiger, mit der DDR verbundener Interessen in ein konkretes Engagement für Beziehungen mit diesem Teil Deutschlands. Dass ein Großteil der französisch-ostdeutschen Beziehungen auf privatgesellschaftlichen Initiativen basierte, war den internationalen Rahmenbedingungen geschuldet. Zwar hatten die privatgesellschaftlichen Initiativen keinen Einfluss auf die internationale Anerkennung der DDR und auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR im Jahre 1973, sie bestimmten jedoch bis weit in die 1980er Jahre ganz wesentlich den Charakter dieser Beziehungen auf französischer Seite.

Der Ursprung dieser Situation gründet in der bipolaren Logik des Kalten Krieges. Die von der Bundesrepublik nachgereichte Hallstein-Doktrin machte aus den Beziehungen zwischen westeuropäischen Staaten und der DDR schließlich etwas, das es eigentlich gar nicht geben durfte. Und auch nach der internationalen Anerkennung der DDR blieben sie mit einem Makel behaftet. Das trifft in besonderem Maße auf Frankreich zu, denn dessen privilegierte Partnerschaft mit der Bundesrepublik ließ keinen Platz für Beziehungen mit der DDR. Hinreichend belegt wird dies durch die Verwendung des Begriffs der „deutsch-französischen Beziehungen", der seit den 1950er Jahren und selbst über die deutsche Einheit hinaus im offiziellen Sprachgebrauch ausschließlich für die Beziehungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik stand. Die damit einhergehende Tabuisierung der Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR wurde von der französischen wie von der westdeutschen Historiografie aufgenommen und befestigt, da sie nicht in das viel-

[2] François, Die DDR-Gesellschaft aus europäischer Perspektive, S. 11; cf. dazu Kaelble, Die Gesellschaft der DDR im internationalen Vergleich, S. 574–580 sowie Kolboom, Frankreichs „Ferner Osten" oder was ist „französisch" in den neuen Bundesländern?

[3] Wie zum Beispiel Hermann Axen, Franz Dahlem, Kurt Hager, Albert Norden oder Paul Verner.

fach entwickelte teleologische Bild der auf Versöhnung ausgerichteten westdeutsch-französischen Beziehungen passten.

Vergleicht man indessen die Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR mit denen anderer westeuropäischer Staaten zur DDR, insbesondere mit denen von Italien und Großbritannien, so fällt ihr besonderer Umfang auf – und dies in allen zentralen Bereichen bilateraler Beziehungen wie Wirtschaft, Kultur und Politik. Zahlreiche Beispiele lassen sich dafür anführen: So wurden in keinem anderen westeuropäischen Land derart viele ostdeutsche Autoren übersetzt, gab es nur in Frankreich ein universitäres Forschungsinstitut, das speziell der DDR gewidmet war. Für den Kulturtransfer, den es zwischen Frankreich und Ostdeutschland im Bereich des Theaters gegeben hat, lässt sich ebenso wenig eine Entsprechung in den Beziehungen anderer westeuropäischer Staaten zur DDR finden wie für das französische Kulturzentrum in Ost-Berlin. Auf wirtschaftlicher Ebene befand sich Frankreich die längste Zeit an erster Stelle der westeuropäischen Handelspartner der DDR (sieht man einmal vom innerdeutschen Handel ab, der die Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und der DDR um ein Vielfaches überstieg). Schließlich war es Frankreich, das als erstes westeuropäisches Land eine inoffizielle Handelsvertretung in Ost-Berlin eröffnete. Auch haben sich in keinem anderen westeuropäischen Land derart viele Parlamentarier für die DDR interessiert, sie bereist und sich später für Beziehungen mit ihr eingesetzt. Nicht fehlen dürfen auf dieser Liste der Staatsbesuch Erich Honeckers mit allen protokollarischen Ehren 1988 in Paris sowie die Reise von François Mitterrand, als erster und einziger Staatschef einer der drei westalliierten Mächte, im Dezember 1989 in die DDR. Auf privatgesellschaftlicher Ebene kommt hinzu, dass in keinem anderen westeuropäischen Land eine an Umfang und Bedeutung vergleichbare Freundschaftsgesellschaft entstanden ist, die sich so intensiv wie die französische Freundschaftsgesellschaft *Échanges franco-allemands/France-RDA* für die Beziehungen mit der DDR eingesetzt hat. Die sich aus dieser knappen Auflistung ergebende Feststellung, dass den ostdeutsch-französischen Beziehungen im westeuropäischen Vergleich nichts entgegenzusetzen ist, legt es nahe, von einem spezifisch französischen Interesse für den zweiten deutschen Staat auszugehen, und führt zu der Frage, warum gerade von Frankreich aus derart intensive Beziehungen mit diesem Staat unterhalten wurden.

Die vorliegende Arbeit ist als eine Suche nach Antworten auf diese Frage zu verstehen. Dabei sollen die treibenden Kräfte (die „forces profondes“[4]) dieser Beziehungen ebenso berücksichtigt werden wie ihre allmähliche Entstehung. Eine prägende Besonderheit der ostdeutsch-französischen Beziehungen im Vergleich zu anderen bilateralen Beziehungen ist das jahrzehntelange Fehlen einer politischen Ebene und damit das Fehlen eines Motors, der den Rhythmus für Austausch

[4] Zum Konzept der „forces profondes“ cf. Renouvin/Duroselle, Introduction à l'histoire des relations internationales; 2012 ist als moderne Antwort auf dieses schulbildende Buch ein Sammelband erschienen, der versucht, eine aktuelle Standortbestimmung der von Renouvin und Duroselle begründeten französischen Schule der Geschichte der internationalen Beziehungen vorzunehmen, cf. Frank, Pour l'histoire des relations internationales.

und Beziehungen auf allen anderen Ebenen vorgibt. Ohne diese politische Ebene, die üblicherweise den Blick auf die Entstehung transnationaler Kontakte und Beziehungen verstellt, bieten die Beziehungen Frankreichs zur DDR jedoch ungewöhnlich gute Bedingungen, um ihren Entstehungsprozess nachzuvollziehen.[5] So lassen sich vor allem jene Mechanismen beleuchten, die ihrer Entstehung zugrunde liegen. Eine ihrer Grundlagen sind die Kontakte, die zwischen Franzosen und Deutschen während der Zeit des Nationalsozialismus in Frankreich, zumeist im gemeinsamen Widerstand gegen die deutschen Besatzer in Frankreich, entstanden waren. Die andere zentrale Grundlage ist eine spezifische Deutschlandwahrnehmung, die sich in Frankreich seit dem 19. Jahrhundert zwischen regem Kulturtransfer und militärischen Auseinandersetzungen herausgebildet hat und die der DDR in Frankreich in vornehmlich linken, an Deutschland interessierten Kreisen zu einer höchst positiven Wahrnehmung verhalf. Dass es sich dabei zunächst insbesondere um Künstler und Intellektuelle handelte, ist auf die sehr engen Verflechtungen zwischen Frankreich und Deutschland in allen künstlerischen Bereichen seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert zurückzuführen. Aus den bestehenden Kontakten und vermöge dieser spezifischen Perzeption entwickelte sich in den 1950er Jahren jenes Interesse für den zweiten deutschen Staat, das im Laufe der 1950er und 1960er Jahre durch das Entstehen einer Freundschaftsgesellschaft gebündelt und in konkretes Engagement umgewandelt wurde. Gleichzeitig entstanden auf der Basis von Kontakten und Perzeptionen, begünstigt durch das Engagement der Freundschaftsgesellschaft, allmählich nicht staatliche Beziehungen auf wirtschaftlicher, kultureller und parlamentarischer Ebene, die im Laufe der 1970er Jahre wiederum in offizielle Beziehungen überführt wurden. Erst in den 1980er Jahren entsprachen die französisch-ostdeutschen Beziehungen zunehmend dem Bild anderer bilateraler Beziehungen mit einer strukturierenden politischen Ebene.

Das Fehlen einer eigenständigen politischen Ebene über einen langen Zeitraum zieht für eine Untersuchung wie diese ein großes methodisches Problem nach sich, denn das Fehlen eines Rhythmus, dem solche Beziehungen folgen, ist gleichbedeutend mit dem Fehlen einer einheitlichen Chronologie. Auch wenn die Beziehungen von ostdeutscher Seite in allen Bereichen staatlich gelenkt und damit einer einheitlichen Chronologie unterworfen waren, verlief die Entwicklung in Frankreich auf den einzelnen Ebenen asynchron: So nahmen die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen ihren Ausgang noch vor 1955, während die Entwicklung der parlamentarischen Beziehungen, im Unterschied auch zum britisch-ostdeutschen Verhältnis, erst Ende der 1950er Jahre begann. Die zweite Berlin-Krise und der Mauerbau waren wichtige strukturierende Ereignisse in den Ost-West-Beziehungen in Europa, sie hatten jedoch nicht in allen Bereichen dieselben Auswirkungen. Während die Kontakte und Beziehungen auf kultureller Ebene vollständig und auf parlamentarischer Ebene nahezu vollständig unterbrochen wurden, wurden die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwar reduziert,

[5] Zum methodischen Problem des Nachweises einer Verbindung zwischen den „forces profondes“ und politischen Entscheidungen cf. auch Frank, Mentalitäten, Vorstellungen und internationale Beziehungen, S. 163f.

grundsätzlich jedoch aufrechterhalten. In den 1960er Jahren folgten die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, wenn auch mit Verzögerung, der Chronologie der französisch-sowjetischen Beziehungen, während die kulturellen Beziehungen ihren eigentlichen Aufschwung erst 1969/70 unter dem Eindruck der westdeutschen Ostpolitik erlebten. Ein ganz eigenes Problem im Zusammenhang mit der Chronologie der französisch-ostdeutschen Beziehungen ist die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten am 9. Februar 1973. Seit diesem Datum existierte zwar eine offizielle staatliche Ebene in den Beziehungen, doch ging von diesem Ereignis kein entscheidender Impuls aus. Bestehende inoffizielle Beziehungen wurden in offizielle Bahnen überführt, ein unmittelbarer qualitativer oder auch nur quantitativer Wandel lässt sich hingegen nicht feststellen. Die entscheidenden Veränderungen waren entweder in den Jahren zuvor geschehen oder ließen bis zum Ende der 1970er Jahre auf sich warten. Als ein erster, alle Ebenen erfassender Schub in den französisch-ostdeutschen Beziehungen kann die Unterzeichnung von Kultur- und Konsularabkommen 1980 gewertet werden. Damit waren zwar nicht alle Probleme im Verhältnis beider Staaten zueinander geklärt, die am schwersten wiegenden Hypotheken jedoch beseitigt. Erst mit den Staatsbesuchen von 1988/89 war in den Beziehungen ein Zustand erreicht, bei dem von der politischen Ebene für die Gesamtheit der Beziehungen spürbare Impulse ausgingen.

Das zweite methodische Problem besteht hinsichtlich der Vielfalt der äußeren Einflüsse auf diese Beziehungen, denen nur deshalb eine solche Bedeutung zukommt, weil innere politische Impulse lange Zeit fehlten. Von einem externen politischen Standpunkt aus betrachtet, hatten die Beziehungen Frankreichs zur DDR wenig Eigenständigkeit; sie waren vielmehr Bestandteil oder Funktion größerer Zusammenhänge. Den großen allgemeinen Rahmen bildete der Kalte Krieg, von dem die Beziehungen nicht nur geprägt wurden, sondern aus dem sie überhaupt erst hervorgegangen sind.[6] Historisch betrachtet sind sie ein integrativer Bestandteil der deutsch-französischen Beziehungen und als solche stehen sie im Schatten der westdeutsch-französischen Beziehungen. Denn Letztere verstellen nicht nur den Blick auf die ostdeutsch-französischen Beziehungen. Von diesen zu sprechen, bedeutet auch, sich mit den Friktionspunkten in den westdeutsch-französischen Beziehungen auseinanderzusetzen.[7] Es ist kein Zufall, dass die Kontakte auf parla-

[6] Aus der reichhaltigen Literatur zum Kalten Krieg cf. Dülffer, Europa im Ost-West-Konflikt; Soutou, La guerre des cinquante ans; sowie zum Thema Entspannung Loth, Overcoming the Cold War; einen hervorragenden Überblick über den aktuellen Stand der Forschung bietet die von Melvyn P. Leffler und Odd A. Westad herausgegebene dreibändige Cambridge History of the Cold War.

[7] Die Literatur zu den (west)deutsch-französischen Beziehungen ist nahezu unüberschaubar. Einen aktuellen Überblick über den Stand der Forschungen für den Zeitraum 1949–1963 bietet Markowitz, Idealistische Aussöhnung oder realistisches Machtkalkül?; sowie die Bände 10 und 11 der vom Deutschen Historischen Institut Paris herausgegegebenen Deutsch-französischen Geschichte: Defrance/Pfeil, Eine Nachkriegsgeschichte in Europa; und Miard-Delacroix, Im Zeichen der europäischen Einigung; eine detailreiche Darstellung der Beziehungen in diesem Zeitraum bietet Lappenküper, Die deutsch-französischen Beziehungen; eine umfassende Synthese der politischen Beziehungen von den Pariser Verträgen bis in die 1990er Jahre bietet Soutou, L'alliance incertaine.

mentarischer Ebene zwischen Frankreich und der DDR ausgerechnet in dem Moment einen besonderen Schub erhielten, als die westdeutsch-französischen Beziehungen infolge der Nachwehen des Élysée-Vertrages einen Tiefpunkt durchliefen. Es ist ebenfalls bezeichnend, dass diese Entwicklung parallel zu den Anstrengungen der französischen Außenpolitik um Entspannung in den europäischen Ost-West-Beziehungen verlief, denn die französisch-ostdeutschen Beziehungen waren direkt und indirekt immer auch ein Teil der französisch-sowjetischen Beziehungen.[8] So waren beispielsweise die Auswirkungen der Reise Charles de Gaulles nach Moskau 1966 auch in den Beziehungen Frankreichs mit der DDR zu spüren, und das, obwohl Frankreich auf die Hallstein-Doktrin zu diesem Zeitpunkt sehr viel Rücksicht nahm. Zur Wahrung des Gleichgewichts zwischen den französisch-westdeutschen und den französisch-sowjetischen Beziehungen war für Frankreich das Verhältnis zur DDR nicht selten von entscheidender Bedeutung. Nicht minder wichtig für das Verständnis der französisch-ostdeutschen Beziehungen ist auch deren europäische Dimension. Die DDR war in zweierlei Hinsicht Teil französischer Europakonzeptionen: zum einen im Sinne paneuropäischer Vorstellungen, wie sie beispielsweise bei den Reisen französischer Parlamentarier in die DDR zum Ausdruck kamen, zum anderen aber auch hinsichtlich der französischen Konzeption des europäischen Integrationsprozesses, der so lange unvollständig bleiben musste, wie Deutschland geteilt war. In einem weiteren Sinne gingen Impulse auch von den innerdeutschen und den transatlantischen Beziehungen aus. Dass sich die Beziehungen Frankreichs zur DDR an der Schnittstelle so vieler bi- und multilateraler Beziehungen befanden, erschwert ihre Einordnung, begründet aber gleichzeitig auch das besondere Interesse an diesem Forschungsgegenstand für die Untersuchung auch größerer Zusammenhänge. So ist das Thema etwa von allgemeinerem Interesse hinsichtlich der häufig vernachlässigten Verflechtungen zwischen Kaltem Krieg und Europäischer Integration.[9]

Zu den äußeren Einflüssen kommen innerfranzösische Faktoren: Die Beziehungen und Kontakte mit einem, aufgrund seiner Lage hinter dem Eisernen Vorhang, relativ weit entfernten Staat, das Interesse an seiner Kultur und Gesellschaft sind zuallererst ein Abbild französischer Befindlichkeiten.[10] Die Erfahrung von Niederlage und deutscher Besatzung sowie der Aufspaltung des Landes in Résistance und Collaboration waren prägend für das französische Selbstverständnis und das in den Nachkriegsjahrzehnten ambivalente Verhältnis zum deutschen

[8] Hinsichtlich der französisch-sowjetischen Beziehungen ist vor allem auf die beiden umfangreichen Doktorarbeiten von Marie-Pierre Rey und Pierre Gomart zu verweisen, die zeitlich aufeinander aufbauen, cf. Rey, La tentation du rapprochement; und Gomart, Double détente; cf. dazu auch Vaïsse (Hrsg.), De Gaulle et la Russie.

[9] Aus der florierenden Literatur über die europäische Integration sind besonders hervorzuheben die 2007 erschienene Neuauflage von Gerbet, La construction de l'Europe; oder die Arbeiten von Marie-Thèrese Bitsch; zum Forschungsstand cf. Kaiser/Varsori (Hrsg.), European Union History. Themes and Debates; zu den Wechselwirkungen zwischen Kaltem Krieg und europäischer Integration ist vor allem auf die Forschungen von N. Piers Ludlow hinzuweisen.

[10] Zum problematischen Verhältnis von Selbst- und Fremdwahrnehmung in den deutsch-französischen Beziehungen kann unter anderem auf die Arbeiten von Ingo Kolboom verwiesen werden.

Nachbarn. Während sich Westdeutschland nach dem Krieg mithilfe der Westalliierten, insbesondere der USA, relativ zügig erholte, hatte Frankreich noch bis weit in die 1950er Jahre unter den Kriegsfolgen zu leiden. Aus der einstigen militärischen Überlegenheit Deutschlands wurde eine wirtschaftliche Vorrangstellung der Bundesrepublik. Da war es für das kollektive Bewusstsein nicht ohne Bedeutung, dass Frankreich seinen Status als Weltmacht vermöge seiner Position als alliierte Siegermacht in Deutschland bewahren konnte, während es parallel dazu in den Nachkriegsjahrzehnten von einer weltweit agierenden Kolonialmacht auf eine europäische Kontinentalmacht reduziert wurde. Im Innern beförderten die verhältnismäßig schlechte wirtschaftliche Lage und die politisch äußerst instabile Situation während der Vierten Republik zudem das Interesse an linken Gesellschafts- und Staatsmodellen. Das französische Interesse an der DDR und an Beziehungen mit ihr ermöglicht mithin auch Rückschlüsse auf das französische Selbstverständnis in der Zeit des Kalten Krieges.

Die Fragen an die Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR sind vielfältig, und doch sind die Forschungen in diesem Bereich – vergleicht man sie etwa mit den Forschungen hinsichtlich der Beziehungen zwischen Großbritannien[11] oder auch Italien[12] und der DDR – bis heute relativ überschaubar geblieben. Das Plädoyer Edgar Wolfrums für neue Forschungsaktivitäten in diesem Bereich gilt noch immer.[13] Neben zwei Kolloquien[14] ist es bislang vor allem die verdienstvolle Studie von Ulrich Pfeil, die sich diesem Themenkomplex gewidmet hat.[15] Der Titel dieser Arbeit – „Die ‚anderen' deutsch-französischen Beziehungen" – ist jedoch in mehrfacher Hinsicht irreführend. Zum einen waren die Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR eine Episode der deutsch-französischen Beziehungen und damit auch Bestandteil dieser Beziehungen, das heißt, es handelt sich um dieselben Beziehungen; zum anderen stehen die Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR nicht im Mittelpunkt seiner Arbeit. Pfeil geht es in erster Linie um den deutsch-deutschen Legitimationskonflikt in Frankreich, sodann um die Strategien und die Funktionsweisen der DDR-Außenpolitik und an dritter Stelle um eine „asymmetrische Dreiecksgeschichte" zwischen Bonn, Ost-Berlin und Pa-

[11] Zu den ostdeutsch-britischen Beziehungen sind vor allem drei Monografien erschienen, cf. Becker, Die DDR und Großbritannien; Hoff, Großbritannien und die DDR; sowie Berger/La Porte, Friendly Enemies; publiziert wurden auch zwei Sammelbände, cf. Bauerkämper (Hrsg.), Britain and the GDR; sowie Berger/La Porte (Hrsg.), The Other Germany. Perceptions and Influences.

[12] Zu den ostdeutsch-italienischen Beziehungen sind fast zeitgleich zwei Dissertationen zur Jahrtausendwende erschienen, cf. Lill, Völkerfreundschaft im Kalten Krieg?; sowie Pöthig, Italien und die DDR; neueren Datums ist die Dissertation von Magda Martini zu den ostdeutsch-italienischen Kulturbeziehungen, cf. Martini, La cultura all'ombra.

[13] Wolfrum, Wo ist der Ort der DDR in den deutsch-französischen Beziehungen?, S. 19f.

[14] Cf. Röseberg (Hrsg.), Frankreich und „Das andere Deutschland"; die ostdeutsch-französischen Beziehungen standen außerdem im Mittelpunkt eines in Paris zu den Westbeziehungen der DDR abgehaltenen Kolloquiums, cf. Pfeil (Hrsg.), La RDA et l'Occident; 2012 wurde zudem von Anne Kwaschik und Ulrich Pfeil ein Kolloquium zum Ort der DDR in den deutsch-französischen Beziehungen in Metz veranstaltet, cf. Kwaschik/Pfeil (Hrsg.), Die DDR in den deutsch-französischen Beziehungen.

[15] Pfeil, Die „anderen" deutsch-französischen Beziehungen.

ris.[16] Frankreich wird in diesem Zusammenhang allerdings nur in einer passiven Rolle gesehen, es wird zu einem „Spielfeld" des Legitimationswettstreits.[17] Dass der Autor eine vornehmlich deutsch-deutsche Perspektive einnimmt, zeigt sich auch an der um die Frage der Anerkennung der DDR organisierten Gliederung seiner Arbeit. Die von ihm eingenommene Perspektive verdeutlicht auf bisweilen verblüffende Weise, wie sehr sich die ostdeutsche und die westdeutsche Wahrnehmung Frankreichs trotz aller Systemunterschiede zwischen den beiden deutschen Staaten glichen. Was an Hoffnungen und Erwartungen von der DDR-Führung auf die französische Politik projiziert wurde, etwa in der Frage der Anerkennung, spiegelte sich auf der anderen Seite der Mauer in den Befürchtungen der Bundesregierung hinsichtlich der französischen Haltung gegenüber der DDR. Dieser Mechanismus sich wechselseitig bedingender Wahrnehmungen in Ost- und Westdeutschland zieht sich wie ein roter Faden durch die Arbeit Pfeils, die auf einer umfangreichen Auswertung ostdeutscher Quellen basiert. Die eigenständige Haltung Frankreichs und französischer Akteure wurde dabei zwangsläufig ausgeblendet.

Die vorliegende Arbeit widmet sich genau diesem bislang kaum beachteten Bereich der Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR. Entsprechend dieser Forschungslage stehen im Mittelpunkt der Arbeit Frankreich, die französische DDR-Politik sowie französische DDR-Perzeptionen. Um französische Sichtweisen erfassen zu können, soll dabei streng hermeneutisch vorgegangen werden. Nur so scheint es möglich, die historischen Ursachen für die spezifischen DDR-Bilder und die damit nicht selten einhergehende Idealisierung frei von ideologisierender Bewertung zu untersuchen. Die Beschränkung auf die einseitige Untersuchung der Beziehungen aus französischer Perspektive bietet sich aber nicht allein aufgrund bereits existierender Forschungen an, sie ergibt sich auch aus dem einseitigen und asymmetrischen Charakter dieser Beziehungen.

Mit dem Ende der DDR und der Überwindung der europäischen Teilung ist auch ein wissenschaftliches Interesse an den Beziehungen und transnationalen Kontakten zwischen westeuropäischen Staaten und der DDR entstanden. Begünstigt durch das Ende des ideologischen Konflikts und durch die Öffnung der Archive der DDR hat sich in den letzten fünfzehn Jahren ein kleines Forschungsfeld zu diesem Thema herausgebildet. Die Verzögerung im Verhältnis zur übrigen DDR-Forschung lässt sich nicht allein damit erklären, dass es sich um eine aus politischer Sicht lange Zeit nicht zulässige Fragestellung handelte. Eine wesentliche Rolle spielt auch die besondere Archivsituation, denn nicht nur die Archive der westeuropäischen Außenministerien sind fünfundzwanzig- bis fünfzigjährigen Sperrfristen unterworfen, auch der Zugang zu den Archiven des ostdeutschen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten ist an eine dreißigjährige Sperrfrist gebunden – eine Besonderheit im Vergleich zu den ansonsten weitestgehend frei zugänglichen Archiven der DDR. Eine der Ersten, die sich noch vor 1989 den Beziehungen zwischen dem Westen und der DDR auf wissenschaftlicher Ebene ge-

[16] Ibid., S. 33.
[17] Ibid., S. 640.

nähert hat, ist die britische Germanistin Marianne Howarth (geb. Bell).[18] Demgegenüber sind die vor 1989 entstandenen Artikel und Bücher zu den Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR entweder von Akteuren wie Gilbert Badia und Georges Castellan verfasst worden[19] oder sie sind unter dem Eindruck politischer Ereignisse wie dem Besuch Erich Honeckers in Paris entstanden und spiegeln daher vor allem die politischen Befürchtungen ihrer Zeit.[20] Seit 1990 sind eine ganze Reihe wissenschaftlicher Studien zu den Beziehungen zwischen westeuropäischen Staaten und der DDR veröffentlicht worden, wobei der Blick mehrheitlich auf die DDR, auf ihre Außenpolitik und ihren Kampf um internationale Anerkennung gelenkt wurde.[21] Besonders hervorgehoben werden soll in diesem Zusammenhang die Arbeit von Jacco Pekelder über die Beziehungen zwischen den Niederlanden und der DDR. Der Autor begibt sich hier in exemplarischer Weise auf die Suche nach Ursachen und Motiven des niederländischen Interesses an der DDR.[22] Die niederländisch-ostdeutschen Beziehungen bilden für ihn den Rahmen einer Geschichte niederländischer Vorstellungen vom Kalten Krieg, vom Kommunismus und von Deutschland sowie vom niederländischen Selbstverständnis nach dem Zweiten Weltkrieg. Für die Arbeit über das Verhältnis Frankreichs zur DDR konnten hier zahlreiche Anregungen gewonnen werden.

Die Studie von Pekelder zeigt auch, wie sinnvoll es ist, bei einer solchen Untersuchung von Mentalitäten und Wahrnehmungen einen längeren Zeitraum ins Auge zu fassen. Zwar sind die Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR, etwa im Vergleich zu den Beziehungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik, relativ überschaubar. Ein sich über mehr als vierzig Jahre erstreckendes zeitgeschichtliches Thema erfordert dennoch ein hohes Maß an Selektivität hinsichtlich der zu behandelnden Aspekte, aber auch hinsichtlich der zu verwendenden Quellen. Grundlage der vorliegenden Arbeit sind die Archive der beiden Hauptakteure in den Beziehungen Frankreichs zur DDR, des französischen Außenministeriums (auch *Quai d'Orsay* genannt) und der Freundschaftsgesellschaft *Échanges franco-allemands* (kurz EFA). Im *Quai d'Orsay* wurden vor allem die zur DDR angelegten Bestände für die Jahre 1949 bis 1976 systematisch ausgewertet.

[18] Bell, Britain and East Germany; es handelt sich dabei um eine unveröffentlichte M.Phil.-Thesis; cf. auch die von ihr unter dem Namen Howarth in den letzten Jahren zu diesem Thema veröffentlichten Artikel.

[19] Ein einziges Buch aus der Zeit vor 1989 ist den Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR gewidmet, cf. Castellan/Lenoir, France – République démocratique allemande. 30 ans de relations (siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel zur Geschichte der EFA/Erster Teil, II.); cf. auch Badia, L'association France-RDA.

[20] Edgar Wolfrum spricht in diesem Zusammenhang von „Irritations-Literatur", cf. Kiersch, Frankreich und die DDR (1989); Ménudier, Die Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR (1987) oder Meyer zu Natrup, Frankreich und die DDR (1988).

[21] Neben den bereits genannten Arbeiten sind zahlreiche weitere bilaterale Studien erschienen; zu den Beziehungen zwischen der DDR und der Schweiz cf. Steffen Gerber, Das Kreuz mit Hammer, Zirkel und Ährenkranz; zu den Beziehungen zwischen der DDR und Schweden cf. Linderoth, Kampen för erkännande; zu den Beziehungen zwischen der DDR und Nordeuropa cf. Hecker-Stampehl (Hrsg.), Nordeuropa und die beiden deutschen Staaten.

[22] Pekelder, Niederlande und DDR, S. 13.

Die Bestände für die Jahre bis 1990 sind erst nach Verteidigung der Dissertation aufgrund einer Novellierung der französischen Archivgesetzgebung geöffnet worden. Bereits der Bestand für die Jahre 1971 bis 1976, einer für die französisch-ostdeutschen Beziehungen wichtigen Phase, konnte jedoch nicht ohne Weiteres konsultiert werden, die Bestände für die folgenden dreizehn Jahre nur kursorisch.[23] Die Verzögerungen im Archiv des *Quai d'Orsay* bei der Klassifizierung selbst ganz zentraler Bestände hat gleichfalls zur Folge, dass auch die Kabinettsarchive der Minister Michel Debré und Maurice Schumann nicht berücksichtigt werden konnten, was umso bedauerlicher ist, als beide in der ereignisreichen Phase der Normalisierung der französisch-ostdeutschen Beziehungen immer wieder auch persönlich Einfluss genommen haben. Im Fall von Maurice Schumann konnte dieser Mangel zumindest teilweise ausgeglichen werden, da der in seinem Kabinett für die Beziehungen mit der DDR zuständige Mitarbeiter später in der französischen Botschaft in Ost-Berlin gearbeitet hat und einige der Unterlagen seiner Arbeit in Paris nach Berlin mitgenommen hat. Die Archive der im Oktober 1990 geschlossenen Botschaft, die 1991 in die Außenstelle des diplomatischen Archivs nach Nantes überführt wurden, sind sehr ergiebig und wurden, soweit es die Sperrfrist zuließ, genutzt.[24]

Ebenfalls sehr reichhaltig sind die Archive der EFA, über mehr als zwei Jahrzehnte Gegenspieler der französischen Außenpolitik in den französisch-ostdeutschen Beziehungen. Zwar hat die DDR-Freundschaftsgesellschaft mit dem Ende der DDR nicht aufgehört zu existieren, die sich aus der Umbruchsituation ergebende Verkleinerung der Gesellschaft und der damit notwendig gewordene Umzug in ein sehr viel kleineres Büro haben aber zum Verlust einzelner Bestände geführt. Die zu den Nationalkongressen der Gesellschaft angelegten Dossiers sowie die Korrespondenz von Präsidium und Generalsekretariat auf nationaler Ebene bieten jedoch ausreichend Material, um die Geschichte dieser Privatgesellschaft zu rekonstruieren. Lücken, wie etwa das Fehlen eines Dossiers zum ersten Nationalkongress, konnten mit dem von der Gesellschaft herausgegebenen Bulletin *Rencontres franco-allemandes* ausgeglichen werden, in dem regelmäßig auch herausragende Korrespondenz abgedruckt wurde. Die zu den Fachzirkeln und -kommissionen sowie zu den beiden Freundschaftsgesellschaften in der französischen Nationalversammlung und im Senat angelegten Dossiers stellen ihrerseits eine wichtige Grundlage dar, um das Wirken der EFA in den französisch-ostdeutschen Beziehungen auf kultureller sowie auf parlamentarischer Ebene zu untersuchen.

Die Tabuisierung der französisch-ostdeutschen Beziehungen im öffentlichen Diskurs bis zum Beginn der 1970er Jahre ließ es sinnvoll erscheinen, auch Quellen

[23] Eine vom Autor beantragte Genehmigung wurde von der zuständigen Europa-Abteilung erst nach über einem Jahr gewährt, obwohl der Bestand zum Zeitpunkt des Antrags bereits klassifiziert war und nicht mehr der dreißigjährigen Sperrfrist unterlag. Ergänzungen für die 1980er Jahre konnten aus Zeitgründen leider nicht im gewünschten Umfang durchgeführt werden, dafür wurden für das Thema relevante Bestände im Zusammenhang mit den Arbeiten an der Quellenedition, La diplomatie française face à l'unification allemande (hrsg. mit Maurice Vaïsse), eingesehen.

[24] Aus diesem Grund konnten leider nur die Bestände der kulturellen Abteilung der Botschaft genutzt werden.

hinzuziehen, die diesem äußeren Umstand Rechnung tragen. Solch eine Quelle sind die Wortprotokolle der hinter verschlossenen Türen tagenden Auswärtigen Ausschüsse der Nationalversammlung und des Senats, wo die französische Außenpolitik in der Person des Außenministers auf die wichtigsten Strömungen der öffentlichen Meinung in Gestalt der im Parlament vertretenen Parteien trifft. Die Lebendigkeit der in diesem Rahmen geführten Debatten, die bisweilen sehr direkten Fragen der Parlamentarier und die nicht minder deutlichen Worte des Außenministers machen den besonderen Reichtum dieser Quelle aus. Die DDR und die französisch-ostdeutschen Beziehungen boten in diesen Debatten bis zur Mitte der 1970er Jahre beständig wiederkehrenden Konfliktstoff. Diese Quelle erlaubt deshalb nicht nur eine differenziertere Sicht auf die Entwicklung der offiziellen französischen Haltung gegenüber der DDR, mit ihrer Hilfe kann auch die Entstehung der öffentlichen Wahrnehmung der DDR in Frankreich nachvollzogen werden. Es handelt sich dabei um bislang wenig genutztes Quellenmaterial, was vor allem daran liegt, dass es zum größten Teil eigentlich nur für die interne Nutzung zur Verfügung stand, es bis vor einigen Jahren keinen öffentlichen Lesesaal für die Konsultation gab.[25] Die Protokolle der Ausschüsse der Nationalversammlung für die Zeit der Vierten Republik befinden sich bereits seit längerer Zeit im französischen Nationalarchiv. Die Protokolle für die Zeit nach 1958 wurden allerdings erst nach Abschluss dieser Arbeit dem Nationalarchiv übergeben. Im Fall des Senats befinden sich die Protokolle für den gesamten Zeitraum nach 1945 im *Palais du Luxembourg*. Einer sehr engagierten Archivarin der Nationalversammlung ist es zudem zu verdanken, dass für die Erforschung der im *Palais Bourbon* bis 1990 existierenden DDR-Freundschaftsgesellschaft komplementäres Material aus den internen Archivbeständen herangezogen werden konnte.[26] Für die ehemalige DDR-Freundschaftsgesellschaft des Senats konnte trotz intensiver Recherchen kein Dossier ausfindig gemacht werden.

Da die Außenpolitik in der Fünften Republik zum „domaine réservé" des Staatspräsidenten zählt[27], wurden auch die Archive der Präsidenten von Charles de Gaulle bis François Mitterrand ausgewertet. Besonders aufschlussreich waren die Unterlagen von Georges Pompidou und François Mitterrand aufgrund ihrer zahlreichen handschriftlichen Anmerkungen, die einen sehr intimen Einblick in den Prozess der Entscheidungsfindung französischer Außenpolitik auf höchster Ebene gestatten. Problematisch war zunächst allein der Zugang zu den Unterlagen von Valéry Giscard d'Estaing. In den Archiven des dritten Präsidenten der Fünften Republik existiert lediglich ein Dossier zu den Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR. Aufgrund einer Spionage-Affäre, die allerdings auch in anderen zugänglichen Archiven dokumentiert ist, wurde der Zugang zu diesem Dossier erst nach mehreren Anläufen gewährt.

[25] Diese Arbeiten wurden in den Büros der zuständigen Archivare in der Nationalversammlung und im Senat durchgeführt.

[26] Bénédicte Gavand sei an dieser Stelle für ihre tatkräftige Unterstützung der für diese Arbeit im Archiv der Nationalversammlung durchgeführten Recherchen gedankt.

[27] Zum Verhältnis von Quai d'Orsay und Élysée cf. Vaïsse, La puissance ou l'influence?, S. 15–51.

Neben diesen zentralen Archivbeständen wurde zur Bearbeitung einzelner Aspekte des Themas weiteres Quellenmaterial herangezogen. So wurden etwa für das Kapitel zu den Wirtschafts- und Handelsbeziehungen die Bestände des französischen Wirtschaftsministeriums, insbesondere der für die Außenhandelsbeziehungen zuständigen DREE (Direction des relations économiques extérieures), sowie des Ministeriums für Industrie konsultiert. Für das Kapitel zu den Kulturbeziehungen konnten demgegenüber trotz intensiver Recherchen keine relevanten Dossiers in den Beständen des französischen Ministeriums für Kultur im französischen Nationalarchiv ermittelt werden. Für die Arbeit an diesem Kapitel erwies sich das Archiv des *Théâtre des nations*, einer Institution, die in den französisch-ostdeutschen Beziehungen eine wichtige Rolle gespielt hat, als sinnvolle Ergänzung, wie auch zahlreiche kleinere Archivbestände, auf die hier aber nicht gesondert eingegangen werden soll.

Um auch eine externe Sicht auf die Beziehungen Frankreichs zur DDR zu gewinnen, hat sich ein Blick in die Archive des britischen Außenministeriums als sehr hilfreich herausgestellt. Ein vergleichbares Unterfangen im Archiv des italienischen Außenministeriums ist an den dort üblichen Sperrfristen gescheitert. Konsultiert wurden auch die zugänglichen Bestände des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR sowie die relevanten Bestände der SAPMO (Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv). Zwar war dies für das allgemeine Verständnis des Themas von Bedeutung, in die vorliegende Arbeit ist dieses Material hingegen nicht unmittelbar eingeflossen, dokumentieren die ostdeutschen Quellen doch in erster Linie die Erwartungshaltung der DDR gegenüber Frankreich. Als Pendant dazu wurden auch die im Auswärtigen Amt angelegten Dossiers zu den Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR eingesehen. Sie verdeutlichen das Echo, welches die deutlich zur Schau getragene Erwartungshaltung der DDR gegenüber Frankreich bei westdeutschen Diplomaten hervorrief.

Schließlich wurden die Archive der Kommunistischen Partei Frankreichs konsultiert, insbesondere jene Bestände, die für die Untersuchung der außenpolitischen Ausrichtung und das Verhältnis zu den EFA relevant sind. Dennoch musste aus Gründen der Durchführbarkeit die grundsätzliche Entscheidung getroffen werden, die Beziehungen zwischen PCF und SED im Rahmen dieser Arbeit nicht weiter zu verfolgen.[28] Es handelt sich dabei um ein weitgehend eigenes Feld der Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR.[29] Auch soll eine Verengung auf den kommunistischen Aspekt des Themas vermieden werden. Sie würde den Blick verstellen auf die äußerst vielfältigen mit der DDR verbundenen Interessen und auf tiefer liegende Motivationen, die auch bei den französischen Kommunisten

[28] Zu diesem Themenkomplex cf. Pfeil, Die „anderen" deutsch-französischen Beziehungen, S. 232–268; sowie Bauerkämper/Di Palma (Hrsg.), Bruderparteien jenseits des Eisernen Vorhangs. Die Beziehungen der SED zu den kommunistischen Parteien West- und Südeuropas.

[29] Dies entspricht im Übrigen auch der parteiinternen Sichtweise. So berichtet etwa Jacques Denis über die Aktivitäten der EFA als einer von den Beziehungen zwischen PCF und SED grundsätzlich verschiedenen Angelegenheit, cf. dazu beispielsweise AD93, PCF, POLEX, DDD J 2: Note von Jacques Denis vom 16. 11. 1970 für die POLEX.

mitschwingen. Ein Blick nach Italien, wo der Einfluss des Kommunismus auf Politik und Kultur in den Nachkriegsjahrzehnten mit der Situation in Frankreich durchaus vergleichbar ist[30], zeigt, dass der Kommunismus allein als Erklärungsmuster für das sehr viel umfangreichere Interesse an der DDR in Frankreich nicht ausreicht. Die vielfach postulierte Einflussnahme der DDR über den PCF zeugt von der Wirkmächtigkeit eines Klischees, das von der Gleichwertigkeit der beiden Gegner im Kalten Krieg ausgeht. Tatsächlich werden damit jedoch die finanziellen und personellen Möglichkeiten der ostdeutschen Außenpolitik deutlich überschätzt. Gleichzeitig muss auf den im Verhältnis zur Bundesrepublik anderen Stellenwert des Kommunismus in Frankreich hingewiesen werden. So erfuhr er in Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg keine Diskriminierung. Im Gegenteil, die in den 1950er Jahren noch durchaus lebendige Erinnerung an die Volksfrontregierung (1936/37) und die für die französische Gesellschaft der Nachkriegszeit konstitutive Erinnerung an die Résistance verschafften der kommunistischen Bewegung in Frankreich ein erhebliches Prestige. Der kommunistische Aspekt des Themas wird deshalb nicht gesondert betont, sondern als ein integrativer Bestandteil der politischen Kultur in Frankreich berücksichtigt werden.[31]

Aus dem durch Sperrfristen geregelten Zugang zu den französischen Archiven, insbesondere dem des Außenministeriums, ergibt sich für die Arbeit im Wesentlichen ein Schwerpunkt für die zwei Jahrzehnte zwischen der Mitte der 1950er und der Mitte der 1970er Jahre. Für die darüber hinausgehende Periode bis 1989/90 standen zwar die Archive der EFA und die der Präsidentschaft Mitterrands zur Verfügung. Die Quellenbasis ist für diese Zeit jedoch wesentlich geringer, und diese Ausgangssituation spiegelt sich auch in der Gliederung der Arbeit wider. So wurde die letzte Dekade der Beziehungen auf wirtschaftlicher und auf kultureller Ebene in kurzen Epilogen zusammengefasst. Eine grundsätzliche Beschränkung auf den Zeitraum zwischen der Mitte der 1950er und der Mitte der 1970er Jahre erschien dennoch nicht sinnvoll, denn gerade die Beschäftigung mit den Mitterrand-Archiven vermittelt den Eindruck großer Kontinuität im Verhältnis Frankreichs zur DDR zwischen den 1950er und den 1980er Jahren.[32] Die Gliederung der vorliegenden Arbeit ist in Auseinandersetzung mit diesem Phänomen und mit dem Problem der in den einzelnen Bereichen der Beziehungen sehr unterschiedlichen Chronologien entstanden. Mit einer rein chronologischen Darstellung würde ex post eine Einheitlichkeit konstruiert, die den Besonderheiten dieser Beziehungen, dem Nebeneinander der unterschiedlichen Bereiche und Akteure nicht gerecht werden würde. In diesem Sinne werden die drei großen Bereiche bilateraler Beziehungen, Politik, Wirtschaft und Kultur, im zweiten Teil der Arbeit getrennt voneinander behandelt. Mit dieser Trias allein lassen sich jedoch wiederum gewisse grundlegende Spezifika der französisch-ostdeutschen Beziehungen nicht erfassen. Dazu zählen das historisch begründete Wahrnehmungsmuster, mit dem in Frankreich die Suche nach dem „anderen Deutschland“ beginnt, das privatge-

[30] Cf. Lazar, Maisons rouges.
[31] Cf. dazu ders., Le communisme, une passion française.
[32] Zu den Kontinuitätslinien der französischen Außenpolitik seit 1958 cf. Vaïsse, La puissance ou l’influence?

sellschaftliche Netzwerk als das verbindende Element dieser Beziehungen sowie die Diskrepanz zwischen Wunschvorstellung und realem Gegenstand, die das französische Verhältnis zur DDR ganz wesentlich charakterisierte und die ihren Ursprung in der Suche nach dem „anderen Deutschland" nahm. Diese Spezifika werden in einem ersten Teil als Grundlage für die weitere Arbeit behandelt.

Der zweite Teil beginnt mit den Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, jenem Bereich der Beziehungen also, der von den im ersten Teil behandelten Grundlagen am weitesten entfernt und stattdessen selbst wichtige Voraussetzung für das Interesse an der DDR auf politischer Ebene war. Es folgt die kulturelle Ebene, der wichtigste Bereich dieser Beziehungen. Die Binnengliederung dieses Kapitels geht in besonderem Maße auf das Nebeneinander der verschiedenen Akteure und die Parallelität einzelner Entwicklungen ein. Besonderer Erklärung bedarf jedoch vor allem das letzte und umfangreichste Kapitel zu den Beziehungen auf politischer Ebene, in dem die verschiedenen Stränge aus den vorangegangenen Kapiteln zusammengeführt werden. Im ersten Abschnitt dieses Kapitels werden die Wahrnehmung der DDR und die Entstehung des Interesses an ihr auf politischer Ebene seit 1949 nachgezeichnet, die zunächst in einen ausgeprägten parlamentarischen Tourismus und später in Beziehungen auf parlamentarischer Ebene mündeten. Besonderes Gewicht hatte diese Form der parlamentarischen Diplomatie vor allem im Vorfeld der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR. Dem dahinterstehenden Problem der Anerkennung der DDR widmet sich der folgende Abschnitt. Es gilt zu zeigen, dass es sich entgegen der juristischen Definition eines einmaligen bilateralen Akts um einen langwierigen, sich über ein Jahrzehnt erstreckenden Prozess handelte, der sich noch dazu in einem hochkomplexen multilateralen Rahmen abspielte. Daran schließt sich die Frage nach der Bedeutung dieser stückweise gewährten und doch nie vollständigen völkerrechtlichen Anerkennung der DDR für die grundsätzliche Haltung Frankreichs gegenüber dem zweiten deutschen Staat und damit auch gegenüber der deutschen Einheit an. Dies ist das Thema des letzten Abschnitts, der sich mit dem Ort der DDR in der französischen Europakonzeption auseinandersetzt. Ausgehend von der Definition der grundsätzlichen Haltung Frankreichs gegenüber der deutschen Teilung und der DDR durch Charles de Gaulle im Jahre 1959 wird hier der Bogen gespannt bis hin zur viel diskutierten Reise François Mitterrands in die DDR im Dezember 1989 – dem Höhe- und gleichzeitig Schlusspunkt der französisch-ostdeutschen Beziehungen.

# Erster Teil

## Perzeption und Interesse, Kontakte und Engagement: Grundlagen für die Geschichte der Beziehungen Frankreichs zur DDR

# I. Die französische Konzeption eines „anderen Deutschlands" und die Perzeption der DDR

Deutschland und Frankreich verbindet seit dem 18. Jahrhundert eine sehr wechselhafte Geschichte, die ebenso von militärischen Auseinandersetzungen gekennzeichnet ist wie von einem sehr intensiven und wechselseitigen Kulturtransfer in Kunst, Literatur, Musik und Philosophie, aber auch in der Wissenschaft und in technischen Bereichen. Darüber hinaus spielte Deutschland bei der Herausbildung des französischen Nationalbewusstseins eine zentrale Rolle, insofern als es die Funktion des „Anderen" übernahm, von dem man sich nach außen hin abgrenzt, um im Innern die nationale Einheit zu verstärken.[1] Die bewusste und unbewusste Wahrnehmung dieser eng verflochtenen deutsch-französischen Geschichte hatte einen großen Einfluss auf die Wahrnehmung des jeweils „Anderen" und als wirkmächtige Erinnerung im Laufe des 20. Jahrhunderts auch auf die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen.[2] Welchen Einfluss das widersprüchliche Verhältnis zum deutschen Nachbarn selbst auf die französische Außenpolitik der Fünften Republik gehabt hat, lässt sich wohl kaum besser belegen als mit den widersprüchlichen Gefühlen zwischen Bewunderung und Misstrauen, die die Deutschlandperzeption ihres Begründers, Charles de Gaulle, bestimmten.[3] Dieses ambivalente Verhältnis zum deutschen Nachbarn zwischen Abstoßung und Anziehung hat in Frankreich im 19. Jahrhundert zur Ausbildung einer Theorie geführt, die es ermöglichte, ein rein positives mit einem rein negativen Deutschlandbild zu vereinbaren.

Für die französischen Philosophen und Schriftsteller des 19. Jahrhunderts war Deutschland das Land der Aufklärung, das Land des kategorischen Imperativs, das Land von Goethe und Schiller – kurzum ein Elysium der Dichter und Denker. Die Festschreibung dieses Bildes bei den französischen Intellektuellen und sonstigen Eliten des Landes ist das Werk eines einzigen Buches.[4] 1810, vier Jahre nach der vernichtenden Niederlage Preußens bei Jena und Auerstedt, jenem Moment also, in dem Hegel der „Weltgeist" zu Pferde begegnet war, erschien in Frankreich „De l'Allemagne" von Germaine de Staël-Holstein.[5] Zwei Jahre vor dem Deutschlandfeldzug Napoleons hatte Madame de Staël Deutschland bereist und sich bei dieser Gelegenheit einige Zeit im benachbarten Weimar aufgehalten. Die während dieser Reise gewonnenen Eindrücke verarbeitete sie zu einer umfassenden dreibändigen Schilderung eines Deutschlands, das in erster Linie allerdings den fran-

[1] Cf. dazu Thiesse, La création des identités nationales, S. 105–162.
[2] Cf. dazu die methodisch innovative Dissertation von Valérie-Barbara Rosoux, Les usages de la mémoire dans les relations internationales; zur Bedeutung von Erinnerung in internationalen Beziehungen cf. Schulzinger, Memory and Understanding US Foreign Relations; sowie Wenkel, L'„autre" dans le rapport franco-allemand.
[3] Cf. Vaïsse, La grandeur, S. 226.
[4] Cf. Leiner, Das Deutschlandbild in der französischen Literatur, S. 157.
[5] Cf. Gulyga, Georg Wilhelm Friedrich Hegel, S. 80–93; cf. dazu auch Möller, Fürstenstaat oder Bürgernation, S. 467–491; sowie Mieck, Leipzig/Kassel. Napoleon, Madame de Staël, Völkerschlacht.

zösischen Deutschlandvorstellungen des 18. Jahrhunderts entsprach. Das hier gezeichnete Wunschbild sollte dennoch für die französische Deutschlandperzeption im gesamten 19. Jahrhundert und weit darüber hinaus prägend werden: Selbst für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg lassen sich Belege für die Wirkmächtigkeit des von de Staël angebotenen Wahrnehmungsmusters finden.[6]

Großen Einfluss hatte dieses Deutschlandbild insbesondere auf die französischen Philosophen, da die französische Philosophie des 19. Jahrhunderts zu großen Teilen eine Auseinandersetzung mit der deutschen Philosophie und insbesondere mit Kant war – man kann hier zu Recht von einem „deutschen Jahrhundert“ sprechen.[7] Besondere Brisanz erhielt diese Auseinandersetzung mit Deutschland im Kontext des deutsch-französischen Krieges von 1870/71. Zwar hatte Heinrich Heine bereits 1835 ein Gegenbild zum Deutschland der Madame de Staël entworfen, aber erst der Krieg von 1870/71 machte eine kritische Beschäftigung mit ihrem idealisierten Deutschlandbild für französische Intellektuelle unumgänglich. War es möglich, wie Gustave Flaubert kommentierte, dass die preußische Armee von den deutschen Philosophen zwischen Jena und Sedan neu aufgestellt worden war?[8]

## Die Theorie der „deux Allemagne“ und ihre Entstehung

Innerhalb der nun einsetzenden Neubewertung Deutschlands kommt zwei Artikeln, die 1870/71 in der *Revue des deux mondes* erschienen, besondere Bedeutung zu. Ihr Autor, der Moralphilosoph und Spiritualist Elme Caro, verarbeitete hier nicht nur die militärische Niederlage seines Landes und den Verlust Elsass-Lothringens, sondern vor allem seine Enttäuschung hinsichtlich dessen, was er bislang für Deutschland gehalten hatte. Die ideelle Höhe, von der aus Caro sich im Herbst 1870 in die Realität des von deutschen Truppen belagerten Paris gestoßen sah, ist beträchtlich.[9] Auf der Suche nach Erklärungen und auch zum Trost wandte er sich Kants Metaphysik der Sitten zu und stellte sie dem Handeln Bismarcks gegenüber.[10] Der Kanzler des Deutschen Bundes und spätere Reichskanzler war für ihn die Inkarnation des preußischen Geistes, der Ursache allen Übels. Den Krieg, mit dem er Frankreich überzogen habe, bezeichnete er mit Kant als einen Vernichtungskrieg („guerre d’extermination“), dessen unverwechselbarer Charakterzug

[6] Cf. Leiner, Das Deutschlandbild in der französischen Literatur, S. 239, Anm. 15.
[7] Espagne, En deça du Rhin, S. 12.
[8] Brief von Flaubert aus dem Jahr 1872 an den Magistrat der Stadt Rouen: „Il me semble que le rêveur Fichte a réorganisé l’armée prussienne après Iéna, et que le poète Koerner a poussé contre nous quelques uhlans vers 1813?“ Zitiert nach Leiner, Das Deutschlandbild in der französischen Literatur, S. 170.
[9] Caro, La morale de la guerre, S. 581: „C’est le cas de mesurer la distance qui sépare la théorie de la pratique d’un peuple. Rien n’égale la hauteur des déclarations scientifiques de l’Allemagne, la délicatesse de sa conscience esthétique et morale, la culture de son intelligence.“
[10] Ibid., S. 577: „On sort de cette lecture fortifié; on se sent meilleur, moins prompt au découragement, plus résolu à reprendre l’œuvre si violemment interrompue du travail et de la civilisation.“

die systematische Zerstörung gewesen sei.[11] Man habe es mit gebildeten Barbaren und Eroberern im Stile eines Attila zu tun („Attilas lettrés“), die ewigen Hass säen würden.[12]

Die Unvereinbarkeit dieser beiden Pole – mit Kant auf der einen und Bismarck auf der anderen Seite – scheint für Caro und viele seiner Zeitgenossen unauflösbar zu sein. Um diesen Widerspruch dennoch aufzulösen, postulierte der Kant-Exeget die parallele Existenz zweier entgegengesetzter Moralvorstellungen in Deutschland: jene der Gelehrten, wie sie von Kant formuliert worden war, und jene der Schlachtfelder, wie sie Bismarck praktizierte. Mehr noch, er vermutete hinter jeder dieser beiden Moralvorstellungen ein jeweils anderes Deutschland.[13] Dem Deutschland Kants und der „Aufklärung“ (ein im Französischen so verwendeter Terminus) stellte er das Deutschland von Bismarck und Hegel gegenüber. Die Unterscheidung wurde in erster Linie moralphilosophisch begründet, daneben aber auch historisch: Gegenwärtig sei die „Allemagne du sentiment“ von einer „Allemagne de l’intelligence et de la force“ ohne Rechtsbewusstsein, das heißt ohne kantische Moral, verdrängt worden.[14] Diese Ablösung war aus der Sicht von Caro nicht unumkehrbar. Dass die Unterscheidung nicht geografischer Natur war (so ist nicht von Preußen, sondern vom preußischen Geist die Rede), sollte die Adaption dieses intellektuellen Konstrukts nach 1945 begünstigen.

Elme Caro (*1826) gehörte zusammen mit Gustave Flaubert (*1821), Hippolyte Taine (*1828), Ernest Renan (*1823) oder Numa Denis Fustel de Coulanges (*1830) einer Generation an, die besonders unter den Veränderungen der Jahre 1870/71 zu leiden hatte. Sie alle waren Schriftsteller des Second Empire, die zwischen 1850 und 1870 Karriere gemacht hatten. Der Krieg und die Umwälzungen der Jahre 1870/71 hinterließen deutliche Spuren in ihren Lebensläufen. Caro, dessen Vorlesungen an der *Sorbonne* zuvor sehr gefragt waren, verlor als konservativer Verfechter des Second Empire sein Publikum.[15] Von Deutschland hatte diese Generation eine rein intellektuelle Kenntnis. Je mehr sie geglaubt hatte, Deutsch-

[11] Ibid., S. 586 und 590: „Là où la méthode prussienne a passé, elle a fait scientifiquement son œuvre, et l’œuvre est bien faite: tout est vide dans la chaumière et dans le village, tout est détruit ou pris. C’est la glorieuse différence d’un peuple méthodique avec ces nations étourdies qui font tout au hasard, au mépris des règles et des formalités!“

[12] Ibid., S. 590: „Nous avons affaire à des Attilas lettrés, savants, philosophes et jurisconsultes. Est-ce une consolation, et qu’y gagnons-nous? Ce qui est triste pour l’histoire de l’humanité, c’est qu’en nous faisant cette guerre inexpiable nos ennemis ont semé derrière eux une haine éternelle.“

[13] Ibid., S. 580: „Il y a deux morales ou, si l’on aime mieux, deux consciences à la disposition de la nation allemande: celle des universités et celle des camps, celle des livres et de la vie privée, qui n’a aucun rapport avec celle de la politique. On pourrait même dire qu’il y a deux Allemagnes: l’une idéaliste et rêveuse, l’autre pratique à l’excès sur la scène du monde, utilitaire à outrance, âpre à la curée. Nous vivons depuis longtemps à cet égard dans un malentendu presque ridicule. L’épreuve a été rude; mais nous en profiterons, et nous saurons maintenant ce que peut cacher de haines sourdes, de convoitises très matérielles, de passions tenaces, le cœur de ces spéculatifs, amoureux de Gretchen et voués au sanscrit.“

[14] Caro, Les deux Allemagnes, S. 19f.

[15] Digeon, La crise allemande de la pensée française, S. 158: „Pour lui comme pour tout son groupe spirituel, la guerre de 1870 a donc marqué un tournant.“

land zu kennen, und umso mehr, als sie in Deutschland eine privilegierte Nation gesehen hatte, desto heftiger war für sie nun auch der Zusammenbruch ihrer Welt.[16] Die von Caro entworfene Theorie der „deux Allemagne“ ist in diesem Sinne als ein Versuch zu verstehen, dem Verlust einer Utopie entgegenzuwirken.

Nach einem ersten, noch unter dem Eindruck der Belagerung von Paris im Herbst 1870 entstandenen Artikel, in dem er die Theorie skizziert hatte, lieferte Caro ein Jahr darauf eine Erklärung für deren Ursprünge nach. Die Auseinandersetzung mit den Ursachen des nun zweigeteilten Deutschlandbildes und dem dahinter angenommenen janusköpfigen deutschen Wesen war vor allem eine Auseinandersetzung mit dem bislang übermächtigen Deutschlandbild der Madame de Staël. Sie war für ihn die Urheberin eines fatalen Missverständnisses[17]: Auf ihrer Reise durch Deutschland habe sie nur das gesehen, was sie habe sehen wollen. Auch sei es ihr weniger um Deutschland, ein Land, dessen Sprache sie kaum beherrsche, als vielmehr um Frankreich selbst gegangen. Ihr Bild von Deutschland entspreche mithin ihrem Ideal von Frankreich.[18] Das von ihr erschaffene Deutschland sei quasi als eine Antithese zum Frankreich des Konsulats zu verstehen.[19] Für Caro erfüllte ihre Darstellung von Deutschland somit die Funktion einer moralischen Lektion: Mit ihrer Wunschvorstellung halte sie Frankreich ein nachahmenswertes Beispiel vor Augen.[20] Es ist diese gespiegelte Selbstwahrnehmung im „Anderen“, die ihrer Auseinandersetzung mit Deutschland einen besonders emphati-

[16] Ibid., S. 156: „Mieux ils avaient pensé connaître l’Allemagne, et plus elle était devenue à leurs yeux la nation privilégiée; sur ce point encore, la guerre de 1870 produit sur eux l’effet d’un effondrement subit de la réalité à laquelle ils avaient cru. Tout leur manque à la fois, et brusquement.“

[17] Caro, Les deux Allemagnes, S. 6: „Il y a des peuples qui valent mieux que leur réputation, il y en a d’autres qui valent moins qu’elle, d’autres qui valent autrement. De là naissent parfois de terribles malentendus qui ont de longs retentissements dans l’histoire. Un de ces malentendus sur lequel nous vivions depuis plus d’un demi-siècle, et qui nous a coûté cher, avait été créé, entretenu par la générosité sans mesure de nos écrivains. Je crains que toute l’intelligence, tout l’art et le cœur de Mme de Staël n’aient réussi qu’à nous donner du peuple allemand une idée légèrement chimérique, un idéal, dirais-je plutôt, dont ces prétendus ingénus ont été les premiers à sourire. Les vrais ingénus, c’était nous.“

[18] Ibid., S. 11: „À vrai dire, c’était encore la France, mais la France de ses regrets ou de ses rêves, qu’elle avait en vue quand elle admirait cette Allemagne de sa création […]. C’était de l’amour encore pour son pays, mais de l’amour irrité.“

[19] Ibid., S. 11f.: „Et c’est ainsi que l’on vit naître dans l’imagination et sous la plume de Mme de Staël une nouvelle Germanie, exclusivement idéaliste, patriarcale, enthousiaste, le foyer de la pensée pure, la patrie des innocentes amours, une vraie idylle enfin, de tout point l’antithèse de cet autre grand peuple, vers lequel se tournaient toujours ses regards avec son cœur, et que possédait alors, qu’entraînait dans d’autres voies le génie de la conquête et de la force.“

[20] Ibid., S. 11: „Elle arrivait en Allemagne l’âme frémissante, pleine de colère contre la France du Consulat, qui s’était livrée au vertige de la conquête, et suivait avec ivresse son guide terrible à travers les champs de l’Europe, parcourus à pas de géant. Pour elle, le peuple français était en train de faire un marché dans le genre de celui de Faust: il vendait son âme pour la conquête du monde, son âme, c’est-à-dire le culte de la pensée et de l’art […]. À cette nation oublieuse, elle voulut donner à la fois une grande leçon et un grand exemple.“

schen Charakter verlieh und dem so geschaffenen Deutschlandbild eine derart durchdringende Wirkung verschaffte.

Um den Widerspruch zwischen den bestehenden Deutschlandbildern sichtbar zu machen, stellte Caro der Schilderung de Staëls diejenige Heines gegenüber.[21] Er griff damit eine alte Kontroverse auf, die bislang allerdings kaum wahrgenommen worden war. Gleichzeitig warnte er seine Landes- und Leidensgenossen, bei der Bewertung des deutschen Nachbarn nicht mit Heine ins Gegenteil zu verfallen.[22] Noch während der Belagerung hatte er seine Leser dazu aufgefordert, sich über die Kriegswirren zu erheben und sich die Bewunderung für das gute Deutschland zu bewahren.[23]

Elme Caro schuf mit der Theorie der „deux Allemagne“ nichts grundsätzlich Neues, er griff vielmehr eine Idee auf, die zu jenem Zeitpunkt Hochkonjunktur hatte und in aller Munde war. Und er gestaltete sie zu einem umfassenden theoretischen Konstrukt aus. Er wurde damit zum Protagonisten dieser schnell an Popularität gewinnenden Theorie, die ein allgemeines Bedürfnis unter Intellektuellen befriedigte.[24] Den Erfolg dieser Theorie um 1870/71 erklärt Claude Digeon mit der ihr innewohnenden Möglichkeit, sich die eigenen Illusionen hinsichtlich des deutschen Nachbarn nicht eingestehen zu müssen: Dem utopischen Deutschlandbild wurde lediglich ein neuer Stellenwert zugewiesen.[25] Deutschland konnte seine Modellfunktion behalten, indem man seine utopischen Vorstellungen auf das Deutschland der Vergangenheit projizierte.[26] Das gute Deutschland, das man bislang rückhaltlos bewundert hatte, war wie eine Seifenblase in den Wirren des Krieges zerplatzt. Gleichzeitig begann die Suche nach dem, was man verloren zu haben glaubte, die Suche nach einem anderen, besseren Deutschland.

Für den Erfolg dieser Theorie in den folgenden Jahrzehnten dürfte außerdem von entscheidender Bedeutung gewesen sein, dass es sich um ein bequemes, allgemeingültiges Wahrnehmungsmuster handelte, dessen Ambiguität seine beliebige Verwendung ermöglichte. Dem entsprach auch die allmähliche Ablösung der

[21] Ibid., S. 19: „J’ai tâché de dégager les deux types opposés du même peuple dans Mme de Staël et dans Henri Heine. Lequel de ces deux types aura raison devant l’histoire?“

[22] Ibid., S. 14.

[23] Caro, La morale de la guerre, S. 594: „Tâchons d’élever nos âmes au-dessus de ce flot sanglant de haines et de violences qui sépare les deux pays, entraînés à cette lutte par des ambitions folles ou perverses. Gardons ce que nous pourrons préserver de cette noble et libérale sympathie qui devrait suivre entre les esprits cultivés des deux races, les deux grandes ouvrières de la civilisation moderne, et préparer le jour de leur réconciliation dans la justice et dans la paix. […] L’esprit germanique, personne plus sincèrement que nous n’en a senti et reconnu l’honnête et naturelle grandeur.“

[24] Digeon, La crise allemande de la pensée française, S. 162.

[25] Ibid., S. 163: „Elle permet de voiler pudiquement l’aveu désagréable d’une erreur: la bonne et savante Allemagne du passé n’était pas irréelle, elle existe toujours, et les intellectuels français trop généreux n’avaient péché que par excès de confiance.“ Cf. dazu auch Leiner, Das Deutschlandbild in der französischen Literatur, S. 154.

[26] Digeon, La crise allemande de la pensée française, S. 164: „Ainsi, il semble que par suite du jeu intérieur des courants intellectuels français au lendemain de la défaite, la France refuse de se mettre à l’école de l’Allemagne victorieuse et se prépare à voir un modèle dans la grande Allemagne impuissante du XVIII$^{e}$ siècle.“

Theorie von der bei Caro zu findenden Auslegung und ihre zunehmend abstrakte Verwendung.

Die „crise allemande de la pensée française“[27], entstanden aus der Niederlage von 1871, war konstitutiv für die Dritte Republik und hatte somit – auch wenn sich die äußeren Rahmenbedingungen dieses Traumas im Laufe der Jahrzehnte wandelten – bis zu ihrem Ende Bestand im kollektiven Bewusstsein Frankreichs. Deutschland stand im Zentrum einer den Formierungsprozess der französischen Nation prägenden Identitätskrise. Die Reflexionen über den deutschen Nachbarn waren auch weiterhin eng verbunden mit der Reflexion über das eigene Selbstverständnis, über die Rolle Frankreichs. Eine unbefangene Bewunderung Deutschlands war nach 1870/71 nicht mehr möglich. Stattdessen schwangen fortan Befürchtungen und Ängste hinsichtlich einer militärischen, demografischen oder wirtschaftlichen Überlegenheit des deutschen Nachbarn mit.

Es ist daher kein Zufall, dass die Theorie der „deux Allemagne“ nach dem Ersten Weltkrieg ausgerechnet von jenen Franzosen bemüht wurde, die sich für die deutsch-französische Versöhnung engagierten. Zwar hatte der Glaube an die Existenz eines „guten“ Deutschlands seit 1914 in Frankreich beträchtlich gelitten, dennoch bestand er grundsätzlich auch nach 1918 fort.[28] Eine besondere Bedeutung kam hierbei in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg der Bewegung des religiösen Sozialismus zu, der die ersten Initiativen bei der Versöhnung zwischen Franzosen und Deutschen zuzuschreiben sind.[29] Marc Sangnier, Schlüsselfigur dieser Bewegung in Frankreich, entwickelte seine Vorstellung eines guten und eines schlechten Deutschlands bereits Anfang der 1920er Jahre in der Nationalversammlung: Für Sangnier stand einem preußisch geprägten, militaristischen und imperialistischen Deutschland ein pazifistisches Deutschland der Arbeiter gegenüber.[30] Wie auch Caro sah er im preußischen Geist die Ursache allen Übels. Es kam also für Sangnier darauf an, die pazifistischen Kräfte in Deutschland zu unterstützen, um den Einfluss Preußens in Deutschland zu brechen. Es ist bezeichnend, dass sich unter den Mitgliedern und Fürsprechern der *Échanges franco-allemands* seit dem Ende der 1950er Jahre zahlreiche Geistliche, aber auch Politiker befanden, die dem religiösen Sozialismus verbunden waren, wie Georges Casalis, oder solche, die von den Ideen Sangniers stark beeinflusst waren, wie etwa Maurice Schumann.[31]

Am Ende des Zweiten Weltkrieges war Deutschland militärisch zwar besiegt, das „deutsche Trauma“ in Frankreich damit jedoch nicht überwunden. Ohne die für die Dritte Republik so prägende „crise allemande de la pensée française“ ist das französische Verhältnis zu Deutschland auch nach 1944 nicht zu verstehen. Das Fortbestehen spezifischer, über mehrere Generationen eingeübter Wahrneh-

[27] Ibid., S. 1–8.

[28] Zur Entwicklung der Theorie der „deux Allemagne“ in der Zwischenkriegszeit cf. Brüning, Frankreich und Heinrich Brüning. Ein deutscher Kanzler in der französischen Wahrnehmung.

[29] Cf. Lipp, Religiöser Sozialismus und Pazifismus; sowie Boissonnat/Grannec, L’aventure du christianisme social.

[30] Journal officiel de la République française (JO) vom 20. 1. 1922, S. 44 f., cf. dazu Ilic, Frankreich und Deutschland, S. 130 f.

[31] Siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel zu Maurice Schumann (Erster Teil, II., 3.).

mungsmuster kann in diesem Zusammenhang als gesichert vorausgesetzt werden. Einzelne Elemente des französischen Deutschlandbildes gerieten zwar zeitweilig in Vergessenheit, blieben jedoch im kollektiven Gedächtnis erhalten und konnten entsprechend der jeweiligen Situation reaktiviert und nach dem Baukastenprinzip neu zusammengesetzt werden.[32] Die Kontinuität in der Wahrnehmung wurde begünstigt durch die in Frankreich von der Zwischenkriegszeit bis in die 1950er Jahre bestehende starke institutionelle und personelle Kontinuität in allen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens. Anders als in Deutschland kommt der Zäsur von 1944/45 eine sehr viel geringere Bedeutung zu. Statt eines Neuanfangs stand in Frankreich vielmehr die Rückkehr zur Normalität der Zwischenkriegszeit auf der Tagesordnung.

## Die Herausbildung von Grundmustern einer französischen DDR-Perzeption

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg bestand in der französischen Gesellschaft nur wenig Interesse an Deutschland, man war zunächst mit den eigenen wirtschaftlichen und politischen Problemen befasst.[33] Erst 1947, nachdem im Innern eine relative Stabilität wiederhergestellt worden war und nachdem der Kalte Krieg, mit Berlin als einem seiner Hauptschauplätze, begonnen hatte, wuchs allmählich auch wieder das Interesse am deutschen Nachbarn und insbesondere an einer Klärung des „deutschen Problems“. Dieser allgemeinen Tendenz entsprach unter anderem, dass die kommunistische Tageszeitung *L'Humanité* erstmals im September 1947 über die sowjetische Besatzungszone berichtete.[34]

Während Deutschland im Verlauf der ersten Berlin-Krise in Frankreich immer stärker in den Fokus des öffentlichen Interesses rückte, blieb die Wahrnehmung des Entstehungsprozesses der DDR auf kommunistische und speziell an Deutschland interessierte Kreise beschränkt. Anfang der 1950er Jahre interessierten sich diese Kreise dann in erster Linie für die Frage der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und erst in zweiter Linie für die DDR. Dass ein gewisses Interesse für den zweiten deutschen Staat ganz allmählich auch außerhalb des rein kommunistischen Milieus anzutreffen war[35], davon zeugt ein 1955 von Georges Castellan herausgegebenes Buch über die DDR. Es war in Frankreich und darüber hinaus in ganz Westeuropa die erste Publikation zu diesem Thema. Der linksliberale Historiker Castellan bietet dem interessierten Leser auf über 400 Seiten ein ausladendes Panorama zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in der DDR. Das mit den Worten „Am Anfang war das 3. Reich“[36] beginnende Buch stellt die DDR als die antifaschistische Antwort auf den Nationalsozialismus dar. Dass Castellan sich dabei bemühte, die DDR an ihren eigenen Kriterien zu messen, führte zu einer grund-

[32] Cf. dazu auch Leiner, Das Deutschlandbild in der französischen Literatur, S. 158.
[33] Cf. Hüser, Frankreichs „doppelte Deutschlandpolitik“, S. 59–63.
[34] Dies ist das Ergebnis einer systematischen Presseanalyse, die der Autor im Rahmen einer Hauptseminararbeit durchgeführt hat, die im Jahr 2000 unter dem Titel „L'image française de la RDA“ an der Universität Dijon eingereicht wurde.
[35] Cf. Cullin, Die französischen Sozialisten und die DDR, S. 35.
[36] Castellan, DDR – Allemagne de l'Est, S. 23: „Au commencement était le III$^{e}$ Reich.“

sätzlich positiven Darstellung, auch wenn er etwa die Ereignisse vom Juni 1953 zum Anlass nahm, um Kritik am sozialistischen System der DDR zu üben. Der Germanist Edmond Vermeil betonte im Vorwort des Buches, dass die Synthese von deutschem und sowjetischem Kommunismus in der DDR ein ganz neues Modell des Sozialismus hervorgebracht habe.[37] Aus dieser umfangreichen Studie ging 1961 ein Band der populären *Que sais-je?*-Reihe über die DDR hervor. Aufgrund seiner zahlreichen Neuauflagen war es bis weit in die 1980er Jahre das meistgelesene Buch über die DDR in französischer Sprache.[38]

Erst im Zuge der zweiten Berlin-Krise wurde die Wahrnehmung einer breiten französischen Öffentlichkeit für die Existenz eines zweiten deutschen Staates geschärft. Von entscheidender Bedeutung dürfte dabei der Bau der Mauer gewesen sein, mit der die politische Teilung Deutschlands auch geografisch sichtbar wurde. Erst jetzt existierte aus französischer Sicht ein von der Oder-Neiße-Grenze auf der einen und der innerdeutschen Grenze auf der anderen Seite deutlich umrissener, eigenständiger politisch-geografischer Raum.[39] Bezeichnenderweise war auch erst jetzt verstärkt von der DDR als von einer „terra incognita“ die Rede.[40]

Es ist kein Zufall, dass die DDR in dieser Zeit auch Einzug in die französischen Schulbücher im Fach Geografie hielt.[41] Eines der ersten Beispiele ist ein Lehrbuch aus dem Bélin-Verlag von 1961, in dem man der Darstellung der DDR unter der Überschrift „Les deux Allemagnes“ fünf Seiten einräumte (zum Vergleich: Der Bundesrepublik sind im selben Kapitel dreizehn Seiten gewidmet).[42] Auch in der Darstellung selbst finden sich zahlreiche Parallelismen: etwa hinsichtlich der Schaffung beider deutscher Staaten als exemplarisches Modell des Kapitalismus beziehungsweise des Sozialismus oder hinsichtlich des zweifachen deutschen Wirtschaftswunders. Mit Blick auf die DDR wird festgestellt, dass aus einer künstlichen Schöpfung etwas Dauerhaftes entstanden sei. Entsprechend wurde der eigenständige Charakter der DDR im Verhältnis zur Bundesrepublik betont, wurde die DDR als Gegenentwurf zur Bundesrepublik präsentiert.[43] Diese Form einer Gegenüberstellung der beiden politischen und sozialen Systeme und das auch bei Castellan anzutreffende Bemühen um ein neutrales Bild hatten eine vor allem in den 1960er Jahren vielfach positive und sehr vorteilhafte Bewertung der DDR zur

[37] Ibid., S. 12–18.
[38] Castellan, La République démocratique allemande (1961–1987), cf. dazu Badia, Fachliteratur über die DDR. Eine kommentierte Bibliographie, S. 334–341; siehe dazu in dieser Arbeit auch das Kapitel über Georges Castellan (Erster Teil, II., 3.).
[39] Zum Verhältnis von Grenze und Wahrnehmung cf. Raffestin, La frontière comme représentation, S. 298–301.
[40] Siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel zum parlamentarischen Diskurs (Zweiter Teil, C., I., 1.).
[41] Cf. Bittner, Die Darstellung Deutschlands in französischen Geographielehrbüchern, S. 123.
[42] Prévot, Géographie du monde contemporain (1961), S. 324: „L'Allemagne de l'Est ou République démocratique est un ancien pays slave, colonisé et germanisé entre l'époque carolingienne et le XVI$^{e}$ siècle, de structure socialiste, comme les démocraties populaires de l'Europe orientale.“
[43] Ibid., S. 337–341.

Folge. Verstärkt wird dieser Eindruck bisweilen durch die Gegenüberstellung von Quellen, wie den Verfassungen beider deutscher Staaten.[44]

Demgegenüber finden sich Darstellungen der DDR in französischen Geschichtslehrbüchern erst ab den 1970er und verstärkt in den 1980er Jahren, und diese sind dann zumeist reduziert auf wenige Episoden: ihre Gründung als Folge der Berlin-Blockade und Antwort auf die Gründung der Bundesrepublik, die Ereignisse vom Juni 1953, der Bau der Mauer im Rahmen und als Lösung der zweiten Berlin-Krise sowie die Normalisierung der innerdeutschen Beziehungen zu Beginn der 1970er Jahre. Entsprechend der Darstellung der beiden deutschen Staaten in den Geografiebüchern setzte sich der konstatierte Parallelismus auch bei der Darstellung der ostdeutschen und westdeutschen Geschichte in den Geschichtsbüchern fort und war dort bis zum Ende der DDR anzutreffen.[45] In den Geschichtsbüchern wie auch im Lehrmaterial für den Deutschunterricht wurde der DDR Platz zur Selbstdarstellung eingeräumt, wenn beispielsweise die Schaffung des neuen sozialistischen Menschen mit Texten und Bildmaterial aus der DDR veranschaulicht wurde.

Die in den Schulbüchern häufig auftretende parallele Sichtweise auf die beiden deutschen Staaten findet sich auch an anderer Stelle wieder. So wurde etwa im Schriftverkehr des französischen Außenministeriums bereits seit 1949 jeweils mit parallelen Bezeichnungen für die beiden Staaten gearbeitet: Allemagne occidentale/Allemagne orientale, Allemagne de l’Ouest/Allemagne de l’Est und insbesondere RFA/RDA.

Wichtig für die französische Wahrnehmung der DDR war auch, dass sich auf ihrem Gebiet zahlreiche Orte mit einer großen deutschen Tradition, Kulturzentren – Erinnerungsorte – befanden. Zu nennen sind insbesondere Dresden, die Residenzstadt Augusts des Starken; Potsdam, Synonym nicht nur für die Aufnahme Voltaires, sondern auch die Tausender Hugenotten in Preußen; Wittenberg, der Ort, in dem Luther seine Thesen angeschlagen hat; Weimar, die Wirkungsstätte Goethes und Schillers; Leipzig, traditionsreichster Messeort in Deutschland und gleichzeitig Wirkungsstätte Bachs, und nicht zuletzt die Berliner Humboldt-Universität als eine der bedeutendsten deutschen Universitäten, an der schon Hegel, Robert Koch oder Albert Einstein gelehrt hatten.[46]

## Die Übertragung der Theorie der „deux Allemagne“ auf die beiden deutschen Staaten

Wenn seit Ende der 1940er Jahre mit Blick auf die beiden deutschen Staaten von den „deux Allemagnes“ die Rede war, so geschah dies immer vor dem Hintergrund einer Wahrnehmung von Deutschland als Ganzem. Als Beispiel ließe sich das bereits erwähnte Geografie-Buch von 1961 zitieren, in dem die parallele Betrachtung beider deutscher Staaten mit der Bemerkung endet, man müsse

[44] Cf. Krauskopf, Das Deutschland- und Frankreichbild in Schulbüchern, S. 208 f.
[45] Frank, Histoire. Terminale G (1990), S. 52–65.
[46] Cf. Möller/Morizet, Franzosen und Deutsche.

Deutschland dennoch als eine Einheit begreifen.[47] In welchem Maße Deutschland auch im französischen Außenministerium in den 1950er Jahren als Einheit betrachtet wurde, zeigt etwa eine Diskussion von 1957 über Stipendien für ostdeutsche Studenten aus den für die (west)deutsch-französischen Beziehungen gewährten Mitteln.[48]

Die Darstellung von zwei völlig verschiedenen Teilen als Teile eines Ganzen und die damit verbundene Sicht auf die beiden deutschen Staaten als zwei dem Wesen nach unterschiedliche und dennoch zusammengehörige Teile entspricht einer wenn auch unbewussten Anwendung der Theorie der „deux Allemagne“. Es hing jedoch vom jeweiligen politischen Standpunkt ab, welcher Teil Deutschlands als das „gute“ beziehungsweise das „schlechte“ Deutschland angesehen wurde. Bei einer Entscheidung für die DDR als das „gute Deutschland“, wie sie in linken Kreisen getroffen wurde, bestimmte in den 1950er Jahren entweder ein mehr oder weniger ausgeprägtes Interesse am Aufbau eines sozialistischen Deutschlands oder aber die Kritik an der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik den Blick auf die DDR. Tatsächlich ermöglichte erst die Debatte um die EVG und die (west)deutsche Wiederbewaffnung eine konsequente Bedienung des überlieferten Schemas.[49] Demgegenüber galt für konservative, Deutschland gegenüber skeptisch eingestellte Kreise zur selben Zeit nicht selten Österreich als das „andere Deutschland“.

Für die Wahrnehmung der DDR als das „gute Deutschland“ war es in diesem Zusammenhang von großer Bedeutung, dass sich das Verständnis des „anderen Deutschlands“ seit 1870/71 in sein Gegenteil verkehrt hatte: Eine prinzipiell positive Sicht auf Deutschland hatte 1870 dazu geführt, dass man ein militaristisches Deutschland als das „andere Deutschland“ kennenlernte. 1945, nach drei deutsch-französischen Kriegen, wurde Deutschland in erster Linie als ein Land mit militaristischem Charakter gesehen. Das „andere Deutschland“ war nun jenes Deutschland, von dem man 1870 geglaubt hatte, es verloren zu haben. Dass der Bundesrepublik dabei die Rolle des „eigentlichen Deutschlands“ zuerkannt wurde, hing in erster Linie mit ihrer Zugehörigkeit zu den westlichen Bündnissystemen zusammen. Die Bundesrepublik war, ganz im Gegensatz zur DDR, der in den französischen Medien äußerst präsente Bündnispartner Frankreichs. Verstärkt wurde dies noch durch den von der Bundesrepublik verteidigten und der französischen Regierung gezwungenermaßen mitgetragenen Alleinvertretungsanspruch. Dem-

[47] Prévot, Géographie du monde contemporain (1961), S. 341: „La plus artificielle des frontières peut faire en effet d'un même peuple deux nations hétérogènes par l'éducation, par le climat politique, économique, social. Mais l'aspiration à l'unité subsiste, fort vive, de part et d'autre de la frontière de 1945. Même si les Allemands ne forment pas un seul État, ils conservent une même culture, les mêmes traditions, des sentiments semblables. […] Le découpage de Berlin est aussi stupéfiant qu'une frontière politique qui séparerait l'ouest de l'est de Paris en passant par le boulevard Sébastopol et le boulevard Saint-Michel. C'est dans le cadre de toute l'Allemagne qu'il convient de décrire les paysages allemands.“

[48] AMAE, RDA 1956–1960, 14, f. 015ff.: Schreiben der franz. Botschaft in Bonn vom 17. 4. 1957 an die S/DEUC.

[49] Cf. dazu die bei Girard und Stoetzel veröffentlichten Meinungsumfragen: Girard/Stoetzel, L'opinion publique devant la CED, S. 128–131.

gegenüber war die DDR das zweite Deutschland.[50] Dass man von der DDR lange Zeit nicht viel mehr kannte als das Theater Brechts und die Romane von Anna Seghers, begünstigte in vornehmlich linksintellektuellen Kreisen die Wahrnehmung der DDR als das „andere Deutschland“.

In diesem Kontext verdient ein Sonderheft der kommunistischen Zeitschrift *La Nouvelle Critique* von 1956 besondere Beachtung, das der Präsentation der DDR gewidmet war und in dessen Zentrum sich eine Anthologie der ostdeutschen Literatur findet. Die Herausgeber dieses Heftes (Émile Bottigelli, Gilbert Badia, André Gisselbrecht und Pierre Villon) waren gleichzeitig die Hauptakteure des Heine-Kreises, der ersten Form des organisierten DDR-Interesses in Frankreich. Im Vorwort bemühten sich die Herausgeber zu zeigen, dass Deutschland trotz aller militärischen Ambitionen und trotz der gegen Frankreich geführten Eroberungsfeldzüge nicht ausschließlich schlecht sei, dass es auch eine andere Seite habe. Schließlich hätten sich am französischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus auch Deutsche beteiligt. Ihre Argumentation, dass in diesen Kämpfen der demokratischen gegen die militaristischen Kräfte Deutschlands die historischen Ursprünge der DDR liegen, wird sehr anschaulich belegt durch die Beiträge von Politikern und Schriftstellern aus der DDR, die wie Alexander Abusch oder Anna Seghers in der Résistance aktiv waren. Die RDA wird dementsprechend zur „République démocratique amie“, einer Verbündeten bei der Lösung des „deutschen Problems“. Durch die zahlreichen Anspielungen auf das schematische Wahrnehmungsmuster wurde jeglicher Ansatz zu einer Differenzierung, etwa der Hinweis auf die Existenz demokratischer Kräfte in ganz Deutschland, wirkungslos. Aus den zahlreichen Anspielungen und Hinweisen musste der Leser vielmehr den Eindruck gewinnen, dass es sich bei der DDR um das „bessere Deutschland“ handele.[51]

Dass mangelnde Informationen über die DDR die Übertragung der Theorie der „deux Allemagne“ auf die beiden deutschen Staaten begünstigte, zeigt auch der abschließende Beitrag von Pierre Villon, einem Gründungsmitglied des *Conseil national de la Résistance*. Villon beschrieb hier unter dem Titel „La France devant les deux Allemagnes“ ausführlich die westdeutsche Entwicklung als Negativfolie, während er der DDR selbst sehr viel weniger Seiten widmete: Obwohl man 1944 in Frankreich gewusst habe, dass es vor allem auf die Vernichtung des preußischen Geistes ankomme, habe man sich zugunsten der französischen Wirtschaft für das „falsche“ Deutschland entschieden.[52] Zwar habe es in ganz Deutschland den Willen zur Beseitigung des Militarismus und des deutschen Imperialismus gegeben. Im Westen Deutschlands sei die Umsetzung dieses Vorhabens jedoch

[50] So trägt beispielsweise das Kapitel über die DDR eines 1960 erschienenen Schulbuches über Deutschland von Joseph Rovan die Überschrift „Allemagne numéro deux“, cf. Rovan, Allemagne (1960).

[51] Vorwort zu La Nouvelle Critique 73/74 (März–Apr. 1956), S. 3–7.

[52] Villon, La France devant les deux Allemagnes, S. 475: „Placée devant le choix entre une Allemagne démocratique et pacifique, où les forces du militarisme et du fascisme auraient perdu leur base économique, et une Allemagne où ces forces retrouveraient leur puissance économique, politique et militaire, le capital financier français a préféré choisir cette dernière bien qu'elle soit un danger mortel pour la France.“

durch die westlichen Siegermächte verhindert worden, die mit dem Potsdamer Abkommen gebrochen hätten. Mehr noch, Frankreich habe sich mit der EGKS und den Pariser Verträgen in große Abhängigkeit zur Bundesrepublik begeben. Und anstatt sich 1955 in Genf für die französische Sicherheit und gegen den deutschen Militarismus einzusetzen, habe Frankreich mit seiner Verhandlungstaktik die „revanchards de Bonn“ noch unterstützt. Dass Bonn 1955 zudem unmittelbar mit Moskau verhandelte, weckte Erinnerungen an Rapallo. Frankreich falle in diesem Zusammenhang nur noch die Funktion des strategisch notwendigen „Hinterlandes“ zu. Dem Leser sollte mit dieser Argumentation die Entscheidung gegen das für Frankreich schlechte, amerikanische und für das gute, sowjetische Deutschland erleichtert werden. Selbst die Schaffung einer ostdeutschen Armee wurde nahtlos in dieses Raster eingepasst – die Armee der Arbeiter und Bauern, das heißt die Armee des „guten Deutschlands“, diene schließlich nur der Bekämpfung des „schlechten Deutschlands“.[53]

Mit einer antifaschistischen Regierung, wie es sie in der DDR gebe, sei eine Rückkehr zu Bismarck nicht mehr möglich.[54] Ihre Existenz verhindere zudem, dass die von Villon als natürlich angesehene deutsche Wiedervereinigung nicht unter preußischen Vorzeichen realisiert werde.[55] Die Anerkennung der DDR diene Frankreich in diesem Zusammenhang als Garantie gegenüber dem „schlechten Deutschland“.[56] Die Rückkehr zum „guten Deutschland“, von dem Frankreich nichts mehr zu befürchten habe, war für Villon allein auf dem von der DDR vorgezeichneten sozialistischen Weg möglich.

Dass sich die Assoziation der DDR mit dem „guten Deutschland“ in dieser ausgeprägten Form nur in der kommunistisch geprägten Literatur findet, spricht nicht gegen ihre Verwendung durch Franzosen jenseits des kommunistischen Einflussbereiches. Sicher, die Bezeichnung der DDR als das Deutschland, das dem Potsdamer Abkommen gegenüber loyal geblieben ist, war seit Gründung der DDR

[53] Ibid., S. 483: „Mais ces forces armées ne sont pas une menace pour notre pays, elles sont au service d’un État d’ouvriers et de paysans et non pas d’un État aux mains des impérialistes et des féodaux. Cette armée-là a été constituée contre la menace du militarisme allemand. Elle est l’alliée naturelle de la France.“

[54] Ibid., S. 489: „[…] on sait que dans cette Allemagne-là, dirigée par le glorieux compagnon de Karl Liebknecht, Wilhelm Pieck, par l’ancien socialiste Otto Grotewohl et par le compagnon de Thaelmann, Walter Ulbricht et d’autres antifascistes éprouvés, il n’y a pas de retour possible vers les fantômes de la mystique hitlérienne et de la pacotille prémoyenâgeuse de l’époque de Bismarck et de Guillaume II.“

[55] Ibid., S. 489f.: „L’existence de la République démocratique allemande est la meilleure garantie pour la victoire des forces démocratiques en Allemagne. […] De plus en plus elle apparaîtra comme la seule Allemagne qui veut l’unité allemande, la grandeur allemande véritable, l’indépendance allemande. […] Des esprits chagrins peuvent se demander si on n’a pas eu tort de passer à la construction du socialisme, si cela ne rend pas, demain, plus difficile la réunification. Cela rend certes plus difficile la réunification sous la poigne des junkers prussiens, des banquiers et des marchands de canons. L’immense majorité des ouvriers et des paysans de la RDA ne permettra pas une telle réunification. Mais s’il s’agit de faire l’unification contre ces forces rétrogrades, alors la réalisation du socialisme n’est pas un frein, mais une aide immense.“

[56] Ibid., S. 484: „Une telle reconnaissance est justement une garantie supplémentaire contre la menace que pourrait constituer une Allemagne occidentale agressive.“

ein gängiges rhetorisches Element der kommunistischen Deutschlandpropaganda in Frankreich.[57] Dennoch fand die dahinterstehende Argumentation auch Eingang in das Bewusstsein breiter Kreise der französischen Öffentlichkeit, etwa wenn die DDR in Schulbüchern als das Deutschland ohne territoriale Ansprüche dargestellt wurde, welches die Oder-Neiße-Grenze anerkannt hat.[58]

Auf besonders offene Ohren stieß dieses Wahrnehmungsmuster bei ehemaligen Widerstandskämpfern: In einem 1960 im Bulletin der EFA erschienenen Artikel bezeugte Natalis Dumez, Christdemokrat und Begründer der Widerstandsbewegung *Voix du Nord*, jenes Misstrauen, welches er und seinesgleichen grundsätzlich gegenüber Deutschland, aber insbesondere auch gegenüber dem Auftreten der Bundesrepublik hegten. Demgegenüber habe er bei einer Reise in die DDR Deutsche kennengelernt, die seine Besorgnis über ein wiedererstarkendes Deutschland teilten, und er war sich sicher, hier das Antlitz eines neuen Deutschlands erblickt zu haben.[59] In der zweiten Hälfte der 1950er Jahre nahm die Zahl der Reisen von Franzosen in die DDR zu. Beliebte Reiseziele französischer Gruppen waren die Gedenkstätten in Buchenwald, Sachsenhausen oder Ravensbrück. Bei ihrer Rückkehr waren nicht wenige der Mitreisenden überzeugt, ein „anderes Deutschland“ gefunden zu haben, eines, das dem Militarismus den Rücken zugewandt habe.[60] Ein anderes Verhältnis zur nationalsozialistischen Vergangenheit konstatierte auch der Handelsattaché der französischen Botschaft in Bonn nach einem seiner Messebesuche in Leipzig. Er nahm an, dass die Härte der sowjetischen Besatzung bei den Ostdeutschen ein ausgeprägtes Schuldbewusstsein hinterlassen habe, welches

[57] ANF, C 15333: Protokoll der Sitzung vom 8. 11. 1949, S. 54: „La réponse de M. le ministre entraînerait tout le problème de savoir la différence qu'il y a entre les deux Allemagnes, celle où l'on applique les accords de Potsdam et celle où on leur a tourné le dos.“ (François Billoux).

[58] Wolikow, Histoire du temps présent 1939/1982 (1983).

[59] Dumez, Le visage d'une Allemagne nouvelle, in: Rencontres 4 (Apr. 1960), S. 3: „Ce qui subsiste, il faut bien le dire, parmi nos amis de la Résistance et chez un grand nombre de Français, c'est la méfiance à l'égard de l'Allemagne. Cette méfiance n'est-elle pas justifiée par tous nos souvenirs et par tout ce que nous apprenons de l'état d'esprit actuel de la République fédérale allemande […]; ne doit-on pas tout craindre d'un pays […], où le chancelier Adenauer entonne le vieux thème hitlérien de ‚la mission de l'Allemagne', appelée à prendre la tête de l'Occident contre les pays de l'Est. […] Que mes amis se rassurent: je n'oublie rien et je ne trahis pas la mémoire de nos morts. Je suis allé en République démocratique allemande et j'y ai été reçu par des hommes qui savaient parfaitement qui j'étais, ce que j'avais fait et comment j'étais prêt à recommencer mon combat, s'il le fallait. C'est d'ailleurs précisément pour cela que j'y ai reçu un accueil; je m'y retrouvais avec des hommes et des femmes, qui, dès 1933, avaient lutté contre le régime hitlérien, avaient dénoncé le danger qu'il représentait et avaient subi, dans les prisons et les camps, la barbarie nazie. […] Oui ils veulent la réunification de l'Allemagne, mais ils comprennent et partagent notre souhait que cette réunification ne constitue pas un nouveau danger pour la paix […].“

[60] Auszugsweiser Abdruck eines Briefes des Abbé Henri Debisschop an die EFA, in: Rencontres 1 (Nov. 1959), S. 2: „Je suis rentré de RDA enchanté des conditions d'accueil et de voyage et avec un bagage considérable de renseignements, d'enseignements, etc. Le régime politique et la condition sociale sont ceux que vous savez – il y a intérêt à les voir de près, on comprend mieux. Il y a intérêt à constater qu'il y a là-bas une seconde Allemagne – totalement différente de la première – où l'on craint la guerre, le ‚militarisme'.“

den Westdeutschen bereits zu großen Teilen abhandengekommen sei.[61] Von Vertretern französischer Verbände ehemaliger KZ-Insassen wurde als besonders wirksames Mittel bei der Säuberung der DDR vom Nationalsozialismus dagegen immer wieder die Erziehungspolitik der DDR benannt.[62] Auch dieses Motiv fand vereinzelt Eingang in französische Schulbücher, insbesondere da, wo die Unterrichtsreformen in der DDR als ein Mittel zur Demokratisierung der Gesellschaft dargestellt wurden.[63]

Die Furcht vor einem Wiedererstarken des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik war bis in die 1960er Jahre in Frankreich weitverbreitet. Wenn ein ehemaliger Abteilungsleiter des *Ministère des Anciens Combattants* der Bundesrepublik hinsichtlich ihrer Politik gegenüber der DDR Absolutismus und die Missachtung bestehender Grenzen unterstellte, so lässt sich dies auch als eine Anspielung auf den deutsch-französischen Grenzkonflikt verstehen. Das Engagement für die Beziehungen mit der DDR war hier somit in erster Linie ein Engagement gegen eine Stärkung des „schlechten Deutschlands“.[64]

Einen nicht zu unterschätzenden Anteil an der Wahrnehmung der DDR in Frankreich als das „gute Deutschland“ hatte auch der von Georges Castellan 1961 erstmals veröffentlichte *Que sais-je?*-Band, in dem er die DDR als ein auf einer Philosophie fußendes Staats- und Gesellschaftswesen darstellte.[65] In einer Buchbesprechung warf ihm Alfred Grosser daraufhin vor, damit und mit seiner unkritischen Sicht auf die DDR eigentlich ein *Que sais-je?* über das „gute Deutschland“ geschrieben zu haben. Für Grosser stand dieses Buch stellvertretend für eine breite Strömung in der französischen Germanistik, die aufgrund einer tief sitzenden Antipathie gegenüber ihrem Forschungsgegenstand aus der Bundesrepublik die

[61] AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne de l’Est, 732, f. 136ff.: Note von Lefort vom 30. 9. 1955: „Il est intéressant de constater à cet égard que, par le jeu d’un mécanisme psychologique évident, la dureté même de l’occupation a convaincu l’Allemand de la gravité des crimes de guerre commis par lui; elle a imprimé dans sa conscience un sens aigu de sa culpabilité, sens que, sous un régime plus doux, l’Allemand occidental a en grande partie perdu.“

[62] AEFA, II[e] Congrès national: Brief der Association française Buchenwald-Dora et commandos, Roth, vom 7. 2. 1966 an die EFA: „Je vous souhaite un légitime et nécessaire succès [für den zweiten Nationalkongress – Ch. W.], certain d’être aussi l’interprète de nombreux camarades et amis rescapés des anciens camps de concentration hitlériens de Buchenwald, de Dora et de leurs commandos, qui apprécient l’œuvre de la RDA dans le domaine de l’éducation de sa jeunesse dans l’esprit des meilleurs fils du peuple allemand qui luttaient à nos côtés, contre la barbarie.“

[63] Trotignon, Histoire de 1939 à nos jours pour classes terminales (1983).

[64] AEFA, III[e] Congrès national: Brief von Espiard vom 21. 2. 1968 an die EFA, Hauriou: „C’est plus nécessaire que jamais [die Aktivitäten der EFA – Ch. W.] au moment où, en RFA, le nazisme relève la tête avec la complicité des dirigeants de Bonn … et la bénédiction du Général président qui entérine leurs prétentions à représenter toute l’Allemagne en parlant de ‚la séparation nouvelle et inacceptable que subit le peuple allemand‘. C’est faire bon marché des sentiments des citoyens de la RDA qui souhaitent se rapprocher de leurs frères de l’Allemagne occidentale, mais dont les tentatives à cet effet se heurtent à l’absolutisme des Kiesinger, des Strauss et de tous ceux qui voudraient revenir aux frontières de 1937 – pour ne pas dire de 1939!“

[65] Castellan, La République démocratique allemande (1961), S. 5: „Ce petit livre veut être l’étude condensée, mais scientifique, d’un système social fondé sur une philosophie.“

Erbin des „schlechten Deutschlands“ gemacht habe und im Umkehrschluss aus ihrem Gegner, der DDR, das „gute Deutschland“.[66] Verbunden mit der bei französischen Linken verbreiteten Furcht, sich dem Vorwurf des Antikommunismus auszusetzen, gelte die Kritik an der Bundesrepublik, so Grosser, als Ausweis von Objektivität, die Kritik an der DDR hingegen als Angriff auf den gesellschaftlichen Fortschritt. Von den in der Rezension angesprochenen Germanisten reagierte unter anderem Gilbert Badia, der seine Beunruhigung hinsichtlich der Bundesrepublik mit dem Einfluss eines Hans Globke und der Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Grenze rechtfertigte. Auch nutzte er die Gelegenheit zur Kritik an der üblichen Tabuisierung jenes anderen Deutschlands, das im Gegensatz zur Bundesrepublik keine Gebietsansprüche habe. Dies impliziere aber weder eine Zustimmung zum Regime der DDR noch entspreche es einer Gleichsetzung der Bundesrepublik mit dem Topos des „schlechten Deutschlands“.[67] Auch wehrte sich Badia gegen die von Grosser unterstellte Antipathie gegenüber Deutschland: Zwar hege man tatsächlich keine Sympathie für den Nationalsozialismus oder den Pangermanismus, wie sie von Charles Andler, Edmond Vermeil und Robert Minder dar-

[66] Grosser, Que sais-je de la bonne Allemagne?, S. 85: „Bien que l’auteur soit historien, sa spécialisation allemande le rend assez représentatif d’un courant très profond de la germanistique française. […] depuis une dizaine d’années, un étrange phénomène psychologique n’a cessé de s’intensifier chez bon nombre d’entre eux: la République fédérale, véritable héritière de l’Allemagne antipathique, est une ‚mauvaise‘ Allemagne. La RDA, étant son ennemie, est d’évidence une ‚bonne‘ Allemagne.“ Die gesellschaftliche Relevanz dieses Wahrnehmungsmusters wurde selbst von westdeutschen Diplomaten in Frankreich bestätigt, cf. PA/AA, B 24, 608: Schreiben des westdt. Konsulats in Lille vom 6. 7. 1967 an das AA: „Die DDR wird als Heimat und Pflegestätte der geistig-kulturellen Werte der Deutschen, der Betonung humanistischer und sozialer Ziele bei der Erziehung, mit Frankreich durch die Bejahung der großen Idee der französischen Revolution besonders eng verbunden, dargestellt, während im Gegensatz dazu die Deutschen in der Bundesrepublik, angeblich in preußisch-militaristischem Geiste erzogen, auch nach dem Kriege in kapitalistischen und nazistisch-revanchistischen Vorstellungen verhaftet seien! So absurd und verfälscht diese ‚Kulturpropaganda‘ sein mag, so kommt sie nach den hiesigen Beobachtungen der Mentalität vieler Franzosen, selbst in gehobenen Schichten der Bevölkerung, weitgehend entgegen.“

[67] Badia, La RDA, les deux Allemagnes et les germanistes français, S. 121: „Il n’en reste pas moins que, pour nous, la République fédérale demeure une Allemagne inquiétante, où nous voyons de nouveau à l’œuvre certains des hommes qui ont permis à Hitler de conquérir le pouvoir, puis qui l’ont fidèlement servi. Faut-il citer une fois de plus le nom de Globke? Faut-il répéter que la République démocratique, elle, n’a pas de revendications territoriales, qu’elle entretient d’excellentes relations avec ses voisins, tandis que la RFA n’a pas voulu jusqu’ici envoyer d’ambassadeur à Varsovie ou à Prague? Faut-il préciser que la République démocratique propose la neutralisation des deux Allemagnes, tandis que la RFA et ses généraux réclament les bombes atomiques? Si la gauche française souligne ces faits indiscutables, elle fait effectivement preuve d’objectivité. Et ces constatations n’impliquent nullement qu’on approuve le régime intérieur de la République démocratique allemande. […] Nous ne dirons pas […] que la RFA est une mauvaise Allemagne. Mais nous sommes heureux que les germanistes français critiquent objectivement ce qu’il y a de mauvais dans cette Allemagne-là et soient désormais en mesure de mieux connaître l’autre Allemagne, cet État pacifique qu’est la République démocratique allemande […].“ Cf. dazu auch Lusset, Allemagne, ouest et est, S. 92 f. mit einer Stellungnahme von Alfred Grosser.

gestellt wurden, dafür habe man umso mehr Interesse an den humanistischen Traditionen Deutschlands, an Dürer, Beethoven, Heine, Goethe, Schiller, Thomas Mann oder eben an Brecht. Wie stark die auf die Bundesrepublik übertragene Abneigung gegenüber Deutschland jedoch tatsächlich war, zeigt ein Bekenntnis Castellans an anderer Stelle: Ihm sei es bisweilen schwergefallen, in Westdeutschland gewissen Personen die Hand zu geben – eine Situation, wie er sie im „anderen Deutschland“ nicht erlebt habe.[68]

Nach 1918 und verstärkt nach 1945 war das „andere Deutschland“ in der französischen Wahrnehmung immer auch das humanistische Deutschland. Welchen Einfluss diese Koinzidenz auf das Interesse an der Etablierung von Kulturbeziehungen mit der DDR hatte, zeigt die Auseinandersetzung mit den Aktivitäten der EFA in diesem Bereich: So verdeutlicht etwa die Benennung von Fachzirkeln, die für die Organisation kulturellen Austausches mit der DDR zuständig waren, nach Dürer, Bach und Beethoven, in welchem Maße man die humanistischen Traditionen Deutschlands mit der DDR assoziierte.[69] Die Ähnlichkeit mit dem Selbstbild der DDR darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Sichtweise der französischen Konzeption eines „anderen Deutschlands“ entsprang, in die es sich nahtlos einfügte. Dass diese Verbindung zwischen der DDR und den humanistischen Traditionen auch von einer breiteren französischen Öffentlichkeit hergestellt wurde, war nicht zuletzt der Einordnung von Brecht und seines in Frankreich sehr populären Theaters in diese Traditionen geschuldet.[70] Und selbst bei François Mitterrand ließ sich ein Echo dieses Wahrnehmungsmusters vernehmen, wenn er gelegentlich einer Rede in Ost-Berlin im Dezember 1989 den ostdeutschen Beitrag zur europäischen Zivilisation hervorhob.[71]

Anspielungen auf die Theorie der „deux Allemagne“ tauchten im Laufe der Jahrzehnte nach 1945 in sehr unterschiedlicher Gestalt auf. Für den sozialistischen Senator Georges Rougeron stand dem Deutschland mit germanischem Adler ein Deutschland mit Ähre und Zirkel gegenüber.[72] Der Schriftsteller Arthur Adamov unterschied zwischen dem Deutschland mit dem in Frankreich negativ besetzten Deutschlandlied und jenem mit einer von Hanns Eisler komponierten Hymne.[73]

[68] Castellan, Itinéraires allemands, S. 288: „Pareille mésaventure ne m’était pas arrivée dans l’autre Allemagne.“

[69] Cf. dazu ders., Retrouver l’humanisme, in: Rencontres 27 (Mai 1964): „Notre entreprise [Aktivitäten der EFA – Ch. W.] n’est pas polémique. Elle voudrait, au contraire, exorciser les vieux démons, faire que l’on puisse parler de l’Allemagne et penser aux Allemands sans évoquer aussitôt et Guillaume II et Hitler. C’est pourquoi nous l’avons située au plan de la culture. […] Et les noms se pressent sous la plume: de Goethe à Brecht, de Bach à Dessau. Une tradition ininterrompue qui fait éclater l’image simpliste des deux Allemagnes, la bonne, celle de Weimar, la mauvaise, celle de Potsdam.“

[70] Cf. dazu Théâtre populaire 11 (Jan.–Febr. 1955); siehe dazu in dieser Arbeit auch das Kapitel zu Brecht und dem Théâtre des nations (Zweiter Teil, B., I., 1.).

[71] ANF, 5 AG 4, CD 187: Rede Mitterrands vom 21. 12. 1989 (in der vorgetragenen Fassung): „Comment ne pas souligner d’un mot l’apport de votre pays à la civilisation européenne?“ Siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel zur europäischen Einheit (Zweiter Teil, C., III., 3.).

[72] Rougeron, Regards sur l’Allemagne (Sonderheft von Rencontres, 1964), S. 7.

[73] AEFA, III$^{e}$ Congrès national: Brief von Adamov vom 19. 2. 1968 an die EFA: „La République fédérale elle-même sera bien contrainte à cette reconnaissance, les victoires sur le

Und bei André Gisselbrecht trifft man auf das Deutungsmuster in einem Wortspiel, wenn er zwischen der „bonne Allemagne“ und der „Allemagne de Bonn“ differenzierte.[74] Eine besonders weit reichende Ausprägung der Theorie findet sich in der These des Pariser Juraprofessors Bernard Lavergne, man hätte sich, würde es die DDR nicht geben, diese Inkarnation des „guten Deutschlands“ selbst schaffen müssen.[75] Diese These verdeutlicht einmal mehr, wie stark der seit dem 19. Jahrhundert tradierte Wunsch nach der Existenz eines „guten Deutschlands“ das Interesse an der DDR determinierte.

Selbst das während des Kalten Krieges gern zitierte und François Mauriac zugeschriebene Bonmot, man liebe Deutschland so sehr, dass man glücklich darüber sei, dass es gleich zwei davon gebe, lässt sich mit der Theorie aus dem 19. Jahrhundert in Verbindung bringen.[76] Mit diesem Bekenntnis wurde nicht nur auf eine Sicherheit verheißende politische Teilung angespielt, sondern auch auf das Wahrnehmungsmuster, das leichte Orientierung versprach und das es ermöglichte, den einen Teil uneingeschränkt zu lieben, während man all die ungeliebten Aspekte auf den anderen Teil projizierte. Die deutsche Teilung wurde hingegen im Allgemeinen als etwas Widernatürliches und als ein Unsicherheitsfaktor wahrgenommen. Äußerungen wie die des Senators Louis Martin, wonach man in der Existenz der beiden deutschen Staaten die beste Verteidigung für Frankreich im Sinne einer Maginot-Linie sehen solle, waren daher eher die Ausnahme.[77]

Auffallend ist, dass die meisten der expliziten Anspielungen auf die Theorie der „deux Allemagne“ aus der Zeit vor dem 21. August 1968 stammen, also vor dem Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei.[78] Sie

plan culturel (je pense particulièrement au Berliner Ensemble […]) et sur le plan économique ne pourront plus longtemps être ignorées. Quand je pense que l'hymne national de la RDA a été composé par Hanns Eisler, et que la République fédérale demeure fidèle à l'ignoble ‚Deutschland über alles', mes opinions politiques passent presque après l'élan affectif irrésistible. Vive l'Allemagne de Goethe, de Büchner et de Brecht. À bas le nazisme et ses séquelles bien connues.“

[74] Gisselbrecht, Bonne Allemagne et Allemagne de Bonn, in: La Nouvelle Critique 140 (Nov. 1962).

[75] Lavergne, Si la RDA n'existait pas, nous Français devrions tâcher de la créer, in: Rencontres 41 (Febr.–Apr. 1966), S. 31: „Quant à nous, Français, nous ne pouvons qu'admirer que l'Allemagne de l'Est – cette Prusse qui a donné naissance à presque tous les généraux qui depuis Napoléon I$^{er}$ ont combattu la France – soit devenue un pays laïque et démocratique, ami de la paix et admirateur de la France républicaine. Si la RDA n'existait pas, nous, Français devrions tâcher de la créer. C'est dire qu'entre les deux Allemagnes il est pour nous une mauvaise Allemagne, celle de Bonn, et une Allemagne excellente, la RDA. Entre les deux, notre esprit et notre cœur ne sauraient hésiter.“

[76] Eine entsprechende Äußerung von Chruschtschow findet sich in zahlreichen französischen Schulbüchern als Quelle im Kapitel über Deutschland nach 1945. Es ist nicht auszuschließen, dass Mauriac die in Frankreich bekannte Äußerung Chruschtschows übernommen bzw. zitiert hat.

[77] AP, Sénat, 48 S 12: Protokoll der Sitzung vom 22. 4. 1970, S. 8: „Cela dit, je me réjouis de l'existence de deux Allemagnes. C'est la meilleure ligne Maginot qui soit!“ (Louis Martin); siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel zu den Beziehungen auf parlamentarischer Ebene (Zweiter Teil, C., I.).

[78] Siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel über die DDR als Projektionsfläche politischer Utopien (Erster Teil, III.).

verlor als Wahrnehmungsmuster jedoch auch in den folgenden Jahren nicht an Reiz. Selbst der gaullistische Minister und Staatsmann Edgar Faure unterschied zwischen einem „guten“ und einem „schlechten“ Deutschland.[79] Sein Engagement für die französisch-ostdeutschen Beziehungen und seine Reise in die DDR als Präsident der französischen Nationalversammlung 1974 können zwar nicht als Hinweis gewertet werden, dass er die DDR für das „bessere“ Deutschland hielt. Es lässt sich aber vermuten, dass dieses Engagement seiner Suche nach einem „anderen Deutschland“ entsprang.[80]

Drei deutsch-französische Kriege konnten der französischen Vorstellung von der Existenz eines „anderen“, eines „guten Deutschlands“ nichts anhaben. Der sozialistische Abgeordnete Louis Deschizeaux, der sich bis 1968 in den EFA für die französisch-ostdeutschen Beziehungen engagierte, war wie seine Landsleute im 19. Jahrhundert sogar dazu bereit, diesem Deutschland eine spirituelle Führungsrolle zuzugestehen.[81]

Mit den in diesem Kapitel skizzierten französischen DDR-Bildern wird kein Anspruch auf Vollständigkeit hinsichtlich der Wahrnehmung des zweiten deutschen Staates in Frankreich erhoben. Es galt vielmehr, jenes spezifische Deutungsmuster und seine historische Begründung zu beschreiben, welches in den 1950er und 1960er Jahren die Grundlage für das französische Interesse an Beziehungen mit diesem Staat bildete.

[79] ANF, 505 AP, I/77: Notizen für einen Artikel für Time-Life über die deutsch-französischen Beziehungen: „Les Français et les Allemands instruits – mais ce sont ceux-là qui guident l'opinion quand le régime devient ou redevient libéral – n'ont cessé de demeurer conscients de ce patrimoine commun d'humanisme. Ils ont gardé cette conviction à travers les guerres, guerres de l'impérialisme au XIX$^{e}$ siècle, explosion du pangermanisme avec Guillaume II, à travers même l'incroyable aventure hitlérienne, car ces guerres ont toujours été déclenchées par des gouvernants étrangers à cette idéologie. Et c'est pourquoi, bien que l'on ait souvent ironisé sur ce thème, les Français ont toujours distingué la ‚bonne' et la ‚mauvaise' Allemagne.“

[80] Siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel zur DDR-Reise von Edgar Faure (Zweiter Teil, C., I., 3.).

[81] Deschizeaux, La réconciliation de l'Allemagne avec elle-même, in: Rencontres 41 (Febr.–Apr. 1966), S. 21: „L'Allemagne vaut mieux qu'un rêve illusoire. […] Ceux qui, comme nous, veulent la grandeur de l'Allemagne souhaitent aux Allemands de trouver cette grandeur en assumant leur rôle dans cette tâche magnifique et immense qu'est le combat pour le progrès humain […]. C'est par une révolution d'idées, un renversement des valeurs, une victoire sur les mauvais génies qui ne doivent pas renaître que l'Allemagne atteindra à ce ‚leadership' de la puissance auquel elle aspire: puissance de l'esprit, puissance de la science, puissance de la technique.“

# II. Das zentrale Netzwerk – die *Échanges franco-allemands*

## 1. Die Geschichte des Netzwerks im Spiegel seiner Kongresse

Um das aus einer spezifischen Perzeption hervorgehende Interesse an der DDR als dem „anderen Deutschland" zu bündeln und es in ein konkretes Engagement für Austausch und Beziehungen zu überführen, bedurfte es organisatorischer Strukturen. Die 1957 in Paris eröffnete Vertretung der Kammer für Außenhandel der DDR (kurz KfA) konnte das Fehlen einer Botschaft nur im Bereich der Handelsbeziehungen annähernd ausgleichen. In allen übrigen Bereichen fehlte es interessierten Franzosen bis zur Eröffnung einer DDR-Botschaft in Paris 1973 an einer geeigneten Anlaufstelle, um sich über die DDR zu informieren oder eine Reise in die DDR vorzubereiten. Zwar gab es Theaterintendanten und Konzertveranstalter, die über Kontakte in die DDR verfügten und diese für Gastspiele ostdeutscher Ensembles nutzten. Für die Organisation eines regelmäßigen Austausches in den verschiedenen Bereichen transnationaler Beziehungen reichten die vereinzelt bestehenden Kontakte, wie etwa zwischen Wissenschaftlern beider Länder, hingegen nicht aus.

### Gründung und erste Generalversammlung 1958–1960

Die *Échanges franco-allemands* (kurz EFA) entsprachen bei ihrer Gründung mithin einem Bedürfnis nach umfangreicheren Informationen über den zweiten deutschen Staat und nach Kontakten über den Eisernen Vorhang hinweg. Dass die Gesellschaft ein bestehendes Vakuum ausfüllte, belegt auch ihr schneller Zuwachs an Umfang und Bedeutung. Sie war Reisebüro für Parlamentarier, Germanisten, Gewerkschafter, Kirchenvertreter, Juristen und selbst für Bauern, organisierte aber auch Ferienaufenthalte von Kindern und Jugendlichen in der DDR; sie war Ausrichter kultureller Veranstaltungen sowie ein Multiplikator von Informationen aus der und über die DDR.

Die Gründung der EFA am 22. April 1958[1] fiel in eine Zeit relativer Entspannung in den Ost-West-Beziehungen. Noch hatte die zweite Berlin-Krise nicht begonnen. Die Leipziger Messe wurde nicht nur von zahlreichen Vertretern der französischen Wirtschaft, sondern auch von französischen Diplomaten frequentiert, die DDR verfügte seit Kurzem über eine Handelsvertretung in Paris. Auf kultureller Ebene hatten sich ostdeutsche Schauspieltheater und Opernhäuser bereits einen über Spezialistenkreise hinausgehenden Ruf in Frankreich erworben, profitierten die französisch-ostdeutschen Beziehungen von einer generellen In-

[1] AMAE, RDA 1961–1970, 193: Schreiben des Polizeipräfekten vom 20. 4. 1967 an das MinInt; cf. dazu auch die Veröffentlichung im JO am 8. 5. 1958, S. 4524.

tensivierung der kulturellen Beziehungen Frankreichs mit den osteuropäischen Staaten.[2]

Während die französischen Freundschaftsgesellschaften, die Beziehungen mit den anderen sozialistischen Staaten Osteuropas aufbauten und förderten, wie etwa *France-URSS*, meist unmittelbar nach dem Krieg entstanden[3], vergingen nach Kriegsende dreizehn Jahre bis zur Gründung einer Freundschaftsgesellschaft, die sich dem „sozialistischen" Deutschland widmete. Dieser lange Zeitraum erklärt sich zum einen durch die besondere Situation des geteilten Staates, zum anderen aber auch durch das sich nur langsam wandelnde Verhältnis der französischen Gesellschaft gegenüber dem einstigen Gegner und Besatzer. Waren die Debatten über den Umgang mit dem deutschen Nachbarn bis zur Unterzeichnung der Pariser Verträge 1954 durch besondere Heftigkeit charakterisiert, setzte sich nun allmählich die Einsicht in die Notwendigkeit einer deutsch-französischen Versöhnung durch – einer jener politischen Grundsätze, die auch die Außenpolitik Charles de Gaulles bestimmen sollten. Parallel zu dieser allmählichen Annäherung wurde Ende der 1950er Jahre auch die Existenz zweier deutscher Staaten in Frankreich deutlicher wahrgenommen. Das Deutschland jenseits des Eisernen Vorhangs ähnelte allerdings für die meisten Franzosen noch einem weißen Fleck auf der Landkarte. Erst Anfang der 1960er Jahre begann mit der Aufnahme der DDR in französische Geografie-Schulbücher eine über interessierte Personenkreise hinausgehende Verbreitung von Informationen.

Dem Mangel an Informationen entgegenzuwirken, war auch der Tenor des anlässlich der Gründung der EFA von Albert Châtelet lancierten Appells, in dem er sich für Beziehungen mit dem „anderen" deutschen Staat in allen Bereichen einsetzte.[4] Die ersten Mitglieder der als eingetragener Verein *(Association loi 1901)* gegründeten *Association française pour les échanges culturels avec l'Allemagne d'aujourd'hui* waren Hochschulprofessoren, Politiker und ehemalige Widerstandskämpfer. In den Stellungnahmen neuer Mitglieder, die von den EFA im ersten Heft ihres Presseorgans *Rencontres franco-allemandes* abgedruckt wurden, überwiegt der Widerstand gegen den deutschen Militarismus als Motivation für die Mitgliedschaft.[5] Hinzu kam bei vielen, wie etwa Joseph Paul-Boncour, Außenmi-

[2] Zu den Anfängen der EFA siehe in dieser Arbeit auch das Kapitel zu den Grundlinien des kulturellen Austausches (Zweiter Teil, B., I., 3.).

[3] Cf. dazu Gomart, Double détente, S. 101–121.

[4] Aufruf „Pourquoi une association nouvelle?" vom November 1958 von Albert Châtelet: „Cette situation [das Fehlen diplomatischer Beziehungen – Ch. W.] ne crée pas seulement une gêne pour tous ceux qui s'intéressent à l'Allemagne, elle rend difficile l'établissement de relations sans lesquelles ne saurait se développer entre Français et Allemands l'entente souhaitable. C'est pour cette raison que l'association juge utile de consacrer plus spécialement ses efforts au développement des échanges avec la République démocratique allemande […]." Abgedruckt in: Rencontres 1 (Nov. 1959), S. 1.

[5] Cf. beispielsweise den auszugsweisen Abdruck eines Briefes von André Lalou, in: Rencontres 1 (Nov. 1959), S. 2: „C'est avec un réel plaisir que j'ai appris l'existence de l'association ‚Échanges franco-allemands'. En tant qu'ancien déporté je m'intéresse à tout ce qui se passe en Allemagne, et plus particulièrement en République démocratique allemande où à deux reprises j'ai pu constater l'effort entrepris pour extirper les racines du militarisme et développer le rapprochement avec notre peuple. Je ne puis qu'approuver

nister in den 1930er Jahren, die Annahme, dass die DDR vom Nationalsozialismus gereinigt sei.[6]

Eine spezifische politische Ausrichtung der Mitglieder wurde ausdrücklich abgelehnt.[7] Châtelet selbst hatte als Vertreter eines linken, nicht kommunistischen Wahlbündnisses (*Union des forces démocratiques*) an den Präsidentschaftswahlen 1958 teilgenommen. Dennoch stellt sich die Frage nach dem Verhältnis der EFA zum PCF, nicht nur wegen der kommunistischen Ausrichtung zahlreicher Gründungsmitglieder, sondern vor allem wegen des verbreiteten Bildes derartiger Massenorganisationen als Transmissionsriemen („courroie de transmission") der kommunistischen Partei.[8] Dass aktive Kommunisten wie Jacques Denis – seit 1960 Mitglied im Nationalkomitee der EFA und seit 1963 auch in deren Präsidium – innerhalb der Gesellschaft auf ihre Entwicklung Einfluss nahmen, liegt ebenso auf der Hand wie die Parallelität hinsichtlich bestimmter situationsbedingter Forderungen, etwa der nach Normalisierung der Beziehungen mit der DDR. Personelle Verbindungen und inhaltliche Übereinstimmungen sind jedoch nicht gleichzusetzen mit einer direkten Einflussnahme des PCF auf die Ausrichtung und die Aktivitäten der Gesellschaft. Die zugänglichen Quellen lassen eine solche Schlussfolgerung nicht zu, erfordern aber eine differenzierte Betrachtung.[9] Seit Februar 1958 war innerhalb der kommunistischen Partei die Kommission für auswärtige Politik (POLEX) für die Freundschaftsgesellschaften zuständig. Die

votre initiative qui permettra à un plus grand nombre de Français de connaître ce qui se passe dans cette partie de l'Allemagne et à nos deux peuples de mieux se comprendre. Elle apportera ainsi sa contribution à la détente internationale qui semble vouloir se développer."

6 Auszugsweiser Abdruck eines Briefes von Joseph Paul-Boncour, in: Rencontres 1 (Nov. 1959), S. 2: „J'approuve votre initiative. Puisque nous entretenons des relations plus que cordiales avec l'Allemagne de l'Ouest, je ne vois pas pourquoi nous n'entretiendrions pas des relations diplomatiques avec l'Allemagne orientale, qui, m'assure-t-on, s'est purgée de son nazisme."

7 Aufruf „Pourquoi une association nouvelle?" vom November 1958 von Albert Châtelet: „L'adhésion à l'association, ou la participation aux manifestations qu'elle organise, n'implique aucune prise de position particulière. Elle est pleinement compatible avec l'adhésion et la participation aux initiatives d'autres groupements." Abgedruckt in: Rencontres 1 (Nov. 1959), S. 1.

8 Westdeutsche Diplomaten waren davon überzeugt, dass die EFA „zweifellos eine von der SBZ und den hiesigen Kommunisten gesteuerte Organisation" sei, cf. PA/AA, B 24, 629: Schreiben der westdt. Botschaft in Paris vom 8. 3. 1967 an das AA; echte Belege für diese These finden sich in den Archiven der Botschaft jedoch nicht.

9 In den relativ gut erhaltenen Archivbeständen der EFA lassen sich keinerlei Hinweise auf direkte Verbindungen zum PCF finden. Außer einigen Grußadressen des PCF anlässlich der Nationalkongresse ist kein Schriftwechsel zwischen beiden Organisationen überliefert. Die Sitzungsprotokolle des Präsidiums geben ebenfalls keinerlei Hinweis auf eine kommunistische Beeinflussung. Und die für interne Zwecke angefertigten Bilanzen bieten zudem keinen Grund zu der Annahme, dass die EFA durch den PCF finanzielle Unterstützung erfahren habe. Schwieriger ist die Situation hinsichtlich der Archive des PCF. Zwar sind auch die Bestände der POLEX bis auf die übliche 25-jährige Sperrfrist frei zugänglich. Diese Bestände hinterlassen jedoch den Eindruck der Unvollständigkeit. Nur für wenige Sitzungen der POLEX oder des Collectif de langue allemande sind aussagekräftige Sitzungsprotokolle erhalten. Für gesicherte Aussagen hinsichtlich der Rolle des PCF ist diese Quellenbasis jedoch kaum tragfähig.

vorhandenen Arbeitsberichte der POLEX aus den frühen 1960er Jahren bezeugen jedoch, dass der PCF über Gründung und Aktivitäten der EFA erstaunlich schlecht informiert war: So entsprach etwa die Darstellung der EFA als einer unmittelbaren Nachfolgeorganisation des von Kommunisten geschaffenen *Cercle Heine* der Sicht seiner Gründerväter. Tatsächlich muss man aber eher von einer Verdrängung des Heine-Kreises durch die EFA sprechen, und zwar aufgrund der Spannungen zwischen den Kommunisten und den nicht kommunistischen Linken.[10] Die in einem anderen Bericht in diesem Zusammenhang ausschließlich erwähnten Städtepartnerschaften entstanden nicht selten ohne Zutun der EFA.[11] Zwar ist in parteiinternen Papieren immer wieder die Rede von einer Kontrolle über die Freundschaftsgesellschaften, tatsächlich scheint dies im Einzelfall jedoch sehr stark zu variieren. So wünschte man seitens des PCF bereits 1960 eine klare Ausrichtung der EFA auf die Forderung nach Anerkennung der DDR.[12] Tatsächlich geschah dies jedoch erst knapp zehn Jahre später, zu einem Zeitpunkt also, da die Anerkennungsbewegung in Frankreich auf eine breite gesellschaftliche Zustimmung stieß. An anderer Stelle wurde mit Blick auf die EFA der Ausbau des Personenaustausches verlangt, um alsbald festzustellen, dass dies ja bereits geschehen sei.[13] Die beschriebene Kontrollfunktion ist somit eher Ausdruck eines Kontrollanspruchs der Kommunistischen Partei, der in der Wirklichkeit nicht eingelöst werden konnte, gleichzeitig aber einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die allgemeine Wahrnehmung kommunistischer Machtstrukturen ausübte. Es ist in diesem Zusammenhang mithin erforderlich, zwischen den verschiedenen Freundschaftsgesellschaften zu unterscheiden, sowohl hinsichtlich des Zielpublikums als auch des Wirkungsgrades innerhalb der französischen Gesellschaft. Während die EFA in den POLEX-Sitzungen, die mit den Freundschaftsgesellschaften befasst waren, fast nicht erwähnt wurden, standen die Aktivitäten von *France-URSS* nicht selten im Mittelpunkt des Interesses.[14] Dies lässt sich teilweise mit der geringeren Relevanz der französisch-ostdeutschen Beziehungen im Verhältnis zu den französisch-sowjetischen Beziehungen erklären. Es ist zudem anzunehmen, dass das Interesse für die Sowjetunion in anderen sozialen Schichten zu verorten ist als das Interesse für Deutschland. Letzteres ist traditionell ein Wesensmerkmal der französischen Eliten. Eine unreflektierte Gefolgschaft lässt sich einem besonders gebildeten Personenkreis aber nur schwer unterstellen.

[10] AD93, 283 J 76: Bericht von Magnien über die Arbeit der Freundschaftsgesellschaften vom 4. 3. 1960; cf. dazu die Interviews mit Gilbert Badia, Georges Castellan und Rita Thalmann, geführt am 23. 6. 2004, am 9. 10. 2006 und am 4. 12. 2007; siehe dazu in dieser Arbeit auch das Kapitel zum Heine-Kreis (Zweiter Teil, B., I., 3.).

[11] AD93, 283 J 76: Arbeitsbericht der POLEX des Zentralkomitees zwischen dem 15. und dem 16. Kongress des PCF.

[12] Ibid.: Bericht von Magnien über die Arbeit der Freundschaftsgesellschaften vom 4. 3. 1960, S. 9: „L'assemblée générale du 15 mai devra aussi préciser l'orientation encore confuse dans certains esprits, en tenant compte de l'existence de deux États allemands (ne pas s'occuper de toute l'Allemagne) et travailler à faire reconnaître la RDA en impulsant les échanges de toute nature entre la France et la RDA."

[13] AD93, PCF, POLEX, AAA J 4: Bericht von Magnien vom 16. 6. 1961.

[14] AD93, PCF, POLEX, AAA J 1 und EEE J 1, passim.

Die zentrale Verbindung zwischen dem PCF und den EFA bestand in der Person von Jacques Denis.[15] Er war nicht nur Mitglied im für die Außenpolitik zuständigen Gremium des PCF, der POLEX, er war auch Mitglied in der für den deutschsprachigen Raum zuständigen Unterkommission, dem sogenannten *Collectif de langue allemande*. Dieses beschäftigte sich regelmäßig mit der DDR, insbesondere mit ihrer wirtschaftlichen Entwicklung, und hier fanden sich auch weitere Mitglieder der EFA, unter ihnen prominente Vertreter des Heine-Kreises.[16] In diesem Rahmen wurde gelegentlich über die Aktivitäten der EFA berichtet. Aus den nicht immer sehr ausführlichen Sitzungsprotokollen lässt sich jedoch keine Einflussnahme auf die Aktivitäten der EFA entnehmen.[17] Die an der *Sorbonne* organisierte Vorlesungsreihe über das „humanistische Deutschland" wurde beispielsweise erst im Nachhinein als eine zu fordernde Notwendigkeit dargestellt.[18]

Den Anlass für ein erstes Treffen der neuen EFA-Mitglieder bot im Herbst 1959 der 10. Jahrestag der DDR. Albert Châtelet forderte bei dieser Gelegenheit die umfassende Wiederherstellung der Kontakte und Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland, wie sie in der Zwischenkriegszeit bestanden hatten.[19] Das ignorante Verhalten des französischen Staates gegenüber der DDR stehe in krassem Widerspruch zum Interesse der französischen Wirtschaft am ostdeutschen Markt. Er setzte sich jedoch vor allem für die Unterstützung eines kulturellen Austausches auf transnationaler Ebene als des entscheidenden Faktors für die Sicherung des Friedens in Europa ein.

Nur zwei Jahre nach ihrer Gründung waren mithilfe der EFA die ersten französischen Delegationen in die DDR gereist, wurden erste Ferienaufenthalte für Kinder und Jugendliche ausgerichtet, waren verschiedene ostdeutsche Wissenschaftler

[15] In diesem Zusammenhang ist auf den Nachlass von Jacques Denis hinzuweisen, der sich für das Thema als deutlich ergiebiger erwiesen hat als die Bestände des PCF. Leider ist der Nachlass zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht vollständig erschlossen.

[16] Unter ihnen der EFA-Generalsekretär Roland Lenoir sowie André Simoens, Lucienne Maertens, Pierre Abraham, Lucienne Netter, Léo Monbouyran, Pierre Villon, René Thoirain und Gilbert Badia.

[17] AD93, Nachlass Jacques Denis, 279.

[18] Ibid.: Note von Monbouyran vom 13. 5. 1963 für die POLEX; siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel zur Veranstaltungsreihe über das „humanistische Deutschland" (Zweiter Teil, B., II., 1.).

[19] Châtelet, Rede gehalten anlässlich des 10. Jahrestages der DDR: „Ainsi, des contacts, des rencontres, des visites sont possibles, elles ne font que reprendre des contacts, des rencontres des visites qui ont toujours eu lieu lorsque les rivalités inutiles et des guerres criminelles ne séparaient pas nos pays. Ces liens ont été rétablis avec une partie de l'Allemagne; ils peuvent, ils doivent être étendus à toute l'Allemagne aux deux États, séparés ou réunis. […] Parce que ceci n'est pas encore conforme aux traités et aux règles des diplomaties gouvernementales, l'association des Échanges franco-allemands s'est donné plus spécialement pour mission de favoriser et d'aider nos échanges avec la République démocratique. […] L'association des Échanges franco-allemands s'adresse à vous tous qui êtes ici ce soir, en demandant votre adhésion à l'œuvre de fraternité qu'elle poursuit. Elle s'adresse à tous les Français qui pensent comme elle qu'au-dessus des frontières, en dehors des structures politiques, il y a des liens possibles entre les hommes qui font les mêmes travaux, aspirent aux mêmes joies, livrent les mêmes combats contre la misère, la maladie, les calamités naturelles, ces seuls ennemis que les nations devraient connaître." Abgedruckt in: Rencontres 1 (Nov. 1959), S. 3.

und Schriftsteller auf Initiative der EFA für Vorträge und Lesungen nach Frankreich gekommen. Eine erste Ausstellung befand sich bereits in Vorbereitung.[20] Die erste Generalversammlung der EFA fand am 15. Mai 1960 statt, also genau zwei Tage vor dem Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz, auf der die vier Alliierten nach einer Lösung für die zweite Berlin-Krise suchten. Ort der Versammlung war das 20. Pariser Arrondissement, das eine inoffizielle Partnerschaft mit dem Bezirk Lichtenberg in Ost-Berlin unterhielt. Das zentrale Anliegen, das die EFA mit dieser ersten Generalversammlung verbanden, war es, lokale Strukturen zu schaffen, insbesondere durch die Gründung von Komitees in sämtlichen Regionen Frankreichs. Am Ende dieser ersten Zusammenkunft auf nationaler Ebene wurde eine Resolution an die vier Alliierten und ein Brief an den Präsidenten der französischen Republik verabschiedet. In beiden Schreiben protestierte man gegen eine Diskriminierung der DDR und forderte deren Anerkennung im Interesse Frankreichs und des Friedens.[21]

Anlässlich dieser Generalversammlung wurden erstmalig ein kollektives Präsidium sowie ein Nationalkomitee gewählt, dem 91 Persönlichkeiten aus Politik, Gesellschaft und Kultur angehörten.[22] Dieses Komitee, das zunächst keine konkrete Aufgabe hatte, diente als eine Art moralischer Instanz, die der Bewegung Kredit gegenüber der französischen Gesellschaft verleihen sollte. Dem neu gewählten Präsidium gehörten unter anderem der Schriftsteller, Brecht-Übersetzer und Herausgeber der Zeitschrift *Europe* Pierre Abraham, die Historiker Ernest Labrousse und Georges Castellan sowie der sehr bekannte CGT-Gewerkschafter Livio Mascarello an.[23] Der Gründungspräsident Albert Châtelet verstarb nur wenige Wochen später. Neuer Präsident der EFA wurde Henri Laugier, ehemals stellvertretender Generalsekretär der Vereinten Nationen. Er verschaffte der Gesellschaft in den folgenden Jahren nicht nur ein erhebliches Prestige. Als Vordenker der auswärtigen Kulturpolitik Frankreichs nach 1945 prägte er auch maßgeblich ihr Wirken im kulturellen Austausch mit der DDR.[24]

## Die Konferenzen zum Berlin-Problem in Paris und Brüssel

Die bedeutendste Veranstaltung, die von den EFA in den ersten Jahren ihres Bestehens organisiert wurde, war eine Konferenz über das Berlin-Problem im November 1961, also nur wenige Monate nach dem Höhepunkt jener Krise, die die Weltöffentlichkeit über mehrere Jahre in Atem gehalten hatte und in deren Zentrum

[20] Abraham, Après un an, in: Rencontres 2 (Jan. 1960), S. 1.
[21] Cf. Rencontres 5 (Juni 1960), S. 11.
[22] Siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel zu den Strukturen der EFA (Erster Teil, II., 2.).
[23] Die im Präsidium und im Nationalkomitee der EFA anzutreffende Pluralität entsprach einer der zentralen Forderungen der Leitungsgremien des PCF an derartige Freundschaftsgesellschaften. Ob und in welchem Maße der PCF auf das Zustandekommen einer relativen Vielfalt hinsichtlich der soziokulturellen und politischen Zusammensetzung der EFA-Gremien Einfluss genommen hat, lässt sich den verfügbaren Quellen jedoch nicht entnehmen; siehe dazu beispielsweise AD93, 283 J 76: Arbeitsbericht der POLEX des Zentralkomitees zwischen dem 15. und dem 16. Kongress des PCF, S. 5 f.
[24] Siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel zu Henri Laugier (Erster Teil, II., 3.).

die einstige deutsche Hauptstadt stand. Erklärtes Ziel der Veranstaltung war es, einem breiten interessierten Publikum Informationen über ein komplexes Thema verfügbar zu machen.[25] Laugier, dessen Ansehen zum Erfolg dieser Veranstaltung erheblich beigetragen haben dürfte, kritisierte in seiner Eröffnungsrede die französische Regierung, von der man bewusst nicht mit allen Informationen, insbesondere über die DDR und Ost-Berlin, versorgt werde. Nicht weniger scharf kritisierte er das Festhalten der Alliierten an einem „blödsinnigen" und „in die Jahre gekommenen" Status quo, den er als eine Bedrohung für den Frieden in Europa empfinde.[26] In einem eindringlichen, an die Jugend in Ost und West gerichteten Appell erklärte er schließlich den Kampf gegen einen atomaren Konflikt zu seinem Lebensziel.[27]

Dass die Auseinandersetzung mit einem solchen Thema, noch dazu in Frankreich, auf großes Interesse stieß, ist kaum erwähnenswert. Bemerkenswert ist jedoch, dass dies zu bewirken einer Gesellschaft gelang, deren Zielsetzung ganz offensichtlich der französischen Deutschlandpolitik widersprach. Insgesamt 400 Personen stimmten dem Anliegen der Konferenz zu (von denen jedoch nur 260 tatsächlich teilnahmen). Auf der Liste der potenziellen Teilnehmer, die der Veröffentlichung der Beiträge vorangestellt ist, finden sich neben den Mitgliedern des EFA-Nationalkomitees zahlreiche illustre Persönlichkeiten, darunter frühere und zukünftige französische Staatschefs wie Vincent Auriol und François Mitterrand, Diplomaten wie Roger Garreau und Raymond Brugère, ehemalige Außenminister wie Christian Pineau, Personen aus radikalsozialistischen Kreisen wie Joseph Paul-Boncour und Edgar Faure, aber auch Vertreter religiös-sozialistischer Strömungen wie Francisque Gay und Juristen wie Roland Dumas. Nicht wenige der hier vertretenen Politiker engagierten sich zudem für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Unter den zahlreichen namhaften Wissenschaftlern fällt vor allem der Elsässer Albert Schweitzer auf.[28] Hier trafen aber auch all jene Parlamentarier zusammen, die in den Jahren zuvor auf Initiative der EFA eine Reise in die DDR unternommen hatten.

[25] Laugier, Eröffnungsrede vom 25. 11. 1961, in: Le problème de Berlin, S. 12 f.: „Notre colloque a donc d'abord pour but de réaliser une information nécessaire, pour nos concitoyens. […] Personne ne contestera sans doute que sur ce problème de Berlin, comme hélas sur beaucoup d'autres, l'information des citoyens dans notre pays soit prodigieusement insuffisante, lacunaire, fragmentaire et trop souvent systématiquement orientée par des arrière-pensées plus ou moins mobilisées au service de passions irrationnelles. […] C'est cette insuffisance de l'information qui nous a incités à organiser ce colloque et c'est cet effort continu vers une objectivité aussi grande que possible que la présidence des Échanges franco-allemands souhaite voir animer nos débats."

[26] Ibid., S. 14: „[…] les situations d'aujourd'hui ont été assurément créées d'abord par une prodigieuse puissance d'imagination dans l'absurde, dans les sommets d'après-guerre, à faire du maintien d'un imbécile statu quo l'alpha et l'oméga de leur politique."

[27] Ibid., S. 15: „Je voudrais qu'ils m'entendent, car je souhaiterais qu'ils comprennent que notre action, celle à laquelle je consacre tout ce qui me reste de force, dans ce qui me reste de vie, a pour objectif que ces jeunesses des nations, de tous les rideaux de fer, de tous les rideaux de bambou, échappent à cette destinée dramatique qui se profile devant eux, de devenir un jour des ‚anciens combattants' de la guerre atomique."

[28] Le problème de Berlin. Colloque des EFA, S. 1–10 (Liste des personnalités qui ont adhéré au colloque); von dem Buch wurden insgesamt fast 3000 Exemplare verkauft.

Nach zwei einleitenden Vorträgen von Georges Castellan und André Hauriou über die historischen respektive juristischen Aspekte des Themas debattierten die Konferenzteilnehmer in Arbeitsgruppen über einzelne Fragen, wie etwa einen Friedensvertrag mit Deutschland oder eben über die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Im Anschluss wurden die Ergebnisse im Plenum zusammengetragen und eine Resolution verabschiedet (angenommen bei drei Enthaltungen, unter anderem von Roger Garreau), in der man den Dialog zwischen den beiden deutschen Staaten, die baldige Aushandlung eines Friedensvertrages und die Schaffung einer entmilitarisierten Zone auf dem Gebiet beider deutscher Staaten („zone de désengagement équilibrée") forderte. Die Resolution wurde dem französischen Außenministerium und zahlreichen französischen Politikern übermittelt. Für Aufregung hatte die Konferenz in Regierungskreisen aber vor allem deshalb gesorgt, weil sich Raymond Schmittlein, Fraktionsvorsitzender einer Regierungspartei (UNR), in diesem Rahmen für eine Anerkennung der DDR durch Frankreich ausgesprochen hatte.[29]

Der bei dieser Gelegenheit von Ernest Labrousse gemachte Vorschlag, eine internationale Konferenz zum selben Thema abzuhalten, wurde bereits im folgenden Jahr umgesetzt. Henri Laugier erbat deswegen im *Quai d'Orsay* umgehend eine Audienz bei Außenminister Maurice Couve de Murville.[30] Laugiers Absicht war es, Vertreter aller europäischen und damit auch der beiden deutschen Staaten zusammenzubringen, um unter Anerkennung der gegenwärtigen Situation mit allen Beteiligten an einer Lösung des „deutschen Problems" zu arbeiten. Der *Quai d'Orsay* teilte ihm daraufhin lediglich mit, dass die Richtlinien der NATO eine Ausstellung von Visa für Ostdeutsche aus einem solchen Anlass nicht zuließen.[31] Unterdessen adressierte Laugier Schreiben an fast alle europäischen Regierungen mit der Aufforderung, geeignete Vertreter ihres jeweiligen Landes auszuwählen. Die Angelegenheit war sogar Thema bei verschiedenen Sitzungen des NATO-Rates.[32] Die ablehnende Haltung des *Quai d'Orsay* veranlasste Laugier schließlich dazu, sich um eine Schirmherrschaft außerhalb Frankreichs zu bemühen. Er nutzte die ihm aus seiner Tätigkeit in internationalen Organisationen zur Verfügung stehenden Kontakte und wandte sich unter anderem an Paul-Henri Spaak, den belgischen Außenminister, und dessen österreichischen Amtskollegen Bruno Kreisky.[33]

[29] AMAE, RDA 1961–1970, 192: Telegramm der S/DEUC vom 20. 2. 1962 an die franz. Vertretung bei der NATO in Brüssel.

[30] Ibid.: Note der S/DEUC, Mille, vom 22. 12. 1962 an das Kabinett.

[31] Ibid.: Telegramm der S/DEUC vom 20. 2. 1962 an die franz. Vertretung bei der NATO in Brüssel.

[32] Ibid.: Schreiben der franz. Vertretung bei der NATO in Brüssel vom 14. 2. 1962 an das MAE, DEU: „Le représentant de cette délégation est intervenu pour indiquer qu'il paraissait particulièrement inopportun de voir se réunir actuellement un colloque de cette nature et sur un tel sujet. Il était facile d'imaginer les tendances qui y seraient surtout représentées, même s'il ne s'agissait pas seulement d'éléments progressistes."

[33] AEFA, Colloque international de Bruxelles: Brief von Laugier vom 31. 3. 1962 an Kreisky: „Nous savons déjà que le ministre des Affaires étrangères français, que j'ai consulté, n'accordera pas les visas d'entrée aux citoyens de la République démocratique allemande. Cette position nous a obligés à rechercher une autre capitale pour tenir notre réunion. Nous nous sommes adressés à Monsieur Spaak et au Conseil d'État de Genève. Ces der-

Die Wahl des Landes, in dem die Konferenz stattfinden sollte, fiel schließlich auf Belgien, wo man sich die notwendige Unterstützung erhoffte.[34]

Während die eigentliche Konferenz erst im Dezember 1962 in Brüssel stattfinden sollte, trafen sich dort bereits im Mai desselben Jahres 150 Vertreter aus fünfzehn europäischen Staaten zu einer dreitägigen Vorbereitungsrunde.[35] Dass die Vertreter der DDR, anders als von Laugier geplant, nicht teilnehmen konnten, wurde als Rückschritt gegenüber der Vier-Mächte-Außenministerkonferenz von 1959 in Genf gewertet, bei der die Anwesenheit von Vertretern beider deutscher Staaten toleriert wurde. Belgien hatte, nach Informationen der EFA, zwar zunächst die erforderlichen Einreisevisa erteilt, da die Alliierten die ebenfalls benötigten *Temporary Travel Documents* (kurz TTD) jedoch verweigerten, wurden nun seitens des belgischen Außenministeriums auch keine Aufenthaltsgenehmigungen ausgestellt.[36]

Natürlich beabsichtigte Laugier nicht, mit dieser internationalen Konferenz zum „Règlement négocié des problèmes de l'Allemagne" selbst konkrete Lösungsansätze aufzuzeigen, sie war mehr als ein Denkanstoß, als eine an die vier Alliierten adressierte Aufforderung gedacht, sich an einen Tisch zu setzen und für diese beunruhigenden Probleme eine Lösung zu finden.[37] Im Einzelnen soll-

niers, tout en nous donnant un accord de principe, nous ont demandé de leur fournir la liste des personnalités qui prendront part au colloque. Or, nous sommes dans l'impossibilité actuelle de leur fournir cette liste. Le colloque étant largement ouvert, nous contactons en ce moment les personnalités susceptibles d'y participer et nous ne pourrons dire que quelques semaines avant la date d'ouverture de l'assemblée ceux qui y participeront. Par ailleurs, leur décision sera en partie déterminée par le lieu où elle se tiendra. […] C'est pourquoi je m'autorise des conversations amicales et non officielles que j'ai eues à Vienne récemment avec votre chef de cabinet […] je viens vous demander si vous seriez disposé à recevoir notre colloque à Vienne; et si, votre ministère serait éventuellement disposé à nous accorder quelques facilités matérielles d'accueil ou de voyage en Autriche, à cette occasion."

[34] Ibid.: Brief von Laugier vom 17. 5. 1962 an Spaak: „À la suite d'une lettre que je vous avais adressée pour vous demander si la Belgique serait disposée à accueillir à Bruxelles un colloque international relatif au règlement négocié des problèmes de l'Allemagne, le secrétaire général de votre ministère a bien voulu me répondre que vous êtes en principe favorable à délivrer les visas nécessaires aux participants à ce colloque, auquel doivent participer des personnalités appartenant aux pays membre du Pacte atlantique et du pacte de Varsovie. […] Dans ces conditions, nous ne doutons pas que ce colloque pourra être tenu à Bruxelles […]." Cf. dazu auch AMAE, RDA 1961–1970, 192: Schreiben der franz. Vertretung bei der NATO in Brüssel vom 10. 5. 1962 an das MAE, DEU: „Il y avait tout lieu de croire que la réponse avait été négative, mais il n'excluait pas qu'à défaut d'appui officiel M. Laugier bénéficie en Belgique du concours d'associations privées."

[35] Cf. Rencontres 23 (Sonderheft, 1963), S. 9.

[36] AEFA, Colloque international de Bruxelles: Protokoll der Plenumssitzung am 10. 5. 1962, S. 2.

[37] Ibid.: Protokoll der Plenumssitzung am 10. 5. 1962, S. 3 (Eröffnungsrede von Laugier): „C'est pour lancer aux adversaires d'aujourd'hui – aux alliés d'hier (ne l'oublions pas), aux amis de demain (souhaitons-le et espérons-le), c'est pour leur lancer un appel ardent, pour qu'ils négocient, pour qu'ils négocient à ciel ouvert; cet appel des peuples, qui, s'adressant aux puissants du jour, leur commande d'écarter de tous les hommes l'affreux cauchemar qui hante leurs jours sans joie et leurs nuits sans sommeil."

ten vier Probleme behandelt werden: die Berlin-Frage, die Frage der deutschen Grenzen, das „désengagement" Deutschlands und der Friedensvertrag mit Deutschland. Unterstützung erhielt Henri Laugier aus Belgien insbesondere durch einen seiner Mitstreiter aus früheren Tagen, den (nicht der belgischen Regierung angehörenden) Staatsminister Henri Rolin, sowie durch einen ehemaligen belgischen Ministerpräsidenten und durch den Vizepräsidenten des Auswärtigen Ausschusses im belgischen Senat. Aus Großbritannien schloss sich, neben einer Reihe von Parlamentariern, vor allem der Friedensnobelpreisträger Philipp Noel-Baker dem Vorhaben an. Auch Persönlichkeiten aus Italien und den USA gaben ihr prinzipielles Einverständnis, die Mehrheit der Unterstützer aber rekrutierte sich aus dem in Frankreich geknüpften Netzwerk der EFA: Neben Mitgliedern aus ihrem Nationalkomitee finden sich auf dieser Liste einige bedeutende Politiker, wie der Leiter der französischen Delegation bei der Gipfelkonferenz 1955 in Genf, Edgar Faure, der Präsident der Liga für Menschenrechte, Daniel Mayer, oder aber der Fraktionsvorsitzende der zur Unterstützung de Gaulles gegründeten UNR, Raymond Schmittlein.[38] Ebenfalls dabei war François Mitterrand, der Laugier mehrfach seiner Zustimmung für dieses Projekt versicherte und ihm schließlich sogar einen Vertreter schickte, um trotz Terminschwierigkeiten seinen Beitrag zur Vorbereitung leisten zu können.[39]

Die Bereitschaft zahlreicher europäischer Politiker jenseits des rein kommunistischen Spektrums, an einer solchen unkonventionellen Veranstaltung teilzunehmen, zeugt nicht nur vom Interesse an einer wie auch immer gearteten Lösung des „deutschen Problems", sondern auch davon, dass dieses Vorhaben Laugiers sehr ernst genommen wurde und dass man sich von einem derart lancierten gesamteuropäischen Dialog mittelbar eine Verbesserung der Situation auf dem europäischen Kontinent erhoffte. Mit Blick auf den zehn Jahre später einsetzenden Helsinki-Prozess lässt sich feststellen, dass die Idee, die dem Ganzen zugrunde lag, nicht abwegig, sondern lediglich verfrüht war. Dass man dieser Konferenz auch im *Quai d'Orsay* einige Bedeutung beimaß, wird von der Absicht belegt, allzu bekannte Persönlichkeiten von ihrer Teilnahme abzubringen, und der ausdrücklichen Aufforderung an französische Diplomaten, der Veranstaltung in Brüssel fernzubleiben, um auf diese Weise eine politische Aufwertung der Veranstaltung zu verhindern.[40] In der Folge rückten die EFA verstärkt in den Blick des *Quai d'Orsay* und des französischen Innenministeriums.[41]

[38] Ibid.: Einladungsschreiben von Laugier vom Juli 1962 mit einer Liste aller Persönlichkeiten, die bis zu diesem Zeitpunkt ihre Unterstützung zugesichert hatten.

[39] AEFA, Journées d'études 1966: Brief von Mitterrand vom 8. 12. 1961 an Laugier; sowie ibid.: Brief von Mitterrand vom 30. 6. 1962 an die EFA, Lenoir.

[40] AMAE, RDA 1961–1970, 192: Note der S/DEUC, Toffin, vom 9. 11. 1962 an das Kabinett/MAE, Durand: „Il paraîtrait souhaitable, dans la mesure où cela est possible, de tenter de dissuader certaines de ces personnalités afin de priver ce colloque international de l'éclat que ces promoteurs voudraient lui donner." Sowie ibid.: Telegramm der S/DEUC, de Beaumarchais, vom 15. 11. 1962 an die franz. Botschaft in Brüssel.

[41] Erst seit Anfang 1963 erstellte das französische Innenministerium regelmäßig Berichte über die Aktivitäten der EFA, cf. AMAE, RDA 1961–1970, 192 bis 194.

## Der erste Nationalkongress 1963 – Konsolidierung der Gesellschaft

1963 gab Laugier anlässlich des ersten Nationalkongresses der EFA sein Amt ab. Sein Nachfolger wurde der Jura-Professor André Hauriou, einer der engsten Mitstreiter Laugiers bei der Umsetzung der erwähnten Konferenzen. Hauriou, bereits im Ersten Weltkrieg mobilisiert, hatte nach der Niederlage von 1940 den Widerstand in der Region von Toulouse geleitet und war 1943 nach Algier gegangen, wo er zum Vizepräsidenten der *Assemblée consultative provisoire* gewählt wurde. Die dort sowie 1944/45 als Mitglied der *Assemblée consultative* in Paris geknüpften Kontakte zu zahlreichen Politikern, wie etwa zu Maurice Schumann, brachte er auch in das Netzwerk der EFA ein. Nach dem Krieg war er zunächst als Senator, später als Professor an der *Sorbonne* tätig. Als langjähriges SFIO-Mitglied trat er Anfang der 1960er Jahre der neu gegründeten PSU bei.

Dieser erste Nationalkongress, drei Jahre nach der ersten Generalversammlung, ist auch Zeichen einer fortschreitenden Konsolidierung der EFA[42]: Man beschloss nicht nur, künftig regelmäßig Nationalkongresse abzuhalten. Auch das Nationalkomitee und das Präsidium sollten sich von nun an mit größerer Regelmäßigkeit versammeln. Um dem Nationalkomitee eine stärkere Repräsentativität zu verleihen, wurden 1963 erstmals Vertreter der regionalen und lokalen Komitees gewählt. Einige Monate nach dem Kongress, im April 1964, bezog die Gesellschaft zudem neue, umfangreichere Räumlichkeiten im Zentrum von Paris am Boulevard de Bonne-Nouvelle.

Die von nun an regelmäßig in einem Rhythmus von zwei bis drei Jahren stattfindenden Kongresse der EFA dienten der landesweiten Koordination und Strukturierung ihrer Aktivitäten – im Mittelpunkt standen dabei die Bilanz des bisher Erreichten und die Formulierung neuer Ziele. Hier trafen sich Vertreter aller regionalen und lokalen EFA-Komitees, von denen die meisten zwecks Vorbereitung zuvor regionale Kongresse (sogenannte *Congrès départementaux*) abhielten. Am Tag vor dem eigentlichen Kongress tagten zudem die Verantwortlichen der knapp zwanzig regionalen Komitees.[43] Insgesamt nahmen an dem Kongress im Dezember 1963 241 Personen teil. Auffallend ist dabei die Dominanz des Komitees *Ile-de-France* mit 136 Delegierten. Dies dürfte zum einen am Veranstaltungsort Paris gelegen haben, zum anderen aber auch an dem zögerlichen Tempo, mit dem die Gesellschaft in der französischen Provinz Fuß fasste.

Eine aus diesem Anlass eingeladene Delegation der ostdeutschen Partnergesellschaft Deufra konnte mangels Visa nicht anreisen. Dies nahm Hauriou in seiner Eröffnungsrede zum Anlass, um die Arbeit der EFA in den zurückliegenden Jahren als ein beständiges Gegen-den-Strom-Schwimmen zu beschreiben.[44] Dem schloss sich ein sehr umfangreicher Bericht des Generalsekretärs Roland Lenoir über die Aktivitäten der Gesellschaft an, illustriert mit zahlreichen Exkursen zur

[42] Während für alle übrigen Nationalkongresse umfangreiche Dossiers in den Archiven der EFA existieren, fehlt ein entsprechendes Dossier zum ersten Nationalkongress.
[43] AEFA, Présidence nationale, procès-verbaux: Protokoll der Sitzung des EFA-Präsidiums am 28. 10. 1963.
[44] Hauriou, Allocution du président, in: Rencontres 23 (Sonderheft, 1963), S. 4 f.

nationalen und internationalen Politik. So thematisierte er etwa den zu Beginn des Jahres unterzeichneten Élysée-Vertrag und das von allen französischen Parlamentariern in diesem Zusammenhang bekundete Interesse an einer deutsch-französischen Versöhnung, um gleichzeitig die Unvollständigkeit der von der französischen Regierung betriebenen Versöhnung zu beklagen.[45] Darauf bezog sich auch das Motto, das dem Kongress vorangestellt wurde: „Pour une réconciliation franco-allemande vraie et durable". Ein besonderes Ärgernis in den Augen Lenoirs und einer großen Mehrheit der EFA-Mitglieder war die Einstellung der französischen Regierung gegenüber den Wirtschafts- und Kulturbeziehungen zur DDR, die er im Vergleich zu den innerdeutschen Beziehungen mit der Redewendung „plus royaliste que le roi" umschrieb. Denn während die Dresdner Philharmonie durch die Bundesrepublik tourte, waren in Frankreich seit 1960 ostdeutsche Ensembles tabu. Und auch die innerdeutschen Handelsbeziehungen überstiegen die Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR um ein Vielfaches. Hier war Lenoir zufolge das „nationale Interesse" in Gefahr, das Frankreich an den Beziehungen mit der DDR haben sollte.[46] Man kann annehmen, dass diese Sicht auf die französische Deutschlandpolitik, auch über die EFA hinaus, das französische Interesse an der DDR nicht unwesentlich verstärkt hat. Die diplomatische Anerkennung der DDR wurde als wünschenswert bezeichnet, den EFA ging es 1963 in erster Linie jedoch um die Normalisierung des Austausches auf wirtschaftlicher und insbesondere auf kultureller Ebene. Zu diesem Zweck wurde im Vorfeld des Kongresses bereits die Kulturkommission der EFA gegründet und der *Cercle Dürer* wiederbelebt.[47] Im Anschluss an die Ausführungen von Lenoir berichteten die Vertreter verschiedener lokaler und regionaler Komitees über Aktivitäten in den Regionen (Entsendung von Delegationen, Veranstaltungen, Organisation von Städtepartnerschaften). Unter den Rednern waren aber auch prominente Vertreter aus dem Präsidium und dem Nationalkomitee. So nutzte Jean Pierre-Bloch, neues Mitglied im Präsidium, die Gelegenheit, um sein Engagement zugunsten der DDR zu begründen: Zwar sei er nicht mit allem in der DDR einverstanden, entscheidend sei für ihn aber die strenge Verurteilung des Antisemitismus (Pierre-Bloch war selbst Jude) und der Umgang mit dem Thema Vernichtung der Juden im Dritten Reich in den DDR-Schulbüchern.[48] Nicht fehlen durfte schließlich ein

[45] Lenoir, Les conditions d'une réconciliation franco-allemande véritable et durable, in: Rencontres 23 (Sonderheft, 1963), S. 6: „Ce n'est donc que par un abus des mots qu'on peut parler de ‚réconciliation franco-allemande' en ne cherchant le rapprochement qu'avec la seule partie occidentale de l'Allemagne. Pour que la réconciliation franco-allemande ait tout son sens, il n'est pas possible de la poursuivre en ignorant délibérément les 17 millions d'Allemands qui vivent en RDA. Elle se fera avec tout le peuple allemand ou, sinon, il ne faut pas appeler ce qui se fait: ‚réconciliation franco-allemande'."

[46] Ibid., S. 9: „Il apparaît avec évidence que la politique de discrimination à l'encontre de la RDA nuit non seulement à la vraie réconciliation franco-allemande, à la compréhension mutuelle des peuples, mais aussi aux intérêts profonds de notre pays, à son rayonnement dans le monde."

[47] Siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel zum Cercle Dürer im Abschnitt über die Kulturbeziehungen (Zweiter Teil, B., II., 1.).

[48] Pierre-Bloch, Diskussionsbeitrag, in: Rencontres 23 (Sonderheft, 1963), S. 20: „Même si on n'approuve pas tout ce qui se fait en Allemagne de l'Est – et je suis de ceux-là – on est

Bericht über die Finanzen, aus dem hervorgeht, dass sich die EFA im Wesentlichen über die Mitgliedsbeiträge und über Gebühren finanzierten, die sie bei der Organisation von Reisen in die DDR einnahmen.[49] Das Budget mit geschätzten 100 000 FF an jährlichen Einnahmen, von denen fast zwei Drittel für Gehälter und die eigene Zeitschrift ausgegeben wurden, war im Verhältnis zu den Ambitionen der Gesellschaft nicht besonders umfangreich.[50] Deshalb forderte Hauriou die Kongressteilnehmer dazu auf, bei der Planung von Aktivitäten das fehlende Geld mit Phantasie auszugleichen.[51]

Eine dieser Aktivitäten war die an den französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle adressierte Karte, mit der man die Ausweitung der deutsch-französischen Versöhnung auf alle Deutschen verlangte und dem französischen Staat eine Anerkennung der DDR nahelegte.[52] Vor und nach dem Kongress wurden insgesamt 100 000 solcher Karten an den Élysée-Palast adressiert.[53]

Zu jedem Kongress auf nationaler Ebene wurde auch ein Sonderheft von *Rencontres* herausgegeben, in dem sämtliche Rede- und Diskussionsbeiträge sowie die Zusammensetzung der nationalen Gremien (Präsidium, Nationalkomitee und Sekretariat) abgedruckt waren. Diese Sonderhefte unterschieden sich nicht nur im Seitenumfang und in der sehr viel aufwendigeren Aufmachung von den regulären *Rencontres*-Ausgaben, sie erschienen meist auch in einer deutlich erhöhten Auflagenzahl. So wurde die Auflage bei den anlässlich der ersten Nationalkongresse erschienenen Hefte fast verdoppelt und übertraf damit auch bei Weitem die Zahl der Mitglieder der Gesellschaft.[54] Ebenfalls in sehr hoher Auflage wurde kurze

bien obligé de constater l'effort de paix, de réconciliation et de lutte contre le nazisme entrepris par ce pays; c'est pourquoi je considère que nous devons mener avec force le combat qui amènera la reconnaissance de l'Allemagne de l'Est."

[49] Pailler, Rapport sur le bilan financier, in: Rencontres 23 (Sonderheft, 1963), S. 33.

[50] Da zum ersten Kongress kein Dossier mehr vorhanden ist, fehlen auch genaue Zahlen. Die angenommenen 100 000 FF entsprechen den Zahlen, die für spätere Jahre dokumentiert sind.

[51] Hauriou, Discours de clôture, in: Rencontres 23 (Sonderheft, 1963), S. 37: „Pour infléchir l'attitude de nos gouvernants, je crois que le plus sûr moyen est de rechercher et d'obtenir l'arbitrage de l'opinion publique. […] tous les moyens sont bons pour faire connaître les hommes oubliés de l'Allemagne de l'Est […]. J'ajoute, cependant, que pour agir sur l'opinion publique, par quelque canal que ce soit, il y a un devoir qui s'impose à nous, compte tenu du reste de la modestie de nos ressources, c'est un devoir d'imagination. Chacun de nous doit s'efforcer de trouver, d'inventer quelque nouveau moyen d'émouvoir, de persuader, de convaincre ou tout au moins d'intéresser, d'éclairer nos concitoyens."

[52] Text dieser Karte (Erstauflage datiert auf den 29. 6. 1962): „Je désire la réconciliation des peuples français et allemand. J'estime que ce n'est pas aller dans cette voie que de laisser subsister les mesures discriminatoires actuelles à l'encontre des 18 millions [sic] de citoyens de la République démocratique allemande. […] La reconnaissance de la République démocratique allemande contribuerait, de plus, au règlement pacifique du problème allemand, question si ‚importante pour le maintien de la paix et de la sécurité en Europe et dans le Monde' comme vous l'avez, vous-même, déclaré lors des entretiens de Rambouillet, en avril 1960." Zitiert nach AEFA, Présidence nationale procès-verbaux: Protokoll der Sitzung des EFA-Präsidiums am 15. 3. 1963.

[53] Cf. Rencontres 51 (März–Mai 1968), S. 19.

[54] Siehe dazu die Auflagenzahlen für Rencontres im Anhang (CD-ROM).

Zeit später ein Sonderheft mit dem Titel „Regards sur l'Allemagne" herausgegeben, das die Eindrücke des sozialistischen Senators Georges Rougeron wiedergab, die er von einer Reise durch die DDR mitgebracht hatte.[55] Wie auch die Hefte zu den Kongressen diente es zur Bekanntmachung der Aktivitäten der EFA in Frankreich und der DDR.

## Der zweite Nationalkongress 1966 – Aktivitäten auf parlamentarischer Ebene

Weil der Aktionsradius der Gesellschaft an die Anzahl ihrer zahlenden Mitglieder gebunden war, blieb deren Hauptaufgabe die Rekrutierung neuer Mitglieder.[56] Im Rahmen des zweiten Nationalkongresses 1966 wurde deshalb ein Wettbewerb zwischen den lokalen Komitees ausgeschrieben. Ziel war es, bis zum nächsten Kongress die Grenze von 10 000 Mitgliedern zu überschreiten.

Auch 1966 wurde einer ostdeutschen Delegation die Reise zum Kongress verwehrt. Doch dieses Mal sah Hauriou darin eine Bestätigung der EFA und ihres Anliegens, denn die Ächtung der Gesellschaft durch die französische Regierung lasse sich nur damit erklären, dass man als eine ernst zu nehmende Gefahr wahrgenommen werde.[57] Zwar gebe es erste Anzeichen für einen Wandel in der Haltung der Bundesrepublik gegenüber der Frage, wie eine Wiedervereinigung Deutschlands zu verwirklichen sei. Da die Lösung des „deutschen Problems" aber nur im Rahmen eines gleichberechtigten deutsch-deutschen Dialogs möglich sei, sei die Anerkennung der DDR eine unerlässliche Voraussetzung. Die Aufgabe der EFA sei es dabei, den Prozess des Umdenkens zu beschleunigen.[58] Dafür müsse man weiter an der Verbreitung von Kenntnissen über die DDR arbeiten und den Einfluss der EFA verstärken. Die lokalen Komitees wurden dementsprechend aufgefordert, ihre Aktivitäten noch zu intensivieren, etwa durch die Organisation so-

[55] Siehe dazu auch das Kapitel über den parlamentarischen Tourismus (Zweiter Teil, C., I., 2.).

[56] Im Vorfeld des Kongresses meldete das Konsulat in Lille einen wachsenden Zuspruch aus „früher dafür weniger anfälligen Kreisen und Berufsgruppen" für die Aktivitäten der EFA, cf. PA/AA, B 24, 629: Schreiben des Konsulats in Lille vom 9. 2. 1966 an das AA, Politische Abteilung II 1.

[57] Hauriou, Eröffnungsrede, in: Rencontres 41 (Febr.–Apr. 1966), S. 3: „Nous aurions, certes, été particulièrement heureux de pouvoir applaudir les représentants de l'association sœur de la nôtre, mais peut-être faut-il, pour être objectifs, ne pas méconnaître totalement l'importance du problème que les EFA posent par leur existence et surtout par leur réussite. […] Il ne faut, dès lors, pas s'étonner outre mesure de l'ostracisme qui nous est opposé. Il faut bien entendu le regretter, et je le dis publiquement, que nous ne puissions montrer à nos amis le plaisir, la joie, la profonde satisfaction que leur présence nous aurait donnés ici aujourd'hui. Mais quand un refus est la conséquence évidente d'une réussite on ne peut ressentir qu'un encouragement à persévérer dans la voie qui a été choisie."

[58] Ibid., S. 5: „Notre devoir, notre tâche, notre œuvre, c'est d'accélérer un processus dont je pense vous avoir montré la justesse, mais qui peut néanmoins être traversé par l'événement, ou ralenti par les conformismes. Il faut envisager des perspectives justes pour qu'elles se concrétisent, il faut prendre garde à ce que les circonstances ne viennent pas empêcher la réalisation de ce que nous sommes heureux d'entrevoir."

genannter *Semaines d'amitié*, bei denen innerhalb einer Woche zahlreiche Veranstaltungen im Rahmen einer bestehenden offiziellen beziehungsweise inoffiziellen ostdeutsch-französischen Städtepartnerschaft organisiert wurden.

Von der französischen Regierung forderte man die Ausstellung von TTD und Visa für die Reisen von Ostdeutschen nach Frankreich, das heißt eine Anerkennung der ostdeutschen Pässe in dem Maße, wie man auch die Pässe von Personen aus Nordvietnam akzeptiere, die Eröffnung einer französischen Handelskammer in Ost-Berlin sowie eine stärkere Institutionalisierung der ostdeutsch-französischen Handelsbeziehungen.

Neben zahlreichen Vertretern lokaler Komitees findet sich unter den weiteren Rednern auf dem Kongress auch der sozialistische Abgeordnete Louis Deschizeaux, der seit 1963 mehrfach in die DDR gereist war. Er war vom EFA-Präsidium, in das er anlässlich dieses Kongresses auch gewählt wurde, gebeten worden, einen Vortrag über eine mögliche linke französische Deutschland/DDR-Politik zu halten – Mitterrand habe zwar gelegentlich vom „deutschen Problem" gesprochen, die DDR sei von einem sozialistischen Politiker indessen nie erwähnt worden.[59] Für Deschizeaux war eine deutsche Wiedervereinigung die Vorbedingung für die Gewährleistung eines dauerhaften Friedens in Europa. Entscheidende Voraussetzung dafür sei allerdings eine Versöhnung der Deutschen untereinander sowie mit ihren Nachbarn im Osten. Letzteres sei jedoch nur über den Weg einer bedingungslosen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zu erreichen.[60]

Bemerkenswert ist auch der Beitrag von Félix Lusset, Kulturattaché des GMFB *(Gouvernement militaire français à Berlin)* in den Nachkriegsjahren. Lusset kritisierte die idealisierte Sicht auf die DDR, bei der manch negativer Aspekt außer Sicht gerate.[61] Es ist eine der seltenen Gelegenheiten, bei denen das in EFA-Kreisen anzutreffende Interesse für die DDR kritisch reflektiert wurde. Lusset, der selbst Kontakte zu ostdeutschen Schriftstellern hatte, forderte dazu auf, sich auch mit den Einschränkungen der künstlerischen Freiheit in der DDR auseinanderzusetzen und nach Wegen zu suchen, diese Kritik, wenn auch diskret, zu äußern.

[59] AEFA, II[e] Congrès national: Brief der EFA, Lenoir, vom 10. 12. 1965 an Deschizeaux.

[60] Deschizeaux, La réconciliation de l'Allemagne avec elle-même, in: Rencontres 41 (Febr.–Apr. 1966), S. 20: „La réunification conditionne la paix. Si, pour qu'elle se fasse, le recours à la force est exclu – et il est exclu par Erhard lui-même –, alors l'approche du problème doit se faire par une autre voie: la voie de la raison et du compromis. L'UNITÉ EUROPÉENNE PASSE PAR LA RÉCONCILIATION DE L'ALLEMAGNE AVEC ELLE-MÊME. Suis-je utopiste? […] Il faut ‚exorciser les diables' qui continuent à troubler les relations amicales des Slaves et des Germains. C'EST PAR LA RÉCONCILIATION DE L'ALLEMAGNE AVEC SES VOISINS DE L'EST QUE PASSE LA RÉCONCILIATION ET LA RÉUNIFICATION DE L'ALLEMAGNE. CETTE RÉCONCILIATION SUPPOSE LA RECONNAISSANCE DE LA FRONTIÈRE ODER-NEISSE." [Hervorhebungen im Original – Ch. W.]

[61] Lusset, Regarder la RDA sous des aspects divers, in: Rencontres 41 (Febr.–Apr. 1966), S. 26: „Il se peut que cette attitude positive, étant donné que les EFA sont une réunion de gens assez divers, soit motivée par des raisons diverses: ce peut être simplement une attitude scientifique, celle qui résulte du fait qu'on constate l'existence de deux Allemagnes […]. Ce peut être une attitude politique, et là des nuances peuvent intervenir, cela dépend des arrière-plans politiques de chacun, mais de toute façon cette attitude est positive."

Dem entgegnete der Germanist Jean Tailleur, dass es nicht die Aufgabe der EFA sein könne, sich in die inneren Angelegenheiten der DDR einzumischen; die positive Sicht auf die DDR beziehe sich auf die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in der Bildungspolitik der DDR.[62]

Obwohl sich die EFA immer stärker auf die DDR ausrichteten, ging der Blick für die deutsch-französischen Beziehungen insgesamt nicht verloren. So bedauerte etwa Jacques Chatagner, für den die Anerkennung der DDR das Hauptanliegen der EFA darstellte, dass die Beziehungen mit der Bundesrepublik nur am Rande des Kongresses behandelt wurden.[63] Er regte sogar eine Kontaktaufnahme mit dem Deutsch-Französischen Jugendwerk an, damit die EFA als Institution für den Austausch von Jugendlichen offiziell anerkannt werde. In der Praxis seien, so Lenoir, Gruppen mit französischen Jugendlichen und Studenten jedoch gezwungen, von Ausflügen in die DDR während ihrer Reisen in die Bundesrepublik abzusehen, um nicht die vom Deutsch-Französischen Jugendwerk gewährten Subventionen zu verlieren.[64] Auch Chatagners Bestreben, stärkere Kontakte zu linken Milieus und Gewerkschaften in der Bundesrepublik zu knüpfen, fand bei Lenoir keinen Anklang: Da man bestrebt sei, in Frankreich eine große Pluralität in den politischen Anschauungen zu wahren, sei man für linke Organisationen in der Bundesrepublik kompromittierend.[65] Außerdem, so fürchtete Lenoir, würde die Gesellschaft dadurch in Frankreich an Glaubwürdigkeit verlieren. Stattdessen beschloss das Präsidium, dass Komitees in französischen Städten, die eine Partnerschaft mit einer westdeutschen Stadt unterhielten, ihre Aktivitäten intensivieren sollten; jene in französischen Städten, die dagegen eine Partnerschaft mit einer ostdeutschen Stadt unterhielten, sollten sich gleichzeitig um eine Partnerschaft mit einer Stadt in der Bundesrepublik bemühen.[66]

Am Ende dieses zweiten Nationalkongresses beschlossen die Teilnehmer, eine Konferenz über die Zukunft Deutschlands abzuhalten, die der französischen Öffentlichkeit entsprechende Denkanstöße liefern sollte.[67] Um dieser Veranstaltung zum gewünschten Erfolg zu verhelfen, beabsichtigte das EFA-Präsidium, für das

[62] Tailleur, À propos de l'intervention de M. Lusset, in: Rencontres 41 (Febr.–Apr. 1966), S. 45: „[…] ce qui réunit, c'est l'appréciation positive du rôle joué en Europe par la RDA. En reconnaissant la frontière Oder-Neisse, en signant des traités d'amitié avec la Pologne et la Tchécoslovaquie, en élevant sa jeunesse dans l'horreur du national-socialisme et du racisme, la RDA représente un facteur de paix et elle est le garant du non-retour du passé."

[63] AEFA, II[e] Congrès national: Brief von Chatagner vom 16. 2. 1966 an die EFA, Lenoir: „J'ai regretté, comme je l'ai dit à la fin de la discussion, que le problème des échanges avec la RFA n'ait pas été, comme il l'aurait mérité, posé publiquement au cours du congrès."

[64] Ibid.: Brief der EFA, Lenoir, vom 22. 2. 1966 an Chatagner.

[65] Ibid.: „Pour ce qui est de nos rapports avec des organisations ou des personnalités en RFA le problème est différent. Si en France nous apparaissons comme une organisation large, du fait des buts que nous poursuivons, nous sommes compromettants pour ces institutions ou ces personnalités."

[66] AEFA, Présidence nationale, procès-verbaux: Protokoll der Sitzung des EFA-Präsidiums am 25. 3. 1966.

[67] Resolution des zweiten Nationalkongresses, in: Rencontres 41 (Febr.–Apr. 1966), S. 47.

aus diesem Anlass zu schaffende Vorbereitungskomitee auch Politiker der Regierungsmehrheit zu rekrutieren. Vorgeschlagen wurden unter anderem Lucie Faure, Raymond Schmittlein, René Capitant, Maurice Schumann und Guy Mollet.[68]

Diese zweite politische Konferenz der EFA über die deutsche Frage fiel im Oktober 1966 mit dem Ende der Regierungskoalition Ludwig Erhards in der Bundesrepublik zusammen. Der Zeitpunkt war dennoch nicht zufällig gewählt: Das Jahr 1966 kam einerseits einem Höhepunkt in der französischen Ostpolitik gleich, andererseits markierte es einen Wandel in den parlamentarischen Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR, an deren Zustandekommen die EFA einen erheblichen Anteil hatten. Nach einer Phase des intensiven parlamentarischen Tourismus wurde hier eine neue Stufe auf dieser Ebene vorbereitet: Nur ein Jahr später (1967) formierte sich erstmals eine Freundschaftsgesellschaft *France-RDA* in der französischen Nationalversammlung.[69] Unter den Teilnehmern der Konferenz fanden sich nicht nur die Teilnehmer jener bedeutenden Parlamentarierdelegationen, die die DDR zwischen 1964 und 1966 bereist hatten, wie Jacqueline Thome-Patenôtre oder Aymar Achille-Fould; hier war eben auch die Hälfte jener sechzehn Parlamentarier versammelt, die 1967/68 an der Gründung der Freundschaftsgesellschaft beteiligt waren, unter anderem Roger Fossé, der ihr von 1970 bis 1986 als Präsident vorstehen sollte. Ebenfalls vertreten waren mit Étienne Restat und Jean Péridier zwei zukünftige Präsidenten der 1970 im Senat entstehenden Freundschaftsgesellschaft. Insgesamt unterstützten fünfzig aktive Parlamentarier[70] und ein Dutzend ehemaliger Minister[71], unter ihnen auch drei ehemalige französische Ministerpräsidenten (René Mayer, Pierre Mendès-France und Jules Moch), das Vorhaben der EFA. Auffallend ist sowohl der Anteil von Personen aus dem Umfeld der PSU und François Mitterrands, dessen Name sich auf der Liste neben jenen mächtiger EVG-Gegner aus den 1950er Jahren, wie Jules Moch oder Daniel Mayer, findet.

[68] AEFA, Présidence nationale, procès-verbaux: Protokoll der Sitzung des EFA-Präsidiums am 25. 3. 1966.

[69] Siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel zur parlamentarischen Diplomatie (Zweiter Teil, C., I., 3.).

[70] Dies sind in alphabetischer Reihenfolge: Aymar Achille-Fould, Octave Bajeux, Jean Bardol, Daniel Benoist, François Billoux, Louis Boisson, Raymond Bossus, Marcel Boulangé, Raymond Brun, René Capitant, Roger Carcassonne, René Cassagne, Paul Cermolacce, Jean Chamant, Suzanne Crémieux, Louis Deschizeaux, André Diligent, Robert Fabre, Roger Fossé, Jacques Fouchier, Albert Fouet, Mathilde Gabriel-Peri, Jean Geoffroy, Michel de Grailly, Paul Guillaumot, Louis Guillou, René Lamps, René Lecocq, François Le Douarec, Louis Martin, Marcel Massot, François Mitterrand, Jules Moch, Robert Morlevat, Roger Noiret, Louis Odru, Jean-Paul Palewski, Jean Péridier, Gabriel Péronnet, Étienne Restat, Georges Rougeron, Raymond Schmittlein, Maurice Schumann, Édouard Soldani, Charles Suran, Jacqueline Thome-Patenôtre, René Tinant, Ludovic Tron, Eugène van der Meersch, Antonin Ver, cf. Allemagne, actualité et perspectives, S. 1–13.

[71] Dies sind in alphabetischer Reihenfolge: René Capitant, Jean Chamant, Édouard Dépreux, Gérard Jacquet, Daniel Mayer, René Mayer, Pierre Mendès-France, François Mitterrand, Jules Moch, Marcel Paul, Christian Pineau und Jacqueline Thome-Patenôtre; fünf der hier genannten ehemaligen Minister gehörten gleichzeitig dem Kreis der zuvor genannten aktiven Parlamentarier an, cf. ibid.

Bemerkenswert ist schließlich auch die Beteiligung von Maurice Schumann, dem Präsidenten des Auswärtigen Ausschusses der französischen Nationalversammlung, der, wie Roger Fossé und René Capitant, gemeinsam mit dem EFA-Präsidium sogar an der Vorbereitung dieser Veranstaltung mitgewirkt hatte.[72] Zwar teilte Schumann nicht die von den EFA vertretene Auffassung hinsichtlich einer Anerkennung der DDR, seine Erinnerung an ein gemeinsames Engagement mit Hauriou zu Kriegszeiten wog jedoch stärker als die unterschiedliche Beurteilung der deutschen Frage. Die Teilnahme von Jean Chamant (Staatssekretär im französischen Außenministerium unter Edgar Faure) und Jean Fabre (einem ehemaligen Oberst) beseitigte bei ihm letzte Zweifel hinsichtlich seiner eigenen Teilnahme.[73] Auf Empfehlung von Schumann nahm selbst General Roger Noiret teil, der unter anderem während der Blockade von 1948/49 stellvertretender Militärbefehlshaber in Berlin gewesen war. Wie auch viele andere Veranstaltungen der EFA fand die Konferenz in der *Maison de la Chimie*, also in unmittelbarer Nähe zum *Quai d'Orsay* und zu anderen Ministerien statt.

Als Grundlage für die Diskussion hielten Alfred Grosser und Georges Castellan zwei einleitende Vorträge über die Situation in der Bundesrepublik respektive in der DDR im Jahr 1966. Grosser willigte erst ein, nachdem man ihm versichert hatte, dass keinerlei Resolutionen verabschiedet würden und die Diskussion mit aller politischen Offenheit geführt würde.[74] Die von André Hauriou und den EFA gewünschte und von Grosser geforderte politische Offenheit, das heißt die Beteiligung aller in der Nationalversammlung vertretenen politischen Kräfte, war aufgrund der innenpolitischen Situation in Frankreich jedoch nur schwer zu bewerkstelligen.[75] Auch an der Veranstaltung selbst konnten viele der interessierten Politiker nicht teilnehmen – sie fiel wegen der vorgezogenen Wahlen zur Nationalversammlung im März 1967 in eine Zeit des Wahlkampfes. So fand aus diesem Grund parallel etwa ein Kongress der SFIO statt.[76]

Die Diskussion über die bei dieser Gelegenheit aufgeworfenen Fragen wurde auf der Ebene der lokalen EFA-Komitees in verschiedenen französischen Städten, unter anderem in Lyon und Grenoble, weitergeführt.

[72] AEFA, Journées d'études 1966: Protokoll der Sitzung des Comité de préparation de la table ronde sur l'avenir de l'Allemagne am 7. 6. 1966.

[73] Ibid.: Brief von Schumann vom 6. 4. 1966 an Hauriou: „Compte tenu de nos souvenirs communs, je souhaite vivement vous donner satisfaction. Si mes collègues Jean Chamant et Jacques Fouchier vous donnent l'un et l'autre leur accord, vous pourrez considérer le mien comme acquis. […] Il serait, en tout état de cause, souhaitable que, le jour où vous rendrez publique la composition du comité de préparation, vous ne manquiez pas de souligner que votre but est d'établir une confrontation et que, par conséquent, la position des participants à l'égard du problème ne saurait être préjugée."

[74] Ibid.: Brief von Grosser vom 22. 6. 1966 an die EFA, Hauriou.

[75] Ibid.: Rundschreiben der EFA, Hauriou, vom 14. 6. 1966 an Capitant, Chamant, Fossé, Fouchier und Schumann; ibid.: Undatierter Entwurf für einen Brief an die SFIO, Mollet; sowie ibid.: Briefwechsel zwischen EFA, Hauriou, und FGDS, Hernu, vom 27. 7. und 9. 8. 1966; die FGDS verweigerte ihre Teilnahme an einer Veranstaltung, an der Vertreter der parlamentarischen Mehrheit beteiligt sein sollten.

[76] Cf. ibid.

## Auf dem Weg zur Anerkennungsbewegung 1968–1972

Im Anschluss an den zweiten Nationalkongress der EFA von 1966 hatte man festgestellt, dass die Qualität der Beiträge im Vergleich zum ersten Kongress deutlich zugenommen habe, allerdings sei auch die Rede- und Diskussionszeit zu knapp bemessen gewesen, weshalb man für den dritten Kongress nun zwei Tage veranschlagte.[77] Auch in anderer Hinsicht vergrößerte sich 1968 der Rahmen dieser Zusammenkunft: Auf Einladung von André Grégoire, kommunistischer Bürgermeister von Montreuil und seit 1960 Mitglied im Nationalkomitee der EFA, fand sie im Großen Festsaal des Rathauses von Montreuil statt.[78] Hinzu kam ein öffentlicher Empfang im Rathaus und eine musikalische Galaveranstaltung mit der Brechtinterpretin Gisela May, die durch die Stadt Montreuil finanziell unterstützt wurde (mit 3500 FF).[79]

Man feierte den 10. Geburtstag der EFA, den Erfolg der Konferenz für die Zukunft Deutschlands, das 1967 erstmals unterzeichnete Kooperationsprotokoll mit der ostdeutschen Partnergesellschaft und die Schaffung einer Freundschaftsgesellschaft in der französischen Nationalversammlung.[80] Auch das zwei Jahre zuvor gesetzte Ziel, insgesamt 10 000 Mitglieder zu gewinnen, war erreicht worden. Zudem lässt sich feststellen, dass die Bewegung in der französischen Provinz angekommen war: Die vorbereitenden Lokalkongresse waren zahlreicher und umfangreicher geworden, und selbst das französische Fernsehen berichtete inzwischen auf lokaler Ebene über die Aktivitäten der EFA. Ganz im Unterschied zum ersten Nationalkongress nahmen nun auch deutlich mehr Teilnehmer aus der französischen Provinz als aus der Region Paris teil. Mit Blick auf die Olympischen Spiele 1968 wurde auf nationaler Ebene zusätzlich eine Kommission für den Austausch zwischen Sportlern *(Commission des sports)* geschaffen. Neben den internen Neuerungen betonte Roland Lenoir in seinem eingangs vorgetragenen Bericht vor allem aber die für eine Anerkennung der DDR günstige internationale Entwicklung, mit der die EFA Schritt halten müssten.[81]

Eines der großen Themen des Kongresses war das alliierte Kontrollbüro in West-Berlin. Drei Vorträge widmeten sich dieser Institution und den Auswirkungen auf die französisch-ostdeutschen Beziehungen. Überhaupt setzten sich die Beiträge von 1968 stärker mit politischen Problemen auseinander, Fragen des kulturellen Austausches traten im Vergleich zu früheren Kongressen in den Hintergrund. So widerlegte der Präsident der Freundschaftsgesellschaft in der Nationalversammlung und FGDS-Abgeordnete Louis Périllier ausführlich sämt-

[77] AEFA, III[e] Congrès national: Protokoll der Sitzung des EFA-Präsidiums am 25. 3. 1966.
[78] Ibid.: Schreiben der Mairie de Montreuil, Dierickx, vom 4. 4. 1967 an die EFA, Lenoir.
[79] Ibid.: Schreiben der Mairie de Montreuil, Dufriche, vom 13. 2. 1968 an die EFA, Lenoir; weitere finanzielle Unterstützung kam vom Syndicat national des maîtres laveurs-blanchisseurs, cf. ibid.: Brief von Clausse vom 26. 2. 1968 an die EFA, Lenoir.
[80] Hauriou, Eröffnungsrede, in: Rencontres 51 (März–Mai 1968), S. 9 ff.
[81] Lenoir, Rapport, in: Rencontres 51 (März–Mai 1968), S. 26: „Nous vivons une période de changements rapides. Nous ne devons pas être en retard sur les événements. […] Nous saluerons tout pas en avant fait dans cette voie, car il nous fera progresser vers les buts qui sont les nôtres."

liche Argumente, mit denen die französische Regierung die Nichtanerkennung der DDR begründete. Für Périllier, der im Verlaufe dieses Kongresses in das EFA-Präsidium gewählt wurde, lag der wahre Grund der Nichtanerkennung in einem stillschweigenden Abkommen zwischen der französischen und der bundesdeutschen Regierung: Während Frankreich die Bundesrepublik in ihrer Haltung gegenüber der DDR unterstütze, dürfe Frankreich auf die Unterstützung der Bundesrepublik in der Frage des EU-Beitritts Großbritanniens hoffen.[82] Auch auf kultureller Ebene entwickelte sich Ende der 1960er Jahre, basierend auf einem Interesse für die kulturelle Produktion und auf Kontakten zu Kollegen in der DDR, ein immer stärkeres politisches Engagement für die diplomatische Anerkennung der DDR.[83]

Während kaum noch einer der Redner auf dem Kongress Rechenschaft über die Motive seines Engagements im Rahmen der EFA gab, finden sich derartige Stellungnahmen noch in den Briefen, mit denen einige Mitglieder ihre Teilnahme am Kongress absagten. Dabei handelt es sich nicht selten um einige der prominentesten Mitglieder des Nationalkomitees. Wissenschaftler wie Pierre Grappin oder Alfred Kastler betonten vor allem ihr Interesse an Kontakten zu ostdeutschen Kollegen. Bei Kastler spielte zusätzlich die Verbundenheit mit Gründungspräsident Albert Châtelet eine Rolle.[84] Für den Literaturwissenschaftler Jean Fabre zählte außerdem die Verwirklichung einer ideologische Grenzen überwindenden gesamteuropäischen Versöhnung.[85] Wie Fabre engagierte sich auch das Akademiemitglied Paul Bastid gleichzeitig für die Beziehungen mit Polen und die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze.[86] Wenn Bastid sich für Kontakte mit jenem Teil Deutschlands einsetzte, der Frankreich am ehesten die Garantien gegen eine Wiederauferstehung des „hitlérisme" gebe, dann gründete sich das auch auf das Görlitzer Abkommen zwischen Polen und der DDR über die Oder-Neiße-Grenze.[87] Der radikalsozialistische Senator Étienne Restat (*1898), der wie Bastid (*1892)

[82] Périllier, Défendons cette idée qui nous est chère, in: Rencontres 51 (März–Mai 1968), S. 54–58.

[83] AEFA, III[e] Congrès national: Brief der Union des Arts plastiques, Milhau, vom 1. 3. 1968 an die EFA, Hauriou: „De là [Wunsch nach stärkerem künstlerischen Austausch – Ch. W.] à exiger la reconnaissance de la RDA par le gouvernement français il y a bien moins qu'un pas; c'est à vrai dire la même demande. Soyez convaincu que les artistes sont décidés à agir par tous les moyens, et d'abord par ceux qui leur sont propres, pour permettre d'atteindre cet objectif."

[84] Ibid.: Brief von Kastler vom 29. 2. 1968 an die EFA, Hauriou; sowie ibid.: Brief von Grappin vom 18. 2. 1968 an die EFA, Hauriou.

[85] Ibid.: Brief von Fabre vom 21. 2. 1968 an die EFA, Hauriou: „Comme vous, en effet, je suis persuadé que la normalisation des rapports entre la France et la République démocratique allemande est un des objectifs qui s'imposent à tout esprit soucieux de travailler à la grande réconciliation européenne, au-delà de toute ligne de démarcation et indépendamment des régimes politiques en place."

[86] Bastid war Ehrenmitglied der Association française pour le respect des frontières sur l'Oder et la Neisse.

[87] AEFA, III[e] Congrès national: Brief von Bastid vom 14. 2. 1968 an die EFA, Hauriou: „Je ne comprends pas, puisqu'il y a deux États allemands, que nous entretenions les rapports les moins officiels et les moins étroits avec celui qui nous offre le plus de garanties contre une résurrection de l'hitlérisme."

zwei Weltkriege erlebt hatte, sah in den Beziehungen mit der DDR vor allem ein Mittel, um künftige Kriege zu verhindern.[88]

In den zwei Jahren bis zum vierten Nationalkongress im April 1970 ereignete sich vieles, was auf die Entwicklung der französisch-ostdeutschen Beziehungen großen Einfluss hatte: die Besetzung der Tschechoslowakei durch Truppen des Warschauer Paktes – mit Zustimmung und unter Beteiligung der DDR, der Wahlsieg Brandts und der Beginn seiner Ostpolitik und in Frankreich selbst das Ende der Ära de Gaulle. Der Kongress fand zwischen den beiden Treffen von Willy Brandt und Willi Stoph in Erfurt und Kassel statt. Aber auch für die EFA hatten sich inzwischen wesentliche Veränderungen ergeben: Wenige Tage vor dem Kongress war eine Delegation unter Leitung von André Hauriou durch den neuen Außenminister Maurice Schumann empfangen worden – ein erheblicher Zugewinn an Prestige und Anerkennung für eine bis dahin von staatlichen Stellen gemiedene und nicht selten in ihren Aktivitäten erheblich eingeschränkte Gesellschaft. Anlässlich des Kongresses konstatierte man zufrieden, dass drei alte Forderungen der EFA an die französische Regierung mittlerweile erfüllt worden waren: die Aufhebung des TTD-Systems, die Eröffnung einer, obgleich inoffiziellen, französischen Handelskammer und die Legitimierung des kulturellen Austausches zwischen Frankreich und der DDR durch die französische Außenpolitik. Man feierte sich selbst als Sieger dieser Entwicklung und sah sich ermutigt, weiter gehende Forderungen aufzustellen, wie die Anerkennung der DDR-Pässe, die Eröffnung einer offiziellen Handelskammer und die Aufnahme offizieller Kultur- und Sportbeziehungen zwischen den beiden Staaten.[89] Selbst eine offizielle Anerkennung der DDR durch Frankreich schien in greifbare Nähe gerückt. Dem Kongress fiel die Aufgabe zu, die EFA auf dieses Ziel einzuschwören. Sichtbares Zeichen der Kurskorrektur war eine Veränderung im Namenszusatz, die während des Kongresses beschlossen wurde: Aus der *Association française pour les échanges culturels avec l'Allemagne d'aujourd'hui* wurde nun die *Association pour la coopération avec les deux États allemands et la reconnaissance de la République démocratique allemande.*[90] Dennoch bereitete der scheidende Präsident André Hauriou die Kongressteilnehmer auf einen weiten, mehrjährigen Weg vor, den man bis dahin zurücklegen müsse. Dass er am Erfolg dieser Mission nicht zweifelte, davon zeugen seine Überlegungen für die Zeit danach: Der in sozialutopischen Kategorien denkende Hauriou verband mit der dann möglichen Konfrontation zweier Ge-

[88] Ibid.: Brief von Restat vom 19. 2. 1968 an die EFA, Hauriou: „Je considère en effet que les rapports entre nos démocraties [sic] doivent se normaliser afin que plus jamais nous n'ayons à redouter les heures sombres des deux dernières guerres."

[89] Lenoir, Rapport, in: Rencontres 61 (Apr.–Juni 1970), S. 12: „Chers amis, la rencontre d'Erfurt, la suspension du bureau de circulation, l'installation de l'industrie française montrent à l'évidence que nous avions raison, dans le passé, de poser les problèmes comme nous les avons posés, que nos propositions étaient réalistes et allaient dans le sens du progrès et de l'intérêt national, que notre action était juste. Cette confirmation de la justesse de notre action passée par les faits nous donne confiance en notre action dans les jours et les mois à venir. Que ce congrès qui est déjà un congrès de victoire prépare d'autres victoires et que très prochainement nous ayons à discuter à nouveau d'un changement d'appellation parce que la RDA sera reconnue par la France."

[90] Resolution des vierten Nationalkongresses, in: Rencontres 61 (Apr.–Juni 1970).

sellschaftsmodelle innerhalb einer Nation die Hoffnung auf die Herausbildung eines neuen europäischen, der amerikanischen Konzeption überlegenen Gesellschaftsmodells.[91] Die EFA hätten entscheidende Pionierleistungen erbracht und würden deshalb auch nach der Anerkennung der DDR eine wichtige Rolle spielen. Zwei Jahre später konstatierte Hauriou, die EFA hätten der DDR in diesem Wettstreit zu einer gleichberechtigten Ausgangsposition verholfen.[92]

Die zunehmende Politisierung der EFA zeigt sich auch in der Wahl eines ehemaligen Abgeordneten, Louis Périllier, zum neuen Präsidenten der Gesellschaft. Ihm wurden im Präsidium außerdem zwei aktive Parlamentarier an die Seite gestellt: Roger Fossé und Étienne Restat vertraten die beiden neu gegründeten Freundschaftsgesellschaften in der Nationalversammlung und im Senat.[93]

Neben den üblichen Berichten über die Aktivitäten der lokalen Komitees war eine ganze Reihe von Vorträgen verschiedenen Aspekten der DDR gewidmet. Ein besonderes Thema auf diesem Kongress war der Ausbau der französisch-ostdeutschen Städtepartnerschaften – sie waren für die EFA eines der effizientesten Mittel bei der Umsetzung ihrer Ziele, entwickelten sich jedoch immer häufiger außerhalb ihres unmittelbaren Einflussbereiches. Dass in dieser Zeit zahlreiche neue Städtepartnerschaften entstanden, war eine Folge der internationalen Entwicklung. Wenige Monate zuvor hatte man auch im *Quai d'Orsay* auf diese Entwicklung reagiert, indem man ein weniger restriktives Vorgehen beschloss.[94] Dies stand nicht im Widerspruch zu der während des Kongresses mehrfach kritisierten, restriktiven Visa-Politik, denn im Außenministerium war man gleichzeitig be-

[91] Hauriou, Discours de clôture, in: Rencontres 61 (Apr.–Juni 1970), S. 55: „Je pense que, plus loin que les tâches que nous avons déjà entreprises et que nous devons continuer, nous avons devant nous un avenir qui peut être exaltant. En effet, la nation allemande une fois que les deux États, régulièrement reconnus, vivront côte à côte, va devenir, j'en suis persuadé, un lieu privilégié pour la coexistence pacifique et en même temps pour la confrontation de deux mondes, le monde occidental et le monde socialiste, je pense, dès lors, qu'il faut que la France soit présente à cette confrontation car je crois que c'est de celle-ci que peut sortir un nouveau projet de civilisation valable pour les sociétés hautement développées, projet nouveau dont nous avons les uns et les autres le plus urgent besoin. Je ne pense pas que ce soit aux États-Unis que naisse et puisse prendre forme un projet de civilisation pour les sociétés hautement techniciennes qui sont en train de grandir sous nos yeux; je crois que c'est encore l'Europe qui sera pour cette haute tâche un lieu privilégié et je pense que c'est plus précisément à l'endroit où se rencontreront les deux États et la nation allemande, et, en même temps, deux mondes, que, dans une large mesure, des idées nouvelles sont susceptibles de prendre naissance."

[92] AEFA, V^e Congrès national: Undatierte Note von Hauriou: „C'est l'honneur des Échanges franco-allemands d'aider la RDA à se placer dans cette compétition pour la paix, sur la même ligne de départ que ses voisins."

[93] Siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel zur parlamentarischen Diplomatie (Zweiter Teil, C., I., 3.).

[94] AMAE, RDA 1961–1970, 195: Handschriftliches Protokoll einer Sitzung am 19. 11. 1969 im MAE mit Vertretern des MAE und des MinInt: „Afin d'éviter autant que possible que l'association des Échanges franco-allemands ne prenne le contrôle de toutes les opérations de jumelage, exiger avant la délivrance de visa que les intéressés présentent une invitation de la municipalité intéressée. […] continuer à marquer, par des canaux non publics, notre désapprobation à l'égard des jumelages avec la RDA en vue de limiter leur diffusion en France et d'éviter la participation de parlementaires de la majorité."

strebt, den EFA die alleinige Kontrolle über die Städtepartnerschaften zu entziehen.

Ungeachtet dessen gewannen die EFA in der französischen Provinz jedoch immer mehr an Boden. An den zwölf vorbereitenden Kongressen auf lokaler Ebene nahmen insgesamt über 1200 Delegierte teil.[95] Dem entsprach auch, dass der vierte Nationalkongress zum ersten Mal außerhalb des Großraums Paris stattfand. Dass die Wahl dabei auf Lille fiel, war keineswegs Zufall – im französischen Norden verfügten die EFA traditionell über eine sehr zahlreiche Anhängerschaft, hier befand sich auch das mit Abstand mitgliederreichste Komitee.

Die Teilnahme von mehr als 400 Personen an diesem Nationalkongress war Ausdruck einer deutlichen Steigerung des Interesses an den Aktivitäten der EFA und an der DDR selbst im Vergleich zu jenem Kongress, der zwei Jahre zuvor stattgefunden hatte. Unter den Anwesenden war erstmals auch eine vom Leiter der ostdeutschen Handelsvertretung in Paris angeführte Delegation der DDR. Der Kongress verdeutlicht zudem die fortschreitende Vernetzung der DDR-Anerkennungsbewegung auf europäischer Ebene: Seit 1969 hatten die EFA-Präsidenten auf internationalen Friedens- und Abrüstungskongressen in Helsinki und Wien bereits Kontakte mit Gleichgesinnten aus ganz Europa geknüpft; nun lud man Vertreter der DDR-Freundschaftsgesellschaften aus Italien, Großbritannien, Belgien und anderen westeuropäischen Staaten ein, dem Kongress der EFA in Lille beizuwohnen. Die tatsächlich angereisten Vertreter aus Belgien und Luxemburg erhofften sich Anregungen für die Aktivitäten der eigenen Gesellschaft.[96] Vertreter anderer Freundschaftsgesellschaften konnten mangels finanzieller und personeller Möglichkeiten nicht teilnehmen, zeigten sich aber umso mehr von den Möglichkeiten und Aktivitäten der EFA beeindruckt.

Die wohl publikumswirksamste Aktion der EFA in diesen Jahren war die Veröffentlichung einer Petition, mit der man die französische Regierung aufforderte, der DDR die diplomatische Anerkennung zu gewähren. Die hier ansonsten aufgestellten Forderungen waren weitgehend identisch mit den Forderungen des vierten Kongresses. Die bereits im Januar 1970 lancierte Petition wurde von fünfzig Intellektuellen, Künstlern, Wissenschaftlern, Politikern und Geistlichen unterzeichnet. Zu den Erstunterzeichnern gehörten Mitglieder aus dem Präsidium und dem Nationalkomitee der EFA sowie zwanzig Persönlichkeiten, die nicht in den EFA engagiert waren, unter ihnen Simone de Beauvoir und Jean-Paul Sartre, der Senator Henri Caillavet, der Medizinnobelpreisträger André Lwoff, der Schauspieler Michel Piccoli oder auch Louis Saillant als Vertreter der Résistance.[97] Insgesamt wurden in ganz Frankreich in den folgenden Jahren 250 000 Unterschriften

[95] AEFA, IV[e] Congrès national: Undatierte Note der EFA über die Vorbereitung des vierten Nationalkongresses.

[96] Ibid.: Brief der Association Belgique-RDA, Pée, vom 31. 3. 1970 an die EFA, Hauriou; sowie ibid.: Brief der Gesellschaft Luxemburg-DDR vom 1. 4. 1970 an die EFA, Hauriou.

[97] Im Einzelnen waren dies in alphabetischer Reihenfolge: Simone de Beauvoir, Pierre Biquard, Henri Caillavet, Jean Effel, Père Dubarle, Yves Farge, Raymond Guyot, Mme Georges Huismann, Pierre Joliot, André Lwoff, Jacques Madaule, Jacques Maroselli, Jean Orcel, Michel Piccoli, Édouard Pignon, René Rognon, Louis Saillant, Jean-Paul Sartre, Jean Schaefer, André Souquière; cf. Rencontres 61 (Apr.–Juni 1970); die hintere Um-

gesammelt. Allein bis zum nächsten Nationalkongress im Mai 1972 waren es bereits 170 000.[98] Aus Sicht zahlreicher EFA-Mitglieder bestätigte der Erfolg der Petition das französische Interesse an der Anerkennung der DDR als einer entscheidenden Etappe auf dem Weg zur Entspannung in Europa.[99]

Wie von den EFA in Lille beschlossen, wurde diese Kampagne an die Verbreitung von Kenntnissen über die DDR geknüpft. Die wohl bedeutendste Veranstaltung in diesem Zusammenhang war ein im Dezember 1971 organisiertes Kolloquium über die DDR und das französische DDR-Bild unter dem Titel „La RDA vue par les Français et par elle-même". Thematisiert wurde dabei unter anderem das wachsende Interesse der französischen Medien an der DDR. Die insgesamt dreißig Beiträge waren sehr unterschiedlichen Bereichen des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens in der DDR, wie bildender Kunst und Musik, Sport, Kirche oder Städtebau, gewidmet. In Anwesenheit des ostdeutschen Dirigenten Kurt Masur wurde auch über den kulturellen Austausch diskutiert. Bemerkenswert ist jedoch vor allem die Häufung von Beiträgen zum Thema der Vermittlung von DDR-spezifischen Themen im französischen Deutsch-Unterricht. Von den anwesenden Deutschlehrern wurde die Marginalisierung der DDR im Unterricht kritisiert. Dies beginne, so Christian Marry aus Nancy, bereits mit der überwältigenden Menge an Fotografien zur Bundesrepublik in französischen Schulbüchern.[100] Umfragen, die seine Kollegen bei ihren Schülern durchgeführt hätten, bestätigten, dass die Wahrnehmung Deutschlands bei einer großen Mehrheit französischer Schüler auf die Wahrnehmung der Bundesrepublik beschränkt sei.[101] Als Gegenbeispiel wurde das Fach Geografie genannt: Hier war die DDR bereits 1967 Thema bei den nationalen Prüfungen zum CAPES und zur *Agrégation.*[102] Besser sei die Situation auch im Hochschulbereich: Als Beispiele wurden das von François-Georges Dreyfus geleitete *Centre d'études germaniques* in Strasbourg und die Universität Paris 8 aufgeführt, an der seit Kurzem Georges Castellan und Gilbert

schlagseite des in einer Auflage von 18 000 Exemplaren erschienenen Heftes umfasste die Petition mit einer vorgedruckten Unterschriftenliste und war zum Heraustrennen bestimmt.

98 Brard, Après la pétition nationale, quelles peuvent être nos nouvelles formes d'action, in: Rencontres 72 (Sept.–Okt. 1972), S. 63 f.; davon 32 892 Unterschriften in Paris, 26 494 im Bezirk Seine-Maritime, 25 084 im Bezirk Pas-de-Calais und 18 000 im Bezirk Nord.

99 AEFA, V^e Congrès national: Brief von Pestourie vom 3. 5. 1972 an die EFA, Périllier: „Le succès de votre pétition et les appréciations venues de divers milieux politiques confirment que les Français dans leur ensemble considèrent cette reconnaissance de la RDA comme une étape fondamentale facilitant la détente et la recherche de la paix dans le monde. Cette reconnaissance répondrait – lesquels parmi nous n'en seraient pas convaincus – à nos intérêts économiques les plus évidents."

100 AEFA, Colloque „La RDA vue par les Français et par elle-même": Marry, La RDA dans les manuels scolaires d'allemand (communication n° 1).

101 Ibid.: Martin, Questionnaire pour des élèves de classes de 3^e, seconde, première et terminale à Lyon (communications n° 16 und n° 28); sowie Bernard/Kiintz, Les élèves du secondaire et la RDA: une méconnaissance programmée (communication n° 5).

102 Ibid.: Smotkine, La RDA vue par les géographes français (communication n° 17).

Badia wirkten.[103] Die Ergebnisse des Kolloquiums dienten der Vorbereitung des fünften Nationalkongresses der EFA, aber auch als Grundlage für den Dialog mit dem *Quai d'Orsay* über die Kulturbeziehungen mit der DDR.[104]

Der fünfte Nationalkongress fand im Mai 1972 nur wenige Wochen vor dem Inkrafttreten des Vier-Mächte-Abkommens und der Ostverträge unter dem Motto „Les rapports entre la France et la RDA: bilan et perspectives" in Lyon statt. Für Élie Bloncourt war die Anerkennung nun zum Greifen nahe, das Ziel fast erreicht.[105] Andere sprachen sogar von einer erfolgreich herbeigeführten De-facto-Anerkennung.[106] Dem wurde auf dem Kongress entgegengehalten, dass man nicht den Eindruck vermitteln solle, die Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR seien in den letzten Jahren zur Normalität geworden, und dass die Anerkennung selbst kaum noch eine reelle Veränderung bewirken werde; damit nehme man der Bewegung den Wind aus den Segeln. Kritisiert wurde anlässlich dieses Kongresses vor allem die Haltung der französischen Außenpolitik gegenüber der DDR, die aus Sicht der EFA mit dem doppelten Makel behaftet sei, sich in eine Abhängigkeit gegenüber der Außenpolitik der Bundesrepublik begeben zu haben und dennoch weit hinter ihr zurückzubleiben.[107]

Den eigenen Beitrag sah man in der Schaffung eines „positiven Klimas" in Frankreich zugunsten der DDR. Tatsächlich war es den EFA gelungen, in den Jahren seit 1970 zahlreiche Parlamentarier für die DDR und die Frage ihrer Anerkennung zu interessieren und damit erheblichen Druck auf die französische Regierung auszuüben. Dieser Entwicklung entsprach auch das große Interesse französischer Parlamentarier an den Aktivitäten der EFA. Der Vorsitzende der radikalsozialistischen Partei, Jean-Jacques Servan-Schreiber, konnte eine Einladung, am Kongress teilzunehmen, zwar nicht annehmen, bekundete jedoch seine Zustimmung zu den Zielen der EFA. Er sprach sich für eine Normalisierung der Beziehungen über die Intensivierung des Handels aus – eine Auffassung, die er

[103] Ibid.: Klein, Rapport introductif; sowie Dreyfus, L'Institut d'études politiques et le Centre d'études germaniques de Strasbourg et la RDA (communication n° 18).

[104] Rencontres 70 (März–Apr. 1972), S. 9–12.

[105] AEFA, V^e Congrès national: Brief von Bloncourt vom 2. 5. 1972 an die EFA, Lenoir: „Il faut donc espérer que le but que nous nous sommes fixé et qui a toujours inspiré notre action sera bientôt atteint […]. Nous pouvons nous féliciter de notre ténacité et de notre persévérance dans l'action que nous avons entreprise. Nous avons rallié à nos thèses un nombre croissant de nos compatriotes et nous avons contribué à faire comprendre, en France, la justesse de la cause que nous défendons pour la sauvegarde et la consolidation de la paix internationale."

[106] Ibid.: Brief der CGT, Duhamel, vom 25. 4. 1972 an die EFA, Périllier.

[107] Lenoir, Rapport, in: Rencontres 72 (Sept.–Okt. 1972), S. 7 f.: „En reconnaissant la RDA sans plus tarder et sans attendre que la RFA s'y décide elle-même, le gouvernement français montrerait que la cause de la détente bénéficie de la part de notre pays d'un appui sans équivoque. Ce serait une manifestation d'indépendance nationale qui ne pourrait que faciliter une prise de position identique par le Parlement et le gouvernement de Bonn. […] Nous constatons simplement, en le regrettant, qu'actuellement la démarche du gouvernement français consiste non seulement à abandonner le leadership européen à l'Allemagne fédérale […] mais à lui accorder, dans la pratique, un véritable droit de décision dans certains domaines de la politique extérieure de la France."

nicht nur mit radikalsozialistischen oder im weitesten Sinne linken Parlamentariern teilte.[108] Aus den zahlreichen Grußbotschaften von Parlamentariern anlässlich dieses Kongresses sprach deutlich das mit der Anerkennung der DDR verbundene Interesse an der Schaffung eines den Osten des Kontinents mit einbeziehenden Europas. Dies traf in besonderem Maße auf die gaullistischen Abgeordneten zu. So stellte etwa der ehemalige Kriegsgefangene Pierre Godefroy sein Engagement für die Beziehungen mit der DDR in den Dienst einer „paneuropäischen Idee".[109]

Eine unmittelbare Folge des von Parlamentariern auf die französische Regierung zugunsten der EFA ausgeübten Drucks war die staatliche Anerkennung der EFA als Reiseveranstalter. Ende 1969, nachdem sie im vergangenen Jahrzehnt die Reisen von weit über 40 000 Franzosen in die DDR organisiert hatte, stellte sie zum wiederholten Male einen entsprechenden Antrag. Dieser scheiterte zunächst erneut bei der Sitzung des dafür zuständigen Gremiums am Veto des französischen Außenministeriums.[110] Erst auf Betreiben von Roger Fossé, dem späteren Präsidenten der Freundschaftsgesellschaft in der Nationalversammlung, gelangte die Angelegenheit auf den Schreibtisch des Ministers.[111] Maurice Schumann teilte den EFA bereits wenige Monate später mit, dass einer Genehmigung aus seiner Sicht nichts mehr entgegenstünde.[112]

Der Nationalkongress von 1972 ist der wohl bedeutendste und umfangreichste in der gesamten Geschichte der EFA. Vorbereitet wurde er durch sechzehn lokale Kongresse mit insgesamt über 1500 Delegierten in ganz Frankreich. Auf dem Kongress selbst sprachen fast dreißig Redner, wurden drei Resolutionen verabschiedet – die Sonderausgabe von *Rencontres* war mit über achtzig Seiten im Quartformat so umfangreich wie kein anderes Heft zuvor oder auch in den kommenden Jahren. Die Forderungen der EFA nahmen mit der internationalen Entwicklung zu und konkretisierten sich. Mit einer Resolution forderte man, die DDR als vollwertiges Mitglied in die UNO aufzunehmen. Ein ausführliches Memorandum enthielt einen präzisen Forderungskatalog für den Ausbau der Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR auf allen Ebenen: der politischen und konsularischen, der parlamentarischen, der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen (Hochschule, künstlerischer Austausch, Jugend und Sport) sowie

[108] AEFA, V^e Congrès national: Brief von Servan-Schreiber vom 24. 4. 1972 an die EFA, Périllier: „Il me semble, en effet, que le développement des relations commerciales est un facteur puissant de paix qui ne peut qu'accélérer la normalisation des relations politiques."

[109] Ibid.: Brief von Godefroy vom 12. 4. 1972 an die EFA, Fossé: „Je suis tout à fait favorable à des rapports entre la France et la RDA. D'ailleurs, cela se situe dans une perspective paneuropéenne qui est de plus en plus nécessaire."

[110] AEFA, Correspondance ministères français: Schreiben des Secrétaire d'État au Tourisme, Anthonioz, vom 24. 12. 1969 an Fossé; sowie AMAE, RDA 1961–1970, 193: Note der S/DEUC vom 15. 4. 1970 für das Kabinett/MAE: „[…] cette position se justifiait par le souci de ne pas conférer la qualité d'agence de tourisme à un organisme dont l'objectif principal est d'ordre politique."

[111] AMAE, RDA 1961–1970, 193: Brief von Fossé vom 9. 1. 1970 an das MAE, Schumann.

[112] AEFA, Correspondance ministères français: Schreiben des MAE, Schumann, vom 10. 11. 1970 an die EFA, Périllier: „J'ai tout lieu de penser qu'une suite favorable sera donnée à cette demande."

den Städtepartnerschaften. Dieses Memorandum wurde vor allem an französische Politiker adressiert. Im *Quai d'Orsay* diente es in Teilen sogar als Arbeitsgrundlage.[113] Eine allgemeinere Resolution forderte die französische Regierung schließlich dazu auf, in der Frage der Anerkennung der DDR aus nationalem Interesse eine von der Bundesrepublik unabhängige Position einzunehmen.[114] Für die Fortsetzung dieser „Schlacht um die Anerkennung" in den kommenden Monaten respektive Jahren sollten neue Verbündete gewonnen werden.[115] Eine zentrale Bedeutung kam dabei dem ausführlichen Memorandum zu, mit dessen Hilfe systematisch unter Stadtverordneten und Abgeordneten der regionalen Parlamente für die Sache der EFA geworben und weitere Unterschriften für die Petition gesammelt werden sollten, um den Druck auf die französische Regierung nochmals zu erhöhen.[116]

## Zenit und Neuausrichtung der EFA 1973–1978

Mit der internationalen Anerkennung der DDR im Februar 1973 hatten die EFA das Ziel erreicht, das sie in den Jahren zuvor zu ihrem zentralen Anliegen erklärt hatten. Seit Ende der 1960er Jahre waren sie in Frankreich zum begehrten Ansprechpartner in allen die DDR betreffenden Fragen geworden. In nur wenigen Jahren wurde aus einer Gesellschaft, deren Aktivitäten überwacht und so weit wie möglich verhindert worden waren, sogar ein gefragter Partner der französischen Außenpolitik bei der Vorbereitung künftiger kultureller Beziehungen mit der DDR. Mit nahezu 15 000 Mitgliedern hatte die Gesellschaft eine ernst zu nehmende Größe erreicht.

Bereits Anfang Dezember 1972 beschäftigte sich das EFA-Präsidium mit der Organisation eines außerordentlichen Kongresses für die Zeit nach der in Kürze erwarteten Anerkennung. Hier sollte die zukünftige Ausrichtung der Gesellschaft grundlegend geklärt werden, ob man sich nun ganz auf die Beziehungen mit der DDR konzentrieren sollte, auf welchen Gebieten man sich für die Zusammenarbeit mit der DDR einsetzen und nicht zuletzt, welchen Namen die Gesellschaft künftig tragen sollte.[117] Als frühestmöglicher Termin wurde mit Rücksicht auf die Wahlen zur Nationalversammlung im März 1973 der Zeitraum ab Ende April genannt.

Tatsächlich fand dieser außerordentliche Nationalkongress am 13. Mai 1973 statt, nur drei Monate nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen

[113] AMAE, RDA 1971–1976, 3074: Note der DGRCST, Laurent, vom 7. 11. 1972 für die DEU.
[114] Rencontres 72 (Sept.–Okt. 1972), S. 72–77.
[115] Brard, Après la pétition nationale, quelles peuvent être nos nouvelles formes d'action, in: Rencontres 72 (Sept.–Okt. 1972), S. 64: „Il n'est pas absolument indispensable, bien au contraire, que les EFA considèrent que la bataille pour la reconnaissance de la RDA doive rester leur apanage. Nous avons tout intérêt à élargir notre action […]."
[116] Périllier, Discours de clôture, in: Rencontres 72 (Sept.–Okt. 1972), S. 82: „Intensifions donc notre action au maximum, faisons toujours davantage; le résultat est au bout de nos efforts persévérants."
[117] AEFA, Présidence nationale, procès-verbaux: Protokoll der Sitzung des EFA-Präsidiums am 6. 12. 1972.

Frankreich und der DDR, die man als Erfolg der DDR, ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Errungenschaften, aber auch als eigenen Erfolg feierte.[118] EFA-Präsident Louis Périllier versäumte es nicht, bei dieser Gelegenheit das Andenken jenes Mannes zu würdigen, der die Gesellschaft in ihrer Entstehungsphase wohl am nachhaltigsten geprägt und ihr das am Anfang entscheidende Prestige verliehen hatte. Die Rede ist von Henri Laugier, der im Frühjahr 1973 verstorben war und bis zum Schluss an den Aktivitäten der EFA teilgenommen hatte.

Der Generalsekretär Roland Lenoir bedauerte demgegenüber vor allem, dass es den EFA nicht gelungen sei, ebenso viele Kenntnisse über die DDR in Frankreich zu verbreiten, wie es für die Bundesrepublik bereits der Fall sei. Für die nun zu realisierende Kooperation zwischen Frankreich und der DDR erklärte er jedoch nicht die französisch-westdeutschen, sondern die französisch-sowjetischen beziehungsweise die französisch-polnischen Beziehungen zum Maßstab. Aufgabe der EFA müsse es sein, dafür Sorge zu tragen, dass zwischen Frankreich und der DDR dieselben Abkommen geschlossen würden, wie sie etwa zwischen Frankreich und Polen bestünden.

Bedeutendstes Ergebnis des Kongresses war die Umbenennung der Gesellschaft von *Échanges franco-allemands. Association pour la coopération avec les deux États allemands et la reconnaissance de la République démocratique allemande* in *France-RDA. Association française pour le développement des échanges et de la coopération entre la France et la République démocratique allemande* (kurz *France-RDA*).[119] Diese Umbenennung ist bezeichnend, denn mit dem neuen Namen wurden auch die Fragen nach ihrer Ausrichtung beantwortet. Es handelte sich jedoch weniger um eine Neuausrichtung als vielmehr um die Festschreibung einer Tendenz, die die Gesellschaft seit 1968 immer stärker dominiert hatte. Eine Befragung der lokalen Komitees im Vorfeld des Kongresses hatte eine breite Zustimmung für eine Umbenennung ergeben. Vereinzelte Gegenstimmen hatte es vor allem unter den Germanisten gegeben, die sich von Berufs wegen für beide deutsche Staaten interessierten. Es sei jedoch unüblich, so Lenoir in seiner eingangs gehaltenen Rede, dass sich eine Gesellschaft für die Beziehungen mit zwei Staaten einsetze, noch dazu wenn diese so unterschiedlich seien.[120] Mitglieder wie Yves Grenet erkundig-

[118] Périllier, Parlons de l'avenir, in: Rencontres 76 (Mai–Juni 1973), S. 4: „Je pense aussi que, sans trop nous attarder sur nos mérites, il faut tout de même souligner le fait que le résultat tant espéré et tant attendu est un peu ‚notre' résultat, ou tout au moins nous y avons notre part. Mais ce que je voudrais dire surtout, c'est que la part éminente revient à la RDA elle-même, aux efforts qu'elle a faits: efforts de reconstruction, efforts de progrès qui se sont imposés, on peut le dire, au monde entier, de telle sorte qu'il devenait de plus en plus déraisonnable et de plus en plus irréaliste de ne pas reconnaître ce qui est, d'autant plus que l'on a parfois reconnu des États qui étaient loin d'avoir à leur actif l'ensemble des réalisations dans le domaine économique comme dans le domaine social de la RDA."

[119] Résolution, in: Rencontres 76 (Mai–Juni 1973), S. 3.

[120] Lenoir, Pour le développement des échanges et de la coopération entre la France et la RDA, in: Rencontres 76 (Mai–Juni 1973), S. 9: „Mais dans l'ensemble toute l'association considère qu'il existe désormais une situation claire, à savoir: deux États désormais distincts […]. Il n'est pas de tradition qu'une même association s'occupe de relations avec plusieurs pays, surtout lorsque ceux-ci sont de régimes sociaux, politiques, économiques différents."

ten sich bezeichnenderweise daraufhin, worin denn in den vergangenen Jahren eigentlich das Engagement vis-à-vis der Bundesrepublik bestanden habe.[121]

Wie bereits bei den letzten Nationalkongressen, war auch diesmal ein Vertreter der DDR anwesend. Im Unterschied zum letzten Mal nahm Gerhard Schramm jedoch nicht mehr als Leiter der ostdeutschen Handelskammer in Paris teil, sondern als Geschäftsführer der neu eröffneten DDR-Botschaft. Die Gesellschaft feierte bei dieser Gelegenheit auch ihren fünfzehnten Geburtstag, was Georges Castellan zum Anlass nahm, einen ersten historischen Abriss ihrer Aktivitäten zu geben. Die teleologische, auf die Anerkennung ausgerichtete Interpretation beiseitegelassen, enthält sein Artikel einen entscheidenden Hinweis auf die Gründe des Erfolgs der EFA in den vorangegangenen fünfzehn Jahren: Eine der Stärken des Netzwerks sei der freundschaftliche Zusammenhalt zwischen den aktiven Mitgliedern gewesen.[122] Als Beleg für die einsetzende Historisierung der EFA zitierte er auch eine im Entstehen begriffene Magisterarbeit.[123]

Für eine stärker inhaltliche Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten und Problemen der französisch-ostdeutschen Beziehungen unter den gewandelten Bedingungen beschloss man noch im selben Jahr, einen Konvent auf nationaler Ebene auszurichten *(Assises nationales)*. Bereits im Dezember 1972 hatte man für eine Veranstaltung ähnlichen Zuschnitts mit der Zusammenstellung eines Beirates *(Comité de parrainage)* begonnen.[124] In seiner endgültigen Form vom September 1973 gehörten diesem Beirat mehr als 150 Abgeordnete aus Nationalversammlung, Senat und den Bezirksparlamenten an, unter ihnen auch zahlreiche Vertreter der Regierungsmehrheit. Besonders prominent vertreten waren die sozialistische und die linksradikale Partei mit Pierre Mauroy respektive Robert Fabre und anderen. Selbst Regierungsmitglieder, wenn auch aus der zweiten Reihe, unterstützten dieses Vorhaben: Dies waren der für den Tourismus zuständige Staatssekretär Aimé Paquet und der für die überseeischen Départements (DOM-TOM) zuständige Minister Bernard Stasi.[125] Unter den ebenfalls sehr zahlreichen Hochschulvertretern ist vor allem die Anwesenheit der Präsidenten der großen französischen Universitäten bemerkenswert, wie etwa Pierre Lavigne (Paris 1) oder Raymond Las Vergnas *(Université de la Sorbonne-Nouvelle)*. Die meisten von ihnen konnten wegen einer gleichzeitig stattfindenden europäischen Rektorenkonferenz in Lissabon jedoch nicht teilnehmen. Der Vizepräsident der französischen Hochschulrektorenkonferenz bestätigte in seinem Grußwort das Interesse französischer Hochschulen an Kontakten mit ostdeutschen Universitäten, nicht ohne gleichzeitig die freiheitlichen Grundwerte als Basis des zu organisierenden Austausches zu beto-

[121] AEFA, VI[e] Congrès national: Brief von Grenet vom 30. 4. 1973 an die EFA, Lenoir.

[122] Castellan, Simples jalons pour une histoire des EFA, in: Ders., Itinéraires allemands, S. 375: „Oui, une des forces des EFA fut notre amitié, qu'il me soit permis de le dire avant de reprendre ma froide plume d'historien."

[123] An der Universität Paris 3 unter der Leitung von Hans-Manfred Bock.

[124] AEFA, Assises nationales: Rundschreiben der EFA, Périllier, vom 13. 12. 1972; zu diesem Zeitpunkt beabsichtigte man, auch ohne die Aufnahme diplomatischer Beziehungen eine solche Veranstaltung durchzuführen.

[125] Ibid.: Einladungsschreiben von France-RDA, Périllier, vom September 1973 mit einer vollständigen Aufstellung des Comité de parrainage.

nen.[126] Jene, die wie François-Georges Dreyfus einen solchen Austausch mit der DDR bereits praktizierten, mahnten bei dieser Gelegenheit vor allem mehr Substanz an.[127]

Die *Assises nationales pour le développement des échanges et de la coopération entre la France et la République démocratique allemande* wurden am 17. und 18. November 1973 in den Räumen des Hotels Lutétia in Paris abgehalten.[128] Der wohl prominenteste der insgesamt 420 französischen Teilnehmer war der Präsident der Nationalversammlung Edgar Faure. Seine Anwesenheit wie auch die Anwesenheit der Präsidenten der beiden Freundschaftsgesellschaften in Nationalversammlung und Senat, Roger Fossé und Jean Péridier, belegen einmal mehr die Bedeutung der parlamentarischen Ebene in den französisch-ostdeutschen Beziehungen und die enge Verbindung zwischen Parlament und *France-RDA*. Im Gegensatz zu den Parteien der Regierungsmehrheit, die sich auf Grußbotschaften beschränkten, hatten drei französische Linksparteien (PCF, MRG und PS) Vertreter entsandt, um sich an der Arbeit des Kongresses zu beteiligen. Im Namen der sozialistischen Partei forderte der François Mitterrand nahestehende Guy Penne eine Gleichstellung der Kultur- und Wirtschaftsbeziehungen Frankreichs zu den beiden deutschen Staaten.[129] Grundsätzlich sahen alle Redner im Engagement für die Beziehungen mit der DDR einen Beitrag zu der als notwendig erachteten friedlichen Koexistenz zwischen Ost und West. Einer aus diesem Anlass angereisten Delegation aus der DDR gehörten unter anderem Albert Norden als Mitglied des Zentralkomitees der SED, Konrad Wolf als Präsident der Akademie der Künste sowie Eberhard Poppe als Rektor der Universität Halle an.

[126] Ibid.: Grußwort des Vize-Präsidenten der Conférence des présidents d'université, Champaud: „J'espère, en particulier, que les universités de la RDA et les universités françaises noueront dans un proche avenir des relations étroites et fécondes; que ces relations permettront des échanges d'étudiants et d'enseignants; qu'elles favoriseront le renforcement des liens qui peuvent exister déjà entre les chercheurs de nos deux pays et qu'elles pourront aboutir à des recherches communes en créant les conditions d'une véritable coopération scientifique et culturelle. Ce faisant, les universités et la jeunesse étudiante de nos deux nations contribueront de façon appréciable au développement de la compréhension mutuelle qui est le véritable facteur de la paix entre les hommes. L'idéal universitaire de paix et de liberté, de compréhension et de tolérance, ne peut mieux trouver son application que dans de telles actions, auxquelles les universités françaises sont traditionnellement attachées et qu'elles considèrent comme une de leurs missions fondamentales."

[127] Ibid.: Brief von Dreyfus vom 8.11.1973 an Inge Lejarre; Dreyfus konnte wegen des UDR-Parteitages nicht an den Assises teilnehmen.

[128] Informationen über die Assises nationales finden sich in drei Ausgaben von Rencontres: 78 (Nov.–Dez. 1973), 80 (März–Apr. 1974) und 81 (Mai–Juni 1974).

[129] Rencontres 78 (Nov.–Dez. 1973), S. 13: „[…] nous pensons qu'il faut que nos rapports avec les deux Allemagnes soient placés sur un pied d'égalité dans les domaines des échanges économiques, des recherches scientifiques et de la culture. Depuis de nombreuses années des relations se sont heureusement développées entre la France et la République fédérale, ce dont le Parti socialiste se félicite, mais il faut maintenant que notre pays et la République démocratique accentuent leurs efforts pour remonter le handicap dû aux années d'ambiguïté qui ont précédé la reconnaissance de la RDA par la France."

Nach den verschiedenen Eröffnungsreden wurden insgesamt sieben Fachkommissionen gebildet, deren Aufgabe es war, einen Katalog mit sämtlichen Maßnahmen zu erstellen, die eine Intensivierung der Kontakte und Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR versprachen.[130] Themen waren dabei vor allem die verschiedenen Bereiche der Kulturbeziehungen (Bildung, Wissenschaft, künstlerischer Austausch, Sport und Städtepartnerschaften), aber auch die Wirtschaftsbeziehungen. Die Ergebnisse wurden der Regierung der DDR unterbreitet.

Ein besonderer Stellenwert kam den Beziehungen im universitären Bereich zu. Hier war der Beitrag von *France-RDA* an der Gestaltung der Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR sowohl vor als auch nach 1973 besonders umfangreich. Die entsprechende Kommission wurde von Georges Castellan geleitet. Bereits im Vorfeld dieser Veranstaltung hatte man den französischen Universitäten Fragebögen zugesandt, mit der Bitte, ihre Wünsche und Bedürfnisse hinsichtlich der durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen entstandenen neuen Möglichkeiten im universitären Austausch mit der DDR kundzutun. Wie viele Fragebögen verschickt wurden, lässt sich nicht sagen; geantwortet haben über vierzig Institute. Unter den vertretenen Fachbereichen dominierte zwar die Germanistik, grundsätzlich zeigten jedoch Vertreter unterschiedlichster Fächer Interesse am Austausch mit der DDR.[131] Bei einem Blick auf die beteiligten Hochschulen lässt sich feststellen, dass dieses Interesse außer in Paris vor allem in Lille und Metz zu lokalisieren war.[132] Besonderer Bedarf bestand beispielsweise am Institut für Geografie der Universität Metz, wo die DDR Studienschwerpunkt war. Zwar war seit Februar 1973 das Interesse am Austausch mit ostdeutschen Universitäten sprunghaft gestiegen. Es war für die Beteiligten offensichtlich jedoch nicht immer ganz klar, in welchem Teil Deutschlands sich die gewünschte Partner-Universität befand. So hatte etwa die Odontologie-Abteilung der Universität Rennes auf dem Fragebogen von *France-RDA* einen regelmäßigen Austausch mit der Universität Erlangen gefordert.[133]

Tatsächlich waren die geäußerten Erwartungen an den Austausch mit der DDR sehr vielfältig und meistens mit sehr konkreten Vorstellungen verbunden: Dies

[130] Périllier, Eröffnungsrede, in: Rencontres 78 (Nov.–Dez. 1973), S. 10: „[…] nous pensons que le moment est venu, après la reconnaissance diplomatique, étape si importante, de retrouver des affinités, d'approfondir les liens qui ne sont pas, selon nous, au niveau que commandent les enseignements de l'Histoire et notre désir de collaborer à la détente internationale. C'est dans cet esprit que nous vous demandons, mesdames et messieurs, de dresser un inventaire aussi précis et aussi complet que possible de tout ce qui, par-delà les idéologies et par-delà les différences de systèmes sociaux, peut rapprocher nos deux peuples, inventaire ouvert sur toutes les disciplines et secteurs d'activité."

[131] Vertretene Fachbereiche in alphabetischer Reihenfolge: Biologie, Chemie, Geografie, Geologie, Germanistik, Geschichtswissenschaften, Informatik, Mathematik, Odontologie, Pharmakologie, Philosophie, Raumfahrttechnologie, Sportwissenschaften, Statistik, Technologie, Theoretische Physik, Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften; cf. AEFA, Assises nationales.

[132] Vertretene Universitäten in alphabetischer Reihenfolge: Besançon, Brest, Grenoble, Le Mans, Lille, Lyon, Metz, Montpellier 3, Nizza, Paris 3, Paris 6, Paris 8, Perpignan, Reims, Rennes; cf. ibid.

[133] Cf. ibid.

betraf den Austausch von Gastdozenten, Lektoren und Studenten (meist mit Angabe der genauen Anzahl), aber auch den von Fachliteratur und -zeitschriften, Dokumentarfilmen und Ausstellungen sowie die Organisation von Studienreisen oder von Partnerschaften mit den Germanistik- und Romanistik-Instituten in der DDR. Ein besonders großes Interesse bestand an ostdeutscher Literatur sowie an Fachbüchern, an erster Stelle über die DDR selbst (zu Geografie, Wirtschaft, Transportwesen u.Ä.). So beklagte etwa der Dekan der literaturwissenschaftlichen Fakultät in Metz die Schwierigkeiten, die er bei der Aufnahme von Büchern aus der DDR ins Studienprogramm aufgrund mangelnder Beschaffungsmöglichkeiten gehabt habe, und forderte die Verlage in der DDR zu einer offensiveren Politik auf.[134] Die Ergebnisse dieser Fragebögen flossen unmittelbar in die Arbeit der Kommission ein und wurden vom anwesenden Rektor der Universität Halle entgegengenommen; eine der an die DDR gerichteten Forderungen war die Organisation eines kommerziellen Vertriebs von in der DDR gedruckten Büchern. Castellan beschloss seinen Bericht mit der Forderung nach einem offiziellen Kulturabkommen zwischen den beiden Staaten, fügte dem aber sofort hinzu, dass ein solches Abkommen nicht entfernt die von *France-RDA* geleistete Arbeit ersetzen könne.[135] Mit Blick auf die Entwicklung der Kulturbeziehungen bis 1989 lässt sich sagen, dass Castellan Recht behalten sollte; gleichzeitig, wie noch zu zeigen sein wird, lag im Wirken von *France-RDA* auch eine der entscheidenden Schwierigkeiten bei der Realisierung offizieller Kulturbeziehungen in den folgenden Jahren.

Trotz des Erreichten spiegelt die Abschlussrede Louis Périlliers auch eine gewisse Unzufriedenheit mit der Entwicklung der französisch-ostdeutschen Beziehungen in den Monaten seit der Aufnahme offizieller Beziehungen wider. Die anwesenden Vertreter der DDR erinnerte er an das Prinzip der Gleichberechtigung und der Reziprozität als Grundlage funktionierender Beziehungen, was sich vor allem auf die Reisemöglichkeiten von DDR-Bürgern nach Frankreich bezog.[136] Der französischen Diplomatie warf er bei dieser Gelegenheit vor, die Ernennung des

[134] Ibid.: Brief des Doyen-Directeur de l'UFR Lettres, Univ. Metz [Unterschrift unleserlich], vom 2. 7. 1973 an France-RDA, Lenoir: „[Les assises sont] une occasion de faire savoir aux maisons d'édition de RDA qu'elles n'ont pas sur le marché la place qu'elles pourraient occuper si leur politique de tirage et de retirage était un peu plus hardie."

[135] Castellan, Dans le domaine de l'enseignement, in: Rencontres 80 (März–Apr. 1974), S. 6: „Mais en écoutant hier la liste très longue des suggestions et des demandes, il m'apparaît évident qu'aucun texte ne pourra répondre à tous nos besoins, à tous nos souhaits, à tous nos vœux. Et c'est pourquoi je me permets de conclure en tant que président de France-RDA: je pense que notre association garde son rôle même après la reconnaissance, car c'est à elle qu'incombe la tâche d'apporter dans les relations entre la France et la RDA ce surplus de forces, ce surplus de compréhension et d'amitié qu'aucun texte diplomatique ne pourra jamais donner."

[136] Rencontres 78 (Nov.–Dez. 1973), S. 29: „Dans le climat de franchise de cette réunion je voudrais aborder un point qui tient à cœur à nos compatriotes. Parfois, on regrette chez nous que les habitants de la RDA ne disposent pas de toutes les facilités de circulation pour pouvoir se rendre chez nous. […] Nous demandons simplement à nos amis de la RDA de faire un effort dans le sens d'une amélioration de ces possibilités de voyage. Notre instance traduit notre désir de rendre les politesses et les marques d'amitié qui nous ont été prodiguées d'une façon à laquelle nous avons été infiniment sensibles, les uns et les autres, chaque fois que nous sommes allés en RDA."

französischen Botschafters in Ost-Berlin sowie die allgemeine Normalisierung der Beziehungen bewusst zu verzögern. Der anwesende Journalist von *Le Monde* bezweifelte in seinem Kommentar daraufhin, dass sich unter diesen Bedingungen die eingeforderte Gleichstellung der Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR mit denen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik würde realisieren lassen.[137]

Knapp zwei Jahre später, im April 1975, war das öffentliche Interesse an den Beziehungen mit der DDR in Frankreich wieder abgeflaut, befand sich *France-RDA* anlässlich seines siebten Nationalkongresses auf der Suche nach einer neuen Normalität. Tagungsort war Amiens, wohin der kommunistische Bürgermeister der Stadt und langjähriges Mitglied des EFA-Nationalkomitees René Lamps eingeladen hatte. Zu den Teilnehmern zählte erstmals auch der Botschafter der DDR in Frankreich. Erneut wurde die diplomatische Anerkennung der DDR durch Frankreich als Krönung fünfzehnjährigen Wirkens der EFA gefeiert und a posteriori als Rechtfertigung ihres Bestehens postuliert.[138] Nach anfänglicher Freude über das Erreichte folgte sogleich die Erkenntnis, dass Anerkennung und Normalisierung der Beziehungen zweierlei sind, dass das eine nicht notwendig das andere nach sich zieht.[139] Die im Kampf um die Anerkennung gewonnene Erfahrung sollte nun fruchtbar gemacht werden für die Unterzeichnung einer *Convention d'amitié et de coopération* durch die Staatschefs Frankreichs und der DDR, wie sie bereits mit der Sowjetunion und Polen bestanden. Damit wäre aus Sicht der EFA eine Basis für alle weiteren Abkommen geschaffen worden. So nahm man an, dass sich insbesondere das im Raum stehende Problem eines Konsularabkommens – auch eines der zentralen Themen des Kongresses – zwischen beiden Staaten auf diesem Wege regeln lasse. Daneben sollte vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Krise in Frankreich die Intensivierung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit der DDR eingefordert werden.

Mit dem Kongress von 1975 wurde der Wandel von den EFA hin zu *France-RDA* vollzogen. Dies zeigt sich auch im gegenüber 1972 deutlich veränderten Ablauf: Hatten bei früheren Kongressen die Reden prominenter Mitglieder und Berichte aus den lokalen Komitees das Programm geprägt, so wurde der größte Teil der Arbeit des Kongresses nunmehr in Kommissionen verlagert. Zu den zentralen hier erörterten Problemen zählte neben den politischen und kulturellen Beziehungen sowie den bereits erwähnten strukturellen Problemen von *France-RDA* auch die Frage nach der Verbreitung von Kenntnissen über die DDR in Frankreich. In diesem Bereich ergaben sich aus der veränderten Situation neue Anforderungen: Sei man bis 1973 zufrieden gewesen, wenn eine Delegation bei ihrer Rückkehr aus der DDR erklärt habe, es handele sich bei der DDR um einen

[137] Lucbert, Comment améliorer les rapports entre Paris et Berlin-Est?, in: Le Monde vom 20. 11. 1973.

[138] Lenoir, Passer de la reconnaissance à la normalisation, in: Rencontres 86 (Mai–Juni 1975), S. 5: „Cet événement [diplomatische Anerkennung – Ch. W.] a couronné 15 ans d'efforts des Échanges franco-allemands. Il a été une justification éclatante de l'existence et de l'action de notre association."

[139] Fossé, Qui dit reconnaissance ne dit pas normalisation, in: Rencontres 86 (Mai–Juni 1975), S. 12f.

souveränen Staat, der von der französischen Regierung anerkannt werden müsse, so müsse man sich fortan intensiver und tiefergehend mit Bereichen beschäftigen, in denen es ein wechselseitiges Interesse gebe.[140] Als mögliche Themen wurden die Bildung und hierbei insbesondere die Vermittlung von Kunst und Kultur, das Gesundheits- und Sozialwesen, Sport, die Stellung der Frau in der Gesellschaft und die Landwirtschaft benannt. Auch beabsichtigte man ein konsequentes Vorgehen gegen verzerrte Informationen über die DDR in den französischen Medien oder Schulbüchern. Als besonders geeignete Form der Vermittlung von Kenntnissen wurde die Organisation zahlreicher *Semaines d'amitié* angeregt. Und damit die Mitglieder der Gesellschaft selbst über die neuesten Entwicklungen in der DDR informiert waren, sollten künftig spezielle Informationsreisen veranstaltet werden.

Um die Gesellschaft den neuen strategischen Anforderungen anzupassen, forderte die zuständige Kommission, einer allgemeinen Tendenz in Frankreich folgend, vor allem eine stärkere Regionalisierung und Dezentralisierung der Aktivitäten von *France-RDA*.[141] Zwar sollten die Grundlinien auf nationaler Ebene definiert werden, ihre konkrete Umsetzung aber sollte künftig den regionalen und lokalen Komitees überlassen werden.[142] Auch sollte bis zum nächsten Kongress die Zahl von 20 000 Mitgliedern erreicht werden. Beide Ziele, sowohl die Regionalisierung als auch die 20 000-Mitglieder-Marke, wurden beim nächsten Kongress erneuert. Insbesondere die Gewinnung neuer Mitglieder war im Zusammenhang mit einem allgemein abflauenden Interesse an der DDR von besonderer Relevanz, um die Gesellschaft für repräsentative Persönlichkeiten wieder interessanter zu machen. Zu diesem Zweck wurde auf dem achten Nationalkongress beschlossen, dass in jedem regionalen Komitee ein für die Anwerbung Verantwortlicher benannt werden sollte. Gleichzeitig sollten die neuen Mitglieder besser an die Gesellschaft gebunden werden (da die Mitgliedschaft formell immer auf ein Jahr begrenzt war). Als Minimum des Engagements jedes Mitglieds wurde das Abonnement von *Rencontres* angesehen. Tatsächlich waren nur etwa zwei Drittel der Mitglieder auch Abonnenten des Bulletins ihrer Gesellschaft. Zur besseren Einbindung der Mitglieder sollten zudem die Aktivitäten der regionalen und lokalen Komitees im Bulletin, trotz materieller Grenzen, künftig stärker berücksichtigt werden.[143]

Der achte Nationalkongress fand erst 1978 statt, womit man den Zwei-Jahres-Rhythmus verlassen hatte, in dem seit 1966 die Nationalkongresse der EFA respektive von *France-RDA* abgehalten worden waren. Künftig fanden die Kongresse wieder alle drei Jahre statt. 1978 war für die französisch-ostdeutschen Beziehungen ein bedeutsames Jahr: Mit der Reise des Staatssekretärs im Außenministerium

[140] Lenoir, Passer de la reconnaissance à la normalisation, in: Rencontres 86 (Mai–Juni 1975), S. 10.

[141] Brard, Les problèmes d'organisation de l'association, in: Rencontres 87 (Juli–Aug. 1975), S. 18 f.

[142] Périllier, Un beau congrès, un congrès vivant!, in: Rencontres 87 (Juli–Aug. 1975), S. 22 f.

[143] AEFA, VIII[e] Congrès national: Note von France-RDA für die Vorbereitung des achten Nationalkongresses vom 9. 3. 1978 für die regionalen Komitees von France-RDA.

Olivier Stirn in die DDR wurden die ins Stocken geratenen Verhandlungen über verschiedene Abkommen in neue Bahnen gelenkt, die erste Reise eines französischen Außenministers in die DDR und der damit einhergehende Wandel in den Beziehungen vorbereitet. Zum Erfolg dieser Reise dürfte beigetragen haben, dass Stirn als Abgeordneter, vor und nach seiner Tätigkeit als Staatssekretär, Mitglied der Freundschaftsgesellschaft *France-RDA* in der Nationalversammlung war.

Der Leitspruch des Kongresses wurde einem Toast des französischen Außenministers entnommen, den dieser anlässlich des ersten Besuches seines Amtskollegen aus der DDR 1976 ausgebracht hatte: „Il faut mieux se connaître pour bien se comprendre et mieux se comprendre pour mieux coopérer." Auch machte sich *France-RDA* das Anliegen der KSZE zu eigen, über Systemgrenzen hinweg zu kooperieren, und war überzeugt, dieser Aufgabe im Falle der französisch-ostdeutschen Beziehungen eher gerecht zu werden als die französische Regierung.[144] In diesem Sinne wurde Strasbourg wegen seiner europäischen Bedeutung als Kongressort ausgewählt. Obwohl die Gesellschaft im Elsass über keine besonders ausgeprägte Mitgliederbasis verfügte, nahmen die örtlichen Honoratioren, unter ihnen der ortsansässige Präfekt als Vertreter der französischen Regierung und der Rektor der Universität Strasbourg, Anteil an den Arbeiten des Kongresses. Außerdem wurden alle Teilnehmer im Rathaus der Stadt durch einen Stellvertreter des Bürgermeisters, François-Georges Dreyfus, empfangen.[145] Unter den Teilnehmern des Kongresses waren auch der erste Botschafter der DDR in Paris, Ernst Scholz, sowie der erste französische Botschafter in Ost-Berlin, Bernard de Chalvron. Letzterer wurde bei diesem Kongress ins Präsidium von *France-RDA* gewählt. In seiner Rede erläuterte er den Kongressteilnehmern die diplomatischen Positionen beider Staaten und die Gründe für die von ihm ausdrücklich bedauerte Stagnation in den Beziehungen.[146]

Stagnation gab es jedoch auch auf privatgesellschaftlicher Ebene. Sie äußerte sich in den seit 1975 unveränderten Mitgliederzahlen, die in einen direkten Zusammenhang mit der mangelnden Reziprozität in den Städtepartnerschaften und den in diesem Rahmen organisierten Privatreisen gestellt wurden. Die seit 1973 stetig zunehmende Frustration bei den Mitgliedern von *France-RDA* war nunmehr unüberhörbar geworden. Fünfzehn Jahre lang hatte man in Frankreich für Reziprozität im Besucherverkehr und um Städtepartnerschaften gekämpft, doch nun war es die DDR, die ihren Bürgern die notwendigen Ausreisegenehmigungen nicht bewilligte und damit vor allem die Entwicklung von Städtepartnerschaften blockierte. Eine Folge war bisweilen sogar die Auflösung ganzer Komitees.[147] Die-

[144] Lenoir, Pendant 20 ans une œuvre nationale avec un souci constant: l'intérêt de notre pays, in: Rencontres 103 (Dez. 1978), S. 6.

[145] AEFA, VIII[e] Congrès national: Brief von France-RDA/Bas-Rhin, Heusch, vom 19. 09. 1978 an France-RDA, Duc.

[146] De Chalvron, Les bases d'une coopération diplomatique réelle ont été posées, mais …, in: Rencontres 103 (Dez. 1978), S. 24 f.

[147] Lenoir, Pendant 20 ans une œuvre nationale avec un souci constant: l'intérêt de notre pays, in: Rencontres 103 (Dez. 1978), S. 15: „Pendant 15 ans, les comités ont lutté pour la réciprocité, pour la reconnaissance diplomatique. Celle-ci obtenue, nombreux sont ceux qui ont pensé que tous les problèmes étaient résolus, qu'ils allaient pouvoir rece-

sen Zustand zu verbessern war mithin das drängende Hauptanliegen der Mitglieder. Der am Kongress teilnehmende Präsident der Liga für Völkerfreundschaft Gerald Götting konnte die Teilnehmer mit seinen Vorschlägen nicht wirklich zufriedenstellen.[148] Vor diesem Hintergrund verlor der den Mitgliedern ohnehin nur schwer zu vermittelnde Kampf um die Anerkennung der DDR-Staatsangehörigkeit erheblich an Bedeutung für die Arbeit der Gesellschaft.[149]

Auch bei den der DDR wohlgesinnten Parlamentariern regte sich 1978 mehr Kritik an der DDR als bisher üblich. So kritisierte etwa der Präsident der Freundschaftsgesellschaft im Senat, Jean Péridier, die Bezeichnung „Berlin, Hauptstadt der DDR".[150] Gleichzeitig bemängelte er das unkritische Verhältnis von *France-RDA* zur DDR und die damit verbundene beständige Kritik an der Bundesrepublik, die für all jene Politiker ein ernsthaftes Problem sei, die sich für die Beziehungen zu beiden deutschen Staaten einsetzen würden.[151] Auch mit der Kritik an der französischen Außenpolitik würde man sich keinen Gefallen tun: Dies bringe die Gesellschaft ihrem Ziel, der umfassenden völkerrechtlichen Anerkennung der DDR, nicht näher. Im Gegenteil, man würde damit nur diejenigen bestätigen, die *France-RDA* als kommunistische Organisation abzustempeln versuchten.[152] Péridier zog die entsprechende Konsequenz und gab sein Amt als Präsident der Freundschaftsgesellschaft und seinen Sitz im Präsidium von *France-RDA* an seinen Parteikollegen, den Sozialisten Pierre Matraja, ab. Immerhin blieb er der Freundschaftsgesellschaft im Senat als Generalsekretär verbunden. Die Frage, ob und wie man bestimmte Entwicklungen in der DDR kritisieren könne, war auch Thema einer der auf diesem Kongress eingerichteten Kommissionen. Zwei Jahre zuvor hatte eine Stellungnahme des Präsidiums zur Ausweisung von Wolf Biermann aus der DDR die Gesellschaft gespalten. Der Vorschlag des sozialistischen Senators Philippe Machefer (Vorsitzender der gelegentlich des Kongresses eingerichteten Kommission zu diesem Problem), kritische Stellungnahmen an die DDR weiterzuleiten,

voir régulièrement leurs partenaires de la même façon qu'ils s'étaient rendus en RDA, que les échanges entre les villes allaient se développer, non pas seulement ceux des personnes, mais aussi qu'ils pourraient plus aisément faire connaître à la population de leur ville partenaire leur histoire, leurs réalisations, leur vie, par des expositions ou autrement. Rien de tout cela n'est arrivé, ni ne se dessine et ils nous posent la question: Comment peut-on développer la connaissance, l'amitié, la compréhension réciproques dans les conditions actuelles? Partant de là, ce sont des comités entiers qui disparaissent."

148 Périllier, L'amitié de la France et de la RDA est un facteur essentiel au service de la solidarité des peuples du monde, in: Rencontres 103 (Dez. 1978), S. 36–39.

149 Siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel zum Konsularabkommen (Zweiter Teil, C., II., 3.).

150 AEFA, VIII[e] Congrès national: Brief von Péridier vom 11. 7. 1978 an France-RDA, Lenoir.

151 Ibid.: Brief von Péridier vom 31. 7. 1978 an France-RDA, Lenoir: „Tu sais très bien que certains, s'ils veulent que soient multipliées les relations amicales avec la RDA, ne veulent pas pour autant que celles-ci se fassent au détriment de la RFA, qui appartient à la CEE."

152 Ibid.: Brief von Péridier vom 31. 7. 1978 an France-RDA, Lenoir: „Je suis persuadé que cela ira à l'encontre du but poursuivi. Nous n'éviterons pas que certains mal intentionnés nous accusent d'être une organisation communiste; et dans l'intérêt de l'action que nous menons, il faut l'éviter à tout prix."

ermöglichte es, den inneren Frieden der Gesellschaft zu wahren.[153] Die Äußerungen Péridiers hinsichtlich des Bildes von *France-RDA* als einer kommunistischen Organisation bestätigen die diesem Kapitel vorangestellten Überlegungen zum relativ distanzierten Verhältnis zwischen der Gesellschaft und dem PCF. Gleichzeitig werfen sie die Frage auf, ob *France-RDA* in den 1970er Jahren nicht eine Entwicklung hin zu einer stärker kommunistisch beeinflussten Organisation durchlief.

1978 feierte *France-RDA* sein zwanzigjähriges Bestehen. Aus diesem Anlass erschien pünktlich zum Kongress auch ein Buch über 30 Jahre Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR.[154] Der Titel ist jedoch irreführend, denn eigentlich geht es um die Geschichte von *France-RDA* und um ihr Engagement im Dienste dieser Beziehungen.[155] In diesem Buch stellten Georges Castellan und Roland Lenoir die wichtigsten Dokumente und Zeugnisse aus dem zwanzigjährigen Wirken der Gesellschaft zusammen – die meisten von ihnen waren zuvor bereits in den bis 1978 erschienenen einhundert Ausgaben des Bulletins *Rencontres* und sonstigen Publikationen der Gesellschaft veröffentlicht worden. Der Titel ist noch in anderer Hinsicht irreführend, denn es konnte den Autoren nicht um die wechselseitigen Beziehungen zwischen zwei Staaten auf privatgesellschaftlicher Ebene gehen. Im Mittelpunkt steht daher die Geschichte einer französischen Gesellschaft und deren Wirken in Frankreich im Spiegel internationaler Entwicklungen und des „deutschen Problems". Es sollte bis zur deutschen Einheit das einzige Buch bleiben, das sich dem Thema der französisch-ostdeutschen Beziehungen widmete.

## Zwei Neuanfänge in zehn Jahren 1981–1991

Die in diesem Buch eingenommene Perspektive, nämlich die Gleichsetzung der Geschichte der französisch-ostdeutschen Beziehungen mit der Geschichte von *France-RDA*, hatte eine gewisse Berechtigung für die Jahre bis zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten und in mancher Hinsicht auch noch darüber hinaus. Spätestens mit der Unterzeichnung eines offiziellen Kulturabkommens 1980 verlor sie jedoch ihre Gültigkeit, denn mit diesem Abkommen büßte die Gesellschaft erheblich an Einfluss auf die Entwicklung kultureller Beziehungen, ihr Spezialgebiet, ein. Mit dem Fortschreiten der von ihr angemahnten und aktiv betriebenen Normalisierung der Beziehungen mit der DDR kam *France-RDA* zunehmend Terrain bei der Gestaltung dieser Beziehungen abhanden, und das, obwohl diese sich in den von ihr vorgezeichneten Bahnen entwickelten. Parallel dazu verlor *France-RDA* infolge des kontinuierlichen Mitgliederschwundes der parlamentarischen Freundschaftsgesellschaften auch auf politischer Ebene an Einflussmöglichkeiten.

[153] Machefer, Rapport de la commission n° 2, in: Rencontres 103 (Dez. 1978), S. 28–30.
[154] Castellan/Lenoir, France – République démocratique allemande. 30 ans de relations.
[155] Lenoir, Pendant 20 ans une œuvre nationale avec un souci constant: l'intérêt de notre pays, in: Rencontres 103 (Dez. 1978), S. 15: „L'histoire de notre association entre pour beaucoup dans celle des relations entre la France et la RDA. Il sera certes un livre de souvenirs pour ‚les anciens', mais il sera surtout utile aux adhérents qui n'ont pas vécu cette période et bien au-delà aux Françaises et aux Français désireux de connaître un chapitre de l'histoire de leur pays, qu'ils ne trouveront que dans ce livre."

Der neunte Nationalkongress fand im November 1981 in Le Havre statt; ein halbes Jahr nach der Wahl von François Mitterrand zum neuen Präsidenten der Französischen Republik und der Bildung einer neuen Regierung mit kommunistischer Beteiligung. André Duroméa, kommunistischer Bürgermeister von Le Havre, willigte gerne ein, den Vorsitz für einen Teil des Kongresses zu übernehmen.[156] Man kann annehmen, dass seine Zustimmung für die Aktivitäten von *France-RDA* nicht nur seiner kommunistischen Überzeugung entsprang, sondern auch seiner Biografie als ehemaliger Deportierter in Neuengamme geschuldet war. Zustimmung und Unterstützung erhielt die Gesellschaft bei dieser Gelegenheit durch die linksgaullistische *Fédération des Gaullistes de progrès*.[157] Zu den Unterstützern von *France-RDA* gehörte seit 1981 ganz offiziell auch der ehemalige Außenminister Maurice Schumann. Er hatte die Gesellschaft indirekt bereits als Minister Anfang der 1970er Jahre protegiert; nun wurde er, seinem Interesse an den französisch-ostdeutschen Beziehungen treu bleibend, nach einigem Zögern Mitglied im Präsidium von *France-RDA*.[158] Zum neuen Präsidenten von *France-RDA* wurde der Geschichtsprofessor Georges Castellan gewählt. Castellan gehörte dem Präsidium bereits seit 1960 an und war das letzte aus der Zeit Laugiers verbliebene Präsidiumsmitglied. In den vergangenen beiden Jahrzehnten hatte er sich als Präsident der EFA-Kulturkommission insbesondere für den kulturellen Austausch mit der DDR engagiert.

Für einen Außenpolitiker wie Schumann dürfte es nicht unerheblich gewesen sein, dass für das Engagement von *France-RDA* zugunsten politischer Beziehungen zwischen beiden Staaten nationale Gründe ins Feld geführt wurden, an die im Übrigen auch die DDR wiederholt appellierte.[159] In den sehr umfangreichen in-

[156] AEFA, IX[e] Congrès national: Brief des Bürgermeisters von Le Havre, Duroméa, vom 25. 2. 1981 an France-RDA, Duc; sowie ibid.: Brief des Bürgermeisters von Le Havre, Duroméa, vom 7. 11. 1981 an France-RDA: „Je connais bien l'association France-RDA dont j'approuve entièrement les buts au service de l'amélioration des relations entre les deux États, dans l'intérêt donc de la détente et de la paix."

[157] Ibid.: Schreiben der Fédération des Gaullistes de progrès, Blache, vom 4. 11. 1981 an France-RDA, Lopez.

[158] Ibid.: Brief von Schumann vom 24. 9. 1981 an France-RDA, Duc: „Soyez assuré que je n'ai pas changé d'avis depuis le jour où j'ai établi (après une longue et [… unleserlich – Ch. W.] négociation) des relations diplomatiques normales entre la France et la RDA. Je le confirmais récemment à mon ami Claude Prouvoyeur, maire de Dunkerque, qui vient de se rendre à Rostock." Prouvoyeur war seit 1968 Mitglied im Nationalkomitee von France-RDA, seine Reise nach Rostock fand im Rahmen einer zwischen beiden Städten bestehenden Partnerschaft statt. Cf. ibid.: Brief von Schumann vom 20. 10. 1981 an France-RDA, Duc: „[…] je tiens à vous dire que je n'ai changé ni d'opinion ni d'espérance depuis l'époque où, ministre des Affaires étrangères, j'ai entrepris et mené à bien l'établissement de relations diplomatiques normales entre la RDA et la France."

[159] Ibid.: Rundschreiben von France-RDA, Duc, vom 7. 5. 1981 an die Lokalkomitees von France-RDA: „Les relations politiques prennent un grave retard sur les autres relations et cet écart grandissant risque à la longue de compromettre les relations existantes au plan économique et culturel. Agir pour l'établissement de relations politiques régulières fondées sur l'intérêt et la confiance mutuels pour que les rapports entre la France et la RDA atteignent le niveau qui existe avec d'autres pays socialistes est la question majeure pour de nouveaux progrès des relations en général. C'est une question de volonté politique qui suppose l'abandon de toute discrimination à l'égard de la RDA et un souci permanent de faire prévaloir l'esprit d'Helsinki dans l'intérêt national de la France."

ternen Vorüberlegungen zum Kongress wurde dargelegt, dass die Umsetzung der KSZE-Schlussakte auf die Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR dem nationalen französischen Interesse an Sicherheit in Europa entsprach.[160] Die Unterzeichnung verschiedener Verträge auf Regierungsebene rechnete man in diesem Sinne zu dem, was seit dem letzten Kongress erreicht worden war. Der kulturelle Austausch sollte künftig im Rahmen des Kulturabkommens realisiert werden; das eigene Handeln sollte dabei an der KSZE-Schlussakte gemessen werden. Tatsächlich bestätigte jedoch das Fehlen einer Arbeitsgruppe zum Thema Kulturbeziehungen im Rahmen des Kongresses den Rückgang der Aktivitäten von *France-RDA* auf diesem Gebiet.

Hauptanliegen der Gesellschaft blieb die Verbreitung von Kenntnissen über die DDR und das Werben für Beziehungen mit der DDR.[161] Einerseits sollten bestehende Negativbilder von der DDR in Frankreich beseitigt werden.[162] Andererseits beabsichtigte man, das Schweigen der französischen Medien über die Aktivitäten von *France-RDA* auf lokaler Ebene zu brechen. Der Zuwachs an Mitgliedern und die Regionalisierung blieben als Ziele bestehen. Auch das Problem der Reziprozität im Austausch war weiterhin ein Thema; es wurde jedoch nicht mehr in den Vordergrund gestellt. Die DDR hatte mit ihrem Angebot der sogenannten *Caravanes de l'amitié* (es handelt sich dabei um Gruppen von ostdeutschen Bürgermeistern, die in Begleitung von Wissenschaftlern oder Künstlern gemeinsam in ihre jeweiligen Partnerstädte reisten) diesem Problem die Dringlichkeit genommen. Neu waren hingegen jene Forderungen, die Georges Castellan in seiner Abschlussrede aufstellte: ein Treffen zwischen den Staatschefs beider Länder sowie die endgültige Lösung des „deutschen Problems" im Rahmen einer Konferenz, an der alle europäischen Staaten und die Siegermächte beteiligt sein sollten.[163]

Statt eines ausführlichen Sonderheftes in einem Umfang von bis zu achtzig Seiten, wie bisher bei allen Nationalkongressen üblich, waren dem Kongress von 1981 nur noch zehn Seiten einer normalen Ausgabe von *Rencontres* gewidmet. Auf den ersten Blick scheint dies die Folge des allgemeinen Bedeutungsverlustes der Gesellschaft zu sein. Als mögliche Erklärung lässt sich aber auch die zuneh-

[160] Ibid.: „Contribuer à l'application, dans les relations entre la France et la RDA de la politique définie à la conférence d'Helsinki en faveur de la sécurité et de la coopération entre États à système sociaux différents."

[161] Duc, Rapport d'activité, in: Rencontres 117 (Febr.–März 1982), S. 5: „La caractéristique commune à tous les comités qui progressent, c'est l'activité publique permanente en France pour gagner l'opinion publique la plus large, par la connaissance et la compréhension, à développer des relations entre la France et la RDA. […] Cette voie est donc celle des progrès, démontrée par l'expérience, celle dans laquelle nous convions tous les comités à s'engager avec audace et dynamisme, pour porter notre activité au niveau imposé par la nouvelle situation."

[162] AEFA, IX[e] Congrès national: Rundschreiben von France-RDA, Duc, vom 7. 5. 1981 an die Lokalkomitees von France-RDA: „La connaissance mutuelle est considérée comme un élément essentiel de notre action. C'est le moyen de combattre les campagnes de discrédit à l'égard de la RDA et de surmonter les idées reçues créées par les médias visant à maintenir un climat de méfiance. C'est le moyen d'une compréhension et d'une amitié réciproques, propres à favoriser le développement de la coopération dans l'intérêt mutuel."

[163] Castellan, Allocution de clôture, in: Rencontres 117 (Febr.–März 1982), S. 12.

mende Regionalisierung denken, im Zuge derer die nationale Ebene und damit auch die auf dieser Ebene abgehaltenen Kongresse ihre bislang zentrale Funktion für die Arbeit der Gesellschaft allmählich verloren. Zu den beiden folgenden Kongressen wurden wieder gesonderte Publikationen gedruckt, aber auch diese blieben im Umfang weit hinter dem bis 1978 in dieser Hinsicht Üblichen zurück. Beispiele für eine erfolgreiche Dezentralisierung der Aktivitäten von *France-RDA* sind eine in drei französischen Provinzstädten abgehaltene Konferenz über die Urbanisierung in der DDR sowie ein in Lyon organisiertes Symposium zu den regionalen Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR in Zusammenarbeit mit der regionalen Handelskammer, Lokalpolitikern und Vertretern von in der Region angesiedelten Betrieben.

Vergleicht man die Themen der vier Nationalkongresse zwischen 1978 und 1987, so fällt auf, dass der Fokus im Laufe der 1980er Jahre von den angestrebten Beziehungen mit Ostdeutschland auf *France-RDA* selbst und ihr Wirken in Frankreich gelenkt wurde. 1978 und 1981 befand sich die Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Staaten noch im Zentrum des Interesses: „Développer les relations entre la France et la RDA dans l'intérêt national, l'amitié et la paix." Im Unterschied dazu stand 1984 und 1987, bedingt durch den Mitgliederschwund seit dem Ende der 1970er Jahre, die Gesellschaft selbst im Mittelpunkt. 1984 beschränkte man sich auf die Devise: „Une association plus forte et plus présente dans la vie nationale pour renforcer la connaissance, la coopération, l'amitié et la paix." Drei Jahre später ergänzte man im Nachsatz wieder die Frage der Beziehungen: „Une association toujours plus forte et plus dynamique pour: développer la coopération, l'amitié et la paix; renforcer la connaissance mutuelle pour des relations fructueuses entre nos deux peuples et nos deux pays."

Der zehnte Nationalkongress fiel 1984 mit dem 35. Jahrestag der DDR zusammen, weshalb man sich unter großen finanziellen Anstrengungen den *Palais des congrès* in Paris als Tagungsort leistete. Mit Blick auf die französisch-ostdeutschen Beziehungen konnte man bei dieser Gelegenheit ihre zunehmende Normalisierung feiern, etwa die Reisen zahlreicher Mitglieder der französischen Regierung in die DDR oder die Eröffnung der Kulturzentren in Paris und Ost-Berlin. Das Engagement von *France-RDA* wurde 1984 im Rahmen des zwischen Frankreich und der DDR ausgehandelten Kooperationsprogramms erstmals ganz offiziell gewürdigt.[164] Diese Anerkennung erleichterte sichtbar das Finden einer neuen Rolle – ein nunmehr über zehn Jahre andauernder Prozess, der, parallel zur fortschreitenden Normalisierung der Beziehungen, aus einer Gesellschaft mit quasidiplomatischem Aufgabenbereich eine ganz normale Freundschaftsgesellschaft machte. Man sah sich selbst nunmehr als eine Art Stimulans, als Ideengeber und auch als Korrektiv der Beziehungen auf offizieller Ebene.[165]

[164] AEFA, Accords entre la France et la RDA: Programme de coopération culturelle et scientifique entre le gouvernement de la République française et le gouvernement de la République démocratique allemande pour les années 1984 et 1985.

[165] Duc, Rapport d'activités, in: Rencontres (Sonderheft, 1984), S. 6: „Nous devons stimuler les relations bilatérales officielles. […] À ce niveau d'action il ne s'agit pas de nous substituer aux organismes compétents pour les initiatives de coopération. Le rôle de l'association, c'est d'être au plan qui est le sien, c'est-à-dire des citoyens de notre pays,

Zielsetzung des Kongresses war es, eine neue Qualität des Bekanntheitsgrades der DDR in Frankreich zu erreichen.[166] Es sollten weniger globale als vielmehr zielgruppenorientierte Informationen über die DDR verbreitet werden. Spezifischen Gruppen mit einem potenziellen Interesse an der DDR sollten Informationen über den sie interessierenden Bereich nähergebracht werden.[167] Dieser Entschluss war der Feststellung geschuldet, dass auch die Motive für eine Mitgliedschaft inzwischen sehr viel stärker diversifiziert waren als zehn Jahre zuvor. Das wohl wirksamste Mittel zur Verbreitung von Kenntnissen über die DDR in Frankreich blieb auch weiterhin die Möglichkeit, jährlich an die 4000 Franzosen, zumeist Jugendliche, in die DDR zu schicken; Reisen, für die weiterhin die DDR aufkam.

Obwohl man die lokalen Komitees eindringlich bat, möglichst so viele Delegierte zu entsenden, wie ihnen proportional zustanden[168], ging die Teilnehmerzahl im Vergleich zu früheren Kongressen kontinuierlich zurück.[169] Die Zusammensetzung der Teilnehmer verdeutlicht zudem die fortschreitende Überalterung der Gesellschaft: 55% der Teilnehmer waren 1984 über 50 Jahre alt und nur 37% zwischen 30 und 50 Jahren. Keine soziale Gruppe war auf dem Kongress so stark vertreten wie die Rentner. Zusammen mit den Lehrern (an zweiter Stelle) machten sie fast 50% aller Teilnehmer aus. Noch deutlicher wird die zunehmende Überalterung beim Vergleich zwischen den Kongressen von 1984 und 1987: In diesem Zeitraum stieg der Altersdurchschnitt der Teilnehmer um genau drei Jahre.[170] Die Rentner waren mit 38% nun mit Abstand die zahlenmäßig bedeutendste Gruppe. Nur 30% der Teilnehmer waren zwischen 30 und 50 Jahren. Dabei darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass viele der jüngeren Mitglieder aufgrund beruflicher Verpflichtungen nicht am Kongress teilnehmen konnten.

Der elfte Nationalkongress fand im Dezember 1987 in Lyon statt und war ganz auf den 30. Jahrestag der Gesellschaft im folgenden Jahr ausgerichtet. Wie bereits 1984 wurden strukturelle Veränderungen der Gesellschaft, unter anderem des Nationalkomitees, intensiv diskutiert (drei von vier Arbeitsgruppen des Kongresses widmeten sich diesem Problem). Im Mittelpunkt stand die Frage, wie man eine Gesellschaft nach dreißig Jahren und mit zwei bis drei Generationen unter ihren Mitgliedern, deren Interessen sich im Laufe der Jahrzehnte stark verändert hatten, nicht

une composante indispensable et vigilante des relations France-RDA et d'apporter son expérience, son impulsion, son aide à la réalisation. C'est un nouveau champ d'action pour l'association que nous devons saisir pleinement. Nous n'en sommes qu'au début."

166 AEFA, X^e Congrès national: Rundschreiben von France-RDA vom 5.1.1984 an die Mitglieder des Nationalkomitees von France-RDA: „C'est un sommet important de l'activité de notre association, dont l'objectif sera de faire franchir un nouveau pas de la connaissance de la RDA dans l'opinion publique française."

167 Duc, Rapport d'activités, in: Rencontres (Sonderheft, 1984), S. 9.

168 AEFA, X^e Congrès national: Rundschreiben von France-RDA vom 17.9.1984 an die regionalen Komitees von France-RDA.

169 Ibid.: Bilanz der Commission des mandats vom 21.10.1984 für das Präsidium von France-RDA; insgesamt nahmen 339 Delegierte teil.

170 AEFA, XI^e Congrès national: Undatierte Bilanz der Commission des mandats für das Präsidium von France-RDA; insgesamt nahmen 310 Delegierte teil.

nur am Leben erhalte, sondern obendrein dynamisiere.[171] Unverändert war *France-RDA* auch bestrebt, das aus ihrer Sicht in den französischen Medien omnipräsente Bild von der DDR als einem „Gefängnis für Aussätzige" zu entkräften. Stattdessen sollte der Blick stärker auf die sozialen Errungenschaften (Wohnungsbau, Arbeitsgarantie, Familienpolitik etc.) der DDR gelenkt werden.[172] Der neue Generalsekretär François Rivière zeigte sich bei der Präsentation des Geschäftsberichts davon überzeugt, dass die Anziehungskraft der DDR ungemindert sei, man müsse sie nur entsprechend vermitteln und ins Land tragen. Das Ausbleiben von Ostdeutschen, die nach wie vor nicht nach Frankreich reisen durften, wurde inzwischen als Gegebenheit hingenommen. Das Problem der Reziprozität wurde mithin vom Problem der effektiven Nutzung dessen, was die DDR anbot, abgelöst.[173]

Besonderen Auftrieb erhielt *France-RDA* durch den unmittelbar bevorstehenden Besuch des Staatsratsvorsitzenden der DDR Erich Honecker in Paris.[174] Mit Georges Castellan, Claude Estier und René Feït nahmen drei Mitglieder des Präsidiums von *France-RDA* an dem zu Ehren Honeckers ausgerichteten Staatsbankett im *Élysée* als Mitglieder der offiziellen französischen Delegation teil.[175] Der Kongress selbst wurde durch einen Empfang des Bürgermeisters von Lyon im Rathaus gekrönt.[176]

Der zwölfte Nationalkongress hätte 1990 im Département *Ardennes* abgehalten werden sollen. Doch bevor es dazu kam, verschwand die DDR in sehr kurzer Zeit und gänzlich unerwartet von der Bildfläche. Im Oktober 1989 fand in Paris wie jedes Jahr eine von *France-RDA* ausgerichtete Festveranstaltung anlässlich des 40. Jahrestages der DDR statt. Nur einen Monat später sah man sich bereits mit der Frage nach einer Neuorientierung der Gesellschaft konfrontiert.[177]

[171] Ibid.: Rundschreiben von France-RDA vom 8. 7. 1987 an die lokalen Komitees von France-RDA: „Il s'agit d'examiner ensemble quelles sont les possibilités qui nous sont offertes pour prolonger et dynamiser la vie de France-RDA. Mesurer et intégrer l'acquis de 30 années de lutte pour la coopération et l'amitié avec l'ensemble du peuple allemand comme facteur de paix. Développer, consolider, élargir les relations bilatérales de la France avec la RDA dans l'intérêt national de notre pays. Renforcer sans cesse l'influence, l'autorité et le rôle national de notre association."

[172] Rivière, Rapport d'activités, in: Rencontres (Sonderheft, 1988), S. 20: „Nous offrons, entre autres, des possibilités multiples de découvrir un pays différent, nouveau, méconnu en France, mais dont les adversaires sont contraints d'avouer que ‚la RDA est un pays socialiste qui réussit'. L'envie de connaître, de découvrir, de comprendre est donc réelle chez nous. L'attraction de la RDA existe indéniablement."

[173] Ibid., S. 14f.

[174] AEFA, XI[e] Congrès national: Brief von Scat vom 11. 12. 1987 an das Präsidium von France-RDA: „La prochaine visite du président Honecker à Paris sera un évènement très important couronnant un long et patient travail auquel votre association peut considérer avoir apporté une large contribution."

[175] ANF, 5 AG 4, CD 189: Note von Musitelli vom 17. 12. 1987 für Mitterrand.

[176] AEFA, XI[e] Congrès national: Schreiben von France-RDA, Rivière, vom 9. 11. 1987 an die Stadt Lyon, Collomb: „Connaissant les relations que vous entretenez avec diverses personnalités de ce pays, il nous serait agréable que vous puissiez leur offrir une petite réception en votre hôtel de ville." Cf. ibid.: Schreiben der Stadt Lyon, Collomb, vom 23. 11. 1987 an France-RDA, Rivière.

[177] Adresse de la Présidence nationale aux adhérents de France-RDA vom 16. 11. 1989, in: Rencontres 152 (Dez. 1989), S. 3–5.

Das Ende der DDR war für einige Mitglieder ein Schock, für die Gesellschaft immerhin eine schwerwiegende Krise. Man stellte sich die Frage, ob man weitermachen oder aufhören sollte. Dies war zuallererst eine persönliche Entscheidung der Mitglieder, viele verließen die Gesellschaft umgehend, unter ihnen auch der bis dahin amtierende Präsident George Castellan. Manche von ihnen, wie Gilbert Badia, kamen nach einer gewissen Zeit wieder zurück.[178] Die Devise für den Neuanfang lautete zurück zu den Anfängen. Galt das Interesse der Gesellschaft zu Beginn ihres Bestehens einer Ausweitung der deutsch-französischen Versöhnung und Beziehungen auf alle Deutsche, hatte sich daraus im Laufe der Jahrzehnte eine auf exklusive Beziehungen mit der DDR spezialisierte Gesellschaft herausgebildet, wie es nicht zuletzt der Namenswechsel von 1973 verdeutlicht. Die Daseinsberechtigung unter dem Namen *France-RDA* war ihr mit dem Verschwinden der DDR entzogen worden, die Rückkehr zum alten Namen *Échanges franco-allemands* ermöglichte hingegen ein Fortbestehen, auch wenn man zunächst vor allem bereits vorhandene Kontakte in die DDR pflegte. Ermöglicht wurde durch diesen Schritt späterhin auch die Zusammenarbeit mit all jenen Institutionen, die sich bisher ausschließlich auf dem Gebiet der westdeutsch-französischen Beziehungen engagierten, wie dem Goethe-Institut oder dem Deutsch-Französischen Jugendwerk.

Die Weichen für diese Transformation wurden im November 1990, einen Monat nach dem Vollzug der deutschen Einheit, gestellt. Nachdem sich eine Mehrheit des Nationalkomitees und der lokalen Komitees für ein Weiterbestehen der Gesellschaft unter den veränderten Rahmenbedingungen ausgesprochen hatte, wurde für das kommende Frühjahr ein außerordentlicher Nationalkongress einberufen.[179] Tagungsort war das für den französischen Kommunismus, aber auch für die französisch-ostdeutschen Beziehungen so bedeutsame Ivry-sur-Seine.[180]

Der Generalsekretär warnte die Kongressteilnehmer zu Beginn eindringlich davor, dem Beispiel einzelner Lokalkomitees zu folgen und die Gesellschaft als Ganzes aufzulösen. Dies wäre gleichbedeutend mit der vollständigen Aufgabe der in den Kontakten und Beziehungen mit dem „anderen" Deutschland gewonnenen Erfahrungen und der daraus erwachsenen Bereicherung.[181] Tatsächlich war dies jedoch nicht allein eine Frage der inneren Einstellung. Die Gesellschaft hatte auch mit ganz handfesten Problemen zu kämpfen. Mit dem Ausbleiben der von den EFA organisierten (und von der DDR finanzierten) Reisen in die DDR versiegte

[178] Interview mit Gilbert Badia, geführt am 23. 6. 2004.

[179] Document de la Présidence nationale: Pour un débat ouvert préparant le congrès de transformation de l'association France-RDA, in: Rencontres 154 (Jan. 1991), S. 2–4.

[180] Siehe dazu die Dissertation von Christina Léon, die den Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR am Beispiel von Ivry-sur-Seine gewidmet ist und 2012 in den Pariser Historischen Studien (Oldenbourg) erschienen ist.

[181] Rivière, Rapport, in: Rencontres 155 (Mai–Juli 1991), S. 5: „Si l'unification a été rapide, l'intégration de ces populations sera longue. Ne nous y trompons pas, des comportements, des originalités, des valeurs qui ont été ravivées [sic] par l'ancienne société ne disparaîtront pas de sitôt. C'est pourquoi considérer aujourd'hui que notre combat serait terminé ou le remettre à plus tard serait accepter de voir disparaître toute une expérience, toute une richesse, toute une vitalité d'esprit."

ihre Haupteinnahmequelle. Da gleichzeitig aber Mieten und Löhne weitergezahlt werden mussten, wies die Bilanz für 1990 erstmals ein Defizit aus.[182] Nicht weniger schwerwiegend war der durch das Ende der DDR bedingte Verlust der zentralen Ansprechpartner vor Ort.

Trotz dieser Probleme wurden die neuen Statuten von 88% der anwesenden 135 Delegierten angenommen. Mit ihnen wurde die Rückbenennung der Gesellschaft in *Échanges franco-allemands* vollzogen und die Fortsetzung und Entwicklung privatgesellschaftlicher Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland als Zielsetzung definiert. Dass man sich dabei auf den „antinazisme" als einen der zentralen Werte verpflichtete, entsprach der ausdrücklichen Berufung auf das intellektuelle und moralische Erbe der Vorgängerorganisationen.[183] Für besonders aussichtsreich hielt man die Fortsetzung des Engagements auf der Ebene der Städte- und Universitätspartnerschaften. Auch wollte man die eigenen Kenntnisse über ostdeutsche Traditionen und Gepflogenheiten in den Aufbau von Beziehungen mit dem vereinten Deutschland einbringen.

Auf die Frage, warum man sich gegen die Auflösung entschied, bot Raymond Brun, Mitglied des EFA-Präsidiums seit 1966, eine bemerkenswerte Antwort. Brun hatte den Zweiten Weltkrieg im Widerstand erlebt und sich als radikalsozialistischer Senator seit Anfang der 1960er Jahre für die französisch-ostdeutschen Beziehungen engagiert. In einem Brief im Vorfeld des Kongresses vom März 1991 übte er Kritik an den Umständen der Wiedervereinigung, bekannte sich aber vor allem zu seinem Engagement für die DDR. Und gerade weil dies nicht immer einfach gewesen sei, wolle er seinen einstigen Widersachern nicht die Freude bereiten, die EFA nun umstandslos aufzulösen.[184]

[182] AEFA, XII[e] Congrès national: Compte de gestion 1990.

[183] Ibid.: Statuten der EFA in der Fassung vom 17. 3. 1991, Art. 2: „L'association a pour but de maintenir et de développer entre les peuples français et allemand des relations d'amitié et de coopération dans la fidélité aux valeurs de liberté, de défense des droits de l'homme, d'antiracisme, d'antinazisme et de paix qui ont marqué l'histoire des rapports entre les hommes de progrès de nos deux nations et avec la volonté de contribuer à la coopération et à la sécurité de tous les peuples européens. […] Elle entend poursuivre, dans l'intérêt national des deux pays et des deux peuples, dans le respect de leur souveraineté et dans l'esprit ouvert et pluraliste qui l'a animé depuis sa création, une activité qui préserve le patrimoine intellectuel, moral et historique représenté par les titres ‚Échanges franco-allemands', puis ‚France-RDA'."

[184] Ibid.: Brief von Brun vom 15. 3. 1991 an France-RDA, Rivière: „[…] j'ai été profondément déçu et dépité des circonstances et de la rapidité qui ont précédé la réunification de l'Allemagne. Nous avons toujours défendu la RDA: dans certains milieux que je suis appelé à fréquenter, ce ne fut pas toujours facile pour moi. Qu'importe, j'ai toujours dit ce que j'avais vu et apprécié dans ce pays. […] Je ne peux donc qu'approuver la transformation de notre association et la modification de ses statuts. C'est un pis-aller auquel nous ne pouvons pas échapper. Nous aurions fait trop d'heureux en nous sabordant. Pendant trente ans, j'ai milité souvent dans des milieux hostiles, en faveur de la RDA. Il nous faut maintenant trouver d'autres arguments pour ne pas abandonner nos anciens amis. […] je n'oublierai pas ce que j'ai fait pour la RDA; je n'en garderai que d'excellents souvenirs."

## 2. Strukturen

Ende 1989 hatte *France-RDA* nach eigenen Angaben 15 000 Mitglieder, die in 60 (von insgesamt 95) Départements in sogenannten regionalen Komitees (oder auch Bezirkskomitees) organisiert waren.[185] Damit war sie nicht nur die größte DDR-Freundschaftsgesellschaft in der gesamten westlichen Welt, sie war dem Umfang nach auch eine der bedeutendsten *Associations loi 1901* in Frankreich. Begonnen hatte es mehr als dreißig Jahre zuvor mit einigen wenigen Leuten um Albert Châtelet, dem Herausforderer von Charles de Gaulle bei den Präsidentschaftswahlen von 1958. Die Mitgliederentwicklung in den ersten Jahren lässt sich mangels gesicherter Zahlen nicht nachvollziehen. Fünf Jahre nach ihrer Gründung verfügte die Gesellschaft bereits über rund 4000 Mitglieder. In den folgenden Jahren gewannen die EFA kontinuierlich Mitglieder hinzu. Allein zwischen 1966 und 1968 konnte die Mitgliederzahl fast verdoppelt werden. Der Zenit war 1974/75 mit knapp 16 000 Mitgliedern erreicht. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR hatte allerdings kaum Einfluss auf diese Entwicklung, wie ein Vergleich der Mitgliederzahlen von 1972 und 1974 zeigt.[186]

*Zahl der Mitglieder von EFA/France-RDA*[187]

| | |
|---|---|
| 1963 | ca. 4 000 |
| 1965 | 5 509 |
| 1968 | 10 182 |
| 1971 | 12 622 |
| 1972 | 14 815 |
| 1975 | 15 877 |
| 1978 | 15 710 |
| 1981 | k. A. |
| 1984 | k. A. |
| 1987 | 14 222 |
| 1991 | ca. 8 500[188] |

Nach mehreren Jahren auf einem konstant hohen Niveau folgte Ende der 1970er Jahre ein deutlicher Einbruch bei den Mitgliederzahlen. Die Einbußen waren so empfindlich, dass man anlässlich der Nationalkongresse von 1981 und 1984 auf

[185] ANF, 5 AG 4, CD 187: Schreiben von France-RDA, Castellan, vom 4. 12. 1989 an Mitterrand.

[186] Brard, Les problèmes d'organisation de l'association, in: Rencontres 87 (Juli–Aug. 1975), S. 19.

[187] Die Zahlen sind den Geschäftsberichten entnommen, die der Generalsekretär anlässlich der Nationalkongresse präsentierte, und konnten anhand von regionalen Statistiken für einzelne Jahre geprüft werden, cf. die jeweiligen Sonderausgaben von Rencontres zu den einzelnen Nationalkongressen.

[188] Diese Zahl entspricht der Auflagenzahl einer Sonderausgabe von Rencontres, die im Januar 1991 an alle Mitglieder von France-RDA verteilt wurde, unabhängig davon, ob sie über ein Abonnement der Zeitschrift verfügten oder nicht.

eine Veröffentlichung der Mitgliederzahlen ganz verzichtete. Erst nachdem diese Entwicklung Mitte der 1980er Jahre gestoppt und in den folgenden Jahren allmählich wieder rückgängig gemacht werden konnte, waren die absoluten Mitgliederzahlen wieder Thema bei einem Nationalkongress.[189]

Nicht nur in finanzieller Hinsicht war die Organisation von Reisen in die DDR für die EFA sehr einträglich. Unter den Zurückkommenden wurden nicht selten neue Mitglieder gewonnen. Bis zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen waren es insgesamt über 63 000 Franzosen, die auf Vermittlung der EFA in die DDR reisten.[190] Nach dem Verlust des Monopols auf die Organisation von DDR-Reisen waren es bis zum Fall der Mauer jährlich immerhin noch bis zu 5000 Franzosen, die eine solche Reise auf Vermittlung von *France-RDA* antraten.[191] Schätzungsweise waren es im gesamten Zeitraum, das heißt von 1958 bis 1989, insgesamt zwischen 120 000 und 150 000 Franzosen, die die Dienste der Gesellschaft für eine DDR-Reise in Anspruch nahmen.[192] Ebenfalls von großer Bedeutung für die Gewinnung neuer Mitglieder war die Schaffung von Städte- und Betriebspartnerschaften mit der DDR.

Die 4000 Mitglieder von 1963 waren in sechzehn regionalen Komitees *(Comités départementaux)* und insgesamt rund einhundert lokalen Komitees *(Comités locaux)* organisiert. Lokale Komitees gab es vor allem in Städten (in Paris und Lyon auch in den einzelnen Arrondissements) oder in Betrieben. Die regionalen Schwerpunkte lagen 1963 in den Départements *Nord* und *Aisne* sowie vor allem im Großraum Paris, wie die Vorbereitung und die Beteiligung am ersten Nationalkongress zeigt.[193] Auch fünf Jahre später lässt sich im Département *Nord* die höchste Mitgliederkonzentration feststellen; neu kamen als Schwerpunkte die Départements *Pas-de-Calais* und *Rhône* hinzu. Zusammen stellten diese drei Départements beim dritten Nationalkongress 1968 50% der Delegierten.[194] Im Laufe der Jahre wuchs auch die Zahl der Départements, in denen die *EFA/France-RDA* vertreten waren: 1975 waren es 48, 1981 bereits 57 Départements.

Über die genaue Entwicklung der Mitgliederzahlen in den einzelnen Départements lässt sich mangels geeigneter Quellen keine Aussage treffen. Eine Mitgliederstatistik für das Beitragsjahr 1964/65 sowie drei Aufstellungen nach den Ereignissen in Prag im August 1968 und in Vorbereitung der Nationalkongresse von 1975 beziehungsweise 1987 vermögen jedoch einen aussagekräftigen Eindruck von der regionalen Verteilung über einen längeren Zeitraum hinweg zu vermitteln.[195] Die Zahlen in der nachfolgenden Tabelle beziehen sich auf die zum entsprechenden Zeitpunkt gezahlten Mitgliedsbeiträge. Diese Beiträge mussten ein-

[189] Rivière, Rapport d'activités, in: Rencontres (Sonderheft, 1988), S. 18f.
[190] Siehe dazu die Aufstellung der von den EFA in die DDR entsandten Delegationen im Zeitraum 1958–1972 im Anhang (CD-ROM).
[191] ANF, 5 AG 4, CD 187: Schreiben von France-RDA, Castellan, vom 4. 12. 1989 an Mitterrand.
[192] Genaue Zahlen lassen sich nicht für den gesamten Zeitraum ermitteln.
[193] Cf. Rencontres (Sonderheft, 1963).
[194] Cf. Rencontres 51 (März–Mai 1968).
[195] AD93, 38 J 2: Tableau des adhérents des EFA, 1964–1965; sowie ibid.: État de la reprise des cartes vom 30. 9. 1968 und 31. 5. 1969; AEFA, VII[e] Congrès national: État compara-

mal im Jahr gezahlt werden, um die Mitgliedschaft zu erneuern. Da dies nicht jeder zur selben Zeit tat, sind die Zahlen, insbesondere wenn sie im laufenden Beitragsjahr ermittelt wurden, großen Schwankungen unterworfen und können deshalb nur einen allgemeinen Eindruck vermitteln.[196] Die Zahlen für die Jahre 1965, 1986 und 1987 stellen hingegen die endgültigen Mitgliederzahlen nach Ende eines abgelaufenen Beitragsjahres dar (üblicherweise endete es im Monat September).

Die zusammenfassende Übersicht bestätigt Tendenzen aus den 1960er Jahren. Im Département *Nord* verfügten die *EFA/France-RDA* auch in den 1970er und 1980er Jahren über ihr mit weitem Abstand mitgliederreichstes Komitee. Zusammen mit dem Komitee im Département *Pas-de-Calais* war dies auch die Region mit den meisten EFA-Mitgliedern. Der Großraum Paris stand erst an zweiter Stelle. Auf ihn folgte die Region *Picardie* mit dem in den 1960er Jahren besonders mitgliederreichen Komitee im Département *Aisne*. Seit den 1970er Jahren stand dann die Region *Champagne-Ardennes* an dritter Position, gefolgt von der Nachbarregion *Lorraine*. Bemerkenswert ist dabei, dass die Mitgliederzahlen im französischen Osten, je näher die Regionen an der deutsch-französischen Grenze lagen, kontinuierlich abnahmen. Weitere bedeutende regionale Schwerpunkte waren der Großraum Lyon und die Gegend zwischen Rouen und Le Havre – beides Ballungsräume der französischen Industrie.

*Verteilung der Mitglieder nach regionalen Schwerpunkten*[197]

| | 1964/65 | 30. 9. 68 | 31. 5. 69 | 30. 4. 72 | 24. 4. 75 | 30. 11. 86 | 30. 11. 87 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| *Schwerpunkte nach Regionen (zusammengefasst)* | | | | | | | |
| Nord-Pas-de-Calais | 1635 | 3237 | 1470 | 3275 | 3966 | 3044 | 3472 |
| Picardie | 583 | 849 | 618 | 315 | 391 | 400 | 401 |
| Ile-de-France | 1524 | 1311 | 1287 | 2090 | 2695 | 2446 | 2545 |
| Champagne-Ardennes | 190 | 334 | 324 | 1342 | 1537 | 1852 | 1939 |
| Lorraine | 236 | 452 | 609 | 687 | 409 | 664 | 898 |
| Alsace (zum Vergleich) | 162 | 49 | 42 | 143 | 151 | 124 | 192 |
| *Weitere Schwerpunkte nach Départements* | | | | | | | |
| Rhône | 418 | 496 | 322 | 591 | 532 | 633 | 624 |
| Seine-Maritime | 145 | 438 | 356 | 575 | 774 | 404 | 479 |

Oberstes Leitungsgremium der Gesellschaft war auf nationaler Ebene das Präsidium.[198] Der Vorsitzende dieses Präsidiums *(président-délégué)*, das heißt der amtierende Präsident der Gesellschaft, führte ihre Geschäfte in enger Zusammen-

tif des cotisations enregistrées vom 30. 4. 1974 [30. 4. 1972] und 24. 4. 1975; sowie ibid.: XI[e] Congrès national: État des adhésions vom 30. 11. 1986 und 30. 11. 1987.

196 AEFA, VII[e] Congrès national: Grafische Übersicht über den Verlauf der Mitgliederentwicklung von EFA und France-RDA für die Jahre 1971/72 und 1974/75; diese Übersicht liefert einen Eindruck von den Schwankungen, denen die Entrichtung der Mitgliedsbeiträge im Laufe der Jahre unterworfen war.

197 Eine umfassende Aufstellung nach Départements findet sich im Anhang (CD-ROM).

198 Siehe dazu die Zusammensetzung des Präsidiums im Anhang (CD-ROM).

arbeit mit dem Generalsekretär. Während das Amt des Präsidenten eine ehrenamtliche Tätigkeit war, war der Generalsekretär ein Angestellter der Gesellschaft. Als hauptamtlich Angestellter gewährleistete er die für die Gesellschaft wichtige Kontinuität vor allem in der internen Organisation. Kontinuität auch deshalb, weil die Dauer eines Angestelltenverhältnisses in der Regel einen viel längeren Zeitraum umfasste als die Amtszeit eines gewählten Präsidenten. Der erste Generalsekretär, Roland Lenoir, arbeitete während seiner zwanzigjährigen Anstellung für nicht weniger als vier der insgesamt fünf Präsidenten bis 1989. Es ist insofern auch nicht verwunderlich, dass der Generalsekretär im alltäglichen Geschäft das Bild der Gesellschaft nach außen hin prägte. Weil es sich bei dem früheren Grundschullehrer Roland Lenoir um ein aktives Mitglied des PCF handelte und die Strukturen der *EFA/France-RDA* denen anderer kommunistisch geprägter Massenorganisationen weitgehend entsprachen, drängt sich der Eindruck auf, es handele sich auch in diesem Fall um eine rein kommunistisch geprägte Gesellschaft. Aber inwiefern konnte der Generalsekretär tatsächlich Einfluss auf die Ausrichtung der Gesellschaft nehmen? Er war zwar an den Sitzungen des Präsidiums beteiligt und war selbst Mitglied des Nationalkomitees, ihm oblag jedoch in erster Linie die Umsetzung der dort getroffenen Entscheidungen. Wenn bei seiner Vorstellung des Arbeitsberichts auf den Nationalkongressen der Gesellschaft kommunistische Vorstellungen und Ideen durchschimmerten, so kann dies noch nicht als Indiz für den Einfluss des Generalsekretärs auf die Gesellschaft gewertet werden. Die von ihm bewusst geübte Zurückhaltung eindeutig politischer Äußerungen[199] entsprach vermutlich den taktischen Vorgaben des PCF – von einer Einflussnahme auf die Gesellschaft oder gar der angestrebten Kontrolle war man damit jedoch weit entfernt.

Nach dem Tode des Gründungspräsidenten Albert Châtelet wurde anlässlich der ersten Generalversammlung der EFA erstmals ein kollektives Präsidium gewählt. Ihm gehörten drei Universitätsprofessoren, zwei Anwälte, ein Journalist und ein Gewerkschaftsvertreter an. In den folgenden Jahren wurde das Präsidium kontinuierlich erweitert. Aus ursprünglich sieben Präsidiumsmitgliedern zu Beginn der 1960er Jahre wurden bis zum Ende der 1980er Jahre insgesamt neunzehn. 1963 kamen anlässlich des ersten Nationalkongresses ein weiterer Universitätsprofessor sowie ein ehemaliger Minister hinzu. Zwischen 1966 und 1972 waren es vor allem Abgeordnete verschiedener Parteien, die sich für das Präsidium zur Wahl stellten. Die Gesellschaft war besonders um repräsentative Persönlichkeiten bemüht. Nicht alle, denen man die Teilnahme antrug, waren hingegen bereit, dieses Angebot anzunehmen: Raymond Schmittlein und Guy Mollet lehnten es nach einigem Zögern ab.[200] Man war vor allem bis 1973 bemüht, Vertreter aller im Parlament vertretenen Parteien zu gewinnen. Nach Gesprächen mit dem Generalsekretär der PS, François Mitterrand, gelang es den EFA 1972, zwei Vertreter der sozialistischen Partei aufzunehmen (Claude Estier und Jean Péridier).[201] Eini-

[199] Interview mit Josiane Lecomte, geführt am 13. 11. 2007.
[200] AEFA, Présidence nationale, procès-verbaux: Protokolle der Sitzungen des EFA-Präsidiums vom 17. 6. 1964 und 5. 1. 1968.
[201] AEFA, Groupe parlementaire: Brief von Lenoir vom 12. 4. 1972 an Benoist.

ge der Präsidiumsmitglieder gehörten dem Gremium auch als Vertreter anderer Instanzen und Organisationen an. So vertraten etwa die wechselnden Präsidenten der Freundschaftsgesellschaften in der Nationalversammlung und im Senat diese im EFA-Präsidium. Auch die Vertreter der Gewerkschaften verließen das Präsidium nicht, ohne einen Nachfolger zu bestimmen.[202] Seit dem Ende der 1970er Jahre kamen zahlreiche neue Mitglieder hinzu, unter ihnen ein ehemaliger Außenminister, zwei ehemalige französische Botschafter in Ost-Berlin und ein Vizeadmiral im Ruhestand. Zwar stellten Politiker und Parlamentarier weiterhin den größten Teil des Präsidiums, gleichzeitig wurde das Präsidium nicht mehr nur im Sinne einer politischen, sondern auch einer gesellschaftlichen Repräsentativität erweitert. Hinzu kamen jetzt Künstler, Lehrer, ein Ingenieur etc. sowie im Zuge der allgemeinen Gleichberechtigungsdebatte auch einige wenige Frauen. 1987 gelang es *France-RDA*, mit Jean Deflassieux erstmals einen Wirtschaftsvertreter zu gewinnen.

Neben dem kollektiven Präsidium verfügten die *EFA/France-RDA* mit dem Nationalkomitee über ein weiteres Gremium auf nationaler Ebene.[203] Die Funktion dieses Gremiums wandelte sich im Laufe der Jahrzehnte: Aus einem Beirat als moralischer Instanz wurde seit dem Ende der 1960er Jahre allmählich ein Verwaltungsrat, der bei seinen alljährlichen Treffen für die Gesellschaft bindende Entscheidungen traf. Konstituiert wurde das Nationalkomitee, parallel zum Präsidium, 1960 von 91 Vertretern aus Politik und Gesellschaft. Als es 1963 anlässlich des Nationalkongresses erstmals zur Wahl gestellt wurde, hatte sich ihre Zahl nahezu verdoppelt. Es wurde in den folgenden Jahrzehnten kontinuierlich ausgebaut und umfasste 1987 insgesamt 258 Personen. Die Hinzugewinnung neuer Mitglieder spiegelt in mancher Hinsicht auch die Entwicklung der Gesellschaft. 1966 warb man beispielsweise intensiv Parlamentarier an, insbesondere aus den Reihen von SFIO und UNR, die in den Jahren seit dem letzten Nationalkongress Reisen in die DDR unternommen hatten.[204] Ebenso bemühte man sich um die Vertreter aus der Wirtschaft, die an der Leipziger Messe teilgenommen hatten und nun mit der DDR in Verhandlungen standen wie etwa Pierre Sudreau.[205] Auf einer internen Prioritätenliste standen außerdem universitäre und kirchliche Kreise.[206] Tatsächlich hatte man aber längst nicht bei all denen Erfolg, die man aus diesem Grund kontaktierte. Trotz größter Anstrengungen wuchs das Nationalkomitee 1966 nur um elf Mitglieder (insgesamt kamen 38 neue Mitglieder hinzu, gleichzeitig traten aber 27 alte Mitglieder aus beziehungsweise waren in der Zwischenzeit verstorben). Die neu angeworbenen Mitglieder waren zum größten Teil bereits Mitglieder der Gesellschaft – dies war aber keine Voraussetzung. Zwei Jahre

[202] AEFA, IV[e] Congrès national: Brief von Mascarello vom 25. 2. 1970 an die EFA, Hauriou.
[203] Cf. Zusammensetzung des Nationalkomitees im Anhang (CD-ROM).
[204] Cf. AEFA, II[e] Congrès national: Brief von Achille-Fould vom 10. 2. 1966 an die EFA, Lenoir.
[205] Ibid.: Brief der EFA, Lenoir, vom 1. 2. 1966 an Sudreau: „Comme il est de règle dans toutes les organisations démocratiques, il aura à soumettre des propositions de candidatures pour l'élection de son comité national, nous serions très heureux que vous acceptiez d'être candidat."
[206] Ibid.: Protokoll der Sitzung des EFA-Präsidiums am 16. 11. 1965.

später standen vor allem Sportler, Verantwortliche von Jugendorganisationen und Gewerkschafter im Visier des EFA-Präsidiums.[207] Im Kontext der Olympischen Spiele hatten die EFA die Sportbeziehungen zwischen Frankreich und der DDR verstärkt als Betätigungsfeld für sich entdeckt. Man konnte einerseits auf das positive Bild von der DDR als „Medaillenwunder" zurückgreifen und andererseits am Beispiel des Sports das Problem der Anerkennung für breite Kreise sichtbar machen.[208] Ohne tatsächlich auf dem Nationalkongress anwesend zu sein, wurde unter anderem der Vorjahressieger bei der *Tour de France* Roger Pingeon ins Nationalkomitee gewählt.[209] Ablehnungen für eine Aufnahme ins EFA-Nationalkomitee wurden meist mit Überlastung begründet. Eher selten wurde mangelnder Bezug zum Gegenstand ins Feld geführt. So empfand etwa ein Abt aus dem Nordfranzösischen eine einzige von ihm in die DDR unternommene Reise als unzureichend für eine entsprechende Kandidatur.[210]

Nach der Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR begann Mitte der 1970er Jahre ein struktureller Wandel des Nationalkomitees, der mit dem Wandel seiner Funktion einherging. Während die Nationalkongresse nur noch alle drei Jahre abgehalten wurden, gewannen die jährlichen Sitzungen des Nationalkomitees an Bedeutung und Einfluss.[211] 1975 wurden die regionalen Komitees erstmals aufgefordert, Vertreter zu benennen. Auch stand das Verhältnis von repräsentativen Persönlichkeiten und aktiven Mitgliedern auf dem Prüfstand: Zwar war der Grad des individuellen Engagements bei manchen Personen nur schwer zu ermessen, man nahm aber an, dass der Anteil an aktiven Mitgliedern bei weniger als einem Drittel liege.[212] Wurde dies bislang zugunsten des Prestiges hingenommen, das mit einem hohen Anteil an repräsentativen Persönlichkeiten verbunden war, so sollte diesem Missverhältnis nun zugunsten einer lebendigeren und effektiveren Organisation mit einer stärkeren Einbindung der regionalen Komitees entgegengewirkt werden. 1981 wurden die regionalen Komitees erneut aufgefordert, Vorschläge für das Nationalkomitee zu machen.[213] Drei Jahre später entschloss man sich, die Zusammensetzung des Nationalkomitees so weit wie möglich ganz den regionalen Komitees anzuvertrauen. Für die Entwicklung des Nationalkomitees von einer repräsentativen Instanz hin zu einem die Arbeit der Gesellschaft in ganz Frankreich koordinierenden Gremium ist bezeichnend, dass

[207] AEFA, III[e] Congrès national: Protokoll der Sitzung des EFA-Präsidiums am 5. 1. 1968.
[208] Ibid.: Rundschreiben der EFA, Hauriou, vom 16. 1. 1968 an zahlreiche Sportler.
[209] Ibid.: Brief von Pingeon vom 23. 1. 1968 an die EFA, Hauriou.
[210] Ibid.: Brief des Abtes Hesse vom 25. 2. 1968 an die EFA, Lenoir: „J'ai cru bon, pour le moment, de ne pas accepter une coprésidence à ce comité [Comité départemental du Nord des EFA – Ch. W.], et par là éventuellement d'être membre du comité national. En effet, je n'ai effectué qu'un voyage en RDA et ne possède pas de connaissance suffisante de ce pays pour être utile efficacement aux Échanges franco-allemands à ce niveau. Je me contente donc d'appartenir au comité départemental du Nord sans plus."
[211] AEFA, Comité national, procès-verbaux.
[212] AEFA, VIII[e] Congrès national: Vorüberlegungen zum achten Nationalkongress von France-RDA, S. 5.
[213] AEFA, IX[e] Congrès national: Rundschreiben von France-RDA vom 9. 9. 1981 an die Lokalkomitees von France-RDA.

man seit 1981 auf die Veröffentlichung der Zusammensetzung des Nationalkomitees in *Rencontres* verzichtete. Die Definition dieser neuen Rolle des Nationalkomitees konnte jedoch bis zum Ende der DDR, wie die Diskussionen des elften Nationalkongresses 1987 zeigen, nicht abgeschlossen werden.

Weil die Mitgliederkartei der Gesellschaft dezentral geführt wurde und es mithin an geeignetem Quellenmaterial mangelt, ist es schwierig, Aussagen über die soziale Struktur der Gesellschaft zu treffen. Die Zusammensetzung des Nationalkomitees ist nicht repräsentativ für die Zusammensetzung der Gesellschaft insgesamt. Die hier vertretenen 1,5–4% der Mitglieder hatten zum größten Teil besondere Ämter und Funktionen inne oder standen in anderer Hinsicht im öffentlichen Interesse. Dennoch erlaubt eine genauere Untersuchung der Zusammensetzung des Nationalkomitees auch Rückschlüsse auf den sich im Laufe der Jahrzehnte wandelnden Charakter der Gesellschaft. Da die Bereitschaft, in diesem Gremium mitzuwirken oder ihm seinen Namen zu leihen, ein Interesse an der DDR oder an den Beziehungen mit ihr voraussetzte, sind überdies Rückschlüsse auf die Entwicklung und Gewichtung dieses Interesses in den untersuchten Gruppen möglich.

Die nachfolgenden Tabellen vermitteln einen Überblick über die Berufsgruppen, die im Nationalkomitee am häufigsten vertreten waren. Zugunsten einer übersichtlichen Darstellung sind manche der vertretenen Berufsgruppen stark schematisierend dargestellt.[214] Aus der ersten Tabelle wird ersichtlich, dass Hochschulprofessoren, Schriftsteller und im weitesten Sinne Künstler in den Jahren 1960 und 1963 nach Mitgliederzahlen die am stärksten vertretenen Gruppen waren. Auch in den folgenden Jahren entwickelten sich beide Gruppen annähernd parallel: Nach einem deutlichen Zuwachs bis zum Nationalkongress im März 1968 unterlagen beide in den zwanzig Jahren darauf einem kontinuierlichen, wenn auch schwachen Abwärtstrend. Ob dies in einem Zusammenhang mit den Ereignissen in der Tschechoslowakei im August 1968 stand, lässt sich nicht sagen. Es fällt in diesem Zusammenhang jedoch auf, dass das Nationalkomitee, das im gesamten Untersuchungszeitraum beständig erweitert wurde, von 1968 auf 1970 einen Mitgliederrückgang verzeichnete. In keinem anderen Jahr konnten weniger neue Mitglieder für das Nationalkomitee gewonnen werden als 1970. 1972, also unmittelbar vor der Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR, wurden die Politiker zu der nach Mitgliederzahlen am stärksten vertretenen Gruppe im Nationalkomitee. Eine Position, die diese Gruppe, trotz eines deutlichen Rückgangs in den 1980er Jahren, bis 1989 innehatte.

[214] Unter dem Begriff „Angestellte" sind die Kategorien Employé (Beamter oder Angestellter), Ouvrier (Arbeiter), Ingénieur (Ingenieur) und Médecin (Arzt oder medizinisches Fachpersonal) zusammengefasst; unter „Schriftstl./Künstl." die Kategorien Écrivain (Schriftsteller), Spectacle (Theaterleute), Art (Maler und bildende Künstler) und Musique (Musiker und Musikwissenschaftler). Die Kategorien entsprechen denen, die auch in der nominativen Mitgliederliste des Nationalkomitees verwendet wurden, siehe dazu die Zusammensetzung des Nationalkomitees im Anhang (CD-ROM).

*Übersicht über die Zusammensetzung des Nationalkomitees (in absoluten Zahlen)*

| | 1960 | 1963 | 1966 | 1968 | 1970 | 1972 | 1975 | 1978 | 1981 | 1984 | 1987 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Politik | 15 | 34 | 38 | 44 | 42 | 51 | 54 | 54 | 57 | 51 | 48 |
| Universität | 24 | 28 | 30 | 33 | 32 | 32 | 29 | 26 | 24 | 23 | 21 |
| Lehrer | 6 | 16 | 15 | 16 | 17 | 22 | 28 | 30 | 28 | 32 | 40 |
| Angestellte | 4 | 12 | 16 | 17 | 17 | 15 | 23 | 27 | 33 | 35 | 41 |
| Schriftst./Künstl. | 26 | 43 | 46 | 50 | 44 | 45 | 48 | 47 | 42 | 42 | 43 |
| Andere | 16 | 28 | 27 | 37 | 37 | 40 | 41 | 52 | 58 | 61 | 65 |
| Gesamt | 91 | 161 | 172 | 197 | 189 | 205 | 223 | 236 | 242 | 244 | 258 |

*Übersicht über die Zusammensetzung des Nationalkomitees (prozentual)*

| | 1960 | 1963 | 1966 | 1968 | 1970 | 1972 | 1975 | 1978 | 1981 | 1984 | 1987 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Politik | 16,5 | 21 | 22 | 22,5 | 22 | 25 | 24 | 23 | 23,5 | 21 | 18,5 |
| Universität | 26,5 | 17,5 | 17,5 | 17 | 17 | 15 | 13 | 11 | 10 | 9,5 | 8 |
| Lehrer | 6,5 | 10 | 8,5 | 8 | 9 | 10,5 | 12,5 | 12,5 | 11,5 | 13 | 15 |
| Angestellte | 4,5 | 7,5 | 9,5 | 8,5 | 9 | 7,5 | 10,5 | 11,5 | 13,5 | 14 | 16 |
| Schriftst./Künstl. | 28,5 | 26,5 | 26,5 | 25,5 | 23,5 | 22 | 21,5 | 20 | 17,5 | 17 | 16,5 |
| Andere | 17,5 | 17,5 | 16 | 18,5 | 19,5 | 20 | 18,5 | 22 | 24 | 25,5 | 26 |

Noch deutlicher lassen sich gewisse Entwicklungen nachvollziehen, wenn man die Zusammensetzung des Nationalkomitees prozentual betrachtet. Auch hier zeigt sich, dass Hochschulprofessoren, Künstler und Schriftsteller zu Beginn die am stärksten vertretenen Gruppen waren. Prozentual verloren beide Gruppen indes von 1963 bis 1987 kontinuierlich an Gewicht innerhalb des Nationalkomitees. Parallel dazu gewannen die Gruppen der Lehrer und Angestellten beständig an Boden. Diese gegenläufige Entwicklung verdeutlicht nicht nur den strukturellen Wandel der Gesellschaft, sie verdeutlicht auch, dass das französische Interesse für die DDR, zunächst von Intellektuellen ausgehend, sich allmählich in der Gesellschaft ausbreitete, während bei den Intellektuellen selbst das Interesse allmählich wieder abnahm. Was die Politiker betrifft, so zeigt die prozentuale Auswertung, dass ihr Gewicht im Nationalkomitee unmittelbar vor und nach der Aufnahme offizieller Beziehungen den Höhepunkt erreichte, in der Folge jedoch kontinuierlich wieder abnahm. Diese Beobachtung deckt sich mit der Entwicklung der Beziehungen auf parlamentarischer Ebene, die um 1973 eine besondere Konjunktur erlebten.

Die meisten Mitglieder des Nationalkomitees wurden regelmäßig gewählt und blieben diesem Gremium treu, nicht wenige bis zu ihrem Tode. Der Aufnahme ins Nationalkomitee zuzustimmen, war ein bewusster Akt. Die Fortsetzung einer solchen Mitgliedschaft war es nicht unbedingt. Bei der Analyse der Neuzugänge im Nationalkomitee zeigt sich etwa, dass in den 1980er Jahren fast keine Professoren, Schriftsteller oder Künstler mehr ins Nationalkomitee aufgenommen wurden beziehungsweise ihm beitraten. Andererseits wird deutlich, dass sich seit 1975 ein Großteil der Neuzugänge aus der Gruppe der Angestellten rekrutierte.

*Neuzugänge im Nationalkomitee*

| | 1960 | 1963 | 1966 | 1968 | 1970 | 1972 | 1975 | 1978 | 1981 | 1984 | 1987 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Politik | 15 | 22 | 7 | 9 | 4 | 11 | 12 | 9 | 10 | 5 | 3 |
| Universität | 24 | 6 | 4 | 3 | 2 | 3 | 1 | 3 | 0 | 0 | 1 |
| Lehrer | 6 | 12 | 8 | 2 | 4 | 8 | 8 | 6 | 5 | 9 | 12 |
| Angestellte | 4 | 10 | 8 | 5 | 2 | 3 | 9 | 10 | 10 | 4 | 11 |
| Schriftst./Künstl. | 26 | 20 | 6 | 5 | 4 | 4 | 6 | 2 | 0 | 1 | 3 |
| Andere | 16 | 15 | 5 | 17 | 5 | 4 | 11 | 15 | 8 | 8 | 13 |
| Gesamt | 91 | 85 | 38 | 41 | 21 | 33 | 47 | 45 | 33 | 27 | 43 |

Von dieser tabellarischen Übersicht nicht erfasst und dennoch bemerkenswert ist die Entwicklung der Neuzugänge bei zwei weiteren Gruppen: den Juristen und den Rentnern. Bei den Juristen fällt auf, dass es nach 1972 keine weiteren Neuzugänge gab. Das besondere Interesse an der DDR unter Juristen in den 1960er Jahren lässt sich zum Teil mit der besonderen rechtlichen Situation der DDR erklären, die aus der Nichtanerkennung resultierte (hierzu müssen im Übrigen auch Vertreter aus den Gruppen Politik und Universität gerechnet werden). Schwerer aber wog offenbar die als juristischer Schwebezustand angesehene Situation Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg, in der es weder einen Friedensvertrag noch eine vertragliche Anerkennung der Grenzen Deutschlands von 1945 gab. Erst der im Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen geschlossene Warschauer Vertrag, in dem die Oder-Neiße-Grenze von beiden Vertragspartnern als westliche Staatsgrenze Polens anerkannt wurde, konnte derartige Beunruhigungen beseitigen.

Für die Entwicklung der Gesellschaft bezeichnend ist die Aufnahme von Rentnern, häufig pensionierten Lehrern, ins Nationalkomitee seit 1978. Hieran lässt sich zweierlei zeigen: einerseits, dass der Altersdurchschnitt innerhalb der Gesellschaft seit dem Ende der 1970er Jahre offensichtlich stieg; andererseits, dass man zugunsten aktiver Mitglieder zusehends auf repräsentative Persönlichkeiten verzichtete und damit auch auf Personen, die ihren gesellschaftlichen Einfluss zugunsten von *France-RDA* geltend machen konnten. Nicht unerwähnt bleiben soll im Zusammenhang mit der Beschaffenheit des Nationalkomitees, dass die Zahl von Personen aus kirchlichen Kreisen, obschon auf niedrigem Niveau, beständig wuchs. Der größte Teil von ihnen entstammte einem religiös-sozialistischen Umfeld.

Die Untersuchung der Zusammensetzung des Nationalkomitees gestattet eine gesellschaftliche Verortung des in Frankreich vorhandenen Interesses für die DDR auch hinsichtlich der hier vertretenen Generationen. Für eine präzise prosopografische Untersuchung reicht das Material zwar nicht aus, dennoch lassen sich gewisse allgemeine Tendenzen erkennen. 1987 sprach der Generalsekretär François Rivière von zwei Generationen, die sich sukzessive in EFA und *France-RDA* für Beziehungen mit der DDR engagierten, sowie einer Gründergeneration.[215] Nun

[215] Rivière, Rapport d'activités, in: Rencontres (Sonderheft, 1988), S. 7f.

finden sich zwar unter den Gründern der EFA Vertreter zweier verschiedener Generationen. Tatsächlich lassen sich aber unter den Mitgliedern der Gesellschaft zwischen 1958 und 1989 drei Generationen mit einem sehr unterschiedlichen Verhältnis zu Deutschland und zur DDR und mit einem jeweils eigenen Interesse am „anderen Deutschland" ausmachen. So glaubte etwa Georges Castellan anlässlich des 20. Jahrestages der Gesellschaft die Gründe für sein Engagement zwanzig Jahre zuvor in einem Artikel für *Rencontres* benennen zu müssen, da er annahm, dass es aus aktueller Sicht nur noch schwer zu verstehen sei.[216]

Geboren im 19. Jahrhundert oder in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts, wurde die erste Generation vollständig während der Dritten Republik sozialisiert. Der Erste Weltkrieg bezeichnete das Ende ihrer Jugend, den Zweiten Weltkrieg erlebte sie im Widerstand gegen den Nationalsozialismus und die Deutschen. Karriere machten die Vertreter dieser Generation in der Zwischenkriegszeit. Unter ihnen waren sogar einige, die sich bereits in dieser Zeit für die deutsch-französischen Beziehungen engagierten. Vier der fünf Präsidenten der *EFA/France-RDA* (Albert Châtelet, Henri Laugier, André Hauriou und Louis Périllier) gehörten dieser Generation an. Der fünfte Präsident, Georges Castellan, entstammt der zweiten Generation, die in der Zwischenkriegszeit aufgewachsen war und deren Sozialisation sich über die Dritte, aber auch über die Vierte Republik erstreckte. Ein Großteil dieser Generation hatte den Zweiten Weltkrieg ebenfalls aus der Perspektive des Widerstandes erlebt. Karriere machte diese Generation erst nach dem Krieg. Die dritte Generation war im Wesentlichen nach dem Zweiten Weltkrieg aufgewachsen; im Nationalkomitee traf man auf sie erst am Ende der 1980er Jahre.

Während es zu einem echten Generationswechsel Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre im Präsidium und im Nationalkomitee von *France-RDA* nicht mehr kam, ist der Generationswechsel, der sich in den 1970er Jahren in der Gesellschaft vollzog, von großer Bedeutung. Anlässlich ihres siebten Nationalkongresses (1975) musste sich die Gesellschaft von einer Reihe ihrer renommiertesten Mitstreiter verabschieden. Seit dem fünften Kongress (1972) waren nicht nur die ehemaligen EFA-Präsidenten Henri Laugier und André Hauriou sowie der langjährige Herausgeber von *Rencontres* Pierre Abraham verstorben, sondern auch der Dramatiker Marcel Achard, das Akademiemitglied Paul Bastid sowie die Senatoren André Armengaud, Jacques Duclos und Fernand Verdeille. Sie alle stehen stellvertretend für den Abgang einer ganzen Generation. Dieser Generationswechsel fiel mit einem strukturellen Wandel sowohl der Gesellschaft als auch der französisch-ostdeutschen Beziehungen auf privatgesellschaftlicher Ebene zusammen. Mit ihm endete eine Phase des spezifisch französischen DDR-Interesses.

[216] Zitiert nach Castellan, Itinéraires allemands, S. 285: „Comme pour tous les Français de ma génération ce voisin avait été le problème de notre adolescence, et nos vingt ans avaient été marqués par la confrontation avec la redoutable machine de mort hitlérienne. Puis il y avait eu, pour beaucoup d'entre nous, l'épreuve de la guerre à l'intérieur du Reich […]."

## 3. Personen

Der prosopografische Ansatz ermöglicht es, allgemeine Tendenzen aufzuzeigen. So lässt sich beispielsweise annehmen, dass die Theorie der „deux Allemagne" als ein im kollektiven Bewusstsein verankertes Wahrnehmungsmuster ihre Ausprägung von Generation zu Generation verändert hat. Auf die Wahrnehmung eines zumindest teilweise vor dem Ersten Weltkrieg sozialisierten Franzosen hatte dieses Wahrnehmungsmuster zwangsläufig eine andere Wirkung als auf einen nach dem Ersten oder gar nach dem Zweiten Weltkrieg sozialisierten Franzosen. Gleichzeitig sind Bilder und Wahrnehmungen immer auch etwas Individuelles. Auch das Interesse an Deutschland entspringt zwar in gewissem Maße kollektiven Traditionen, ist letztlich jedoch individuell motiviert. Deshalb lässt sich die Frage nach den Interessen und Motivationen hinsichtlich der DDR umfassend nur durch den Rückgriff auf einen biografischen Ansatz beantworten.

Ausgewählt wurden hierfür mit Henri Laugier und Georges Castellan je ein Vertreter der ersten und der zweiten Generation: Der eine war EFA-Präsident zu Beginn der 1960er Jahre, der andere Mitglied im Präsidium seit dieser Zeit und Präsident von *France-RDA* in den 1980er Jahren. Weil der biografische Ansatz besonders dort aussagekräftig ist, wo ein Interesse für die DDR oder ein Engagement in den französisch-ostdeutschen Beziehungen nicht unbedingt zu erwarten ist, wurde als drittes Beispiel Maurice Schumann ausgewählt.

### Henri Laugier (1888–1973)

Von Hause aus Wissenschaftler, führte der Weg Henri Laugiers über das Bildungsministerium in den 1930er Jahren in die französische Bildungs- und Kulturpolitik. 1939 wurde er als erster Direktor des *Centre national de la recherche scientifique* (kurz CNRS) berufen. Bereits im folgenden Jahr wurde er seines Amtes durch das Vichy-Regime jedoch wieder enthoben und zur Emigration gezwungen. Aus dem amerikanischen Exil ging er zunächst nach Algier, wo er sich 1943 als Rektor der ersten freien *Académie* an der Neuorganisation von Bildung und Wissenschaft in Frankreich und somit an der Wiederherstellung des kulturellen Prestiges Frankreichs beteiligte.

Laugier, der Kultur nicht als Privileg von Eliten verstanden wissen wollte, setzte sich insbesondere für die Demokratisierung des Schulsystems ein.[217] Sein Interesse an einem Einheitsschulsystem ohne Elitenkultur war möglicherweise auch ein Grund für sein späteres Interesse an der DDR. Sein Wirken in den folgenden Jahren und Jahrzehnten galt jedoch vor allem dem internationalen Ansehen der französischen Wissenschaft, Kultur und Sprache. Er war davon überzeugt, dass insbesondere die französische Wissenschaft nur durch internationale Kooperation ihren alten Stellenwert erreichen könne.[218]

[217] Laugier, Construction de l'égalité, zitiert nach Morelle/Jakob, Henri Laugier, S. 212: „La République que fondera le peuple de France libéré se devra d'abattre la Bastille des privilèges de l'instruction et de la culture."
[218] Morelle/Jakob, Henri Laugier, S. 209.

Noch in Algier verschrieb er sich als Präsident einer französisch-britisch-amerikanischen Freundschaftsgesellschaft dem Kulturaustausch im Dienste Frankreichs und der Völkerverständigung.[219] Diesem Anliegen widmete er sich nach der Befreiung Frankreichs in verschiedenen Funktionen: zunächst als Leiter der neu geschaffenen *Direction des Affaires culturelles* im *Quai d'Orsay*, von 1946 bis 1951 als stellvertretender Generalsekretär der UNO und schließlich als Mitglied des Exekutivrates der UNESCO von 1952 bis 1957. Seinem Interesse an Kulturaustausch und Bildungspolitik entsprach vor allem seine Tätigkeit bei der UNESCO, die er als wichtigstes Mittel für die Herausbildung eines internationalen Bürgertums („civisme international") ansah. Kulturaustausch war für ihn ein Mittel zum Zweck politischer Veränderung. Während seiner Tätigkeit bei der UNESCO setzte er sich deshalb unter anderem für die Integration Spaniens und Portugals in die internationale Organisation ein. Sein Ziel war es, in beiden Ländern über den Weg der Kultur ein demokratisches Bewusstsein zu vermitteln. Auch nach dem Ende seines offiziellen Mandats blieb Laugier politisch aktiv. Er nahm Einfluss, ohne Macht zu haben: Er empfing Vertreter aus Politik und Gesellschaft zu Gesprächen in seiner Pariser Wohnung und bezog in unzähligen Zeitungsartikeln für *Le Monde* und *Combat* Position zu aktuellen, insbesondere kultur- und bildungspolitischen Themen.[220] Sein Engagement für die EFA ist ebenfalls als ein Teil dieses fortgesetzten politischen Wirkens zu sehen.

Es ist schwierig, Laugier politisch einzuordnen. Chantal Morelle bezeichnet ihn als einen „républicain gaulliste"[221], wobei er in erster Linie *républicain* war; sein Gaullismus galt der Republik. Er war ein *républicain* im Sinne der Dritten Republik, ein Linker mit Sympathien für de Gaulle als Verteidiger der Größe Frankreichs. Sein Handeln war nicht von Parteidisziplin, sondern von republikanisch-demokratischen und aufklärerischen Überzeugungen bestimmt. Auch seine Mitgliedschaft in der PSU war konkreten Zielen verpflichtet: Sie entsprach seinem Engagement gegen den Algerienkrieg und seinem Antistalinismus. Laugier unterstützte, was seinen Prinzipien entsprach. Sein Engagement in einer Partei oder Organisation war niemals bedingungslos, sondern immer an bestimmte Umstände gebunden.[222] Galt es, die Republik, die Demokratie oder den Frieden zu verteidigen, gab es für Laugier jedoch weder Grenzen noch Berührungsängste – auch nicht bei der Zusammenarbeit mit Kommunisten.[223] Aufgrund seiner Erfahrung als Bildungspolitiker in der Zeit des *Front populaire* war er von der Notwendigkeit überzeugt, Kom-

[219] Discours à l'Association France – Grande-Bretagne – États-Unis, Archives privées de Laugier à Simiane-la-Rotonde, zitiert nach Morelle/Jakob, Henri Laugier, S. 218: „Je me suis fait le serment de consacrer tout ce qui me reste de vie à libérer la France, et à lui créer des amitiés dans le monde."

[220] Morelle/Jakob, Henri Laugier, S. 322f.; cf. auch die 1972 unter dem Titel „Du civisme national au civisme international" erschienene Sammlung der wichtigsten Zeitungsartikel von Laugier.

[221] Morelle/Jakob, Henri Laugier, S. 197.

[222] Ibid., S. 331.

[223] Ibid., S. 218.

munisten in die Regierungsarbeit zu integrieren.[224] Während seiner Zeit als Präsident der EFA verwahrte er sich in einem Zeitungsartikel dagegen, als Opfer einer Betrügerei angesehen zu werden, wenn er mit Kommunisten verhandelte.[225]

Sein Eintreten für die Zusammenarbeit mit dem PCF zum Wohle der Französischen Republik entsprach seinem Wunsch nach Einheit der Nation. Dieses Leitmotiv[226] Laugiers erklärt auch seine Zustimmung für de Gaulle bei dessen Rückkehr 1958. Kritik übte er hingegen an de Gaulles Außen- und Verteidigungspolitik, vor allem dann, wenn dieser unter Missachtung demokratischer Prinzipien das Parlament zur Bedeutungslosigkeit degradierte. Diese Kritik bezog sich unter anderem auch auf die von de Gaulle betriebene Deutschlandpolitik. Zwar sei der Weg der Zusammenarbeit zwischen Franzosen und Deutschen ohne Zweifel wünschenswert, man müsse dabei aber Rücksicht nehmen auf die in Frankreich nur allzu lebendigen Erinnerungen an Wilhelm II., die Zwischenkriegszeit, Hitler oder den Einmarsch deutscher Truppen in Polen. Den deutschen Anspruch auf Weltherrschaft könne er als Franzose nicht so leicht vergessen. Dies brauche Zeit. Laugier verglich in einem Zeitungsartikel vom Januar 1963, ohne auf den Élysée-Vertrag direkt Bezug zu nehmen, die Situation zu Beginn der 1960er Jahre mit der Zeit von Briand und Stresemann. Letzterer habe wie Adenauer sicherlich ehrenwerte Absichten verfolgt; in Deutschland sei jedoch nach seinem Tode das Feld den Nationalsozialisten überlassen worden. Die pazifistischen Äußerungen des alten Adenauer seien nur noch ein schöner Schein und wie bereits bei Stresemann stünden hinter ihm Personen mit ganz anderen, imperialistischen Absichten. Seine Skepsis gegenüber deutschen Politikern war keineswegs nur Klischee, sondern basierte auf seinen Erfahrungen bei der UNESCO, wo er sich gegen die Anwesenheit von ehemaligen Nationalsozialisten gewehrt hatte. Konkreten Anlass zur Beunruhigung bot ihm das gemeinsame Defilee deutscher und französischer Truppen in Mourmelon während des Adenauer-Besuches in Frankreich 1962. Dieser als „politique de Mourmelon" bezeichneten Deutschlandpolitik de Gaulles stellte er seine Konzeption einer gesamtdeutsch-französischen Versöhnung auf der Basis kulturellen Austausches gegenüber. Wenn er in diesem Zusammenhang Veranstaltungen nicht nur in Paris und Bonn einforderte, sondern auch an der Humboldt-Universität, so war dies eine Anspielung auf das von der französischen Regierung 1960 ausgesprochene Verbot für französische Professoren, an den Feierlichkeiten zum 150. Jahrestag der Ostberliner Universität teilzunehmen.[227]

[224] Laugier, Pour une ouverture à gauche (Artikel aus Le Monde vom 6. 6. 1962), in: Ders.: Du civisme national au civisme international, S. 301: „J'ai toujours combattu pour que les troupes communistes soient réintégrées dans le combat de la gauche, et j'ai toujours affirmé que cette réintégration était la condition première, nécessaire, d'une évolution sociale rapide de la France vers les objectifs de la justice et de la démocratie, vers les objectifs aussi du désarmement et de la paix internationale."

[225] Ibid.: „Je n'accepte pas l'idée qu'en négociant avec les communistes on sera fatalement dupe ou victime."

[226] Morelle/Jakob, Henri Laugier, S. 200.

[227] Siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel zu den Kulturbeziehungen 1954–1960 (Zweiter Teil, B., I.).

Sein Engagement für die deutsch-französischen Beziehungen als Präsident der EFA lässt sich kaum mit einem speziellen Interesse an Deutschland erklären, sondern mehr mit seinen pazifistischen Überzeugungen und seinem Wirken für einen internationalen Kulturaustausch im Interesse Frankreichs. Das offizielle Verhältnis Frankreichs zur DDR dürfte seine Abscheu gegenüber ideologischen Grenzen in besonderer Weise herausgefordert haben. Mit der DDR kam er hingegen kaum in Berührung: Seine vermutlich erste und einzige Reise nach Ost-Berlin unternahm Laugier im Mai 1957 anlässlich eines wissenschaftlichen Symposiums.[228]

Berlin war für Laugier wie für viele Franzosen Sinnbild der Teilung der Welt und der damit verbundenen Probleme, die Lösung des „Problems von Berlin" mithin ein entscheidender Schlüssel zur Lösung allgemeinerer Probleme und zur Beendigung des Kalten Krieges. Als Verfechter demokratischer Prinzipien und internationaler Organisationen zur Lösung internationaler Konflikte kritisierte Laugier auf das Schärfste die Abhängigkeit des Weltfriedens von geheimen Vier-Augen-Gesprächen, die am Rande von Gipfeltreffen stattfanden.[229] Um das Thema öffentlich zu machen, um wenigstens der französischen Öffentlichkeit eine Möglichkeit zu bieten, sich mit dem Problem von Berlin auseinanderzusetzen, organisierten die EFA unter Laugiers Führung im November 1961 eine entsprechende Konferenz.[230] Der für die junge Gesellschaft wichtige Erfolg dieser Veranstaltung war vermutlich nicht nur dem Interesse am Thema geschuldet, sondern auch dem Innovationstalent und den Kontakten Laugiers. Sein persönliches Engagement fasste er in diesem Zusammenhang als eine Verpflichtung auf.[231]

## Georges Castellan (1920–2014)

Georges Castellan war beim Einmarsch der deutschen Truppen in Frankreich 1940 genau 20 Jahre alt. Zwar war Deutschland für den an der Côte d'Azur aufgewachsenen Castellan weit weg. Dennoch betonte er im Kontext autobiografischer Bemerkungen, dass die Erinnerung an die Beteiligung des Großvaters am Krieg von 1870/71 und an die des Vaters am Ersten Weltkrieg innerhalb der Familie sehr lebendig gewesen sei.[232] Sein erster direkter Kontakt mit Deutschland folgte nur wenige Zeit später: 1943 wurde er, mittlerweile Student der

[228] AMAE, RDA 1956–1960, 14, f. 012: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 4. 5. 1957.

[229] Allocution de M. Laugier, in: Le problème de Berlin, S. 12: „[…] nous sommes tous des citoyens qui nous refusons à déléguer nos responsabilités, à travers une confiance dans la nuit, accordée à des tête-à-tête toujours pleins de menaces, se déroulant dans le secret des sommets."

[230] Le problème de Berlin. Colloque organisé par les Échanges franco-allemands sur le thème „la question de Berlin-Ouest" dans le cadre d'un règlement négocié du problème allemand.

[231] Allocution de M. Laugier, in: Le problème de Berlin, S. 13: „Pour tous ceux d'entre nous qui ont vécu la dernière guerre, il est sûr que les émotions et les souvenirs se pressent en foule, dans nos esprits et dans nos cœurs, en une compétition de priorité, en vue d'exercer des pressions sur notre comportement."

[232] Castellan, Itinéraires allemands, S. 11 (Rede anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Humboldt-Universität zu Berlin im März 1973) und Interview, geführt am 9. 10. 2006.

Geschichte, als Zwangsarbeiter eingezogen.[233] Die folgenden beiden Jahre verbrachte er zunächst als Hilfsschlosser in einer Waffenfabrik in Dresden und später als Französischlehrer in Rostock, wo er im Mai 1945 die Befreiung durch die sowjetische Armee miterlebte. Nach der Rückkehr folgten die *Agrégation d'histoire* und erste universitäre Lehrverpflichtungen. Außerdem begann Castellan noch in den 1940er Jahren die Arbeit an seiner Dissertation. Aufgrund eines glücklichen Zufalls erhielt er Zugang zu den Archiven des zweiten Büros des Generalstabs der französischen Armee[234], einer Spionageabteilung, die in den 1930er Jahren die deutsche Wiederbewaffnung observiert hatte. Er war damit einer der ganz wenigen französischen Historiker, die sich unmittelbar nach dem Ende des Krieges mit Deutschland und seiner jüngsten Geschichte auseinandersetzten. Auf die Frage, was ihn an diesem Thema interessiert habe, antwortete er in einem Interview, er habe begreifen wollen, warum ihm das passiert sei – gemeint ist die Zeit als Zwangsarbeiter in Deutschland.[235] Auf der Suche nach weiterem Material für seine Doktorarbeit kehrte er nach Deutschland zurück. Er reiste nach Nürnberg zu den Kriegsverbrecherprozessen, aber auch nach Berlin, wo er sich für das Problem der geteilten Stadt und die Folgen des Krieges für Deutschland zu interessieren begann. Im Zusammenhang mit dieser Arbeit lernte Castellan auch den Doyen der französischen Germanistik, Edmond Vermeil, kennen, dessen Deutschlandbild für ihn prägende Bedeutung haben sollte. Seine Klassifizierung als Deutschlandspezialist führte 1956 zu seiner Berufung zum Chefredakteur von *Allemagne d'aujourd'hui*. Mit Zustimmung des französischen Botschafters in der Bundesrepublik, André François-Poncet, führte er hier unter anderem eine Rubrik ein, die der DDR gewidmet war.

Die Beschäftigung Castellans mit der DDR begann unmittelbar nach der Verteidigung seiner Dissertation 1952. Bereits 1955, keine sechs Jahre nach Gründung der DDR, erschien unter seiner Leitung bei den Éditions du Seuil ein 400 Seiten starkes Kompendium über das politische und wirtschaftliche System des zweiten deutschen Staates sowie zu ausgesuchten Aspekten des religiösen und gesellschaftlichen Lebens innerhalb dieses Systems.[236] Der außerordentlich frühe Entstehungszeitpunkt des Buches wirft Fragen zur Motivation des Autors, aber auch zum Problem der Materialbeschaffung auf.[237] Castellan gab an, im Wesentlichen die Presse als Informationsquelle genutzt zu haben. Außerdem hätten ihn be-

[233] Castellan machte bezüglich des Zeitpunkts widersprüchliche Angaben: Ende 1942/Beginn 1943.

[234] Castellan, Le réarmement clandestin du Reich 1930–1935. Mit einem Vorwort des General Weygand versehen, erschien die Arbeit wenige Monate vor der Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft durch das französische Parlament. Der Jury gehörten neben seinem Doktorvater Pierre Renouvin Ernest Labrousse, Edmond Vermeil und Maurice Baumont an. Labrousse, Vermeil und Baumont gehörten seit 1960 respektive 1963 ebenfalls dem Nationalkomitee der EFA an.

[235] Cf. Castellan, Itinéraires allemands, S. 11: „Ces deux années passées en Allemagne ont été décisives. L'apprenti historien que j'étais voulut ‚comprendre' – et ce fut le point de départ de mon œuvre d'historien de l'Allemagne."

[236] Ders., DDR. Allemagne de l'Est, mit einem Vorwort von Edmond Vermeil.

[237] Zum Vergleich: das erste Buch über die DDR in Großbritannien wurde 1969 von David Childs veröffentlicht.

freundete französische Korrespondenten in Berlin mit dem nötigen Material versorgt.[238] Auf die Frage, warum er über die DDR publiziert habe, äußerte er im Zusammenhang mit dem 1961 erschienenen *Que sais-je?* zur DDR, dass er eine bestehende Lücke habe füllen wollen. So habe er, als der befreundete Paul Angoulvent, Leiter der *Presses universitaires de France* und Gründungsvater der renommierten *Que sais-je?*-Reihe, ihn um einen Band über das „deutsche Problem" für ebendiese Reihe bat, stattdessen ein Buch über die DDR vorgeschlagen.[239] Diese für ein großes Publikum bestimmte Synthese erschien bis 1987 in sieben regelmäßig überarbeiteten Auflagen und bildete eine wichtige Grundlage für das DDR-Bild der französischen Gesellschaft.[240]

Zum Zeitpunkt des Erscheinens der ersten Ausgabe, Ende des Jahres 1961, war Castellan bereits Mitglied des Präsidiums der *Échanges franco-allemands*. Damit steht das Buch nicht allein im Kontext seiner wissenschaftlichen Interessen und Präferenzen, sondern ist auch Teil seines gesellschaftspolitischen Engagements im Dienste der französisch-ostdeutschen Beziehungen. Obwohl ihn der Generalsekretär der EFA bereits 1958 dazu aufforderte, gab er seine Zustimmung für die Teilnahme im Präsidium der Gesellschaft erst ein Jahr später.[241] Ausschlaggebend dafür soll die Mitgliedschaft von Freunden und Kollegen wie Ernest Labrousse und François Luchaire gewesen sein.[242]

Auch betonte er mehrfach, dass er sich nicht nur als Historiker, sondern vor allem als Bürger Frankreichs für die EFA und ihre Ziele interessiere. So wie viele andere Mitglieder der Gesellschaft übte Castellan Kritik an bestimmten Formen der von der französischen Regierung praktizierten deutsch-französischen Annäherung, insbesondere an der in seinen Augen Frankreich gefährdenden Zusammenarbeit im militärischen Bereich. Deutschland bezeichnete er als das große Problem seiner Generation. Für ihn war es deshalb von großer Bedeutung, dass man die lebendige Erinnerung an die drei deutsch-französischen Kriege bei der Rekonstruktion der deutsch-französischen Beziehungen nicht vernachlässigte, sondern über die gemeinsame Bewältigung dieser Erinnerungen die Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland praktizierte.[243] Die Äußerungen Wilhelm Piecks, des ersten Präsidenten der DDR, der 1933 zunächst nach Frankreich emi-

[238] Den einzigen französischen Journalisten, den er in diesem Zusammenhang namentlich erwähnte, war Roland Delcour, Berlin-Korrespondent von Le Monde.

[239] Wenn man bedenkt, dass zu diesem Zeitpunkt wesentlich mehr Informationen in französischer Sprache über die Bundesrepublik als über die DDR zugänglich waren, so ist es doch bemerkenswert, dass der Band über die Bundesrepublik von Alfred Grosser in derselben Reihe erst zwei Jahre später, nämlich 1963, erstmalig erschien.

[240] Nach seinen eigenen Angaben sind in den ersten zehn Jahren nach Erscheinen der 1. Ausgabe 30 000 Exemplare verkauft worden; cf. Castellan, Itinéraires allemands, S. 16.

[241] Ders., Itinéraires allemands, S. 285; der hier zitierte Beitrag erschien unter dem Titel „De l'historien au citoyen" zunächst in Rencontres 100 (1978).

[242] Interview, geführt am 9. 10. 2006.

[243] Castellan, Itinéraires allemands, S. 289: „Pour moi cela voulait dire d'abord réconciliation pour un rapprochement entre nos peuples. Il fallait les aider à surmonter les antagonismes passés, non pas à les nier."

griert war – Frankreich habe keinen Krieg von der DDR zu befürchten –, blieben in diesem Zusammenhang nicht ungehört.[244]

In einem Anfang der 1980er Jahre erschienenen Sammelband mit einer Auswahl seiner Artikel zur deutschen Geschichte und Gegenwart ist der zweite Teil, der Beiträge zur DDR enthält, überschrieben mit „A l'heure des choix".[245] Damit ist jedoch nicht eine Option für die DDR gemeint. Der Titel verweist vielmehr auf den Umgang Frankreichs mit dem „deutschen Problem" und mit der Frage der deutschen Grenzen.[246] Weil für Castellan gerade die Frage der Grenzen zentral und von vitalem Interesse für Frankreich war, gehörte er wie viele Mitglieder der EFA auch der *Association pour le respect des frontières sur l'Oder et la Neisse* an.[247]

Sein Eintreten für die diplomatische Anerkennung der DDR durch Frankreich hatte ganz offensichtlich einen stark national gefärbten Hintergrund. Aufgrund seiner persönlichen Erfahrungen als Zwangsarbeiter, der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der verdeckten deutschen Aufrüstung in den 1930er Jahren und vor dem Hintergrund einer erneuten Remilitarisierung sowie der ungeregelten Frage der deutschen Grenzen ist sein Eintreten für die Anerkennung der DDR in erster Linie als ein Eintreten für die Festigung des Status quo zu verstehen.[248] Er habe lange Zeit Angst gehabt vor einem großen, wiedererstarkten, erst recht vor einem vereinten Deutschland. Bestärkt wurde er in seiner Sichtweise durch persönliche Erlebnisse am Rande der Nürnberger Prozesse und bei Begegnungen mit ehemaligen Nationalsozialisten, die in der Bundesrepublik zu Amt und Würden zurückgefunden hatten.[249] Er teilte damit das Deutschlandbild des befreundeten Edmond Vermeil, der sich vehement gegen die Europäische Verteidigungsgemeinschaft unter westdeutscher Beteiligung eingesetzt hatte und der bis zu seinem Tod ebenfalls Mitglied des Nationalkomitees der EFA war.

Durch Vermeil beeinflusst, gab es bei Castellan aber gleichzeitig eine große Bewunderung für die deutsche Kultur. Als Historiker wollte er vor allem den scheinbar unüberwindlichen Widerspruch zwischen dem Nationalsozialismus und einer mehr als „tausendjährigen" Kultur begreifen. Aus seiner Bewunderung für die deutsche Kultur ergab sich auch die Konzentration auf kulturelle Probleme und das Interesse an kulturellen Beziehungen mit Deutschland.

Ein zentrales Problem bei der Einordnung Castellans ist sein Verhältnis zum Kommunismus und zur kommunistischen Partei. Georges Castellan ist niemals aktives Mitglied einer Partei gewesen. Gleichzeitig wurde ihm aufgrund seiner Ar-

[244] Cf. ibid., S. 12: „Il suffira de dire que certaines formes de ‚rapprochement' – entre guillemets – heurtèrent tout à la fois une tradition nationale à laquelle je restais attaché et une volonté déterminée d'établir une paix durable en Europe."

[245] Ibid., S. 285–391.

[246] Interview, geführt am 9. 10. 2006.

[247] Siehe im Anhang (CD-ROM) auch die Zusammensetzung des Ehrenkomitees dieser Gesellschaft.

[248] Cf. Castellan, La République démocratique allemande (Ausgabe von 1961), S. 125: „En définitive, seule une guerre peut faire disparaître la RDA […] avec beaucoup d'autres choses! Hypothèse monstrueuse."

[249] Cf. ders., Itinéraires allemands, S. 288: „[…] il était difficile en République fédérale de tendre la main. Pareille mésaventure ne m'était pas arrivée dans l'autre Allemagne."

beiten über verschiedene Ostblockstaaten und seines Engagements, unter anderem als Präsident von *France-RDA*, häufig eine weitreichende Sympathie gegenüber der kommunistischen Partei unterstellt.[250] Nach seinen eigenen Angaben ist er jedoch zu keinem Zeitpunkt Mitglied oder Sympathisant des PCF gewesen.[251] Seine Art der Auseinandersetzung mit der DDR kann als Beleg dafür genommen werden. Er verglich seine Arbeit mit der eines Ethnologen, der versucht, seinen Gegenstand empirisch zu beschreiben, ohne externe Kategorien anzuwenden.[252] Diese systeminhärente, gleichzeitig aber nicht unkritische Sicht auf die DDR, ein Standpunkt, der mit den binären Denkschemata des Kalten Krieges nur schwer zu greifen war, dürfte zumindest teilweise die Differenz zwischen Selbst- und Fremdeinschätzung in dieser Frage erklären.

Auch wenn er sich persönlich sehr kritisch gegenüber dem politischen System der DDR äußerte – sogar im Bulletin der EFA[253] – ist doch bei ihm wiederum eine gewisse Faszination für die Umsetzung des Staatssozialismus und das Leben innerhalb eines solchen Systems zu bemerken. Anfang der 1960er Jahre hielt er es für möglich, dass am Beispiel der DDR der Nachweis geführt werden könne, dass der Sozialismus dem Kapitalismus in puncto Wohlbefinden des Einzelnen überlegen sei.[254]

Castellan ist das einzige Mitglied der EFA, das dem Präsidium der Gesellschaft seit dessen Konstituierung 1960 bis zum Mauerfall angehört hat. In den 1960er Jahren wirkte er vor allem als Präsident der Kulturkommission der EFA. Sein spezielles Interesse in diesem Bereich galt der Wiederaufnahme und dem Ausbau

250 Cf. auch die Einschätzung der Pariser Polizeipräfektur; AMAE, RDA 1961–1970, 194: Fiches individuelles als Anlage zum Brief des Polizeipräfekten von Paris vom 20. 4. 1967 an das Innenministerium sowie als Anlage zum Brief des Innenministeriums vom 21. 10. 1970 an das MAE, S/DEUC.

251 Cf. Interview, geführt am 9. 10. 2006; befragt nach seinem Verhältnis zu Gilbert Badia, äußerte Castellan, dass er sich nie besonders gut mit ihm verstanden habe, und zwar aufgrund dessen kommunistischer Überzeugungen. Im Gegensatz zu Badia habe er sich mehr für Frankreich interessiert.

252 Cf. Castellan, Itinéraires allemands, S. 254f. (Quelques aspects du problème de la culture en République démocratique allemande): „Pourquoi considérerait-on comme scientifique l'étude des Canaques et jetterait-on la suspicion d'une préoccupation propagandiste sur toute étude des réalités proches de l'Est européen? Pour tenir notre propos, nous pensons que la méthode à suivre est, sans sous-entendu aucun, assez proche de celle de l'ethnologie. Il faut nous placer sur le terrain même de ceux que nous étudions: il ne viendrait à personne l'idée d'appliquer les normes de Descartes à la pensée mélanésienne. Pas davantage on ne doit se servir de critères capitalistes ou bourgeois pour comprendre les pays socialistes." Cf. auch ders., La République démocratique allemande (Ausgabe von 1961), S. 5: „Ce petit livre veut être l'étude condensée, mais scientifique, d'un système social fondé sur une philosophie. Par probité intellectuelle, il faut placer l'analyse sur le terrain même des réalisateurs: tout point de vue extérieur serait seulement polémique. On ne trouvera dans les pages qui suivent aucun jugement de valeur, mais quelques jugements d'efficacité, confrontation avec les prémisses de l'idéologie et les données de fait, chiffrées ou non."

253 Ders., Itinéraires allemands, S. 286: „Historien libéral je me refusais à limiter mon enseignement à un des deux États parce que l'autre se réclamait d'une philosophie politique que je ne partageais pas."

254 Ders., La République démocratique allemande (Ausgabe von 1961), S. 125f.

universitärer Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR. Unmittelbar nach der Anerkennung der DDR durch Frankreich wurde ihm im März 1973 für sein Engagement in diesem Bereich und in Anwesenheit des *Chargé d'affaires* der neuen französischen Botschaft die Ehrendoktorwürde der Humboldt-Universität zu Berlin verliehen. Erst wenige Jahre zuvor war es ihm gelungen, die französische DDR-Forschung zu institutionalisieren: Das von ihm begründete Osteuropa-Forschungszentrum an der Universität Paris 8 umfasste eine Abteilung, die sich unter Leitung von Gilbert Badia seit den frühen 1970er Jahren mit Kultur und Geschichte der DDR auseinandersetzte.

In den 1980er Jahren stand er den EFA schließlich als *Président-délégué* vor und sorgte unter anderem dafür, dass sich die Gesellschaft trotz der sich zunehmend auf offizieller Ebene entwickelnden Beziehungen als etablierter Partner behaupten konnte. Die Anerkennung seines Wirkens drückte sich nicht zuletzt darin aus, dass Castellan sowohl beim Honecker-Besuch 1988 als auch bei der Mitterrand-Reise 1989 der offiziellen französischen Delegation angehörte. Mit der Wiedervereinigung beendete Castellan sein Engagement innerhalb der EFA. In puncto Forschungsinteressen hatte er die DDR zu diesem Zeitpunkt längst verlassen und war in Richtung Osteuropa weitergezogen. Für den Bürger Castellan, der sich für einen Umgang mit der Nachkriegsordnung im Sinne Frankreichs eingesetzt hatte, war diese Angelegenheit mit dem Ende jener Ordnung endgültig abgeschlossen. Das Mitte der 1990er Jahre erneut erscheinende *Que sais-je?* zur DDR stammte nun nicht mehr von Castellan.[255]

## Maurice Schumann (1911–1998)

Wenn es eine Person gibt, deren Biografie die Beziehungen Frankreichs mit der DDR sowohl auf staatlicher als auch auf privatgesellschaftlicher Ebene widerspiegelt, so ist dies Maurice Schumann. Während sich seine Stimme als die „Stimme des freien Frankreichs" aus London in den Kriegsjahren in das kollektive Gedächtnis Frankreichs eingeprägt hatte, fand sein Wirken als Parlamentarier und Politiker in den Nachkriegsjahrzehnten bislang nur wenig Beachtung.[256] Dies erscheint ungerechtfertigt, insbesondere, wenn man sein Wirken als französischer Außenminister in der KSZE-Vorbereitungsphase betrachtet.

In diese Phase fiel nicht nur die offizielle Anerkennung der DDR durch Frankreich, einen Monat vor seinem Rücktritt als Außenminister (am 15. März 1973 und damit an jenem Tag, an dem die französische Botschaft in Ost-Berlin eröffnet wurde), sondern vor allem eine bereits 1969 einsetzende umfassende Normalisierung der Beziehungen Frankreichs mit der DDR auf kultureller, wirtschaftlicher und parlamentarischer Ebene. Mit dem Problem dieser Beziehungen war Schumann bereits lange vor der Übernahme der Geschäfte im *Quai d'Orsay* am 22. Juni 1969 vertraut. Als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses der französi-

[255] Cf. Lorrain, Histoire de la RDA.

[256] An dieser Stelle ist das Fehlen einer historischen Biografie Maurice Schumanns festzustellen. Die bereits vorhandene Biografie von Christine Rimbaud „Maurice Schumann. Sa voix, son visage" hat eher essayistischen Charakter.

schen Nationalversammlung seit 1946 (unterbrochen nur durch seine Tätigkeit als Staatssekretär zwischen 1950 und 1954) und als Präsident desselben Ausschusses von 1958 bis 1967 war er ein intimer Kenner sämtlicher sensibler Themen und Probleme der französischen Außenpolitik. Dazu zählten auch die Beziehungen zum zweiten deutschen Staat, die sich auf parlamentarischer Ebene in den 1960er Jahren entgegen der offiziellen Haltung der französischen Regierung entwickelten. An der Schnittstelle von offizieller Diplomatie und parlamentarischer Kontrolle ermöglichte Schumann seit 1964 einen regelmäßigen Gedankenaustausch über die DDR. Als Minister erstattete er dann vor demselben Ausschuss zu Beginn der 1970er Jahre über die französisch-ostdeutschen Beziehungen selbst ausführlich Bericht. Gleichzeitig entwickelten sich die Beziehungen mit der DDR auf parlamentarischer Ebene in beträchtlichem Maße. Welchen Einfluss Schumann auf die Normalisierung der französisch-ostdeutschen Beziehungen zu Beginn der 1970er Jahre hatte, attestierten ihm nicht zuletzt seine ehemaligen Ausschusskollegen.[257]

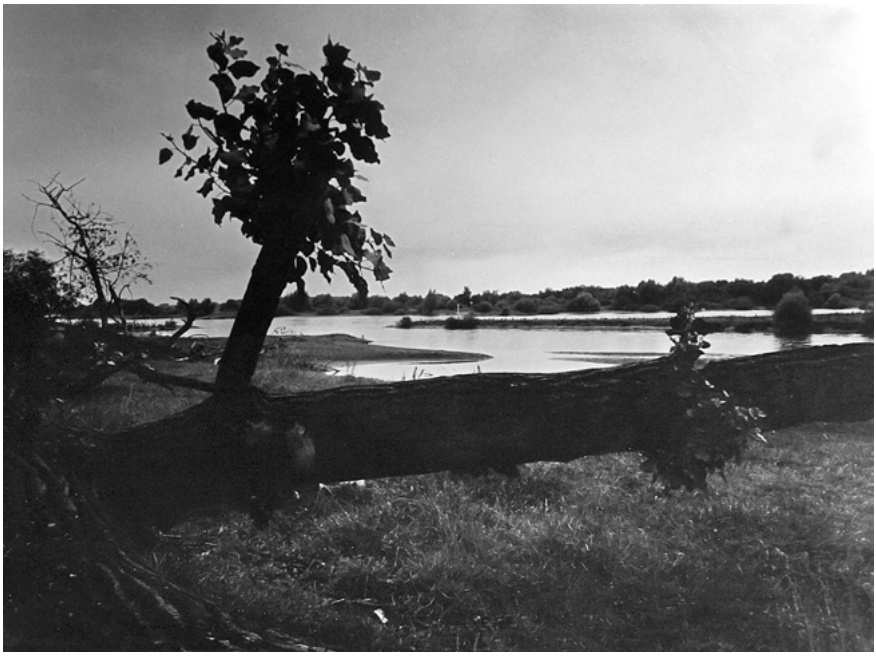
Im Wirken Maurice Schumanns treffen sich aber nicht nur die offizielle politische und die parlamentarische Ebene dieser Beziehungen, sondern auch die privatgesellschaftliche. Aufgrund persönlicher Beziehungen stand er in seiner Zeit als Parlamentarier und Außenminister immer wieder in engem Kontakt mit den EFA. In den 1980er Jahren wurde er schließlich sogar Mitglied im Präsidium von *France-RDA*. Dabei besteht kein Widerspruch zwischen der Verteidigung der französischen Deutschlandpolitik durch den Präsidenten des Auswärtigen Ausschusses und den Außenminister einerseits und seinem Engagement für die Beziehungen mit der DDR andererseits. Gemeinsamer Nenner seines Engagements auf den verschiedenen Ebenen war sein Interesse an einer Lösung des „deutschen Problems" durch die Organisation friedlicher Koexistenz zwischen Ost- und Westeuropa. Sein Interesse an den französisch-ostdeutschen Beziehungen lässt sich aber auch als ein Plädoyer gegen die aus seiner Sicht allzu exklusive französisch-westdeutsche Allianz in Europa interpretieren. Schumann war auf Ausgleich bedacht, wenn es um die Zusammenarbeit Frankreichs mit der Bundesrepublik innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ging. Dies ließ ihn seit den 1950er Jahren immer wieder die Einbeziehung Großbritanniens fordern. Man könnte vermuten, dass der diesem Engagement zugrunde liegende Gleichgewichtsgedanke auch eine Rolle bei seiner Sicht auf die Beziehungen Frankreichs mit der DDR gespielt hat. Dabei ging es ihm nicht um die Festschreibung der deutschen Teilung.[258] Er hielt es im Gegenteil für gefährlich, den Deutschen auf Dauer ihr Selbstbestimmungs-

[257] ANF, 20060135/10: Protokoll der Sitzung vom 2. 7. 1971, S. 21: „Je [Pierre Sudreau (PDM, Loir-et-Cher)] tenais à vous rendre hommage, monsieur le ministre, à votre compréhension et à votre efficacité, car c'est bien grâce à vous que des changements se sont produits depuis l'année dernière, notamment dans le domaine économique."

[258] AEFA, Journées d'études 1966: Brief von Schumann vom 4. 4. 1966 an Hauriou: „Vous savez la part personnelle que j'essaie de prendre au ‚dégel'. Je l'ai prouvé à l'occasion de mon voyage en Europe orientale et, peut-être dans des conditions plus difficiles encore, au cours de ma récente visite aux États-Unis. Mais vous connaissez toutes les raisons pour lesquelles je demeure hostile à la consécration par la France de la division de l'Allemagne et, par conséquent, à la reconnaissance de la DDR."

recht zu verweigern. Bedingung für die Vereinigung sei jedoch ein Abkommen über die Grenzen und über den Militarisierungsgrad.[259] Ganz im Sinne der gaullistischen Konzeption betrachtete er die deutsche Einheit nicht als eine deutsch-deutsche Angelegenheit; anders als Charles de Gaulle aber sah er in den Kontakten und Beziehungen mit der DDR auch einen Weg, um die Möglichkeiten der Einflussnahme für Frankreich zu vergrößern.

[259] Ibid.: Brief von Schumann vom 27. 5. 1966 an Hauriou: „Je crois fallacieux et dangereux de refuser au peuple allemand le droit à l'autodétermination. Mais je pense que la contrepartie nécessaire de l'unification dans la liberté doit être un accord sur les frontières et un accord sur les armements. Convaincu que toute équivoque est ainsi dissipée, […]."



Zusammenfluss von Oder und Neiße, Fotograf: Willy Ronis, Nr. 134/3127, Rechte geschützt (siehe auch S. 237 f.)

# III. Die DDR als Projektionsfläche politischer Utopien

Fragt man, worin das französische Interesse an der DDR begründet war, so darf ein Punkt nicht außer Acht gelassen werden, der zwar sehr vielen in die privatgesellschaftlichen Beziehungen mit der DDR involvierten Franzosen deutlich bewusst war, gleichwohl aber kaum fassbar ist: das Interesse an der DDR im Zusammenhang mit politischen Utopien. Die tradierte Aufgeschlossenheit der französischen Gesellschaft gegenüber Utopien, die Suche nach linken politischen Utopien kann als ein Teil der „passion française" bezeichnet werden.[1]

Die DDR bot sich als Projektionsfläche linker Utopien an, da man in Frankreich nur sehr wenig über sie wusste.[2] Dieser Mangel an genauen Kenntnissen wurde noch verstärkt durch die Wahrnehmung der DDR als das „andere Deutschland" in Abgrenzung zur Bundesrepublik. Über den Bündnispartner Frankreichs in der Europäischen Gemeinschaft und in der NATO mangelte es zwar nicht an Informationen. Gleichzeitig aber brachten nicht wenige Kreise der französischen Gesellschaft dem wirtschaftlich überlegenen Nachbarn zahlreiche Ressentiments entgegen. Dass die DDR nicht als Staat anerkannt wurde, ihr die nötige historische Legitimität abgesprochen wurde, bekräftigte die in Frankreich bei interessierten Kreisen verbreitete Wahrnehmung der DDR als ein aus der historischen Kontinuität Deutschlands herausfallendes Staatsgebilde ohne kompromittierende Wurzeln, die bis in die Zeit des Kaiserreiches und des Nationalsozialismus zurückreichen. Diese Wahrnehmung entsprach zwar auch der offiziellen Selbstdarstellung der DDR. Dennoch kann das Verständnis, welches die DDR von sich selbst hatte und verbreitete, nicht als eine der wesentlichen Ursachen für die französische Sicht genommen werden: Die DDR verfügte zum Zeitpunkt der Herausbildung dieser Wahrnehmung in den 1950er Jahren kaum über Mittel und Wege, um ihr eigenes Bild von sich in Frankreich durchzusetzen.[3] Vielmehr muss angenommen werden, dass es die hier bereits im Ansatz vorhandene Wahrnehmung der DDR bestätigte und verstärkte. Demgegenüber wurde die Perzeption der Bundesrepublik zur selben Zeit langfristig geprägt durch die öffentlich, mit großer Vehemenz geführte Diskussion über die westdeutsche Beteiligung am europäischen Integrationsprozess und insbesondere an einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft.[4]

Bereits die alte französische Konzeption eines „anderen Deutschlands", gekennzeichnet durch Philosophie, Kunst und Literatur, trägt stark utopische Züge. Diese Vorstellung wurde in linksintellektuellen Kreisen noch verstärkt durch die Annahme, dass es sich bei diesem anderen Deutschland um einen sozialistischen Staat mitteleuropäischen Zuschnitts handelte. Auch hier spielte das Fehlen von Infor-

[1] Cf. Lazar, Le communisme, une passion française; sowie Touraine, Le communisme utopique.

[2] Die DDR als Projektionsfläche politischer Utopien in Nord- und Westeuropa ist kaum erforscht. Zum Beispiel Schweden, cf. Brylla, Sozialistische Utopie oder bedrohlicher Oststaat?.

[3] Cf. dazu auch Hoff, Großbritannien und die DDR, S. 189–198 und 307–322.

[4] Girard/Stoetzel, L'opinion publique devant la CED, S. 128–131.

mationen eine entscheidende Rolle. Während im Laufe der 1950er Jahre auch in Frankreich das Bild des sowjetischen Sozialismus unter Stalin immer deutlicher die terroristischen Züge einer Diktatur offenbarte, blieben die Rahmenbedingungen der Schaffung eines sozialistischen Staates in Ostdeutschland weitgehend unbekannt. Indem das sowjetische Modell an Anziehungskraft verlor, fiel der Blick linker Kreise verstärkt auf andere Spielarten des Sozialismus wie etwa jene in Lateinamerika.[5] Dort wie in der durch fehlende Informationen kaum näheren DDR schien der Sozialismus ein weniger dogmatisches und das heißt auch menschlicheres Antlitz zu haben. Von Bedeutung war in diesem Fall jedoch nicht allein die Distanz, wie sie durch mangelnde Informationen entsteht, sondern die gleichzeitige kulturelle Nähe eines mitteleuropäischen Staates, die die Übertragbarkeit des dort vorhandenen sozialistischen Modells auf die französische Gesellschaft möglich erscheinen ließ. In seinem Ende 1961 erstmals erschienenen Bändchen der *Que sais-je?*-Reihe über die DDR brachte Georges Castellan ebendiese Suche nach einem übertragbaren sozialistischen Modell zum Ausdruck. Er mutmaßte, die DDR könne exemplarischen Wert haben, wenn sie belegen könnte, dass der Sozialismus in der Lage sei, den Kapitalismus hinsichtlich des Wohlbefindens („sur le plan du bien-être") zu besiegen. Dass Castellan selbst am Ausgang dieses Wettstreits im Grunde keine Zweifel hegte, wird daran deutlich, dass er ergänzend hinzufügte, die DDR könne ihr Anziehungspotenzial erst dann vollständig entfalten, wenn sie das Problem ihrer noch in einer westlichen Kultur sozialisierten Intellektuellen gelöst habe.[6] Welch idealisierte Sicht auf die DDR hier vorherrschte, brachte einer dieser ostdeutschen Intellektuellen, der Romanist Victor Klemperer, selbst am Besten zum Ausdruck. Während eines Frankreich-Aufenthaltes 1956, bei dem er mit zahlreichen Personen in Kontakt kam, die dieser Utopie anhingen, schrieb er in sein Tagebuch: „Es tat mir wirklich wohl, so viel Gutes von der DDR zu hören. Aus der Ferne sieht doch alles besser aus! Auch spürt man aus der Ferne nicht die Engen drüben, sondern nur das eigene Manko."[7]

Was gedanklich nachvollziehbar ist, lässt sich nicht unbedingt anhand der zur Verfügung stehenden Quellen dokumentieren. Utopien werden nicht bewusst reflektiert, und dennoch beeinflussen sie nachdrücklich das Handeln von Einzelnen oder ganzen Gruppen. Besonders deutlich treten Utopien zutage, wenn sie zerbrechen. Dies war auch im Falle der DDR nur eine Frage der Zeit, das heißt des allmählich zunehmenden Kenntnisstandes. In diesem Zusammenhang ist ein Ereignis von ganz entscheidender Bedeutung für die französisch-ostdeutschen Beziehungen: In der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 begannen Truppen des Warschauer Paktes mit der Besetzung der ČSSR, um dem „Prager Frühling" ein Ende zu bereiten.[8] Zwar waren an diesem Einmarsch kaum Einheiten der Volksarmee beteiligt, entscheidend aber war das dabei entstehende Bild deutscher

[5] Cf. Neuner, Paris, Havanna und die intellektuelle Linke.

[6] Castellan, La République démocratique allemande (Ausgabe von 1961), S. 126: „Or tant que l'Allemagne de l'Est n'aura pas pleinement réalisé la synthèse de sa culture traditionnelle et du socialisme, elle ne pourra être un pôle d'attraction pour l'Ouest."

[7] Klemperer, So sitze ich denn zwischen allen Stühlen, Bd. II, S. 553.

[8] Cf. dazu Wenzke, Die NVA und der Prager Frühling 1968; sowie Priess/Kural/Wilke, Die SED und der „Prager Frühling" 1968.

Truppen, die gewaltsam in fremdes Territorium eindringen – keine dreißig Jahre nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges mit dem Einmarsch deutscher Truppen in Polen. Diese Ereignisse rüttelten an den Grundfesten der Beziehungen auf französischer Seite, also dem wohlwollenden Interesse am zweiten deutschen Staat und dem darauf aufbauenden Engagement. Sie führten zu einer Ent-Täuschung nicht weniger französischer Intellektueller, die in der DDR bis dahin ein pazifistisches Deutschland gesehen hatten – ohne jene militärischen Ambitionen, die man der Bundesrepublik zur selben Zeit unterstellte. Konnte die Niederschlagung der Unruhen im Juni 1953 in der DDR gerade noch als legitime Durchsetzung von Recht und Ordnung in einem Staatswesen interpretiert werden[9], sofern diese Geschehnisse in Frankreich überhaupt wahrgenommen wurden, so lösten die Ereignisse im August 1968 Entsetzen und Entrüstung aus. Dabei ging es nicht nur um das Problem der militärischen Intervention, sondern auch um den Konflikt zwischen dogmatischem Sozialismus und Reformversuchen – ein Konflikt, in welchem die DDR-Führung nur allzu deutlich Stellung bezog.

Zahlreiche Briefe aus dem Jahr 1968 zeugen von der immensen Enttäuschung über die zerplatzte Utopie. Aber nichts bringt dies wohl besser auf den Punkt als der verzweifelte Ausruf André Haurious zwei Tage nach Beginn der militärischen Intervention: „Quel gâchis pour tant d'espoirs!!" Für den damals amtierenden Präsidenten der EFA wurde auf einen Schlag alles infrage gestellt. Und dabei ging es ihm nicht nur um sein Amt, sondern vielmehr um sein langjähriges Engagement in den Diensten einer Sache, die in seinen Augen nun gründlich diskreditiert war.[10] Hauriou weigerte sich in diesem Zusammenhang auch, von einem eventuellen Nutzen der Anerkennung zu sprechen, da er überzeugt war, dass eine international anerkannte DDR nicht anders gehandelt hätte.[11] Seine Reise nach Berlin im September 1968 zur Unterzeichnung des Kooperationsprotokolls zwischen französischer EFA und ostdeutscher Deufra sagte er ab. Auch beabsichtigte er, umgehend sein Amt als EFA-Präsident niederzulegen – er könne nicht gleichzeitig dieses Amt ausüben und vor seinen Studenten über die fundamentale Bedeutung der Meinungsfreiheit referieren.[12] Warum er diese Absicht revidierte und stattdessen die nächste reguläre Wahl des Präsidiums anlässlich des Nationalkongresses von 1970 abwartete, bleibt unklar. Denkbar wäre, dass er der von ihm mit aufgebauten Gesellschaft nicht noch weiteren Schaden zufügen wollte, möglich auch, dass er Kritikern gegenüber nicht seine idealisierte Sicht auf die DDR eingestehen wollte.

[9] Zur Perzeption des 17. Juni 1953 in Frankreich cf. Pfeil, „Comme un coup de tonnere dans un ciel d'été".

[10] AEFA, Présidence nationale, correspondance: Brief von Hauriou vom 23. 8. 1968 an Lenoir: „Mais vous sentez bien que tout est remis en cause, en ce qui me concerne, par l'occupation de la Tchécoslovaquie, à laquelle Ulbricht a très directement poussé. Je ne me vois absolument pas passant le fait sous silence au prochain Conseil national, ou, le condamnant avec force, demeurer président-délégué des EFA. […] Et surtout, quel gâchis pour tant d'espoirs!!"

[11] Ibid.: Brief von Hauriou vom 9. 9. 1968 an Lenoir: „Ne parlons pas d'utilité de la reconnaissance de la RDA par la France pour la disparition des blocs militaires. Reconnue, la RDA, qui est une des principales instigatrices de l'organisation, aurait aussi bien envahi la Tchécoslovaquie que la Pologne, l'URSS, etc."

[12] Ibid.

Auch der sozialistische Theologe Georges Casalis blieb der Gesellschaft trotz seiner Enttäuschung und trotz schärfster Kritik an der Sache verbunden. In einem Brief an den Vorsitzenden der ostdeutschen CDU und Präsidenten des Volkskammerausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, Gerald Götting, sprach er in Anlehnung an Talleyrand von einem „historischen Fehler", mit dem man den Sozialismus verraten und der Lächerlichkeit preisgegeben habe.[13] Das Engagement Casalis' für die französisch-ostdeutschen Beziehungen lässt sich nicht nur mit seinen religiös-sozialistischen Überzeugungen, sondern auch mit seinem Eintreten für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze erklären. Seine Furcht vor einem westdeutschen Militarismus gründe, so Casalis, in öffentlich geäußerten Gebietsansprüchen, tatsächlich aber sei die DDR mit ihrer „Friedensarmee" sehr viel weiter gegangen. Hier wie dort könne er nichts anderes als Machtpolitik erkennen, und er forderte Götting dazu auf, ihm den Unterschied zu erklären. Mit einiger Bitterkeit teilte er ihm mit, dass für ihn alles zunichtegemacht worden sei, wofür er sich seit dem Ende der Stalin-Ära eingesetzt habe. Dennoch versicherte er Hauriou, dass sein Engagement für die Anerkennung der DDR und die Respektierung der Oder-Neiße-Grenze intakt bleibe; infrage gestellt sei einzig seine Sympathie für die DDR.[14] Die Fortsetzung seiner Mitgliedschaft in den EFA knüpfte er an deren entschlossenes Eintreten gegen eine solche Politik.[15]

[13] AEFA, Présidence nationale, correspondance: Brief von Casalis vom 1. 9. 1968 an Götting: „Mehr als um ein Verbrechen, handelt es sich um einen geschichtlichen Fehler […], den aber sozialistische Staaten nie hätten begehen dürfen und dessen Folgen gar nicht zu überschauen sind: dieser tragische Irrtum ist einem Mord am Sozialismus gleich, von dem wir alle, Sozialisten in Ost und West, in nächster Zukunft uns nicht erholen werden. […] unsere besten Freunde weinen mit mir über der Leiche eines großen Ideals für die Gegenwart und Zukunft der Menschheit. […] So lachen alle Imperialisten und fühlen sich gerechtfertigt, so ist wieder der kalte Krieg auf dem Plan und alles was wir miteinander seit Stalins Tod versucht und erreicht haben, ist zunichte gemacht … […] Ich schreibe dies als Christ und Sozialist in größter Traurigkeit, Enttäuschung und Ausweglosigkeit, weil ich sehen muss, dass die institutionalisierten kommunistischen Parteien […] nun auch am furchtbaren Beispiel des jämmerlichen Schicksals des tschechoslowakischen Volkes bewiesen haben, nur an Ordnung und Selbstverteidigung zu denken und keinen Sinn mehr für die Revolution, d. h. für die wirkliche Zukunft der Menschheit zu haben [Hervorhebungen und Fehler im Original – Ch. W.]."

[14] Ibid.: Brief von Casalis vom 1. 9. 1968 an Hauriou: „[…] je n'ai nullement l'intention de renoncer à lutter pour la reconnaissance de la République démocratique allemande et pour le respect de la frontière Oder-Neisse que je considère comme une des lignes de paix dans le monde. Mes convictions et mon action sur ce point restent donc inentamées. Mais ce qui est mis en cause, c'est l'amitié à l'égard d'un État qui non seulement a participé à l'inqualifiable erreur historique du 21 août 1968, mais qui, si nous sommes bien informés, a largement contribué à pousser les soviétiques dans le sens d'une action qu'ils hésitaient à entreprendre."

[15] Ibid.: Kopie eines Briefes von Casalis vom 1. 9. 1968 an Hauriou: „Je vous demande donc de bien vouloir me préciser ce que seront désormais les échanges ‚franco-allemands' [sic]: s'il s'agit d'échanges de fleurs et de congratulations réciproques, je n'ai plus rien à faire dans cette association. Si, par contre, il s'agit d'un dialogue exigeant dans lequel nous exprimons avec la dernière clarté et énergie aux représentants de l'Allemagne de l'Est notre désaccord à l'égard de la politique de leur gouvernement et notre espoir qu'en la désavouant ils en renverseront le cours, alors il peut y avoir un sens à continuer ce travail et je suis pleinement décidé à vous apporter comme par le passé ma collaboration et mon appui."

Der Senator Georges Rougeron brachte seine Enttäuschung in einem sehr ausführlichen Brief an den Vizepräsidenten der ostdeutschen Partnergesellschaft, Gerhard Léo, zum Ausdruck. Um seinem verzweifelten Versuch, den Briefpartner wachzurütteln, das nötige Gewicht zu verleihen, schrieb er zunächst von seinen sozialistischen Wurzeln, seiner Herkunft als einfacher Arbeiter, sprach er von seiner Tätigkeit für Marx Dormoy, einem sozialistischen Minister, der von Kollaborateuren umgebracht worden war, und von seinem Engagement im Widerstand. Er beklagte nicht nur die Diskreditierung seines persönlichen Engagements zugunsten der DDR, vielmehr ging es ihm um den Schaden, den die DDR der Arbeiterbewegung insgesamt zugefügt habe.[16]

Louis Périllier, der Hauriou 1970 als EFA-Präsident ablöste, sah sich in der gegebenen Situation außerstande, einen der DDR gewogenen Artikel für *Rencontres* zu schreiben, selbst wenn es um eine in seinen Augen so berechtigte Forderung wie die Anerkennung der DDR als Staat ging.[17] Aus einem Artikel über die neue Verfassung der DDR wurde schließlich ein Editorial, mit dem Versuch, den Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die ČSSR zu verurteilen, ohne dabei die Ziele der EFA infrage zu stellen.[18] Es gehe, wie Roland Lenoir an Georges Casalis schrieb, um Schadensbegrenzung.[19] Man solle sich auf die ursprüngliche Zielsetzung der Gesellschaft, also den Ausbau der Beziehungen mit beiden deutschen Staaten, besinnen. Aus dieser Perspektive wäre nicht nur die Kritik an der DDR-Regierung leichter, vor allem bliebe auf diese Weise das Engagement für die Normalisierung der Beziehungen mit der DDR unangetastet. Man müsse sich, so Lenoir, unter den gegebenen Umständen darauf verlegen, die Anerkennung der DDR verstärkt aus nationalen Interessen Frankreichs heraus zu verteidigen – un-

[16] Ibid.: Brief von Rougeron vom 31. 10. 1968 an die Deufra, Léo: „Il semble que vous ne vous rendez pas compte de la portée idéologique et pratique de l'intervention armée des puissances du pacte de Varsovie contre la République socialiste tchécoslovaque: Elle constitue le coup le plus éprouvant porté au mouvement ouvrier ainsi qu'à la perspective socialiste dans le monde. Elle ne réjouit que les forces de l'anti-socialisme et demeure, par contre, sujet de trouble, d'indignation ou de tristesse parmi ceux qui professent l'idée du socialisme."

[17] Ibid.: Brief von Périllier vom 22. 8. 1968 an Lenoir: „L'annonce des évènements de Prague, la participation de la RDA à l'invasion et à l'occupation militaire me troublent profondément. Il me serait difficile en ce moment de rédiger et de signer un article favorable à la RDA même pour soutenir une revendication aussi juste que celle de sa reconnaissance comme État. […] Je voudrais apporter ma contribution à l'action des Échanges franco-allemands, mais je désire d'abord y voir plus clair."

[18] Périllier, La reconnaissance de la RDA nous paraît plus que jamais nécessaire, in: Rencontres 52 (Sept.–Okt. 1968).

[19] AEFA, Présidence nationale, correspondance: Brief von Lenoir vom 9. 9. 1968 an Casalis: „Nous avons toujours souligné que notre objectif [Beziehungen mit ganz Deutschland – Ch. W.] était indépendant des régimes politiques de l'une ou l'autre Allemagne et que l'on pouvait militer en sa faveur quelle que soit la sympathie ou l'antipathie que l'on éprouvait pour l'un ou l'autre régime, la politique de l'un ou l'autre gouvernement. Par conséquent, il nous est relativement facile, bien que désagréable, de manifester notre réprobation à propos des évènements de Tchécoslovaquie, tout en indiquant que la question de la normalisation des rapports entre la France et la RDA est différente et se place sur un autre plan."

abhängig von Sympathie oder Antipathie für die DDR, für ihr politisches oder wirtschaftliches System.[20]

Auch die Beziehungen mit der Partnerorganisation Deufra sollten nunmehr von einer Sympathiebasis auf eine Vernunftbasis gestellt werden.[21] Zur Unterzeichnung des Kooperationsprotokolls mit der Deufra im September 1968 in Berlin entsandte man deshalb nur eine Fach-Delegation unter der Leitung von Georges Castellan als Vorsitzender der für diese Fragen zuständigen Kulturkommission und nicht wie ursprünglich geplant unter der Führung des EFA-Präsidenten. Außerdem forderte man die DDR auf, keinerlei Aufhebens um diese Delegation zu machen. Weder sollte es bei dieser Gelegenheit offizielle Empfänge geben, noch mochte man in irgendeiner Form von der ostdeutschen Presse bedacht werden.[22]

Neben dem Editorial in *Rencontres* bezogen die EFA zudem öffentlich Stellung in einer vom Präsidium einhellig verabschiedeten Presseerklärung, in der es die vollständige Wiederherstellung der tschechoslowakischen Souveränität forderte und die negativen Auswirkungen dieser Ereignisse auf das französische Interesse an der DDR bedauerte.[23] Zum ersten Mal sahen sich die EFA auch genötigt, in einem Schreiben an alle Abonnenten der von der DDR verlegten und von den EFA vertriebenen *RDA-Revue* darauf hinzuweisen, dass deren Texte nicht die eigene Position vertreten.[24]

Doch diese Stellungnahmen hatten nicht bei allen Mitgliedern den gewünschten Erfolg.[25] Der Schauspieler Raymond Bussières befürwortete sie zwar ausdrücklich, sah sich aber dennoch außerstande, jemanden zu verteidigen, von dem

[20] Ibid.: Brief von Lenoir vom 23. 8. 1968 an Périllier: „Toutefois notre association a toujours indiqué, et je crois qu'elle doit le faire plus que jamais, que la reconnaissance de la République démocratique allemande répondait aux intérêts profonds de notre pays et de la paix et que la lutte pour la normalisation des rapports entre nos deux pays, de ce fait, était nécessaire, indépendamment de la sympathie ou de l'antipathie que l'on pouvait ressentir pour le régime politique, social, économique, pour la politique menée par le gouvernement de cet État. C'est sur cette base que nous nous sommes toujours efforcés de réaliser l'unité la plus large en faveur de notre objet principal."

[21] Ibid.: Brief von Lenoir vom 9. 9. 1968 an Casalis: „Notre association partenaire, Allemagne-France en RDA, est informée de notre position puisque j'ai eu l'occasion d'être à Berlin […] et, au cours de ce séjour, j'ai notamment indiqué toutes les raisons de notre réprobation, et que nos rapports devaient être basés désormais plus sur la raison que sur le sentiment."

[22] AEFA, Présidence nationale, procès-verbaux: Protokoll der Sitzung des EFA-Präsidiums am 23. 9. 1968.

[23] Ibid.: Pressekommuniqué des EFA-Präsidiums: „Se plaçant sur le terrain qui est celui de notre association, laquelle consacre ses efforts à la normalisation des rapports entre la France et la République démocratique allemande, la présidence réprouve et déplore une action qui risque d'avoir des répercussions sur le courant d'intérêt et le crédit croissant dont la République démocratique allemande bénéficie dans l'opinion de notre pays."

[24] AEFA, Secrétariat national: Rundschreiben der EFA, Lenoir, vom 21. 10. 1969 an alle Abonnenten der RDA-Revue.

[25] Die westdeutsche Botschaft verfolgte mit großem Interesse die „innere Krise" der EFA und verzeichnete unter anderem den Rücktritt des Präsidenten des Comité départemental Meurthe-et-Moselle, eines Vizepräsidenten des Comité départemental Nord, des Vorsitzenden des Comité local Bruay-sur-Escaut sowie die Auflösung der Städtepartnerschaft zwischen Zwickau und Saint-Etienne, cf. PA/AA, B 24, 629: Schreiben der westdt. Botschaft vom 3. 6. 1969 an das AA.

er überzeugt war, dass er sich im Unrecht befinde.[26] Für den religiös-sozialistischen Pastor Maurice Vogé, der wie Bussières dem Nationalkomitee bis 1968 angehörte, war das Beharren der DDR-Führung auf dem „begangenen Irrtum" ausschlaggebend für die Entscheidung zum Austritt.[27] Dies ist auch der Tenor eines Rücktrittsgesuchs des sozialistischen Abgeordneten Louis Deschizeaux. Er hielt die Reaktion der EFA mit einem gewissen inneren Abstand und zu einem späteren Zeitpunkt für unzureichend, da es sich um mehr als nur einen kleinen Zwischenfall gehandelt habe. Noch im September 1968 hatte er sich von den Argumenten Lenoirs überzeugen lassen und das Präsidium der Gesellschaft entgegen seiner eigentlichen Absichten nicht verlassen. Fünf Monate nach den Ereignissen habe er nun die Gewissheit gewonnen, dass ihm die fortgesetzte Nostalgie der DDR-Führung für die Stalin-Ära keine andere Wahl lasse.[28]

Wie viele Personen der EFA infolge dieser Ereignisse tatsächlich den Rücken zukehrten, lässt sich nicht ermitteln. Aus dem Nationalkomitee traten lediglich 23 Personen aus, wobei der hohe Anteil an Künstlern und Intellektuellen auffällt. Daneben finden sich auch prominente Vertreter des französischen Widerstandes wie etwa Denise Decourdemanche.

Der Kampf für die Anerkennung ging zwar weiter, aber er hatte seinen Charakter verändert. Der entstandene Riss im DDR-Bild der hier engagierten Franzosen war dauerhaft und wurde noch verstärkt durch den Aufruf zu einem anderen Verhältnis zur DDR, nunmehr ohne Sympathie. Mit der Sympathie für den Gegenstand schwindet aber auch das Interesse an ihm und schließlich das Engagement für ihn. Zwar verließen nicht übermäßig viele Personen das Nationalkomitee, doch von diesen Ereignissen ausgehend veränderte sich der Charakter der Gesellschaft dauerhaft. Die daraufhin initiierte Fokussierung ihrer Aktivitäten auf die Realisierung der Anerkennung der DDR aus nationalen Gründen fiel wenige Jahre später auf die Gesellschaft zurück, nämlich in jenem Moment, in dem dieses Ziel erreicht war. Der natürliche Generationswechsel der 1970er Jahre im Nationalko-

[26] AEFA, Présidence nationale, correspondance: Kopie eines Briefes von Bussières vom 25. 9. 1968 an die EFA, Lenoir: „Bravo pour la position que vous avez prise dans l'histoire de la Tchécoslovaquie. Mais … si nous condamnons nos copains pour cette intervention, c'est que nous pensons qu'ils ont tort. Et je ne pourrai plus les estimer et les défendre tant qu'ils n'auront pas reconnu leurs torts et changé de politique. Donc, jusqu'à preuve du contraire je démissionne de notre organisation – en signe de protestation – dans l'espoir que bientôt je pourrai de nouveau solliciter ma réadmission. L'affaire est trop grave, l'enjeu trop important pour que je puisse agir autrement. Le socialisme est l'exaltation de l'homme. Cette intervention est le mépris (et des Tchèques et de nous tous)."

[27] Ibid.: Kopie eines Briefes von Vogé vom 27. 9. 1968 an die EFA, Lenoir: „J'ai attendu jusqu'à maintenant pour vous adresser ma démission, espérant que le gouvernement de l'Allemagne de l'Est comprendrait l'indécence de faire entrer ses troupes en Tchécoslovaquie. Malheureusement nous assistons à la persévérance dans l'erreur. Comptez sur moi pour donner à nouveau mon adhésion aux EFA dès que la ‚normalisation' telle que nous la comprenons se sera faite."

[28] Ibid.: Brief von Deschizeaux vom 27. 1. 1969 an Lenoir: „Il est bon que les dirigeants de la RDA sachent que leur attitude décourage les meilleurs amis de leur pays et que certains d'entre eux, sans renoncer aux idées du rapprochement et de la coopération des peuples européens, réprouvent une politique de force et de division. L'affaire de Tchécoslovaquie n'est pas un simple ‚incident de parcours'."

mitee mündete daher auch in einen strukturellen Wandel. In der Zusammensetzung dieses Gremiums spiegelt sich der Verlust der DDR als einer Projektionsfläche für politische Utopien im allmählichen Rückgang des Anteils von Intellektuellen oder linksgerichteten Hochschulprofessoren.

Eine ähnliche, wenngleich geringere Wirkung auf französische Linksintellektuelle hatte auch die Ausbürgerung von Wolf Biermann aus der DDR im November 1976.[29] Das Musikwissenschaftlerehepaar Brigitte und Jean Massin, das das EFA-Nationalkomitee bereits 1968 verlassen und damit sein Engagement für die DDR beendet hatte, ging nun noch einen Schritt weiter und brach jeglichen Kontakt zur DDR ab. In einem Brief an einen befreundeten ostdeutschen Kollegen machte Brigitte Massin deutlich, dass es ihr unmöglich sei, in einem Land, das die künstlerische Freiheit mit Füßen trete, über den auf jegliche Art von Unterdrückung so empfindlich reagierenden Beethoven zu sprechen.[30] Die Teilnahme an einem internationalen Beethoven-Kongress in der DDR im Frühjahr 1977 sagte das Ehepaar mit gleicher Begründung ab. Von ihren Utopien mochten sie sich dennoch nicht verabschieden.[31]

Auch unter den Mitgliedern von *France-RDA* war die Enttäuschung groß über diesen schweren, von der SED-Führung selbst ausgeführten Schlag gegen die eigenen Anstrengungen zugunsten kultureller Beziehungen mit der DDR.[32] Aber die Reaktionen waren insgesamt sehr viel verhaltener; die Verzweiflung von 1968 war einer gewissen Resignation gewichen.[33] Im Präsidium von *France-RDA* begegnete man der Angelegenheit mit einiger Routine. In einer offiziellen Presseerklärung forderte man die DDR-Regierung auf, die Maßnahme rückgängig zu machen, um das Bild der DDR in Frankreich nicht weiter zu beschädigen.[34] Thematisiert wur-

[29] Zur Biermann-Ausbürgerung und zu ihren Auswirkungen auf ostdeutsche Intellektuelle cf. Berbig u. a. (Hrsg.), In Sachen Biermann. Protokolle, Berichte und Briefe zu den Folgen einer Ausbürgerung.

[30] SBB, Mus. Nachl. H. Goldschmidt B, 8. 212: Brief von Massin vom 27. 11. 1976 an Goldschmidt: „Comment accepter de venir participer à un congrès qui a pour thème un des musiciens qui a le plus nourri un idéal de liberté et de fraternité dans un pays qui ment à ses poètes et refuse sont droit d'entrée à un de ses citoyens – un de ses musiciens! Bach a connu la prison pour avoir demandé son congé, Beethoven s'est enfui de chez un prince parce qu'il s'estimait insulté, mais la RDA jette Biermann à la rue comme un chien en lui refusant ce droit de retour qui lui avait été promis. Comment débattre dans ces conditions d'une ‚dimension idéologique' de l'œuvre ou du personnage Beethoven?"

[31] Ibid., 9. 160: Brief von Massin vom 6. 3. 1977 an Goldschmidt: „La marche des évènements depuis le mois de novembre, non seulement en RDA, mais aussi dans d'autres pays du groupe de l'Est, Tchécoslovaquie ou URSS, ne peut que nous plonger dans une sombre réflexion et nous inciter à rester d'une extrême vigilance dès qu'il s'agit d'une atteinte à la liberté. […] Espérons qu'une lumière nouvelle se lèvera bientôt, que la vieille devise de la Révolution française ne sera pas toujours une utopie là où elle devrait réellement s'épanouir."

[32] AEFA, Affaire Biermann: Brief von Hammer vom 16. 11. 1976 an Castellan.

[33] Ibid.: Brief von Auroi vom 26. 11. 1976 an France-RDA, Castellan: „Je crois donc que, comme nous l'avons fait au moment de la Tchécoslovaquie en 68, nous nous devons de prendre nos distances face à des pratiques ayant des relents peu agréables."

[34] Ibid.: Pressekommuniqué des Präsidiums von France-RDA vom 24. 11. 1976: „La présidence de France-RDA se fait l'interprète de l'émotion exprimée par nombre de ses adhérents pour déplorer la décision de déchéance de la citoyenneté de la République

de die Angelegenheit in der folgenden Sitzung des Präsidiums hingegen nicht.[35] Auch standen diesmal keine angedrohten Rücktritte zur Debatte. Stattdessen trat die Kulturkommission noch im November 1976 zusammen, um die Zukunft des kulturellen Engagements der Gesellschaft zu erörtern.[36]

Während vor allem ältere Mitglieder die öffentliche Stellungnahme der Gesellschaft in der französischen Presse ausdrücklich begrüßten, wurde sie von nicht wenigen jüngeren und vor allem einfachen Mitgliedern als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR auf das Schärfste kritisiert.[37] Manche gingen sogar so weit, dem Präsidium in diesem Zusammenhang Unkenntnis hinsichtlich der historischen Situation der DDR vorzuwerfen. Vor allem aber entzündete sich die Kritik in zahlreichen Briefen daran, dass sich *France-RDA* auf diese Weise an der allgemeinen, gegen die DDR gerichteten Diffamierungskampagne in Frankreich beteiligt habe.[38] Auch in weniger offensiven Briefen, wie dem des regionalen Komitees von *France-RDA* in Lyon, wurde die Frage gestellt, wie weit man als Gesellschaft, die sich für die Beziehungen mit der DDR einsetze, mit seiner öffentlich geübten Kritik gehen dürfe. Denn selbst wenn die Kritik an der Biermann-Ausbürgerung berechtigt sei, missachte sie doch die schwierigen Rahmenbedingungen der DDR.[39]

démocratique allemande qui frappe le poète chansonnier Wolf Biermann. Elle souhaite que soit levée une mesure qui risque de ternir l'image de la RDA dans notre pays dans l'intérêt du développement des relations d'amitié des peuples de France et de RDA pour lequel notre association n'a cessé et ne cessera d'agir." Erschienen in Le Monde vom 28./29. 11. 1976.

[35] AEFA, Présidence nationale, procès-verbaux: Protokoll der Sitzung des Präsidiums von France-RDA am 15. 12. 1976.

[36] AEFA, Commission culturelle: Protokoll der Sitzung der Kulturkommission von France-RDA am 29. 11. 1976.

[37] So zum Beispiel in einem Brief von Debelley vom 29. 11. 1976 an France-RDA: „Je viens de lire dans ‚Le Monde' que la présidence de notre association a déploré la mesure prise par le gouvernement de RDA à l'encontre de Wolf Biermann. Si cette information est exacte, je tiens à vous faire connaître que je désapprouve une telle prise de position et que je la considère comme une immixtion dans les affaires intérieures de la RDA […]. Mieux informés des réalités allemandes, les adhérents de notre association savent par exemple que la création d'une frontière effective et efficace entre l'État de RDA et la RFA a été une nécessité absolue pour le maintien et l'essor de la RDA: or, c'est notamment cela que met en cause Wolf Biermann, qui trouve en RFA depuis des années, et plus particulièrement depuis quelques semaines, des facilités plus que suspectes à des attaques contre les principes mêmes de la République démocratique allemande. Si la présidence de l'association a cru ne devoir prendre en compte que ‚l'émotion de nombre d'adhérents' qui désapprouvent la RDA, il en existe d'autres – et j'en suis – qui ont été au contraire émus et indignés par la campagne menée en France contre la RDA." In: AEFA, Affaire Biermann.

[38] Ibid.: Brief von Debelley vom 29. 11. 1976 an France-RDA: „Je regrette encore davantage que, par cette prise de position, la présidence de l'association ait contribué à alimenter la campagne menée en France contre la RDA. Cette prise de position marque, à mon avis, une date dans l'histoire de notre association […]." Cf. ibid.: Brief von Lionnet vom 4. 12. 1976 an France-RDA: „Alors qu'une campagne de dénigrement est entretenue en permanence, sur tous les plans contre la RDA, il me semble pour le moins fâcheux que la présidence de l'association fasse chorus."

[39] Ibid.: Brief von France-RDA/Rhône, Denuelle, vom 3. 1. 1977 an France-RDA, Lenoir: „Il était opportun et il était sage que notre association proteste contre le bannissement de

Der Umgang mit der Biermann-Affäre belegt den seit 1968 vollzogenen Wandel der Gesellschaft und das Verhältnis ihrer Mitglieder zur DDR. Im Unterschied zu 1968 stand 1976 nicht die Auseinandersetzung mit der Sache selbst im Mittelpunkt, sondern die Frage, ob die Kritik an der Sache und damit an der DDR berechtigt sei. In einer Situation, in der es nicht mehr um politische Idealvorstellungen, sondern um eine Apologie des real existierenden Sozialismus ging, kann von der DDR als Projektionsfläche politischer Utopien keine Rede mehr sein. Dem entspricht, dass ein Mitglied des Nationalkomitees von *France-RDA* dem sozialistischen Modell der DDR nunmehr jeglichen Referenzcharakter absprach.[40]

Dass utopische Vorstellungen in Verbindung mit der DDR in Frankreich nie ganz verschwanden, davon zeugen nicht nur die oben bereits erwähnten Äußerungen von Brigitte Massin, sondern zum Beispiel auch ein Reisebericht des linksgaullistischen Pierre Billotte von 1974. Nach seiner Reise durch die DDR setzte sich Billotte für intensive politische Beziehungen zwischen beiden Staaten im Dienste eines „neuen fortschrittlichen Sozialismus" ein.[41] Und der Schriftsteller Vladimir Pozner wünschte den Teilnehmern des auf die Biermann-Ausbürgerung folgenden Nationalkongresses von *France-RDA* im Jahr 1978, bei allem Engagement zugunsten der DDR die Suche nach dem „anderen Deutschland" nicht gänzlich aus dem Blick zu verlieren.[42]

Wolf Biermann. […] Encore faut-il savoir jusqu'où nous exercerons notre droit parfaitement légitime de critique de certains aspects de la politique de la RDA. […] Regretter que Wolf Biermann ne puisse rentrer en RDA n'est pas s'immiscer dans les affaires intérieures de ce pays. Mais il faut craindre que ce désaveu publiquement donné par notre association d'une mesure maladroite et regrettable prise en RDA ne nous entraîne par la suite, au nom de principes parfaitement justes et légitimes, à méconnaître les réalités et les exigences d'une situation politique et historique conditionnées encore aujourd'hui par le nazisme et la Deuxième Guerre mondiale."

[40] Ibid.: Brief von France-RDA/Rhône, Denuelle, vom 3. 1. 1977 an France-RDA, Lenoir: „Il est bien certain que les Français qui souhaitent le socialisme pour leur pays, et ils sont nombreux dans notre association, envisagent l'instauration du socialisme en France par des voies différentes et que les conditions et le processus d'instauration du socialisme en RDA ne peuvent en aucune manière être un modèle ou une référence."

[41] AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Undatierter Reisebericht von Pierre Billotte [ca. 1974]: „Et, pour tout dire, les milieux politiques de la RDA se sentent peu d'affinités avec les communistes français. Ils n'en ont pas davantage avec le Parti socialiste qui s'attarde à une idéologie périmée et dont l'absence de doctrine les choque. […] En définitive, les contacts entre la France et la RDA au niveau des milieux politiques devraient, pour être fructueux, s'établir en France avec les membres de la majorité, spécialement avec les gaullistes et surtout le MSP qui, sans s'écarter de ce qui constitue le fond libéral de l'opinion française, est ouvert en direction d'un nouveau socialisme de fait, non marxiste, celui des personnes, réalisé par la participation progressive des citoyens à tous les rouages, qui convient à un pays démocratique très évolué."

[42] AEFA, VIII[e] Congrès national: Brief von Pozner vom 2. 11. 1978 an France-RDA: „Je vous souhaite d'être nombreux et de vous souvenir que si nous attachons une telle importance à une Allemagne pacifique et démocratique c'est que nous la croyons assez forte pour n'avoir pas recours aux contraintes, aux interdits, aux censures, une Allemagne dont rêvaient des Allemands, que ce soit Beethoven, Heinrich Heine ou Marx."

# Zweiter Teil

## Die Beziehungen im Spannungsfeld von Vorstellung und Wirklichkeit

# A. Die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen

Handel ist die wohl elementarste Form von Beziehungen zwischen Gesellschaften und Staaten. Das Interesse an Handelsbeziehungen kannte im Europa des 20. Jahrhunderts weder politische noch ideologische Grenzen. Auch die ideologische Grenze des Kalten Krieges, die die Entwicklung politischer, kultureller und privatgesellschaftlicher Beziehungen zwischen Ost und West beträchtlich erschwerte, wurde auf der Ebene der Handelsbeziehungen relativ mühelos überwunden. Dies galt ebenso für die Beziehungen mit der DDR, wo die Hürde aus politischer Sicht besonders hoch lag. Dementsprechend gingen die französisch-ostdeutschen Beziehungen auf wirtschaftlicher Ebene immer den Beziehungen auf den anderen Ebenen voran. So wurden bereits wenige Monate nach dem Übergang von der SBZ zur DDR Gespräche geführt, um den Handel zwischen Frankreich und der DDR vertraglich zu regeln. Und auch nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten dauerte es nur wenige Monate bis zur Unterzeichnung eines ersten offiziellen Abkommens, während in anderen Bereichen Jahre vergingen. Bezogen auf das französische Außenhandelsvolumen insgesamt, blieben die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR bis 1989 jedoch bedeutungslos (weniger als 1%). Das dennoch nicht geringe französische Interesse an diesen Beziehungen basierte sowohl auf politischen als auch auf wirtschaftlichen Motiven. Vor allem in den 1950er und in den 1960er Jahren bot dieser Kanal für die französische Diplomatie die Möglichkeit, Kontakte zu einem Staat zu unterhalten, dessen Existenz man aus politischen Gründen nicht anerkennen konnte. Dennoch stand hinter dem Interesse an Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR spätestens seit Anfang der 1960er Jahre weniger eine politische als vielmehr eine wirtschaftspolitische Strategie. Ursache dafür waren unter anderem die Schwierigkeiten der französischen Wirtschaft, nach 1945 wieder Tritt zu fassen. Deutlich wurde dies an dem Umstand, dass nicht die wirtschaftliche Ebene der politischen Einflussnahme diente, sondern umgekehrt, wovon auch das Engagement zahlreicher Parlamentarier zeugt. In Wirtschaftskreisen erhoffte man sich, verstärkt seit dem Ende der 1960er Jahre und gerade angesichts des im Vergleich zu den innerdeutschen Handelsbeziehungen geringen Handelsvolumens, enorme Wachstumsraten.[1]

[1] Zu den Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und der DDR sind bislang nur zwei kleinere Artikel erschienen, cf. Scholz, Rahmenbedingungen und Praxis systemübergreifender Wirtschaftsbeziehungen vor der diplomatischen Anerkennung der DDR durch Frankreich; sowie ders., Zu den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Frankreich und der DDR; hinzu kommen die Erinnerungen von Gerhard Beil, der von 1961 bis 1990 in diesem Bereich der französisch-ostdeutschen Beziehungen eine zentrale Rolle gespielt hat, cf. Beil, Außenhandel und Politik, S. 123–149; zu den innerdeutschen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen cf. Fässler, Durch den „Eisernen Vorhang"; sowie Nakath, Deutsch-deutsche Grundlagen; zur Wirtschaftsgeschichte der DDR cf. Steiner, Von Plan zu Plan; zu den Außenhandelsbeziehungen Frankreichs cf. Nezeys, Les relations économiques extérieures, S. 144–180; sowie Lattre, Histoire de la politique économique française.

# I. 1952–1967: Von den Handelsbeziehungen als Diplomatieersatz zu wirtschaftlicher Kooperation

## 1. Die Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen im Rhythmus alljährlicher Abkommen und Zugeständnisse

Bereits 1947 wurden Verhandlungen mit der sowjetischen Militärregierung über ein Abkommen geführt, das den Zahlungsverkehr für den Handel zwischen Frankreich und der sowjetischen Besatzungszone regeln sollte.[2] Der Handel wurde in diesen Jahren auf Dollarbasis abgewickelt, weshalb die DDR eigentlich nur jene Produkte an Frankreich verkaufen konnte, die Frankreich für Importe auf Dollarbasis vorgesehen hatte. Da diese Importe aber an die vom Marshallplan vorgesehene amerikanische Unterstützung gebunden waren, blieb als Ausweichlösung nur der Kompensationshandel.[3] Seit dem 1. Mai 1948 wurden für den Handel mit der SBZ Lizenzen ausgegeben.[4] Erste Gespräche über ein Handelsabkommen wurden im Januar 1949 zwischen den deutschen Verwaltungsbehörden der SBZ und der französischen Militärregierung in Berlin geführt.[5]

Dass der Handel mit diesem Teil Deutschlands nur sehr langsam wieder aufgenommen wurde, hatte verschiedene Gründe. Neben der allgemeinen Zerstörung und der deutschen Teilung spielten vor allem die sowjetischen Demontagen und die Neuausrichtung der SBZ-/DDR-Wirtschaft nach Osten hin ein wichtige Rolle. Nach einer ersten Phase, in der die SBZ nicht in der Lage war zu exportieren, entwickelte sich allmählich ein Kompensationshandel. Im Wert von jährlich ungefähr einer Million US-Dollar verkaufte die französische Seite in der Hauptsache Phosphate aus Nordafrika und einige chemische Produkte, während die ostdeutsche Seite vor allem Kartoffeln, Zuckerrüben sowie Büro- und Textilmaschinen absetzte. Wie bereits beim Handel mit diesem Teil Deutschlands vor dem Krieg überstiegen die ostdeutschen Bestellungen die eigenen Exporte um ein Vielfaches. Eine Lösung dieses Problems scheiterte zunächst an der Forderung der DDR nach einem offiziellen Handelsabkommen, das ohne eine Anerkennung der DDR jedoch nicht geschlossen werden konnte. Und gegen eine Fortsetzung des privaten Kompensationshandels sprach die Festigung der sozialistischen Planwirtschaft. Die DDR bot Frankreich deshalb Anfang 1950 den Abschluss eines Finanzprotokolls in Verbindung mit einer Vereinbarung über die für den bilateralen Handel vorgesehenen

[2] CAEF, Trésor, B 55827: Schreiben des Commissariat général aux affaires allemandes et autrichiennes vom 7. 7. 1947 an das GMFB.
[3] Ibid.: Note der DREE, de Lavergne, vom 26. 4. 1948.
[4] Ibid.: Avis aux importateurs et exportateurs concernant les échanges de marchandises entre la France et la zone soviétique d'occupation en Allemagne, veröffentlicht im JO am 1. 5. 1948.
[5] CAEF, DREE, B 60396/1: Note von Grenet vom 17. 1. 1949 für den Conseiller commercial in Bonn.

Waren an.[6] Entscheidend für Frankreich war dabei, dass alles vermieden wurde, was als De-facto-Anerkennung hätte ausgelegt werden können. Um einer offiziellen Zustimmung zu einem solchen Abkommen durch ein französisches Ministerium aus dem Weg zu gehen, wurde beschlossen, dass die ministerielle Genehmigung der *Banque de France* und dem französischen Handelsrat in Deutschland per Brief zu übermitteln sei, ohne die Gegenseite davon in Kenntnis zu setzen.[7]

## Die 1950er Jahre: Von den ersten Abkommen zu einem Modus vivendi

Bei den Verhandlungen, die im November 1950 begannen, konnte ein grundsätzliches Einverständnis zwischen beiden Seiten erzielt werden. Dennoch setzte die ostdeutsche Seite die Verhandlungen ohne eine Begründung unbefristet aus. Man nahm an, dass die Normalisierung der Handelsbeziehungen im Kontext der aktuellen sowjetischen Deutschlandpolitik an Bedeutung verloren habe.[8] Unterdessen hatte das französische Wirtschaftsministerium die französischen Exporteure dazu gebracht, das System privater Kompensation zu reduzieren und sich für den Handel mit der DDR zusammenzuschließen. Die nun praktizierte Zusammenfassung verschiedener Kompensationsprojekte entsprach im Prinzip den Warenlisten, die man eigentlich im Rahmen eines Finanzprotokolls aushandeln wollte.[9] Bemerkenswert ist, dass manche dieser Kompensationsgeschäfte zwischen Frankreich und der DDR sogar in Moskau abgewickelt wurden.[10]

Ein Jahr später, im November 1951, wurden auf ostdeutsche Initiative die Verhandlungen wieder aufgenommen. Bei dieser Gelegenheit wurde ein Finanzprotokoll paraphiert, das im Wortlaut dem entsprach, worauf man sich bereits ein Jahr zuvor geeinigt hatte.[11] Das Abkommen sah vor, dass der Handel in französischen Francs über ein Konto der Deutschen Notenbank bei der *Banque de France* abgewickelt werden sollte. Die Möglichkeit einer kurzfristigen Überziehung des Kontos war grundsätzlich gegeben. Für den Fall, dass der Saldo am Ende eines Vertragszeitraums nicht mit Warenlieferungen ausgeglichen werden konnte, sollte dies von einer der beiden Banken mit Zahlungen in einer Drittwährung geregelt werden (als Beispiel werden Schweizer Franken genannt). Die Gültigkeit des Abkommens sollte sich für jeweils um ein Jahr verlängern, falls es nicht zuvor widerrufen würde.[12] Die Zeit privater Kompensationsgeschäfte war damit beendet. Das

[6] CAEF, Trésor, B 55827: Note der DREE, Filippi, vom 29. 4. 1950 für den Minister: „Nous estimons que, dans l'état actuel de nos relations avec l'Allemagne orientale, ces propositions méritent un examen attentif, et qu'il convient de répondre à la tendance qu'elles manifestent par une égale bonne volonté."

[7] Ibid.: Note der DREE, Filippi, vom 29. 4. 1950 für den Minister; die Note ist zum Zeichen des Einverständnisses am 12. 6. 1950 vom Minister gegengezeichnet worden.

[8] CAEF, DREE, B 60396/1: Telegramm aus Berlin, Noblet, vom 5. 1. 1951.

[9] CAEF, Trésor, B 55827: Note der DREE, Clappier, vom 9. 10. 1951 für den Minister.

[10] AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne de l'Est, 733, f. 001 f.: Telegramm aus Berlin, Noblet, vom 18. 4. 1952; sowie ibid., 730, f. 083: Telegramm aus Berlin, Mille, vom 26. 5. 1952.

[11] CAEF, Trésor, B 55827: Note der Finex, Guindey, vom 29. 11. 1952 für den Minister.

[12] CAEF, Trésor, B 532/2: Arrangement financier entre la Banque de France et la Deutsche Notenbank vom 4. 1. 1952.

Abkommen war das erste seiner Art, das zwischen einem westeuropäischen Staat und der DDR zustande kam und diente in den folgenden Jahren als Modell für weitere bilaterale Abkommen.[13]

Was die Warenlisten betraf, so war eine Einigung sehr viel schwieriger zu erzielen. Für 1952 wurde nur eine Liste mit den zentralen Handelsgütern erstellt, die den Handel mit von dieser Liste nicht erfassten Gütern im Laufe des Jahres jedoch prinzipiell zuließ.[14] Bei den Verhandlungen über die Warenlisten für das Jahr 1953 forderte die ostdeutsche Seite die Gewährung eines Kredites für den Fall, dass sich der Saldo des Kontos der Deutschen Notenbank kurzfristig im Soll befände. Da der ostdeutsche Markt für die französische Wirtschaft von Interesse war, wurde einem Kredit (Swing) in Höhe von 10% des Handelsvolumens bis maximal 300 000 US-Dollar zugestimmt. Als Garantie akzeptierte man die Eröffnung eines bei der Deutschen Notenbank in Ost-Mark geführten Kontos für die *Banque de France*.[15] Aufgrund der schwierigen Situation der ostdeutschen Wirtschaft gerieten die Verhandlungen über ein Handelsabkommen dennoch an einen toten Punkt.[16]

Erst im November 1953 wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Auf französischer Seite nahmen unter anderem der Handelsrat des französischen Hochkommissariats in Bonn und der Handelsattaché der französischen Militärregierung in Berlin daran teil. Während über die französischen Exporte sofort Einigkeit erzielt werden konnte, bestanden Schwierigkeiten hinsichtlich der ostdeutschen Exporte.[17] Von französischer Seite wurde das Fehlen fertiger Industrieprodukte sowie das im Vergleich dazu bestehende Überangebot landwirtschaftlicher Erzeugnisse bemängelt.[18] Das Scheitern der Verhandlungen wurde vom Vertreter der *Banque de France* zu gleichen Teilen dem mangelnden Realismus des französischen Ministeriums und der Trägheit der ostdeutschen Verwaltung zugeschrieben. Entscheidend sei jedoch, dass Frankreich Gefahr laufe, mit dem hier praktizierten außenhandelsfeindlichen Protektionismus den ostdeutschen Markt an die westeuropäische Konkurrenz zu verlieren.[19] Der Hohe Kommissar Frank-

[13] AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne de l'Est, 731, f. 222ff.: Undatierte Note des Conseiller commercial, Lefort, über die Herbstmesse 1954.

[14] CAEF, Trésor, B 55827: Note der Finex vom 25. 1. 1952 für den Minister.

[15] Ibid.: Note der Finex vom 16. 4. 1953 für den Minister: „Il y a, en effet, d'un point de vue général, intérêt à encourager un certain développement de nos échanges avec l'Allemagne de l'Est, qui est susceptible de nous fournir différents produits essentiels et de constituer un marché intéressant pour certaines de nos industries d'exportation." Die Note ist zum Zeichen des Einverständnisses vom Minister gegengezeichnet worden.

[16] Ibid.: Note von Klein vom 29. 4. 1953 für Lefort.

[17] Ibid.: Note der Banque de France vom 12. 11. 1953 über die Verhandlungen vom 8. 11. bis zum 10. 11. 1953 in Berlin.

[18] CAEF, DREE, B 60396/1: Note des Attaché commercial, Berlin, vom 28. 11. 1953.

[19] CAEF, Trésor, B 55827: Note der Banque de France vom 12. 11. 1953: „[…] l'Allemagne de l'Est constitue un marché secondaire qu'il ne faut pas négliger car les pays les mieux placés au départ peuvent, par la suite, faire un plus gros chiffre d'échanges. Nous sommes par contre handicapés par le peu de dynamisme des commerçants français, mais aussi par des positions trop restrictives de notre ministère de la Production industrielle, soutenu par la DREE qui adopte son point de vue et dont la politique conduit à un repliement sur nous-même, à un malthusianisme économique et, en définitive, à la dégradation de nos marchés extérieurs."

reichs in Deutschland verwies in diesem Zusammenhang auf das Beispiel Belgiens, das Frankreich als Ansporn dienen solle, um aus der gegenwärtigen Sackgasse herauszufinden und ebenfalls von den Möglichkeiten des sich öffnenden ostdeutschen Marktes zu profitieren.[20] Auch der französische Handelsattaché in Berlin mahnte eindringlich, die Verhandlungen mit der DDR nicht aufzugeben, und bat darum, sie mit einem ausreichenden Handlungsspielraum weiterführen zu dürfen. Für die DDR habe ein solches Abkommen hohe Priorität und Frankreich habe ein unverkennbares Interesse an einem funktionierenden Handel: in politischer Hinsicht, weil damit eine wichtige Verbindung zu einem Land geschaffen würde, zu dem ansonsten kaum Kontakte bestünden; in wirtschaftlicher Hinsicht, weil die französische Industrie auf der Suche nach neuen Absatzmärkten war und obendrein in der Lage, bestimmte ostdeutsche Bedürfnisse zu befriedigen.[21] Das Einverständnis der französischen Seite, im Rahmen des Handels mit der DDR auch chinesische Waren zu importieren, und ein offensichtlich sehr konziliantes Verhalten der DDR brachten nur wenige Tage später den entscheidenden Durchbruch.[22]

Am 9. Dezember 1953 begann der vertraglich geregelte Kompensationshandel zwischen beiden Staaten mit einem Abkommen über zwei Listen, die den Warenaustausch für das Jahr 1954 definierten: eine Liste mit den DDR-Exporten für Frankreich und eine weitere Liste mit den französischen Exporten für die DDR. Dieses erste sogenannte Handelsabkommen in Form eines sehr sorgsam formulierten Briefwechsels – um jeglichen Anschein einer indirekten Anerkennung zu vermeiden – trat mit der Unterschrift des Leiters der *Services commerciaux français* in Deutschland, Bernard Lefort, für den Zeitraum eines Jahres in Kraft. Den vertraglichen Rahmen bildete das Abkommen zwischen der Notenbank der DDR

[20] AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne de l'Est, 731, f. 022: Telegramm aus Bonn, François-Poncet, vom 10. 11. 1953: „[…] j'estime que nous avons intérêt, économiquement comme politiquement, à donner rapidement une nouvelle base contractuelle à nos échanges avec l'Allemagne orientale, qui rouvre actuellement son marché aux produits occidentaux et qui montre depuis quelque temps beaucoup plus de bonne volonté à l'égard de nos exportations que les années précédentes. Les autres pays d'Europe occidentale, saisissant l'occasion que le ‚Neue Kurs' leur offre, s'efforcent de développer leurs échanges avec la zone soviétique. […] L'exemple de la Belgique ne pourrait-il nous inspirer? De toutes parts on exprime chez nous une volonté, fondée, d'ailleurs, sur un réel besoin, d'expansion économique. […] Le département jugera peut-être qu'il conviendrait d'assouplir quelque peu les instructions envoyées à notre conseiller commercial, afin de tenter de sortir de l'impasse où nous sommes engagés et de donner à M. Lefort la possibilité de reprendre utilement ses conversations avec les représentants de la DDR."

[21] CAEF, DREE, B 60396/1: Note des Attaché commercial, Berlin, vom 28. 11. 1953: „Les exportateurs français sont contraints de rechercher des débouchés nouveaux. Ils s'orientent de plus en plus vers les pays de l'Est. L'Allemagne orientale a besoin de nombreux produits que nous pouvons lui fournir sans aucune peine. La difficulté est de trouver des contreparties à l'importation en France."

[22] AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne de l'Est, 731, f. 029ff.: Schreiben der franz. Hochkommissariats, Bonn, vom 17. 12. 1953 an das MAE, DEU; sowie ibid., 733, f. 028f.: Telegramm aus Bonn, Bérard: „La bonne volonté de la délégation allemande qui, il faut le reconnaître, a fait la majeure partie des concessions, s'est particulièrement manifestée dans la phase ultime des négociations, et spécialement le dernier jour, où, dans toutes les questions encore ouvertes, elle a fini par adopter le point de vue français."

und der *Banque de France*. Weiterhin war ein Treffen in der ersten Jahreshälfte 1954 vorgesehen, um die Realisierung des in den Listen festgelegten und im Vergleich zu 1951 vervierfachten Handelsvolumens zu überprüfen. Beide Listen konnten auch während des Vertragszeitraums bei gegenseitigem Einverständnis verändert oder ergänzt werden.[23] Die Listen sahen vor, dass Frankreich unter anderem Dünger, Phosphate, Natronlauge, Walzwerkerzeugnisse, aber auch Lebensmittel (Südfrüchte, Weine, Kakaobohnen etc.) im Wert von insgesamt vier Millionen US-Dollar verkaufen sollte. Die DDR sollte im Gegenzug unter anderem Grünen Tee und Seide aus China sowie Rechenmaschinen und chemische Produkte für denselben Betrag liefern.[24] Von den zehn Millionen US-Dollar Handelsvolumen der belgisch-ostdeutschen Beziehungen war man allerdings noch weit entfernt.

Erneuert wurde das Abkommen für das folgende Jahr erst am Rande der Leipziger Frühjahrsmesse 1955, weil die im Laufe des Jahres erhöhten Kontingente noch nicht aufgebraucht waren.[25] Tatsächlich kämpfte die DDR mit großen Lieferschwierigkeiten.[26] Dennoch war eine Steigerung des Handelsvolumens gegenüber dem Vorjahr um 20% auf insgesamt sechs Millionen US-Dollar vorgesehen. Neu wurden unter anderem Hopfen und Textilwaren aus Frankreich in die Warenlisten aufgenommen. Im Verhältnis zum Umfang von Territorium und Bevölkerung der DDR blieb das Handelsvolumen jedoch auf einem zu vernachlässigenden Niveau, was unverändert am Fehlen geeigneter Exportgüter aus der DDR lag.[27]

Zumindest die Erfüllung der Handelsvereinbarung von 1955 wurde von französischer Seite als zufriedenstellend angesehen. Das Ungleichgewicht zwischen den französischen Exporten und den Importen aus der DDR wurde zunehmend in freien Devisen ausgeglichen, während der reine Kompensationshandel allmählich an Bedeutung verlor.[28] Eine weitere Steigerung des Handelsvolumens wurde von ostdeutscher Seite allerdings an die Bedingung geknüpft, dass die Verhandlungen künftig durch Vertreter des zuständigen französischen Ministeriums geführt werden würden. Der Vorschlag wurde von der französischen Botschaft in Bonn jedoch mit dem Hinweis auf den dadurch entstehenden negativen Eindruck in der Bundesrepublik und das vitale Interesse der DDR am Handel mit Frankreich zurückgewiesen.[29] Unterstützung erhielt die DDR für ihre Forderung aller-

[23] CAEF, Trésor, B 55827: Schreiben des Conseiller commercial, Lefort, vom 9. 12. 1953 an den Direktor der DIA.

[24] Ibid.: Liste A (Livraisons de la zone franc à la zone monétaire du Deutsche Mark de la Deutsche Notenbank) und Liste B (Livraisons de la zone monétaire du Deutsche Mark de la Deutsche Notenbank à la zone franc).

[25] Ibid.: Schreiben der Services commerciaux français en Allemagne, Lefort, vom 6. 3. 1955 an die DIA-Kompensation.

[26] Ibid.: Note von Hullo vom 16. 12. 1954 für Lefort.

[27] CAEF, DREE, B 54922: Note der DREE, Clappier, vom 8. 2. 1956 für den Minister: „Le peu d'importance de cette somme s'explique par le fait que l'Allemagne orientale, malgré l'étendue de son territoire et le chiffre élevé de sa population, ne dispose guère de produits intéressants à nous livrer."

[28] CAEF, DREE, B 60402/1: Note des Attaché commercial, Hullo, vom 5. 5. 1956 für die DREE.

[29] AMAE, RDA 1956–1960, 20, f. 002: Telegramm aus Bonn, Joxe, vom 13. 4. 1956.

dings indirekt durch französische Händler. Der Präsident der *Association nationale des importateurs et exportateurs français* kritisierte in einem Interview mit der ostdeutschen Presse die derzeitige Form des Abkommens, da es aus Sicht seines Verbandes große Unwägbarkeiten berge.[30] Die Forderung der DDR nach einem offiziellen Abkommen wurde sogar zum Thema einer interministeriellen Sitzung. Weil dies einer De-facto-Anerkennung gleichgekommen wäre, wurde sie durch den Vertreter des *Quai d'Orsay* strikt abgelehnt. Sollte sich die DDR weigern, ein dem vorjährigen vergleichbares Abkommen auszuhandeln, sollten die Verhandlungen durch das nicht staatliche *Comité national du commerce extérieur* (kurz CNCE) weitergeführt werden.[31]

Da man sich nicht einigen konnte, wurde das laufende Abkommen zunächst nur um einige Monate verlängert.[32] Erst im Juli gelang es, einen für beide Seiten akzeptablen Kompromiss auszuhandeln, ohne dass sich dabei am grundsätzlichen Schema gegenüber den Vorjahresabkommen etwas geändert hatte. Ostdeutscher Vertragspartner war zwar nun die Kammer für Außenhandel; auf französischer Seite unterzeichnete jedoch unverändert der Handelsrat der französischen Botschaft in Bonn. Wegen des bereits fortgeschrittenen Kalenderjahres einigte man sich auf eine Laufzeit von achtzehn Monaten. Und obwohl die DDR eine neue Vertragsform dafür zur Bedingung gemacht hatte, wurde das globale Handelsvolumen – auf nunmehr 12,8 Millionen US-Dollar – erhöht.[33] Weil es bis Ende 1957 von der DDR nur in sehr geringem Umfang tatsächlich genutzt wurde, beschloss man, statt einer Erneuerung des Abkommens die DDR zunächst zur Erfüllung der von ihr eingegangenen Verpflichtungen aufzufordern.[34] Erst am Rande der nächsten Leipziger Frühjahrsmesse wurde ein neues Abkommen ausgehandelt, dessen globales Volumen sich inzwischen auf 20,2 Millionen US-Dollar belief.[35] Die bedeutendste Veränderung für dieses Jahr war das Ausscheiden von Marokko und Tunesien, die künftig eigenständig mit der DDR verhandelten.[36]

Bei den französischen Diplomaten bestand Unklarheit darüber, ob die Anstrengungen der DDR im Außenhandel materieller Notwendigkeit geschuldet waren oder ob es sich vorrangig um diplomatische Manöver handelte, wie es westdeutsche Diplomaten ihnen nahelegten. Die französische Botschaft in Bonn sprach sich dafür aus, unabhängig von ostdeutschen Motivationen die wirtschaftliche Öffnung der DDR zu unterstützen, auch um die wirtschaftliche Integration der

[30] Ibid., f. 009 f.: Schreiben des GMFB, de Chalvron, vom 17. 5. 1956 für das MAE.
[31] CAEF, DREE, B 54922: Note der DREE, Clappier, vom 8. 2. 1956 für den Minister.
[32] CAEF, Trésor, B 55827: Schreiben der Services commerciaux français en Allemagne, Lefort, vom 7. 4. 1956 an die DIA-Kompensation, Wolter.
[33] CAEF, DREE, B 54922: Note der DREE, Drillien, vom 23. 7. 1956 für den Minister.
[34] Ibid.: Note der DREE vom 4. 12. 1957 für den Minister: „Dans ces conditions, il a été convenu, en accord avec les divers ministères compétents, de ne pas renouveler dès maintenant l'arrangement du 12 juillet 1956. […] Nous pourrons d'autant plus facilement nous montrer très fermes à cet égard que l'Allemagne orientale, en dehors de quelques livraisons de caoutchouc artificiel (Buna) et de fournitures insignifiantes de papier journal, ne nous fournit aucun produit présentant un intérêt réel pour notre économie."
[35] CAEF, Trésor, B 532/2: Listen des am 31. 3. 1958 unterzeichneten Handelsabkommens.
[36] CAEF, DREE, B 54922: Note der DREE, Drillien, vom 15. 4. 1958 für den Minister.

beiden deutschen Staaten im Falle einer Wiedervereinigung zu erleichtern.[37] Das Verhältnis zur Bundesrepublik hinsichtlich der Handelsbeziehungen mit der DDR war jedoch von Beginn an gespalten. Einerseits wurde der innerdeutsche Handel als eine Möglichkeit zur Aufrechterhaltung der inneren Einheit Deutschlands angesehen, andererseits jedoch auch mit großer Skepsis als ein von der Bundesrepublik genutztes Mittel betrachtet, um den Ost-West-Handel zu monopolisieren. In diesem Zusammenhang wurde zum Beispiel auf Waren aus Frankreich verwiesen, die von der Bundesrepublik an die DDR weiterverkauft wurden.[38] Um die Notwendigkeit unmittelbarer Beziehungen mit der DDR in aller Deutlichkeit herauszustellen, hatte der Handelsrat der französischen Botschaft in Bonn, Bernard Lefort, diese Tendenzen zwei Jahre zuvor sogar mit Vorstellungen aus der Zeit des Nationalsozialismus in Verbindung gebracht.[39] Mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 1957 wurde der innerdeutsche Handel durch ein Zusatzprotokoll zum Binnenhandel erklärt, während der Handel zwischen den übrigen Mitgliedsstaaten der EWG und der DDR den Außenhandelsrichtlinien der EWG unterworfen wurde. Diese von der französischen Wirtschaft häufig als ungerechtfertigte Begünstigung der westdeutschen Wirtschaft auf dem ostdeutschen Markt aufgefasste Grundsituation führte in den folgenden Jahrzehnten zu zahlreichen Spannungen.

1955 kam erstmals die ostdeutsche Forderung nach einer Handelsvertretung der DDR in Paris auf. Die französische Botschaft in Bonn befürchtete jedoch, dass die DDR eine solche Vertretung für sehr viel mehr als nur für wirtschaftliche Belange nutzen werde, und sprach sich dagegen aus.[40] Nach Informationen des französischen Innenministeriums hielten sich seit Mitte 1956 dennoch insgesamt vierzehn Ostdeutsche über einen längeren Zeitraum in Paris auf, die für Vertragsabschlüsse mit französischen Firmen arbeiteten. Eine vor allem von der westdeutschen Botschaft unterstellte konsularische Betätigung dieser Personen im Dienste

[37] AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne de l'Est, 732, f. 193ff.: Schreiben der franz. Botschaft in Bonn, de Margerie, vom 22. 12. 1955 an das MAE, DEU: „Faut-il, au contraire, sinon encourager, du moins ne pas contrecarrer une expansion commerciale dont les impératifs obligent les autorités de Pankow à rendre une certaine liberté à l'initiative privée, et qui peut, de la sorte, faciliter l'intégration économique des deux Allemagnes, dans le cas d'une éventuelle réunification?"

[38] Im Auswärtigen Amt ist man sich dieses Problems bewusst, es wird aber nichts unternommen, um den für Frankreich entstehenden wirtschaftlichen Nachteil zu reduzieren, cf. PA/AA, B 24, 567: Note der Abt. I A 3 vom 20. 9. 1966 an die Abt. III A 4.

[39] AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne de l'Est, 733, f. 003ff.: Schreiben des Conseiller commercial, Lefort vom 5. 3. 1953 an das MinEF, DREE: „Plus que dans le cas des autres démocraties populaires il est nécessaire d'avoir avec ce territoire des relations directes et de les intensifier. […] Il est normal que les Allemands de la République fédérale soient des censeurs impitoyables de tout commerce de quelque importance de l'Ouest avec l'Est. Plus ils contribuent à le rendre impossible et plus les nécessaires échanges Est-Ouest passent par leur territoire, leur laissant de fructueuses commissions. L'Allemagne, seule intermédiaire possible entre l'Est et l'Ouest, tel est le rêve hérité de l'époque hitlérienne que conçoivent nombre d'entre eux. Le contact, on ne saurait trop le répéter, doit être maintenu directement avec l'Allemagne orientale et être développé."

[40] Ibid., f. 051f.: Schreiben der franz. Botschaft in Bonn, de Margerie, vom 18. 3. 1955 an das MAE, DEU.

der DDR konnte allerdings nicht festgestellt werden.[41] Unter ihnen war auch ein Vertreter der Kammer für Außenhandel, dessen Aufenthalt aber völlig inoffiziell war, sodass er nach jeweils drei Monaten die allergrößten Schwierigkeiten hatte, seine Aufenthaltsgenehmigung zu verlängern. Dieser KfA-Vertreter nahm Anfragen von französischen Firmen entgegen und ersparte ihnen damit schwierige und teure Reisen in die DDR. Für das französische Wirtschaftsministerium bestand mithin ein Interesse, dem von der DDR im Mai 1957 gestellten Antrag auf Eröffnung einer KfA-Vertretung in Paris zu entsprechen.[42] Zunächst begnügte man sich mit einer administrativen Besserstellung des KfA-Mitarbeiters. Mit der Steigerung des Handelsvolumens entwickelte sich in den folgenden Jahren (bis 1961) eine funktionierende KfA-Vertretung mit insgesamt sieben Mitarbeitern, deren Status nicht selten zum Gegenstand der jährlichen Verhandlungen wurde.

Die Umsetzung des am 1. April 1958 in Kraft getretenen Handelsabkommens war aus Sicht der für den Außenhandel zuständigen Abteilung des Wirtschaftsministeriums (kurz DREE) zufriedenstellend, obwohl die Handelsbilanz 1958 für Frankreich erstmals leicht defizitär war. Aus diesem Grunde wurde vorgeschlagen, das laufende Abkommen zu verlängern beziehungsweise mit dem für 1959 geplanten Abkommen zu fusionieren. Der DDR wurde damit die Möglichkeit eingeräumt, bislang ungenutzte Kredite auch im Folgejahr noch in Anspruch nehmen zu können.[43] Bei einer nahezu ausgeglichenen Handelsbilanz und dem im Gegensatz zu den Vorjahren gestiegenen Handelsvolumen war man auch mit dem Ergebnis des folgenden Jahres grundsätzlich zufrieden.[44]

Zu einer merklichen Steigerung der französischen Exporte in den französisch-ostdeutschen Handelsbeziehungen kam es jedoch erst in den Jahren 1960 und 1961. Dies lag vor allem am sprunghaften Anstieg des Exports von Stahlprodukten in die DDR. Allein in den ersten fünf Monaten des Jahres 1960 hatte die zuständige DDR-Gesellschaft für mehr als drei Millionen US-Dollar Feinbleche in Frankreich eingekauft. Hinzu kamen mehrere Verträge über eine Laufzeit von fünf Jahren, unter anderem mit Schneider-Creusot über die Lieferung von jährlich 300 Tonnen Stahl.[45] Nachdem man zu Beginn der 1950er Jahre französische Firmen nur mit Mühe für den Handel mit der DDR hatte interessieren können, sah man sich jetzt genötigt, Erwartungen an ebendiesen Handel zu dämpfen. So wies man den Präsidenten des *Syndicat national des industries d'équipement* nach einem Besuch der Leipziger Messe auf die Diskrepanz zwischen dem von der

[41] AMAE, RDA 1956–1960, 20, f. 016: Schreiben des MinInt, Direction générale de la sûreté nationale, vom 19. 4. 1957 an das MAE, S/DEUC.

[42] CAEF, DREE, B 54922: Schreiben des Secrétariat d'État aux Affaires économiques vom 8. 8. 1957 an das MinInt: „Il semble donc qu'il y aurait un intérêt certain, du côté français en premier chef, à maintenir en France la présence d'un représentant de la Chambre du commerce extérieur tant qu'un arrangement continuera d'exister entre la Banque de France et la Deutsche Notenbank."

[43] CAEF, Trésor, B 532/2: Note der DREE vom 18. 11. 1958 für den Conseiller commercial in Bonn.

[44] CAEF, DREE, B 54922: Note der DREE, Drillien, vom 1. 2. 1960 für den Minister.

[45] AMAE, RDA 1956–1960, 20, f. 045 f.: Note des Attaché commercial, Lombard, vom 2. 6. 1960.

DDR manifestierten Interesse und den tatsächlichen Expansionsmöglichkeiten der bilateralen Handelsbeziehungen hin.[46] Zwar hatte man der DDR mit dem aktuellen Handelsabkommen eine größere Importmarge eingeräumt, die von der DDR im Gegenzug zum Export angebotenen Güter waren jedoch entweder für den französischen Markt uninteressant oder durften zum Schutz französischer Produkte nur in begrenztem Umfang eingeführt werden. Das zentrale Problem der Handelsbeziehungen bestand also weiterhin darin, dass die DDR keine für den Export nach Frankreich geeigneten Produkte fand beziehungsweise Produkte, an denen Frankreich ein Interesse hatte, nicht in ausreichendem Umfang liefern konnte.[47] In der Bilanz führte dies in Verbindung mit dem steigenden Exportvolumen 1960 und verstärkt noch 1961 zu einem unverhältnismäßig hohen Überschuss zugunsten Frankreichs.[48]

Mit der Zuspitzung der Berlin-Krise 1961 erwog man im *Quai d'Orsay* Sanktionsmaßnahmen im Bereich des Handels mit der DDR. Unter anderem wurde vorgeschlagen, den Handel durch die Verzögerung bei der Vergabe von Ausfuhrlizenzen auszubremsen. An ein Embargo war allerdings nicht zu denken, da im Gegenzug Repressionsmaßnahmen seitens der Sowjetunion bei Rohstoffimporten zu befürchten waren.[49] Auch das Aussetzen der Stahllieferungen wurde im Kontext der Berlin-Krise als eine mögliche Sanktionsmaßnahme in Erwägung gezogen. Dies wäre aber nur dann effektiv gewesen, wenn auch die Bundesrepublik ihre Lieferungen ausgesetzt hätte.[50] Gleichzeitig hätte verhindert werden müssen, dass Drittstaaten die DDR mit französischen Stahlprodukten beliefern. Das geringe Handelsvolumen erwies sich im Zuge der Berlin-Krise als Hindernis; denn Handelssanktionen sind umso wirksamer, je empfindlicher sie treffen. Es scheint, als habe sich die Wirtschaftsabteilung des *Quai d'Orsay* diese Einsicht vielmehr zu Nutze gemacht, um den Ausbau der Handelsbeziehungen voranzutreiben.[51]

[46] CAEF, DREE, B 54922: Schreiben der DREE, Clappier, vom 29. 3. 1961 an den Président du Syndicat national des Industries d'équipement, Pommier: „Or, dans la pratique, malgré les possibilités d'importations supplémentaires ainsi données à l'Allemagne de l'Est, il s'est avéré que la vente en France de matériels allemands reste assez difficile. […] L'Allemagne de l'Est ne peut nous offrir que de faibles quantités de matières premières intéressant le marché français; elle ne parvient pas à commercialiser les machines et matériels prévus dans l'accord à l'importation en France. En revanche, elle dispose de nombreux produits finis particulièrement sensibles pour l'économie française tels que jouets, appareils photographiques, ornements d'arbre de Noël, appareils récepteurs de TSF, magnétophones, etc., que la France ne peut accepter qu'en quantité limitée."

[47] Ibid.: Schreiben der DREE, Lemarechal, vom 3. 7. 1959 an den Attaché commercial in Berlin; sowie AMAE, RDA 1956–1960, 20, f. 031 f.: Schreiben des GMFB, de Chalvron, vom 6. 1. 1960 an das MAE.

[48] Cf. Handelsbilanz Frankreich-DDR im Anhang (CD-ROM).

[49] AMAE, RDA 1961–1970, 82: Schreiben der franz. Botschaft vom 10. 2. 1961 an das MAE (geheim).

[50] AMAE, RDA 1956–1960, 20, f. 044: Schreiben der franz. Botschaft in Bonn, Seydoux, vom 7. 7. 1960 an das MAE, DEU.

[51] Ibid., f. 054 ff.: Note der DAEF vom 26. 12. 1960: „L'opportunité d'un courant aussi important que possible d'échanges commerciaux entre l'Europe occidentale et l'Allemagne de l'Est est souligné […]. En effet, plus ces échanges sont importants, plus leur rupture éventuelle serait de nature à être prise en considération par les dirigeants de Pankow."

Die Berlin-Krise brachte die politische Abteilung des französischen Außenministeriums 1961 auch dazu, die französische Kreditpolitik in den Handelsbeziehungen mit der DDR infrage zu stellen. Seit Mitte 1959 hatte sich die Kreditsumme mit Zustimmung des Außenministeriums beträchtlich erhöht. Im Oktober 1960 mahnte man erstmals Vorsicht bei der Vergabe weiterer Kredite an: Aus Sicht des Außenministers überwog das politische Risiko den wirtschaftlichen Nutzen.[52] Die Mahnung blieb folgenlos, denn auch in den folgenden Monaten wurde kein Kredit verweigert.[53] Einen Monat vor dem Bau der Berliner Mauer bat man schließlich um eine genaue Aufstellung der gewährten Kredite.[54] Es kam jedoch nicht zu der von Maurice Couve de Murville befürchteten Unterbrechung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Frankreich und der DDR und damit auch nicht zum Verlust der gewährten Kredite. Der in diesem Zusammenhang gemachte Vorschlag, sich im Rahmen der NATO auf gemeinsame Kreditrichtlinien im Handel mit der DDR zu einigen, wurde hingegen aufgenommen.[55]

## Die 1960er Jahre: Von reinen Handelsbeziehungen zu wirtschaftlicher Kooperation

Auch wenn die Zahlen eine unmittelbare Verbindung zwischen dem Mauerbau und der verzögerten Entwicklung der Handelsbeziehungen in den 1960er Jahren nahelegen: Es waren nicht die politischen Ereignisse, sondern die strukturellen Defizite, die 1962 zu einem sinkenden Handelsvolumen führten. Zwar hatte sich das Bestellvolumen der DDR in Frankreich zwischen 1959 und 1961 mehr als verdoppelt, mit der fortschreitenden Konsolidierung des europäischen Binnenmarktes wurde es aber zunehmend schwieriger, die ostdeutschen Produkte auf dem französischen Markt abzusetzen.[56] Hinzu kam, dass sich der Handel hinsichtlich

[52] CAEF, Trésor, B 532/2: Schreiben des MAE, Couve de Murville, vom 10. 1. 1961 an das MinEF: „Si le développement de la situation internationale venait à rendre nécessaire une interruption des relations économiques entre la France et la DDR, je regretterais que cette interruption dût entraîner pour la COFACE – c'est-à-dire pour le Trésor public – des paiements par trop importants. […] Un décaissement important par l'État au profit d'industriels français ayant souscrit des polices d'assurances ne devrait pas en effet être invoqué, en cas de crise sur Berlin, pour limiter notre liberté d'action."

[53] AMAE, RDA 1961–1970, 82: Note der DAEF vom 20. 4. 1961 für die DEU.

[54] CAEF, Trésor, B 532/2: Schreiben des MAE, DAEF, de Margerie, vom 10. 7. 1961 an das MinEF, Finex.

[55] AMAE, RDA 1956–1960, 20, f. 054ff.: Note der DAEF vom 26. 12. 1960: „Dans un proche avenir, et sous réserve de l'évolution de la situation, les seules précautions à prendre consisteraient à adopter vis-à-vis de la DDR des règles communes en matière de crédit, et il y aurait peut-être lieu de suggérer à l'OTAN de prendre des résolutions dans ce sens. Si les circonstances le permettaient, il pourrait aussi être envisagé de négocier une liste complémentaire à l'arrangement commercial."

[56] AMAE, RDA 1961–1970, 82: Note des Attaché commercial, Wetzel, vom 26. 8. 1960: „Malgré de meilleures perspectives de vente dues aux besoins nouveaux en biens d'équipement formulés par l'Allemagne orientale, nos exportations risquent de ne pas se réaliser entièrement, car l'écoulement des produits allemands en France se heurte à des difficultés de plus en plus grandes: facilités d'achat dans les pays du Marché commun (simplification des formalités d'importation, prix, réduction des droits de douane, délais de livraison), libération des échanges et contingents globaux, etc."

der von der DDR exportierten Warenkategorien zwischen 1952 und 1962 nur geringfügig verändert hatte. Demgegenüber profitierte die französische Wirtschaft seit Beginn der zweiten Berlin-Krise bei ihren Exporten von der Absicht der DDR, Waren, die bislang aus der Bundesrepublik geliefert wurden, künftig verstärkt aus anderen Staaten zu beziehen.[57] 1961 waren trotz der schwierigen politischen Rahmenbedingungen zahlreiche Verhandlungen im Gange. Das wohl ambitionierteste Projekt sah die Lieferung eines kompletten Stahlwerks durch französische Firmen vor.[58]

Trotz aller Schwierigkeiten entwickelten sich die bilateralen Handelsbeziehungen aus Sicht des französischen Wirtschaftsministeriums auch im Jahr nach dem Mauerbau zufriedenstellend. Während das Abkommen zwischen der *Banque de France* und der Deutschen Notenbank von 1952 über den Zahlungsverkehr zwischen beiden Staaten noch bis 1964 seine Gültigkeit behielt, wurde das Handelsabkommen zwischen Frankreich und der DDR Ende 1962 neu ausgehandelt. Dies war vor allem deshalb nötig geworden, weil die bislang für den französischen Export verwendete Warenliste nicht mehr dem tatsächlichen Warenaustausch entsprach. Hier sollte der Akzent verstärkt auf Maschinen und Teile für Industrieanlagen gelegt werden.[59] Bei den Verhandlungen achtete man auf französischer Seite in allen Details vor allem darauf, dass der ostdeutschen Forderung nach einem offiziellen Abkommen nicht entsprochen wurde.[60] Zu diesem Zweck wurde auch die Form eines Briefwechsels zwischen dem Leiter der *Services commerciaux français* in Bonn und der Kammer für Außenhandel beibehalten. Im Gegensatz zu früheren Abkommen wurde es beiden Vertragspartnern jedoch freigestellt, mehr Güter aus dem Partnerland zu importieren als im Abkommen vorgesehen. Gültig für die Dauer eines Jahres sollte es, falls nicht zuvor gekündigt, von Jahr zu Jahr verlängert werden. Durch die schriftliche Fixierung dieser bereits praktizierten Regelung wurde den Beziehungen mehr Beständigkeit eingeräumt, ohne den formalen Rahmen zu verändern. Wichtigstes Ergebnis der Verhandlungen war die in den Vertrag integrierte Absichtserklärung beider Vertragspartner, die Reisen von Personen, die mit der Umsetzung dieses Vertrages betraut werden sollten, im Partnerland so weit wie möglich zu erleichtern.[61] Dies bezog sich insbesondere auf den französischen Handelsattaché, der aufgrund der veränderten Regelungen für die Einreise in die DDR seit August 1961 seine Aufgaben nur noch sehr begrenzt wahrnehmen konnte. Dieses Abkommen behielt seine Gültigkeit bis zum Ende der 1960er Jahre. Der bei Weitem umfangreichste Posten auf der Liste der französischen Exporte waren Werkzeugmaschinen, Maschinenteile und Teile für Industrieanlagen. Daneben wurden in deutlich geringerem Umfang auch weiterhin Walzprodukte, Lebensmit-

[57] Cf. Steiner, Von Plan zu Plan, S. 124–129.
[58] AMAE, RDA 1961–1970, 82: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 8. 2. 1961.
[59] CAEF, DREE, B 54922: Note der DREE, Clappier, vom 11. 1. 1963 für den Minister.
[60] AMAE, RDA 1961–1970, 82: Note der DAEF vom 19. 12. 1962 für die DEU, Laloy.
[61] CAEF, Trésor, B 55827: Arrangement commercial France-Allemagne de l'Est vom 11. 12. 1962, Art. 5: „Les deux parties s'emploieront à ce que soit facilité, réciproquement et dans toute la mesure du possible, le déplacement sur leur territoire des personnes chargées, sur le plan commercial, industriel et technique, d'assurer une bonne exécution des transactions reprises au présent échange de lettres."

tel, Büromaschinen etc. in die DDR exportiert. Die Palette der aus der DDR importierten Produkte war sehr viel umfangreicher, darunter an erster Stelle Rechenmaschinen und Kassen, aber auch Werkzeugmaschinen und in größerem Umfang chemische Produkte.[62] Für das Jahr 1964 wurden die ausgehandelten Warenlisten unverändert übernommen.[63] Bedeutendste Neuerung dieses Jahres war der erfolgreiche Abschluss von Verhandlungen über ein neues Abkommen zwischen *Banque de France* und Deutscher Notenbank, das am 1. Februar in Kraft trat und Zahlungen in konvertiblen Francs beziehungsweise jeder anderen konvertiblen Währung vorsah. Die bestehenden Konten der Deutschen Notenbank bei der *Banque de France* wurden auf konvertible Francs umgestellt; das Konto der *Banque de France* bei der Deutschen Notenbank wurde aufgelöst.[64]

Einer der bedeutendsten Einzelverträge, die in den 1960er Jahren zwischen Frankreich und der DDR zustande kamen, wurde 1964 geschlossen und beinhaltete den Kauf von 500 000 Tonnen französischen Getreides durch die DDR.[65] Die Lieferung des Getreides in den folgenden beiden Jahren führte zu einer beträchtlichen Steigerung des Exportvolumens – zwischen 1964 und 1965 wurde es nahezu verdreifacht. Die Getreidelieferungen des Jahres 1965 machten drei Viertel des gesamten Exportvolumens aus, 1966 war es immerhin noch die Hälfte.

*Auswirkungen der Getreidelieferungen auf die Exportbilanz (in Millionen FF)*[66]

| | Handelsvolumen | Franz. Exporte | Bilanz |
|---|---|---|---|
| *ohne Getreidelieferungen* | | | |
| 1965 | 160 | 82 | + 4 |
| 1966 | 280 | 156 | + 28 |
| *mit Getreidelieferungen* | | | |
| 1965 | 419 | 341 | + 253 |
| 1966 | 436 | 308 | + 180 |

Zwar boten die Getreidelieferungen eine willkommene Gelegenheit, den eigenen Getreideüberschuss abzubauen, für den es innerhalb der europäischen Gemeinschaft keine Absatzmöglichkeiten gab. Gleichzeitig standen diese Lieferungen aber auch im Widerspruch zur grundsätzlichen Ausrichtung der französischen Handelspolitik im Ostblock auf den Export von Industrieanlagen.[67] Die Verträge wur-

[62] Ibid.: Arrangement commercial France-Allemagne de l'Est vom 11. 12. 1962, Warenlisten.
[63] CAEF, DREE, B 54922: Note der DREE vom 7. 1. 1964 für den Conseiller commercial in Bonn.
[64] Ibid., B 60399/1: Accord de paiement zwischen Banque de France und Deutscher Notenbank vom 1. 2. 1964 sowie Protocole financier vom 20. 4. 1964.
[65] AMAE, RDA 1961–1970, 82: Note der DEU vom 31. 3. 1964.
[66] CAEF, DREE, B 60402/1: Note über die Entwicklung der Handelsbilanz zwischen 1965 und Juni 1972.
[67] CAEF, DREE, B 54922: Bulletin der DREE vom April 1964: „Les impératifs agricoles apparaissent ainsi en contradiction avec la ligne générale de la politique commerciale à l'égard de l'Est, qui consiste à donner la priorité aux ventes de biens d'équipement, en raison de l'intérêt que présente la livraison d'ensembles industriels de haute technique et de grande dimension."

den daher außerhalb des jährlichen Handelsabkommens geschlossen. Die steigenden Agrarexporte in die DDR weckten sogar das Interesse des Auswärtigen Ausschusses der französischen Nationalversammlung. Auf eine Anfrage seines Präsidenten, Maurice Schumann, bezüglich der Lieferung von Futterpflanzen (Luzerne) bestätigte das Wirtschaftsministerium das Interesse an der DDR als einem wichtigen Absatzmarkt für Agrarprodukte. Um die Auswirkungen auf die Entwicklung der bilateralen Handelsbeziehungen mit der DDR so gering wie möglich zu halten, habe man die Luzerne-Exporte jedoch mit der Einfuhr von Schlachtpferden kompensiert.[68] Die 1964 geschlossenen Verträge über die Lieferung industrieller Fertigungsanlagen, unter anderem zur Herstellung von Ammoniumnitrat (ENSA) sowie von Führerhäusern für LKW (Renault), entsprachen der französischen Außenhandelspolitik jedoch wesentlich mehr.[69]

Insgesamt erlebten die französisch-ostdeutschen Handelsbeziehungen nach einer Phase relativer Stagnation 1964 einen wichtigen Aufschwung. Im Zusammenhang mit dem seit Ende 1963 florierenden parlamentarischen Tourismus gelangten die Handelsbeziehungen mit der DDR zudem verstärkt in den Fokus einer interessierten französischen Öffentlichkeit. Davon zeugen unter anderem erste Artikel in der französischen Presse zu diesem Thema.[70] Das wachsende Interesse an Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR manifestierte sich aber auch in der regen Teilnahme am Empfang der KfA-Vertretung in Paris anlässlich des 15. Jahrestages der DDR. Unter den 200 geladenen Gästen befanden sich nicht nur zahlreiche Parlamentarier und Beamte des französischen Wirtschaftsministeriums, sondern auch bedeutende Vertreter der französischen Wirtschaft, wie etwa der Präsident des CNCE.[71]

Infolge der positiven Entwicklung setzte sich die DREE bei der Erneuerung des Abkommens Ende 1964 für eine Erhöhung des Handelsvolumens ein. Außerdem unterstützte sie die Forderungen der DDR nach einer längeren Laufzeit der von Frankreich gewährten COFACE-Kredite und des Abkommens sowie hinsichtlich der Aufstockung des KfA-Personals.[72] Die Neuverhandlung war insbesondere nach dem Abschluss eines Vertrages über die Lieferung einer Fabrik zur Herstellung von Stickstoffdünger im Wert von 68 Millionen FF notwendig geworden. Im Zentrum der Verhandlungen standen jedoch die zunehmend politischen Forderungen von ostdeutscher Seite.[73] Die politische Abteilung des *Quai d'Orsay* stimmte zwar einem Ausbau der Handelsbeziehungen in Bezug auf ihr Volumen zu; die bisherigen Rahmenbedingungen und das Prozedere sollten dagegen nicht

[68] Ibid.: Schreiben der DREE vom 5. 1. 1965 an die Assemblée, Schumann: „D'une manière générale, l'est de l'Europe offre maintenant à notre agriculture un débouché important; il convient de veiller à ce que des précautions soient prises pour éviter que ces exportations de produits agricoles ne nuisent aux exportations de matériel mécanique et électrique prévues dans les accords."

[69] AMAE, RDA 1961–1970, 82: Note der DAEF vom 18. 9. 1964 für die DEU.

[70] Cf. FNSP, Pressedossier, 251/122.

[71] AMAE, RDA 1961–1970, 82: Note der S/DEUC vom 22. 10. 1964 (geheim).

[72] Ibid.: Note der DAEF vom 17. 10. 1964; sowie CAEF, DREE, B 54922: Note der DREE, Wahl, vom 16. 10. 1964 für die DAEF, Quioc.

[73] CAEF, DREE, B 54922: Note der DREE vom 22. 1. 1965 für den Minister.

geändert werden, um der DDR keine Gelegenheit zu bieten, aus der Entwicklung der Handelsbeziehungen politischen Profit zu schlagen.[74] Die Unsicherheit der Situation in der Sowjetunion nach der Ablösung Chruschtschows verbot eine Festlegung auf längere Zeiträume auch in den Beziehungen mit der DDR. In den Verhandlungen versuchte der Leiter der DREE deshalb die ostdeutsche Delegation davon zu überzeugen, dass die DDR in den französisch-ostdeutschen Handelsbeziehungen aufgrund der unmittelbaren Kontakte zum französischen Wirtschaftsministerium deutlich besser gestellt sei als etwa in den italienisch-ostdeutschen Beziehungen. Zwar habe die DDR mit Italien ein mehrjähriges Abkommen geschlossen, dafür handele es sich bei dem französisch-ostdeutschen Abkommen aufgrund seiner alljährlichen Erneuerung aber um ein „quasipermanentes Abkommen", das man zudem von Jahr zu Jahr zu verbessern suche.[75] Dazu zählte 1964 neben der Steigerung des Handelsvolumens auch die Zustimmung zur Eröffnung einer KfA-Vertretung in Lyon.[76] Die DREE habe in den internen Verhandlungen mit dem französischen Außenministerium das Maximum dessen erreicht, was unter den gegebenen politischen Umständen möglich sei. Da das Handeln Frankreichs insbesondere durch die NATO-Mitgliedsstaaten sehr genau beobachtet werde, habe man keinen weiteren Handlungsspielraum.[77] Sämtliche Forderungen der DDR wurden schließlich, nicht zuletzt mit Rücksicht auf die Bundesregierung, auf die Verhandlungen im kommenden Jahr vertagt.[78]

Obwohl aus französischer Sicht mithin nur die übliche Verlängerung des Abkommens vereinbart worden war, ließ die Kritik aus Bonn nicht lange auf sich warten.[79] Besonderen Unmut weckte dabei im französischen Außenministerium

[74] AMAE, RDA 1961–1970, 82: Note der S/DEUC vom 23. 10. 1964 für die DAEF: „D'une façon générale, la direction d'Europe considère que ni la situation politique présente ni les perspectives à court terme n'interdisent d'augmenter dans des limites raisonnables le volume de nos échanges avec l'Allemagne de l'Est. Les autorités de l'Allemagne de l'Est étant toutefois dans la dépendance étroite de l'URSS, l'éviction de M. Khrouchtchev et son remplacement par des personnalités nouvelles font planer sur les intentions soviétiques une incertitude qui interdit toute prévision à plus longue échéance."

[75] CAEF, Trésor, B 55827: Protokoll zu den Verhandlungen über die Erneuerung des Handelsabkommens am 19. 11. 1964 im MinEF: „Vous savez que notre accord est un accord quasi permanent, c'est toujours le même accord, bien que nous nous réunissions tous les ans. Ce système est préférable à celui que vous utilisez avec l'Italie, car, avec nous, ce sont les contacts directs, alors qu'avec les Italiens, vous n'avez de contacts qu'avec des organismes officieux italiens. En fait, il s'agit avec nous d'un accord permanent amélioré tous les ans par des contacts directs et je pense qu'il est difficile d'envisager mieux."

[76] CAEF, DREE, B 54922: Schreiben der DREE, Toutay, vom 22. 12. 1964 an den Conseiller commercial in Bonn.

[77] CAEF, Trésor, B 55827: Protokoll zu den Verhandlungen über die Erneuerung des Handelsabkommens am 19. 11. 1964 im MinEF: „De nombreux pays ont les yeux fixés sur ce que le gouvernement français fait – donc, nous n'avons aucune marge. Je vous prie de croire, que j'ai fait tout ce que j'ai pu et que votre cause a été plaidée du mieux possible, nous regrettons cette situation, mais nous n'y pouvons rien."

[78] AMAE, RDA 1961–1970, 82: Note vom 21. 12. 1964 über den Abschluss der Verhandlungen am 18. 12. 1964.

[79] Als das Auswärtige Amt mit einjähriger Verzögerung von diesem Vorhaben erfuhr, wurde dies als ein „das deutsch-französische Verhältnis berührendes Politikum" bewertet. Es sollte aller Einfluss geltend gemacht werden, um sein Zustandekommen zu verhindern, cf. PA/AA, B 24, 567: Note der Abt. II A 1 vom 28. 4. 1966 an die Abt. III A 1.

der Vergleich mit den USA, Großbritannien und Italien: Alle drei Staaten hatten in letzter Zeit das Handelsvolumen in den Beziehungen mit der DDR beträchtlich erhöht, ohne dass dies zu kritischen Reaktionen aus Bonn geführt hatte. Auf der Suche nach Erklärungen vermutete der französische Botschafter in Bonn, Roland de Margerie, deshalb einen Zusammenhang mit dem französisch-amerikanischen Großprojekt, eine Fabrik zur Herstellung synthetischer Fasern in der DDR zu errichten.[80] Dieses Projekt sorgte auch in den folgenden Monaten für Spannungen zwischen Paris und Bonn. Von der Bonner Opposition wurde offen die Bündnissolidarität der französischen Regierung infrage gestellt. Im *Quai d'Orsay* wollte man seine Zustimmung zu diesem Projekt hingegen nicht von der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik abhängig machen.[81] Auch die in diesem Zusammenhang vorgetragene Forderung der Bundesregierung, der DDR künftig Kreditgarantien generell zu verweigern, wurde zurückgewiesen.[82] Dass die französische Industrie dabei auch in direkter Konkurrenz zu westdeutschen Unternehmen stand und nicht allein politische Erwägungen eine Rolle spielten, zeigt ein Vertrag, den die ostdeutsche WMW Export mit Renault und nicht mit einem westdeutschen Konkurrenten abgeschlossenen hatte.[83] Gegenstand dieses Vertrages über 18 Millionen FF waren Maschinen zur Herstellung von Zylinderköpfen und Zündervorrichtungen sowie von Karosseriepressen. Mehrere bedeutende Verträge mit französischen Firmen befanden sich in der ersten Jahreshälfte 1965 in einem fortgeschrittenen Verhandlungsstadium: unter anderem mit SORICE über eine Fabrik zur Herstellung von Hefe im Wert von 12 Millionen FF, mit SACAM über Dieselmotoren im Wert von 16 Millionen FF sowie mit Fives-Lille-Cail im Wert von 18 Millionen FF.[84] Bei einer Streichung der staatlichen Garantien, wie von der Bundesregierung vorgeschlagen, hätte die französische Industrie das Nachsehen gegenüber der britischen, niederländischen und dänischen, aber auch gegenüber der westdeutschen Konkurrenz gehabt.[85]

Nach der Neuverhandlung des Handelsabkommens für 1966 vermutete das französische Wirtschaftsministerium, dass die ostdeutsche Delegation in diesem Jahr weit hinter ihren Möglichkeiten zurückgeblieben sei, weshalb man sich nun

[80] AMAE, RDA 1961–1970, 82: Note vom 2. 1. 1965: „L'accord prévu n'est que le renouvellement de celui qui a été conclu en 1962 dans les mêmes termes, et tout ce que les représentants de la chambre de commerce à Berlin-Est ont tenté en vue d'obtenir des modifications de droit et de forme qui fussent à l'avantage du gouvernement de Pankow a été rigoureusement écarté par nos soins. Loin d'être un succès pour M. Ulbricht, on peut même dire que sur ce point l'arrangement constitue un échec très net pour lui et pour ses prétentions." Cf. ibid.: Telegramm der DAEF, Quioc, vom 30. 12. 1964 an die franz. Botschaft in Bonn.

[81] Ibid.: Telegramm aus Bonn, d'Aumale, vom 11. 2. 1965: „Ceci étant, il ne m'apparaît pas que nous devions céder aux récriminations que notre décision pourrait susciter."

[82] Ibid.: Telegramm der DAEF, Wormser, vom 9. 2. 1965 an die franz. Botschaft in Bonn: „Il est de toute évidence exclu qu'après avoir garanti pendant des années des crédits ordinaires aux entreprises françaises commerçant avec la RDA le gouvernement français, sauf fait nouveau, change sa position."

[83] Ibid.: Schreiben des GMFB, Winckler, vom 31. 3. 1965 an das MAE, DEU.

[84] Ibid.: Note der DAEF vom 8. 6. 1965.

[85] Ibid.: Note der DAEF vom 21. 5. 1965: „[…] une suppression éventuelle de la garantie gouvernementale mettrait nos entreprises en situation d'infériorité non seulement à l'égard de la concurrence internationale, mais aussi de la concurrence ouest-allemande."

im Außenministerium verstärkt für die Forderung der DDR nach einem Ausbau der KfA-Vertretung in Paris einsetzte.[86] Zwar hatte man der DDR seit dem Abkommen vom Dezember 1962 und infolge der für die Einreise des in West-Berlin stationierten französischen Handelsattachés von der DDR gewährten Erleichterungen verschiedene Zugeständnisse eingeräumt. Die Rückkehr zur personellen Ausstattung der KfA-Vertretung von 1961 erstreckte sich hingegen über mehrere Jahre: Erst im Januar 1965 wurde ein Visum für den siebten Mitarbeiter gewährt.[87]

Das Bemühen der DDR um eine qualitative Verbesserung der Handelsbeziehungen blieb zwar in Frankreich an den entscheidenden Stellen zunächst auch weiterhin ungehört, dafür war das Echo dieser Bemühungen umso deutlicher in der Bundesrepublik zu vernehmen, was Frankreich wiederum nötigte, der Bundesregierung regelmäßig zu versichern, dass sich an den Rahmenbedingungen in den letzten Jahren nichts geändert habe: Nach wie vor gewährte man der DDR keine Kredite mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren. Zwar war man bereit, die im Vergleich mit anderen Ostblockstaaten schlechteren Konditionen für die DDR aufrechtzuerhalten. Eine weitere Benachteiligung wurde jedoch ebenso kategorisch ausgeschlossen.[88] Am 25. Juli 1966 wurde unter Berücksichtigung der westdeutschen Position die Fünf-Jahres-Regel für Kredite schließlich per Resolution für alle NATO-Staaten verbindlich festgeschrieben.

Vor der Erneuerung des Abkommens für das Jahr 1967 stand im Zentrum einer interministeriellen Sitzung erneut die Frage nach der Erhöhung des globalen Handelsvolumens, das sich seit 1961, abgesehen von den Getreidelieferungen, kaum entwickelt hatte. Die Erfüllung des im Vorjahresabkommen vereinbarten Handelsvolumens zu drei Vierteln machte die DDR als Handelspartner dennoch grundsätzlich interessanter als andere Ostblockstaaten.[89] Zwischen dem französischen Wirtschaftsministerium und der für Wirtschaftsfragen zuständigen Abteilung des *Quai d'Orsay* bestand deshalb Einigkeit darüber, dass man bei den anstehenden Verhandlungen mit der DDR in der Frage des Handelsvolumens Konzessionen machen müsse.[90] Damit verbunden war auch die Frage einer Aufhebung

[86] Ibid.: Note der DAEF vom 22. 12. 1965 für die DEU.

[87] AMAE, RDA 1961–1970, 83: Telegramm aus Bonn, d'Aumale, vom 12. 12. 1964 für das GMFB.

[88] AMAE, RDA 1961–1970, 83: Schreiben des MAE, de Beaumarchais, vom 11. 2. 1966 an den Secrétaire d'État au Commerce extérieur: „La France traite donc la zone moins bien que les autres pays de l'Est. Il n'est pas dans ses intentions de la traiter mieux que maintenant à l'avenir, mais il n'est pas possible de revenir en arrière, à moins que tous les autres pays en fassent autant. Je tiens spécialement à ce que cette position, qui répond à des considérations politiques auxquelles j'attache une grande importance, soit strictement maintenue."

[89] CAEF, DREE, B 54922: Note der DREE vom 23. 11. 1966 für den Minister: „Parmi les pays de l'Est européen, la zone est d'Allemagne peut être considérée comme un bon partenaire commercial, en raison notamment des achats de biens d'équipement passés à l'industrie française." Der Gesamtwert dieser Bestellungen wurde auf 404 Millionen FF beziffert.

[90] AMAE, RDA 1961–1970, 85: Note der DAEF vom 14. 11. 1967: „Dans ces conditions la direction économique estime que si nous voulons maintenir nos exportations vers l'Allemagne de l'Est à un niveau raisonnable, nous devons pouvoir répondre plus favorablement cette année aux demandes qui nous sont formulées en ce qui concerne le montant de l'arrangement commercial et éventuellement la libération de certains produits."

der Kontingentierung bestimmter ostdeutscher Produkte bei der Einfuhr nach Frankreich, auf der bislang vor allem das Ministerium für Industrie bestanden hatte. Für das Wirtschaftsministerium lag hier die Ursache für die als unzureichend bewertete Entwicklung der Handelsbeziehungen mit der DDR, die auf die rigide Kontingentierung ihrer Exporte mit einer Reduzierung ihrer Bestellungen reagiert habe.[91] Eines der wichtigsten Verhandlungsergebnisse war daher die Aufhebung der Kontingentierung bei 75% aller für den Import vorgesehenen ostdeutschen Produkte. Dennoch blieb ein gradueller Unterschied zum Handel mit den anderen Ostblockstaaten bestehen.[92]

Bei den Verhandlungen kam es aufgrund des komplizierten Prozederes immer wieder zu Verzögerungen: Einzig autorisierter Unterhändler der französischen Seite war ein Vertreter der DREE, der jede Anfrage der DDR jedoch zunächst den zuständigen Ministerien unterbreiten musste. Erfreut stellte man fest, dass die ostdeutsche Seite sich im Unterschied zu den Verhandlungen früherer Jahre weniger um eine formelle Besserstellung der DDR in den Handelsbeziehungen als vielmehr in realistischer Weise um deren Ausbau bemühte.[93] So hatte sie nach langen Diskussionen erneut ihre Forderung nach einer längeren Vertragslaufzeit des Abkommens fallen lassen. Die französische Seite hatte im Gegenzug einer Erhöhung des Handelsvolumens, der weiteren Aufhebung von Kontingenten und der Aufstockung des Personals der KfA-Vertretung in Paris von acht auf zehn Mitarbeiter zugestimmt sowie eine zügigere Ausstellung von Lizenzen für die Einfuhr ostdeutscher Produkte nach Frankreich in Aussicht gestellt.[94] Insgesamt erhoffte man sich von diesen substanziellen Verbesserungen auf französischer Seite einen Auftrieb für die Handelsbeziehungen, befördert auch durch das Ende der Getreidelieferungen, da die DDR die freigewordenen Devisen nunmehr für andere Bestellungen in Frankreich nutzen konnte.[95] Nach dem Abschluss eines weiteren Vertrages mit Renault über die Lieferung von Material für die ostdeutsche Automobilindus-

[91] CAEF, DREE, B 54922: Note der DREE vom 23. 11. 1966 für den Minister: „Il semble bien que le déclin de nos exportations réalisées cette année-là [1964 – Ch. W.] soit la conséquence de la déception éprouvée par l'Allemagne de l'Est de n'avoir pu obtenir la possibilité d'accroître substantiellement ses ventes sur le marché français, malgré l'importance des commandes passées en 1961 et en 1962. Pour réduire le déficit des échanges, ce pays n'avait plus d'autre solution que de réduire ses achats. Plutôt que de maintenir la conditionnalité, il paraît donc préférable de prévoir l'augmentation des possibilités de ventes de l'Allemagne de l'Est dans notre pays: c'est le plus sûr moyen d'éviter que ce pays ne soit amené à nouveau à réduire ses achats en France afin d'atténuer le déséquilibre des échanges."

[92] AMAE, RDA 1961–1970, 85: Note der DAEF vom 3. 1. 1967.

[93] CAEF, DREE, B 54922: Note der DREE, Valls, vom 21. 12. 1966 für den Minister: „La caractéristique essentielle de ces négociations paraît être le fait que la délégation est-allemande a déclaré dès le début qu'elle estimait que l'accroissement des échanges entre les deux pays paraissait possible dans le cadre bilatéral actuel."

[94] AMAE, RDA 1961–1970, 85: Note der DAEF vom 12. 12. 1966.

[95] CAEF, DREE, B 54922: Note der DREE, Valls, vom 21. 12. 1966 für den Minister: „En conclusion, il est apparu que cet arrangement est considéré du côté allemand comme la marque de notre volonté de développer des échanges économiques et comme le moyen de réaliser effectivement cet objectif, grâce aux possibilités supplémentaires de vente qui sont données aux produits de l'Allemagne de l'Est sur le marché français."

trie noch während der laufenden Verhandlungen im Dezember 1966 wurde der ostdeutschen Delegation als Dreingabe eine weitere Steigerung des Handelsvolumens für die Jahre 1968 und 1969 im Geheimen zugesichert.[96]

Nichts zu unternehmen, was das Misstrauen der Bundesrepublik wecken konnte, blieb für den *Quai d'Orsay* weiterhin oberstes Gebot in den Handelsbeziehungen mit der DDR.[97] Dies zeigte sich etwa bei der Frage der Überlassung von Lizenzen für die Herstellung von Rechnern. Mit dem Verweis auf verschiedene Präzedenzfälle im Ost-West-Handel wurde einem entsprechenden Vertrag seitens der politischen Abteilung zunächst zugestimmt.[98] Wenige Tage später legte jedoch der Minister persönlich sein Veto ein: Es wurde befürchtet, dass man der DDR einen technologischen Vorsprung von zwei Jahren einräume; vor allem aber würde der französische Gewinn von 50 Millionen FF es nicht rechtfertigen, sich gegenüber der Bundesrepublik in eine derart heikle Situation zu manövrieren.[99]

Im Vorfeld der Verhandlungen für die Erneuerung des Handelsabkommens Ende 1967 setzte sich die Abteilung für Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten des französischen Außenministeriums nachdrücklich dafür ein, der DDR erneut gewisse Konzessionen zu gewähren, ohne dabei die grundsätzliche Haltung aufzugeben.[100] Hintergrund war eine Verdreifachung des globalen Volumens in den italienisch-ostdeutschen Handelsbeziehungen im vorangegangenen Jahr. In diesem Zusammenhang beklagten offizielle Stellen in Frankreich die Diskrepanz zwischen dem Stellenwert der ostdeutschen Industrie im weltweiten Vergleich und der Realität der französisch-ostdeutschen Handelsbeziehungen. Abgesehen von den Getreidelieferungen hatte es zwar seit 1961 eine gewisse Stabilität in den Handelsbeziehungen gegeben, eine echte Entwicklung blieb jedoch aus. Es war allerdings gerade diese Stagnation im Vergleich zur Entwicklung der Handelsbeziehungen anderer westeuropäischer Staaten mit der DDR, die verstärkt das Interesse der französischen Wirtschaft am bislang ungenutzten Potenzial des ostdeutschen

[96] AMAE, RDA 1961–1970, 83: Undatiertes Schreiben der Services commerciaux français en Allemagne an die KfA (vertraulich): „Je suis en mesure de vous confirmer nos entretiens à ce sujet. Si l'évolution de nos échanges continue à se développer favorablement, les autorités françaises s'efforceront de maintenir, voire d'augmenter en 1968 et 1969 le montant de l'arrangement de 1967."

[97] Wie groß das Misstrauen der Bundesrepublik gegenüber den französisch-ostdeutschen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen tatsächlich war, zeigen Noten des Auswärtigen Amts, cf. zum Beispiel PA/AA, B 24, 608: Note der Abt. III A 6 vom 9. 1. 1967; Kritik wurde insbesondere an der Lieferung von Anlagen geübt. Die zur Absicherung dieser Lieferungen notwendigen Kredite wurden als Gefahr für die bundesdeutsche Deutschlandpolitik bewertet.

[98] AMAE, RDA 1961–1970, 83: Note der S/DEUC, Puaux, vom 9. 1. 1967 für die DAEF, Jordan.

[99] Ibid.: Note vom 19. 1. 1967 sowie eine Note von Brunet vom 24. 1. 1967 für de Courson/Prunet-Foch: „Le ministre est hostile à la vente à la RDA de calculateurs et de licences pour la fabrication de ces calculateurs."

[100] Ibid.: Note der DAEF, de Courson, vom 13. 11. 1967 für die DEU: „La direction des Affaires économiques et financières estime que ces relations commerciales seraient plus faciles à développer si nous adoptions, sans changer notre position de principe, quelques assouplissements dans notre attitude, comme l'ont d'ailleurs fait dans certains cas nos partenaires occidentaux, notamment l'Italie."

Marktes weckte. Entsprechend hoch waren auf ostdeutscher Seite die Erwartungen an die französische Kompromissbereitschaft.[101] Für den *Quai d'Orsay* stellte sich erneut die Frage nach den politisch tragbaren Konzessionen, die man der DDR in diesem Jahr unter Beibehaltung des formellen Rahmens einräumen könnte.[102] Die aus wirtschaftlicher Sicht interessanteste und sinnvollste Neuerung hatten Italien sowie die Bundesrepublik[103] bereits durchexerziert: Die von der DDR schon seit einigen Jahren auch von Frankreich geforderte Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Handelsabkommens auf zwei Jahre. Nach langen und schwierigen Verhandlungen einigte man sich im Dezember 1967 auf eine Erhöhung des Handelsvolumens und eine Ausweitung der Vertragsdauer auf zwei Jahre.[104] Daneben profitierte die DDR von der Aufhebung weiterer Kontingente. Diese Aufhebung galt für 590 von insgesamt 678 Zollposten. Von besonderer psychologischer Bedeutung war dabei für die DDR die mit diesem Schritt vollzogene Gleichstellung mit den anderen Ostblockstaaten.[105] Die neue Vertragslaufzeit wurde mit dem westdeutschen Präzedenzfall begründet. Dass es dabei tatsächlich nur um eine administrative Verbesserung und nicht um eine politische Aufwertung der Handelsbeziehungen ging, zeigt sich an der Verwendung des 1962 geschlossenen Abkommens als Vertragsgrundlage.[106] Dennoch beschloss man, die Bundesregierung erst nach Abschluss der Verhandlungen von dieser Neuerung in Kenntnis zu setzen.[107]

Wie schon in früheren Jahren von der DREE angestrebt, wollte man der DDR auch hinsichtlich der KfA-Vertretung in Paris entgegenkommen (in Bezug auf die Anzahl des zugelassenen Personals, die Bezeichnung und das Visa-Prozedere für Mitarbeiter). Die politische Abteilung des französischen Außenministeriums gab ihr Einverständnis dann allerdings lediglich zur Beschleunigung des Visa-Prozederes. Die personelle Aufstockung wurde an die weitere Steigerung des Handelsvolumens geknüpft; eine Ausschreibung des Kürzels „RDA", wie in anderen westeuropäischen Ländern bereits üblich, wurde abgelehnt. Grundsätzlich zweifelte die politische Abteilung jedoch am kommerziellen Hintergrund dieser Forderun-

[101] AMAE, RDA 1961–1970, 85: Note der DAEF vom 20. 11. 1967 für die DEU: „Du côté français, il semble que cette évolution, plus lente, soit gênée par nos hésitations à assouplir des dispositions anciennes."

[102] Ibid.: Note der DAEF vom 12. 10. 1967 für die DEU: „En résumé, tout en maintenant le même cadre formel, nous cherchons, comme l'an dernier, les moyens d'arriver à un meilleur développement de nos échanges."

[103] Im Auswärtigen Amt rechnete man damit, dass jede Verbesserung in den innerdeutschen Beziehungen eine Verbesserung in den französisch-ostdeutschen Beziehungen nach sich ziehe, cf. PA/AA, B 24, 608: Aufzeichnung der Abt. I A 3 vom 24. 2. 1967.

[104] CAEF, DREE, B 54922: Note der DREE, van Ruymbeke, vom 5. 1. 1968 an den Conseiller commercial in Bonn: „Ces différents aménagements constituent un progrès sensible dans l'évolution de nos relations commerciales avec l'Allemagne orientale."

[105] Ibid.: Note der DREE, Chapelle, vom 26. 12. 1967 für den Minister.

[106] AMAE, RDA 1961–1970, 85: Note der DAEF vom 28. 12. 1967 für die S/DEUC, Pagniez: „Le renouvellement de l'arrangement commercial avec l'Allemagne de l'Est a donc été effectué comme il avait été prévu: des améliorations administratives ont été recherchées et accordées, mais toutes concessions ayant un caractère politique ont été évitées."

[107] Ibid.: Note der S/DEUC vom 1. 12. 1967.

gen.[108] Weiter gehende Konzessionen bei dieser Gratwanderung zwischen politischen und wirtschaftlichen Interessen sollten nur im Rahmen dessen gewährt werden, was in anderen Staaten bereits gängige Praxis war. Wenig später wurden die Botschaften in allen westeuropäischen Staaten, mit denen Frankreich auf dem ostdeutschen Markt in Konkurrenz stand, aufgefordert, Informationen über die vor Ort gültigen Spielregeln für die Handelsbeziehungen mit der DDR zu sammeln. Dies sollte möglichst im Stillen geschehen, um in der Bundesrepublik keine weiteren Befürchtungen zu wecken.[109]

Während die bilateralen Abkommen regelmäßig eine beträchtliche Steigerung des Handelsvolumens ausweisen, entwickelte es sich gemäß den Statistiken des französischen Zolls in sehr viel bescheidenerem Umfang. Zwischen 1961 und 1965 war das globale Handelsvolumen, abgesehen von den bereits erwähnten Getreidelieferungen, Schwankungen in einem begrenzten Rahmen unterworfen. Erst zwischen 1965 und 1966 lässt sich eine tatsächliche Steigerung um 75% feststellen, die aber zum größten Teil auf den französischen Exporten basierte. Es waren jedoch vor allem die in den Verträgen ausgewiesenen Summen, die westdeutsche Diplomaten dazu brachten, im *Quai d'Orsay* regelmäßig nach dem Stand der französisch-ostdeutschen Handelsbeziehungen zu fragen.[110] Unerwähnt blieben in diesen Gesprächen die noch sehr viel weiter gehenden westdeutschen Befürchtungen, Frankreich werde parallel zu den Handelsbeziehungen auch seine politischen Beziehungen mit der DDR normalisieren.[111]

Tatsächlich bestand zwischen dem in den Abkommen vertraglich fixierten globalen Handelsvolumen, welches in erster Linie das Interesse am Ausbau der Handelsbeziehungen zum Ausdruck brachte, und dem tatsächlich realisierten Warenaustausch eine beträchtliche Diskrepanz. Im Herbst 1968 stellte man in Paris resigniert fest, dass in der Sparte Maschinen und Industrieanlagen von den sich auf ein Gesamtvolumen von einer Milliarde FF belaufenden Projekten der vergangenen vier Jahre weniger als 20% realisiert worden waren. Weitere Konzessionen

[108] AMAE, RDA 1961–1970, 83: Note der S/DEUC vom 27. 11. 1967 für die DAEF: „D'une façon générale, la direction d'Europe s'interroge sur la portée commerciale d'éventuelles modifications qui pourraient être apportées aux règles que nous avons observées jusqu'ici en ce qui concerne le traitement en France des Allemands de l'Est. […] C'est semble-t-il sur la base d'une telle étude que l'on pourrait tenter de définir le rôle respectif des considérations d'ordre politique et d'ordre commercial dans l'orientation des courants d'échanges extérieurs de l'Allemagne orientale."

[109] AMAE, RDA 1961–1970, 84: Schreiben der DAEF, Prunet-Foch, vom 11. 1. 1968 an die franz. Botschaften in Bern, Brüssel, Kopenhagen, La Haye, London, Rom, Stockholm und Washington: „Cette importance économique [der DDR – Ch. W.] incite notre pays à développer ses échanges commerciaux et ses ventes de biens d'équipement. Mais l'évolution de ces relations économiques doit tenir compte de notre position de principe et nous devons éviter toute concession qui pourrait avoir une incidence politique."

[110] AMAE, Entretiens et messages, 29–31: Gespräche zwischen Brunet und Lahr am 9. 1., 21. 8. und 2. 11. 1967; sowie AMAE, RDA 1961–1970, 83: Note der DAEF vom 7. 9. 1967 für Brunet.

[111] Die französische Botschaft in Bonn konstatierte, dass entsprechende Äußerungen von der westdeutschen Presse kolportiert worden waren, cf. AMAE, RDA 1961–1970, 84: Telegramm aus Bonn, Seydoux, vom 1. 5. 1968; sowie ibid.: Note der DAEF vom 3. 5. 1968.

wurden deshalb an die Unterzeichnung weiterer Verträge geknüpft.[112] Rechtzeitig vor der Vervollständigung des Handelsabkommens für die Jahre 1968 und 1969 wurden zwei Verträge mit einem Gesamtwert von 325 Millionen FF unterzeichnet.[113] Wie zu erwarten, beflügelte dieser Erfolg für die französische Industrie die anstehenden Verhandlungen im Januar 1969 in Paris. Man setzte sich seitens der französischen Industrie sogar dafür ein, dass die ostdeutsche Delegation von Gerhard Beil, stellvertretender Minister für Außenhandel, geleitet werden konnte, obwohl nach gültigem TTD-Reglement die Reise eines DDR-Vertreters von diesem Rang in einen NATO-Staat nicht gestattet war. Es wurde seine besondere Rolle für die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen beiden Staaten hervorgehoben und darauf gedrungen, dass, wenn seine Reise unter den aktuellen Gegebenheiten nicht möglich sei, er wenigstens als Erster von den Veränderungen profitieren solle.[114] Veränderungen, von denen man offensichtlich annahm, dass sie in absehbarer Zeit eintreten würden.

## 2. Die Leipziger Messe und das französische Interesse an der DDR als Handelspartner

1950 schätzte man im französischen Wirtschaftsministerium, dass sich der Handel mit jenem Teil Deutschlands, der nun der DDR entsprach, vor 1939 auf 25 Millionen US-Dollar an französischen Exporten und auf 15 Millionen US-Dollar an deutschen Importen belaufen habe. Im Gegensatz zu allen anderen Teilen Deutschlands fielen hier die Importe traditionell geringer aus als die Exporte.[115] Mit der allmählichen Erholung der ostdeutschen Wirtschaft wuchs das französische Interesse an einem Abkommen mit der DDR. Aus Sicht des Ministeriums bestand ein gewisses Interesse an Produkten wie Grubenholz, Ziegelsteinen oder Chlor, die man in der DDR kaufen könne.[116] Es war die französische Politik, die die Initiative ergriff und sich zu Beginn der 1950er Jahre für die Handelsbeziehungen mit der DDR und auch für eine repräsentative französische Beteiligung an der Leipziger Messe engagierte. Als größtes Hindernis für den Handel mit der DDR wurde dabei der mangelnde Unternehmergeist der französischen Wirtschaft

[112] Ibid.: Note der DAEF vom 27. 9. 1968.
[113] Ibid.: Note der DAEF vom 19. 12. 1968 für die DEU.
[114] Ibid.: Note der ENSA vom 5. 2. 1969 für Prunet-Foch: „La brillante carrière de Monsieur Beil au ministère du Commerce extérieur a été très étroitement associée à l'idée d'un rapprochement économique avec la France. Monsieur Beil a joué et joue ouvertement la carte du rapprochement français, contre les partisans des relations économiques avec d'autres pays de l'Ouest (y compris l'Allemagne fédérale). Monsieur Beil a donc besoin, vis-à-vis de ses supérieurs, de montrer qu'il jouit d'un certain crédit en France. Une des preuves serait que Monsieur Beil soit le premier vice-ministre de l'Allemagne de l'Est à venir en France."
[115] CAEF, Trésor, B 55827: Note der DREE, Filippi, vom 29. 4. 1950 für den Minister.
[116] Ibid.: Note der DREE, Clappier, vom 9. 10. 1951 für den Minister: „L'amélioration de nos échanges avec l'Allemagne de l'Est ne manquerait pas, dans les circonstances présentes, d'un certain intérêt car nous pourrions acheter dans ce pays des produits qui nous sont nécessaires tels que: bois de mines, briquettes, chlore, etc."

angesehen. Dennoch waren nach dem Zweiten Weltkrieg auch französische Firmen unter den ersten regelmäßigen Ausstellern in Leipzig.

## Die Messe als Kontaktbörse und das politische Interesse

Die Leipziger Messe war vor dem Zweiten Weltkrieg nicht nur eine der wichtigsten Messen auf dem europäischen Kontinent, sie war vor allem einer der bedeutendsten Umschlagplätze im Ost-West-Handel. Unter den politischen Rahmenbedingungen der Nachkriegsjahrzehnte erhielt diese Funktion der Messe eine völlig neue Dimension. Aufgrund der Beruhigung der Situation in Deutschland nach der Schaffung beider deutscher Staaten stellte eine Teilnahme von Vertretern der französischen Industrie an der Frühjahrsmesse in Leipzig 1950 anders als noch 1949 aus Sicht des *Quai d'Orsay* kein Problem dar.[117] Die so entstandene Möglichkeit allein hatte jedoch noch keine umfassende Beteiligung französischer Firmen zur Folge. Der für die Handelsbeziehungen mit Deutschland zuständige Bernard Lefort bat deshalb die DREE, bei potenziellen Interessenten dafür zu werben. Man könne den ostdeutschen Markt nicht aufgrund vorübergehender politischer Rahmenbedingungen ignorieren, sondern müsse vielmehr für die Zeit nach der Wiedervereinigung Vorbereitungen treffen. Die westeuropäische Konkurrenz habe dies schon längst begriffen.[118]

Für die in Deutschland tätigen französischen Diplomaten lag der besondere Reiz, an dieser Messe teilzunehmen, in der sich dadurch bietenden Möglichkeit, etwas über jenen Teil Deutschlands zu erfahren, dessen Entwicklung ansonsten weitgehend unbemerkt ablief.[119] Darüber hinaus bot die Leipziger Messe der französischen Außenpolitik auch eine der äußerst raren Gelegenheiten zu kulturpolitischen Aktivitäten in der DDR. Seit 1950 war die *Association nationale du livre français à l'étranger* mit einem Stand französischer Bücher und Zeitschriften, insbesondere wissenschaftlicher Fachliteratur, vertreten. Unterstützt und koordiniert wurde diese Präsenz durch die in Mainz ansässige Kulturabteilung des Hohen Kommissars in der Bundesrepublik. Der gewünschte Erfolg konnte mit bis zu 2000 Besuchern täglich allerdings erst im Herbst 1953 erzielt werden, was man

[117] AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne de l'Est, 730, f. 003 ff.: Schreiben der S/DEUC vom 2. 3. 1950 an den Commissaire général aux Affaires allemandes et autrichiennes.

[118] CAEF, DREE, B 55282: Schreiben des Conseiller commercial in Bonn, Lefort, vom 26. 3. 1952 an das MinEF, DREE: „Je me permets d'insister pour que des maisons françaises participent à cette manifestation. Il n'est pas bon de rester à l'écart d'un marché sous prétexte que des conditions politiques, au reste provisoires, semblent conseiller l'abstention. Quand l'Allemagne sera réunifiée, ceux qui auront vécu ces années-ci en zone orientale se souviendront avec reconnaissance de ceux qui sous une forme quelconque auront été présents chez eux pendant les années difficiles. Nos concurrents occidentaux l'ont compris depuis longtemps."

[119] AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne de l'Est, 730, f. 040 ff.: Schreiben des GMFB, Berlin, vom 31. 3. 1951 an das MAE, DEU: „[…] étant donné l'atmosphère relativement secrète dans laquelle vit la DDR et le désir des dirigeants communistes d'utiliser l'évènement à des fins de propagande politique, cette semaine offrit l'occasion d'observer le développement actuel de l'Allemagne de l'Est et de déterminer approximativement les desseins de ses dirigeants."

sich mit dem Tod Stalins und den Nachwirkungen des 17. Juni erklärte. Hätte es keine Devisenprobleme gegeben, so wurde gemutmaßt, hätte man die Auslagen des Standes mehrmals täglich verkaufen können. Unterstützt von der Kulturabteilung des *Quai d'Orsay*, wurde daraufhin die Teilnahme an Frühjahrs- und Herbstmesse angeregt.[120]

Der Grad der Beteiligung an der Leipziger Messe war immer auch ein Indikator für den aktuellen Zustand der Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR. So spiegelte sich etwa die gute Stimmung in den Handelsbeziehungen nach Unterzeichnung des ersten inoffiziellen Abkommens im Dezember 1953 auch im Empfang, den man den Vertretern Frankreichs bei der Messe im September des folgenden Jahres bereitete. Der Handelsrat der französischen Botschaft in Bonn war Ehrengast der Kammer für Außenhandel und die französische Fahne wurde vor allen anderen westeuropäischen Fahnen gehisst.[121] Aber nicht nur die DDR zeigte ein gesteigertes Interesse an der französischen Teilnahme. Auch der französische Handelsrat drängte auf einen Ausbau der französischen Präsenz in Leipzig: Als Ansporn solle die britische Messepräsentation dienen.[122] Der einige Jahre zuvor bestehende Vorsprung Frankreichs gegenüber der westeuropäischen Konkurrenz auf dem ostdeutschen Markt sei durch die mangelnde Risikobereitschaft französischer Unternehmer in nur wenigen Jahren verspielt worden.

Mit zunehmender Bedeutung der Messe für die RWG-Staaten wuchs, ungeachtet der für die französische Wirtschaft noch recht geringen Ausbeute, auch das Interesse der französischen Diplomaten. Roland de Margerie wies deshalb 1954 darauf hin, dass man notwendigerweise zwischen der psychologischen Bedeutung dieser Messe und den tatsächlichen Ergebnissen unterscheiden müsse. Leipzig könne als Messestandort an seine Funktion als Handelsplatz zwischen Ost und West aus Vorkriegszeiten anknüpfen.[123] Aber die neuen Universalmessen im Frühjahr und Herbst waren mehr als reine Warenumschlagplätze. An die Traditionen der großen Messen des Mittelalters anknüpfend, böten sie, so Bernard Lefort, in erster Linie die Gelegenheit zu Kontakten aller Art und insbesondere zwischen Staaten, die aus politischen Gründen gehalten seien, sich gegenseitig zu ignorieren.[124]

[120] AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne de l'Est, 733, f. 009ff.: Note der DRC vom 1. 10. 1953 für die DEU, de Margerie, mit einem Bericht der Association nationale du livre français à l'étranger über die Teilnahme an der Herbstmesse 1953.

[121] AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne de l'Est, 731, f. 222ff.: Undatierte Note des Conseiller commercial, Lefort, über die Herbstmesse 1954: „Un rang de choix, le plus haut, nous avait été réservé dans la hiérarchie des sympathies occidentales de la République démocratique […]."

[122] Ibid.: „Il y a là un exemple que nous ferions bien de méditer. […] À côté de la présentation britannique, les exposants français, trop dispersés, moins dynamiques que leurs concurrents anglais, n'ayant pas su assez conjuguer leurs efforts, ont fait une impression qui n'était pas en rapport avec la surface totale occupée, nettement plus vaste que celle réservée par les Britanniques."

[123] AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne de l'Est, 731, f. 185ff.: Schreiben der franz. Botschaft in Bonn, de Margerie, vom 21. 9. 1954 an das MAE, DEU.

[124] Ibid., f. 222ff.: Undatierte Note des Conseiller commercial, Lefort, über die Herbstmesse 1954: „Elle maintient la tradition des grandes foires du Moyen Âge. Elle constitue, en particulier, une place où des contacts utiles sont établis entre pays dont les gouvernements sont contraints, pour des raisons politiques, de s'ignorer."

Da man großen Wert auf die Teilnahme an einer in der DDR stattfindenden Messe legte, war es auf Dauer schwierig, der DDR die Teilnahme an französischen Messen, allen voran an der Pariser Messe, zu verweigern. Die Teilnahme ostdeutscher Aussteller an der Pariser Frühjahrsmesse 1953 konnte mit einem Verweis auf den zu spät gestellten Antrag noch verhindert werden, die Forderung der DDR nach Reziprozität beschäftigte den *Quai d'Orsay* während des gesamten folgenden Jahres.[125] Auf der Suche nach einer Lösung hielt man auch Rücksprache mit den westeuropäischen Partnern. Ein Zugeständnis in dieser Angelegenheit wurde schließlich als unumgänglich erachtet, um die eigene Teilnahme in Leipzig nicht zu gefährden. Es war vermutlich kein Zufall, dass das französische Außenministerium seine Zustimmung für die Teilnahme ostdeutscher Aussteller an der Pariser Frühjahrsmesse 1954 am 9. Dezember 1953 erteilte – jenem Tag also, an dem nach fast zweijähriger Verhandlungsdauer auch das erste Handelsabkommen zwischen Frankreich und der DDR unterzeichnet wurde.[126] Im folgenden Jahr waren erstmalig einzelne ostdeutsche Aussteller auf der Messe vertreten. Eine Anfrage der DDR hinsichtlich einer offiziellen Vertretung auf der Messe wurde allerdings auch in den folgenden Jahren abgelehnt.[127] Zur Pflege der Kontakte setzte sich der Handelsrat der französischen Botschaft 1955 deshalb für einen Besuch des Leiters der Kammer für Außenhandel der DDR auf der Pariser Messe ein.[128]

1955 erreichte die französische Präsenz auf der Leipziger Messe eine neue Qualität, obwohl auch in diesem Jahr einige Stände französischer Aussteller vom Handelsrat als ungenügend bewertet wurden. Zum ersten Mal seit Kriegsende war Frankreich mit einem eigenen Pavillon vertreten. Auf insgesamt 3000 Quadratmetern stellten unter anderem Renault, die Seidenindustrie aus Lyon sowie die elektrotechnische Industrie aus. Erstmals waren auch französische Journalisten zugegen. Aber auch dieses Mal scheint die britische Konkurrenz bei der Eroberung fernöstlicher Märkte in Leipzig erfolgreicher gewesen zu sein: Mit Informationsmaterial in chinesischer Sprache hatte der britische Pavillon zahlreiche Besucher aus China angezogen.[129] Tatsächlich reichte auch das französische Interesse an der Leipziger Messe weit über das Interesse am Handel mit der DDR hinaus. Leipzig war in den 1950er Jahren vor allem das Tor zu Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit ganz Osteuropa, der Sowjetunion und selbst mit China.

Der Besuch der Leipziger Messe durch französische Diplomaten wurde selbst von der französischen Botschaft in Bonn inzwischen als Notwendigkeit angese-

[125] AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne de l'Est, 730, f. 169ff.: Note der S/DEUC, Sauvagnargues, vom 9. 5. 1953 für die DAEF.

[126] AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne de l'Est, 733, f. 027: Note der S/DEUC vom 9. 12. 1953 für die DAEF.

[127] Ibid., f. 040f.: Note der DAEF vom 26. 10. 1954 für die DEU sowie Note der S/DEUC vom 29. 10. 1954 für die DAEF.

[128] AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne de l'Est, 732, f. 106: Schreiben des Conseiller commercial der franz. Botschaft in Bonn, Lefort, vom 13. 5. 1955 an den Commissaire général du Comité permanent des foires à l'étranger.

[129] Ibid., f. 164ff.: Bericht des GMFB vom 5. 4. 1955 über die Leipziger Messe.

hen.[130] André François-Poncet ging es einerseits um Kontakte zu Politikern aus den Ostblockstaaten, die bei dieser Gelegenheit in entspannter Atmosphäre geknüpft werden konnten, und andererseits um die Möglichkeit, die Entwicklung der DDR aus der Nähe betrachten zu können.[131] Wäre es nur um den Handel mit der DDR gegangen, wäre das Interesse an der Messe tatsächlich äußerst gering gewesen.[132] Aber gerade wegen der genannten sekundären Motivationen bestand auch weiterhin ein vitales Interesse am Ausbau des bilateralen Handels zwischen beiden Staaten: Für eine gute Ausgangsposition auf der Leipziger Messe erschien ein gewisses Engagement in den bilateralen Handelsbeziehungen als unabdingbar. Die von der DDR anlässlich der Messe offen geäußerte Kritik am zu geringen Handelsvolumen wurde deshalb als Aufforderung zum Handeln unmittelbar nach Paris an die zuständigen Ministerien weitergeleitet.[133]

Reisen zur Leipziger Messe erfreuten sich Mitte der 1950er Jahre bei französischen Diplomaten offensichtlich derart großer Beliebtheit, dass sich Maurice Couve de Murville als neuer Botschafter sogar genötigt sah, die Beteiligung auf die absolut notwendigen Personen zu beschränken.[134] Nachdem die Sowjetunion der DDR Ende 1957 die Befugnis übertragen hatte, Visa für die Einreise auf ihr Territorium selbst auszugeben, stellte sich die Frage der Teilnahme offizieller Persönlichkeiten und Beamten gelegentlich der Leipziger Frühjahrsmesse 1958 grundsätzlich neu. Das Außenministerium genehmigte nunmehr lediglich die Reise der für die Handelsbeziehungen unverzichtbaren Vertreter halbstaatlicher Institutionen wie etwa des CNCE.[135] Eine vollständige und dauerhafte Ablehnung von Reisen offizieller Vertreter nach Leipzig erschien allerdings selbst der politischen Abteilung des *Quai d'Orsay* als grundsätzlich abträglich für die französi-

[130] AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne de l'Est, 733, f. 051 ff.: Schreiben der franz. Botschaft in Bonn, de Margerie, vom 18. 3. 1955 an das MAE, DEU: „Du moins Leipzig est-il maintenant un rendez-vous classé."

[131] AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne de l'Est, 732, f. 134 f.: Schreiben der franz. Botschaft in Bonn, François-Poncet, vom 30. 9. 1955 an das MAE, DAEF: „La Foire de Leipzig, excellent poste d'observation de l'évolution de l'Allemagne orientale, est également un point de contact très intéressant avec les pays de l'Est. À ce double titre, il est nécessaire que la France participe largement à chacune de ces manifestations. Le programme de notre Comité permanent des foires et expositions à l'étranger devrait tenir tout particulièrement compte de cette nécessité."

[132] Ibid., f. 136 ff.: Bericht des Conseiller commercial der franz. Botschaft in Bonn, Lefort, vom 30. 9. 1955 über die Herbstmesse 1955: „Si la Foire de Leipzig se bornait à être un point de contact commercial avec l'Allemagne de l'Est, dont les possibilités économiques restent limitées, tant par la nature que par la volonté de son occupant, l'attrait de cette manifestation serait mince."

[133] Ibid.: „Pour sa part, le gouvernement de la République démocratique, par la bouche de M. Rau, s'est plaint à juste titre de l'insuffisance du commerce avec la France et a manifesté tout spécialement son vif désir de l'intensifier. Si nous n'étions pas convaincus que nous avons, moyennant certaines précautions, une place à prendre ou à garder dans le monde oriental et un rôle à y jouer, les avances qui nous sont ainsi faites nous le prouveraient."

[134] AMAE, RDA 1956–1960, 20, f. 012: Telegramm aus Bonn, Couve de Murville, vom 15. 2. 1957 für das GMFB.

[135] CAEF, Trésor, B 55827: Schreiben des MAE, DAEF, vom 19. 2. 1958 an das MinEF, Kabinett.

schen Interessen.[136] Zu einer Veränderung der französischen Position kam es indes in den folgenden Jahren nicht, da Großbritannien und die USA auch weiterhin auf offizielle Vertreter in Leipzig verzichteten. Als größter Nachteil, den das Ausbleiben eines solchen Vertreters in Leipzig mit sich brachte, wurde die dadurch provozierte intensivere Zusammenarbeit der französischen Aussteller mit der KfA-Vertretung in Paris angesehen, deren Position langfristig gestärkt werden würde. Dieses Argument sei jedoch, so François Seydoux, zu vernachlässigen, vor allem da die Leipziger Messe im Handel mit den osteuropäischen Staaten allmählich ihren exklusiven Charakter verliere.[137]

Während die DREE bemüht war, interessierte Vertreter der französischen Wirtschaft von einer Teilnahme an der Messe abzubringen, bauten britische und belgische Unternehmer ihre Präsenz aus. Um den Wettbewerbsnachteil für Frankreich möglichst gering zu halten, wurde die politische Abteilung des *Quai d'Orsay* aufgefordert, eine gemeinsame Position der Westmächte herbeizuführen, um damit wieder ein Gleichgewicht herzustellen.[138] Dieses Unterfangen scheiterte jedoch an Großbritannien, da die britische Regierung keine Möglichkeit fand, den britischen Ausstellern eine Teilnahme zu untersagen.[139] Nachdem Frankreich bei dem Versuch, einen generellen Boykott der Leipziger Messe durch die NATO-Mitglieder zu erwirken, dementsprechend am britischen Veto gescheitert war, sah man die Verantwortung dafür nun bei der Bundesrepublik.[140] Es überrascht nicht, dass Großbritannien auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1961 unter den Ausstellern aus kapitalistischen Staaten am stärksten vertreten war. Die von Frankreich geforderten Sanktionsmaßnahmen hinsichtlich der Teilnahme westlicher Staaten an der Leipziger Messe beziehungsweise der Teilnahme der DDR an Messen in westlichen Staaten blieben somit aus – sie wären nur im Falle uneingeschränkter Solidarität möglich gewesen.

Der französische Handelsattaché in Berlin bedauerte umso mehr die kategorische Entscheidung der französischen Außenpolitik, auf einen Pavillon bei der Frühjahrsmesse zu verzichten. Um die Auswirkungen dieser Entwicklung auf die sich gleichzeitig gut entwickelnden Handelsbeziehungen möglichst gering zu hal-

[136] AMAE, RDA 1956–1960, 20, f. 018: Telegramm der S/DEUC, Jurgensen, vom 12. 2. 1958 an die franz. Botschaft in Bonn: „On peut, cependant, se demander s'il sera toujours souhaitable à l'avenir de n'envoyer aucun officiel à Leipzig. Le département et d'autres ministères ne peuvent négliger le fait que la France a depuis plusieurs années une représentation importante à la Foire et que les habitudes qui régissent nos relations avec l'étranger en matière de commerce extérieur nécessitent parfois le déplacement de quelques fonctionnaires. Une abstention totale et indéfinie de notre part à Leipzig risquerait ainsi d'être préjudiciable à nos intérêts."

[137] Ibid., f. 022 f.: Schreiben der franz. Botschaft in Bonn, Seydoux, vom 14. 8. 1958 an das MAE, DEU.

[138] Ibid., f. 047 f.: Note der DAEF vom 7. 10. 1960 für die DEU: „Dans ces conditions, la direction des Affaires économiques et financières serait reconnaissante à cette direction [DEU] de bien vouloir lui faire savoir s'il ne serait pas possible de coordonner d'urgence, dans ce domaine également, les attitudes des puissances occidentales intéressées. Dans le cas contraire, il paraîtrait assez embarrassant de recommander au Comité des foires et aux exposants français de s'abstenir de toute participation."

[139] Ibid., f. 050 f.: Note der DEU vom 20. 10. 1960 für den Generalsekretär des MAE.

[140] AMAE, RDA 1956–1960, 18, f. 201 f.: Telegramm aus Bonn, Seydoux, vom 21. 11. 1960.

ten, setzte er sich für eine Ausweichlösung mithilfe des CNCE ein, die es Frankreich ermöglichen sollte, auch kurzfristig auf Veränderungen der westdeutschen Position zu reagieren.[141]

Die ostdeutsche Präsenz auf der Pariser Messe stand bereits seit dem Frühjahr 1960 unter scharfer Beobachtung.[142] Man wollte vor allem eine politische Inanspruchnahme durch die Dekoration der Stände mit DDR-Fahnen vermeiden. Dennoch wurde im selben Jahr erstmals auch der Teilnahme ostdeutscher Aussteller an der Messe in Lyon zugestimmt. Bedingung war, dass die Ausstellungsfläche der DDR diejenige der Bundesrepublik nicht übertreffen würde.[143] Durch die am 8. September 1960 getroffene Neuregelung für die Vergabe von TTD – gültig auch für Händler und Aussteller aus der DDR – wurde die ostdeutsche Beteiligung an den französischen Messen jedoch erheblich erschwert. Ausnahmen sollten nur noch bei laufenden Verträgen und im Falle eines besonderen nationalen Interesses gemacht werden.[144]

## Die Messe als Handelsplatz und das wirtschaftliche Interesse

Der Bau der Berliner Mauer bestätigte das französische Außenministerium in seinem Bestreben, die Leipziger Messe zu boykottieren. Nur wenige Tage nach dem 13. August wurden entsprechende Maßnahmen ergriffen: Man intervenierte bei Handelskammern und Verbänden sowie bei den voraussichtlich teilnehmenden Unternehmen. Flüge nach Leipzig wurden verboten. Alle auch nur entfernt damit befassten Behörden wurden aufgefordert, umgehend verwaltungstechnische Maßnahmen zu ergreifen, die eine Teilnahme in Leipzig erschweren könnten.[145] Außerdem wurde zur Abschreckung potenzieller Teilnehmer ein Pressekommuniqué veröffentlicht, in dem man auf den mangelnden diplomatischen Schutz und damit verbundene Sicherheitsrisiken hinwies.[146] Tatsächlich konnte dieser Schutz auch vor dem 13. August 1961 nicht gewährt werden. Dass alle diese Maßnahmen weitgehend wirkungslos blieben, dürfte aber vor allem an den Ende August weit gediehenen Vorbereitungen für die Teilnahme an der im September stattfindenden Herbstmesse gelegen haben. Aus dem französischen Pavillon *(pavillon national)*

[141] Ibid., f. 214ff.: Schreiben des GMFB, Wetzel, vom 25. 11. 1960 an das MinEF, Service de l'expansion économique, foires et expositions: „Dans l'hypothèse politique favorable nous éviterons ainsi des répercussions évidentes et inéluctables qui ne manqueraient sans doute pas de peser sur nos relations commerciales par suite de notre absence et ne faciliteraient pas des échanges qui ont toujours été très laborieux à réaliser. Les perspectives économiques actuelles nous sont plus favorables avec la mise en vigueur des tranches du plan septennal consacrées aux importations de biens d'équipement, pour lesquels plusieurs de nos usines sont bien placées et manifestent un grand intérêt."

[142] AMAE, RDA 1956–1960, 20, f. 037: Schreiben des MAE, S/DEUC, de Leusse, vom 9. 3. 1960 an das MinInt, Direction du Personnel et des Affaires politiques.

[143] Ibid., f. 042: Note der DAEF vom 10. 6. 1960 für die DEU sowie Note der S/DEUC vom 14. 6. 1960 für die DAEF.

[144] Ibid., f. 049: Note der DEU vom 20. 10. 1960 für den Generalsekretär des MAE.

[145] AMAE, RDA 1961–1970, 93: Telegramm der S/DEUC vom 23. 8. 1961 an die franz. Botschaft in Bonn.

[146] Ibid.: Telegramm der S/DEUC vom 30. 8. 1961 an die franz. Botschaft in Bonn.

wurde nunmehr eine gemeinschaftliche Teilnahme *(participation collective)*. Im Gegensatz zur britischen, belgischen oder italienischen Konkurrenz bauten die französischen Aussteller ihre Präsenz allerdings nur in sehr moderatem Maße aus.[147]

Sehr viel problematischer war im Vergleich dazu die Situation des in Berlin wirkenden französischen Handelsattachés, dessen Anwesenheit in Leipzig für die ausstellenden französischen Unternehmen von größter Bedeutung war. Dass dieser seine Teilnahme in Leipzig absagen musste, lag jedoch nicht unmittelbar am Mauerbau. Nach dem 13. August hatte er noch zweimal an den regulären wöchentlichen Arbeitssitzungen in der Kammer für Außenhandel in Ost-Berlin teilgenommen, bevor man bei seiner dritten Grenzpassage am 31. August erstmals einen Identitätsnachweis verlangte und damit verweigerte, das diplomatische Kennzeichen an seinem Wagen weiterhin anzuerkennen.[148] Während seine Amtskollegen aus den anderen NATO-Staaten trotz Identitätskontrolle ihrer Tätigkeit in Ost-Berlin nachgehen konnten, musste der französische Handelsattaché auf Anordnung des Außenministeriums in den nächsten vierzehn Monaten seine Aktivitäten im anderen Teil der Stadt suspendieren und damit der westeuropäischen Konkurrenz das Feld räumen.[149] Alles Insistieren auf der Notwendigkeit, in den Beziehungen mit der DDR Konzessionen einzuräumen, war vergeblich.[150] Im Wirtschaftsministerium bezeichnete man die aus dieser Situation erwachsenden Schwierigkeiten als hausgemacht und kritisierte dementsprechend die starre Haltung der französischen Außenpolitik.[151]

Um der Forderung nach einem unbehelligten Grenzübertritt für den Handelsattaché Nachdruck zu verleihen, setzte das französische Außenministerium die DDR mit dem Status der KfA-Vertretung in Paris unter Druck: Als erste Gegenmaßnahme wurde beschlossen, künftig nur noch dem Leiter der KfA-Vertretung direkte Kontakte mit dem französischen Wirtschaftsministerium zu gestatten.[152] Einen Monat später wurden die TTD/Visa für die Mitarbeiter der KfA-Vertretung nur noch für jeweils drei Monate verlängert.[153] Anfang 1962 wurde das Wirtschaftsministerium zudem aufgefordert, so weit wie möglich die Aktivitäten der KfA-Vertretung einzuengen.[154] Und schließlich wurden Visa für neue Mitarbeiter

147 AMAE, RDA 1961–1970, 82: Schreiben des CNCE vom 2. 12. 1964 an die DREE, Toutay.
148 CAEF, DREE, B 60409/2: Schreiben des Attaché commercial, Wetzel, vom 31. 8. 1961 an die KfA, Merkel.
149 Ibid.: Note von Wetzel vom 28. 11. 1961 für Biclet: „La non-interruption de leur activité permet aux intéressés de plaider efficacement la cause de leurs propres usines au moment de la discussion, et d'éliminer dans une certaine mesure la concurrence française qui s'est vigoureusement manifestée depuis plus d'un an."
150 Ibid.: Note von Wetzel vom 8. 11. 1961: „Si, depuis mon arrivée à Berlin en janvier 1957, je n'avais accepté aucune concession dans les relations avec la chambre de commerce, nous n'aurions jamais pu travailler avec elle comme nous l'avons fait. À certaines occasions il faut savoir ‚jouer le jeu'."
151 Ibid.: Schreiben der DREE, Quioc, vom 24. 11. 1961 an den franz. Handelsattaché in Berlin, Wetzel; der Brief enthielt die Aufforderung ihn nach der Lektüre zu vernichten.
152 AMAE, RDA 1961–1970, 83: Note der S/DEUC vom 28. 11. 1961 für die DAEF, de Margerie.
153 Ibid.: Schreiben der S/DEUC, Mille, vom 29. 12. 1961 an das MinInt.
154 Ibid.: Note der S/DEUC vom 22. 2. 1962 für die DAEF.

gänzlich verweigert – bis im September 1962 von ursprünglich acht nur noch drei Mitarbeiter in Paris übrig blieben.[155]

Nach dem Bau der Mauer wurde auch die Frage nach der Beteiligung ostdeutscher Firmen an den Messen in Paris und Lyon neu gestellt. Unter dem Eindruck der Ereignisse im August 1961 zunächst unmittelbar abgelehnt, erteilte die politische Abteilung des *Quai d'Orsay* im November 1961 eine Genehmigung unter strikten Auflagen.[156] Die verstärkte Überwachung des Auftretens der DDR auf den verschiedenen französischen Messen führte 1962 in Marseille sogar zu einem Polizeieinsatz.[157]

In Vorbereitung der Leipziger Frühjahrsmesse 1962 sah man, angesichts des Scheiterns der im Herbst 1961 ergriffenen Maßnahmen, von weiteren Schritten ab, um die französischen Aussteller von einer Teilnahme abzubringen. Der Einfluss auf die im Ost-West-Handel spezialisierten Firmen war zu gering[158] und das Interesse französischer Wirtschaftskreise sowie der in die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen involvierten Fachministerien zu groß.[159] Man musste sogar feststellen, dass das Interesse an der Leipziger Messe seit dem Mauerbau noch gestiegen war; ganz im Gegensatz zu Berlin, das als Geschäftsplatz im Ost-West-Handel an Bedeutung verloren hatte. Die einzig Erfolg versprechende Maßnahme, mit der man die französischen Unternehmer von einer Teilnahme hätte abhalten können, nämlich die Verweigerung von Krediten für Geschäfte mit der DDR, war nicht praktikabel, weil sie einem Abbruch der bilateralen Handelsbeziehungen gleichgekommen wäre.[160]

Umso intensiver setzte sich Frankreich nun im Rahmen der NATO für mehr „Disziplin" unter den Westmächten hinsichtlich der Leipziger Messe ein. Der französische Vertreter bei der NATO wurde vom *Quai d'Orsay* aufgefordert, ausnahmslos alle Maßnahmen zu unterstützen, die einer von allen Mitgliedsstaaten getragenen Boykottierung hätten dienen können.[161] Belgien, Italien und allen

[155] Ibid.: Telegramm der S/DEUC vom 31. 7. 1962 für das GMFB; sowie ibid.: Note des ATO, élément français, vom 14. 9. 1962 für das GMFB, Kauffmann.

[156] AMAE, RDA 1961–1970, 82: Note der S/DEUC, Mille, vom 14. 11. 1961 für die DAEF, Naggiar: „La situation générale à Berlin ne s'étant pas aggravée depuis deux mois et le recours aux contre-mesures envisagées paraissant moins imminent, la direction d'Europe estime que rien ne s'oppose, actuellement, à ce que des firmes est-allemandes soient admises à participer à des foires commerciales françaises."

[157] Ibid.: Schreiben des MAE, de Beaumarchais, vom 7. 3. 1963 an die franz. Botschaft in Bonn.

[158] AMAE, RDA 1961–1970, 93: Note der S/DEUC vom 23. 12. 1961 für das Kabinett, Drommer: „Les participations officieuses ou privées à la Foire de Leipzig posent, en revanche, un certain nombre de problèmes. […] Certes, des démarches auprès d'organismes semi-publics ayant quelques influences sur les participants éventuels (CNCE, chambres de commerce, etc.) pourraient peut-être entraîner la défection de quelques firmes. Elles seraient toutefois de peu d'effet sur le noyau habituel de nos exposants, c'est-à-dire sur le groupe de maisons spécialisées dans les échanges Est-Ouest et contrôlées en fait par des agences, banques ou associations où l'influence communiste est certaine."

[159] Ibid.: Note der S/DEUC vom 23. 12. 1961 für das Kabinett, Drommer: „D'ailleurs, les milieux industriels et commerciaux français, ainsi que leurs ministères de tutelle, continuent d'attacher une grande importance à la Foire de Leipzig."

[160] Ibid.: Note der DAEF vom 22. 12. 1961 für die DEU.

[161] Ibid.: Telegramm der S/DEUC, Soutou, vom 28. 12. 1961 für Brüssel (REPAN).

voran Großbritannien sahen in solchen Interventionen jedoch keinen Nutzen.[162] Nach langen Diskussionen im politischen Rat der NATO einigte man sich am 6. Februar 1962 schließlich auf das Verbot einer offiziellen oder halboffiziellen Beteiligung aller Mitgliedsstaaten und auf die Verhinderung von Transporten nach Leipzig „so weit wie möglich" (dies betraf vor allem Flüge). Eher pro forma wurde auch eine Empfehlung ausgesprochen, interessierten Unternehmen und Personen von der Teilnahme abzuraten.[163] Der *Quai d'Orsay* selbst hatte zuvor bereits den Präsidenten des nicht staatlichen CNCE sehr eindringlich dazu aufgefordert, von seinem geplanten Messebesuch und der Organisation einer „journée française" auf der Messe abzusehen.[164]

Während vor allem große westdeutsche Unternehmen die Frühjahrsmesse 1962 in beträchtlichem Maße boykottierten und auch die französische Beteiligung zurückging, nahm sowohl die britische als auch die italienische Präsenz auf der Messe erneut zu. Der Handelsattaché, der die Messe von West-Berlin aus beobachtete, schätzte den französischen, von privater Hand organisierten und finanzierten Auftritt dennoch als zufriedenstellend und auf die französisch-ostdeutschen Handelsbeziehungen abgestimmt ein. Zwar hätten die französischen Unternehmen in einer solchen Situation das Nachsehen gegenüber der sehr aktiven britischen Konkurrenz; die diskrete Treue, mit der bestehende Kontakte gepflegt und ausgebaut würden, werde sich aber auf lange Sicht auszahlen. In jedem Falle bleibe Leipzig nicht nur für die französischen Aussteller das Zentrum des Ost-West-Handels.[165] Nach diesem erneuten Misserfolg des Aufrufes zum Boykott sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene beschloss man im *Quai d'Orsay*, künftig ganz auf derartige Maßnahmen zu verzichten.[166]

Mit der in den folgenden Jahren wachsenden Zahl französischer Aussteller und dem unverändert gültigen NATO-Beschluss vom Februar 1962 blieb aber das Problem einer Koordination des französischen Messeauftritts weiterhin bestehen. Das *Comité permanent des foires*, welches den französischen Messeauftritt im Auftrag des französischen Wirtschaftsministeriums von 1955 bis 1961 koordiniert hatte, war in den folgenden Jahren durch einen inoffiziellen Mitarbeiter des CNCE unter

[162] Ibid.: Telegramm aus Brüssel (REPAN) vom 10. 1. 1962.
[163] Ibid.: Telegramm aus Brüssel (REPAN), de Leusse, vom 6. 2. 1962.
[164] Ibid.: Note der S/DEUC vom 22. 1. 1962; sowie ibid., 82: Note der S/DEUC, Mille, vom 26. 1. 1962 für die DAEF, de Margerie.
[165] AMAE, RDA 1961–1970, 93: Bericht des Attaché commercial in Berlin, Wetzel, über die Frühjahrsmesse 1962, erstellt im Mai 1962: „Notre représentation est bonne, voire excellente, et correspond assez précisément aux besoins actuels d'industrialisation de la RDA, et le pavillon collectif réalisé à l'aide de fonds privés reste un succès. Le clearing franco-allemand souffre des difficultés d'élargissement de la palette des exportations est-allemandes et le manque permanent de devises limite les opérations exceptionnelles, qui récompenseraient la fidélité de certaines de nos sociétés. Cette situation exaspère un peu ces dernières, lorsqu'elles comparent leur position et leur attitude discrète à celles des Britanniques, dont la présence si active à Leipzig constitue maintenant un des éléments caractéristiques de l'exposition."
[166] Ibid.: Note der S/DEUC, Mille, vom 14. 5. 1962 für REPAN: „La direction d'Europe estime que notre attitude dans cette affaire doit être essentiellement dictée par des soucis d'efficacité."

der Bezeichnung *Comité France-Europe de l'Est* ersetzt worden, der diese Tätigkeit entgegen den offiziellen Richtlinien, aber mit dem stillschweigenden Einverständnis des Außenministeriums übernahm.[167] Zwar wurde die Messepräsenz in materieller Hinsicht auf privatwirtschaftlicher Ebene organisiert, der CNCE übernahm jedoch die für die französischen Aussteller wichtige Rolle einer koordinierenden Instanz.[168] Bis zum Beginn der 1970er Jahre blieb diese Situation unverändert.

Das mit zahlreichen Verträgen 1964 neu geweckte Interesse am Handel mit der DDR (nicht wenige dieser Verträge waren während der Messe in Leipzig unterzeichnet worden) hatte auch ein stärkeres Interesse an der Leipziger Messe selbst zur Folge. In Vorbereitung der Frühjahrsmesse 1965 forderte der Direktor des CNCE deshalb mit Nachdruck eine Verbesserung der französischen Messepräsenz in organisatorischer Hinsicht. Während die Aussteller aus anderen westeuropäischen Staaten in den letzten Jahren ihre Messeauftritte trotz der internationalen Rahmenbedingungen erheblich ausgebaut hatten, wurde der Ausbau der französischen Präsenz in den Jahren nach dem Mauerbau mangels geeigneter Organisationsstrukturen vergleichsweise eingeschränkt. Um der Konkurrenz das Feld nicht kampflos zu überlassen und um dem französischen Auftreten mehr Kohärenz zu verleihen, müsse das CNCE wenigstens mit einem offiziellen Büro vertreten sein.[169] Eine entsprechende Anfrage wurde von der politischen Abteilung des *Quai d'Orsay* mit dem Hinweis auf die unveränderte Situation abgelehnt. Dabei dürfte die Kritik der Bonner Regierung am wenige Wochen zuvor geschlossenen Handelsabkommen mit der DDR eine entscheidende Rolle gespielt haben.[170] Aber obwohl der *Quai d'Orsay* an seiner ablehnenden Haltung auch noch in den folgenden Jahren festhielt, reisten seit Mitte der 1960er Jahre – gänzlich inoffiziell – wieder Mitarbeiter französischer Fachministerien nach Leipzig, um diskret die Interessen französischer Unternehmen zu verteidigen.[171] Auch die französische Beteiligung wurde von Jahr zu Jahr umfangreicher. Seit Herbst 1965 stand Frank-

[167] AMAE, RDA 1961–1970, 82: Schreiben des CNCE vom 2. 12. 1964 an die DREE, Toutay: „Depuis quatre ans, les objections formulées par le ministère des Affaires étrangères ont pu être surmontées, comme vous le savez, grâce à la fiction consistant à placer l'agent du CNCE chargé de la tenue de ce bureau sous le sigle du Comité France-Europe de l'Est."

[168] CAEF, DREE, B 60400/1: Schreiben des BEIF, Astolfi, vom 1. 12. 1971 für das Comité permanent des foires et manifestations économiques à l'étranger: „En fait les exposants sont recrutés par la représentation en France de la Foire de Leipzig, l'organisation matérielle étant assurée par une société de publicité qui s'est adaptée pour les besoins de la cause au rôle de l'entrepreneur. La présence morale et motrice des services officiels français était et reste assumée par le CNCE."

[169] AMAE, RDA 1961–1970, 82: Schreiben des CNCE vom 2. 12. 1964 an die DREE, Toutay: „Il existe donc indiscutablement une poussée des milieux industriels et commerciaux d'Europe occidentale en direction de Leipzig."

[170] Ibid.: Note der S/DEUC, Toffin, vom 11. 1. 1965 für die DAEF sowie Schreiben des MAE, DAEF, de Courson, vom 19. 1. 1965 für das MinEF, DREE: „[…] pour les motifs d'ordre politique que vous connaissez et en raison de la façon abusive et tendancieuse dont les autorités est-allemandes ont récemment exploité le renouvellement pour l'année 1965 des listes d'échange de marchandises entre notre pays et la zone, mon département ne peut que maintenir l'attitude très réservée prise, depuis quelques années, à l'égard de la manifestation commerciale de Leipzig."

[171] AMAE, RDA 1961–1970, 93: Note vom 2. 2. 1966.

reich nach der Bundesrepublik, gemessen an der Ausstellungsfläche, sogar an der Spitze der westlichen Aussteller. Vermöge der in Leipzig in der Vergangenheit gepflegten Kontakte erwuchs in diesen Jahren aus den Handelsbeziehungen ganz allmählich auch eine engere wirtschaftliche Kooperation zwischen der französischen und der ostdeutschen Industrie. Markstein dieser Entwicklung war die Unterzeichnung eines Vertrages über die Errichtung petrochemischer Fabriken in Schwedt durch Schneider-Creusot im Frühjahr 1966 in Leipzig – das erste Kooperationsabkommen in den französisch-ostdeutschen Beziehungen.[172]

Die DDR hatte sich bei den französischen Ausstellern einen Ruf als exzellenter Handelspartner erworben, und damit wuchs nicht nur das Interesse der französischen Industrie an der Messe. Unter den französischen Besuchern der Messe befanden sich nun vermehrt auch Parlamentarier, die sich für eine Intensivierung der französisch-ostdeutschen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen einsetzten. Leipzig werde zweimal im Jahr, so ein französischer Diplomat aus Berlin, zur „größten Botschaft der Welt".[173] Aus Sicht der französischen Beobachter in Berlin überwog bei aller Politisierung dennoch der wirtschaftliche Aspekt der Messe.

Von Jahr zu Jahr mehrten sich die Rufe französischer Institutionen und Ministerien nach einem offiziellen und damit verbesserten Messeauftritt Frankreichs in Leipzig. Begründet wurde dies mit der Entwicklung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zum gesamten Ostblock, wobei die Intensivierung der französisch-sowjetischen Beziehungen seit 1966 eine besondere Rolle gespielt haben dürfte.[174] Anlässlich der Frühjahrsmesse 1967 wurde eine Delegation des dem französischen Premierminister unterstellten Beauftragten für die Datenverarbeitungsindustrie nach Leipzig entsandt, die die Situation auf dem Markt der Ostblockstaaten eruieren sollte. Nebenbei berichteten die französischen Beamten auch von der Messe selbst, die sie als eine „neue Völkerschlacht" beschrieben, die den Kalten Krieg auf dem Felde der Wirtschaft ablösen werde. Ihr nicht minder erstaunliches Fazit: 1813 dürfe sich nicht wiederholen – und deshalb müsse die französische Politik die französische Wirtschaft bei der Eroberung der staatssozialistischen Märkte nach Kräften unterstützen, wozu eben auch eine offizielle Teilnahme an der Leipziger Messe zähle.[175]

[172] Ibid.: Telegramm aus Berlin, Winckler, vom 9. 3. 1966: „Ces accords, dit-on, consacrent la collaboration plus intime entre l'industrie de la RDA et l'industrie française."

[173] Ibid.: Schreiben des GMFB, Winckler, vom 29. 3. 1966 an das MAE, DEU: „Ville où le monde entier se rend deux fois par an, Leipzig n'est pas loin d'être la plus grande et la plus active ambassade du monde: elle venge ainsi Pankow de tous les refus essuyés dans le domaine des relations diplomatiques et consulaires."

[174] Ibid.: Note vom 21. 1. 1967 für Toffin: „L'évolution de nos relations commerciales avec les pays de l'Est justifierait néanmoins les efforts que le Comité des foires jugerait utile et peut-être une plus grande souplesse dans les autorisations à accorder à des fonctionnaires."

[175] Ibid.: Note des Délégué à l'informatique vom 22. 3. 1967 für Galley mit einem Bericht von Falquet und Profit: „Leipzig 1967: nouvelle ‚bataille des Nations' qui s'est jouée à la Foire et, grâce aux prolongements qu'elle permet, bien au-delà, symbolisant la fin de la guerre froide sur le plan économique et commercial entre systèmes politiques et idéologies différentes. La France, cette fois-ci, ne doit pas y être vaincue, comme en 1813. […] Grâce aux décisions qui seront prises, à partir de Leipzig 1967, l'industrie de l'informatique française pourra trouver sur les marchés concurrentiels de l'Est le supplément de

Tatsächlich änderte sich die Situation im Laufe des Jahres 1967 grundlegend. Schon zu Beginn des Jahres hatte die Bundesregierung zum ersten Mal die westdeutsche Wirtschaft ausdrücklich zur Teilnahme an der Leipziger Messe aufgefordert. Das wurde von der französischen Außenpolitik als eindeutiges Signal interpretiert, und es wurde als Argument benutzt, um Flüge von Paris nach Leipzig zu genehmigen.[176] Allerdings wurden entsprechende Flüge erst anlässlich der Frühjahrsmesse 1968 durchgeführt, und zwar wie schon vor Beginn der zweiten Berlin-Krise durch die polnische LOT.[177] Bereits zur Frühjahrsmesse 1967 reisten hingegen Vertreter der Ministerien für Industrie und Landwirtschaft – inoffiziell, aber mit Zustimmung des französischen Außenministeriums. Nach sechs Jahren erzwungener Abwesenheit nahm auch der Handelsrat der französischen Militärregierung in Berlin wieder an der Messe teil.[178] Zwar wurde bereits anlässlich der Verhandlungen über das Handelsabkommen für 1963 das Problem der ungehinderten Reisen französischer Diplomaten in Berlin auf bilateraler Ebene einvernehmlich geregelt. (Ein Jahr später durfte daraufhin wieder ein französischer Handelsattaché zu einem Arbeitstreffen nach Ost-Berlin reisen.[179]) Seine Teilnahme an der Leipziger Messe wurde aufgrund der gültigen NATO-Beschlüsse indessen auch noch in den folgenden Jahren durch das französische Außenministerium abgelehnt. In der Zwischenzeit bezog die französische Militärregierung in West-Berlin ihre Informationen über die Messe unter anderem über die in Potsdam stationierten Vertreter der französischen Militärmission bei der sowjetischen Hochkommandantur in Deutschland.[180] Obschon inoffiziell, wurde die Reise des Handelsrates im März 1967 nunmehr als wichtiges Zeichen einer fortschreitenden Normalisierung der Handelsbeziehungen mit der DDR gewertet.[181]

Im August 1967 signalisierte der westdeutsche Vertreter im *Groupe de Bonn* zudem das grundsätzliche Einverständnis seiner Regierung zur Organisation von

dimension nécessaire et la qualité indispensable qui garantiront la réussite du Plan calcul tant en France qu'à l'étranger."

176 AMAE, RDA 1961–1970, 94: Telegramm der S/DEUC, Tiné, vom 27. 11. 1967 an die franz. Botschaften in allen NATO-Mitgliedsstaaten.

177 Ibid.: Telegramm der S/DEUC, Pagniez, vom 8. 2. 1968 an die franz. Botschaft in Bonn.

178 Ibid.: Telegramm der DAEF, de Courson, vom 21. 2. 1967 an die franz. Botschaft in Bonn sowie Antworttelegramm vom 23. 2. 1967.

179 AMAE, RDA 1961–1970, 82: Telegramm der S/DEUC, Laloy, vom 23. 1. 1964 an das GMFB; sowie ibid.: Telegramme aus Berlin, Winckler, vom 14. 2. und 20. 2. 1964 zur Grenzpassage des Handelsattachés auf dem Weg zu Gesprächen nach Ost-Berlin.

180 CAEF, DREE, B 60400/1: Berichte der Mission militaire de liaison près le haut commandement soviétique en Allemagne an den Commandant en chef des forces françaises en Allemagne; zur Arbeit der französischen Militärmission cf. Faligot/Guisnel/Kauffer, Histoire politique des services secrets français, S. 438–443.

181 AMAE, RDA 1961–1970, 94: Schreiben von Prunet-Foch (DAEF) vom 25. 2. 1967 an Paquet (GMFB, Handelsrat): „On a estimé en effet, puisque vous devez vous occuper des affaires avec l'Allemagne de l'Est, qu'il était indispensable de vous laisser le moyen d'établir les relations nécessaires du côté allemand et du côté français dans le climat favorable de la Foire de Leipzig. […] Malgré tout ‚ce caractère officieux', il est intéressant que vous puissiez vous rendre à Leipzig et je suis persuadé que votre récolte justifiera cette saine évolution de nos relations commerciales avec l'Allemagne de l'Est." Eine im CAEF aufbewahrte Kopie des Schreibens enthält die Anmerkung: „Mieux vaut tard!" In: CAEF, DREE, B 60400/1.

Informationsbüros der NATO-Staaten auf der Leipziger Messe.[182] Frankreich richtete daraufhin ein solches offizielles Informationsbüro, mit einem staatlichen Zuschuss in Höhe von 20 000 FF, erstmals zur Frühjahrsmesse 1968 ein. Geleitet wurde es durch Achille Astolfi, jenen Mitarbeiter des CNCE also, der bereits in den vorangegangenen Jahren die kollektive Teilnahme französischer Aussteller in Leipzig im Namen des *Comité France-Europe de l'Est* organisiert hatte.[183] Frankreich, vertreten durch zahlreiche große Unternehmen, befand sich weiterhin an erster Stelle unter den westeuropäischen Ausstellern, die Bundesrepublik ausgenommen.[184] 1969 konnte Frankreich seine „position de force" noch ausbauen und rangierte nunmehr auf dem fünften Platz sämtlicher Aussteller hinter der Sowjetunion, der Bundesrepublik, der ČSSR und Polen. Von der ostdeutschen Politik mit großer Aufmerksamkeit bedacht, wurde der Messebesuch für die französischen Unternehmen, trotz insgesamt sinkender Teilnehmerzahlen und rückläufiger Ausstellungsfläche, zunehmend durch Vertragsabschlüsse gekrönt.[185] In seinem Bericht über die Frühjahrsmesse 1969 setzte sich der französische Handelsrat intensiv mit der westdeutschen Kritik an der Messe auseinander, wonach Leipzig zwar Kontakte, aber keine Kontrakte einbringe, und kam zu dem Schluss, dass die französisch-ostdeutschen im Gegensatz zu den innerdeutschen Handelsbeziehungen mehr Ausbaupotenzial hätten, Frankreich demzufolge von der Messe in viel stärkerem Maße profitieren könne als die Bundesrepublik.[186] Das eigentliche Problem für die französische Wirtschaft, auch auf der Messe, sei die Allgegenwart der westdeutschen Konkurrenz. Auch im Hinblick auf das dem gesamten Ostblock zu vermittelnde Bild der französischen Industrie bestehe deshalb die dringende Notwendigkeit, die französische Messepräsenz qualitativ zu verbessern.[187] Dazu zählte auch die Anwesenheit von höherrangigen Vertretern der zuständigen französischen Institutionen und Fachministerien, das heißt von politischen Vertretern.

[182] AMAE, RDA 1961–1970, 93: Telegramm aus Bonn, d'Aumale, vom 16. 8. 1967.

[183] Ibid.: Note der DAEF, de Courson, vom 9. 2. 1968 für die DEU.

[184] Ibid.: Schreiben des GMFB, Toffin, vom 19. 4. 1968 für das MAE, DEU; u. a. vertretene Unternehmen: Alcatel, CGE, Alsthom, OTUA, ENSA, CIFAL, SORICE, Sofretube, Syndicat des constructeurs de transmissions hydraulique et pneumatiques, Kleber-Colombe, Renault, SIMCA.

[185] AMAE, RDA 1961–1970, 94: Schreiben des GMFB, Toffin, vom 2. 4. 1969 für das MAE, DEU: „Mais la présence française ne s'est pas bornée à ces manifestations de caractère spectaculaire. Selon notre conseiller commercial, plusieurs contrats relativement importants, dont la conclusion était jusqu'alors incertaine, ont été signés à Leipzig même."

[186] Ibid.: Bericht des Handelsrates beim GMFB, Bourg, vom 29. 3. 1969 für DREE, Industrie, CNCE sowie verschiedene franz. Botschaften über die Frühjahrsmesse 1969: „Il convient de faire la part des ressentiments et arrière-pensées de ces conclusions où le scepticisme par trop affirmé ne rend pas un compte exact des possibilités réelles et actuelles offertes par cette manifestation. […] dans le cas de la France […] la Foire de Leipzig prend un tout autre aspect et présente des attraits plus marqués."

[187] Ibid.: „Dans ces conditions j'estime qu'un choix devrait être fait à la fois au niveau des professionnels et des autorités de tutelle. Comme les Italiens et les Allemands de l'Ouest, nous devrions, à mon sens, nous efforcer d'affronter la concurrence sans complexes, en nous présentant, vraisemblablement groupés, dans chaque hall technique spécialisé. […] Parallèlement nous nous assurerons une emprise plus forte sur un marché où des considérations politiques connues offrent actuellement une chance qu'il convient de saisir."

Erst die Absicht des *State Department*, zwei Diplomaten zur Herbstmesse nach Leipzig zu entsenden, ermöglichte es dem GMFB, offen eine Revision der bisher gültigen Position des französischen Außenministeriums in dieser Frage zu fordern.[188] Anlässlich der Frühjahrsmesse 1970 durften daraufhin zwei Vertreter der politischen Abteilung der französischen Militärregierung der Leipziger Messe einen offiziellen Besuch abstatten – es waren die ersten französischen Diplomaten seit vierzehn Jahren.[189]

Gänzlich unverändert blieb bis zum Ende der 1960er Jahre die vom französischen Außenministerium 1959 eingenommene Position hinsichtlich der ostdeutschen Präsenz auf französischen Messen. Als die DDR im Herbst 1968 erstmals an der Messe in Strasbourg teilnahm, sah sich der *Quai d'Orsay* sogar veranlasst, an die strikte Einhaltung der Verhaltensmaßregeln für die DDR aus der Zeit der zweiten Berlin-Krise zu erinnern.[190] Der Nachdruck, mit dem dies eingefordert wurde, lässt sich mit dem Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei wenige Tage zuvor in Verbindung bringen – ein Ereignis, das im Übrigen jedoch keinerlei Auswirkungen auf die bilateralen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen hatte. Anlässlich der Pariser Messe 1969 setzte sich das französische Wirtschaftsministerium im Interesse französischer Unternehmen erstmals für eine politische Konzession zugunsten der DDR ein: Nachdem Gerhard Beil aufgrund seines Rangs als Vize-Minister bereits die Reise zur Unterzeichnung des Handelsabkommens nach Paris im Januar 1969 verwehrt geblieben war, sollte er wenigstens an der Messe im Mai desselben Jahres teilnehmen können. Hintergrund waren unter anderem laufende Verhandlungen mit Schneider-Creusot. Das Wirtschaftsministerium argumentierte jedoch vor allem mit der Notwendigkeit einer Geste gegenüber der DDR, die sich ihrerseits im Zusammenhang mit dem französischen Messeauftritt in Leipzig sehr entgegenkommend gezeigt habe.[191]

Die Leipziger Messe hatte einen großen Anteil an der Entstehung des in Frankreich bis 1989 fortwirkenden Bildes von der DDR als bedeutender Industriemacht und exzellentem Handelspartner. Festgeschrieben wurde dieses Bild unter anderem durch Schulbücher, in denen die DDR häufig undifferenziert als die zweite Wirtschaftsmacht des Ostblocks nach der Sowjetunion und als größter Exporteur der Volksdemokratien sowie als eine der zehn bedeutendsten Wirtschaftsmächte im weltweiten Vergleich dargestellt wurde.

[188] AMAE, RDA 1961–1970, 94: Schreiben des GMFB, Toffin, vom 15. 9. 1969 für das MAE, DEU.

[189] Ibid.: Schreiben des GMFB, Toffin, vom 18. 3. 1970 für das MAE, DEU: „L'expérience tentée par mes deux collaborateurs s'étant révélée positive, je ne verrais que des avantages à ce qu'elle soit reprise à l'occasion des prochaines foires de Leipzig d'autant plus que le caractère particulier de ces foires incite les autorités est-allemandes à éviter aux étrangers les formalités ou les tracasseries administratives habituelles en RDA à d'autres moments de l'année."

[190] AMAE, RDA 1961–1970, 84: Note der S/DEUC vom 27. 8. 1968 für die DAEF, d'Aumale; die ostdeutsche Beteiligung nahm das Auswärtige Amt zum Anlass, über eine westdeutsche Beteiligung intensiv nachzudenken, cf. PA/AA, B 24, 629: Note der Abt. I A 3 vom 30. 8. 1969 an die Abt. III A 1.

[191] CAEF, DREE, B 54922: Schreiben des MinEF, DREE, Chapelle, vom 23. 4. 1969 an das MAE, DAEF, Brunet.

# II. 1968–1975: Die westdeutsche Konkurrenz als zentrale Herausforderung für die französische Industrie auf dem ostdeutschen Markt

## 1. Die privatwirtschaftlichen Initiativen

Die Vorsicht, mit der die französische Politik die Normalisierung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zur DDR seit dem Ende der 1960er Jahre betrieb, löste bei der französischen Industrie große Ungeduld aus.[192] Als 1969 neue Verträge ausblieben, nahmen die Vertreter der Industrie den Ausbau der Beziehungen selbst in die Hand. Die wohl bedeutendste privatwirtschaftliche Initiative war die Eröffnung eines Büros der französischen Industrie in Ost-Berlin zu Beginn des Jahres 1970. Die von der DDR lancierte Idee einer französischen Handelsvertretung in Ost-Berlin gab es bereits seit längerer Zeit.[193] Sie wurde jedoch erst Ende der 1960er Jahre von französischer Seite aufgegriffen. Auslöser für das verstärkte Drängen der französischen Wirtschaft waren mehrere erfolgreiche Vertragsabschlüsse im Laufe des Jahres 1968. Zu Beginn des folgenden Jahres hatte daraufhin ein Vertreter des CNCE dem Außenminister vorgeschlagen, ein Büro des CNCE in Ost-Berlin einzurichten. Bislang konnte einem solchen Vorschlag nicht entsprochen werden, da die Nachteile auf politischer Ebene die Vorteile auf wirtschaftlicher Ebene überwogen hätten.[194] Im Kontext der erfolgreichen Verhandlungen über den Verkauf der französischen SECAM-Technologie verschob sich das Verhältnis aus politischen und wirtschaftlichen Erwägungen, traten wirtschaftliche Interessen in den Vordergrund.[195] Dass der *Quai d'Orsay* die Idee einer Handelsvertretung nunmehr auf ihren praktischen Nutzen hin prüfte, macht deutlich, dass sie in den Bereich des politisch Vorstellbaren gerückt war.[196] Aus Sicht der französischen Militärregierung in Berlin, deren Mitarbeiter bisher für die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit der DDR zuständig waren, wären die sich aus einem im anderen Teil der Stadt eröffneten Büro ergebenden Verbesserungen allerdings gering gewe-

[192] ANF, 5 AG 2, 69: Note des MinEF, Kabinett, vom 18. 6. 1971: „L'ouverture que nous pratiquons vis-à-vis d'eux doit en fait être tempérée par une retenue et une prudence auxquelles nous conduisent l'état de nos relations politiques avec la République fédérale, mais qui suscite parfois l'impatience de certains de nos hommes d'affaires trop pressés d'aboutir. Cette position semble sinon admise, du moins comprise sans ambiguïté par nos partenaires de la RDA."

[193] AMAE, RDA 1961–1970, 82: Aide-mémoire vom 3. 12. 1965; die Idee war vom Leiter der KfA-Vertretung anlässlich eines Empfangs gegenüber Vertretern französischer Unternehmen lanciert worden.

[194] AMAE, RDA 1961–1970, 84: Undatierte Note der S/DEUC für das Kabinett [vermutl. Febr./März 1969]; parallel verstärkte auch die DDR ihre Bemühungen in dieser Angelegenheit. Über eine entsprechende Forderung von Walter Ulbricht berichtete sogar Le Monde in seiner Ausgabe vom 4. 3. 1969.

[195] Siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel zum Verkauf der SECAM-Technologie (Zweiter Teil, C., II., 1.).

[196] Ibid.: Schreiben der S/DEUC, Pagniez, vom 21. 3. 1969 an das GMFB.

sen. Es wurde stattdessen vorgeschlagen, einen Mitarbeiter des CNCE nach West-Berlin zur Unterstützung des dort agierenden Handelsrates zu entsenden.[197] Während die Angelegenheit damit für das Außenministerium zunächst vom Tisch war, behielt sie für die französische Industrie unvermindert ihre Dringlichkeit.

## Das *Bureau économique de l'industrie française*

Anlässlich der Leipziger Herbstmesse 1969 reiste eine Delegation des *Conseil national du patronat français* (kurz CNPF) mit sechs Vertretern der wichtigsten Verbände der französischen Industrie unter Leitung von Georges Villiers, Ehrenpräsident des CNPF, auf Einladung von Gerhard Beil in die DDR. Um auf diese Initiative im Sinne des *Quai d'Orsay* Einfluss nehmen zu können, wurde die Delegation im Vorfeld zu einer Besprechung mit Vertretern verschiedener Ministerien eingeladen.[198] Außerdem wurde ihr während ihres DDR-Aufenthaltes der in Berlin stationierte französische Handelsrat als Begleiter zur Seite gestellt.[199] Dieser berichtete im Anschluss nicht nur vom Interesse der DDR an einem Ausbau der Handelsbeziehungen, unabhängig von der Frage der diplomatischen Anerkennung, sondern auch vom Vorschlag der französischen Delegationsteilnehmer, ein privates Informationsbüro des CNPF in Ost-Berlin zu eröffnen.[200] Da die Reise aus wirtschaftlicher Sicht ein Erfolg war, fiel es Villiers umso leichter, die Notwendigkeit dieses Vorhabens gegenüber den zuständigen französischen Ministerien zu begründen.[201] Aus Sicht der interessierten Unternehmen und Verbände war der Handelsrat in West-Berlin nicht in der Lage, die notwendige persönliche Präsenz in der DDR zu gewährleisten; daneben wurde ein solches Büro mangels konsularischer Vertretung auch als eine Anlaufstelle für die in der DDR im Dienste französischer Unternehmen arbeitenden Ingenieure und Techniker (im April 1970 waren es 45 Personen) angesehen.[202] Unterstützt wurde das Vorhaben nicht zuletzt durch die DREE.[203] Nach der auf einer interministeriellen Sitzung im Dezember 1969 erzielten Einigung galt es schließlich nur noch, eine geeignete Form dafür zu finden.

Grundsätzlich fand das Projekt mit Blick auf den Umfang des innerdeutschen Handels auch die Zustimmung des Außenministeriums.[204] Man kann sogar an-

[197] Ibid.: Schreiben des GMFB, Toffin, vom 31. 3. 1969 an das MAE, DEU.
[198] Ibid.: Note der DAEF, Prunet-Foch, vom 16. 9. 1969 für die DEU: „Ce voyage du CNPF se justifie par les perspectives offertes à l'industrie française par l'essor économique de la RDA […]."
[199] Ibid.: Telegramm der DAEF, d'Aumale, vom 19. 9. 1969 an das GMFB.
[200] Ibid.: Telegramm aus Bonn, Seydoux, vom 27. 9. 1969.
[201] Ibid.: Note der DAEF vom 19. 12. 1969: „Le voyage d'industriels français a été fructueux et nous a donné une certaine avance, notamment vis-à-vis de nos concurrents occidentaux, et M. Villiers insiste beaucoup sur l'intérêt d'avoir une antenne à Berlin-Est."
[202] CAEF, DREE, B 60400/1: Schreiben der DREE, Collin, vom 22. 4. 1970 für den Handelsrat des GMFB.
[203] CAEF, DREE, B 60398/1: Undatierte Note der DREE für Chapelle: „La multiplication des contacts personnels résultant de l'exécution des contrats de biens d'équipement nécessitera la création d'une antenne française en RDA."
[204] AMAE, RDA 1961–1970, 84: Note der DAEF vom 19. 12. 1969: „Le contexte politique de cette affaire ne doit pas cacher les soucis de concurrence commerciale de nos interlocuteurs."

nehmen, dass diese Initiative der französischen Außenpolitik entgegenkam, weil hier für drängende Probleme auf privatwirtschaftlicher Ebene eine Lösung gefunden wurde, wie sie auf offizieller Ebene nicht umsetzbar gewesen wäre.[205] Um jeglichen offiziellen Anstrich zu vermeiden, einigten sich die Wirtschaftsabteilung des Ministeriums und der CNPF auf die Eröffnung eines *Bureau de liaison* der am Handel mit der DDR interessierten französischen Unternehmen. Als Leiter sollte das CNCE eine Privatperson auswählen, deren Bezahlung sich CNCE und CNPF zu teilen hätten. Der westdeutschen Botschaft wurde hingegen mitgeteilt, dass weder das Ministerium noch CNCE oder CNPF die Eröffnung einer Handelsvertretung in Ost-Berlin planten, dass man aber der französischen Industrie die Eröffnung eines „Briefkastens" in Ost-Berlin nicht zu verwehren gedenke.[206] Damit versuchte man vor allem, weiterer Kritik der Bundesrepublik aus dem Weg zu gehen, die seit der Intensivierung des innerdeutschen Handels für den *Quai d'Orsay* keine bindende Wirkung mehr hatte.[207] Entscheidend war seitdem allein die Frage, ob eine De-facto-Anerkennung ausgeschlossen werden konnte.

Bereits im April 1970 konnte das *Bureau économique de l'industrie française* (kurz BEIF) seine Arbeit aufnehmen. Dass das Büro in relativ kurzer Zeit einsatzbereit war, lag sicher nicht zuletzt an der engen Zusammenarbeit zwischen Gerhard Beil und Georges Villiers, die sich in den vorangegangenen Jahren mangels offizieller Beteiligung an der Leipziger Messe entwickelt hatte. Leiter des Büros wurde niemand anderes als Achille Astolfi, der in den 1960er Jahren zunächst inoffiziell und später offiziell für den CNCE die Leipziger Messe besucht hatte.[208] Die Aktivitäten des Büros galten im Wesentlichen drei Bereichen: der Verbreitung von Informationen über die französische Wirtschaft und Technologie, der Marktforschung für französische Unternehmen und ganz allgemein dem Ausbau von Beziehungen in verschiedenen Sektoren, insbesondere der Textilmaschinenindustrie, der Elektrotechnik und der chemischen Industrie. Dazu gehörten auch die Pressearbeit in Frankreich und in der DDR, die Vorbereitung der französischen Präsenz auf der Leipziger Messe sowie die Zusammenarbeit mit den verschiedenen französischen Handelskammern.[209] In den ersten Jahren waren die Dienste des BEIF ausschließlich für jene Firmen bestimmt, die sich an der finanziellen

[205] CAEF, DREE, B 60400/1: Undatierte Note der FIMTM: „L'un des motifs qui ont présidé à la création d'une telle représentation collective a été de constituer une antenne permanente en RDA pour les professions et entreprises, alors que les conditions politiques du pays empêchent jusqu'à présent les pouvoirs publics français d'y nommer un conseiller commercial et que ses perspectives de développement économique apparaissent importantes."

[206] AMAE, RDA 1961–1970, 84: Note der DAEF vom 19. 12. 1969: „[…] nous n'envisagions pas d'installer à Berlin-Est un bureau relevant soit du conseiller commercial, soit du CNCE, soit du CNPF, mais que, le cas échéant, si un groupe d'entreprises travaillant en Allemagne de l'Est estimait indispensable de créer un sorte de boîte aux lettres commerciales à Berlin-Est, nous n'aurions sans doute pas l'intention de nous y opposer."

[207] Ibid.; handschriftl. Anmerkung für de Beaumarchais: „Je ne vois aucune raison de retarder cette affaire du bureau à Pankow; la forme choisie respecte tous nos impératifs politiques. Ne nous laissons pas intimider."

[208] Achille Astolfi war als abgeordneter Beamter des französischen Wirtschaftsministeriums zum CNCE gelangt.

[209] AMAE, RDA 1961–1970, 3076: Note des Comité France-Europe de l'Est vom 25. 1. 1971.

Ausstattung des Büros beteiligten (pro Firma und Jahr rund 1500 FF).[210] Dies änderte sich mit zunehmendem Einsatz des CNCE und des französischen Wirtschaftsministeriums.

Die veränderte Einstellung erlaubte es der französischen Außenpolitik in ganz anderem Maße als bisher, auf die Forderungen der französischen Industrie und damit indirekt auch auf die Forderungen der ostdeutschen Seite einzugehen. Zu den schon seit einigen Jahren eingeforderten qualitativen Verbesserungen zählte die Vertragsdauer der bilateralen Abkommen. Im Dezember 1967 war sie erstmals auf zwei Jahre verlängert worden. Im Frühjahr 1969 hatte die DREE dem *Quai d'Orsay* mit einem Verweis auf die günstigen Perspektiven der französisch-ostdeutschen Handelsbeziehungen und auf das Potenzial des ostdeutschen Marktes nahegelegt, die DDR von der Bereitschaft zu weiteren Konzessionen in Kenntnis zu setzen.[211] Diese positive und gleichermaßen sehr utilitaristische Einschätzung der Perspektiven spiegelte vor allem das Drängen der französischen Industrie wider, für die die Aussichten auf interessante Vertragsabschlüsse 1969 sehr viel geringer waren als noch im vorangegangenen Jahr. Unter Beibehaltung des bislang gültigen rechtlichen Rahmens wurde im Januar 1970, wenige Monate nach der Regierungserklärung Willy Brandts, ein bilaterales Handelsabkommen zwischen Frankreich und der DDR mit einer Laufzeit von fünf Jahren unterzeichnet. Damit wurde die DDR auch in diesem Punkt erstmals den anderen Ostblockstaaten gleichgestellt.[212] Im Gegenzug sicherte sie in den Vertragsverhandlungen zu, innerhalb der kommenden zwei Jahre Maschinen und Industrieanlagen aus Frankreich im Wert von zwei Milliarden FF zu bestellen, was der seit 1963 betriebenen Neuausrichtung der Wirtschaftsbeziehungen mit den Ostblockstaaten entsprach.[213]

Bereits anlässlich der Leipziger Frühjahrsmesse 1970 bahnten sich neue und für die französische Wirtschaft interessante Verträge an. Damit diese Verträge jedoch tatsächlich zustande kommen konnten, musste Frankreich zunächst auf internationaler Ebene eine weitere bedeutende Konzession im Handel mit der DDR erwirken, denn der Umfang dieser Verträge erforderte eine Veränderung der Kreditkonditionen.[214] Besonders hinderlich war die im Rahmen der NATO 1966 vereinbarte Beschränkung von Krediten für die DDR auf eine fünfjährige Laufzeit.

[210] CAEF, DREE, B 60400/1: Undatierte Note der FIMTM.

[211] CAEF, DREE, B 54922: Note der DREE, Chapelle, vom 23. 4. 1969 für die DAEF, Brunet: „Les perspectives de développement de nos exportations à l'égard d'un partenaire qui représente en Europe de l'Est le potentiel industriel et commercial le plus important après l'URSS sont incontestablement favorables. C'est dans cet esprit qu'il convient, selon moi, d'envisager la poursuite de nos relations économiques avec l'Allemagne de l'Est."

[212] AMAE, RDA 1961–1970, 84: Note der DAEF vom 15. 1. 1970; cf. dazu auch ANF, 5 AG 2, 69: Note des MinEF, Kabinett, vom 18. 6. 1971: „Cet arrangement est l'un des premiers accords qui ait été signé entre la RDA et les pays occidentaux. À des différences de forme près, imposées par des raisons politiques, il est semblable dans son esprit et dans sa structure à nos autres accords passés avec les pays de l'Est européens."

[213] AMAE, RDA 1961–1970, 84: Arrangement commercial vom 28. 1. 1970 sowie der dazugehörige Briefwechsel zwischen dem Chef des services commerciaux, Grangette, und dem Präsidenten der KfA-Vertretung, Murgott.

[214] Ibid.: Note der DAEF, Prunet-Foch, vom 27. 4. 1970 für die DEU, Arnaud: „Le problème de crédit à plus de cinq ans à l'Allemagne de l'Est, que nous avons réussi à différer jusqu'à présent, se pose d'une manière inévitable."

Demgegenüber fiel der Blick des französischen Außenministeriums auf die von der Bundesrepublik im innerdeutschen Handel gewährten Konditionen, die auch aus Sicht der französischen Politik als eine Verfälschung der Konkurrenzsituation auf dem ostdeutschen Markt betrachtet wurde. Eine Untersuchung des *Crédit Lyonnais* hatte gezeigt, dass die DDR als vielversprechender Absatzmarkt für Maschinen und Industrieanlagen gelten könnte, allerdings nur unter der Bedingung, dass die dafür notwendigen Kredite zur Verfügung stehen.[215] Auslöser für die dringliche Auseinandersetzung mit dieser Frage war ein Vertrag über die Lieferung von 10 000 Eisenbahnwaggons im Wert von 800 Millionen FF, für die ein Kredit mit einer Laufzeit von sieben Jahren gewährt werden sollte. Diese Verlängerung um zwei Jahre entsprach aus Sicht der Wirtschaftsabteilung des *Quai d'Orsay* nur einer Anpassung an die aktuelle Situation: Ein Kredit von sieben Jahren im Jahr 1970 sei schließlich kaum vorteilhafter als ein Kredit von fünf Jahren im Jahr 1966.[216] In volkswirtschaftlicher Hinsicht bestand ein großes Interesse an diesem Auftrag – sicherte er doch 1000 Arbeitsplätze für die Dauer eines ganzen Jahres in der krisengeplagten französischen Eisenbahnindustrie.[217] Auf politischer Ebene, so Christian d'Aumale, sei die Zeit der Zurückhaltung gegenüber der Bundesrepublik vorbei, es sei vielmehr an der Zeit, an die eigene, seit 1968 defizitäre Handelsbilanz zu denken sowie an die Bedürfnisse der französischen Industrie, deren Zugang zum ostdeutschen Markt bislang aus politischen Gründen und damit zugunsten der westdeutschen Konkurrenz eingeschränkt worden sei.[218] Nur wenige Wochen nach Unterzeichnung dieses Vertrages im Juni 1970 wurden die Kreditrichtlinien der Europäischen Gemeinschaft für den Handel mit der DDR auf Antrag Frankreichs gelockert. Parallel dazu wurde bereits im Mai 1970 auch die Kreditwürdigkeit der DDR von französischer Seite zu deren Gunsten neu bewertet (COFACE-Klassifizierung). Grundsätzlich wurde zwar die gute Zahlungsmoral der DDR hervorgehoben; problematisch blieb jedoch auch weiterhin, dass Frankreich im Zweifelsfall, mangels diplomatischer Vertretung, nicht in der Lage war, seine Rechte in der DDR geltend zu machen.[219] Das Beispiel zeigt, dass wirtschaftspolitische Interessen nunmehr über politische Bedenken gestellt wurden.

[215] CAEF, DREE, B 60398/1: Undatierte Note der DREE [entstanden im Vorfeld des Abkommens vom 28. 1. 1970].

[216] AMAE, RDA 1961–1970, 84: Telegramm der DAEF, d'Aumale, vom 10. 6. 1970 an die franz. Botschaft in Bonn: „Même en admettant qu'une certaine différence de traitement demeure souhaitable pour des raisons politiques, il convient, dans l'appréciation de cette marge discriminatoire, de tenir compte de l'allongement général des conditions de crédit consenties par les pays industrialisés aux pays de l'Est […]."

[217] ANF, 19910036, 9: Note des Ministère de l'Industrie, Direction des industries métallurgiques, mécaniques et électriques vom 31. 5. 1970 für den Directeur général de l'Industrie.

[218] AMAE, RDA 1961–1970, 84: Telegramm der DAEF, d'Aumale, vom 10. 6. 1970 an die franz. Botschaft in Bonn: „À ce titre, une modification raisonnable des conditions de crédit à l'exportation […] contribuera à restaurer l'équilibre de notre balance commerciale avec la RDA, fortement compromise depuis quelques années, tout en donnant un regain d'activité à une industrie et à une région dont la situation suscite certaines préoccupations."

[219] Ibid.: Note der DAEF vom 14. 10. 1970.

Die Unterzeichnung des Vertrages fiel zusammen mit der offiziellen Eröffnung des BEIF am 5. Juni 1970 in Ost-Berlin in Anwesenheit des Ministerratsvorsitzenden der DDR Willi Stoph und des Wirtschaftsministers Horst Sölle. Zu dieser Gelegenheit reiste Georges Villiers mit einer Delegation von mehr als einhundert Vertretern der französischen Wirtschaft, unter ihnen auch der Direktor des CNCE, in die DDR.[220] Man kann annehmen, dass bei dieser Gelegenheit zahlreiche Kontakte geknüpft und die neuen Rahmenbedingungen genutzt wurden, um neue Verträge auf den Weg zu bringen[221], denn bereits im September 1970 stellte man im *Quai d'Orsay* fest, dass sich die Vorreiterrolle Frankreichs ausgezahlt habe.[222] Für diese Einschätzung spricht auch die Entwicklung der Handelsbilanz, die 1970 wieder ein Plus zugunsten Frankreichs auswies.

Dennoch forderte die DDR eine weitere Verbesserung ihrer COFACE-Klassifizierung vor Ende des Jahres. Auslöser war in diesem Fall ein Vertrag mit Alsthom.[223] Üblicherweise war es das Wirtschaftsministerium, das sich in solchen Situationen für die Belange der betroffenen Unternehmen gegenüber dem Außenministerium einsetzte. Diesmal war es umgekehrt, nicht zuletzt weil die DREE fürchtete, für die anstehenden Verhandlungen einen wichtigen Trumpf zu früh aus der Hand zu geben. Erst auf Intervention von Maurice Schumann akzeptierte Wirtschafts- und Finanzminister Valéry Giscard d'Estaing eine Einstufung der DDR in die Kategorie 1A – unter der Bedingung, dass diese Neueinstufung erst nach der Unterzeichnung weiterer umfangreicher Verträge im Frühjahr 1971 in Kraft treten solle.[224] Auch die nur sehr zögerlich voranschreitende Aufhebung der Kontingentierung beim Import von Waren aus der DDR war weniger politisch als vielmehr wirtschaftlich motiviert. Die zuständigen Fachministerien fürchteten die Konkurrenz für französische Produkte und eine erneut defizitäre Bilanz.

Im Vorfeld der unter anderem wegen der Erhöhung des Handelsvolumens notwendig gewordenen Verhandlungen über das jährliche Protokoll hatte sich

[220] AMAE, RDA 1961–1970, 85: Telegramm des GMFB, Toffin, vom 5. 6. 1970; sowie ibid., 84: Note der S/DEUC vom 30. 5. 1970.

[221] AMAE, RDA 1971–1976, 3076: Note des Comité France-Europe de l'Est vom 25. 1. 1971: „La présence des hautes personnalités allemandes intronisait publiquement le directeur du Bureau français et devait aussi faciliter par la suite ses contacts avec les différents services: administration, centrales, sociétés de commerce, direction de la Foire de Leipzig."

[222] AMAE, RDA 1961–1970, 84: Note der DAEF vom 3. 10. 1970 sowie 14. 10. 1970: „Notre position ‚en flèche' en matière d'assurance-crédit se situe dans le cadre d'un ensemble de dispositions que nous avons prises afin de favoriser nos relations économiques avec la RDA et pour lesquelles nous avons souvent fait figure de pionniers […]."

[223] Ibid.: Note der DAEF vom 14. 10. 1970: „Le ministère de l'Économie et des Finances se montre très agacé de cette nouvelle pression exercée par l'intermédiaire des sociétés privées sur des décisions qu'il aura à prendre à la fin de l'année. La Rue de Rivoli est dans ces conditions très opposée à un nouveau reclassement COFACE à la RDA en 1970. La DREE estime également la mesure prématurée."

[224] Ibid.: Note der DAEF, Prunet-Foch, vom 2. 11. 1970 für die S/DEUC: „Quoi qu'il en soit, et grâce à l'intervention du ministre, M. Giscard d'Estaing a renoncé à ses tentatives et a accepté de classer la RDA en 1re catégorie (1A) étant entendu que cette décision ne prendrait effet qu'à la conclusion de contrats d'envergure envisagés pour le printemps 1971."

Georges Villiers im *Élysée* mit Erfolg dafür eingesetzt, dass die ostdeutsche Delegation von Gerhard Beil angeführt und das Protokoll für das Jahr 1971 vom Leiter der DREE unterschrieben werden konnte.[225] Dies war wohl auch das Ergebnis eines Berichts, mit dem Jean de Broglie, Präsident des Auswärtigen Ausschusses, nach einem Gespräch mit Beil Druck auf die französische Regierung auszuüben suchte.[226] Mit dem Entschluss, diese Vereinbarung von französischer Seite durch einen Mitarbeiter des Wirtschaftsministeriums – und nicht mehr wie bis dahin üblich durch den Handelsrat der französischen Botschaft in Bonn – unterzeichnen zu lassen, wurde ein entscheidender Wandel in den französisch-ostdeutschen Beziehungen vollzogen. Unmittelbarer Ansprechpartner war nun nicht mehr die französische Botschaft in Bonn, sondern das Wirtschaftsministerium in Paris. Durch diese obschon in erster Linie symbolische Herauslösung der französisch-ostdeutschen Handelsbeziehungen aus dem Kontext der deutschlandpolitischen Aktivitäten der französischen Außenpolitik in der Bundesrepublik wurde ihnen erstmals ein eigenständiger Charakter zugesprochen. Um dennoch die Form zu wahren, ließ man Georges Gorse als Leiter des CNCE das „vertrauliche" Protokoll unterzeichnen und stattete ihn zu diesem Zweck mit einer Vollmacht des Leiters der DREE aus.[227] Bei den Verhandlungen stellte man zudem eine weitere Aufhebung von Kontingenten im Austausch gegen neue Verträge in Aussicht. Weitere Privilegien, die die DDR für ihre Handelsvertretung gefordert hatte, wurden nicht gewährt.[228]

### Das *Comité économique France-RDA*

Ein Jahr nach Eröffnung des BEIF und einer Vielzahl von Maßnahmen zur Normalisierung der französisch-ostdeutschen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen bewertete die Wirtschaftsabteilung des *Quai d'Orsay* deren Entwicklung trotz einer für Frankreich deutlich positiven Handelsbilanz als völlig unzureichend: Weder entsprächen sie der Position der DDR als achter Industriemacht der Welt, noch stünden sie in einem akzeptablen Verhältnis zu den Aktivitäten der Konkurrenten Frankreichs auf dem ostdeutschen Markt. Das Handelsvolumen der fran-

[225] Ibid.: Note der S/DEUC vom 19. 11. 1970 für Arnaud: „La direction des Affaires économiques […] me précise qu'en fait M. Villiers aurait obtenu à l'Élysée l'assurance que M. Beil pourrait diriger la délégation est-allemande et que du côté français l'accord pourrait être signé par M. Chapelle. M. Villiers aurait fait état de cet agrément auprès de M. Schumann."

[226] ANF, 5 AG 2, 1009: Note von Lucet vom 4. 11. 1970 für Pompidou: „La RDA serait donc disposée à conclure un accord économique avec la France afin d'éviter l'insertion, qu'elle juge sinon inéluctable, de son économie dans celle de la RFA. M. Beil se plaint amèrement du traitement défavorable imposé par la France à la RDA."

[227] AMAE, RDA 1961–1970, 84: Undatierte Note für das Kabinett/MAE [aus dem Zeitraum 14. 12.–18. 12. 1970]; mit einer handschriftl. Anmerkung, dass man sich in einer Besprechung am 14. 12. darauf geeinigt habe, Gorse mit einer Vollmacht von Chapelle auszustatten; cf. ibid.: Undatierter Entwurf für einen Brief von Chapelle an Gorse: „Je vous donne instruction de signer ce document en votre qualité de directeur du Centre national du commerce extérieur."

[228] Ibid.: Note der DAEF, Prunet-Foch, vom 18. 12. 1970 für die S/DEUC, Boyer.

zösisch-ostdeutschen Beziehungen betrug gerade einmal 7% des innerdeutschen Handels, und selbst gegenüber den Niederlanden, Österreich, der Schweiz und Schweden befand sich Frankreich im Hintertreffen. Die beträchtliche Steigerung der französischen Exporte im Zeitraum von 1969 bis 1970 um nahezu 140% basierte im Wesentlichen auf Verträgen, die in den Jahren 1967 und 1968 abgeschlossen worden waren. Dazu zählte der Verkauf einer Fabrik zur Herstellung von Polyurethan im Wert von 250 Millionen FF (ENSA) sowie einer Fabrik zur Reifenherstellung im Wert von 75 Millionen FF (Kléber-Colombes). 1970 wurde damit das vereinbarte Handelsvolumen erstmals übertroffen, nachdem die Importe aus der DDR bereits im Zeitraum von 1967 bis 1969 aufgrund der Aufhebung von Kontingenten verdoppelt worden waren. Der leichte Rückgang im Jahr 1970 lässt sich mit der Knappheit landwirtschaftlicher Produkte in der DDR erklären.[229]

Seit Anfang 1970 nahm die Zahl der Verträge stark zu. Dazu zählte etwa der bereits erwähnte Verkauf von 10 000 Eisenbahnwaggons an die DDR. Doch nicht alle Projekte, in die französische Unternehmen investierten, konnten tatsächlich in Aufträge umgewandelt werden. So wurde ein bereits weit gediehenes Projekt zur Lieferung einer Ammoniak-Fabrik in die DDR von einem japanischen Unternehmen übernommen. Der einzige für das Jahr 1971 in Aussicht stehende Großauftrag sah die Erneuerung von Werften in Rostock im Wert von 100 Millionen FF vor. Damit war man insgesamt jedoch noch weit entfernt von den ursprünglich vereinbarten Bestellungen im Wert von zwei Milliarden FF. Zwar blieb der rechtliche Rahmen der Beziehungen auch weiterhin unangetastet, dennoch stellte sich die Frage, ob und in welchem Maße ihre weitere Entwicklung von der Aufnahme diplomatischer Beziehungen abhing beziehungsweise allein mit verwaltungstechnischen Maßnahmen beeinflusst werden konnte.[230] Mit Zustimmung von Maurice Schumann wurde dennoch eine ganze Reihe von Veränderungen in die Wege geleitet, von denen man sich positive Auswirkungen auf das Wachstum des Exportvolumens versprach. Dazu zählte die fast vollständige Aufhebung der Kontingentierung von Importen aus der DDR (mit lediglich vier Ausnahmen), die Erlaubnis für Günter Mittag, zu Gesprächen mit Vertretern des französischen Wirtschaftsministeriums nach Paris zu reisen, oder auch die Möglichkeit für ostdeutsche Händler und Geschäftsleute, ihre Visa für Frankreich über das BEIF in Ost-Berlin zu beantragen. Andere Maßnahmen, wie die bereits im Dezember 1970 in Aussicht gestellte Einstufung der DDR in die Kategorie 1A der COFACE-Klassifizierung, wurden an weitere umfangreiche Verträge geknüpft.[231] Die wohl bedeutendste Neuerung war jedoch die Steuerbefreiung für die Mitarbeiter der DDR-Handelsvertretung in Paris, ein Vorrecht, wie es üblicherweise nur diploma-

[229] AMAE, RDA 1971–1976, 3076: Note der DAEF vom 13. 5. 1971.

[230] Ibid.: „Il n'est évidemment pas simple d'accroître les relations économiques avec un pays que nous ne reconnaissons pas. […] Cependant, sur le plan strictement économique, ou plus exactement administratif, nous nous montrons entreprenants."

[231] AMAE, RDA 1971–1976, 3076: Note der DAEF vom 13. 7. 1971 für den Minister; handschriftl. Anmerkung von Schumann: „Essayer de troquer les contrats contre le nouveau classement COFACE, mais en prenant l'initiative de pousser les choses."

tischem oder konsularischem Personal gewährt wurde.[232] Um von diesen Konzessionen auch in spürbarem Umfang profitieren zu können, bestand Schumann darauf, den Maßnahmenkatalog noch vor der Reise Günter Mittags im September 1971 umzusetzen.[233] Welchen Einfluss Georges Pompidou auf den Ausbau der Handelsbeziehungen mit der DDR in dieser Zeit der Normalisierung nahm, ist unklar. Es ist jedoch auffällig, dass sich der Präsident nur wenige Wochen zuvor umfassend über den Zustand der französisch-ostdeutschen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen hatte informieren lassen.[234]

Die deutlichste Verbesserung versprach man sich jedoch vor allem von den Aktivitäten des BEIF[235], zu dessen Initiativen auch die Organisation von Fachtagungen zählte. So fand im Juni 1971 ein Kolloquium zwischen Vertretern der chemischen Industrie beider Länder statt, um den Weg für eine intensivere Kooperation zu ebnen. Künftig sollten Produkte, die mit französischen Maschinen in der DDR hergestellt wurden, nach Frankreich exportiert werden.[236]

Ebenfalls privaten Initiativen geschuldet war die Schaffung eines *Comité économique France-RDA*, das unter der Leitung von Georges Villiers und Gerhard Beil anlässlich der Leipziger Frühjahrsmesse 1971 erstmals zusammentrat. Hier saßen den Vertretern verschiedener Fachministerien der DDR einflussreiche Verbandsvorsitzende der französischen Wirtschaft und Direktoren einzelner französischer Unternehmen gegenüber.[237] Nach einer ersten konstituierenden Sitzung wurden bei der zweiten Sitzung im September desselben Jahres in Paris für verschiedene Sektoren (Energiewirtschaft, Elektronik, Textil- und Werkzeugmaschinenbau) Kooperationsprogramme erarbeitet. Die Anwesenheit von Günter Mittag und von Vertretern verschiedener DDR-Ministerien nahm der Leiter der DREE zum An-

[232] Ibid.: „Le ministère des Finances, si nous le lui demandons par lettre confidentielle, est disposé ‚à ne pas réclamer' à M. Schramm et à un nombre de ses collaborateurs que nous fixerions le recouvrement de leurs impôts. Cette décision serait naturellement officieuse et le ministère des Affaires étrangères l'ignorerait." Handschriftl. Anmerkung von Schumann: „Accord – à faire immédiatement."

[233] Ibid.; handschriftl. Anmerkung von Schumann: „J'insiste sur la nécessité de faire tout cela avant le 10 septembre." Cf. dazu auch ibid., 3105: Note der S/DEUC vom 11. 8. 1971 für den Minister.

[234] ANF, 5 AG 2, 69: Schreiben des MinEF, Kabinett, Calvet, vom 18. 6. 1971 für den Generalsekretär des Élysee, Bernard.

[235] AMAE, RDA 1971–1976, 3076: Note der DAEF vom 13. 5. 1971: „Il semble qu'ils doivent récolter au cours des prochains mois les fruits de cette initiative que l'Administration n'a pas, bien au contraire, découragée."

[236] Ibid.: Schreiben des GMFB, Toffin, vom 9. 6. 1971 für das MAE, S/DEUC; sowie ANF, 19910036, 9: Note vom 28. 9. 1973 über die Beziehungen in der chemischen Industrie für die Direction des études et programmes.

[237] Zusammensetzung: G. de Villiers (président d'honneur du CNPF), F. Peugeot (président de la Fédération des industries mécaniques), R. Pelletier (président du Syndicat général de la construction électrique), P. Sudreau (président de la Fédération des industries ferroviaires), E. Ornhjelm (président de la Chambre syndicale des constructeurs d'automobiles), J. Dollfus (président de l'Union des constructeurs de machines textiles), R. Camus (président-directeur général de la Société CAMUS), H. Journu (Engineering de l'industrie chimique), J. Borduge (directeur commercial de Rhône-Poulenc) sowie R. Maneval (secrétaire général du Comité France-Europe de l'Est); cf. AMAE, RDA 1971–1976, 3076: Note der DAEF vom 28. 9. 1971.

lass, um Resultate anzumahnen, die den von Frankreich bewiesenen guten Willen rechtfertigen würden.[238] Die französische Industrie ließ sich von der aktuell schwierigen wirtschaftlichen Situation der DDR (die ihre Devisen für den Import landwirtschaftlicher Produkte benötigte) offensichtlich nicht beeindrucken. Im Gegenteil, die *Fédération des industries mécaniques et transformatrices des métaux* (kurz FIMTM) erklärte sich im Rahmen der Gespräche dazu bereit, einen ihrer Mitarbeiter zwecks Verstärkung des BEIF nach Ost-Berlin zu entsenden. Auch der französische Staat beteiligte sich an dieser Initiative, indem er einen Teil der zusätzlichen Personalkosten übernahm. Die Kritik der Bundesrepublik an der Arbeit des Komitees wurde mehr oder weniger kommentarlos zur Kenntnis genommen.[239]

Innerhalb des *Comité économique France-RDA* wurden zudem Arbeitsgruppen geschaffen, die sich speziell der Kooperation in den Bereichen des Maschinenbaus, der chemischen Industrie, der Elektrotechnik und der Elektronik widmeten. Neben den Sitzungen dieser Arbeitsgruppen, die nach Fachbereichen untergliedert jeweils parallel zu den Sitzungen des Komitees tagten, wurden weitere Arbeitssitzungen mit größeren Delegationen französischer Ingenieure zu Themen abgehalten, die für die wirtschaftliche Kooperation zwischen beiden Ländern ebenfalls von besonderem Interesse waren: Im März 1972 war dies die Eisenbahnindustrie und im Dezember desselben Jahres die Herstellung von Armaturen für Industrieanlagen („robinetterie").[240]

Wegen der schwierigen wirtschaftlichen Situation der DDR, die eine signifikante Erhöhung des Exportvolumens auch weiterhin verhinderte, wurde das Protokoll für das Jahr 1971 nach kurzen Verhandlungen ohne Veränderungen – sowohl in Bezug auf den Inhalt als auch auf das Prozedere – neu aufgelegt.[241] Die an weitere Bestellungen geknüpfte Gewährung neuer Zugeständnisse blieb damit aus. Dies betraf insbesondere die Unterzeichnung des Protokolls durch einen Mitarbeiter der DREE, die nach Zustimmung Maurice Schumanns erstmalig möglich gewesen wäre.[242]

Anfang Mai 1972 fanden am Rande der dritten Sitzung des *Comité économique France-RDA*, das im Rahmen einer in Paris veranstalteten *Semaine technique de la RDA* zusammentrat, erneut Gespräche über das Handelsprotokoll für das laufende Kalenderjahr statt. Um diese Veranstaltung leiten zu können, wurde auch dem Minister für Außenhandel der DDR, Horst Sölle, erstmalig ein Visum für die Einreise nach Frankreich gewährt.[243] Sölle wie auch sein Stellvertreter Beil nutzten ihren Aufenthalt indes vor allem zu Gesprächen im Wirtschaftsministerium und

[238] Ibid.: Note der DAEF vom 28. 9. 1971: „Notre pays montrait pourtant sa volonté de rapprochement avec la RDA dans le domaine économique et avait l'intention de poursuivre dans cette voie, mais il fallait souhaiter que les résultats plus encourageants interviennent avant la fin de l'année."

[239] Ibid.

[240] CAEF, DREE, B 60400/1: Note der FIMTM vom 25. 2. 1974.

[241] AMAE, RDA 1971–1976, 3076: Note der DAEF vom 16. 12. 1971.

[242] Ibid.: Note der DAEF vom 29. 11. 1971 für das Kabinett; handschriftl. Anmerkung Schumanns.

[243] Ibid.: Note der S/DEUC, Boyer, vom 17. 2. 1972.

parallel dazu mit Vertretern der französischen Industrie im Rahmen des *Comité économique*. Hier ging es unter anderem um die Beteiligung französischer Unternehmen am Bau neuer Kraftwerke in der DDR. Daneben nahm Sölle die Gelegenheit wahr, den Pavillon der DDR auf der Pariser Messe zu besichtigen. Mit 1000 Quadratmetern war er einer der umfangreichsten der gesamten Messe. Selbst Wirtschaftsminister Valéry Giscard d'Estaing ließ sich bei seinem Rundgang einen Besuch nicht nehmen.[244] Während im Bundestag die Debatte über die Ratifizierung der Ostverträge stockte, demonstrierte die DDR in Paris mithin ihr internationales Prestige auf dem Feld der Wirtschaft. In dieser Situation kam zwar auf privatwirtschaftlicher Ebene ein *Programme de coopération économique, scientifique et technique* über mittelfristige Ziele und Aktivitäten des *Comité économique* bis 1973 zustande[245]; die Verhandlungen über das Handelsprotokoll im französischen Wirtschaftsministerium wurden jedoch ausgesetzt, um die Ratifizierung der Ostverträge nicht unnötig zu gefährden.[246]

Das Inkrafttreten der Ostverträge und des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin verstärkte noch den Schwebezustand, in dem sich die französisch-ostdeutschen Wirtschaftsbeziehungen 1972 befanden: Je mehr die diplomatische Anerkennung für die DDR in greifbare Nähe rückte, desto weniger wollte sie sich mit einem inoffiziellen Handelsabkommen zufriedengeben. Da die Entwicklung des Handels gewisse Veränderungen notwendig machte, wurden die Verhandlungen im Juni wieder aufgenommen, blieben aber ergebnislos.[247] Noch im selben Monat traf sich daraufhin erneut das *Comité économique* in Berlin. Aber erst die Fortsetzung der Verhandlungen im September 1972 brachte schließlich die dringend notwendige Aktualisierung des Handelsprotokolls. Zwar wies die Handelsbilanz in den Jahren 1970 bis 1972 ein deutliches Plus für Frankreich aus, auch hatte sich das globale Handelsvolumen im selben Zeitraum verdoppelt, dennoch war die Entwicklung der Beziehungen aus französischer Sicht im Verhältnis zu den bislang gewährten Privilegien und Zugeständnissen unzureichend. Denn obwohl mehrere Großprojekte gründlich geprüft worden waren, war seit Juni 1970 kein größerer Vertrag mehr zustande gekommen. Für 1973 zeichnete sich deshalb ein beträchtlicher Rückgang des Exportvolumens ab. Da die DDR gleichzeitig erheblich von der Aufhebung der Kontingentierung profitierte, ging dies für Frankreich zwangsläufig mit einer defizitären Handelsbilanz einher.[248]

Am 1. April 1973, zwei Wochen nach Eröffnung der französischen Botschaft in Ost-Berlin, stellte das BEIF seine Aktivitäten ein, und auch das *Comité économique France-RDA* kam nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten zu keinen weiteren Sitzungen mehr zusammen. Dagegen wurden die in diesem Rahmen geplanten privatwirtschaftlichen Initiativen auch nach dem 9. Februar 1973 noch realisiert. Dazu zählte in erster Linie die im Juni 1973 in Ost-

[244] Ibid.: Note der DAEF vom 12. 5. 1972.
[245] Ibid.: Note der DAEF vom 12. 5. 1972; sowie ibid.: Telegramm der DAEF, d'Aumale, vom 15. 7. 1972 an die franz. Botschaft in Bonn.
[246] Ibid.: Note der DAEF vom 15. 6. 1972.
[247] Ibid.: Note der DAEF vom 6. 6. 1972.
[248] Ibid.: Note der DAEF vom 9. 10. 1972.

Berlin stattfindende *Semaine technique française*, mit der man den Export französischer Technologie zu stimulieren suchte. Bereits im November 1972 hatte die DREE für diese Veranstaltung eine finanzielle Unterstützung bewilligt.[249] Treibende Kraft war die FIMTM, deren Mitglieder dem ostdeutschen Markt nach der Entwicklung der letzten Jahre besondere Aufmerksamkeit widmeten.[250] Denn während die französisch-sowjetischen Handelsbeziehungen in den Bereichen Maschinenbau und Metallverarbeitung zwischen 1970 und 1972 stagnierten, durchliefen die französisch-ostdeutschen Beziehungen im selben Zeitraum eine spektakuläre Entwicklung. 1972 hatte der Handel mit der DDR in diesen Bereichen den Handel mit der UdSSR sogar überrundet. Welchen Stellenwert diese Bereiche innerhalb der französisch-ostdeutschen Beziehungen mit Unterstützung der FIMTM erlangt hatten, wird auch daran ersichtlich, dass er 1972 drei Viertel aller Exporte in die DDR ausmachte.[251]

*Entwicklung des Handels in den Bereichen Maschinenbau und Metallverarbeitung*[252]

| *in Mill. FF* | Französische Exporte | | Französische Importe | | Volumen insgesamt | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | DDR | UdSSR | DDR | UdSSR | DDR | UdSSR |
| 1970 | 200,6 | 521,1 | 60,0 | 63,0 | 260,6 | 584,1 |
| 1971 | 365,2 | 448,5 | 76,2 | 48,3 | 441,4 | 496,8 |
| 1972 | 525,8 | 509,6 | 80,6 | 48,0 | 606,4 | 557,6 |

Um den auch gegenüber der westeuropäischen Konkurrenz erarbeiteten Vorsprung auf diesem Feld nicht zu verspielen, rief der Vertreter der FIMTM im BEIF seinen Verband im Januar 1973 zu besonderer Eile bei der Organisation der *Semaine technique française* auf.[253] Frankreich war das erste westliche Land, das eine solche Initiative ergriffen hatte, und es wurde wohl befürchtet, dass ihre Wirkung nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen in gewisser Weise ins Leere laufen würde. Das Programm der Veranstaltung wurde ganz auf die Bedürfnisse des ostdeutschen Marktes abgestellt. Im Vorfeld hatte man dem Ministerium für Wissenschaft und Technik der DDR eine Liste mit möglichen Themen für Vorträ-

[249] CAEF, DREE, B 60400/1: Schreiben der FIMTM, Boulnois, vom 12. 12. 1972 an das BEIF; sowie ibid.: Schreiben des CNCE vom 20. 12. 1972 an das BEIF: „Cette action a été inscrite pour répondre à la demande pressante de 27 adhérents de la FIMTM fortement appuyée par vous-même."

[250] Ibid.: Note der FIMTM vom Mai 1973: „L'organisation d'une semaine technique en DDR répond aux vœux exprimés par la mécanique française et traduit l'attention particulière qu'elle porte à ce pays industriel en rapide développement. Cet intérêt des industries françaises trouve notamment son expression dans le fort accroissement des échanges enregistrés au cours des dernières années et dans l'intensification des relations économiques et industrielles entre la France et la RDA dans le domaine de la mécanique et de la transformation des métaux."

[251] Ibid.: „Le remarquable développement des échanges entre la France et la RDA est pour une grande part le fruit de l'intensification des relations économiques et industrielles entre les deux pays à laquelle les industries mécaniques françaises ont notablement contribué."

[252] Ibid.

[253] CAEF, DREE, B 60400/1: Schreiben des BEIF, Meyer, vom 5. 1. 1973 an die FIMTM, Boulnois.

ge unterbreitet, aus denen bis Ende Mai fünfunddreißig ausgewählt wurden. Von den französischen Unternehmen war Creusot-Loire besonders stark vertreten.[254] Auch in den folgenden Jahren nahm die FIMTM regen Anteil am Ausbau der französisch-ostdeutschen Wirtschaftsbeziehungen. Einem nahtlosen Übergang in diesem Bereich der Beziehungen vor und nach dem 9. Februar 1973, also im Übergang von inoffiziellen zu offiziellen Wirtschaftsbeziehungen, war es in besonderem Maße dienlich, dass der in den Diensten der FIMTM stehende Mitarbeiter des BEIF im März 1973 als Handelsattaché der neu eröffneten französischen Botschaft in Ost-Berlin berufen wurde.[255]

## 2. Strukturelle Kontinuität im Übergang zu den offiziellen Wirtschaftsbeziehungen

Lange Zeit auf sich allein gestellt, fanden französische Unternehmen Mittel und Wege, um mit der DDR ins Geschäft zu kommen. Mit der zunehmenden Modernisierung der ostdeutschen Industrie und der Intensivierung des innerdeutschen Handels seit 1967 wuchs auch in Frankreich das Interesse an Handel und wirtschaftlicher Kooperation mit dem zweiten deutschen Staat. Zudem vergrößerte sich mit der zunehmenden Normalisierung der französisch-ostdeutschen Beziehungen auch der Handlungsspielraum französischer Unternehmen und Verbände. Davon zeugt die Etablierung einer Vertretung der französischen Industrie in Ost-Berlin. Ohne die Unterstützung der französischen Außenpolitik hätten privatwirtschaftliche Initiativen freilich nicht realisiert werden können. Dafür waren es im Gegenzug die infolge der Reise von George Villiers im September 1969 in privatwirtschaftlicher Regie geschaffenen Strukturen, die Frankreich einen reibungslosen Einstieg in Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR auf offizieller Ebene ermöglichten.

### Vom BEIF zum *Service d'expansion économique*

Knapp anderthalb Jahre vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR wurde im *Quai d'Orsay* erstmals darüber nachgedacht, wie das BEIF in die offizielle französische Außenhandelspolitik integriert und ohne größere Schwierigkeiten in eine offizielle Handelsvertretung umgewandelt werden könnte: Die DREE sollte einen Handelsrat entsenden, Astolfi als ehemaliger Mitarbeiter des Wirtschaftsministeriums zum Handelsattaché ernannt werden und der Vertreter der FIMTM sollte seinen Status als Beamter des *Ministère du Développement industriel et scientifique* wiedererlangen. Man stand quasi in den Startlöchern – bereit zu handeln, wenn es die Situation erlauben würde.[256] Die

[254] Ibid.: Note der FIMTM vom 30. 5. 1973.
[255] Ibid.: Note der FIMTM vom 25. 2. 1974.
[256] AMAE, RDA 1971–1976, 3076: Note der DAEF vom 4. 10. 1971: „Notre position actuelle offre en tout état de cause la possibilité d'une évolution rapide au moment où nous l'estimerons souhaitable."

Unterstützung privatwirtschaftlicher Initiativen und die Gewährung weitgehender Konzessionen betrachtete man in dieser Zeit als eine Art Vorschuss auf die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen nach der Aufnahme offizieller Beziehungen. Man hoffte, dass sich die Vorreiterfunktion auszahlen und Frankreich einen Vorsprung gegenüber anderen westeuropäischen Staaten verschaffen würde (insbesondere gegenüber Italien, Großbritannien, den Niederlanden und Österreich, denen Frankreich im Handel mit der DDR bislang unterlegen war).[257]

Als ein für die Bundesregierung leichter zu akzeptierender Zwischenschritt war auch die Umwandlung des BEIF in eine Vertretung des CNCE im Gespräch. Urheber dieser Idee war niemand anderes als der westdeutsche Außenminister Walter Scheel. Für seinen Amtskollegen Maurice Schumann bot dieser Vorschlag den großen Vorzug, dem Drängen der parlamentarischen Mehrheit in der Nationalversammlung auf Ausbau der französisch-ostdeutschen Wirtschaftsbeziehungen nachgeben zu können, ohne den rechtlichen Rahmen der Beziehungen verlassen zu müssen.[258] Spätere Kritik des westdeutschen Außenministeriums an diesem Vorschlag wurde deshalb mit entsprechender Schärfe zurückgewiesen.[259] Seine Realisierung scheiterte jedoch an der Ablehnung durch die DDR. Im *Quai d'Orsay* nahm man an, dass die DDR den tieferen Sinn dieses Angebots – nämlich die Schaffung eines Büros für wirtschaftliche Expansion, wie es üblicherweise in einer Botschaft existiert – nicht verstanden habe.[260] Grundsätzlich sah sich die um eine praktische Verbesserung der Situation bemühte französische Außenpolitik jedoch seit 1971 in den Wirtschaftsbeziehungen immer stärker konfrontiert mit dem auf die offizielle Anerkennung ausgerichteten Streben der DDR, die immer weniger mit partiellen Erleichterungen zufriedenzustellen war. Ebenfalls nicht möglich, allerdings aus Gründen, die mit der Bedeutung des Besatzungsstatus der Stadt für die französische Außenpolitik zusammenhingen, war eine Versetzung des in West-Berlin stationierten Handelsrates nach Ost-Berlin.[261]

Nachdem der Bundestag die Ostverträge ratifiziert hatte, erhielt der Leiter der DREE die Erlaubnis, für Gespräche über den Ausbau des BEIF im Juni 1972 nach

[257] Ibid.: „Les efforts qui ont été faits depuis le début de l'année pour améliorer nos relations économiques avec la RDA continuent à nous situer à l'avant-garde parmi les pays occidentaux."

[258] AMAE, RDA 1971–1976, 3076: Telegramm aus Niamey, Schumann, vom 25. 1. 1972 für MAE, Lemerle: „En tout cas, notre décision, loin de traduire une modification fondamentale, procède au contraire du refus délibéré de modifier fondamentalement les choses, tant que les négociations interallemandes n'auront pas abouti. C'est pourquoi elle ne saurait être ni révocable ni négociable." Cf. auch ibid.: Note der DAEF vom 29. 11. 1971 für das Kabinett; handschriftl. Anmerkung von Schumann: „Je m'en tiens pour le moment à l'antenne du CNCE, je n'exclus pas une autre formule: deux conseillers commerciaux (un à l'Ouest , l'autre à l'Est), Boyer parle d'un transfert?"

[259] Ibid.: Telegramm der S/DEUC, Alphand, vom 31. 1. 1972 an die franz. Botschaft in Bonn.

[260] Ibid.: Note der DAEF vom 16. 12. 1971: „Il s'agissait pourtant, sous l'étiquette provisoire du CNCE, d'organiser un véritable poste de l'expansion économique qui serait dirigé par un conseiller commercial bien choisi et résidant en RDA."

[261] Ibid.: Note der DEU, Arnaud, vom 30. 11. 1971 für das Kabinett: „Il est en tout cas essentiel que la création d'un poste commercial à Berlin-Est n'apparaisse en rien comme une mesure effectuée au détriment de Berlin-Ouest."

Ost-Berlin zu reisen. Mit dem Einverständnis von Maurice Schumann wurde vorgeschlagen, dass die DREE jeden Monat für zehn Tage einen Mitarbeiter nach Ost-Berlin entsenden sollte.[262] Unter den möglichen Varianten galt nur diese als wirklich praktikabel. Ein weiterer Vorzug dieser Lösung war die Vermeidung jeglicher Vermengung mit den französisch-westdeutschen Handelsbeziehungen, wie sie das Wirken des ansonsten in West-Berlin tätigen Handelsrates in Ost-Berlin mit sich gebracht hätte. Der französische Vorschlag wurde von ostdeutscher Seite positiv aufgenommen, obwohl er mit Rücksicht auf die Bundesrepublik keine Statusveränderung des BEIF implizierte. Trotz aller politischen Vorsichtsmaßnahmen, die der Wahrung des rechtlichen Rahmens dieser Beziehungen dienten, wurde das französische Wirtschaftsministerium mit diesem Schritt de facto zum offiziellen Teilhaber des BEIF. Aus dem Büro der französischen Industrie wurde fortan für zehn Tage im Monat eine offizielle Handelsvertretung Frankreichs, obwohl alles getan wurde, um einen entsprechenden Eindruck zu widerlegen.[263] Der Bevollmächtigte der DREE, Claude Ménard, nahm seine Arbeit im September 1972 auf und genoss fast umgehend sämtliche Privilegien eines Handelsrates (auch ohne den dazugehörigen Titel). Dazu zählten neben einem Diplomatenpass[264] vor allem direkte Kontakte zu den für die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zuständigen Ministern und Staatssekretären der DDR. Noch während seiner ersten zehntägigen Amtszeit wurde Ménard zudem vom Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED, Erich Honecker, empfangen.[265] Im Gegenzug wurden auch der DDR-Handelskammer in Paris zahlreiche Privilegien gewährt, die zusammengenommen dem Status einer diplomatischen Vertretung sehr nahekamen.[266] Mit der Eröffnung der französischen Botschaft in Ost-Berlin wurde aus dem Bevollmächtigten der DREE ganz offiziell ein Handelsrat, der die Leitung des im Verhältnis zur Größe der Botschaft besonders umfangreich ausgestatteten *Service d'expansion économique* übernahm.

## Vom *Comité économique* zum *Accord de coopération*

Parallel zu den Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen begannen im Januar 1973 auch die Verhandlungen über die Fortsetzung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen unter neuen Vorzeichen. Um dem drohenden Defizit entgegenzuwirken und die Exporte zu stimulieren, drang Maurice Schumann darauf, bei der Unterzeichnung eines bilateralen Kooperationsabkommens

[262] Ibid.: Note der DAEF vom 31. 5. 1972; handschriftl. Anmerkung von Schumann: „Oui! M. Chapelle doit (on ne peut pas ne pas) aller au rendez-vous. Il doit s'en tenir à la formule n° 2 dont j'ai parlé à M. Scheel. Les précautions recommandées par la direction politique peuvent fort bien être [prises?] dans ces limites. On peut pour commencer proposer sa formule."

[263] Ibid.: Noten der DAEF vom 13. 6. und 15. 6. 1972.

[264] Ibid.: Note der DAEF vom 21. 11. 1972.

[265] AMAE, RDA 1971–1976, 3077: Note vom 20. 9. 1972.

[266] AMAE, RDA 1971–1976, 3076: Note der S/DEUC, Boyer, vom 6. 10. 1972 für das Kabinett: „Bien que toutes ces facilités restent strictement confidentielles, la délégation est-allemande en France va donc disposer des principales facilités accordées aux missions diplomatiques."

zwischen Frankreich und der DDR keine Zeit zu verlieren. Bedenken der politischen Abteilung des *Quai d'Orsay*, die eine Unterzeichnung vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen für verfrüht hielt, wurden zurückgewiesen.[267] Tatsächlich begannen die Verhandlungen jedoch erst Ende Februar 1973, also nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Die DDR strebte zwei Abkommen an, ein Abkommen über wirtschaftliche Kooperation und vor allem ein offizielles bilaterales Handelsabkommen, mit dem die bisherigen inoffiziellen Handelsabkommen abgelöst werden sollten. Aber gerade die Aushandlung eines solchen Abkommens, auf das die DDR so viel Wert legte, war für Frankreich aufgrund seiner Verpflichtungen innerhalb der EWG nicht möglich.[268] Ein multilaterales Handelsabkommen der EWG mit der DDR scheiterte zunächst und in erster Linie am Widerstand der Bundesrepublik, für die der innerdeutsche Handel unter den bisherigen Konditionen besonders vorteilhaft war.

Basis des innerdeutschen Handels war unverändert das Zusatzprotokoll zu den Römischen Verträgen aus dem Jahr 1957. Die aus französischer Sicht anachronistische Situation einer Sonderstellung des innerdeutschen Handels sollte im Zuge der internationalen Anerkennung der DDR und der Veränderungen in der Europäischen Gemeinschaft endlich beendet werden.[269] Der wirtschaftliche Nachteil lag nicht nur für Frankreich vor allem in der Umleitung von Waren aus der DDR in einem nicht überschaubaren Ausmaß: Diese gelangten zu Konditionen des innerdeutschen Handels in die Bundesrepublik, bevor sie von dort zu den Konditionen des Gemeinsamen Marktes nach Frankreich oder an andere EWG-Mitglieder weiterverkauft wurden. Diese Situation habe, so die Wirtschaftsabteilung des *Quai d'Orsay*, auch bisher schon den Regeln der Gemeinschaft widersprochen. Mit der Errichtung einer Freihandelszone am 1. Januar 1973, zu der neben der

[267] Ibid.: Note der DAEF vom 12. 1. 1973 für das Kabinett: „L'augmentation des exportations françaises […] et l'intérêt qu'il y a à profiter des bonnes dispositions créées sur le plan politique devraient nous amener à souhaiter répondre sans tarder au vœu de nos partenaires à conclure très rapidement cet accord." Der Passus, mit dem Vorschlag der DAEF noch vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu unterzeichnen, ist mit der handschriftl. Anmerkung Schumanns „oui" versehen. Der Passus, in dem der Einwand der S/DEUC vorgetragen und als Alternative die Paraphierung vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen vorgeschlagen wurde, war von Schumann durchgestrichen; allgemeine handschriftl. Anmerkung Schumanns: „De toute manière, il nous faut aller de l'avant en prenant soin de tenir les Allemands informés."

[268] Ibid.: Telegramm der DAEF, de Courcel, vom 2. 3. 1973 an Délégation française auprès des Communautés européennes, Brüssel: „Il convient, dans cette affaire, de faire preuve de prudence afin de ne pas donner l'impression que nous cherchons à remettre en cause nos engagements communautaires et de ménager la susceptibilité des Allemands de l'Ouest."

[269] AMAE, RDA 1971–1976, 3077: Note der DAEF vom 13. 1. 1973: „Dans la détermination de la position que nous devons adopter vis-à-vis de cette situation nouvelle, nos intérêts économiques ne doivent certes pas seuls être pris en considération. Nous devons en effet nous garder sur un plan politique de toute action ou de toute prise de position qui pourrait faire penser que nous ne sommes pas disposés à faciliter l'aménagement des relations entre les deux États allemands. Mais nous ne devons pas davantage accepter que la normalisation de ces relations s'effectue dans des conditions telles qu'elle entraînerait l'extension, dont on ne peut aujourd'hui apprécier ni l'ampleur ni la portée, d'un régime déjà dérogatoire aux règles communautaires."

EWG auch einige EFTA-Staaten zählten, werde sie jedoch erheblich verschärft.[270] Außerdem befürchtete man als Folge des Grundlagenvertrages eine, durch geografische Nähe und gemeinsame Sprache ohnehin begünstigte, verstärkte wirtschaftliche Durchdringung des ostdeutschen Marktes mit westdeutscher Technologie. Zu einer Gefahr werde dies aber erst in Verbindung mit der innerdeutschen Grenze als einer Lücke in der Außengrenze der Freihandelszone. Die Anerkennung der DDR als souveräner Staat sollte deshalb genutzt werden, um die Integrität der Zollunion wiederherzustellen.[271] Zwar war es der französischen Regierung nicht möglich, das Zusatzprotokoll über den innerdeutschen Handel von 1957 offen infrage zu stellen, weil damit nebenbei auch die deutsche Einheit infrage gestellt worden wäre. Gleichzeitig sollte bei der Bundesregierung aber auch nicht der Eindruck entstehen, Frankreich gebe sich mit der Beibehaltung der gegenwärtigen Situation zufrieden. Anlässlich des nächsten deutsch-französischen Gipfels sollte deshalb nach einer für alle akzeptablen Lösung gesucht werden.[272] Als nationales Interesse Frankreichs wurde in dieser Angelegenheit das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes definiert, und das hieß auch: gleiche Bedingungen für alle Beteiligten. In der Sitzung des NATO-Rates vom 20. September 1973 und nicht im Rahmen der EWG einigte man sich schließlich darauf, dass das Zusatzprotokoll von 1957 seine Gültigkeit vollständig behalten solle. Ein multilaterales Handelsabkommen der EWG mit der DDR scheiterte in den folgenden Jahren nicht zuletzt an der französischen Rechtsauffassung, für die ein solches Abkommen mit dem Zusatzprotokoll nicht vereinbar war.[273]

Um die Konsequenzen der europäischen Handelspolitik auszugleichen, aufgrund derer ein offizielles bilaterales Handelsabkommen unter den gegebenen Umständen nicht möglich war, verlegte man sich in den Verhandlungen mit der DDR ersatzweise und zu ihrem größten Missfallen auf die Aushandlung eines Kooperationsabkommens.[274] Die Unterzeichnung eines solchen Abkommens

[270] Ibid.: Note der Direction des Affaires juridiques vom 10. 1. 1973 für den Generalsekretär des MAE: „Et depuis le 1er janvier, c'est sur un marché de neuf États que les produits est-allemands peuvent librement pénétrer. Et, d'autre part, la RFA profite de la situation actuelle dans une mesure qui est mal connue mais qui paraît considérable."

[271] Ibid.: Note des MinEF, Direction générale des Douanes et Droits indirects, vom 18. 1. 1973: „L'occasion de la reconnaissance effective de l'existence de la RDA en tant que l'État souverain devrait donc être saisie pour obtenir que toutes les mesures communautaires réglementant les échanges avec les pays tiers soient appliquées à la frontière entre les deux États allemands et que l'intégrité de l'union douanière soit, de ce fait, restaurée."

[272] Ibid.: Note der DAEF vom 13. 1. 1973: „Il s'agirait, en quelque sorte, de réserver d'ores et déjà nos droits, de préserver la situation existante dans les rapports entre les autres pays de la Communauté et la République démocratique allemande et, sans se prononcer à ce stade ni sur le fond ni sur les modalités, de préparer le terrain en vue d'un prochain examen de cette question à Bruxelles de façon à obtenir une solution conforme à nos intérêts communautaires et nationaux."

[273] Ibid.: Telegramm der Délégation française auprès des Communautés européennes, Brüssel, Burin de Roziers, vom 11. 10. 1974.

[274] AMAE, RDA 1971–1976, 3076: Bilanz der Handelsbeziehungen Frankreich-DDR seit 1970, erstellt im November 1974: „Cet accord crée un cadre intergouvernemental pour le développement du commerce destiné à pallier les conséquences de la mise en vigueur de la politique commerciale européenne commune à partir du 1er janvier 1973."

knüpfte die DDR an die Einlösung von zwei nicht ganz neuen Forderungen: die vollständige Aufhebung jeglicher Kontingentierung und die mehrfach in Aussicht gestellte Einstufung der DDR in die Kategorie 1A der COFACE-Klassifizierung.[275] Während die Verhandlungen zwischen Frankreich und der DDR nach weiteren Gesprächen am Rande der Leipziger Frühjahrsmesse ausgesetzt wurden, gelang es Italien bereits Mitte April 1973, ein Kooperationsabkommen mit der DDR zu unterzeichnen und gleichzeitig die Probleme des Handels auf derselben Ebene wie vor 1973 zu klären. Die italienische Lösung war für Frankreich bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen Ende Mai Modell und Ansporn zugleich.[276]

Trotz des italienischen Vorbildes gestalteten sich die Verhandlungen relativ kompliziert und langwierig. Dies war in erster Linie der politischen Dimension geschuldet, die die DDR den Verhandlungen und dem Abkommen zu geben suchte. Dabei lagen die Schwierigkeiten vor allem in den Details der Formulierung. So bestand die DDR beispielsweise auf der Verwendung der Formel „échanges commerciaux" im Text des Abkommens sowie auf der formellen Gleichstellung mit den anderen Ostblockstaaten.[277] Erst die Bereitschaft des französischen Wirtschaftsministers Valéry Giscard d'Estaing, den Vertrag zusammen mit dem Minister für Außenhandel der DDR in Paris zu unterzeichnen, brachte den entscheidenden Durchbruch.[278] Zwischen einem Treffen mit Willy Brandt und einer Reise nach Moskau unterzeichnete Giscard, ausgestattet mit einer Vollmacht Michel Joberts, am 19. Juli 1973 den auf zehn Jahre ausgelegten *Accord de coopération économique, industrielle et technique.*

Mit diesem Abkommen wurden die von Villiers geschaffenen Strukturen zur wirtschaftlichen Kooperation auf französischer Seite von der privatwirtschaftlichen auf eine staatliche Ebene überführt. Im Zentrum des Abkommens stand die Schaffung einer *Commission de coopération économique, industrielle et technique France-RDA*, die ihre Arbeit im Oktober 1973 aufnahm. Während die Teilnehmer von ostdeutscher Seite dieselben Minister und Staatssekretäre waren, die bereits seit zwei Jahren im *Comité économique France-RDA* mitgewirkt hatten, setzte sich die französische Delegation nun aus Vertretern der verschiedenen zuständigen Ministerien zusammen.[279] Der ostdeutschen Delegation stand mit Gerhard Beil auch weiterhin ein stellvertretender Minister für Außenhandel der DDR vor; die französische Delegation wurde durch den Leiter der DREE angeführt. In den Gesprächen verständigte man sich unter anderem auf eine Fortführung der Aktivitäten des 1971 gegründeten Komitees. Zu diesem Zweck wurden vor allem die bestehenden Arbeitsgruppen in die neu geschaffene Kommission integriert. Einzige Neuerung war die Teilnahme eines Vertreters der französischen Behörden in jeder Arbeitsgruppe, um deren Arbeit zu koordinieren und den beiden Präsidenten des

[275] Ibid.: Note vom 16. 3. 1973.
[276] Ibid.: Note der [DAEF] vom 10. 5. 1973 für Brunet: „D'une manière générale il semble que le précédent italien devrait nous inciter à conclure très prochainement dans le domaine commercial et celui de la coopération économique."
[277] Ibid.: Note der DAEF, Prunet-Foch, vom 7. 6. 1973 für Brunet.
[278] Ibid.: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 16. 6. 1973.
[279] Ibid.: Telegramm der DAEF, d'Aumale, vom 2. 10. 1973 an die franz. Botschaft in Berlin.

Komitees Bericht über ihre Aktivitäten zu erstatten.[280] Dementsprechend gab es auch keine Veränderungen hinsichtlich der Sektoren, in denen wirtschaftliche Kooperation angestrebt wurde (insbesondere Maschinenbau/Industrieanlagen, Elektrotechnik/Elektronik und Petrochemie).[281] Auch bei den Marktstudien und Informationsveranstaltungen sollte die vor 1973 begonnene Arbeit fortgesetzt werden. Zwar verliefen die Gespräche in einer positiven Atmosphäre, der anwesende Handelsrat der französischen Botschaft dämpfte jedoch die Erwartungen an die ostdeutsche Industrie.[282]

Tatsächlich war die bei dieser Gelegenheit gezogene Bilanz der französisch-ostdeutschen Handelsbeziehungen aus französischer Sicht wenig zufriedenstellend. Gegenüber 1972 hatte sich die Situation eher noch verschlechtert. Umfangreiche Bestellungen blieben auch weiterhin aus, das Exportvolumen war auf das Niveau von 1970 zurückgefallen und hatte sich damit gegenüber dem Vorjahr halbiert. Und da die Importe von Waren aus der DDR auch weiterhin kontinuierlich zunahmen, sah sich Frankreich nicht nur für 1973 mit einer defizitären Handelsbilanz konfrontiert. Einzig die Kontakte von Creusot-Loire erwiesen sich als fruchtbar – im Gespräch war der Bau einer Turbine.[283] Ein anderes Großprojekt, eine Fabrik zur Herstellung von Äthylenoxid, drohte hingegen an die österreichische Konkurrenz verloren zu gehen.[284]

## Die unveränderte Warenstruktur des Handels

Um den Beziehungen neuen Schwung zu verleihen, regte der Geschäftsträger der französischen Botschaft in Berlin, Jacques Jessel, zu Beginn des Jahres 1974 die Teilnahme eines Ministers an der Leipziger Frühjahrsmesse an, auf der Frankreich unverändert einen besonderen Platz einnahm.[285] Auch in diesem Fall dienten die

[280] Ibid.: Note der DAEF vom 18. 10. 1973.

[281] Ibid.: Wortprotokoll der Sitzungen der Kommission vom 12. 10. 1973; Sektoren, in denen die Kooperation im Einzelnen angestrebt wurde: industries mécaniques (machines pour la transformation des métaux, machines textiles, équipements pour l'industrie alimentaire, matériels ferroviaires, équipements pour l'industrie automobile, matériel pour les arts graphiques, roulements, matériels de travaux publics, équipements pour l'industrie du verre); électrotechnique et électronique (installations pour la production et le transport de l'énergie électrique, moteurs électriques et génératrices de grande puissance, télévision en couleur); chimie (obtention des dérivés aromatiques à partir de paraffines, désulfuration des produits pétroliers, obtention d'oléfines à partir de paraffines, automatisation de procédés pétrochimiques, extraction de butadiène).

[282] Ibid.: Telegramm aus Berlin, Ménard, vom 23. 10. 1973 an die DREE: „Pour encourageante que soit l'animation de ces conversations, il faut cependant garder présent à l'esprit que dans une industrie socialiste les ministères de branche industrielle ont toujours une très grande propension à importer, mais des possibilités assez faibles d'imposer au monopole du commerce extérieur la satisfaction de leurs besoins ou de leurs préférences."

[283] Ibid.: Note der DAEF vom 18. 10. 1973.

[284] Ibid.: Schreiben des Conseiller commercial der franz. Botschaft in Berlin, Ménard, vom 19. 11. 1973 an die DREE.

[285] AMAE, RDA 1971–1976, 3077: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 12. 2. 1974 an die DREE.

Bundesrepublik und Italien als Vorbild. Jessel erhoffte sich, auf diese Weise Verträge zum Abschluss zu bringen, bei denen es in letzter Zeit keine Fortschritte gegeben hatte, und darüber hinaus neue Verträge anzubahnen. Dabei ging es nicht allein um die Steigerung des Exportvolumens, sondern auch um die Diversifikation der französischen Exporte in die DDR. Mit einem Besuch auf der Leipziger Messe würden, so Jessel, zudem die Handelsbeziehungen Frankreichs mit ganz Osteuropa als Rahmen der französisch-ostdeutschen Handelsbeziehungen bekräftigt.[286] Noch im Februar 1974 nahm daraufhin der linksgaullistische Minister für industrielle und wissenschaftliche Entwicklung, Jean Charbonnel, eine entsprechende Einladung an.[287] Mit der Kabinettsumbildung Ende Februar verlor jedoch nicht nur Charbonnel seinen Platz in der Regierung, auch die ministeriellen Zuständigkeitsbereiche wurden neu verteilt. Weil der *Quai d'Orsay* befürchtete, dass eine Absage eine weitere Verschlechterung der Handelsbeziehungen zur Folge haben würde, folgte Yves Guéna, nunmehr Minister für Industrie, Handel und Handwerk, mit Zustimmung Georges Pompidous der Einladung.[288] Guéna bekräftigte bei seinem Besuch als erster französischer Minister in der DDR, dass die französische Regierung der von Charles de Gaulle definierten Politik treu bleiben werde, die Beziehungen zur DDR mithin als einen Teil ihrer Ost- und Entspannungspolitik betrachte. Seine Anwesenheit auf der Messe und auch seine deutlichen Worte über den Zustand der Beziehungen – er hatte die DDR insbesondere an ihr im Januar 1970 gegebenes Versprechen, Waren im Wert von zwei Milliarden FF in Frankreich zu bestellen, erinnert – zahlten sich aus. Die französischen Aussteller konnten bis zum Ende der Messe Aufträge im Wert von 100 Millionen FF verbuchen.[289] Eine weitere Verbesserung der Lage brachte wenig später auch die Wahl des langjährigen französischen Wirtschaftsministers, Valéry Giscard d'Estaing,

[286] ANF, 5 AG 2, 1009: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 1. 3. 1974 an die DREE: „En revanche la venue d'un membre du gouvernement pourrait avoir un retentissement très bénéfique sur le développement de nos échanges. En effet, il n'est pas d'occasion meilleure que la Foire de Leipzig pour affirmer à l'égard des pays de l'Europe de l'Est notre volonté de poursuivre en matière économique une politique d'indépendance et de coopération, qui doit favoriser nos ventes de biens d'équipement. La chose est particulièrement nécessaire dans nos relations avec la République démocratique allemande qui, depuis l'établissement des relations diplomatiques avec la France, n'a pas su encore développer et diversifier ses achats de produits français, et en particulier n'a pas encore été en mesure de passer commande de l'un des grands ensembles industriels que nous lui proposons."

[287] AMAE, RDA 1971–1976, 3077: Telegramm der DAEF, Prunet-Foch, vom 20. 2. 1974 an die franz. Botschaft in Berlin.

[288] ANF, 5 AG 2, 1009: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 1. 3. 1974 an die DREE: „Pour ma part […] je souhaite vivement qu'un membre du gouvernement français soit à même d'affirmer à la Foire de Leipzig l'intérêt que nous portons au développement de notre coopération économique avec la RDA. Je ne saurais donc trop recommander au département d'insister auprès du nouveau ministre de l'Industrie pour qu'il tienne l'engagement pris par son prédécesseur. Il me paraît en effet très important que cette visite puisse avoir lieu: sa suppression aurait sur nos relations, et notamment dans le domaine économique, un effet fâcheux." Handschriftl. Anmerkung Pompidous „oui"; sowie AMAE, RDA 1971–1976, 3077: Telegramm der DAEF, Prunet-Foch, vom 5. 3. 1974.

[289] Ibid.: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 21. 3. 1974 an die DAEF.

zum neuen Präsidenten der Französischen Republik.[290] Zwar war der Auftrag für eine Fabrik zur Herstellung von Äthylenoxid an die westdeutsche Konkurrenz verloren gegangen, dafür waren eine weitere Lieferung von 5000 Eisenbahnwaggons für mehr als eine Milliarde FF sowie ein Aluminiumwalzwerk für 12,7 Millionen FF neu im Gespräch.[291]

Der Abschluss dieser Verträge ermöglichte es dem neuen französischen Botschafter in Berlin, Bernard de Chalvron, bei seinem ersten Messebesuch in Leipzig im September 1974 gegenüber Erich Honecker ein positives Bild der bilateralen Handelsbeziehungen zu zeichnen.[292] Tatsächlich gelang es der DDR, mit dem Vertrag über die erneute Lieferung von Eisenbahnwaggons ihre Verpflichtung hinsichtlich der versprochenen Bestellungen im Wert von zwei Milliarden FF einzulösen – die Vorgabe wurde sogar übertroffen. Die Erwartungen Frankreichs an die wirtschaftliche Kooperation mit der DDR konnten mit diesem Vertrag hingegen nicht erfüllt werden.[293] Aus Sicht des Handelsrates der Berliner Botschaft vermittele dieser Vertrag sogar den Eindruck, dass die DDR an einer echten Kooperation gar nicht interessiert sei.[294] Zentrale Forderungen bei den anstehenden Verhandlungen über ein Zahlungsabkommen mit der DDR waren deshalb eine stärkere Diversifikation der Warenstruktur im Handel mit Frankreich sowie die stärkere Berücksichtigung höherwertiger Waren bei Bestellungen in Frankreich.[295] Das Problem der Diversifikation war zu dieser Zeit indes ein grundsätzliches Problem der französischen Außenhandelspolitik, sowohl innerhalb der EWG als auch im Handel mit den Staaten Osteuropas.[296]

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR brachte keine quantitative und schon gar keine qualitative Verbesserung der bilateralen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. Im Gegenteil: Mit Ausnahme der chemischen Industrie lässt sich ein nach 1973 alle Wirtschaftszweige erfassender

290 AMAE, RDA 1971–1976, 3076: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 22. 5. 1974 an die DREE: „Il est curieux par ailleurs de constater que, sauf sur le plan culturel, l'élection du président de la République a déclenché un mouvement très net d'approche vers nous."

291 Ibid.: Schreiben des Conseiller commercial der franz. Botschaft in Berlin, Ménard, vom 19. 6. 1974 an die DREE; sowie ibid.: Note der DAEF vom 12. 7. 1974.

292 AMAE, RDA 1971–1976, 3077: Rede von de Chalvron, gehalten im September 1974 auf der Leipziger Messe: „Le premier est que les objectifs fixés par l'arrangement commercial de Janvier 1970 sont dès à présent non seulement atteints mais dépassés. Non seulement le volume des échanges a doublé pendant la période de l'application de l'accord, mais les objectifs plus précis, comme les engagements relatifs à la livraison de biens d'équipement par la France, seront aussi tenus. Ces résultats, nous les devons à la volonté des gouvernements, à un effort permanent des parties intéressées."

293 AMAE, RDA 1971–1976, 3076: Note der DAEF vom 11. 9. 1974 für Lallement: „En dépit d'un important et récent achat de la RDA à la France (5000 wagons; 1,1 milliard FF), et peut-être de perspectives d'installations à Berlin-Est d'antennes de sociétés françaises, la coopération économique entre les deux pays est toujours loin de répondre aux espoirs que l'on avait placés en elle."

294 AMAE, RDA 1971–1976, 3077: Schreiben des Conseiller commercial der franz. Botschaft in Berlin, Ménard, vom 23. 9. 1974 an die DREE.

295 AMAE, RDA 1971–1976, 3076: Bilanz der Handelsbeziehungen Frankreich-DDR seit 1970, erstellt im November 1974.

296 ANF, 20060509/6: Protokoll der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am 19. 6. 1975.

Rückgang der Beziehungen konstatieren. Der für die Einführung französischer Technologie auf dem ostdeutschen Markt als besonders vorteilhaft angesehene Verkauf von Industrieanlagen oder vollständig einsatzbereiten Fabriken scheiterte trotz finanzieller Anstrengungen des französischen Staates an der dominanten westdeutschen Konkurrenz, die den ostdeutschen Markt in einem viel stärkeren Maße durchdrungen hatte.[297] Um etwas an dieser Situation zu ändern, sollten französische Minister auch zukünftig mit ihrer Präsenz auf der Leipziger Messe das Interesse des französischen Staates an wirtschaftlicher Kooperation mit der DDR bekräftigen.[298]

Zunächst jedoch konnte de Chalvron bei seinem Messebesuch im Herbst 1974 die erste offizielle Reise eines französischen Ministers nach Ost-Berlin ankündigen: Als Minister für Außenhandel erwiderte Norbert Ségard im Juli 1975 den Besuch seines ostdeutschen Amtskollegen in Paris zwei Jahre zuvor. Um die Wirkung dieser Reise auf die Beziehungen zu verstärken, wurde bewusst ein Termin außerhalb der Messezeiten in Leipzig gewählt.[299] Begleitet wurde er von je einem Vertreter der DREE und der DAEF sowie von zwanzig hochrangigen Vertretern der französischen Industrie.[300] Erklärtes Ziel der Reise war es, aus der DDR als interessantem Partner mit Potenzial einen bedeutenderen und vor allem regelmäßigeren Kunden zu machen.[301] Ségard unterzeichnete deshalb während seines Aufenthaltes ein weiteres Kooperationsabkommen über fünf Jahre, mit dem das Abkommen von 1973 präzisiert wurde, sowie verschiedene Rahmenvereinbarungen für die einzelnen Sektoren. Den mitgereisten Vertretern der französischen Industrie gelang es parallel dazu, Verträge im Wert von mehr als 500 Millionen FF zu unterzeichnen und neue Großprojekte zu initiieren.[302] Besonders erfolgreich waren dabei jene Firmen, die mit der DDR bereits in den 1960er Jahren Geschäfte gemacht hatten, wie Creusot-Loire oder Rhône-Poulenc.[303] Die angestrebte Ver-

[297] AMAE, RDA 1971–1976, 3076: Bilanz der Handelsbeziehungen Frankreich-DDR seit 1970, erstellt im November 1974: „On ne peut pas dire qu'à cet égard l'effort financier consenti pour aider les entreprises françaises sur ce marché ait obtenu tous les effets que nous pouvions en attendre."

[298] Ibid.: „Enfin, il me paraît nécessaire de souligner que la Foire de Leipzig demeure l'instrument essentiel pour la pénétration du marché de la RDA."

[299] AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Schreiben des Conseiller commercial der franz. Botschaft in Berlin, Ménard, vom 20. 1. 1975 an die DREE.

[300] Ibid.: Telegramm der DAEF, d'Aumale, vom 26. 6. 1975; vertretene franz. Unternehmen: Arbel Industries, Alsthom, Cifal, Heurtey, Creusot-Loire, Vallourec Export, Citroën, Rhône-Poulenc, Renault, Crédit Lyonnais, Société Générale sowie Pont-à-Mousson.

[301] AMAE, RDA 1971–1976, 3076: Bericht von Ségard über seine Reise in die DDR vom [19.]7. 1975 für Pompidou: „Partenaire intéressant de notre industrie pour des marchés tiers, la République démocratique allemande doit cependant devenir pour nous, au sein de l'Europe de l'Est, un client plus régulier et plus important. Son haut niveau d'industrialisation et de technicité et la solution trouvée depuis deux ans aux problèmes politiques devraient à bref délai permettre aux efforts que j'ai demandés aux industriels français d'aboutir. Le triplement de nos échanges est un objectif que nous pouvons très raisonnablement atteindre."

[302] AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 10. 7. 1975.

[303] AMAE, RDA 1971–1976, 3076: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 28. 4. 1975 an die DREE.

dreifachung des globalen Handelsvolumens wurde allerdings erst in den 1980er Jahren erreicht.

Norbert Ségard traf sich bei dieser Gelegenheit auch mit dem ostdeutschen Außenminister. Im Gespräch mit Oskar Fischer berief er sich, wie auch Guéna bei seinen Gesprächen ein Jahr zuvor, auf die Ost- und Entspannungspolitik de Gaulles als Leitlinie der französisch-ostdeutschen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen und bekräftigte das daraus resultierende politische Interesse an diesen Beziehungen.[304]

Zwar wies die Handelsbilanz der Jahre 1975 und 1976 ein deutliches Plus für Frankreich aus, auch schnellte das Exportvolumen in diesen Jahren in die Höhe, doch dies war weder Zeichen eines grundsätzlichen Wandels noch ein Erfolg der Reise von Ségard. Es waren die Eisenbahnwaggons, die für zwei Jahre die grundlegenden Probleme in den Beziehungen, wie die Einführung französischer Technologie auf dem ostdeutschen Markt, verschleierten. Das Handelsvolumen der französisch-ostdeutschen Beziehungen war auf 0,3% des gesamten französischen Außenhandels gesunken (zum Vergleich: Anfang der 1970er Jahre lag es noch bei 0,5%).[305] Dies war in erster Linie eine Folge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR und ihres Devisenproblems. Hinzu kamen der steigende Ölpreis und schlechte Ernten. Zum ersten Mal überstiegen die Schulden der DDR in Frankreich mit 1,5 Milliarden FF deutlich das Volumen der aus der DDR importierten Waren. Da obendrein der innerdeutsche Warenverkehr den Großteil der für den Handel mit dem Westen vorgesehenen – und ohnehin geringen – Kapazitäten absorbierte, erschien der Abschluss neuer Verträge mit französischen Unternehmen wenig aussichtsreich.

Während französische Diplomaten ihre Enttäuschung über die Entwicklung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen seit Beginn der 1970er Jahre nur schwer verbergen konnten[306], blieb die französische Industrie auch weiterhin optimistisch. Anlässlich der Leipziger Frühjahrsmesse 1976 wurden Verhandlungen über zahlreiche neue Großprojekte geführt: darunter der Bau eines Hotels, eines Walzwerks und weiterer petrochemischer Fabriken sowie eine enge Kooperation in der Automobilindustrie. Diese Vorhaben mit einem Gesamtvolumen von fünf Milliarden FF hätten einen vollständigen Wandel der Beziehungen zur Folge gehabt.[307] Um die DDR in die Pflicht zu nehmen und diese Chance nicht ungenutzt verstreichen zu lassen, sprach sich der Handelsrat der französischen Botschaft in Berlin für eine persönliche Intervention des neuen Ministers für Außenhandel Raymond Barre aus. Eine solche Intervention sei schon deshalb angezeigt, weil man annehmen müsse, dass die DDR einen nicht unerheblichen Teil ihres Außenhandels indirekt mit Krediten aus Frankreich finanziere – besonders aktiv waren hier die

[304] „Nous essayons sans doute d'améliorer nos relations économiques là où elles sont médiocres, mais s'il n'y avait pas de volonté politique je perdrais mon temps ici." In: AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Protokoll des Gesprächs Fischer-Ségard am 11. 7. 1975.

[305] AMAE, RDA 1971–1976, 3076: Note der DAEF vom 11. 3. 1976.

[306] Ibid.: Note der DAEF vom 12. 6. 1975 über ein Gespräch Nier-d'Aumale am 11. 6. 1975 im MAE.

[307] Ibid.: Schreiben des Conseiller commercial der franz. Botschaft in Berlin, Ménard, vom 30. 3. 1976 an die DREE.

*Société Générale* und der *Crédit Lyonnais*. Der westdeutschen Konkurrenz, so Ménard, solle man mit einer Vereinbarung begegnen: Man könne westdeutschen Unternehmen für eine gewisse Zurückhaltung auf dem ostdeutschen Markt mit Enthaltungen französischer Unternehmen auf dem ebenfalls vielversprechenden spanischen Markt entgegenkommen.[308] Die erhoffte Steigerung des Exportvolumens stellte sich indessen erst ganz am Ende der 1970er Jahre ein – parallel zur Lösung schwerwiegender politischer Probleme, die die französisch-ostdeutschen Beziehungen seit 1973 belastet hatten.

[308] Ibid.: Schreiben des Conseiller commercial der franz. Botschaft in Berlin, Ménard, vom 31. 3. 1976 an die DREE.

# Epilog: Die Wirtschaftsbeziehungen in den 1980er Jahren

Mit den drei 1980/81 unterzeichneten Abkommen wurde nicht nur die wirtschaftliche Kooperation zwischen Frankreich und der DDR besiegelt, sie markieren auch einen Wendepunkt in den französisch-ostdeutschen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen[309]: Zwischen 1979 und 1981 konnte die französische Industrie den Erfolg ihrer Hartnäckigkeit auf dem ostdeutschen Markt und die daraus resultierende Vervierfachung des Exportvolumens im Handel mit der DDR innerhalb nur weniger Jahre verbuchen. 1981 hatte das Exportvolumen sogar fast das Doppelte des Importvolumens erreicht.

Auch wenn die Handelsbilanz bereits 1982 wieder ein Defizit für Frankreich auswies und der Export erneut deutlich zurückging, der Mythos von der DDR als einer Art „commercial promised land", wie es britische Diplomaten mit Blick auf das französische Interesse am ostdeutschen Markt bereits 1971 formuliert hatten[310], verlor unter diesen Umständen auch im Laufe der 1980er Jahre nicht an Strahlkraft. Nachdem der französische Premierminister Laurent Fabius seine Absicht bekannt gegeben hatte, im Juni 1985 in die DDR reisen zu wollen, befand sich sein Amtssitz Matignon geradezu in einem „Belagerungszustand"[311] – so groß war das Interesse der französischen Industrie, an dieser Reise beteiligt zu werden, von ihr profitieren zu können. Tatsächlich erbrachte sie eine signifikante Steigerung der Exporte im folgenden Jahr. Auch gelang es Frankreich zwischen 1985 und 1987, sein Defizit in der Handelsbilanz deutlich zu reduzieren.

Während des überwiegenden Teils dieser Dekade konnte Frankreich seinen „traditionellen Platz" als zweiter westlicher Handelspartner der DDR behaupten[312]; bezogen auf das französische Außenhandelsvolumen lag der Anteil des Handels mit der DDR jedoch weiterhin bei nur 0,3%. Kennzeichnend für diesen Zeitraum war ein sich über sieben Jahre, bis 1988, erstreckendes Defizit als Folge der kontinuierlichen Zunahme von Importen aus der DDR auf der einen und den sehr starken Schwankungen bei den französischen Exporten auf der anderen Seite.[313] Diese Schwankungen gründeten nicht auf der Entwicklung des Exportvolumens insgesamt, sondern sie beruhten auf der Entwicklung in den einzelnen Bereichen. Zwar hatte sich im Laufe der Jahre die Struktur der Exporte verbessert, auch hatte die Diversifikation zugenommen, gleichzeitig mangelte es jedoch vor allem an Beständigkeit im Austausch.[314] Besonders erfolgreich war Frankreich

[309] Cf. Scat, Les relations commerciales entre la France et la RDA, S. 89–103.
[310] NAUK, FCO 33, 1345: Schreiben der brit. Botschaft in Paris vom 24. 9. 1971 an das FCO.
[311] Interview mit Joëlle Timsit, geführt am 5. 12. 2007.
[312] CAEF, DREE, B 55282: Schreiben des Conseiller commercial der franz. Botschaft in Berlin vom 3. 5. 1984: „Nous pouvons espérer que le tassement des exportations de ces deux pays nous facilitera la reconquête de notre place traditionnelle."
[313] Cf. Scat, Les relations commerciales entre la France et la RDA, S. 112–121.
[314] CAEF, DREE, B 55282: Note des Conseiller commercial der franz. Botschaft in Berlin vom 15. 10. 1981.

auch während der 1980er Jahre in der chemischen Industrie und in der Eisenbahnindustrie: In rund zwanzig Jahren kaufte die DDR in Frankreich über 26 000 Eisenbahnwaggons für mehr als vier Milliarden FF. Chemische Produkte nahmen sowohl im Import als auch im Export einen zentralen Platz ein. Und bei den Exporten von Industrieanlagen und Maschinen rangierte die DDR Ende der 1980er Jahre auf Platz acht der Kundenliste französischer Unternehmen. Am Beispiel der Industrieanlagen lässt sich der wenn auch geringe Erfolg der wirtschaftspolitischen Strategie ablesen, die seit den 1960er Jahren das Handeln der französischen Regierung in den Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR bestimmt hatte. Trotz des dauerhaften Defizits galt die DDR im Unterschied zu den anderen osteuropäischen Staaten als ein exzellenter Wirtschafts- und Handelspartner.[315] Diese Annahme fußte auch auf internen Untersuchungen, die der ostdeutschen Wirtschaft bis Ende der 1980er Jahre einen unverändert guten Allgemeinzustand attestierten.[316] Noch im Dezember 1989 wurde der DDR trotz wachsender Schulden vom französischen Wirtschaftsministerium eine gute Zahlungsfähigkeit bescheinigt.[317]

Die spektakuläre Entwicklung der Handelsbeziehungen im Jahr 1989 – das globale Handelsvolumen konnte verdoppelt und das Exportvolumen um mehr als 140% gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden – stand in unmittelbarer Verbindung zu den beiden Staatsbesuchen in den Jahren 1988/89 und lässt sich unter anderem mit dem Verkauf von drei Flugzeugen des Typs Airbus A310 an die ostdeutsche Interflug erklären. Allein die Ankündigung der Mitterrand-Reise hatte die Lösung zahlreicher Probleme in den Handelsbeziehungen befördert und eine ganze Reihe von interessanten Verträgen für die französische Industrie hervorgebracht.[318]

Angesichts der westdeutschen Konkurrenz blieb der ostdeutsche Markt auch in den 1980er Jahren eine permanente Herausforderung, denn trotz aller Anstrengungen machte der französisch-ostdeutsche Handel nie mehr als ein Zehntel des

[315] ANF, 5 AG 4, CD 189: Note von Boudier und Musitelli vom 6. 1. 1988 für Mitterrand: „En tout état de cause la RDA reste un excellent partenaire pour tenter de développer nos échanges commerciaux."

[316] Ibid.: Note des SGDN, Gibour, vom 29. 12. 1987; cf. dazu ANF, 19910657, 9: Note des Ministère de l'Industrie vom 22. 12. 1987: „En dépit de sa taille modeste, et de ce qu'elle est confrontée à un problème chronique de devises, la RDA demeure un partenaire solvable et fiable."

[317] ANF, 5 AG 4, EG 204: Note der DREE vom 9.[12.]1989: „La RDA constitue un partenaire intéressant pour notre industrie, bien que de taille moyenne et fortement intégré au CAEM. […] Une capacité d'achat non négligeable, et des besoins importants pour moderniser l'industrie et les infrastructures. […] En dépit de l'accroissement récent de la dette, et de l'apparition d'un déficit commercial avec l'OCDE, la solvabilité de la RDA reste satisfaisante."

[318] Ibid.: Note der DREE, Ravier, vom 1. 12. 1989 für den Minister (Rausch): „Le président de la République française avait annoncé son intention de se rendre en RDA. Cette perspective, à laquelle les autorités attachaient une importance particulière, avait contribué à gommer les éventuels sujets de friction (quotas, délais de livraison, problème de COCOM)."

innerdeutschen Handels aus.[319] Das Interesse an einer Abschaffung der seit 1957 bestehenden Sonderstellung der innerdeutschen Handelsbeziehungen war 1989 im Zusammenhang mit der bevorstehenden Aufhebung der Binnengrenzen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft und dem zu erwartenden Handelsabkommen zwischen der DDR und der EWG noch gewachsen.[320] Die Reise Mitterrands im Dezember 1989 in die DDR, die er in Begleitung einer auffällig umfangreichen Delegation aus Vertretern der französischen Wirtschaft antrat, lässt sich als eine Demonstration der Entschlossenheit Frankreichs interpretieren: Man war gewillt, an den Veränderungen in der DDR in wirtschaftlicher Hinsicht zu partizipieren und ein vielversprechendes Feld nicht kampflos der westdeutschen Konkurrenz zu überlassen. Die deutsche Einheit veränderte an dieser Einstellung wenig, wie eine Ministerratssitzung vom 3. Oktober 1990 zeigt.[321]

[319] Ibid.: Note von Boudier vom 19. 12. 1989 für Mitterrand; cf. auch ibid.: Note der DREE vom 9.[12.]1989: „Les changements récents devraient ouvrir de nouvelles perspectives pour les entreprises françaises sur un marché où notre présence, supérieure à celle de l'Italie, du Royaume-Uni et du Japon, est cependant encore dix fois moins importante que celle de la RFA."

[320] Ibid.: Note von Guigou vom 18. 12. 1989 für Mitterrand: „On voit donc qu'indépendamment de l'évolution actuelle de la RDA l'accès libre des produits de la RDA dans l'ensemble de la Communauté sera réalisé une fois abolies les frontières, sauf si des accords spécifiques, qui restent à négocier, prévoient des exceptions."

[321] ANF, 5 AG 4, CDM 33: Note des MAE vom 3. 10. 1990: „Le gouvernement souhaite que les entreprises françaises soient actives dans cette partie de l'Allemagne nouvelle et contribuent à sa modernisation et à son insertion dans l'espace communautaire. […] Le dynamisme et l'optimisme des opérateurs français et le potentiel de croissance de la RDA seront ainsi mis au service de l'intérêt européen."

# B. Die Kulturbeziehungen

Der zentrale Bereich der Beziehungen Frankreichs zur DDR war die Kultur. Hier war das französische Interesse für den zweiten deutschen Staat am stärksten ausgeprägt und am dauerhaftesten. Wie die Wirtschaftsbeziehungen übernahmen auch die Kulturbeziehungen häufig eine Ersatzfunktion da, wo politische Beziehungen nicht möglich oder einfach unerwünscht waren.

Zunächst stellt sich die Frage nach dem Beginn der Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR auf kulturellem Gebiet. Ein entsprechendes Dossier „Relations culturelles de la France avec l'Allemagne orientale" im Archiv des französischen Außenministeriums beginnt mit einem Telegramm vom 29. Januar 1952 über eine Wintersportveranstaltung der DDR.[1] Ein offizielles Kulturabkommen zwischen beiden Staaten wurde fast dreißig Jahre später, am 16. Juni 1980, unterzeichnet. Beide Daten eignen sich jedoch wenig zur Beantwortung der eingangs gestellten Frage nach dem Anfang. Stattdessen muss eine Geschichte der französisch-ostdeutschen Kulturbeziehungen wohl am 29. Juni 1954 beginnen, dem Datum der ersten Vorstellung des Berliner Ensembles beim *Festival international d'art dramatique de la ville de Paris*. Nicht nur, weil es das erste nennenswerte Ereignis im bereits zitierten Dossier darstellt, sondern vor allem, weil sich ausgehend von diesem Gastspiel ein französisches Interesse für kulturelle Beziehungen mit der DDR entwickelt hat.

In Abhängigkeit vom internationalen Kontext und von der Rolle des Theaters im französisch-ostdeutschen Verhältnis lassen sich drei Phasen der Kulturbeziehungen bestimmen. Die erste Phase entspricht der Wiederaufnahme von Kontakten in verschiedenen Bereichen und wird dominiert von den Gastspielen des Berliner Ensembles und der Komischen Oper in Paris. Die im Kontext der zweiten Berlin-Krise von den Alliierten getroffenen Visa-Bestimmungen sorgten für eine mehrjährige Unterbrechung im kulturellen Austausch. Der Mauerbau schärfte gleichzeitig die Wahrnehmung für eine spezifisch ostdeutsche Kulturszene. Obwohl verhältnismäßig kurz im Vergleich zu den beiden sich anschließenden Phasen, war diese erste Phase von entscheidender Bedeutung, da hier die Grundlagen für das spätere Interesse in Frankreich an kulturellen Beziehungen mit der DDR gelegt wurden. Die zweite Phase entspricht einer zunehmenden Akzeptanz der Beziehungen durch den französischen Staat. Sie setzt ein mit dem Gastspiel des Deutschen Theaters in Paris 1966 und endet gewissermaßen mit der Genehmigung eines Gastspiels der *Comédie-Française* in Ost-Berlin Mitte der 1970er Jahre durch die französische Regierung. Gekennzeichnet ist diese Phase vor allem durch die Aktivitäten der *Échanges franco-allemands/France-RDA*. Diese Gesellschaft trat in den 1960er und 1970er Jahren auf französischer Seite als Hauptakteur in den Kulturbeziehungen auf, während das französische Außenministerium vor allem kontrollierend beziehungsweise restriktiv tätig war. Die dritte und letzte Phase umfasst die 1980er Jahre von der Unterzeichnung des Kulturabkommens über die

[1] AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne de l'Est, 758, f. 001: Telegramm aus Berlin, Noblet, vom 29. 1. 1952.

Eröffnung der Kulturinstitute in Ost-Berlin und Paris bis hin zu den letzten, im Kontext des Mitterrand-Besuches stehenden Veranstaltungen. Dass diese Phase erst rund sieben Jahre nach der diplomatischen Anerkennung begann, hängt mit dem Charakter der Beziehungen während der vorangegangenen Jahrzehnte und der Dominanz privatgesellschaftlicher Akteure auf französischer Seite zusammen. Durch das Fehlen offizieller Beziehungen über einen langen Zeitraum wurde die in diesem Bereich traditionell bedeutende Rolle privatgesellschaftlicher Akteure noch verstärkt.[2]

[2] Cf. Frank, La machine diplomatique culturelle, S. 327: „Historiquement, il est intéressant de le noter, les acteurs ont pris les premières initiatives […] l'État entre dans la danse a posteriori, après les initiatives venues d'ailleurs, et récupère la mise."

# I. 1954–1960: Von den Anfängen der Kulturbeziehungen bis zur Berlin-Krise

## 1. Brecht und das *Théâtre des nations* – Austausch im künstlerischen Bereich

Am Beginn der Kulturbeziehungen zwischen Frankreich und der DDR standen Bertolt Brecht und das Berliner Ensemble (kurz BE). Zunächst nur von einer kleinen Minderheit linker Theaterkritiker und Regisseure zur Kenntnis genommen, wurden die Pariser Gastspiele des Berliner Ensembles zwischen 1954 und 1960 zum Ausgangspunkt für die Wahrnehmung der ostdeutschen Kultur in Frankreich und für ein stetig wachsendes Interesse an Beziehungen auf kultureller Ebene mit dem zweiten deutschen Staat. Es stellt sich somit die Frage nach den Gründen für den Erfolg Brechts in Frankreich und inwiefern sich daraus ein breites Interesse für Beziehungen auf kultureller Ebene mit dessen Wahlheimat, der DDR, entwickelt hat.[3]

Den Rahmen für diese Gastspiele bot das 1954 ins Leben gerufene *Festival international d'art dramatique de la ville de Paris*. Dieses Festival, ab 1957 unter dem Namen *Théâtre des nations* (kurz TDN), versammelte alljährlich bis Ende der 1960er Jahre in Paris Theater- und Opernensembles aus der ganzen Welt.[4] Im Zeitalter des Kalten Krieges ermöglichte es nicht nur dem französischen Publikum, Theaterkultur jenseits des „Eisernen Vorhangs" kennenzulernen, sondern es eröffnete auch die Gelegenheit zum Austausch zwischen Theaterleuten aus Ost und West. Die Tatsache, dass nicht nur französische Theaterkritiker, sondern auch ihre Kollegen aus zahlreichen anderen westeuropäischen Ländern über das Festival schrieben, begünstigte seine Rezeption jenseits der französischen Landesgrenzen.[5]

Das *Théâtre des nations* war als nicht kommerzielle Einrichtung auf Subventionen des französischen Staates angewiesen. Mit diesem Geld wurde die Bereitstellung bespielbarer Bühnen und des dazugehörigen technischen Personals bezahlt, und es wurden Werbung und Öffentlichkeitsarbeit finanziert. Der Charakter einer quasistaatlichen Kulturinstitution wurde unterstrichen durch den Beirat, der der Leitung des *Théâtre des nations* zur Seite gestellt war und der nicht nur über Budget und Subventionen entschied, sondern auch Einfluss auf die Auswahl der einzuladenden Ensembles nahm. Diesem Beirat gehörten Vertreter des französischen

[3] Zur Brecht-Rezeption in Frankreich cf. Meyer-Plantureux, Bertolt Brecht et le Berliner Ensemble à Paris; Hüfner, Brecht in Frankreich; Mortier, Celui qui dit oui, celui qui dit non ou la réception de Brecht en France; sowie Colin, Deutsche Dramatik im französischen Theater nach 1945, S. 199–282.

[4] Im Folgenden wird um der besseren Verständlichkeit willen mit Théâtre des nations bzw. Festival sowohl das seit 1954 existierende Festival international d'art dramatique de la ville de Paris als auch das seit 1957 die Tradition weiterführende Théâtre des nations bezeichnet. Zur Geschichte des Theaterfestivals cf. Peslin, Le Théâtre des nations.

[5] Für das nachfolgende Kapitel wurden verschiedene, zum TDN angelegte Pressedossiers verwendet: cf. BNF, Arts et spectacles; ANF, 55 AJ, 300: Oscars de la presse; oder AMAE, Services des échanges artistiques, 559.

Außenministeriums, des Finanzministeriums und ab 1959 auch des Ministeriums für Kultur sowie verschiedener lokaler Verwaltungen an – darunter die *Préfecture de la Seine*, der *Conseil général de la Seine* und der *Conseil municipal de Paris* – sowie Vertreter des Internationalen Theaterinstitutes, einer Organisation unter der Ägide der UNESCO. Die Gastspiele ostdeutscher Ensembles fanden also mit ausdrücklicher Billigung des französischen Staates statt. Staatliches Engagement gab es auch aufseiten der Teilnehmer: Zwar erhielten diese den Reinerlös aus den von ihnen gegebenen Vorstellungen, die Reise- und Aufenthaltskosten mussten sie hingegen selber tragen. Da dies nicht über den üblichen Etat eines Theaters zu finanzieren war, wurden diese Kosten in der Regel durch die entsendenden Staaten übernommen.[6]

Zunächst aber, bis 1954, war die Verbreitung Brechts in Frankreich an vereinzelte, private Initiativen gebunden. Wenn man vom Engagement Pierre Abrahams in den 1930er Jahren und der Verfilmung der Dreigroschenoper durch Georg Wilhelm Pabst 1930/31 absieht, begann die Geschichte der Brecht-Rezeption in Frankreich 1947 mit einer Inszenierung des Stückes „Die Ausnahme und die Regel" durch Jean-Michel Serreau.[7] Parallel erschienen Übersetzungen von Brecht-Texten in *Les Temps modernes*. Den entscheidenden Durchbruch für die Brecht-Rezeption in Frankreich brachte jedoch erst das Gastspiel des Berliner Ensembles 1954 in Paris.[8]

## Die ersten Gastspiele des Berliner Ensembles in Paris

Claude Planson, einer der beiden Begründer des *Festival international d'art dramatique de la ville de Paris*, hatte das Berliner Ensemble Anfang der 1950er Jahre auf dessen Tourneen kennengelernt. Folgt man seinen Erinnerungen, so entstand der persönliche Wunsch nach einer Einladung noch vor der Schaffung des Festivals und der Bewilligung von entsprechenden Subventionen.[9] Demnach wurde das Festival offenbar auch gegründet, um eine solche Einladung realisieren zu können.

Zur ersten Saison des Festivals 1954 brachte das Berliner Ensemble Brechts „Mutter Courage" und Kleists „Der zerbrochene Krug" nach Paris mit. Obwohl die Vorstellungen des Berliner Ensembles schlecht besucht waren[10], war die Aufnahme durch die Presse triumphal. Es waren vor allem die Aufführungen der „Mutter Courage", die das Interesse der französischen Theaterkritiker weckten. Das Stück, bereits 1951 von Jean Vilar für das *Théâtre national populaire* inszeniert,

[6] AMAE, Service des Échanges artistiques, 555: Bulletin d'information du Théâtre des nations vom 29. 1. 1960.

[7] Dort, Brecht en France, S. 1855 f.; Bernard Dort bietet mit diesem Artikel als einer der besten Kenner der Materie 1960 wichtige Ansätze für eine Historisierung der Brecht-Rezeption in Frankreich.

[8] Barthes/Dort, Brecht „traduit", S. 2: „Le fait décisif, dans cette histoire de Brecht en France, a été la venue à Paris du Berliner Ensemble […]."

[9] Planson, Il était une fois le Théâtre des nations.

[10] Arts vom 7. 7. 1954, zitiert nach Hüfner, Brecht in Frankreich, S. 37: „Au sixième tableau de la ‚Mère Courage', la moitié du public, par ennui ou par anticommunisme, quittait la salle. Au douzième, l'autre moitié, par communisme ou par enthousiasme, debout, réclamait quinze fois l'auteur."

entsprach offensichtlich einem französischen Bedürfnis nach der Erklärung einer Gegenwart, die geprägt war durch die wirtschaftlichen und politischen Folgen des Zweiten Weltkrieges.[11] Insofern kann der Erfolg des Gastspiels und insbesondere die Begeisterung für die Inszenierung nicht als eine generelle Sympathieerklärung gedeutet werden – weder für die politischen Überzeugungen Brechts noch für die DDR. In den meisten Rezensionen wurde nicht einmal deutlich, dass es sich um ein Ensemble aus der DDR handelte. Morvan-Lebesque brachte diese Differenzierung zwischen politischer Überzeugung und Begeisterung für das Berliner Ensemble sehr deutlich zum Ausdruck, wenn er der Truppe Weltruhm attestierte und gleichzeitig bemerkte, dass es für ihn keine Rolle spiele, ob es sich um Kommunisten handele.[12]

Wohl vor allem infolge der Sprachbarriere lag der Schwerpunkt der Besprechungen auf der Inszenierung und auf der Spielweise des Ensembles. Robert Kemp, wie viele Zuschauer des Deutschen nicht mächtig, war dennoch von den Aufführungen uneingeschränkt begeistert. In seiner Besprechung für *Le Monde* hob er insbesondere die Expressivität und Authentizität der Darstellung und der im Spiel zum Ausdruck kommenden künstlerischen Konzeption hervor.[13]

Das Gastspiel bildete den Auftakt zu einer intensiven Auseinandersetzung mit dem dramatischen und theoretischen Werk Brechts. Ein Markstein dieser Beschäftigung mit Brecht war das Heft Nr. 11 der von Robert Voisin herausgegebenen Zeitschrift *Théâtre populaire*, die programmatisch in Verbindung stand mit dem zu Beginn der 1950er Jahre gegründeten *Théâtre national populaire* und die sich in Abgrenzung zum klassischen Theater der *Comédie-Française* um die Auseinandersetzung mit modernen Ausdrucksformen bemühte. Das Anfang 1955 erschienene Heft war vollständig dem deutschen Dramatiker gewidmet, mit dem Ziel, ihn in Frankreich bekannt zu machen.[14] Bereits der Tenor des Vorworts

[11] Cf. Meyer-Plantureux, Bertolt Brecht et le Berliner Ensemble à Paris, S. 10.

[12] Morvan-Lebesque in Carrefour, zitiert nach „Les ‚Oscars' décernés par la presse au Théâtre des nations 1954–1969", ANF, 55 AJ, 300: „J'ai acclamé comme tout le monde le Berliner Ensemble, pour l'immense satisfaction qu'il venait de me donner. Communiste ou non, le Berliner Ensemble est assurément l'une des deux ou trois meilleures troupes du monde."

[13] R. Kemp in Le Monde, zitiert nach ibid.: „Leur talent est grand; leur style et leur technique, aussi peu provocants que possible. L'unité du ton, le diapason des voix, sans reproche. Aucun ‚cabotinage'. Une conscience artistique parfaite. Les masques sont expressifs. Sans savoir un mot d'allemand, on ne cesse de s'intéresser à ‚Mère Courage': il n'y a qu'à regarder le visage de Madame Weigel, taillé dans le buis, énergique, volontaire, douloureux ou sournois. Le succès de la représentation a été grand." Siehe auch ibid. die Besprechung von J. Guignebert in Libération: „L'interprétation est impeccable: on nous assure que le Berliner Ensemble est la meilleure troupe de l'Allemagne de l'Est. Nous le croyons volontiers. […] Tout est authentique, et cette primauté de la vérité atteint au plus pur sommet."

[14] Théâtre populaire 11 (Jan.–Febr. 1955), Éditorial, S. 2: „Notre seul but, pour le moment, est d'aider à une connaissance à Brecht." Barthes machte auf die Bedeutung der Vorstellungen des Berliner Ensembles für die Bewegung des Théâtre populaire aufmerksam: „C'est alors que Brecht intervient. Ou plus exactement, les représentations de ‚Mutter Courage' par le Berliner Ensemble lors du premier Festival international de Paris, en 1954. L'histoire de ‚Théâtre populaire' commence là. Avant, ce n'avait été que sa préhistoire." Zitiert nach Meyer-Plantureux, Bertolt Brecht et le Berliner Ensemble à Paris, S. 9.

vermittelt eine Vorstellung davon, warum Brecht in Frankreich einen solchen Erfolg hatte. Er wurde vor dem Hintergrund der Situation des französischen Theaters betrachtet, das sich im Prozess der Wandlung befand und für das er in den folgenden Jahren zu einer der wichtigsten Leitfiguren werden sollte. Für die Autoren stellte das Brecht-Theater so ziemlich alles infrage, was im französischen Theater bislang Gültigkeit besessen hatte: Selbst wenn das dahinterstehende System nicht auf das französische Theater anzuwenden sei – man wies insbesondere darauf hin, dass Frankreich nicht dieselben Voraussetzungen für eine Adaption biete wie die DDR – so fordere es doch zur Auseinandersetzung auf.[15] Der Text, der den Charakter eines Manifests trägt, verdeutlicht, worin die Anziehungskraft Brechts für französische Theaterleute bestand: Mit seinen Werken und seiner Theorie zeigte er Wege und Möglichkeiten auf, die Konzeption von Kunst als gesellschaftliches Engagement auch im Theater umzusetzen;[16] das Theater wurde mithin zu einer „art de l'explication". Zwar entstanden in der Nachkriegszeit zahlreiche Theaterstücke, die der „engagierten Literatur" zuzuordnen sind, nicht zuletzt von Jean-Paul Sartre, aber der Umsetzung eines „engagierten Theaters" auf der Bühne fehlte es bis dahin an geeigneten Ausdrucksformen. Hier wird deutlich, dass der Erfolg von Brecht in Frankreich nicht von jenem des Berliner Ensembles zu trennen ist, das diese neuen Ausdrucksformen auf der Bühne modellhaft in Szene setzte.

Neben einem Auszug aus dem „Kleinen Organon für das Theater" von Brecht und Artikeln zu verschiedenen Aspekten seiner Theorie fand sich in dieser Ausgabe von *Théâtre populaire* vor allem ein Beitrag von Bernard Dort über Brecht als Anti-Racine. Dort, der mit seinen Schriften für die Brecht-Rezeption in Frankreich eine entscheidende Rolle spielte, stellt Brechts Theaterentwurf hier dem

[15] Théâtre populaire 11 (Jan.–Febr. 1955), Éditorial, S. 1 f.: „Eh bien, c'est dans la mesure où la révolution théâtrale de Brecht remet en question nos habitudes, nos goûts, nos réflexes, les ‚lois' mêmes du théâtre dans lequel nous vivons, qu'il nous faut renoncer au silence ou à l'ironie, et regarder Brecht en face. Notre revue s'est trop de fois indignée devant la médiocrité ou la bassesse du théâtre présent, la rareté de ses révoltes et la sclérose de ses techniques, pour qu'elle puisse tarder plus longtemps à interroger un grand dramaturge de notre temps, qui nous propose non seulement une œuvre, mais aussi un système fort, cohérent, stable, difficile à appliquer peut-être, mais qui possède au moins une vertu indiscutable et salutaire de ‚scandale' et d'étonnement. Quoi qu'on décide finalement sur Brecht, il faut du moins marquer l'accord de sa pensée avec les grands thèmes progressistes de notre époque: à savoir que les maux des hommes sont entre les mains des hommes eux-mêmes, c'est-à-dire que le monde est maniable; que l'art peut et doit intervenir dans l'Histoire; qu'il doit aujourd'hui concourir aux mêmes tâches que les sciences, dont il est solidaire; qu'il nous faut désormais un art de l'explication, et non plus seulement un art de l'expression; que le théâtre doit aider résolument l'Histoire en en dévoilant le procès; que les techniques de la scène sont elles-mêmes engagées; qu'enfin, il n'y a pas une ‚essence' de l'art éternel, mais que dans chaque société doit intervenir l'art qui l'accouchera au mieux de sa propre délivrance. Naturellement, les idées de Brecht posent des problèmes et suscitent des résistances, surtout dans un pays comme la France, qui forme actuellement un complexe historique bien différent de l'Allemagne de l'Est."

[16] Agnes Hüfner weist zu Recht auf die Parallelität hin zwischen der Brecht-Rezeption und den innerfranzösischen Bemühungen um ein eigenes „théâtre populaire"; cf. Hüfner, Brecht in Frankreich, S. 227.

aristotelischen Theatermodell gegenüber. Entgegen der Intention der Herausgeber, Brecht bekannt zu machen, wurde das Heft primär als scharfe Kritik an den französischen Verhältnissen wahrgenommen, damit aber gleichzeitig zum Auslöser einer heftigen Brecht-Debatte in Frankreich. Bereits im folgenden Heft sahen die Herausgeber sich deshalb genötigt, sich mit den Reaktionen auseinanderzusetzen. Insbesondere verwahrte man sich gegen die Anschuldigung, einen „brechtisme totalitaire" propagiert zu haben.[17] Das Heft Nr. 11 wurde dennoch zu einer der wichtigsten Lehrschriften künftiger Generationen französischer Theaterleute.[18]

Bei seiner Rückkehr nach Paris anlässlich des zweiten Theaterfestivals 1955 traf das Berliner Ensemble auf ein durch die allgemeinen Diskussionen inzwischen besser vorbereitetes Publikum. Bei der Aufführung von Brechts „Der kaukasische Kreidekreis" waren sämtliche Vorstellungen voll besetzt. Zur positiven Aufnahme durch das Publikum kam, dass sich nun auch die Kritik durchweg positiv über Brecht äußerte. Selbst Jean-Jacques Gautier, „porte-parole des critiques bourgeois"[19], der sich ein Jahr zuvor noch sehr gelangweilt gezeigt und die einzige negative Kritik geschrieben hatte, äußerte sich nun zustimmend. Bezeichnend für die Brecht-Rezeption in Frankreich zu diesem Zeitpunkt ist seine Bemerkung, dass Brecht wie alle großen Theaterleute seine Theorien erfreulicherweise nicht in seinen Stücken anwenden würde.[20] Während der Autor und der Regisseur Brecht begeistert aufgenommen wurden, blieb der Theoretiker Brecht häufig bewusst ausgeblendet. Bei den Besprechungen lag der Schwerpunkt wie bereits 1954 auf der Inszenierung, was umso erstaunlicher ist, als es sich um eine französische Erstaufführung handelte.[21] Agnes Hüfner macht allerdings zu Recht darauf aufmerksam, dass der Erfolg des Stückes beim französischen Publikum nicht allein mit dem Erfolg der Inszenierung zu erklären sei, sondern sich auch auf das Stück selbst beziehe: Bereits 1958 feierte „Der kaukasische Kreidekreis" in einer französischen Inszenierung von Jean Dasté erneut große Erfolge.[22] Auch wenn die politisch linksorientierte Kritik quantitativ überwog, so ist doch insgesamt eine wachsende Anteilnahme jener Kritik zu verzeichnen, die Brechts politisches Engagement nicht teilte.[23] Einer der Gründe für diesen Erfolg war die Ablehnung Brechts durch die französischen Kommunisten, die ihm das Fehlen positiver Helden in seinen Stücken verübelten.[24]

Daniel Mortier vergleicht die Wirkung der beiden ersten Festivals für die Brecht-Rezeption in Frankreich mit den Vorzügen eines Nobelpreises für die Rezeption ausländischer Autoren in Frankreich. Weder die französischen Inszenie-

[17] Théâtre populaire 12 (März–Apr. 1955), Editorial.
[18] Cf. Mortier, Celui qui dit oui, celui qui dit non ou la réception de Brecht en France, S. 306.
[19] Meyer-Plantureux, Bertolt Brecht et le Berliner Ensemble à Paris, S. 12.
[20] Cf. ibid.
[21] Cf. Hüfner, Brecht in Frankreich, S. 62.
[22] Cf. ibid., S. 63.
[23] Cf. ibid., S. 101.
[24] Cf. Meyer-Plantureux, Bertolt Brecht et le Berliner Ensemble à Paris, S. 12; cf. dazu auch Mortier, Celui qui dit oui, celui qui dit non ou la réception de Brecht en France.

rungen noch gelegentliche Übersetzungen aus der Zeit vor 1954 konnten Brecht auch nur annähernd jenen Bekanntheitsgrad verschaffen wie die Gastspiele des Berliner Ensembles.[25]

Mit dem Tod des Dramatikers 1956 wurde eine neue Stufe der Brecht-Rezeption erreicht. Alle großen französischen Zeitungen beschäftigten sich aus diesem Anlass mit Brecht und betonten einhellig seine Bedeutung. Die Auseinandersetzungen um seine Person und sein Werk waren damit nicht beendet, aber anstatt Brecht selbst zu kritisieren, wurden von nun an die französischen Brecht-Anhänger zur Zielscheibe dieser Kritik.[26]

1956 war in mehrfacher Hinsicht ein Wendepunkt. Nicht nur das Verhältnis der Kritik zu Brecht wandelte sich. Bernard Dort konstatierte, dass Brecht zu einem Allgemeingut geworden sei, dessen sich nun jeder bediene, auch wenn er ihn dazu nicht unbedingt verstanden haben müsse.[27] Damit war sein Werk aber auch nicht mehr auf die bis dahin notwendige Vermittlung durch einige wenige Spezialisten und Bewunderer wie Pierre Abraham, Jean-Michel Serreau, Jean Vilar oder Claude Planson angewiesen.[28] Eine Entwicklung, für die es sicher von Vorteil gewesen ist, dass sie von keiner politischen oder sonstigen Gruppierung betrieben wurde.[29]

## Vom Berliner Ensemble zur Komischen Oper

Auch für das Pariser Theaterfestival war 1956 ein Übergangsjahr. Nach einer ersten, sehr kurzfristig organisierten Saison 1954 konnte man bereits in der folgenden Saison von einem Institutionalisierungseffekt profitieren.[30] Parallel dazu hatte der Kongress des Internationalen Theaterinstitutes 1955 in Dubrovnik eine an die französische Regierung adressierte Erklärung verabschiedet mit der Aufforderung, ein Theater der Nationen zu schaffen. Die Umsetzung dieses Projekts benötigte Zeit und ließ sich nicht für die folgende Saison realisieren. Eine Ver-

[25] Ibid., S. 303: „Seul l'écho rencontré par les représentations du Berliner Ensemble en 1954 et 1955 aida à franchir le pas décisif, en créant les conditions propices à la parution du ‚Théâtre complet' et en incitant la revue ‚Théâtre populaire' à consacrer tout un numéro aux conceptions dramatiques de Brecht."

[26] Cf. Meyer-Plantureux, Bertolt Brecht et le Berliner Ensemble à Paris, S. 14.

[27] Dort, Brecht en France, S. 1858: „Mort, Brecht devint irremplaçable. […] Brecht était adopté, mais il fallait vite le ‚dépasser': inutile de s'attarder à comprendre son œuvre, à analyser avec rigueur. Brecht faisant maintenant partie du patrimoine commun, chacun pouvait et devait s'en servir à son gré."

[28] Mortier, Celui qui dit oui, celui qui dit non ou la réception de Brecht en France, S. 305: „Jusqu'en 1956 en effet, l'introduction du théâtre de Brecht dans notre pays se résume à quelques initiatives individuelles, rares au début, puis progressivement plus nombreuses."

[29] Ibid.: „Elle ne fut imputable à aucun groupe constitué, pas même aux communistes français. Les réticences de ceux-ci à l'égard de Brecht ont été au contraire importantes et constantes. D'un point de vue politique, les personnes qui s'intéressaient à l'auteur de ‚Mère Courage et ses enfants' se situaient pour la plupart dans la gauche non communiste, qu'elle fût athée ou chrétienne, celle-là même qui après 1945 s'efforçait de ne pas vouer une haine éternelle au pays voisin vaincu."

[30] Théâtre des nations, Paris, Rendez-vous des théâtres du monde: „Nous quittions le domaine de l'inattendu et du miraculeux pour nous acheminer vers l'Institution."

änderung kündigte sich aber bereits mit der Umbenennung des *Festival international d'art dramatique de la ville de Paris* in *Festival de Paris* für die Saison 1956 an. Hier zeichnete sich ab, dass das künftige *Théâtre des nations* sich nicht auf Sprechtheater beschränken, sondern auch für Oper und Ballett einen Platz schaffen würde. Diese Übergangssaison war die einzige Saison zwischen 1954 und 1960 ohne ostdeutsche Beteiligung. Am 27. März 1957 wurde aus dem *Festival de Paris* schließlich das institutionell weit stärker gefestigte *Théâtre des nations*.[31]

Welchen Platz das Berliner Ensemble und Brecht in der Saisonkonzeption des *Théâtre des nations* einnahmen, wurde deutlich bei der Rückkehr des BE im Jahre 1957. Dem Theaterfestival ging nicht nur eine internationale Gedenkfeier für Brecht voraus, auch der eigentliche Auftakt des Festivals blieb dem BE vorbehalten.[32] Brecht war zur Leitfigur des Festivals geworden. Auch die französische Öffentlichkeit maß dem Ereignis große Bedeutung bei. Das ist unter anderem daran ersichtlich, dass selbst *Paris-Match* es nicht versäumte, sich aus gegebenem Anlass ausführlich mit dem Dramatiker zu beschäftigen.[33] Als besonderes Phänomen wurde hier geschildert, dass Brecht in beiden Teilen Deutschlands umjubelt werde, sein Theater mithin das Beste in ganz Deutschland sei.

Generell ist anzunehmen, dass Brecht zu dieser Zeit von der französischen Öffentlichkeit weniger als ein rein ostdeutsches Phänomen angesehen wurde, vielmehr galt er als deutscher Autor. Dieser Wahrnehmung entspricht, dass nicht nur das Berliner Ensemble mit „Mutter Courage" und „Leben des Galilei" auf dem Festival vertreten war, sondern auch das Schauspielhaus Bochum mit der „Dreigroschenoper".

Brecht hatte den Status eines Klassikers vom Rang Molières oder Shakespeares erreicht [34] und die Kritiken der Tageszeitungen waren einhellig positiv. Morvan-Lebesque lobte die Inszenierung von „Das Leben des Galilei" und die schauspielerischen Leistungen des Berliner Ensembles ein weiteres Mal als großes Theater, von dem er sich eine Vorbildfunktion für das französische Theater erhoffe.[35] Zur

[31] Planson, Il était une fois le Théâtre des nations, S. 16: „[…] notre entreprise prenait désormais le caractère d'une institution permanente."

[32] Meyer-Plantureux, Bertolt Brecht et le Berliner Ensemble à Paris, S. 15: „Un hommage officiel est rendu à Bertolt Brecht: discours de personnalités, poèmes lus, tour de chant. L'unanimité est faite autour de Bertolt Brecht."

[33] Paris-Match 417, Ausgabe vom 6. 4. 1957, S. 16–27: „Une petite ‚résistante' bouleverse l'Allemagne, par Jean Maquet, enquête de Vick Vance, photos Charles Courrière."

[34] Der Vergleich mit Molière und Shakespeare findet sich mehrfach. Aufgebracht wurde er vermutlich von Pierre Abraham im Vorwort zum 1957 erschienenen Europe-Sonderheft; cf. ibid.: Abraham, Renier le passé ou préparer l'avenir, S. 6 f.; cf. auch Dort, Brecht en France, S. 1860: „Ainsi Brecht n'est plus Brecht: il est Shakespeare, il est Molière; il est tout et n'importe quoi." Cf. auch die Einschätzung von Meyer-Plantureux, Bertolt Brecht et le Berliner Ensemble à Paris, S. 17: „Brecht est devenu un auteur classique et les brechtiens endossent toutes les critiques adressées autrefois à l'auteur allemand."

[35] Morvan-Lebesque in Carrefour, zitiert nach „Les ‚Oscars' décernés par la presse au Théâtre des nations 1954–1969", ANF, 55 AJ, 300: „La place me manque pour énumérer les beautés de cette pièce et celles de la mise en scène et de l'interprétation qui surclassent, malheureusement, tout ce qui est donné à Paris. Voilà du grand théâtre, du théâtre adulte, du théâtre vivant. Il reçoit l'adhésion totale de ceux qui sont capables de réflexion et aux autres il fait peur. Peur comme la vérité."

konstanten Bewunderung für den Dramatiker Brecht und die Interpretationen des Berliner Ensembles kam nun auch die Zustimmung für den Autor Brecht. So besprach selbst Claude Baignières „Mutter Courage" in *Le Figaro* als Meisterwerk.[36]

Es gab allerdings auch kritische Töne. Sie kamen jedoch nun vermehrt vonseiten der Verteidiger Brechts in Frankreich. Die zwischen 1957 und 1960 zunehmend differenzierte Kritik der BE-Inszenierungen durch Brecht-Spezialisten wie Bernard Dort fiel zusammen mit einer Emanzipation der französischen Dramatik.[37] Damit wurde ein neues Stadium der Brecht-Rezeption in Frankreich erreicht: Auf Verbreitung und Popularisierung folgten Adaption und emanzipierte Umsetzung durch das französische Theater.[38]

Zu den sechs Vorstellungen des Berliner Ensembles gesellten sich 1957 erstmals fünf Vorstellungen einer Opernproduktion aus der DDR. Die Komische Oper aus Berlin knüpfte mit der Felsenstein-Inszenierung des „Schlauen Füchsleins" von Leoš Janáček unmittelbar an die Erfolge des BE an, ja sie übertraf diese sogar: Mehrfach wurde die Inszenierung als unvergesslich und als die originellste Produktion der Saison bezeichnet.[39] Wie bei den BE-Aufführungen war das zentrale Thema der Rezensionen die Lektion, die man sich erteilen lassen könnte und nach dem Urteil der Rezensenten auch erteilen lassen sollte.[40] In diesem Sinne, und ebenfalls vergleichbar mit den Kritiken für das BE, lobte J. Bourgeois in *Arts* die neue, der französischen Oper überlegene Kunstkonzeption.[41]

Die zunehmend umfangreicheren DDR-Gastspiele erforderten auch eine zunehmend institutionalisierte Zusammenarbeit mit dem ostdeutschen Ministerium für Kultur, vor allem, um die Finanzierung von Reise und Aufenthalt der Ensembles zu gewährleisten. Der Aufwand an Material, vor allem aber der finanzielle Aufwand, der betrieben wurde, um ein Opernhaus auf Reisen zu schicken, war beträchtlich. Dessen waren sich auch die Verantwortlichen des *Théâtre des nations* bewusst, und es ist bezeichnend, dass Claude Planson in seinen Erinnerungen ausgerechnet die Komische Oper als herausragendes Beispiel benennt, die 1959 für die Aufführungen von „Hoffmanns Erzählungen" mit 137 Künstlern anreiste.[42]

[36] Claude Baignères in Le Figaro, zitiert nach ibid.: „L'on sort de cet enfer avec la certitude d'avoir vu un chef-d'œuvre, dont tous les serviteurs ont magistralement extrait la substance."

[37] Hüfner, Brecht in Frankreich, S. 153.

[38] Bernard Dort verweist in diesem Zusammenhang auf die Besprechung der Galilei-Aufführungen von Morvan-Lebesque, der lautstark eine französische Adaption der Brecht-Werke forderte; cf. Dort, Brecht en France, S. 1861.

[39] Cf. u. a. E. Vuillermoz in Paris-Presse, zitiert nach „Les ‚Oscars' décernés par la presse au Théâtre des nations 1954–1969", ANF, 55 AJ, 300.

[40] Clarendon in Le Figaro vom 29. 5. 1957, zitiert nach ibid.: „Voilà, en vérité, un metteur en scène et des comédiens venus tout exprès à Paris pour y secouer notre apathie et nous y donner une leçon ravissante. Ah! que ce petit renard est donc intelligent."

[41] J. Bourgeois in Arts, zitiert nach ibid.: „Il ne nous reste donc qu'à faire taire notre bon goût français […] et à saluer dans le ‚Petit Renard intelligent' de Janacek, tel qu'il est présenté par le Komische Oper de Berlin, cette identité de la forme et du fond qui est le meilleur critère de la réussite."

[42] Planson, Il était une fois le Théâtre des nations, S. 16: „À cet égard il n'est pas exagéré de dire que, pour tirer bénéfice du prodigieux rayonnement du Théâtre des nations, les

Dass dem damit verbundenen finanziellen Aufwand auch ein politisches Interesse zugrunde lag, war offensichtlich. Dies wurde von den Verantwortlichen nicht nur in Kauf genommen, es wurde sogar bewusst eingesetzt, um die gewünschte ostdeutsche Beteiligung am Festival zu gewährleisten.[43] Um den Anreiz zu verstärken, Reise und Aufenthalt von Berliner Ensemble und Komischer Oper zu finanzieren, legte Claude Planson in einem Brief an das Ministerium für Kultur der DDR-Regierung nahe, dass die Gastspiele zumindest partiell das ersetzen könnten, was der DDR fehle: eine diplomatische Vertretung in Paris.[44] Die Grenzen bei der politischen Inanspruchnahme des Festivals wurden jedoch offensichtlich erreicht, als man sich um ein Visum für den Schriftsteller und DDR-Kulturminister Johannes R. Becher bemühte.[45]

In der Saison 1958 wurde die Leipziger Oper mit der „Verurteilung des Lukullus" von Paul Dessau, geschrieben auf einen Text von Bertolt Brecht, eingeladen. Die Wahl dieser Produktion lässt sich als Versuch verstehen, das Interesse an Brecht mit dem neu erweckten Interesse an Opernproduktionen aus der DDR zu verbinden.[46]

Für die folgende Saison wünschte man sich von französischer Seite erneut eine Inszenierung von Felsenstein. Der ostdeutsche Vorschlag einer Händel-Oper wurde hingegen abgelehnt. Dafür sind verschiedene Gründe denkbar: Einerseits mochten die Veranstalter des TDN sicherlich gerne an den Publikumserfolg des „Schlauen Füchsleins" aus dem Jahr 1957 anschließen. Andererseits versprach der innovative Charakter einer Regiearbeit Felsensteins eine größere Wirkung auf die französische Opernwelt – die Erneuerung im eigenen Land gehörte zu den zentra-

gouvernements étrangers n'hésitèrent pas à engager des sommes considérables pour permettre à leurs meilleures troupes de se produire à Paris […]."

[43] ANF, 55 AJ, 296: Protokoll der Sitzung des TDN-Beirates vom 20. 4. 1964: „Les troupes viennent au Théâtre des nations parce qu'elles y ont souvent un intérêt politique et culturel."

[44] ANF, 55 AJ, 253: Brief von Claude Planson vom 24. 1. 1957 an das MfK: „Grâce à vous, toutes les difficultés ont pu être aplanies et nous allons avoir, cette année, j'en suis sûr, une représentation exceptionnelle de la République démocratique allemande à Paris."

[45] Ibid.: Schreiben von Julien, TDN vom 23. 2. 1957 an das MAE, Erlanger; eine entsprechende Anfrage wurde von der DGACT nach Quellenlage nie gestellt, was sicherlich im Zusammenhang zu sehen ist mit der vorangegangenen Ablehnung eines Visums, das Becher ein Jahr zuvor beantragt hatte, um an den in Paris stattfindenden Heine-Gedenkfeierlichkeiten teilnehmen zu können; cf. AMAE, Bonn, Ambassade, 13, Dossier „Affaires politiques".

[46] Eine im Zusammenhang mit diesem Gastspiel von Claude Planson berichtete Anekdote verdeutlicht, dass das französische Interesse an dieser Oper, ähnlich wie bei den Theaterstücken von Brecht, der Gegenwartsbezug gewesen ist: „L'œuvre, qui était d'un antimilitarisme virulent [sic], fut donnée par l'opéra de Leipzig le soir même où le ministre Debré appelait les Parisiens à se mobiliser et à se rendre à pied, à cheval ou en voiture sur les lieux où devaient atterrir les parachutistes envoyés par les généraux d'Alger. Il ne se passa rien de ce genre, mais la tension était si vive que le public – assez clairsemé – qui assistait à la représentation n'eût pas été surpris de voir le théâtre pris d'assaut par des hommes en armes semblables à ceux qui évoluaient sur scène. Cette coïncidence significative […] nous apportait la démonstration que le théâtre établit des connexions d'un genre particulier entre le monde extérieur et l'inconscient du public." In: Planson, Il était une fois le Théâtre des nations, S. 44.

len Anliegen des TDN.[47] Für dieses zweite Gastspiel der Komischen Oper wurden schließlich die Felsenstein-Inszenierungen „Hoffmanns Erzählungen" von Jacques Offenbach sowie „Albert Herring" von Benjamin Britten ausgewählt.

Mit fast 140 Künstlern, einer umfangreichen Mannschaft an Bühnenarbeitern und den Bühnenbildern für zwei große Opern, für die insgesamt zwei Sonderzüge notwendig waren, war es eines der aufwendigsten Gastspiele in der Geschichte des *Théâtre des nations*. Bei diesem von französischer Seite ausdrücklich gewünschten Gastspiel wurde die Frage der Finanzierung neu gestellt. Um die Aufenthaltskosten zu gewährleisten und weil man vermutlich keine Zweifel am Erfolg des Gastspiels hatte, wurde der Komischen Oper eine Garantie über zwei Millionen FF eingeräumt.[48] Welchen Stellenwert das Problem der Finanzierung, insbesondere des Aufenthaltes in Paris, für die ostdeutschen Teilnehmer hatte, verdeutlicht ein von französischer Seite für dieselbe Saison angeregtes, aber nicht realisiertes Gastspiel der Oper Halle.[49]

Um die Investition lohnender zu gestalten, wurde von ostdeutscher Seite darum gebeten, die kulturelle Präsenz der DDR anlässlich des *Théâtre des nations* mit der wirtschaftlichen Präsenz der DDR anlässlich der Pariser Messe zu kombinieren. Eine entsprechende Bitte von Irene Gysi, dafür Sorge zu tragen, dass das Gastspiel zur selben Zeit wie die Messe stattfinde, wurde von Planson mit den Hinweis auf die unterschiedlichen Milieus zurückgewiesen.[50] Dies kann auch als Beleg für ein stark segmentiertes Interesse an einzelnen Aspekten des zweiten deutschen Staates gewertet werden: Wer sich für Brecht, Felsenstein oder für das Theater in der DDR als Ganzes interessierte, war nicht zwingend an der DDR als einem Gesellschafts- oder Wirtschaftssystem interessiert.

Der Erfolg des Gastspiels bei der französischen Presse war groß. Und der häufige Verweis auf die als unzulänglich angesehene Situation der Oper in Frankreich verlieh den Erfolgen der Komischen Oper ein umso größeres Gewicht.[51] So wurde in *Le Figaro* Bezug genommen auf die Mahnung von André Malraux, dass Frank-

[47] ANF, 55 AJ, 253: Brief von Claude Planson vom 11. 10. 1958 an Irene Gysi: „En ce qui concerne la participation de la DDR à la prochaine saison du Théâtre des nations, je viens d'avoir à ce sujet une longue conversation avec A.-M. Julien. Il pense, comme moi, que la présentation à Paris d'un opéra de Händel risquerait, quelle que soit sa qualité, de rencontrer une certaine incompréhension auprès du grand public français. Par contre, il estime que nous serions assuré d'un succès considérable (certainement bien plus grand que celui remporté par ‚Le Petit Renard intelligent', si vous veniez avec ‚Les Contes d'Hoffmann' dans la mise en scène de M. Felsenstein, dont tous ceux qui l'ont vu gardent un souvenir inoubliable."

[48] Ibid.: Brief von A.-M. Julien vom 4. 12. 1958 an Irene Gysi: „[…] je vous confirme bien volontiers que je suis disposé à accorder personnellement (et sous réserve que vous considériez cette accord comme strictement confidentiel) une somme total de garantie de 2 millions de francs pour les six représentations que donnera à Paris le Komische Oper de Berlin à l'occasion de la prochaine saison du Théâtre des nations."

[49] Ibid.: Brief von Claude Planson vom 11. 10. 1958 an Irene Gysi.

[50] Ibid.: Brief von Claude Planson vom 4. 12. 1958 an Irene Gysi.

[51] Cf. Das Gastspiel der Komischen Oper, Pressestimmen; diese ostdeutsche Publikation bietet einen guten Überblick in deutscher Übersetzung. Die ungekürzten Artikel wurden auch dann abgedruckt, wenn sie Kritik an der DDR enthielten, was der Nutzung dieser umfangreichen Presseschau zugutekommt.

reich im Bereich der Opernregie wenig innovativ sei.[52] Immer wieder ist von den Lektionen die Rede, die die Komische Oper erteilt habe und von denen die Pariser Oper nur profitieren könne. Mit großer Begeisterung wurde die Inszenierung, die Qualität des Schauspielerischen und nicht zuletzt die Perfektion der Bühnenarbeit beschrieben. Die offenbar einzig mögliche Kritik bezog sich auf die Bearbeitung von „Hoffmanns Erzählungen" durch Felsenstein, in der Text und Musik in einem neuen, für französische Operngänger sehr ungewohnten Verhältnis zueinander standen. Trotz aller Begeisterung war die Betonung des Literarischen beziehungsweise des Librettos gegenüber der Komposition von Offenbach, dem bedeutenden Pariser Komponisten, für die französische Presse nicht so einfach hinnehmbar.[53]

Für die Kritik waren „Hoffmanns Erzählungen" nicht nur dem Untertitel nach, sondern in jeder Hinsicht „phantastisch": Inszenierung, Schauspieler und Bühnenarbeit wurden gleichermaßen gefeiert. Als besonders erwähnenswert erscheint der häufige Hinweis auf die Arbeit der Bühnentechniker, denen nach der Vorstellung auf der Bühne applaudiert wurde. Auch wenn dies von manchen Kritikern als Indiz für die Herkunft des Theaters gewertet wurde, überwog doch eine Einschätzung, wie sie sich beispielsweise in *Témoignage chrétien* findet: Bernard Dort begründete mit diesem Hinweis seine Forderung, sich ein Beispiel an dieser Truppe zu nehmen, bei der alle bis zum letzten Bühnenarbeiter an einem künstlerischen Ideal arbeiten, so wie es auch Felsensteins Intentionen entsprach.[54]

Im Zusammenhang mit der allgemeinen Frage nach dem französischen Interesse für die ostdeutsche Kultur sind die erneuten Parallelen zu BE-Gastspielen bis hin zu direkten Vergleichen von entscheidender Bedeutung. Denn die Häufung ähnlich lautender Urteile beförderte eine zunehmende Verallgemeinerung des Urteils über das Berliner Ensemble und die Komische Oper und damit ganz allmählich auch ein generalisierendes Urteil über die Kunst und Kultur in der DDR. Im Kontext der zweiten Berlin-Krise ergab sich daraus eine Verdichtung der Wahrnehmung in Bezug auf die aus der DDR kommende kulturelle Produktion.

Diese Parallelen sind umso erstaunlicher, als das Berliner Ensemble bereits seit 1957 nicht mehr am *Théâtre des nations* teilgenommen hatte. In der Zeitschrift *L'Express* begeisterte man sich für die Möglichkeiten, die Brecht und anderen Künstlern in der DDR eingeräumt wurden, verwies jedoch darauf, dass dieser Luxus mit der Einschränkung der persönlichen Freiheit bezahlt werden müsse. In *Aux écoutes du monde* wurde dem Leser unter Bezugnahme auf frühere Gastspiele erklärt, dass Ost-Berlin trotz des politischen Zwangs die beste „opéra comique" der Welt besitze.[55] Die stärkere Berücksichtigung der politischen Realität lässt sich mit der verstärkten Wahrnehmung der Berlin-Krise durch die französische Öffentlichkeit begründen. Nur zwei Tage nach dem Gastspiel begann in Genf die Vier-Mächte-Außenministerkonferenz. Dennoch wurde, wie bei den

[52] Le Figaro vom 7. 5. 1959.

[53] Der Musikwissenschaftler Egon Voss bemerkt zur Felsenstein-Fassung der Oper: „Das Ganze ist […] über weite Strecken viel eher ein Schauspiel mit Musik als eine Oper." Cf. Voss, Offenbachs Hoffmann in Felsensteins Erzählungen, S. 294–306.

[54] Témoignage chrétien vom 22. 5. 1959, zitiert nach Das Gastspiel der Komischen Oper, Pressestimmen.

[55] Aux écoutes du monde vom 8. 5. 1959, zitiert nach ibid.

Gastspielen vergangener Jahre, die DDR nur selten als Herkunftsland der Komischen Oper benannt. Zumeist war vom Ostberliner Theater die Rede, manchmal begnügte man sich gar mit Berlin als Ortsangabe. Einen Zusammenhang mit dem Geschehen auf der Bühne und der politischen Realität herzustellen, blieb die Domäne vor allem kommunistischer Zeitungen. So erklärte *L'Humanité* nicht Felsenstein oder die Komische Oper, sondern die DDR zum Star des *Théâtre des nations*.[56]

Dass das Gastspiel von Felsensteins Komischer Oper und insbesondere die Neubearbeitung von „Hoffmanns Erzählungen" für viele tatsächlich der Höhepunkt der Saison gewesen war, wurde durch die Verleihung des *Challenge du Théâtre des nations* offiziell bestätigt. Dieser Wanderpokal wurde 1959 erstmalig für die beste Produktion der Saison verliehen.[57]

## Höhepunkt und Ende der Brecht-Ära des *Théâtre des nations*

Auf diesem Erfolg aufbauend, rechtfertigte Claude Planson wenige Monate später in einem Schreiben an das ostdeutsche Ministerium für Kultur die Idee, während der nächsten Saison eine Brecht-Retrospektive zu veranstalten.[58] In Paris wünschte man sich vor allem ein noch nicht in Frankreich aufgeführtes Stück von Brecht. Die Wahl fiel auf „Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui". Die französischen Vorstellungen scheinen bei der Programmgestaltung insgesamt eine wichtige Rolle gespielt zu haben. So tauchte das Stück „Winterschlacht" von Johannes R. Becher, ursprünglich für das Gastspiel vorgesehen, nach der Sitzung des TDN-Beirats am 27. Januar 1960 in der Korrespondenz zwischen TDN und ostdeutschem Ministerium nicht mehr auf. Das kann, wie im Fall der ursprünglich vorgesehenen Dreigroschenoper, technischen Gründen geschuldet gewesen sein[59]; auch ist die bewusste Bevorzugung Brechts naheliegend. Es könnten aber auch Befürchtungen eine Rolle gespielt haben, die DDR suche das Gastspiel verstärkt politischen Zwecken dienstbar zu machen, da es sich bei Becher um den ehemaligen ostdeutschen Minister für Kultur handelte.[60]

Planson wurde bereits im Oktober 1959 vom befreundeten Leiter des *Institut français* in West-Berlin auf die problematische Verwendung des neuen DDR-Em-

[56] G. Bloch in L'Humanité vom 6. 5. 1959: „Avec une sensationnelle réalisation de l'opéra comique de Berlin-Est, la République démocratique allemande s'est affirmée lundi soir, une fois de plus, comme l'une des vedettes les plus marquantes de la saison du Théâtre des nations."

[57] AMAE, Service des Échanges artistiques, 555: Protokoll der Sitzung des TDN-Beirates vom 27. 1. 1960.

[58] ANF, 55 AJ, 253: Brief von Claude Planson vom 11. 9. 1959 an Irene Gysi: „Je suis persuadé qu'un tel programme remporterait, à Paris, un succès considérable, du même genre que celui remporté cet été par notre ami Walter Felsenstein dont on n'a pas cessé de parler ici."

[59] Es wurde von ostdeutscher Seite mehrfach das Fehlen einer Drehbühne beklagt; cf. ANF, 55 AJ, 253, passim.

[60] Ibid.: Brief von Claude Planson vom 30. 12. 1959 an die EFA, Lenoir, und Brief von Claude Planson vom 10. 3. 1960 an den franz. Konsul in Berlin.

blems aufmerksam gemacht, das auch auf Programmheften zu sehen sei.[61] Dementsprechend forderte man das Berliner Ensemble mit einem Verweis auf den offiziellen Charakter des TDN auf, die Programmhefte noch vor dem Druck zur Kontrolle einzusenden.[62]

Die internationale Situation und die Ost-West-Verhandlungen belasteten auch die praktische Umsetzung des Gastspiels in der Saison 1960. Bereits im März gab es Probleme mit den Visa für einen Vortrupp des Berliner Ensembles.[63] Helene Weigel forderte daraufhin eine Garantie, dass man für das Ensemble rechtzeitig die notwendigen Visa bekommen werde. Andernfalls werde man Dekorationen und Ausstattung nicht verladen. Nur zwei Tage später wurden die Visa trotz der bevorstehenden Pariser Gipfelkonferenz an das französische Konsulat in Berlin übermittelt.[64]

Da es sich um ein sehr aufwendiges Gastspiel handelte und demnach der Transport sehr viel umfangreicher war als bisher, stellte sich erneut das Problem der Übernahme bestimmter, vor Ort entstehender Kosten durch das TDN. Helene Weigel bat Claude Planson im Vorfeld um ein finanzielles Entgegenkommen für die ja immerhin von französischer Seite gewünschte Brecht-Retrospektive.[65] Wenige Wochen vor dem Gastspiel tauchte auch das finanzielle Problem erneut auf: Überstunden der französischen Bühnenarbeiter und Techniker mussten bezahlt werden. Zusammen mit dem Ultimatum, bei Nichteintreffen der Visa nicht zu verladen, erging die dringende Bitte an Claude Planson, wie bereits bei früheren Gastspielen diese Zusatzkosten zu übernehmen.[66] Dass dieser Finanzierung in der Grauzone zwischen dem offiziellen Reglement des *Théâtre des nations* einerseits und den Programmvorstellungen der Festivalorganisatoren andererseits Grenzen gesetzt waren, zeigt sich daran, dass ein ebenfalls von französischer Seite gewünschtes Gastspiel der Komischen Oper im selben Jahr nicht zustande kam.[67]

[61] Ibid.: Brief von Guillonneau vom 22. 10. 1959 an Claude Planson: „Vous connaissez les premiers incidents à propos de ce drapeau, et la chose ne fait que de commencer."

[62] Ibid.: Brief von Jean Mauroy vom 6. 5. 1960 an Berliner Ensemble, Tenschert.

[63] Ibid.: Brief von Helene Weigel vom 13. 1. 1960 an Claude Planson; cf. dazu auch AMAE, Service des Échanges artistiques, 555: Note von C. Fradet vom 2. 2. 1960: „Dans ces conditions [keine Einwände der politischen Abteilung und der DGACT – Ch. W.], M. Rouillon m'a dit que je pouvais téléphoner aux services des Visas, en leur recommandant l'affaire, mais toutefois sans leur demander de faire l'impossible." Ob diese Reise tatsächlich stattgefunden hat, lässt sich der Korrespondenz des TDN nicht entnehmen.

[64] ANF, 55 AJ, 253: Brief vom Berliner Ensemble, Bork, vom 27. 4. 1960 an Claude Planson sowie Brief von Claude Planson vom 29. 4. 1960 an das Berliner Ensemble; dem Brief von Bork an Planson zufolge hatte das französische Konsulat in Berlin durchblicken lassen, dass aufgrund der anstehenden Gipfelkonferenz die Visa nicht rechtzeitig zur Verfügung stehen würden. Um Schwierigkeiten mit der französischen Verwaltung in letzter Minute zu vermeiden, bat Bork um baldige Übersendung des Vertrages.

[65] Ibid.: Brief von Helene Weigel vom 13. 1. 1960 an Claude Planson.

[66] Ibid.: Brief vom Berliner Ensemble, Bork, vom 27. 4. 1960 an Claude Planson.

[67] Ibid.: Brief von Ossia Trilling vom 15. 10. 1959 an Claude Planson; Trilling schreibt, dass es absolut notwendig sei, dass die Komische Oper mit „Othello" nach Paris käme, Felsenstein hätte aber von hohen Kosten gesprochen.

Mit vier Produktionen und insgesamt zwölf Vorstellungen[68] war es das umfangreichste Gastspiel in der Geschichte des TDN überhaupt.[69] Neben den schon bekannten Stücken wie „Mutter Courage" (bereits zum dritten Mal) und „Das Leben des Galilei" gehörten als französische Erstaufführungen „Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui" und „Die Mutter" nach einem Roman von Gorki zum Programm. Hinzu kamen zwei Ausstellungen, die von ostdeutscher Seite als Beiprogramm gewünscht worden waren.[70]

Die erneut prominente Platzierung innerhalb der Saison unterstreicht das besondere Anliegen, das die französischen Organisatoren mit diesem Gastspiel verbanden: Nachdem das Berliner Ensemble 1957 die Saison eröffnet hatte, blieb ihm 1960, quasi als nicht zu überbietender Höhepunkt, der Abschluss des Festivals vorbehalten. Der Publikumserfolg war absehbar. Die Anfragen für Platzreservierungen ließen diesen Erfolg bereits ein halbes Jahr vorher zur Gewissheit werden.[71] Dazu trugen im Übrigen auch die mit Zustimmung von Helene Weigel ermäßigten Preise für Arbeitergruppen bei.[72] Nur wenige Wochen vor Beginn des Gastspiels telegrafierte Planson erneut nach Berlin, um den bevorstehenden Erfolg zu bestätigen.[73] Der Empfang, den die Presse und das Publikum dem Berliner Ensemble wenig später tatsächlich bereiteten, war triumphal – eine Steigerung schien kaum möglich.[74]

Das Jahr 1960 markiert auch in der französischen Brecht-Rezeption eine Etappe[75]: Parallel zum BE-Gastspiel fanden die bereits erwähnten Ausstellungen statt und Helene Weigel hielt an der *Sorbonne* einen Vortrag über die Arbeit des Berliner Ensembles. Im gleichen Jahr mehrten sich aber auch die französischen Brecht-Inszenierungen, darunter die Inszenierung des „Arturo Ui" am *Théâtre national po-*

[68] Ursprünglich waren sogar 18 Vorstellungen geplant.

[69] Ibid.: Brief von Claude Planson vom 30. 12. 1959 an Helene Weigel: „C'est d'ailleurs la première fois qu'une troupe étrangère occupera si longtemps la scène du Théâtre des nations et nous sommes fiers et heureux de penser que c'est au cher Berliner Ensemble que revient cet honneur." Cf. BNF, Arts et Spectacles, 4 SW 2444 (ausführliche Listen mit allen Gastspielen nach Saison).

[70] ANF, 55 AJ, 253: Brief des MfK vom 7. 11. 1959 an Claude Planson und Brief des Berliner Ensembles, Tenschert, vom 5. 5. 1960 an das TDN, Hafner; Themen der Ausstellungen waren: Brecht und das Berliner Ensemble sowie der Theaterbau in der DDR.

[71] Ibid.: Brief von Claude Planson vom 30. 12. 1959 an Helene Weigel: „Vous savez avec quelle impatience nous attendons votre retour à Paris. Depuis votre dernier passage, l'influence de Bertolt Brecht s'est encore accrue parmi toute la jeunesse estudiantine et les groupements ouvriers. D'ores et déjà, de partout nous parviennent des demandes de places soit collectives, soit individuelles et nous pouvons nous attendre à un succès public sans précédent."

[72] Ibid.: Schreiben von Planson vom 30. 5. 1960 an die Section Loisirs et Culture de la Régie Renault.

[73] Ibid.: Telegramm von Claude Planson vom 20. 5. 1960 an Helene Weigel; selbst aus Brüssel gab es Reservierungsanfragen.

[74] Gabriel Marcel in Les Nouvelles littéraires vom 23. 6. 1960, S. 10: „Le Berliner Ensemble remporte à Paris un succès qui ne fait que croître d'année en année et affecte quelquefois un caractère d'enthousiasme délirant."

[75] Cf. Meyer-Plantureux, Brecht et le Berliner Ensemble à Paris, S. 22; Agnes Hüfner bezeichnet das Jahr 1960 als das der Apotheose Brechts in Frankreich, cf. Hüfner, Brecht in Frankreich, S. 154.

*pulaire*, eine Regiearbeit Vilars im Kontext des Algerienkrieges. 1960 erschien zudem die erste französische Monografie von Bernard Dort über Brecht. Dass dieses Buch vom wohl bedeutendsten französischen Brecht-Experten, gedacht als eine erste Bestandsaufnahme, umgehend zu einem Standardwerk wurde, lag nicht zuletzt daran, dass die Polemiken um Brecht seit 1957 erheblich an Schärfe verloren hatten. Der „brechtisme" war zum festen Bestandteil der französischen Theaterlandschaft geworden.[76]

Mehr noch, Brecht war für die französische Gesellschaft zu einer Empfehlung geworden.[77] Von 1954 an durch das Theaterfestival in Frankreich bekannt geworden, hatten Brecht und das Berliner Ensemble mittlerweile einen Status erreicht, der es rechtfertigte, auch umgekehrt für das *Théâtre des nations* mit dem Berliner Ensemble zu werben. So wurde während einer Sitzung des TDN-Beirates A.-M. Julien unter Verweis auf bereits im Umlauf befindliche Prospekte gefragt, ob tatsächlich ein einmonatiges BE-Gastspiel geplant sei. Julien machte darauf aufmerksam, dass es sich um eine Werbemaßnahme für das TDN handele und dass das Gastspiel in Wirklichkeit auf achtzehn Vorstellungen begrenzt sei.[78] Dass das Berliner Ensemble zur Empfehlung für das *Théâtre des nations* geworden war, verdeutlicht auch das außergewöhnliche Verhältnis zwischen beiden Institutionen. Kein anderes Ensemble hatte das Theaterfestival während der ersten sechs Jahre seines Bestehens so geprägt wie das Berliner Ensemble. Das Theaterfestival war nun ohne Brecht fast nicht mehr denkbar. Gleichzeitig deutete sich an, dass der Zenit überschritten war. Etwa wenn Julien davon sprach, dem Publikum dieses Theater noch präsentieren zu wollen, solange es möglich sei. Die Frage, ob Julien damit den Ausgang der Berlin-Krise antizipierte, ist rein spekulativ. Sicher war, dass sich ein Gastspiel in diesem Umfang nicht so bald wiederholen ließ – unabhängig von der internationalen Entwicklung. Am Ende dieser Sitzung wurde beschlossen, die Dauer des BE-Gastspiels im Rahmen des Möglichen zu kürzen.[79]

Für die Saison 1960 lässt sich erstmalig auch ein Kontakt zwischen den *Échanges franco-allemands* und dem *Théâtre des nations* belegen. Der Generalsekretär der EFA, Roland Lenoir, übermittelte Claude Planson ein Exemplar der ersten Ausgabe von *Rencontres* mit dem Hinweis, dass es an alle Deutschland-Interessier-

[76] Cf. Meyer-Plantureux, Bertolt Brecht et le Berliner Ensemble à Paris, S. 22.

[77] Bernard Dort bemerkt dazu: „Brecht était devenu du domaine public." Zitiert nach ibid., S. 21.

[78] AMAE, Service des Échanges artistiques, 555: Protokoll der Sitzung des TDN-Beirates vom 27. 1. 1960: „[…] il s'agit là d'un document de propagande destiné à maintenir ou provoquer l'intérêt du public pour le Théâtre des nations bien avant le début de la saison. Et ce sont aussi les nécessités de la propagande qui ont fait privilégier le Berliner Ensemble, annoncé, dans ce document, pour un mois alors que seulement 18 représentations sont prévues. Cela constitue encore une ‚série' exceptionnelle, mais que légitiment des soucis financiers ainsi que, par ailleurs, le désir d'offrir largement au public, pendant qu'il en est encore temps, la possibilité de découvrir ce théâtre dont l'existence semble menacée."

[79] Ibid.: „En conclusion de ce débat, le Commissariat […] s'en remet à M. Julien du soin d'achever la mise au point du programme 1960, en souhaitant toutefois que, dans la mesure du possible, soit réduit le temps d'affichage accordé au Berliner Ensemble (unanimité)."

ten in Frankreich geschickt werde, mithin eine gute Werbemöglichkeit für Institutionen wie das TDN darstelle. Planson bot Lenoir an, Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zu prüfen.[80] Diese sehr offizielle Kontaktaufnahme mutet auf den ersten Blick sonderbar an, gab es doch in den Reihen von Präsidium und Nationalkomitee der EFA nicht wenige Brecht-Anhänger, unter ihnen Pierre Abraham, der erste französische Übersetzer Bertolt Brechts. Tatsächlich hatten sich die Fronten zwischen den verschiedenen Gruppierungen der Anhänger Brechts in Frankreich jedoch nach und nach ausgesprochen verhärtet. Pierre Abraham war, auch auf Wunsch von Helene Weigel, bei Neuübersetzungen verschiedener Brecht-Werke nicht mehr hinzugezogen worden.[81]

In der Aufnahme durch die Presse bestätigten und verstärkten sich die bereits bekannten Tendenzen. Besonders aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang auch die Rezeption der französischen Erstaufführung des „Arturo Ui". Jean-Jacques Gautier, der die Inszenierung des BE in *Le Figaro* als ein „spectacle étonnant" bezeichnete, weigerte sich mit dem Hinweis auf seine fehlenden Deutschkenntnisse erneut, zum Inhalt eines Stückes von Brecht Stellung zu beziehen.[82] Diese Konzentration auf die Inszenierung – die vorgebrachte Entschuldigung wird von Agnes Hüfner zu Recht als diplomatischer Kunstgriff bezeichnet[83] – ermöglichte den meisten Kritikern weiterhin eine Trennung zwischen dem Brecht-Theater als besonderer dramaturgischer Technik und seinem gesellschaftspolitischen Anspruch.

Bei Gabriel Marcel schlug die Begeisterung für die Homogenität der Truppe und die Konsequenz der Inszenierung genau an dem Punkt in politisch motivierte Ablehnung um, wo das Stück selbst in den Vordergrund rückte.[84] Zum ersten Mal interpretierte ein Rezensent die Zustimmung des Publikums als Sympathieerklärung für die DDR. Diese unmittelbar auf die Berlin-Krise Bezug nehmende Kritik entzündete sich an der Nachricht, die *Comédie-Française* beabsichtige, ein

[80] ANF, 55 AJ, 253: Brief von Roland Lenoir vom 12. 12. 1959 an Claude Planson und von Claude Planson vom 30. 12. 1959 an Roland Lenoir: „D'ici un mois, si vous le voulez bien, nous pourrons prendre contact plus étroitement afin d'examiner dans quelle mesure nous pourrions faire participer votre association aux manifestations que nous comptons organiser à l'occasion de la venue du Berliner Ensemble."

[81] Cf. den in der Zeitschrift Les Lettres françaises vom 17. 9. 1960 veröffentlichten Schlagabtausch zwischen Robert Voisin, dem Weigel sämtliche Aufführungsrechte für Frankreich übertragen hatte, und Pierre Abraham; cf. Meyer-Plantureux, Bertolt Brecht et le Berliner Ensemble à Paris, S. 17.

[82] Jean-Jacques Gautier in Le Figaro, zitiert nach „Les ‚Oscars' décernés par la presse au Théâtre des nations 1954–1969", ANF, 55 AJ, 300: „Devant reconnaître mon incapacité à saisir les finesses du langage, je ne puis que rendre compte du spectacle, de la qualité de la mise en scène […]."

[83] Hüfner, Brecht in Frankreich, S. 157; die Situation kann schon deshalb nicht mit der von 1954/55 verglichen werden, weil mittlerweile Übersetzungen fast aller Stücke vorlagen. Der Band mit der Übersetzung von „Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui" war 1959 erschienen.

[84] Gabriel Marcel in Les Nouvelles littéraires vom 23. 6. 1960, S. 10: „Je suis obligé de dire que la qualité des applaudissements, le soir de la générale, m'a paru quelque peu suspecte. On a eu l'impression pénible qu'ils visaient, par-delà l'ouvrage et les excellents interprètes, la République démocratique elle-même, contre l'Allemagne d'Adenauer, et cela, dans la conjoncture internationale présente, me paraît grave."

Stück von Brecht zu inszenieren. Marcel betonte, dass er grundsätzlich nichts gegen das Brecht-Theater im Rahmen eines *Théâtre national populaire* auszusetzen habe, aber im Hause Molières könne man nicht so einfach die „Werte des Westens" verraten.

Während die negative Tendenz dieser Kritik eher eine Ausnahme[85] darstellt, wird der Hinweis auf die Herkunft des Berliner Ensembles kaum noch ausgelassen. Es wurde nun deutlich häufiger mit der DDR in Verbindung gebracht. Dass man selbst in *Le Monde* nicht mehr von einem Ost-Berliner Ensemble, sondern von einer Truppe aus der DDR sprach, dokumentiert einen Wandel in der französischen Wahrnehmung der DDR.[86] Die Verknüpfung von künstlerischem Erfolg und politischer Realität sollte in späteren Jahrzehnten, insbesondere im Rahmen der Anerkennungsbewegung, ihre Wirkung entfalten – eine Verknüpfung, die Maurice Schumann als Außenminister 1971 von der „patrie de Brecht" sprechen ließ.

Der beachtliche Erfolg des Gastspiels, nicht nur bei der Presse, sondern auch bezogen auf den Andrang des Publikums, wurde noch betont durch die Verleihung des *Challenge* des TDN.[87] Das Besondere an der Preisverleihung war, dass der eigentlich als Auszeichnung für die beste Produktion der Saison gedachte Preis dem Berliner Ensemble für die Gesamtheit seiner Vorstellungen – quasi als Anerkennung für seinen prägenden Beitrag zum Theaterfestival – verliehen wurde. Wenn Planson in diesem Zusammenhang an einen Vertreter des ostdeutschen Ministeriums für Kultur schrieb, dass die DDR den Preis zum zweiten Mal erhalte, war dies einerseits Dank für die finanzielle und institutionelle Unterstützung, andererseits aber auch ein Beleg dafür, dass man sich des politischen Interesses, das die DDR mit der finanziellen Unterstützung verband, durchaus bewusst war und es auch bewusst in Anspruch nahm. Seitens des TDN wünschte man sich eine publikumswirksame Zeremonie, bei der Walter Felsenstein den Preis persönlich an Helene Weigel verleihen sollte.[88] Eine Veranstaltung als Symbol für den Beitrag der DDR-Theater zum *Théâtre des nations*, die – hätte sie wie geplant stattgefun-

[85] Hüfner, Brecht in Frankreich, S. 155: „Mit Ausnahme dieser drei Kritiker [Rivarol, Marcel und Maulnier – Ch. W.] sind alle übrigen Rezensenten voll Lob über die Vorstellungen des ‚Arturo Ui', auch oder gerade solche, die erstaunt wären, wollte man mit Marcel ihren Beifall als politisches Votum deuten."

[86] Bertrand Poirot-Delpech in Le Monde, zitiert nach „Les ‚Oscars' décernés par la presse au Théâtre des nations 1954–1969", ANF, 55 AJ, 300: „Enfin, et surtout, la troupe de la République démocratique allemande a l'occasion, avec ce livret particulièrement mouvementé, de démontrer son génie de la mise en scène et du jeu dramatique […]. Un chef-d'œuvre de précision, de mobilité, de dépouillement, vraiment unique au monde. Il a fallu pour en arriver là une conception entièrement neuve de l'art dramatique, de ses techniques, qu'aucun compte rendu ne saurait dispenser les amateurs de théâtre d'aller juger sur pièces, puisque l'occasion leur en est exceptionnellement offerte." Ahnt man, dass es damit bald ein Ende haben könnte?

[87] ANF, 55 AJ, 253: Brief von Claude Planson vom 22. 6. 1960 an Irene Gysi und Telegramm vom 14. 7. 1960: „Pour la seconde année donc, la DDR remportera le Grand Prix du Théâtre des nations. Je pense que vous conviendrez avec moi qu'il s'agit là d'un événement d'une extrême importance et qu'il est nécessaire de lui donner le maximum de retentissement."

[88] Ibid.: Brief von Claude Planson vom 29. 6. 1960 an das MAE, Service des Visa.

den – im Sinne der um internationale Anerkennung nachsuchenden DDR gewesen sein dürfte.

Die ostdeutsche Theaterszene um Brecht und Felsenstein war zu einem festen Bestandteil des *Théâtre des nations* geworden. Es scheint fast, als sei das Festival ohne die Beteiligung ostdeutscher Ensembles nun gar nicht mehr vorstellbar gewesen. Indem sie diesen naheliegenden Gedanken zur Sprache brachte, wandte sich die Leitung der Ost-Berliner Volksbühne im September 1960 an den Direktor des TDN mit der Bitte, gegen die im Kontext der zweiten Berlin-Krise von der NATO getroffenen Regelungen zu intervenieren, die Reisen von DDR-Bürgern in deren Mitgliedsstaaten verhinderten.[89]

Für die folgende Saison war ein Gastspiel des Balletts der Ost-Berliner Staatsoper geplant. Unterbreitet wurde der Vorschlag von der *Société artistique des Champs-Élysées*. Sie hatte ein entsprechendes Gastspiel bereits für das Frühjahr 1960 geplant, das aufgrund der internationalen Situation jedoch nicht stattfinden konnte und von dem man nun hoffte, dass es im Rahmen des *Théâtre des nations* leichter zu realisieren sei.[90] Aber der mit den Gastspielen von 1959 und 1960 erreichte Höhepunkt war gleichzeitig auch das Ende einer intensiven sechsjährigen Zusammenarbeit. Bereits Anfang November 1960, nur wenige Monate nach der Verleihung des *Challenge* an das Berliner Ensemble, informierte Philippe Erlanger (Leiter der AFAA) die Leitung des *Théâtre des nations*, dass an ein ostdeutsches Gastspiel 1961 nicht zu denken sei.[91] Seitens des TDN hoffte man zunächst auf eine baldige Lösung der Visa-Probleme. Noch im Herbst 1960 bereitete man ein vielversprechendes Gastspiel der Staatsoper für die folgende Spielzeit vor.[92] Eine

[89] Ibid.: Brief von der Volksbühne, Wisten, vom 27. 9. 1960 an das TDN, Julien.

[90] AMAE, Service des Échanges artistiques, 573: Handschriftl. Noten vom 6. 2. und 5. 3. 1960 für Philippe Erlanger und Brief von der Société artistique des Champs-Élysées, Robin, vom 6. 2. 1960 an die AFAA; bereits bei einer Reise von Mitgliedern der Staatsoper im Vorfeld des Gastspiels gab es, wie für den Vortrupp des Berliner Ensembles, Probleme mit den Visa: „M. Rouillon m'a dit que la situation était tendue en ce moment en ce qui concerne la DDR (approche de la conférence au sommet, question de Berlin). On ne peut empêcher les gens du Staatsoper de déposer leurs demandes de visas, mais il faut plutôt les décourager. À noter que le Théâtre des nations a engagé le Berliner Ensemble (Berlin-Est) pour un mois. Mais c'est dans le cadre du Théâtre des nations." Einen Monat später erging die Mitteilung an Philippe Erlanger, dass Jean Robin auf sein Vorhaben verzichte.

[91] ANF, 55 AJ, 253: Brief von MAE, DGACT, EA, Erlanger, vom 4. 11. 1960 an das TDN, Julien: „[…] il me paraît actuellement tout à fait inopportun d'accueillir à Paris une troupe en provenance de l'Allemagne de l'Est. Il ne me serait donc pas possible de donner mon accord à un projet de ce genre pour 1961, et les visas ne seraient sans doute pas accordés aux artistes." Diesem Brief ging eine interne Konsultation mit dem Generalsekretär des MAE, die Teilnahme von Kuba, Ägyptens und der DDR beim TDN betreffend, voraus; cf. AMAE, Service des Échanges artistiques, 555: Note vom Leiter der DGACT vom 28. 10. 1960 für Erlanger: „En ce qui concerne la DDR, la réponse est absolument négative: il convient d'écarter toute demande provenant de l'Allemagne de l'Est; d'ailleurs, aucun visa ne pourra être délivré. Je vous serais très obligé de bien vouloir mettre le Théâtre des nations très clairement en garde."

[92] ANF, 55 AJ, 253: Brief der Société artistique des Champs-Élysées, Robin, vom 7. 10. 1960 an das TDN, Planson: „Vous connaissez cette compagnie, je la considère actuellement comme ayant le meilleur corps de ballet européen."

Reise von Claude Planson nach Berlin, der die Darbietungen des Balletts der Staatsoper in Augenschein nehmen wollte, wurde indessen mehrfach verschoben. Als Grund wurde jedoch nicht die internationale Situation beziehungsweise die Haltung des französischen Außenministeriums angegeben, es wurden vielmehr Terminschwierigkeiten vorgeschoben.[93] Auch nach dem Mauerbau bemühte man sich weiterhin um eine Zusammenarbeit mit ostdeutschen Ensembles. So gehörte zu den Vorschlägen für die Saison 1962 die Felsenstein-Inszenierung des „Sommernachtstraums" von Benjamin Britten.[94] Tatsächlich aber fand das nächste Gastspiel eines ostdeutschen Theaters in Frankreich erst 1966 statt. Das ursprünglich für 1961 geplante Gastspiel der Staatsoper konnte sogar erst 1971 realisiert werden.

In seiner Geschichte des Theaterfestivals bemerkte Claude Planson, dass es die beiden deutschen Staaten gewesen seien, die das *Théâtre des nations* am meisten unterstützt hätten.[95] Er betont, dass es nicht allein das politische Interesse gewesen sei, was beide Staaten mit ihrem Engagement verbanden, sondern auch, dass in Deutschland das Theater eine besondere Rolle spiele. Zwar muss man als Motivation für dieses Engagement auch die Konkurrenz im deutsch-deutschen Legitimationswettstreit erwähnen. Auf künstlerischer Ebene hingegen überwog die deutsch-deutsche Zusammenarbeit wie im Falle des Brecht-Jubiläums 1957 und im Rahmen des Internationalen Theaterinstitutes. Der künstlerischen Zusammenarbeit entsprach vermutlich auch eine bis zur zweiten Berlin-Krise anhaltende gesamtdeutsche Perzeption in Frankreich. Das Bild von Brecht und dem Berliner Ensemble sowie von Felsenstein und der Komischen Oper als einer distinkten Kunstszene formierte sich erst relativ spät und in starker Abhängigkeit von der politischen Entwicklung.

Hinsichtlich ihres Bemühens um diplomatische Anerkennung verschaffte ihr finanzielles Engagement der DDR keine Vorteile. Auf längere Sicht können diese Ausgaben jedoch als lohnende Investition in das französische DDR-Bild betrachtet werden: Das Festival nahm im Gegenzug bewusst eine gewisse politische Inanspruchnahme in Kauf.[96]

[93] Ibid.: Briefe von Claude Planson vom 3. 11. und 22. 11. 1960 an Irene Gysi.

[94] Ibid.: Protokoll der Sitzung des TDN-Beirates vom 23. 11. 1961; der Vorschlag ist auf dem archivierten Exemplar jedoch durchgestrichen.

[95] Planson, Il était une fois le Théâtre des nations, S. 26: „À la vérité, le seul pays qui nous apporta une aide sans réticences fut l'Allemagne, qu'il s'agisse de la République fédérale ou de la RDA, la première parce qu'elle y voyait le moyen de hâter la réconciliation franco-allemande, la seconde pour obtenir sa reconnaissance par le gouvernement français, toutes deux surtout parce qu'elles prenaient le théâtre au sérieux."

[96] Ibid., S. 34: „[…] sous la casquette de directeur de la troupe chinoise se dissimulait un vice-ministre de la Culture. Il n'est pas interdit de penser qu'il profita de son séjour à Paris pour nouer des contacts qui, après les délais d'usage, aboutirent au rétablissement de relations diplomatiques normales, la France précédant dans cette voie la plupart des pays occidentaux. Ainsi – et il en fut de même pour la RDA – le Théâtre des nations, parce qu'il se voulait libre de toute subordination à l'égard des organismes officiels, put-il contribuer, de manière non négligeable, au rapprochement des peuples, sans tenir compte de leur régime politique ou de leur appartenance à un bloc."

Das Ergebnis des Jahres 1960 war eine Welle von Inszenierungen, die sich in den folgenden Jahren über ganz Frankreich ausbreitete. Man kann von einer Brecht-Mode oder gar von einer Brecht-Epidemie sprechen.[97] Und selbst wenn diese bis Mitte der 1960er Jahre allmählich wieder abebbte: Brecht und sein Theater waren in der französischen Gesellschaft ein fester Bezugspunkt geworden.[98] Man kann also von einem gelungenen Kulturtransfer sprechen, der in dem relativ kurzen Zeitraum von 1954 bis 1960 realisiert worden war und der in späteren Jahrzehnten zum Fundament französisch-ostdeutscher Kulturbeziehungen werden sollte. Als Beleg dafür, dass dieser Kulturtransfer bereits 1960 abgeschlossen war, lässt sich die Sicht von Bernard Dort auf die beiden 1960 in Frankreich gezeigten Inszenierungen des „Arturo Ui" anführen. Während er die an ein deutsches Publikum gerichtete Inszenierung des Berliner Ensembles kritisierte, lobte er im Fall der Inszenierung durch Jean Vilar im Kontext des Algerienkrieges die Einlösung des von Brecht geforderten Dialogs mit der Gesellschaft.[99] Die Tatsache, dass die Vilar-Inszenierung mehr Beifall erhielt[100], unterstreicht die Annahme, dass Brecht in Frankreich erfolgreich adaptiert worden war.[101]

In den französisch-ostdeutschen Kulturbeziehungen der folgenden Jahrzehnte erwies sich Brecht als ein Leitmotiv, das auf französischer Seite für ein fortwährendes Interesse an Austausch und Kontakten mit der DDR auf kultureller Ebene stand. Die Wahrnehmung der DDR als „Bühnenrepublik"[102] und als die Heimat Brechts zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte des französischen DDR-Bildes. Letzten Endes beeinflusste diese Perzeption selbst die Urteile französischer Politiker wie Maurice Schumann, Jack Lang oder François Mitterrand.[103]

## 2. Die Kulturbeziehungen und das französische Außenministerium

Aufgrund fehlender politischer Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR konnte es bis 1973 offiziell eigentlich keine Kulturbeziehungen geben. Dennoch beschäftigte man sich im französischen Außenministerium bereits in den 1950er

[97] Hüfner, Brecht in Frankreich, S. 195.

[98] Meyer-Plantureux, Bertolt Brecht et le Berliner Ensemble à Paris, S. 23: „Au début des années 60, l'histoire mouvementée de la réception de Brecht en France s'est achevée."

[99] Ibid., S. 21: „Vilar a réussi, en inscrivant très fortement le spectacle dans la France de 1960, à démontrer que l'œuvre de Brecht est universelle."

[100] Hüfner, Brecht in Frankreich, S. 195.

[101] Mortier, Celui qui dit oui, celui qui dit non ou la réception de Brecht en France, S. 306: „La diffusion de l'œuvre et des idées de Brecht a donc été lente dans notre pays et elle s'est faite au prix d'une ‚adaptation' particulièrement visible: inévitable et même souhaitable peut-être dans tous les échanges artistiques, cette ‚adaptation' fut assez spectaculaire pour que des contemporains aient déjà parlé alors d'une ‚digestion', sinon d'une trahison." Den Vorwurf des politischen Verrats am Werk Brechts hatte Abraham Voisin in Les Lettres françaises vom 17. 9. 1960 gemacht.

[102] Cf. Irmer/Schmidt, Die Bühnenrepublik. Theater in der DDR.

[103] Siehe dazu in dieser Arbeit auch das Kapitel zur Reise Mitterrands in die DDR (Zweiter Teil, C., III., 3.).

Jahren mit der Frage, was im Bereich der Kulturbeziehungen mit einem Staat, den man politisch nicht anerkenne, als ein sinnvolles Minimum erachtet werden könne. Gegenüber den sich auf privatgesellschaftlicher Ebene entwickelnden französisch-ostdeutschen Kulturbeziehungen nahm das französische Außenministerium eine beobachtende und kontrollierende Funktion ein. Die hierzu ausgewerteten Archive des Ministeriums bieten somit eine Sicht auf die Kulturbeziehungen im Spiegel der französischen Außenpolitik und insbesondere im Kontext der französisch-westdeutschen Beziehungen.

Für die Zeit bis zur diplomatischen Anerkennung der DDR durch Frankreich besteht der überwiegende Teil der Dokumente, die im Archiv des französischen Außenministeriums zu den französisch-ostdeutschen Kulturbeziehungen aufbewahrt werden, aus Anfragen der *Direction générale des Relations culturelles*[104] an die *Direction des Affaires politiques*[105] und den entsprechenden Antworten. In diesen Dialog zwischen zwei Abteilungen des *Quai d'Orsay* wurden je nach Sachlage auch die französische Botschaft in Bonn und die französische Militärregierung in Berlin einbezogen. Dabei kristallisierte sich im Laufe der 1950er Jahre allmählich eine Linie der französischen Politik heraus, die trotz fehlender politischer Beziehungen eine Entwicklung des Kulturaustausches zwischen Frankreich und der DDR im weitesten Sinne zuließ. Die erste dieser Anfragen betraf die Ankündigung der Gründung einer Gesellschaft für Chemie in der DDR, die im Bulletin der französischen Gesellschaft für Chemie erscheinen sollte. Da Letztere vom französischen Staat subventioniert wurde, hatte man ihr zwar nahegelegt, der Bitte nicht zu entsprechen, ersuchte aber dennoch die politische Abteilung um eine Stellungnahme.[106] Daneben finden sich in den entsprechenden Dossiers Schreiben aus Bonn und Berlin mit Informationen über ostdeutsche Kulturpolitik im Ausland wie auch zur Situation kultureller Institutionen in der DDR, insbesondere dann, wenn diese in Berührung mit französischer Kunst und Kultur kamen. Als Beispiele aus dieser Anfangszeit lassen sich die Teilnahme eines französischen Schriftstellers an einem Kongress des ostdeutschen Kulturbundes oder die Aufführung eines Stückes von Robert Vaillant in Ost-Berlin anführen.[107]

Die erste Anfrage, die es erlaubt, von kulturellen Beziehungen zu sprechen, betraf die achtundsechzig Visa, die 1954 für das Berliner Ensemble beantragt wurden. Hierbei wurde ausdrücklich auf das Einvernehmen zwischen dem Festival

[104] Im Laufe der Jahrzehnte und in Abhängigkeit zu ihren Verantwortlichkeiten wurde aus der Direction générale des Relations culturelles (DGRC), 1952 die Direction des Relations culturelles (DRC), im September 1956 die Direction générale des Affaires culturelles et techniques (DGACT) und im März 1969 die Direction générale des Relations culturelles, scientifiques et techniques (DGRCST), bevor sie 1980 wieder zur DGRC wurde. Im Folgenden werden die genannten Abkürzungen verwendet; zur Entwicklung dieser Abteilung cf. Frank, La machine diplomatique culturelle.

[105] Hierbei handelt es sich um die Direction d'Europe (DEU) im Allgemeinen und die Sous-direction d'Europe centrale (S/DEUC) im Besonderen.

[106] AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne, 758, f. 018: Note der DRC vom 21. 10. 1953 für die DEU; und ibid., f. 020: Note der DEU vom 6. 11. 1953 für die DRC.

[107] Ibid., f. 012: Schreiben der franz. Botschaft vom 13. 1. 1953 an die DEU; sowie ibid., f. 023: Schreiben der franz. Botschaft in Bonn vom 26. 1. 1954 an die DEU.

und der Stadt Paris hingewiesen.[108] Die Visa wurden dementsprechend genehmigt, die französische Botschaft in Bonn nahm jedoch das bevorstehende Gastspiel zum Anlass, um auf die „Gefahr" hinzuweisen, die aufgrund propagandistischer Absichten der DDR von den Tourneen ostdeutscher Ensembles in Westeuropa ausgehe.[109]

## Kontakte zwischen Wissenschaftlern im Fokus des *Quai d'Orsay*

Im Jahr 1954, zumindest soweit aus den französischen Archiven ersichtlich, wurden verstärkt auch wieder Kontakte und Beziehungen auf wissenschaftlicher Ebene geknüpft beziehungsweise aufgefrischt, und zwar in einem Umfang, der das französische Außenministerium zu einer Stellungnahme nötigte.[110] Während man der Teilnahme ostdeutscher Professoren an einem internationalen, in Frankreich stattfindenden Botanikkongress zustimmte, wurde die Reise eines französischen Professors der medizinischen Fakultät in Paris zu einer wissenschaftlichen Veranstaltung nach Ost-Berlin abgelehnt. Begründet wurde die Ablehnung mit dem Fehlen offizieller Beziehungen zu ostdeutschen Behörden, weshalb Kontakte auf das absolute Minimum zu beschränken seien. Dies entsprach der Feststellung einer gegebenen und im Rahmen der Kulturbeziehungen prinzipiell unveränderlichen Situation. Für die Definition einer politischen Linie in der Sache selbst war deshalb eine zweite Begründung von größerer Bedeutung: Man wollte eine propagandistische Inanspruchnahme durch die DDR und vor allem die daraufhin zu erwartende negative Perzeption in Westdeutschland nach Möglichkeit vermeiden.[111] Um diesem Anliegen zu entsprechen, wurden in Auseinandersetzung mit einer weiteren Anfrage alsbald zwei Kriterien für Reisen französischer Wissenschaftler in die DDR festgelegt: erstens die Wissenschaftlichkeit einer Veranstaltung und zweitens die Teilnahme von Wissenschaftlern aus anderen westeuropäischen Ländern, wobei eine britische Beteiligung als ausschlaggebend bewertet wurde.[112] Um die Zustimmung der politischen Abteilung des *Quai d'Orsay* für

[108] Ibid., f. 027: Note der Direction des Affaires administratives et sociales vom 1. 6. 1954 für die S/DEUC.

[109] Ibid., f. 035 ff.: Schreiben der franz. Botschaft, Bonn, vom 15. 6. 1954 an die DEU.

[110] Wissenschaftliche Kontakte hatte es auch in den vorangegangenen Jahren bereits gegeben. So berichtete Jacques Nicolle von einer Reise durch die DDR im November und Dezember 1949, um Vorlesungen an verschiedenen Universitäten zu halten; cf. Nicolle, Premiers contacts avec la jeune République démocratique allemande.

[111] AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne, 758, f. 038: Note der S/DEUC vom 23. 6. 1954 für die DRC; sowie ibid., f. 040 f.: Note der S/DEUC vom 15. 9. 1954 für die DRC: „En effet, la France n'entretient pas de rapports officiels avec les autorités de l'Allemagne de l'Est et s'efforce de limiter au strict minimum ses contacts avec celle-ci. D'autre part, il apparaît que la réunion organisée à Berlin-Est recouvre des buts de propagande et ne présente pas un caractère scientifique bien déterminé. Il serait dangereux, dans ces conditions, vis-à-vis des autorités d'Allemagne occidentale de Berlin-Est, que nous parussions patronner d'une manière quelconque le déplacement à Berlin-Est d'un savant français."

[112] Ibid., f. 046: Note der S/DEUC vom 20. 10. 1954: „À défaut de renseignements précis tant sur les problèmes qui seraient examinés au cours de ce congrès que sur les nationa-

eine französische Beteiligung an einer Veranstaltung in der DDR zu erwirken, wurde künftig auch schon einmal darauf hingewiesen, dass die betroffenen Personen sich einer politischen Inanspruchnahme zu erwehren wüssten.[113]

Neben dem wissenschaftlichen Austausch fanden nun auch erste Treffen zur Kontaktaufnahme zwischen Studenten aus Frankreich und der DDR statt. Als erster nicht staatlicher Akteur organisierte die Kirche für die Weihnachtszeit 1953 und 1954 derartige Zusammenkünfte in der DDR. Um ein französisch-ostdeutsches Studententreffen zu Ostern 1955 auch in Frankreich veranstalten zu können, wandte sich Marc Boegner in seiner Funktion als Präsident der *Fédération protestante de France* an den befreundeten Leiter der Europa-Abteilung des *Quai d'Orsay*, François Seydoux de Clausonne, mit der Bitte, für eine größere Zahl ostdeutscher Studenten ohne Komplikationen Visa zu erteilen. Die von Seydoux gegebene Zustimmung wurde von der politischen Abteilung des *Quai d'Orsay* mit besonderem Nachdruck bestätigt.[114]

Während ein sich unabhängig entwickelnder wissenschaftlicher und kultureller Austausch zu dieser Zeit geduldet wurde, war jegliche sichtbare Einbeziehung staatlicher Stellen tabu. So wurde ein vom ostdeutschen Ministerium für Kultur angeregtes DDR-Gastspiel der staatlich subventionierten *Comédie-Française*, um das eine französische Künstleragentur beim *Quai d'Orsay* nachgesucht hatte, ohne weitere Rücksprache mit anderen Abteilungen direkt von der DRC abgelehnt.[115] Unzählige Versuche seitens der DDR, es dennoch zu realisieren, dokumentieren nicht nur das künstlerische Interesse an einem solchen Gastspiel, sondern auch die strategische Bedeutung, die es für die ostdeutsche Kulturpolitik darstellte.[116] Noch zwanzig Jahre später konnte es die französische Diplomatie als wertvolles Unterpfand in den Verhandlungen um das Kulturabkommen zwischen beiden Staaten nutzen.[117] Während ein Gastspiel des international renommierten Traditionstheaters in der DDR die französische Regierung in den 1950er Jahren gegenüber den Westalliierten in erhebliche Erklärungsnot gebracht hätte, konnte sie es

lités des différents participants, la direction politique estime que la participation française ne serait à recommander que si, d'une part, les buts de cette manifestation étaient exclusivement scientifiques (ce qui est rarement le cas lorsqu'il s'agit de réunions organisées dans des pays communistes), et, d'autre part, une participation importante de savants occidentaux, spécialement britanniques, était d'ores et déjà assurée." Bei dieser Anfrage handelt es sich um einen in Ost-Berlin abgehaltenen internationalen Slawistik-Kongress, der schließlich auch mit französischer Beteiligung (Professor Triomphe aus Strasbourg) stattfand.

113 Ibid., f. 045: Note vom 16. 10. 1954 für Tournelle.

114 Ibid., f. 062 ff: Schreiben der Direction des Affaires sociales et administratives vom 24. 3. 1955 an die S/DEUC; als Anlage wurde das Schreiben von Boegner an Seydoux de Clausonne übermittelt.

115 Ibid., f. 055 und 058: Schreiben der DRC vom 8. 12. 1954 an die franz. Botschaft in Bonn.

116 AMAE, RDA 1956–1960, 14, f. 006: Schreiben von Bernard de Chalvron (als Conseiller politique im GMFB) vom 27. 10. 1956 an das MAE; de Chalvron wies in diesem Zusammenhang auf die Rolle des Institut français in West-Berlin als Anlaufstelle für kulturelle Aktivitäten im Bereich der französisch-ostdeutschen Beziehungen hin.

117 Siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel zum Kulturabkommen (Zweiter Teil, B., II., 3.).

sich leisten, ein DDR-Gastspiel des *Théâtre national populaire* lediglich zur Kenntnis zu nehmen.[118]

Auch der 1957 angeregte Austausch zwischen der Staatsoper aus Ost-Berlin und der *Opéra de Paris* stellte die französische Diplomatie vor ein ähnliches Problem. Da es sich bei der Pariser Oper um eine staatlich subventionierte Kultureinrichtung handelte, wäre ein Gastspiel ohne offizielle Schirmherrschaft der französischen Regierung und damit ohne ein Abkommen zwischen beiden Regierungen nicht möglich gewesen. Der französische Botschafter in Bonn, Maurice Couve de Murville, fügte dieser eigentlich ausreichenden Begründung für eine Ablehnung ergänzend hinzu, dass solche Gastspiele einen nicht geringen Imageschaden in West-Berlin und in der Bundesrepublik verursachen würden. Die Argumentation legt die Schlussfolgerung nahe, dass dieser Austausch vom *Quai d'Orsay* zumindest ernsthaft in Erwägung gezogen wurde.[119]

## Grenzen auswärtiger Sprachpolitik in der DDR

Nur wenige Monate zuvor, im April 1957, war in einem Schreiben des französischen Außenministeriums erstmalig der Terminus „rapports culturels"[120] im Zusammenhang mit Ostdeutschland („Allemagne orientale") verwendet worden.[121] Von der Etablierung kultureller Beziehungen, wie sie mit anderen Staaten bestanden, war man jedoch weit entfernt. Es ging vielmehr um die Frage, in welchem Rahmen eine auswärtige Kulturpolitik Frankreichs in der DDR möglich sei, ohne Reziprozität zulassen zu müssen. In der Antwort auf eine Note des Ministeriums erwog der französische Botschafter in Bonn, Maurice Couve de Murville, Risiken und Möglichkeiten einer solchen „action culturelle". Die ins Auge gefassten Maßnahmen betrafen ausschließlich den universitären Bereich: Erstens wurde die Möglichkeit in Betracht gezogen, Französischlektoren an ostdeutsche Universitäten zu entsenden, jedoch nur, wenn es zur Verbesserung der Stellung des Französischen im ostdeutschen Schul- und Hochschulsystem beitrüge und wenn von ostdeutscher Seite nicht die Entsendung von Deutschlektoren aus der DDR an französische Universitäten gefordert werde.[122] Zweitens wurde es im Zusammenhang mit dem Austausch von Studenten als wünschenswert eingestuft, ostdeut-

[118] Der Leiter des Institut français in West-Berlin konstatierte zufrieden, dass die von ihm besuchte Veranstaltung keinerlei Kritik durch bundesdeutsche Stellen verursachen könne: „[Die Vorstellung – Ch. W.] n'a donné lieu à aucune manifestation pouvant être, à mon sens, défavorablement interprétée par les autorités de la République fédérale." In: AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne, 758, f. 071: Schreiben von Jean Neurohr vom 22. 3. 1955 an M. Spitzmüller (direction générale des Affaires culturelles, Mayence).

[119] AMAE, RDA 1956–1960, 14, f. 018: Telegramm aus Bonn, Couve de Murville, vom 26. 7. 1957.

[120] Anstelle des Terminus „relations" wird der synonyme, aber schwächere Begriff „rapports" verwendet.

[121] Ibid., f. 015 ff.: Schreiben des franz. Botschafters in Bonn vom 17. 4. 1957 an die S/DEUC; leider konnte die Note des Départements vom 29. 3. 1957, auf die sich dieses Schreiben bezieht, nicht ausfindig gemacht werden.

[122] Ibid.: „Il serait vain par la suite d'y affecter des lecteurs si nous n'avions la certitude que leur présence pourrait être utile et contribuer à améliorer la situation du français."

schen Studenten ein Stipendium zu gewähren. Als hinderlich wurden dabei jedoch mit der Bundesrepublik geschlossene Abkommen angesehen, die eine Parität zwischen Frankreich und der Bundesrepublik vorsahen (beide Staaten zahlten in einen gemeinsamen Fond, aus dem nach Auffassung französischer Diplomaten auch die Stipendien für ostdeutsche Studenten zu finanzieren seien). An dieser Argumentation zeigt sich nicht nur ein weiteres Mal, wie besorgt man um die Einschätzung des westdeutschen Partners war, sondern auch, dass hier von der französischen Außenpolitik eine gesamtdeutsche Perspektive beibehalten wurde. Drittens stellte man mit Blick auf die Entsendung französischer Professoren zu Forschungszwecken in die DDR fest, dass der Austausch zwischen Wissenschaftlern auf privater Ebene bereits sehr umfangreich sei. Couve de Murville war mit dieser Maßnahme zwar grundsätzlich einverstanden, sprach sich aber dafür aus, jeden Einzelfall sorgfältig zu prüfen, um zu verhindern, dass der Austausch einigen wenigen vorbehalten bleibe, dass es nicht zu größeren Delegationen komme und vor allem, dass eine französische Beteiligung an Kongressen zu politisch delikaten Themen der Zeitgeschichte oder der Soziologie vermieden werde. Die so definierte Kulturpolitik müsse, so Couve de Murville, direkt und ausnahmslos von Paris aus geführt werden. Die Botschaft in Bonn solle zwar beratend auf Entscheidungen Einfluss nehmen können, aber im Unterschied zu den Handelsbeziehungen nicht als Akteur auftreten. Die derart für den wissenschaftlichen Austausch definierte Einzelfall-Politik sollte ihre Gültigkeit auch während der Amtszeit von Couve de Murville als Außenminister nicht verlieren.

Dass man sich mit diesen Problemen ausführlich auseinandersetzte, hing im Wesentlichen mit einem gesteigerten Interesse für die Verbreitung und Verteidigung der französischen Sprache zusammen. Eine Aufgabe, bei der ideologische Grenzen offensichtlich weniger ins Gewicht fielen. Dieser Entwicklung ging 1956 die Ausweitung der *Direction des Relations culturelles* (kurz DRC) zur *Direction générale des Affaires culturelles et techniques* (kurz DGACT) voraus; die für den Kulturaustausch zuständige Abteilung des französischen Außenministeriums erhielt somit den 1952 verlorenen Status einer *Direction générale* zurück.[123] Im selben Jahr berichteten französische Institutionen in Berlin erstmalig über den Stand des Französisch-Unterrichts in der DDR.[124] In Paris interessierte man sich jedoch nicht allein für die Verbreitung der französischen Sprache in der DDR, sondern vielmehr für die Situation im Ostblock insgesamt. 1957 schlug Roger Seydoux, neu ernannter Leiter der DGACT, ein der veränderten Situation in den Ost-West-Beziehungen Rechnung tragendes Expansionsprogramm vor, mit dem Ziel, die Position der französischen Kultur und Sprache jenseits des Eisernen Vorhangs zu stärken.[125]

[123] Cf. Baillou (Hrsg.), Les Affaires étrangères et le corps diplomatique, S. 947.

[124] AMAE, RDA 1956–1960, 14, f. 003: Schreiben des GMFB, de Chalvron, vom 2. 5. 1956 an das MAE; sowie MAE, Bonn, Service culturel, 80: Schreiben des Direktors des Institut français de Berlin, Neurohr, vom 26. 11. 1957 an die franz. Botschaft in Bonn, Service culturel.

[125] Cf. Frank, La machine diplomatique culturelle, S. 331 f.

## Das Jubiläum der Humboldt-Universität zu Berlin und seine Folgen

Das Beispiel von drei Jubiläen ostdeutscher Universitäten, zu denen auch französische Wissenschaftler eingeladen waren, bietet exemplarisch Einblick in die Umsetzung der von Couve de Murville angemahnten Einzelfall-Politik. In kurzer Folge feierten zwischen 1958 und 1960 die Universitäten von Jena und Leipzig sowie die Humboldt-Universität zu Berlin runde Jubiläen. Relativ klar war die Situation in den beiden ersten Fällen. Die vom Auswärtigen Amt in Bonn anlässlich des 400-jährigen Jubiläums der Universität Jena erstellten Richtlinien, die die Teilnahme westdeutscher Professoren nur als Privatpersonen und nicht als Vertreter ihrer jeweiligen Universitäten vorsahen, entsprachen den Vorstellungen des französischen Außenministeriums und wurden dementsprechend übernommen.[126]

Weitaus problematischer war die Teilnahme französischer Wissenschaftler – selbst als Privatpersonen – an der Festveranstaltung der Humboldt-Universität zu Berlin anlässlich ihres 150-jährigen Bestehens. Bernard de Chalvron übermittelte dem Ministerium in Paris dazu eine Note des Leiters des Berliner *Institut français*, Maurice Besset, der diese Veranstaltung mit den Feierlichkeiten im vorangegangenen Jahr in Leipzig verglich: Er argumentierte, dass die Distanz zum Eisernen Vorhang in Berlin ungleich geringer sei, Leipzig im Gegensatz zu Berlin kein politisches Problem darstelle und 550 Jahre im Vergleich zu lediglich 150 Jahren ungleich mehr Tradition bedeuten. Außerdem versäumte Besset nicht, auf den antinapoleonischen Kontext der Berliner Universitätsgründung hinzuweisen.[127] Hauptargument, diese Veranstaltung zu boykottieren, war jedoch der internationale Kontext und die sich verschärfende Berlin-Krise. Das Risiko, dass die Beteiligung von anerkannten wissenschaftlichen Persönlichkeiten aus Westeuropa – ob als Privatpersonen oder als Vertreter ihrer Universitäten – an einer solchen Zeremonie von deutscher Seite als eine Form der Anerkennung der DDR interpretiert werden könnte, wurde als zu hoch eingeschätzt. Auch vermutete man, dass die Bereitschaft zur Teilnahme an einer Festveranstaltung der Humboldt-Universität besonders hoch sein würde. Schließlich war das Ansehen, das diese Universität bei internationalen Wissenschaftlern und nicht zuletzt in Frankreich genoss, ungebrochen. Gleichzeitig sprach sich Besset dennoch für die unbedingte Aufrechterhaltung von Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR im wissenschaftli-

[126] AMAE, RDA 1956–1960, 14, f. 027 f.: Schreiben der franz. Botschaft, Couve de Murville, vom 4. 3. 1957 an die DEU.

[127] Ibid., f. 103 f.: Undatierte Note des Leiters des Institut français in Berlin, Besset (wurde von de Chalvron am 26. 7. 1960 an das MAE übermittelt): „[…] en insistant tout particulièrement sur le fait que, d'une part, il est en tout état de cause moins opportun d'associer les universités françaises au centcinquantenaire d'une université fondée dans le cadre de la réaction antinapoléonienne, qu'il ne pouvait l'être l'an dernier lorsqu'il s'agissait de fêter le 500e [sic] anniversaire d'une des universités d'Europe les plus riches de tradition, et que, d'autre part il n'y a pas de commune mesure entre des cérémonies se déroulant à bonne distance du rideau de fer, dans une ville qui ne pose aucun problème politique particulier, et une manifestation voyante qui, à 250 m de la porte de Brandebourg ne peut pas ne pas prendre, dans le contexte actuel, la tournure d'une protestation contre le statut de Berlin-Ouest."

chen Bereich aus.[128] De Chalvron kommentierte zustimmend die von Besset angemahnte Unterscheidung zwischen Veranstaltungen wissenschaftlichen Charakters, die einen fruchtbaren Austausch versprechen, und Veranstaltungen rein politischen Charakters, wobei er die wissenschaftlichen Kontakte ebenfalls als absolut notwendig erachtete.[129] In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass Besset offen die Freie Universität im Westteil der Stadt kritisierte, die beabsichtigte, die sogenannten „pélérins de la Humboldt" künftig nicht mehr einzuladen – eine Übertragung der Hallstein-Doktrin auf den Bereich der kulturellen Beziehungen erschien aus französischer Perspektive offenbar nicht nachvollziehbar.[130]

Auf Empfehlung des französischen Außenministeriums verweigerte das Bildungsministerium den eingeladenen und interessierten französischen Wissenschaftlern die benötigten Abwesenheitsgenehmigungen („autorisations d'absence"). Zwar nahmen dennoch einige Professoren teil, die überwiegende Mehrheit blieb den Feierlichkeiten jedoch fern. Auf einer Pressekonferenz in Ost-Berlin wurden Briefe französischer Professoren in Kopie verteilt, die auf Druck des Ministeriums ihre Teilnahme abgesagt hatten. Die vom französischen Geheimdienst eingesammelten Exemplare wurden an den *Quai d'Orsay* weitergeleitet: Während der Rektor der Pariser Universität lediglich unvorhersehbare Schwierigkeiten als Grund benannte, gaben andere Universitäten die Ablehnung des Ministeriums als Grund an.[131] Der Chemieprofessor Louis Genevois bezeichnete sich gar als „Opfer höherer Gewalt".[132]

Durch die Intervention der französischen Außenpolitik in dieser Angelegenheit wurde die Problematik der Kulturbeziehungen mit der DDR erstmalig für einen größeren Kreis sichtbar und als Problem erfasst. Es ist nicht auszuschließen, dass dieses als Einschnitt in die wissenschaftliche Freiheit empfundene Verbot für zahlreiche Wissenschaftler ausschlaggebend war, sich in den EFA zu engagieren. Immerhin war das universitäre Milieu im Nationalkomitee der Gesellschaft Anfang der 1960er Jahre am stärksten vertreten.

Aufgrund des Engagements der EFA fand die Angelegenheit ihren Weg auch in die französische Presse. In der Zeitschrift *Combat* widmete sich ihr Präsident Henri Laugier dem Thema unter dem Titel „Politique d'absence en matière culturelle", die er mit einer „Politik der Größe Frankreichs" als unvereinbar bezeichne-

[128] Ibid.: „L'utilité de contacts scientifiques avec les chercheurs de tous les pays n'est pas non plus contestable, et, en ce qui concerne la DDR, l'importance de nombreux instituts et centres de documentation qui y ont leur siège ainsi que la valeur de certains savants qui y résident font particulièrement souhaiter que les contacts soient maintenus entre nos chercheurs et ceux de ce pays."

[129] AMAE, RDA 1956–1960, 14, f. 101 f.: Schreiben des GMFB, de Chalvron, vom 26. 7. 1960 an das MAE.

[130] Ibid., f. 103 ff.

[131] Ibid., f. 152: Schreiben von Jean Sarrailh, Rektor der Sorbonne, vom 23. 9. 1960 an den Rektor der Humboldt-Universität, Kurt Schröder; sowie ibid., f. 153: Schreiben von Ernst Kahane, Professor an der Universität Montpellier, vom 7. 9. 1960 an den Rektor der Humboldt-Universität, Kurt Schröder.

[132] Ibid., f. 154: Schreiben von Louis Genevois, Professor an der Universität Bordeaux, vom 15. 9. 1960 an die Humboldt-Universität: „Je vous prie de m'excuser d'être victime, comme mes collègues, d'un cas de force majeure."

te.[133] Er sei wie die Mehrheit seiner Kollegen von dieser Entscheidung entsetzt gewesen. Mehr noch als die Sache selbst regte die Rücksichtnahme auf die Politik der Bonner Regierung zur Kritik an, zumal nach der Festveranstaltung bekannt wurde, dass westdeutsche Professoren als Privatpersonen daran teilgenommen hatten. Laugier sprach sich dafür aus, gerade in politisch schwierigen Situationen die Rolle von Intellektuellen und Wissenschaftlern zu stärken, damit diese in der Lage seien, gegen alle Widrigkeiten Kontakte aufrechtzuerhalten.[134] Ebenfalls sehr öffentlichkeitswirksam war die von Jean Boulier, Professor an der katholischen Fakultät in Paris und Aktivist der kommunistischen Friedensbewegung, veröffentlichte Resolution gegen die Bedrohung der akademischen Freiheit durch westliche Regierungen.

Auch die DGACT konstatierte die Erregung in wissenschaftlichen Kreisen, die sich nur deshalb nicht ignorieren ließ, weil es sich um eine nicht von allen NATO-Bündnispartnern geteilte Entscheidung handelte. Die DGACT nahm ein Schreiben des stellvertretenden Direktors des *Musée de l'Homme*, Henri Lehmann, zum Anlass, um die politische Abteilung auf die Schwierigkeiten bei der Rechtfertigung der französischen Haltung hinzuweisen.[135] Lehmann war eine Teilnahme auch als Privatperson mehrfach untersagt worden, was er sehr bedauerte, weil ihm dadurch im Unterschied zu seinen westdeutschen Kollegen die Gelegenheit zu wichtigen Fachdiskussionen entgangen sei.[136] Ohne auf die Kritik der DGACT einzugehen, machte die politische Abteilung deutlich, dass die französische Haltung als eine Antwort auf die Haltung der DDR zu verstehen sei und dass man keinen Grund sehe, Zeremonien dieses Staates zu schmücken, solange er französische Interessen in Berlin missachte.[137] Die in diesem Zusammenhang mit Nachforschun-

[133] Laugier, Politique d'absence en matière culturelle: „Je déclare que l'absence de la France à ces manifestations réalise une propagande active directe contre les objectifs culturels – et politiques, puisque politique il y a – de notre pays dans le monde; en un mot, contre cette ‚grandeur française', si variées que soient les formes sous lesquelles les Français se la représentent." Zunächst erschienen in Combat, nachgedruckt in Rencontres, März 1961.

[134] Kritik wurde auch von der Tribüne der Nationalversammlung aus geübt.

[135] AMAE, RDA 1956–1960, 14, f. 160: Note der DGACT, Fines, vom 29. 11. 1960 für die DEU: „Comme le sait la direction politique, les refus d'autorisation d'absence opposés par le ministère de l'Éducation nationale ont suscité une certaine émotion dans les milieux universitaires. Si la politique adoptée par le gouvernement français à l'égard des missions à destination de l'Allemagne orientale est une politique commune aux alliés occidentaux, les protestations des universitaires en cette matière peuvent paraître irrecevables. En revanche, si, comme l'affirme M. Lehmann, des savants d'Allemagne fédérale participent à des manifestations auxquelles les savants français ne sont pas autorisés à se rendre, il est plus délicat pour la direction générale des Affaires culturelles et techniques de justifier la position du département."

[136] Ibid., f. 161 f.: Schreiben von Henri Lehmann, stellv. Leiter des Musée de l'Homme, vom 15. 11. 1960 an das MAE: „Je ne puis dissimuler que j'ai envoyé ces excuses avec une grande gêne, sentant qu'elles ne servaient guère le prestige de notre pays."

[137] Ibid., f. 160: Note der DGACT, Fines, vom 29. 11. 1960 für die DEU; nicht identifizierbare handschriftl. Anmerkung als Antwort an die DGACT: „M. de Leusse, répondre que notre attitude est fonction de celle de ces MM. à notre égard, qu'à Berlin ils s'en prennent à nos intérêts, et donc que nous ne voyons pas utilité à orner leurs cérémonies. Quant aux Allemands de l'Ouest, ils y ont été sans doute à titre individuel."

gen beauftragte Botschaft in Bonn stellte fest, dass die bundesrepublikanischen Behörden der von den Alliierten geforderten Politik selbst nicht entsprochen hatten.[138] Dies führte jedoch nicht zu einer Veränderung der französischen Position. Während in den folgenden Monaten Einladungen einzelner ostdeutscher Naturwissenschaftler stattgegeben wurde, lehnte man die Beteiligung der Universität Paris an einem Zola-Kolloquium in Ost-Berlin ab.[139]

### „La guerre des drapeaux" und die Kontakte auf sportlicher Ebene

Die Einführung von eigenem Staatswappen und Staatsflagge in der DDR sowie die Verschlechterung der deutsch-deutschen Beziehungen führte Ende 1959 auch dazu, dass sich das französische Außenministerium ausführlich mit der „guerre des drapeaux"[140] beschäftigen musste. Das Problem der Verwendung der DDR-Fahne stellte sich zunächst vor allem bei Sportveranstaltungen. Auf westdeutscher Seite war man besorgt, wie Frankreich mit diesem Problem umgehen werde, und scheute nicht davor zurück, die westdeutsche Haltung gegenüber der algerischen FLN unmittelbar mit der französischen Haltung gegenüber der DDR in ein Verhältnis zu setzen.[141] Anfang November 1959 wurde die Vergabe der Visa für eine Reise von ostdeutschen Sportlern nach Frankreich erstmalig an die Bedingung geknüpft, während des Aufenthaltes nicht die DDR-Fahne zu zeigen.[142] Da während der von einem CGT-nahen Sportverband durchgeführten Handballspiele die neue Fahne dennoch gehisst wurde, wurde umgehend eine stärkere Kontrolle der von ostdeutschen Sportlern gestellten Visa-Anträge eingeführt.

Maurice Herzog, Hoher Kommissar für Jugend und Sport, wies wenig später in zwei Rundschreiben an die Sportverbände und die Präfekten darauf hin, dass der Sport von der französischen Regierung im Allgemeinen zwar über politische Interessen gestellt werde, dass aber gerade deshalb auch keine Sportveranstaltung zu politischen Zwecken missbraucht werden dürfe. Dies beinhaltete ein striktes Verbot für das Hissen der Landesflaggen der DDR, Nordkoreas und Chinas bei Wettkämpfen. Außerdem dürfe bei einer solchen Gelegenheit keine Nationalhymne gespielt werden, auch nicht die französische. Bei Einhaltung dieser Bedingungen sollten Sportveranstaltungen mit ostdeutscher Beteiligung auch künftig möglich sein. Mit einer Ausnahme: Für Mannschaften auf Einladung der kommunistisch

[138] AMAE, RDA 1961–1970, 72: Schreiben der franz. Botschaft in Bonn, Seydoux, vom 11. 11. 961 an die S/DEUC: „Les autorités fédérales sont ainsi en retrait sur la position du ministère français de l'Éducation nationale."

[139] Ibid.: Schreiben der DGACT vom 18. 4., 3. 6. und 30. 6. 1961 an die DEU.

[140] Der Begriff wurde verwendet in einem Schreiben der Botschaft in Bonn, Leduc, vom 13. 1. 1960 an die DEU; AMAE, RDA, 1956–1970, 14, f. 082.

[141] AMAE, RDA 1956–1960, 33, f. 051 f.: Undatierte Note der DEU; entstanden ist die Note zwischen dem 1. 10. und dem 17. 10. 1959, da sie sich auf ein Volleyball-Spiel zwischen einer französischen und einer ostdeutschen Mannschaft am 17. 10. 1959 bezieht; zur Haltung der Bundesrepublik gegenüber der FLN, cf. Cahn/Müller, La République fédérale d'Allemagne et la guerre d'Algérie, S. 227–281; Taubert, La guerre d'Algérie et la République démocratique allemande.

[142] AMAE, RDA 1956–1960, 14, f. 051: Telegramm aus Bonn, Seydoux, vom 6. 11. 1959.

geprägten *Fédération sportive et gymnique du travail* sollten keine Visa ausgestellt werden. Den Präfekten wurde außerdem nahegelegt, Zeichen einer offiziellen Billigung entsprechender Veranstaltungen zu vermeiden.[143]

Wenige Zeit später stellte sich das Problem der DDR-Fahne bei einem internationalen Gesangswettbewerb in Nancy erneut, woraufhin die französische Botschaft in Bonn zu einer Übertragung der für Sportveranstaltungen getroffenen Vorsichtsmaßnahmen aufforderte.[144] Im Zusammenhang mit der Verwendung des DDR-Emblems bei Sportveranstaltungen wird wie bereits bei den Feierlichkeiten der Humboldt-Universität zeigt sich, dass Frankreich bei der Umsetzung seiner Politik gegenüber der DDR bereit war, aufgrund französischer Interessen mit großer Konsequenz vorzugehen. Die vom französischen Vertreter bei einem Treffen des *Groupe de Bonn* geübte Kritik an der Duldung ostdeutscher Sportler, die auf ihren Trikots das DDR-Emblem bei einer Sportveranstaltung in West-Berlin zur Schau gestellt hatten, verdeutlicht zudem, dass die französische Politik in den Kultur- und Sportbeziehungen mit der DDR nicht einem vorauseilenden Gehorsam gegenüber dem westdeutschen Bündnis- und Handelspartner entsprang. Vielmehr ist diese Haltung im Kontext der für die französische Politik vitalen Berlin-Frage zu interpretieren, quasi als Antwort auf die Berlin-Politik der DDR-Führung.[145] Die westdeutsche Haltung in dieser Frage wurde in den kommenden Monaten sehr genau und kritisch beobachtet. Die Entscheidung des ostdeutschen Sportverbandes, dass Sportler aus der DDR künftig nicht mehr verpflichtet seien, bei Veranstaltungen im Ausland das DDR-Emblem zu tragen, bezeichnete François Seydoux als eine Entwaffnung der Bonner Regierung und fragte sich, wie man unter solchen Umständen von den anderen NATO-Staaten eine Politik einfordern könne, die die Bundesrepublik selbst nicht durchzusetzen vermochte, da ihr nunmehr eine Handhabe fehle, um die Beteiligung von ostdeutschen Sportlern zu verhindern.[146]

Nachdem die DDR die Bedingungen für die Einreise Westdeutscher nach Ost-Berlin am 9. September 1960 verschärft hatte, wurden seit dem 10. September (auf der Grundlage eines NATO-Beschlusses vom 8. September) so gut wie keine TTD mehr für ostdeutsche Sportler, Künstler oder Wissenschaftler ausgestellt.[147] Damit wurden die kulturellen Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR faktisch unterbrochen, zumindest aber erheblich erschwert.

[143] Ibid., f. 075ff.: Rundschreiben des Haut-Commissaire à la Jeunesse et aux Sports, Herzog, vom 1. 12. 1959 an die Präsidenten der Sportverbände und die Präfekten als Anlage zu einem Schreiben des Haut-Commissaire à la Jeunesse et aux Sports, Herzog, vom 1. 12. 1959 an das MAE, S/DEUC; handschriftl. Anmerkung: „T.B., J[ürgensen]".

[144] Ibid., f. 087: Telegramm aus Bonn, Seydoux vom 19. 2. 1960.

[145] Ibid., f. 111ff.: Schreiben der franz. Botschaft in Bonn, Leduc, vom 9. 8. 1960 an das MAE, DEU; eine handschriftliche Anmerkung zeugt jedoch von unterschiedlichen Ansichten in Bonn und Paris: „l'ambassade a fait trop de zèle, il me semble …?"

[146] Ibid., f. 155: Telegramm aus Bonn, Seydoux, vom 18. 11. 1960.

[147] Ibid., f. 143: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 25. 10. 1960.

## Die Entstehung inoffizieller Städtepartnerschaften

Noch vor dem Mauerbau erwuchs dem *Quai d'Orsay* ein weiteres Problem im Zusammenhang mit den unerwünschten französisch-ostdeutschen Beziehungen: Städtepartnerschaften. Zwar entstanden diese im Kontext von Beziehungen auf lokalpolitischer Ebene. Da sie in den folgenden Jahrzehnten jedoch vor allem im Bereich der kulturellen Beziehungen ihre Wirkung entfalten sollten, verdient der Umgang des Ministeriums mit dem Problem der Städtepartnerschaften in diesem Kontext besondere Beachtung.

Im Oktober 1959 konstatierte man erstmalig die Entstehung französisch-ostdeutscher Beziehungen auf lokaler Ebene, nachdem das Neue Deutschland über eine Reise von zweiundzwanzig französischen Lokalpolitikern in die DDR zur Vorbereitung von Städtepartnerschaften berichtet hatte. Die Mehrheit der hier geplanten Partnerschaften überrascht aufgrund der kommunistischen Ausrichtung der beteiligten französischen Kommunen nicht. De Chalvron urteilte, dass man lediglich die Partnerschaft zwischen Rostock und dem von einem sozialistischen Bürgermeister regierten Dunkerque verhindern könne; eine Partnerschaft mit der Stadt, die über den einzigen internationalen Hafen der DDR verfüge, habe zudem eine eminent politische Bedeutung.[148] Um ein Zustandekommen der geplanten Städtepartnerschaften 20e arrondissement de Paris/Berlin-Lichtenberg, Argenteuil/Dessau, Montreuil/Cottbus, Saint-Denis/Gera, Vierzon/Bitterfeld und Dunkerque/Rostock zu unterbinden, bat der *Quai d'Orsay* das Innenministerium, seinen Einfluss zu nutzen und die betroffenen Stadträte auf die Nachteile dieser Initiative hinzuweisen.[149] Das Außenministerium selbst machte außerdem umgehend von der Möglichkeit Gebrauch, die notwendigen Visa für ostdeutsche Lokalpolitiker zu verweigern, die beabsichtigten, im Rahmen von Städtepartnerschaften nach Frankreich zu reisen.[150] Die Verweigerung von Visa und TTD blieb auch in den folgenden Jahren das wirksamste Mittel der Einflussnahme auf die Entstehung französisch-ostdeutscher Beziehungen auf lokaler Ebene. Es war praktisch der einzige Weg, um die Entstehung echter Städtepart-

148 AMAE, RDA 1956–1960, 33, f. 054f.: Schreiben des GMBF, de Chalvron, vom 14. 10. 1959 an das MAE; bemerkenswert ist in diesem Schreiben nicht zuletzt die Betreffzeile („relations franco-(est)-allemandes à l'échelon municipal"), mit der das Bestehen ostdeutsch-französischer Beziehungen indirekt bestätigt wird.

149 Ibid., f. 150f.: Schreiben des MAE, S/DEUC, de Beaumarchais, vom 3. 11. 1959 an das MinInt, Kabinett, de Gerbault: „Ces manifestations, en dépit de leur caractère local, visent en fait à alimenter une campagne contre la position diplomatique de la France sur un point essentiel." Nach Auskunft des Präfekten war die Partnerschaft Rostock/Dunkerque nicht geplant, sondern lediglich von einem kommunistischen Lokalpolitiker in der letzten Sitzung des Stadtrates vorgeschlagen worden, cf. ibid., f. 155: Schreiben des MinInt, Bureau des élections et des Assemblées locales vom 9. 3. 1960 an das MAE, S/DEUC; aktuell besteht eine Städtepartnerschaft zwischen Rostock und Dunkerque.

150 Ibid., f. 148ff.: Schreiben des MinInt, Commission des Échanges internationaux dans le domaine culturel vom 19. 11. 1959 an das MAE, DEU; die erste derartige Anfrage erfolgte noch im November 1959 und betaf die Einladung von Lokalpolitikern aus Cottbus nach Montreuil durch Georges Marrane, Senator und Präsident der Association nationale des élus communistes et républicains; handschriftl. Anmerkung „refuser".

nerschaften zu verhindern.[151] Bemerkenswert ist, dass das Außenministerium in der Begründung seiner Position gegenüber dem Innenministerium nicht nur auf die grundsätzliche Haltung gegenüber Beziehungen mit der DDR, sondern zusätzlich auf die aktuelle Entwicklung verwies.[152] Auch in den folgenden Monaten wurde die Ablehnung aller neuen Projekte trotz eindeutig definierter Grundhaltung innerhalb des Ministeriums ausführlich erörtert.

War der Bürgermeister einer französischen Stadt für eine solche Partnerschaft nicht zu gewinnen, wurde nicht selten, wie auch im Fall von Mulhouse/Karl-Marx-Stadt, mit dem Lokalkomitee der EFA ein sogenanntes Freundschaftsabkommen („accord d'amitié" oder „pacte d'amitié") geschlossen.[153] Im Fall Mulhouse wurde ein solches Abkommen durch einen Lehrer initiiert, der den Behörden als aktives Mitglied des PCF und der Gesellschaft *France-URSS* bekannt war. Die zu dieser Zeit bereits existierenden Strukturen der EFA wurden vom *Quai d'Orsay* hingegen noch nicht wahrgenommen.[154]

Bis zum 13. August 1961 kamen insgesamt sechzehn mehr oder weniger offizielle Städtepartnerschaften zustande.[155] Damit entstanden lokale Zentren des französischen Interesses für die DDR, die im folgenden Jahrzehnt durch die Organisation von Ausstellungen über die DDR und die Organisation von Reisen in die DDR ein kontinuierlich wachsendes Interesse für den zweiten deutschen Staat erzeugten, auch jenseits des Kreises der EFA-Sympathisanten.

## 3. Die *Échanges franco-allemands* – Grundlinien des kulturellen Austausches

Die *Échanges franco-allemands* wurden 1958 unter anderem mit der Absicht gegründet, die kulturellen Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR zu befördern. Zu ihren prominentesten Mitgliedern gehörten Künstler, Schriftsteller

[151] Ibid., f. 187: Schreiben des MAE, S/DEUC vom 9. 8. 1960 an das GMFB: „Le refus de titres de transport ou de visas est le seul moyen dont nous disposions pour faire obstacle aux jumelages entre des villes françaises et des villes de la ‚DDR', ces jumelages n'étant soumis, en France, à aucune autorisation administrative."

[152] Ibid., f. 156: Schreiben des MAE, S/DEUC, Leussé, vom 15. 3. 1960 an das MinInt.

[153] Ibid., f. 171: Telegramm vom 6. 7. 1960 aus Berlin, de Chalvron; Émile Müller, der Bürgermeister von Mulhouse, hatte das Angebot von Karl-Marx-Stadt mit dem Verweis auf das Fehlen diplomatischer Beziehungen abgelehnt, gleichzeitig jedoch darauf hingewiesen, dass er eine solche Partnerschaft unter andern Umständen als wünschenswert ansähe, cf. ibid., f. 180: Brief von Émile Müller, Mulhouse, vom 20. 5. 1960 an den Oberbürgermeister von Karl-Marx-Stadt: „Pour terminer, je voudrais exprimer mon espoir de voir se réaliser un jour avec votre ville cette entente harmonieuse à laquelle je reste pour ma part très sensible."

[154] Ibid., f. 188: Bericht des Präfekten des Départements Haut-Rhin an das MinInt, von diesem am 18. 8. 1960 an das MAE weitergeleitet.

[155] Ibid., f. 146 f.: Relevé des jumelages existants entre des villes françaises et des villes d'Allemagne de l'Est à compter de mars 1959; diese Statistik erfasst 15 Städtepartnerschaften, hinzu kommt die Partnerschaft zwischen dem 20. Arrondissement in Paris und dem Ost-Berliner Bezirk Lichtenberg, siehe dazu die Liste der zwischen 1959 und 1964 entstandenen Städtepartnerschaften im Anhang (CD-ROM).

und Wissenschaftler. Nicht wenige unter ihnen hatten aufgrund ihrer Arbeit einen direkten oder indirekten Bezug zu Brecht. Gründungspräsident der EFA war Albert Châtelet, emeritierter Professor für Mathematik und seinerzeit Dekan der naturwissenschaftlichen Fakultät an der *Sorbonne*. Sein Name tauchte indes bereits zwei Jahre zuvor im Zusammenhang mit der Schaffung eines binationalen Komitees für die Entwicklung kultureller Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR sowie der Einrichtung eines französischen Kulturzentrums in Ost-Berlin auf. Nachdem mit den Gastspielen des Berliner Ensembles in Paris der Grundstein der – wenngleich inoffiziellen – französisch-ostdeutschen Kulturbeziehungen gelegt worden war und das französische Außenministerium den Rahmen definiert hatte, in dem diese Beziehungen möglich waren, erschien das Projekt eines gemischten französisch-ostdeutschen Komitees in gewisser Hinsicht als logische Konsequenz der vorangegangenen Entwicklung. Tatsächlich fehlte jedoch insbesondere auf französischer Seite ein zentraler Ansprechpartner.[156]

Auf Anfrage der ostdeutschen Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland hatte der französische Physiker Jacques Nicolle[157] schon seit Beginn des Jahres 1956 versucht, Kollegen von einem Treffen mit ostdeutschen Persönlichkeiten in Berlin zu überzeugen, um gemeinsam über ein solches Komitee zu verhandeln. Auf Betreiben von Gustave Monod wurde Nicolle von Albert Châtelet zu den im September 1956 in Ost-Berlin stattfindenden Verhandlungen begleitet.[158] Monod war quasi Amtsnachfolger von Châtelet als Leiter einer Abteilung im französischen Bildungsministerium, der Châtelet zwischen 1937 und 1940 vorgestanden hatte. Zwar hatte vor allem die DDR ein Interesse an diesen Gesprächen, die französischen Verhandlungspartner reisten jedoch mit ganz eigenen Vorstellungen bezüglich des zu organisierenden Kulturaustausches an.[159] Zu ihrer

[156] In einzelnen Fällen übernahm das Théâtre des nations diese Funktion, cf. ANF, 55 AJ, 253.

[157] Nicolle hatte zu diesem Zeitpunkt bereits mehrere Reisen in die DDR absolviert. Bei einer Reise im September 1953 auf Einladung der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft hatte Nicolle mit dem ostdeutschen Verlag der Nation vereinbart, ein Buch über die deutsch-französischen Beziehungen zu schreiben; cf. AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne de l'Est, 685, f. 126 f.: Schreiben des Hohen Kommissars der französischen Republik in Deutschland vom 17. 10. 1953; cf. dazu auch Nicolle, La République démocratique allemande, par un témoin.

[158] Gustave Monod, Directeur de l'enseignement du second degré, von Januar 1945 bis September 1949, ist der Hauptakteur bei der Schaffung der Classes nouvelles nach 1944. Monod entstammte einer Hugenottenfamilie und gehörte dem protestantischen Bürgertum an. Er gründete in den 1920er Jahren in Marseille eine pazifistische Organisation: Le Groupement universitaire pour la Société des nations. Im Laufe seiner Karriere zeigte er immer wieder großes Interesse an der Erneuerung des Schulsystems. Mit P. Langevin nahm er an der Schaffung der Éclaireurs de France teil. Nicolle hatte seinerseits in Berlin u. a. Vorträge über Langevin als „Physiker und Patriot" gehalten.

[159] AMAE, RDA 1956–1960, 14, f. 006 ff.: Schreiben des GMFB, de Chalvron, vom 27. 10. 1956 an das MAE; in der ostdeutschen Presse wurden mehrfach die Ideen Victor Klemperers in dieser Angelegenheit zitiert, die den französischen Vorstellungen vermutlich eher entsprachen. Aus den Tagebüchern Klemperers lässt sich ein direkter Kontakt mit Nicolle oder den anderen an dieser Delegation beteiligten Franzosen aber weder während seines Frankreichaufenthaltes 1956 noch in Berlin rekonstruieren, cf. Klemperer, So sitze ich denn zwischen allen Stühlen.

Überraschung ging es der ostdeutschen Seite indes ausschließlich um die Schaffung einer *Maison de France* in Ost-Berlin. Der von französischer Seite gewünschte Austausch kam dabei offensichtlich zu kurz. Bernard de Chalvron, der dem Ministerium in Paris sehr ausführlich Bericht erstattete, bescheinigte dem Unternehmen geringe Erfolgsaussichten.[160] Die divergierenden Interessen französischer und ostdeutscher Gesprächspartner – hier standen Privatpersonen den Vertretern eines Staates gegenüber – dürften einer der Gründe für das Scheitern dieser ersten Initiative eines koordinierten französisch-ostdeutschen Kulturaustausches gewesen sein. Immerhin verursachte die Angelegenheit einigen Lärm. Nicht nur *Le Monde*[161], auch das *Foreign Office*[162] befürchtete Schwierigkeiten für die französische Diplomatie.

Mit Ausnahme des ersten EFA-Präsidenten, Albert Châtelet, lässt sich kein direkter Zusammenhang zwischen diesen nicht verwirklichten Projekten aus dem Jahr 1956 und der Gründung der EFA zwei Jahre später nachweisen. Die Gründung der Gesellschaft 1958 entsprach vor allem dem französischen Interesse an einem Kulturaustausch mit dem zweiten deutschen Staat. Châtelet nahm im Gegensatz zu seinem Nachfolger, nach Lage der Quellen, allerdings kaum Einfluss auf die Ausrichtung der Gesellschaft. Im Jahr der Gründung wurde Châtelet von den Präsidentschaftswahlen beansprucht, bei denen er Charles de Gaulle mit acht Prozent der Stimmen unterlag. Auch konnte er sein Amt als Präsident der EFA nicht lange ausüben, er starb im Juni 1960.

### Henri Laugier und die Verbindung zur auswärtigen Kulturpolitik Frankreichs

Nach seinem Tode wurde er durch Henri Laugier abgelöst, einem ehemaligen Mitstreiter von de Gaulle. Laugier wird als „fondateur" beschrieben, als eine Gründerfigur, deren Stärke mehr im Geben von Ideen als in ihrer konkreten Umsetzung lag.[163] Und in der Tat hatte er unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg mit seinen Ideen bereits ganz maßgeblich die auswärtige Kulturpolitik Frankreichs

[160] AMAE, RDA 1956–1960, 14, f. 009: Schreiben des GMFB, de Chalvron, vom 27. 10. 1956 an das MAE: „[…] je ne crois pas, pour ma part, qu'il ait beaucoup de chances de trouver une forme concrète sérieuse, les initiatives purement verbales de quelques professeurs âgés et totalement inexpérimentés dans ce genre d'organisation ne suffisant pas à mettre sur pied et à faire fonctionner une nouvelle ‚Maison de France'."

[161] Le Monde vom 27. 9. 1956: „Copiée sur sa concurrente, la Maison de France orientale ne sera toutefois due qu'à l'initiative privée, la France n'ayant aucune relation officielle avec la République démocratique allemande. On imagine facilement néanmoins l'embarras où cette initiative risque de mettre les autorités françaises de Berlin."

[162] NAUK, FO 371, 124361: Schreiben des BMGB vom 18. 10. 1956 an die brit. Botschaft in Bonn; „Though this move by French Communists may of course fizzle out, the French are slightly perturbed about it since if the DDR thought it worth their while, they could put a building at the disposal of these French Communists who, given the existing scale of French cultural activities in East Berlin and the DDR, could provide quite a reasonable rival Maison de France. To which the French Government would not even be able to respond by a protest."

[163] Morelle/Jakob, Henri Laugier, S. 387–395; siehe dazu in dieser Arbeit auch das Kapitel zu Henri Laugier (Erster Teil, II., 3.).

mitbestimmt. 1944 wurde die Kultur als eigenständige und gleichberechtigte Sparte der französischen Diplomatie neben den Bereichen Politik und Wirtschaft etabliert. Als erster Leiter der zu diesem Zweck neu gegründeten *Direction des Affaires culturelles* (kurz DAC) wurde Laugier ernannt. Vermöge seines Organisationstalentes, seiner Kontakte und seines Engagements nahm er als Baumeister dieser Abteilung auf die Entwicklung der französischen Kulturdiplomatie in den Nachkriegsjahrzehnten einen prägenden Einfluss.[164] Auf seinen Erfahrungen mit der Organisation von Kulturaustausch während seiner Emigration in New York und später in Algier aufbauend, richtete er die Aktivitäten der DAC im Wesentlichen auf drei Ziele aus: die Pflege und Verteidigung der französischen Sprache, die Verbreitung von französischen Büchern und den Personenaustausch.

Es ist auffallend, dass die Aktivitäten der EFA diesen Zielen weitgehend entsprachen.[165] Der von Laugier für die Herstellung friedlicher Beziehungen als so wesentlich angesehene Personenaustausch war gleichsam Hauptbetätigungsfeld der EFA.[166] Sein Interesse an der kulturellen Diplomatie Frankreichs im Ganzen war auch während seiner Tätigkeit als Präsident der EFA ungebrochen: Während er sich im Rahmen der Gesellschaft für die französisch-ostdeutschen Kulturbeziehungen einsetzte, entwarf er in einem Zeitungsartikel ein auf die auswärtige Kulturpolitik Frankreichs im Allgemeinen bezogenes, groß angelegtes Programm zur Reformierung der Kulturabteilungen der französischen Botschaften.[167] Ohne Zweifel verwirklichte Laugier seine Vorstellungen von Kulturaustausch auch im Rahmen der EFA. Und selbst über seine aktive Zeit als deren Präsident hinaus blieb sein Einfluss auf die Arbeit der Gesellschaft in diesem Bereich bestehen. Hiervon zeugt nicht zuletzt ein Ausspruch Laugiers, der den zahlreichen von den EFA organisierten Kulturveranstaltungen als Motto vorangestellt wurde:

„J'aurais souhaité que de vastes manifestations rassemblent au grand amphithéâtre de la Sorbonne, à la salle Pleyel, au palais de Chaillot, à Bonn et à l'université Humboldt, des hommes de pensée et d'action actuellement vivants, célébrant la mémoire des hommes français, allemands (Allemands de la République fédérale et de la République démocratique allemande) qui, au cours de leur vie, ont été de véritables citoyens du monde, dont la pensée a ignoré les frontières des nationalismes; qui ont œuvré pour l'humanité tout entière et dont l'influence spirituelle s'est exercée sur des questions de toutes les nations de l'univers."[168]

[164] Cf. ibid., S. 224–233.

[165] Cf. ibid., S. 217.

[166] Laugier im Juni 1945: „Pour créer une politique de l'esprit fondant les relations pacifiques des peuples sur une compréhension réciproque, il faut organiser des ‚échanges torrentiels' d'hommes par-dessus les frontières." Zitiert nach ibid., S. 228.

[167] Laugier, Missions et attachés culturels (Artikel aus Combat vom 17. 1. 1962), in: Ders.: Du civisme national au civisme international, S. 267–270.

[168] Man findet diesen Ausspruch u. a. auf Einladungskartons der EFA zu Vorträgen, Lesungen, Konzerten etc. Es handelt sich dabei um ein Zitat aus einem Zeitungsartikel vom 9. 1. 1963 (erschienen in Combat); cf. auch die Fortsetzung der oben zitierten Passage: „Je ne propose pas de liste, on a seulement l'embarras du choix. En vérité, ayant l'honneur de présider l'association des Échanges franco-allemands, fondée par mon collègue, prédécesseur et ami, Albert Châtelet, je pense que j'aurais pu tenter d'organiser ces manifestations culturelles entre la pensée française et toutes les pensées allemandes de l'Est et de l'Ouest, et je suis convaincu qu'elles auraient eu un grand suc-

## Die französischen Germanisten und die DDR: der *Cercle Heine*

Eine weitere Initiative, die den EFA mit dem Ziel eines Kulturaustausches zwischen Frankreich und der DDR vorausging, war der von den Germanisten Gilbert Badia und Émile Bottigelli 1952/53 begründete *Cercle Heine*.[169] Leider gibt es nur wenige verlässliche Informationen über die Aktivitäten und Mitglieder dieses Zirkels.[170] Im Mittelpunkt scheint die Organisation von Vortragsveranstaltungen mit Schriftstellern oder Literaturprofessoren aus der DDR und von Diskussionen zum Thema DDR gestanden zu haben. Gäste waren unter anderem Anna Seghers, Ludwig Renn, Hans Mayer und Victor Klemperer.[171] Ziel dieser Veranstaltungen, zu denen sich ein vermutlich sehr begrenzter Kreis von sympathisierenden Germanistikprofessoren und -studenten sowie von Deutschlehrern zusammenfand, war es, über die DDR zu informieren.[172]

Auch Edmond Vermeil, Germanistikprofessor an der *Sorbonne* und eine der Autoritäten seines Faches in Frankreich, interessierte sich für die Aktivitäten des Vereins.[173] In diesem Zusammenhang bemerkenswert ist eine Heinrich-Heine-Ausstellung, die 1957 in der französischen Nationalbibliothek stattfand und zu der Vermeil den Katalog erstellt hatte. Organisiert wurde die Ausstellung von Albert Pfrimmer, einem Germanisten, der ebenfalls zu dem am *Cercle Heine*

cès. Une seule chose m'en a empêché, c'est la crainte que l'horrible information, que le gouvernement français distribue à notre peuple et à l'univers, réussisse à présenter ces cérémonies comme un appui et une adhésion des hommes de culture, français et allemand, à la politique de Mourmelon."

169 AEFA, XI[e] Congrès national: Brief von Netter vom 2. 12. 1987 an France-RDA: „À propos de notre XI[e] Congrès national j'évoque le souvenir de ce petit groupe d'intellectuels soucieux de faire connaître ce qui se passait dans cette Allemagne nouvelle qui prenait naissance à l'Est. Il prit par la suite le nom de cercle Henri Heine, puis prenant l'ampleur et affirmant ses ambitions, celui d'Échanges franco-allemands, puis de France-RDA." Diese Äußerung ist das Zeugnis einer Germanistin, die nacheinander an allen genannten Initiativen/Gesellschaften beteiligt war. Den Quellen lässt sich hingegen nicht entnehmen, dass die EFA, wie hier beschrieben, unmittelbar aus dem Cercle Heine hervorging.

170 Selbst die westdeutsche Botschaft, die bezüglich ostdeutscher Aktivitäten in Frankreich äußerst sensibel und im Allgemeinen gut informiert war, verfügte zu diesem Zeitpunkt kaum über Informationen; cf. AMAE, RDA 1956–1960, 33, f. 099ff: Note der westdt. Botschaft in Paris vom 2. 6. 1960 an das MAE.

171 Ludwig Renn hielt einen Vortrag zum Thema „L'écrivain et l'officier allemand devant le problème de la guerre"; Hans Mayer, der offiziell durch M. Colleville, den Leiter des Germanistik-Institutes der Sorbonne, nach Paris eingeladen worden war, sprach im Rahmen des Heine-Kreises über Büchner; cf. Rencontres 4 (Apr. 1960), S. 6.

172 Badia, Les échanges culturels entre la France et la République démocratique allemande, S. 115: „Un petit groupe de germanistes de sensibilité communiste, choqués de cette ignorance [bezieht sich auf die Unkenntnis der DDR in Frankreich – Ch. W.], avait tenté de la combattre en fondant un ‚cercle Heine' qui se proposait surtout de faire connaître en France ce qui s'écrivait au-delà de l'Elbe. Entreprise modeste puisqu'une centaine d'auditrices et d'auditeurs, en majorité étudiants et enseignants d'allemand, répondaient à nos invitations mensuelles."

173 Castellan/Lenoir, France – République démocratique allemande. 30 ans de relations, S. 26.

beteiligten Personenkreis gerechnet werden kann. Im Vorwort des Ausstellungskataloges dankte der Direktor der Bibliothek Pfrimmer ausdrücklich dafür, dass man vermöge seiner Kontakte nach Ostdeutschland Leihgaben aus beiden Teilen Deutschlands erhalten habe.[174] Ob der *Cercle Heine* an dieser Ausstellung in irgendeiner Form beteiligt gewesen ist, lässt sich nicht ermitteln. Man darf aber annehmen, dass die Kontakte Pfrimmers, mit deren Hilfe Leihgaben aus verschiedenen Institutionen der DDR ermöglicht wurden, diejenigen des *Cercle Heine* gewesen sind, der einzigen organisierten Form des DDR-Interesses zum Zeitpunkt der Ausstellung.

Der bedeutende Romanist Victor Klemperer, der sich 1956 zu Studienzwecken längere Zeit in Paris aufhielt, hat in seinen Tagebüchern auch seine Begegnungen mit dem *Cercle Heine* beschrieben. Neben einem Vortrag, den er über den Einfluss der französischen Kultur im Deutschland des 18. und 19. Jahrhunderts in diesem Rahmen gehalten hatte[175], war er auch anwesend bei einer Diskussionsveranstaltung mit Pierre Abraham, Pierre Villon und André Gisselbrecht, die der Vorstellung eines Sonderheftes der *Nouvelle Critique* zur DDR gewidmet war.[176] Zwei seiner Beobachtungen im Zusammenhang mit diesen Veranstaltungen verdienen dabei besonderes Interesse: Einerseits konstatierte der dem DDR-System durchaus kritisch gegenüberstehende Klemperer mit einer gewissen Genugtuung, in wie viel positiverem Licht die DDR aus der Ferne erschien.[177] Andererseits kommentierte er zustimmend eine Beobachtung seiner Ehefrau, die nach Erleben mehrerer von Badia sowie den Zeitschriften *Europe* oder *Nouvelle Critique* zur DDR organisierten Veranstaltungen bemerkte, dass es sich immer wieder um den gleichen, sehr begrenzten Personenkreis handele, der hier aktiv werde.[178] Klemperer selbst hat seinen Paris-Aufenthalt aber auch zu einer halboffiziellen Mission im Dienste der kulturellen Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR genutzt. Eine Audienz bei Jean Sarrailh, dem Rektor der *Sorbonne*, galt dem Wunsch der DDR-Regierung und seiner Hallenser Universität nach Austausch und Beziehungen im universitären Bereich. Ein Anliegen, das Sarrailh offensichtlich mit Interes-

174 Vermeil/Dresch (Hrsg.), Henri Heine, 1797–1856, Ausstellungskatalog, S. V.

175 Über den Ablauf der Veranstaltung: Klemperer, So sitze ich denn zwischen allen Stühlen, Bd. II, S. 561 f.

176 Découverte de l'Allemagne démocratique, La Nouvelle Critique, Sonderheft 73–74 (März/Apr. 1956); neben Aufsätzen zur Geschichte und aktuellen Problemen der DDR umfasst der Band auch eine Anthologie ostdeutscher Schriftsteller; siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel zur Übertragung der Theorie der „deux Allemagnes" auf die beiden deutschen Staaten (Erster Teil, I.).

177 Klemperer, So sitze ich denn zwischen allen Stühlen, Bd. II, S. 553: „Von der N[ouvelle] C[ritique] Publikation war gar nicht die Rede. Sondern nur eindringlichst: Kennen lernen u. Freundschaft halten! Feindschaft gegen den Adenauerstaat. Es tat mir wirklich wohl, soviel Gutes von der DDR zu hören. Aus der Ferne sieht doch alles besser aus! Auch spürt man aus der Ferne nicht die Engen drüben, sondern nur das eigene Manko."

178 Ibid., S. 558: „Bemerkung H's: Immer der gleiche (kleine) Kreis um Badia, Europe, Nouvelle Critique – je: Statisten, die ein Heer vortäuschen. Mein ständiger Verdacht und Stachel: wir (die RDA) kennen nicht das wirkliche Frankreich."

se zur Kenntnis nahm, aber mit dem Hinweis auf die aktuelle politische Situation ablehnte.[179]

## Entstehung und Aktivitäten weiterer Fachzirkel

Neben dem *Cercle Heine* gab es Ende der 1950er Jahre eine weitere Gesellschaft, die sich im Bereich der französisch-ostdeutschen Kulturbeziehungen betätigte: der *Cercle Beethoven*. Ist die Quellenlage im Fall des Heine-Kreises äußerst unbefriedigend, so ist sie im Fall des Beethoven-Kreises gänzlich unzureichend. Dies erklärt sich durch die Struktur des *Cercle Beethoven*. Dessen Basis war die Bekanntschaft zwischen der französischen Musikwissenschaftlerin Brigitte Massin und ihrem in der DDR lebenden und arbeitenden Schweizer Kollegen Harry Goldschmidt. Der Kontakt entstand zunächst über das gemeinsame Thema Beethoven. Beide waren zu ihrer Zeit die bedeutendsten Beethoven-Forscher ihres Landes und hatten sich vermutlich 1954 anlässlich des zweiten Kongresses des Verbandes deutscher Komponisten und Musikwissenschaftler in Leipzig kennengelernt. Wann der *Cercle Beethoven* gegründet wurde, lässt sich nicht rekonstruieren. Erstmalig erwähnt wurde er im Zusammenhang mit einer Beethoven-Ausstellung in Paris im Dezember 1958, an der außerdem die EFA und der *Cercle Heine* beteiligt waren. Dem Beethoven-Kreis gehörten neben Brigitte Massin ihr Ehemann, der Schriftsteller Jean Massin, und die Sopranistin Irène Joachim an, Enkeltochter Joseph Joachims, eines der bedeutendsten Geiger des 19. Jahrhunderts und engsten Brahms-Freundes.

Die von Goldschmidt konzipierte und in Paris präsentierte Beethoven-Ausstellung basierte auf der 1952 bereits in der DDR gezeigten Wander-Ausstellung „Beethoven und seine Zeit". Ihre Eröffnung am 8. Dezember 1958 in der *Maison de la Pensée* wurde außerdem für eine Diskussionsrunde mit Goldschmidt, Jean Massin und Albert Pfrimmer genutzt.[180] Organisiert wurde die Reise Goldschmidts nach Paris im Dezember 1958 durch die EFA und die Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland der DDR. Im Verlauf seines Besuchs hielt der Musikwissenschaftler zudem Vorträge an der *Sorbonne* und in den Renault-Werken.[181]

Bereits seit 1954 hatte Harry Goldschmidt mit dem französischen Musik-Verlag *Chant du Monde*[182] und der französischen *Fédération musicale populaire* zusammengearbeitet. Im Mittelpunkt dieser Kontakte stand Louis Durey, Generalsekretär und seit 1956 Präsident dieses Verbandes, bei dem die Teilnahme an den Weltfestspielen der Jugend und Studenten 1951 in Ost-Berlin offensichtlich einen

[179] Ibid., S. 559.
[180] SBB, Mus. Nachl. H. Goldschmidt B, 3. 197: Einladungskarton zur Ausstellungseröffnung.
[181] Ibid., 3. 199: Brief vom 3. 11. 1958 von EFA, Lenoir, an Goldschmidt. Die Ausstellung wurde offensichtlich auch in verschiedenen Betrieben gezeigt.
[182] Zur Einordnung des Verlages und seiner Verbindungen mit dem PCF cf. Casanova, Jalons pour une histoire du „Chant du Monde".

bleibenden Eindruck hinterlassen hatte.[183] Goldschmidt vermittelte die Herstellung von Orchestermaterial für Kompositionen von Durey in der DDR[184] und hatte außerdem im Zusammenhang mit der Organisation einer Laienchor-Olympiade mit ihm Kontakt.[185] Durey hatte 1920 die *Groupe des Six* begründet, die bedeutendste Formation neuerer französischer Musik, die im Umfeld von Jean Cocteau entstanden war. Sowohl Cocteau als auch Durey waren ab 1960 Mitglieder des EFA-Nationalkomitees.

Während der Beethoven-Kreis bis 1968 fortbestand, beendete der Heine-Kreis seine Aktivitäten offensichtlich kurze Zeit nach Gründung der EFA. Im Juni 1960 fand er noch Erwähnung im Zusammenhang mit der Einladung des ostdeutschen Schriftstellers Ludwig Renn im Frühjahr desselben Jahres nach Paris.[186] Es steht zu vermuten, dass er im Zuge der Verschärfung der Berlin-Krise und der infolgedessen veränderten Reisebestimmungen für DDR-Bürger in NATO-Staaten seine Aktivitäten einstellte. Ohne die Möglichkeit, Schriftsteller und Literaturwissenschaftler einladen zu können, war ihm gleichsam die Existenzgrundlage entzogen worden. Gleichzeitig boten die EFA für die Mitglieder des Heine-Kreises, allen voran Gilbert Badia, ein beträchtlich erweitertes Forum für ihr Engagement.

Im Kontext der EFA-Gründung entstand jedoch auch ein neuer Kreis für kulturelle Beziehungen im Bereich der bildenden Künste und der Malerei, der *Cercle Dürer*. Im Gegensatz zu seinen beiden Vorgängern, die im Wesentlichen auf der Basis privater Kontakte arbeiteten, gab es im Falle des *Cercle Dürer* von Beginn an eine Zusammenarbeit mit offiziellen Stellen in der DDR. Zu einem Zeitpunkt, da weder Name noch Präsident des zukünftigen Dürer-Kreises feststanden, führten zwei seiner Gründungsmitglieder, Maurice André[187] und Pierre Dubreuil[188], bereits Verhandlungen über die Zusammenarbeit mit dem parallel in der DDR entstehenden Manet-Kreis.[189] Auf ostdeutscher Seite nahmen daran neben den Künstlern Fritz Dähn, Arno Mohr und Fritz Cremer vor allem Vertreter verschiedener DDR-Ministerien teil. Ähnlich wie bei früheren Verhandlungen traten sichtbare Divergenzen zwischen den Interessen der DDR-Behörden und denen

[183] Robert, Louis Durey, S. 66: „Aucun [bezogen auf die Jugendweltfestspiele – Ch. W.] n'a eu, aucun n'aura pour les Français une pareille signification." Durey komponierte zu diesem Anlass Lieder auf Gedichte von Jacques Gaucheron.

[184] SBB, Mus. Nachl. H. Goldschmidt B, 2.16–2.28 und B, 3.67–3.69: Briefwechsel zwischen Le Chant du Monde und Harry Goldschmidt aus den Jahren 1954 und 1955 (siehe http://kalliope.staatsbibliothek-berlin.de).

[185] Ibid., 3.112: Brief vom 11.2.1956 von Louis Durey an Harry Goldschmidt.

[186] AMAE, RDA 1956–1960, 33, 99ff.: Schreiben der Botschaft der Bundesrepublik vom 2.6.1960.

[187] Vice-président de l'Association des peintres cartonniers, vice-président de la Société des artistes décorateurs.

[188] Vice-président de la Société des peintres-graveurs français, conseiller technique de la chalcographie au musée du Louvre.

[189] AEFA, Cercle Dürer: Procès-verbal d'une discussion ayant lieu le 4 octobre 1958 à l'Association pour les relations culturelles avec l'étranger (Gesellschaft für Kulturelle Verbindungen mit dem Ausland) lors de la fondation du cercle Manet en RDA: „MM. Dubreuil et André signalent que jusqu'ici le cercle français ne s'est constitué que d'une façon tout à fait provisoire." Man werde Entscheidungen treffen, sobald man mehr Mitglieder gewonnen habe. Dubreuil wurde als Präsident genannt.

der privaten französischen Verhandlungspartner zutage. So wurde im Protokoll der Sitzung festgehalten, dass man von französischer Seite auf Unabhängigkeit in den eigenen Angelegenheiten bestehe, was sich insbesondere auf divergierende Kunstkonzeptionen bezog.[190] Kleinster gemeinsamer Nenner, auf den man sich konzeptionell zu einigen vermochte, war die französisch geprägte Strömung des „humanisme progressiste".[191] Diese Ausrichtung der auf französischer Seite beteiligten Künstler dürfte auch bei der Wahl von Albrecht Dürer als Namenspatron maßgeblich gewesen sein. Zur Beförderung des kulturellen Austausches zwischen Frankreich und der DDR wurden gemeinsame Aktivitäten, insbesondere Ausstellungen, geplant. So sollten bereits 1959 Stiche französischer Künstler in Ost-Berlin gezeigt werden. Die Ausstellung konnte jedoch erst Mitte der 1960er Jahre realisiert werden. Den EFA kam dabei eine Schlüsselfunktion zu: Sämtliche finanzielle Angelegenheiten, den Austausch von Personen und Kunstwerken betreffend, sollten in Frankreich auf der Ebene dieser Dachorganisation geregelt werden. Außerdem sollte der französische Zirkel durch den Verkauf ostdeutscher Kunstwerke in Frankreich mithilfe der EFA finanziell unterstützt werden.

Die erste in Frankreich organisierte Ausstellung fand 1960 statt und präsentierte Bildhauer aus der DDR.[192] Im dazu erstellten Katalog bezeichnet Fritz Cremer sich und seine Bildhauerkollegen in einer politisch gehaltenen Einleitung als Künstler eines „neuen Deutschlands". Demgegenüber war Marcel Gimond[193] in seinem Vorwort daran gelegen, zu zeigen, dass es sich nicht um Propagandakunst handele, sondern um eine neue deutsche Bildhauer-Schule, die ältere deutsche Traditionen aufgreife und sie in Verbindung mit dem sozialistischen Realismus zu einer Ausdrucksform der DDR-Gesellschaft werden lasse.[194] Vor dem Hinter-

[190] Ibid.: „Les artistes français expriment quelques scrupules, et ils insistent pour que, lors des expositions, aucun des deux partenaires ne se mêle des affaires intérieures de l'autre pays, et que le choix des œuvres d'art soit fait en tenant compte de ce point de vue. Du reste, il appartient exclusivement aux membres des deux cercles de choisir les œuvres qui doivent être envoyées dans l'autre pays, selon leurs points de vue artistiques. Il peut donc éventuellement arriver que les artistes français choisissent des œuvres se rapprochant de conceptions abstraites de l'art. Les œuvres d'art devraient se baser sur des idées humanistes (humanisme progressiste), plate-forme commune de la future collaboration. […] Il est souligné que les relations entre les deux cercles sont destinées à développer les échanges culturels entre les deux pays et n'ont pas un caractère commercial."

[191] Diese in Frankreich durchaus verbreitete Ausrichtung der Kunst auf den Menschen als Mittelpunkt wird nur unzureichend mit der Übersetzung „fortschrittlicher Humanismus" wiedergegeben. Um Missverständnissen vorzubeugen, wird hier deshalb der Begriff „humanisme" nicht übersetzt.

[192] AEFA, Expositions en France: Ausstellungskatalog „Sculptures allemandes contemporaines, République démocratique allemande, Janvier-Février 1960"; die Ausstellung wurde mit Unterstützung der Agence littéraire et artistique parisienne pour les échanges culturels in der Maison de la Pensée française organisiert.

[193] Marcel Gimond (1894–1961), Schüler von Aristide Maillol und Auguste Rodin, war einer der bedeutendsten französischen Bildhauer seiner Zeit.

[194] AEFA, Expositions en France: Ausstellungskatalog „Sculptures allemandes contemporaines, République démocratique allemande, Janvier-Février 1960": „Une telle sculpture n'est de la propagande que pour le sceptique manquant de confiance en l'homme ou pour le virtuose chez qui le jeu avec l'art a détruit la sensibilité et desséché le cœur en l'isolant de ses frères. Si l'artiste est persuadé de la grandeur de la cause à laquelle il

grund eines von ihm als desaströs beschriebenen Zustandes der Bildhauerei in Frankreich erschienen ihm die Werke der Ausstellung als leuchtendes Beispiel großer Kunst. Selbst den Vergleich mit der bildenden Kunst der Sumerer und Ägypter scheute er nicht. Gimond erkannte in den Werken der ostdeutschen Bildhauer eine Konzeption, die seinem eigenen Kunstverständnis entsprach, eine Konzeption, die die Bildhauerei als Sprache, als allgemeinverständliche Ausdrucksform einer Gesellschaft ansah. In Abgrenzung zu Frankreich, wo die Bildhauerei seiner Ansicht nach nur der Unterhaltung einer gelangweilten Minderheit diene, zeichnete er ein idealisiertes Bild der DDR-Gesellschaft, in der dem Bildhauer eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe zukomme.[195]

Vom französischen Außenministerium wurden die Aktivitäten der EFA im kulturellen Bereich bis zum Bau der Berliner Mauer kaum wahrgenommen. Lediglich eine Ausstellung ostdeutscher Bücher in Lyon im Oktober 1960[196] und die Organisation eines Aufenthaltes für eine französische Studentin in Leipzig wurden bis zu diesem Zeitpunkt registriert.[197] Es ist bezeichnenderweise die west-

voue sa vie et consacre son talent, il n'a pas plus le sentiment de faire de la propagande que l'imagier qui traduisait en pierre des vérités de l'Évangile, il illustre des vérités évidentes pour lui. N'y a-t-il pas là plus de dignité que de tenter de distraire par des bouffonneries des blasés qui s'ennuient?"

[195] Ibid.: „Les caractéristiques de l'art actuel de la République démocratique allemande peuvent se résumer brièvement ainsi: un amour, une émotion et une tension intérieures qui tranchent nettement sur les productions de l'Allemagne du dernier siècle et spécialement celles de la période hitlérienne […]. Cette Allemagne régénérée témoigne d'un réalisme lucide […]. Dans la RDA, au lieu d'être à la recherche d'une étrangeté de fabrication réservée à la délectation de quelques blasés et de snobs, la sculpture traduit une façon particulière de penser et de sentir commune à tout un groupe humain, c'est un instrument de culture […]. Ainsi l'artiste reprend son rôle dans la société; chez eux il n'existe plus d'inutiles, d'incompris, de méconnus, le sculpteur voue sa vie à la collectivité qui à son tour lui donne la matière de son œuvre. L'art devient non seulement le langage de l'âme d'un individu, mais aussi le langage de l'âme d'une société. […] L'Histoire nous enseigne que la naissance d'une forme est toujours liée au milieu social à laquelle elle appartient. […] En conséquence une civilisation a toujours l'art qu'elle mérite. Notre individualisme forcené risque de nous faire traiter d'utopique une tentative si éloignée des habitudes que nous avons contractées depuis plus d'un siècle dans une société bourgeoise, j'entends dirigées par la bourgeoisie, où l'art était considéré comme un passe-temps. […] C'est une telle société que le régime de la RDA a abolie. Si l'on veut comprendre quoi que ce soit à cette sculpture, il faut admettre qu'elle est la seule qui se puisse imaginer dans un régime socialiste, la seule qui soit en accord avec cet idéal. La foi qui imprègne les artistes de ce pays, les porte au-dessus des possibilités où ils se restreindraient si pour eux la forme ne dépendait que de leur fantaisie, elle leur dicte des organisations plastiques qu'ils ne sauraient trouver aussi émouvantes en eux-mêmes. Loin de mépriser le sujet, ils le considèrent comme déterminant. C'est pour cela qu'ils choisissent l'homme […]. Le cœur et l'esprit liés et se renforçant leur permettent de connaître les êtres en entier et non seulement d'une forme abstraite. C'est cette solidarité qui leur a permis de retrouver instinctivement la tradition de l'Allemagne des grandes cathédrales […]. Il sera aisé à tout spectateur averti et sensible de retrouver dans les œuvres exposées ici les caractéristiques constantes de la sensibilité allemande éternelle, dans ce qu'elle manifeste de plus haut."

[196] AMAE, RDA 1956–1960, 14, f. 145 f.: Schreiben des GMFB, de Chalvron, vom 28. 10. 1960 an das MAE.

[197] AMAE, RDA 1961–1970, 72: Note der DGACT, Fines, vom 8. 7. 1961 für die S/DEUC.

deutsche Botschaft, die zuerst auf Aktivitäten in diesem Bereich aufmerksam machte.[198]

Auch die vor dem Mauerbau zwischen ostdeutschen und französischen Kommunen geschlossenen Städtepartnerschaften wurden offiziell kaum mit den EFA in Verbindung gebracht. Tatsächlich entstanden diese Partnerschaften jedoch häufig in jenen Regionen, wo auch die EFA besonders stark vertreten waren, das heißt in den kommunistisch geprägten Vorstädten von Paris und Lyon, dem französischen Norden und in jenen Regionen im Osten Frankreichs, in denen das „deutsche Problem" für die Menschen geografisch und historisch unmittelbar greifbar war, insbesondere in der Lorraine.[199] Als Basis diente in den meisten Fällen die Charta der *Fédération mondiale des villes jumelées*. Die Verbindung zwischen dieser Organisation und den EFA wurde durch Lucienne Maertens gewährleistet, von 1960 bis 1970 Mitglied im EFA-Nationalkomitee.[200] Das Verhältnis zwischen beiden Organisationen war auf lokaler Ebene allerdings häufig konfliktgeladen, die Zusammenarbeit keine Selbstverständlichkeit.[201] Dennoch waren die zur Zeit der zweiten Berlin-Krise initiierten Städtepartnerschaften, die zum überwiegenden Teil bis heute bestehen, eine der entscheidenden Grundlagen für den Erfolg der kulturellen Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR in späteren Jahrzehnten.

[198] AMAE, RDA 1956–1960, 33, f. 099ff.: Schreiben der westdt. Botschaft in Paris vom 2. 6. 1960 an das MAE.

[199] Ibid., f. 146f.: Relevé des jumelages existants entre villes françaises et villes d'Allemagne de l'Est à compter de mars 1959, siehe dazu die Liste der zwischen 1959 und 1964 entstandenen Städtepartnerschaften im Anhang (CD-ROM).

[200] Rencontres 7 (November 1960), S. 12: „Les jumelages entre villes de France et de RDA se multiplient, mais …" (Interview mit Lucienne Maertens).

[201] Interview mit Josiane Lecomte, geführt am 13. 11. 2007.

# II. 1963–1980: Die Entwicklung kultureller Beziehungen zwischen privatgesellschaftlichen Initiativen und der Kontrolle durch das Außenministerium

Mit dem Bau der Mauer veränderten sich nicht nur die Rahmenbedingungen für kulturelle Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR. Die deutliche Begrenzung der DDR als geografisch-politisch von der Bundesrepublik verschiedener Raum förderte auch die Wahrnehmung einer eigenständigen Kultur und damit ihre zumindest teilweise Herauslösung aus dem Komplex der gesamtdeutschen Kultur.

Bereits vor dem Bau der Mauer wurde den kulturellen Beziehungen durch die veränderten Visa-Regelungen der NATO-Staaten für Ostdeutsche quasi die Geschäftsgrundlage entzogen, da sie die Einreise ostdeutscher Künstler, Wissenschaftler oder Sportler nahezu unmöglich machte. Seit dem 13. August 1961 war das französische Außenministerium zudem aktiv bemüht, Reisen von französischen Wissenschaftlern und Intellektuellen in die DDR zu verhindern. Wissenschaftlern und anderen Personen, die im Dienst des französischen Staates standen, wurden Reisen verboten. Abgelehnt wurden so zum Beispiel Reisen des Leiters des musikwissenschaftlichen Instituts der *Sorbonne* oder des französischen Germanisten Jean Fourquet.[202] Privatpersonen machte man sehr eindringlich auf eventuelle Gefahren aufmerksam, die ihnen während eines DDR-Aufenthaltes in Ermangelung konsularischen Schutzes entstehen könnten, um sie von ihren Reisevorhaben abzubringen.[203] Im Oktober 1961 stellte die DGACT die Frage nach dem sinnvollen Minimum kultureller und wissenschaftlicher Kontakte mit der DDR erneut. Am Beispiel des Leiters eines Jenaer Forschungsinstituts wurde auf das Interesse französischer Institutionen an diesen Kontakten verwiesen.[204] Im konkreten Fall war das Arbeitsprogramm des französischen Gastlaboratoriums auf den Aufenthalt des ostdeutschen Wissenschaftlers ausgerichtet worden und

[202] AMAE, RDA 1961–1970, 72: Noten der DGACT, Fines, vom 9. 12. und 13. 12. 1961 für die DEU; jeweils mit handschriftlicher Ablehnung durch die DEU.

[203] Ibid.: Telegramm der S/DEUC, Laloy, an die franz. Botschaften in Bonn, London und Washington: „Depuis le 13 août, le département a découragé ces contacts et s'est opposé aux voyages en Allemagne orientale des personnes ayant la qualité de fonctionnaire dans la mesure où il avait connaissance de tels projets de déplacements."

[204] Ibid.: Note der DGACT vom 4. 10. 1961 für die S/DEUC: „La direction d'Europe a signalé à plusieurs reprises à la direction générale des Affaires culturelles et techniques qu'il convenait de limiter les échanges culturels avec la zone soviétique d'Allemagne. Cette nécessité est devenue encore plus impérieuse depuis l'ouverture de la crise de Berlin. Néanmoins, certains établissements scientifiques français estiment utile, pour la poursuite de leurs travaux, que soit maintenu un certain courant d'échanges avec les institutions correspondantes de l'Allemagne de l'Est. […] Quelle que soit la rigueur dont on doit faire preuve, en l'état actuel des choses, envers les ressortissants du régime de Pankow, il semble, à première vue, souhaitable de prévoir des exceptions en faveur de savants allemands de la zone soviétique d'Allemagne, dont les travaux peuvent être utiles aux recherches de nos instituts."

sollte vom CNRS finanziert werden. Es handelte sich dabei um einen schon seit geraumer Zeit bestehenden wechselseitigen Austausch.[205] In diesem wie in anderen Fällen reichte der Hinweis auf bestehende Kontakte und Zusammenarbeit jedoch nicht aus, um Genehmigungen für Reisen von ostdeutschen Wissenschaftlern nach Frankreich oder von französischen Wissenschaftlern in die DDR zu erwirken.

## 1. Die Kulturbeziehungen auf privatgesellschaftlicher Ebene

Das durch die fast vollständige Unterbrechung der Beziehungen auf künstlerischer, wissenschaftlicher und selbst auf sportlicher Ebene entstandene Vakuum begünstigte die Entwicklung der *Échanges franco-allemands* im kommenden Jahrzehnt zum dominierenden Hauptakteur auf kulturellem Gebiet. Der in den 1960er Jahren hohe Anteil an Hochschulprofessoren und Wissenschaftlern in den Reihen des EFA-Nationalkomitees ist kein Zufall, sondern belegt deren Streben nach Reaktivierung von Kontakten, die vor der zweiten Berlin-Krise und dem Mauerbau bestanden hatten.

In einem Artikel für *Combat*, der nur wenige Wochen vor der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages Anfang Januar 1963 erschien, kritisierte Henri Laugier die offiziell betriebene (west)deutsch-französische Versöhnung als Deckmantel eines deutsch-französischen Bündnisses mit militärischen Ambitionen. Laugier betonte sehr eindringlich, dass man als Franzose weder die von den Deutschen verübten Grausamkeiten noch den von deutschen Staatsoberhäuptern an den Tag gelegten Expansionswillen vergessen könne.[206] In Analogie zur Entwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses während der Zwischenkriegszeit fürchtete Laugier, dass eine Ablösung Adenauers an der Spitze der Bundesrepublik, ähnlich wie das Ausscheiden Stresemanns aus der deutschen Politik 1929, zu einer Rückkehr reaktionärer Kräfte führen könne.[207] Vor diesem Hintergrund gelte es, für eine echte

[205] Ibid.: Schreiben des MinED, CNRS, vom 26. 9. 1961 an das MAE, Thabault, sowie das beigefügte Schreiben des Leiters des Instituts für Physik der Universität Strasbourg vom 15. 9. 1961 an den Leiter des CNRS: „Il est particulièrement fâcheux que les relations scientifiques entre le laboratoire de Strasbourg et l'institut de Jena se trouvent ainsi interrompues. En effet, M. Danan a pu se rendre librement en Allemagne orientale et travaille actuellement à l'institut en question. Nous serons privés d'une grande partie du bénéfice de l'échange si M. Gengnagel ne séjourne pas à son tour à Strasbourg pour nous faire profiter de son expérience. Bien entendu nos relations avec Jena qui ne datent pas d'hier se situent sur un plan strictement scientifique et objectif."

[206] Laugier, Réconciliation ou coalition franco-allemande?, in: Ders., Du civisme national au civisme international, S. 574: „Mais il n'est pas facile pour les générations d'aujourd'hui de réaliser ces objectifs [deutsch-französische Aussöhnung und Zusammenarbeit – Ch. W.] sans délai; de toute évidence une période de transition et de prudence expérimentale est nécessaire. Dans l'esprit de tous ceux qui ont vécu les drames de ce siècle, il n'est pas possible que l'oubli instantané se fasse sur tous les souvenirs dramatiques qui se dressent sur la voie de ce rapprochement."

[207] Ibid., S. 575: „Mais ici encore pour les générations qui ont vécu l'entre-deux-guerres, des souvenirs angoissants se présentent en foule. […] Déjà tous les observateurs voient

deutsch-französische Annäherung einzutreten, allerdings nicht auf der Basis gemeinsamer Defilees von französischen und westdeutschen Truppen, sondern durch kulturelle Veranstaltungen in Bonn, Paris und Ost-Berlin.[208]

## Eine Veranstaltungsreihe über das „humanistische Deutschland"

Henri Laugier übte nicht nur Kritik an der aus seiner Sicht falsch verstandenen deutsch-französischen Versöhnung. Um ein Gegengewicht zu schaffen, lancierte er die Idee einer Vortragsreihe an der *Sorbonne* über bedeutende Gestalten der deutschen und der französischen Kultur.[209] Mit der Umsetzung dieser Idee wurde Georges Castellan beauftragt, außerdem wurde eine Kulturkommission unter dem Dach der EFA ins Leben gerufen, um Castellan dabei zu unterstützen.[210] Aufgabe dieser Kommission war es, ein Programm für die Vortragsreihe zu erstellen, während deren materielle Organisation dem Sekretariat der EFA oblag. Diesem zeit seines Bestehens von Castellan geleiteten Gremium gehörten zu Beginn vor allem Germanisten wie Rita Thalmann, Jean Tailleur, Alain Lance und Lucienne

apparaître dans le décor des figures menaçantes, prêtes à substituer leur idéologie impérialiste à l'idéologie du vieux chancelier. Et les choses sont déjà sans doute plus avancées que nous le croyons. Dès maintenant, les déclarations et l'idéologie verbalement, et sans doute sincèrement, pacifistes du vieux chancelier Adenauer ne sont souvent qu'une couverture pour un personnel suspect, ambitieux et menaçant qui occupe déjà des postes essentiels de commande."

208 Ibid., S. 576: „J'aurais souhaité que de vastes manifestations rassemblent au grand amphithéâtre de la Sorbonne, à la salle Pleyel, au palais Chaillot, à Bonn, et à l'université Humboldt, des hommes français, allemands (Allemands de la République fédérale allemande et de la République démocratique allemande) qui, au cours de leur vie, ont été de véritables citoyens du monde, dont la pensée a ignoré les frontières des nationalismes; qui ont œuvré pour l'humanité tout entière et dont l'influence spirituelle s'est exercée sur des citoyens de toutes les nations de l'univers. Je ne propose pas de liste, on a seulement l'embarras du choix."

209 AEFA, Présidence nationale, procès-verbaux: Protokoll der Sitzung des Präsidiums der EFA am 15. 3. 1963: „M. Castellan a accepté d'être le président chargé de la préparation de la manifestation dite de ‚La Sorbonne'. Cette manifestation conçue par M. Laugier pour montrer ce que nous entendons par réconciliation franco-allemande comportera un cycle de conférences sur des hommes éminents de la culture française et la culture allemande. Ces conférences seront faites par des personnalités hautement représentatives de notre culture. […] M. Castellan est chargé d'établir les propositions comportant les thèmes et ceux qui les exposeront."

210 AEFA, Expositions en France: Rundschreiben der EFA, Lenoir, vom 20. 6. 1963 an potenzielle Mitglieder der zu gründenden Kulturkommission: „La présidence de notre association a décidé, pour œuvrer à la réconciliation véritable des peuples de France et d'Allemagne, de faire revivre le souvenir des traditions culturelles qui ont uni les deux peuples dans le passé. […] Afin de réaliser cet objectif [Organisation der Vortragsreihe – Ch. W.], qui, nous n'en doutons pas, rencontrera votre accord, elle a proposé la constitution d'une commission culturelle, placée sous la présidence de Monsieur Castellan, de laquelle elle souhaiterait que vous acceptiez de faire partie. […] Pour vous mettre à l'aise, nous vous indiquons que le rôle de cette commission sera essentiellement d'établir le programme et les thèmes des conférences et que le secrétariat de l'association sera chargé de leur réalisation matérielle, sur la base de vos conseils."

Netter sowie der EFA-Generalsekretär Roland Lenoir an.[211] Die erste Sitzung fand im Oktober 1963 statt.[212] Bis Anfang der 1970er Jahre traf sich die Kommission in der Regel zweimal im Jahr. Nahmen anfangs fünf bis sechs Personen an den Sitzungen teil, so steigerte sich die Zahl der Teilnehmer im Laufe der Jahre auf bis zu zwanzig Personen. Maßgeblich geprägt wurden ihre Aktivitäten vor allem durch das Engagement Georges Castellans und seiner Schülerin Rita Thalmann.[213]

Da die Vortragsreihe bereits mit dem neuen Universitätsjahr im Herbst 1963 beginnen sollte, griff man auf die Ergebnisse einer Befragung zurück, die Lenoir auf Bitten Laugiers bereits zu Beginn des Jahres bei Hochschuldozenten aus dem EFA-Nationalkomitee durchgeführt hatte. Die verschiedenen Vorschläge, unter anderem von Gilbert Badia, Ernest Labrousse, André Cayeux und Brigitte Massin, wurden unter dem Titel „Auf der Suche nach dem Humanismus – deutsch-französische Dialoge" zusammengefasst. Die Suche nach dem Humanismus in der deutschen Kultur war in gewisser Hinsicht das Leitmotiv aller von den EFA organisierten Kulturveranstaltungen. Dies entsprach zwar auch dem Bild, welches die DDR von sich selbst zu vermitteln suchte, kann aber grundsätzlich als ein französisches Bedürfnis angesehen werden.[214] In einem Leitartikel für *Rencontres* erklärte Castellan die Notwendigkeit, über Deutschland zu reden, ohne deshalb an Wilhelm II. oder Hitler denken zu müssen. Um dieses Deutschlandbild zu vermeiden, habe man sich entschlossen, auf der kulturellen Ebene zu bleiben. Unter Berufung auf Edmond Vermeil sah Castellan jedoch gerade in der Trennung von Kultur und Humanismus und in der dadurch beförderten Instrumentalisierung der Kultur eine der zentralen Ursachen für die Entwicklung Deutschlands bis hin zum Nationalsozialismus. Die selbst gestellte Aufgabe lautete daher, den Humanismus in der deutschen Kultur wiederzuentdecken.[215] Hier manifestierte sich sehr deutlich die Suche nach einem „anderen Deutschland", frei von jenen Macht-

[211] Ibid.: Protokoll der Sitzung der EFA-Kulturkommission am 11. 6. 1964; für die zuvor abgehaltenen Sitzungen sind keine Protokolle überliefert.

[212] Ibid.: Rundschreiben der EFA, Castellan, vom 10. 10. 1963 an die Mitglieder der Kulturkommission.

[213] Interview mit Rita Thalmann, geführt am 4. 12. 2007.

[214] Siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel zur französischen Konzeption eines „anderen Deutschlands" (Erster Teil, I.).

[215] George Castellan, Retrouver l'humanisme, in: Rencontres 27 (Mai 1964): „Notre entreprise n'est pas polémique. Elle voudrait, au contraire, exorciser les vieux démons, faire que l'on puisse parler de l'Allemagne et penser aux Allemands sans évoquer aussitôt et Guillaume II et Hitler. C'est pourquoi nous l'avons située au plan de la culture. […] Edmond Vermeil a lumineusement montré où était la racine du mal: la rupture entre la Kultur et l'humanisme, qui s'est esquissée à partir de la Réforme luthérienne, s'est prolongée par le piétisme, s'est achevée dans les philosophies irrationnelles du XIX[e] siècle. À chaque étape, annexée, domestiquée par les classes dirigeantes pour la défense d'un ordre social qui les favorisait: de la guerre des Paysans à l'hitlérisme, cette Kultur a été instrument d'oppression et de conquête. D'où la nécessité d'un nouvel exorcisme: dans la culture allemande, retrouver l'humanisme. Et les noms se pressent sous la plume: de Goethe à Brecht, de Bach à Dessau. Une tradition ininterrompue qui fait éclater l'image simpliste des deux Allemagnes, la bonne, celle de Weimar, la mauvaise, celle de Potsdam. […] Sous l'Allemagne officielle retrouver un peuple, derrière la triomphante Kultur redécouvrir le message des hommes allemands."

und Gebietsansprüchen, denen sich Frankreich in den vorangegangenen einhundert Jahren ausgeliefert sah. Sämtliche Themen, die im Einzelnen so unterschiedliche Bereiche wie Literatur, Philosophie, Geschichte, Geowissenschaften, Physik, bildende Kunst und Musik umfassten, handelten von den deutsch-französischen Beziehungen seit dem 18. Jahrhundert, der Wahrnehmung des jeweils Anderen und den damit verbundenen Transferprozessen im kulturellen und wissenschaftlichen Bereich.[216] Als Referenten wurden französische und westdeutsche Wissenschaftler vorgeschlagen, unter ihnen zum Beispiel auch Claude Digeon[217] oder Théodore Monod.

Die Vorträge fanden in der Regel im *Amphithéâtre Descartes* der *Sorbonne* statt, das den EFA gegen einen Unkostenbeitrag für Reinigung und andere Hausmeisterdienste zur Verfügung gestellt wurde.[218] Seit 1967 kam als Veranstaltungsort insbesondere für Filmvorführungen das *Grand Palais* hinzu, wo sich eine Abteilung für germanistische und slawistische Studien der Pariser Universität befand.

Bei dem ersten Konzept der Veranstaltungsreihe fällt auf, dass DDR-spezifische und auch linksgerichtete Themen etwa zu Bertolt Brecht oder zu Karl Marx fehlten. Tatsächlich wurde die Reihe, anders als geplant, erst im April 1964, und zwar mit einer Veranstaltung zu „Brecht et ses musiciens" anlässlich von Brechts sechsundsechzigstem Geburtstag eröffnet. Jean Wiener, Pianist und ehemals auch Mitarbeiter von Brecht, sprach vor einem vollen Auditorium in der *Sorbonne* über Kurt Weill, Hanns Eisler und Paul Dessau und ihre Beziehungen zum Dramatiker Brecht. Unterstützt wurde er durch die Schauspielerin Germaine Montéro, die bereits in zahlreichen französischen Brecht-Produktionen mitgewirkt hatte und bei dieser Gelegenheit einige Lieder von Brecht interpretierte.[219] Die Leitung des Abends oblag dem renommierten Germanisten und Dekan der literaturwissenschaftlichen Fakultät in Nanterre, Pierre Grappin, der die Gelegenheit nutzte, um öffentlich das Fehlen von Paul Dessau zu beklagen, dem das notwendige TTD/Visum verweigert worden war.

Ein Jahr später hielt Grappin, inzwischen aktives Mitglied der Kulturkommission, selbst einen Vortrag im Rahmen dieses Veranstaltungszyklus, in dem er sich mit den Dramen von Georg Büchner beschäftigte. Insgesamt lässt sich feststellen, dass man sich mit den für die zweite Saison gewählten Themen allmählich der Gegenwart näherte: So wurden zum Beispiel Vorträge über den deutschen Expres-

[216] Die Themen im Einzelnen: Heinrich Heine und Romain Rolland; Kant und die Französische Revolution; Ernest Renan und Deutschland; Der deutsche Einfluss auf die französische Geschichtswissenschaft im 19. Jahrhundert; Der Einfluss von Alexander von Humboldt; Deutschland und das französische Wissenschaftsverständnis; Die französische Malerei im 19. und 20. Jahrhundert und Deutschland; Beethoven und die Französische Revolution, cf. AEFA, Expositions en France: Undatierte Zusammenstellung der Themenvorschläge sowie zahlreiche Briefe.

[217] Claude Digeon ist der Autor eines für das Verständnis des deutsch-französischen Verhältnisses zentralen Buches, cf. Digeon, La crise allemande de la pensée française.

[218] AEFA, Expositions en France: Brief der Sorbonne vom 30. 10. 1964 an die EFA, Lenoir; der Unkostenbeitrag betrug zu diesem Zeitpunkt 100 FF pro Veranstaltung.

[219] Combat vom 28. 4. 1964.

sionismus und die Pariser Schule oder über das Kino von Fritz Lang gehalten.[220] Außerdem wurde in der Verantwortung von Rita Thalmann ein Podiumsgespräch über den deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus organisiert. Teilnehmer dieser sogar in *Le Figaro* angekündigten Veranstaltung waren Inge Aicher-Scholl, Schwester von Hans und Sophie Scholl, Heinz Kloppenburg, Mitglied der Bekennenden Kirche, sowie Emil Carlebach, ein ehemaliger Buchenwald-Häftling.[221] Ebenfalls vorgesehen war die Teilnahme von Harald Hauser, einem am französischen Widerstand beteiligten Deutschen und Generalsekretär des Komitees Freies Deutschland in Frankreich, sowie eines Neffen von Erwin von Witzleben, der infolge seiner Beteiligung am Hitler-Attentat 1944 hingerichtet worden war.[222] Ihr Besuch scheiterte an der Gewährung der für die beiden in der DDR lebenden Personen notwendigen TTD/Visa.[223]

In der dritten Saison 1965/66 stand Heinrich Mann im Mittelpunkt. Er wurde noch kurz vor seinem Tode zum Präsidenten der Akademie der Künste in der DDR berufen, was ihn in den Augen der hier versammelten französischen Germanisten fast zu einem ostdeutschen Schriftsteller werden ließ.[224] Weitere Themen waren Brecht-Inszenierungen französischer Regisseure, der Einfluss des Bauhauses auf die zeitgenössische Plastik und Architektur[225] sowie Überlegungen zur Interpretation des Werkes von Johann Sebastian Bach.[226]

Im folgenden Jahr plante man, im Rahmen dieser Reihe eine Veranstaltung mit der ostdeutschen Schriftstellerin Anna Seghers zu bestreiten. Die Idee für dieses Vorhaben wurde bereits ein Jahr zuvor in der Kulturkommission besprochen. Allerdings sah das ursprüngliche Konzept noch einen deutsch-deutschen Rahmen vor, indem Anna Seghers gemeinsam mit Ingeborg Bachmann über den Platz des Schriftstellers in der deutschen Gesellschaft sprechen sollte. Während man sich bei den literarischen Themen für Anna Seghers statt für Heine und Büchner entschied, fiel die Wahl im musikalischen Bereich anstelle von Bach oder Beethoven auf den bedeutendsten ostdeutschen Komponisten, Hanns Eisler. Der zunehmenden Ausrichtung auf die DDR entsprach auch die zunehmende Ausrichtung der EFA auf politische Fragen und insbesondere auf das „problème allemand". So ging es 1966/67 bei verschiedenen Diskussionsrunden in dieser Veranstaltungsreihe nicht nur um die unmittelbare deutsche Vergangenheit – gezeigt wurde dazu der erste deutsche Nachkriegsfilm „Die Mörder sind unter uns" des renommierten DEFA-Regisseurs Wolfgang Staudte – sondern es ging auch um die Zukunft

[220] AEFA, Expositions en France: Protokoll der Sitzung der EFA-Kulturkommission am 10. 6. 1964.
[221] Le Figaro vom 19. 3. 1965.
[222] AEFA, Correspondance ministères français: Brief der EFA, Hauriou, vom 4. 2. 1965 an das MAE, Couve de Murville.
[223] AEFA, III[e] Congrès national: Schreiben des MAE, S/DEUC, de Beaumarchais, vom 20. 2. 1965 an die EFA, Hauriou.
[224] So plante beispielsweise Pierre Abraham, dem Werk von Heinrich Mann in einem Sonderheft der Zeitschrift Europe über die Literatur der DDR viel Platz einzuräumen; cf. AEFA, Manifestations culturelles I: Brief von Pierre Abraham vom 12. 1. 1971 an die Deutsche Akademie der Künste, Girnus.
[225] AEFA, Expositions en France: Undatierter Brief von F. Molnar an die EFA, Lenoir.
[226] Ibid.: Protokoll der Sitzung der EFA-Kulturkommission am 08. 01. 1965.

Deutschlands (alternativ wurde nun selbst die Anerkennung der DDR als mögliches Thema vorgeschlagen).

Das bedeutendste Ereignis in dieser Saison war indessen eine relativ kurzfristig organisierte Veranstaltung mit dem Regisseur des Deutschen Theaters und Brecht-Schüler Benno Besson, dessen Inszenierung der Märchenkomödie „Der Drache" von Jewgeni Schwarz ein Jahr zuvor in Paris gefeiert worden war.[227] Besson sprach vor allem über den auch in Frankreich hitzig diskutierten Umgang mit dem theoretischen Werk Brechts sowie über Ausbildung und Arbeitsbedingungen von Schauspielern in der DDR.[228] Der Erfolg dieser Veranstaltung blieb selbst in offiziellen Kreisen nicht unbemerkt: Nach einer entsprechenden Intervention der westdeutschen Botschaft in Paris forderte das Außenministerium den Rektor der *Sorbonne* auf, zukünftig bei allen Veranstaltungen, die in irgendeiner Weise mit der DDR in Zusammenhang stünden, zunächst die entsprechenden Abteilungen des Ministeriums zu konsultieren. Bereits ein Jahr zuvor hatte Besson bei einer Pressekonferenz anlässlich des Gastspiels des Deutschen Theaters über ähnliche Themen gesprochen. Aus Sicht des Ministeriums waren jedoch weder die Person Besson noch seine Äußerungen über die DDR das eigentliche Problem, sondern allein die ihren Aktionsradius ständig erweiternden EFA als Veranstalter.[229] Der Rektor entschuldigte das ihm vorgeworfene Versäumnis damit, dass man in den EFA bislang nicht den verlängerten Arm der DDR-Behörden erkannt habe.[230] Tatsächlich wäre dies nur schwer möglich gewesen, waren doch die Referenten dieser Veranstaltungsreihe in den vorangegangenen Jahren bis auf wenige Ausnahmen französische Intellektuelle und Wissenschaftler gewesen. Nach fast vierjähriger regelmäßiger Vortragstätigkeit in der *Sorbonne* war dies der erste politische Zwischenfall, der mittelfristig den Verlust des langjährigen Veranstaltungsortes zur Folge haben sollte. Die EFA versuchten sich gegen die Einflussnahme des Ministeriums zu wehren, indem sie etwa Parlamentarier um Fürsprache bei der DGRC baten.[231]

[227] AEFA, Commission culturelle: Protokoll der Sitzung der EFA-Kulturkommission am 13. 12. 1966; siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel zum Gastspiel des Deutschen Theaters 1966 (Zweiter Teil, B., II., 2.).

[228] Jean-Pierre Leonardini, À la Sorbonne, Benno Besson a parlé de Brecht et du théâtre en RDA, in: L'Humanité, Ausgabe vom 18. 4. 1967.

[229] AMAE, RDA 1961–1970, 73: Brief der DGRC, Basdevant, vom [5. 5. 1967, ermittelt] an den Rektor der Sorbonne, Roche: „Peut-être serez-vous d'accord avec moi pour estimer que les demandes d'associations non agréées par les pouvoirs publics n'ont pas de caractère de nécessité et qu'il est préférable de les ignorer lorsqu'une acceptation risque d'être désagréable aux autorités d'un pays avec lequel nous entretenons des relations amicales."

[230] Ibid.: Brief des Rektors der Sorbonne, Roche, vom 11. 5. 1967 an die DGRC, Basdevant: „La bonne foi de mes services a été entièrement surprise et je convoquerai les organisateurs de la manifestation au sujet de laquelle vous m'écrivez pour les inviter à la plus élémentaire des prudences en ce qui concerne l'acceptation d'offres qui leur viendraient d'Allemagne. Vous savez combien nous prenons le plus grand soin d'éviter des erreurs dans ce domaine, mais les autorités universitaires de Berlin-Est ont parfois un certain souci de ne pas manifester entièrement leur identité."

[231] AEFA, Commission culturelle: Briefe der EFA, Lenoir, vom 19. 5. 1967 an Pierre Cot, Léo Hamon u. a.

In der Saison 1967/68 beabsichtigte man, zunächst wie bisher zu verfahren.[232] Tatsächlich fanden allerdings nur noch sehr wenige Veranstaltungen in der *Sorbonne* statt. Mit einem Konzert mit Musik von Hanns Eisler unter der Leitung von Jacques Michon wich man ins *Institut d'art et d'archéologie* aus; es wurde überdies in Nanterre sowie anlässlich des dritten Nationalkongresses der EFA in Montreuil wiederholt.[233] Eine von der Kulturkommission geplante Veranstaltung mit dem Präsidenten des olympischen Komitees zum Thema „Medaillenwunder DDR" fand im *Maison de la Chimie* statt.[234] Die Durchführung lag jedoch bei der sich in diesem Kontext neu konstituierenden Sportkommission der EFA.[235] Dieser auch mit Blick auf die Olympischen Spiele 1968 gegründeten Kommission gehörten vor allem Sportlehrer und Sportfunktionäre an. Im Gegensatz zur Kulturkommission war sie bis 1989 sehr aktiv.[236] Für die wenigen dennoch in der *Sorbonne* stattfindenden Veranstaltungen war man fortan gehalten, bei der Polizeipräfektur um Genehmigung zu ersuchen.[237] Ein Vortrag von Günter Grass über seine Vorstellung vom Beruf des Schriftstellers und dessen Rolle in der Gesellschaft kam ebenso wenig zustande wie ein im folgenden Jahr als Ersatz geplanter analoger Vortrag von Peter Weiss, dem in Schweden lebenden Heinrich-Mann-Preisträger der ostdeutschen Akademie der Künste.[238]

Infolge des Verlusts eines regelmäßig verfügbaren Veranstaltungsortes war die Zahl der von der Kulturkommission organisierten Veranstaltungen nunmehr stark rückläufig. Ein Jahr nach der Besson-Pressekonferenz war man dazu übergegangen, nur noch ein bis zwei Veranstaltungen pro Saison vorzusehen, die zudem in Zusammenarbeit mit dem Pariser EFA-Komitee vorbereitet wurden, um den Kreis der möglichen Zuhörer zu vergrößern. Dafür kann auch das rückläufige Interesse an den Themen der Veranstaltungsreihe von Bedeutung gewesen sein.[239] Unklar ist außerdem, welchen Einfluss der Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in Prag und dessen Folgen in der DDR auf die Ausrichtung derartiger Aktivitäten hatte. Unmittelbar nachdem in Frankreich bekannt geworden war, dass DDR-Bürger infolge ihrer Proteste gegen diesen Einmarsch Repressalien ausgesetzt waren, ja sogar vor Gericht gestellt wurden, trat die Kulturkommission der EFA in Paris zusammen. Nach eingehender Beratung beschloss man, in einem

[232] Ibid.: Protokoll der Sitzung der EFA-Kulturkommission am 21. 11. 1967.
[233] Ibid.: Protokoll der Sitzung der EFA-Kulturkommission am 21. 12. 1967.
[234] Ibid.: Protokolle der Sitzungen der EFA-Kulturkommission am 13. 12. 1966 und am 24. 4. 1967.
[235] AEFA, Commission sportive: Brief der EFA, Poulain, vom 24. 11. 1967 an die Mitglieder der Sportkommission sowie Ankündigung der Veranstaltung.
[236] Ein sehr umfangreiches Dossier in den Archiven der EFA zeugt von diesen Aktivitäten, cf. AEFA, Commission sportive.
[237] AEFA, Commission culturelle: Brief der EFA, Lenoir, vom 1. 3. 1968 an die Préfecture de Police, Paris, sowie deren Antwort vom 7. 3. 1968.
[238] Ibid.: Brief des Suhrkamp Verlages, Ritzerfeld, vom 23. 5. 1969 an Pfrimmer.
[239] Ibid.: Rundschreiben der EFA, Castellan, vom 25. 3. 1968 an die Mitglieder der Kulturkommission: „Il va nous falloir tirer les enseignements des deux dernières manifestations, qui n'ont pas eu le succès escompté, et établir en conséquence le plan pour l'année 1968–69."

Brief an die Deufra gegen dieses Vorgehen der DDR-Regierung zu protestieren und die Deufra um Übermittlung des Protestes zu bitten.[240]

Für den Herbst 1968 wurde lediglich eine Gedenkveranstaltung anlässlich des 30. Jahrestages der Reichspogromnacht von 1938 im *Grand Palais* geplant. Als Zeitzeugen nahmen nur Westdeutsche und Franzosen teil, darunter der Landesvorsitzende der West-Berliner FDP und Zuträger des Ost-Berliner Ministeriums für Staatssicherheit William Borm[241], der ehemalige Oberkirchenrat Heinz Kloppenburg[242] als Mitglied des Versöhnungsbundes, der Dominikanerpriester und Leiter des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für jüdisch-christliche Zusammenarbeit Willehad Paul Eckert sowie der Historiker Léon Poliakov.[243] Die Organisation einer Veranstaltung zum Andenken an die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurde hingegen rein universitären Kreisen überlassen, um eine zu deutliche politische Etikettierung der EFA zu vermeiden.[244] 1969 zeigte man schließlich nur noch die Verfilmung des Romans „Die Toten bleiben jung" von Anna Seghers.

Anlässlich des Erscheinens der französischen Übersetzung des Romans „Die Aula" weilte der Schriftsteller Hermann Kant auf Einladung des Gallimard-Verlags 1970 in Frankreich. Man bot dem Verlag die Zusammenarbeit bei der Organisation einer Tournee von Kant an, insbesondere für die an Universitäten geplanten Lesungen.[245] Außerdem bemühte man sich, den Schriftsteller Stefan Hermlin und den Komponisten Günther Kochan nach Frankreich einzuladen. Als Hermlin aber

[240] Ibid.: Brief der EFA, Castellan, vom 23. 10. 1968 an die Deufra, Dahlem: „Soucieuse de contribuer, en dépit de toutes les divergences d'appréciation, à la reconnaissance de la RDA par son gouvernement, la commission pense que l'emprisonnement de ces personnes ne peut pas ne pas avoir des incidences sur notre lutte et qu'il est dommageable non seulement à l'amitié entre la France et la RDA mais aussi au prestige de celle-ci." Cf. auch ibid.: Protokoll der Sitzung der EFA-Kulturkommission am 21. 10. 1968.

[241] Cf. Knabe, West-Arbeit des MfS.

[242] Kloppenburg war regelmäßig Gast bei Veranstaltungen der EFA und sah in deren Aktivitäten ein Mittel der Versöhnung in Europa: „Ich kenne ja diese Pariser Gruppe, die seit Jahren erheblichen Einfluss hat. Sie hat wirklich Format und ist bei aller Betonung der Notwendigkeit der Normalisierung der Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR keineswegs ein Propagandainstrument, sondern es handelt sich um Menschen, die als Franzosen und Europäer dazu beitragen wollen, dass die offenen Fragen der Nachkriegssituation in Bezug auf die DDR endlich durch die Anerkennung der DDR bereinigt werden." In: AEFA, Manifestations culturelles I: Brief von Heinz Kloppenburg vom 4. 1. 1971 an Rudolf Kaffka, Udo Fiebig und Horst Krockert (Mitglieder der SPD-Fraktion im Bundestag).

[243] Ibid.: Einladungskarton für die Veranstaltung „Il y a trente ans, La Nuit de Cristal marquait le début de l'extermination des juifs d'Allemagne" am 13. 12. 1968; sowie ibid.: Brief der EFA, Lenoir, vom 14. 5. 1968 an die Deufra, Heyne.

[244] AEFA, Commission culturelle: Protokoll der Sitzung der EFA-Kulturkommission am 10. 2. 1969: „Commémorer, sous une forme à déterminer, la mémoire de Karl Liebknecht et de Rosa Luxembourg. Cette suggestion est retenue pour l'organisation de débats sur la base des facultés par les groupes des Échanges franco-allemands des dites facultés, une commémoration centrale risquant d'être trop ‚marquante' pour les EFA." In den Archiven der EFA finden sich keine Spuren zur weiteren Organisation dieser Veranstaltung.

[245] AEFA, Commission culturelle: Protokoll der Sitzung der EFA-Kulturkommission am 20. 10. 1969.

ein Jahr später tatsächlich nach Frankreich reiste, wurden die EFA zu spät darüber informiert, um entsprechende Veranstaltungen organisieren zu können.[246]

Auch 1970 blieb die Raumfrage weiterhin ungeklärt. Das *Grand Palais*, in dem man seit 1967 zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt hatte, stand nicht mehr im gewünschten Umfang zur Verfügung.[247] Die einzige Veranstaltung der EFA in der Tradition der bisherigen Veranstaltungsreihe war in diesem Jahr eine Diskussionsrunde mit französischen Journalisten über die Hochschulreform in der DDR. Die teilnehmenden Vertreter der großen, überregionalen Blätter – darunter Claude Gambiez für *Le Figaro* und Bertrand Girod de l'Ain für *Le Monde* – hatten zuvor an einer von den EFA vermittelten Informationsreise durch die DDR teilgenommen.[248]

Unter den veränderten außenpolitischen Bedingungen traten zu Beginn der 1970er Jahre verstärkt auch andere Akteure auf den Plan, die die Organisation von Veranstaltungen im Rahmen und aus dem Kontext der französisch-ostdeutschen Beziehungen übernahmen. So luden etwa 1971 das theaterwissenschaftliche und das germanistische Institut der *Sorbonne* zu einem Brecht-Liederabend mit Helene Weigel und Ekkehard Schall. Und die Zeitschrift *Europe* richtete anlässlich des 100. Geburtstages von Heinrich Mann eine Gesprächsrunde aus, an der neben Pierre Abraham, Gilbert Badia, Pierre Bertaux und Pierre Grappin auch die ehemalige Präsidentin der Staatsbank der DDR, Greta Kuckhoff, sowie der Chefredakteur der ostdeutschen Zeitschrift „Sinn und Form", Wilhelm Girnus, teilnahmen. Die EFA waren an diesen Veranstaltungen zwar grundsätzlich beteiligt, sie fanden aber nicht mehr im Rahmen der 1963 begonnenen und von der Kulturkommission getragenen regulären Veranstaltungsreihe statt.[249]

## Weitere Tätigkeitsfelder der EFA-Kulturkommission

Dies führte zu einer stärkeren Verlagerung der Aktivitäten der Kommission in andere Bereiche. Bereits seit 1964 war sie auch an der Planung der jährlichen EFA-Festveranstaltung anlässlich des Jahrestages der DDR beteiligt.[250] Diese Veranstaltungen, die in der Regel in der *Maison de la Chimie* unweit des *Quai d'Orsay* stattfanden, boten den Rahmen für künstlerische Darbietungen von Sängern und Kammermusikensembles oder auch für die Vorführung von Filmen aus der DDR. Für 1969 war eigentlich ein Gastspiel der Brecht-Interpretin Gisela May vorgesehen. Aus Termingründen musste sie jedoch durch die französische Sängerin Pia Colombo ersetzt werden.[251] Im folgenden Jahr trat bei gleicher Gelegenheit das

246 Ibid.: Protokoll der Sitzung der EFA-Kulturkommission am 5. 10. 1970.
247 Ibid.
248 AEFA, Manifestations culturelles I: Einladungskarte sowie Brief der Préfecture de Police, Paris, vom 29. 1. 1970 an die EFA, Lenoir.
249 Ibid.: Einladungskarten für den Brechtabend am 25. 3. 1971 und die Table ronde anlässlich des 100. Geburtstages von Heinrich Mann am 29. 4. 1971.
250 AEFA, Expositions en France: Protokoll der Sitzung der EFA-Kulturkommission am 10. 6. 1964.
251 AEFA, Manifestations culturelles I: Brief der EFA, Lenoir, vom 13. 5. 1969 an die Künstleragentur der DDR, Zielke, und vom 14. 5. 1969 an den Agenten von Pia Colombo.

Bachorchester Leipzig in der Pariser Kirche des Heiligen Rochus im Rahmen seiner Frankreich-Tournee auf.[252]

Für 1968 plante die Kulturkommission in Kooperation mit dem Dürer-Kreis außerdem eine Woche der kulturellen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der DDR. Aus französischen Städten, die eine Partnerschaft mit einer ostdeutschen Stadt unterhielten, sollten Delegationen von Vertretern der lokalen Kulturszene in ihre jeweilige Partnerstadt entsandt werden, um vor Ort die künstlerische Produktion in Augenschein nehmen zu können.[253] Unter dem Eindruck der Ereignisse in Prag wurde diese Veranstaltung jedoch verschoben – man befürchtete, dass ein derartiger Konfliktstoff das eigentliche Anliegen zu stark in den Hintergrund drängen würde.[254] 1968 beteiligte sich die Kulturkommission erstmalig auch an der Ausarbeitung des jährlichen Kooperationsabkommens zwischen EFA und Deufra. Der von ihr erarbeitete Maßnahmenkatalog sah unter anderem die Bereitstellung von Anschauungs- und Unterrichtsmaterial über die DDR und die Einrichtung von Stipendien für französische Wissenschaftler vor.[255] Man plante überdies einen Verleih von DDR-Filmen an französische Universitäten durch die EFA.[256] Um die Bedürfnisse französischer Germanisten zu ermitteln, wurde im Frühjahr 1968 zusätzlich eine Germanisten-Kommission unter der Leitung von Jean-Pierre Moinard eingerichtet.[257] Eine ebenfalls neu gegründete, für Hochschulfragen zuständige Kommission unter dem Vorsitz von Pierre Grappin vergab im Auftrag der DDR seit 1968 Stipendien für DDR-Aufenthalte an französische Studenten.[258] Im Rahmen dieser Unterkommission wurden auch die ersten Partnerschaften zwischen französischen und ostdeutschen Universitäten vorbereitet.[259] Begünstigt wurde dieses Engagement der EFA durch Pierre Grappin, der als Präsident der *Association des germanistes de l'enseignement supérieur* über das entsprechende Netzwerk verfügte, um interessierte Kreise in ganz Frankreich anzusprechen.[260]

[252] Ibid.: Einladung zum Konzert am 14. 10. 1970; sowie ibid.: Brief des Deutsch-französischen Künstlerdienstes, Beaumier, vom 14. 9. 1970.

[253] AEFA, Commission culturelle: Protokoll der Sitzung der EFA-Kulturkommission am 24. 4. 1967.

[254] Ibid.: Rundschreiben der EFA/Cercle Dürer, Pichette, vom 13. 9. 1968: „Ils [Mitglieder des Dürer-Kreises – Ch. W.] pensent que si cette semaine se tenait dans la prochaine période, elle manquerait le but que le cercle s'était fixé. En effet, les membres du cercle, unanimes, réprouvent l'intervention militaire de la RDA et de ses alliés en Tchécoslovaquie. […] Le cercle affirme que la normalisation des rapports entre nos deux États est une nécessité objective, notamment sur le plan culturel, pour les intérêts de notre pays, pour l'intérêt de la paix et de la sécurité européenne. On ne saurait éviter qu'au cours de la semaine prévue les évènements actuels ne soient abordés et ne donnent lieu à des confrontations qui conduiraient à une impasse."

[255] Ibid.: Protokoll der Sitzung der EFA-Kulturkommission am 21. 12. 1967.

[256] Ibid.: Protokoll der Sitzung der EFA-Kulturkommission am 30. 6. 1969.

[257] Ibid.: Protokoll der Sitzung der EFA-Kulturkommission am 1. 4. 1968.

[258] Ibid.: Brief von EFA, Lenoir, vom 7. 5. 1968 an Pierre Grappin; bis zu diesem Zeitpunkt wurden 42 Anträge für insgesamt 30 Stipendien eingereicht; cf. auch ibid.: Protokoll der Sitzung der universitären Kommission der EFA am 23. 1. 1970.

[259] Ibid.: Protokoll der Sitzung der universitären Kommission der EFA am 24. 11. 1972.

[260] Interview mit Rita Thalmann, geführt am 4. 12. 2007.

## Der *Cercle Dürer*: Austausch in den Bereichen Malerei und bildende Kunst

Parallel zur Kulturkommission bestanden mit sehr unterschiedlicher Intensität weiterhin die Fachzirkel der Maler und bildenden Künstler, der Musiker und Musikwissenschaftler sowie der Germanisten und Literaten. Erst im Laufe der 1960er Jahre entwickelten sich innerhalb der EFA klare Strukturen, die aus der Kulturkommission die zentrale Institution für kulturelle Angelegenheiten innerhalb der Gesellschaft werden ließen. Mit einem Mitglied des EFA-Präsidiums an der Spitze war sie den Fachzirkeln übergeordnet. Vom Heine-Kreis war nach 1961 kaum noch etwas zu vernehmen.[261] Dies dürfte nicht zuletzt daran gelegen haben, dass seine Veranstaltungen in gewisser Weise durch die von der Kulturkommission organisierten Veranstaltungen abgelöst wurden. Gilbert Badia, Mitbegründer des Heine-Kreises, stand der Kommission von Anfang an mit Vorschlägen zur Seite, wurde aber erst 1969 zu einem ihrer Mitglieder.[262] Von Beginn an wurde die Kommission von Germanisten dominiert, die Interesse an der DDR hatten, also von Personen aus jenem Milieu, aus dem auch der Heine-Kreis in den 1950er Jahren sein Publikum und sein Netzwerk rekrutiert hatte. Und seit 1965 gehörten ihr mit den drei Brecht-Übersetzern Pierre Abraham, André Gisselbrecht und Édouard Pfrimmer zeitweilig drei der wichtigsten Mitstreiter Badias im Heine-Kreis an. Die ebenfalls 1965 lancierte Idee zur Schaffung eines *Cercle Brecht*, der nach dem Vorbild des Dürer-Kreises für alle das Theater betreffenden Angelegenheiten zuständig gewesen wäre, wurde hingegen nie verwirklicht.[263] Dies mag an den unterschiedlichen und zum Teil unversöhnlichen Strömungen des „brechtisme“ in Frankreich gelegen haben, ist aber vielleicht auch eine Folge des ambivalenten Verhältnisses französischer Kommunisten zu dem deutschen Dramatiker.

Am Beispiel des *Cercle Dürer* zeichnet sich außerdem die Entwicklung der Kulturkommission zu einer Dachorganisation innerhalb der EFA ab, die für alle kulturellen Angelegenheiten zuständig wurde. Seit 1965 gehörte der Leiter des Dürer-Kreises, James Pichette, der Kommission an, um die Koordinierung der kulturellen Aktivitäten der EFA insgesamt zu gewährleisten. Der Dürer-Kreis war seit seiner Entstehung 1958 der aktivste der drei Fachzirkel im kulturellen Bereich.[264]

[261] Seine Erwähnung in einem Brief des Pariser Polizeipräfekten 1967 an das Innenministerium basiert wohl eher auf mangelnden Informationen; cf. AMAE, RDA 1961–1970, 193: Brief des Préfet de Police, Paris, vom 20. 4. 1967 an das MinInt, Service de l'organisation administrative et du Bureau des élections et des études politiques.

[262] Unter den Germanisten innerhalb der EFA gab es verschiedene Kreise mit zum Teil sehr unterschiedlichen Ansichten. Einziges verbindendes Element war häufig nur das gemeinsame Interesse an der DDR und das Engagement für Beziehungen mit dem zweiten deutschen Staat; cf. Interview mit Rita Thalmann, geführt am 4. 12. 2007.

[263] AEFA, Commission culturelle: Protokoll der Sitzung der EFA-Kulturkommission am 13. 12. 1965.

[264] Zur Selbstdarstellung des Dürer-Kreises cf. auch James Pichette, Pour de véritables échanges culturels. James Pichette s'adresse à Monsieur Malraux, in: Rencontres 41 (Febr.–Apr. 1966).

Sein Wirken galt vor allem der Organisation von Ausstellungen, nicht selten in Zusammenarbeit mit der französischen *Union des Arts plastiques.*[265]

Die erste Ausstellung mit Kunst aus der DDR nach dem Mauerbau war eine Schau grafischer Werke, die im Oktober 1964 zunächst in Paris gezeigt wurde und anschließend als Wanderausstellung in zahlreichen französischen Provinzstädten zu sehen war. Im Vorwort des Katalogs beschrieb der Pariser Kunstkritiker Waldemar-George das Schicksal der deutschen Expressionisten nach 1933 und sah in den ausgestellten Künstlern die Erben jener von der *Brücke* und dem *Blauen Reiter* vertretenen Kunstrichtung. Sie würden die seit dem Mittelalter bestehenden Traditionen Deutschlands im Bereich der Grafik fortführen. Nicht ohne das Diktat des Realismus in der DDR zu bedauern, beschrieb er als besonderes Kennzeichen der ostdeutschen Grafiker ihren in der Tradition Dürers stehenden „humanisme"[266], was von verschiedenen Besprechungen aufgegriffen wurde.[267] Das Ausbleiben eines rigiden sozialistischen Realismus, wie man ihn bei einer solchen Ausstellung erwartet hatte, dürfte einer der entscheidenden Gründe für ihren Erfolg gewesen sein.[268]

In der Provinz wurde die Ausstellung mithilfe regionaler EFA-Komitees gezeigt, wobei es sehr unterschiedliche Reaktionen von den offiziellen Stellen gab. Wäh-

[265] AEFA, III[e] Congrès national: Brief der Union des Arts plastiques, Jean Milhau, vom 1. 3. 1968 an die EFA, Hauriou: „Il en est résulté [einer engen Zusammenarbeit – Ch. W.] des rapports plus étroits et plus amicaux avec les artistes de la République démocratique; et c'est pour nous maintenant un devoir bien clair de tout faire pour qu'ils participent librement à la vie artistique internationale, en premier lieu à celle de la France."

[266] AEFA, Expositions en France: Einleitung zum Ausstellungskatalog „L'art graphique en République démocratique allemande" von Waldemar-George: „La paix revenue, de nouvelles restrictions sont imposées aux peintres de l'Allemagne orientale. Le réalisme social […] détourne les créateurs de couleurs et de formes de leur voie véritable. L'art de la République démocratique allemande ne retrouve que lentement sa liberté et son élan vital. Mais cet art qui se cherche représente un immense espoir. Les jeunes ont des audaces qui manquent à leurs aînés. Leurs œuvres feront l'objet, nous l'espérons du moins, d'une autre exposition qui aura lieu dans un avenir prochain. […] Les artistes de l'Allemagne orientale ne sont pas étrangers au mouvement humaniste, dont Dürer a été le principe d'énergie et dont Hans von Marées incarne l'esprit de suite. Des plasticiens épris de perfection considèrent l'œuvre d'art comme l'image d'un paradis terrestre. Ils créent un type humain qui est un idéal vers lequel il faut tendre. Ils tentent de retrouver les lois d'harmonie, les divines proportions, et cet accord intime entre leur monde intérieur et le monde extérieur qui est une utopie, du moins du XX[e] siècle. Ils les cherchent à travers les dryades de Poussin et les divinités fluviales que Picasso campait à son retour de Rome sur des fonds schématiques de paysages méditerranéens."

[267] Cf. zum Beispiel Nord-Matin vom 12./13. 12. 1964: „La RDA est restée un pays de dessinateurs et de graveurs dans la tradition de Dürer."

[268] AEFA, Expositions en France: Bericht von Jean Chabbert vom 3. 3. 1965 über die Ausstellung „L'art graphique en RDA" in Valenciennes (23. 1.–6. 2. 1965): „Les visiteurs furent très heureux également de constater que, par-delà les options idéologiques et sociales du régime de la RDA, l'héritage de l'humanisme allemand était soigneusement préservé et entretenu: les portraits comme ceux de Brecht, Hesse, Einstein, ou même du Dr Schweitzer témoignent de cette volonté. […] Intéressantes encore que plus discutées furent les œuvres consacrées au présent de la RDA, encore que les visiteurs aient été surpris de ne pas trouver autant d'œuvres représentant le courant ‚réalisme socialiste' si décrié ici, et dont ils croyaient qu'il constituerait l'essentiel de l'exposition."

rend die EFA in Valenciennes keinen Raum von der Stadt bekommen hatten, wurde die Ausstellung in Douai im Rathaus und in Lille in einem öffentlichen Museum gezeigt. Die in Lille darüber entstandene Kontroverse hatte der Bürgermeister (SFIO) zugunsten der für die Stadt kostenlosen Ausstellung entschieden.[269] Sowohl in Douai als auch in Lille hatte es im Vorfeld eine enge Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden gegeben. In Douai war man bei der Aufhängung der Werke durch den Konservator eines städtischen Museums unterstützt worden, in Lille hielt der Konservator (PSU) eines städtischen Museums sogar die einführende Rede. Einer der Gründe für die Unterstützung in Lille ist wohl auch in der DDR-Reise des dort amtierenden Kulturdezernenten und seiner Begeisterung für die großen Museen in Ost-Berlin zu sehen. In beiden Städten erschien zur Vernissage jeweils die lokale Prominenz aus Kultur und Politik, darunter Stadträte, Museumsdirektoren, Professoren und Künstler, und in Lille war sogar der norwegische Konsul unter den Besuchern. Insgesamt wurde die Zahl der Besucher während der jeweiligen Ausstellungsdauer von zehn Tagen in Valenciennes und Douai auf 800, in Lille auf 600 Personen geschätzt.[270] Ebenfalls präsent war die lokale Presse, die nicht nur über die Ausstellung, sondern im Zusammenhang mit der Ausstellung erstmals auch über die DDR berichtete.[271] Weil in manchen Artikeln von den durch die EFA organisierten inoffiziellen Städtepartnerschaften die Rede war, sah sich der Bürgermeister von Valenciennes sogar zu einer öffentlichen Klarstellung veranlasst, dass seine Stadt nur mit einer westdeutschen Partnergemeinde verbunden sei. Insgesamt war die Ausstellung für die EFA ein großer Erfolg, denn es gelang ihr auf diesem Weg, breite Kreise der Gesellschaft für ihre eigenen Aktivitäten und für das Problem einer Normalisierung der französisch-ostdeutschen Beziehungen zu sensibilisieren.[272]

[269] Ibid.: Undatierter Bericht von André Simoëns über die Ausstellung „L'art graphique en RDA" in Lille (12. 12.–22. 12. 1964): „On nous propose une exposition que je juge valable et susceptible d'ajouter au rayonnement culturel de Lille. Nous aurions mauvaise grâce à la refuser."

[270] Ibid.: Berichte von Jean Chabbert, Jacques Verger und André Simoëns über die Ausstellung „L'art graphique en RDA" in Valenciennes, Douai und Lille; für Douai berichtete Verger: „Cette affluence était, au dire même d'employés municipaux, tout à fait exceptionnelle pour la ville de Douai."

[271] Ibid.: Bericht von Jean Chabbert vom 3. 3. 1965 über die Ausstellung „L'art graphique en RDA" in Valenciennes: „Mais malgré les appréciations diverses qu'ils [Kommentare der Presse – Ch. W.] peuvent bien exprimer, ils constituent néanmoins un progrès dans la mesure où la presse locale dans son ensemble parla de la RDA, chose qu'elle n'avait encore jamais faite …"

[272] Ibid.: Undatierter Bericht von Jacques Verger über die Ausstellung „L'art graphique en RDA" in Douai (9. 1.–18. 1. 1965): „Le succès remporté par cette exposition permet de penser que de telles manifestations culturelles sont un excellent moyen de faire connaître la République démocratique allemande, dans certains milieux et certaines couches sociales qui ne viennent qu'avec réticence à d'autres manifestations." Cf. ibid.: Undatierter Bericht von André Simoëns über die Ausstellung „L'art graphique en RDA" in Lille: „La réception qui suivit permit d'élargir le débat artistique au problème plus général de la normalisation des relations entre la France et la RDA. […] On en a beaucoup parlé dans l'arrondissement de Lille, en particulier pour souligner que cette exposition d'artistes d'un pays non reconnu avait obtenu le droit de s'installer dans un musée municipal."

Im Sinne eines wechselseitigen Kulturaustausches richtete der *Cercle Dürer* 1965 auch eine Ausstellung mit zeitgenössischer französischer Grafik in der DDR aus. Dank der guten Kontakte von James Pichette und sicherlich auch derjenigen von Henri Laugier zu den bedeutenden Malern und Grafikern ihrer Zeit beteiligten sich an dieser Ausstellung nahezu ausnahmslos alle in Frankreich arbeitenden Künstler von Rang und Namen, darunter Pablo Picasso, Hans Arp, Joan Miró, Serge Poliakoff, André Masson, Pierre Tal-Coat, Ossip Zadkine und Alberto Giacometti. Insgesamt stellten fast 140 Künstler ihre Werke zur Verfügung[273], unter ihnen auch Vertreter des sozialistischen Realismus in Frankreich wie etwa André Fougeron. Sie spielten aber, anders als ursprünglich vorgesehen, nur eine untergeordnete Rolle. Pierre Mazars, Kritiker für *Le Figaro littéraire*, war von diesem Querschnitt durch die zeitgenössische Grafik seines eigenen Landes derart begeistert, dass er das Fehlen einer vergleichbaren Ausstellung in Frankreich ausdrücklich bedauerte.[274] Mazars war Mitglied einer von James Pichette geleiteten Delegation des Dürer-Kreises, der neben Künstlern auch Journalisten angehörten und die anlässlich der Ausstellungseröffnung im September 1965 in die DDR reiste.[275] Nachdem die Schau bis November 1965 im Berliner Bode-Museum zu sehen war, wurde sie zunächst in Magdeburg, Halle und Leipzig gezeigt und kam in den folgenden Jahren auch noch in die Tschechoslowakei und nach Polen.[276]

Parallel zur Ausstellung grafischer Kunst aus der DDR zeigte man in Paris anlässlich des 15. Jahrestages der DDR auch eine Ausstellung mit ostdeutschen Werbeplakaten für Kino und Theater. Ihren Ausgang nahm sie in einer ebenfalls vom Dürer-Kreis im Mai 1964 organisierten Delegationsreise französischer Werbegrafiker in die DDR.[277] Auslöser für das Interesse an diesem Bereich ostdeutscher Alltagskunst dürfte einmal mehr das französische Interesse für Brecht gewesen sein, denn die hier vor allem gezeigten Plakate des Berliner Ensembles waren Teil und zugleich Ausdruck der Brecht'schen Theaterkonzeption. Einer der wichtigsten Bühnenbildner Brechts, Karl von Appen, war auch für die Plakate des Berliner Ensembles verantwortlich. Vor dem Hintergrund der in Frankreich ökonomischen Zwängen unterworfenen Werbegrafik betonte Maurice Gouju im Einleitungstext zur Ausstellung die künstlerische Freiheit seiner Kollegen in der DDR: Stünde bei einem französischen Kinoplakat aus kommerziellen Gründen der oder die Hauptdarsteller im Mittelpunkt, dürfe es bei einem ostdeutschen Kinoplakat

[273] AEFA, L'art graphique en France: Liste der ausgestellten Werke.

[274] Pierre Mazars, Romantique Allemagne, in: Le Figaro littéraire vom 16. bis zum 22. 9. 1965: „Il n'était prévu, à l'origine, qu'une exposition d'art figuratif, mais le cercle Dürer, instigateur de la manifestation, a insisté pour que des artistes comme Arp, Schneider, Messagier, Chavignier soient représentés. D'où le panorama le plus complet de la gravure et de la lithographie française qui ait sans doute jamais été fait. À l'étranger comme en France."

[275] AEFA, L'art graphique en France: Brief der EFA, Pichette, vom 3. 6. 1965 an die Mitglieder des Cercle Dürer; sowie AEFA, Expositions en France: Undatiertes Pressekommuniqué des Cercle Dürer.

[276] Ibid.

[277] Ibid.: Rundschreiben der EFA, Gouju, vom 21. 4. 1964; sowie AEFA, Cercle Dürer: Teilnehmerliste für die DDR-Reise französischer Werbegrafiker.

die Kunst bleiben.[278] Auch diese Ausstellung wanderte in den folgenden Jahren in Frankreich durch jene Städte, in denen die EFA mit lokalen Komitees vertreten waren.

Die erste Ausstellung, die der Dürer-Kreis in Zusammenarbeit mit einem französischen Museum organisierte, war dem bedeutenden ostdeutschen Kunstschmied und Bildhauer Fritz Kühn gewidmet. Wie bei der grafischen Kunst aus der DDR – einer Ausstellung, bei der Kühn ebenfalls vertreten war – gründete das Interesse der französischen Seite auf der „humanistischen" Diktion des Künstlers.[279] 1966 wurde ein entsprechender Vorschlag James Pichettes von der Programmkommission des *Musée des arts décoratifs* angenommen.[280] Zu dieser Entscheidung dürften die für das private Museum sehr günstigen Konditionen nicht unerheblich beigetragen haben: Die DDR war bereit, sämtliche Kosten für Transport, Versicherung, Installation und den Katalog zu übernehmen. Weil Umbauarbeiten im Museum andauerten, kam die Ausstellung jedoch nicht wie geplant im Sommer 1967 zustande.[281] Eine weitere Verzögerung trat 1968 ein; infolge der Ereignisse in Prag entschloss man sich, die Eröffnung der Ausstellung auf April 1969 zu verschieben.[282] Erst im Dezember 1968 fand in den Räumen der EFA eine vorbereitende Sitzung aller an dieser Ausstellung beteiligten Personen statt.[283] Obwohl die Ausstellung in einem Museum präsentiert wurde, waren die EFA in größerem Umfang an ihrer Vorbereitung beteiligt: Sie übernahmen die Kosten für die Werbung und für den Druck des Katalogs und sie waren für das Aus- beziehungsweise Einladen der Transportkisten sowie ihre Aufbewahrung während der Ausstellung zuständig. Insgesamt verschickte das Museum 10 000 Einladungen, davon 4000 an Personen, die dem Netzwerk der EFA nahestanden.[284] Die Arbeitsteilung zwischen dem Ministerium für Kultur der DDR, den EFA und dem Museum war auch Thema eines Gesprächs, welches ein Vertreter des Museums noch im selben Monat in Ost-Berlin mit Vertretern des Ministeriums für Kultur führte.[285] Die künstlerische

[278] AEFA, Expositions en France: Einleitungstext von Maurice Gouju für die Ausstellung „Graphistes publicitaires": „Il n'en est pas de même en RDA où les conditions socio-économiques ont remis en question la valeur commerciale de l'affiche culturelle, la valeur de la vedette comme critère artistique en matière d'art graphique. Ainsi débarrassé de ces exigences, le graphiste peut remplir pleinement son rôle de créateur en toute liberté d'imagination."

[279] Ibid.: Undatierter Nachruf von James Pichette auf Fritz Kühn: „Fritz Kühn, ami de l'homme, avait un sens réel de la fraternité exaltante, avec un sens profond de l'humanisme. […] Socialiste convaincu, chrétien sincère, ardent pacifiste, Fritz Kühn désirait que tous les hommes soient frères, quelles que fussent leurs options politiques ou philosophiques."

[280] AEFA, Cercle Dürer: Brief des Musée des arts décoratifs, Mathey, vom 2. 8. 1966 an Pichette: „Je suis heureux que ce vieux projet sorte enfin de ses cartons et je suis convaincu que cette œuvre trouvera à Paris un public intéressé."

[281] Ibid.: Brief des Musée des arts décoratifs, Mathey, vom 27. 9. 1967 an Pichette.

[282] AEFA, Commission culturelle: Protokoll der Sitzung des Cercle Dürer am 10. 9. 1968.

[283] AEFA, Cercle Dürer: Brief der EFA, Lenoir, vom 27. 11. 1968 an das Musée des arts décoratifs, Lépine.

[284] Ibid.: Brief der EFA, Lenoir, vom 14. 11. 1968 an das MfK, Gruner.

[285] Ibid.: Zusammenfassung der Gespräche zwischen Gruner, Baltschun und Lépine vom 17. 12. bis 20. 12. 1968.

Konzeption und die Gestaltung des Katalogs hatte nach dem Tode Fritz Kühns 1967 dessen Sohn Achim übernommen.[286]

Obwohl die Werkschau Kühns nur einen Monat zu sehen war, wurde sie umfassend von der französischen und internationalen Presse rezipiert. Dabei blieb auch die von Marcel Cornu im Vorwort des Katalogs geäußerte Kritik am Fehlen kultureller Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR nicht ungehört.[287] So bedauerte Paule-Marie Grand-Chastel in *Le Monde*, dass man dieses bedeutende Werk erst mit großer Verspätung habe kennenlernen können.[288] Auch in *Le Figaro* wurde ein gewisses Bedauern zum Ausdruck gebracht. Nur bezog sich dies nicht auf die fehlenden Beziehungen, sondern auf die Unzulänglichkeit der deutsch-französischen Beziehungen insgesamt, ohne dabei zwischen DDR und Bundesrepublik zu unterscheiden.[289]

Um von den umfangreichen Werbemaßnahmen über die kurze Ausstellungsdauer hinaus zu profitieren, entschloss man sich auch in diesem Fall, eine Wanderausstellung vorzubereiten. Da keine Originale gezeigt werden konnten, bat man das Ministerium für Kultur um die Bereitstellung von Abgüssen und Fotografien.[290] Insgesamt nahm die Zahl derartiger von den EFA organisierter Wanderausstellungen in den folgenden Jahren stetig zu. 1972 wurden zwölf solcher Ausstellungen in ganz Frankreich insgesamt sechzigmal gezeigt.[291] Am häufigsten zu sehen war zwischen 1968 und 1972 eine Ausstellung mit Fotografien von Willy Ronis.[292] Ronis, selbst Mitglied des Dürer-Kreises und einer der bedeutendsten Fotografen seiner Zeit, wurde von den EFA beauftragt, eine Dokumentation über die DDR zu erstellen.[293] 1967 bereiste er daraufhin zweimal die DDR und fotografierte dort Landschaften, Sehenswürdigkeiten, Museen, Theater, Schulen und Betriebe. Seine Bilder zeigen Alltagssituationen der ostdeutschen Gesellschaft, die dem französischen Betrachter einen Eindruck relativer Vertrautheit und Nähe

[286] Ibid.: Brief von Achim Kühn vom 16. 11. 1968 an Pichette.

[287] Ibid.: Einleitungstext von Marcel Cornu: „Par la faute des circonstances historiques générales. Parce qu'entre le pays de Fritz Kühn, qu'est la République démocratique allemande, et nous, les circuits normaux des relations artistiques se sont trouvés coupés."

[288] Paule-Marie Grand-Chastel: Un très grand ouvrier du métal: Fritz Kühn, in: Le Monde vom 8. 5. 1969: „L'emploi des techniques nouvelles spécialement pour la ‚mise en couleur' des surfaces, et l'usage, après le fer, du cuivre, de l'aluminium, du bronze et du laiton augmentent beaucoup les ressources expressives de cette métallurgie exemplaire. Ils ajoutent la sensibilité à la vigueur. L'attention rebondit de l'une à l'autre: une exposition convaincante, belle et sincère, à laquelle on ne peut reprocher que d'avoir trop tardé."

[289] Sabine Marchand: Un ferronnier allemand et un photographe français, in: Le Figaro vom 24. 4. 1969: „L'œuvre du ferronnier d'art Fritz Kühn était jusqu'alors ignorée en France tant il est vrai que les échanges artistiques entre deux pays aussi proches que l'Allemagne et la France peuvent rester insuffisants."

[290] AEFA, Commission culturelle: Protokoll der Sitzung des Cercle Dürer am 10. 9. 1968.

[291] AEFA, VI[e] Congrès national: Statistik „Expositions en France".

[292] Cf. Neumann, 1967 – Image(s) de la République démocratique allemande; sowie dies., Wie erscheint sie so schön … – Bilder von der DDR für ein französisches Publikum; Nathalie Neumann bereitet zu diesem Thema eine Dissertation vor.

[293] AEFA, Commission culturelle: Brief der EFA, Castellan, vom 22. 11. 1967 an das MAE, DGRC, Basdevant.

vermitteln konnten.[294] Im Mittelpunkt steht dabei immer der Mensch – Ronis gilt als Vertreter der humanistischen Fotografie. Politische Symbole, wie Fahnen oder Uniformen, finden sich demgegenüber kaum. Auch die innerdeutsche Grenze wurde nicht thematisiert. Stattdessen gibt es eine romantisierende Aufnahme von der aus französischer Sicht so bedeutsamen Oder-Neiße-Grenze.[295] Anders als von den EFA geplant, wurde die Ausstellung 1968 nicht in der französischen Nationalbibliothek in Paris, sondern anlässlich des dritten EFA-Nationalkongresses in Montreuil eröffnet. Allein bis zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen war sie anschließend im Kontext der Anerkennungsbewegung in ganz Frankreich über achtzigmal zu sehen.[296]

Im Zuge der Anerkennungsbewegung wurde das Engagement der für kulturelle Angelegenheiten zuständigen Instanzen der EFA zunehmend politischer. Noch bevor sich Willy Brandt in seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 für Kulturbeziehungen zwischen den Staaten des Westens und der DDR aussprach, betraute die Kulturkommission den Dürer-Kreis mit der Organisation einer „Woche zur Normalisierung der Kulturbeziehungen zwischen Frankreich und der DDR" im April 1970 – eine Veranstaltung, die zwei Jahre zuvor unter dem Titel „Woche der kulturellen Zusammenarbeit" abgesagt worden war.[297] Aus diesem Anlass wurden französische Musiker, Wissenschaftler, Juristen, Cineasten und Sportler eingeladen, für eine Woche nach Dresden und Berlin zu reisen, um dort mit ostdeutschen Kollegen über die französisch-ostdeutschen Kulturbeziehungen zu diskutieren.[298] Die französischen Teilnehmer sollten bei dieser Gelegenheit zudem ein an den französischen Minister für Kultur adressiertes Schreiben aufsetzen, um die gewünschte Normalisierung einzufordern.

## Der *Cercle Bach*: Austausch im Bereich Musik

Ein Ergebnis dieser Reise war die Schaffung eines *Cercle Bach* innerhalb der EFA, eines Fachzirkels für Musiker und Musikwissenschaftler. Dieser Bach-Kreis war Nachfolger des in den 1950er Jahren gegründeten Beethoven-Kreises[299], dessen Aktivitäten durch die Nicht-Gewährung von TTD/Visa in den 1960er Jahren erheblich eingeschränkt worden waren. Während Grafiken oder Skulpturen aus der DDR auf die Reise nach Frankreich geschickt werden konnten, war dies für Musiker beziehungsweise Orchester aus der DDR lange Zeit nicht möglich. Umgekehrt organi-

294 In einem im März 1997 mit Nathalie Neumann geführten Interview erklärte Ronis dies sogar als Anliegen seiner Reportage; cf. Neumann, 1967 – Image(s) de la République démocratique allemande, S. 704: „Das Ziel von Willy Ronis war es, ‚eine ganz gewöhnliche Gesellschaft zu zeigen, deren Leben dem unseren ähnlich ist', mit ‚unserem' meint er sein Publikum in Frankreich."

295 Siehe Abbildung S. 100.

296 AEFA, VI[e] Congrès national: Statistik „Expositions en France".

297 AEFA, Commission culturelle: Protokolle der Sitzungen der EFA-Kulturkommission am 30. 6. 1969 und 20. 10. 1969.

298 Ibid.: Protokoll der Sitzung des Dürer-Kreises am 2. 10. 1969.

299 Siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel Entstehung und Aktivitäten weiterer Fachzirkel in den 1950er Jahren (Zweiter Teil, B., I., 3.).

sierten die EFA seit 1963 auf Grundlage der durch den Beethoven-Kreis etablierten Kontakte Reisen für Delegationen französischer Musiker. Die DDR-Reise einer solchen Delegation unter Leitung des Komponisten Jean-Paul Holstein führte etwa zur Bereitstellung von Stipendien für Studenten des Pariser Konservatoriums (CNSM) durch die DDR.[300] 1967 war im Rahmen der EFA-Kulturkommission erstmalig von einer Reaktivierung des Beethoven-Kreises die Rede. Dieser Aufgabe hatte sich der Dirigent Jacques Michon verschrieben.[301] Als Grundlage diente Michon eine Liste mit knapp zwanzig französischen Musikern, Komponisten und Musikstudenten, die in den letzten Jahren Reisen in die DDR unternommen hatten, sowie von jenen Musikern, die dem EFA-Nationalkomitee zu diesem Zeitpunkt angehörten.[302] Geplant war unter anderem die Reise einer Delegation in die DDR, um mit dem ostdeutschen Debussy-Kreis die Möglichkeiten eines fachspezifischen Austausches zu besprechen.[303] Als einer der Gründe für das Misslingen dieser Initiative können die Ereignisse in Prag 1968 angenommen werden. Noch im selben Jahr trat das Musikwissenschaftler-Ehepaar Brigitte und Jean Massin (international renommierte Beethovenforscher), um die der Beethoven-Kreis zehn Jahre zuvor entstanden war, aus den EFA aus und beendete damit jegliches Engagement zugunsten der DDR.[304]

Tatsächlich wurde ein entsprechender Fachzirkel erst 1970 wiederbelebt. Namensgeber war nunmehr Johann Sebastian Bach, dessen Lebens- und Wirkungsstätten sich sämtlich mit dem Gebiet der DDR in Verbindung bringen ließen. Die Reise eines französischen Organisten in die DDR wurde in diesem Kontext als „Pilgerfahrt in die Heimat Bachs" bezeichnet.[305] Demgegenüber stand Beethoven auch für die Hauptstadt der Bundesrepublik, wo er 1970, zu seinem 200. Geburtstag, ausgiebig gefeiert wurde. Zwar gab es aufgrund des Ausscheidens der Massins keine personelle Verbindung zwischen den beiden Fachzirkeln, dennoch lässt sich eine gewisse Kontinuität in institutioneller Hinsicht feststellen. Eines der Mitglieder des neu gegründeten Bach-Kreises war Generalsekretär der *Fédération musicale populaire*, deren ehemaliger Präsident Louis Durey auf Vermittlung der EFA und des Beethoven-Kreises bereits in den 1950er Jahren enge Kontakte mit Kollegen in der DDR gepflegt hatte.[306]

[300] AEFA, Cercle Bach: Brief der EFA, Lenoir, vom 23. 5. 1965 an Holstein.

[301] AEFA, Commission culturelle: Protokolle der Sitzungen der EFA-Kulturkommission am 21. 12. 1967.

[302] AEFA, Cercle Bach: Brief der EFA, Lenoir, vom 26. 1. 1968 an Michon: „C'est une liste assez théorique de gens généralement occupés et, sans doute, s'il ne faut pas négliger les personnalités qu'elle comprend, ne faut-il pas, non plus, attendre trop de leur collaboration. Aussi, je pense que le mieux serait de rechercher autour de vous un noyau de musiciens, musicologues ou mélomanes intéressés par ce travail. Leur nombre s'en augmenterait, petit à petit, au fur et à mesure de l'activité du cercle."

[303] AEFA, Commission culturelle: Protokoll der Sitzung der EFA-Kulturkommission am 1. 4. 1968.

[304] Siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel zur DDR als Projektionsfläche politischer Utopien (Erster Teil, III.).

[305] AEFA, Cercle Bach: Brief von France-RDA/Soissons, Verneiges, vom 10. 4. 1976 an France-RDA, Lenoir: „Il s'agirait pour lui [Jean-Louis Gil, Organist – Ch. W.] d'une sorte de pèlerinage au pays de J. S. Bach et ce sont naturellement les villes où ce dernier a vécu qui l'attirent le plus."

[306] Siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel Entstehung und Aktivitäten weiterer Fachzirkel in den 1950er Jahren (Zweiter Teil, B., I., 3.).

Wichtigste Person bei der Gründung des Bach-Kreises war Jean de Solliers, Produzent beim staatlichen Rundfunk in Frankreich, der sich bereits an der Organisation der „Woche der Normalisierung der kulturellen Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR" im April 1970 beteiligt hatte.[307] Er interessierte sich insbesondere für die Musikerziehung, für die Organisation und Aufzeichnung musikalischer Veranstaltungen sowie für das Varieté in der DDR. Sein Aufenthalt in der DDR galt der Wiederherstellung von Kontakten zum ostdeutschen Debussy-Kreis, der Arbeit an einer Dokumentation über das Musikleben in der DDR für eine umfassende Reportage sowie der Anbahnung von Kontakten zwischen den Radiogewerkschaften beider Länder.[308] Wenige Wochen nach seiner Rückkehr sendete die ORTF im Mai 1970 eine Reportage über Dresden sowie Interviews mit Irene Gysi, Hermann Kant und Gerhard Leo.

Im Oktober 1970 reiste schließlich das gesamte Präsidium des Bach-Kreises, dem neben de Solliers der Generalsekretär der *Fédération musicale populaire*, Emmanuel Jacquin, und der Musikschulleiter Jean Le Trocquer angehörten, in die DDR, um mit den zuständigen Vertretern des Ministeriums für Kultur den von beiden Seiten gewünschten Austausch auf dem Gebiet der Musik zu konkretisieren. Man einigte sich auf die Teilnahme französischer Musiker und Komponisten an der Beethoven-Woche (Max-Pol Fouchet, Daniel Chabrun und Dominique Merlet), der Biennale in Ost-Berlin (mit fünf Komponisten) und dem Internationalen Musikseminar in Weimar (mit zwei Professoren). Außerdem wurden bei dieser Gelegenheit Kontakte zum ostdeutschen Rundfunk geknüpft; man beabsichtigte Aufnahmen zeitgenössischer Musik beider Länder auszutauschen, um diese Musik im eigenen Land bekannt machen zu können.[309]

In den folgenden Jahren kamen weitere Reiseprojekte hinzu. 1972 bereiste eine Delegation mit Direktoren von Musikhochschulen und lokalen Musikschulen die DDR.[310] Das Ziel dieser Reise, wie auch das einer vom Bach-Kreis initiierten Wanderausstellung über das Musikleben in der DDR, war es, über das ostdeutsche System der Musikerziehung in Frankreich zu informieren; dies bezog sich nicht allein auf den Musikunterricht, sondern umfasste alle Bereiche der musikalischen Bildung bis hin zur Volksbildung, etwa der Organisation von Konzertreihen für Arbeiter.[311] Außerdem beschloss man, Beobachter des Bach-Kreises unter anderem zum Bachwettbewerb in Leipzig und zum Musikkongress der DDR zu entsenden sowie einige Musikwissenschaftler zu den Mendelssohn-Festtagen der DDR 1972 zu delegieren.[312]

[307] AEFA, Cercle Bach: Brief von de Solliers vom 1. 2. 1970 an die EFA, Lenoir: „Tout ce travail me passionne, et je vous remercie beaucoup de votre confiance, dont je m'efforcerai de ne pas être trop indigne."

[308] Ibid.: Planung für die DDR-Reise vom 5. 4. bis zum 12. 4. 1970, als Beilage zu einem Brief von de Solliers vom 1. 2. 1970 an die EFA, Lenoir.

[309] Ibid.: Protokoll der Sitzung des Cercle Bach am 10. 11. 1970.

[310] Ibid.: Protokolle der Sitzungen des Cercle Bach am 21. 09. 1971 und 7. 3. 1972.

[311] Ibid.: Undatierte Planung für die Delegationsreise vom 4. 4. bis zum 8. 4. 1972; sowie Brief von Jacquin vom 13. 12. 1971 an die EFA, Lenoir.

[312] Ibid.: Protokolle der Sitzungen des Cercle Bach am 11. 1. 1972 und 7. 3. 1972.

Im Kontext der Anerkennungsbewegung organisierte Emmanuel Jacquin, Mitglied des Präsidiums des Bach-Kreises, 1971 in Frankreich in seiner Funktion als Generalsekretär der *Fédération musicale populaire* zudem die Tournee einer ostdeutschen Bläservereinigung durch jene Pariser Vorstädte, die mit Städten in der DDR Partnerschaften unterhielten. Die insgesamt neunzehn Konzerte boten Raum für zahlreiche politische Aktivitäten der EFA, insbesondere zur Sammlung von Unterschriften für die Petition zugunsten der Anerkennung der DDR.[313] Auch wenn zahlreiche weitere Projekte nicht zustande kamen, erlangte der Bach-Kreis innerhalb der EFA zwischen 1970 und 1972 die Funktion des zentralen kulturellen Gremiums – was nicht zuletzt auf die im selben Zeitraum rückläufigen Aktivitäten von Dürer-Kreis und Kulturkommission zurückzuführen ist. Hatte James Pichette 1966 auf dem zweiten Nationalkongress der EFA das Referat über den Zustand der kulturellen Beziehungen gehalten, so fiel diese Aufgabe 1972 anlässlich des fünften Nationalkongresses Jean de Solliers als Präsident des Bach-Kreises zu.[314]

Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1973 trafen sich Vertreter des Bach-Kreises mit Vertretern des Debussy-Kreises zu einer gemeinsamen Sitzung in Berlin, um die Möglichkeiten zu erörtern, wie unter den veränderten politischen Rahmenbedingungen der Austausch auf dem Gebiet der Musik weiter auszubauen und zu vertiefen sei. Dabei wurde unter anderem eine Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Rundfunkstationen beider Länder vorgesehen, um das Interesse an zeitgenössischer Musik zu wecken und zu befriedigen. Es ging außerdem darum, die Organisation von Meisterkursen mit französischen Interpreten in Weimar, regelmäßige Treffen von Komponisten beziehungsweise Musikwissenschaftlern beider Länder sowie die Schaffung einer französischen Sektion der gesamtdeutschen Neuen Bachgesellschaft vorzubereiten. Von zentraler Bedeutung blieb der Austausch von Künstlern: Für die Saison 1974/75 plante man eine Kammermusikreihe mit französischer Musik und französischen Gästen in der DDR im Austausch mit einer Kammermusikreihe in Frankreich, bei der Werke von DDR-Komponisten durch ostdeutsche Musiker aufgeführt werden sollten.[315]

## 2. Vom Deutschen Theater zur *Comédie-Française* – die Anerkennung der „patrie de Brecht"

Nach dem Ende von Berlin- und Kuba-Krise steht das Jahr 1963 für einen Neuanfang in den kulturellen Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR. Während die EFA begannen, ihre Aktivitäten in diesem Bereich zu intensivieren, tole-

[313] Ibid.: Brief der Fédération musicale populaire, Jacquin, vom 1. 6. 1971 an die EFA, Lenoir.

[314] Rencontres 41 (Febr.–Apr. 1966) und Rencontres 72 (Sept.–Okt. 1972); cf. auch AEFA, Cercle Bach: Protokoll der Sitzung des Cercle Bach am 7. 3. 1972; sowie AEFA, V$^{e}$ Congrès national: Brief von Pichette vom 3. 5. 1972 an de Solliers.

[315] AEFA, Cercle Bach: Protokoll der gemeinsamen Sitzung von Cercle Bach und Debussy-Kreis am 3. 5. 1973 in Berlin; franz. Teilnehmer: Jean Le Trocquer, Emmanuel Jacquin und Michel Cukier.

rierte der *Quai d'Orsay* nach einer Zeit nahezu vollständiger Funkstille wieder einzelne Kontakte. Unerlässliche Bedingung war fortan die strikte Vermeidung eines offiziellen Anstrichs derartiger Kontakte.[316] 1963 interessierte man sich im Außenministerium ebenfalls erneut auch für die Situation des Französisch-Unterrichts in der DDR.[317]

Nachdem im Frühjahr 1964 zudem die Visa-Bestimmungen für die Einreise ostdeutscher Künstler und Wissenschaftler in NATO-Staaten gelockert wurden, meldete auch das Pariser *Théâtre des nations*, das seit 1960 auf die Gastspiele ostdeutscher Ensembles hatte verzichten müssen, Interesse an der Wiederbelebung alter Traditionen an. Um ein Gastspiel des Berliner Ensembles im Sommer 1965 zu rechtfertigen, erinnerte der Direktor des Festivals an die großen Erfolge des Berliner Ensembles und der Komischen Oper in den 1950er Jahren.[318] Es war jedoch genau dieser Erfolg, der einem weiteren Gastspiel nun im Wege stand. Der Zeitpunkt für eine positive Entscheidung, die sich aufgrund des großen französischen Interesses für Brecht nicht hätte verheimlichen lassen, war nach Auffassung des französischen Außenministeriums denkbar ungünstig, da sie den ohnehin unter schwierigen Vorzeichen stehenden Arbeitsbesuch von Bundeskanzler Ludwig Erhard im Januar 1965 in Rambouillet zusätzlich belastet hätte.[319]

Die Frage nach dem Prestige einer Veranstaltung, nach dem Grad ihrer Öffentlichkeit war in dieser Zeit entscheidend für ihre Genehmigung durch den *Quai d'Orsay* – unabhängig davon, ob es sich um rein private Initiativen oder um Projekte staatlich subventionierter Einrichtungen handelte. 1963 hatte man deshalb im allerletzten Moment die Verwirklichung eines Vorhabens von Raymond Nacenta, dem Leiter der berühmten Pariser *Galerie Charpentier*, verhindert. Nacenta beabsichtigte, eine Auswahl von Meisterwerken aus der Dresdner Gemäldegalerie zu zeigen. Unter den veränderten außenpolitischen Rahmenbedingungen griff er dieses Projekt 1965 wieder auf. Selbst für die beim Verleih derartiger Kunstwerke notwendige Rückgabegarantie schien eine Regelung gefunden worden zu sein:

316 AMAE, RDA 1961–1970, 72: Schreiben des MAE, S/DEUC, vom 1. 4. 1963 an das Ministère des Armées, division Renseignement (es ging um den Austausch von Zeitschriften und Dokumentationen zwischen dem Service biologique et vétérinaire des armées und der Landwirtschaftsakademie der DDR).

317 Ibid.: Schreiben des GMBF, Le Roy, vom 4. 11. 1963 an das MAE: „Il semble que l'on puisse difficilement imaginer une situation plus défavorable pour l'expansion de la langue française."

318 Ibid.: Brief des TDN, Julien, vom 18. 11. 1964 an das MAE, DGACT, Basdevant: „Nos programmes sont établis en fonction des demandes qui nous parviennent et par les voies habituelles, des contacts avec les ambassades, des voyages et des recherches. À ce propos, les troupes de l'Allemagne de l'Est sont toujours candidates et il est évident que du point de vue de notre travail il est infiniment regrettable que nous n'ayons pu pendant des années accepter la candidature de ces compagnies. À Paris, nous n'avons pas oublié l'extraordinaire qualité du Berliner Ensemble et les réalisations étonnantes, sur le plan lyrique, de Monsieur Felsenstein."

319 Ibid.: Note der S/DEUC vom 3. 12. 1964 für die DGACT: „Cependant, compte tenu de l'importance de la troupe de Brecht et du renom qu'elle s'est acquis, il conviendrait d'informer l'ambassade d'Allemagne à Paris de la décision qui sera prise avant que celle-ci ne devienne publique." Handschriftl. Anmerkung von Yves Pagniez: „Il faudra reprendre la chose cet hiver à un moment plus favorable."

Um jeglichen Kontakt auf offizieller Ebene zu vermeiden, sollte die französische Regierung nicht der DDR, sondern der Pariser Galerie eine Garantie ausstellen; die DDR hätte sich in diesem Fall mit einer Kopie zufriedengegeben. Trotz auch für den *Quai d'Orsay* akzeptabler Lösungen für die Umsetzung dieses Ausstellungsprojektes wurde es aufgrund der befürchteten negativen Auswirkungen auf Politik und öffentliche Meinung in der Bundesrepublik und den sich daraus ergebenden Folgen für die französisch-westdeutschen Beziehungen erneut abgelehnt.[320] Ebenfalls abgelehnt wurde eine Anfrage von André Malraux, Bilder aus dem *Louvre* an das Berliner Bode-Museum für eine Ausstellung auszuleihen.[321] Anders als bei den aus der DDR kommenden Bildern, die der *Louvre* 1963 bei seiner großen Delacroix-Werkschau gezeigt hatte, befürchtete man wohl, die politische Inanspruchnahme einer solchen Leihgabe in Ost-Berlin nicht kontrollieren zu können.

Dass der kulturelle Austausch zwischen Frankreich und der DDR grundsätzlich jedoch wieder von der französischen Diplomatie toleriert wurde, zeigt ein ebenfalls 1965 unterbreitetes Ausstellungsprojekt. In diesem Fall handelte es sich um die Arbeiten von Studenten einer ostdeutschen Hochschule für grafische Kunst, die in einer vergleichbaren Institution in Frankreich ausgestellt werden sollten. Das Vorhaben wurde bewilligt, die Genehmigung aber an die Vermeidung von Öffentlichkeit geknüpft.[322]

Als Höhepunkt der kulturellen Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR im Jahr 1965 wurde von ostdeutscher Seite eine Woche des französischen Films in der DDR angesehen, die auf das persönliche Engagement von François Chavanne zurückzuführen ist, dem Leiter des Verbandes französischer Filmproduzenten.[323] Eine im Gegenzug noch für dasselbe Jahr vorgesehene Woche des ostdeutschen Films in Frankreich scheiterte allerdings am Votum des *Quai d'Orsay*. Nach der ersten Ablehnung[324] wies die DGACT in einer zweiten Anfrage auf das mit einer solchen Veranstaltung verbundene kommerzielle Interesse der französischen Filmindustrie hin[325]: Während der Veranstaltung in der DDR, für die von französischer Seite ein erheblicher Aufwand betrieben worden war, hatte die DEFA den

[320] Ibid.: Note der S/DEUC vom 18. 6. 1965: „Compte tenu de la très vive sensibilité des autorités fédérales sur ce sujet, il paraît préférable d'éviter pour l'instant toute manifestation de caractère spectaculaire dans le cadre des échanges culturels avec l'Allemagne de l'Est."

[321] Ibid.: Note der S/DEUC vom 1. 9. 1965.

[322] Ibid.: Note der S/DEUC, Puaux, vom 16. 3. 1965 für die DGACT: „Il conviendrait toutefois d'appeler l'attention du ministre de l'Éducation nationale et des organisateurs sur la nécessité d'éviter, à l'occasion de cette manifestation, une publicité trop voyante, et tout geste revêtant un caractère de propagande."

[323] Ibid.: Schreiben des GMFB, Winckler, vom 12. 4. 1965 an das MAE, S/DEUC; selbst das GMFB war vom erzielten Erfolg verblüfft; aus politischen Gründen wurde die Chambre syndicale de la production cinématographique mit der Durchführung beauftragt, dahinter stand als eigentlicher Organisator Unifrance-Film, cf. AMAE, RDA 1961–1970, 75: Schreiben von Unifrance-Film, Cravenne, vom 17. 10. 1969 an die DGRC, La Ferrière.

[324] AMAE, RDA 1961–1970, 72: Note der S/DEUC vom 20. 4. 1965 für die DGACT.

[325] Ibid.: Note der DGACT vom 6. 8. 1965 für die DEU, Mouton-Brady.

Kauf von etwa zwanzig französischen Filmen in Aussicht gestellt. Bedingung für den Verkauf war jedoch die Durchführung einer vergleichbaren Veranstaltung in Frankreich.[326] Die zu erwartenden Einnahmen von 600 000 FF wären umso willkommener gewesen, als sich die französische Filmindustrie zu dieser Zeit in einer schweren Krise befand.[327] Um die Entscheidung positiv zu beeinflussen, wurde aus der Woche des DDR-Films eine Woche des DEFA-Films gemacht. Aber weder diese Trennung zwischen dem Staat und seiner kulturellen Produktion noch die Information, dass das *Foreign Office* eine vergleichbare Veranstaltung in London toleriert habe[328], konnten eine weitere Ablehnung durch die politische Abteilung des *Quai d'Orsay* verhindern.[329]

Auch auf wissenschaftlicher Ebene wurden im Laufe des Jahres 1965 ganz allmählich wieder Kontakte zugelassen. Und auch hier stand bei jeder Anfrage die zu erwartende Wirkung auf die Bundesregierung im Zentrum der Entscheidung. So wurde Anfang des Jahres unter anderem einem hohen Beamten des Gesundheitsministeriums der Besuch einer internationalen Konferenz in Leipzig verweigert[330], wie auch die Reise französischer Hochschulprofessoren zu einer Festveranstaltung der Bergakademie Freiberg nicht genehmigt wurde. In beiden Fällen befürchtete man negative Auswirkungen auf politischer Ebene.[331] Einem Austausch von Dokumentationsmaterial über den sogenannten programmierten Unterricht (Bezeichnung für eine didaktische Methode des Eigenlernens) und den damit in Verbindung stehenden Problemen der Kybernetik wurde hingegen zugestimmt, solange dies ohne offiziellen Anstrich erfolge.[332] Im Herbst desselben Jahres gab

[326] Ibid.: Undatierte Note von François Chavanne (beigefügt einem Schreiben der Chambre syndicale de la production cinématographique, Chavanne, vom 3. 8. 1965 an das MAE, DGACT): „Sur le plan commercial les résultats de cette manifestation s'avèrent d'ores et déjà très intéressants. Les films présentés ont été achetés et la DEFA paraît décidée à en acquérir un certain nombre d'autres. […] En contrepartie nous avons dû accepter qu'une manifestation similaire soit organisée à Paris en faveur du film allemand. Bien sûr, pour des raisons faciles à comprendre, elle n'aura pas la même ampleur que celle qui s'est déroulée en République démocratique allemande."

[327] Ibid.: Note der DGACT vom 22. 10. 1965 für die DEU: „Les raisons qui amènent la DGACT à demander à la direction politique d'examiner cette requête des productions françaises dans un esprit bienveillant sont d'ordre strictement commercial: non seulement, en effet, les 8 films présentés à Berlin-Est ont été immédiatement vendus dans des conditions satisfaisantes, mais, si la Semaine de la DEFA pouvait se tenir à Paris, c'est un achat d'au moins 20 films français de long métrage, pour une somme d'environ 600 000 FF, qui serait négocié. Au moment où sévit en France, tant sur le marché intérieur qu'à l'exportation, une crise assez sévère dans la production des longs métrages, une telle opération serait de nature à soulager de façon non négligeable la trésorerie de plusieurs grandes entreprises."

[328] AMAE, RDA 1961–1970, 74: Telegramm aus London, de Courcel, vom 10. 11. 1965.

[329] AMAE, RDA 1961–1970, 72: Note der S/DEUC, Toffin, vom 2. 11. 1965 für die DGACT.

[330] Ibid.: Note der S/DEUC vom 17. 2. 1965 für die DGACT.

[331] Ibid.: Undatiertes Schreiben des MAE an das MinED als Antwort auf eine entsprechende Anfrage des MinED vom 10. 2. 1965.

[332] Ibid.: Schreiben des MAE, Tallon, vom 30. 3. 1965 an das MinED: „En effet, vous estimerez sans doute comme moi-même que des contacts de cette nature ne doivent pas engager les institutions officielles ni donner à croire, en aucune façon, qu'ils reçoivent le patronage des autorités françaises."

das Ministerium sogar für die Teilnahme eines Vertreters des *Institut pédagogique national* an einem zu dieser Thematik in Ost-Berlin abgehaltenen Seminar grünes Licht – allerdings unter der Bedingung, dass der Wissenschaftler in West-Berlin wohne.[333] Ebenso erhielten zwei ostdeutsche Physiker die Erlaubnis, an einer wissenschaftlichen Tagung in Frankreich teilzunehmen.[334] In den kommenden Monaten folgten weitere Genehmigungen. Über die Teilnahme eines Franzosen an einer Veranstaltung in der DDR entschied dabei in der Regel dessen Stellung sowie der wissenschaftliche Grad der betreffenden Veranstaltung. So genehmigte der *Quai d'Orsay* die französische Teilnahme an einem Kongress über Schifffahrtstechnik zwar auf der Ebene der Wissenschaftler und Ingenieure, nicht aber auf der Ebene von Beamten des zuständigen Ministeriums.[335] 1966 zahlte man einem Wissenschaftler des CNRS erstmals auch die Anreise zu einem internationalen Kolloquium in Ost-Berlin, das unter der Schirmherrschaft der Akademie der Wissenschaften in Berlin und der Gesellschaft für Chemie der DDR stand.[336]

## Das Gastspiel des Deutschen Theaters 1966: ein offizieller Neubeginn?

Nachdem das *Théâtre des nations* seit 1960 ohne ostdeutsche Beteiligung hatte auskommen müssen, nahm sich der Generalsekretär des Internationalen Theaterinstitutes der UNESCO, Jean Darcante, 1965 dieses Problems an. Die Einladung des TDN galt diesmal jedoch dem Deutschen Theater (kurz DT) aus Ost-Berlin und nicht dem in Frankreich allseits bekannten Berliner Ensemble. Während die DGACT den künstlerischen Wert des Gastspiels unterstrich, begründete die politische Abteilung des *Quai d'Orsay* ihre Zustimmung mit Gastspielen ostdeutscher Ensembles in anderen NATO-Staaten und mit dem Hinweis, dass selbst die Bundesregierung eine Erleichterung der Reisebestimmungen für Ostdeutsche im *Groupe de Bonn* angemahnt habe. Der Minister persönlich gab daraufhin sein Einverständnis für dieses erste Gastspiel eines ostdeutschen Ensembles seit 1960.[337] Dass die Entscheidung einer grundsätzlichen Neuorientierung der französischen Kulturpolitik in Osteuropa entsprach, zeigt die Reaktion des *Quai d'Orsay* auf die

[333] Ibid.: Note der S/DEUC, Toffin, vom 24. 9. 1965 für die DGACT, Poussard.

[334] Ibid.: Note der S/DEUC, Toffin, vom 10. 8. 1965 für den Leiter des Bureau international des poids et mesures.

[335] AMAE, RDA 1961–1970, 73: Note der S/DEUC, Toffin, vom 21. 1. 1966 für die DGACT.

[336] Ibid.: Schreiben des MAE, Bureau des missions, vom 14. 1. 1966 an die franz. Botschaft in Bonn, Auliac: „Le département a accepté de financer les frais de voyage à Berlin de notre compatriote." Handschriftl. Anmerkung dazu: „Il s'agit de ‚Berlin' compris comme ‚Berlin-Ouest', c'est la limite extrême!"

[337] AMAE, RDA 1961–1970, 72: Note der DEU vom 23. 10. 1965 für Lucet: „Les indications en la possession de M. Basdevant laissent penser qu'il s'agit d'une expérience théâtrale fort intéressante. […] La direction d'Europe, en accord avec M. Basdevant, croit devoir formuler un avis favorable à ce projet. La question avait déjà été posée l'hiver dernier, au moment de la venue du Chancelier à Rambouillet. […] Les choses depuis lors ont évolué. La réglementation des déplacements des Allemands de l'Est tend à s'assouplir. L'affaire du Comité olympique l'a prouvé." Handschriftl. Anmerkung: „Le ministre est d'accord."

Überwachung von Jean Darcante, der in dieser Angelegenheit vermittelt hatte: Nach zwei Reisen von Darcante in die DDR, unter anderem, um an einem internationalen Kolloquium über die zeitgenössische Interpretation der Oper teilzunehmen, war seine Assistentin von der Polizei vernommen worden. Die DGACT bat daraufhin das Kabinett des Außenministers um eine entsprechende Intervention beim Innenministerium mit dem Hinweis, dass dieses Vorgehen der derzeit betriebenen Intensivierung der kulturellen Beziehungen mit den Ostblockstaaten schade.[338]

Parallel dazu wurde auch das Gastspiel eines ostdeutschen Ensembles bei dem von Jack Lang geleiteten Internationalen Festival des universitären Theaters in Nancy genehmigt. Bemerkenswert ist hierbei, dass die für Sportveranstaltungen definierten Bedingungen, also das Verbot von DDR-Hymne und -Fahne beziehungsweise -Emblem, erstmals auf eine Theateraufführung übertragen wurden, um der Veranstaltung jeglichen politischen Charakter zu nehmen.[339] Dieselben Regeln galten auch für das Deutsche Theater, das im Programm zudem nur unter der geografischen Zuordnung „Allemagne de l'Est" (und nicht unter der staatlichen Zuordnung „RDA") geführt werden durfte.[340] Auch bei der ersten Frankreich-Tournee des Gewandhausorchesters im Herbst 1966 wurde penibel auf die Einhaltung dieser Richtlinien geachtet.[341]

Zu Beginn der Spielzeit 1965/66 befand sich Jean Darcante auf der Suche nach für das *Théâtre des nations* geeigneten Inszenierungen in Berlin. Während er von den Aufführungen der West-Berliner Theater nicht überzeugt war, zeigte er sich von der Besson'schen Inszenierung der Märchenkomödie „Der Drache" von Jewgeni Schwarz am Deutschen Theater sehr beeindruckt.[342] Bereits im November konnte er mit Zustimmung des *Quai d'Orsay* anlässlich eines vom ITI in Leipzig

[338] AMAE, RDA 1961–1970, 73: Note der DGACT, Basdevant, vom 15. 2. 1966 für das Secrétariat général: „Cette initiative policière provient sans doute du désir légitime de s'informer sur un pays avec lequel nos contacts restent rares. […] Il n'en reste pas moins que ce genre de convocation est fâcheux, et qu'il était même déplacé dans la mesure où l'on s'adressait à l'assistante et non au responsable de la mission." Man bat um eine entsprechende Intervention des Kabinetts beim Innenministerium: „[…] pour lui signaler l'incorrection du procédé et éviter que ces interrogatoires se généralisent, à un moment où nos contacts avec les pays de l'Europe de l'Est s'intensifient."

[339] AMAE, RDA 1961–1970, 72: Note der S/DEUC, Puaux, vom 15. 11. 1965 für die DGACT: „C'est en grande partie sur ces assurances que se fondera le Bureau allié de circulation pour accorder les titres de voyage, documents sur lesquels devront être apposés les visas d'entrée en France."

[340] ANF, 55 AJ, 315: Schreiben des MAC, Generalsekretär, vom 23. 12. 196[5] an das TDN, Barrault.

[341] AMAE, RDA 1961–1970, 73: Schreiben des MAE, S/DEUC, Toffin, vom 24. 10. 19 an das MinInt, Direction générale des Affaires politiques et de l'Administration du territoire; das Schreiben enthält die Aufforderung, die Präfekten der entsprechenden Regionen mit der Kontrolle zu beauftragen. Nach Abschluss der Tournee berichtete das MinInt in seinem Antwortschreiben vom 22. 11. 1966, dass es zu keinerlei Zwischenfällen gekommen sei.

[342] ANF, 55 AJ, 335: ITI, Darcante, vom 12. 10. 1965 an das TDN, Barrault: „Par contre, il y a, au Deutsches Theater, un spectacle qui, littéralement, coupe le souffle: ‚Der Drache' de Schwarz."

organisierten Kolloquiums den offiziellen Kontakt zwischen dem Deutschen Theater und dem *Théâtre des nations* herstellen.[343] Und nur einen Monat später, im Dezember 1965, sicherte Jean-Louis Barrault als Intendant des *Théâtre des nations* dem ostdeutschen Ensemble die volle Unterstützung des TDN-Beirates zu.[344] Wie in früheren Jahren dem Berliner Ensemble wurde auch dem Deutschen Theater ein herausragender Platz innerhalb der Saison, der Abschluss des Festivals, vorbehalten. In den folgenden Monaten setzte die Leitung des TDN alles daran, Schwierigkeiten bei der Vorbereitung dieses lange Jahre erwarteten ostdeutschen Gastspiels aus dem Weg zu räumen, die sich aus der politischen Situation ergaben.[345] Es fiel in eine Übergangssaison des sich bereits seit 1963 in der Krise befindenden *Théâtre des nations.*[346] 1966 arbeitete Barrault an neuen Grundlagen für das Festival; so wurde unter anderem ein internationaler künstlerischer Beirat geschaffen, dem von ostdeutscher Seite nicht nur Helene Weigel und Walter Felsenstein, sondern auch der Brecht-Schüler und Chefregisseur des Deutschen Theaters, Benno Besson, angehörten.[347]

Die sechs Vorstellungen im Juni 1966 waren gut besucht, dennoch war ein echter Besucherandrang erst gegen Ende des Gastspiels zu konstatieren.[348] Dies verdankte sich nicht zuletzt einem überschwänglichen Echo in der französischen Presse.[349] So drängten von Georges Léon *(L'Humanité)* bis hin zur grauen Eminenz der konservativen Pariser Theaterkritik, Jean-Jacques Gautier *(Le Figaro)*, dem bei der Beschreibung der Inszenierung rasch die Superlative ausgingen, fast alle Theaterkritiker ihre Leser, diese Gelegenheit nicht zu verpassen.[350] Die politische Fabel von Schwarz erhielt in den Besprechungen ebenso viel Aufmerksamkeit wie die Inszenierung und die Arbeit des ostdeutschen Ensembles. Die Parabel von

[343] ANF, 55 AJ, 315: Brief der DDR-Sektion des ITI, Kohl, vom 1. 12. 1965 an das TDN, Barrault; Kohl erwähnt darin seine Unterredung mit Darcante, „[…] qui a attiré mon attention […] sur la possibilité de pouvoir présenter au public international à Paris – après un long intervalle dû à des circonstances externes – un théâtre venant de la République démocratique allemande."

[344] Ibid.: Brief des TDN, Barrault, vom 8. 12. 1965 an die DDR-Sektion des ITI, Kohl; bereits Ende November hatte der TDN-Beirat eine entsprechende Entscheidung getroffen, cf. ANF, 55 AJ, 296: Protokoll der Sitzung des TDN-Beirates vom 26. 11. 1965.

[345] So zum Beispiel bei der Beantragung der notwendigen Visa, cf. ANF, 55 AJ, 315: Brief des TDN, Giacomoni, vom 23. 3. 1966 an Benno Besson.

[346] Planson, Il était une fois le Théâtre des nations, S. 60ff.; sowie ANF, 55 AJ, 296: Protokoll der Sitzung des TDN-Beirates vom 26. 11. 1965.

[347] ANF, 55 AJ, 296: Dossier zur Schaffung des Comité artistique international.

[348] ANF, 55 AJ, 315: Übersicht über die Einnahmen des Deutschen Theaters beim TDN; am 14. 6. 1966 waren es 2231 FF, am 18. 6. 1966 waren es bereits 8032 FF.

[349] BNF, Arts et spectacles, 4 SW 781/2: Pressedossier für das Théâtre des nations 1966.

[350] L'Humanité vom 16. 6. 1966 sowie Le Figaro vom 16. 6. 1966: „Que c'est facile d'aimer et d'admirer! Que c'est bon de dire que c'est bien! Comme il est agréable et doux de louer en connaissance de cause! Qu'il est plaisant d'inviter le plus grand nombre de spectateurs possible à se déranger! Et que l'on se sent tranquille lorsqu'on est certain d'être approuvé à l'unanimité! Voilà le meilleur spectacle du Théâtre des nations de cette année. Et de beaucoup d'autres années. Et même le plus excellent, le plus complet (s'il peut y avoir des superlatifs à ces adjectifs qui en sont) que nous ayons vu depuis très longtemps en toutes langues et tous pays, y compris le nôtre." (Jean-Jacques Gautier).

geistiger und seelischer Deformierung durch Gewaltherrschaft und Demagogie wurde dabei entsprechend der offiziellen ostdeutschen Interpretation[351] auf Hitler und den Nationalsozialismus übertragen. Lediglich in der kommunistischen *L'Humanité* wurde die Verbindung zu Stalin gezogen, jenem „Drachen" aus dem historischen Kontext, in dem das Stück 1943 entstanden war.[352] Dass der Erfolg dieser Inszenierung in der DDR auf den zeitlich flexiblen Übertragungsmöglichkeiten der Fabel gründete, wurde hingegen in keiner Besprechung thematisiert. Auch die Verbindung zwischen dem Deutschen Theater und dem zweiten deutschen Staat wurde nur selten explizit hergestellt. So beschränkten sich die meisten Rezensionen, wie etwa in *France Soir*, darauf, vom ostdeutschen Erfolg zu sprechen[353], während *L'Humanité* die triumphale Rückkehr der DDR beim internationalen Festival feierte.[354] Des Öfteren wurde indessen eine Verbindung zu den Gastspielen des Berliner Ensembles gezogen. In der Besprechung von Guy Dumur, Mitbegründer der Zeitschrift *Théâtre populaire*, fand sich gar das von den Kritikern bereits in den 1950er Jahren häufig verwendete Leitmotiv einer Lektion, welche sich die französischen Regisseure von ihren ostdeutschen Kollegen erteilen lassen sollten.[355] Einzig Gilles Sandier *(Arts)* zeigte sich enttäuscht, weil das Deutsche Theater nicht den Erwartungen entspreche, die er in Erinnerung an das Berliner Ensemble an dieses Gastspiel gehabt habe.[356]

Auch die von Wolfgang Heinz und Benno Besson, Intendant und Chefregisseur des Deutschen Theaters, gelegentlich dieses Gastspiels abgehaltene Pressekonferenz ist aufschlussreich hinsichtlich des französischen Interesses für die DDR. Hier ging es, wie schon bei vergleichbaren Pressekonferenzen anlässlich der Gastspiele des Berliner Ensembles, um die Ausstattung ostdeutscher Theater sowie um die Schauspielerausbildung in der DDR. Vor allem aber wurde deutlich, dass das Berliner Ensemble und Brecht für das interessierte französische Publikum in jeder Hinsicht den Fixpunkt darstellten, an dem das Interesse für das Deutsche Theater

[351] Schwarz, Stücke, S. 468–472 (Nachwort von Lola Debüser).

[352] L'Humanité vom 16. 6. 1966: „Si le ‚Dragon' de cette comédie peut avoir plusieurs noms, il ne faudrait pas lui en inventer trop. Ce serait contraire à ses intentions et risquerait de déformer une pensée lucide: l'histoire l'a prouvé qui fit justice un jour de la réalité stalinienne. Mais qu'on n'aille pas au-delà! La mort de l'auteur, en 1958, rappelons-le, l'interdit." (Georges Léon).

[353] France-Soir vom 17. 6. 1966: „L'Allemagne de l'Est vient de se tailler un succès énorme au Théâtre des nations avec le spectacle le plus insolitement poétique et politique de la saison."

[354] L'Humanité vom 16. 6. 1966: „Absente depuis plusieurs années au Théâtre des nations, la République démocratique allemande y opère un retour triomphal avec ‚Le Dragon', de Jewgeni Schwarz, dans une mise en scène de Benno Besson." (Georges Léon).

[355] Le Nouvel Observateur vom 22. 6. 1966: „On voudrait que les comédiens et les metteurs en scène français qui ont assisté à de tels spectacles en tirent humblement la leçon – et se mettent au travail."

[356] Gilles Sandier, Ce n'est pas le Berliner Ensemble, in: Arts vom 22. 6. 1966: „On attendait comme le Messie ce Deutsches Theater de Berlin-Est dont on semblait nous dire qu'il avait pris la relève d'un Berliner Ensemble en train de s'enliser dans la routine et tombé des mains de Brecht dans celles de ses héritiers plus ou moins abusifs."

und den Brecht-Schüler Besson ausgerichtet war.[357] Die Frage nach den Problemen des ostdeutschen Theaters wurde von Besson mit einem Verweis auf allgemeine Probleme des Theaters (zeitgenössisches Repertoire, Besucherstruktur etc.) beantwortet.[358] Kritische Fragen zur DDR wurden nicht gestellt.

Die Intendanz des *Théâtre des nations* verband mit dem großen Erfolg des Deutschen Theaters die Hoffnung, unter den sich wandelnden internationalen Rahmenbedingungen (das heißt der Wiederbelebung der Ost-West-Kulturbeziehungen) an frühere Traditionen anschließen zu können. Das Gastspiel bedeutete nicht nur für die französisch-ostdeutschen Kulturbeziehungen, sondern auch für das krisengeschüttelte Theaterfestival einen Neuanfang.[359] Jean-Louis Barrault erstellte für die kommenden Spielzeiten ein ambitioniertes Programm ostdeutscher Beteiligung: Nach jeweils neunjähriger Unterbrechung sollten 1968 die Komische Oper mit Walter Felsenstein und 1969 das Berliner Ensemble wieder nach Paris kommen, außerdem wurde ein zweites Gastspiel des Deutschen Theaters für 1970 eingeplant.[360] Unter Berufung auf den Erfolg des „Drachen" erkundigte sich Barrault beim *Quai d'Orsay* nach möglichen Einwänden und erhielt umgehend grünes Licht.[361] Ungleich problematischer war die Finanzierung von Reise und Aufenthalt eines 300 Personen umfassenden Ensembles sowie der Transport von Bühnenbildern und Instrumenten.[362] Noch während der Intendant des TDN an einer Lösung für dieses Problem arbeitete, sagte Walter Felsenstein das Gastspiel ab. Es waren jedoch technische und nicht finanzielle Gründe, mit denen er seine Entscheidung begründete: Größe und technische Ausstattung der Bühne des *Théâtre de l'Odéon* (u. a. wurde immer wieder das Fehlen einer Drehbühne bemängelt) entsprachen nicht den Anforderungen der Komischen Oper.[363] Das

[357] So zum Beispiel die Frage eines namentlich nicht genannten Zuhörers: „Pouvez-vous situer le Deutsches Theater par rapport au Berliner Ensemble que nous connaissons bien?" Zitiert nach ANF, 55 AJ, 335: Protokoll der Pressekonferenz von Wolfgang Heinz und Benno Besson am 15. 6. 1966.

[358] Ibid.: „On imagine ce qui va bien chez vous étant donné vos conditions de travail, mais on imagine difficilement ce qui ne va pas." (Frage eines namentlich nicht genannten Zuhörers).

[359] ANF, 55 AJ, 304: Telegramm von Barrault vom 22. 9. 1967 an Felsenstein: „Parlerons de l'avenir."

[360] Ibid.: Brief des TDN, Barrault, vom 22. 11. 1967 an die DDR-Sektion des ITI, Kohl; Barrault formulierte in diesem Brief „[…] le souci que nous avons de faire venir au Théâtre des nations les grands théâtres de l'Allemagne de l'Est". Das Berliner Ensemble sollte 1969 die Saison eröffnen.

[361] Ibid.: Brief des TDN, Barrault, vom 30. 10. 1967 an die AFAA, Erlanger: „Ce serait là un merveilleux feu d'artifice final. Mais il importe que ces pourparlers officieux ne reçoivent pas la contradiction de votre département." Sowie das Antwortschreiben vom 16. 11. 1967.

[362] Ibid.: Brief von Barrault vom 15. 1. 1968 an den TDN-Beirat, Moinot: „Étant donné l'hommage que le Théâtre des nations voudrait rendre au professeur Felsenstein qui a fêté en 1967 ses vingt ans de présence à la tête du Komische Oper dont il a fait un instrument de rayonnement lyrique dans le monde, il me paraît opportun de trouver une solution tenant compte à la fois des règles du Théâtre des nations et du cas particulier du Komische Oper."

[363] Ibid.: Brief von Barrault vom 29. 1. 1968 an Felsenstein sowie das Antwortschreiben vom 22. 2. 1968.

Gastspiel wurde verschoben, kam aber, wie auch diejenigen des Berliner Ensembles und des Deutschen Theaters, nach dem Weggang von Jean-Louis Barrault nicht mehr zustande.

Parallel zum Gastspiel von 1966 lassen sich auch in den anderen Bereichen der französisch-ostdeutschen Kulturbeziehungen Veränderungen konstatieren. War im März 1966 die Verleihung der Ehrendoktorwürde an einen Professor der Humboldt-Universität, Günther Klaffenbach, durch die Universität von Besançon noch vom französischen Außenministerium abgelehnt worden[364], so erwirkte im Oktober desselben Jahres Edgar Faure, Landwirtschaftsminister, Mitglied im EFA-Nationalkomitee und prominentester Vertreter der *Franche-Comté* in der Regierung, bei seinem Kollegen Maurice Couve de Murville eine Revision der Haltung des *Quai d'Orsay*.[365] Faure machte sich zum Sprecher der Universität seiner Region und begründete seine Unterstützung für Klaffenbach mit dessen Einstellung zum Faschismus sowie mit der komplikationslosen Verleihung der Ehrendoktorwürde für Klaffenbach durch die Universität Rennes im Jahr 1959.[366] Binnen eines Jahres wurde hier zum zweiten Mal, nach dem Gastspiel des Deutschen Theaters, eine Angelegenheit aus dem Kontext der französisch-ostdeutschen Kulturbeziehungen auf Ministerebene entschieden. Während die DDR bis zum Beginn der 1970er Jahre im Allgemeinen von den Initiativen der französischen Außenpolitik hinsichtlich kultureller Beziehungen mit dem Ostblock ausgenommen wurde, belegen diese beiden Interventionen Couve de Murvilles, die in den für die französisch-sowjetischen Beziehungen so bedeutsamen Zeitraum 1965/66 fallen und im Zusammenhang mit der DDR die beiden einzigen während seiner gesamten zehnjährigen Amtszeit bleiben sollten, dass sich die französische Ost- und Entspannungspolitik nunmehr selbst auf das Verhältnis zur DDR auswirkte. Reisen von französischen und ostdeutschen Wissenschaftlern zu Forschungszwecken oder wissenschaftlichen Tagungen ins jeweils andere Land wurden von nun an ohne Weiteres genehmigt. Zugestimmt wurde selbst der Vergabe von staatlichen Geldern für einen Forschungsaufenthalt von Wissenschaftlern des CNRS in der DDR.[367]

Nicht möglich war demgegenüber alles, was gleichbedeutend mit einer sichtbaren staatlichen Unterstützung der Kulturbeziehungen gewesen wäre. Entsprechend wurde eine Anfrage des *Théâtre de France*, das nunmehr sein Interesse an

364 AMAE, RDA 1961–1970, 73: Note der S/DEUC, Toffin, vom 8. 4. 1966 für die DGACT.

365 Ibid.: Note der S/DEUC vom 22. 10. 1966 für die DGACT, Poussard; sowie ibid.: Brief von Couve de Murville vom 2. 11. 1966 an Faure.

366 Ibid.: Brief von Faure vom 13. 10. 1966 an Couve de Murville: „Je crois devoir appeler votre attention, et je veux espérer que vous comprendrez le sentiment qui dicte cette démarche, sur l'émotion suscitée parmi les professeurs de la faculté des lettres et sciences humaines de Besançon par les refus réitérés qu'ont opposés les services de votre département aux vœux formulés à la suite des votes unanimes du conseil de la faculté des lettres puis du conseil de l'université de Besançon, tendant à conférer le titre de docteur honoris causa de cette université à M. le professeur Klaffenbach, membre de l'Académie allemande des sciences et épigraphiste grec. […] Si sa nationalité apparaît un obstacle, il convient également de souligner qu'il a honoré les savants français ou italiens victimes de la dernière guerre […]."

367 Ibid.: Note der DGACT vom 27. 7. 1966 für die S/DEUC, Kauffmann; handschriftl. Anmerkung für Kauffmann.

einer DDR-Tournee bekundete, abgelehnt, da es sich um ein staatlich subventioniertes Ensemble handelte. Weil es zudem keine Präzedenzfälle britischer oder italienischer Ensembles vorzuweisen gab, auf die man sich hätte berufen können, befürchtete der *Quai d'Orsay* scharfe Kritik seitens der Bundesrepublik.[368] Derartige Entscheidungen wurden auch in den folgenden Jahren getroffen, wie die Ablehnung eines ähnlichen Ansinnens der *Comédie-Française* vom März 1967 zeigt.[369] Erst mit dem französischen Interesse am Verkauf der SECAM-Technologie an die DDR änderte sich die Einstellung der französischen Außenpolitik gegenüber der peinlich genauen Beobachtung der französisch-ostdeutschen Beziehungen durch das Auswärtige Amt. Nicht unerheblich für diesen Wandel war auch, dass die Hallstein-Doktrin allmählich an Bedeutung verlor.[370]

## Die Legitimierung der französisch-ostdeutschen Kulturbeziehungen 1969/70

Der 1966 einsetzenden Liberalisierung der französisch-ostdeutschen Kulturbeziehungen waren in den folgenden Jahren noch sehr enge Grenzen gesetzt, wie das Beispiel des von Benno Besson auf Einladung der EFA 1967 an der *Sorbonne* gehaltenen Vortrags zeigt.[371] Der entscheidende qualitative Wandel fand erst 1969/70 im Zuge der neuen bundesdeutschen Ostpolitik statt, begünstigt auch durch die Ernennung von Maurice Schumann zum neuen französischen Außenminister.

Sehr eindrucksvoll lässt sich dieser Wandel an der Einstellung des *Quai d'Orsay* gegenüber einem Gastspiel der Berliner Staatsoper in Frankreich belegen. Noch zu Beginn der 1960er Jahre durch die zweite Berlin-Krise in unabsehbare Ferne gerückt, wurde Ende 1968 ein entsprechendes Vorhaben erneut vorgetragen. Das Internationale Tanzfestival in Paris beabsichtigte, das Ballett der Staatsoper für die Saison 1969 mit den „Sieben Todsünden der Kleinbürger" von Brecht/Weill und dem „Sacre du Printemps" von Strawinsky einzuladen.[372] Nach einer ersten Ablehnung durch die politische Abteilung des *Quai d'Orsay* im Dezember 1968[373] insistierte die Kulturabteilung wenige Wochen später auf einer erneuten und vor allem wohlwollenden Prüfung dieses Anliegens. Es wurde auf das Gastspiel des Deutschen Theaters als Präzedenzfall hingewiesen und die Einladung in den

[368] Ibid.: Note der S/DEUC, Toffin, vom 9. 8. 1966 für die DGACT, EA: „Il serait d'autant plus difficile d'y répondre qu'aucun des autres partenaires occidentaux de la République fédérale ne semble avoir jusqu'à présent autorisé pareille initiative." Die von den EFA bei entsprechender Gelegenheit immer wieder zitierten Gastspiele des Théâtre national de Belgique 1964 sowie des Ballets des Théâtre de la Monnaie de Bruxelles 1965 fanden in der Argumentation des MAE keine Berücksichtigung, cf. AEFA, Correspondance ministères français 1974–1990: Note der EFA von [1971] für das MAC.

[369] AMAE, RDA 1961–1970, 73: Note der S/DEUC, Plaisant, vom 16. 3. 1967 für die DGACT, EA.

[370] Siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel zum Verkauf der SECAM-Technologie als Gradmesser der Normalisierung (Zweiter Teil, C., II., 1.).

[371] Siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel zur Veranstaltungsreihe über das „humanistische" Deutschland (Zweiter Teil, B., II., 1.).

[372] AMAE, RDA 1961–1970, 75: Note der DGRCST, EA, vom 23. 11. 1968 für die DEU.

[373] Ibid.: Note der S/DEUC, Pagniez, vom 24. 12. 1968 für die DGRC.

Zusammenhang mehrerer Einladungen an Opernhäuser in Osteuropa gestellt.[374] Anfang März 1969 bestätigte die politische Abteilung jedoch ihre ablehnende Entscheidung – man befürchtete zu viel Aufsehen und einen Missbrauch der Veranstaltung zu politischen Zwecken.[375]

Nur vier Monate später wurde dem Ministerium ein neuer Vorschlag für ein Gastspiel der Staatsoper unterbreitet. Geplant waren diesmal drei Aufführungen von Mozarts „Cosi fan tutte" beim *Mai de Versailles* 1970.[376] Bei allen drei Vorhaben, die Staatsoper einzuladen (1960, 1968 und 1969), ging die Initiative auf französischer Seite jeweils von Jean Robin aus, der nicht nur Leiter einer renommierten Künstler- und Veranstaltungsagentur war, sondern auch Intendant des Internationalen Tanzfestivals und Mitveranstalter des *Mai de Versailles*. Anders als bei der vorangegangenen Anfrage wurde nun der neue Minister selbst um eine Entscheidung gebeten. In der entsprechenden Note für das Kabinett Schumann wurde die Möglichkeit in Erwägung gezogen, die Haltung des *Quai d'Orsay* zu lockern. Bedingung müsse jedoch sein, die Instrumentalisierung derartiger Gastspiele im Dienste der Anerkennungsbewegung zu verhindern, die zu dieser Zeit an Tragweite gewann. Drei Monate bevor Willy Brandt in seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 explizit das Tor für Kulturbeziehungen zwischen den westeuropäischen Staaten und der DDR aufstieß, befürwortete Schumann einen Richtungswechsel der französischen Außenpolitik in dieser Sache und antizipierte damit den von Brandt verkündeten Richtungswechsel der Bundesrepublik bereits vor dessen Wahl.[377] Sein endgültiges Einverständnis gab der *Quai d'Orsay* jedoch erst, nachdem sich die französischen Veranstalter persönlich zur Einhaltung der vom Ministerium vorgegebenen Bedingungen verpflichtet hatten.[378]

Ebenfalls noch vor der Regierungserklärung Brandts wurde eine Tournee des Berliner Sinfonie-Orchesters (kurz BSO) durch ganz Frankreich im November 1969 bewilligt (es waren zwölf Konzerte in zehn Städten vorgesehen, darunter Grenoble, Lyon, Marseille, Nantes und Nizza).[379] Das Vorhaben wurde dem Ministerium bereits im Mai 1969 von einem Pariser Konzertveranstalter unterbreitet. Mit Blick auf den anstehenden politischen Wechsel im Ministerium von Michel Debré zu Maurice Schumann entschloss man sich jedoch seitens der Ab-

[374] Ibid.: Note der DGRC, EA, vom 7. 2. 1969 für die DEU.
[375] Ibid.: Note der S/DEUC, Pagniez, vom 4. 3. 1969 für die DGRC.
[376] Ibid.: Note der DGRCST, EA, vom 18. 7. 1969 für die DEU.
[377] Ibid.: Note der S/DEUC vom 24. 7. 1969 für das Kabinett des MAE: „Si nous décidions d'adopter une attitude moins négative à l'égard des représentations théâtrales ou musicales est-allemandes en France, il serait toutefois souhaitable que nous subordonnions notre accord à l'observation de certaines conditions destinées à empêcher une exploitation politique par Pankow de ces manifestations culturelles." Handschriftl. Anmerkung von Maurice Schumann: „Oui, sous les conditions énoncées […] (stricto sensu) et en tenant la RFA informée."
[378] Ibid.: Briefe von Jean Robin und von A. Cadoret vom 10. 2. bzw. 11. 2. 1970 an die AFAA, Burgaud, sowie die Note der S/DEUC, Pagniez, vom 25. 4. 1970 für die DGRCST.
[379] Definitives Tournee-Programm, cf. AMAE, EA, 909: Schreiben des Konzertveranstalters Maurice Werner vom 7. 8. 1969 an die AFAA, Burgaud.

teilung für künstlerischen Austausch, die Angelegenheit zunächst zu vertagen[380]: Infolge des großen Interesses, das diese Tournee bereits im Vorfeld in musikalischen Fachkreisen geweckt hatte, mochte man eine Ablehnung nicht riskieren.[381] Erst im Juli wurde die Anfrage an die politische Abteilung des Ministeriums weitergeleitet. Die zugunsten der Staatsoper getroffene Entscheidung Schumanns galt nun auch für das BSO.[382] Dem Veranstalter wurde es wiederum zur Bedingung gemacht, dem Ministerium zuzusichern, weder DDR-Hymne noch -Fahne zu verwenden, noch die Veranstaltungen in den Dienst der Anerkennungsbewegung zu stellen.[383] Das grundsätzliche Einverständnis, das dem Konzertveranstalter im September 1969 mitgeteilt wurde, war jedoch nicht gleichzusetzen mit der tatsächlichen Genehmigung für die Durchführung des Gastspiels, das heißt der Vergabe von etwa einhundert Visa nach Erfüllung der geforderten Bedingungen durch den französischen Veranstalter.[384] Erst zwei Wochen vor Beginn der Tournee am 7. November in Colmar gab die politische Abteilung ihr Plazet für die Erteilung der benötigten Visa.[385]

In diesem sich wandelnden Klima wurde Ende 1969 auch der vier Jahre zuvor abgelehnte Vorschlag einer Präsentation ostdeutscher Filme in Paris wieder aufgenommen. *Unifrance-Film*, die 1965 bereits eine Woche des französischen Films in der DDR ausgerichtet hatte, fühlte sich dazu nicht nur moralisch verpflichtet, es bestand auch ein reelles wirtschaftliches Interesse. Erhoffte man sich doch im Gegenzug den Verkauf zahlreicher französischer Filme.[386] In einem zweiten Schreiben verteidigte *Unifrance-Film* darüber hinaus ihren Auftrag, für die Verbreitung des französischen Films Sorge zu tragen. Die DDR sei diesbezüglich ein vielversprechender Markt, man werde aber bei der Umsetzung dieses Auftrags durch das bislang geltende Verbot, eine entsprechende Gegenveranstaltung in Frankreich zu organisieren, erheblich behindert.[387] Obwohl die DGRCST zu-

[380] Ibid.: Schreiben des Konzertveranstalters Maurice Werner vom 12. 5. 1969 an die AFAA, Burgaud; an das Schreiben ist ein Notizzettel angeheftet: „À mettre en attente durant la période de ‚mutation' politique. À reprendre fin juin."

[381] Ibid.: Undatierter Entwurf für eine Note der DGRCST, EA, für die DEU.

[382] AMAE, RDA 1961–1970, 75: Note der DGRCST, EA, Laurent, vom 21. 7. 1969 für die DEU; sowie ibid., 73: Note der S/DEUC, de Beaumarchais, vom 31. 7. 1969 für die DGRCST, EA.

[383] AMAE, EA, 909: Schreiben der AFAA, Richard, vom 10. 9. 1969 für den Konzertveranstalter Maurice Werner.

[384] AMAE, RDA 1961–1970, 75: Note der DGRCST, EA, Husson, vom 23. 9. 1969 für die S/DEUC.

[385] AMAE, EA, 909: Handschriftl. Note von Erlanger vom 23. 10. 1969 für Burgaud über ein Telefonat mit Joëlle Timsit sowie Schreiben des Konzertveranstalters Maurice Werner vom 23. 10. 1969 an die AFAA, Burgaud.

[386] AMAE, RDA 1961–1970, 75: Schreiben von Unifrance-Film, Cravenne, vom 17. 10. 1969 an die DGRC, La Ferrière: „Nous souhaitons vivement, quant à nous, pouvoir donner suite à ce projet ancien, d'une part pour respecter un engagement moral, d'autre part en raison de l'intérêt qui s'attache pour nous à améliorer la diffusion des films français en Allemagne de l'Est."

[387] Ibid.: Schreiben von Unifrance-Film, Nicaud, vom 3. 12. 1969 an die DGRCST, Abadie: „Le statu quo a pour nous de sérieux inconvénients. […] Enfin, et surtout, notre commerce cinématographique avec ce pays risque d'être sérieusement affecté; or, l'Alle-

sicherte, dass eine politische Inanspruchnahme auszuschließen sei[388], zögerte die politische Abteilung mit ihrer Entscheidung. Erst im Mai des folgenden Jahres bewilligte man eine Woche des ostdeutschen Films für Januar 1971. Bedingungen waren die Nutzung eines Kinosaals für nur wenige Zuschauer, die Möglichkeit der Einflussnahme auf die Auswahl der Filme durch das Ministerium, der Verzicht auf eine aufwendige Eröffnungsgala im *Grand Palais* sowie auf eine politisch instrumentalisierte Pressekonferenz. Der ursprüngliche Hinderungsgrund – die Angabe des Herkunftslandes der Filme mit der Bezeichnung „République démocratique allemande" – bestand hingegen nicht mehr.[389]

Die veränderte Situation ließ auch zahlreiche neue Projekte entstehen. Fernand Lumbroso und Georges Soria, beide sehr aktiv in den französisch-sowjetischen Kulturbeziehungen und mit langjährigen Kontakten zur ostdeutschen Künstleragentur und zu ostdeutschen Theatern ausgestattet, hatten im Frühjahr 1970 ein Gespräch mit dem Minister für Kultur, Edmond Michelet, genutzt, um ihre Vorschläge für verschiedene Gastspiele ostdeutscher Ensembles in Frankreich vorzustellen.[390] Das Außenministerium bestätigte zwar den im Vorjahr beschlossenen Richtungswechsel und sprach sich grundsätzlich für derartige Gastspiele aus. Gleichzeitig bemühte man sich jedoch um eine sehr restriktive Interpretation dieser Neuausrichtung. So sollte es dem Willen der politischen Abteilung zufolge nach wie vor keine spektakulären Auftritte wie die von Lumbroso und Soria geplanten Gastspiele der Staatsoper im *Palais Garnier* und des Berliner Ensembles in der *Comédie-Française* geben.[391] Die Grenze dieser neuen französisch-ostdeutschen Kulturbeziehungen war ebenfalls erreicht, wenn im *Louvre*, einem staatlichen französischen Museum, eine ostdeutsche, unter der Schirmherrschaft des Staatsratsvorsitzenden der DDR Walter Ulbricht stehende Ausstellung gezeigt werden sollte.[392]

Ein Jahr nach der Regierungserklärung von Willy Brandt zog man im *Quai d'Orsay* erstmals Bilanz der französisch-ostdeutschen Kulturbeziehungen unter neuen Vorzeichen. Anlass für die Erstellung einer entsprechenden Note bot die

magne de l'Est figure en ce qui concerne les pays de l'Est parmi les tous premiers acheteurs de films français, et c'est principalement par ce moyen que notre culture se répand dans de larges couches de la population de ce pays."

388 AMAE, RDA 1961–1970, 73: Note der DGRCST, Husson, vom 9. 12. 1969 für die S/DEUC.

389 AMAE, RDA 1961–1970, 75: Note der S/DEUC vom 4. 5. 1970 für die DGRCST: „En revanche, l'utilisation de l'appellation ‚République démocratique allemande' ne paraît plus, dans les conditions actuelles, devoir être récusée." Sowie ibid.: Handschriftl. Aktennotiz für Joëlle Timsit.

390 AMAE, RDA 1961–1970, 73: Note der DGRCST, EA, vom 28. 3. 1970 für die DEU sowie Brief von Georges Soria vom 29. 12. 1969 an das MAC, Michelet.

391 Ibid.: Note der S/DEUC vom 4. 5. 1970 für die DGRCST: „Elle souhaiterait toutefois que l'assouplissement de notre politique à l'égard des manifestations culturelles est-allemandes en France ne se traduise pas d'emblée par l'organisation de spectacles dont l'impact serait le plus grand sur l'opinion publique. […] Au demeurant, l'organisation d'une série de représentations sur la scène du théâtre national de l'Opéra donnerait à sa présence en France une publicité et un caractère spectaculaire que nous souhaitons justement éviter."

392 Ibid.: Note der S/DEUC vom 25. 4. 1970 für die DGRCST.

Debatte über den Haushalt des Ministeriums vor der französischen Nationalversammlung im November 1970, bei der man Fragen zu diesem Thema erwartete. Das Fehlen diplomatischer Beziehungen zum zweiten deutschen Staat stellte aus Sicht des *Quai d'Orsay* kein Hindernis mehr bei der Entwicklung von Beziehungen auf kultureller Ebene dar. Ihr Ausbau wurde im Gegenteil sogar als Anliegen der französischen Regierung definiert.[393] Die Bilanz umfasst nicht nur die vom Außenministerium jeweils genehmigten Gastspiele ostdeutscher Theater, Musiktheater und Orchester seit 1966, sondern auch all jene Kontakte, die im Kontext der inoffiziellen und vom Ministerium bis 1969 unerwünschten Städtepartnerschaften entstanden waren. Auch lässt sich die angekündigte Unterstützung bestehender Initiativen als eine Unterstützung der EFA interpretieren, also genau jener Gesellschaft, deren Aktivitäten bislang vom *Quai d'Orsay* so weit wie möglich ausgebremst beziehungsweise verhindert worden waren. Darüber hinaus erhoffte man sich im Bereich der universitären Kooperation ein besonderes Entwicklungspotenzial.[394] Tatsächlich kam diese für den Minister erstellte Note erst ein halbes Jahr später zum Einsatz und auch nicht, wie ursprünglich geplant, während einer öffentlichen Sitzung der Nationalversammlung, sondern bei einer Anhörung durch den Auswärtigen Ausschuss, die hinter verschlossenen Türen stattfand. Und erst bei dieser Gelegenheit sollte Maurice Schumann den an dieser Frage interessierten Parlamentariern die Anerkennung der „patrie de Brecht", das heißt die Legitimierung der französisch-ostdeutschen Kulturbeziehungen, verkünden.[395] Die Verwendung dieses Terminus zeigt nicht nur die fundamentale Bedeutung von Brecht und seinem Theater für die Kulturbeziehungen mit der DDR aus französischer Perspektive. Sie verdeutlicht auch die Trennung zwischen der DDR als Staat und der ostdeutschen Gesellschaft. Darüber hinaus könnte man darin sogar den Versuch sehen, die französisch-ostdeutschen Kulturbeziehungen aus einem

[393] Ibid.: Note der S/DEUC, Boyer, vom 5. 11. 1970 für das Kabinett des MAE: „La non-reconnaissance de la RDA par le gouvernement français n'est pas en soi un obstacle au développement des relations culturelles entre la France et l'Allemagne de l'Est. Certes, l'absence de relations diplomatiques entre les deux États rend plus difficile l'établissement d'un programme d'ensemble organisant les échanges culturels entre les deux pays. Le gouvernement français n'en a pas moins le souci de soutenir les initiatives qui tendent à tisser les liens, dans le domaine culturel, avec les Allemands au-delà de l'Elbe."

[394] Ibid.: „En ce qui concerne les échanges scolaires et universitaires, le gouvernement français permet aux enseignants et chercheurs français de se rendre en Allemagne de l'Est, à titre personnel, pour participer à des travaux scientifiques. De même, nous ne faisons pas obstacle à la venue d'enseignants et chercheurs est-allemands dans notre pays. De nombreux étudiants français, notamment des germanistes, effectuent des séjours dans les universités ou écoles techniques de l'Allemagne de l'Est. Le ministre pourrait ajouter que le gouvernement français a bon espoir que les échanges entre un certain nombre d'organismes universitaires français et est-allemands se développent dans les années à venir."

[395] ANF, 20060135/10: Protokoll der Sitzung vom 2. 7. 1971: „La patrie de Brecht n'est plus absente d'aucun des domaines de la vie culturelle française." Dieser Satz findet sich in fast identischem Wortlaut auch in einer Note der S/DEUC vom 5. 11. 1970; siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel zu den Veränderungen der Jahre 1969/70 im Spiegel der parlamentarischen Debatten (Zweiter Teil, C., II., 1.).

vermeintlich rein kommunistisch geprägten Kontext herauszulösen, da Brecht von den französischen Kommunisten lange Zeit vehement abgelehnt wurde.[396]

Mit diesem neuen Verständnis der Beziehungen auf kultureller Ebene wuchs auch das Interesse des *Quai d'Orsay* an der Verbreitung der französischen Sprache in der DDR. Zwar hatte die politische Abteilung der Militärregierung in Berlin auch während der 1960er Jahre gelegentlich darüber berichtet.[397] Ein über dieses Interesse hinausgehendes aktives Handeln des Ministeriums verbot sich aufgrund der politischen Situation bislang jedoch von selbst. Erst der durch die Ostpolitik Brandts erweiterte Handlungsspielraum der französischen Außenpolitik schuf 1970, also dreizehn Jahre nach den ersten Überlegungen in dieser Sache[398], die Voraussetzungen, um die Grundlinien einer auswärtigen Sprachpolitik Frankreichs in Ostdeutschland zu definieren.[399] Da aufgrund des Fehlens zwischenstaatlicher Beziehungen keinerlei Abkommen oder Protokoll unterzeichnet werden konnte, erschienen nur zwei Wege für eine entsprechende „action culturelle" geeignet: zum einen die Vergabe von Stipendien an ostdeutsche Studenten und Französischlehrer und zum anderen der Empfang ostdeutscher Jugendlicher in Frankreich.[400]

Die veränderte Situation brachte jedoch nicht nur neue Möglichkeiten mit sich, sondern auch neue Probleme. Die Vergabe von Stipendien für Studenten ließ sich zwar auf dem Wege interuniversitärer Kooperation regeln. Um diese zu initiieren, und auch für den Jugendaustausch, war man jedoch auf privatgesellschaftliche Strukturen angewiesen, da die dafür bestimmten Gelder nicht als staatliche Fördermittel erscheinen durften. Die einzige Institution, die über die notwendigen Kontakte und Möglichkeiten verfügte, war ausgerechnet die EFA, jene Gesellschaft, die im vergangenen Jahrzehnt vom französischen Innenministerium überwacht worden war und deren Aktivitäten das französische Außenministerium so weit wie möglich unterbunden hatte. Dennoch war sie in den 1960er Jahren aufgrund des Fehlens einer auswärtigen Kulturpolitik seitens des französischen Staates zum Hauptakteur der französisch-ostdeutschen Kulturbeziehungen auf französischer Seite geworden, und dies machte sie in der gegenwärtigen Situation zu einem nahezu unumgänglichen Partner. Sie organisierte nicht nur die Reisen von französischen Jugendlichen in die DDR, sondern kümmerte sich auch um die Vergabe von Stipendien der DDR an französische Germanistik-Studenten. Während die zuständige Abteilung des *Quai d'Orsay* vor

396 Siehe dazu in dieser Arbeit auch das Kapitel zu Brecht und dem Théâtre des nations (Zweiter Teil, B., I., 1.).

397 AMAE, RDA 1961–1970, 72: Schreiben des GMFB, Le Roy, vom 30. 1. 1963 an die DEU; oder ibd.: Schreiben des GMFB, Winckler, vom 3. 7. 1964 an die DEU.

398 Siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel zu den Grenzen auswärtiger Sprachpolitik in der DDR (Zweiter Teil, B., I., 2.).

399 AMAE, RDA 1961–1970, 73: Note der DGRCST vom 27. 7. 1970 für den Minister: „Il est de notre intérêt […] que le département apporte une aide à la diffusion du français en Allemagne de l'Est. […] La direction politique, direction d'Europe a émis un avis plutôt favorable: la politique actuelle du chancelier Brandt vis-à-vis du gouvernement de Pankow lui paraît nous donner une plus grande liberté pour nous permettre d'amorcer des contacts culturels avec l'Allemagne de l'Est."

400 Ibid.: Note der DGRCST, Laurent, vom 10. 9. 1970 für den Minister.

den EFA als Partner zurückschreckte, fragte Maurice Schumann zunächst nach Alternativen[401] und forderte schließlich zur Zusammenarbeit mit den EFA auf.[402] Dabei sollte nicht nur jeglicher offizielle Anstrich vermieden werden; auch ein kontinuierlicher Informationsaustausch mit der Bundesregierung über notwendige Maßnahmen wurde zur Bedingung erhoben.[403] Ziel dieser Vorsichtsmaßnahmen war es, Spannungen in den Beziehungen mit der Bundesrepublik zu vermeiden und den deutsch-deutschen Annäherungsprozess nicht zu stören. Genau mit diesem Argument begründete jedoch der französische Botschafter in Bonn, Jean Sauvagnargues, seine Kritik am Zeitpunkt für einen solchen Politikwechsel.[404] Weil er zudem überzeugt war, die Situation von Bonn aus besser beurteilen zu können, focht er auch die Entscheidung des Ministeriums an, diese Politik von Paris aus zu betreiben, und forderte stattdessen, ohne damit Erfolg zu haben, die Federführung für seine Botschaft ein. Es war jedoch nicht zuletzt die Weigerung des Ministeriums, der Argumentation des Botschafters zu folgen, die einen Wandel der französischen Außenpolitik belegt: Damit wurden auch auf kultureller Ebene erste Vorbereitungen für administrativ eigenständige Beziehungen zur DDR getroffen, die nicht, wie bei den Handelsbeziehungen bislang üblich, in den Zuständigkeitsbereich der in der Bundesrepublik oder in West-Berlin tätigen französischen Diplomaten fielen.

401 Ibid.: Note der DGRCST vom 27. 7. 1970 für den Minister: „En outre, la direction politique estime que les échanges qui pourraient avoir lieu ne sauraient passer par l'association des Échanges franco-allemands dont l'orientation politique est par trop nettement marquée et dont la tendance est de monopoliser les relations avec l'Allemagne de l'Est." Cf. dazu ibid. die handschriftl. Anmerkung von Maurice Schumann bei einer weitgehend identischen Note der DGRCST, Laurent, vom 17. 8. 1970 für den Minister: „Accord, mais qui sera l'intermédiaire à défaut de l'association des Échanges? En faut-il nécessairement un?"

402 Ibid.: Note der DGRCST, Laurent, vom 10. 9. 1970 für den Minister: „En ce qui concerne les échanges universitaires le recours à une association semble la formule la plus appropriée. Mais il n'est pas impossible, pour autant, d'empêcher l'association Échanges franco-allemands de monopoliser les relations avec l'Allemagne de l'Est." Cf. dazu die handschriftl. Anmerkung von Maurice Schumann: „Non! Il ne s'agit pas „d'éviter de recourir", mais d'éviter de recourir exclusivement [… der Rest der Anmerkung ist unleserlich – Ch. W.]."

403 Ibid.: Note der S/DEUC, Pagniez, vom 5. 8. 1970 für die DGRCST.

404 Ibid.: Undatiertes Schreiben des MAE [vermutl. vom Oktober 1970] an die franz. Botschaft in Bonn: „S'il est essentiel que vous soyez tenu régulièrement au courant des décisions qui pourront être prises, afin de formuler un avis et d'indiquer au département le cas échéant les inconvénients que pourraient entraîner certaines démarches par leurs répercussions politiques ou culturelles, il semble préférable, en revanche, qu'une action culturelle française en Allemagne orientale soit menée directement de Paris." Cf. ibid.: Antwortschreiben der franz. Botschaft in Bonn, Sauvagnargues, vom 30. 10. 1970 an die DGRCST: „Il me paraît également souhaitable que, sous une forme à déterminer, des contacts soient noués avec la République démocratique allemande, l'isolement actuel de la RDA risquant d'avoir des conséquences fâcheuses sur la place réservée au français dans les établissements d'enseignement de ce pays. Je ne suis en revanche pas persuadé que la conjoncture actuelle soit particulièrement favorable à une action officielle plus prononcée qu'auparavant."

## Vom inoffiziellen zum offiziellen Kulturaustausch

In den folgenden Jahren wurden der DDR nicht nur auf kultureller Ebene schrittweise weitere Zugeständnisse eingeräumt. Dabei näherten sich die Kulturbeziehungen zwischen beiden Staaten immer mehr einem Zustand an, der den Kulturbeziehungen zwischen zwei Staaten entspricht, die diplomatische Beziehungen unterhalten. Allein eine vertragliche Festschreibung dieser Situation war nicht möglich. Stattdessen wurde im *Quai d'Orsay* offensichtlich eine inoffizielle Liste der bereits gewährten Zugeständnisse geführt, die über den stetig wachsenden Umfang der Beziehungen Auskunft gab.[405] Offiziell fand ein kultureller Austausch zwischen Frankreich und der DDR weiterhin nicht statt. Zwar bestätigte der *Quai d'Orsay*, über einzelne Veranstaltungen im Bilde zu sein, diese seien jedoch von der DDR organisiert worden und hätten einen rein kommerziellen Charakter.[406] Freilich wäre keine einzige der hier erwähnten Veranstaltungen ohne Zustimmung des Ministeriums zustande gekommen. Auch lässt sich hinter den einzelnen Entscheidungen eine klare politische Linie erkennen, die von niemand anderem als dem Minister selbst vorgegeben wurde; nur durfte das Ministerium bei alledem nicht in Erscheinung treten.[407]

Auf Willy Brandt und dessen Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 berief man sich im *Quai d'Orsay* in diesem Zusammenhang erst seit 1971.[408] Um die innerdeutschen Verhandlungen nicht zu behindern, legte man aber viel Wert auf eine Harmonisierung der eigenen Politik mit der des westdeutschen Bündnispartners.[409] Welche Bedeutung der Richtungsänderung des *Quai d'Orsay* in

[405] AMAE, RDA 1971–1976, 3074: Undatierte Note der DGRCST für die S/DEUC [ca. Februar 1972]; handschriftl. Anmerkung von Boyer: „Mme Timsit d'accord (en garder trace sur la liste des modifications consenties en faveur de la RDA)." Anfrage für die Teilnahme am internationalen Bach-Wettbewerb in Leipzig.

[406] AMAE, EA, 1727/39: Nicht näher zu identifizierender Ausschnitt aus einem größeren Dokument auf Durchschlagpapier, datiert auf den 24. 8. 1971: „La France n'a pas de relations diplomatiques avec l'Allemagne de l'Est; il n'y a donc pas d'échanges artistiques avec ce pays. Toutefois, le ministère des Affaires étrangères est tenu informé de manifestations artistiques qui sont réalisées en France par des ressortissants de ce pays. Ces manifestations ont lieu sur un plan strictement commercial et strictement privé. En particulier, il n'est pas autorisé aux organisateurs de prévoir des représentations dans des théâtres nationaux […]."

[407] Ibid.: Handschriftl. Note vom 19. 3. 1971: „assouplissement de la doctrine, mais MAE ne se manifeste pas; 1/ c'est le min[istère des] Aff[aires] culturelles; Duhamel ne va pas au spectacle, mais envoie q[uel]q[u]'un de son cabinet; 2/ un insp[ecteur] des spectacles ira à Berlin voir des spectacles; 3/ expositions; échanges entre musées directement; Conclusion: le MAE ne doit pas apparaître ni l'[AF]AA." Es handelt sich um eine Reaktion auf eine Note von Magniny vom 18. 3. 1971 für Schumann, cf. ibid., Berlin-Est, Service culturel, 47.

[408] Dies ergibt ein Vergleich von zwei bilanzierenden Noten der S/DEUC vom 5. 11. 1970 und 23. 9. 1971, cf. AMAE, RDA 1961–1970, 73; und ibid., RDA 1971–1976, 3074.

[409] AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Note der S/DEUC vom 23. 9. 1971: „Cette situation [das Fehlen diplomatischer Beziehungen – Ch. W.] n'est pas cependant en soi un obstacle au développement de relations de tous ordres entre la France et la RDA. La politique du gouvernement français est à cet égard en harmonie avec celle du gouvernement de M. Brandt qui, dans sa déclaration gouvernementale du 28 octobre 1969, a fait état de

den kulturellen Beziehungen beizumessen ist, lässt sich auch an der Reaktion des *Foreign Office* erkennen, das die französische Politik nunmehr gewissermaßen als Richtlinie betrachtete.[410] Frankreich übernahm hier ungewollt eine Führungsrolle, die sich während des Anerkennungsprozesses in den folgenden Jahren festigte.

Von den neuen Möglichkeiten profitierten mehrere ostdeutsche Orchester. Nach der Tournee des BSO organisierte Maurice Werner eine Konzertreise der Dresdner Philharmonie. Vom 19. Oktober bis zum 5. November 1971 gastierte das Orchester unter der Leitung von Kurt Masur in zehn französischen Städten (u. a. in Le Havre, Lyon und Strasbourg) sowie in Belgien und in Luxemburg.[411] Dem folgte ein Jahr später das Große Rundfunkorchester Berlin mit insgesamt dreizehn Konzerten in Frankreich sowie mit einem Konzert in der Schweiz.[412] Das einzige Hindernis bei der Durchführung dieser Tourneen durch jeweils mehrere Länder bestand in der komplizierten und intern sogar als „lächerlich" bezeichneten Prozedur bei der Vergabe der benötigten Visa.[413] Erst bei seiner zweiten Frankreich-Tournee vom 19. November bis zum 6. Dezember 1973 mit insgesamt neun Konzerten (u. a. in Dijon, Marseille, Reims und Strasbourg) konnte das BSO von der Klärung dieses Problems profitieren.[414] 1973 wurde zudem Kurt Masur, der bereits 1966 mit dem Gewandhaus in Frankreich aufgetreten war, als erster ostdeutscher Dirigent für ein Gastdirigat mit dem *Orchestre national de France* eingeladen.

Auch in anderen Bereichen wurden die neuen Möglichkeiten alsbald genutzt. Nachdem 1971 eine Woche des ostdeutschen Films in Paris und Lyon mit beachtlichem Erfolg stattgefunden hatte[415], wurden französische Filmgesellschaften, wie bereits 1972 erhofft, zu einer Gegenveranstaltung, der ersten Woche des französischen Films in der DDR seit 1965, eingeladen.[416] Von diesem Erfolg beflügelt, setzte man sich auf französischer Seite sogar für eine Teilnahme der DDR an den Filmfestspielen in Cannes ein. Da dies jedoch über den von Brandt in seiner Regierungserklärung gesetzten Rahmen des kulturellen Austausches zwischen dem Westen und der DDR hinausgegangen wäre, fühlte sich der *Quai d'Orsay* verpflichtet, die Bundesregierung um eine Stellungnahme zu bitten. Erst nachdem von dieser Seite keine Einwände kamen, wurde einer Einladung an die DEFA

sa volonté de ne pas réduire pour ses compatriotes d'au-delà de l'Elbe les avantages des échanges culturels et du commerce international."

410 AMAE, RDA 1971–1976, 3074: Note des FCO vom 5. 8. 1971 für das MAE; cf. dazu auch NAUK, PREM 15, 920.

411 AMAE, EA, 1727/39: Schreiben des Konzertveranstalters Maurice Werner vom 19. 8. 1971 an die AFAA, Schulman; sowie ibid.: Note der S/DEUC vom 17. 8. 1971 für die DGRCST, EA.

412 Ibid.: Schreiben des Konzertveranstalters Maurice Werner vom 28. 9. 1972 an die AFAA, Chailley.

413 Ibid.: Handschriftl. Note vom 21. 2. 1972 für AFAA, Angremy.

414 AEFA, Cercle Bach: Schreiben der Deufra vom 16. 1. 1973.

415 AEFA, Expositions en France: Pressedossier zur Woche des ostdeutschen Films.

416 AMAE, RDA 1971–1976, 3074: Schreiben des MfK, Klein, vom 5. 9. 1972 an das CNC, Atoux; sowie ibid.: Note der DGRCST vom 28. 9. 1972 für die S/DEUC.

zugestimmt.[417] Da die Produktion des vorgesehenen Films nicht rechtzeitig abgeschlossen werden konnte, verfiel die Einladung ungenutzt.[418]

1971 billigte der *Quai d'Orsay* erstmals auch die Entstehung von interuniversitären Kooperationen unter der Bedingung, dass entsprechende Konventionen nur zwischen den betreffenden Universitäten, das heißt ohne Beteiligung eines französischen Ministeriums, geschlossen würden.[419] Zu den ersten Kooperationsverträgen zählen diejenigen zwischen den Universitäten Lille 3 und Halle-Wittenberg sowie zwischen dem *Institut national des sciences appliquées Lyon* und der Universität Leipzig. Im selben Jahr billigte der *Quai d'Orsay* zudem die Übernahme von Reisekosten für Dienstreisen französischer Wissenschaftler in die DDR durch den CNRS; Bedingung hierfür war allein das wissenschaftliche Interesse des jeweiligen Vorhabens.[420]

Bereits seit 1970 zirkulierte die Idee eines umfangreichen Gastspiels der Berliner Staatsoper in Paris. 1971 führten Fernand Lumbroso und Georges Soria Gespräche mit Irene Gysi als Vertreterin des Ministeriums für Kultur der DDR und einem Vertreter der DDR-Künstleragentur über Gastspiele der Staatsoper, der Komischen Oper und des Berliner Ensembles in Frankreich. Die dabei getroffene Vorauswahl möglicher Werke und Inszenierungen spiegelt französische Interessen und Erwartungen nicht nur hinsichtlich der künstlerischen Produktion aus der DDR, sondern auch hinsichtlich der DDR als Erbin deutscher Kulturtraditionen. Die Auswahl der Staatsopernproduktionen repräsentiert einen Querschnitt durch das nationale Erbe deutscher Operntraditionen (Gluck, Beethoven, Wagner und Strauss). Demgegenüber knüpfte man mit der Auswahl von Inszenierungen der Komischen Oper an die Erfolge Felsensteins in Paris in den 1950er Jahren an. Keinesfalls fehlen durfte auf einer solchen Wunschliste ein Gastspiel des Berliner Ensembles: Neben Werken von Brecht fiel die Wahl auf die Inszenierung einer Coriolan-Bearbeitung von Brecht mit der international viel beachteten Choreografie von Ruth Berghaus.[421] Der Wunsch der DDR, im Austausch zum Staatsopern-Gastspiel die *Comédie-Française* oder das Ballett der Pariser Oper in Ost-Berlin zu empfangen, ließ sich unter den aktuellen politischen Vorzeichen nicht realisieren

417 Ibid.: Note der S/DEUC vom 26. 4. 1971.

418 Ibid.: Note von B[oyer] vom 27. 3. 1972.

419 Ibid.: Note der S/DEUC, Boyer, vom 4. 6. 1971 für die DGRCST: „[Pas] d'objections à ce que des contacts soient établis entre des universités françaises et est-allemandes et à ce que celles-ci passent entre elles des conventions de coopération, dans la mesure où la loi d'orientation fait des universités françaises des organismes autonomes. En revanche, il conviendrait d'éviter que le ministère de l'Éducation nationale soit amené à donner un caractère officiel et interétatique aux échanges envisagés."

420 Ibid.: Schreiben des CNRS, Audé, vom 8. 11. 1971 an das MAE, DGRCST; sowie ibid.: Note der S/DEUC, Boyer, vom 23. 12. 1971 für die DGRCST: „La direction d'Europe n'a pas, pour sa part, d'objection à ce que le CNRS prenne en charge l'envoi de chercheurs en Allemagne de l'Est, à condition que ces missions aient un caractère strictement scientifique; par ailleurs, il conviendrait d'attirer l'attention du chef de la division des Relations extérieures sur le fait que les relations culturelles entre la France et l'Allemagne de l'Est se développent pour l'instant à l'échelon non gouvernemental."

421 AEFA, Commission culturelle: Bericht vom 19. 3. 1971 über ein Gespräch mit Irene Gysi und Günther Weber in Anwesenheit von Georges Soria und André Thomazo.

und stellte die französischen Veranstalter damit vor eine beträchtliche Hürde. Nach umfangreichen Verhandlungen einigte man sich im Februar 1972 schließlich auf den Zeitraum vom 16. März bis zum 10. April 1973 für das Gastspiel der Staatsoper in Paris. Auf dem Programm standen Mozarts „Così fan tutte", Beethovens „Fidelio", „Der fliegende Holländer" und „Die Walküre" von Wagner sowie die Oper „Wozzeck" von Alban Berg. Hinzu kamen zwei Sinfoniekonzerte mit Werken von Wagner in der *Salle Pleyel*.[422] Der *Quai d'Orsay* gab sein Einverständnis, bat aber darum, zum gegebenen Zeitpunkt darüber zu wachen, dass dieses Gastspiel nicht übermäßig zu politischen Zwecken missbraucht werde.[423] Aus dem gleichen Grund hatte man das Operngastspiel bereits in das *Théâtre des Champs-Élysées* verlegt. Der DDR sollte (noch) nicht die große Bühne der Pariser Nationaloper im *Palais Garnier* geöffnet werden. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen einen Monat vor Beginn des Gastspiels änderte daran nichts. Erhalten blieb auch der kommerzielle Charakter, von dem die ostdeutschen Gastspiele in Frankreich bislang geprägt waren. Die noch im Februar 1973 vom Veranstalter Fernand Lumbroso beantragte kostenfreie Ausstellung der für das Gastspiel der Staatsoper benötigten 400 Visa wurde mit einem Hinweis auf die befürchtete politische Instrumentalisierung abgewiesen.[424]

Das Berliner Ensemble trat bereits 1971 und 1972 nach einer über zehnjährigen Pause wieder in Frankreich auf. Die Tournee im Jahr 1971 war mit insgesamt 18 Vorstellungen in drei Theatern außerordentlich umfangreich.[425] Im Gegensatz zu früheren Zeiten fanden die Aufführungen jedoch nicht auf einer Pariser Bühne, sondern in den kommunalen Theatern von Nanterre, Saint-Denis und Aubervilliers statt. Erst 1983 war das Berliner Ensemble wieder in Paris zu sehen.[426]

Während sich die Gastspiele und Tourneen von ostdeutschen Orchestern, Musik- und Sprechtheatern in Frankreich häuften, blieben Auftritte französischer Künstler und Ensembles in der DDR eine große Seltenheit. Dies war zunächst eine Frage von Subventionen und Geldern, die für die Durchführung einer Tournee benötigt werden. Das Problem ergab sich erstmals im Januar 1972, als das *Théâtre de la Cité* aus Villeurbanne beabsichtigte, die Einladung für ein Gastspiel im Rahmen der Berliner Festtage mit einer anschließenden Tournee durch die DDR anzunehmen. Obwohl das Budget der DGRCST nicht ausreichte, um entsprechende Subventionen zu gewährleisten, nahm man die Anfrage zum Anlass, eine Grundsatzentscheidung der politischen Abteilung des *Quai d'Orsay* herbei-

[422] AMAE, EA, 1727/39: Note der DGRCST, Burgaud, vom 2. 2. 1972 für die DEU.

[423] AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Note der S/DEUC, Boyer, vom 14. 3. 1972 für die DGRCST: „Bien entendu, il conviendra, le moment venu, de veiller à ce que cette manifestation ne soit pas exploitée indûment sur le plan politique."

[424] AMAE, RDA 1971–1976, 3074: Note der DCAAC vom 26. 2. 1973 für die S/DEUC und die DGRCST, EA: „J'ai le regret de ne pouvoir donner satisfaction à votre requête, les visas de courtoisie n'étant éventuellement accordés que si les représentations sont données dans un but philanthropique, ce qui n'est pas le cas."

[425] Siehe dazu die Liste mit den Gastspielen ostdeutscher Ensembles in Frankreich 1954–1973 im Anhang (CD-ROM).

[426] Gürttler, Die Rezeption der DDR-Literatur in Frankreich, Bd. II, S. 363–370.

zuführen.[427] Künftig konnten Gelder, ungeachtet der politischen Situation und nur unter der Bedingung, dass ein künstlerisches Interesse bestand, bewilligt werden.[428] Einer der ersten Anlässe, bei denen das Ministerium finanzielle Unterstützung gewährte, war die Teilnahme junger französischer Musiker am renommierten Internationalen Bach-Wettbewerb in Leipzig.[429]

Im selben Jahr erhielt das *Théâtre de l'Est parisien* eine Einladung, an den Feierlichkeiten anlässlich des 75. Geburtstages von Bertolt Brecht im Frühjahr 1973 in Ost-Berlin teilzunehmen. Es sollte als eines von nur zwei ausländischen Ensembles mit der viel beachteten Inszenierung des Brecht-Stückes „Die heilige Johanna der Schlachthöfe" von Guy Rétoré im Theater am Schiffbauerdamm auftreten.[430] Für das französische Kulturministerium kam diese Einladung in den Tempel Brecht'scher Theaterkultur einem Ritterschlag für das französische Theater gleich, weshalb das Vorhaben von Jacques Duhamel persönlich und mit Nachdruck unterstützt wurde.[431] Zwar gab es keinerlei Einwände in politischer Hinsicht, das eigentliche Problem bestand jedoch in der Notwendigkeit einer finanziellen Unterstützung durch den französischen Staat (über die AFAA). Die vom Ministerium für Kultur beantragte Subvention in Höhe von 150 000 FF wurde binnen eines Monats bewilligt.[432]

In der Zeit unmittelbar nach der Aufnahme offizieller Beziehungen riefen die neuen Möglichkeiten in den künstlerischen Kreisen Frankreichs eine gewisse Aufbruchsstimmung hervor.[433] In diese Zeit fallen auch die erneuten Planungen für ein Gastspiel des aus dem *Théâtre de la Cité* hervorgegangenen *Théâtre national populaire* (kurz TNP), das im Herbst 1974 im Rahmen der Berliner Festtage mit einer „Tartuffe"-Inszenierung und einem Stück von Roger Planchon auftreten

427 AMAE, RDA 1971–1976, 3074: Note der DGRCST, Burgaud, vom 11. 1. 1972 für die DEU, Boyer.

428 Ibid.: Note der S/DEUC, Boyer, vom 21. 1. 1972 für die DGRCST, EA: „[Pas] d'objection à ce que le département apporte un appui financier à des troupes ou à des orchestres français désireux de se produire en Allemagne de l'Est, si ceux-ci présentent, sur le plan artistique, les garanties souhaitables."

429 Ibid.: Undatierte Note der DGRCST für die S/DEUC und Antwortnote der S/DEUC, Boyer, vom 23. 2. 1972 für die S/DEUC.

430 Ibid.: Note der DGRCST, Epervrier, vom 31. 8. 1972 für die DEU.

431 AMAE, EA, 1727/39: Schreiben des MAC, Duhamel, vom 31. 7. 1972 an das MAE, Schumann: „Il me paraît toutefois extrêmement souhaitable que la France puisse participer, par l'intermédiaire du théâtre de l'Est parisien (dont cette invitation consacre les mérites au moment même où il vient de recevoir le statut d'établissement public), à ces rencontres théâtrales berlinoises. Je vous serais par conséquent reconnaissant de bien vouloir appuyer auprès de l'Association française d'action artistique – si vous partagez mon sentiment sur l'opportunité de ce déplacement – la demande de subvention du théâtre de l'Est parisien."

432 Ibid.: Note der DGRCST, Burgaud, vom 30. 8. 1972 für Delmare; sowie AMAE, RDA 1971–1976, 3074: Note der S/DEUC vom 7. 9. 1972 für die DGRCST.

433 Ibid.: Schreiben der franz. Botschaft in Berlin, Jessel, vom 20. 9. 1973 an das MAE, DGRCST, EA: „Les milieux artistiques français se montrent, comme on pouvait s'y attendre, intéressés par les possibilités nouvelles que leur offre l'Allemagne de l'Est, et les autorités culturelles de ce pays ont fait preuve jusqu'à présent, sinon d'esprit d'initiative, du moins de beaucoup de bonne volonté à l'égard des propositions françaises."

sollte.[434] Das von Brecht und dem Berliner Ensemble stark geprägte TNP nahm eine Einladung nach Berlin nur allzu gerne an, und die neu eröffnete französische Botschaft in Ost-Berlin erhoffte sich von einem solchen Gastspiel eine Belebung des künstlerischen Austausches zwischen beiden Staaten.[435] Nur eine Woche nachdem das Ministerium in Paris das Gastspiel genehmigt hatte, wies der französische Botschafter in Berlin, Bernard de Chalvron, jedoch auf die Koinzidenz mit den Feierlichkeiten anlässlich des 25. Jahrestages der DDR hin. Da man dem nicht ohne eine entsprechende Gegenleistung etwa hinsichtlich des von Frankreich angestrebten Kulturabkommens zustimmen könne, legte de Chalvron dem Ministerium eine Verschiebung des Gastspiels nahe.[436] Nur wenig später bat auch das TNP selbst, allerdings aus technischen Gründen, um eine Verschiebung.[437] Ein direkter Zusammenhang zwischen der Forderung von de Chalvron und der Bitte des TNP lässt sich nicht erkennen.

Das nicht zustande gekommene Gastspiel des TNP war in den französisch-ostdeutschen Beziehungen das erste Gastspiel, das im Rahmen eines wechselseitigen Austausches konzipiert wurde.[438] Im Gegenzug zum Auftritt des TNP in Berlin sollte die Ost-Berliner Volksbühne im Herbst 1974 mit einer Inszenierung der „Räuber" von Friedrich Schiller in Paris, Villeurbanne (d. h. auf der Bühne des TNP) und in Strasbourg zu sehen sein.[439] Doch auch diese Tournee kam nicht zustande: Jack Lang und Fernand Lumbroso, die in die DDR gereist waren, um die Inszenierung in Augenschein zu nehmen, waren derart enttäuscht, dass man sich zu einer Verschiebung des Vorhabens entschloss. Begründet wurde dies bezeichnenderweise mit der zu großen Entfernung der Inszenierung von der für das französische Theater so bedeutenden Tradition des Brecht-Theaters.[440]

Als Ersatz für das Gastspiel des TNP schlug die DGRCST ein Gastspiel der *Comédie-Française* vor, die für 1975 bereits eine Osteuropatournee plante.[441] Das Einverständnis des *Quai d'Orsay* zu einem Auftritt des traditionsreichsten Thea-

[434] Ibid.: Note der DGRCST, Laurent, vom 27. 2. 1974 für die DEU.

[435] Ibid.: Schreiben der franz. Botschaft in Berlin, Jessel, vom 20. 9. 1973 an das MAE, DGRCST, EA: „L'arrivée du TNP aura peut-être un effet plus ‚percutant' dans le milieu théâtral de Berlin et je sais que ses dirigeants rêvent depuis longtemps de se produire dans la ville de Brecht."

[436] Ibid.: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 27. 3. 1974.

[437] Ibid.: Telegramm der DGRCST, EA, Burgaud, vom 19. 4. 1974 an die franz. Botschaft in Berlin: „Le Théâtre national populaire, très désireux cependant de se rendre en République démocratique allemande, exprime le souhait que son déplacement puisse avoir lieu une autre année."

[438] Ibid.: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 14. 9. 1973.

[439] Ibid.: Telegramm der DGRCST, EA, Burgaud, vom 12. 6. 1974 an die franz. Botschaft in Berlin.

[440] AMAE, Berlin-Est, Service culturel, 144: Schreiben der franz. Botschaft in Berlin, de Chalvron, vom 28. 6. 1974 an das MAE, DGRCST, EA: „Les résultats de cette visite ont été décevants: d'une part ‚les Brigands', qui nécessitent le déplacement de quatre-vingt-dix participants, représentant un spectacle relativement coûteux; d'autre part, les hommes de théâtre français ont jugé la mise en scène un peu terne et trop marquée par la tradition ‚post-brechtienne'."

[441] AMAE, RDA 1971–1976, 3074: Telegramm der DGRCST, EA, Burgaud, vom 19. 4. 1974 an die franz. Botschaft in Berlin.

ters französischer Zunge in Ost-Berlin war nicht nur eine offizielle Bestätigung der Bedeutung des Theaters für die französisch-ostdeutschen Kulturbeziehungen seit 1954, sondern auch Zeichen einer neuen Stufe in diesen Beziehungen.[442] Schließlich ging damit auch eine Phase zu Ende, die mit dem Gastspiel des Deutschen Theaters zehn Jahre zuvor begonnen hatte – eine Phase, die nicht zufällig von den Anfängen der Entspannungspolitik de Gaulles bis hin zur Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte in Helsinki reicht. Tatsächlich kam aber auch das Gastspiel der *Comédie-Française* nicht zustande. Aufgrund der Feierlichkeiten der DDR anlässlich des 30. Jahrestages der Befreiung am 8. Mai 1975 und der deshalb fehlenden Bühnen- und Hotelkapazitäten bat die DDR um eine Verschiebung von wenigen Wochen, die für das französische Ensemble wiederum nicht möglich war.[443]

Die Bilanz könnte kaum düsterer sein, die die Botschaft im Oktober 1975 anlässlich des Ausscheidens von Thierry Burkard, dem ersten französischen Kulturattaché in Ost-Berlin, vom künstlerischen Austausch zwischen beiden Ländern zog. Fast alle Projekte, die Frankreich seit der Aufnahme offizieller Beziehungen vorgeschlagen hatte, waren vom Ministerium für Kultur der DDR abgelehnt worden.[444] Nur ein einziges größeres Vorhaben konnte in diesen Jahren in der Regie der französischen Diplomatie realisiert werden: eine Ausstellung französischer Plakate des Pariser *Musée des arts décoratifs* 1974/75 in Ost-Berlin und Rostock.[445] Zwar wurde die Umsetzung dieses Vorhabens von der AFAA koordiniert und subventioniert[446], seinen Ursprung hatte es jedoch in den inoffiziellen Kontakten, die zwischen dem Pariser Museum, dem *Cercle Dürer* und dem Ministerium für Kultur der DDR anlässlich der Fritz-Kühn-Ausstellung in den späten 1960er Jahren geknüpft worden waren. Es erstaunt mithin wenig, dass diese Ausstellung thematisch in der Kontinuität der Aktivitäten des *Cercle Dürer* stand. Auch eine Spielzeugausstellung, die im Oktober 1973 in Paris in Anwesenheit eines Staatssekretärs eröffnet wurde, war aus diesen Kontakten hervorgegangen.[447] Bereits seit 1969 geplant, nutzte eine Mitarbeiterin des Ministeriums für Kultur der DDR einen Parisaufenthalt, um mit dem Leiter des *Cercle Dürer* die Details dieser

[442] AMAE, Berlin-Est, Service culturel, 51: Schreiben der franz. Botschaft in Berlin vom 13. 11. 1974 an das MAE, DGRCST: „Enfin – symbole d'une ère nouvelle –, il [Thierry Burkard gegenüber einem Mitarbeiter des MfAA – Ch. W.] confirmait la possibilité pour la Comédie française de se rendre en RDA au printemps 1975."

[443] AMAE, RDA 1971–1976, 3074: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 7. 2. 1975; sowie ibid.: Telegramm der DGRCST, Burgaud, an die franz. Botschaft in Berlin.

[444] AMAE, Berlin-Est, Service culturel, 144: Schreiben der franz. Botschaft in Berlin, de Chalvron, vom 14. 10. 1975 an das MAE, DGRCST.

[445] AMAE, RDA 1971–1976, 3074: Schreiben der franz. Botschaft in Berlin, de Chalvron, vom 24. 3. 1975 an das MAE, DGRCST, EA: „Pour la présence française, si peu affirmée en RDA et si peu encouragée sur le plan officiel, cette exposition a constitué, aussi bien par le choix des œuvres que par leur présentation, une incontestable réussite."

[446] Ibid.: Schreiben der franz. Botschaft in Berlin, de Chalvron, vom 3. 4. 1974 an das MAE, DGRCST, EA.

[447] Ibid.: Schreiben der franz. Botschaft in Berlin, Jessel, vom 20. 9. 1973 an das MAE, DGRCST, EA.

Ausstellung zu besprechen.[448] Die Planung wie auch die Auswahl der Ausstellungsstücke aus dem Spielzeugmuseum in Sonneberg übernahm das *Musée des arts décoratifs* in den folgenden Jahren selbst.[449]

Die Hauptforderung des EFA-Fachzirkels für Malerei und bildende Kunst an die französische Außenpolitik in den Jahren fehlender offizieller Beziehungen galt der Öffnung staatlicher Museen in Frankreich für Kunstwerke aus ostdeutschen Museen beziehungsweise von ostdeutschen Künstlern. In den 1960er Jahren war unter anderem der Versuch, eine Ausstellung mit Meisterwerken der Dresdner Gemäldegalerie in Paris zu zeigen, mehrfach gescheitert. Eine bedeutende Schau aus der DDR war auch noch lange nach 1973 nicht in Frankreich zu sehen. Stattdessen war die DDR im Herbst 1976 mit zahlreichen Leihgaben an einer Ausstellung des *Louvre* über die deutsche Malerei der Romantik beteiligt und erhielt damit erstmals den geforderten Zugang zu einem staatlichen Museum.[450]

## 3. Der lange Weg zum Kulturabkommen

Im Zuge der seit Beginn der 1970er Jahre zu konstatierenden, allmählich fortschreitenden Normalisierung der Beziehungen auf kultureller Ebene erfuhren diese auch eine zunehmende Institutionalisierung. Ungeachtet des Fehlens offizieller Beziehungen wurden bereits in den Jahren vor 1973 Kontakte zwischen den zuständigen Fachministerien beider Länder etabliert. Eine zentrale Rolle spielten dabei die EFA, auf deren Kontakte zum Ministerium für Kultur der DDR französische Ministerien mangels Alternativen ebenso angewiesen waren wie auf ihre Erfahrungen in den Kulturbeziehungen. Unter dem Eindruck einer Verbesserung des politischen Klimas in Europa und insbesondere im innerdeutschen Verhältnis forderten die EFA 1970 die Beseitigung politischer Hindernisse im kulturellen Austausch mit der DDR.[451] Als Maßstab für die geforderten Veränderungen wurde dabei immer wieder auf die französisch-sowjetischen Beziehungen verwiesen. Für die französische Außenpolitik hatte der Ausbau der Kulturbeziehungen mit der DDR bereits vor 1973 eine hohe Priorität. Nach dem 9. Februar 1973 gehörte die Realisierung eines Kulturabkommens zwischen beiden Staaten zu den ganz wenigen Dingen, an denen Frankreich in Bezug auf die DDR ein echtes Interesse bekundete.

[448] AEFA, Ministère de la Culture de RDA: Schreiben des MfK, Gruner, vom 15. 5. 1970 an die EFA, Lenoir.

[449] Ibid.: Schreiben der EFA, Lenoir, vom 8. 10. 1970 an das MfK, Reinicke; sowie ibid.: Schreiben des MfK, Gysi, vom 26. 10. 1972 an das Musée des arts décoratifs, Picon.

[450] AMAE, Berlin-Est, Service culturel, 144: Note der DGRCST vom 18. 5. 1976 (diente der DEU als Basis für die Erstellung von Instruktionen): „[…] un prêt important de toiles de la RDA permettra à ce pays de faire son entrée sur la scène artistique française, à l'occasion de cette exposition."

[451] AEFA, Correspondance ministères français: Note d'information à l'intention de Monsieur le ministre des Affaires culturelles: „Il nous semble que les événements qui se sont produits au cours de l'année 1970 […] et qui ont amélioré considérablement le climat politique en Europe, sont de nature à permettre la levée des interdictions d'ordre politique, assez peu compréhensibles au demeurant quand il s'agit de culture."

## Anfänge der Institutionalisierung der Kulturbeziehungen vor 1973

Am 16. April 1970 gewährte Maurice Schumann erstmals einer Delegation des EFA-Präsidiums eine Audienz im *Quai d'Orsay*, der unter anderem André Hauriou und Georges Castellan angehörten. Die der Zusammenarbeit mit den EFA gegenüber sehr skeptisch eingestellte Europa-Abteilung des Außenministeriums hatte Schumann vergeblich vor den Problemen gewarnt, die der französischen Politik in den neu entstehenden Beziehungen mit der DDR aus den Aktivitäten der EFA erwachsen würden.[452] Trotz eines sehr umfangreichen Memorandums, das dem Minister im Vorfeld überreicht worden war, ging es in dem einstündigen Gespräch vor allem um zwei Dinge: die Gewährung von Stipendien für ostdeutsche Studenten als Ausgleich für die von der DDR gezahlten Stipendien für französische Studenten sowie um die Erlaubnis für DDR-Bürger mit offiziellen Ämtern, sich längere Zeit in Frankreich aufzuhalten, wenn sie dort während des Dritten Reiches gelebt oder Angehörige hatten. Konkreten Anlass bot ein entsprechendes Ersuchen von Franz Dahlem. Außerdem boten sich die EFA bei Bedarf als Vermittler in den Beziehungen mit Ost-Berlin auf kultureller Ebene an.[453] Die Atmosphäre des Gesprächs beschrieb Schumann als konziliant.[454] Während diese Audienz für die EFA, deren Aktivitäten bislang vom *Quai d'Orsay* eher durchkreuzt worden waren, einer erheblichen Aufwertung gleichkam, entsprach sie aus der Perspektive der französischen Außenpolitik der Absicht, die Kulturbeziehungen im Rahmen des Möglichen zu normalisieren.

Der erste direkte Kontakt zwischen dem Ministerium für Kultur der DDR und dem französischen *Ministère des Affaires culturelles* kam wenige Monate später im Juni 1970 zustande. Karin Gruner, Hauptansprechpartnerin der EFA im Ministerium für Kultur, traf sich in Paris mit Claude Ménard, dem Generalbeauftragten des französischen Ministeriums für Ausstellungen und kulturellen Austausch. Nur einen Monat nach dieser Zusammenkunft lud Gruner Ménard zusammen mit einem Abteilungsleiter desselben Ministeriums sowie dem Leiter der Abteilung für künstlerischen Austausch des Außenministeriums in die DDR ein.[455] Ziel dieser Reise sollte es sein, die Grundlinien des künftigen kulturellen Austausches zwischen beiden Ländern zu besprechen. Die Einladung wurde von französischer Seite jedoch zunächst ausgeschlagen. Man ging zwar von einem ernsthaften Interesse

[452] AMAE, Berlin-Est, Service culturel, 47: Note der S/DEUC vom 15. 4. 1970 für das MAE, Kabinett.

[453] Ibid.: Handschriftl. Notiz von M[aurice] S[chumann] vom 16. 4. 1970 (beigefügt einer Note der S/DEUC vom 15. 4. 1970 für das MAE, Kabinett): „Enfin, l'association s'offre à servir d'intermédiaire discret le cas échéant."

[454] Cf. dazu auch Hauriou, L'entrevue de la Présidence nationale avec le ministre des Affaires étrangères, in: Rencontres 61 (Apr.–Juni 1970), S. 13 f.

[455] AMAE, EA, 1727/39: Übersetzung eines Schreibens des MfK, Gruner, vom 24. 7. 1970 an das MAC, Ménard (délégué général aux expositions et aux échanges culturels); sowie ibid.: Note der DGRCST, EA, Burgaud, vom 3. 9. 1970 für den Leiter der DGRCST.

der DDR an kulturellen Beziehungen aus, befürchtete aber negative Auswirkungen auf die Beziehungen zur Bundesrepublik.[456]

Die von der EFA-Kulturkommission in Zusammenarbeit mit den Fachzirkeln im April 1970 ausgerichtete Woche der Normalisierung der französisch-ostdeutschen Beziehungen war der Ausgangspunkt für die Vorbereitung einer Anhörung, um die man Anfang Februar 1971 nun auch Jacques Duhamel, den Minister für kulturelle Angelegenheiten, bat.[457] Zentrales Anliegen war es, von der französischen Regierung eine Normalisierung der kulturellen Beziehungen mit der DDR in einem den Wirtschaftsbeziehungen vergleichbaren Umfang einzufordern.[458] Arbeitsgrundlage waren Berichte der Leiter des *Cercle Bach* und des *Cercle Dürer* über den Stand der Beziehungen in ihrem jeweiligen Fachgebiet.[459] Jean de Solliers bedauerte das Fehlen von Subventionen für die Reisen von französischen Musikern und Ensembles in die DDR, das Fehlen von Stipendien für den Austausch von Studenten und Musikwissenschaftlern sowie die mangelnde Verfügbarkeit ostdeutscher Tonaufnahmen in Frankreich. Um das Interesse Frankreichs an Beziehungen in diesem Bereich zu unterstreichen, verwies de Solliers auf das Liszt-Archiv in Weimar sowie auf die Musikerziehung in der DDR, der er Modellcharakter konzedierte. James Pichette forderte vor allem, den Austausch von Ausstellungen zu begünstigen. Beide betonten das französische Interesse am kulturellen Erbe der DDR als eines Bestandteils von Deutschland.[460] Ihre Forderungen flossen in einen umfassenden Maßnahmenkatalog ein, der dem Minister vorgelegt werden sollte. Dazu zählten auch die Organisation einer Woche des ostdeutschen Films sowie ein Abkommen, mit dem ostdeutsch-französische Koproduktionen wieder möglich werden sollten.

Der vom Minister beauftragte Kabinettsmitarbeiter Gérard Montassier empfing die Delegation um Georges Castellan am 12. März 1971.[461] Im Gespräch konzentrierte man sich vor allem auf fünf konkrete Forderungen: die Wiederaufnahme

[456] AMAE, RDA 1961–1970, 73: Note der DGRCST, Laurent, vom 11. 9. 1970 für die S/DEUC.

[457] AEFA, Commission culturelle: Protokoll der Sitzung der EFA-Kulturkommission am 5. 10. 1970; sowie ibid., Correspondance ministère français: Brief der EFA, Périllier, vom 9. 2. 1971 an das MAC, Duhamel.

[458] AEFA, Correspondance ministères français: Note d'information à l'intention de Monsieur le ministre des Affaires culturelles: „Ces relations [Wirtschafts- und Handelsbeziehungen – Ch. W.] peuvent et doivent encore s'améliorer jusqu'à devenir officielles. Mais il reste que dans les conditions actuelles rien ne devrait empêcher l'instauration de relations dans le domaine de la culture au plus grand avantage du peuple français, du rayonnement de la culture française, du peuple de la RDA et du développement de la culture en général, même si ces échanges culturels devaient prendre, momentanément, des voies et des méthodes similaires à celles utilisées aujourd'hui dans les échanges commerciaux."

[459] AEFA, Commission culturelle: Rundschreiben der EFA, Lenoir, vom 29. 9. 1970.

[460] Ibid.: Undatierte Note d'information sur les relations artistiques avec la RDA von James Pichette und Undatierte Note d'information sur les relations musicales avec la RDA von Jean de Solliers.

[461] AEFA, Correspondance ministères français: Brief des MAC, Duhamel, vom 19. 2. 1971 an die EFA, Périllier; der Delegation gehörten neben Castellan Roland Lenoir und Louis Daquin an.

von Koproduktionen im Bereich des Films, die Gewährung von Subventionen für französische Theaterensembles, um in der DDR gastieren zu können, die Kooperation zwischen ostdeutschen und französischen Rundfunk- und Fernsehstationen, den Austausch von Ausstellungen zwischen staatlichen Museen sowie die Eröffnung eines halboffiziellen französischen Kulturzentrums in Ost-Berlin. Montassier reagierte generell mit vager Zustimmung, verwies allerdings in fast allen Punkten auf die Zuständigkeit des *Quai d'Orsay*. Lediglich die Zusammenarbeit von staatlichen Museen beider Länder schloss er von vornherein aus.[462] Vonseiten der EFA plante man, einen Bericht über dieses Gespräch zu veröffentlichen, nicht zuletzt, um Theaterdirektoren eventuelle Befürchtungen hinsichtlich der Streichung staatlicher Subventionen bei Gastspielen in der DDR zu nehmen.[463] Das schließlich mit Zustimmung des Ministeriums in *Rencontres* veröffentlichte Kommuniqué nahm jedoch nicht auf das Gespräch selbst Bezug, sondern auf einen bereits ein halbes Jahr zuvor von Xavier Deniau im Auswärtigen Ausschuss der Nationalversammlung präsentierten Bericht über die Kulturbeziehungen Frankreichs zu Staaten, zu denen es keine diplomatischen Beziehungen unterhielt.[464] Mit dem Kommuniqué verpflichtete sich das Ministerium, die Möglichkeiten zum Ausbau der Beziehungen in allen angesprochenen Bereichen zu prüfen; gleichzeitig wurden sämtliche privaten Initiativen legitimiert.[465]

Mit diesem Gespräch im Ministerium für kulturelle Angelegenheiten ebneten die EFA auch den Weg für Irene Gysi, langjährige Leiterin der Abteilung für internationale Beziehungen im Ministerium für Kultur der DDR, die bereits in den 1950er Jahren an der Organisation von Gastspielen ostdeutscher Ensembles im *Théâtre des nations* beteiligt war und jetzt das in der Pariser Banlieue gastierende Berliner Ensemble begleitete. Keine zwei Wochen nach der EFA-Delegation wurde Gysi ebenfalls von Montassier empfangen. Maurice Schumann hatte dieses Gespräch im Interesse einer weiteren Normalisierung der Beziehungen ausdrücklich befürwortet.[466] Der ostdeutschen Seite ging es um mehr: Gysi sollte gelegentlich dieses Gesprächs unter anderem die Eröffnung von halboffiziellen kulturellen Institutionen in Paris und Ost-Berlin, analog zu den bestehenden Handelsvertretungen, erwirken. In diesem Punkt bestätigte Schumann jedoch die ablehnende Haltung der Europa-Abteilung seines Ministeriums.[467] Andere Austauschprojekte wurden hingegen als realisierbar eingestuft. Die von Gysi im Laufe des Gesprächs in dieser Hinsicht gemachten Vorschläge wurden von Montassier vor allem da-

462 AMAE, Berlin-Est, Service culturel, 47: Note des MAC, Montassier, vom 16. 3. 1971.

463 AEFA, Correspondance ministères français: Brief der EFA, Lenoir, vom 15. 3. 1971 an das MAC, Montassier.

464 ANF, 20060135/10: Protokolle der Sitzungen vom 21. 10. und 22. 10. 1970.

465 Cf. Rencontres 66 (Mai–Juni 1971), S. 15.

466 AMAE, Berlin-Est, Service culturel, 47: Note von Magniny vom 18. 3. 1971 für Schumann: „La direction Europe admet elle-même qu'il serait difficile de refuser une telle rencontre." Handschriftl. Anmerkung von Schumann: „L'entretien doit être accepté."

467 Ibid.: Note von Magniny vom 18. 3. 1971 für Schumann; handschriftl. Anmerkung von Schumann: „Précisément, les ‚délégations commerciales' n'existent pas … Il n'est pas question d'ouvrir pour le moment des délégations culturelles, mais tel ou tel échange déterminé n'est pas non plus à exclure en toute hypothèse."

nach bewertet, wie ambitioniert und spektakulär sie im Einzelnen waren. Abgelehnt wurde aus diesem Grund sowohl eine Ausstellung von Meisterwerken der Dresdner Gemäldegalerie in Paris als auch eine Tournee der *Comédie-Française* in Ost-Berlin. Alternativ einigte man sich auf ein Gastspiel des *Théâtre de la Cité* von Roger Planchon. Auf das von Gysi gemachte Angebot eines Gastspiels der Berliner Staatsoper 1973 ging Montassier nicht ein – es war indes der einzige Vorschlag, der tatsächlich umgesetzt werden sollte.[468]

Bemerkenswert ist dieses Treffen noch aus einem ganz anderen Grund, wurde hier doch bereits zwei Jahre vor der Aufnahme offizieller Beziehungen von ostdeutscher Seite der Vorschlag für ein Kulturabkommen zwischen Frankreich und der DDR lanciert. Dies könne, so Gysi, zunächst in Form eines Briefwechsels (wie in den Handelsbeziehungen) zwischen den beiden betreffenden Ministerien geschehen (etwa um das Problem von Versicherungen zu klären). Montassier hielt dem entgegen, dass eine fallweise Lösung völlig ausreichend sei. Die Idee eines Kulturabkommens fand jedoch schon bald Eingang in die Überlegungen des *Quai d'Orsay* zur Vorbereitung offizieller Beziehungen mit der DDR.[469]

Einige Monate später wurden erneut Vertreter des französischen Ministeriums für Kultur in die DDR eingeladen, um mit Vertretern des ostdeutschen Ministeriums Gespräche über die Organisation eines regelmäßigen kulturellen Austausches zwischen beiden Ländern zu führen und entsprechende Einrichtungen in der DDR zu besichtigen.[470] Diesmal stimmte Maurice Schumann der Reise zu, allerdings unter der Bedingung, dass man keinen Abteilungsleiter entsende.[471] Im September 1971 reisten daraufhin drei Mitarbeiter des Ministeriums mehr privat als offiziell nach Ost-Berlin. Im Gepäck hatten sie ein Programm für den Austausch von Ausstellungen.

Die Gespräche von Gérard Montassier mit einer EFA-Delegation sowie mit Irene Gysi zum Anlass nehmend, wandte sich EFA-Präsident Louis Périller im Sommer 1971 erneut an Maurice Schumann mit der Bitte, für die bereits besprochenen Projekte grünes Licht zu geben. Außerdem unterbreitete er dem Ministerium Vorschläge über den Ausbau von Kontakten und Beziehungen im schulischen, universitären und wissenschaftlichen Bereich. Drängendstes Problem: Die französischen Lehrpläne sahen einen Unterricht über beide deutsche Staaten vor; es fehlte jedoch an Büchern und grundsätzlich an hinreichendem Informations-

[468] Ibid.: Undatierte Note von Montassier über sein Gespräch mit der Abteilungsleiterin für internationale Beziehungen des MfK, Gysi.

[469] AEFA, Correspondance ministères français: Handschriftl. Notiz über das Gespräch zwischen Gérard Montassier und Irene Gysi am 23. 3. 1971.

[470] AMAE, RDA 1971–1976, 3074: Note der DGRCST vom 22. 7. 1971 für die DEU.

[471] AMAE, Berlin-Est, Service culturel, 47: Note von Magniny vom 18. 3. 1971 für Schumann; handschriftl. Anmerkung von Schumann: „Un voyage d'un fonctionnaire de rang moyen, portant sur un problème déterminé n'est pas à exclure." Cf. dazu AMAE, RDA 1971–1976, 3074: Note der S/DEUC, Boyer, vom 5. 8. 1971 für die DGRCST: „La direction d'Europe n'a pas, pour sa part, d'objection de principe à ce projet, le cabinet du ministre lui ayant fait savoir le 19 mars que M. Schumann estimait possible que le ministère des Affaires culturelles donne suite à l'invitation qui lui a été adressée, à condition que les fonctionnaires intéressés occupent un rang moyen dans la hiérarchie."

material über den zweiten deutschen Staat.[472] Eine weitere Audienz sollte aus Sicht der EFA der besseren Vorbereitung kultureller Beziehungen nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen dienen. Eine Anhörung wurde nicht gewährt, dennoch setzte man sich im Ministerium intensiv mit den Vorschlägen der EFA auseinander. Die allermeisten wurden von der französischen Außenpolitik aufgegriffen, etwa in Bezug auf Reisen von Lehrern in die DDR oder die Gewährung von Forschungsstipendien für französische und unter Umständen sogar für ostdeutsche Wissenschaftler. Selbst der Ausbau des von der DDR eingerichteten Stipendiensystems für französische Studenten galt als realisierbar, allerdings nur unter der Bedingung, dass die EFA nicht weiterhin der einzige Kanal für diesen Austausch blieb.[473] Um die EFA außen vor zu lassen, beschloss man, sie nicht über die ergriffenen Maßnahmen in Kenntnis zu setzen.[474]

Erst im März 1972 wurde nach wiederholten Anfragen schließlich erneut eine EFA-Delegation im *Quai d'Orsay* empfangen, dieses Mal durch Thierry Burkard, einen Mitarbeiter aus dem Kabinett Schumann.[475] Dass diese Audienz zustande kam, lag sicherlich nicht zuletzt an der persönlichen Verbindung zwischen Maurice Schumann und dem Historiker Jacques Droz, Mitglied im Präsidium des Pariser EFA-Komitees und ehemaliger Kriegskamerad Schumanns. Zwar insistierte man seitens der EFA auch bei diesem Gespräch auf der Notwendigkeit einer Anerkennung der DDR durch Frankreich (was mit etwa 30 000 Unterschriften belegt wurde), vor allem aber nutzte man die Unterredung, um einige konkrete Vorhaben zu befördern: Jacques Droz setzte sich bei dieser Gelegenheit etwa für eine Historiker-Tagung ein, an der französische und ostdeutsche Wissenschaftler beteiligt werden sollten.[476] Und James Pichette engagierte sich für den Austausch zwischen staatlichen Museen beider Länder, der ein Jahr zuvor von Montassier abgelehnt worden war. Bei beiden Anliegen bat Schumann seinen Mitarbeiter, sich um eine wohlwollende Klärung zu kümmern.[477]

Die Unterredung mit Thierry Burkard war der Beginn einer engeren Zusammenarbeit zwischen dem *Quai d'Orsay* und den EFA. Vor allem Pichette sprach sich für eine Fortsetzung des Kontaktes mit dem Kabinett von Schumann aus, um sich der Unterstützung des Ministers auch bei der Realisierung kommender Vorhaben zu versichern.[478] Während des gesamten folgenden Jahres blieb Burkard

[472] Ibid.: Brief der EFA, Périllier, vom 10. 6. 1971 an Schumann.
[473] Ibid.: Note der DGRCST, Laurent, vom 20. 7. 1971 für die DEU.
[474] Ibid.: Note der S/DEUC, Boyer, vom 10. 8. 1971 für das Kabinett; die Antwort Schumanns ist entsprechend allgemein gehalten, cf. ibid.: Brief von Schumann vom 18. 8. 1971 an die EFA, Périllier.
[475] AMAE, Berlin-Est, Service culturel, 47: Schreiben des MAE, Schumann, vom 1. 2. 1972 an das Comité parisien des EFA, Penne.
[476] Cf. dazu auch ibid.: Brief von Droz vom 3. 6. 1972 an Schumann.
[477] Ibid.: Schreiben der EFA, Penne, vom 12. 4. 1972 an das MAE, Schumann; handschriftl. Anmerkung von Schumann: „1/ Le doyen Droz est un de mes anciens camarades. 2/ Sa requête et celle de Pichette se rattachent au domaine culturel. Il faut donc étudier leurs affaires avec un préjugé favorable. Suivez-les! M[aurice] S[chumann]".
[478] AEFA, V^e Congrès national: Brief von Pichette vom 3. 5. 1972 an de Solliers: „Depuis que des contacts ont été pris avec le ministère des Affaires étrangères, tout dernièrement avec un conseiller de Monsieur Schumann, membre de son cabinet, nous pensons

Hauptansprechpartner der EFA, bis er im März 1973 zum ersten Kulturattaché der neu eröffneten französischen Botschaft in Berlin ernannt wurde. Auch die Zusammenarbeit zwischen den Ministerien für Kultur beider Länder erreichte eine neue Stufe: Im Oktober 1972 empfing Jacques Duhamel sogar den im Politbüro für Kulturfragen zuständigen Kurt Hager, der bei dieser Gelegenheit das Interesse der DDR an einem Kulturabkommen mit Frankreich bekräftigte.[479]

Im Vorfeld eines weiteren Arbeitstreffens Thierry Burkards mit dem EFA-Präsidium im November 1972 setzte man sich im *Quai d'Orsay* mit einem Memorandum auseinander, das von den EFA anlässlich ihres im Mai 1972 abgehaltenen Kongresses verabschiedet worden war.[480] Dabei wurde ein Einvernehmen zwischen EFA und DGRCST hinsichtlich der Verteidigung der französischen Sprache in der DDR konstatiert; allerdings erwartete man im Ministerium einen entscheidenden Fortschritt in dieser Angelegenheit erst nach der Aufnahme offizieller Beziehungen.[481] Auf universitärer Ebene kam der nicht ganz neue Vorschlag zur Sprache, eine Außenstelle der *Alliance française* nach dem Vorbild in Warschau zu eröffnen.[482] In den Beziehungen auf künstlerischer Ebene wurde auf das wohlwollende Verhalten des *Quai d'Orsay* in den letzten Jahren verwiesen; man war vor allem am Verkauf von französischen Büchern und Filmen an die DDR interessiert. Das von den EFA für den Austausch von Jugendlichen geforderte Abkommen konnte zum gegenwärtigen Zeitpunkt indes noch nicht ins Auge gefasst werden.

Grundlage der zweistündigen Unterredung, die Georges Castellan und Roland Lenoir am 22. November 1972 mit Thierry Burkard hatten, war ein von sämtlichen Fachkommissionen der EFA erarbeiteter Maßnahmenkatalog mit dem Ziel, die französisch-ostdeutschen Kulturbeziehungen auch ohne eine offizielle Ebene zu normalisieren.[483] Interessant ist der Zeitpunkt des Gesprächs: Nur eine Woche später fand im *Quai d'Orsay* die erste Sitzung zur Vorbereitung offizieller Beziehungen mit der DDR statt, bei der alle Punkte zusammengetragen wurden, die man in den Verhandlungen mit der DDR sobald wie möglich klären wollte – die

qu'il sera nécessaire, dans les mois qui vont suivre, de continuer cette action, afin que le ministre nous donne l'appui dont nous avons besoin. Les relations qui se sont ainsi ébauchées nous donnent la possibilité aujourd'hui de considérer l'avenir avec un peu plus d'optimisme, car nous pensons qu'il sera possible de voir s'établir une correspondance entre les services intéressés des deux pays, afin que les musées nationaux français et allemands se proposent diverses expositions."

479 AEFA, Correspondance ministères français: Undatierte Note der EFA für Burkard (MAE, Kabinett) mit den jeweiligen Entscheidungen des MAE.

480 AMAE, Berlin-Est, Service culturel, 47: Note der S/DEUC, Laurent, vom 10. 11. 1972 für das MAE, Kabinett; cf. dazu Rencontres 72 (Sept.–Okt. 1972), S. 74–77.

481 AMAE, RDA 1971–1976, 3074: Note der DGRCST, Laurent, vom 7. 11. 1972 für die DEU: „Le terrain semble donc favorable pour obtenir, le moment venu, que la place du français en Allemagne de l'Est soit en rapport avec celle faite en France à la langue allemande."

482 ANF, 20060135/10: Protokoll der Sitzung vom 16. 12. 1971, S. 43 f.; die Gründe für das Nichtzustandekommen dieses Büros sind unklar; das entsprechende Dossier in den Archiven der Alliance Française konnte leider nicht eingesehen werden, da es nicht mehr auffindbar ist.

483 AMAE, Berlin-Est, Service culturel, 47: Undatierte Note der EFA für Burkard (MAE, Kabinett).

Überlegungen auf privatgesellschaftlicher Ebene flossen somit unmittelbar in die Arbeit der französischen Diplomatie ein.

Die Ergebnisse des Gesprächs wurden in einer sehr ausführlichen Note festgehalten, in der den von den EFA vorgeschlagenen Maßnahmen die jeweiligen Entscheidungen des französischen Außenministeriums gegenübergestellt sind.[484] Der überwiegende Teil der Note ist den Beziehungen auf wissenschaftlicher und universitärer Ebene gewidmet. In diesem Bereich lag die Organisation aller bestehenden Beziehungen und Kontakte nahezu ausschließlich in der Verantwortung der EFA, dazu zählten die Initiierung und teilweise auch die Organisation interuniversitärer Partnerschaften (sieben solcher Partnerschaften waren bereits geschlossen worden und vier weitere waren in Planung) sowie die Vergabe von Stipendien (15 Monatsstipendien für französische Wissenschaftler, 60 Semesterstipendien für französische Germanistikstudenten sowie 250 Stipendien zur Teilnahme an weiterbildenden Kursen für Germanistikstudenten und Deutschlehrer während der Ferien). Hinzu kam die Organisation weiterer Reisen für französische Lehrer und Gymnasiasten während der Ferien.[485]

Bereits gängige Praxis war die Finanzierung von Reisen zu wissenschaftlichen Zwecken durch den *Quai d'Orsay*. Künftig sollte die Finanzierung von Forschungsstipendien für Franzosen und Ostdeutsche hinzukommen. Die Anregung zur Erstellung eines Austauschprogramms in diesem Bereich, wie es in den Beziehungen mit anderen Ländern bestand, wurde aufgenommen (als Maßstab werden die Beziehungen zur Bundesrepublik benannt), aber nicht weiter ausgeführt. Die Organisation von Partnerschaften zwischen Universitäten sowie die Berufung von Gastprofessoren aus dem jeweils anderen Land war auch weiterhin allein auf interuniversitärer Ebene möglich.[486]

Im Austausch zu den von der DDR vergebenen Stipendien für französische Studenten für je ein Semester erklärte sich der *Quai d'Orsay* bereit, künftig ostdeutschen Studenten für den Aufenthalt an einer französischen Universität ein Stipendium zu gewähren. Allerdings wollte man sich zunächst mit 10 bis 15 Stipendien begnügen (gegenüber 60 Stipendien für französische Studenten). Als unproblematisch wurde die wechselseitige Anerkennung von erbrachten Studienleistungen angesehen. Die Aushandlung eines Äquivalenzsystems für Hochschulabschlüsse wurde hingegen auf die Zeit nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen verschoben. Der Verwendung von Lehrmaterial aus der DDR sollte nur vorbehaltlich einer Prüfung durch das Ministerium zugestimmt werden.[487]

Hinsichtlich des Austausches in den Bereichen Musik, Theater, Rundfunk, Museum und Film wurde seitens des Ministeriums auf die bislang getroffenen Regelungen verwiesen. Lediglich für die beim Austausch von Kunstwerken notwendigen und von staatlicher Seite zu gebenden Versicherungen sollte eine neue Lösung gefunden werden. Erwähnt wurden hier zudem die noch nicht abgeschlossenen

[484] AEFA, Correspondance ministères français: Undatierte Note der EFA für Burkard (MAE, Kabinett).
[485] Ibid.
[486] Ibid.
[487] Ibid.

Verhandlungen über den Austausch von Fernsehfilmen, von Fernseh- und Rundfunkprogrammen sowie von Liveübertragungen. Außerdem wurde bei dieser Gelegenheit erstmals die Absicht der französischen Außenpolitik formuliert, zwei französische Kulturzentren in der DDR zu eröffnen.[488]

Zwei Wochen nach diesem Gespräch präzisierte der *Quai d'Orsay* seine Haltung in der Frage der Beziehungen auf universitärer und wissenschaftlicher Ebene. Demnach übernahm das Ministerium künftig die Reisekosten für fünf französische Hochschulprofessoren, die zu Forschungszwecken in die DDR reisten. Des Weiteren plante das Ministerium siebzig Stipendieneinheiten für je einen Monat an ostdeutsche Studenten oder Wissenschaftler zu vergeben (dies entsprach weniger als zwölf Stipendien für ein Semester). Die Bewerbungen der ostdeutschen Kandidaten sollten dem Ministerium bis zur Aufnahme offizieller Beziehungen durch die EFA übermittelt werden. Außerdem wurde die Schaffung von zwei Lektorenstellen für Ostdeutsche an französischen Hochschulen in Aussicht gestellt.[489]

Unmittelbar im Anschluss an das Gespräch im *Quai d'Orsay* reiste Georges Castellan in die DDR, um die zuständigen Stellen über den Stand dieser inoffiziellen Verhandlungen in Kenntnis zu setzen.[490] Die EFA dienten somit – wenige Monate vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen und mit offensichtlicher Billigung des französischen Außenministeriums – in dieser Vorstufe der Verhandlungen über die Kulturbeziehungen als Bindeglied zwischen beiden Staaten. Für seine Verdienste um den Ausbau der französisch-ostdeutschen Kulturbeziehungen erhielt Castellan noch im März 1973 die Ehrendoktorwürde der Humboldt-Universität.[491]

Um die anstehenden Verhandlungen mit der DDR auf kultureller Ebene vorzubereiten, traf sich Thierry Burkard Mitte Dezember 1972 zudem mit Bruno Haid, stellvertretender Minister für Kultur der DDR, und Rainer Kallich, neu ernannter Kulturattaché der DDR in Paris. Diesem Gespräch entnahm Burkard jedoch, dass das Interesse der DDR an den Kulturbeziehungen mit Frankreich – es war sogar die Rede davon, aus dem Französischen die zweite Schulsprache nach dem Russischen zu machen – eigentlich eher ein Interesse an Frankreich als Partner bei der Zurückdrängung des bundesrepublikanischen Einflusses sei. Er empfahl deshalb, auch weiterhin auf die Hilfe vermittelnder, nicht staatlicher Institutionen zurückzugreifen (zu denen jedoch nicht zwingend die EFA gehören sollten).[492]

[488] Ibid.

[489] AMAE, Berlin-Est, Service culturel, 47: Note der DGRCST, Laurent, vom 8. 12. 1972 für das MAE, Kabinett.

[490] AEFA, Commission culturelle: Rundschreiben der EFA, Castellan, vom 24. 11. 1972 an die Mitglieder der Kulturkommission.

[491] AMAE, Berlin-Est, Service culturel, 47: Schreiben des MAE, Kabinett, Burkard, vom 23. 3. 1973 an die franz. Botschaft in Berlin, Jessel.

[492] Ibid.: Note von Burkard vom 18. 12. 1972 für Schumann: „De cette conversation assez générale je tire une conclusion provisoire: les autorités communistes de RDA sont très intéressées par la coopération culturelle avec la France, mais voudraient probablement mettre un peu trop le gouvernement français directement dans leur jeu. Nous avons au contraire intérêt à mettre en avant les intermédiaires: universités, éditeurs, ORTF, troupes théâtrales, etc."

## Das Bemühen um eine offizielle Ebene in den Kulturbeziehungen nach 1973

Einen Monat nachdem Burkard in Ost-Berlin die Geschäfte als Kulturattaché der neu eröffneten Botschaft übernommen hatte, gab er dem Ministerium eine erste Einschätzung von dem, was Frankreich in den nun offiziellen Beziehungen mit der DDR auf kultureller Ebene zu erwarten habe. Frankreich war das erste westliche Land, das in der DDR über einen Kulturattaché verfügte – allerdings war der für Frankreich langfristig daraus erwachsende Nutzen in den 1970er Jahren noch kaum erkennbar. Wie zu erwarten, ließ sich die Zusammenarbeit mit den ostdeutschen Behörden nur schleppend an – Burkard führte dies auf ein grundsätzliches Misstrauen der DDR-Führung gegenüber kulturellem Austausch mit einem kapitalistischen Staat zurück und auf das Fehlen konkreter Vorstellungen hinsichtlich der Gestaltung kultureller Beziehungen mit Frankreich. Der Primat der Politik in der DDR verbiete zudem ein isoliertes Vorpreschen in den kulturellen Beziehungen.[493] Die Strategie der französischen Außenpolitik, sich im Dienste des Helsinki-Prozesses – unter größtmöglicher Umgehung der politischen Ebene – auf den Ausbau der Beziehungen auf kultureller und wirtschaftlicher Ebene zu konzentrieren, stellte sich damit von vornherein als wenig realistisch heraus. Um echte Fortschritte zu erzielen, so der Tenor der ausführlichen Note, werde man vor allem Geduld und Hartnäckigkeit beweisen müssen. Dies betraf auch das Kulturabkommen, wie es im Protokoll vom 9. Februar 1973 vorgesehen worden war.[494]

Zu den bereits genannten Problemen kam erschwerend hinzu, dass die Vorrangstellung von *France-RDA* eigentlich keinen Raum für eine offizielle Ebene ließ und die DDR überdies kaum Interesse an einer Veränderung dieser Situation zeigte. Da die Arbeit dieser Gesellschaft andererseits von offizieller Seite gar nicht zu leisten war, forderte Burkard das Ministerium dazu auf, sich über ihren Platz in den Beziehungen unter offiziellen Vorzeichen Gedanken zu machen.[495] In wel-

[493] AMAE, RDA 1971–1976, 3074: Note des Conseiller culturel, Burkard, vom 4. 6. 1973 für den Geschäftsträger der franz. Botschaft in Berlin, Jessel: „[…] comme on pouvait d'ailleurs s'y attendre, les contacts semblent à première vue assez difficiles à établir et la coopération ne pourra débuter que lentement. […] En dépit d'un accueil toujours très aimable, ces premières conversations ont laissé entrevoir les obstacles auxquels toute ouverture sur les questions culturelles risque de se heurter. Ils sont d'une nature à la fois politique et psychologique: le préalable diplomatique se combine avec la méfiance instinctive. […] Il serait donc illusoire d'espérer aller de l'avant dans le domaine culturel sans tenir compte à tout moment de l'évolution des rapports politiques."

[494] Ibid.: „En revanche, l'idée d'un accord culturel a été évoquée, tantôt du côté français, tantôt du côté allemand. […] Pourtant, la réponse que j'ai reçue à deux reprises au ministère des Affaires étrangères a été nette: pour l'instant, nous sommes en période de démarrage, il faut étudier cas par cas les problèmes qui se posent, avancer progressivement, un accord culturel n'est sûrement pas nécessaire ‚pour les prochaines semaines ou les prochains mois'. […] Sans doute l'idée fait-elle son chemin."

[495] Ibid.: „En effet, un accord culturel, plaçant l'ensemble des rapports culturels sous le contrôle des deux gouvernements, enlèverait à l'association une bonne partie de ses activités et presque sa raison d'être. […] Reconnaissons d'ailleurs que l'association France-RDA et son homologue la Deutsch-französische Gesellschaft […] accomplissent un travail énorme que les services officiels, tant du côté allemand que surtout du côté

chem Maße bestehende Strukturen das Geschehen dominierten, zeigt sich auch daran, dass in den folgenden Monaten seitens der ostdeutschen Fachministerien zwar hin und wieder die Idee eines Kulturabkommens aufgegriffen wurde, jedoch zumeist im Sinne der bislang zwischen *France-RDA* und Deufra unterzeichneten Abkommen.[496] An genaue Informationen über deren Inhalte und die hier vereinbarte Kooperation auf universitärer Ebene – beides eigentlich im Zuständigkeitsbereich eines Kulturattachés – gelangte Burkard in Ost-Berlin erst drei Monate nach seinem Amtsantritt.[497] Zwar waren die Beziehungen Frankreichs mit der DDR in diesem Bereich umfangreicher als zwischen jedem anderen westlichen Staat und der DDR (etwa hinsichtlich der Anzahl vergebener Stipendien für Studenten und Wissenschaftler oder der Anzahl interuniversitärer Partnerschaften); seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen hatte es jedoch keinerlei Veränderung gegeben. Da eine Vertiefung der interuniversitären Kooperation von französischer Seite an den erfolgreichen Abschluss eines von beiden Staaten unterzeichneten Rahmenabkommens gekoppelt wurde, unterbreitete man der DDR im September 1973 das Angebot, entsprechende Verhandlungen aufzunehmen.[498] Auf eine Antwort wartete man jedoch lange Zeit vergebens.

Angesichts dieser schwierigen Ausgangssituation waren die französischen Diplomaten in Ost-Berlin um Alternativen bemüht. Der Erfolg der *Semaine technique française* wurde als Ansporn verstanden, etwas Vergleichbares auch auf kultureller Ebene zu schaffen.[499] In diesem Zusammenhang wurde die Einrichtung eines wissenschaftlich-technischen Dokumentationszentrums vorgeschlagen, wie es bereits in Warschau bestand. Um die kulturellen Beziehungen auch von den Kontakten und dem Zugang zur DDR auf wirtschaftlicher Ebene profitieren zu lassen, sollten nicht nur die Diplomaten vor Ort, sondern auch die zuständigen Abteilungen von Wirtschafts- und Außenministerium in Paris, die DREE und die DGRCST, künftig zusammenarbeiten.[500]

Eine Alternative für den Kulturattaché, um die notwendigen Kontakte knüpfen und seine Anliegen vortragen zu können, waren die Besuche französischer Parla-

français seraient bien incapables de faire à leur place. Compte tenu de cette situation, il ne sera pas facile de définir la place de ces deux associations dans le cadre des nouvelles relations entre la France et la RDA: ce sera un point sur lequel il faudra rapidement attirer l'attention du département."

496 AMAE, RDA 1971–1976, 3074: Schreiben der franz. Botschaft in Berlin, Jessel, vom 13. 7. 1973 an die DGRCST.

497 Ibid.: Schreiben der franz. Botschaft in Berlin, Jessel, vom 20. 8. 1973 an die DGRCST.

498 Ibid.: Schreiben der DGRCST, Laurent, vom 5. 9. 1973 an die franz. Botschaft in Berlin, Jessel.

499 Ibid.: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 10. 9. 1974: „Dans ces conditions, ne devrions-nous pas étudier, avec une attention particulière, et à côté des autres formes d'actions culturelles, la possibilité de faire un effort particulier dans le domaine scientifique et technique?"

500 Ibid.: Schreiben der franz. Botschaft in Berlin, Jessel, vom 12. 9. 1973 an die DGRCST: „Les intentions des deux ministères se rejoignent en effet sur un point, la promotion de la technique et des produits français, et leur ‚clientèle' est, dans cette perspective, bien souvent la même: celle des ingénieurs et des techniciens, mais aussi des étudiants, des professeurs et des chercheurs, bref tous les spécialistes qui éprouvent le besoin de parfaire leurs connaissances dans le domaine français."

mentarier in der DDR. So bot etwa der Besuch des Präsidenten der französischen Nationalversammlung, Edgar Faure, im Januar 1974 die Gelegenheit, auf allerhöchster Ebene das französische Interesse an einem Ausbau der Kulturbeziehungen und an einem Kulturabkommen zu bekräftigen.[501] Die Hoffnung des Geschäftsführers der französischen Botschaft in Berlin, Jacques Jessel, auf eine Besserung der Situation erwies sich aber schon bald als vergeblich. Während Großbritannien im Februar offiziell Verhandlungen aufnahm und Italien erste Gespräche über ein Kulturabkommen führte, wurde Frankreich aufgefordert, sich noch mindestens für ein weiteres halbes Jahr zu gedulden.[502] Ein Grund für diese Verzögerungstaktik war die französische Haltung in der Frage des Konsularabkommens.[503]

Auch konnte das binnen kürzester Frist zustande gekommene britisch-ostdeutsche Kulturabkommen für Frankreich nicht als Modell dienen: Weder kannte Großbritannien das Problem einer einflussreichen Freundschaftsgesellschaft noch waren die britisch-ostdeutschen Kulturbeziehungen annähernd vergleichbar. Auf universitärer Ebene machten sie etwa ein Zehntel der Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR aus. Zudem verfügte Frankreich auch weiterhin als einziges westliches Land über eine Kulturabteilung in seiner Berliner Botschaft. Tatsächlich erschwerte die durch zahlreiche Konzessionen der Briten zustande gekommene Einigung die französische Verhandlungsposition noch zusätzlich.[504] Unterdessen wurde auf Anregung der Botschaft im *Quai d'Orsay* ein Entwurf für ein Kulturabkommen mit der DDR ausgearbeitet. Die zentrale Frage dabei war, wie sich die Kontrolle über bislang an der Botschaft vorbei laufende Kontakte und Beziehungen gewinnen ließ.[505] Eine von Jessel in diesem Zusammenhang angeregte, zumindest partielle Integration von *France-RDA* wurde mit Blick auf vergleichbare Abkommen von der zuständigen Abteilung des Ministeriums allerdings abgelehnt.[506] Aufgegriffen wurde hingegen der Vorschlag Jessels, dem Abkommen einen allgemeinen Absatz voranzustellen, in dem man sich zur Verbreitung von Kenntnissen über die DDR in Frankreich (und umgekehrt) verpflichtete[507] – einer Aufgabe, der sich bislang *France-RDA* verschrieben hatte und die in ähnlicher Form auch in den mit der Deufra unterzeichneten Kooperationsabkommen zu finden war.

[501] Ibid.: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 14. 1. 1974; siehe dazu in dieser Arbeit auch das Kapitel zum Besuch von Edgar Faure in der DDR 1974 (Zweiter Teil, C., I., 3.).

[502] Ibid.: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 22. 3. 1974.

[503] Siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel zum Konsularabkommen (Zweiter Teil, C., II., 3.).

[504] AMAE, RDA 1971–1976, 3074: Schreiben der franz. Botschaft, Jessel, vom 18. 2. 1974 an die DGRCST.

[505] Ibid.: Schreiben der franz. Botschaft in Berlin, Jessel, vom 18. 1. 1974 an die DGRCST: „En fait, depuis que la France et la RDA ont établi des relations diplomatiques, la difficulté, dans le domaine culturel, n'est pas tant de partir de zéro que de reprendre le contrôle de ce qui existe déjà, de rééquilibrer les ‚échanges', d'améliorer l'image de la France, pays industriel et moderne, et de donner, en plus, une impulsion nouvelle à l'enseignement du français."

[506] Ibid.: Schreiben der DGRCST, Laurent, vom 14. 2. 1974 an die franz. Botschaft in Berlin, Jessel.

[507] Ibid.: Schreiben des MAE, Delamare, vom 14. 5. 1974 an die franz. Botschaft in Berlin.

Im März 1974, nur wenige Wochen nach dem Besuch von Edgar Faure, ermöglichte die DDR-Reise einer Delegation des kulturpolitischen Ausschusses im Senat der Botschaft erneut, das französische Interesse an umfangreicheren Kulturbeziehungen gegenüber ihren ostdeutschen Gesprächspartnern zu unterstreichen.[508] Von besonderer Bedeutung war die Reise vor allem für den Kulturattaché Thierry Burkard, dem es bisher an Kontakten zu den Fachministerien und zu universitären Kreisen mangelte (das MfAA hatte den direkten Kontakt zu anderen Ministerien, mit Ausnahme des Ministeriums für Kultur, untersagt).[509] In Begleitung der Delegation gingen für ihn nun zahlreiche Türen zum ersten Mal auf. Außerdem nutzte die Botschaft die Gelegenheit, zahlreiche hochrangige ostdeutsche Politiker und Vertreter ostdeutscher Universitäten zu einem Empfang in die Botschaft einzuladen (unter ihnen die Volksbildungsministerin Margot Honecker, der für die Kulturbeziehungen zuständige Vizeaußenminister Kurt Nier sowie die Vizepräsidentin der Humboldt-Universität und namhafte deutsche Zola-Übersetzerin Rita Schober).[510]

Einen Monat später, und damit nach der Ankunft des ersten französischen Botschafters in Ost-Berlin, erklärte sich die DDR zu ersten Sondierungsgesprächen über den Inhalt des Kulturabkommens und ein geeignetes Prozedere bereit.[511] Aus Sicht des *Quai d'Orsay* war dieser Fortschritt zwar eigentlich zu gering[512], Bernard de Chalvron sollte dennoch auf das Angebot eingehen, um die in den Verhandlungen zu erwartenden Probleme zu erkunden. Im Juni 1974 wurde Burkard schließlich zum ersten Mal in dieser Angelegenheit ins Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten bestellt und übergab bei dieser Gelegenheit auch den französischen Entwurf für ein Abkommen. Dieser wurde ebenso kommentarlos aufgenommen wie der erneuerte Vorschlag, ein französisches Kulturzentrum in

[508] AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Schreiben der franz. Botschaft in Berlin, Jessel, vom 21. 3. 1974 an das MAE, DGRCST: „Cette visite de parlementaires français présentait pour l'ambassade un double intérêt. D'une part, il s'agissait d'une initiative du Sénat français, et il était intéressant d'observer l'accueil que les autorités est-allemandes lui réserveraient. D'autre part, elle touchait au domaine des relations culturelles entre la France et la RDA, qui, comme le sait le département, ne sont pas encore normalisées." Siehe dazu in dieser Arbeit auch das Kapitel über die Freundschaftsgesellschaft France-RDA im Senat (Zweiter Teil, C., I., 3.).

[509] AMAE, Berlin-Est, Service culturel, 45: Brief der franz. Botschaft in Berlin, Burkard, vom 7. 2. 1974 an Sénat, Commission des Affaires culturelles, Baërd: „J'ajoute que cette visite présente pour nous un grand intérêt, car, comme vous le savez, les relations entre la France et la RDA en sont encore à leur première étape et nous avons nous-même besoin d'approfondir notre connaissance de ce pays. En ce qui concerne l'enseignement, les réalisations de la RDA sont remarquables, mais, comme il n'existe pas encore d'accord culturel entre la France et la RDA, et que, par conséquent, les échanges officiels dans ce domaine restent limités, j'apprécie d'autant plus les occasions de nouveaux contacts avec les ministres techniques et les autorités scolaires et académiques."

[510] Ibid.: Liste der eingeladenen deutschen Persönlichkeiten für den zu Ehren der Senatorendelegation organisierten Empfang des Geschäftsträgers der französischen Botschaft am 15. 3. 1974.

[511] AMAE, RDA 1971–1976, 3074: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 19. 4. 1974.

[512] Ibid.: Telegramm der DGRCST, Laurent, vom 8. 5. 1974 an die franz. Botschaft in Berlin.

Ost-Berlin zu eröffnen.[513] Die Organisation auswärtiger Kulturpolitik blieb für die französische Botschaft unter diesen Bedingungen auch weiterhin ein schwieriges Feld. Ohne eine institutionelle Zusammenarbeit mit der DDR war es unmöglich, gegen das zwischen Frankreich und der DDR über Jahrzehnte gewachsene Netzwerk anzukommen.[514] Nur wenn Subventionen benötigt wurden, etwa für das Gastspiel eines französischen Theaters in Ost-Berlin, kam die französische Außenpolitik mit ins Spiel. Im Übrigen hatte sich jedoch weder der einseitige und auf französischer Seite privatgesellschaftliche Charakter der Beziehungen noch ihr Rhythmus verändert. *France-RDA* besorgte auch weiterhin die Rekrutierung französischer Lektoren für ostdeutsche Universitäten und die Vergabe von Stipendien der DDR an französische Studenten und Wissenschaftler. Auch interuniversitäre Kooperationen entstanden nach wie vor unter Umgehung des französischen Außenministeriums. Eine derart zustande gekommene Partnerschaft zwischen der Humboldt-Universität zu Berlin und der Universität Paris 8, wo ein eigenständiges Institut zur DDR eingerichtet wurde (es handelte sich dabei um die Fakultät von Georges Castellan und Gilbert Badia), wurde vom *Quai d'Orsay* deshalb zunächst für nichtig erklärt.[515] Kein einziges Projekt war bislang im universitären Bereich in Zusammenarbeit mit den französischen Ministerien oder der Botschaft realisiert worden. Den französischen Diplomaten drängte sich daher der Eindruck auf, dass die DDR „normalen" Kulturbeziehungen einfach noch nicht gewachsen sei.[516] Da die DDR mehr Interesse an offiziellen Beziehungen auf künstlerischem als auf universitärem Gebiet zeigte, setzte sich die Botschaft nun verstärkt für ein Gastspiel der *Comédie-Française* in Ost-Berlin ein, um wenigstens auf diesem Weg Druck auf die ostdeutsche Außenpolitik ausüben zu können.

Die Situation des Kulturattachés hatte sich ebenfalls nicht verbessert. Im Gegensatz zu seinen Amtskollegen in anderen französischen Botschaften verbrachte er den größten Teil seiner Zeit damit, Informationen über den sehr diskret abgewickelten französisch-ostdeutschen Kulturaustausch zusammenzutragen. Die administrativen Einschränkungen für seine Arbeit, also etwa das Verbot, in direkten Kontakt zu den Fachministerien zu treten, verstärkten den Einfluss von *France-RDA* noch zusätzlich.[517] Nach eineinhalbjähriger Amtszeit in Ost-Berlin war

[513] Ibid.: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 14. 6. 1974.

[514] Ibid.: Note der franz. Botschaft vom 12. 7. 1974: „[…] depuis vingt-quatre ans, en l'absence de tout contact officiel avec les autorités françaises, la RDA a constitué un réseau de relations directes et d'échanges privilégiés avec diverses institutions et personnalités françaises, notamment grâce à l'intermédiaire du Parti communiste français et à l'action multiforme de l'association France-RDA […]."

[515] Ibid.: Schreiben der DGRCST, Laurent, vom 17. 6. 1974 an die franz. Botschaft in Berlin.

[516] Ibid.: Note der franz. Botschaft vom 12. 7. 1974: „Ce bilan rapide montre clairement que la République démocratique allemande n'est pas encore prête à développer de façon substantielle ses relations culturelles, scientifiques et techniques avec la France. […] En dépit de son entrée sur la scène internationale et de ses incontestables succès dans certains secteurs, notamment industriels et économiques, la RDA ne paraît pas capable d'assumer, sur le plan culturel, des relations normales et équilibrées avec le monde extérieur."

[517] Ibid.: Schreiben der franz. Botschaft in Berlin, de Chalvron, vom 29. 5. 1974 an die DGRCST.

Burkard noch zu keiner einzigen Besichtigung universitärer oder kultureller Einrichtungen eingeladen worden, stattdessen aber zu einer ganzen Reihe von Zirkus-, Folklore- und Sportveranstaltungen.[518] Erst ein Fachkongress des romanistischen Instituts der Akademie der Wissenschaften, an dem auch französische Wissenschaftler teilnahmen, ermöglichte es Burkard, sich ein Bild von der Situation der Romanistik in der DDR zu machen und die Bedürfnisse dieser Kreise und ihre Erwartungen an den Ausbau kultureller Beziehungen mit Frankreich zu ermitteln. Hierzu zählten etwa Kontakte zwischen der Akademie und dem CNRS oder der dringende Bedarf an Fachliteratur. Da eine Normalisierung der Beziehungen und Kontakte in unmittelbarer Zukunft nicht zu erwarten war, beschloss de Chalvron, das Budget der Botschaft dazu zu nutzen, die Bibliothek des romanistischen Instituts der Akademie der Wissenschaften mit Büchern und wissenschaftlichen Zeitschriften auszustatten (vorbehaltlich des Einverständnisses des MfAA).[519]

Die von der DDR in Aussicht gestellten Sondierungsgespräche kamen erst im November 1974 zustande. Von den fünf Bereichen, die mit dem Rahmenvertrag abgedeckt werden sollten – Wissenschaft, Bildung, Kunst, Sport und Gesundheit – bereiteten aus französischer Sicht vor allem die ersten beiden Probleme. Die größten Differenzen gab es hinsichtlich des Französisch-Unterrichts in der DDR. Was für Frankreich zentraler Bestandteil seiner Kulturpolitik war, wurde von der DDR als Einmischung in innere Angelegenheiten kritisiert.[520] Eine Einigung war nicht in Sicht und auch der eigentliche Beginn offizieller Verhandlungen weiterhin völlig offen. Für de Chalvron war es nun an der Zeit, mit der DDR anders umzugehen und nicht weiter als Bittsteller aufzutreten.[521] Nur einen Tag später traf der Leiter der Europa-Abteilung des *Quai d'Orsay* in Paris auf den Botschafter der DDR und machte bei dieser Gelegenheit vor allem deutlich, dass die von der DDR betriebene Trennung nach den sie interessierenden Bereichen kultureller Beziehungen (künstlerisch versus universitär-wissenschaftlich) für Frankreich

[518] Ibid.: Schreibend der franz. Botschaft in Berlin, de Chalvron, vom 9. 12. 1974 an die DGRCST.

[519] Ibid.: Schreiben der franz. Botschaft in Berlin, de Chalvron, vom 30. 10. 1974 an die DGRCST: „En attendant la normalisation des rapports, laquelle, à la lumière de l'expérience de ces derniers mois, peut encore demander de longs délais, un effort important devrait être accompli, à mon avis, dans le domaine des dons en livres et des abonnements aux revues scientifiques."

[520] Ibid.: Schreiben der franz. Botschaft in Berlin, de Chalvron, vom 13. 11. 1974 an die DGRCST: „Le bilan de cette deuxième phase des conversations exploratoires est donc loin d'être satisfaisant. En dépit des bonnes paroles qui me sont prodiguées à intervalles réguliers, le service culturel du ministère des Affaires étrangères refuse de s'engager, dès que des sujets concrets sont abordés, dans le sens d'une réelle coopération avec les autorités françaises officielles. Dans le domaine de l'enseignement du français, il s'agit presque d'une fin de non-recevoir."

[521] Ibid.: „D'ici là, je crains que notre insistance à proposer notre coopération culturelle et technique à un gouvernement, qui, visiblement, n'en veut pas, ne nous place dans une position de faiblesse. Il est temps de faire comprendre à la RDA que nous ne sommes pas demandeurs en la matière et que ses vingt-cinq ans de culture stalinienne ne méritent pas, de la part de la France, une cour assidue et vaine."

inakzeptabel sei.[522] Der Appell zeigte Wirkung und brachte wieder Bewegung in die völlig verfahrene Situation. Noch im selben Monat wurden erstmals Fragen des kulturellen und insbesondere des universitären Austausches zwischen dem Außenministerium der DDR und der französischen Botschaft geregelt. Dies betraf unter anderem das Gastspiel der *Comédie-Française* in Berlin, ein Gastspiel der Berliner Volksbühne in Frankreich, den Austausch von ostdeutschen Französischlehrern und französischen Deutschlehrern für Sommerkurse im kommenden Jahr und es betraf die Aufnahme eines französischen Lektors an der Universität Jena (zusätzlich zu den von *France-RDA* ausgewählten Lektoren). Daneben signalisierte die DDR jetzt auch Bereitschaft, auf die von Frankreich angebotene Unterstützung bei der Ausbildung von Französischlehrern zurückzugreifen, und sie akzeptierte den Austausch von Büchern und Fachliteratur.[523] Während in praktischer Hinsicht nunmehr der erste Schritt zu kultureller Kooperation auf offizieller Ebene gemacht worden war, konnten in der Frage des Kulturabkommens auch weiterhin keine Fortschritte erzielt werden.[524]

In den folgenden Jahren wurde die Zusammenarbeit auf praktischer Ebene allmählich intensiviert. Das Fehlen eines Kulturabkommens wurde von französischer Seite nicht länger als Hindernis angesehen, um die Kooperation auszubauen.[525] Oberstes Ziel war es dabei, den von der DDR praktizierten Unilateralismus durch Reziprozität zu ersetzen – ein Ziel, an dem *France-RDA* bislang gescheitert war. Die Details dieser punktuellen Kooperation (Austausch von Lektoren, Sommerkurse für Französisch-/Deutschlehrer, Bereitstellung von Unterrichtsmaterial, Vorträge und Ausstellungen sowie Stipendien für Wissenschaftler[526]) wurden in zahlreichen Gesprächen ausgehandelt, und allein dies konnte bereits als Fortschritt gewertet werden. Auch der nach langem Zögern des *Quai d'Orsay* schließlich genehmigte Austausch von Delegationen zwischen den Bildungsministerien beider Länder im Frühjahr 1976 kann als Ausgangspunkt für eine Vertiefung der bilateralen Kooperation (u. a. hinsichtlich der Ausbildung ostdeutscher Französischlehrer und der Überarbeitung ostdeutscher Französischlehrbücher) angesehen werden, und damit auch als weiterer Schritt bei der allmählichen Zurückdrängung des Einflusses der privatgesellschaftlichen Ebene.[527] Es war nun die DDR, die ein

[522] AMAE, RDA 1971–1976, 3074: Telegramm der DGRCST, Laloy, vom 2. 12. 1974 an die franz. Botschaft in Berlin.

[523] Ibid.: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 26. 11. 1974.

[524] Ibid.: Note der DGRCST vom 10. 2. 1975: „En bref, malgré les difficultés inhérentes au régime de la RDA et qu'accroît le resserrement actuel du système communiste en Europe, les premiers pas pour une certaine ouverture ont été faits. Il faudra beaucoup de persévérance pour progresser sur la voie de la coopération culturelle entre la France et la RDA."

[525] AMAE, Berlin-Est, Service culturel, 144: Telegramme der DGRCST, Laloy, vom 20. 2. und 23. 2. 1976 an die franz. Botschaft in Berlin: „[…] nous sommes disposés à élargir dans la mesure du possible la coopération culturelle avec la RDA, qu'il y ait ou non signature d'un accord. Dans ces conditions nous sommes prêts à envisager favorablement des actions de caractère ponctuel, ainsi que le proposent vos interlocuteurs."

[526] Ibid.: Schreiben der DGRCST, Laloy, vom 27. 2. 1976 an die franz. Botschaft in Berlin.

[527] Ibid.: Note der DGRCST, Laloy, vom 18. 5. 1976 (Instruktionen für den französischen Botschafter in Ost-Berlin).

Jahr nach Abschluss der KSZE-Verhandlungen in Helsinki das Thema eines Kulturabkommens wieder zur Sprache brachte und die Aufnahme von Verhandlungen in Aussicht stellte.[528] Der Erfolg dieses Vorhabens wurde von der DDR jedoch an einen Ausbau der Beziehungen auf politischer Ebene geknüpft – die DDR erwartete als Gegenleistung den Besuch des französischen Außenministers und die Unterzeichnung eines bilateralen Konsularabkommens.

Ein wichtiger Zwischenschritt auf dem Weg zum Kulturabkommen war die Unterzeichnung eines Abkommens über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit im August 1977, mit dem der in den beiden vorangegangenen Jahren bereits praktizierte Austausch eine vertragliche Grundlage erhielt. Die Einigung über das von Frankreich gewünschte umfassende Kulturabkommen konnte jedoch erst einige Jahre später infolge der Reise von Außenminister Jean François-Poncet erzielt werden. Am 16. Juni 1980, mehr als neun Jahre nachdem die Idee zum ersten Mal ins Gespräch gebracht worden war, unterzeichnete Frankreich mit der DDR parallel zu dem geforderten Konsularabkommen einen *Accord de coopération culturelle*. Als größter Verhandlungserfolg für Frankreich kann der Zusatzvertrag über die Eröffnung von Kulturzentren in Paris und Ost-Berlin gewertet werden.[529] Mit diesem Novum in den Beziehungen der DDR mit dem Westen hatte sich Frankreich nach zähem Ringen ein wirksames Mittel für das „rayonnement" französischer Sprache und Kultur im zweiten deutschen Staat geschaffen.

[528] Ibid.: Telegramme aus Berlin, de Chalvron, vom 31. 5. und 6. 7. 1976.
[529] Interview mit Joëlle Timsit, geführt am 5. 12. 2007.

# Epilog: Die Kulturbeziehungen in den 1980er Jahren

Mit zunehmender Normalisierung der Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR wuchsen auch die Möglichkeiten der DDR zu einem eigenständigen Handeln bei der Organisation von kulturellen Veranstaltungen und Kontakten in Frankreich. Umgekehrt proportional dazu büßten die *EFA*/*France-RDA* in diesem Bereich allmählich ihre Autonomie sowie ihre Rolle als nahezu alleiniger Akteur ein; der DDR standen seit 1970 verstärkt andere Partner bei der Umsetzung kultureller Beziehungen zur Verfügung.

Die Kulturkommission von *France-RDA* ist nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten – soweit aus den Archiven ersichtlich – nur noch zweimal zusammengetreten: 1976, anlässlich der Ausbürgerung von Wolf Biermann aus der DDR, sowie 1980, unmittelbar nach der Unterzeichnung des französisch-ostdeutschen Kulturabkommens.[530] In beiden Sitzungen ging es um die Wiederbelebung der Kommission. Zwar war 1976 im Zusammenhang mit der Biermann-Ausbürgerung von einem inhaltlichen Hinderungsgrund die Rede und wie bereits 1968 bat man die Deufra um Übermittlung des Protestes an die DDR-Regierung[531]; gleichzeitig wurde aber auch die Frage nach einer Wiederaufnahme der in der Vergangenheit betriebenen Aktivitäten gestellt. Der eigentliche strukturelle Grund für das Verschwinden der Kommission wurde ebenfalls thematisiert: Der DDR sollte der Vorschlag zur Schaffung einer entsprechenden Kommission in der DDR unterbreitet werden; das Fehlen eines Partners kam unter den gewandelten Bedingungen dem Fehlen eines eigenständigen Wirkungsfeldes innerhalb der französisch-ostdeutschen Kulturbeziehungen gleich. Die Frage einer Wiederbelebung der Kulturkommission war auch Thema auf dem achten Nationalkongress von *France-RDA* 1978. Die schwebenden Verhandlungen über das offizielle Kulturabkommen verhinderten jedoch, eine neue eigenständige Rolle der Kommission zu definieren.[532]

Noch deutlicher zeigte sich der Verlust der ursprünglichen Funktion 1980. Die von Georges Castellan formulierten Aufgaben der Kommission – das Eintreten

[530] AEFA, Commission culturelle: Protokolle der Sitzungen der EFA-Kulturkommission am 29. 11. 1976 und 19. 6. 1980.

[531] Ibid.: Entwurf für einen Brief der Kulturkommission an die Deufra: „La commission souligne que la mesure de déchéance de citoyenneté du poète Wolf Biermann […] est de nature à nuire à la RDA et crée un obstacle sérieux au travail de la commission culturelle dont l'objectif est de faire connaître la RDA en France et de développer des relations d'amitié ainsi que la coopération entre nos deux peuples dans tous les domaines. Cette mesure est en effet en contradiction avec le principe de libre circulation des personnes et des idées auxquelles France-RDA est profondément attachée."

[532] Ibid.: Brief von France-RDA, Duc, vom 29. 1. 1980 an France-RDA, Comité départemental Nord, Cauderlier: „[…] le secrétariat national a placé cette question parmi ses préoccupations les plus importantes, mais avec le souci de ne pas partir à l'aventure dans ce secteur de notre activité. En effet, avant de réunir la commission, il est indispensable de clarifier au préalable un certain nombre de principes avec nos partenaires de RDA. Connaître le contenu de l'accord culturel officiel actuellement en discussion et sur cette base définir la place indépendante et complémentaire de l'association."

für die Entwicklung wechselseitiger Kulturbeziehungen, die Organisation von Initiativen in diesem Bereich sowie das Verbreiten von Informationen – waren mit dem Zustandekommen einer offiziellen Ebene in den französisch-ostdeutschen Kulturbeziehungen in andere Hände übergegangen. Umso dringender wurde die Frage nach einer neuen Rolle der Kommission gestellt. Die in diesem Zusammenhang geäußerte Vorstellung einer komplementären privatgesellschaftlichen Ebene als Stimulans der offiziellen Ebene konnte sich bei den zuständigen DDR-Stellen offensichtlich nicht durchsetzen.[533] Spätestens mit der Eröffnung des DDR-Kulturzentrums in Paris im Dezember 1983 war die DDR auf die Zusammenarbeit mit *France-RDA* in diesem Bereich nicht mehr angewiesen. Mit dem Kulturzentrum verfügte sie über die entsprechenden materiellen Möglichkeiten, um selbst Vorträge, Ausstellungen, Diskussionsveranstaltungen, Filmvorführungen oder kleinere Konzerte zu organisieren.

Auch der *Cercle Bach* stellte seine Aktivitäten aufgrund des reduzierten Handlungsspielraums in den Jahren nach der Aufnahme offizieller Beziehungen allmählich ein. Erheblich behindert wurde die Zusammenarbeit mit der ostdeutschen Partnerorganisation, dem Debussy-Kreis, nicht zuletzt durch die Deufra, die seit 1973 verstärkt um Kontrolle und Einflussnahme bemüht war.[534] So konnten 1974 beispielsweise die für französische Musikstudenten bereitgestellten Studienplätze beim Internationalen Musikseminar in Weimar wegen der Verzögerung im Schriftverkehr nicht – wie noch ein Jahr zuvor – besetzt werden.[535] Nach dem Weggang von Jean de Solliers wurden musikalische Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit der Neuen Bachgesellschaft, einer deutsch-deutschen Organisation mit Sitz in der DDR, und ihrer französischen Sektion auf der Basis persönlicher Kontakte organisiert, die Emmanuel Jacquin während seiner Mitarbeit im Bach-Kreis in der DDR geknüpft hatte. Ähnlich wie bei der Kulturkommission war man Anfang der 1980er Jahre um eine Wiederbelebung des Fachzirkels bemüht. In einer aus diesem Anlass verfassten Note bezeichnete Jacquin den elf Jahre zuvor gegründeten *Cercle Bach* als „schwatzhaft und entschlussschwach", kritisierte aber auch das fehlende Interesse der DDR an einem wechselseitigen Kulturaustausch und das zunehmend geringere Interesse innerhalb von *France-RDA* für kulturelle

[533] Ibid.: Protokoll der Sitzung der EFA-Kulturkommission am 19. 6. 1980: „La commission estime que la place et le rôle de notre association ne sont pas diminués pour autant: les deux niveaux de l'activité ‚État et peuple' sont complémentaires et ne peuvent que s'enrichir mutuellement. Les accords officiels sont une base sérieuse pour développer notre activité en faveur de la connaissance réciproque. En retour, notre activité est un stimulant au développement des initiatives officielles. La commission pense que nous devons rechercher les moyens d'être associés à l'élaboration des programmes et des initiatives au plan officiel."

[534] AEFA, Cercle Bach: Undatierter Brief von Ruth Zechlin (Leiterin des Debussy-Kreises): „Maintenant, apparemment, il n'est seulement plus possible d'avoir des relations entre nous sans ‚protocole' et toutes les idées et les réflexions ne servent à rien, car on ne doit pas négocier seul." Der Brief war einem Schreiben von Le Trocquer vom 14. 11. 1974 an France-RDA, Lenoir, beigefügt; für den weiteren Schriftwechsel sollte die Deufra umgangen werden.

[535] Ibid.: Brief der EFA, Lenoir, vom 27. 5. 1974 an Hochschule für Musik „Franz Liszt" Weimar, Ersfeld.

Probleme. Dies sei umso bedauernswerter, als das Musikleben einer der positiven Aspekte der DDR sei, vermöge dessen man viele Franzosen für den zweiten deutschen Staat interessieren könne. Jacquin schlug deshalb vor, auch in den regionalen Komitees von *France-RDA* entsprechende Fachzirkel einzurichten, die sich um die Umsetzung von Vorschlägen des Bach-Kreises auf lokaler Ebene kümmern sollten. Jacquin machte zudem zahlreiche weitere Vorschläge für Aktivitäten, knüpfte sein persönliches Engagement aber an die Bedingung eines in Zukunft wechselseitigen Austausches auf dem Gebiet der Musik.[536] Zwar fand im Februar 1982 eine von *France-RDA* organisierte Arbeitssitzung unter dem Vorsitz von Georges Castellan, nunmehr Präsident der Gesellschaft, über Perspektiven des kulturellen Austausches zwischen Frankreich und der DDR statt.[537] Die Sitzung blieb jedoch ergebnislos.

Nicht viel anders erging es dem *Cercle Dürer*, der seine Aktivitäten nach der Aufnahme offizieller Beziehungen ebenfalls nahezu vollständig einstellte.[538] Die in diesem Gremium entwickelten Ideen und Vorschläge waren hingegen Ausgangspunkt für zahlreiche Ausstellungsprojekte, die nach 1973 realisiert wurden. Dazu zählt etwa die 1981 in Paris gezeigte Ausstellung „Peinture et gravure en RDA" – die erste offiziell der Kunst aus der DDR gewidmete Ausstellung –, mit der Themen aus der Arbeit des Dürer-Kreises aufgegriffen wurden.[539] Auch die bereits in den 1960er Jahren vom *Cercle Dürer* lancierte Idee, Meisterwerke der Dresdner Gemäldegalerie im *Louvre* zu zeigen, wurde zu Beginn der 1980er Jahre durch einen Konservator des Pariser Museums wieder aufgenommen.[540] Während die im Austausch dafür angebotene französische Impressionisten-Schau von Dezember 1982 bis Februar 1983 in der Ost-Berliner Nationalgalerie zu sehen war, kam die Ausstellung der Dresdner Gemäldegalerie in den 1980er Jahren aus konservatorischen Gründen nicht zustande. Erst 1989, im Umfeld der Mitterrand-Reise, tauchte dieses Vorhaben erneut auf. Es sollte nunmehr in der ersten Hälfte der 1990er Jahre realisiert werden.[541]

Mit der Unterzeichnung des Kulturabkommens von 1980 und den dazu von einem bilateralen Ausschuss ausgearbeiteten Kooperationsprotokollen (von denen zwischen 1982 und 1989 insgesamt drei unterzeichnet wurden) gelang es

[536] Ibid.: Note von Emmanuel Jacquin vom 6. 12. 1981: „La réalisation de ces diverses propositions et suggestions ne m'intéresse personnellement que dans la mesure où nous arriverons à établir un courant d'échanges musicaux et de réciprocité à tous les niveaux, bénéfique pour les deux parties. La modestie des résultats obtenus jusqu'à maintenant dans ce domaine, et dont les raisons nous sont bien connues, ne devrait pas nous empêcher de persévérer, à condition de poser fermement ce principe de la réciprocité à tous nos interlocuteurs et en toutes circonstances."

[537] Ibid.: Rundschreiben von France-RDA, Duc, vom 5. 2. 1982.

[538] AEFA, VII[e] Congrès national: Brief von Pichette vom 22. 4. 1975 an France-RDA, Lenoir: „Le rôle du cercle Dürer est un peu plus effacé maintenant, du fait des relations plus officielles, mais il est souhaitable que le prochain voyage de membres du cercle puisse trouver le moyen de renouer avec ce qui a été son but initial."

[539] AEFA, Manifestations culturelles.

[540] AMAE, Berlin-Est, Service culturel, 144: Schreiben der franz. Botschaft in Berlin, Bayle, vom 9. 4. 1980 an das MAE, DGRCST.

[541] ANF, 5 AG 4, EG 204: Note von Hennekinne vom 19. 12. 1989 für Mitterrand.

der französischen Außenpolitik, sich vollständig von der privatgesellschaftlichen Ebene zu emanzipieren. Der *Quai d'Orsay* hatte nun ganz die Kontrolle über die Kulturbeziehungen mit der DDR übernommen, auch wenn diese nach wie vor in den Bahnen des von den EFA seit den 1960er Jahren entwickelten Kulturaustausches verliefen. Mit zunehmender Entspannung des Verhältnisses zwischen dem *Quai d'Orsay* und *France-RDA* wurde die Gesellschaft im Laufe der 1980er Jahre von französischer Seite in die offiziellen Beziehungen integriert: Im Gegensatz zu dem 1982 unterzeichneten Kooperationsprotokoll, in dem, wie in derartigen Vereinbarungen üblich, allgemein auf nicht staatliche Akteure hingewiesen worden war, berücksichtigte das zwei Jahre später unterzeichnete Kooperationsprotokoll ausdrücklich *France-RDA* und ihre Funktion in den Kulturbeziehungen.[542] Mit ihren Mitgliedern blieb die Gesellschaft in den verschiedenen Bereichen des kulturellen Austausches weiterhin präsent: So übernahm etwa der Dirigent Jean-Claude Casadesus, Mitglied im Präsidium von *France-RDA*, im Rahmen des offiziell organisierten Kulturaustausches Gastdirigate am Leipziger Gewandhaus.

Von der französischen Regierung wurden die Kulturbeziehungen mit der DDR in den 1980er Jahren als eine Erfolgsgeschichte gefeiert. Als ganz besonderer Erfolg, im Sinne des „rayonnement" der französischen Kultur, galt das französische Kulturzentrum in Ost-Berlin, das mit rund 700 Teilnehmern an den dort stattfindenden Französisch-Kursen pro Semester sowie jährlich bis zu 800 regelmäßigen Bibliotheksnutzern regen Zuspruch erfuhr und Ende der 1980er Jahre alljährlich insgesamt 120 000 Besucher verzeichnen konnte.[543] Allerdings sah man sich von französischer Seite mehrfach dazu genötigt, die DDR daran zu erinnern, dass eine zentrale Bedingung für die Arbeit des Zentrums dessen freie Zugänglichkeit sei. Um die französische Präsenz in der ostdeutschen Provinz auszubauen, war 1989 sogar von der Eröffnung eines zweiten Kulturzentrums die Rede.[544] Die größte Schwachstelle blieb aus französischer Sicht die Situation des Französisch-Unterrichts in der DDR. Zwar gelang es Frankreich, im Zuge des Paris-Besuchs von Erich Honecker im Januar 1988 einige Zugeständnisse zu erwirken, echte Verände-

[542] AEFA, Accords France-RDA: Kooperationsprotokoll für die Jahre 1982 und 1983, Art. 58: „Les deux parties prennent note, avec intérêt, du développement des relations entre organisations non gouvernementales des deux pays ayant pour objectif la connaissance mutuelle de leur culture." Cf. ibid.: Kooperationsprotokoll für die Jahre 1984 und 1985, Art. 55: „Les deux parties prennent note, avec intérêt, du développement des relations entre organisations non gouvernementales – et, en particulier, entre les associations d'amitié ‚France-RDA' et ‚RDA-France' – qui contribuent à la connaissance mutuelle de la culture des deux pays." Cf. auch ANF, 5 AG 4, FB 29: Kooperationsprotokoll für die Jahre 1986, 1987 und 1988, Art. 66.

[543] ANF, 5 AG 4, CD 189: Note von Boudier vom 6. 1. 1988 für Mitterrand; sowie AEFA, XI[e] Congrès national: Note von Deshors vom Oktober 1987 über die Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR.

[544] ANF, 5 AG 4, CD 187: Note von J[oëlle] T[imsit] vom 16. 1. 1989: „Celui-ci serait assuré, dans un paysage terne, d'un succès foudroyant, et constituerait le relais indispensable de notre action (y compris en faveur du français) dans la ‚RDA profonde'."

rungen in diesem Bereich waren jedoch erst mit der Aufgabe des Russischen als Pflichtfach im Herbst 1989 möglich.[545]

Die vermutlich wichtigste Ebene im kulturellen Austausch zwischen Frankreich und der DDR blieb auch in den 1980er Jahren das Theater.[546] Ruth Berghaus und Harry Kupfer inszenierten an der Pariser Oper, Heiner Müller arbeitete mit Patrice Chéreau am *Théâtre des Amandiers* in Nanterre zusammen und Siegfried Matthus komponierte mit Unterstützung der französischen Botschaft in Berlin an einer Oper über die Französische Revolution anlässlich der Feiern zu deren 200-jährigen Jubiläum („Graf Mirabeau"). Welchen Stellenwert das Erbe Brechts auch 1989 noch in den französisch-ostdeutschen Beziehungen einnahm, zeigt sich nicht zuletzt an der Zusammensetzung der französischen Delegation, die François Mitterrand bei seiner DDR-Reise begleitete. Nach Berlin folgten ihm unter anderem Claude Planson, Begründer des *Théâtre des nations*, sowie Antoine Vitez und Patrice Chéreau, zwei von Brecht nachhaltig beeinflusste Theaterregisseure.[547] Jack Lang, selbst Theatermensch und Minister für Kultur, schlug Mitterrand sogar ein Treffen mit einigen „heiligen Monstern" der ostdeutschen Kultur im Haus von Brecht vor.[548] Der lange geplante Austausch zwischen *Comédie-Française* und Berliner Ensemble kam bis 1989/90 indes nicht zustande.[549] Dennoch hielt das Theater Brechts mit zwei französischen Inszenierungen 1976 („Herr Puntila und sein Knecht Matti" in einer Inszenierung von Guy Rétoré) und 1990 („Leben des Galilei" in einer Inszenierung von Antoine Vitez)[550] Einzug auf der Bühne von Molière und Racine.

[545] Im Vorfeld der Reise Mitterrands interessierte sich die französische Politik für Mittel und Wege, um von dieser neuen Situation zu profitieren, etwa durch das Umschulen nicht mehr benötigter Russischlehrer zu Französischlehrern, cf. ANF, 5 AG 4, EG 204: Note von Hennekinne vom 19. 12. 1989 für Mitterrand.

[546] Ibid.: Note von Hennekinne vom 19. 12. 1989 für Mitterrand: „Le théâtre est le moyen d'expression où l'interpénétration des deux cultures a, depuis l'époque de Brecht, été la plus forte: Planchon, Vitez, Chéreau ont beaucoup travaillé avec l'Allemagne de l'Est."

[547] ANF, 5 AG 4, CD 187: Note von Hennekinne vom 5. 12. 1989 für Mitterrand: „[…] car ces artistes ont beaucoup travaillé avec la RDA (l'héritage de Brecht et du Berliner Ensemble)."

[548] Ibid.: Note von Lang vom 18. 12. 1989 für Mitterrand: „[…] ne pourrait-on pas organiser un dîner intime avec deux ou trois ‚monstres sacrés' de la culture est-allemande, Krista Wolf [sic], Christoph Hein et Stefan Heym, dans un endroit sympathique? Ce pourrait être soit dans la maison de Brecht, souvent fréquentée par les artistes, soit au restaurant Offenbachstuben, bien connu également des intellectuels." Handschriftl. Anmerkung Mitterrands: „à voir, pourquoi pas?"

[549] ANF, 5 AG 4, FB 29: Kooperationsprotokoll für die Jahre 1986, 1987 und 1988.

[550] Cf. Gürttler, Die Rezeption der DDR-Literatur in Frankreich, Bd. II, S. 363 f.

# C. Die Beziehungen auf politischer Ebene

Auf wirtschaftlicher und kultureller Ebene können die Gründe für ein französisches Interesse an der DDR und den sich daraus entwickelnden Beziehungen relativ einfach bestimmt werden. Die Beantwortung der Frage nach dem politischen Interesse, das man in Frankreich mit der DDR verband, und nach den politischen Beziehungen ist hingegen wesentlich komplizierter. Hier lassen sich sehr unterschiedliche, ja zum Teil sogar widersprüchliche Motivationen erkennen: Dazu zählen das Bedürfnis nach Versöhnung oder nach Entspannung ebenso wie ganz handfeste wirtschaftliche Interessen. Nicht ganz auszuschließen ist auch das Interesse an einer Aufrechterhaltung der deutschen Teilung. Tatsächlich finden sich dafür jedoch nur äußerst wenige Belege. Wenn französische Präsidenten gegenüber sowjetischen Machthabern ein derartiges Interesse bejahten, so hatte dies eher rhetorischen Charakter.[1] Zwar kann das Bedürfnis nach Sicherheit gegenüber dem deutschen Nachbarn als eine Konstante der französischen Außenpolitik im 20. Jahrhundert angesehen werden, die Teilung Deutschlands wurde jedoch nur in den ersten Nachkriegsjahren als eine realistische Option verfolgt.[2] Und auch in den parlamentarischen Debatten wurde eine derartige Position nur von sehr wenigen Abgeordneten vertreten. Die Auseinandersetzung mit der Haltung gegenüber der DDR auf politischer Ebene vermittelt vielmehr den Eindruck, dass die Teilung seit dem Ende der 1940er Jahre in erster Linie als eine potenzielle Bedrohung aufgefasst wurde.[3]

Vor der Frage nach dem Beginn der Beziehungen in diesem Bereich stellt sich die Frage, ob man überhaupt von politischen Beziehungen sprechen kann. Aus rein diplomatischer Sicht begannen die politischen Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR am 9. Februar 1973, dem Tag der diplomatischen Anerkennung der DDR durch die Französische Republik. Als unmittelbare Folge der Unterzeichnung des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages im Dezember 1972 spielte dieses Ereignis auf französischer Seite für die Beziehungen mit der DDR jedoch nur eine untergeordnete Rolle. Die Aufnahme diplomatischer Beziehun-

[1] Als Beispiel dafür ließe sich etwa das Gespräch von Valéry Giscard d'Estaing mit Leonid Breschnew und Edward Gierek in Wilanow im Mai 1980 anführen, bei dem er von der Notwendigkeit sprach, die Existenz von zwei deutschen Staaten aufrechtzuerhalten. Tatsächlich kann diese Äußerung jedoch nur situationsgebunden verstanden werden, handelte es sich doch bei diesem Treffen um einen letzten Versuch von Giscard, die sich verschärfende Krise in den Ost-West-Beziehungen zu befrieden. Ihm musste es deshalb darum gehen, beruhigend auf den sowjetischen Staatschef einzuwirken, cf. ANF, 5 AG 3, 1095: Protokoll des Gesprächs von Giscard mit Breschnew und Gierek vom 18. 5. 1980; cf. dazu auch Vaïsse, Le chemin de Varsovie. Demgegenüber bewertet Georges-Henri Soutou die Äußerungen von Giscard in einem vergleichbaren Zusammenhang ein Jahr zuvor als eindeutige Stellungnahme, cf. Soutou, Mitläufer der Allianz?, S. 370.

[2] Zur Deutschlandpolitik der Nachkriegsjahre cf. Maelstaf, Que faire de l'Allemagne?, S. 26–32; sowie Lappenküper, Die deutsch-französischen Beziehungen, S. 33–48.

[3] Siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel zum parlamentarischen Diskurs sowie das Kapitel zur Definition der französischen Haltung gegenüber der DDR durch Charles de Gaulle (Zweiter Teil, C., I., 1., und III., 1.).

gen zwischen Frankreich und der DDR hatte keine direkten Auswirkungen auf die Wirtschafts- und Kulturbeziehungen, und auch auf politischer Ebene blieb sie lange Zeit folgenlos. Erst 1980, also sieben Jahre später, wurde ein Konsularabkommen unterzeichnet. Bis zum ersten Staatsbesuch vergingen weitere acht Jahre. Dieser Staatsbesuch von Erich Honecker 1988 in Paris ist zweifellos Ausdruck einer besonders in den 1980er Jahren betriebenen Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten. Allerdings erlangten die politischen Beziehungen nie einen eigenständigen Charakter. Sie befanden sich im Prinzip bis zum Ende der DDR in direkter Abhängigkeit zur französischen Europapolitik, den französisch-westdeutschen und den französisch-sowjetischen Beziehungen. Da die Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR nicht dem entsprachen, was man üblicherweise unter politischen Beziehungen versteht, erscheint es folglich sinnvoller, nur von Beziehungen auf politischer Ebene zu sprechen.

Weil diese Ebene diplomatisch gesehen ein äußerst schwieriges Feld war, wich man von französischer Seite gerne auf andere Felder aus, die dann eine Ersatzfunktion übernahmen. In den 1950er und 1960er Jahren traf dies auf die Wirtschaftsbeziehungen zu, seit Ende der 1960er Jahre verstärkt auch auf die Kulturbeziehungen. Betrachtet man diese beiden Ersatzebenen, so fällt auf, dass die entscheidende qualitative Verbesserung der Wirtschafts- und Kulturbeziehungen nicht 1973, sondern bereits einige Jahre zuvor stattfand. Es bietet sich also eine ganze Reihe von Ereignissen an, den Beginn der Beziehungen auf politischer Ebene zu definieren, wobei ein ganz entscheidender Bereich noch gar nicht erwähnt wurde – die Kontakte und Beziehungen auf parlamentarischer Ebene.

# I. Beziehungen auf parlamentarischer Ebene

Das Fehlen politischer Beziehungen bis 1973 und darüber hinaus ist indessen nicht gleichbedeutend mit einem mangelnden Interesse französischer Politiker für die DDR oder für Beziehungen mit diesem Staat. Ein zentraler Bestandteil der Beziehungen auf politischer Ebene waren die Beziehungen auf parlamentarischer Ebene, die sich lange vor der diplomatischen Anerkennung entwickelten. Die Vorrangstellung der parlamentarischen Beziehungen auf politischer Ebene bestand bis in die 1980er Jahre.

Den Beginn dieser parlamentarischen Beziehungen zu datieren, ist wesentlich unproblematischer. Infolge des Scheiterns der auf französischer Seite mit dem Élysée-Vertrag verbundenen Absichten hinsichtlich einer stärker auf Europa ausgerichteten Zusammenarbeit kam es zu einer deutlichen Abkühlung in den französisch-westdeutschen und in den französisch-amerikanischen Beziehungen. Stattdessen rückte die Reaktivierung der französisch-sowjetischen Beziehungen in den Vordergrund, begleitet von zahlreichen anderen politischen Initiativen im Bereich der Ostpolitik wie zum Beispiel der Anerkennung Chinas im Januar 1964.[4] Unabhängig von den Initiativen der französischen Diplomatie, ja sogar konträr zu ihrem deutschlandpolitischen Interesse, aber dennoch demselben entspannungspolitischen Impuls folgend, manifestierte sich ein fraktionsübergreifendes Interesse für die DDR. Es fand seinen Niederschlag in den Reisen zahlreicher Delegationen.

Es ist sicherlich kein Zufall, dass die Reisen französischer Parlamentarier in die DDR Ende 1963 beziehungsweise Anfang 1964 quantitativ und qualitativ eine neue Stufe erreichten. Zwar hatte es auch zuvor bereits derartige Reisen gegeben, aber erst mit den jetzt in einem Zeitraum weniger Monate stattfindenden Besuchen, an denen namhafte Abgeordnete aller Fraktionen teilnahmen, wurde eine regelrechte Bewegung ins Rollen gebracht. Für die Bewertung dieses „parlamentarischen Tourismus“ ist es wichtig zu berücksichtigen, dass der Auslöser dabei nicht die Einladungen und Initiativen der DDR waren, denn die gab es auch schon in den 1950er Jahren, sondern vielmehr die eigene Wahrnehmung der politischen Großwetterlage und die damit verbundene Einsicht in die Notwendigkeit von Entspannungspolitik. Das Interesse an der DDR nahm in den folgenden Monaten und Jahren zu und führte schließlich Ende der 1960er Jahre zur Schaffung von entsprechenden Freundschaftsgesellschaften in der Nationalversammlung und im Senat.

[4] Cf. Vaïsse, La grandeur, S. 255–262; zum Élysée-Vertrag cf. Defrance/Pfeil (Hrsg.), Der Élysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen; sowie Bange, English, American, and German Interests behind the Preamble to the Franco-German Treaty 1963.

## 1. Parlamentarischer Diskurs: die Auswärtigen Ausschüsse der französischen Nationalversammlung und des Senats als Ort der Auseinandersetzung mit der DDR

Dem parlamentarischen Tourismus in die DDR ging im Plenum und insbesondere in den Auswärtigen Ausschüssen beider Kammern eine Auseinandersetzung mit dem zweiten deutschen Staat voraus, bei der das größte Problem unzureichende Informationen über die DDR waren.[5] Die unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagenden Ausschüsse boten den geeigneten Rahmen für eine offene Auseinandersetzung mit politisch sensiblen Themen wie der DDR und den Beziehungen zu diesem Staat, entsprachen diese Themen doch nicht der binären Logik des Kalten Krieges und den privilegierten Beziehungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik.

Der Auswärtige Ausschuss der französischen Nationalversammlung war im Untersuchungszeitraum wie alle großen parlamentarischen Ausschüsse paritätisch mit 44 Abgeordneten sämtlicher im Parlament vertretenen Fraktionen besetzt. Die von den Fraktionen bestimmten Vertreter sind in der Regel hochkarätige Spezialisten der französischen Außenpolitik. Im Laufe der Jahrzehnte fanden sich unter ihnen zahlreiche ehemalige und zukünftige Außenminister, wie Georges Bidault, Robert Schuman, Maurice Schumann oder Maurice Couve de Murville. Jedes Jahr wählt der Ausschuss einen Präsidenten aus seinen Reihen, der Zugang hat zu den Depeschen des *Quai d'Orsay* und sich außerdem in direktem Kontakt mit dem französischen Außenminister befindet.[6]

*Präsidenten des Auswärtigen Ausschusses der französischen Nationalversammlung*

| | | | |
|---|---|---|---|
| 1948–1952 | Édouard Bonnefous | UDSR | Seine-et-Oise |
| 1952–Jan. 1953 | Jacques Bardoux | RI | Puy-de-Dôme |
| Jan. 1953–Juni 1953 | Edgar Faure | rad.-soc. | Jura |
| Juli 1953–1957 | Daniel Mayer | SFIO | Seine |
| 1957–1967 | Maurice Schumann | MRP (RPCD) | Nord |
| 1967–1969 | Jacques Vendroux | UDR | Pas-de-Calais |
| 1969–1973 | Jean de Broglie | RI | Eure |
| 1973–1978 | Maurice Couve de Murville | UDR | Paris |

An den während der Sitzungsperioden der Nationalversammlung wöchentlich stattfindenden Sitzungen des Ausschusses nahmen im Untersuchungszeitraum je nach Thema zwanzig bis vierzig Mitglieder teil; in Zeiten großer Arbeitsintensität

[5] So beklagte sich beispielsweise Salomon Grumbach, Präsident des Auswärtigen Ausschusses des Senats, bereits in der Sitzung vom 18. 8. 1948 über unzureichende Informationen zu Ostdeutschland („Allemagne orientale"), cf. AP, Sénat, 19 S 4.

[6] Zur Rolle des Parlaments in der Außenpolitik der Vierten Republik cf. Grosser, La IV^e République et sa politique extérieure, S. 79–101; zur Funktion des Auswärtigen Ausschusses während der Vierten Republik cf. Williams, La vie politique sous la 4^e République, S. 408–425; zur Funktion des Ausschusses während der Fünften Republik cf. Kimmel, L'Assemblée nationale sous la Cinquième République, S. 141f. und 239–243.

erhöhte sich der Arbeitsrhythmus auf mehrere Sitzungen pro Woche. Bei internationalen Ereignissen mit großer Bedeutung für die Französische Republik versammelt sich der Ausschuss auch außerhalb der Sitzungsperioden. Besonders zahlreich erscheinen die Mitglieder bei einer Anhörung des Außenministers oder anderen mit Fragen der Außenpolitik befassten Vertretern der Regierung, wie dem Verteidigungsminister oder einem Staatssekretär für Auswärtiges. Daneben trifft sich der Ausschuss, um über Berichte zu einzelnen Themen oder Gesetzesentwürfen zu debattieren, die von Mitgliedern erarbeitet werden, oder um an die französische Regierung adressierte Anträge beziehungsweise Protestnoten („motions") zu verabschieden. Im Gegensatz zu den öffentlichen Debatten im Plenum der Nationalversammlung bietet der geschützte Rahmen bei den Anhörungen des Außenministers im Ausschuss die Möglichkeit zu einem sehr offenen Dialog. Der Minister kann die Gelegenheit nutzen, um die strategischen Gründe einer Regierungsentscheidung etwas ausführlicher zu erklären. Und auch wenn der Minister nicht alle Hintergründe einer Entscheidung beleuchten kann, so sind seine Erläuterungen doch mehr als nur eine offizielle Darstellung der gehobenen Art, was, bezogen auf den Untersuchungszeitraum, der Umstand verdeutlicht, dass hier die ansonsten in offiziellen Stellungnahmen tabuisierte DDR zum Thema wurde. Der Ausschuss ist somit Schnittstelle zwischen den verschiedenen Strömungen der öffentlichen Meinung und der offiziellen französischen Außenpolitik. Zwar verlor der Ausschuss seit der Dritten Republik kontinuierlich an Bedeutung und Einfluss auf die französische Außenpolitik, dennoch sind die hier geführten Debatten ein interessantes Beobachtungsfeld für die Wahrnehmung von Problemen internationaler Politik durch die wichtigsten Strömungen der öffentlichen Meinung in Frankreich.

Die Wortprotokolle des Ausschusses erlauben es in nuce, das Entstehen französischer DDR-Perzeptionen über einen längeren Zeitraum nachzuvollziehen – bedingt jedoch vor allem durch die Wahrnehmung, die man von der Rolle Frankreichs in Europa während des Kalten Krieges hatte. Auch ermöglicht diese sehr spezifische Quelle, das Interesse der französischen Parlamentarier an der DDR zu verstehen, wie es sich in den 1960er Jahren manifestierte. Grundlage für Perzeption und Interesse waren selten konkrete Informationen über die DDR. Meinungsbildend waren stattdessen häufig Informationen über die Bundesrepublik sowie Ängste und Befürchtungen gegenüber ihrer wirtschaftlichen und politischen Dominanz. Der Einfluss der sowjetischen und ostdeutschen Propaganda auf die französischen Parlamentarier kann dabei zwar nicht gänzlich außer Acht gelassen werden. Er bestand jedoch jenseits der kommunistischen Fraktion (wo die sowjetische Ideologie geteilt wurde) nur dann, wenn die Propaganda auf bestehende Argumentations- und Wahrnehmungsmuster aufbauen konnte. Wo die kommunistische Argumentation übernommen wurde – etwa im Rahmen der EVG-Debatte –, geschah dies aus ideologiefernen, zumeist nationalen Interessen geschuldeten Gründen.

Die DDR war im Nachkriegsjahrzehnt zunächst ein Teilaspekt des Deutschlandthemas, von dem die Debatten des Ausschusses beherrscht wurden. Zu diesem Themenfeld gehörten außerdem die Entnazifizierung, die Reparationsfrage, die deutsche Einheit, die Wiederbewaffnung, die Grenzen, das Saarland, das Ruhr-

gebiet, die europäische Integration und anderes mehr. Erst im Zuge der zweiten Berlin-Krise und verstärkt nach dem Bau der Mauer kristallisierte sich der zweite deutsche Staat allmählich als eigenständiges Thema heraus.

Ergänzend werden die Wortprotokolle des entsprechenden Ausschusses des französischen Senats hinzugezogen, wo die DDR-Problematik jedoch sehr viel seltener zur Sprache kam. Dem lagen vor allem strukturelle Unterschiede zugrunde: Im Ausschuss des Senats gab es weniger Sitzungen und kaum Anhörungen des Außenministers während der De-Gaulle-Ära – stattdessen wurde fast jede Sitzung vom Präsidenten mit einer kurzen Zusammenfassung zu den wichtigsten außenpolitischen Ereignissen eingeleitet. Die Wortprotokolle vermitteln außerdem den Eindruck, dass es in diesem Gremium weitaus weniger Diskussionen gab. Hinzu kommen die Zusammenlegung von Auswärtigem Ausschuss und verteidigungspolitischem Ausschuss 1958 sowie ganz allgemein die Stellung des Senats im politischen System Frankreichs. So bedauerte André Monteil (RPCD, Finistère) als Alterspräsident bei der Neukonstituierung des Präsidiums des außen- und verteidigungspolitischen Ausschusses im Jahr 1963, dass nicht nur die Bedeutung des Parlaments in Fragen der internationalen Politik stark zurückgegangen sei, sondern dass auch die Arbeitsbilanz dieses Ausschusses im Vergleich mit dem Auswärtigen Ausschuss der Nationalversammlung sehr viel dürftiger ausgefallen sei.[7]

*Präsidenten des Auswärtigen Ausschusses des französischen Senats*

| | | | |
|---|---|---|---|
| 1947–1948 | Salomon Grumbach | SFIO | Tarn |
| 1948–1958 | Marcel Plaisant | GD | Cher |
| 1958–1968 | Vincent Rotinat | GD | Indre |
| 1968–1971 | André Monteil | UCDP | Finistère |
| 1971–1973 | Jean Lecanuet | UCDP | Seine-Maritime |
| 1973–1978 | André Colin | UCDP | Finistère |
| 1979–1988 | Jean Lecanuet | UCDP/UC | Seine-Maritime |

## Die Nachkriegszeit bis zur Entstehung der beiden deutschen Staaten

In der unmittelbaren Nachkriegszeit interessierte man sich im Wesentlichen für die eigene Besatzungszone.[8] Das stand gleichwohl nicht im Widerspruch zu einem frühzeitigen Interesse für die Oder-Neiße-Grenze, die als Symbol aller in Potsdam 1945 festgelegten Grenzen schnell zu einer der zentralen Konstanten in der französischen Sicht auf das Deutschlandthema wurde. 1947 rückte Deutschland dann zunehmend als Ganzes in den Blick des Auswärtigen Ausschusses der Nationalversammlung und man begann damit, sich für die Wiederherstellung der deutschen Einheit („unification") zu interessieren.[9] Hinzu kamen Themen wie das Saarland,

[7] AP, Sénat, 48 S 6: Protokoll der Sitzung vom 3. 10. 1963.
[8] ANF, C 15308.
[9] ANF, C 15332; in der Sitzung vom 22. 1. 1947 erstellte der Ausschuss ein Arbeitsprogramm zu den genannten Themen.

das Ruhrgebiet, die Entnazifizierung und die Demokratisierung Deutschlands. Die Anhörungen des Ministers ausgenommen nahm vor allem das Problem der Demokratisierung einen zentralen Platz in den Diskussionen des Ausschusses ein. Nicht weniger als drei Sitzungen widmete man einem Bericht von Alfred Biscarlet (PCF, Haute-Loire) zu diesem Problem.[10] Zu Beginn des Jahres 1947 hatte Georges Bidault Deutschland in einer Sitzung als „kranke Nation" bezeichnet, als ein Problem, für das es keine Ideallösung gebe.[11] Dieses Motiv wurde von Biscarlet aufgenommen, wenn er von einer durch den Faschismus geprägten Mentalität in Deutschland sprach, die es auszutreiben gelte.[12] Im Zusammenhang mit der „Behandlung" dieser „mentalen Krankheit" wurde den Agrar- und Wirtschaftsreformen in der sowjetischen Besatzungszone große Bedeutung beigemessen. Biscarlet nutzte die Beschreibung der Situation in der sowjetischen Besatzungszone vor allem, um die Situation in den anderen Zonen, insbesondere in der britisch-amerikanischen Bizone, zu kritisieren. Die Frage nach der richtigen Methode wurde intensiv im Ausschuss diskutiert, allerdings war die Zugehörigkeit zu einem bestimmten politischen Lager dabei nicht immer ausschlaggebend für die Haltung gegenüber den Reformen in der SBZ: Jacques Bardoux (RI, Puy de Dôme) kritisierte zwar den Optimismus Biscarlets, nach dessen Ansicht es ausreichen würde, eine kommunistische Partei zu installieren, um die Entnazifizierung zu gewährleisten[13], zeigte sich aber ebenso wie der Vizepräsident des Ausschusses, Paul Rivet (SFIO, Seine), vom Nutzen der Agrarreform überzeugt.[14] Jean le Bail (SFIO, Haute-Vienne), für den die deutsche Einheit nur eine Frage der Zeit war und der in einem föderalistischen Übergangsstadium eine Chance sah, weil es den Deutschen Bedenkzeit einräume, betonte demgegenüber, dass die richtigen Methoden nicht nur auf einer Seite zu finden seien.[15]

Auch im Senat waren zahlreiche Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses dem „deutschen Problem" gewidmet. Bei der Frage nach Mitteln und Wegen der Demokratisierung Deutschlands kam man auch hier auf die Reformen in der sowjetischen Besatzungszone zu sprechen. Zwischen Salomon Grumbach (SFIO, Tarn), Präsident des Ausschusses, und Jean-Richard Bloch (PCF, Paris) herrschte dabei Einigkeit über die Notwendigkeit, die Sozialstrukturen in Deutschland zu verändern, und darüber, dass die Entwicklung in der sowjetischen Zone in diesem Bereich am fortgeschrittensten sei.[16] Barthélemy Ott (MRP, Loire) forderte gar,

[10] Ibid.: Protokolle der Sitzungen vom 12. 3., 19. 3. und 30. 4. 1947.

[11] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 29. 1. 1947, S. 7: „Il n'existe pas de solution idéale et durable en histoire. Il y a toujours un coefficient d'insécurité redoutable, surtout lorsqu'il s'agit d'une nation comme la nation allemande, dans laquelle la maladie s'est installée depuis longtemps. Soyez assuré qu'aucune solution ne peut recueillir l'assentiment allemand."

[12] Ibid., S. 5: „Le fascisme a imposé en Allemagne une mentalité qu'il faut extirper dans l'intérêt de notre pays et de la paix, en s'attaquant à ses racines, c'est-à-dire dans le domaine économique aux trusts et à la grande propriété terrienne. Il faut également éliminer les nazis de toutes les activités, pour développer la démocratie."

[13] ANF, C 15332: Protokoll der Sitzung vom 19. 3. 1947, S. 8.

[14] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 30. 4. 1947.

[15] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 19. 3. 1947, S. 10.

[16] AP, Sénat, 19 S 1: Protokoll der Sitzung vom 5. 2. 1947, S. 7: Jean-Richard Bloch: „[…] pour lui la question de la dénazification est la question capitale. Il se demande si la struc-

die im Osten des Landes („Prusse") erprobten Strukturveränderungen auf Westdeutschland („Ruhr") zu übertragen.[17] Und Salomon Grumbach sprach sich anlässlich einer Anhörung von Georges Bidault für eine Ausweitung der in der sowjetischen Besatzungszone praktizierten Agrarreform aus.[18] Bidault ging auf diesen Vorschlag nicht ein, kritisierte aber an anderer Stelle, ohne konkrete Angaben zu machen, die Beschwerden französischer Parlamentarier in Bezug auf die Entnazifizierung in Deutschland, die ihren Weg bis in ostdeutsche Tageszeitungen gefunden hätten.[19] Die Zustimmung für die Reformen in der SBZ korrespondierte dabei nicht selten mit der Kritik an der Haltung der USA.[20]

Die Diskussion über die Demokratisierung Deutschlands bot den Parlamentariern auch Gelegenheit, sich über die unterschiedliche Entwicklung in den beiden Teilen Deutschlands zu verständigen und das Problem einer Zweiteilung Deutschlands zur Sprache zu bringen. Sorge bestand nicht nur hinsichtlich einer „paix déchirée"[21] (Jacques Bardoux). Die sich abzeichnende Blockbildung weckte auch Befürchtungen in wirtschaftlicher Hinsicht.[22] Die von Biscarlet in diesem Zusammenhang bereits 1947 apostrophierte „Hinterland-Theorie", also die Reduzierung Frankreichs auf die Funktion als agrarisches Hinterland eines industrialisierten Deutschlands, spielte aber vor allem in den Diskussionen um die EGKS eine wichtige Rolle.

ture mentale des Allemands ne dépend pas, en grande partie, de la structure sociale qui leur est appliquée; il faut remarquer que c'est seulement dans la zone russe que le problème de la dénazification a été abordé avec courage et réalisme." Cf. auch die Antwort von Salomon Grumbach: „[…] il est convaincu aussi que la structure sociale joue un grand rôle pour la dénazification; les changements de structure économique ont été les plus poussés en zone russe."

[17] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 19. 2. 1947, S. 3: „Il y a en zone soviétique un changement de structure qui modifie les données du problème. On devra détruire la classe des magnats de la Ruhr comme on a exterminé la classe des junkers en Prusse."

[18] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 26. 2. 1947, S. 3: „La réforme agraire est aussi bien avancée là où elle était le plus nécessaire, en Prusse orientale; mais pour qu'elle atteigne son plein effet il faut qu'elle soit généralisée [sic]."

[19] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 26. 2. 1947, S. 17: „Mais je voudrais mentionner à ce sujet que s'il y a des choses à dire – et il y en a – dans les diverses zones, il sera sans doute agréable à votre commission d'apprendre que certains griefs dont, parfois, les parlementaires français se sont fait l'écho, d'ailleurs écouté, que ces griefs ne doivent pas être pris au-delà d'un certain point, car dans l'aventure humaine tout est question de comparaison." Die Kritik bezog sich auf einen in der Berliner Zeitung erschienenen Artikel.

[20] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 5. 3. 1947, S. 3: „[Jean-Richard Bloch] croit que fédérale ou centraliste, l'Allemagne sera également belliqueuse si, au préalable, il n'y a pas transformation économique et sociale profonde. Il ne faut pas être trop pessimiste sur la démocratisation; en socialisant, comme cela a été fait en zone soviétique, la propriété au profit de syndicats ouvriers ou de l'État, il est certain que les dangers de guerre diminueront. L'Allemagne ne sera arrachée à son idéal de guerre que si on s'appuie sur les éléments qui, sans être démocrates, sont les seuls qui peuvent le devenir."

[21] ANF, C 15333: Protokoll der Sitzung vom 21. 5. 1947.

[22] ANF, C 15332: Protokoll der Sitzung vom 30. 4. 1947, S. 6: „Actuellement, on cherche à faire deux Allemagnes, celle de l'Est et celle de l'Ouest. Êtes-vous partisans de deux blocs, et voulez-vous que la France prenne partie pour un bloc contre l'autre? Ne vaudrait-il pas mieux faire une Allemagne unifiée économiquement?"

Der Senator und Sozialdemokrat deutscher Herkunft Salomon Grumbach erklärte im Februar 1947, dass die Idee einer Zerstückelung Deutschlands kein Thema mehr sei, da die von Bismarck realisierte Einheit schwerlich rückgängig gemacht werden könne. Während die Einheit auf wirtschaftlicher Ebene unumgänglich sei, plädiere er jedoch für ein föderales System auf politischer Ebene.[23] Angesichts der sich immer deutlicher abzeichnenden Blockkonfrontation gab er im November desselben Jahres seiner Hoffnung Ausdruck, Frankreich möge in der Lage sein, die als künstlich angesehene Spaltung zu verhindern.[24]

1948 rückte zunächst die politische Organisation Deutschlands in den Mittelpunkt, bis dann im Sommer dieses Jahres die Berlin-Krise zum alles dominierenden Thema wurde. Außer für die Versorgung West-Berlins, insbesondere des französischen Sektors, interessierte man sich speziell für die Währungsreform in der sowjetisch besetzten Zone. Im Zuge der Debatten über die Berlin-Krise war erstmalig auch die Rede von einer „Allemagne orientale".[25]

Sowohl Georges Bidault wie auch wenig später sein Nachfolger, Robert Schuman, mussten sich im Zusammenhang mit der Berlin-Krise gegenüber dem Ausschuss der Nationalversammlung wegen einer als zurückhaltend bewerteten Position Frankreichs verteidigen.[26] Die diesen Sitzungen beiwohnenden Parlamentarier forderten von ihrem Außenminister wiederholt, Frankreich müsse die Initiative ergreifen, den Frieden in Europa zu verteidigen. Von André Mutter (PRL, Aube) wurde auch die Interpretation der Berlin-Krise durch die französische Regierung sowie die Fokussierung auf das Berlin-Problem kritisiert, womit man der Stadt indirekt den Status einer Hauptstadt zuerkenne.[27] Zusammen mit Jacques Bardoux unternahm André Mutter noch im selben Jahr eine Reise nach Deutschland, um sich im Namen des Ausschusses vor Ort über die Situation zu informieren.

1949 sah das Arbeitsprogramm des parlamentarischen Ausschusses unter anderem die Integration Deutschlands in Europa und die Reparationsfrage vor. Mit dem zweiten Thema wurde Alfred Biscarlet betraut.[28] Die Diskussion über den von ihm erstellten Bericht verdeutlicht die allgemein negative Sicht auf das Ergebnis der Reparationsleistungen, für das nicht nur Bardoux die Teilung verantwortlich machte. Die Diskussion über die Frage, ob die Teilung in zwei Blöcke als unumstößliche Tatsache zu betrachten sei, oder ob man noch in der Lage sei, diese Teilung zu vermeiden, bestimmte auch weiterhin die Tagesordnung.[29]

Demgegenüber löste der Bericht von Henri Teitgen (MRP, Gironde) über die europäische Integration Deutschlands eine heftige Debatte aus. In der Kritik standen vor allem die personelle Kontinuität in der westdeutschen Industrie, ihr

[23] AP, Sénat, 19 S 1: Protokoll der Sitzung vom 5. 2. 1947, S. 5.
[24] AP, Sénat, 19 S 2: Protokoll der Sitzung vom 20. 11. 1947, S. 3 f.
[25] ANF, C 15333: Protokoll der Sitzung vom 23. 8. 1948, S. 3.
[26] Ibid.: Protokolle der Sitzungen vom 26. 6. und 11. 8. 1948.
[27] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 11. 8. 1948; siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel zur Pressekonferenz von Charles de Gaulle am 25. 3. 1959 (Zweiter Teil, C., III., 1.).
[28] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 2. 2. 1949.
[29] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 2. 3. 1949; zu den Überlegungen französischer Diplomaten im selben Zeitraum cf. Maelstaf, Que faire de l'Allemagne?, S. 198–233.

schnelles Wiedererstarken zu Ungunsten der französischen Wirtschaft und der gestiegene amerikanische Einfluss in Deutschland. Nicht nur Pierre Cot (URR, Savoie) fürchtete deshalb, dass Deutschland der eigentliche Gewinner der Blockkonfrontation und Gegnerschaft von USA und UdSSR sei.[30]

## Von der Gründung der DDR bis zu den Pariser Verträgen

Nach einer langen Sitzungspause des Auswärtigen Ausschusses der *Assemblée nationale* von Juli bis Mitte Oktober 1949, einer für die Gründung beider deutscher Staaten wichtigen Periode, forderten seine Mitglieder umgehend eine Diskussion über die Deutschlandpolitik der französischen Regierung.[31] Der Nachdruck, mit dem diese Anfrage gestellt wurde, vermittelt ein Bild von der befürchteten Machtlosigkeit des Parlaments in deutschlandspezifischen Fragen, die sich wie ein roter Faden durch die Debatten der folgenden Jahre ziehen sollte. Die aus den wiederholten Aufrufen an die Regierung sprechende Ohnmacht war zugleich das Ergebnis der Deutschland-Perzeption in parlamentarischen Kreisen wie auch eine Determinante dieser Perzeption.

Eine andere entscheidende Determinante war die Überlagerung von Erfahrungen aus zwei Nachkriegszeiten. Für einen Großteil der Ausschussmitglieder – davon zeugen zahlreiche historische Anspielungen und Vergleiche – stellte die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, der Versailler Vertrag mitsamt der Vorgeschichte seit dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71 den Bezugsrahmen der deutschlandpolitischen Debatten in den 1950er Jahren dar. Eine Perspektive, aus der auch die Festigung der deutschen Teilung als Gefahr für die französische Sicherheit wahrgenommen wurde.[32]

Bis zur Ratifizierung der Pariser Verträge blieb Deutschland das beherrschende Thema in den Debatten des Ausschusses.[33] Die Auseinandersetzung mit der DDR war dabei nicht von der mit Deutschland insgesamt zu trennen. Selbst in den Debatten über die Westintegration der Bundesrepublik war die DDR-Problematik allgegenwärtig.

Die Anhörung Robert Schumans durch den Ausschuss am 8. November 1949 war die erste seit knapp einem Jahr und damit nach einer ganzen Reihe von Er-

[30] ANF, C 15333: Protokoll der Sitzung vom 6. 4. 1949, Henri Teitgen: „Quant à la rivalité entre l'Est et l'Ouest, qu'elle fasse le jeu de l'Allemagne, c'est évident."

[31] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 26. 10. 1949; Antrag („motion") von Adolphe Aumeran (einstimmig angenommen): „Considérant que l'Assemblée nationale n'a pas discuté de la politique générale à suivre en Allemagne depuis les réserves sur les recommandations de Londres qu'elle vota le 16 juin 1948, considérant que la situation en Allemagne a sensiblement évolué, notamment depuis les accords de Washington du 8 avril 1949 sur lesquels l'Assemblée n'a pas été consultée, la commission des Affaires étrangères demande qu'un débat intervienne sur la politique que compte suivre le gouvernement, en Allemagne, dans la quinzaine qui suivra la constitution de celui-ci." Ihm folgte ein zweiter ähnlich lautender Antrag, der in der Sitzung vom 4. 11. 1949 mit einer Enthaltung angenommen wurde.

[32] Cf. dazu Wenkel, Inquiétudes parlementaires, S. 85–102.

[33] ANF, C 15334: Protokoll der Sitzung vom 2. 2. 1951; diese Sitzung ist ein gutes Beispiel für das im Laufe einer Sitzung immer wiederkehrende Deutschland-Thema.

eignissen, die die deutsche Teilung konsolidiert hatten, bis hin zur Gründung der DDR am 7. Oktober 1949. In seinem einleitenden Vortrag definierte Schuman nicht nur die aktuelle Position der französischen Regierung, sondern in Ansätzen auch die Richtung für kommende Entscheidungen. Von der Notwendigkeit pragmatischen Handelns überzeugt, sah er nun in einer „Einrahmung" („encadrement") Deutschlands die einzige Möglichkeit, unter den veränderten Bedingungen die Interessen Frankreichs zu verfolgen.[34] François Billoux (PCF, Bouches-du-Rhône) nutzte die Gelegenheit, um Schuman auch nach der Haltung der französischen Regierung gegenüber der DDR zu befragen. Der Minister antwortete mit einem Hinweis auf die Logik des Kalten Krieges und die Haltung der Sowjetunion gegenüber der Bundesrepublik. Frankreich werde seine Haltung gegenüber der DDR in Abhängigkeit dazu definieren. Die derart postulierte Parallelität wurde von Schuman auf sprachlicher Ebene bekräftigt, indem er in Analogie zur „République démocratique allemande" von der „République occidentale allemande" sprach.[35] Daran anschließend entwickelte sich ein Dialog zwischen Schuman und Billoux über die von ihnen vertretenen unterschiedlichen Deutschlandkonzeptionen sowie über die Ursachen der deutschen Teilung. Schuman verwies auf die diametral gegeneinander stehenden Konzeptionen (sowjetische Konzeption versus Konzeption der Westalliierten) und stellte die Frage in den Raum, wer wohl als Erster bereit sei, nachzugeben.[36] Zusammenfassend konstatierte er, dass es sich um eine aus der aktuellen Perspektive unveränderliche Situation handele, ohne dabei auf die Kritik von Billoux einzugehen, der die französische Regierung für ebendiese Situation verantwortlich gemacht hatte.[37]

[34] ANF, C 15333: Protokoll der Sitzung vom 8. 11. 1949, S. 44: „Notre politique à l'égard de l'Allemagne est que nous ne pouvons pas indéfiniment maintenir ce pays à l'écart et le mater par des injonctions ou des interdictions. Cette politique, nous l'avons vu, a échoué après la Première Guerre mondiale. C'est pourquoi la tentative que nous devons faire, qui est peut-être la seule chance d'aboutir, consiste à encadrer l'Allemagne, à lui marquer sa place et à la maintenir à cette place. Nous commençons du point de vue économique."

[35] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 8. 11. 1949, S. 54: „Notre attitude à l'égard de la République démocratique allemande sera celle qui a été adoptée par la Russie à l'égard de la République occidentale allemande [sic]. Je crois que c'est logique."

[36] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 8. 11. 1949, S. 55: „Vous connaissez trop bien la situation pour ignorer que ce qui a révélé l'impossibilité, non seulement de faire un traité de paix, mais même de faire un raccordement entre les deux Allemagnes, c'est la différence profonde et esssentielle dans la conception économique et politique entre les deux moitiés d'Allemagne. Qui voudra céder, abandonner ses conceptions au profit de l'autre? Chacun maintient ses positions, et en Allemagne il n'y a pas que les puissances occupantes. C'est là le mur devant lequel nous nous trouvons. Nous sommes de deux côtés différents du mur, mais c'est le même mur. Qui voudra ou pourra sauter, ou qui fera une brèche?"

[37] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 8. 11. 1949, S. 55: „Vous voyez l'ampleur du débat et je ne serais pas fâché de pouvoir confronter un jour ces idées en détail, mais pour le moment nous ne pouvons qu'enregistrer. Je suis heureux de constater votre accord sur le point qu'actuellement une situation est créée contre laquelle personne ne peut plus rien. Il y aura peut-être des faits nouveaux qui permettront de reprendre la question dans un proche avenir."

Im Senat konstatierte Marcel Plaisant als Präsident des Auswärtigen Ausschusses dagegen lediglich die Entstehung eines neuen Satelliten im Sowjetuniversum; Fragen nach möglichen Beziehungen zum zweiten deutschen Staat blieben aus.[38]

Die Debatten über Deutschland waren insbesondere bis 1954 gekennzeichnet von den Ängsten und Befürchtungen der französischen Parlamentarier gegenüber einer wirtschaftlich schnell erstarkenden Bundesrepublik. Diese Befürchtungen wurden noch verstärkt durch personelle Kontinuitäten in der deutschen Wirtschaft. So entzündete sich beispielsweise heftige Kritik an der Freilassung von Alfried Krupp. Florimond Bonte (PCF, Seine), dessen Familie sich aktiv am Widerstand beteiligt hatte, bezeichnete dies als eine Beleidigung des französischen Widerstandes.[39] Einem Antrag von Paul Viard (MRP, Alger) folgend, forderte der Ausschuss die französische Regierung einstimmig dazu auf, die Alliierten von der Kritik der französischen Abgeordneten in Kenntnis zu setzen.[40]

Es waren die scheinbar unbedeutenden Zwischenfälle, die das Deutschlandbild der französischen Parlamentarier nachhaltig prägten. Dazu zählte beispielsweise ein Artikel über die Ereignisse von Oradour-sur-Glane im Juni 1944, der 1950 in einer pfälzischen Zeitschrift, der Talpost, veröffentlicht wurde. In dem Artikel war die These vertreten worden, dass es sich dabei nicht um ein Verbrechen, sondern um eine normale Repressionsmaßnahme gehandelt habe; gleichzeitig wurde der Vorwurf erhoben, Frankreich verwende seine Sicht als politisches Argument gegen Deutschland. Der Ausschuss verabschiedete daraufhin einstimmig einen Antrag an die französische Regierung, diesbezüglich in Bonn zu intervenieren.[41]

[38] AP, Sénat, 19 S 5: Protokoll der Sitzung vom 19. 10. 1949, S. 3: „Un gouvernement a été constitué en Allemagne orientale et a reçu aussitôt un certain nombre de protestations d'amitié du gouvernement soviétique. L'Allemagne orientale semble être un nouveau satellite de l'orbite soviétique."

[39] ANF, C 15334, Protokoll der Sitzung vom 2. 2. 1951: „La nation française estime que ces décisions sont une sorte de défi à la mémoire du plus douloureux et du plus sacré, et je demande au gouvernement et au ministre des Affaires étrangères s'ils ont l'intention de se dresser avec vigueur contre une décision qui est un outrage intolérable à la mémoire des héros de la Résistance et des martyrs de la cause française."

[40] Ibid.: Protokoll der Sitzungen vom 7. 3. und 9. 3. 1951: „La commission des Affaires étrangères, interprète de l'émotion soulevée en France par la grâce accordée à M. Alfred Krupp von Bohlen, demande au gouvernement français de porter à la connaissance des autorités alliées l'expression de cette émotion [bis hier einstimmig angenommen, der Rest mit ausreichender Mehrheit – Ch. W.] et d'élever la plus vive protestation contre la décision prise, prend acte que M. Mac Cloy affirme que la décision ne porte pas atteinte aux principes posés sur la non-restitution de la propriété des biens de la Ruhr, constate que les lois du commandement interallié et des autorités d'occupation comme les ordres généraux d'application et les accords internationaux non seulement s'opposent à la restitution à Alfred Krupp des droits et biens lui ayant appartenu dans la firme Krupp, mais ont entraîné, en fait, la dépossession tant d'Alfred Krupp lui-même que de la firme Krupp, et demande au gouvernement français de veiller à l'application des clauses du statut international de la Ruhr dans l'esprit des ordres du jour adoptés par l'Assemblée nationale et des votes émis par elle."

[41] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 3. 5. 1950.

Die Reaktion des Ausschusses auf die Bekanntgabe des Schuman-Plans[42] wenige Tage später, am 9. Mai 1950, verdeutlicht zweierlei: einerseits die Angst vor einer Abhängigkeit gegenüber Deutschland infolge zu enger wirtschaftlicher Kooperation und andererseits den Wunsch der Parlamentarier, an deutschlandpolitischen Entscheidungen beteiligt zu werden. Im Fall des Schuman-Plans war der Präsident des Ausschusses, Édouard Bonnefous (UDSR, Seine-et-Oise), zwar am 8. Mai ganz allgemein über dessen Veröffentlichung am folgenden Tag informiert worden. Über das Projekt selbst konnten sich die Mitglieder des Ausschusses jedoch erst am Tag der Veröffentlichung und zunächst nur durch die Presse informieren. Die äußerst kritische Aufnahme des Projektes im Ausschuss war somit nicht zuletzt eine Folge der Umgehung des Parlaments in dieser Angelegenheit.[43] Auf inhaltlicher Ebene dominierten zwei Kritikpunkte: Vonseiten des Präsidenten Bonnefous und des Berichterstatters André Philip (SFIO, Rhône) wurde die Vernachlässigung der europäischen Zusammenarbeit zugunsten einer deutsch-französischen Kooperation betont; fraktionsübergreifend störten sich Pierre Cot (URR, Savoie), Jacques Bardoux (CNI, Puy-de-Dôme), Maurice Schumann (MRP, Nord) und mit ihnen zahlreiche weitere Parlamentarier am Fehlen eines Interessenabgleichs mit Großbritannien als Gegengewicht zur deutsch-französischen Kooperation. Hinzu kam bei linken Abgeordneten wie Pierre Cot[44] die Forderung, anstelle der ungeliebten Kooperation zwischen Frankreich und der Bundesrepublik die Ost-West-Beziehungen vor allem auf wirtschaftlicher Ebene[45] auszubauen.[46] Die Kommunisten forderten ihrerseits, bei der Ausrichtung der französischen Außenpolitik die Interessen des einstigen sowjetischen Bündnispartners nicht zu kompromittieren, ohne dafür jedoch die Zustimmung des Ausschusses zu erhalten.[47]

Die wiederholt vorgetragenen Befürchtungen Cots bezüglich einer Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Ost und West mit negativen Folgen für die Regelung des „deutschen Problems" wurden von Robert Schuman verneint; für den Außenminister war die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl eher ein Mittel, um bestehende Spannungen in den Ost-West-Beziehungen abzubauen.[48]

[42] Zum Schuman-Plan cf. Gerbet, La construction de l'Europe, S. 89–120; sowie Wilkens (Hrsg.), Le plan Schuman dans l'histoire.

[43] Cf. Bonnefous, Avant l'oubli, Bd. 2, S. 194–196; cf. dazu Marès, Un siècle à travers trois républiques, S. 188; zur Auseinandersetzung im Plenum der Nationalversammlung cf. Dulphy/Manigand, Du plan Schuman à la CECA.

[44] Cf. auch Jansen, Pierre Cot, S. 486–506.

[45] ANF, C 15334: Protokoll der Sitzung vom 25. 5. 1950: „M. Cot souligne que la seule voie ouverte est l'Est, mais si le gouvernement en a conscience, pourquoi a-t-il exposé sa proposition devant les représentants de l'Europe occidentale et non devant la communauté internationale? Le fait d'avoir déposé ce projet à la veille de la conférence de Londres ne rendra-t-il pas plus difficile la reprise des négociations commerciales avec l'Est? Si l'on croit à la possibilité de la coexistence de deux régimes dans le monde, il faut l'organiser, et l'Ouest ayant plus d'intérêt que l'Est à cette entente, c'est à ses représentants à y consacrer le maximum des efforts."

[46] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 17. 5. 1950: „M. Pierre Cot conclut qu'il faut s'engager dans une voie différente: négocier entre l'Est et l'Ouest. Et tout de suite, car ces négociations deviendront de jour en jour plus difficiles, parce que l'Est s'organise et se développe."

[47] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 3. 2. 1950; Antrag von Madeleine Braun (PCF, Seine).

[48] ANF, C 15591: Protokoll der Sitzung vom 29. 11. 1951.

Hintergrund dieser Kontroverse war eine unterschiedliche Interpretation der Folgen der deutschen Teilung für Frankreich: Bei einer ganzen Reihe von Parlamentariern nährte die Schaffung der EGKS im Kontext der deutschen Teilung Ängste vor einer wirtschaftlichen Dominanz der Bundesrepublik innerhalb einer solchen Gemeinschaft. So befürchtete Jacques Bardoux, dass das Fehlen von Absatzmärkten im Osten Deutschlands für die Industrie des Ruhrgebietes eine unmittelbare Gefahr für die französische Wirtschaft darstelle, weil die überschüssige Produktion folglich den französischen Markt überschwemmen werde.[49] Von Pierre Cot wurde die Frage, was Frankreich einer sich nach dem Krieg schnell erholenden westdeutschen Wirtschaft entgegenzusetzen habe, noch sehr viel pointierter beantwortet – er fürchtete, dass Frankreich zum agrarischen „Hinterland" für die deutsche Industrie degradiert werde, da diese sich infolge der Teilung nicht mehr in Richtung Osten entwickeln könne.[50] Die Frage nach dem Schicksal der EGKS im Falle einer deutschen Vereinigung führte aufgrund der sich damit zusätzlich öffnenden Absatzmärkte dementsprechend zu keiner weiteren Diskussion.[51]

Mit der Verkündung des Pleven-Plans im Oktober 1950 wurde das Projekt einer europäischen Armee und damit der deutschen Wiederbewaffnung zu einem der wichtigsten Aspekte der deutschlandpolitischen Debatten des Auswärtigen Ausschusses.[52] In einer der ersten Sitzungen dazu erklärte Jacques Bardoux das psychologische Grundproblem: Es sei für die französische Mentalität schlicht nicht nachvollziehbar, eine europäische Armee mit deutscher Beteiligung zu schaffen, solange noch kein Friedensvertrag mit Deutschland unterzeichnet worden sei – stelle sich doch die Frage, inwieweit die mit der Hälfte eines geteilten Staates geschlossenen Verträge auch nach dessen Wiedervereinigung noch bindende Wirkung haben würden.[53] Für zahlreiche Parlamentarier war dieses Vorhaben ebenso wie die EGKS nicht oder nur schwer mit der deutschen Teilung vereinbar.[54] Im

[49] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 26. 11. 1951: „En effet, l'Allemagne orientale représentait, pour l'industrie de la Ruhr, une puissance de consommation importante. Or, si la situation actuelle se prolonge, si les efforts faits pour rattacher l'Allemagne orientale à d'autres centres de production métallurgique et houillère se continuent, la Ruhr sera privée d'un débouché qui lui était nécessaire lorsqu'elle tournait à plein. Alors, privés de ce débouché, les produits fer et acier de la Ruhr reflueront vers l'Ouest avec une force qui peut être dangereuse pour les concurrents moins bien outillés et moins organisés que les industries de la Ruhr."

[50] Ibid.

[51] ANF, C 15591: Protokoll der Sitzung vom 29. 11. 1951; wenige Monate später, in der Anhörung vom 30. 4. 1952, sprach sich Schuman dann aber doch für eine Neuverhandlung der EGKS im Fall einer deutschen Vereinigung aus. Die ostdeutsche Stahl- und Kohleindustrie könne nicht ohne Neuverhandlungen in den Gültigkeitsbereich der EGKS einbezogen werden.

[52] Zur EVG-Debatte cf. Aron/Lerner, La querelle de la CED und Rioux, L'opinion publique française et la Communauté européenne de défense; zur Auseinandersetzung über die EVG im Kontext der deutsch-französischen Beziehungen, cf. Lappenküper, Die deutsch-französischen Beziehungen, S. 638–757.

[53] ANF, C 15334: Protokoll der Sitzung vom 15. 11. 1950: „Je vous assure que c'est incompréhensible pour une pensée française."

[54] Dazu Michel Debré (RPF, Indre-et-Loire) in einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Senats im Februar 1954: „Passer un traité avec une partie de l'Allemagne est une né-

Rahmen der sich daran anschließenden Auseinandersetzung über die Ursprünge der deutschen Teilung verteidigte Schuman die westlichen Maßnahmen als pragmatische Reaktion auf die Entwicklungen jenseits des Eisernen Vorhangs. Die deutsche Wiederbewaffnung sei mithin keine Erfindung der Alliierten, sondern eine Reaktion auf die Militarisierung der DDR.[55] Jacques Bardoux bezeichnete die DDR in diesem Kontext gar als „Prusse orientale"[56] – eine Bezeichnung, die sich in der weiteren Diskussion jedoch nicht durchsetzen sollte.

Die Angst vor einem Wiederaufleben des deutschen Militarismus beherrschte zu Beginn der 1950er Jahre zahlreiche parlamentarische Debatten. Die Frage, wie mit der deutschen Wiederbewaffnung umzugehen sei, wurde deshalb zu einem der zentralen Punkte in den Debatten des Ausschusses. Insbesondere galt es zu klären, in welchem Rahmen sie zugelassen werden könnte und welche Reaktionen auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs zu erwarten wären.

Auch die Frage nach dem größeren Risiko wurde gestellt. Je nach Blickwinkel schien Frankreichs Sicherheit nicht nur von deutscher („danger allemand"), sondern auch von sowjetischer Seite („péril soviétique") bedroht.[57] Die Antwort auf diese Frage ergab sich nicht zuletzt aus der Parteizugehörigkeit: Während für kommunistische Abgeordnete Deutschland die zentrale Gefahr darstellte, sahen insbesondere Abgeordnete der Regierungsmehrheit, wie Alfred Coste-Floret (MRP, Haute-Garonne), die eigentliche Gefahr weiter östlich.[58] Insgesamt trat die Angst vor der „deutschen Gefahr" in den Debatten des Ausschusses dieser Jahre jedoch wesentlich häufiger zutage. Besondere Ereignisse, wie die um den 17. Juni 1953 in der DDR in Kombination mit den Vorschlägen einer Neutralisierung Deutschlands, ließen die „sowjetische Gefahr" allerdings zeitweilig wieder an Bedeutung gewinnen: Yvon Delbos (rad.-soc., Dordogne) befürchtete sogar, dass eine Neutralisierung Deutschlands aus dem Rhein quasi eine Grenze zwischen Frankreich und der Sowjetunion machen würde.[59] Der Volksaufstand selbst fand in den Auswärtigen Ausschüssen beider Kammern hingegen kaum Beachtung.[60]

Unabhängige Republikaner wie Jacques Bardoux (RI, Puy-de-Dôme) und Guy La Chambre (RI, Ille-et-Vilaine) befürchteten, dass die Alternative zu einer euro-

cessité qui comporte des risques […] il y a une inégalité au profit de l'Allemagne et au détriment de la France." In: AP, Sénat, 19 S 9: Protokoll der Sitzung vom 10. 2. 1954, S. 8.

[55] ANF, C 15334: Protokoll der Sitzung vom 15. 11. 1950: „Bien, et alors, permettez-moi l'expression, chacune des deux parties a dû se débrouiller dans son secteur, dans sa zone. Le gouvernement soviétique avait déjà pris les devants, avait créé un régime politique spécial à son image dans la zone orientale."

[56] Ibid.: „J'entends bien que nous considérons que les unités allemandes qui ont été constituées dans la Prusse orientale [sic] sont une violation de cet accord [Potsdamer Abkommen – Ch. W.], mais encore est-il qu'il y aurait eu diplomatiquement un intérêt extrême à faire constater juridiquement cette violation." (Jacques Bardoux).

[57] Auch wenn beide Begriffe mit „Gefahr" zu übersetzen sind, wird die sowjetische Gefahr rein auf der sprachlichen Ebene als die größere Gefahr wahrgenommen.

[58] ANF, C 15591: Protokoll der Sitzung vom 10. 8. 1951.

[59] ANF, C 15592: Protokoll der Sitzung vom 22. 7. 1953.

[60] Im Ausschuss des Senats forderte Léo Hamon (MRP, Seine) einen Bericht zu diesem Thema, ohne jedoch dafür die Zustimmung seiner Kollegen zu erhalten; cf. AP, Sénat, 19 S 8: Protokoll der Sitzung vom 1. 7. 1953.

päischen Armee eine von den USA geschaffene deutsche Armee wäre und man in diesem Fall mit einer Reaktion des Ostens, genauer mit der Schaffung einer ostdeutschen Armee rechnen müsse.[61] Ein solches Risiko diente selbst Maurice Schumann (MRP, Nord) als zentrales Argument, um die Schaffung einer europäischen Armee zu verteidigen – Frankreich könne keine deutsche Armee befürworten, gleichwohl aber auch keine rein negative Haltung einnehmen.[62] Das Projekt einer europäischen Armee wurde somit als eine Möglichkeit verstanden, die unerwünschten Nebeneffekte einer deutschen Wiederbewaffnung kontrollieren zu können. Dass eine parallele Entwicklung beider deutscher Staaten auf diesem Gebiet von Schumann nicht nur befürchtet, sondern als gegeben angenommen wurde, lässt sich auch der parallelen Verwendung der Bezeichnungen „Allemagne occidentale" und „Allemagne orientale" in seinen Ausführungen entnehmen. Der kommunistische Abgeordnete Marcel Rosenblatt kritisierte demgegenüber, die Schaffung einer europäischen Armee als Waffe gegen die UdSSR sei die Fortsetzung eines nationalsozialistischen Projektes, und bezeichnete als einzig möglichen Ausweg die Schaffung einer „Allemagne démocratique".[63]

Die eigentliche Debatte über das aus dem Pleven-Plan hervorgegangene Projekt einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft begann im Februar 1952 parallel im Auswärtigen Ausschuss und im Plenum der Nationalversammlung. Die Lektüre der Wortprotokolle des Ausschusses vom Frühjahr 1952 vermittelt den Eindruck, dass eine Kriegsgefahr für die französischen Parlamentarier unmittelbar greifbar gewesen sein muss, traten doch zu dieser Zeit die Befürchtungen gegenüber Deutschland mit besonderer Intensität zutage. Neuer Präsident des Ausschusses war seit Februar 1952 Jacques Bardoux, der sich entsprechend seinem bisherigen Engagement als prominenter Gegner der EVG profilierte und schließlich nach nur einjähriger Amtszeit durch Edgar Faure (rad.-soc., Jura), einen Befürworter der EVG, ersetzt wurde.

In der ersten Sitzung des Ausschusses zur EVG stellte Pierre Billotte (UDR, Valde-Marne) einmal mehr die Frage nach der Deutschlandkonzeption der französischen Regierung und in Verbindung damit nach dem Verhältnis zwischen einer

[61] ANF, C 15591: Protokoll der Sitzung vom 10. 8. 1951: „M. Guy La Chambre a posé le dilemme: ou créer une armée européenne, ou les États-Unis feront une armée allemande. L'orateur écarte cette seconde solution, qui serait inefficace car elle provoquerait la constitution d'une armée orientale allemande qui compenserait l'armée occidentale ou même se superposerait à elle."

[62] Ibid.: „Quelles garanties nous sont offertes? S'il n'y a pas d'armée européenne, il est évident que la remilitarisation de l'Allemagne orientale [sic] appellera la remilitarisation de l'Allemagne occidentale et l'on assistera à la mise sur pied d'une armée allemande qui sera l'instrument d'une politique dont personne n'est en mesure de définir les objectifs dans les années à venir: défense de l'Europe? Reconquête des marches orientales? Jeu d'équilibre entre l'Est et l'Ouest?"

[63] Ibid.: „Où et quand la France a-t-elle été menacée? En réalité, il s'agit de préparer la guerre contre l'Union soviétique. La lutte contre l'URSS c'est la thèse nazie qu'on reprend aujourd'hui. Que penser de l'armée européenne? Pour se faire une opinion, il suffit de lire les articles de Guderian, les déclarations du leader socialiste Schumacher qui accepte la reconstitution de l'armée allemande à condition que les alliés fournissent des troupes pour la reconquête des marches de l'Est. Déjà les généraux allemands sont à Washington. Il n'y a qu'une issue: faire une Allemagne démocratique et démilitarisée."

eventuellen deutschen Vereinigung und dem europäischen Integrationsprozess. Gaston Palewski (RPF, Seine) zeigte sich zudem verunsichert bezüglich der Regelung politischer Differenzen wie der Oder-Neiße-Grenze nach Schaffung der EVG. Ein in diesen Auseinandersetzungen ebenfalls verbreitetes Motiv war die von Philippe Barrès (RPF, Meurthe-et-Moselle) geäußerte Befürchtung, Deutschland werde von seiner militärischen Stärke profitieren, wenn es darum ginge, sich 1945 verloren gegangene Ostgebiete zurückzuerobern. In einem früheren Stadium der Diskussion hatte Alfred Biscarlet (PCF, Haute-Loire) bereits Adenauer zitiert, um nachzuweisen, dass die Wiederbewaffnung auch im Rahmen einer europäischen Verteidigung von deutscher Seite als Mittel angesehen werde, die deutsche Vereinigung zu realisieren.[64] Robert Schuman teilte die Befürchtungen der Ausschussmitglieder im Einzelnen nicht. Seine Skepsis gegenüber Deutschland trat dennoch zutage, etwa wenn er betonte, dass Texte und Abkommen keinesfalls ausreichend seien, sondern eine Situation geschaffen werden müsse, in der die deutschen Interessen mit denen der Gemeinschaft übereinstimmen.[65] Die deutsche Teilung wurde zu dieser Zeit zumeist als Provisorium wahrgenommen, welches sich nicht unbegrenzt verlängern lassen werde.

Dass in diesem Zusammenhang die Rede auch auf die Oder-Neiße-Grenze kam, war kein Zufall. Am Verhältnis zu dieser Grenze wurde von vielen französischen Parlamentariern die politische Einstellung der Bundesrepublik festgemacht. Sie wurde in diesen Jahren in Frankreich zu einem Symbol für Deutschlands Verhältnis zu seinen Grenzen insgesamt, also auch zur Grenze mit Frankreich, mehr noch, sie wurde zu einem Symbol für die Nachkriegsordnung in Europa. Ihre Anerkennung war gleichbedeutend mit der Anerkennung der Nachkriegsordnung.[66] Durch die Presse verzerrte Bemerkungen des Hohen Kommissars Frankreichs in Bonn, André François-Poncet, zur Oder-Neiße-Grenze nahm Jean Bouhey (SFIO, Côte-d'Or) zum Anlass, die französische Regierung zu besonderer Vorsicht in dieser Angelegenheit zu mahnen. Bis zu seiner endgültigen Klärung 1990 auf politischer Ebene blieb dieses für französische Politiker hochsensible Thema eine entscheidende Determinante ihrer Deutschland-Perzeption. Es ist deshalb auch anzunehmen, dass das zwischen der DDR und Polen 1950 geschlossene Görlitzer Abkommen dem zweiten deutschen Staat bei französischen Politikern ein nicht zu unterschätzendes Prestige verschafft hat.

[64] ANF, C 15334: Protokoll der Sitzung vom 20. 12. 1950: „Du fait que vous allez discuter avec Adenauer de ces conditions, l'Allemagne est déjà sur un pied d'égalité. Et dans ces conditions, du fait que l'Allemagne aura une armée, en plus de la guerre antisoviétique, est-ce que cela ne peut pas conduire demain à une nouvelle invasion de la France par une Allemagne revancharde?"

[65] ANF, C 15591: Protokoll der Sitzung vom 8. 2. 1952.

[66] ANF, C 15334: Protokoll der Sitzung vom 2. 2. 1951: „Nous savons donc qu'il y a en Allemagne occidentale 9 millions de réfugiés, et qu'il peut y avoir du côté de la frontière Oder-Neisse un certain nombre de corridors de Dantzig et même d'histoires de l'Alsace-Lorraine. […] Nous ne croyons pas aux lignes de démarcation. […] Ces lignes de démarcation ne tiendront pas; il n'y a pas deux Allemagnes, il n'y en a qu'une, et un jour ou l'autre, nous serons obligés d'envisager un traité. Il me semble que la France ne doit pas s'aventurer la première; elle doit être dans cette affaire très prudente et très réservée."

Weiteren Zündstoff erhielt die intensive EVG-Debatte durch den Notenwechsel zwischen den Alliierten. Die Stalin-Note vom 10. März 1952[67] bot zudem Anlass, das Thema DDR erneut zur Sprache zu bringen. Aus Sicht des französischen Außenministers blieb die Note vor allem hinsichtlich der Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung zu unpräzise – aus westlicher Sicht war genau dieser Punkt aber die entscheidende Voraussetzung für den Abschluss eines Friedensvertrages. Die Vereinigung sei, so Schuman, indes nicht möglich, solange zwischen den Alliierten Uneinigkeit herrsche. Er verwies in diesem Zusammenhang auch auf das Problem bestehender vertraglicher Verpflichtungen der beiden deutschen Teilstaaten und erwähnte im Falle der DDR als Beispiel das Görlitzer Abkommen über die Oder-Neiße-Grenze.[68] Er befürchtete jedoch, dass die Bundesrepublik dieses Abkommen nicht akzeptieren werde[69] – die Reaktion der Parlamentarier macht deutlich, dass dies für die öffentliche Meinung in Frankreich inakzeptabel war. Die von Robert Schuman geäußerte Vermutung brachte Gaston Palewski überdies zu der Frage, ob denn die Handlungsfreiheit der französischen Regierung in Verhandlungen mit der UdSSR bezüglich der Bundesrepublik unter diesen Umständen grundsätzlich gewahrt bleibe.[70] Auch wenn der Minister die Note nicht als reines Propagandamanöver betrachtete – Verhandlungen mit der Sowjetunion über den Inhalt der Note bezeichnete er als problematisch, da hiermit die gemeinsame westliche Verteidigung hinfällig werden würde. Die Art, in der Schuman die Parallelität der Geschehnisse auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs beschrieb, deutet daraufhin, dass die Teilung nunmehr als längerfristige Gegebenheit wahrgenommen wurde.[71] Im Laufe der Diskussion forderte Florimond Bonte (PCF, Seine) den Minister auf, auch zu einem Brief von Otto Grotewohl an die Alliierten Stellung zu beziehen[72]; die Einstellung gegenüber der Oder-Neiße-Grenze bezeichnete er als das entscheidende Kriterium der beiden möglichen deutschlandpolitischen Ausrichtungen. Wenn sich die deutsche Einheit nicht in

[67] Zur Stalin-Note vom 10. 3. 1952 cf. Zarusky (Hrsg.), Die Stalin-Note vom 10. März 1952; sowie Castin-Chaparro, Puissance de l'URSS, misères de l'Allemagne, S. 351–354.

[68] ANF, C 15591: Protokoll der Sitzung vom 18. 3. 1952: „[…] le gouvernement de Bonn a contracté des engagements depuis qu'il existe. Il y a des accords en dehors de l'Allemagne. L'autre gouvernement en a en ce qui concerne la frontière Oder-Neisse, et a certainement des accords sur d'autres points. […] Une fusion de deux gouvernements peut se concevoir lorsqu'il n'y a pas une hypothèque venant du dehors, de la part des puissances occupantes qui sont en désaccord entre elles, qui l'ont été jusqu'ici tout au moins."

[69] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 4. 6. 1952.

[70] Ibid., S. 22: „Vous avez bien votre liberté d'action complète à l'égard de la République fédérale de Bonn dans cette négociation?"

[71] ANF, C 15591: Protokoll der Sitzung vom 18. 3. 1952: „[…] deux gouvernements qui ne sont pas reconnus par l'ensemble des 4 puissances. La Russie ignore le gouvernement de Bonn, et nous, nous ignorons le gouvernement de l'Allemagne orientale."

[72] Ibid.: „Le 13 février [1952 – Ch. W.], le gouvernement de la République démocratique allemande sous la signature de son président M. Grotewohl a envoyé une lettre aux quatre puissances demandant la conclusion immédiate d'un traité de paix avec l'Allemagne. Cette note indiquait que le traité de paix avec l'Allemagne était nécessaire pour éviter le danger que représente la renaissance du militarisme allemand et annihiler les tendances de ce militarisme de se lancer dans de nouvelles agressions. Pourquoi le gouvernement français est-il resté silencieux sur cette lettre?"

den von der UdSSR vorgezeichneten Bahnen vollziehe, so Bonte, werde Frankreich in einen Krieg für „Großdeutschland" hineingezogen.[73] Yvon Delbos (rad.-soc., Dordogne) drängte Schuman hingegen, die sowjetische Regierung darauf hinzuweisen, dass erst eine andere Haltung hinsichtlich der DDR den mit der Note gemachten Vorschlag ermöglichen würde. Auch bei der Diskussion über die Antwortnote der Alliierten kam das Problem der Grenzen im Ausschuss erneut zur Sprache. Gilbert de Chambrun (rép. prog., Lozère) bezeichnete den entsprechenden Passus als unvorsichtig, sah er hier doch ein potenzielles Einfallstor für weiter gehende territoriale Ansprüche.[74]

Im Auswärtigen Ausschuss des Senats bot ein Bericht von Léo Hamon (MRP, Seine) über die öffentliche Meinung in Deutschland in der Frage der EVG Gelegenheit, sich mit dem „deutschen Problem" auseinanderzusetzen. Wenn in diesem Zusammenhang von Deutschland die Rede war, bezog sich das auch auf die DDR. Gleichzeitig kündigt sich hier ein Wandel in der Wahrnehmung an, da nunmehr die Situation in der DDR mit derjenigen in den anderen Ostblockstaaten verglichen wurde. Die deutsche Teilung wurde als zunehmend real und der Eiserne Vorhang als zunehmend hermetisch beschrieben. Hamon erwartete die Schaffung eines zur NATO analogen Systems im Osten und kritisierte, dass die West-Alliierten ihre Bereitschaft zu Verhandlungen an freie Wahlen knüpften. Die Oder-Neiße-Grenze wurde von ihm als Schutz vor der sowjetischen Gefahr angesehen, ihre Anerkennung dementsprechend als vitales Sicherheitsinteresse Frankreichs. Außerdem könne man als Gegenleistung für diese Anerkennung noch die „Befreiung" Ostdeutschlands aushandeln.[75] Äußerungen von bundesdeutscher Seite über die Ostgrenzen wurden entsprechend kritisch gesehen.[76]

Dominierte im Auswärtigen Ausschuss der Nationalversammlung zu Beginn der 1950er Jahre das „deutsche Problem" die Wahrnehmung des Kalten Krieges und die Haltung zur französischen Außenpolitik, so stellte sich im Laufe der Entwicklung immer mehr die Frage, welcher Stellenwert dem „deutschen Problem" beizumessen sei. Im Zusammenhang mit dem Notenwechsel von 1952 äußerte Robert Schuman selbst Bedenken: Je mehr Deutschland im Mittelpunkt interna-

[73] Ibid.: „[…] et nous serons entraînés à faire la guerre pour la Grande Allemagne."

[74] ANF, C 15591: Protokoll der Sitzung vom 30. 4. 1952.

[75] AP, Sénat, 19 S 8: Protokoll der Sitzung vom 16. 7. 1952, S. 5: „Les plus intelligents pensent à une reconnaissance internationale de la ligne Oder-Neisse contre la libération de l'Allemagne orientale." Cf. auch S. 11: „Nous Français, d'ailleurs, avons les plus grands périls à redouter dans une politique russe consistant à se lancer à la recherche des faveurs de l'Allemagne, car de notre côté on fera la surenchère; je craindrais pour la paix du monde l'hypothèse d'un abandon russe de la ligne Oder-Neisse, car il s'agirait de leur part de conquérir l'influence en Allemagne jusqu'au Rhin."

[76] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 4. 3. 1953, S. 44, Frage von Léo Hamon an den Außenminister Georges Bidault: „Je voudrais vous demander si le gouvernement français a fait connaître de telle ou telle autre manière qu'il ne reprenait pas à son compte les revendications de révision des frontières orientales, les revendications formellement émises par le Bundestag." Bidault antwortete, dass diese Entscheidungen (es handelt sich vermutlich um das Bundesvertriebenengesetz und das Flüchtlings-Notleistungsgesetz) ohne Frankreich getroffen wurden und Frankreich deshalb auch nicht dafür verantwortlich sei.

tionaler Angelegenheiten stehe, desto mehr werde es versuchen, eigene Interessen durchzusetzen.[77] Auch wenn das selbstbewusste Auftreten Adenauers in internationalen Angelegenheiten häufig Kritik im Ausschuss auslöste[78], so fand doch diese Bemerkung Schumans kein unmittelbares Echo bei den Parlamentariern. Erst im Frühjahr 1953 beschäftigte sich der Ausschuss mit der Frage, ob das „deutsche Problem" Konsequenz oder Ursache aller anderen internationalen Probleme sei und ob es sich von diesen losgelöst regeln lasse. Welche Priorität dem „deutschen Problem" in der Wahrnehmung der internationalen Situation eingeräumt wurde, war nicht zuletzt abhängig von der jeweiligen Generation. So verdeutlicht ein Wortwechsel zwischen Jacques Bardoux (RI, Puy-de-Dôme) und Maurice Faure (rad.-soc., Lot), dass das Deutschlandbild des 1874 geborenen Jacques Bardoux erheblich stärker mit Erinnerungen belastet war als dasjenige seines 1922 geborenen Kollegen: Während für Bardoux prägende Erinnerungen seine Sicht auf das „deutsche Problem" als Ursache aller internationalen Probleme bestimmten, hatte der jüngere Faure die gesamte internationale Situation im Blick, was ihn im „deutschen Problem" (hier eher mit der deutschen Frage synonym) eine Konsequenz der internationalen Entwicklung sehen ließ.[79] Unabhängig von diesen generationsspezifischen Unterschieden lässt sich anhand der Debatten des Ausschusses im Laufe des Jahres 1953 eine grundsätzliche Veränderung der französischen Wahrnehmung des „deutschen Problems" im Verhältnis zur Wahrnehmung des Kalten Krieges konstatieren – eine Veränderung, die selbst Außenminister Georges Bidault bestätigte.[80] Ausdruck der derart veränderten Wahrnehmung war schließlich auch eine entsprechend veränderte Deutschlandpolitik. Bereits im Juli 1953 kündigte Bidault einen Paradigmenwechsel an: Aus der Absicht, einen Friedensvertrag über Deutschland abzuschließen, war die Absicht geworden, einen Friedensvertrag mit Deutschland zu schließen.[81]

Der Wandel der Deutschland-Perzeption verstärkte wiederum die Wahrnehmung der deutschen Teilung als einer gegebenen Situation und führte damit indirekt zu einer geschärften Wahrnehmung der DDR. Bidault unterschied in diesem Zusammenhang, anders als noch sein Vorgänger Schuman, sehr viel stärker zwi-

[77] ANF, C 15591: Protokoll der Sitzung vom 30. 4. 1952: „Il est certain que nous sommes très préoccupés par certaines manifestations officielles ou officieuses, ou même privées, auxquelles nous avons assisté ces dernier temps en Allemagne. Plus l'Allemagne est sollicitée, plus l'Allemagne est flattée, plus elle prend notion de son importance et veut nous tenir la dragée haute, c'est certain."

[78] So hatte sich beispielsweise Adolphe Aumeran (RI, Alger) bereits im November 1949 sehr beunruhigt über das Auftreten Adenauers gezeigt und kritisiert, dass dessen Kontakte sich nicht auf die Hohen Kommissare beschränkten, er sogar mit westlichen Staatschefs verkehrte; cf. ANF, C 15333: Protokoll der Sitzung vom 8. 11. 1949.

[79] ANF, C 15592: Protokoll der Sitzung vom 25. 3. 1953; von den 44 Ausschussmitgliedern gehörten zu diesem Zeitpunkt 19 zu den vor 1900 Geborenen und 22 zu den zwischen 1900 und 1914 Geborenen, nur 3 Ausschussmitglieder waren nach 1914 geboren worden.

[80] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 14. 10. 1953: „J'avais dit autrefois: ‚Si on s'entend sur l'Allemagne, on s'entendra sur tout.' J'indique maintenant: ‚Si on s'entend sur l'Allemagne, cela ne signifie pas qu'on s'entendra sur tout et si on s'entend sur le désarmement on s'entendra sur tout.' Malheureusement il y a des ‚si'."

[81] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 23. 7. 1953.

schen Westdeutschland als dem Partner Frankreichs und damit als dem für ihn wesentlichen Teil Deutschlands sowie einem anderen Deutschland, das man bewusst ignoriere. Auch wenn die Verwendung des Begriffs „anderes Deutschland" durch Bidault nur dem Zweck der Abgrenzung diente, so kann dies gleichermaßen als Beleg für seine Etablierung als synonyme Bezeichnung für die DDR im politischen Diskurs angenommen werden.[82] Unmittelbares Interesse für die DDR selbst bestand zu dieser Zeit eigentlich nur hinsichtlich ihres Militarisierungsgrades; Bidault zitierte aus britischem Material und bedauerte mehrfach das Defizit an Informationen über den zweiten deutschen Staat.[83]

Nach dem Tode Stalins forderte der Ausschuss die französische Regierung in einem Antrag erneut dazu auf, die Initiative zu einer Gipfelkonferenz der vier Alliierten zu ergreifen, um das „deutsche Problem" endlich zu regeln. Jacques Bardoux, der eine „Koreanisierung" Deutschlands befürchtete, zeigte sich von den wochenlangen Diskussionen über die europäische Armee schockiert, bei denen man völlig außer Acht lasse, dass demnächst eine westdeutsche Armee einer bereits existierenden ostdeutschen Armee gegenüberstehen werde. Die Entwicklung in beiden deutschen Teilstaaten betrachtete er sehr kritisch – auf der einen Seite sah er nur Elend und Propaganda, auf der anderen schien ihm eine von der Industrie finanzierte neue „nationalsozialistische" Bewegung am Werk zu sein – und fürchtete, dass sich daraus ein deutsch-deutscher Bürgerkrieg entwickeln könne, der nicht ohne Auswirkungen auf internationaler Ebene bleiben werde.[84] Die ostdeutsche Seite wurde von Maurice Kriegel-Valrimont (PCF, Meurthe-et-Moselle) verteidigt, der Bardoux vorwarf, die Anstrengungen der DDR-Regierung zur Schaffung eines entmilitarisierten Deutschlands zu verkennen.[85]

Während sich die Entwicklung in der DDR weitgehend außerhalb des Blickfeldes der französischen Parlamentarier abspielte, nährten das Wiedererstarken der westdeutschen Industrie, insbesondere im Ruhrgebiet, sowie die Wiederbewaffnung der Bonner Republik in Verbindung mit öffentlich geäußerten Gebietsansprüchen jenseits der nach dem Krieg festgelegten Grenzen ihre Bedenken ge-

[82] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 22. 7. 1953: „Que dirons-nous d'autre de l'Allemagne occidentale et de l'autre Allemagne jusqu'à présent considérée comme durablement séparée de l'Allemagne occidentale et qui peuvent se réunir? Il va de soi que le problème de la réunion de l'Allemagne orientale à l'Allemagne occidentale est un problème européen et mondial et qu'on ne tranchera pas comme cela, sous prétexte qu'il y aura un petit accord entre les uns et les autres."

[83] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 18. 2. 1953: „[…] cela est emprunté à la notoriété publique séparée simplement de votre connaissance par les difficultés de rassembler les documents et par l'éloignement." Cf. auch ibid.: Protokoll der Sitzung vom 29. 10. 1952.

[84] ANF, C 15592: Protokoll der Sitzung vom 25. 3. 1953: „En effet, la propagande est systématiquement organisée en Allemagne orientale dont la population vit dans un état de misère. De son côté, un mouvement néonazi se développe en Allemagne occidentale; il est largement ramifié; son financement est assuré par des groupes d'industriels ainsi que par des subsides en provenance de l'Est."

[85] Ibid.: „Pendant des années, le gouvernement de la République démocratique allemande a formulé des propositions dans le sens d'une Allemagne désarmée. Le président du Conseil lui-même a affirmé qu'il était disposé à réduire les effectifs de la police populaire. Mais en Allemagne fédérale on a opposé un refus persistant à ces propositions de règlement pacifique."

genüber der Bundesrepublik.[86] Angesichts der sich insgesamt gravierend verschlechternden Ost-West-Beziehungen forderten sie die französische Regierung im Mai 1953 ein weiteres Mal dazu auf, den Impuls zu einer Konferenz der vier Alliierten zu geben.[87]

Die Berliner Außenministerkonferenz zu Beginn des Jahres 1954 machte allerdings auch den französischen Parlamentariern die Unvereinbarkeit der sich gegenüberstehenden Deutschlandkonzeptionen deutlich.[88] Maurice Schumann erklärte als Staatssekretär die Haltung Molotows mit der unsicheren Situation in der DDR und der Schwäche der ostdeutschen Regierung. Freie Wahlen würden unweigerlich zu einem Scheitern des sowjetischen Engagements in Deutschland führen und deshalb nicht ohne Rückwirkungen auf den gesamten Ostblock bleiben. Um den Unterschied zwischen der Situation in Ost- und in Westdeutschland zu unterstreichen, sprach Schumann von einer westdeutschen Regierung, aber lediglich von ostdeutschen Behörden.[89] Bidault betonte bei einer späteren Anhörung, dass man auf der Berliner Konferenz große Klarheit über die Situation erlangt habe – auf den Kalten Krieg folge eine wechselseitige Anerkennung des Status quo.[90] Die sich abzeichnende längerfristige Teilung und das vorläufige Ausbleiben

[86] Ibid.: „La situation en Allemagne est incontestablement très grave: on se trouve à la porte de l'aventure." (Gilbert de Chambrun).

[87] ANF, C 15592: Protokoll der Sitzung vom 13. 5. 1953: „La commission des Affaires étrangères souhaite que le gouvernement français proclame de nouveau, comme l'avait fait M. le président de la République française en novembre 1951, son désir de voir se réunir au plus tôt un conférence à quatre, à l'échelon le plus élevé, et fasse dans ce sens une proposition précise pour entreprendre la préparation." (Text von Edmond Naegelen).

[88] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 11. 2. 1954, S. 11; als Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten fasste Maurice Schumann bei einer Anhörung durch den Ausschuss die Haltung Frankreichs gegenüber der DDR und der deutschen Einheit zusammen: „L'hypothèse de base, sur laquelle certains procès de la politique européenne ont été bâtis, c'est que la Russie serait prête, dans certaines circonstances et sous certaines conditions, à envisager l'unification de l'Allemagne par l'évacuation de la DTR [sic], par l'abandon de l'Allemagne orientale. Je constate, avant de vous le démontrer, textes en mains, que l'action fondamentale sur laquelle M. Molotov a construit son discours du 1er février, c'est que l'unification de l'Allemagne n'est concevable que d'abord par le maintien de la DTR, (République démocratique allemande), et ensuite, par l'extension du régime de l'Allemagne orientale à l'ensemble du territoire allemand."

[89] Ibid.: „En bref, pourquoi M. Molotov est-il demeuré sur le terrain allemand, strictement semblable à lui-même? La réponse n'est pas mystérieuse. Les discours de M. Molotov nous la fournissent dans la mesure où ils s'adressent généralement moins à ses trois collègues qu'à l'opinion. La situation dans la zone orientale est beaucoup trop incertaine. Le gouvernement d'Allemagne orientale est beaucoup trop faible pour que M. Molotov puisse affronter un scrutin qui confirmerait l'échec de l'action soviétique en Allemagne, et dont les conséquences pourraient éventuellement s'étendre, comme ce fut le cas au mois de juin dernier, à d'autres États du bloc oriental. Et particulièrement significative à cet égard fut l'attaque lancée contre la partie de notre projet qui a trait à la liberté dont doit disposer le futur gouvernement provisoire allemand pour faire le choix des obligations antérieures assumées par le gouvernement de la République fédérale et par les autorités allemandes de l'Allemagne orientale."

[90] ANF, C 15592: Protokoll der Sitzung vom 24. 2. 1954, S. 68: „Nous avons obtenu à Berlin une clarté plus grande: à la guerre froide se substitue une sorte de reconnaissance mutuelle du statu quo. Il est possible que ce soit vers une sorte de conclusion de ce genre

eines umfassenden Friedensvertrages nahm Adolphe Aumeran (RI, Alger) zum Anlass, die Bedenken der Parlamentarier hinsichtlich der Oder-Neiße-Grenze erneut vorzutragen.[91]

Parallel zu der sich im Ausschuss noch bis Juni 1954 erstreckenden EVG-Debatte begann im März desselben Jahres die Auseinandersetzung mit dem Deutschlandvertrag *(accord de Bonn)*. Die DDR wurde in dieser Debatte vor allem zu einem diskursiven Element. So befürwortete der Berichterstatter des Ausschusses für die Bonner Verträge, Roger Gaborit (rad.-soc., Charente-Maritime), deren Unterzeichnung unter anderem mit dem Hinweis auf die Entwicklung des unter sowjetischem Einfluss stehenden Teil Deutschlands.[92] Ziel müsse es deshalb sein, sowohl die Neutralisierung Deutschlands als auch seine Integration in den Ostblock zu verhindern.

Mit der Intensivierung der Debatten über die Wiederbewaffnung Westdeutschlands und seiner Westintegration 1954 wurde der Verweis auf die DDR immer öfter zu einem Argument, welches sowohl von den Befürwortern als auch von den Gegnern der EVG genutzt wurde. Während Félix Gouin (SFIO, Bouches-du-Rhône) unterstrich, dass es sich bei der EVG nur um eine Verteidigungsmaßnahme handele, da der Osten Deutschlands bewaffnet worden sei, lange bevor man die EVG überhaupt geplant habe[93], lehnte sein Fraktionskollege Jules Moch (SFIO, Hérault) sie ab, weil er befürchtete, dass eine Bewaffnung Westdeutschlands eine Bewaffnung Ostdeutschlands nach sich ziehe.[94] Moch wurde zwar von Robert Schuman (MRP, Moselle), inzwischen Mitglied des Ausschusses, korrigiert, der in der EVG die Wiederherstellung eines Kräftegleichgewichts sah. Dennoch war es die Sicht von Jules Moch, die am Ende der Diskussion mehrheitsfähig blieb. Und es war sein Bericht für den Ausschuss, der schließlich auch zur Ablehnung der EVG durch die französische Nationalversammlung am 30. August 1954 führte.

que, d'étape en étape, on aboutisse. J'ai dit qu'il me paraissait que la division de l'Allemagne était son terme prévisible."

[91] Ibid.: „Il était question de la frontière Oder-Neisse. Ce qui gêne le plus l'établissement du traité de paix, c'est justement l'établissement de cette frontière, et la plus grande crainte qu'ont quelques Français au sujet de la renaissance d'une armée allemande, c'est qu'elle pourrait servir à la reconquête de cette frontière."

[92] ANF, C 15592: Protokoll der Sitzung vom 11. 3. 1954, S. 3: „Il considère qu'il était impossible que le régime d'occupation se maintînt indéfiniment, une évolution inéluctable s'est produite, dont l'URSS a d'ailleurs accéléré le processus dans sa zone."

[93] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 25. 3. 1954: „[…] qu'il ne s'agisse que de défense cela ressort du fait que l'Allemagne orientale fut réarmée bien avant que la CED n'eût été envisagée. Celle-ci n'est donc que le dernier maillon d'une politique à laquelle la France n'a cessé depuis 1944 de se montrer fidèle."

[94] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 7. 4. 1954, S. 8: „Dans son rapport, M. Jules Moch exprime la crainte que le réarmement de l'Allemagne occidentale n'entraîne celui de l'Allemagne orientale. À cela l'orateur répond que l'Allemagne orientale a déjà commencé à réarmer. Au surplus, l'argument serait valable contre toute forme de renforcement de la défense occidentale. Or, ce renforcement est indispensable pour rétablir l'équilibre des forces, condition préalable indispensable de la négociation générale, par le désarmement que tout le monde réclame."

Die Kritik zahlreicher linker Abgeordneter an der Verwendung des „sowjetischen Arguments" zur Befürwortung der EVG war zwar am stärksten bei den Kommunisten ausgeprägt, für die ja auch die DDR jenes Deutschland war, das den französischen Interessen am ehesten entsprach.[95] Doch auch der Sozialist Jules Moch teilte diese Einschätzung, wenn er vorrechnete, dass die UdSSR und mit ihr die DDR zwar stärker bewaffnet seien, ihre Bewaffnungsstärke sich seit 1950 gleichwohl nicht verändert habe[96]; die Diskussion über die sowjetische Bedrohung führe seiner Ansicht nach zu einem Angriffskrieg.

Auch in Bezug auf die Souveränität Westdeutschlands diente die sowjetische Politik in Ostdeutschland als Argument. Maurice Schumann bestätigte als Staatssekretär, dass die Aufrechterhaltung des Besatzungsstatus in Westdeutschland nicht länger möglich sei, weil die Sowjetunion ihrer Besatzungszone bereits im März 1954 in gewissem Umfang Souveränität gewährt habe.[97] Außenminister Pierre Mendès-France stützte seine Zustimmung zur inneren Souveränität der Bundesrepublik ebenfalls mit einem Verweis auf die Situation in der DDR.[98] Im Bericht für den Ausschuss über die Souveränität der Bundesrepublik von Jacques Isorni (CRAPS, Seine) wurde die Situation der DDR gar zum „bindenden Maßstab", hinter dem man nicht zurückstehen könne.[99] Dass Deutschland trotz Westintegration der Bundesrepublik in der französischen Wahrnehmung vielfach noch eine Einheit darstellte, wurde deutlich, als Mendès-France im Zusammenhang mit der von der Bundesrepublik geforderten Souveränität und der Absicht, ganz

[95] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 12. 5. 1954, S. 10, François Billoux (PCF, Bouches-du-Rhône): „La CED […] entraînerait selon ses partisans une réconciliation franco-allemande. On ne peut pas penser […] que les communistes soient contre une telle réconciliation qui s'inscrit dans le cadre d'une Internationale ouvrière. Mais […] une telle réconciliation ne peut s'opérer que par une reconnaissance par le peuple allemand des responsabilités qu'il porte pour avoir accepté une direction fasciste. Dans la République démocratique allemande il a fallu d'immenses efforts pour faire comprendre au peuple qu'il n'y avait pas d'autres voies […]. M. Billoux note la différence de ton existant entre les déclarations des dirigeants allemands occidentaux et celles des dirigeants de la République démocratique allemande selon lesquels ce pays ne se permettra jamais de faire la guerre au peuple français."

[96] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 12. 5. 1954, S. 12.

[97] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 19. 5. 1954.

[98] ANF, C 15593: Protokoll der Sitzung vom 25. 8. 1954, S. 65: „Je dois dire très franchement que cette initiative anglaise et américaine me paraît fondée. Lorsque un pays a été battu dans une guerre, quelle que soit la portée des dispositions qui lui sont imposées à la suite de sa défaite, on ne peut pas penser que ce pays restera indéfiniment un pays sous tutelle dont la souveraineté n'existerait plus. Dix ans après les hostilités, il semble raisonnable, si nous parlons d'une manière réaliste, compte tenu de l'évolution du monde dans cette période de dix ans, de restituer à ce pays sa souveraineté politique, réserve faite, je le répète encore une fois, des aspects militaires […]. J'ajoute d'ailleurs que, sur ce point, nous avons été précédés, puisque vous savez que l'Union soviétique a reconnu la souveraineté pleine et entière de l'Allemagne de l'Est. Par conséquent, je crois que nous ne pouvons pas raisonnablement nous opposer [dem anglo-amerikanischen Vorschlag – Ch. W.]."

[99] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 1. 12. 1954, S. 4: „Il s'agit d'une question de présentation. Il ne pouvait en effet être question de rester en-deçà des formules utilisées par l'Union soviétique à l'égard de la République démocratique allemande."

Deutschland repräsentieren zu wollen, Probleme im Zusammenhang mit der DDR, Berlin und dem Saarland auf eine Ebene stellte.[100]

Die zentrale Ursache für die Ablehnung der EVG durch die französischen Parlamentarier im August 1954 war ihr Deutschlandbild.[101] Es scheint mithin paradox, dass eine im Wesentlichen unveränderte Perzeption wenige Monate später, im Dezember 1954, nicht auch die Zustimmung zu den Pariser Verträgen[102] und die damit verbundene Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO verhindert hat. Zwar gab es bei der Abstimmung im Dezember zahlreiche Gegner, gleichzeitig aber wurden zahlreiche EVG-Gegner zu Befürwortern der Pariser Verträge. Dies lässt sich am Beispiel von Jacques Bardoux zeigen, der in beiden Fällen seine Entscheidung von der Frage des Friedensvertrages mit Deutschland abhängig machte. Die Unterzeichnung separater Verträge der Westalliierten beziehungsweise der Sowjetunion mit dem jeweiligen Teil Deutschlands sah er als eine Voraussetzung für die Wiederherstellung der deutschen Einheit an – zunächst in wirtschaftlicher, später in politischer Hinsicht.[103]

Die mit der Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO verbundene Wiederbewaffnung verschaffte auch der DDR – gewissermaßen als Gegenargument – erneut Eingang in die Debatten. So befürchtete Raymond Guyot (PCF, Seine), dass die Entscheidungen der Londoner Neunmächtekonferenz vom Oktober 1954 ein Bedrohungsszenarium für die DDR heraufbeschwören könnten.[104] Und Gilbert de Chambrun (rep. prog., Lozère) wollte von Mendès-France wissen, ob die Aufstellung von zwölf militärischen Einheiten im Westen Deutschlands nicht die Aufstellung von zwölf weiteren Einheiten im Osten zur Folge haben werde. Mendès-France antwortete wie bereits zuvor mit dem Hinweis, dass man im Osten schon vor langer Zeit mit der Wiederbewaffnung begonnen habe.[105] Dagegen zeigte sich Maurice Schumann, inzwischen wieder Mitglied des Ausschusses, beunruhigt über die direkte Verbindung zwischen einer „future Wehrmacht" und dem Pentagon, die aus seiner Sicht einer De-facto-Vormachtstellung deutscher Einheiten in Westeuropa gleichkomme.[106]

[100] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 6. 10. 1954, S. 25 f.: „Les Allemands auraient souhaité se voir reconnaître une vocation à représenter l'ensemble du territoire allemand. Ceci provoquait naturellement des difficultés vis-à-vis de la partie orientale du territoire qu'est la zone d'occupation soviétique, et ceci faisait également entrer en ligne de compte le problème de Berlin et celui de la Sarre."

[101] Cf. dazu Girard/Stoetzel, L'opinion publique devant la CED.

[102] Zu den Pariser Verträgen cf. Soutou, La France, l'Allemagne et les accords de Paris; sowie Miard-Delacroix/Hudemann (Hrsg.), Wandel und Integration. Deutsch-französische Annäherungen der fünfziger Jahre.

[103] ANF, C 15593, Protokoll der Sitzung vom 4. 8. 1954, S. 8.

[104] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 6. 10. 1954, S. 162 f.: „Les accords de Londres et les réactions de Bonn prouvent qu'il a été décidé de réarmer les Allemands les plus chauvins et les plus militaristes d'Allemagne […]. Ne pensez-vous pas en conséquence que la République démocratique d'Allemagne [sic] se sente menacée? Avez-vous tenu compte de cette éventualité?" Pierre Mendès-France antwortete mit einem Hinweis auf die nach britischen Informationen in der DDR bereits konstituierten militärischen Kräfte.

[105] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 2. 12. 1954.

[106] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 6. 10. 1954.

Ein weiteres zentrales Problem in den Debatten des Ausschusses zu den Pariser Verträgen war die Frage nach der Gültigkeit der mit der Bundesrepublik geschlossenen internationalen Abkommen nach Wiederherstellung der deutschen Einheit: Wohin würde ein vereintes Deutschland tendieren und was würde aus den Allianzen, insbesondere der NATO, werden? Sehr intensiv wurde auch die Frage nach dem Modus der Vereinigung diskutiert: War dies Sache der Deutschen[107], der Alliierten oder sollte sie gemeinsam mit den Alliierten und den beiden deutschen Regierungen ausgehandelt werden?[108] In sicherheitspolitischer Hinsicht wurde das Problem der Einheit in dieser Situation auch als Gefahr für Frankreich wahrgenommen. So befürchtete Jacques Bardoux, dass die Sowjetunion den Wunsch der Deutschen nach Wiedervereinigung instrumentalisieren könnte, um alle bisherigen Anstrengungen zur Schaffung einer europäischen Gemeinschaft zunichtezumachen. Um der von sowjetischer Seite vorgeschlagenen Neutralisierung Deutschlands aus dem Weg zu gehen – was von vielen französischen Parlamentariern als die größtmögliche Gefahr angesehen wurde – sprach sich Bardoux dennoch für eine Vermeidung der deutschen Einheit in der aktuellen Situation aus.[109]

Während unmittelbar nach Gründung der DDR das Verhältnis Frankreichs zum zweiten deutschen Staat vor allem die Kommunisten beschäftigt hatte, interessierten sich im Zusammenhang mit der Diskussion über die westdeutsche Souveränität nun auch Abgeordnete anderer Fraktionen für dieses Thema.[110] Auf eine entsprechende Frage Gaston Palewskis (RPF, Seine) antwortete der Berichterstatter Jacques Isorni, dass die ostdeutsche Regierung vom juristischen Standpunkt über keinerlei Legitimierung verfüge, Frankreich mithin die einzige demokratische Regierung in Deutschland anerkenne. Deren Souveränität bleibe jedoch eingeschränkt, weil sich die Westalliierten damit die Möglichkeit direkter Verhandlungen mit der UdSSR offenhielten.[111] Die Einschränkung der Souveränität bezog er auch auf deren Geltungsbereich: Nachdem die „Teilung von Potsdam" bestätigt worden sei, könne man vonseiten der Westalliierten nicht sagen, dass die bundes-

[107] Diese Position wurde u. a. von René Mayer und Gaston Palewski vertreten, siehe ANF, C 15593: Protokolle der Sitzungen vom 3. 12. 1954 und 8. 12. 1954.

[108] Diese Position wurde u. a. von Jules Moch vertreten, siehe ibid.: Protokoll der Sitzung vom 8. 12. 1954.

[109] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 3. 11. 1954, S. 46: „Il est certain que c'est là l'arme dont la Russie entend se servir pour faire sauter cette construction que nous jugeons quant à nous nécessaire, non pas pour une garantie contre une invasion russe qui nous paraît chimérique, mais comme une garantie de la modération allemande, la limitation de ses forces et le contrôle de ses forces. Croyez-vous possible d'éviter cette réalisation immédiate ou prochaine de l'unité allemande?"

[110] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 8. 12. 1954, S. 10: „Gaston Palewski […] demande quel sera le comportement éventuel de la France vis-à-vis de l'Allemagne de l'Est."

[111] Ibid., S. 4: „Il [Jacques Isorni – Ch. W.] expose que les alliés ne peuvent reconnaître d'autre gouvernement, celui-ci étant le seul démocratique; mais ce gouvernement est provisoire et limité dans sa compétence territoriale. En droit, le gouvernement de l'Est ne représente rien, mais la France peut engager des conversations avec l'URSS sans avoir besoin pour cela de l'autorisation de l'Allemagne fédérale. Il estime qu'il faut éviter que les deux Allemagnes discutent entre elles en dehors des signataires des accords."

deutsche Regierung auch Ostdeutschland vertrete.[112] Hinter der Frage Palewskis nach dem Verhalten Frankreichs gegenüber der DDR verbirgt sich auch die Sorge um die Handlungsfreiheit Frankreichs. Einen Tag vor der entscheidenden Abstimmung des Ausschusses über die Pariser Verträge kam es erneut zu einer Anhörung von Pierre Mendès-France infolge eines von Palewski eingereichten Änderungsantrages, der die Verschiebung der Ratifizierung um drei Monate vorsah. Wie auch Gilbert de Chambrun (rép. prog., Lozère) hielt Palewski den Dialog mit dem Osten für sehr viel wichtiger und befürchtete, dass dieser durch die Ratifizierung behindert werde; man müsse sich im nationalen Interesse die Freiheit der Wahl lassen und dürfe sich nicht auf unabsehbare Zeit festlegen. Um seine Argumentation zu stützen, berief er sich auf nicht näher spezifizierte Äußerungen Konrad Adenauers bezüglich deutscher Territorialansprüche, die von ihm in eine direkte Kontinuitätslinie zum Dritten Reich gestellt wurden und damit eine feste Bindung an Deutschland umso kritikwürdiger erscheinen ließen.[113]

In dieser Phase der Diskussion sorgte sich vor allem Gilbert de Chambrun mehrfach um die Zukunft des französisch-sowjetischen Abkommens von 1944, welches, so Chambrun, von vielen Franzosen als Sicherheitsgarantie gegenüber Deutschland angesehen werde.[114] Auch Jacques Bardoux bezeichnete die Übereinkunft der drei Westalliierten, wonach die Bundesrepublik als der einzig legitime Vertreter des deutschen Volkes anerkannt wurde, vor dem Hintergrund eines als notwendig erachteten guten Verhältnisses mit der UdSSR als äußerst unvorsichtig.[115] 1955 rief dann die Moskau-Reise Konrad Adenauers erneut die Kritiker der deutschen Souveränität auf den Plan. Und wenn der Kommunist François Billoux befürchtete, dass die Verhandlungsposition Frankreichs geschwächt werde, weil Moskau nunmehr in der Lage sei, beide deutsche Regierungen zu konsultieren, so wurde unausgesprochen auch an Rapallo erinnert.[116]

Mit den Abstimmungen über die Souveränität der Bundesrepublik und ihren NATO-Beitritt am 10. Dezember 1954 endete ein fast vier Jahre währender Verhandlungsmarathon des Auswärtigen Ausschusses der Nationalversammlung über die Frage nach dem Umgang mit dem „deutschen Problem". Die Intensität, mit der diese Debatte geführt wurde – in den letzten Wochen vor der Abstimmung mit bis zu zwei Sitzungen pro Tag –, verdeutlicht den Stellenwert, den diese Frage für französische Parlamentarier hatte. In den kommenden Jahren und Jahrzehnten blieb die deutsche Frage ein wichtiges Thema, in den Mittelpunkt traten nun jedoch andere Probleme: Abrüstung und Entspannung, vor allem aber die

[112] Ibid., S. 5: „Après avoir entériné cette coupure de Potsdam, les alliés occidentaux ne peuvent pas dire que le gouvernement de l'Allemagne occidentale incarne l'Allemagne de l'Est."

[113] ANF, C 15593: Protokoll der Sitzung vom 9. 12. 1954.

[114] Ibid.: Protokolle der Sitzungen vom 6. 10. und 3. 11. 1954.

[115] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 9. 12. 1954, S. 7f.: „Il [Jacques Bardoux – Ch. W.] trouve très imprudent que les trois puissances aient déclaré qu'elles considéraient le gouvernement de la République fédérale comme le seul légitimement constitué et habilité à représenter le peuple allemand dans les négociations internationales." Im Gegensatz zu Palewski und de Chambrun stimmte Bardoux jedoch in beiden Fällen dafür.

[116] ANF, C 15594: Protokoll der Sitzung vom 27. 7. 1955.

Dekolonisation und der Algerienkrieg. Waren die Debatten im ersten Nachkriegsjahrzehnt gekennzeichnet von einer sehr leidenschaftlichen, häufig von persönlichen Erinnerungen und Erfahrungen durchzogenen Auseinandersetzung mit Deutschland – viele der hier zitierten Parlamentarier waren bereits während der Zwischenkriegszeit politisch aktiv und außerdem am Widerstand beteiligt –, so setzte ab 1954 ganz allmählich ein Prozess der Versachlichung der deutschlandpolitischen Debatten ein.

Im Auswärtigen Ausschuss des Senats war es vor allem Léo Hamon (IOM, Seine), der scharfe Kritik an der Politik der Bundesregierung und an Adenauer selbst übte. Noch in der Diskussion über die Pariser Verträge nahm er Äußerungen Adenauers zum Anlass, um den Bonner Alleinvertretungsanspruch zu kritisieren, der den Weg zu weiteren Verhandlungen mit der Sowjetunion versperre. Er wollte zudem durch Außenminister Antoine Pinay bestätigt wissen, dass es sich im Falle der Bundesrepublik nicht um eine Anerkennung de jure handele.[117] Wie Michel Debré befürchtete auch Hamon, dass die Ratifizierung der Pariser Verträge, aufgrund der von westdeutscher Seite geforderten Aufhebung des Status quo, den Ost-West-Dialog künftig von vornherein behindern, wenn nicht ganz und gar unmöglich machen werde.[118] Edgar Faure forderte als Ministerpräsident – wie zuvor Pinay –, diese Fragen mit dem nötigen Realismus zu betrachten. Man müsse eine Position vertreten, die es Frankreich auch künftig ermögliche, seinen Einfluss geltend zu machen. Der bundesdeutsche Alleinvertretungsanspruch wurde jedoch auch von Faure zurückgewiesen, selbst wenn die Bonner Regierung die einzige deutsche Regierung sei, die man anerkennen könne.[119] Zwei Jahre später, in Vorbereitung der Römischen Verträge, tauchte dann erneut die Frage nach dem Gültigkeitsbereich der bundesrepublikanischen Souveränität auf. Und wieder war es Hamon, der diese Frage stellte. In seiner Antwort unterschied Christian Pineau, Amtsnachfolger von Pinay, zwischen der Vertretung Deutschlands durch die Bonner Regierung („représenter l'Allemagne") und der Verantwortung für ganz Deutschland („engager toute l'Allemagne"), die bei den Alliierten liege. Die Aner-

[117] AP, Sénat, 19 S 9: Protokoll der Sitzung vom 10. 3. 1955, S. 52.

[118] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 15. 3. 1955, S. 29 ff.: „[…] la résolution terminale du débat du Bundestag montre avec une netteté absolue que nos contractants allemands se considèrent comme ayant des créances sur les trois pays occidentaux, et singulièrement sur la France, pour la réunification de l'Allemagne, c'est-à-dire pour la modification du statu quo. M. le président du Conseil n'ignore certainement pas la déclaration du chancelier Adenauer selon laquelle le gouvernement allemand ne saurait en aucun cas accepter un accord entérinant explicitement ou implicitement […] la division de l'Allemagne. Par conséquent, si la négociation de demain devait être abordée avec la condition sine qua non d'une libération de l'Allemagne orientale, les chances de réussite de la négociation s'en trouveraient quelque peu réduites pour ne pas dire davantage."

[119] Ibid., S. 44: „Nous considérons, et c'est la thèse officielle française, que le gouvernement de Bonn est le seul gouvernement allemand que nous reconnaissons. Nous n'avons pas dit par là qu'il a le droit de régenter la partie orientale, ce qui n'est pas vrai, ni qu'il resterait le maître si l'Allemagne venait à être réunifiée dans des conditions que nous approuverions, mais dont nous ne pouvons pas déduire les conséquences à l'égard de l'autorité, s'il en conservait, du gouvernement de Bonn."

kennung eines der beiden deutschen Teilstaaten bezeichnete er in diesem Zusammenhang als eine bewusste politische Entscheidung.[120]

## Von der Gipfelkonferenz in Genf zur zweiten Berlin-Krise

Mit den beiden großen internationalen Verhandlungen des Jahres 1955 in Genf, der Gipfelkonferenz im Sommer (18.–23. 7.) und der Außenministerkonferenz im Herbst (27. 10.–16. 11.), verlagerte sich der Schwerpunkt des Interesses von der Überwindung der Teilung Europas und Deutschlands hin zum Umgang mit dieser Teilung. Analog zu den Genfer Konferenzen wurde das Deutschland-Thema auch in den Debatten des Ausschusses dem Thema der Sicherheit in Europa untergeordnet. Die Normalisierung der Ost-West-Kontakte stand nun im Mittelpunkt; die Regelung der deutschen Frage wurde zu einem sekundären Problem.

Als Regierungschef hob Edgar Faure im Ausschuss die Vorreiterrolle Frankreichs in Genf hervor, wie sie von den Parlamentariern nur wenige Monate zuvor gefordert worden war, und bezeichnete sich selbst als Anhänger einer Entspannungspolitik, die über eine rein materielle Koexistenz hinausgehe.[121] Ein Dialog zwischen dem ehemaligen Außenminister Georges Bidault und dem französischen Verhandlungsführer in Genf Edgar Faure über die Frage, wie weit man im Bereich der Koexistenz gehen solle, offenbart einen Wandel in der außenpolitischen Konzeption Frankreichs. Während Bidault um eine Bestätigung bat, dass die französische Regierung nicht so weit gehen werde, die „régimes démocratiques" der Ostblockstaaten zu billigen, hielt Faure dagegen, dass derartige ideologische Einschränkungen von vornherein zu einem Scheitern der Verhandlungen führen würden. Offen zeigte sich Faure auch bei der Frage der Anerkennung Chinas, die er bereits zu diesem Zeitpunkt als notwendig erachtete.[122]

Der Grad an Offenheit war auch Thema einer Sitzung, in der Faure zur Gipfelkonferenz in Genf gehört wurde. Auf das in Genf verabschiedete Schlusskommu-

[120] AP, Sénat, 19 S 11: Protokoll der Sitzung vom 16. 7. 1957, S. 32: „M. Hamon dit que Bonn représente l'Allemagne. C'est la thèse de la France sur le plan politique, mais nous n'avons jamais dit que le gouvernement de Bonn engageait toute l'Allemagne, c'est-à-dire qu'il engageait, pour demain, l'Allemagne réunifiée. En réalité, nous avons voulu choisir entre les deux Allemagnes. Nous en avons reconnu une, mais pas l'autre. C'est un acte purement politique."

[121] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 12. 5. 1955, S. 76; ein halbes Jahr zuvor, am 30. 12. 1954, war im Ausschuss noch über einen Resolutionsvorschlag von Gaston Palewski und Georges Loustaunau-Lacau (Ind., Basses-Pyrenées) diskutiert worden, mit dem die französische Regierung aufgefordert werden sollte, diplomatische Verhandlungen mit den drei anderen Alliierten zugunsten von Entspannung in Europa aufzunehmen, cf. ANF, C 15593: Protokoll der Sitzung vom 30. 12. 1954, S. 6 f.

[122] ANF, C 15594: Protokoll der Sitzung vom 26. 5. 1955, S. 73 f., Georges Bidault: „Je souhaiterais pour mon compte, étant entendu qu'il vaut mieux coexister dans la vie que coexister dans la mort, que le gouvernement français voulût bien dire aussi cependant que la coexistence ne signifie à aucun moment et à aucun degré pour lui-même qu'en ce qui le concerne le régime démocratique institué dans un certain nombre de pays, qui le supportent faute de pouvoir faire autrement, n'est pas [sic] à ses yeux un élément fondamental de la coexistence, qu'il est à l'extrême rigueur, par amour de la paix, capable de le supporter, mais que, naturellement, il ne l'entérine pas."

niqué Bezug nehmend, erkundigte sich Maurice Schumann (MRP, Nord), ob die angemahnte Offenheit denn auch gegenüber einer Beteiligung der DDR an zukünftigen Verhandlungen über Deutschland gelte. Der Außenminister späterer Jahre sprach sich dafür aus, dass grundsätzlich jedes Mittel legitim sein sollte, um die internationale Entspannung zu befördern.[123]

Nach der Genfer Außenministerkonferenz wurde immer deutlicher, dass vorerst keine Veränderung der dort vertretenen Positionen zu erwarten war. Dennoch blieb die deutsche Einheit ein Thema in den Debatten des Ausschusses. So wunderte sich Jacques Bardoux wenige Wochen später, warum man auf freien Wahlen bestehe und nicht die unterschiedlichen Auffassungen von Demokratie akzeptieren könne. Ein neues Element in der Diskussion war jetzt das Problem einer von sowjetischer Seite geforderten internationalen Anerkennung der DDR. Auf die Frage von Pierre de Gaulle (RPF, Seine), ob denn eine Fortsetzung der Vierer-Konferenz geplant sei, antwortete Antoine Pinay, dass dies aufgrund der Anerkennungsproblematik vorerst nicht mehr möglich sei.[124]

Die Zeit zwischen den Genfer Konferenzen von 1955 und der 1958 beginnenden Berlin-Krise war geprägt von einer relativen Öffnung und dem Willen zur Koexistenz. So verwies Außenminister Christian Pineau in einer Anhörung auf den XX. Parteitag der KPdSU und sprach sich für eine Überwindung des Eisernen Vorhangs durch den Austausch von Personen und Ideen aus.[125] Hier wurde eine Vorstellung von Entspannung beschrieben, die sich zur selben Zeit auch bei den Gründungsmitgliedern der *Échanges franco-allemands* wie Henri Laugier wiederfindet.

In dieser Phase relativer Entspannung diskutierte der Ausschuss auf der Grundlage eines von Raymond Dronne (RPF, Sarthe) unterbreiteten Resolutionsvorschlages auch über die diplomatische Anerkennung Chinas. Dronne begründete dies mit dem französischen Interesse am Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen und sah sich darin unterstützt von breiten Kreisen der öffentlichen Meinung in Frankreich. Er forderte, von der Politik der chinesischen Regierung abzusehen, und verwies zum Vergleich auf die „normalen Beziehungen" zur UdSSR und den anderen Ostblockstaaten.[126] Christian Pineau bekräftigte demgegenüber die notwendige

[123] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 27. 7. 1955, S. 37: „Ce texte signifie-t-il bien que la participation de l'Allemagne de l'Est aux futures discussions sur l'Allemagne est envisagée, ou, au moins, n'est pas exclue? Je souligne qu'en ce qui me concerne tous les moyens d'accentuer la détente internationale sont valables. Je n'exclus pas moins [sic] cette procédure qu'aucune autre, a priori."

[124] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 24. 11. 1955.

[125] ANF, C 15749: Protokoll der Sitzung vom 22. 3. 1956, S. 4: „J'ai défendu une idée qui m'est très chère et qui est celle du nécessaire échange des idées et des personnes entre les nations. Je voudrais que la France fasse un effort considérable pour la suppression de ce que l'on appelle dans le monde le ‚rideau de fer' ou le ‚rideau de bambou', qui font que les hommes n'échangent pas leurs idées, que les personnes ne circulent pas librement d'un territoire à un autre. Je suis convaincu que les idées de liberté, de dignité de la personne humaine sont des idées qui peuvent avoir une grande influence quel que soit le pays où elles s'exercent, à condition qu'elles puissent s'exercer."

[126] ANF, C 15750: Protokoll der Sitzung vom 10. 7. 1957: „Certes une reconnaissance de la Chine populaire par la France soulève un certain nombre d'objections. Mais une telle reconnaissance n'impliquerait pas l'adhésion au principe du nouveau régime de la Chine. La France n'entretient-elle pas d'ailleurs des relations normales avec l'URSS et

Unterscheidung von Wirtschaft und Politik im Falle bilateraler Beziehungen, jedoch nur um zu zeigen, dass Handels- und Wirtschaftsbeziehungen grundsätzlich nicht an die Existenz politischer Beziehungen geknüpft sind. Gleichzeitig warnte er den Ausschuss eindringlich davor, sich für die Anerkennung Chinas durch die französische Regierung einzusetzen, da das Problem einer diplomatischen Anerkennung allein in den Bereich der Exekutive gehöre. Seine eigene Politik in dieser Frage beschrieb Pineau als pragmatisch und keiner prinzipiellen Position folgend; sie war vielmehr abhängig von den allgemeinen politischen Rahmenbedingungen. Dronne beharrte dennoch auf seiner Forderung nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit allen Staaten, unabhängig vom jeweiligen politischen Regime.[127] Im Ausschuss einigte man sich schließlich auf eine Verschiebung der Angelegenheit bis zum Beginn der nächsten Sitzungsperiode, wo sie jedoch von anderen Problemen verdrängt wurde.

Auch im Senat beriet der Auswärtige Ausschuss über einen entsprechenden Resolutionsvorschlag, mit dem die französische Regierung aufgefordert werden sollte, die Volksrepublik China anzuerkennen. Berichterstatter war hier der Gaullist und stetige Befürworter einer französisch-sowjetischen Annäherung, Léo Hamon (IOM, Seine).[128] Im Rahmen einer Anhörung, bei der es hauptsächlich um die Neuauflage einer Gipfelkonferenz ging, diskutierte der Ausschuss mit Pineau die Frage, eventuell eine Parlamentarierdelegation nach China zu entsenden. Um das Problem der Anerkennung Chinas zu verdeutlichen, zog Pineau eine Parallele zur Situation in Deutschland, wo ebenfalls nur die Anerkennung eines der beiden Staaten möglich sei.[129] Die Ausführungen von Pineau angesichts der auf parlamentarischer Ebene geforderten Anerkennung Chinas erlauben, weitere Parallelen zur Haltung der französischen Regierung gegenüber der DDR zu erkennen: In beiden Fällen wurden die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu dieser Zeit ausgebaut, ohne politisches Terrain zu betreten. Und auch im Fall der DDR gab es politische Rahmenbedingungen, die eine Anerkennung Ende der 1950er Jahre unmöglich machten, wozu an erster Stelle die europäische Integration der Bundesrepublik gezählt wurde.

Mit dem Übergang von der Vierten zur Fünften Republik verlor das Parlament erneut an Bedeutung in außenpolitischen Angelegenheiten; eine Tendenz, die sich seit dem Ende der Dritten Republik verstärkt hatte.[130] Die erste Sitzung des Aus-

les autres pays du bloc communiste? Dès lors il n'y a aucune raison à ce qu'elle n'adopte pas la même attitude en ce qui concerne la Chine."

127 Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 18. 7. 1957: „M. Dronne répète que la France a intérêt à nouer des relations diplomatiques avec tous les États quel que soit leur régime."

128 AP, Sénat, 19 S 12: Protokoll der Sitzung vom 5. 3. 1958.

129 Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 26. 3. 1958, S. 46: „Vis-à-vis de la Chine communiste, le problème n'est pas tellement celui de la reconnaissance ou de la non-reconnaissance. Le problème est subordonné aux conditions posées par la Chine communiste pour sa propre reconnaissance, car s'il s'agissait uniquement de la reconnaissance, nous pourrions trouver un certain accord international. Mais le problème se pose dans les mêmes termes que pour les deux Allemagnes. La Chine communiste ne peut pas admettre que l'on ait des relations diplomatiques à la fois avec elle et avec Formose, à l'exception de ceux qui, comme l'Angleterre, avaient dans le passé déjà reconnu les deux Chines."

130 Cf. Grosser, La 4e République et sa politique extérieure.

wärtigen Ausschusses der Nationalversammlung nach Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Charles de Gaulle war in erster Linie diesem Problem gewidmet. Und obwohl ein Antrag mit der Forderung verabschiedet wurde, den Ausschuss auch weiterhin durch den Minister persönlich über die französische Außenpolitik zu informieren, war es in den folgenden Monaten nur der neu gewählte Präsident des Ausschusses, Maurice Schumann, der diese Funktion nach persönlichen Gesprächen mit dem Außenminister übernahm.[131]

Bei der ersten Anhörung des neuen Ministers, Maurice Couve de Murville, im Februar 1959 stand auch Deutschland wieder im Mittelpunkt des Interesses, ausgelöst durch die sowjetische Note vom 27. November des Vorjahres. Couve de Murville warnte die Mitglieder des Ausschusses eindringlich, die Bedeutung der durch diese Note ausgelösten Krise nicht zu unterschätzen.[132] Sprach er im Kontext der heraufziehenden Berlin-Krise von der DDR, verwendete er regelmäßig die Bezeichnung „République orientale communiste", was sich wohl am ehesten mit dem Bedürfnis nach einer stärkeren Abgrenzung der DDR von der Bundesrepublik erklären lässt.[133] Man dürfe sich, so der Minister, keine Illusionen über eventuelle Gespräche mit der Sowjetunion machen und müsse ein Abkommen mit den bestmöglichen Konditionen erwirken. Was man jedoch in keinem Falle akzeptieren könne, sei eine Anerkennung der DDR. Sie widerspreche den französischen Sicherheitsinteressen.[134] Dem Abgeordneten Henri Caillemer (CNI, Vendée) ging diese Aussage jedoch nicht weit genug. Er forderte von Couve de Murville eine Versicherung, dass auch jede nur mögliche Form indirekter Anerkennung ausgeschlossen werde.[135] Hintergrund dafür war eine Diskussion über die Frage, ob freie Wahlen einer Wiedervereinigung vorausgehen oder folgen soll-

[131] ANF, C 15750: Protokoll der Sitzung vom 20. 6. 1958: „La commission des Affaires étrangères rappelle que l'une de ses traditions les plus constantes est d'entendre les exposés qui lui sont faits par le gouvernement sur les sujets de sa compétence. Elle rappelle également que c'est grâce à ces auditions et aux discussions qui les accompagnent que s'est toujours exercé le nécessaire contrôle des élus du peuple sur la politique internationale du pays. En l'état de ces faits, la commission regrette l'interdiction faite au ministre des Affaires étrangères de se présenter devant elle."

[132] ANF, 20060132/4: Protokoll der Sitzung vom 13. 2. 1959, S. 43: „[…] la crise de l'année dont je souhaite qu'aucun d'entre vous ne sous-estime l'importance et peut-être la gravité."

[133] Zum Beispiel: Ibid., S. 45.

[134] Ibid., S. 62: „Je puis vous dire que quoi que nous entreprenions, il est un certain nombre de choses qu'il ne faut pas faire. Il ne faut pas accepter ce qui serait contraire soit à nos principes, soit aux intérêts essentiels de notre sécurité. Je donne des exemples. Il serait contraire à nos principes de reconnaître la République démocratique allemande qui n'est pas un véritable gouvernement. Il serait contraire aux intérêts essentiels de notre sécurité d'accepter des dispositions qui créeraient une inégalité [womit u. a. Abrüstungsfragen gemeint waren – Ch. W.]."

[135] Ibid., S. 70: „Il n'est pas question pour nous […] de reconnaître l'Allemagne de l'Est, mais sans envisager une reconnaissance officielle et directe, je voudrais que vous nous donniez si possible toutes certitudes et tous apaisements sur le fait que sera exclue toute reconnaissance indirecte de l'Allemagne de l'Est." Cf. auch S. 104: „Je voulais dire simplement que je concevais mal comment il serait possible de renoncer au préalable des élections libres sans qu'il y ait une reconnaissance indirecte du gouvernement de l'Allemagne de l'Est."

ten. Robert Schuman bezeichnete die französische Position in diesem Punkt als zu stark vereinfachend und forderte im Gegensatz zu Caillemer mehr Flexibilität bei den Vorbedingungen. Couve de Murville stimmte dem Ansinnen von Schuman zu, während Caillemer ohne eine direkte Antwort blieb.

Im Frühjahr 1959 teilte Raymond Mondon (CNI, Moselle), regelmäßiger Berichterstatter des Ausschusses für die deutsche Frage, seinen Kollegen bei einer Sitzung seine Eindrücke von einer Reise nach Berlin mit. Er verglich die demokratische Entwicklung in den beiden Teilen Deutschlands und kam zu dem Schluss, dass West-Berlin unter keinen Umständen in die DDR integriert werden dürfe. An dieser Frage hingen, so Mondon, die europäische und die französische Sicherheit.[136] In der sich anschließenden Diskussion pflichtete Guy Jarrosson (CNI, Rhône) dem bei und sprach von einer verlogenen Atmosphäre in der DDR.[137] Jarrosson hatte die DDR im Rahmen einer Reise zur Leipziger Herbstmesse 1956 als Leiter einer von der DDR-Außenhandelskammer eingeladenen Delegation besucht.[138] Ein weiteres Thema war der Flüchtlingsstrom aus der DDR; was Robert Schuman (RPCD, Moselle) zu der Frage brachte, wie man den weiteren Verfall in Ostdeutschland aufhalten könne.

Die Frage, an welchem Punkt eigentlich die Anerkennung der DDR beginne, beschäftigte den Ausschuss erneut nach der Teilnahme der beiden deutschen Außenminister als Berater an der Vier-Mächte-Außenministerkonferenz in Genf (11. 5.–20. 6. und 13. 7.–5. 8. 1959). Der Ausschuss nutzte die Unterbrechung der Konferenz zu einer Anhörung des Ministers, Couve de Murville, der jedoch lediglich die weiterhin unveränderten Positionen darlegen konnte. Während die sowjetische Seite versuche, die DDR zu stabilisieren, verfolge man aufseiten der Westalliierten drei Prinzipien: die Nichtanerkennung der DDR sowie die Aufrechterhaltung der alliierten Präsenz in West-Berlin und des besonderen Status von West-Berlin. Während die Nichtanerkennung der DDR in den Augen der Parlamentarier ein klar definiertes Anliegen der französischen Außenpolitik darstellte, provozierte der Verdacht einer indirekten Anerkennung eine lebhafte Diskussion im Ausschuss. Georges Bidault (n.i., Loire) beschwerte sich über die Anwesenheit von Vertretern eines „Sklavenstaates" in Genf[139], Henri Caillemer erinnerte an die

[136] ANF, 20060132/4: Protokoll der Sitzung vom 6. 5. 1959, S. 5: „L'évolution démocratique en Allemagne occidentale n'est pas niable, alors que l'Allemagne orientale ne connaît qu'une parodie de démocratie. Il importe donc d'empêcher Berlin-Ouest d'être intégré à la République démocratique. De notre fermeté dépendent la sécurité européenne et notre avenir même."

[137] Ibid., S. 9: „Il a été notamment frappé par la place bien particulière des fonctionnaires du parti, qui vivent séparés d'avec la population. Il a pu, également, se rendre compte de l'atmosphère de mensonges dans laquelle celle-ci est amenée à vivre. [Il] se déclare cependant convaincu que dans ces populations malheureuses l'âme tôt ou tard prendra sa revanche."

[138] PA/AA, MfAA, A 17668, f. 007 ff.: Schreiben vom 20. 8. 1956.

[139] ANF, 20060132/4: Protokoll der Sitzung vom 2. 7. 1959, S. 32: „[…] il n'y a pas l'ombre d'un doute que nous nous trouvons en présence d'un État qui est un État serviteur et d'un État libre. Et il est contraire à tous les principes de la nation française et à tous les principes de la politique française depuis les origines de faire en sorte qu'on puisse reconnaître comme autre chose que comme des esclaves des Soviets ceux qui représentent la République de Pankow."

zu Beginn des Jahres geäußerten Bedenken[140] und Alain Peyrefitte (UNR, Seine-et-Marne) wollte wissen, wie man es verhindern könne, dass der im Ansatz vorhandene internationale Status der DDR festgeschrieben werde[141]. Couve de Murville berichtete daraufhin, dass die Situation auch für ihn äußerst unangenehm gewesen sei, insbesondere weil die französische Presse den Vertreter der DDR gleichberechtigt zitiert habe. Die Verantwortung für diese Situation gab er aber dem Bundestag, dessen Antrag die Westalliierten erst dazu veranlasst habe, der sowjetischen Regierung die Anwesenheit von Vertretern beider deutschen Teilstaaten vorzuschlagen.[142] In keinem Falle werde man jedoch – weder zum gegenwärtigen noch zu einem späteren Zeitpunkt – eine von außen gestützte Regierung ohne demokratische Legitimation anerkennen.[143] Um der ausführlichen Darstellung der sowjetischen Position in der französischen Presse zu begegnen, schlug Maurice Schumann vor, den 20. Jahrestag des deutsch-sowjetischen Paktes von 1939 entsprechend herauszustellen, damit die französische Öffentlichkeit in der Lage sei, die aktuellen sowjetischen Intentionen richtig einzuordnen. Dass die Furcht vor einem neuen Rapallo durchaus präsent war, verdeutlicht auch eine Bemerkung des Ministers während einer späteren Anhörung, wonach Deutschland an sich keine Gefahr mehr darstelle, sondern nur noch „in Verbindung mit Russland" zu fürchten sei.[144]

Im Auswärtigen Ausschuss des Senats äußerte Couve de Murville die Vermutung, dass die Sowjetunion gar nicht auf einer Anerkennung de jure bestehe, son-

[140] Ibid., S. 40: „La reconnaissance directe ou indirecte de la DDR domine toute la conférence. Nous nous étions permis d'attirer respectueusement sur ce point l'attention de M. le ministre des Affaires étrangères avant la conférence. Nous avons eu le sentiment que la diplomatie française a été amenée à prendre des positions ou à s'engager sur un terrain qu'elle voulait éviter. Nous désirerions maintenant avoir du moins l'assurance absolue qu'aucun nouveau pas ne sera fait dans une direction que pour ma part j'estime fort dangereuse."

[141] Ibid., S. 41: „[…] je souhaiterais savoir si le gouvernement français est prêt à admettre à nouveau des représentants de la DDR et par conséquent à aggraver le précédent. Comment fera-t-on alors pour éviter de consacrer définitivement l'embryon de statut international qui a été ainsi donné à la DDR?"

[142] Ibid., S. 45: „Un fait m'a frappé encore davantage et peiné: c'est le relief que la presse française a souvent donné aux déclarations de M. Polz, représentant à Genève de la soi-disant République démocratique allemande. Il n'est pas très agréable d'avoir vu les propos tenus par ce porte-parole généralement placés sur le même pied que ceux des ministres des Affaires étrangères représentant leur gouvernement. La commission a été frappée de la place qui a été faite non pas autour mais tout près de la table de la conférence aux délégués de la soi-disant République démocratique allemande. J'utilise cette expression parce que c'est celle que nous employions à Genève et qu'elle correspond assez à la réalité."

[143] Ibid., S. 46: „Je suis d'accord avec tous les commissaires pour reconnaître qu'un tel état de chose n'est pas agréable et par conséquent pas satisfaisant, mais je tiens à marquer en même temps que les Français aussi bien que les Britanniques et les Américains ont toujours pris sans aucune équivoque, en séance et hors de séance et à tout propos, l'attitude qu'il n'était pas question que ce fait change notre position à l'égard de la DDR; et qu'il n'était en particulier pas question ni dans le présent ni pour l'avenir que nous acceptions de reconnaître une autorité qui n'a aucun mandat des populations de l'Allemagne orientale mais qui est imposée de l'extérieur."

[144] ANF, 20060132/4: Protokoll der Sitzung vom 9. 9. 1959.

dern nur an einer gewissen Erhöhung des internationalen Ansehens der DDR interessiert sei.[145] Eugène Motte (UNR, Nord) forderte ihn bei dieser Gelegenheit auf, die Begegnungen mit Vertretern der DDR in Genf zu nutzen, um dem französischen Besitz in Ostdeutschland nachzugehen.[146] Dass Couve de Murville auf diese Frage nicht zu antworten vermochte, verdeutlicht, dass es sich dabei um ein für die französische Außenpolitik irrelevantes Thema handelte, der *Quai d'Orsay* davon ausging, dass es auf absehbare Zeit keinen kompetenten Ansprechpartner für diese Frage geben werde.

An gleicher Stelle betonte er zwei Wochen nach dem Mauerbau im August 1961, dass der Vorschlag eines Friedensvertrages nur eine List sei, weil es zwischen den westlichen Alliierten und der DDR nichts zu regeln gebe.[147] Um dies zu unterstreichen, bezeichnete er die Ulbricht-Regierung in diesem Zusammenhang bewusst als „les Russes".

Im Senat wurde die Deutschlandpolitik der französischen Regierung seit 1959 sehr viel kritischer bewertet als in der Nationalversammlung, was nicht zuletzt an der größeren institutionellen Distanz zwischen Regierung und Senat lag. So übte Raymond Guyot (PCF, Seine) scharfe Kritik an der „Akrobatik" der französischen Außenpolitik, um den Status quo aufrechtzuerhalten.[148] Auch die Frage von Marius Moutet (SFIO, Drôme), ob die Oder-Neiße-Grenze fünfzehn Jahre nach ihrer Festlegung noch als Argument für die Aufrechterhaltung des besonderen Status von West-Berlin geeignet sei, verdeutlicht die zunehmende Akzeptanz der durch den Kalten Krieg geschaffenen Situation.[149] Der Berichterstatter des außen- und verteidigungspolitischen Ausschusses des Senats für das Deutschlandproblem im Rahmen der Gipfelkonferenz 1960, Philippe d'Argenlieu (UNR, Sarthe), kritisierte seinerseits das Festhalten am Status quo und bezeichnete die Situation in Berlin als „gefährliches Paradox" und „permanentes Risiko".[150]

Die Zuspitzung der Situation infolge der gescheiterten Gipfelkonferenz im Mai 1960 in Paris weckte Erinnerungen an die erste Berlin-Krise. Couve de Murville befürchtete eine erneute Sperrung der Verbindungswege zwischen West-Berlin

[145] AP, Sénat, 48 S 1: Protokoll der Sitzung vom 2. 7. 1959.

[146] Ibid., S. 22: „Je voudrais vous voir prendre à Genève une position de demandeur. Que sont devenus en effet les biens français en Allemagne de l'Est qui ne devaient pas être nationalisés? Ces biens ont disparu. Ils n'ont été ni nationalisés, ni indemnisés, ni loués."

[147] AP, Sénat, 48 S 3: Protokoll der Sitzung vom 29. 8. 1961, S. 15 f.: „Je crois que nous pouvons dire que le traité de paix, en l'occurrence, est un artifice, car il n'y a rien à régler entre la République démocratique allemande et les Alliés. Les Russes ont créé cette République démocratique allemande en lui donnant sa souveraineté à la suite d'un échange de lettres entre M. Holst, ministre des Affaires étrangères de l'Allemagne orientale et M. Zorine."

[148] AP, Sénat, 48 S 1: Protokoll der Sitzung vom 15. 9. 1959, S. 31: „En ce qui concerne les rapports Est-Ouest, croyez-vous que la situation anachronique de Berlin, ou plutôt la situation paradoxale de l'Allemagne coupée en deux, puisse se prolonger longtemps, malgré les acrobaties que nous faisons pour maintenir le statu quo?"

[149] AP, Sénat, 48 S 2: Protokoll der Sitzung vom 5. 11. 1959, S. 14 f.

[150] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 4. 5. 1960, S. 4.

und der Bundesrepublik.[151] Trotz naheliegender Anspielungen auf die erste Berlin-Krise – nicht nur die politische Situation war eine andere, auch die Wahrnehmung Deutschlands im Auswärtigen Ausschuss der Nationalversammlung hatte sich gewandelt. Hatte infolge der ersten Berlin-Krise und zu Beginn der 1950er Jahre das „deutsche Problem" die Debatten des Auswärtigen Ausschusses dominiert, so war die „deutsche Frage" um 1960 zu einem Thema neben anderen geworden. Es waren auch nicht mehr die Mitglieder des Ausschusses, die darauf bestanden, dem Minister ihre Befürchtungen gegenüber Deutschland mitzuteilen, es war nun der Minister selbst, der die Parlamentarier auf den Ernst der Situation hinwies. So wurde entgegen dem üblichen Prozedere eine außerordentliche Sitzung des Ausschusses drei Tage vor dem Mauerbau in Berlin auf ausdrücklichen Wunsch von Couve de Murville einberufen. Aber selbst in dieser Sitzung wurde das Berlin-Problem nicht vorrangig behandelt. Symptomatisch für die allgemeine Verdrängung der Deutschland-Problematik durch die Dekolonisation in Nordafrika war, dass die militärische Auseinandersetzung um den französischen Stützpunkt im tunesischen Bizerte die Tagesordnung im Ausschuss beherrschte. Eine der wenigen Fragen zum Berlin-Komplex wurde von Edmond Borroco (UNR, Haut-Rhin) gestellt, der sich nach der Rückkehr von einer Deutschlandreise fragte, ob Frankreich das Problem der Wiedervereinigung nicht ernster nehmen würde als Deutschland selbst. Die Antwort von Couve de Murville, dass die französische Politik ausschließlich französische Interessen verfolge, das Engagement für Berlin mithin keinem Altruismus entspringe, erntete im Ausschuss allgemeine Zustimmung.[152] Das Motiv des „plus royaliste que le roi" tauchte in den Debatten der 1960er Jahre häufig im Zusammenhang mit der Haltung Frankreichs gegenüber der DDR auf, vor allem wenn es um die mit der Hallstein-Doktrin verbundenen bundesrepublikanischen Erwartungen an die französische Außenpolitik ging.

Die Sitzungen des Ausschusses zur Berlin-Krise verdeutlichen, dass die deutsche Teilung von der Mehrheit der Parlamentarier zu diesem Zeitpunkt weder kurz- noch mittelfristig als revidierbar angesehen wurde, was in der Folge die Wahrnehmung der DDR als separater zweiter deutscher Staat verstärkte. Ebenfalls von entscheidender Bedeutung für die Perzeption der DDR war der Bau der Mauer – durch die Betonung der Grenzen verschärfte sich die Wahrnehmung der DDR als eines abgeschlossenen politisch-geografischen Gebildes noch zusätzlich. Erst nach 1961 wurde die DDR allmählich zu einem eigenständigen Thema im Auswärtigen Ausschuss der Nationalversammlung.

[151] ANF, 20060132/4: Protokoll der Sitzung vom 25. 7. 1960, S. 6.

[152] ANF, 20060132/5: Protokoll der Sitzung vom 10. 8. 1961, S. 101: „Nous savons très bien ce que pense le gouvernement allemand, mais ce que je veux également dire, c'est que lorsque nous parlons de la crise de Berlin, des droits des Alliés, de la liberté des Berlinois, etc. nous ne le faisons pas par altruisme, mais pour des raisons qui sont proprement françaises." Auf die Ausführungen des Ministers folgt im Protokoll eine äußerst seltene Information über die Reaktionen der Ausschussmitglieder: „Voix diverses: ‚Très bien! Très bien!'"

## Vom Mauerbau zu den Auseinandersetzungen der 1960er Jahre

In der ersten Anhörung Couve de Murvilles nach dem Mauerbau im Oktober 1961[153] wurden die Auswirkungen dieses Geschehens nur beiläufig vom Minister erwähnt; weit mehr Bedeutung erhielten die französisch-tunesischen Beziehungen, die Folgen des Staatsstreiches in Syrien und die Verhandlungen zwischen der EWG und Großbritannien; auch gab es kaum Fragen zum Berlin-Problem. Couve de Murville skizzierte den Zusammenhang zwischen Mauerbau und bundesdeutschen Wahlen und wunderte sich über das Ausbleiben von Reaktionen in Ostdeutschland, die mit denen im Juni 1953 vergleichbar gewesen wären. Um einer Anerkennung der DDR auch weiterhin aus dem Weg gehen zu können, sah er es als notwendig an, Berlin künftig als ein eigenständiges Problem zu behandeln.[154] Während das Interesse der Parlamentarier an Berlin und der deutschen Frage in den folgenden Monaten zu schwinden schien, insistierte Couve de Murville regelmäßig auf der weltpolitischen Bedeutung des Berlin-Problems.[155]

Infolge der im Mai 1962 in Athen abgehaltenen NATO-Ministerratssitzung gelangte die Berlin-Problematik erneut auf die Tagesordnung des Ausschusses. In Athen hatte man sich mit dem Zugang zu West-Berlin und der Organisation von Koexistenz zwischen NATO und Warschauer Pakt beschäftigt.[156] Und in beiden Fällen war das zentrale Problem die Anerkennung der DDR, genau die galt es aber aus französischer Sicht ebenso wie eine Neutralisierung Deutschlands zu verhindern.[157] Der vom amerikanischen Außenminister Dean Rusk befürwortete Modus vivendi wurde von Couve de Murville scharf kritisiert; sicherlich nicht zuletzt deshalb, weil sich der Dialog zwischen Ost und West zunehmend auf zwei Partner beschränkte. Jacques Douzans (ED, Haute-Garonne) wollte daraufhin wissen, ob die Festschreibung der deutschen Teilung durch die Gespräche zwischen Moskau und Washington auch eine Veränderung der französischen Haltung zur Wiedervereinigung nach sich ziehe. Für den französischen Außenminister gab es keinen Grund, die französische Position in dieser Frage zu modifizieren, die Teilung bleibe aus französischer Sicht unnatürlich. Unabhängig von der eindeutigen Position des Ministers formierte sich die DDR in der Wahrnehmung der Parlamentarier

[153] Eine im August für September angekündigte Anhörung zusammen mit dem Verteidigungsausschuss der Nationalversammlung ist nicht dokumentiert und hat vermutlich auch nicht stattgefunden.

[154] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 5. 10. 1961, S. 31 f.

[155] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 28. 3. 1962, S. 81: „[…] c'est là vraiment que se joue actuellement, comme toujours dans le passé, la paix ou la guerre."

[156] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 10. 5. 1962, S. 4: „Ces deux questions posaient celle de la reconnaissance directe ou indirecte de la République démocratique allemande puisque, pour ce qui concerne l'autorité internationale, les Américains proposaient de mettre les deux Allemagnes dans cette autorité et que d'autre part le pacte de non-agression entre les deux organisations de l'Est et de l'Ouest implicitement aussi reconnaissait l'Allemagne communiste, puisqu'elle fait partie du pacte de Varsovie."

[157] Ibid., S. 8: „Ce sont les problèmes fondamentaux qui nous préoccupent dans la mesure où la base de notre politique extérieure est de garder l'Allemagne occidentale du côté de l'Ouest, et particulièrement en association étroite avec la France."

zunehmend als eigenständiger Staat. Im „Bulletin des commissions", einer Zusammenfassung von allen Sitzungen sämtlicher Fachausschüsse der Nationalversammlung, war diese Sitzung – keine neun Monate nach dem Mauerbau – die erste, anlässlich derer die DDR namentlich auch in der Zusammenfassung erwähnt wurde.[158]

Der im Januar 1963 unterzeichnete Élysée-Vertrag[159], insbesondere die vom Bundestag hinzugefügte Präambel, rief in beiden Auswärtigen Ausschüssen viel Kritik hervor. So äußerte beispielsweise André Monteil (RPCD, Finistère), einer der wenigen EVG-Gegner vom MRP, im Senat sein großes Unbehagen gegenüber einem Vertrag, gegen den man nicht stimmen könne, der aber gleichzeitig als Vertrag keinerlei Wert mehr habe, weil beide Parteien etwas anderes damit verbänden.[160] Die Intensivierung der Beziehungen Frankreichs mit der Bundesrepublik war zudem Anlass einer erneuten Auseinandersetzung mit der Oder-Neiße-Grenze.[161]

Zwei Monate nach der Billigung des Élysée-Vertrages durch die französische Nationalversammlung und nur zehn Tage nach der Paraphierung des Vertrages über das Verbot von Atomwaffentests durch die USA, Großbritannien und die Sowjetunion waren die in Moskau geführten Verhandlungen auch Thema einer Anhörung des Außenministers durch den Ausschuss der Nationalversammlung. Couve de Murville konstatierte zu Beginn, dass sich die Welt in einer großen Veränderung befinde, die deutsche Frage jedoch unverändert im Mittelpunkt stehe. Jules Moch (SFIO, Hérault), der in diesem Punkt mit dem Minister übereinstimmte, erkundigte sich deshalb, ob denn der Frieden aller Völker weiterhin zugunsten [sic] eines einzigen Volkes verhandelbar sei.[162] Unterstützt wurde Moch von Léon Feix (PCF, Yvelines), der in Bezug auf die Gespräche in Moskau von der französischen Regierung forderte, ihre Haltung der Situation anzupassen.[163]

[158] Bulletin des commissions, 1962.

[159] Zum Élysée-Vertrag cf. Baumann, Begegnung der Völker?; sowie Defrance/Pfeil (Hrsg.), Der Élysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen.

[160] AP, Sénat, 48 S 5: Protokoll der Sitzung 18. 6. 1963, S. 5: „Je me sens très gêné pour prendre position: voter contre le traité, c'est risquer de mécontenter l'opinion allemande, mais ce qui est pire que de ne pas être d'accord c'est de faire croire à un accord sur des mots qui n'ont pas la même acception chez chaque partenaire. Si on n'est pas d'accord au fond, pourquoi cette solennité et toute cette propagande?"

[161] Entsprechende Fragen wurden von François Billoux (PCF, Bouches-du-Rhône) und Jules Moch (SFIO, Hérault) gestellt; cf. ANF, 20060133/3: Protokoll der Sitzung vom 10. 1. 1963.

[162] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 25. 7. 1963, S. 25: „[…] s'il était démontré un jour qu'il y a, d'un côté, l'intérêt de la paix, bien commun de tous les peuples, et de l'autre l'intérêt d'un seul peuple, sacrifierions-nous les chances de la paix au maintien du statu quo en faveur de ce peuple ou accepterions-nous de négocier une modification de statu quo acceptable par lui pour assurer cette paix? C'est la question fondamentale que pose le problème allemand." Couve de Murville bezeichnete diese Anmerkung als eine gefährliche Hypothese.

[163] Ibid., S. 26 f.: „Nous pensons qu'il est impossible que le gouvernement s'en tienne à une position absolument figée qui a été la sienne depuis 1958, position qui demande maintenant à être révisée, parce que cette situation, de l'avis même de M. le ministre, n'est plus la même. […] Nous estimons que l'intérêt de la France n'est pas dans le maintien d'une prétendue position de prestige qui n'en est pas [une] en réalité. L'intérêt de la France ne réside pas dans la poursuite d'une abstention qui lui est préjudiciable."

Eine für September 1963 geplante Versammlung von ehemaligen SS-Mitgliedern in Hameln brachte das Deutschlandthema im Laufe derselben Sitzung erneut auf die Tagesordnung. Die von Théo Vial-Massat (PCF, Loire) formulierte Kritik an der Haltung der westdeutschen Regierung in dieser Angelegenheit wies Couve de Murville zurück und nutzte die Gelegenheit zu einem Vergleich zwischen den beiden deutschen Staaten, um anhand von geleisteten Entschädigungszahlungen die Überlegenheit der westdeutschen Vergangenheitspolitik herauszustellen. Vial-Massat, selbst ehemaliger Macquisard, entgegnete dem Minister, dass für ehemalige Deportierte und Internierte moralische Aspekte von weit größerer Bedeutung seien, und forderte die französische Regierung zu entsprechenden Schritten gegenüber der bundesdeutschen Regierung auf.[164] Unterstützt wurde er bei seinem Protest durch den ehemaligen Deportierten Edmond Borocco (UNR, Haut-Rhin). Ohne dass Vial-Massat und Borocco tatsächlich über die Vergangenheitspolitik der DDR sprachen, entstand in dieser Situation auf der von ihnen gezeichneten bundesdeutschen Negativfolie ein mehr oder weniger positives Bild von der DDR. Dass sich Borocco dieses Mechanismus bewusst war, wurde ein Jahr später deutlich, als er Couve de Murville aufforderte, etwas gegen die in der Bundesrepublik geplante Amnestie für ehemalige Nationalsozialisten und Kriegsverbrecher zu unternehmen, damit dies nicht zugunsten des offiziellen DDR-Bildes instrumentalisiert werden könne.[165]

Ein Jahr nach der Ratifizierung des Élysée-Vertrages war die DDR im Juni 1964 zum ersten Mal Hauptthema einer Arbeitssitzung des Auswärtigen Ausschusses der Nationalversammlung. Anlass bot ein Bericht von Aymard Achille-Fould über seine Reise mit einer von Jacqueline Thome-Patenôtre angeführten Parlamentarierdelegation in die DDR. Zwischen der ersten Berlin-Krise und den frühen 1960er Jahren wurde in den deutschlandpolitischen Debatten der beiden Auswärtigen Ausschüsse zwar nur selten direkt über die DDR gesprochen. Dennoch war der zweite deutsche Staat als Problem im Hintergrund und als Argument ständig präsent. Gleichzeitig blieb die DDR für die französischen Parlamentarier – bis in die 1970er Jahre – eine „terra incognita", die es nun zu erkunden galt.

[164] Ibid., S. 84: „Je désire répondre à M. le ministre qu'en ce qui concerne l'indemnisation des victimes du nazisme par la RDA encore faudrait-il que celle-ci fût reconnue par le gouvernement français pour que des contacts puissent être pris régulièrement à cet effet. Mais j'ajoute que si les anciens déportés et internés sont attachés aux questions matérielles, ils sont surtout sensibles à l'aspect moral de la question. Ils n'oublient pas, en effet, pourquoi leurs camarades sont morts et je n'en veux pour témoignage que la protestation unanime de toutes les organisations d'anciens déportés et de résistants contre le scandale que constitue l'organisation du rassemblement prévu à Hameln les 21 et 22 septembre prochains."

[165] ANF, 20060133/4: Protokoll der Sitzung vom 18. 12. 1964: „[…] l'opinion allemande ne le [die Amnestie – Ch. W.] veut pas, elle ne le veut pas surtout vis-à-vis de l'Allemagne orientale qui laisse entendre que l'autre partie est bourrée de nazis, alors que nous savons pertinemment qu'il y en a dans l'Allemagne de l'Est – nous avons les listes, les photographies de ceux qui ont été kapos dans les camps et qui ont été réhabilités, qui siègent comme députés."

## 2. „Parlamentarischer Tourismus“: die Reisen französischer Parlamentarier in die DDR im Zeichen französischer Entspannungspolitik

Als herausragender Nutzen der Gipfelkonferenz im Jahr 1955 in Genf war von Edgar Faure und Antoine Pinay wiederholt das Knüpfen von Kontakten betont worden. Dementsprechend wurden bereits 1955 auch die Reisen von Parlamentariern als probates Mittel internationaler Entspannung angesehen und eingefordert.[166]

Keine zwei Jahre nach Gründung der *Échanges franco-allemands* waren deren Aktivitäten im Bereich der Vermittlung von Kontakten zwischen französischen und ostdeutschen Parlamentariern im Frühjahr 1960 Thema im Auswärtigen Ausschuss der Nationalversammlung. Maurice Couve de Murville warnte eindringlich vor den Bemühungen der DDR, auf diesem Wege in Kontakt mit französischen Parlamentariern zu treten. Zudem riet er ebenso dringend davon ab, Einladungen für Reisen in die DDR anzunehmen, in der Annahme, dass dies – etwa in der Bundesrepublik – zu Missverständnissen bezüglich der offiziellen Haltung Frankreichs führen könne.[167] Auslöser für diese Bemerkungen des Ministers war die Kritik von René Ribière (UNR, Seine-et-Oise) an einer Van-Gogh-Ausstellung im *Musée Jacquemart-André*, bei der ein aus der Dresdner Gemäldegalerie entliehenes Bild mit der Unterschrift „tableau prêté à la République démocratique allemande“ gezeigt worden war.[168]

### Die erste Reisewelle 1959/60

Seit 1950 konstatierte das französische Außenministerium, dass kommunistische Politiker und Gewerkschafter aus Frankreich in wachsender Zahl nach Ost-Berlin

166 Auf die Bemerkung von Ernest Pezet (MRP, Français résidant à l'étranger): „Je sais qu'il faut multiplier les contacts entre l'Est et l'Ouest et j'en suis partisan. Je souhaiterais des échanges d'ouvriers, d'hommes des professions libérales“, antwortete Edgar Faure: „Nous commençons déjà avec des parlementaires!“ In: AP, Sénat, 19 S 10: Protokoll der Sitzung vom 4. 8. 1955 (2e séance), S. 24.

167 ANF, 20060132/4: Protokoll der Sitzung vom 18. 2. 1960, S. 61 f.: „En réalité, la RDA fait un effort pour s'introduire en France, en particulier au Parlement. Il existe à Paris une association qui semble avoir, non pas une physionomie gouvernementale, mais un caractère privé; je ne sais pas quel est son nom, mais cette association multiplie les démarches et les invitations, en particulier auprès des parlementaires. […] À ce propos, je vous mets en garde contre ces invitations. Je crois qu'il est mauvais que des parlementaires, officiellement, en tant que parlementaires, aillent dans ce pays avec lequel nous n'avons pas de relations diplomatiques et que nous n'avons pas le désir de reconnaître, car cela peut prêter à confusion sur la position de la France.“

168 Während Ribière von mehreren Bildern sprach, handelte es sich tatsächlich nur um ein einziges Gemälde (Stillleben mit Birnen, 1888) von insgesamt 70, darunter einige aus der Bundesrepublik. Im Gegensatz zu seinen westdeutschen Kollegen war der Leiter der Dresdner Gemäldegalerie nicht Mitglied des Comité d'honneur der Ausstellung, cf. Tralbaut (Hrsg.), Vincent van Gogh 1853–1890.

gereist waren, um die SED zu unterstützen.[169] Auf die DDR-Reisen kommunistischer Parlamentarier im Rahmen von Delegationen des PCF soll hier jedoch nicht näher eingegangen werden.

Reiseprojekte und Reisen von nicht kommunistischen Parlamentariern sind erst für die zweite Hälfte der 1950er Jahre belegt. Besonders auffällig ist dabei der hohe Anteil radikalsozialistischer Politiker. Kein Geringerer als der Präsident der radikalsozialistischen Partei, der Bürgermeister von Lyon, Édouard Herriot, war der erste bedeutende nicht kommunistische französische Politiker, der 1957 eine Reise in die DDR plante.[170] Zwei Vertreter des Stadtrates von Lyon hatten 1955 an einer „Pilgerfahrt“ nach Buchenwald teilgenommen und waren dabei vom Oberbürgermeister der Stadt Weimar empfangen worden. Sie hatten Herriot nach ihrer Rückkehr gebeten, den ostdeutschen Bürgermeister einzuladen. Nachdem dieser daraufhin geplant hatte, die Messe in Lyon zu besuchen – eine Reise, die offensichtlich nie zustande kam –, wurde Herriot schließlich selbst in die DDR eingeladen. Er nahm die Einladung zunächst an, weil er in diesem Besuch eine Möglichkeit der Annäherung zwischen den Völkern sah.[171] Da einige Mitglieder des Stadtrates von Lyon jedoch befürchteten, diese Reise könne wegen der Nichtanerkennung der DDR durch Frankreich einen diplomatischen Zwischenfall verursachen, bat Herriot den Minister um eine Stellungnahme. Für Herriot selbst stellte die Reise einen Höflichkeitsbesuch dar. Er fürchtete, dem Ansehen der Stadt Lyon und dem Ansehen Frankreichs Schaden zuzufügen, würde er die Reise ohne schwerwiegende Motive absagen.[172] Das Ministerium trug drei Gründe für eine Ablehnung vor: die Nichtanerkennung und das Fehlen diplomatischer Beziehungen, die politische Inanspruchnahme dieser Reise durch die DDR aufgrund des Ranges seiner Person in Frankreich und schließlich die feindliche Haltung der DDR-Führung gegenüber der französischen Politik im Nahen und Mittleren Osten – die Suez-Krise lag nur wenige Monate zurück und die Beziehungen zwischen der DDR-Führung und der kommunistischen Partei Algeriens waren nicht weniger problematisch.[173]

[169] AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne de l’Est, 685, f. 012: Telegramm aus Berlin, Ganeval, vom 12. 8. 1950; darunter Jacques Duclos, François Billoux, Benoît Frachon, André Le Leap, Livio Mascarello, Louis Saillant, le colonel Henri Manhès etc.

[170] Als Präsident der französischen Nationalversammlung hatte Herriot im Dezember 1953 ein Schreiben des Volkskammerpräsidenten Johannes Dieckmann erhalten. Geantwortet hatte darauf einen Monat später sein Amtsnachfolger André Le Troquer, cf. ibid., f. 129: Schreiben der franz. Botschaft, Berard, vom 8. 12. 1953 an das MAE, Kabinett, und ibid., f. 154: Telegramm aus Berlin, de Margerie, vom 21. 1. 1954.

[171] AMAE, Cabinet, Pineau, 50: Schreiben von Édouard Herriot vom 11. 1. 1957 an das MAE: „C’est très volontiers que je lui [Oberbürgermeister Wiedemann, Weimar – Ch. W.] avais donné mon accord à ce sujet, car je considère que ces visites de courtoisie, en permettant de se mieux connaître, contribuent d’une manière certaine au rapprochement entre les peuples quelle que soit d’ailleurs leur idéologie.“

[172] Ibid.: „Je ne pense pas que cette visite puisse créer un incident diplomatique, et que les craintes de certains conseillers municipaux lyonnais soient justifiées. Je pense au contraire qu’une rétraction sans motifs très graves, alors que j’avais donné mon accord personnel, produirait un effet déplorable vis-à-vis de la ville de Lyon et de notre pays.“

[173] AMAE, Cabinet, Pineau, 50: Schreiben von Christian Pineau vom 4. 2. 1957 an Édouard Herriot: „Je ne méconnais pas l’intérêt de certains échanges culturels, économiques, techniques entre notre pays et les démocraties populaires. Les circonstances présentes

Ebenfalls nicht realisiert wurde die für 1957 geplante Reise von Édouard Ramonet, Radikalsozialist und Präsident des wirtschaftspolitischen Ausschusses der Nationalversammlung. Ramonet hatte wie auch Herriot die Absicht, zur Leipziger Messe zu reisen. Die Europa-Abteilung des Außenministeriums machte auf die mit einer solchen Reise verbundenen Probleme aufmerksam und schlug dem Kabinett vor, Ramonet entsprechend zu orientieren.[174] Im folgenden Jahr wurde das Kabinett des Ministers von ähnlichen Reiseabsichten Jean Massons unterrichtet, des ehemaligen radikalsozialistischen Ministers für Kriegsveteranen und -opfer der Regierung Mendès-France.[175]

Der erste radikalsozialistische Politiker, der die DDR im April 1959 tatsächlich bereiste, war – soweit aus den Quellen ersichtlich[176] – Pierre Souquès, ehemaliger Mitarbeiter von Édouard Herriot und von 1951 bis Dezember 1958 Abgeordneter in der Nationalversammlung. Zusammen mit dem radikalsozialistisch geprägten Journalisten Jean-Pierre Prouteau wurde er bei dieser Gelegenheit durch den Volkskammerpräsidenten Johannes Dieckmann empfangen.[177] Ein weiterer illustrer DDR-Besucher aus Frankreich im Frühjahr 1959 war Jean Pierre-Bloch, Abgeordneter der SFIO vor und nach dem Krieg, Jude, seit November 1943 an der Organisation des Widerstandes in Algier beteiligt sowie zwischen 1963 und 1970 Mitglied im EFA-Präsidium.[178]

1959 reisten auch die ersten nicht kommunistischen Parlamentariergruppen in die DDR. Dabei handelte es sich zunächst ausschließlich um Senatoren, von denen ein erheblicher Anteil dem radikalsozialistischen Umfeld zuzurechnen ist.

doivent, toutefois, nous inciter à éviter soigneusement toute manifestation qui pourrait être utilisée à des fins politiques par les dirigeants communistes. Votre prestige moral et politique est trop grand, Monsieur le président, pour que votre voyage à Weimar revête le caractère d'une simple visite de courtoisie." Cf. auch die dazu angefertigte Note der Europa-Abteilung: AMAE, RDA 1956–1960, 33, f. 003ff.: Note der DEU, Jürgensen, vom 30. 1. 1957 an das Kabinett des Ministers; neben kleineren Korrekturen wurde im Schreiben des Ministers vor allem auf einen Passus über den geplanten Besuch Herriots auf der Leipziger Messe und die damit verbundenen Probleme verzichtet. Cf. dazu auch Taubert, La guerre d'Algérie et la République démocratique allemande.

174 AMAE, Cabinet, Couve de Murville, 359: Note der DEU vom 2. 3. 1957 an das Kabinett des Ministers: „Il y aurait intérêt à examiner la possibilité d'appeler l'attention de M. Ramonet sur cet aspect de son éventuel voyage. Sans doute pourrait-il être indiqué au président de la commission des Affaires économiques de l'Assemblée nationale et à ses éventuels compagnons de voyage que le département serait à leur disposition s'ils désiraient obtenir des indications sur la conduite à tenir vis-à-vis de la DDR." Cf. auch PA/AA, MfAA, A 17668.

175 AMAE, RDA 1956–1960, 33, f. 015f.: Note der DEU, Jürgensen, vom 21. 2. 1958 an das Kabinett des Ministers.

176 Nach unbestätigten Informationen der französischen Botschaft in Bonn hielten sich bereits im Sommer 1954 fünf Personen aus dem Umfeld von Édouard Daladier in Ost-Berlin auf; cf. AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne de l'Est, 685, f. 174: Schreiben der franz. Botschaft in Bonn, François-Poncet, vom 27. 8. 1954 an das MAE; es gibt jedoch keinerlei Anhaltspunkte für eine derartige Reise.

177 AMAE, RDA 1956–1960, 33, f. 034: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 24. 4. 1959.

178 Ibid., f. 050: Schreiben des franz. Botschafters in Berlin, Dennery, vom 6. 10. 1959 an das MAE; Dennery berief sich auf den Berlin-Korrespondenten der Neuen Zürcher Zeitung.

Es fällt zudem auf, dass unabhängig von Größe und Zusammensetzung der Delegationen bis 1962 immer genau ein Kommunist mitreiste.[179] Im September 1959 befanden sich fast zeitgleich zwei Delegationen auf Einladung der interparlamentarischen Gruppe der Volkskammer in der DDR.[180] Vor allem die um André Maroselli und Marcel Pellenc weckte das Interesse und die Besorgnis des französischen Außenministeriums.[181] Maroselli war während der Vierten Republik mehrfach Minister und Staatssekretär sowie zeitweilig Vizepräsident der radikalsozialistischen Partei gewesen. Der mit ihm eng verbundene Pellenc war zum Zeitpunkt der Reise Hauptberichterstatter („rapporteur général“) des Finanzausschusses im Senat. Unter den Mitreisenden befand sich auch Jean Péridier, der in den 1970er Jahren als Präsident des *Groupe d'amitié France-RDA* im Senat beim Ausbau der parlamentarischen Beziehungen zur DDR noch eine wichtige Rolle spielen sollte. Eine weitere Gruppe von Senatoren reiste im November 1959 in die DDR; unter ihnen Auguste Pinton, ehemals Stellvertreter von Herriot in seiner Funktion als Bürgermeister der Stadt Lyon.[182]

Für fast alle 1959 in die DDR reisenden Senatoren hatte André Armengaud (RI, Français hors de France) bereits im Juni desselben Jahres eine Einladung von offizieller Seite erhalten. Armengaud, Spezialist für die staatliche Industrie in Frankreich und Verfechter einer staatlich gelenkten Wirtschaft, der sich aus diesem Grund auch für die ostdeutsche Industrie und Wirtschaftspolitik interessierte, hatte daraufhin Kontakt mit dem *Quai d'Orsay* aufgenommen, um zu erfahren, unter welchen Bedingungen eine solche Reise stattfinden könne.[183] Eine erneute Einladung nur einen Monat später lehnte Armengaud – der 1966 Mitglied im Nationalkomitee der EFA werden sollte – mit dem Hinweis auf seine Verpflichtungen ab und übertrug die Angelegenheit seinem Kollegen Marius Moutet (SFIO, Drôme),

[179] In der Reihenfolge ihrer Teilnahme an französischen Parlamentarierdelegationen: Adolphe Dutoit, Camille Vallin, Renée Dervaux, Jean Bardol, Léon David, Robert Ballanger, Paul Cermolacce und Fernand Grenier.

[180] Teilnehmer der ersten Gruppe: Auguste Billièmaz (GD, Ain), Jean-Baptiste Dufeu (GD, Isère), Joseph Brayard (GD, Ain) und Adolphe Dutoit (PCF, Nord), cf. ibid., f. 044: Telegramm aus Berlin, Guenyveau, vom 12. 9. 1959; Teilnehmer der zweiten Gruppe: Maurice Vérillon (SFIO, Drôme), Marcel Boulangé (SFIO, Pas-de-Calais), Jean Péridier (SFIO, Hérault), Charles Naveau (SFIO, Nord), André Maroselli (rad.-soc., Haute-Saône), Marcel Pellenc (GD, Vaucluse) und Camille Vallin (PCF, Rhône), cf. ibid., f. 047: Schreiben des GMFB, de Chalvron, vom 29. 9. 1959 an das MAE; cf. auch SAPMO, DY 30/IV A 2/20/236.

[181] AMAE, RDA 1956–1960, 33, f. 048: Note der DEU vom 1. 10. 1959 an das Kabinett des Ministers: „Sans doute le Parlement est-il libre d'organiser ses propres déplacements. Cependant, de pareilles visites paraissent peu opportunes, particulièrement au moment où nous faisons des efforts pour empêcher le développement par la Grande-Bretagne d'une politique systématique de contacts officiels avec la DDR.“

[182] Teilnehmer: Auguste Pinton (GD, Rhône), Paul Chevallier (GD, Savoie), Jean-Louis Fournier (SFIO, Landes) und Renée Dervaux (PCF, Seine), cf. ibid., f. 059 f.: Schreiben der franz. Botschaft in Bonn, Seydoux, vom 26. 11. 1959 an das MAE.

[183] AMAE, Cabinet, Couve de Murville, 357: Brief von André Armengaud vom 19. 6. 1959 an Maurice Couve de Murville: „Ce voyage est peut-être intéressant, surtout lorsque l'on connaît fort bien l'industrie d'Allemagne occidentale. Je serais donc heureux de me mettre en rapport avec vous sur les conditions dans lesquelles vous estimeriez opportun que ce voyage se fît.“ Im Original wurde „extrêmement“ durch „peut-être“ ersetzt.

einem Mitglied des Auswärtigen Ausschusses.[184] Welchen Einfluss die ablehnende Haltung des Ministeriums auf seine Entscheidung hatte, ist unklar. Auch Moutet trat diese Reise genauso wenig an wie andere, ebenfalls eingeladene Senatoren: darunter Vincent Rotinat (GD, Isère), der Präsident des außen- und verteidigungspolitischen Ausschusses, Philippe d'Argenlieu (UNR, Sarthe), der Berichterstatter für die deutsche Frage im selben Ausschuss und François Mitterrand (GD, Nièvre).

Im Frühjahr 1960 setzte sich die Serie von in die DDR reisenden Senatorengruppen fort. Davon unterrichtet, bat Maurice Couve de Murville den Präsidenten des Senats, die Mitglieder seines Hauses über die Nachteile solcher Reisen zu informieren.[185] Dessen ungeachtet trat im Februar eine größere Delegation um den radikalsozialistischen Bildungsminister der Regierung Pflimlin, Jacques Bordeneuve, ihre Reise an.[186] Bordeneuve, der wie Pinton und Maroselli auch der Regierung von Guy Mollet angehört hatte, suchte bei dieser Gelegenheit unter anderem Kontakt zum Atomphysiker Manfred von Ardenne. Der politische Berater des GMFB, Bernard de Chalvron, betonte in seinem Schreiben an das Ministerium über den Aufenthalt dieser Gruppe, dass die französischen Parlamentarier sich wesentlich vorsichtiger geäußert hätten als ihre britischen oder italienischen Kollegen. Daneben reisten zwei Mitglieder des wirtschaftspolitischen Ausschusses auf Einladung der Kammer für Außenhandel[187] und einen Monat später der Präsident des Ausschusses für Agrarpolitik im Senat, Étienne Restat, in die DDR.[188] Restat war ebenfalls Radikalsozialist und sollte 1970 Gründungspräsident der Freundschaftsgesellschaft *France-RDA* im Senat werden.

[184] Ibid., 362: Brief von André Armengaud vom 11. 8. 1959 an die Interparlamentarische Gruppe der Volkskammer, Rühle, und Brief von André Armengaud vom 11. 8. 1959 an Marius Moutet: „A priori, en raison des diverses rencontres de septembre, une visite ‚en force' de la RDA n'est peut-être pas opportune, quoi que nous pensions les uns et les autres de l'unification ou de la non-unification allemande. Le Quai d'Orsay, qui m'avait reçu lors de la première invitation du professeur Rühle, pensait qu'il fallait attendre un peu avant de faire la visite et qu'il valait mieux la faire en groupe réduit."

[185] Ibid., 357: Brief von Maurice Couve de Murville vom 29. 1. 1960 an Gaston Monnerville: „Cette nouvelle initiative des autorités de Pankow fait suite à d'autres du même genre, prises durant l'année 1959. Chaque fois que j'ai été informé de telles invitations par ceux qui en étaient l'objet, j'ai fait connaître aux intéressés les raisons pour lesquelles il m'apparaissait peu opportun d'y donner suite. Il convient, en effet, d'éviter, dans toute la mesure du possible, de fournir, par la venue en RDA de personnalités françaises, et notamment de parlementaires, des arguments de propagande à un gouvernement que la France ne reconnaît pas, et des motifs légitimes de préoccupation aux autorités de l'Allemagne fédérale. Je vous serais très reconnaissant de tout ce que vous croirez pouvoir faire pour que l'attention des sénateurs soit appelée sur ces inconvénients."

[186] Teilnehmer: Jacques Bordeneuve (GD, Lot-et-Garonne), Roger Carcassonne (SFIO, Bouches-du-Rhône), Jean Errecart (RPCD, Basses-Pyrenées), Jean Bardol (PCF, Pas-de-Calais), Fernand Verdeille (SFIO, Tarn), Octave Bajeux (RPCD, Nord) und Abel Sempé (RDE, Gers), cf. AMAE, RDA 1956–1960, 33, f. 078 ff.: Schreiben des GMFB, de Chalvron, vom 7. 3. 1960 an das MAE.

[187] Henri Claireaux (rép. pop., Saint-Pierre-et-Miquelon) und Jacques Gadoin (GD, Nièvre), cf. ibid.

[188] AMAE, RDA 1956–1960, 33, f. 090: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 12. 4. 1960; es ist von insgesamt drei Senatoren die Rede, die beiden anderen werden jedoch nicht namentlich erwähnt.

Im August 1960 beteiligten sich erstmals auch Abgeordnete der Nationalversammlung an einer Reise von Senatoren in die DDR. Angeführt wurde die Delegation von der Vizepräsidentin der radikalsozialistischen Partei, Suzanne Crémieux.[189] Bemerkenswert sind aber vor allem die Äußerungen von Charles Suran, einem der teilnehmenden SFIO-Mitglieder, der anlässlich eines Interviews während dieser Reise die Freizügigkeit lobte, mit der man sich habe informieren können, und sich von den wirtschaftlichen Erfolgen der DDR beeindruckt zeigte.[190]

Das Bedürfnis, sich über den zweiten deutschen Staat zu informieren, war sicherlich das Hauptmotiv aller Senatoren, die Ende der 1950er beziehungsweise Anfang der 1960er Jahre in die DDR reisten. Ihr zentrales Augenmerk galt der ostdeutschen Wirtschaft und Industrie. Eine im Mai 1960 in der Verantwortung von Marcel Pellenc als Hauptberichterstatter des Finanzausschusses entstandene Note erörtert die Frage, ob sich Ostdeutschland an der Schwelle einer industriellen Revolution befinde. Im Zentrum steht der Bericht über eine Ausstellung zur Standardisierung, die in Leipzig stattgefunden hatte. Man nahm an, dass dies einen rasanten Zuwachs der Industrie im Ostblock und insbesondere in der DDR zur Folge haben würde, weshalb die dringende Empfehlung ausgesprochen wurde, den Handel mit der DDR auszubauen.[191] In seinem Kommentar zu diesem Bericht befürchtete Pellenc, dass die ostdeutschen Wachstumsraten diejenigen westlicher Staaten bald überflügeln könnten, der möglicherweise verpasste Anschluss an diese Entwicklung nicht ohne politische Konsequenzen für den Westen

[189] Teilnehmende Senatoren: Suzanne Crémieux (GD, Gard), Jacques Verneuil (GD, Charente-Maritime), Jean Geoffroy (SFIO, Vaucluse), Charles Suran (SFIO, Haute-Garonne) und Léon David (PCF, Bouches-du-Rhône) sowie Abgeordnete der Nationalversammlung: André Diligent (RPCD, Nord), Nestor Rombeaut (RPCD, Loire-Atlantique) und Jacques Douzans (ED, Haute-Garonne), cf. ibid., f. 115f. und 127f.: Schreiben des GMFB, Guenyveau, vom 30. 8. 1960 und 16. 9. 1960 an das MAE sowie f. 119: Note der DEU vom 3. 9. 1960; cf. dazu den Reisebericht von Suzanne Crémieux in: Rencontres 7 (Nov. 1960), S. 8.

[190] AMAE, RDA 1956–1960, 33, f. 127f.: Schreiben des GMFB, Guenyveau, vom 16. 9. 1960 an das MAE.

[191] AMAE, RDA 1956–1960, 32, f. 106ff.: Note d’information budgétaire, financière et économique vom 25. 5. 1960 des Hauptberichterstatters des Finanzausschusses im Senat, Marcel Pellenc (unterzeichnet von Henri Jannès): „Force est bien à quiconque a la moindre expérience industrielle de reconnaître que les 3 principes – standardisation, spécialisation, automatisation – dont la mise en application sur une vaste échelle vient d’être décidée par l’Allemagne de l’Est en 1959, première année de son plan septennal, et aussi en même temps par l’URSS dans le même temps, sont des principes techniques extrêmement raisonnables, dont l’efficacité considérable ne fait pas l’ombre d’un doute, car nous en avons l’expérience. Dès lors, à moins que par hasard ils ne soient mis en œuvre dans des conditions inadéquates – ce que rien ne permet de supposer – il est évident qu’ils vont entraîner une accélération de l’expansion industrielle des pays du camp socialiste. Or, dès maintenant, les experts occidentaux les plus qualifiés estiment que depuis 1950 la progression des économies dites socialistes a été plus de deux fois plus rapide que celle des économies dites libérales. Et ceci avant la mise en œuvre de cette doctrine technique qui constitue une véritable révolution par son efficacité évidente. La conclusion la plus modérée que l’on puisse tirer de cette double observation, est que, loin de s’essouffler, les économies de l’Est vont, selon toute vraisemblance, continuer à progresser rapidement.“

bleibe.[192] Außerdem bedauerte er, selbst viel beachteter Spezialist für staatliche Betriebe, dass die Empfehlungen von André Armengaud, mit dem er bereits 1951 ein Buch über den Staatskapitalismus verfasst hatte, bislang nicht berücksichtigt worden seien.

Im *Quai d'Orsay* bedauerte man demgegenüber vor allem das fehlende Bewusstsein der Informationswilligen für die politischen Konsequenzen ihrer DDR-Reisen.[193] In der Regel erfuhr man von diesen Reisen erst durch die Presse oder durch das Auswärtige Amt in Bonn und auch meist erst, während sie stattfanden. Außer den an die Präsidenten beider Kammern gerichteten allgemeinen Warnungen bestand kaum eine Möglichkeit, die betreffenden Parlamentarier gezielt von ihrem Vorhaben abzubringen. Anders war dies im Fall von Jean-Louis Vigier (RPR, Seine), einem Mitglied des außen- und verteidigungspolitischen Ausschusses des Senats. Er hatte bereits im Vorfeld mit dem westdeutschen Botschafter Herbert Blankenhorn über eine Informationsreise gesprochen, die ihn in die DDR führen sollte. Die durch Blankenhorn umgehend in Kenntnis gesetzte Europa-Abteilung konnte das Kabinett des Ministers rechtzeitig dazu auffordern, Vigier von dieser der französischen Politik gegenüber der DDR widersprechenden Reise abzuraten.[194] Auch eine Reise von Michel Colinet (CNIP, Ardennes) konnte verhindert werden. Er war einer der wenigen Abgeordneten, die das Außenministerium über die Einladung durch die EFA informiert und um eine Stellungnahme gebeten hatten.[195]

Nicht verhindern konnte das französische Außenministerium hingegen kurze Zeit später, im Januar 1961, eine Reise von sieben Abgeordneten. Sie hatten während einer zehntägigen Reise durch die DDR Industrieanlagen und LPGs besichtigt und sich zu Gesprächen mit einem stellvertretenden DDR-Außenminister, dem Staatssekretär für Kirchenfragen und dem Ost-Berliner Bürgermeister getroffen.[196] Die ostdeutsche Presseagentur ADN veröffentlichte die Erklärungen

[192] Ibid., f. 120f.: Remarques et conclusions du rapporteur général (ohne Datum): „Il s'agit donc là d'un problème primordial à l'égard duquel on ne saurait rester indifférent. Sans doute les conceptions politiques du monde occidental divergent-elles beaucoup de celles qui ont cours dans les pays situés de l'autre côté du rideau de fer. Il n'en reste pas moins que pour soutenir la concurrence économique que ceux-ci, grâce à des procédés industriels révolutionnaires, ne manqueront pas de leur faire, dans un avenir plus ou moins proche, nos vieilles nations devraient songer à adapter sans retard à leurs structures propres les techniques et méthodes nouvelles."

[193] AMAE, RDA 1956–1960, 32, f. 096ff.: Note der DEU vom 16. 9. 1960 an das Kabinett des Ministers: „Sur le plan parlementaire, un certain nombre de sénateurs et de députés, soucieux d'information, se rendent en DDR sans se préoccuper suffisamment des conséquences politiques de leur visite. Il y aurait donc lieu, sous une forme à définir, de prévenir les assemblées contre les inconvénients de ces voyages."

[194] AMAE, RDA 1956–1960, 33, f. 135: Note der DEU vom 2. 12. 1960 an das Kabinett des Ministers, de Beaumarchais.

[195] AMAE, Cabinet, Couve de Murville, 357: Brief von Michel Collinet vom 3. 1. 1961: „Désireux de donner suite à cette invitation, je vous serais reconnaissant selon les recommandations de Monsieur le président de l'Assemblée nationale, de bien vouloir me faire part de vos observations à ce sujet."

[196] Teilnehmer: Pierre Baudis (CNIP, Haute-Garonne), Jean Delachenal (CNIP, Savoie), René Mocquiaux (UNR, Seine-et- Marne), Pierre Bourdellès (ED, Côtes-du-Nord), Robert Ballanger (PCF, Seine-et-Oise), Louis Le Montagnier (CNIP, Morbihan) und Ber-

von zwei Abgeordneten der Regierungsmehrheit, darunter auch ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses der Nationalversammlung, die sich genötigt sahen, am Ende ihrer Reise bestehende Urteile über die DDR für sich zu revidieren. Im GMFB befürchtete man, dass derartige Äußerungen zu einer Infragestellung der offiziellen Haltung Frankreichs führen könnten, da Beobachter über die tatsächlichen Hintergründe dieser Reisen im Unklaren gelassen wurden.[197]

Trotz des Mauerbaus zog auch die Leipziger Messe im Herbst 1961 wieder eine Gruppe von Parlamentariern an. Die mitreisenden Abgeordneten der gaullistischen UNR waren jedoch allesamt Hinterbänkler, weswegen die Reise weniger Beachtung fand.[198] Noch im selben Jahr beteiligten sich französische Parlamentarier zudem an einer von der DDR ausgerichteten internationalen Parlamentarier-Konferenz in Weimar zum Thema „Abrüstung in Europa“, zu der auch britische, italienische und belgische Abgeordnete angereist waren.[199] Die französische Delegation wurde angeführt von Charles Dutheil (RPCD, Aveyron), der als Präsident der FMVJ auch an der Entstehung von französisch-ostdeutschen Städtepartnerschaften beteiligt war.[200]

Insgesamt nahmen die Reiseaktivitäten zwischen 1961 und 1963 jedoch ab: Gegenüber 32 Senatoren und 3 Abgeordneten zwischen September 1959 und August 1960 reisten 1961 – soweit aus den Archiven ersichtlich – nur noch 15 Abgeordnete in die DDR, wobei 2 Abgeordnete an jeweils zwei Reisen teilnahmen. 1962 verzeichnete das französische Außenministerium überhaupt nur eine Gruppe französischer Parlamentarier, die in der DDR unter anderem die Leipziger Messe und das KZ Sachsenhausen besucht hatte und von Willi Stoph empfangen worden war.[201] Dennoch telegrafierte ein Mitarbeiter des GMFB anlässlich des Besuchs

nard Lambert (RPCD, Loire-Atlantique), cf. ibid.: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 20. 1. 1961.

197 Ibid.: Schreiben des GMFB, de Chalvron, an das MAE: „Le ton de ces remarques faites par nos parlementaires n'a rien de surprenant car des ‚invités‘ auxquels le gouvernement de Pankow offre la possibilité d'entreprendre un voyage d'études, ne peuvent pas moins faire que de reconnaître la valeur de certains efforts évidents dans la reconstruction ou dans le domaine social. Ce genre de témoignage, qui nous paraît inévitable, risque cependant d'amener certains observateurs étrangers à s'interroger sur le sens et la portée réelle des entretiens et des contacts que notre délégation de parlementaires vient d'avoir en DDR.“

198 Teilnehmer: Paul Cermolacce (PCF, Bouches-du-Rhône), Henri Fabre (UNR, Var), Jean Garnier (UNR, Saône-et-Loire) und Bernard Le Douarec (UNR, Loire-Atlantique), cf. AMAE, RDA 1961–1970, 189: Schreiben des GMFB, de Chalvron, vom 13. 9. 1961 an das MAE.

199 Cf. Hoff, Großbritannien und die DDR, S. 272.

200 Teilnehmer: Charles Dutheil (RPCD, Aveyron), Bernard Le Douarec (UNR, Loire-Atlantique), Bernard Lambert (RPCD, Loire-Atlantique), Armand Barniaudy (RPCD, Hautes-Alpes), Georges Juskiewenski (ED, Lot) und Jean Bardol (PCF, Pas-de-Calais), cf. AMAE, RDA 1961–1970, 189: Schreiben des GMFB, de Chalvron, vom 6. 12. 1961 an das MAE.

201 Teilnehmer (insgesamt ist von 12 Teilnehmern die Rede, davon wurden allerdings nur neun namentlich erwähnt): Joseph Pinvidic (CNIP, Finistère), Gérard Deliaune (UNR, Gironde), Jean Delrez (RPCD, Moselle), Fernand Grenier (PCF, Seine), Georges Lombard (CNIP, Finistère), Louis Jaillon (RPCD, Jura), Henri Ulrich (RPCD, Haut-Rhin) und Pierre de Montesquiou (ED, Gers), cf. ibid.: Telegramm aus Berlin, Le Roy, vom 5. 9. 1962 und Schreiben des GMFB, Le Roy, vom 14. 9. 1962 an das MAE.

einer Delegation im März 1963 nach Paris, dass es sich bei den Parlamentarierreisen um ein gängiges Phänomen handele.[202] Diese Delegation war vom Ost-Berliner Bürgermeister empfangen worden und hatte unter anderem eine LPG sowie die Wache vor dem Brandenburger Tor besichtigt. Bei einem Opernbesuch war sie zufällig in Berlin stationierten französischen Offizieren begegnet und hatte diesen von ihren negativen Eindrücken berichtet.[203] Mit insgesamt 17 beziehungsweise 18 Abgeordneten handelte es sich nicht nur um die bislang mit Abstand größte Parlamentariergruppe aus Frankreich, sondern auch um diejenige mit der bis dahin höchsten Beteiligung von gaullistischen Abgeordneten.[204] Im selben Monat weilte auch Henri Caillavet – ehemals radikalsozialistischer Staatssekretär in der Regierung von Pierre Mendès-France – als Vertreter der französischen Friedensbewegung in der DDR.[205] Caillavet war nicht nur Vizepräsident der radikalsozialistischen Partei, er war bis 1958 zudem einer der wichtigsten Repräsentanten der Freimaurer im Parlament. Als Spezialist für finanzpolitische Fragen, zwischen 1956 und 1958 in der Funktion als Berichterstatter für das Budget des Außenministeriums, vertrat er Frankreich zur selben Zeit auch in der EGKS-Versammlung.

Anlässlich der Reisen im Frühjahr 1963 erstellte das GMFB eine Hierarchie der französischen DDR-Besucher mit politischem Hintergrund: Solange es sich um Kommunalpolitiker, ehemalige Deportierte oder Zwangsarbeiter handele, solle diesen Reisen keine große Bedeutung beigemessen werden; ernster sei hingegen

[202] Ibid.: Telegramm aus Berlin, Le Roy, vom 1. 3. 1963; Le Roy sprach zwar im Zusammenhang mit den Parlamentarierreisen von einer „chose fréquente", wies aber gleichzeitig daraufhin, dass die letzte Gruppe diejenige sei, die 1962 zur Herbstmesse in die DDR gereist war.

[203] AMAE, RDA 1961–1970, 187: Telegramm aus Berlin, Le Roy, vom 6. 3. 1963: „Ils ont semblé inconscient, des inconvénients politiques de leur visite […]. Leurs deux premières journées en DDR leur avaient, au demeurant, fait la plus mauvaise impression: bien qu'ils aient averti les officiers de la présence à leurs côtés de deux policiers en civil, ils se sont répandus pendant l'entracte en critiques de toute sorte. La LPG modèle, a déclaré en particulier l'un d'eux, n'est guère plus moderne que la ferme la plus arriérée de la Creuse."

[204] Namentlich erwähnte Teilnehmer (wenn die von den französischen Abgeordneten gemachten Angaben stimmen, fehlen die Namen von 10 UNR-Abgeordneten und 1 PCF-Abgeordneten): François Le Douarec (UNR-UDT, Ille-et-Villaine), Édouard Charret (UNR-UDT, Rhône), Pierre Bourdellès (CD, Côtes-du-Nord), André Brugerolle (CD, Charente-Maritime), Georges Juskiewenski (RD, Lot), Fernand Berthouin (RD, Indre-et-Loire), André Gauthier (RD, Isère) und Robert Ballanger (PCF, Seine-St-Denis), cf. AMAE, RDA 1961–1970, 189: Telegramm aus Berlin, Le Roy, vom 1. 3. 1963; cf. auch SAPMO, DY 30/IV A 2/20/468: Brief von Wolter vom 26. 2. 1963 an Florin, in diesem Schreiben wurden zwei Tage vor Beginn der Reise, zusätzlich zu den in der französischen Quelle erwähnten Abgeordneten, folgende weitere Teilnehmer aufgelistet: Henri Guillermin (UNR-UDT, Rhône), Gabriel Péronnet (RD, Allier), Jean Le Lann (CD, Ille-et-Villaine), René Caille (UNR-UDT, Rhône), Émile Bizet (UNR-UDT, Manche), Robert Morlevat (RD, Côte-d'Or), Henri Gorce-Franklin (UNR-UDT, Rhône), Jean Moulin (CD, Ardèche), Edmond Garcin (PCF, Bouches-du-Rhône) und Isidore Renouard (RI, Ille-et-Villaine).

[205] AMAE, RDA 1961–1970, 189: Schreiben des GMFB, Le Roy, vom 18. 3. 1963 an das MAE.

die Reise eines ehemaligen Ministers zu nehmen – gemeint war Henri Caillavet; ein richtiges Problem sei es jedoch, wenn es sich bei den Besuchern um aktive Parlamentarier handele.[206] Konkret bezog sich dieses Urteil auf eine weitere Gruppe linker Senatoren, die unter Jacques Bordeneuve im April 1963 in die DDR reisten – die erste Senatorengruppe seit der Reisewelle von 1959/60. Dass der Kreis der Senatoren, die an der DDR interessiert waren, bis dahin noch relativ überschaubar blieb, zeigt die Zusammensetzung der Gruppe: Mit Ausnahme von Louis Martin, Radikalsozialist und Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, waren sämtliche Teilnehmer bereits 1959/60 in der DDR gewesen.[207] Im Gegensatz zu früheren Reisen wurden von den Teilnehmern nicht mehr nur die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Errungenschaften der DDR hervorgehoben; sie sprachen nun verstärkt auch von der DDR als einer Realität, die es anzuerkennen gelte.[208]

### Die zweite Reisewelle 1963/64–1966

Im Laufe des Jahres 1963 nahmen Anzahl und auch Prestige der Delegationen allmählich zu. Die dritte Delegation dieses Jahres wurde angeführt von Louis Deschizeaux (SFIO, Indre). 1944 wegen seiner Zustimmung für die unbeschränkten Vollmachten Pétains von Wahlen zu öffentlichen Ämtern ausgeschlossen, kehrte er erst 1958 in die französische Politik zurück und konnte nach seiner Wiederwahl im selben Jahr auch seinen Platz im Auswärtigen Ausschuss wieder einnehmen. Er absolvierte während seiner Reise einen mittlerweile fast klassischen Parcours: Zusätzlich zu einem Besuch der Leipziger Messe und der Besichtigung von Industrieanlagen und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften wurden Deschizeaux und seine Kollegen von Willi Stoph empfangen.[209] Daneben war die Studienreise der Untersuchung von Wahlen in der DDR gewidmet.

[206] Ibid.: Schreiben des GMFB, Le Nail, vom 26. 4. 1963 an das MAE: „Tant qu'il ne s'agit que de délégations d'élus communaux ou d'anciens déportés du STO, l'affaire ne présente que peu d'importance. Le cas devient plus sérieux lorsque les voyageurs sont des hommes politiques et qu'ils se prêtent à des déclarations comme l'ancien ministre M. Cavaillet. Mais là où ces déplacements posent véritablement un problème, c'est lorsqu'ils concernent des parlementaires.“

[207] Teilnehmer: Jacques Bordeneuve (GD, Lot-et-Garonne), Louis Martin (RI, Loire), Jean-Louis Fournier (SFIO, Landes), Fernand Verdeille (SFIO, Tarn), Jean Bardol (PCF, Pas-de-Calais) und Adolphe Dutoit (PCF, Nord), cf. ibid.

[208] AMAE, RDA 1961–1970, 189: Schreiben des GMFB, Le Roy, vom 4. 5. 1963 an das MAE: „Nos compatriotes se sont déclarés très impressionnés par les réalisations sociales, économiques et culturelles du gouvernement communiste; de fait, la visite de fermes modèles, d'usines pilotes ou d'établissements scolaires d'avant-garde pouvait justifier les déclarations élogieuses décernées par les voyageurs. Il eût été heureux que les appréciations de nos parlementaires se limitent à ces sujets: mais, emportés par l'enthousiasme, certains membres de la délégation n'ont pas craint de donner un tour politique à leur voyage.“

[209] Namentlich erwähnte Teilnehmer: Louis Deschizeaux (SFIO, Indre), Pierre Godefroy (UNR-UDT, Manche), André Gauthier (RD, Isère), Paul Seramy (RD, Seine-et-Marne), Marcel Massot (RD, Basses-Alpes), René Lamps (PCF, Somme), Waldeck L'Huillier (PCF, Hauts-de-Seine) und Émile Dubuis (CD, Ain), cf. ibid.: Telegramme aus Berlin, Le Nail, vom 3. 9. 1963 und 9. 9. 1963.

Louis Deschizeaux wurde aus Interesse für Deutschland und die deutsch-französischen Beziehungen im selben Jahr Mitglied im Nationalkomitee der EFA. Vermutlich aufgrund seiner direkte Verbindungen zu den EFA stellte das Außenministerium anlässlich dieser Reise eine direkte Verbindung zwischen den EFA und den DDR-Reisen französischer Parlamentarierreisen her.[210] Ein Schreiben an den Innenminister Roger Frey mit der Bitte, diese Praxis durch entsprechende Maßnahmen zu unterbinden, erwies sich jedoch offensichtlich als wirkungslos. Bereits im Oktober befand sich erneut eine Delegation französischer Senatoren in der DDR, unter ihnen vier Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses.[211] Aber nicht die Reise selbst wurde als problematisch eingeschätzt, sondern die politischen Äußerungen eines der vier Ausschussmitglieder: Édouard Soldani (SFIO, Var) hatte während dieser Reise nicht nur das antifaschistische Selbstbild der DDR und dessen Verankerung in der ostdeutschen Gesellschaft bestätigt, sondern auch die Anerkennung der DDR gefordert.[212] Roger Carcassonne (SFIO, Bouches-du-Rhône), ebenfalls Ausschussmitglied, hatte seinerseits geäußert, nur zufriedene Arbeiter getroffen zu haben, und hervorgehoben, dass selbst religiöse Überzeugungen überall akzeptiert würden. Im Außenministerium riefen diese Bemerkungen Entsetzen und Verwunderung hervor – man war sich nicht sicher, ob man sie als naiv oder als bewusst irreführend bewerten sollte, wandte sich jedoch unmittelbar an den SFIO-Generalsekretär Guy Mollet, mit der Bitte, er möge bei seinen Kollegen intervenieren, um eine Wiederholung derartiger Reisen zu verhindern.[213]

Im Herbst 1963 konstatierte das GMFB eine stetig steigende Anzahl von französischen Delegationen in der DDR, die die Zahl von Delegation aus Großbritannien und den USA bei Weitem überstieg. Gegenüber 31 französischen Delegationen zwischen Ende April und Ende September wurden im gleichen Zeitraum nur 10 britische und 3 amerikanische Delegationen erfasst. Zwar handele es sich im Wesentlichen um Kommunisten, so das GMFB, dennoch hätten diese Reisen verheerende Auswirkungen: Damit würden vor allem den Kritikern des Élysée-Vertrages in West-Berlin und in der Bundesrepublik zusätzliche Argumente geliefert. Außerdem würden Persönlichkeiten aus dem frankophonen Afrika ermutigt, Ein-

[210] Ibid.: Note der DEU, Toffin, vom 16. 9. 1963 für das Kabinett des Ministers.

[211] Teilnehmer (die vier erstgenannten Senatoren waren Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses): Roger Carcassonne (SFIO, Bouches-du-Rhône), Édouard Soldani (SFIO, Var), Daniel Benoist (SFIO, Nièvre), Henri Parisot (RI, Vosges), Roger Delagnes (SFIO, Bouches-du-Rhône), Paul Mistral (SFIO, Isère), Charles Suran (SFIO, Haute-Garonne), Suzanne Crémieux (GD, Gard), Marcel Audy (GD, Corrèze), Jean Bardol (PCF, Bouches-du-Rhône) und Léon David (PCF, Pas-de-Calais), cf. ibid.: Schreiben des GMFB vom 4. 10. 1963 an das MAE.

[212] Ibid.: Schreiben des GMFB vom 14. 10. 1963 an das MAE: „Même si l'on n'est pas d'accord avec la DDR, il faut cependant reconnaître son existence. J'ai appris à connaître et à respecter la volonté de la population de la DDR et de ses dirigeants, de combattre le fascisme, et de lutter en commun avec les autres peuples pour la paix, ainsi que l'ardeur infatigable, admirable, qu'ils témoignent à cet effet."

[213] Ibid.: Note vom 14. 10. 1963 an Guy Mollet: „Le compte rendu du ‚Neues Deutschland', même si les faits sont inexacts, tend à faire croire que les sénateurs français ont adhéré très largement aux vues d'Ulbricht ou qu'ils se sont laissé abuser. […] On a l'impression, si les faits ne sont pas rétablis, qu'il y a eu d'un côté une grande rouerie et de l'autre une grande naïveté."

ladungen in die DDR anzunehmen – man fürchtete einen Dominoeffekt. Da man eine Zunahme der auf Frankreich ausgerichteten Propagandabemühungen der DDR in den nächsten Monaten vermutete und gleichzeitig über keinerlei institutionelle Handhabe verfügte, um diese Reisen zu verhindern, forderte man die Europa-Abteilung des Ministeriums erneut auf, Reisewillige wirksamer über die politische Inanspruchnahme ihres DDR-Aufenthaltes zu informieren.[214]

Im Verhältnis zur ersten Reisewelle 1959/60 hatte sich nicht nur die Anzahl der Parlamentarier mehr als verdoppelt: Die Reisen dieser zweiten Welle zwischen März 1963 und Februar 1964 hatten vor allem eine wesentlich größere Wirkung. Und dies nicht allein vor dem Hintergrund der sich nach Unterzeichnung des Élysée-Vertrages abkühlenden französisch-westdeutschen Beziehungen und der politischen Inanspruchnahme dieser Reisen durch die DDR-Regierung, sondern vor allem infolge der Sogwirkung, die diese zweite Reisewelle auf französische Regional- und Kommunalpolitiker ausübte. Sie war in Frankreich der Auslöser für einen umfangreichen politischen Tourismus in die DDR. Auf die Bugwelle von insgesamt sechs Parlamentarierdelegationen folgten ab der zweiten Jahreshälfte 1963 unzählige kleinere, für sich genommen unbedeutende Delegationen von Regional- und Kommunalpolitikern.[215] Namentlich seit 1964 gewann diese Bewegung dann kontinuierlich an Breite. Um dem der französischen Diplomatie daraus erwachsenden Problem zu begegnen, wandte sich das Außenministerium nun nicht mehr an die Präsidenten der beiden Kammern, sondern direkt an die Generalsekretäre beziehungsweise Präsidenten der betroffenen Parteien, wie Guy Mollet, Jacques Baumel[216] oder Jean Lecanuet[217]. Parallel dazu lässt sich auch ein Wandel in der Wahrnehmung durch den *Quai d'Orsay* ausmachen: Hatte man bislang von Parlamentariergruppen gesprochen, so war nun – wesentlich offizieller – von Parlamentarierdelegationen die Rede. Dies lag sicherlich nicht zuletzt am zunehmenden Prestige der Delegationsteilnehmer, unter denen sich im Januar 1964 erstmals auch eine Vizepräsidentin der französischen Nationalversammlung befand.

Nur drei Tage nach der offiziellen Anerkennung Chinas durch Frankreich und einen Tag vor der dazu von Staatspräsident Charles de Gaulle abgehaltenen Pressekonferenz gaben sich am 30. Januar 1964 zwei französische Parlamentarierdelegationen in Ost-Berlin die Klinke in die Hand.[218] In beiden Fällen standen erneut radikalsozialistische Politiker an der Spitze. Die erste Delegation um Marcel Pellenc, der bereits mehrfach Reisen in die DDR geleitet hatte, wurde von

[214] Ibid.: Schreiben des GMFB vom 8. 10. 1963 an das MAE: „Sans doute, nos institutions ne nous permettent-elles pas d'intervenir de manière radicale en ces matières. Il demeure souhaitable, en tout cas, que les milieux français qui se réclament de l'amitié franco-allemande soient mis en garde de manière plus efficace contre les approches du gouvernement de Pankow et les manifestations, parfois odieuses, où l'on cherche à les entraîner.“

[215] AMAE, RDA 1961–1970, 189–191, passim.

[216] AMAE, RDA 1961–1970, 189: Telegramm aus Berlin, Le Nail, vom 3. 9. 1963.

[217] AMAE, Cabinet, Couve de Murville, 362: Brief von L.-B. Ges vom 5. 2. 1964 an Jean Lecanuet.

[218] AMAE, RDA 1961–1970, 190: Telegramm aus Berlin, Winckler, vom 31. 1. 1964.

AFP als offizielle Delegation des Senats präsentiert.[219] Es war aber vor allem die zweite Delegation unter der Leitung von Jacqueline Thome-Patenôtre (RD, Seine-et-Oise), die erhebliches Aufsehen erregte.[220] Thome-Patenôtre war nicht nur Vizepräsidentin der französischen Nationalversammlung und eine radikalsozialistische Persönlichkeit, als überzeugte Europäerin war sie auch Mitglied der *Commission des échanges internationaux dans le domaine communal*. Dieses Engagement kann gleichsam als Indiz für ihr Interesse an den Beziehungen mit der DDR gewertet werden – zu einer Zeit, in der offizielle französisch-ostdeutsche Städtepartnerschaften noch mit großem Aufwand durch das französische Außenministerium verhindert wurden. Das GMFB sprach von der bislang bedeutendsten Parlamentarierdelegation, was nicht nur an ihrer Zusammensetzung, sondern auch an ihrem Auftreten gelegen habe.[221] Es sei der Eindruck einer offiziellen „mission" entstanden – problematisch insbesondere deshalb, weil dieser Eindruck den Vergleich mit der „mission" von Edgar Faure nur wenige Monate zuvor in China nahelege. Die zeitliche Koinzidenz mit der Anerkennung Chinas führte schließlich dazu, dass die Delegation nicht nur wie geplant auf ein Mitglied des Zentralkomitees der SED (Hermann Axen), den Vizepräsidenten des Staatsrates der DDR (Manfred Gerlach), den Minister für Außenhandel (Julius Balkow) und einen Staatssekretär des MfAA (Otto Winzer) traf[222], sondern dass sie als erste französische Parlamentarierdelegation auch vom Staatsoberhaupt persönlich empfangen wurde. Nach Einschätzung des GMFB hatte das Treffen mit Walter Ulbricht allerdings eher den Charakter einer Pressekonferenz des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der SED.[223] In der ostdeutschen Presse wurde sehr ausführlich über den Aufenthalt dieser Delegation berichtet, auch scheute man sich nicht, ihn für die innerdeutschen Auseinandersetzungen zu nutzen, was wiederum zu einem beachtlichen Echo in der westdeutschen Presse führte.[224] Und obwohl Aymar Achille-Fould (RD, Gironde) während des Gesprächs mit Ulbricht betont hatte,

[219] Teilnehmer: Marcel Pellenc (GD, Vaucluse), Robert Burret (RI, Hautes-Pyrenées), Louis Guillou (RPCD, Finistère), Yves Hamon (RPCD, Finistère), Jean Noury (RPCD, Ille-et-Villaine), René Tinant (RPCD, Ardennes), Gustave Héon (GD, Eure), Louis Talamoni (PCF, Val-de-Marne) sowie der ehemalige MRP-Abgeordnete Emmanuel Fouyet, cf. AMAE, Cabinet, Couve de Murville, 362: Schreiben des GMFB, Winckler, vom 25. 1. 1964 an das MAE.

[220] Teilnehmer: Jacqueline Thome-Patenôtre (RD, Seine-et-Oise), Aymar Achille-Fould (RD, Gironde), Noël Chapuis (CD, Isère), Gérard Deliaune (UNR-UDT, Gironde), Jacques Fouchier (CD, Deux-Sèvres), Albert Fouet (RD, Sarthe), Robert Hauret (UNR-UDT, Maine-et-Loire), Jacques Hébert (UNR-UDT, Manche), Constant Lepourry (UNR-UDT, Manche), René Lamps (PCF, Somme), Paul Pillet (CD, Loire), Jeanette Prin (PCF, Pas-de-Calais), André-Georges Voisin (UNR-UDT, Indre-et-Loire), cf. AMAE, RDA 1961–1970, 190: Schreiben des GMFB, Winckler, vom 8. 2. 1964 an das MAE.

[221] Ibid.: „Mais rarement un groupement de parlementaires n'avait donné autant l'impression d'effectuer une ‚mission' que celui qui vient de regagner notre capitale."

[222] AMAE, Bonn, Ambassade, 217: Anlage zum Schreiben des GMFB vom 11. 2. 1964 an das MAE.

[223] AMAE, RDA 1961–1970, 190: Schreiben des GMFB, Winckler, vom 8. 2. 1964 an das MAE.

[224] Ibid.: Telegramm aus Berlin, de Margerie, vom 5. 2. 1964.

dass er und seine Kollegen nur als Touristen in die DDR gereist seien[225], sah sich der *Quai d'Orsay* genötigt, nach Bonn und Berlin zu telegrafieren, dass diese Reise nicht mit seiner Zustimmung stattgefunden habe.[226] Die Aufforderung des UNR-Generalsekretärs an seine fünf der Delegation angehörenden Parteigenossen, umgehend zurückzukehren, blieb jedoch ungehört.[227]

Nicht zum ersten Mal befanden sich unter den Mitreisenden Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses der Nationalversammlung. Im April 1964 wurde jedoch zum ersten Mal ein Bericht über eine solche Reise auf die Tagesordnung gesetzt, obwohl hier üblicherweise nur über jene Reisen berichtet und debattiert wurde, die auch von diesem Gremium beschlossen und von einer offiziellen Delegation durchgeführt worden waren.[228] Der dieses Vorhaben unterstützende Präsident des Ausschusses, Maurice Schumann (CD, Nord), hatte sich anlässlich einer offiziellen Reise durch verschiedene osteuropäische Länder ganz allgemein von der Wirkung derartiger Parlamentarierreisen, insbesondere ihrer Bedeutung für die Entspannung innerhalb bilateraler Beziehungen, überzeugt gezeigt.[229]

Die zweistündige Sitzung am 25. Juni 1964, an der insgesamt 20 Parlamentarier teilnahmen[230], wurde eingeleitet mit einem allgemeinen Vortrag von Jacques Mer (rép. soc., Paris) über die Situation in den Ostblockstaaten. Den Vortrag über Ostdeutschland („Allemagne orientale“) und über die Reise der Delegation von Parlamentsvizepräsidentin Thome-Patenôtre hielt Aymar Achille-Fould, der als einziges Ausschussmitglied teilgenommen hatte. Achille-Fould entstammte zwar einer bedeutenden französischen Politikerfamilie, war aber als ehemaliger Marineoffizier und Freiwilliger im Algerienkrieg selbst ein Neuling im Parlament. Außerdem war er, Jahrgang 1925, einer der bis dahin jüngsten Delegationsteilnehmer – die überwiegende Mehrheit gehörte einer zwischen der Jahrhundertwende und dem Ersten Weltkrieg geborenen Generation an. Achille-Fould bedankte sich zunächst bei Schumann, die Auseinandersetzung mit einem tabuisierten Thema akzeptiert zu haben. Die Reise habe auf Initiative einer privaten Organisation[231] stattgefunden und fast alle Fraktionen der Nationalversammlung seien vertreten gewesen. Gleichzeitig bedauerte er, dass die Reise aufgrund ihres ungünstigen Zeitpunktes (gemeint war die Anerkennung Chinas) zu einiger Verwirrung ge-

[225] Ibid.: Schreiben des GMFB, Winckler, vom 8. 2. 1964 an das MAE: „[…] après avoir rendu le traditionnel hommage ‚à la volonté de paix de la RDA‘ et exprimé le souhait que les relations entre la France et l'Allemagne orientale aillent en se développant, M. Achille-Fould avait tenu à préciser que ses collègues et lui n'étaient venus qu'en touristes dans ce pays.“

[226] Ibid.: Telegramm der DEU, de Beaumarchais, vom 6. 2. 1964 an die Botschaft in Bonn und das GMFB.

[227] ANF, 20060133/4: Protokoll der Sitzung vom 25. 6. 1964.

[228] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 30. 4. 1964.

[229] ANF, 20060133/5: Protokoll der Sitzung vom 28. 10. 1965; als Beispiel zitierte Maurice Schumann bei dieser Gelegenheit die Beziehungen zwischen Frankreich und Kenia.

[230] Zum Vergleich: bei einer Anhörung des Außenministers Couve de Murville zur internationalen Situation drei Wochen zuvor hatten 30 Ausschussmitglieder teilgenommen. Für reine Arbeitssitzungen des Ausschusses, d. h. ohne Anhörung eines Ministers oder Staatssekretärs, waren 20 Teilnehmer ein durchschnittlicher Wert.

[231] Ohne die EFA zu benennen.

führt habe, man infolgedessen zwischen die Fronten der ost- und der westdeutschen Presse geraten sei. Als private Motivation für seine Teilnahme an der Reise gab Achille-Fould das Bedürfnis an, die ostdeutschen Verhältnisse verstehen zu wollen. Es scheint, dass sich dieses Interesse insbesondere auf das Leben der Ostdeutschen hinter der Mauer bezog.[232] Zentrales Thema seines Vortrages waren die ostdeutsche Wirtschaft und die Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und der DDR. In diesem Zusammenhang berichtete er ausführlich von einem Gespräch mit dem Minister für Außenhandel, dessen Forderungen nach Ausbau der Handelsbeziehungen er übernahm.[233] Zum Schluss fragte er sich, ob eine Lockerung im kommunistischen System der DDR und eine Annäherung der Wirtschaftssysteme in Ost und West zu erwarten seien. Und ohne von diplomatischer Anerkennung zu sprechen, forderte er, dass Frankreich die sich abzeichnende Normalisierung der deutsch-deutschen Beziehungen nicht verpassen dürfe.[234]

In der sich anschließenden Diskussion ging es zunächst um die Kritik von Achille-Fould an der restriktiven Praxis des *Allied Travel Office* (kurz ATO), als dessen adäquate Gegenmaßnahme er den Bau der Mauer bezeichnete, um das Gespräch mit Ulbricht, von dem er sich sichtlich beeindruckt zeigte, sowie um seine positive Einschätzung der Situation der ostdeutschen Jugend.[235] Jacques Vendroux (UNR-UDT, Pas-de-Calais) bezweifelte jedoch, dass ein einfacher Reisebericht als Grundlage für eine ernsthafte Diskussion dienen könne. Unterstützung erhielt Achille-Fould von Marie-Claude Vaillant-Couturier (PCF, Seine), die die französische Haltung im Bereich der Handelsbeziehungen als besonders starr bezeichnete. Maurice Schumann, der den Reisebericht aufgrund der damit verbundenen politischen Forderungen kritisierte, sah hier allerdings keine politischen Motive und verwies auf das Problem der Kreditlaufzeiten – tatsächlich hatte aber auch dieses Problem einen politischen Hintergrund, und erst der Außenminister Schumann sollte an der geltenden Praxis in den französisch-ostdeutschen Handelsbeziehungen etwas ändern können. Als Präsident des Ausschusses nutzte er die Gelegenheit, um dessen Mitgliedern die mit der französischen Haltung gegenüber der

[232] ANF, 20060133/4: Protokoll der Sitzung vom 25. 6. 1964, S. 4: „Bien qu'il soit venu à Berlin-Est avec le désir de comprendre et non de juger, M. Achille-Fould déclare avoir été choqué par l'insistance et la lourdeur de la propagande est-allemande sur le problème de Berlin."

[233] Ibid., S. 5: „Le niveau de ces échanges reste insuffisant. La RDA voudrait les accroître et les équilibrer entre l'Est et l'Ouest."

[234] Ibid., S. 6: „Il ne faut pas se dissimuler que des conversations, plus ou moins clandestines, et à des niveaux très divers, ont lieu entre la RDA et la RFA. Quand le moment sera venu d'un tournant décisif, la France ne pourra se permettre de manquer le virage, compte tenu de l'aspect très évolutif de sa politique extérieure."

[235] Ibid., S. 5: „[Walter Ulbricht – Ch. W.] leur a donné une grande impression d'intelligence et d'habileté. […] M. Achille-Fould note ensuite que le régime a fait un effort considérable en faveur de la jeunesse. Cette jeunesse se sent bien dans sa peau, et à l'aise dans le régime. Il est vrai qu'on ne lui donne pas l'occasion d'en connaître d'autres. Il se pourrait donc que le temps joue contre l'Occident. Quant au Mur, ce sont certes les Soviétiques et les Allemands de l'Est qui l'ont construit, mais il ne faut pas omettre de signaler le rôle négatif joué par le bureau des visas de Berlin-Ouest, systématiquement hostile à l'octroi des visas aux Allemands de l'Est."

DDR verbundenen französischen Sicherheitsinteressen zu erklären.[236] Außerdem wies er leicht ironisch darauf hin, dass das Pressekommuniqué zu dieser Sitzung aufgrund der Komplexität des in der französischen Öffentlichkeit tabuisierten Themas nur sehr knapp ausfallen könne.[237]

Aufgrund seiner Reise blieb Achille-Fould auch in den folgenden Jahren Experte des Ausschusses in DDR-spezifischen Fragen. Bei einer Anhörung von Couve de Murville im Dezember 1964 konfrontierte er den Minister – ohne seine Reise zu erwähnen – mit der in Ost-Berlin gewonnenen Einsicht, dass Frankreich auf wirtschaftlicher Ebene gegenüber einer deutsch-deutschen Annäherung nicht indifferent bleiben könne.[238] Couve de Murville sah seinerseits, trotz des Machtwechsels in Moskau, keinerlei Veränderung in der sowjetischen Deutschlandpolitik und daher auch kein Erfordernis, die französische Politik zu modifizieren. Bemerkenswert ist immerhin, dass der Minister keinerlei Kritik an der Reise übte und auch keinerlei Anstrengungen unternahm, die Anwesenden von derartigen Reisevorhaben abzubringen. Zwei Jahre später, im Dezember 1966, kam Achille-Fould gegenüber dem Minister erneut auf seine DDR-Reise und insbesondere auf eine Unterredung mit dem ostdeutschen Außenhandelsminister, Julius Balkow, zu sprechen. Wieder ging es um die Handelsbeziehungen mit der DDR, speziell um die Privilegierung der Bundesrepublik im Handel mit der DDR gegenüber den anderen EWG-Staaten. Unterstützt wurde Achille-Fould dabei vor allem von Georges Gosnat (PCF, Paris).[239] Couve de Murville bezeichnete diese Kritik im Unterschied zu seiner Reaktion zwei Jahre zuvor als gerechtfertigt und übte nun selbst Kritik am Auftreten der Bundesrepublik gegenüber anderen EWG-Staaten und ihren Handelsbeziehungen mit der DDR.[240]

[236] Siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel zur offiziellen Haltung Frankreichs gegenüber der DDR (Zweiter Teil, C., III., 1.).

[237] ANF, 20060133/4: Protokoll der Sitzung vom 25. 6. 1964, S. 11: „[M. Schumann – Ch. W.] souligne que le communiqué remis à la presse en raison de la complexité du sujet traité sera très succint.“

[238] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 10. 12. 1964, S. 30: „Je ne faisais pas allusion à M. Khrouchtchev, mais à un certain rapprochement entre l’URSS et Bonn, avec un certain accord de l’Allemagne de l’Est, d’une part, et à des rapprochements indiscutables sur le plan économique, un accroissement de plus en plus grand des relations économiques entre l’Allemagne de l’Ouest et l’Allemagne de l’Est qui pouvaient nous faire penser, en usant des choses telles qu’elles sont, je vous le disais tout à l’heure à propos de l’Europe, que ces rapprochements économiques étaient peut-être à la veille de produire un certain nombre d’incidences politiques entre les deux Allemagnes. C’est dans cette optique-là que je demande la position de la France.“

[239] ANF, 20060133/5: Protokoll der Sitzung vom 13. 12. 1966, S. 43.

[240] Ibid., S. 44 f.: „M. Gosnat et M. Achille-Fould ont parlé avec précision du problème des autorisations données aux Allemands de l’Est pour venir en France en rapport avec ce que M. Gosnat appelle le ‚Travel Office‘ et ce que j’appelle bureau de circulation de Berlin, qui est en quelque sorte une survivance de l’époque maintenant très ancienne où il y avait un régime interallié d’occupation de Berlin et où les quatre puissances exerçaient ensemble le contrôle et même le gouvernement de cette zone. Je ne veux nullement dire que certaines des critiques qui ont été formulées et par M. Gosnat et par M. Achille-Fould ne sont pas justifiées. […] Il est certain ou du moins il est possible que des problèmes d’ordre commercial – je dirais même de compétition commerciale – puissent être soulevés à cette occasion [bezieht sich auf die französische Präsenz in

Anlässlich einer Anhörung des Ministers zur Entwicklung des Ostblocks, insbesondere auf wirtschaftlicher Ebene, kam Achille-Fould (PDM, Gironde) im April 1968 ein weiteres Mal auf die DDR zu sprechen. Sein Interesse galt der Entwicklung des Kapitalmarktes in Jugoslawien; die DDR, wo er eine Firma mit gemischtem Kapital besucht hatte, zitierte er als Vergleichsobjekt. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang vor allem, dass die DDR von den Parlamentariern verstärkt als osteuropäisches Land betrachtet wurde, indes Couve de Murville daran erinnerte, dass es sich bei den Ostdeutschen eigentlich um Preußen handele.[241]

Während sich Parlamentarier verschiedener Fraktionen im Auswärtigen Ausschuss der Nationalversammlung regelmäßig für den Ausbau der französisch-ostdeutschen Wirtschaftsbeziehungen, später dann auch für den Ausbau der Kulturbeziehungen einsetzten, insistierten die kommunistischen Ausschussmitglieder zusätzlich auf der diplomatischen Anerkennung der DDR durch Frankreich. Im Laufe der 1960er Jahre entwickelte sich daraus ein Ritual mit eindeutiger Rollenverteilung, das von den Beteiligten ohne Erwartung an eine Veränderung der Positionen regelmäßig durchgespielt wurde.[242]

Berlin bzw. die nach dem Krieg geschlossenen Abkommen – Ch. W.]. Personne ne peut contester qu'en effet les relations entre l'Allemagne fédérale et l'Allemagne de l'Est sont très différentes en pratique de ce que sont les relations entre l'Allemagne de l'Est et les pays occidentaux en général – en dehors de la République fédérale – et plus précisément la France. Il est certain que les Allemands ont tendance à considérer que les relations entre les deux Allemagnes sont leur affaire beaucoup plus que celle de leurs alliés. Je ne dissimule nullement que nous avons très souvent des problèmes avec l'Allemagne fédérale du fait que celle-ci estime que le commerce entre les deux Allemagnes devrait se développer davantage que le commerce entre l'Allemagne de l'Est et la France, ou l'Angleterre, ou l'Italie ou d'autres pays. Il y a là un ensemble de complexes que l'on peut s'expliquer même si on ne peut pas en accepter les conséquences car nous avons toujours considéré que le commerce entre la France et l'Allemagne orientale n'était pas, après tout, d'une matière différente de celle du commerce entre l'Allemagne orientale et l'Allemagne occidentale." Siehe dazu in dieser Arbeit auch das Kapitel über die beginnende Normalisierung der Beziehungen (Zweiter Teil, C., II., 1.).

241 ANF, 20060134/2: Protokoll der Sitzung vom 18. 4. 1968, S. 36: „Qu'il y ait de l'amour chez les Slaves pour les Allemands de l'Est plus que pour les Allemands de l'Ouest, c'est une question à laquelle je ne me hasarderai pas à répondre! Observons seulement que, du côté des Allemands de l'Est, il y a une circonstance aggravante du fait qu'il s'agit de Prussiens!" Die Antwort bezog sich auf eine Frage von Claude Delorme (FGDS, Basses-Alpes), ob aufgrund der aktuellen Ereignisse eine Veränderung der Haltung der osteuropäischen Regierungen gegenüber der deutschen Wiedervereinigung zu erwarten sei.

242 Zwei Beispiele: ANF, 20060133/4: Protokoll der Sitzung vom 20. 5. 1965, S. 80 f.: „M. Feix m'a posé la question, je dirais traditionnelle ou rituelle, sur l'intérêt qu'il y aurait à améliorer, à avaliser nos relations commerciales, culturelles et humaines avec la République démocratique allemande. Je répondrai, rituellement aussi, que je ne crois pas que la France doive en aucune façon changer sa position concernant les autorités de Pankow." Cf. auch ANF, 20060133/5: Protokoll der Sitzung vom 13. 12. 1966, S. 24: „M. Gosnat pose, en fait, la vieille question des rapports de la France avec la République démocratique d'Allemagne [sic]. Je ne l'étonnerai certainement pas si je dis que le gouvernement n'a pas l'intention de modifier la politique qu'il a poursuivie jusqu'à maintenant; il n'a pas l'intention de reconnaître le gouvernement de la République démocratique ni d'établir des relations avec lui."

Nach der Delegation um Thome-Patenôtre und Achille-Fould nahm die Zahl der in die DDR reisenden Abgeordneten der Nationalversammlung und Senatoren ab. Gleichzeitig entwickelte sich der politische Tourismus in die DDR immer mehr zu einem Massenphänomen. Ein Phänomen, das sich gleichsam in der Berichterstattung des GMFB widerspiegelt. Bis 1963 wurde das Ministerium in Paris über fast jede Delegation einzeln informiert. Seit Oktober 1963[243] schickte das GMFB regelmäßig, zunächst monatlich, später zeitweilig sogar zweiwöchentlich, umfangreiche Listen sämtlicher französischer Delegationen, über deren Anwesenheit die ostdeutsche Presse berichtet hatte. Allein im Mai 1964 berichtete das GMFB von 25 französischen Delegationen – angesichts einer Zahl von insgesamt 170 internationalen Delegationen bestand jedoch Unsicherheit über die genaue Anzahl – fügte dem aber hinzu, dass die Delegationen zwar zahlreich, dafür aber wenig repräsentativ gewesen seien.[244]

Unter der Vielzahl der Delegationen fallen in politischer Hinsicht diejenigen verschiedener Bezirksparlamente auf („conseils généraux“). Zwischen Februar 1964 und Oktober 1966 sind zehn derartige Reisegruppen belegt. Hinzu kommt eine etwas verspätete Delegation im Jahr 1970. Den Auftakt bildete die Delegation des Départements *Seine* im Februar 1964 unter der Leitung von Georges Dardel (n.i., Seine).[245] An der Reisewelle der Bezirksparlamente, die ihren Höhepunkt im Sommer 1965 erreichte, wird auch die Ausweitung des parlamentarischen Tourismus deutlich.[246] So wurden beispielsweise die Delegationen aus den Départements *Seine-et-Marne*, *Haute-Savoie* und *Eure* von Paul Seramy (RPCD, Seine-et-Marne), Arthur Lavy (RI, Haute-Savoie) und Gustave Héon (GD, Eure) geleitet – Senatoren, die ihrerseits bereits an Reisen in die DDR teilgenommen hatten.[247]

An diesen Reisen hatten die EFA als Koordinationsstelle und als eine Art Reisebüro ebenfalls einen erheblichen Anteil. Und wie bereits bei früheren Parlamentarierdelegationen wandte sich die westdeutsche Botschaft an das französische Außenministerium mit der Bitte, derartige Reisen künftig zu verhindern.[248] Man habe beobachtet, dass die EFA in den letzten Monaten besonders aktiv gewesen seien, und bat vor allem, die einzelnen Bezirksparlamente von den Präfekten über die wahren Ziele dieser Gesellschaft unterrichten zu lassen. Hatten die EFA bis 1963 weitestgehend diskret im Hintergrund agiert, so traten sie nun sehr viel offener als Veranstalter dieser Reisen auf. Auch wurde eine Delegation radikalsozialistischer Abgeordneter der französischen Nationalversammlung im Juli 1964 von

[243] Die erste dieser Listen ist einem Schreiben des GMFB vom 8. 10. 1963 an das MAE beigefügt; cf. AMAE, RDA 1961–1970, 189.

[244] AMAE, RDA 1961–1970, 190: Schreiben des GMFB, Winckler, vom 5. 6. 1964 an das MAE: „Il semble en tout cas qu'ils aient été plus nombreux que représentatifs.“

[245] Ibid.: Telegramm aus Berlin, Winckler, vom 25. 2. 1964.

[246] 1964 reisten Delegationen aus den Bezirken Seine und Seine-et-Marne in die DDR, 1965 aus den Bezirken Haute-Savoie, Tarn, Eure, Hautes-Alpes, Hérault und Maine-et-Loire, 1966 aus den Bezirken Gard und Calvados sowie 1970 aus dem Bezirk Allier, cf. AMAE, RDA 1961–1970, 190 und 191: passim.

[247] AMAE, RDA 1961–1970, 190: Schreiben des GMFB, Winckler, vom 6. 7. 1964, 17. 9. 1964 und 5. 7. 1965 an das MAE.

[248] Ibid.: Note der DEU vom 25. 2. 1964 für das Kabinett des Ministers (MAE) und das Schreiben des MAE, DEU, vom 29. 2. 1964 an das MinInt, Kabinett.

André Hauriou geleitet, Mitglied des PSU und des EFA-Präsidiums.[249] Seit 1964 informierten die EFA zudem regelmäßig die französische Presse über die Zusammensetzung der in die DDR reisenden Delegationen.[250] Ebenfalls im Juli dieses Jahres hielt sich eine Gruppe französischer Senatoren in der DDR auf, die neben Besuchen einer LPG, des Industriestandortes Schwarze Pumpe, der Dresdner Gemäldegalerie und des KZs Sachsenhausen sowie verschiedenen Treffen mit ostdeutschen Politikern (darunter mit dem Minister für Außenhandel und dem Präsidenten des Auswärtigen Ausschusses der Volkskammer) auch an den von der DDR veranstalteten Feierlichkeiten zum französischen Nationalfeiertag teilgenommen hatte.[251] Die vom Leiter der Delegation, Pierre de La Gontrie (GD, Savoie), hervorgehobene Zugehörigkeit der Mitreisenden zu den verschiedenen wirtschafts- und sozialpolitischen Ausschüssen des Senats kann als Indiz für deren spezifisches Interesse an der DDR gewertet werden.[252] Aufschluss über die Motivationen der Reiseteilnehmer geben auch die im Programm der Delegation aufgeführten Diskussionen über demokratischen Sozialismus und über Kommunalwirtschaft. La Gontrie, der im übrigen Ehrenpräsident der Versammlung der Präsidenten der Bezirksparlamente war, betonte außerdem, dass die Reise von der Annäherung der beiden Staaten zeuge.

Der einzige mitreisende SFIO-Politiker, Georges Rougeron (SFIO, Allier), fasste seine während der Reise gewonnenen Eindrücke in einem ausführlichen Artikel zusammen, der nach seiner Rückkehr zunächst im *Journal du Centre* erschien und anschließend als eigenes Heft des EFA-Bulletins publiziert wurde.[253] Rougeron war nicht nur seit 1945 Präsident des *Conseil général* im Département *Allier*, sondern auch eine bedeutende Persönlichkeit innerhalb der SFIO. Seine Motivation, die Einladung der DDR-Regierung anzunehmen, erklärte er mit seiner Neugier, ein Land kennenzulernen, dessen Existenz negiert werde.[254] Neben der Reisebe-

[249] Teilnehmer: Daniel Daviaud (RD, Charente-Maritime), Robert Fabre (RD, Aveyron), Victor Sablé (RD, Martinique), Antonin Ver (RD, Tarn-et-Garonne) und Paul Cermolacce (PCF, Bouches-du-Rhône), cf. ibid.: Telegramm aus Berlin, Winckler, vom 3. 7. 1964.

[250] AEFA, Groupe parlementaire.

[251] Teilnehmer: Pierre de La Gontrie (GD, Savoie), Charles Laurent-Thouverey (GD, Jura), Robert Bouvard (RI, Haute-Loire), Marcel Lambert (RI, Morbihan), Paul Guillaumot (RI, Yonne), André Plait (RI, Yonne), Marcel Legros (RI, Saône-et-Loire), François Levacher (CRARS, Eure-et-Loire), Raymond Brun (GD/RPR, Gironde) und Georges Rougeron (SFIO, Allier), cf. AMAE, RDA 1961–1970, 190: Telegramm aus Berlin, Le Nail, vom 10. 7. 1964 und ein Schreiben des GMFB, Winckler, vom 17. 7. 1964 an das MAE.

[252] Unter anderem drei Mitglieder des sozialpolitischen Ausschusses sowie zwei Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und volkswirtschaftliche Planung („planification").

[253] Zitiert wird im Folgenden aus der erweiterten Fassung für Rencontres franco-allemandes, erschienen unter dem Titel „Regards sur l'Allemagne".

[254] Rougeron, Regards sur l'Allemagne, S. 8: „C'est afin de découvrir de mon mieux ce pays qui n'existe pas, qu'après avoir demandé, sur le plan d'un scrupule de conscience socialiste, une explication qui m'est apparue satisfaisante j'ai accédé à l'invitation des autorités élues de la RDA, dans le cours de juillet 1964." Cf. auch S. 47: „Il existera, sans doute longtemps encore, deux Allemagnes. J'ai voulu voir, entendre, sentir celle que l'on nous cache."

schreibung enthält das knapp fünfzigseitige Heftchen gleichsam eine Art Kompendium zum politischen System, zu historischen Aspekten sowie zur Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der DDR. Zentrales Thema seiner Ausführungen ist die Existenz zweier deutscher Staaten. Die DDR, das Deutschland mit Ähre und Zirkel im Wappen, stellte er dabei häufig in Abgrenzung zur Bundesrepublik, jenem Deutschland mit dem schwarzen germanischen Adler im Wappen, dar. Besonders beeindruckt zeigte sich Rougeron von der ostdeutschen Gesellschaft: etwa von der Masse einfacher Leute in der Dresdner Gemäldegalerie, von dem überall manifestierten Friedenswillen, dem Grad der Entnazifizierung und vor allem von der Ausrichtung der Gesellschaft auf das Gemeinwesen.[255] Seine Leser entließ er schließlich mit der suggestiv gestellten Frage, welchen Gewinn Frankreich aus einer deutschen Wiedervereinigung unter westdeutschen Vorzeichen ziehen könne.[256] Ergänzt wurde der Abdruck als eigenes Heft der Zeitschrift *Rencontres franco-allemandes* um eine Statistik der bis dahin von den EFA organisierten Parlamentarierreisen[257] und durch ein Vorwort von Rayond Brun (GD, Gironde). Brun war von 1963 bis zum Mauerfall Mitglied des Nationalkomitees der EFA und seit 1966 ihres Präsidiums.[258] Er betonte die Unparteilichkeit des Autors und teilte sein Bedürfnis, die DDR kennenlernen und verstehen zu wollen. Auch war er überzeugt, dass es sich bei dieser Publikation nicht um eine Propagandaschrift handele.[259]

Eine weitere Delegation aus dem Jahr 1964 umfasste neben zwei Senatoren die Sekretäre verschiedener Fraktionen im Senat. Besonders hervorgehoben wurde seitens der französischen Militärregierung in Berlin die Teilnahme des Sekretärs der radikalsozialistischen *Gauche démocratique*, deren Mitglieder weiterhin zu den aktivsten und einflussreichsten französischen DDR-Besuchern zählten.[260]

[255] Ibid., zum Beispiel S. 45: „Le sentiment de la communauté s’est substitué à celui de l’individualisme.“

[256] Ibid., S. 47: „Je me demande, d’ailleurs, si les Français, auxquels l’unité du Reich n’a point été véritablement, par deux fois, bénéfique, ont tellement intérêt à s’exciter pour la réunification allemande. Que certaines couches, par intérêt et solidarité de classe, souhaitent voir restaurer le capitalisme en Allemagne de l’Est, cela est parfaitement explicable. Mais, qu’aurait à y gagner le peuple de France?“

[257] Es ist die Rede von 16 Delegationen mit insgesamt 57 Abgeordneten der Nationalversammlung und 74 Senatoren. Nach Informationen des GMFB hatten sich zwischen 1959 und der Delegation, an der auch Rougeron teilgenommen hatte, je nach Zählung 18 bzw. 19 Delegationen in der DDR aufgehalten. Sollte dieser Unterschied nicht auf einem Rechenfehler seitens der EFA beruhen, wäre davon auszugehen, dass die EFA nicht an der Organisation aller Parlamentarierdelegationen beteiligt gewesen ist.

[258] Die westdeutsche Botschaft berichtete nur ein Jahr zuvor nach Bonn, Brun habe sich negativ über die DDR geäußert und sich gegen den Missbrauch seines Namens durch die EFA verwahrt. Dies kann als Beispiel für die westdeutsche Unkenntnis über Motive und Hintergründe des französischen Interesses für die DDR gewertet werden, cf. PA/AA, B 24, 625: Schreiben der westdt. Botschaft in Paris vom 3. 3. 1965 an das AA.

[259] Rougeron, Regards sur l’Allemagne, S. 5: „Il [die Arbeit von Georges Rougeron – Ch. W.] constituera, pour la plupart des lecteurs, un moyen de découverte; qui soient-ils, qu’ils acceptent de le lire attentivement; nul esprit objectif ne considérera cet ouvrage comme un vulgaire document de propagande.“

[260] AMAE, RDA 1961–1970, 190: Schreiben des GMFB, Winckler, vom 17. 9. 1964 an das MAE; bei den teilnehmenden Senatoren handelte es sich um Arthur Lavy (RI, Haute-Savoie) und Camille Vallin (PCF, Rhône).

Insgesamt kann das Jahr 1964 als ein Höhepunkt des politischen Tourismus von Franzosen in der DDR angesehen werden. Laut einer Statistik des Neuen Deutschlands, die vom GMFB übernommen wurde, war ein Achtel aller 2300 Delegationen, die bislang die DDR besucht hatten, französischer Herkunft.[261] Winckler kommentierte ironisch, dass Frankreich damit, trotz des im Dezember verzeichneten Rückgangs, seine „privilegierte" Position vor Großbritannien, Finnland, Belgien und Italien habe halten können.[262] Im Sommer 1965 konstatierte das GMFB abermals eine Zunahme der Delegationen im Vergleich zum Vorjahr. Neben einer relativ unauffälligen Delegation, bestehend aus Abgeordneten der Nationalversammlung und des Senats – unter denen sich auch der spätere Präsident des *Groupe d'amitié France-RDA* der Nationalversammlung, Roger Fossé (UNR-UDT, Seine-Maritime) befand[263] –, waren es vor allem sechs Delegationen aus den französischen Bezirksparlamenten, die das Bild bestimmten. Ein Mitglied der Delegation aus dem Bezirk *Haute-Savoie*, Joseph Philippe (CD, Haute-Savoie), schilderte seine Eindrücke und seine mit der Reise verbundenen Absichten im *Dauphiné libéré*: Die Unterschiede im Politischen, so Philippe, seien zwar unübersehbar gewesen, dennoch sei ihnen viel daran gelegen, ihre ostdeutschen Gesprächspartner, insbesondere in Bezug auf den von ostdeutscher Seite geäußerten Wunsch nach Anerkennung, vom Willen Frankreichs zur friedlichen Koexistenz zu überzeugen.[264]

Unter den zahlreichen Reisegruppen befanden sich zunehmend auch Journalisten. Zwar war bereits vor dem Mauerbau eine Delegation von Journalisten verschiedener großer französischer Tageszeitungen, darunter *Le Monde*, *L'Aurore* und *L'Humanité*, in die DDR gereist.[265] Es waren jedoch vor allem die Jahre 1964 und 1965, in denen französische Journalisten des gesamten publizistischen und politischen Spektrums begannen, die DDR zu erkunden.[266] Einer von ihnen war der

[261] Frankreich stand an erster Stelle mit 285 Delegationen, Großbritannien an zweiter Stelle mit 84, danach Finnland an dritter, Belgien an vierter und Italien an fünfter Stelle, cf. ibid.: Schreiben des GMFB, Winckler, vom 7. 1. 1965 an das MAE.

[262] Ibid.: „C'est ainsi que la France, malgré le nombre réduit des visites en décembre, n'en a donc pas pour autant perdu la place ‚privilégiée' qu'elle occupe depuis déjà longtemps."

[263] Darunter eine von Marcel Pellenc (GD, Gironde) geleitete Delegation im März 1965, cf. AMAE, RDA 1961–1970, 190: Schreiben des GMFB, Winckler, vom 2. 4. 1965 an das MAE; eine Reise von drei Senatoren: Raymond Bossus (PCF, Paris), Michel Kauffmann (RPCD, Bas-Rhin), Jean Geoffrey (SFIO, Vaucluse), cf. ibid.: Schreiben des GMFB, Winckler, vom 22. 7. 1965 an das MAE; sowie die Reise von Roger Fossé (UNR-UDT, Seine-Maritime) und René Rieubon (PCF, Bouches-du-Rhône), cf. Rencontres 38 (Nov. 1965), S. 9.

[264] Le Dauphiné libéré vom 16. 6. 1965: „En réponse aux souhaits qui nous furent exprimés tout au long de ce voyage, nous avons pour notre part fortement souligné que, malgré les régimes différents, la France était indéfectiblement attachée à la paix dans la liberté et qu'elle poursuivrait ses efforts en vue du maintien de la coexistence pacifique ainsi que le rétablissement et la consolidation de la paix mondiale." Cf. AMAE, RDA 1961–1970, 190: Schreiben des Präfekten des Bezirks Haute-Savoie vom 23. 6. 1965 an das MAE, Kabinett.

[265] AMAE, RDA 1961–1970, 189: Schreiben des GMFB, de Chalvron, vom 30. 5. 1961 an das MAE.

[266] Le Monde im Mai 1964; Paris-Match im September 1964; L'Éducation nationale, AFP, Libération, Combat, Figaro, L'Humanité, Le Monde, L'École et la Nation, L'Express und France-Soir im November 1964; AFP, Combat und La vie française im November 1965; cf. AMAE, RDA 1961–1970, 190: passim.

Leiter der AFP-Agentur in West-Berlin, Vital Sacharenko, der eine Reise mit zwei Kollegen im November 1965 unternahm. Der dabei entstandene Bericht ist in Art und Umfang mit dem von Georges Rougeron vergleichbar, Stil und Botschaft sind hingegen verschieden. Sacharenko, selbst emigrierter Russe, kritisierte ganz im Gegensatz zu Rougeron die politische Instrumentalisierung ostdeutscher Konzentrationslager als eine Folge des Totalitarismus. Wie Rougeron bestätigte zwar auch Sacharenko die staatliche Existenz der DDR, kam aber zu dem Schluss, dass der DDR als Staat ein entscheidendes Element fehle: eine eigene Nationalität. Wie Rougeron interessierte sich Sacharenko für die ostdeutsche Wirtschaft und die ostdeutsche Gesellschaft. Er beschrieb vor allem eine Gesellschaft, die auf ihre Errungenschaften stolz war, und die von ihm außerhalb von Berlin vorgefundene „Normalität“. Überrascht zeigte er sich von der von Ostdeutschen offen geäußerten Kritik an den Verhältnissen in der DDR und vor allem von der auf allen Ebenen geäußerten Begeisterung für die Europakonzeption des französischen Staatschefs.[267] Es ist vor allem dieser letzte Punkt, der das Interesse des GMFB an diesem Reisebericht weckte, der als objektive Einschätzung der Situation sogar dem Ministerium in Paris übermittelt wurde.[268]

Neben zwei weiteren Bezirksparlamenten, die 1966 Delegationen in die DDR entsandten, ist die Reise des SFIO-Abgeordneten Louis Deschizeaux (SFIO, Indre) von besonderem Interesse. Deschizeaux, der im selben Jahr auch in das Präsidium der EFA gewählt wurde, hatte bereits 1963 eine Parlamentarierdelegation während ihrer Reise durch die DDR geleitet. Im Frühjahr 1966 kehrte er zurück als Präsident eines internationalen Komitees europäischer Stadträte, das in Dresden seine dritte Tagung abhielt. In seiner Eröffnungsrede betonte er, dass ein Besuch der DDR keinerlei politische Stellungnahme zum Ausdruck bringe. Vielmehr sei die Anwesenheit europäischer Stadträte und Bürgermeister aus Ost und West als Indiz für die Entstehung eines europäischen Bewusstseins zu verstehen. Zum ersten Mal war 1966 auch die Bundesrepublik mit einer Delegation vertreten. An seine Kollegen beider deutscher Staaten gewandt, bezeichnete er die deutsch-deutsche Versöhnung als entscheidende Grundlage der europäischen Einheit.[269] Die Abschlusserklärung enthielt neben verschiedenen konkreten Forderungen, unter anderem bezüglich der Annäherung zwischen europäischen Kommunen, auch einen Passus zur deutschen Wiedervereinigung, die auf dem Wege der Normalisierung der innerdeutschen Beziehungen vorbereitet werden solle.[270] Auf Wunsch der Tagungsteilnehmer wandte sich Deschizeaux, der 1958 öffentlich seine Sympathien für de Gaulle bekundet hatte, nach seiner Rückkehr brieflich an den französischen Staatspräsidenten, um ihn über die Ergebnisse der Tagung zu informieren. In seinem Schreiben betonte er, dass der von ihm vorbereitete Text über die europäische Einheit für die Abschluss-

[267] Ibid.: Vital Sacharenko „Voyage dans un pays qui n'existe pas“, S. 22: „[…] on y note à tous les échelons un réel emballement pour les idées lancées par le général de Gaulle sur les conditions dans lesquelles la sécurité européenne devrait être réalisée et pour sa vision de l'Europe de l'Atlantique à l'Oural.“

[268] Ibid.: Schreiben des GMFB, Winckler, vom 22. 11. 1965 an das MAE.

[269] AMAE, RDA 1961–1970, 191: Discours inaugural prononcé par M. Louis Deschizeaux, président du 3e colloque de Dresde.

[270] Ibid.: Déclaration générale du 3e colloque de Dresde.

erklärung eine erstaunliche Einstimmigkeit erzielt habe, und vermittelte damit überdies den Eindruck, im Sinne de Gaulles gehandelt zu haben.[271]

Bereits im Laufe des Jahres 1966 ging der politische DDR-Tourismus französischer Abgeordneter stark zurück, bevor er 1967 und in den folgenden Jahren fast völlig zum Erliegen kam. Anlässlich einer im März 1970 in der DDR weilenden Gruppe französischer Parlamentarier wurde vom GMFB festgestellt, dass es sich hierbei um eine Praxis früherer Jahre handele.[272] Der Generalsekretär der EFA verwies in seinem Einladungsschreiben an die beteiligten Parlamentarier seinerseits auf eine in den letzten Jahren aufgrund innerfranzösischer und internationaler Entwicklungen nicht fortgeführte Tradition.[273] Die Reise dieser Gruppe, der das GMFB keine weitere Bedeutung beimaß, galt jedoch der Konstituierung der beiden Freundschaftsgesellschaften *France-RDA* in der französischen Nationalversammlung und im Senat.[274]

Eine weitere Delegation aus dem Jahr 1970 ist eigentlich der großen Reisewelle zwischen 1963 und 1966 zuzurechnen. Es handelt sich um die Delegation des *Conseil général* aus dem Département *Allier*, die noch zu Zeiten von Georges Rougeron beschlossen worden war. Er selbst hatte zwischen 1945 und 1970 dem Bezirksparlament als Präsident vorgestanden. Auf Intervention des Bezirkspräfekten hatte der neue Präsident, Jean Cluzel (UCDP, Allier), versucht, die Reise zu verhindern. Der neuen Mehrheit im Bezirksparlament war es aber nicht gelungen, die Reise gänzlich abzusagen, da die Kosten fast vollständig von der DDR getragen werden sollten. Zudem wollte man wegen der bevorstehenden Wahlen einerseits der Opposition keinen Grund für eine politische Inanspruchnahme der Reise in ihrem Sinne bieten und es ihr andererseits auch nicht überlassen, den Bezirk zu repräsentieren.[275]

[271] Ibid.: Brief von Louis Deschizeaux vom 24. 5. 1966 an Georges Galichon, Kabinettsleiter des Präsidenten: „M. le président de la République trouvera dans ce document [Abschlusserklärung – Ch. W.] l'idée d'une grande Europe réconciliée avec elle-même." Eine Übermittlung des Schreibens an Charles de Gaulle wurde nicht ausgeschlossen, cf. ibid., handschriftl. Randglosse.

[272] Ibid.: Schreiben des GMFB, Toffin, vom 10. 3. 1970 an das MAE: „Reprenant une coutume fréquente au cours des années 1964–1966, mais qui paraissait s'être perdue depuis lors, une délégation de parlementaires français a séjourné en Allemagne de l'Est du 28 février au 3 mars sur l'invitation du groupe interparlementaire de la RDA."

[273] AEFA, Groupe parlementaire: Undatiertes Rundschreiben der EFA, Lenoir: „Pour les raisons intérieures et internationales que vous connaissez bien, nous avons interrompu depuis plusieurs années les voyages d'études en République démocratique allemande que nous organisons habituellement et auxquels vous avez participé. Le moment nous semble venu de renouer avec cette tradition, d'autant plus que la République démocratique allemande a beaucoup changé ces derniers temps et que, sans doute, vous serez surpris par ses progrès."

[274] Teilnehmer waren Abgeordnete der Nationalversammlung: Fernand Berthouin (FGDS, Indre-et-Loire), Ernest Rouxel (PDM, Côtes-du-Nord) und Georges Bustin (PCF, Nord) sowie Senatoren: Yves Hamon (UCDP, Finistère), Louis Guillou (UCDP, Finistère) und Catherine Lagatu (PCF, Paris), cf. ibid.: Briefe von Lenoir vom 13. und 18. 2. 1970 an die Interparlamentarische Gruppe der Volkskammer, Wolter.

[275] AMAE, RDA 1961–1970, 191: Schreiben des Präfekten des Bezirks Allier vom 24. 8. 1970 an das MAE.

## Ein Erklärungsversuch

Es ist unübersehbar, dass alle hier aufgeführten Reisen die Folge eines von der DDR gemachten Angebotes waren und die meisten der hier genannten französischen Parlamentarier auf Einladung der Interparlamentarischen Gruppe der Volkskammer in die DDR gefahren sind. Dennoch kann dies nur als Auslöser, nicht jedoch als Ursache für die zahlreichen Reisen angenommen werden. Es stellt sich daher die Frage, was die weit über einhundert Parlamentarier beider Kammern zwischen 1959 und 1970 dazu gebracht hat, diese Einladungen anzunehmen, was sie an einer Reise in die DDR beziehungsweise an der DDR selbst interessiert hat. Als wichtiger Antrieb ist sicherlich eine gewisse Neugier gegenüber der DDR anzunehmen, die aufgrund mangelnder Informationen und einer Tabuisierung im öffentlichen politischen Diskurs bis in die 1970er Jahre hinein eine „terra incognita“ blieb.

Besonders auffallend ist der hohe Anteil radikalsozialistischer Politiker unter den in die DDR reisenden Parlamentariern. Das Interesse dieser Klientel für die DDR bietet gleichsam einen Ansatzpunkt, um die Motive des parlamentarischen Tourismus zu erhellen. Die in der Zwischenkriegszeit entwickelte Konzeption eines geeinten Europas auf der Basis einer deutsch-französischen Versöhnung ist ganz entscheidend radikalsozialistisch inspiriert und wurde insbesondere durch Aristide Briand und Édouard Herriot vertreten. Die veränderte Situation nach dem Zweiten Weltkrieg und der Kalte Krieg verhinderten in gewissem Grade die Umsetzung des von den Radikalsozialisten in der Zwischenkriegszeit entwickelten europäischen Ideals, da es mit der Teilung Europas nicht vereinbar war, und zwar vor allem wegen der infolgedessen unvollständigen deutsch-französischen Versöhnung. Die auf den Westen des Kontinents beschränkte Realisierung von europäischer Integration und westdeutsch-französischer Versöhnung traf deshalb bei den Radikalsozialisten der Vierten und Fünften Republik nicht nur auf Zustimmung.[276] Die Reisen in die DDR können somit quasi als ein offen zur Schau getragenes Bekenntnis zu radikalsozialistischen Europakonzeptionen gewertet werden.

Es ist anzunehmen, dass darüber hinaus zwei ostdeutsche Besonderheiten das Interesse der französischen Radikalsozialisten auf der Suche nach Anknüpfungspunkten mit dem Deutschland jenseits des Eisernen Vorhangs geweckt haben – zwei Parallelen, die zwischen Frankreich und der Bundesrepublik nicht bestanden: einerseits die Verstaatlichung großer Unternehmen und andererseits der Laizismus. Frankreich war bis in die 1970er Jahre das einzige laizistische Land in Westeuropa. Und es waren vor allem Radikalsozialisten – nicht selten gehörten sie außerdem bedeutenden Freimaurerlogen an –, die den Laizismus als eines der zentralen republikanischen Prinzipien und als Freimaurerideal verteidigten.[277] Einer der eifrigsten Verfechter des Laizismus im französischen Parlament war Henri Caillavet, Radikalsozialist und Freimaurer, der die DDR 1963 bereist hatte und 1970 zu den Gründungsmitgliedern der Freundschaftsgesellschaft *France-RDA* im Senat gehörte.

Das große Interesse an der ostdeutschen Wirtschaft – ein auffallend hoher Anteil der am DDR-Tourismus beteiligten französischen Parlamentarier war auf

[276] Cf. Manigand, Les radicaux et l’Europe, S. 258–266.
[277] Cf. Combes, Radicalisme et franc-maçonnerie, S. 75–78.

wirtschaftspolitische Fragen spezialisiert – hat zwei Gründe. Zum einen entsprach eine teilweise staatliche Kontrolle der Wirtschaft den Vorstellungen radikalsozialistischer Wirtschaftspolitik, deren Ziel es war, den Auswirkungen des Marktes auf die Gesellschaft entgegenzuwirken. Die Suche nach Alternativmodellen bei der Gestaltung einer sozial verträglichen Wirtschaft, auch wenn die Verhältnisse in beiden Staaten in der Realität grundverschieden waren, kann dementsprechend als eine der zentralen Motivationen für Reisen in die DDR gewertet werden. In diesem Zusammenhang ist das besondere Interesse an halbstaatlichen Betrieben in der DDR hervorzuheben. Zum anderen waren insbesondere die Radikalsozialisten von der Notwendigkeit wirtschaftlicher Zusammenarbeit innerhalb Europas überzeugt, was sich nach 1945 etwa in ihrer einhelligen Zustimmung zum Schuman-Plan äußerte. Es ist anzunehmen, dass sich dieselbe Überzeugung auch in der Forderung nach einem Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Frankreich und der DDR niederschlug. Europa wurde von den Radikalsozialisten unabhängig vom Kalten Krieg innerhalb seiner natürlichen Grenzen wahrgenommen. Daran gebunden war die Vorstellung eines den Kontinent umspannenden Kräftegleichgewichts, weswegen sich radikalsozialistische Politiker auch vehement für die Einbeziehung Großbritanniens in die EGKS oder die EWG einsetzten. Die Europapolitik Charles de Gaulles wurde von ihnen in dieser Hinsicht als unzureichend angesehen.[278] Es ist mithin nicht auszuschließen, dass der Gleichgewichtsgedanke auch im Engagement für den Ausbau der Beziehungen mit der DDR eine Rolle gespielt hat, da die innerdeutschen Handelsbeziehungen von französischer Seite häufig als zu exklusiv wahrgenommen wurden. Die Konzeption eines Europas auf der Basis wirtschaftlicher Kooperation und die Verknüpfung wirtschaftlicher Interessen zur Sicherung des Friedens in Europa findet sich auch bei dem radikalsozialistisch geprägten Edgar Faure, dessen Reise als Präsident der Nationalversammlung in die DDR 1974 den Höhepunkt des parlamentarischen Tourismus in die DDR bezeichnet.[279] Die von den Radikalsozialisten in der Zwischenkriegszeit betriebene europäische Versöhnung durch die Überwindung von Grenzen hatte zwei Generationen weiter kaum an Dringlichkeit eingebüßt.

## 3. Parlamentarische Diplomatie: von der Schaffung der *Groupes d'amitié* in der Nationalversammlung und im Senat bis zur DDR-Reise von Edgar Faure

Für das Jahr 1967 sind zwar keine Reisen französischer Parlamentarier in die DDR belegt, dafür versuchten die EFA in diesem Jahr den unverbindlichen parlamentarischen Tourismus in parlamentarische Diplomatie umzumünzen.[280] In einem wahrscheinlich an den Präsidenten der Nationalversammlung, Jacques Chaban-

[278] Cf. Manigand, Les radicaux et l'Europe, S. 260–266.
[279] Siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel zur Reise von Edgar Faure (Zweiter Teil, C., I., 3.).
[280] Für einige methodische Überlegungen zum Konzept der parlamentarischen Diplomatie siehe die Einleitung von Émilia Robin-Hivert und Christian Wenkel zum Themenheft „La diplomatie parlementaire en France après 1945", in: Parlement[s] 17 (2012).

Delmas, im Mai 1967 adressierten Brief forderte der EFA-Präsident André Hauriou eine realistische Politik Frankreichs gegenüber der DDR und bot gleichzeitig an, seinen Adressaten nicht nur mit Informationen über die DDR zu versorgen, sondern eine Informationsreise in die DDR für ihn zu organisieren.[281]

## Die Freundschaftsgesellschaft *France-RDA* in der Nationalversammlung

Im Juni desselben Jahres veranstalteten die EFA ein Essen für Parlamentarier, die bereits an Reisen in die DDR teilgenommen hatten. Dem Essen folgte nur eine Woche später die konstituierende Sitzung der Vorläuferorganisation der späteren Freundschaftsgesellschaft in der Nationalversammlung. Weil das Fehlen diplomatischer Beziehungen die Gründung einer echten Freundschaftsgesellschaft verbot, fand diese Sitzung in den Räumen der EFA statt. In der Einladung an fünfzig Abgeordnete, die in den Jahren zuvor an Reisen teilgenommen hatten und zu diesem Zeitpunkt noch über ein Mandat verfügten, verwies Hauriou auf die Schaffung einer Freundschaftsgesellschaft DDR-Frankreich in der Volkskammer und sah in der Gründung einer vergleichbaren Gesellschaft in Frankreich eine Möglichkeit, sich für den Empfang in der DDR zu bedanken und einen Rahmen zu schaffen, um das DDR-Problem künftig zu vertiefen.[282] Während des Essens einigte man sich, dass zukünftige Reisen von den Parlamentariern selbst und nicht mehr über den Generalsekretär der EFA organisiert werden sollten. An der Konstituierung dieser zunächst als Unterorganisation der EFA konzipierten Gesellschaft beteiligten sich 16 Parlamentarier, von denen 6 an der großen Delegation des Jahres 1962 teilgenommen hatten.[283] Die Mehrheit und auch der gewählte Präsident der Gesellschaft, Louis Périllier (FGDS), gehörten dem sozialistischen Lager an. Die Tätigkeit Périlliers als Abgeordneter war jedoch sehr begrenzt – sein Mandat konnte er nur ein Jahr lang ausüben. Bei dem ursprünglich hohen Staatsbeamten, der unter anderem von Juni 1944 bis 1947 als Präfekt in Algier gewirkt hatte, ist anzunehmen, dass sein Engagement zugunsten von Beziehungen mit der DDR nicht

[281] AEFA, Groupe parlementaire: Brief von EFA, Hauriou, vom 4. 5. 1967 an Monsieur le président; theoretisch käme auch der Präsident des Auswärtigen Ausschusses als Adressat in Frage, die Bemühungen der EFA, eine Freundschaftsgesellschaft in der Nationalversammlung zu schaffen, lassen deren Präsidenten jedoch als sehr viel wahrscheinlicheren Adressaten erscheinen.

[282] Ibid.: Brief von EFA, Hauriou, vom 13. 6. 1967 an die Abgeordneten: „Vos collègues ont été d'accord pour dire que la constitution en France d'un groupe parlementaire similaire [zu der in der DDR geschaffenen Freundschaftsgesellschaft der Volkskammer – Ch. W.], quelle qu'en soit la dénomination, serait utile, non seulement parce qu'il serait une marque de reconnaissance pour l'accueil chaleureux qui a été réservé à tous et a vivement touché chacun sans que nous puissions le rendre, mais, surtout, pour étudier de temps en temps, de façon plus approfondie, un problème concernant la RDA."

[283] Aymar Achille-Fould (PDM), Robert Ballanger (PCF), Fernand Berthouin (FGDS), Émile Bizet (UDR), Pierre Bourdellès (PDM), André Brugerolle (PDM), Paul Cermolacce (PCF), Paul Duraffour (FGDS), Robert Fabre (FGDS), Roger Fossé (UDR), René Lamps (PCF), Marcel Massot (FGDS), Louis Périllier (FGDS), Gabriel Péronnet (FGDS), René Rieubon (PCF) und Antonin Ver (FGDS), siehe auch die genaue Zusammensetzung der Freundschaftsgesellschaft im Anhang (CD-ROM).

zuletzt auf die Bekanntschaft mit dem EFA-Präsidenten Hauriou zurückzuführen ist, der 1944 als Vizepräsident des beratenden Parlaments ebenfalls in Algier politisch tätig gewesen war. Damit alle in der Nationalversammlung vertretenen Parteien auch in der Freundschaftsgesellschaft repräsentiert waren, wurden Vizepräsidenten für die drei anderen Fraktionen (PCF, PDM und UDR) bestimmt. Unter den weiteren Mitgliedern befanden sich mit Aymar Achille-Fould (PDM) und Gabriel Péronnet (FGDS) zudem zwei Vertreter des Auswärtigen Ausschusses.

Im Dezember 1967 wandte sich Périllier an Jacques Chaban-Delmas, den Präsidenten der Nationalversammlung, mit der Bitte um offizielle Genehmigung eines überparteilichen *Groupe parlementaire de liaison avec la République démocratique d'Allemagne* [sic], zu dessen Gründung er sich auf Anfrage verschiedener Kollegen entschieden habe. Die im Juni bestimmten Vizepräsidenten, Roger Fossé (UDR), René Lamps (PCF) und Pierre Bourdellès (PDM), bezeichnete er bei dieser Gelegenheit als provisorisches Präsidium.[284] Bereits am 13. Dezember 1967 unterbreitete daraufhin André Chandernagor, Vizepräsident der Nationalversammlung und Fraktionskollege von Périllier, dem Präsidium der Nationalversammlung den Vorschlag, bei der Konstituierung der Gruppe nach dem Modell eines im Juli 1963 geschaffenen *Groupe parlementaire de liaison et d'études des relations économiques et culturelles avec les pays asiatiques* zu verfahren. Dieser Name war ein halbes Jahr vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und China gewählt worden, um die Schaffung einer Freundschaftsgesellschaft Frankreich-China, trotz der zu diesem Zeitpunkt fehlenden Anerkennung, in der Nationalversammlung zu ermöglichen.[285] Nach längerer Beratung stimmte das Präsidium unter Vorsitz von Jacques Chaban-Delmas noch in derselben Sitzung der Schaffung eines *Groupe d'études des relations économiques et culturelles avec les pays de l'Est* zu.[286]

Weil dieser Name den Anschein erweckte, all jene Freundschaftsgesellschaften quasi zu umfassen, die bereits für die Pflege von Kontakten zu anderen osteuropäischen Staaten sowie der Sowjetunion bestanden, wurde die durch Chaban-Delmas erteilte Genehmigung von Périllier und seinen Kollegen jedoch als unbrauchbar verworfen.[287] Périllier wandte sich deshalb mit weiteren Namensvorschlägen

[284] AP, Assemblée, 2004-019/37: Brief von Périllier vom 6. 12. 1967 an das Präsidium der Nationalversammlung, Chaban-Delmas.

[285] Ibid.: Note vom 7. 12. 1967 für André Chandernagor: „Il semble donc que de la même manière pourrait être autorisé un ‚Groupe parlementaire de liaison avec la République démocratique d'Allemagne' [sic], titre simplifié mais moins précis que le terme généralement admis de ‚groupe d'amitié'."

[286] AP, Assemblée, 8 P 310: Wortprotokoll der Sitzung vom 13. 12. 1967: „Un tel agrément n'est possible que dans la mesure où il n'est pas à craindre de difficultés diplomatiques. Or, accepter la création d'un groupe avec la République démocratique d'Allemagne [sic] risque d'entraîner des difficultés diplomatiques importantes. Dans ces conditions, il n'est pas possible de donner l'agrément à un ‚groupe d'amitié'. Par contre, à l'image de ce qui s'est fait pour la Chine populaire, il serait possible d'envisager favorablement la création d'un ‚Groupe d'étude des relations économiques et culturelles avec les pays de l'Est'." Cf. auch AP, Assemblée, 2004-019/37: Brief von Chaban-Delmas vom 9. 1. 1968 an Périllier: „C'est donc sous cette forme et sous cette appellation que vous pourrez constituer le groupe qui vous intéresse."

[287] AP, Assemblée, 2004-019/37: Brief von Périllier vom 24. 4. 1968 an den Präsidenten der Nationalversammlung: „La plupart estiment qu'il est bien difficile de constituer un

für die von ihm geplante Freundschaftsgesellschaft erneut an Chaban-Delmas; unter anderem schlug er ihm vor, diese nach dem Vorbild der EFA als *Groupe parlementaire d'étude des échanges franco-allemands* zu genehmigen.[288] Gleichzeitig bat er seine Fraktionskollegen Jean Montalat, Marcel Massot und Roland Dumas, sein Anliegen zu verteidigen.[289] Vorgetragen wurde dieses Anliegen schließlich von Montalat in der Sitzung des Präsidiums der Nationalversammlung am 14. Mai 1968. Zu einer Zeit, in der die SDECE und das Innenministerium die Aktivitäten der EFA noch mit Argusaugen verfolgten und das Außenministerium keine Gelegenheit ausließ, um die Anstrengungen der EFA im Bereich der französisch-ostdeutschen Beziehungen zu unterbinden, genehmigte das Präsidium der Nationalversammlung unter dem Vorsitz von Chaban-Delmas die Schaffung einer parlamentarischen Freundschaftsgesellschaft als Ergänzung zu den EFA.[290]

Offiziell wurde Louis Périllier von der Entscheidung des Präsidiums genau einen Tag vor Auflösung der Nationalversammlung am 30. Mai 1968 durch Charles de Gaulle informiert.[291] Périllier verlor bei den Neuwahlen sein Mandat und konnte deshalb auch seine Tätigkeit als Präsident der Freundschaftsgesellschaft nicht fortsetzen. Der bis dahin größte politische Erfolg der EFA, die bis dahin bedeutendste Anerkennung ihrer Arbeit in Frankreich fiel somit den Ereignissen des Mai '68 zum Opfer.[292]

Es vergingen zwei Jahre, bis der ehemalige Vizepräsident der Freundschaftsgesellschaft und Buchenwaldhäftling Roger Fossé (UDR) erneut eine Genehmigung beantragte.[293] Doch hinter dieser Initiative stand Louis Périllier. Nicht als Abgeordneter, sondern als Mitglied des EFA-Präsidiums hatte er im Dezember 1969

groupe qui paraîtrait superviser les groupes d'amitié existant avec l'URSS et avec les démocraties populaires […], pays avec lesquels la France entretient des relations diplomatiques. C'est parce que de telles relations ne sont pas établies entre la France et la RDA que je m'étais abstenu de proposer la formation d'un groupe d'amitié."

288 Ibid.: „Au cas où il ne lui [das Präsidium – Ch. W.] paraîtrait pas possible de reconsidérer la position adoptée en décembre dernier, je souhaiterais obtenir l'agrément d'un ‚Groupe parlementaire d'étude des échanges franco-allemands'. […] La création d'un groupe parlementaire permettrait de renforcer l'action de rapprochement poursuivie par cette association [EFA – Ch. W.], mais la dénomination ‚Groupe parlementaire de liaison avec la RDA' ou encore ‚Groupe d'étude des relations avec la RDA' répondrait évidemment mieux à l'objet de l'initiative que je voudrais prendre."

289 AP, Assemblée, 2004-019/37: Schreiben von Périllier vom 30. 4. 1968 an das Secrétariat général de l'Assemblée nationale, Moynet.

290 AP, Assemblée, 8 P 310: Wortprotokoll der Sitzung vom 14. 5. 1968.

291 AP, Assemblée, 2004-019/37: Brief der Nationalversammlung, Lyon, vom 29. 5. 1968 an Périllier.

292 Der Erfolg der EFA blieb weitestgehend unbemerkt. Die westdeutsche Botschaft hatte von den ursprünglichen Planungen zwar erfahren, war aber ansonsten erstaunlich schlecht informiert; cf. PA/AA, B 24, 629: Schreiben der westdt. Botschaft in Paris vom 10. 7. 1969 an das AA; im selben Zusammenhang beschloss man künftig verstärkt Druck auf französische Parlamentarier auszuüben, die sich für Beziehungen mit der DDR engagierten. Es wurde u. a. angeregt, die Namen entsprechender Parlamentarier in den deutschen Medien negativ zu erwähnen, cf. ibid.: Schreiben der westdt. Botschaft in Paris vom 1. 8. 1969 an das AA.

293 AP, Assemblée, 2004-019/37: Brief von Fossé vom 22. 5. 1970 an den Präsidenten der Nationalversammlung, Peretti.

anlässlich des Gründungsjubiläums der gescheiterten Freundschaftsgesellschaft den Kontakt mit Bourdellès, Lamps und Fossé aufgefrischt sowie zu seinem ehemaligen Fraktionskollegen Daniel Benoist hergestellt.[294] Daraufhin waren Fossé und Lamps bereits im Januar 1970 in die DDR gereist, um ehemals bestehende Verbindungen zu reaktivieren.[295] Es war nach mehreren Jahren die erste derartige Reise französischer Parlamentarier. Wie bei früheren Reisen standen Besuche einer LPG und eines VEB sowie Treffen mit hochrangigen DDR-Politikern auf dem Programm, darunter Vertreter des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und der Präsident der Volkskammer, Gerald Götting.

Für die Wiederbelebung der Freundschaftsgesellschaft war aber vor allem ein Gespräch mit Hans Seigewasser, dem Präsidenten der Freundschaftsgesellschaft DDR-Frankreich, und Vertretern der interparlamentarischen Gruppe der Volkskammer von Bedeutung, in dem es um die zukünftige Zusammenarbeit beider Freundschaftsgesellschaften und deren Inhalte ging. Übergeordnetes Ziel war die Normalisierung der französisch-ostdeutschen Beziehungen im Interesse von Entspannung und Friedenssicherung in Europa.[296] Diese allgemeine Zielsetzung ließ jedoch zwei Lesarten zu: Stand für die ostdeutsche Seite die Anerkennung der DDR im Vordergrund, so weckte vor allem der Entspannungsgedanke das Interesse französischer Parlamentarier. Dass im Gesprächsprotokoll nur von Normalisierung und nicht von Anerkennung die Rede ist, lässt sich vermutlich mit der Teilnahme eines Vertreters der französischen Regierungspartei UDR an diesem Gespräch erklären. Stattdessen wurde als gemeinsames Ziel die Unterstützung der europäischen Sicherheit vereinbart[297] und, um dies zu erreichen, Informationsaustausch sowie Reisen von Delegationen beider Gesellschaften beschlossen. Von französischer Seite wurden dabei recht präzise all jene Themen benannt, über die man sich bei einer DDR-Reise zu informieren wünschte: Das Spektrum reichte von der wirtschaftlichen Entwicklung über das Bildungswesen bis hin zur Kommunalverwaltung.[298] Dafür übernahm man die Verpflichtung, für Erleichterungen von Reisen Ostdeutscher nach Frankreich einzutreten. Darüber hinaus wurde

[294] AEFA, Groupe parlementaire: Brief von EFA, Périllier, vom 3. 12. 1969 an Benoist, Bourdellès, Lamps und Fossé.

[295] Ibid.: Briefe von EFA, Lenoir, vom 13. 1. 1970 an Lamps und Fossé.

[296] Ibid.: Protokoll des Gesprächs vom 22. 1. 1970: „Le groupe d'amitié parlementaire ‚DDR-Frankreich' et le ‚Groupe parlementaire d'étude des échanges franco-allemands' se fixent pour objectif, sur la base des principes de coexistence pacifique et d'amitié entre les peuples, de resserrer les liens politiques, économiques et culturels entre la RDA et la France afin de promouvoir des relations normales entres les deux États dans l'intérêt de la détente, de la sécurité et de la paix en Europe."

[297] Ibid.: „Les deux groupes apporteront leur soutien à toute mesure propre à garantir la sécurité européenne."

[298] Ibid.: „Le groupe d'amitié parlementaire ‚DDR-Frankreich' aménagera dans le cadre de l'échange de délégations toutes possibilités aux parlementaires français, qui puissent servir l'information de ces derniers sur l'évolution en RDA, les problèmes suivants étant mis en relief: étude du développement économique; questions touchant à la formation de la jeunesse; étude de l'instruction publique; problèmes culturels et sociaux; information sur l'exercice de la démocratie socialiste et sur le rôle, les compétences et le fonctionnement des assemblées élues locales."

auch ein Gespräch von Fossé mit Maurice Schumann in Aussicht gestellt, um die Rahmenbedingungen für eine Einladung ostdeutscher Parlamentarier zu schaffen.

Parallel zur Reise von Fossé und Lamps verhandelten der EFA-Generalsekretär und der FGDS-Abgeordnete Daniel Benoist über die Reaktivierung der Freundschaftsgesellschaft. Ein von Lenoir, Périllier und Castellan ausgearbeiteter Vorschlag für einen Brief an interessierte Abgeordnete erinnerte an die Initiative von 1967, die aufgrund „nationaler und internationaler Ereignisse" folgenlos geblieben war – eine Anspielung auf die Auflösung des Parlaments, vor allem aber auf den Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei. Der von Benoist überarbeitete Entwurf unterstrich die Wirtschaftskraft der DDR sowie das sich daraus ergebende Interesse an Wirtschaftsbeziehungen und verwies auf die internationale Entwicklung und die Ostpolitik Willy Brandts. Die mit dem Austausch von Personen beider Länder verbundenen Probleme wurden als zentrales Anliegen der Gesellschaft formuliert. Sie sollten ebenso wie die verschiedenen Lösungsansätze in diesem Rahmen diskutiert werden. In Betracht gezogen wurden dabei insbesondere die Einrichtung einer offiziellen französischen Handelskammer in Ost-Berlin, die Begegnungen von Sportlern beider Länder und die Zusammenarbeit von Wissenschaftlern.[299]

Noch vor der Reise von Roger Fossé und René Lamps bat der EFA-Generalsekretär Daniel Benoist darum, den Briefentwurf den drei Vizepräsidenten von 1967/68, Bourdellès, Lamps und Fossé, zu unterbreiten[300]; Benoist hatte zuvor der Bitte der EFA entsprochen, die Nachfolge von Périllier anzutreten.[301] Die inhaltliche Nähe zwischen Entwurf und Gesprächsprotokoll legt nahe, dass der Briefentwurf auch als Grundlage des Gesprächs von Fossé und Lamps mit Hans Seigewasser in Ost-Berlin gedient hat. Benoist, der die Einladung zu einer DDR-Reise im Januar 1970 abgelehnt hatte, legte den überarbeiteten Briefentwurf noch im selben Monat dem Präsidium seiner Partei, dem PS, mit der Bitte um Zustimmung vor.[302] Nach Rücksprache mit dem Präsidium informierte der Generalsekretär des PS, Alain Savary, den Präsidenten der sozialistischen Fraktion in der Nationalversammlung, Gaston Deferre, dass man die Schaffung einer Freundschaftsgesellschaft für unpassend halte, da Auswirkungen auf die deutsch-deutschen Verhandlungen zu befürchten seien, dass man aber die deutsche Schwesterpartei in ihren Bemühungen nicht behindern wolle.[303] Gleichzeitig wurde betont, dass man seit Oktober des vergangenen Jahres – also seit dem Regierungsantritt Brandts – keine Einwände mehr gegen die Reisen sozialistischer Parlamentarier in die DDR habe.

[299] AEFA, Groupe parlementaire: Undatierter, handschriftlich überarbeiteter Briefentwurf; es ist anzunehmen, dass die Überarbeitungen größtenteils auf Benoist zurückzuführen sind, da sie im Wesentlichen den üblichen Diskurs der EFA entschärfen.

[300] Ibid.: Brief von EFA, Lenoir, vom 12. 1. 1970 an Benoist.

[301] Ibid.: Brief von EFA, Lenoir, vom 13. 1. 1970 an Fossé.

[302] Ibid.: Briefe von Benoist vom 16. 1. und 30. 1. 1970 an die EFA, Lenoir.

[303] Ibid.: Kopie eines Briefes von Savary vom 9. 2. 1970 an Deferre: „Nous devons être attentifs en effet à ne pas gêner nos camarades du SPD, surtout au moment où ils engagent une partie difficile en vue de négocier avec la RDA. Les mêmes considérations conduisent le Bureau à estimer que la constitution du groupe d'amitié France-Allemagne de l'Est ne serait pas opportune. Elle risquerait d'apparaître comme une première démarche vers une reconnaissance diplomatique."

Umso erstaunlicher ist es, dass Savary Deferre aufforderte, sich die im Briefentwurf formulierten Vorschläge zu eigen zu machen und im Rahmen der Fraktion gegen die genannten Schwierigkeiten vorzugehen.[304]

Da Benoist als Präsident der Freundschaftsgesellschaft nach dem Votum seiner Partei nicht mehr infrage kam, trat Roger Fossé die Nachfolge von Périllier an. Gleichzeitig akzeptierte Fossé den Vorschlag des EFA-Generalsekretärs, Mitglied im Präsidium der EFA zu werden – damit sollte die Koordination zwischen beiden Gesellschaften gewährleistet werden.[305] Die Entscheidung für Fossé hatte der EFA-Generalsekretär zuvor mit dem kommunistischen Vizepräsidenten Lamps abgestimmt.[306]

Im Mai 1970 wandte sich Fossé schließlich mit der Bitte um Erneuerung der in der vorangegangenen Legislaturperiode erteilten Genehmigung an den Präsidenten der Nationalversammlung. Er begründete seine Anfrage mit der Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen und der Anpassung der französischen DDR-Politik an diese Entwicklung.[307] Der Antrag wurde von René La Combe (UDR, Indre-et-Loire) in der Sitzung des Präsidiums am 25. Juni 1970 vorgetragen. Der Einwand von Roland Nungesser (UDR, Val-de-Marne), man müsse zunächst das Außenministerium konsultieren, wurde vom Präsidenten der Nationalversammlung, Achille Peretti (UDR, Hauts-de-Seine), zurückgewiesen und die Genehmigung erteilt.[308]

Eine Woche zuvor hatte Fossé bereits ein provisorisches Präsidium, bestehend aus fünf Vizepräsidenten und fünf weiteren Mitgliedern, um sich vereint, von denen fast alle bereits an Reisen in die DDR teilgenommen hatten.[309] Anlässlich dieser Sitzung wurde die Einladung ostdeutscher Parlamentarier beschlossen. Außerdem wurde Édouard Charret (UDR) beauftragt, während seiner für Juli geplanten Reise die

[304] Ibid.: „D'autre part, le projet de circulaire rédigé par Benoist rappelle l'intérêt qu'il y aurait à développer les échanges de toute nature avec la RDA et à abattre les obstacles qui s'y opposent actuellement. En ce domaine, il serait sans doute préférable que le groupe, en tenant informé le secrétariat du parti, prît lui-même l'initiative de déposer des propositions pour lever ces difficultés."

[305] AEFA, Groupe parlementaire: Brief von EFA, Lenoir, vom 5. 3. 1970 an Fossé.

[306] Ibid.: Brief von EFA, Lenoir, vom 24. 2. 1970 an Lamps; zur Auswahl hatte Lenoir Lamps den Gaullisten Roger Fossé und den Radikalsozialisten Robert Fabre vorgeschlagen. Lenoir bezeichnete Fossé aufgrund seiner Bedeutung für die EFA als erste Wahl.

[307] AP, Assemblée, 2004-019/37: Brief von Fossé vom 22. 5. 1970 an den Präsidenten der Nationalversammlung, Peretti: „L'évolution des relations entre les deux Allemagnes, d'une part, et notre propre évolution à l'égard de la RDA, d'autre part, font que notre pays peut avoir, s'il le désire, un rôle important à jouer dans cet État tant sur le plan culturel que sur le plan économique. En conséquence, chargé par des collègues de toutes tendances politiques, je viens vous demander de m'autoriser à reconstituer le groupe dans les mêmes conditions que celui existant précédemment."

[308] AP, Assemblée, 8 P 311: Wortprotokoll der Sitzung vom 25. 6. 1970: „M. le président répond [auf den Einwand von R. Nungesser – Ch. W.] qu'il s'agit là d'une affaire concernant l'Assemblée seule."

[309] Vizepräsidenten: Pierre Bourdellès (PDM), Édouard Charret (UDR), Jacques Fouchier (PDM), René Lamps (PCF) und Jacqueline Thome-Patenôtre; Mitglieder des erweiterten Präsidiums (membres du bureau): Robert Ballanger (PCF), Daniel Benoist (FGDS), Jean-Yves Chapalain (n.i.), Georges Delatre (UDR), René Rieubon (PCF) und Louis Sallé (UDR).

Gesellschaft DDR-Frankreich der Volkskammer über die Neugründung der Freundschaftsgesellschaft in der französischen Nationalversammlung zu informieren.[310]

Die tatsächliche Konstituierung unter dem Namen *Groupe parlementaire d'étude des échanges franco-allemands* fand erst nach der Sommerpause am 21. Oktober 1970 statt. Mit Fossé wurde ein Vertreter der Mehrheit zum Präsidenten und mit ihm veränderte sich auch die politische Zusammensetzung des Präsidiums beziehungsweise der Gesellschaft: Zu Zeiten Périlliers zählten von insgesamt 16 Mitgliedern nur 2 zur Mehrheit des Parlaments und 7 zur sozialistischen Fraktion.[311] Dem im Oktober 1970 gewählten erweiterten Präsidium gehörten von insgesamt 14 Abgeordneten 9 der Mehrheit (davon 8 UDR-Mitglieder[312]) und je 3 der kommunistischen beziehungsweise der sozialistischen Fraktion an. Noch deutlicher zeigt sich die Veränderung, wenn man die Zusammensetzung der Gesellschaft zwischen 1970 und 1973 betrachtet: Nicht weniger als 40 UDR-Abgeordnete standen hier 7 Abgeordneten der sozialistischen Fraktion gegenüber. Im Präsidium war die FGDS prominent mit Jacqueline Thome-Patenôtre als Vizepräsidentin vertreten; außerdem gehörten Fernand Berthouin und Antonin Ver dem erweiterten Präsidium an.[313] Dagegen war die zentristische PDM-Fraktion nicht mehr im Präsidium vertreten. Pierre Bourdellès hatte sie seit 1967/68 repräsentiert, verlor aber bei der Wahl des Präsidiums im Oktober 1970 sein Amt. Während die Vertreter der Opposition bereits 1967/68 Mitglieder der Gesellschaft gewesen waren beziehungsweise dem im Juni 1970 gebildeten provisorischen Präsidium angehört hatten, waren es ausschließlich Abgeordnete der parlamentarischen Mehrheit, die im Oktober neu hinzukamen; Ausnahmen waren der im Juni 1970 als Vizepräsident berufene Édouard Charret (UDR) sowie ihr Präsident Roger Fossé (UDR). Ebenfalls bestätigt wurde René Lamps (PCF), der wie Fossé bereits 1967/68 der Gesellschaft als Vizepräsident angehört hatte.

Die Zahl von insgesamt 79 Mitgliedern[314] spricht für das große Interesse an diesem Projekt und für die Bedeutung, die die französischen Parlamentarier dem Problem der französisch-ostdeutschen Beziehungen beimaßen. Die Mitgliederstärke entsprach damit derjenigen anderer großer Freundschaftsgesellschaften der Nationalversammlung wie *France-RFA* und *France-États-Unis*. Dass zwischen 1970 und 1973 insgesamt 27 Abgeordnete beiden deutsch-französischen Freundschaftsgesellschaften angehörten – unter ihnen mit Ausnahme des Kommunisten alle Vizepräsidenten von *France-RDA*[315] – verdeutlicht, dass das spezifische Inter-

[310] AEFA, Groupe parlementaire: Protokoll der Sitzung vom 17. 6. 1970.

[311] Hinzu kommen 4 Kommunisten und 3 PDM-Abgeordnete; siehe auch die genaue Zusammensetzung der Freundschaftsgesellschaft im Anhang (CD-ROM).

[312] Dazu gehörten neben Roger Fossé Édouard Charret und Lucien Neuwirth als Vizepräsidenten, Gérard Deliaune als Generalsekretär sowie Antoine Gissinger, Paul Mainguy und Michel Marquet als Mitglieder des erweiterten Präsidiums.

[313] Außerdem gehörten die folgenden FGDS-Abgeordneten der Freundschaftsgesellschaft als Mitglieder an: Daniel Benoist, Robert Fabre, Gabriel Péronnet und Édouard Schloesing.

[314] 11 PCF, 7 FGDS, 11 PDM, 1 non inscrit, 40 UDR und 9 RI.

[315] Dazu gehörten Pierre Bonnel (RI), Édouard Charret (UDR), Lucien Neuwirth (UDR), Jacqueline Thome-Patenôtre (FGDS) und aus dem erweiterten Präsidium Antoine Gissinger (UDR).

esse an der DDR nicht selten einem allgemeinen Interesse für Deutschland entsprang. Auch der Auswärtige Ausschuss war zahlreich vertreten: 1967/68 gehörten der Gesellschaft mit Aymar Achille-Fould (PDM) und Gabriel Péronnet (FGDS) bereits zwei Ausschussmitglieder an. Im Juni 1970 vertrat Georges Delatre (UDR) den Auswärtigen Ausschuss im provisorischen Präsidium. Zwar befand sich in dem im Oktober 1970 gewählten Präsidium kein Vertreter des Auswärtigen Ausschusses mehr, hatten Achille-Fould und Delatre die Gesellschaft wieder verlassen, dafür zählten neben Péronnet weitere acht Abgeordnete sowohl zum Auswärtigen Ausschuss als auch zur Freundschaftsgesellschaft, unter ihnen der Ausschussvizepräsident Xavier Deniau.[316]

Im Rahmen der konstituierenden Sitzung am 21. Oktober 1970 erstattete Édouard Charret Bericht über seine DDR-Reise und es wurde eine Reise der Freundschaftsgesellschaft für den Januar des folgenden Jahres vorbereitet.[317] Nur eine Woche nach ihrer Konstituierung empfing die Gesellschaft bereits eine SED-Delegation, der auch hochrangige Vertreter wie Hermann Axen oder Kurt Hager angehörten.[318] Es war die erste SED-Delegation, die sich mit Zustimmung der französischen Regierung in Frankreich aufhielt.[319] Zwar wurde offiziell von einer Delegation auf Einladung des PCF gesprochen, jedoch ist anzunehmen, dass diese Reise auf die Gespräche von Fossé und Lamps im Januar 1970 in Berlin zurückgeführt werden kann.[320] Ein wichtiges Mitglied der Delegation war der für Westeuropa zuständige ostdeutsche Staatssekretär für Außenhandel Gerhard Beil, der vom Präsidenten des Auswärtigen Ausschusses der Nationalversammlung, Jean de Broglie, für ein Gespräch empfangen wurde. Das Treffen mit de Broglie war jedoch nur Ersatz für ein nicht zustande gekommenes Treffen mit einem Verantwortlichen gleichen Ranges aus dem *Quai d'Orsay*. In der Annahme, dass die Äußerungen Beils eigentlich an die französische Regierung adressiert waren, übermittelte de Broglie sie in einem kurzen Bericht an den Premierminister.[321] Die DDR, so Beil

316 Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses und der Freundschaftsgesellschaft: Jean Coumaros (UDR), Charles Deprez (RI), Albert Ehm (UDR), André Glon (UDR), Louis Odru (PCF), Gabriel Péronnet (FGDS), Maurice Plantier (UDR) und Pierre Sudreau (PDM).

317 AP, Assemblée, 2004-019/37: Einladungsschreiben zur Teilnahme an der konstituierenden Sitzung vom 13. 10. 1970 von Fossé.

318 AMAE, RDA 1961–1970, 191: Schreiben des GMFB, Toffin, vom 10. 11. 1970 an das MAE; es wird die Anwesenheit folgender Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft beim Empfang in der Nationalversammlung erwähnt: Robert Fabre, Roger Fossé, Lucien Neuwirth, Louis Sallé und Pierre Sudreau.

319 Ibid.: Note des MAE, Kabinett, Chaussende, vom 10. 6. 1970 für die DEU: „Le cabinet du Premier ministre a donné son accord au ministère de l'Intérieur pour que les intéressés qui ne seront pas munis d'un visa puissent obtenir un permis de séjour."

320 AEFA, Groupe parlementaire: Protokoll des Gesprächs vom 22. 1. 1970 (siehe Anm. 296); inwieweit die persönlichen Interventionen von Fossé bei Maurice Schumann das Zustandekommen dieser Delegation ermöglicht haben, lässt sich nicht mit Bestimmtheit sagen. Sicher ist, dass Fossé als Präsident der Freundschaftsgesellschaft für Schumann im Prozess der Anerkennung ein wichtiger Ansprechpartner wurde; cf. auch AEFA, Groupe sénatorial: Brief von Lenoir vom 13. 5. 1970 an Wolter.

321 ANF, 5 AG 2, 1009: Schreiben des diplomatischen Beraters des Premier ministre, de la Fournière, vom 21. 10. 1971 an Raimond, Berater im Élysee-Palast; von Jean-Bernard

gegenüber de Broglie, befürchte einen erheblichen Verlust an Einfluss aufgrund der Einigung zwischen Moskau und Bonn sowie eine damit verbundene Absorption der DDR-Wirtschaft durch die bundesrepublikanische Wirtschaft und biete Frankreich deshalb zugunsten eines entsprechenden Handelsabkommens an, alle laufenden Verhandlungen mit der Bundesrepublik auszusetzen.[322] Zwar enthielt der Bericht keinen direkten Verweis auf Rapallo, die Anspielung dürfte dem Autor und seinen Lesern vermutlich dennoch präsent gewesen sein. Über das Kabinett von Jacques Chaban-Delmas gelangte der Bericht auch in den Élysée-Palast und eine Zusammenfassung – unter Auslassung der gegen Willy Brandt gerichteten Hasstiraden Beils – erreichte schließlich selbst Georges Pompidou.[323]

Die erste Reise einer Delegation des *Groupe parlementaire d'étude des échanges franco-allemands* fand im Januar 1971 unter Leitung von Fossé statt.[324] Das Besondere an dieser Reise war, dass zum ersten Mal französische Parlamentarier mit Zustimmung des Außenministers und des Präsidiums der Nationalversammlung in die DDR reisten. Der *Quai d'Orsay* hatte Fossé empfohlen, jegliche Publizität auf ein Minimum zu reduzieren und sich auf wirtschaftliche und kulturelle Fragen zu beschränken.[325] Tatsächlich konstatierte das GMFB nach Abreise der Delegation, dass die ostdeutsche Presse dem Besuch nur wenig Aufmerksamkeit gewidmet habe.[326] Ein von der Delegation angefertigter knapp vierzigseitiger Reisebericht, der sich zum Ziel gesetzt hatte, die französischen Abgeordneten über die DDR zu informieren, ermöglicht nicht nur Einblicke in den Ablauf der Reise, sondern er vermittelt auch etwas von der Atmosphäre, in der sie stattgefunden hatte.[327] Während der erste Teil eine allgemeine Darstellung der DDR, ihrer Geschichte seit 1945, ihrer geografischen Gegebenheiten, ihres politischen und am ausführlichsten ihres wirtschaftlichen Systems enthielt, war der zweite Teil – die

Raimond wurde der Bericht mit der Bemerkung empfangen: „C'est intéressant, à condition de se méfier." Dennoch bat Michel Jobert Jean-Louis Lucet um eine Zusammenfassung für Pompidou.

322 Ibid.: Undatierter Bericht von de Broglie über das Gespräch mit Beil.

323 Ibid.: Note von Lucet vom 4. 11. 1970 für Pompidou: „Celui-ci [Gerhard Beil – Ch. W.] a surtout insisté sur l'inquiétude éprouvée par la RDA devant le rapprochement entre la RFA et l'URSS. La RDA serait donc disposée à conclure un accord économique avec la France afin d'éviter l'insertion, qu'elle juge sinon inéluctable, de son économie dans celle de la RFA. M. Beil se plaint amèrement du traitement défavorable par la France de la RDA."

324 Teilnehmer: Franck Cazenave (PDM), Paul Cormier (PDM), Jean Coumaros (UDR), Gérard Deliaune (UDR), Franz Duboscq (UDR), Roger Fossé (UDR), Jean Lainé (RI), Jean-Louis Massoubre (UDR), Édouard Schloesing (FGDS), Edmond Thorailler (UDR) und Pierre Villon (PCF), cf. AEFA, Groupe parlementaire: Pressekommuniqué vom 22. 1. 1971.

325 AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Telegramm der DEU, Arnaud, vom 20. 1. 1971 nach Bonn und Berlin.

326 Ibid.: Telegramm aus Berlin, Toffin, vom 2. 2. 1971.

327 AP, Assemblée, 2004-019/37: Bericht über die vom 25. 1. bis zum 1. 2. 1971 durchgeführte DDR-Reise, April 1971, S. 37: „Ce rapport a pour objectif de mieux faire connaître un pays géographiquement proche de nous, mais très éloigné quant à ses modes de vie et de pensée. Si ce but est atteint il aura apporté une modeste contribution au rapprochement entre deux peuples animés du même désir de paix."

eigentliche Reisebeschreibung – im Wesentlichen eine Schilderung der von der Delegation besichtigten Institutionen: einer LPG, eines VEB, eines Betriebes mit gemischtem Kapital sowie der Lokalverwaltung in Dresden und der Volkskammer. Bemerkenswert sind dabei vor allem Analogien zu französischen Institutionen oder direkte Vergleiche, etwa hinsichtlich zentralistischer Strukturen in der Lokalverwaltung in Frankreich und der DDR. Die Beschreibung eines Besuches im Dresdner Hygienemuseum diente den Verfassern des Berichts sogar als Ausgangspunkt für einen Vergleich zwischen der Sozialpolitik in beiden Ländern.[328] Die besichtigten Städte, Dresden und Ost-Berlin, wurden vor allem unter dem Gesichtspunkt des erfolgreichen Wiederaufbaus beschrieben. Dadurch sollte nicht zuletzt die Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Volkswirtschaft und das Interesse Frankreichs unterstrichen werden, mit der DDR als bedeutender Wirtschaftsmacht Beziehungen aufzubauen.[329] Ein weiteres wichtiges Thema des Berichts war die Begegnung der Delegationsteilnehmer mit ihrer Erinnerung an die nationalsozialistische Vergangenheit. Wie fast alle französischen Parlamentarierdelegationen zuvor hatte auch die Gruppe um Fossé ein Konzentrationslager besichtigt. Die Verstaatlichung von Betrieben wurde im Bericht demgegenüber als Beleg für eine erfolgreiche Entnazifizierung beschrieben. Der Höhepunkt der Reise in dieser Hinsicht war jedoch ein von der Deufra am letzten Tag organisiertes Essen mit aktiv am französischen Widerstand beteiligten Deutschen in Ost-Berlin zu Ehren der Delegation; eine Begegnung, die bei den französischen Parlamentariern einen großen Eindruck hinterließ und sie in ihrer Sicht auf die französisch-ostdeutschen Beziehungen bestärkte.[330]

In seinem Bericht für den Ministerpräsidenten Jacques Chaban-Delmas über die in der DDR geführten Gespräche unterstrich Roger Fossé den Willen der DDR zu friedlicher Koexistenz und machte Vorschläge für den Ausbau der französisch-ostdeutschen Beziehungen.[331] Die Frage der diplomatischen Anerkennung werde

[328] Ibid., S. 22: „La législation est très comparable à celle de la France en matière de protection maternelle et infantile et en ce qui concerne les allocations familiales, par exemple. Les réalisations nous ont paru très supérieures à celles de notre pays dans le domaine des crèches publiques qui accueillent les enfants des nombreuses femmes qui travaillent."

[329] Ibid., S. 36: „Au terme de ce voyage d'une semaine, la délégation a pu se rendre compte de l'immense effort accompli par les dirigeants et les habitants de la RDA pour faire accéder leur pays au rang de grande puissance économique. Le développement des relations de toute sorte entre la France et la RDA semble en conséquence plus souhaitable que jamais."

[330] Ibid., S. 35: „La conversation très amicale porta surtout sur la Résistance allemande car nos hôtes étaient tous d'anciens résistants et plusieurs d'entre eux avaient été officiers dans la Résistance française. […] Au cours de ce dîner [Essen mit dem Präsidenten der Freundschaftsgesellschaft DDR-Frankreich der Volkskammer am Abend desselben Tages – Ch. W.], dans une ambiance très amicale, le désir de voir la France et la RDA entretenir des relations plus étroites fut affirmé de part et d'autre."

[331] AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Schreiben von Fossé vom 3. 3. 1971 an den Premier ministre, Chaban-Delmas (Kopien an das Außenministerium und den Präsidenten der Nationalversammlung): „Le but principal des dirigeants de la RDA a consisté à créer un État souverain poursuivant une politique de paix. […] Cet État indépendant entend poursuivre une politique de paix et de coexistence pacifique. D'abord parce que ses di-

von ostdeutscher Seite nicht als Vorbedingung angesehen und der von den Gesprächspartnern geäußerte Wunsch, kulturelle Beziehungen zu entwickeln, sei der französischen Delegation aufrichtig erschienen. Als die drei zentralen Themen der Gespräche benannte Fossé die Anerkennung ostdeutscher Pässe, die Beziehungen auf parlamentarischer Ebene sowie die zwischenstaatlichen Beziehungen. Gleichzeitig übermittelte er die Forderungen des stellvertretenden Außenministers der DDR, Ernst Scholz, der die Umwandlung des in Ost-Berlin ansässigen Büros der französischen Industrie (BEIF) in eine offizielle Handelskammer ebenso anmahnte wie die Aufnahme konsularischer Beziehungen. Vor diesem Hintergrund forderte Fossé von der französischen Außenpolitik im Namen der Delegation, sich auf die DDR zuzubewegen und Gespräche aufzunehmen.[332] Dass sich bei den Gesprächen in Ost-Berlin auf beiden Seiten ehemalige KZ-Häftlinge und am Widerstand Beteiligte gegenüber gesessen hatten, erleichterte sichtlich die Verständigung über ideologische Differenzen hinweg und macht die aus dem Reisebericht und dem Schreiben an Chaban-Delmas sprechende Einigkeit zwischen französischen und ostdeutschen Abgeordneten bezüglich der zu realisierenden Beziehungen nachvollziehbar.[333] Es zeigt sich an diesem Beispiel einmal mehr, mit welcher Intensität die verbindenden Kriegserfahrungen von Franzosen und Deutschen in die Zeit nach dem Krieg hineinwirkten. Die Bemerkungen des stellvertretenden DDR-Außenministers hinsichtlich des vermeintlichen Interesses Frankreichs an einer Festschreibung der deutschen Teilung wurden zwar übermittelt, jedoch nicht aufgegriffen.[334] Um über die Reise zu berichten, lud die Freundschaftsgesellschaft ihre Mitglieder zum „dîner-débat" ins Restaurant der Nationalversammlung ein. Unter den über diesen Teilnehmerkreis hinaus Eingeladenen mit Interesse am Problem der französisch-ostdeutschen Beziehungen befanden sich auch Edgar Faure und Georges Gorse.[335]

In seinem Schreiben an Chaban-Delmas hatte Fossé die offizielle Genehmigung für eine DDR-Reise französischer Parlamentarier als einen ersten Schritt beim Ausbau der parlamentarischen Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR bezeichnet und gleichzeitig einen Gegenbesuch als weiteren notwendigen Schritt

rigeants ont la volonté de répudier définitivement les ‚démons du passé' et de ne pas permettre qu'une nouvelle guerre parte du sol allemand. Ensuite parce que cela est conforme à ses intérêts de petit pays au cœur de l'Europe. Dans ce cadre général l'ouverture vers la France est désirée."

[332] Ibid.: „Ainsi, d'étape en étape, il serait possible de progresser sans porter préjudice aux intérêts et aux engagements antérieurs des deux partenaires, mais aussi sans attendre que le problème de la reconnaissance de la RDA par la France soit définitivement résolu. […] Il convient d'ajouter qu'au terme de ce voyage la délégation unanime a recueilli la conviction que des discussions étaient dès maintenant possibles avec les dirigeants de la RDA. Elle estime de son devoir de le dire nettement aux autorités françaises qui détiennent les pouvoirs de décision."

[333] AP, Assemblée, 2004-019/37: Bericht über die vom 25. 1. bis zum 1. 2. 1971 durchgeführte DDR-Reise, April 1971, S. 2: „Toutes les discussions se sont déroulées dans une ambiance empreinte d'amitié et de franchise quand bien même les points de vue de nos interlocuteurs ne recueillaient pas toujours notre adhésion."

[334] Ibid., S. 31 f.

[335] AEFA, Groupe parlementaire: Briefe von EFA, Périllier, vom 28. 4. 1971 an Faure und Gorse.

eingefordert.[336] Das in diesem Zusammenhang bestehende Visa-Problem – man hatte von ostdeutscher Seite darauf bestanden, die benötigten Visa unmittelbar von den französischen Behörden zu erhalten – konnte in den folgenden Monaten gelöst werden. Bereits im Juni 1971 empfing die Freundschaftsgesellschaft eine Delegation ostdeutscher Parlamentarier zu einem Gegenbesuch in Frankreich auf Kosten der Nationalversammlung. Stationen der Reise waren unter anderem die Rathäuser von Boulogne-Billancourt und von Blois, wo die Delegation von Georges Gorse und Pierre Sudreau empfangen wurde. Außerdem stand ein Treffen mit dem Präsidenten des Auswärtigen Ausschusses, Jean de Broglie, auf dem Programm.[337] Was nicht zustande kam, war ein Empfang im *Quai d'Orsay*. Eine nicht näher gekennzeichnete Note aus den Archiven der EFA erklärt dies mit der ablehnenden Haltung der politischen Abteilung des Ministeriums. Maurice Schumann habe daraufhin entschieden, einen Vertreter der DREE zu entsenden – sehr zum Missfallen der Organisatoren, da man auf französischer Seite insbesondere über die kulturellen Beziehungen zu sprechen beabsichtigte. Der ursprünglich vorgesehene Vertreter Schumanns – wahrscheinlich André Spiral, im Kabinett des Ministers für die Beziehungen mit dem Parlament zuständig – war an dem entsprechenden Abend verhindert.[338] Der einzige anwesende Vertreter eines französischen Ministeriums war somit der für die Aushandlung der bilateralen Handelsabkommen zuständige DREE-Mitarbeiter, der die Aufgabe hatte, Schumann Bericht zu erstatten. Gewichtiger als das Fehlen eines geeigneten Gesprächspartners erscheint jedoch die Tatsache, dass die Teilnehmer der ostdeutschen Delegation selbst keinerlei Interesse an kulturellen Beziehungen zeigten und über aktuelle Entwicklungen in diesem Bereich nicht informiert waren.[339]

Nur wenige Wochen später waren die französisch-ostdeutschen Kulturbeziehungen hingegen Thema einer Anhörung Schumanns durch den Auswärtigen Ausschuss. Der erste umfangreiche Meinungsaustausch zu diesem Problem wurde angeregt durch eine Frage von Xavier Deniau (UDR, Loiret), der bereits im Oktober 1970 in seinem vom Ausschuss einstimmig angenommenen Bericht über das Budget des Außenministeriums die Aufnahme kultureller Beziehungen mit der

[336] AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Schreiben von Fossé vom 3. 3. 1971 an den Premier ministre, Chaban-Delmas (mit Kopien an das Außenministerium und den Präsidenten der Nationalversammlung): „Ceci pourrait incontestablement constituer un geste amical auquel nos hôtes éventuels seraient hautement sensibles, en même temps qu'un pas vers la solution du problème général de la reconnaissance des passeports."

[337] AEFA, Groupe parlementaire: Programme pour la visite en France d'une délégation de députés de la République démocratique allemande, 1.–7. 6. 1971.

[338] Ibid.

[339] Ibid.: Note concernant le séjour en France de la délégation des députés de la Chambre du peuple: „Or, dans l'intervention de Sieber, il y a eu exactement deux phrases sur les problèmes culturels. […] le fait par exemple que la délégation n'ait pas été mise au courant avant son départ de la rencontre de Irène Gysi avec un représentant du ministère des Affaires culturelles et des résultats de cette rencontre, que Walkonski [sic] m'ait dit au cours du repas que les députés n'avaient pas à poser les problèmes culturels, me fait craindre que ces problèmes soient des soucis secondaires pour nos amis allemands." Die Note stammt vermutlich vom EFA-Generalsekretär, der sich an dieser Stelle auch darüber beschwerte, dass man ihn nicht stärker in den Aufenthalt der ostdeutschen Delegation mit einbezogen hatte.

DDR gefordert hatte.[340] Diese Sitzung hatte seinerzeit genau einen Tag nach der konstituierenden Sitzung der parlamentarischen Freundschaftsgesellschaft stattgefunden, der Deniau ebenfalls angehörte. Sein Bericht hatte den EFA zudem als Grundlage für das Gespräch mit einem Vertreter des französischen Ministeriums für Kultur gedient.[341] Dass Deniau die Frage der französischen Politik gegenüber der DDR auf dem Gebiet der Kulturbeziehungen in der Sitzung vom 2. Juli 1971 erneut zur Sprache brachte, ist wiederum auf einen Brief des EFA-Generalsekretärs zurückzuführen, der ihn kurz zuvor über aktuelle Entwicklungen in diesem Bereich informiert hatte.[342]

Nachdem Maurice Schumann eine ausführliche Bilanz der französisch-ostdeutschen Kultur- und Wirtschaftsbeziehungen gezogen hatte, kam er auch auf den Austausch von Personen zu sprechen. Als herausragendes Beispiel erwähnte er den Empfang der ostdeutschen Parlamentarierdelegation einen Monat zuvor durch die Freundschaftsgesellschaft der Nationalversammlung, mit derem Präsidenten er im Umfeld dieses Besuches mehrfach in direktem Kontakt gestanden habe.[343] Dessen ungeachtet übte der Präsident des Auswärtigen Ausschusses, Jean de Broglie (RI, Eure), scharfe Kritik an der Unentschlossenheit der französischen Politik gegenüber der DDR und betonte das große Interesse des Ausschusses für diese Problematik.[344] Seine Kritik bezog sich vor allem auf die Außenhandelsbeziehungen Frankreichs, im Rahmen derer die DDR noch schlechter gestellt sei als Albanien.[345] Zwar forderte er ausdrücklich nicht die Anerkennung der DDR, sah aber aufgrund der intensiven deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen französische Interessen in Gefahr und setzte sich deshalb für die Eröffnung einer offiziellen französischen Handelskammer in Ost-Berlin ein.[346] Pierre Sudreau (PDM, Loir-et-Cher) betonte demgegenüber die Bedeutung Schumanns für die Entwicklung der französischen Beziehungen zur DDR, allerdings nicht ohne die von de Broglie geübte Kritik an der Geschwindigkeit dieser Entwicklung zu bekräftigen.[347] Im Vergleich zur Bundesrepublik und zu den Niederlanden habe Frank-

[340] ANF, 20060135/10: Protokoll der Sitzung vom 22. 10. 1970, S. 4.
[341] AEFA, Groupe parlementaire: Brief von EFA, Lenoir, vom 24. 3. 1971 an Deniau.
[342] Ibid.: Brief von EFA, Lenoir, vom 22. 6. 1971 an Deniau.
[343] ANF, 20060135/10: Protokoll der Sitzung vom 2. 7. 1971, S. 4 ff.
[344] Ibid., S. 7: „Monsieur le ministre, à mon tour, je voulais vous rappeler combien ce problème de nos relations avec la RDA soucie la commission des Affaires étrangères. […] Nous ne comprenons pas très bien l'espèce de zone indécise où nous nous situons et l'utilité de cette indécision."
[345] Diesen Vergleich hatte Gerhard Beil Jean de Broglie unter Verweis auf das JO vom 6. 9. 1970 bereits anlässlich des Gesprächs im Oktober 1970 nahegelegt, cf. ANF, 5 AG 2, 1009: Undatierter Bericht von de Broglie.
[346] ANF, 20060135/10: Protokoll der Sitzung vom 2. 7. 1971, S. 8: „D'autre part, j'ai l'impression que l'Allemagne fédérale tend à se réserver l'Allemagne de l'Est comme chasse gardée économique. À trop vouloir complaire à la République fédérale, en restant éloignés de ce secteur, il me semble que nous finirons par y perdre des intérêts tout à fait légitimes aussi bien commerciaux qu'idéologiques."
[347] Ibid., S. 21: „Je tenais à vous rendre hommage, Monsieur le ministre, à votre compréhension et à votre efficacité, car c'est bien grâce à vous que des changements se sont produits depuis l'année dernière, notamment dans le domaine économique. […] Ce n'est pas l'intérêt de la France de négliger ses possibilités économiques face à la RDA, et

reich, so Sudreau, dank seiner strikten Bündnissolidarität gegenüber der Bundesrepublik das Nachsehen.[348] Bei Pierre Sudreau, einem Mitglied der Freundschaftsgesellschaft in der Nationalversammlung, kann neben seiner Deportation nach Buchenwald ein weiteres Motiv für sein Interesse an Beziehungen mit der DDR ausgemacht werden: Sudreau war Verbandspräsident der französischen Eisenbahnindustrie *(Fédération des industries ferroviaires),* der es 1970 gelungen war, mit dem Verkauf von 10 000 Eisenbahnwaggons den bis dahin umfangreichsten Vertrag im Rahmen der französisch-ostdeutschen Handelsbeziehungen abzuschließen.

Dass die Diskussion ganz entscheidend von de Broglie und Sudreau geprägt wurde, war aber allein schon deshalb kein Zufall, weil sie kurz zuvor eine Reise nach Ost-Berlin absolviert hatten. Die beiden ehemaligen Minister von Georges Pompidou hatten sich dort zu Gesprächen mit Volkskammerabgeordneten, dem Minister für Außenhandel sowie mit Hermann Axen getroffen. Der von de Broglie verfasste Reisebericht hatte wenige Tage nach dieser Sitzung auch als Grundlage für ein Gespräch mit dem Präsidenten Pompidou gedient.[349] Wichtigstes Anliegen sowohl des Berichts als auch des Gesprächs war es, die DDR als einen vielversprechenden Wirtschafts- und Handelspartner darzustellen, um die in viele Schmeicheleien verpackte Forderung der DDR nach Eröffnung einer offiziellen französischen Handelskammer in Ost-Berlin zu rechtfertigen.[350]

De Broglie zeigte sich nach seiner Reise vor allem von zwei in der DDR gemachten Beobachtungen sehr überrascht: zum einen von der Effizienz der ostdeutschen Planwirtschaft und zum anderen von der Akzeptanz des wirtschaftlichen und politischen Systems durch die Bevölkerung. Davon ausgehend versuchte er ein Bild der Situation in der DDR zu zeichnen: Im Laufe der Reise habe er sich davon überzeugt, dass der einst künstliche Staat sich als Wiedergänger eines älteren Staatsgebildes erweise. Der preußische Geist verleihe der DDR in Verbindung mit der kommunistischen Ideologie, so de Broglie vor dem Auswärtigen Ausschuss, eine nationale Eigenständigkeit („densité nationale"). Für den Nachfahren

je trouve que notre président a raison quand il dit que notre pays ne va pas assez vite. En fait ce qui est en jeu, c'est une certaine suprématie économique en Europe. Nous devons faire des gestes; nous devrions témoigner d'une certaine liberté d'allure et d'une certaine volonté d'action. C'est l'intérêt de notre pays sans parler d'autre chose."

348 Ibid., S. 23: „Finalement nous sommes les dindons de cette évolution."

349 ANF, 5 AG 2, 87: Brief von de Broglie vom 15. 7. 1971 an Pompidou; Übermittlung des Berichtes in Vorbereitung eines Treffens am 16. 7. 1971. Es ist anzunehmen, dass die Unterredung mit Pompidou von de Broglie beantragt wurde, nachdem Schumann die Forderung nach einer offiziellen französischen Handelskammer mit einem Verweis auf deren politische Implikationen vor dem Auswärtigen Ausschuss abgelehnt hatte. Der im Nationalarchiv aufbewahrte Bericht genießt noch heute eine derart hohe Geheimhaltungsstufe, dass er erst über den Umweg einer Anfrage bei der CADA eingesehen werden konnte.

350 Ibid.: Note sur un déplacement en RDA accompli par MM. Sudreau et de Broglie, unterzeichnet von de Broglie: „En bref, il s'agit d'un partenaire à économie développée, demandant des échanges de produits manufacturés et comportant un grande marge de valeur ajoutée. […] En un mot, ce que l'on souhaite est la création à Berlin-Est d'une mission économique officielle, dans un délai rapide. Et l'on serait sans doute disposé à se contenter de cela."

von Mme de Staël existierten zwei deutsche Staaten, er unterschied zwischen Deutschland auf der einen und Preußen auf der anderen Seite.[351] In seinem Bericht für den französischen Präsidenten sprach er vom Einfluss Bismarcks auf den Kommunismus ostdeutscher Prägung, dessen Realisierung Zustimmung in der Bevölkerung finde; mit dem Ergebnis, dass aus einem artifiziellen Gebilde schließlich ein realer Staat entstanden sei.[352]

Das Interesse der DDR an Beziehungen mit Frankreich erklärte de Broglie mit einem „Rapallo-Komplex", der wesentlich stärker ausgeprägt sei als in Frankreich, sowie mit dem Bedürfnis, dem Einfluss der Bundesrepublik entgegenzuwirken.[353] Das Interesse Frankreichs an Beziehungen mit der DDR begründete er umgekehrt mit einem neuen europäischen Gleichgewicht, welches die ältere Form einer Koexistenz der Blöcke ablösen werde, und mit der zentralen Rolle, die die DDR innerhalb dieses neuen Europas spielen werde. Seine Vorstellung von einem europäischen Gleichgewicht basierte jedoch ganz offensichtlich auf einer dem 19. Jahrhundert entlehnten Europakonzeption. Der während dieser kurzen Reise gewonnene Eindruck großer Leistungsfähigkeit brachte Jean de Broglie zu einem Vergleich der DDR mit dem friderizianischen Preußen und zu der Überzeugung, dass Europa mit dem neuen „alten Preußen" rechnen müsse.[354]

[351] ANF, 20060135/10: Protokoll der Sitzung vom 2. 7. 1971, S. 7 f.: „Il ne nous faut pas vivre sur des idées reçues. Bien sûr, pendant longtemps la RDA a formé un État artificiel, puis un État branlant, avant de retrouver en quelque sorte sa densité nationale. […] il me semble bien que l'on peut observer dans ce pays une sorte de mariage de l'idéologie communiste avec l'esprit prussien – je dis bien prussien, pas allemand – cet État a retrouvé un vieux berceau national. Le mélange a renouvelé certaines disciplines nationales dont une énergie latente, qualité maîtresse de ce peuple. Nous avons assisté à la renaissance d'un ancien État qui tourne maintenant son supplément d'énergie vers une activité économique ouverte sur de nouvelles structures sociales."

[352] ANF, 5 AG 2, 87: Note sur un déplacement en RDA accompli par MM. Sudreau et de Broglie: „Une dose bismarckienne semble avoir été subtilement mêlée à l'idéologie régnante. Et ce mélange a dégelé, puis attiré l'opinion, puis enfin paraît avoir créé l'élan. […] La fierté des réalisations a pris le pas sur les incertitudes. […] En définitive il nous est apparu de façon claire et abrupte que la République démocratique allemande, création artificielle, puis sorte de gouvernorat soviétique, avait atteint aujourd'hui sa réalité d'État, et retrouvé une identité prussienne, qui l'éloigne d'ailleurs pour l'instant du reste de l'Allemagne."

[353] Ibid.: „À l'égard de la RDA [sic] le sentiment antinazi est beaucoup plus net que le sentiment anticapitaliste. C'est vraiment à cause des anciens hitlériens vivant à l'Ouest que l'on ne veut pas l'unification. […] C'est en RDA qu'il faut venir pour connaître ceux qui ont vraiment peur d'un nouveau Rapallo, qui pourrait limiter leur indépendance, et les obliger à une double dépendance économique. Ceci explique leur désir de se tourner vers la France, tant pour y trouver un point d'appui dans le jeu d'équilibre européen que pour assurer à leur économie et à leurs échanges la diversité nécessaire."

[354] Ibid.: „L'impression de densité, d'efficacité, de sûreté que l'on éprouve convainc le visiteur qu'une page est en train de tourner, que la vieille Prusse de Frédéric revit sous le manteau d'une démocratie populaire, d'âme aussi obstinée, aussi disciplinée, et aussi militaire dans ses entreprises économiques que fut toujours ce Pays. L'Europe qui vient comptera avec la RDA. Il serait bon de ne pas être les derniers, mais si possible les premiers, à tirer les conclusions et les avantages qui peuvent découler pour nous d'un prévision aussi certaine." Cf. auch ANF, 20060135/10: Protokoll der Sitzung vom 21. 7. 1971, S. 8: „Pour aller au fond de mon sentiment, j'ajouterai que l'Allemagne de l'Est va faire parler d'elle non

Im Anschluss an die Diskussion, die de Broglie und Sudreau mit Maurice Schumann in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am 2. Juli 1971 führten, erkundigte sich Raymond Bousquet (UDR, Paris), in welchem Rahmen eine Reise des Ausschusses in die DDR durchführbar sei. Der Minister wies dieses Ansinnen entschieden zurück. Seine Ablehnung begründete er jedoch nicht mit dem üblichen Argument, man dürfe der Bundesrepublik in ihren Verhandlungen mit Moskau und Ost-Berlin nicht in die Quere kommen, sondern mit einem möglichen Schaden für die französische Ostpolitik und die französisch-sowjetischen Beziehungen.[355] Dennoch reiste Ende September, nicht einmal drei Monate später, eine Delegation des Auswärtigen Ausschusses unter Leitung ihres Präsidenten, Jean de Broglie, in die DDR.[356] Unter den Delegationsteilnehmern befand sich auch ein Mitglied der Freundschaftsgesellschaft. Es handelte sich um Jean Coumaros (UDR, Moselle), der bereits im Januar desselben Jahres an einer DDR-Reise dieser Gesellschaft teilgenommen hatte.

Der Präsident der Freundschaftsgesellschaft, Roger Fossé, hatte Jacques Chaban-Delmas nach der Rückkehr von seiner Reise im Januar 1971 bereits den ostdeutschen Vorschlag unterbreitet, dass künftig auch Delegationen zwischen den Fachausschüssen von Nationalversammlung und Volkskammer ausgetauscht werden könnten.[357] Die Reise einer Delegation des Auswärtigen Ausschusses war die erste Reise eines Fachausschusses der französischen Nationalversammlung beziehungsweise des Senats in die DDR. Empfangen wurde sie von Willi Stoph, dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, mit dem de Broglie auch ein Gespräch unter vier Augen führte. Die Delegation nutzte die Gelegenheit zu Treffen mit dem Außenminister, dem Präsidenten der Volkskammer, dem Minister für Außenhandel und seinem für Westeuropa zuständigen Staatssekretär und besichtigte anschließend Dresden und Potsdam.[358]

Im Gegensatz zur ersten Reise von de Broglie wenige Monate zuvor erregte diese Reise im September 1971 einiges Aufsehen. Das dürfte unter anderem an einem Interview gelegen haben, das de Broglie für das ostdeutsche Fernsehen gab, und daran, dass die *Prawda* ihn obendrein mit den Worten zitierte, diese Reise habe zum Ziel, offizielle Kontakte herzustellen und die Beziehungen zwischen beiden Staaten zu verbessern.[359] Auch *Le Monde* berichtete mehrfach über

seulement sur le plan européen, mais encore dans le monde de l'Est. Ses habitants, très organisés et dynamiques, joueront un rôle très important."

355 Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 2. 7. 1971, S. 44 f.

356 Teilnehmer: Jean de Broglie (RI, Eure), Jean Coumaros (UDR, Moselle), Léon Feix (PCF, Val-d'Oise), Raymond Réthoré (UDR, Charente) und Bernard Tremeau (UDR, Saône-et-Loire); cf. AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Pressekommuniqué des Auswärtigen Ausschusses vom 27. 9. 1971.

357 Ibid.: Schreiben von Fossé vom 3. 3. 1971 an den Premier ministre, Chaban-Delmas: „Ceci [Gegenbesuch der Freundschaftsgesellschaft DDR-Frankreich der Volkskammer – Ch. W.] pourrait incontestablement constituer un geste amical auquel nos hôtes éventuels seraient hautement sensibles, en même temps qu'un pas vers la solution du problème général de la reconnaissance des passeports."

358 Ibid.: Note der DEU vom 5. 10. 1971.

359 Ibid.: Telegramm aus Moskau, Seydoux, vom 1. 10. 1971.

die Reise.[360] Und die britische Botschaft in Paris sah sich wiederholt genötigt, dem *Foreign Office* zu versichern, dass diese Reise von de Broglie keinerlei Änderung der offiziellen Haltung Frankreichs impliziere; Hintergrund war ein Telegramm, in dem man die Haltung Frankreichs gegenüber der DDR infolge einer Pressekonferenz von Pompidou eine Woche zuvor als ambivalent beschrieben hatte.[361] Das größte Problem für die französische Außenpolitik bestand freilich auch weiterhin in der Interpretation solcher Reisen durch die Bundesrepublik. Um entsprechende Reaktionen aus Bonn zu vermeiden, wurde im Dezember 1971 eine Anfrage des Präsidenten des handelspolitischen Ausschusses der Nationalversammlung *(Commission de la production et des échanges),* Maurice Lemaire (UDR, Vosges), eine Delegation des von ihm geleiteten Ausschusses in die DDR zu entsenden, von der Europa-Abteilung des *Quai d'Orsay* abgelehnt.[362] In seiner Antwort an Lemaire bezeichnete Maurice Schumann den Austausch mit der DDR zwar als wünschenswert, bat ihn aber, die Reise aufgrund der zeitlichen Nähe zum Aufenthalt einer Delegation des Auswärtigen Ausschusses in Ost-Berlin und der noch ausstehenden Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau zu verschieben.[363] Einer erneuten Anfrage von Lemaire nach Ratifizierung der beiden Verträge stimmte Schumann, obgleich zögerlich, zu.[364]

Während die Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR im Laufe des Jahres 1972 allmählich in greifbare Nähe rückte, gingen die Aktivitäten der Freundschaftsgesellschaft in der Nationalversammlung zurück. Dies ist vor allem auf das absehbare Ende der Legislaturperiode und auf die im März 1973 stattfindenden Parlamentswahlen zurückzuführen. Hinzu kamen strukturelle Probleme, die sich aus dem Verhältnis zu den EFA ergaben, und das Abflauen eines von Georges Gorse noch im Herbst des vorangegangenen Jahres als „Modeerscheinung" beschriebenen Interesses französischer Parlamentarier für die DDR.[365]

[360] Le Monde vom 29. 9., 30. 9., 1. 10. und 7. 10. 1971; außerdem erschien in der Ausgabe vom 2. 7. 1971 ein Artikel von Louis Périllier, dem ersten Präsidenten der Freundschaftsgesellschaft in der Nationalversammlung und zu diesem Zeitpunkt EFA-Präsident, in der Rubrik „Libres opinions" unter dem Titel „Reconnaître la RDA".

[361] NAUK, FCO 33/1345: Telegramme der brit. Botschaft, Paris, vom 24. 9. 1971 über die Pressekonferenz von Pompidou sowie vom 29. 9., 3. 10. und 8. 10. 1971 über die Reise des Auswärtigen Ausschusses an das FCO.

[362] AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Note der DEU vom 8. 12. 1971 an das Kabinett des Ministers: „Il paraît d'autant moins opportun de le renouveler que le Parlement français pourrait alors sembler désireux d'entretenir avec les instances représentatives de la RDA des rapports plus réguliers et plus suivis qu'avec aucun autre pays."

[363] Ibid.: Brief von Schumann vom 24. 12. 1971 an Lemaire: „[…] je ne vois que des avantages à ce que les contacts et les échanges avec la RDA se développent – et ils ont progressé de façon sensible ces dernières années – dans la mesure où ils n'impliquent pas de notre part un engagement politique qui serait de nature à susciter au gouvernement de la République fédérale des difficultés dans la politique qu'il a engagée à l'égard de l'Europe de l'Est."

[364] Ibid.: Brief von Lemaire vom 26. 5. 1972 an Schumann; Randglosse von Schumann: „Répondre oralement que nous ne pouvons pas nous opposer à ce projet."

[365] SAPMO, DY 30/IV 2/2.035/095, f. 63: Brief von Gorse vom 24. 9. 1971 an Axen: „La question de la RDA est désormais ‚à la mode' dans tous les milieux."

Der fünfte Nationalkongress der EFA im Mai 1972 bot für den im Oktober 1970 neu gegründeten *Groupe parlementaire d'étude des échanges franco-allemands* nicht nur Gelegenheit, Bilanz seiner Aktivitäten zu ziehen. Aus dem Briefwechsel zwischen seinem Präsidenten Roger Fossé und dem EFA-Generalsekretär Roland Lenoir in Vorbereitung dieses Kongresses wurde auch das problematische Verhältnis zwischen den beiden Organisationen deutlich. Das EFA-Präsidium hatte in seiner Sitzung vom 1. Februar 1972 beschlossen, die Mitglieder der parlamentarischen Freundschaftsgesellschaft im Namen der EFA einzuladen und sie zu schriftlichen Stellungnahmen über den Stand der französisch-ostdeutschen Beziehungen aufzufordern. Lenoir bat Fossé dafür um sein Einverständnis und schlug vor, dass die Briefe durch den Präsidenten der EFA unterzeichnet werden könnten. Gleichzeitig übermittelte Lenoir die Kritik des Präsidiums an der fehlenden Verbindung zwischen EFA und parlamentarischer Freundschaftsgesellschaft: Fossé nehme als Verbindungsperson zwischen beiden Institutionen zu selten an den Sitzungen des EFA-Präsidiums teil, weshalb man ihn bitte, einen Vertreter zu benennen.[366] Fossé ließ es sich jedoch nicht nehmen, den Brief an die Abgeordneten selbst zu unterzeichnen, auch wenn die Vorlage dafür von Lenoir stammte.[367] Am Kongress nahm Fossé nicht teil, sondern übermittelte eine schriftliche Bilanz sowie ein Grußschreiben.[368] Neben einem kleinen Abriss über die Aktivitäten der Gesellschaft benannte er hier die besonders an den französisch-ostdeutschen Beziehungen interessierten Abgeordneten[369] und erklärte, dass hinter seinem eigenen Engagement für die Anerkennung der DDR vor allem wirtschaftspolitische Motive stünden.[370]

Für den von Lenoir vorgeschlagenen Vertreter, Paul Cormier (PDM, Loir-et-Cher), musste bereits kurze Zeit später – Cormier war inzwischen verstorben – ein Ersatz gefunden werden. Lenoir wandte sich zu diesem Zweck jedoch nicht an

366 AEFA, Groupe parlementaire: Brief von EFA, Lenoir, vom 25. 2. 1975 an Fossé: „La présidence comprend parfaitement que vous soyez souvent empêchés de venir à ses réunions, mais, en même temps, elle constate que le manque de liaison avec nos groupes parlementaires de l'Assemblée nationale et du Sénat constitue un manque à gagner du point de vue de l'information et de la richesse de nos discussions."

367 Ibid.: Rundschreiben von Fossé vom 5. 4. 1972.

368 Rencontres 72 (Sept.–Okt. 1972), S. 18 und 23–25; als Begründung für sein Fehlen gab er gesundheitliche Gründe an.

369 Paul Barberot (PDM), Virgile Barrel (PCF), Daniel Benoist (FGDS), André Brugerolle (PDM), Jean Desanlis (UC), Robert Fabre (FGDS), Pierre Godefroy (UDR), Jean Lainé (RI), Marcel Massot (FGDS), Louis Odru (PCF), Édouard Schloesing (FGDS), Jacqueline Thome-Patenôtre (FGDS), Antonin Ver (FGDS) und Pierre Villon-Ginsburger (PCF), cf. Rencontres 72 (Sept.–Okt. 1972), S. 23.

370 Ibid., S. 24: „Le but à atteindre, c'est la reconnaissance diplomatique de la RDA par le gouvernement français et le développement des relations économiques entre nos deux pays. Les motifs qui me poussent à souhaiter et à aider à cette reconnaissance ne sont peut-être pas les mêmes que ceux de certains de mes collègues, mais le but à atteindre, lui, est le même. J'estime, pour ma part, que, sur le plan économique, sur le plan industriel, faisant abstraction de toute idéologie politique parce que j'estime que chaque pays a le droit de se gouverner comme il l'entend, et sur le plan de la sécurité mondiale, il est absolument nécessaire que le gouvernement français reconnaisse le plus rapidement possible la République démocratique allemande."

Fossé, sondern an den Generalsekretär der Fraktion der Unabhängigen, Michel Poniatowski, mit der Bitte um einen Vorschlag.[371] Der empfohlene Bernard Destremau (RI, Yvelines) nahm die Einladung zwar an, nur war er kein Mitglied der Freundschaftsgesellschaft in der Nationalversammlung.[372] Auch eine an sämtliche Fraktionsvorsitzenden der Nationalversammlung und an Jean de Broglie (RI, Eure) als Präsident des Auswärtigen Ausschusses gerichtete Anfrage der EFA vom Oktober 1972, zwecks Unterredung mit dem EFA-Präsidium, wurde von Louis Périllier gestellt, der Anfang der 1970er Jahre weder dem Parlament noch der Freundschaftsgesellschaft angehörte. Es wäre jedoch vielmehr an Fossé als Präsident des für parlamentarische Belange zuständigen Gremiums gewesen, eine solche Anfrage zu stellen.[373] Bei dem Gespräch des EFA-Präsidiums mit Jean de Broglie waren dementsprechend weder Fossé noch ein anderes Mitglied der parlamentarischen Freundschaftsgesellschaft vertreten.[374] Eine für September 1972 geplante Delegationsreise unter Leitung von Édouard Charret (UDR, Rhône) fand, soweit aus den Archiven ersichtlich, gar nicht mehr statt.[375]

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR durch die Französische Republik am 9. Februar 1973 fiel aufgrund der im März anstehenden Wahlen in ein parlamentarisches Vakuum. Erst im Juni konnte Fossé die Genehmigung für die Freundschaftsgesellschaft erneuern lassen, dieses Mal unter dem eigentlich für sie vorgesehenen Namen *Groupe d'amitié France-RDA*.[376] Mit der Legitimierung ihrer Existenz als auch dem Namen nach anerkannter Freundschaftsgesellschaft der Nationalversammlung setzte sich die Abnabelung von den EFA als Dachorganisation fort.[377] Zwar nahm sich der EFA-Generalsekretär anlässlich der Rekonstituierung im Juni 1973 erneut des Verhältnisses zwischen den beiden Gesellschaften an, adressierte seine Kritik jedoch nicht mehr an Fossé, sondern an einen der neuen kommunistischen Vizepräsidenten.[378]

[371] AEFA, Groupe parlementaire: Brief von EFA, Lenoir, vom 12. 5. 1972 an Poniatowski.
[372] Ibid.: Brief von Destremau vom 14. 6. 1972 an die EFA, Lenoir.
[373] Ibid.: Briefe von EFA, Périllier, vom 16. 10. 1972 an Aimé Paquet (RI), Gaston Deferre (FGDS), Robert Ballanger (PCF), Eugène Claudius-Petit (PDM), Marc Jacquet (UDR) und Jean de Broglie (RI).
[374] Ibid.: Bericht über das Treffen des EFA-Präsidiums (anwesend: Louis Périllier, Georges Castellan und Roland Lenoir) mit Jean de Broglie am 29. 11. 1972.
[375] Ein Telegramm der Europa-Abteilung vom August 1972 unterrichtete die französische Botschaft in Bonn über die Absicht von Édouard Charret, als Vizepräsident der Freundschaftsgesellschaft mit insgesamt zehn Abgeordneten Ende September 1972 in die DDR reisen zu wollen, cf. AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Telegramm der DEU, Arnaud, vom 3. 8. 1972 nach Bonn; über die Reise selbst findet sich weder in den Archiven des französischen Außenministeriums oder der Nationalversammlung noch im Archiv der EFA eine Spur.
[376] AP, Assemblée, 2004-019/38: Antrag auf Genehmigung der Freundschaftsgesellschaft von Fossé vom 5. 6. 1973.
[377] Es ist zum Beispiel auffällig, dass die Archive der EFA im Wesentlichen nur bis 1973 reichen, während der größte Teil der in der Nationalversammlung aufbewahrten Archive zur Freundschaftsgesellschaft die Zeit nach 1973 abdecken.
[378] AEFA, Groupe parlementaire: Brief von EFA, Lenoir, vom 21. 6. 1973 an Lucas.

*Übersicht über die Zusammensetzung des* Groupe d'amitié France-RDA *in der französischen Nationalversammlung 1967–1990*[379]

| | 1970<br>4. Legislaturperiode | | 1973<br>5. Legislaturperiode | | 1978<br>6. Legislaturperiode | | 1981<br>7. Legislaturperiode | | 1986<br>8. Legislaturperiode | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | *France-RDA* | Sitze insges. | *France-RDA* | Sitze insges. | *France-RDA* | Sitze insges. | *France-RDA* | Sitze insges. | *France-RDA* | Sitze insges. |
| PCF | 11 (3) | 34 | 14 (5) | 73 | 9 (3) | 86 | 10 (2) | 44 | 7 (2) | 35 |
| FGDS/PSRG/PS | 7 (3) | 57 | 14 (2) | 105 | 3 (1) | 113 | 8 (2) | 285 | 7 (1) | 212 |
| n. i. | 1 | 9 | 1 | 13 | 0 | 15 | 0 | 12 | 0 | 9 |
| PDM/UC/UDF | 11 | 33 | 4 (1) | 30 | 13 (2) | 123 | 2 | 62 | 0 | 131 |
| RDS | | | 4 (1) | 34 | | | | | | |
| RI | 9 (1) | 61 | 4 | 55 | | | | | | |
| UDR/RPR | 40 (7) | 293 | 18 (7) | 180 | 17 (6) | 154 | 6 (2) | 88 | 2 (1) | 155 |
| Gesamt | 79 (14) | 487 | 59 (16) | 490 | 42 (12) | 491 | 26 (6) | 491 | 16 (4) | 542 |

Im Vergleich zur vorangegangenen Legislaturperiode hatte sich 1973 nicht nur die Zusammensetzung der Gesellschaft stark verändert, auch die Zahl der Mitglieder war auf 59 zurückgegangen. Dieser Rückgang ist vor allem mit einem gesunkenen Interesse bei den Abgeordneten der UDR zu erklären: gegenüber 40 UDR-Politikern bei der Gründung 1970 waren es im Mai 1973, also nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR, nur noch 18 UDR-Politiker, die Mitglied der weiterhin von Roger Fossé (UDR) geleiteten Freundschaftsgesellschaft wurden. Zumindest teilweise lässt sich dies mit den starken Verlusten der UDR bei den Wahlen im März 1973 begründen: 17 UDR-Abgeordnete, die seit 1970 Mitglied der Freundschaftsgesellschaft gewesen waren, konnten ihr Mandat nicht behaupten. Gleichzeitig nahm die Zahl der kommunistischen Abgeordneten leicht zu. Vor allem aber verdoppelte sich die Anzahl jener Mitglieder, die der vom PS angeführten Fraktion angehörten, im erweiterten Präsidium der Freundschaftsgesellschaft war die Fraktion dennoch nur mit 2 Abgeordneten vertreten, während die Kommunisten 5 Mitglieder stellten, die im Übrigen allesamt neu ins Präsidium gewählt wurden.[380] Die UDR blieb mit 7 Abgeordneten die am stärksten im Präsidium der Freundschaftsgesellschaft vertretene Fraktion; RDS und UC, nun der Regierungsmehrheit zugehörig, waren mit je einem Vizepräsidenten vertreten.[381] Unter den diesen Fraktionen angehörenden Mitgliedern befanden sich

[379] Das Parteienschema wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit vereinfacht; die Angaben in den Klammern beziehen sich auf die Zusammensetzung des Präsidiums von France-RDA; der Strich bezeichnet die Trennung zwischen parlamentarischer Mehrheit und Opposition; siehe dazu auch die ausführliche Zusammensetzung von France-RDA im Anhang (CD-ROM).

[380] Mitglieder der Opposition während der 5. Legislaturperiode: als Vizepräsidenten Georges Gosnat (PCF), Henri Lucas (PCF) und Jacqueline Thome-Patenôtre (PSRG) sowie im erweiterten Präsidium César Depietri (PCF), Didier Eloy (PCF), Antonin Ver (PSRG) und Pierre Villon-Ginsburger (PCF).

[381] Mitglieder der Regierungsmehrheit während der 5. Legislaturperiode: als Präsident Roger Fossé (UDR), als Vizepräsidenten Marcel Cernau (UC), André Martin (RDS) und Lucien Neuwirth (UDR), als Generalsekretär Louis Sallé (UDR) sowie im erweiterten

auch Pierre Sudreau (UC) und Gabriel Péronnet (RDS). Ein weiteres prominentes Mitglied der Gesellschaft war seit 1973 Jean de Broglie (RI).

Der für die 5. Legislaturperiode konstatierte Mitgliederrückgang setzte sich in den folgenden Legislaturperioden kontinuierlich fort. Dennoch spielten die Beziehungen auf parlamentarischer Ebene bis zum Ende des Bestehens der DDR eine unvermindert wichtige Rolle für die politischen Kontakte zwischen den beiden Staaten. Zwar blieb Roger Fossé (UDR/RPR) bis 1986 Präsident und bis 1988 Vizepräsident, gleichzeitig ging das Gewicht seiner Fraktion innerhalb der Gesellschaft seit 1981 stark zurück. 1978 war der RPR noch die am stärksten vertretene Fraktion.[382] Nach dem Sieg François Mitterrands bei den Präsidentschaftswahlen 1981 und den sich daraus ergebenden starken Stimmenverlusten für den RPR im Parlament waren neben Fossé und René La Combe als Vizepräsidenten nur noch vier weitere RPR-Abgeordnete Mitglieder der Gesellschaft.[383] Und obwohl der RPR bei den Wahlen 1986 wieder Stimmen zurückgewinnen konnte, sank die Beteiligung von RPR-Abgeordneten im *Groupe d'amitié* weiterhin.[384] Das Amt des Präsidenten wurde 1986 von den Kommunisten übernommen: bis 1988 von Jean-Jacques Barthes und nach dessen Abwahl von Georges Hage. Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Beteiligung der kommunistischen Partei in der Freundschaftsgesellschaft relativ konstant blieb, während sie im selben Zeitraum in der Nationalversammlung stetig an Terrain verlor. So gehörten 1986 beispielsweise je 7 Mitglieder dem PCF und dem PS an, obwohl der PS 212 Sitze in der Nationalversammlung innehatte, während auf den PCF nur 35 entfielen. Die Beteiligung des PS ging 1978 stark zurück[385], nahm aber nach den Wahlerfolgen des Jahres 1981 wieder zu und blieb dann in den 1980er Jahren auf einem gleichbleibenden Niveau. Einziger PS-Vizepräsident der Freundschaftsgesellschaft zwischen 1981 und 1990 war André Delehedde. Daneben war der radikalsozialistische Olivier Stirn zwischen 1981 und 1986 als fraktionsloser Abgeordneter ebenfalls Vizepräsident. Die UDF war während der 6. Legislaturperiode noch zweitstärkste Fraktion innerhalb der Gesellschaft[386]; in den 1980er Jahren war sie dann kaum noch vertreten.[387]

Präsidium Albert Ehm (UDR), Antoine Gissinger (UDR), René La Combe (UDR) und Germain Sprauer (UDR).

382 RPR-Mitglieder während der 6. Legislaturperiode: als Präsident Roger Fossé, als Vizepräsident Antoine Gissinger, als Generalsekretär Louis Sallé sowie als Mitglieder im erweiterten Präsidium Joseph Comiti, Arnaud Lepercq und André-Georges Voisin.

383 RPR-Mitglieder während der 7. Legislaturperiode: als Präsident Roger Fossé, als Vizepräsident René La Combe sowie als Mitglieder Émile Bizet (bis 1982), Michel Cointat, Pierre-Bernard Cousté (seit 1982), Antoine Gissinger und Charles Miossec.

384 RPR-Mitglieder während der 8. Legislaturperiode: als Vizepräsident Roger Fossé und Michel Hannoun; RPR-Mitglieder während der 9. Legislaturperiode: Christiane Papon als Vizepräsidentin sowie René Couveinhes und Jean-Pierre Delalande.

385 PS-Mitglieder während der 6. Legislaturperiode: als Vizepräsident Louis Mexandeau sowie als Mitglieder Alain Bonnet und Albert Denvers.

386 Darunter Charles Deprez als Vizepräsident sowie René Feït als Mitglied des erweiterten Präsidiums.

387 UDF-Mitglieder während der 7. Legislaturperiode: Henri Bayard und Emmanuel Hamel; UDF-Mitglied während der 9. Legislaturperiode: Jean Briane; in der 8. Legislaturperiode gab es keine UDF-Mitglieder mehr.

Betrachtet man die regionale Verteilung der Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft über den gesamten Zeitraum ihrer Existenz, also zwischen 1967 und 1990, so ist eine gewisse regionale Konzentration festzustellen: Der Großraum Paris (*Ile-de-France* mit insgesamt 19 Abgeordneten) war am stärksten vertreten, gefolgt vom französisch-deutschen Grenzgebiet (*Lorraine* mit 10 und *Alsace* mit 6 Abgeordneten) sowie vom Norden Frankreichs (*Nord-Pas-de-Calais* mit 15 Abgeordneten). An vierter Stelle waren die Regionen *Aquitaine*, *Centre* und *Rhône-Alpes* mit je 13 Abgeordneten ebenfalls relativ häufig vertreten. Anhand einer Auflistung nach Départements lassen sich noch deutlicher regionale Schwerpunkte aufzeigen. Die Rangliste wurde angeführt vom Département *Nord* mit 10 Abgeordneten, gefolgt von den Départements *Moselle* und *Seine-Saint-Denis* (mit je 6 Abgeordneten) sowie den Départements *Gironde*, *Hérault*, *Loire* und *Pas-de-Calais* (mit je 5 Abgeordneten).

## Die DDR-Reise von Edgar Faure 1974

Dass die Reise der Parlamentarierdelegation um Jacqueline Thome-Patenôtre im Januar 1964 zu einem Höhepunkt des politischen DDR-Tourismus vor der diplomatischen Anerkennung wurde, lag nicht zuletzt an der Koinzidenz mit der durch Edgar Faure vorbereiteten Anerkennung Chinas. Ziemlich genau zehn Jahre später, im Januar 1974, stellte die Reise von Edgar Faure (inzwischen Präsident der Nationalversammlung) in die DDR den nächsten Höhepunkt dieses parlamentarischen Tourismus dar. Die Reise war keineswegs ein isoliertes Ereignis, sondern aus verschiedenen Gründen ein konsequenter Abschluss der bisherigen Entwicklung in den Beziehungen auf parlamentarischer Ebene. Auch markiert sie den mit der Gründung der Freundschaftsgesellschaften in Nationalversammlung und Senat eingeleiteten Übergang zur parlamentarischen Diplomatie.

Von Haus aus Geschäftsanwalt und Spezialist für Wirtschaftsfragen, geriet Faure durch den Zweiten Weltkrieg in die Politik, wo er seine Heimat im Radikalsozialismus fand.[388] 1945 vertrat er Frankreich bei den Nürnberger Prozessen. Im selben Jahr entschied er sich für eine politische Karriere, die ihn innerhalb weniger Jahre bis hinauf in das Amt des Regierungschefs führte. In dieser Funktion spielte er eine wichtige Rolle bei den Verhandlungen der Alliierten in Genf 1955, wobei er sich selbst als „rapprochiste" bezeichnete, als Brückenbauer zwischen West und Ost.[389] Wenige Monate später, unmittelbar nach der Genfer Gipfelkon-

[388] Berstein, Le radicalisme d'Edgar Faure, S. 10 f.

[389] AP, Sénat, 19 S 9: Protokoll der Sitzung vom 15. 3. 1955, S. 13 f.: „C'est un problème [Verhältnis zwischen den Pariser Verträgen und den Ost-West-Verhandlungen – Ch. W.] très important car vous n'ignorez pas que je suis personnellement très favorable – et je l'ai toujours été – à tout ce qui comporte une négociation avec l'Est, un rapprochement avec l'Est. Je le dis sans aucune gêne. Je ne suis pas de sentiment communiste ou crypto-communiste sur le plan intérieur, mais je suis ‚rapprochiste', si je puis employer ce terme, (sourires) c'est-à-dire que nonobstant notre politique intérieure, nonobstant la différence de régime, nonobstant l'histoire de la dernière décade, nous devons tout faire pour maintenir le contact avec l'Est, pour engager des conversations, pour assurer une paix qui ne soit pas simplement la guerre froide."

ferenz, sprach Faure sich vor dem Auswärtigen Ausschuss im Senat nicht nur für eine Besuchsdiplomatie auf höchster Ebene aus, sondern auch für den Ausbau der Kontakte auf parlamentarischer Ebene zwischen Ost und West.[390] Seine Vorstellung von einem Frankreich, das unabhängig von der binären Logik des Kalten Krieges seine internationale Position als Vermittler zwischen den Blöcken behaupten könne, entsprach auch seinem Naturell, dem Naturell eines kompromissbereiten Realpolitikers. Seine außenpolitische Konzeption, die auch sein Handeln in Genf bestimmte, ermöglichte ihm in den 1960er Jahren – trotz fortbestehender Bindung zum Radikalsozialismus – die Annäherung an Charles de Gaulle, in dessen Diensten er den Weg zur Anerkennung Chinas durch Frankreich ebnete.[391] Zwar hatten beide Politiker eine ähnliche außenpolitische Konzeption, eine ähnliche Auffassung von der internationalen Rolle Frankreichs nach dem Zweiten Weltkrieg. Der entscheidende Unterschied bestand indes darin, dass Faure seit 1955 nicht mehr durch eine außenpolitische Funktion innerhalb der französischen Regierung gehalten war, seine Vorstellungen von Koexistenz mit den Imperativen einer an Verträge und Allianzen gebundenen Außenpolitik zu vereinbaren.

Ohne kommunistischen Ideen nahezustehen, hatte Faure im Laufe der Jahrzehnte ein großes Interesse für China und die Sowjetunion entwickelt. Das belegen nicht zuletzt seine zahlreichen Reisen. Seinem Engagement für Beziehungen und Kontakte mit den Ländern jenseits des Eisernen Vorhangs war er in jeder Situation seiner politischen Karriere treu geblieben. So hatte er sich beispielsweise als Senator (GD, Doubs) während der zweiten Berlin-Krise für die Entstehung von Städtepartnerschaften über den Eisernen Vorhang hinweg eingesetzt. Hintergrund dafür war die für 1960 vorgesehene Streichung von Subventionen im Budget des französischen Außenministeriums für die *Association du monde bilingue*, die spätere FMVJ – jene Gesellschaft also, die seit 1959/60 auch einen ganz entscheidenden Anteil an der Entstehung der französisch-ostdeutschen Städtepartnerschaften hatte. Faure kritisierte den Einfluss der Bürokratie im Außenministerium in diesen Fragen und sprach sich dafür aus, dieses Feld nicht allein den Kommunisten zu überlassen. Er konnte sich allerdings mit seinen Ansichten im außen- und verteidigungspolitischen Ausschuss des Senats nicht durchsetzen.[392] Zur selben Zeit unterstützte er eine von den EFA organisierte Konferenz zum „Problème de Berlin". 1963 wurde er schließlich auch Mitglied im Nationalkomitee der Gesellschaft, dem er, unterbrochen nur durch die Tätigkeit als Mitglied der

[390] AP, Sénat 19 S 10: Protokoll der Sitzung vom 4. 8. 1955, S. 24.

[391] Colard, Edgar Faure et la politique internationale, passim.

[392] AP, Sénat, 48 S 2: Protokoll der Sitzung vom 26. 11. 1959, S. 7 f.: „Je demande à la commission de proposer le rétablissement de la subvention en entier. Les jumelages accomplis par l'association ont été faits judicieusement en général. Je ne vois pas d'ailleurs pourquoi lui reprocher des jumelages avec des villes soviétiques. C'est à l'échelon municipal que nous pouvons apporter beaucoup aux Soviétiques, car c'est véritablement un échelon commun. D'autre part, je ne crois pas bon que la haute main en la matière soit laissée à la bureaucratie du Quai d'Orsay. […] En matière de politique d'association, je ne suis pas d'accord; je maintiens qu'il n'est pas mauvais qu'une association de ce genre ne laisse pas à ‚France-URSS', par exemple, le monopole des relations avec les pays derrière le rideau de fer."

Regierung Pompidou (1966–1968), bis zu seinem Tode angehörte. Faures Engagement im Bereich der französisch-ostdeutschen Beziehungen gründete nicht zuletzt auf der Annahme, dass nur eine Verkettung wirtschaftlicher und nationaler Interessen auf Dauer Frieden gewährleisten könne.[393] Sein auf Wirtschaftsbeziehungen fokussiertes Interesse an der DDR war auch Thema einer Rede, mit der er einen außerordentlichen Kongress der EFA im Herbst 1973 eröffnete. Während dieser Kongress, an dem eine ganze Reihe von Abgeordneten teilnahm, ganz allgemein dem Ausbau der französisch-ostdeutschen Beziehungen infolge der diplomatischen Anerkennung gewidmet war, beschränkte sich Faure in seiner Rede ausschließlich auf die Wirtschaftsbeziehungen als Mittel zur Gewährleistung friedlicher Koexistenz.[394] Bereits zu Beginn der 1970er Jahre war er zudem in die Aktivitäten der entsprechenden Freundschaftsgesellschaft der Nationalversammlung mit einbezogen worden: So hatte er im Oktober 1972 zusammen mit dem Präsidenten der Nationalversammlung, Achille Peretti, und zahlreichen Vertretern dieser Gesellschaft eine bedeutende SED-Delegation in der Nationalversammlung empfangen. Außenminister Maurice Schumann hätte diesen öffentlich erbrachten Beweis für die Existenz parlamentarischer Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR vor der Aufnahme offizieller Beziehungen gerne verhindert. Allein, Georges Pompidou ließ Faure gewähren.[395]

Unter de Gaulle 1966 in die Regierung zurückgekehrt, ermöglichte ihm Pompidou 1972 zunächst, seine radikalsozialistisch inspirierte, links-gaullistische Sozialpolitik als Staatsminister der Regierung Messmer umzusetzen. Mit Pompidous Unterstützung gelangte Faure 1973 auch in das Amt des Präsidenten der Nationalversammlung, nach der Verfassung das dritthöchste Amt des französischen Staates. De facto wird diesem Amt in der französischen Politik ein wesentlich geringerer Stellenwert beigemessen. Dennoch hatte Faure die Absicht, von hier aus in naher Zukunft das Erbe Pompidous anzutreten.[396] Mit diesen Ambitionen im Gepäck reiste er am 10. Januar 1974 als erster französischer Staatsmann in die DDR.

Geplant war die Reise ursprünglich für September 1973. Vonseiten der DDR-Regierung hatte man sich gewünscht, sie möge die Aufnahme der DDR in die

[393] Eine entsprechende handschriftliche Notiz findet sich in dem der DDR und den EFA gewidmeten Dossier in seinem Privatarchiv: „L'élimination de la guerre par son impossibilité grâce à l'imbrication des intérêts économiques et des intérêts nationaux." In: ANF, 505 AP, II/287.

[394] „Les relations économiques actuelles sont donc complexes. Nous sommes passés de la phase de la parataxe à celle de la syntaxe et ces relations économiques peuvent être un moyen d'assurer davantage la paix, c'est-à-dire la paix par l'impossibilité de faire la guerre étant donné qu'elle se heurterait à la fois aux intérêts matériels et également aux intérêts de l'intelligence, aux intérêts mentaux." In: Rencontres 78 (nov.–déc. 1973), S. 11f.

[395] ANF, 5 AG 2, 1009: Note von Raimond vom 17. 10. 1972 für Pompidou: „Il [Maurice Schumann – Ch. W.] souhaiterait vivement obtenir de vous l'autorisation de dire, en tant que ministre des Affaires étrangères, à M. Edgar Faure qu'il ne peut recevoir la délégation de la RDA. M. Schumann estime que l'accueil par un ministre d'État de cette délégation, invitée par le Parti communiste français, aurait un retentissement international regrettable." Cf. ibid. auch die Randglosse von Pompidou: „Je n'étais pas au courant mais d'après deux phrases d'Abrassimov à Rambouillet je comprends que M. Faure a accepté. (J'avais cru qu'il s'agissait de fonctionnaires.)"

[396] Krakovitch, Edgar Faure, S. 186–190.

UNO im selben Monat befördern.[397] Faure hatte die Einladung Ende Juli 1973 angenommen, bereits zwei Wochen später unter Verweis auf die anstehenden Kantonalwahlen jedoch um eine Verschiebung der Reise gebeten.[398]

Das zentrale Problem bei ihrer Organisation, die über die Botschaften in Berlin und Paris abgewickelt wurde[399], bestand in der Absicht von Faure, für diese Reise ein Flugzeug der staatlichen Flugbereitschaft (GLAM) zu nutzen und damit in Schönefeld zu landen.[400] Es sollte das erste Militärflugzeug der Westalliierten sein, welches auf dem Gebiet der DDR landete; problematisch vor allem deshalb, weil zu befürchten war, dass man von ostdeutscher Seite versuchen würde, sich in eine Angelegenheit einzumischen, die nach bestehendem Recht den vier in Berlin stationierten Alliierten vorbehalten war.[401] Außenminister Michel Jobert persönlich unterrichtete Faure über die mit diesem Flug verbundenen Probleme und die diesbezüglich durch das Außenministerium unternommenen Anstrengungen. Vor dem Hintergrund des tatsächlich betriebenen Aufwands lässt das Schreiben Joberts den Eindruck entstehen, dass die Reise von Faure beziehungsweise die Entwicklung offizieller Beziehungen auf parlamentarischer Ebene vor allem deshalb die volle Zustimmung des Ministers genoss, weil auf diese Weise ein gewisses Interesse an den Beziehungen mit der DDR bekundet werden konnte, ohne dass eine direkte Einbeziehung der Regierungsebene notwendig geworden wäre.[402] Das mit dem Flug verbundene Problem wurde erst einen Tag vor Reisebeginn gelöst, indem man sich darauf einigte, nicht einen der üblichen Flugkorridore der Alliierten nach Berlin, sondern einen Nord-Süd-Korridor von Dänemark aus zu nutzen.[403] Weder bei der An- noch bei der Abreise kam es zu dem bis zuletzt gefürchteten Zwischenfall, der eine Landung beziehungsweise einen Start auf dem West-

[397] ANF, 505 AP, II/287: Handschriftl. Notiz von Gadot (Sekretär von Faure), die der offiziellen Einladung durch Götting beigefügt ist: „G. Gosnat m'a téléphoné pour m'indiquer que le gouvernement de la RDA souhaiterait vivement que ce voyage (3 ou 4 jours) puisse avoir lieu avant la session de l'ONU de la mi-septembre. Ses amis vous en seraient, paraît-il, très reconnaissants. Ils obtiendraient ainsi avant leur entrée aux Nations unies la reconnaissance d'une haute personnalité internationale."

[398] AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Brief von Faure vom 30. 7. 1973 an Götting (Präsident der Volkskammer): „C'est avec un très vif plaisir que j'ai pris connaissance de votre invitation à me rendre, en compagnie de mon épouse, en République démocratique allemande." Cf. ANF, 505 AP, II/287: Telegramm von Faure vom 16. 8. 1973 an Schramm (Geschäftsträger der DDR-Botschaft in Paris).

[399] AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Brief von Faure vom 18. 12. 1973 an Götting.

[400] Faure hatte daraus sogar eine Bedingung gemacht, um die Reise überhaupt anzutreten, cf. ibid.: Telegramm der DEU, Courcel, vom 4. 1. 1974.

[401] Ibid.: Note der DEU vom 26. 12. 1973; diese Note ist ein ausführliches Exposé der mit diesem Flug verbundenen politischen Probleme. Daneben ist die ungeheure Anzahl an Telegrammen und Noten im entsprechenden Dossier des MAE zu erwähnen, die in dieser Angelgenheit innerhalb weniger Wochen ausgetauscht wurden.

[402] ANF, 505 AP, II/287: Brief von Jobert vom 3. 1. 1974 an Faure: „Je me félicite du voyage officiel que vous allez entreprendre à Berlin-Est et en République démocratique allemande à l'invitation du président de la Chambre populaire. Je suis persuadé que cette visite, faite quelques mois après l'établissement de relations diplomatiques entre la France et la République démocratique allemande, contribuera à l'amélioration de nos relations avec cet État."

[403] AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Telegramm aus Bonn, Sauvagnargues, vom 9. 1. 1974.

Berliner Flughafen Tegel notwendig gemacht hätte. Der einzige diplomatische Zwischenfall, der sich während der Reise ereignete, war das unangekündigte Erscheinen des Ost-Berliner Stadtkommandanten der Nationalen Volksarmee während einer Zeremonie am Ehrenmal Unter den Linden.[404] Der *Quai d'Orsay* verzichtete jedoch auf eine offizielle Beschwerde gegenüber den ostdeutschen Behörden.

Die gewählte Maschine ermöglichte Faure, neben seiner Frau und zwei Beamten der Nationalversammlung, darunter der für die Freundschaftsgesellschaft *France-RDA* in der Nationalversammlung zuständige Sekretär, auch zwei Journalisten mitzunehmen. Zentraler Bestandteil seines Aufenthaltes waren Gespräche, die er mit dem Präsidenten der Volkskammer (Gerald Götting), dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR (Horst Sindermann) sowie mit dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED (Erich Honecker) führte. Außerdem hatte Faure bei einem Essen Gelegenheit zu einem Gespräch mit dem im Zentralkomitee der SED für die DDR-Außenpolitik zuständigen Hermann Axen. Der Geschäftsträger der französischen Botschaft, Jacques Jessel, der an den Gesprächen mit den Regierungsvertretern teilnehmen durfte, berichtete anschließend nach Paris, dass die ostdeutschen Gesprächspartner allesamt ihr Interesse an Wirtschafts- und Kulturbeziehungen mit Frankreich bekräftigt hätten. Von den Beziehungen auf politischer Ebene war, mit Ausnahme des mehrfach thematisierten Austausches der Botschafter, soweit aus den Quellen ersichtlich, nicht die Rede.[405]

Ein Jahr später lud Edgar Faure den Präsidenten der Volkskammer der DDR, Gerald Götting, zu einem viertägigen Aufenthalt nach Frankreich ein.[406] Überzeugt von der Bedeutung persönlicher Treffen, organisierte Faure für seinen Gast Gespräche mit Außenminister Jean Sauvagnargues und Premierminister Jacques Chirac. Die parlamentarische Ebene diente mithin der Initiierung erster Treffen zwischen Vertretern beider Regierungen.

## Die Freundschaftsgesellschaft *France-RDA* im Senat

Parallel zur Neugründung der Freundschaftsgesellschaft in der Nationalversammlung entstand 1970 auch im Senat eine vergleichbare Freundschaftsgesellschaft. Soweit aus den Archiven ersichtlich, waren deren Aktivitäten jedoch weit weniger

[404] Ibid.: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 14. 1. 1974: „Le seul élément déplaisant qui ait marqué ce voyage a été l'apparition non annoncée du commandant militaire est-allemand de la ville, lors de la cérémonie au mémorial des Victimes du fascisme. […] De toute façon il n'y a rien là qui soit de nature à modifier notre position sur le statut démilitarisé de Berlin." Siehe dazu auch das Titelbild des 2012 erschienenen Themenheftes von Wenkel/Robin-Hivert (Hrsg.), „La diplomatie parlementaire en France après 1945" der Zeitschrift Parlement[s]; und die dazugehörige Beschreibung, S. 129–131.

[405] Cf. dazu das entsprechende Dossier im Archiv des französischen Außenministeriums, AMAE, RDA 1971–1976, 3104.

[406] AP, Assemblée, 2004-019/43: Brief von Faure vom 20. 11. 1974 an Götting: „Lors du séjour que j'ai effectué sur votre invitation dans votre pays en janvier dernier, nous avions pu constater ensemble le rôle bénéfique important que jouent, dans le développement des relations internationales, les contacts directs et personnels entre hommes politiques."

umfangreich.[407] Dies kann unter anderem auf strukturelle Ursachen zurückgeführt werden. Ungeachtet der systembedingten Unterschiede verfügten die Nationalversammlung und die unter ihrem Dach entstandene Freundschaftsgesellschaft gewissermaßen über natürliche Ansprechpartner in der DDR: die Volkskammer und die Freundschaftsgesellschaft DDR-Frankreich der Volkskammer. Dem Senat indessen und der dort ansässigen Freundschaftsgesellschaft fehlten eigene Ansprechpartner in der DDR. Hinzu kam, dass man sich von ostdeutscher Seite offensichtlich bewusst auf die Beziehungen mit der Nationalversammlung konzentrierte.[408] Als sich die Freundschaftsgesellschaft des Senats zu Beginn der 1980er Jahre an einem toten Punkt befand, wandte sich der EFA-Generalsekretär an die Deufra in Ost-Berlin mit der Aufforderung, die Volkskammer möge mit dem Senat ebensolche Beziehungen unterhalten wie mit der französischen Nationalversammlung.[409] Für die Vorrangstellung des *Groupe parlementaire d'étude des échanges franco-allemands* ist es bezeichnend, dass sie dem *Groupe sénatorial* in verschiedener Hinsicht als Modell diente und selbst der Name in Analogie zu dem in der Nationalversammlung gefundenen Kompromiss gebildet wurde.[410] Auch ist auffällig, dass bei gemeinsamen Veranstaltungen beider Freundschaftsgesellschaften die der Nationalversammlung federführend war.[411] Die beteiligten Senatoren wirkten, soweit aus den vorhandenen Archiven ersichtlich, sehr viel reservierter als ihre Kollegen aus der Nationalversammlung und waren stärker auf ihre Unabhängigkeit bedacht.

Um die Gründung einer Freundschaftsgesellschaft im Senat zu initiieren, hatte André Hauriou, EFA-Präsident und ehemaliger Senator, im März 1970 eine Reihe von Senatoren zu einem Essen eingeladen. Hauriou verlieh seinem Anliegen Nachdruck, indem er sich auf ältere Traditionen bezog – gemeint waren Reisen in

[407] Die Rekonstruktion dieser Aktivitäten wird durch eine unbefriedigende Quellensituation erschwert. Trotz umfangreicher Recherchen der zuständigen Archivare konnte im Archiv des Senats kein entsprechendes Dossier ausfindig gemacht werden. Die folgenden Ausführungen basieren ausschließlich auf einem Dossier aus dem Archiv der EFA.

[408] Bei der von französischer Seite geplanten Einladung einer Volkskammerdelegation durch den Senat sah sich der EFA-Generalsekretär genötigt, seine ostdeutschen Ansprechpartner davor zu warnen, eine solche Einladung zu unterschätzen, cf. AEFA, Groupe sénatorial: Brief von EFA, Lenoir, vom 30. 6. 1972 an die Deufra: „À mon avis, toute sous-estimation d'une telle invitation, puisqu'elle émane du Sénat, serait nuisible."

[409] Ibid.: Brief von EFA, Duc, vom 10. 12. 1980 an die Deufra, Scholz: „Notre Comité national [EFA-Nationalkomitee, dem auch Vertreter der Freundschaftsgesellschaft im Senat angehörten – Ch. W.] du 15 novembre dernier souhaite voir s'établir des relations entre la Chambre du peuple et le Sénat comme il en existe avec l'Assemblée nationale."

[410] Ibid.: Brief von EFA, Lenoir, vom 11. 5. 1970 an Restat.

[411] Als Beispiel ließe sich der Frankreich-Aufenthalt einer SED-Delegation im Oktober 1972 anführen, an deren Empfang im Wesentlichen Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft der Nationalversammlung beteiligt waren. Erst wenige Tage vor einem aus diesem Anlass organisierten Essen wurde der Präsident der Freundschaftsgesellschaft im Senat angefragt, ob er an diesem Essen ebenfalls teilnehmen wolle, cf. ibid.: Brief von EFA, Lenoir, vom 17. 10. 1972 an Péridier; cf. auch ibid.: Brief von EFA, Lenoir, vom 29. 4. 1971 an das Präsidium der Freundschaftsgesellschaft im Senat bezüglich einer in der Nationalversammlung veranstalteten Diskussionsrunde über die Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR.

die DDR, an denen die eingeladenen Senatoren im vorangegangenen Jahrzehnt teilgenommen hatten.[412] Tatsächlich gehörten die Mitglieder der kurz darauf gegründeten Gesellschaft in den ersten Jahren ihres Bestehens mehrheitlich (zu über 50%) zu jenem Personenkreis, der seit 1959 die DDR bereist hatte – fast alle ehemaligen Delegationsteilnehmer wurden zwischen 1970 und 1974 Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft, soweit sie zu diesem Zeitpunkt noch über ein Mandat verfügten. Darunter auch ihr erster Präsident, Étienne Restat (GD, Lot-et-Garonne), der die DDR 1960 als Vorsitzender des landwirtschaftspolitischen Ausschusses bereist hatte. Die weiteren Mitglieder des Präsidiums waren vornehmlich an Delegationen vom September 1959 und vom Januar 1964 beteiligt gewesen.[413] Insbesondere die von Marcel Pellenc (GD, Vaucluse) im Januar 1964 geleitete Senatorendelegation scheint den EFA als Ausgangspunkt gedient zu haben, um interessierte Personen zu kontaktieren.[414] Pellenc, der als Leiter mehrerer Delegationsreisen in die DDR bereits seit dem Ende der 1950er Jahre in den parlamentarischen Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR eine Schlüsselrolle innehatte, wurde zwar nicht Präsident der Freundschaftsgesellschaft, nahm aber auf ihre Gründung trotzdem entscheidenden Einfluss. Es war Pellenc, der den Präsidenten auswählte.[415] Und er war es auch, der nach dem von den EFA organisierten Essen Ende April 1970 eine Sitzung im Senat einberief, um die Gründung vorzubereiten.

In seinem Einladungsschreiben verwies der Wirtschaftsexperte Pellenc auf das Interesse Frankreichs an der Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten, insbesondere auf wirtschaftlicher Ebene. Seine mit der Gründung einer solchen Gesellschaft verbundenen Ambitionen gingen deutlich über die im Namen *(Groupe sénatorial d'étude)* suggerierte Untersuchung der mit diesen Beziehungen verbundenen Probleme hinaus. Angestrebt wurde vielmehr der Ausbau der Beziehungen selbst. Das Schreiben zeugt somit in gewisser Hinsicht vom Bewusstsein um die Bedeutung der parlamentarischen Ebene in den französisch-ostdeutschen Beziehungen.[416]

[412] Ibid.: Rundschreiben der EFA, Hauriou, vom 26. 3. 1970: „Il nous serait agréable de pouvoir nous entretenir avec vous de prochains voyages et de la constitution éventuelle d'un groupe parlementaire des EFA au Sénat." Unter den Adressaten waren laut einer handschriftlichen, dem Brief beigefügten Notiz: Georges Dardel (n.i.), Marcel Pellenc (GD), Louis Namy (PCF), Jean Bardol (PCF), Léon David (PCF), Serge Boucheny (PCF), Marcel Boulangé (PS), Auguste Billiemaz (GD), Étienne Restat (GD), Jean Noury (UCDP) und René Tinant (UCDP).

[413] Einzige Ausnahme war Maurice Lalloy (UDR).

[414] Im Dossier „Groupe sénatorial" der AEFA finden sich mehrere Listen dieser Delegationsreise, wobei nicht alle dort genannten Senatoren die Reise tatsächlich angetreten hatten. Dennoch wurden alle dort aufgeführten Senatoren, die 1970 noch über ein Mandat verfügten, unter ihnen auch Étienne Restat, Mitglied in der Freundschaftsgesellschaft.

[415] Ibid.: Brief von Pellenc vom 13. 5. 1970 an die EFA, Lenoir.

[416] Ibid.: Rundschreiben von Pellenc vom 20. 4. 1970: „[…] il m'a paru qu'au moment où semble s'effectuer la recherche d'une formule d'accord entre la République fédérale allemande [sic] et la République démocratique allemande, comme en témoignent les conversations entre M. Willy Brandt et M. Stoph, la France n'aurait qu'à gagner à suivre de très près ces discussions et aurait intérêt à grouper ceux de nos collègues qui s'inté-

Die Einladung erging auch im Namen von fünf weiteren Senatoren, die zusammen mit Pellenc das künftige Präsidium der Gesellschaft bilden sollten, und richtete sich ausdrücklich an die Mitglieder der Senatsausschüsse für Wirtschaft, Kultur und Soziales, nicht jedoch an die Mitglieder des außen- und verteidigungspolitischen Ausschusses. Nicht ganz zufällig wurde die Gründung der Freundschaftsgesellschaft dennoch zu einem Thema in diesem Ausschuss. Auslöser war eine Diskussion über künftige Delegationsreisen, unter anderem auch über den Vorschlag von Serge Boucheny (PCF, Paris), im Zuge der deutsch-deutschen Verhandlungen eine Delegation in die DDR zu entsenden. Der Präsident des Ausschusses, André Monteil (UCDP, Finistère), hatte seinerseits eine offizielle Einladung seines Amtskollegen der Volkskammer erhalten. Monteil, der sich zunächst mit Maurice Schumann beraten hatte, bezeichnete den Zeitpunkt dafür als ungeeignet, da man keinen Einfluss auf den Gang der Entwicklung in Deutschland nehmen solle.[417] Gleichzeitig verwies er auf das Schreiben von Pellenc und auf die Möglichkeit inoffizieller Reisen interessierter Ausschussmitglieder in die DDR. Im weiteren Verlauf der Diskussion ging es vor allem um die Frage, unter welchen Bedingungen eine Reise von Senatoren in die DDR legitim sei. Boucheny verteidigte sein Anliegen mit dem Mangel an Informationen aus erster Hand über den Stand der deutsch-deutschen Verhandlungen. Unterstützung erhielt er von Louis Martin (RI, Loire), der die deutsche Teilung als größtmögliche Sicherheitsgarantie für Frankreich und in einem drastischen Vergleich darüber hinaus als ideale „Maginot-Linie" bezeichnete.[418]

André Monteil forderte die interessierten Ausschussmitglieder schließlich dazu auf, an der von Pellenc organisierten Sitzung teilzunehmen, und kündigte an, mit dem Senatspräsidenten die Modalitäten für die Reise einiger Senatoren in die DDR zu klären.[419] Zwar lässt sich nicht ermitteln, wer dieser Aufforderung tatsächlich nachgekommen ist. Es ist aber festzuhalten, dass der Freundschaftsgesell-

ressent au problème des relations normales entre la France et la République démocratique allemande, dont ne peuvent que bénéficier à l'heure actuelle nos échanges économiques entre [sic] les deux pays, sans aller dès maintenant jusqu'à la formation d'un groupe ‚d'amitié' analogue à ceux qui existent entre la France et les pays situés derrière le rideau de fer […], nous pourrions envisager la constitution d'un groupe de parlementaires s'intéressant à l'étude des problèmes qui se posent pour la meilleure compréhension des positions respectives de la France et la République démocratique allemande et aider éventuellement au développement, sur tous les plans, des relations avec ce pays."

417 AP, Sénat, 48 S 12: Protokoll der Sitzung vom 22. 4. 1970, S. 7 f.: „Il s'agit là d'une question importante et délicate dont j'ai cru devoir m'entretenir avec le ministre, M. Maurice Schumann. Pour ma part, j'estime que, compte tenu de nos liens avec la République fédérale, nous ne pouvons aller plus vite que les événements. Des négociations entre les deux Allemagnes sont en cours, laissons-les se dérouler. Ne donnons pas l'impression de vouloir accélérer le cours des choses et exercer ce qui pourrait apparaître comme une pression indirecte."

418 Ibid., S. 8: „Pour ma part je ne verrais pas d'inconvénient à ce que quelques collègues aillent sur place s'informer de la situation exacte. Je m'y suis moi-même rendu et je ne crois pas que l'on ait cherché à faire pression sur moi. Cela dit, je me réjouis de l'existence de deux Allemagnes. C'est la meilleure ligne Maginot qui soit!"

419 Ibid., S. 9.

schaft des Senats zwischen 1970 und 1973 insgesamt zehn Mitglieder des Ausschusses angehörten.[420] Unter ihnen befand sich mit Jean Péridier (PS, Hérault) nicht nur einer seiner Vizepräsidenten, sondern auch Gaston Monnerville (GD, Lot), der als ehemaliger Senatspräsident häufig Adressat von Glückwunschtelegrammen der DDR-Regierung gewesen war und in dessen Amtszeit (1959–1968) sich wiederholt das Problem der Reisen von Senatoren in die DDR, nicht selten aus seiner eigenen Fraktion, gestellt hatte.

Eine Reise des Auswärtigen Ausschusses des Senats in die DDR war vor allem deshalb mit besonderen Komplikationen verbunden, weil dieser Ausschuss seit 1958 – im Gegensatz zu seinem Pendant in der Nationalversammlung – gleichzeitig für verteidigungspolitische Angelegenheiten zuständig war. Die Anwesenheit von Parlamentariern in Ost-Berlin mit besonderen Kompetenzen in Fragen der Verteidigung und der französischen Armee war jedoch aus Sicht des *Quai d'Orsay* nicht mit der französischen Haltung in der Berlin-Frage zu vereinbaren. Dieses Prinzip blieb auch nach der diplomatischen Anerkennung gültig. Dennoch stand in den folgenden Jahren die Frage einer Reise des Ausschusses wiederholt im Raum. Jean Lecanuet (UCDP, Seine-Maritime) nahm als dessen Präsident beim Empfang einer Volkskammerdelegation im November 1972 im Senat eine entsprechende Einladung offiziell entgegen.[421] Und auch sein Nachfolger, André Colin (UCDP, Finistère), schien an dieser Einladung festhalten zu wollen.[422] Im Herbst 1974 plante der Ausschuss im Kontext der KSZE-Verhandlungen schließlich eine Reise durch Osteuropa mit einem Aufenthalt in der DDR.[423] Dass der DDR innerhalb dieses Projekts ein besonderer Stellenwert zukam, zeigt sich daran, dass die Delegation von Jean Péridier, Ausschussvizepräsident und seit 1971 auch Präsident der Freundschaftsgesellschaft im Senat, geleitet werden sollte.[424] Das Ansinnen wurde vom Außenministerium jedoch erneut mit einem Hinweis auf die französische Haltung in der Berlin-Frage zurückgewiesen. Dass man dabei auf ein Schreiben des früheren Außenministers Schumann zurückgriff, verdeutlicht, dass sich die französische Haltung gegenüber der DDR in einem ganz zentralen Punkt trotz diplomatischer Anerkennung nicht gewandelt hatte.[425]

[420] Serge Boucheny (PCF), Marcel Boulangé (PS), Roger Carcassonne (PS), Jean-Baptiste Dufeu (GD), Jean Gravier (UCDP), Michel Kauffmann (UCDP), Gaston Monnerville (GD), Jean Péridier (PS), Abel Sempé (GD) und Édouard Soldani (PS), cf. genaue Auflistung der Zusammensetzung im Anhang (CD-ROM); Louis Martin (RI) wurde erst 1974 Mitglied der Freundschaftsgesellschaft.

[421] AEFA, Groupe sénatorial: Undatiertes Kommuniqué, das anschließend auch in Rencontres abgedruckt wurde.

[422] Ibid.: Brief vom Sénat, GA France-RDA, Laporte (administrateur du Sénat), vom 25. 1. 1974 an die Interparlamentarische Gruppe der Volkskammer, Wolter.

[423] AP, Sénat, 48 S 17: Protokoll der Sitzung vom 18. 12. 1974.

[424] AP, Sénat, 48 S 18: Protokoll der Sitzung vom 20. 3. 1975.

[425] AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Undatierter Brief von Maurice Schumann an den Präsidenten des außen- und verteidigungspolitischen Ausschusses des Senats: „Je me félicite du désir de la commission d'élargir et de mettre à jour son information sur des pays avec lesquels la France entretient des rapports qui sont déjà souvent fructueux et qui sont appelés à se développer encore. […] Comme vous le savez la France, en reconnaissant cet État, a maintenu sa position juridique selon laquelle le statut de Berlin reste valable pour la ville tout entière y compris le secteur oriental où se trouve le siège du

Nachdem bei der von Pellenc Ende April 1970 organisierten Informationssitzung die Formierung einer Freundschaftsgesellschaft im Senat beschlossen worden war, lud Étienne Restat als designierter Präsident wenig später zur eigentlichen Gründung der Gesellschaft am 13. Mai 1970.[426] Umgehend, und damit sogar noch vor Erhalt einer offiziellen Genehmigung, plante die neu gegründete Gesellschaft mit Unterstützung der EFA für Anfang Juni desselben Jahres eine erste DDR-Reise unter Leitung von Restat.[427] Über die Wünsche und Interessen der Reiseteilnehmer wurde der Generalsekretär der Interparlamentarischen Gruppe der Volkskammer durch den EFA-Generalsekretär Roland Lenoir informiert. So wurde ausdrücklich darum gebeten, längere Diskussionen und Empfänge auf ein Minimum zu reduzieren. Als unverzichtbare Gesprächspartner wurden je ein Vertreter des MfAA und des Ministeriums für Außenhandel genannt, da die Mehrheit der Reisenden Mitglieder des wirtschaftspolitischen Ausschusses im Senat waren *(Commission des Affaires économiques et du Plan)*. Ansonsten sollte das Programm im Wesentlichen Besichtigungen von Universitäten sowie landwirtschaftlichen und industriellen Einrichtungen enthalten.[428] Das Interesse an der ostdeutschen Planwirtschaft und der Verstaatlichung der Industrie dominierte offensichtlich auch weiterhin das Interesse an der DDR, soweit im Senat vorhanden. Der Briefwechsel zwischen EFA und Interparlamentarischer Gruppe in Vorbereitung dieser Reise enthält auch einen Hinweis auf den Zeitpunkt der Genehmigung der Freundschaftsgesellschaft durch das Präsidium des Senats: In einem Brief Ende Mai war von ihrer offiziellen Konstituierung „in den nächsten Tagen" die Rede.[429] Nachdem die Reise auf September verschoben worden war, wurde nun an deren Vorbereitung auch ein Beamter des Senats als zuständiger Sekretär der Freundschaftsgesellschaft beteiligt.[430] Das Programm der Reise sah entsprechend der von französischer Seite geäußerten Wünsche die Besichtigung mehrerer Betriebe vor.

gouvernement de la RDA." Es ist unklar, wann dieses Schreiben entstanden ist. Übermittelt wurde es durch die Europa-Abteilung des MAE am 6. 2. 1975 an das Kabinett des neuen Außenministers, Jean Sauvagnargues. Sollte Schumann es noch als Außenminister unterzeichnet haben, so müsste es dem Wortlaut zufolge zwischen der Anerkennung der DDR im Februar 1973 und seiner Abdankung als Minister im März desselben Jahres entstanden sein. Adressat wäre in diesem Fall Jean Lecanuet. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass Schumann dieses Schreiben später, d. h. als Senator und Mitglied der Freundschaftsgesellschaft France-RDA im Senat verfasst hat, da sich der Brief ausdrücklich auf ein Reiseprojekt bezog, welches eine Reise in die DDR, nach Ungarn und nach Polen vorsah. Ein solches Projekt wurde jedoch erstmalig in der Sitzung des außen- und verteidigungspolitischen Ausschusses vom 18. 12. 1974 erwähnt. In diesem Fall wäre André Colin der Adressat.

426 AEFA, Groupe sénatorial: Rundschreiben von Restat vom 6. 5. 1970.

427 Teilnehmer (laut Planung): Étienne Restat (GD), Marcel Boulangé (PS), Jean Péridier (PS), George Dardel (n.i.), Marcel Gargar (PCF) und Léon David (PCF), cf. ibid.: Brief von EFA, Lenoir, vom 13. 5. 1970 an die Interparlamtentarische Gruppe der Volkskammer, Wolter.

428 Ibid.

429 AEFA, Groupe sénatorial: Brief von EFA, Lenoir, vom 21. 5. 1970 an die Interparlamentarische Gruppe der Volkskammer, Wolter.

430 Ibid.: Brief vom Sénat, GA France-RDA, Chevallier (administrateur au service), vom 3. 8. 1970 an die EFA, Lenoir.

Auffallend sind der im Gegensatz zu früheren Reisen besonders hohe Anteil rein touristischer Programmpunkte und das weitgehende Fehlen von Treffen mit hochrangigen DDR-Politikern. Auch fehlte der Besuch einer KZ-Gedenkstätte, stattdessen stand der Besuch in Potsdam-Cäcilienhof auf dem Programm.[431] Die Zusammensetzung der in die DDR reisenden Delegation und damit auch deren Qualität hatten sich hingegen nach dem im Mai ausgearbeiteten Projekt fast vollständig gewandelt: Weder Étienne Restat noch Jean Péridier gehörten ihr an, und auch Marcel Pellenc konnte nicht, wie vorgesehen, teilnehmen.[432]

Nur wenige Tage nach Rückkehr der Delegation entschloss sich Restat, das Amt des Präsidenten krankheitsbedingt abzugeben.[433] Zwar übernahm Marcel Pellenc die Funktion bei entsprechenden Anlässen kommissarisch. Dennoch fehlte es der Gesellschaft über ein Jahr lang an einem geeigneten Nachfolger, der sich zu der Aufgabe bereitfand. Diese Situation erklärt auch das Ausbleiben regelmäßiger Aktivitäten. Mehrere Mitglieder lehnten die Präsidentschaft der Freundschaftsgesellschaft ab, was in den meisten Fällen mit Arbeitsüberlastung begründet wurde, so zum Beispiel von Marcel Pellenc oder von Raymond Brun (UDR).[434] Auguste Pinton (GD) stellt in dieser Hinsicht eine Ausnahme dar: Er begründete seine Ablehnung mit einer persönlichen Abneigung gegenüber der zu engen Zusammenarbeit mit DDR-Vertretern.[435]

Erst im Oktober 1971 fand sich Jean Péridier (PS, Hérault) bereit, das Amt des Präsidenten der Freundschaftsgesellschaft zu übernehmen.[436] Péridier war zu dieser Zeit einer der führenden sozialistischen Politiker im Senat. Als SFIO-Mitglied seit Ende der 1920er Jahre gehörte er jenem Flügel der Partei an, der den Radikalsozialisten besonders nahestand. Während der Zeit der Besatzung hatte er sich im Widerstand als Anwalt von Christian Pineau, dem späteren Außenminister, einen Namen gemacht. Als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Senats galt sein politisches Interesse insbesondere der französischen Außenpolitik. Bezeichnend für das Engagement zahlreicher französischer Politiker für die DDR war das Engagement Péridiers als Präsident zweier Freundschaftsgesellschaften im Senat *(France-Pologne* und *France-RDA)* zugunsten der Oder-Neiße-Grenze.

Zwischen 1970 und 1974 wurde mit Ausnahme des Radikalsozialisten Auguste Billiemaz (GD, Ain) auch das übrige Präsidium der Freundschaftsgesellschaft *France-RDA* ausgewechselt. Damit wandelte sich nicht nur ihre parteipolitische Zusammensetzung, sondern auch ihre Altersstruktur: Gegenüber dem 1970 for-

[431] Ibid.: Undatierter Programmvorschlag (in französischer Sprache) für die Reise einer Senatorendelegation vom 21. bis zum 30. 9. 1970.

[432] Teilnehmer: Auguste Billiemaz (GD), Jean Aubin (UCDP), Léon David (PCF), Marcel Gargar (PCF) und Louis Namy (PCF), cf. ibid.: Briefe von EFA, Lenoir, vom 24. und 26. 8. 1970 an die Interparlamentarische Gruppe der Volkskammer, Wolter.

[433] Ibid.: Brief von Restat vom 3. 10. 1970 an die EFA, Lenoir.

[434] Ibid.: Brief von Brun vom 21. 7. 1971 an die EFA, Lenoir.

[435] Ibid.: Brief von Pinton vom 14. 6. 1971 an die EFA, Périllier: „Je ne ressens de mes contacts avec la RDA aucune envie particulière de collaborer étroitement avec ses représentants."

[436] Ibid.: Brief von EFA, Lenoir, vom 8. 10. 1971 an die Interparlamentarische Gruppe der Volkskammer, Sieber.

mierten Präsidium, dessen Mitglieder mit Ausnahme des Kommunisten Jean Bardol einer um die Jahrhundertwende geborenen Generation angehörten[437], bestimmten in dem bis 1974 neu formierten Präsidium jene Senatoren das Bild, die nach dem Ersten Weltkrieg geboren worden waren.[438] In parteipolitischer Hinsicht verringerte die radikalsozialistische GD-Fraktion zugunsten einer größeren Repräsentanz der im Senat vertretenen politischen Kräfte ihren Einfluss im Präsidium der Freundschaftsgesellschaft.

Als neu gewählter Präsident leitete Péridier im Februar 1972 eine Delegation der Freundschaftsgesellschaft auf ihrer DDR-Reise, an der sich mit Serge Boucheny (PCF, Paris) und Louis Martin (RI, Loire) genau jene Mitglieder des außen- und verteidigungspolitischen Ausschusses beteiligten, die sich bereits zwei Jahre zuvor für einen Besuch des Ausschusses in der DDR eingesetzt hatten.[439] In seinem Schreiben an den Oberbürgermeister von Weimar, einer Station während dieser Reise, bedankte sich Péridier für Einblicke in die lokale Verwaltungsarbeit sowie für die Besichtigung einer LPG und unterstrich das gemeinsame Interesse, ein „neues Buchenwald" zu verhindern.[440]

Im Gegenzug lud Péridier für November 1972 eine Delegation ostdeutscher Parlamentarier ein.[441] Unklar ist jedoch, von wem die Initiative dafür ausging. In einem Schreiben an Péridier vom Juni 1972 hatte Boucheny ihn über ein Treffen mit einem Volkskammerabgeordneten informiert, der ihm den Wunsch der Volkskammer nach einer Einladung durch den Senat übermittelt habe, ergänzt um die Bemerkung, dass jetzt wohl der geeignete Zeitpunkt gekommen sei, um eine offizielle Einladung auszusprechen.[442] Péridier hatte sich einverstanden erklärt, aber zur Bedingung gemacht, dass die nötigen finanziellen Mittel durch den Senat genehmigt werden würden.[443] Da die bewilligten Mittel jedoch nicht aus-

[437] Präsidium 1970: Étienne Restat (GD), Jean Bardol (PCF), Auguste Billiemaz (GD), Marcel Boulangé (PS), Maurice Lalloy (UDR), Jean Noury (UCDP) und Marcel Pellenc (GD).

[438] Präsidium 1974 unter der Leitung von Jean Péridier (PS): Auguste Billiemaz (GD), Serge Boucheny (PCF), Louis Martin (RI) und Francis Palmero (UCDP) als Vizepräsidenten; René Chazelle (PS) als Schatzmeister; Charles Ferrant (UCDP), René Monory (UDR) und Hector Viron (PCF) als Sekretäre.

[439] Teilnehmer: Marcel Pellenc (GD), André Aubry (PCF), Serge Boucheny (PCF), Charles Ferrant (UCDP), Pierre Maille (UCDP; kein Mitglied der Freundschaftsgesellschaft), Louis Martin (RI), Fernand Poignant (PS), Jean Péridier und die für die Freundschaftsgesellschaft zuständige Senatssekretärin, cf. AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Brief von Péridier vom 22. 1. 1972 an das MAE, Schumann.

[440] AEFA, Groupe sénatorial: Abschrift der Übersetzung eines Briefes von Péridier vom 21. 2. 1972 an den Oberbürgermeister von Weimar: „Ihre und unsere Gedanken über die Erziehung einer neuen heranwachsenden Generation sind die gleichen – wir wollen wie Sie ein neues Buchenwald verhindern, wir wollen mit Ihnen gemeinsam für die Freiheit und für den Frieden kämpfen."

[441] Ibid.: Brief von Péridier vom 29. 8. 1972 an Seigewasser: „Nous pourrions ainsi poursuivre nos discussions sur les divers problèmes intéressant nos deux pays et sur les meilleurs moyens d'intensifier dans tous les domaines les relations qui doivent exister entre eux."

[442] Ibid.: Brief von Boucheny vom 9. 6. 1972 an Péridier.

[443] Ibid.: Brief von Péridier vom 10. 6. 1972 an Boucheny: „Il ne s'agit pas, en effet, d'envoyer une invitation à la légère, sans savoir si ensuite nous pourrons payer les frais de déplacement et de séjour."

reichten, wandte er sich auch an das Außenministerium.[444] Schumann habe sich, so Péridier, zwar der Einladung gegenüber aufgeschlossen gezeigt, eine Finanzierung durch das Außenministerium allerdings ausgeschlossen.[445] Während Péridier sich um die Finanzierung kümmerte, überließ er seinem Kollegen und Vizepräsidenten Boucheny die weitere Organisation sowie die Erstellung eines Programms. Dies war vor allem von touristischen Terminen geprägt, darunter ein Besuch im Heimatbezirk von Péridier. Erst gegen Ende des Aufenthaltes war eine Sitzung im Senat vorgesehen, verbunden mit dem Ziel, ein gemeinsames Arbeitsprogramm auszuarbeiten.[446]

Empfangen wurde die Delegation im Senat durch den Präsidenten des außen- und verteidigungspolitischen Ausschusses, Jean Lecanuet (UCDP, Seine-Maritime). Bei einem weiteren Empfang im *Palais du Luxembourg* war auch der Senatspräsident, Alain Poher (UCDP, Val-de-Marne), zugegen. Poher lobte bei dieser Gelegenheit die Pioniertätigkeit der EFA in den französisch-ostdeutschen Beziehungen und zeigte sich von der baldigen Anerkennung der DDR überzeugt.[447]

Wie im Fall der Freundschaftsgesellschaft in der Nationalversammlung waren die EFA zu Beginn der 1970er Jahre auch an der Organisation der Aktivitäten der Freundschaftsgesellschaft des Senats beteiligt. Sowohl Restat als auch Péridier kamen der Aufforderung nach, dem Präsidium der EFA beizutreten, um die Verbindung zwischen beiden Organisationen zu gewährleisten.[448] Auch ihre Nachfolger, Philippe Machefer (PS, Yvelines) und Pierre Matraja (PS, Bouches-du-Rhône), setzten diese Tradition in den 1980er Jahren fort. Eine Anfrage von Lenoir, derzufolge sich die Senatoren (ähnlich wie die Abgeordneten der Nationalversammlung) schriftlich zum Thema Anerkennung der DDR und Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR äußern sollten, wurde von Péridier jedoch abgelehnt. Gegenüber dem EFA-Generalsekretär bestand er auf einem vorsichtigeren Verhalten und hielt es in Abstimmung mit dem Außenminister Schumann für unangebracht, die Ostpolitik der Bundesrepublik durch öffentliche Erklärungen seitens französischer Parlamentarier zu behindern.[449]

Weil Péridier eine Vernachlässigung des „deutschen Problems" befürchtete, dessen Lösung vor allem im französischen Interesse liege, hatte er Schumann bei gleicher Gelegenheit drei miteinander verschränkte Fragen zur deutschen Einheit,

444 Ibid.: Brief von Péridier vom 23. 6. 1972 an die EFA, Lenoir.

445 Ibid.: Brief von Péridier vom 29. 8.[1972] an Boucheny: „Il [Maurice Schumann – Ch. W.] comprend très bien notre souci d'inviter une délégation […]."

446 Ibid.: Programm für den Frankreichbesuch einer Volkskammerdelegation vom 21. bis zum 28. 11. 1972.

447 Ibid.: Undatiertes Kommuniqué, das anschließend auch in Rencontres abgedruckt wurde.

448 Ibid.: Briefe von EFA, Lenoir, vom 11. 5. 1970 an Restat und vom 22. 2. 1972 an Péridier.

449 Ibid.: Brief von Péridier vom 1. 3. 1972 an die EFA, Lenoir: „Pour moi, il faut éviter tout acte ou toute déclaration qui pourrait ensuite être exploité en RFA par les adversaires de ‚l'Ostpolitik'. J'estime, par conséquent, qu'il vaut mieux pour l'instant éviter ces déclarations écrites de la part de nombreux parlementaires sur la reconnaissance éventuelle de la RDA." Péridier bezog sich dabei auf eine Diskussion mit dem Minister während einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses nur wenige Tage nach seiner Rückkehr aus der DDR.

zur Anerkennung der DDR und zur europäischen Sicherheit gestellt.[450] In seiner Antwort verwies Schumann auf die mit den Pariser Verträgen eingegangenen Verpflichtungen und erklärte dem Auswärtigen Ausschuss, warum eine Behinderung der westdeutschen Ostpolitik und das Handeln gegen eine spätere deutsche Einheit nicht im französischen Interesse liegen könne.[451] Die Normalisierung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit der DDR knüpfte er an die Entwicklung der Ostpolitik und die Wahrung eines europäischen Gleichgewichts.[452] Von Beziehungen auf politischer beziehungsweise parlamentarischer Ebene zwischen Frankreich und der DDR war hingegen nicht die Rede. Aufgrund der Schwierigkeiten bei der Ratifizierung der Ostverträge durch den Bundestag sprach Schumann sich zudem für eine Verlangsamung der Normalisierung kultureller und wirtschaftlicher Beziehungen aus. Péridier äußerte zwar Verständnis für die von Schumann angemahnte Vorsicht. Seine dennoch aufrechterhaltene Forderung nach Anerkennung der DDR ist als Forderung nach einer für ihn überfälligen Lösung des „deutschen Problems" zu verstehen, dessen Fortbestehen nicht im Interesse Frankreichs liegen könne.[453] In der sich anschließenden Diskussion äußerten Jean Lecanuet (UCDP, Seine-Maritime) und Jacques Duclos (PCF, Seine-Saint-Denis) ihre sehr unterschiedlichen Bedenken gegenüber der Entwicklung in Deutschland: Während Lecanuet den bei einer Deutschlandreise von ihm konstatierten zunehmenden Wunsch der Deutschen nach Neutralisierung fürchtete, fragte sich Duclos, ob ein geeintes, scheinbar übermächtiges Deutschland tatsächlich im französischen Interesse liege, und das obwohl sich beide im Prinzip darüber einig waren, dass man den Deutschen ihr Recht auf Selbstbestimmung nicht verwehren könne. Schumann, der diese Befürchtungen mit einem Hinweis auf die Aktivitäten beider Politiker im Widerstand legitimierte, unterstrich in seiner Antwort, dass hierin kein grundsätzlicher Widerspruch bestehe, und verwies auf die

[450] AP, Sénat, 48 S 15: Protokoll der Sitzung vom 24. 2. 1972, S. 28 und 65: „Si j'ai posé cette question, c'est parce qu'on a tendance à oublier le problème allemand. Pourtant, si un pays est interessé par son règlement, c'est bien le nôtre. Il convient de trouver une solution à ce problème qui existe depuis près de 28 ans."

[451] Ibid., S. 29 f.: „La première condition de cette détente est la ratification des traités de Moscou et de Varsovie, c'est-à-dire cette victoire de l'Allemagne sur elle-même qui consiste pour elle à reconnaître les frontières des deux dernières guerres, à s'engager […] à bâtir un ordre européen qui en tient compte. […] Il ne faut donc rien faire qui puisse rendre son succès [der Ostpolitik – Ch. W.] plus difficile. […] Tout ce qui pourrait nuire à leur réunification éventuelle serait mal venu et interprété à bon droit pas l'Histoire comme un sabotage, conscient ou non, des traités de Moscou et de Varsovie et par conséquent de la détente."

[452] Ibid., S. 30 f.: „Cela [multilaterale Konzertierung mit den europäischen Partnern – Ch. W.] ne nous empêchera pas de multiplier les mesures de rapprochement et de normalisation, car le but de nos efforts reste la signature des traités de Moscou et de Varsovie, la négociation et la signature du traité de circulation entre les deux Allemagnes, leur admission aux Nations unies et la reconnaissance de la RFA et de la RDA. Nous cherchons tous les jours davantage à normaliser nos relations avec la RDA, mais il faut être prudents faute de quoi l'équilibre de notre politique européenne et occidentale se trouverait compromis."

[453] Ibid., S. 65: „Certes, j'admets qu'il faille être prudent […] mais ce que nous voudrions, c'est que le problème allemand ne s'éternise pas."

durch den alliierten Status in Berlin und in Deutschland gewährleistete Sicherheit.[454] Außerdem bekundete der Außenminister seine vollständige Übereinstimmung mit Péridier hinsichtlich der Anerkennung der DDR durch Frankreich und der künftigen Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Staaten.

Zwei Jahre später, 1974, wurden sowohl Jacques Duclos als auch Maurice Schumann – inzwischen selbst Senator – Mitglieder der von Péridier geleiteten Freundschaftsgesellschaft im Senat. Schumann blieb dieser Freundschaftsgesellschaft zeit ihres Bestehens verbunden und war seit 1981 auch Mitglied im Präsidium von *France-RDA*. Zunächst wurde Schumann im Laufe des Jahres 1972 als Minister jedoch noch zwei weitere Male bei seinen Anhörungen im außen- und verteidigungspolitischen Ausschuss des Senats zu dieser Thematik befragt und von Serge Boucheny (PCF, Paris), einem Mitglied der Freundschaftsgesellschaft, auch heftig kritisiert.[455]

Neben Péridier sollte 1972 noch ein weiterer Vertreter der Freundschaftsgesellschaft Mitglied im EFA-Präsidium werden. Der vorgeschlagene Louis Martin (RI, Loire), der sich im Auswärtigen Ausschuss für ein Fortbestehen der deutschen Teilung im französischen Interesse ausgesprochen hatte, lehnte das Angebot jedoch ab: Er habe zwar Sympathien für die EFA und die ostdeutsche Bevölkerung, wolle sich aber seine Unabhängigkeit bewahren.[456] Übernommen wurde diese Aufgabe schließlich von Raymond Brun (GD, später RPR, Gironde), der bereits seit 1963 dem Nationalkomitee und seit 1966 auch dem Präsidium der EFA angehörte. Brun, der die DDR erstmalig 1964 bereist hatte, bezeichnete die bevorstehende Anerkennung der DDR in einem Brief an den EFA-Generalsekretär als einen großen Sieg und als die Erfüllung alter Überzeugungen.[457] Seine politische Grundeinstellung als Radikalsozialist und seine Vergangenheit als Widerstandskämpfer erklären, weshalb er trotz Fraktionswechsel zu den sehr wenigen Mitgliedern der Freundschaftsgesellschaft im Senat zu rechnen ist, die ihr während der längsten

[454] Ibid., S. 85 f.: „Il y a un moyen de concilier les choses et de laisser les Allemands eux-mêmes régler le problème, c'est de nous rappeler qu'il y a un droit des quatre puissances, que ce droit, c'est leur responsabilité commune et indivisible pour l'avenir de Berlin et de l'Allemagne. […] c'est grâce à ces droits des Quatre […] que les traités de Varsovie et de Moscou ne sont pas traités de paix et que par conséquent les droits des Allemands à l'autodétermination demeurent ouverts. Mais en même temps la préservation des droits des Quatre nous garantit que ce rétablissement de l'unité allemande, si jamais il doit se faire, ne se produira pas dans des conditions qui comportent pour les victimes du pangermanisme et de l'hitlérisme le risque de les voir revenir. Voilà ce qui constitue une synthèse des deux préoccupations par lesquelles se sont exprimées des positions qui sont nationales et conciliables dans les circonstances puisqu'elles sont moins celles du président du Centre démocrate et du leader du parti communiste que celles de deux Français qui ont tous les deux un passé de combattant et de résistant."

[455] AP, Sénat, 48 S 15: Protokolle der Sitzungen vom 21. 6. und 13. 12. 1972.

[456] AEFA, Groupe sénatorial: Brief von Martin vom 16. 3. 1972 an die EFA, Lenoir: „Croyez bien que je garde néanmoins toute ma sympathie à l'organisme précité [EFA – Ch. W.] et aux populations de la RDA que j'ai eu le plaisir de visiter encore tout récemment."

[457] Ibid.: Brief von Brun vom 29. 11. 1972 an die EFA, Lenoir: „Je pense que le bilan qui sera exposé sera très favorable et que les évènements qui suivront en 1973 concrétiseront nos orientations vieilles de plus de douze ans qui d'ailleurs ne concordaient pas à l'époque avec ce que l'on prétendait souhaiter en RDA … Mais qu'importe en définitive puisque tout le monde est bien d'accord désormais sur la reconnaissance prochaine de ce pays. C'est la plus grande victoire qu'il pouvait espérer; la logique triomphe."

Zeit ihres Bestehens angehörten.[458] Zu diesem Personenkreis sind neben Raymond Brun und Maurice Schumann (RPR) auch Serge Boucheny (PCF), Charles de Cuttoli (RPR), Marcel Gargar (PCF) und Hector Viron (PCF) zu zählen.

*Übersicht über die Zusammensetzung des* Groupe d'amitié France-RDA *im französischen Senat 1970–1987*[459]

| | 1970 | 1974 | 1981 | 1984 | 1985 | (1987) |
|---|---|---|---|---|---|---|
| PCF | 11 | 12 | 3 | 11 | 20 | 10 |
| PS | 14 | 13 | 12 | 23 | 18 | 11 |
| GD/RDE/RDSE | 12 | 11 | 4 | 5 | 3 | 1 |
| UCDP/UC | 8 | 8 | 5 | 1 | 1 | 1 |
| RI | 1 | 10 | 6 | 3 | 2 | 3 |
| UDR/RPR | 4 | 4 | 4 | 5 | 5 | 5 |
| n. i. | 1 | 2 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Gesamt | 51 | 60 | 34 | 48 | 49 | 31 |

Die Zahl der Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft schwankte zwischen 1970 und 1987 erheblich und überstieg 1981 und 1987 nur knapp das vom Reglement des Senats vorgesehene Minimum von 30 Mitgliedern. Im Unterschied zu ihrem Pendant in der Nationalversammlung lässt sich infolge der Anerkennung der DDR jedoch kein Rückgang der Mitglieder, sondern sogar ein Zuwachs konstatieren. Mit 60 Mitgliedern hatte die Gesellschaft 1974 ihren Höchststand erreicht. An der parteipolitischen Zusammensetzung änderte sich zwischen 1970 und 1974 nur der sprunghafte Zuwachs an Vertretern der RI-Fraktion. Dennoch fand ein personeller Wechsel statt, der nicht nur das Präsidium, sondern auch mehr als die Hälfte der Mitglieder von 1970 umfasste. Nach dem Mitgliederrückgang zu Beginn der 1980er Jahre fanden sich unter dem neuen Präsidenten Pierre Matraja (PS) 1984 wieder knapp 50 Mitglieder zusammen. Trotz des damit verbundenen großen personellen Wechsels gehörten dem nun erheblich verkleinerten Präsidium vor allem langjährige Mitglieder an.[460] Unter Matraja empfing die Freundschaftsgesellschaft im Mai 1985 auch wieder eine Volkskammerdelegation im Senat.[461] Weitere Aktivitäten sind für die 1980er Jahre nicht belegt. Obwohl das neue Präsidium noch eine gewisse Repräsentanz gegenüber der Zusammensetzung des

[458] Cf. Zusammensetzung der Freundschaftsgesellschaft im Anhang (CD-ROM); unklar ist, warum sein Name nicht auf der Mitgliederliste von 1981 erscheint.

[459] Siehe auch die ausführliche Auflistung der Zusammensetzung der Freundschaftsgesellschaft im Anhang (CD-ROM).

[460] Vizepräsidenten: Jean Béranger (GD), Serge Boucheny (PCF), Charles de Cuttoli (RPR) und Albert Voilquin (RI) sowie Hubert Martin (RI) als Schatzmeister.

[461] AEFA, Groupe sénatorial: Rundschreiben von Matraja vom 3. 6. 1985 an die Mitglieder der von ihm geleiteten Gesellschaft: „Je tiens d'ailleurs à souligner que la participation de nombre de nos collègues aux diverses activités organisées a été l'un des éléments essentiels de cette réussite. Trois aspects de la visite permettent, me semble-t-il, d'en dégager le sens, et peut-être d'en dresser le bilan. Il s'agit d'abord du resserrement des liens entre les deux groupes d'amitié ‚France-RDA' et ‚RDA-France', et par-delà, de la confirmation des *rapports* entre les deux assemblées parlementaires."

Senats beanspruchen konnte – die sich in den 1980er Jahren verändernde Zusammensetzung der Freundschaftsgesellschaft bildete es nicht ab. Der Anteil an Vertretern der demokratischen Linken (GD, RDE und RDSE), der zentristischen Fraktion (UCDP und UC) sowie der Fraktion der Republikaner und Unabhängigen ging seit 1974 kontinuierlich zurück. Die Zahl der UDR/RPR-Senatoren blieb hingegen stabil. Die kommunistische Partei, in den 1970er Jahren etwa genauso stark wie die GD-Fraktion vertreten, schaffte es bis Mitte der 1980er Jahre, die sozialistische Partei als stärkste Kraft innerhalb der Freundschaftsgesellschaft zu verdrängen. Wie sich die Gesellschaft nach 1985 weiterentwickelte, lässt sich nicht mit Sicherheit ermitteln.[462] Es ist sogar möglich, dass sie nach dem Ausscheiden von zwei Präsidiumsmitgliedern (Jean Béranger wurde bei den Senatswahlen 1986 nicht wiedergewählt und Serge Boucheny trat bei dieser Wahl nicht mehr an) sowie der Abdankung von Pierre Matraja als Präsident der Freundschaftsgesellschaft überhaupt nicht weiterbestanden hat. Sicher ist, dass man im *Élysée* bei den Vorbereitungen der Reise Mitterrands im Dezember 1989 in die DDR feststellte, dass eine Freundschaftsgesellschaft im Senat nicht mehr existiere, während die Freundschaftsgesellschaft der Nationalversammlung in der offiziellen Delegation vertreten war, ja sogar die DDR um wenige Wochen überlebt hat.[463] Obwohl ein Wechsel zwischen den beiden Kammern für französische Abgeordnete nichts Ungewöhnliches ist, hat es im Übrigen nur zwei Abgeordnete gegeben, die im Laufe ihrer parlamentarischen Tätigkeit beiden Freundschaftsgesellschaften angehört haben.[464]

Betrachtet man die regionale Verteilung aller Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft im Senat über den gesamten Zeitraum ihres Bestehens, so fällt die im Unterschied zu ihrem Pendant in der Nationalversammlung stärkere geografische Konzentration auf. Wie in der Nationalversammlung stand der Großraum Paris (mit 29 Senatoren) an der Spitze des Klassements, gefolgt jedoch nicht vom Norden und der deutsch-französischen Grenzregion, sondern von den südlichen Regionen Frankreichs: *Provence-Alpes-Côtes d'Azur* an zweiter, *Midi-Pyrenées* an dritter und *Rhône-Alpes* an vierter Stelle (mit 19, 14 beziehungsweise 13 Senatoren). Bei der Verteilung nach Départements zeigt sich der Stellenwert des französischen Südens noch deutlicher: An erster Stelle stand ein Bezirk aus dem Süden Frankreichs (*Bouches-du-Rhône* mit 9 Senatoren), gefolgt vom Bezirk *Nord* (mit 7 Senatoren). Erst an dritter Position fanden sich drei Bezirke aus dem Raum Paris (*Paris*, *Hauts-de-Seine* und *Seine-Saint-Denis* mit je 5 Senatoren).

Was die politischen Interessen ihrer Mitglieder anbelangt, so ist festzuhalten, dass neben dem außen- und verteidigungspolitischen sowie den wirtschaftspolitischen Ausschüssen insbesondere der kulturpolitische Ausschuss stark vertreten war. Unter den Mitgliedern der Freundschaftsgesellschaft befanden sich 1974

462 Bei der letzten Mitgliedererhebung handelt es sich um eine Mitgliederliste vom Januar 1985, die die EFA erst im November 1987 erhielt und auf der ausgeschiedene Mitglieder durchgestrichen wurden. Hinzugefügt wurde lediglich ein neues Mitglied, Jean-Paul Chambriard (RI), cf. AEFA, Groupe sénatorial.

463 ANF, 5 AG 4, CD 187: Note von Hennekinne vom 5. 12. 1989 für Mitterrand.

464 Jean Boyer (RI) und Marie-Thérèse Goutmann (PCF).

nicht nur der seit den 1960er Jahren an der DDR interessierte Henri Caillavet (GD, Lot-et-Garonne), Vizepräsident des kulturpolitischen Ausschusses, sondern auch der Präsident des kulturpolitischen Ausschusses, Louis Gros (RI, Français établis hors de France). Dies ist kein Zufall, sondern steht im Zusammenhang mit einer offiziellen Delegation, die dieser Ausschuss im selben Jahr in die DDR entsandte. Die Reise ging auf einen Vorschlag von Catherine Lagatu (PCF, Paris) zurück, die pädagogischen Methoden des polytechnischen Unterrichts in der DDR vor Ort zu studieren.[465] Kurz darauf wurde innerhalb des kulturpolitischen Ausschusses eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich mit einer Reform der Sekundarstufe („enseignement secondaire") befasste. Die sechs Mitglieder dieser Arbeitsgruppe waren beziehungsweise wurden 1974 auch Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft *France-RDA* im Senat.[466] Die Idee einer Studienreise der Arbeitsgruppe durch verschiedene osteuropäische Länder, insbesondere durch die DDR, zwecks Erleichterung ihrer Arbeit, wurde vom Ausschusspräsidenten begrüßt[467] und umgehend drei Mitglieder der Arbeitsgruppe für eine entsprechende Delegation des Ausschusses im März 1974 bestimmt.[468] Da keine Einladungen vorlagen, wurden die französischen Botschaften in den vom Ausschuss ins Programm aufgenommenen Ländern aufgefordert, die Organisation dieser Reise zu übernehmen. Auch wurden die zuständigen Kulturattachés vom Ministerium gebeten, sich am Programm der Delegation im jeweiligen Land zu beteiligen.[469]

In Ost-Berlin nahm der Kulturattaché der Botschaft, Thierry Burkard, Anfang Februar Kontakt mit dem ostdeutschen Außenministerium auf, um den Aufenthalt der Delegation vorzubereiten und deren Wünsche zu übermitteln.[470] Jedoch

[465] AP, Sénat, 47 S 17: Protokoll der Sitzung vom 21. 11. 1973, S. 4: „Lorsque nous avons examiné le projet de loi d'orientation du commerce et de l'artisanat, le ministre a parlé des expériences qui étaient faites en Europe de l'Est. Je proposerai donc à la commission de se rendre en République démocratique allemande (RDA) pour y étudier les méthodes pédagogiques qu'ils emploient."

[466] Es handelt sich um Adolphe Chauvin (UCDP), Léon Eeckhoutte (PS), Marie-Thérèse Goutmann (PCF), Catherine Lagatu (PCF), Michel Miroudot (RI) und René Tinant (UCDP). Es lässt sich jedoch mit Ausnahme von Marie-Thérèse Goutmann, die der Freundschaftsgesellschaft seit 1970 angehörte, nicht ermitteln, ob die genannten Senatoren vor oder nach ihrer Reise Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft wurden.

[467] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 12. 12. 1973, S. 7: „Mme Lagatu a demandé à la commission d'organiser une mission dans les pays de l'Est pour examiner les problèmes d'enseignement secondaire. Ce désir paraît s'ordonner parfaitement au prochain projet de loi sur l'enseignement secondaire. Il est clair que des visites effectuées dans des pays étrangers et ayant pour thème les problèmes d'enseignement spécialisé et des enseignements du second degré ne peuvent que faciliter le travail de la commission et le rendre plus intéressant."

[468] Delegationsteilnehmer: Catherine Lagatu (PCF), Léon Eeckhoutte (PS) und Michel Miroudot (RI), cf. ibid., Protokoll der Sitzung vom 19. 12. 1973.

[469] AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Telegramm der DEU, de Margerie, vom 30. 1. 1974 an die Botschaften in Berlin, Bukarest, Budapest, Moskau, Prag und Warschau.

[470] AMAE, Berlin-Est, Service culturel, 45: Brief von franz. Botschaft in Berlin, Burkard, vom 7. 2. 1974 an Sénat, Commission des Affaires culturelles, Baërd: „Je lui [MfAA – Ch. W.] ai transmis fidèlement vos desiderata et compte lui remettre prochainement une liste des questions qui, à mon sens, devraient intéresser en premier lieu la délégation française."

bestand nicht nur aufseiten der im Aufbau befindlichen französischen Botschaft großes Interesse an der Delegation. Auch auf ostdeutscher Seite entwickelte man ein spürbares Interesse an der ersten offiziellen französischen Parlamentarierdelegation seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Anfang März – die Delegation war bereits unterwegs – reichte die Volkskammer eine Einladung nach und übernahm damit auch die weitere Organisation ihres DDR-Aufenthaltes.[471] Gemessen an dem hierfür betriebenen Aufwand, wurden die Senatoren jedoch weniger wie Mitglieder eines parlamentarischen Fachausschusses während eines Arbeitsbesuches empfangen, sondern vielmehr wie eine quasioffizielle Delegation der französischen Regierung.[472]

Der Aufenthalt in Ost-Berlin stand nicht nur am Ende einer einmonatigen Reise durch fast alle osteuropäischen Staaten, es war auch der längste, wodurch der besondere Stellenwert verdeutlicht wurde, den die DDR für die Senatoren innerhalb ihres Arbeitsprogramms einnahm. Ziel des Besuches war es, sich ein möglichst umfassendes Bild vom DDR-Schulsystem zu verschaffen.[473] Vor dem Hintergrund geplanter struktureller Reformen im französischen Schulsystem war die Delegation auf der Suche nach alternativen Modellen und in dieser Hinsicht schien die DDR für die beteiligten Senatoren die interessanteste Alternative zu bieten. Die Reise verdeutlicht insofern auch ein originär französisches Interesse für den zweiten deutschen Staat. Worauf gründeten jedoch dieses Interesse und die Annahme, in der DDR ein untersuchenswertes Alternativmodell zu finden? Einen entscheidenden Hinweis dafür bietet die Zusammensetzung der innerhalb des Ausschusses gegründeten Arbeitsgruppe: Mit René Tinant (UCDP, Ardennes) gehörte ihr ein Senator an, der die DDR bereits im Januar 1964 bereist hatte; Catherine Lagatu (PCF, Paris) war ihrerseits aktives Mitglied der Freundschaftsgesellschaft *France-RDA* im Senat seit 1970 und dürfte auf die Gestaltung der Reiseroute Einfluss genommen haben. Es kann ebenfalls angenommen werden, dass der Besuch einer Aufführung der Dreigroschenoper des Berliner Ensembles die Mitglieder der Delegation in ihrer Sicht auf die DDR noch bestärkte.[474]

In Gesprächen mit Abgeordneten der Volkskammer betonte der Leiter der Delegation, Léon Eeckhoutte (PS, Haute-Garonne), das besondere Interesse an der

[471] AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 5. 3. 1974.

[472] Ibid.: Schreiben der franz. Botschaft in Berlin, Jessel, vom 21. 3. 1974 an das MAE, DGRCST: „L'accueil fut exceptionnel. […] Reçus en grande cérémonie à l'aéroport, hébergés dans un hôtel du gouvernement, pourvus de trois voitures avec chauffeur […] les sénateurs ont connu pendant quatre jours les fastes réservés aux hôtes de marque et s'y sont montrés très sensibles."

[473] AMAE, Berlin-Est, Service culturel, 45: Brief von Sénat, Commission des Affaires culturelles, Baërd, vom 7. 2. 1974 an franz. Botschaft in Berlin, Burkard: „[…] nous vous prions de bien vouloir prévoir […] quel pourra être le programme de notre séjour dont l'objectif est de connaître et de voir l'organisation, le fonctionnement et les problèmes de l'enseignement du second degré en République démocratique allemande, dans la perspective de la réforme qui doit intervenir prochainement en France à ce niveau d'enseignement."

[474] Ibid.: Brief von franz. Botschaft in Berlin, Burkard, vom 7. 3. 1974 an das MfAA, Schulze.

Situation in der DDR.[475] Die hier noch als Vermutung ausgesprochene These, dass die DDR das am weitesten entwickelte Schulsystem habe, wurde wenige Tage später gegenüber Kurt Hager bereits als Gewissheit präsentiert. Weitere Anknüpfungspunkte werden deutlich, wenn Eeckhoutte von einer laizistischen Schulbildung sprach, von der Einbindung des Individuums in die „Produktionsgesellschaft" oder von einer wenn schon nicht klassenlosen, so doch zumindest „befreiten" Gesellschaft („société libéré"). Im Zentrum der Gespräche standen die Umsetzung der Schulreform von 1965 in der DDR, die Verbindungen zwischen Schule und Arbeitswelt sowie die Auswahl der Schüler für das Abitur.[476]

Nach zahlreichen Besuchen schulischer Einrichtungen und einem Treffen mit dem stellvertretenden Minister für Volksbildung, in dem es vorrangig um den Fremdsprachenunterricht und um den Platz des Französischen ging, war die Unterredung mit Kurt Hager, Präsident des kulturpolitischen Ausschusses der Volkskammer, Höhepunkt der Reise. Eeckhoutte betonte bei dieser Gelegenheit das französische Interesse an kulturellen, wissenschaftlichen und technischen Beziehungen mit der DDR, nicht ohne auf die besondere Position Frankreichs als Mittler zwischen Ost und West hinzuweisen.[477] Die Senatoren sahen sich selbst ebenfalls als Mittler in den schwierigen Verhandlungen um das Kulturabkommen und zeigten sich von ihrem Einfluss in dieser Angelegenheit überzeugt.[478] Eine Diskussion über die während der Reise gewonnenen Erkenntnisse vor dem kulturpolitischen Ausschuss des Senats blieb aus, da der Gesetzentwurf, auf den hin diese Reise unternommen worden war, in der folgenden Sitzungsperiode nicht mehr zur Debatte stand.

Die parlamentarische Ebene blieb in den Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR hingegen von zentraler Bedeutung. Während sich ein amtierender französischer Außenminister erstmalig 1979 in die DDR begab, reiste der Auswärtige Ausschuss der Nationalversammlung 1976 zum wiederholten Male in die DDR. Angeführt wurde diese Delegation von ihrem Präsidenten, dem ehemaligen Außenminister Maurice Couve de Murville – jenem Minister also, der während seiner Amtszeit im *Quai d'Orsay* mehrfach versucht hatte, den parlamentarischen Tourismus in die DDR einzudämmen.

[475] Ibid.: Schreiben der franz. Botschaft in Berlin, Burkard, vom 28. 3. 1974 (Protokoll eines Gesprächs der Delegation mit Abgeordneten der Volkskammer am 13. 5. 1974): „La RDA donne l'impression d'être quelques années en avance par rapport aux autres pays socialistes, même si le système polytechnique à 10 classes n'est pas encore entièrement réalisé."

[476] Ibid.

[477] AMAE, Berlin-Est, Service culturel, 45: Schreiben der franz. Botschaft in Berlin, Burkhard, vom 29. 3. 1974 (Protokoll eines Gesprächs der Delegation mit Kurt Hager, Präsident des kulturpolitischen Ausschusses der Volkskammer am 15. 3. 1974).

[478] Ibid.: Brief von Eeckhoutte, Lagatu und Miroudot vom 29. 3. 1974 an franz. Botschaft, Jessel: „Nous avons éprouvé avec une grande satisfaction le sentiment de contribuer au développement et au renforcement des liens qui viennent d'être noués, et l'ouverture, la disponibilité de nos interlocuteurs allemands, à travers le chaleureux accueil que nous avons reçu, devraient largement favoriser, dans tous les domaines, l'élargissement des rapports déjà existants."

## II. Der Prozess der Anerkennung der DDR durch Frankreich

In den internationalen Beziehungen kommt dem Akt der diplomatischen Anerkennung und der damit einhergehenden Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen zwei Staaten im Regelfall eine große Bedeutung zu, markiert er doch üblicherweise den Ausgangspunkt einer Entwicklung im Verhältnis der betreffenden Staaten. Im Fall der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR am 9. Februar 1973 lagen die Dinge jedoch etwas anders. Hier handelte es sich nicht um den aus juristischer Sicht einmaligen unilateralen Akt[479], sondern um den Bestandteil eines sich über mehr als ein Jahrzehnt erstreckenden, nie ganz abgeschlossenen Prozesses. Die Auswirkungen des Ereignisses waren im Verhältnis zur Bedeutung, die ihm seinerzeit beigemessen wurde, marginal. Weder auf kultureller noch auf wirtschaftlicher Ebene brachte dieses Ereignis eine signifikante Veränderung mit sich: Das Handelsvolumen stagnierte und erst 1980 konnte ein Kulturabkommen unterzeichnet werden. Tatsächlich fand der entscheidende qualitative Wandel in den französisch-ostdeutschen Kultur- und Wirtschaftsbeziehungen bereits einige Jahre zuvor im Rahmen ihrer progressiven Normalisierung statt. Auch auf politischer Ebene blieb die diplomatische Anerkennung lange Zeit ohne reale Auswirkungen: 1979 reiste erstmals ein französischer Außenminister in die DDR und erst 1980, also sieben Jahre nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen, gelang es am Ende äußerst zäher Verhandlungen, eine Einigung über ein Konsularabkommen zu erzielen, und das, obwohl die Aufnahme konsularischer Beziehungen im Normalfall mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen einhergeht. Hauptursache für die ausbleibende Entwicklung war das Nicht-akzeptieren-Können der deutschen Teilung durch Frankreich – eine Situation, aus der auch über das Jahr 1973 hinaus der besondere Charakter der französisch-ostdeutschen Beziehungen resultierte.

Und noch etwas ist anders. Zwar war die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und der Französischen Republik am 9. Februar 1973 der Form nach ein bilateraler Akt, dem Wesen nach handelte es sich jedoch um einen multilateralen Akt – sichtbarstes Zeichen: Frankreich und Großbritannien nahmen am selben Tag diplomatische Beziehungen mit der DDR auf. Es handelte sich mithin vielmehr um die Konsequenz eines multilateralen Verhandlungsprozesses zwischen zahlreichen Staaten und auf unterschiedlichsten Ebenen sowie um den Bestandteil einer auf die KSZE ausgerichteten multilateralen Entspannungspolitik.[480] Zwar vertrat Frankreich in diesem Zusammenhang seine Interessen auch auf bilateraler Ebene in den Verhandlungen mit der DDR. Die eigentlich mit diesem Prozess verbundenen Interessen Frankreichs, nämlich die Überwindung der

[479] Cf. Paech/Stuby, Machtpolitik und Völkerrecht, S. 292–300.

[480] Zum KSZE-Prozess cf. Romano, From Détente in Europe to European Détente; zur französischen KSZE-Politik cf. auch Heyde, Nicht nur Entspannung und Menschenrechte.

europäischen Teilung[481] und in Verbindung damit die Klärung des „deutschen Problems", ließen sich hingegen nur in einem multilateralen Rahmen wirksam vertreten.

Bezeichnend für die Unterschiede gegenüber einer „normalen" Anerkennung war das Bemühen Frankreichs, im Zusammenhang mit dem 9. Februar 1973 offiziell nicht von diplomatischer Anerkennung, sondern von der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu sprechen. Als Moment der Anerkennung wurde stattdessen ex post die Gemeinsame Erklärung der vier Alliierten vom 9. November 1972 definiert, mit der man sich verpflichtet hatte, die beiden deutschen Staaten bei ihrer Aufnahme in die UNO zu unterstützen, oder auch die zuvor signalisierte Bereitschaft für eine europäische Sicherheitskonferenz, deren Zustandekommen eine De-facto-Anerkennung der DDR voraussetzte.

## 1. Die beginnende Normalisierung der Beziehungen auf wirtschaftlicher, kultureller und parlamentarischer Ebene 1968–1972

Die französische Ost- und Entspannungspolitik, die mit der Reise von Charles de Gaulle nach Moskau im Jahre 1966 einen Höhepunkt erreicht hatte[482], erfasste, obschon mit einiger Verzögerung, auch die französisch-ostdeutschen Beziehungen. Erste Vorboten dieser Entwicklung waren auf kultureller Ebene das Gastspiel des Deutschen Theaters in Paris im Juni 1966 und auf wirtschaftlicher Ebene das Entgegenkommen Frankreichs in der Frage des Handelsvolumens und der Kontingentierung der DDR-Importe bei der Aushandlung des jährlichen Abkommens im Dezember desselben Jahres. Die seit 1963 betriebene französische Ostpolitik war für de Gaulle und seinen Außenminister eng verbunden mit dem „deutschen Problem". Man hoffte auf diesem Weg ein „Klima der Entspannung" zu schaffen, das eine Lösung dieses Problems in einem gesamteuropäischen Rahmen erlauben sollte. Damit verbunden war die Erwartung, dass andere auf diesem Weg folgen würden. Wenn Maurice Couve de Murville während einer Anhörung durch den Auswärtigen Ausschuss der Nationalversammlung wenige Tage vor der Reise de Gaulles nach Moskau davon sprach, dass man hoffe, das französische Beispiel möge Schule machen, dann bezog sich dies in erster Linie auf die Bundesrepublik.[483]

[481] AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Auszug aus einer Rede Schumanns vor der Nationalversammlung am 9. 6. 1972 im Zusammenhang mit den französisch-ostdeutschen Beziehungen: „Les initiatives de la France, les paroles prononcées en son nom, et d'abord par la voix la plus autorisée, n'ont qu'un objet: adjurer l'Europe de ne pas manquer la grande occasion. La grande occasion d'être elle-même et de peser enfin de tout son poids."

[482] Vaïsse, La grandeur, S. 425–431.

[483] ANF, 20060133/5: Protokoll der Sitzung vom 9. 6. 1966, S. 41 f.: „[…] c'est pour cette raison [Notwendigkeit eines „climat de détente" – Ch. W.], pour laquelle pour notre part nous essayons depuis quelque temps, et d'ailleurs ils s'y prêtent bien volontiers, d'établir avec les pays de l'Est, ceux que l'on appelait autrefois des satellites, et l'Union soviétique elle-même des rapports nouveaux, des rapports économiques, des rapports culturels, des rapports scientifiques et techniques et aussi des rapports politiques,

In Moskau nahm de Gaulle Gelegenheit, die französische Position hinsichtlich einer diplomatischen Anerkennung der DDR zu bekräftigen.[484] Dies hindere Frankreich aber nicht, wie Couve de Murville gegenüber französischen Parlamentariern 1966 erstmals betonte, etwa die Handelsbeziehungen zur DDR auszubauen.[485] Als Vorbote eines Wandels kann auch die von Couve de Murville im Rahmen des Ausschusses Ende 1966 geübte Kritik am ATO gewertet werden; Hintergrund war die durch dieses System verstärkte Begünstigung des innerdeutschen Handels zu Lasten der anderen EWG-Staaten. Es war vorerst nur eine Andeutung, aber die Abschaffung des ATO war Mitte der 1960er Jahre auch für den französischen Chefdiplomaten in den Bereich des Vorstellbaren gerückt.[486]

Während die Haltung der französischen Außenpolitik gegenüber der Frage der Anerkennung der DDR und damit gegenüber dem Problem der Wiedervereinigung als natürlicher Bestimmung der deutschen Nation unverändert blieb, setzte 1967/68 allmählich ein Wandel in der Einstellung gegenüber den wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit dem zweiten deutschen Staat ein. Befördert wurde dies nicht zuletzt durch die allmähliche Aufweichung der Hallstein-Doktrin infolge der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Rumänien 1967 sowie zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien ein Jahr später. Wenn Couve de Murville fortan im Auswärtigen Ausschuss auf die Anerkennung der DDR durch Frankreich angesprochen wurde, so versäumte er nicht, darauf hinzuweisen, dass die grundsätzliche Haltung Frankreichs Raum für eine gewisse Normalisierung der Beziehungen auf wirtschaftlicher und kultureller Ebene lasse.[487] Die kurz zuvor bewirkten Erleichterungen bei der TTD-Vergabe

puisqu'en définitive tout se ramène toujours à la politique quand cela devient important. […] Tout cela est le développement d'une politique qui, encore une fois, est délibérée et consciente en quelque sorte, et nous souhaitons, si je puis dire, faire école."

484 Siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel zur Grundhaltung Frankreichs gegenüber der DDR (Zweiter Teil, C., III., 1.).

485 ANF, 20060133/5: Protokoll der Sitzung vom 16. 11. 1966, S. 87: „Même si la France ne reconnaît pas le gouvernement de la DDR rien de ce que j'ai dit ne pouvait faire penser que je ne reconnaisse pas l'état de fait. À partir du moment où l'on parle du problème de la réunification, on reconnaît que l'Allemagne est divisée. Des problèmes se posent. D'abord celui des relations économiques. Mais M. Billoux sait aussi bien que moi quelle est la situation à ce point de vue. Nous avons des échanges économiques et même des accords économiques avec l'Allemagne de l'Est par le truchement de la chambre de commerce dont il a parlé. Nos industriels participent à la Foire de Leipzig et nos partenaires de l'Allemagne de l'Ouest ne cachent pas qu'ils trouvent que nous faisons beaucoup trop de commerce avec l'Allemagne de l'Est."

486 Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 13. 12. 1966, S. 46: „C'est là un ensemble de questions qui en définitive sont assez complexes et délicates dont je ne nie nullement qu'elles peuvent avoir des conséquences fâcheuses et dont je ne dis pas non plus que nous devions en rester là pour l'éternité."

487 ANF, 20060134/2: Protokoll der Sitzung vom 19. 5. 1967, S. 29: „À l'origine de cette affaire, la situation était différente. Le régime de la République démocratique allemande avait été organisé artificiellement. Puis il s'est établi et peu à peu consolidé. Il reste que c'est le grand problème en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne. Pour le moment, nous ne voyons pas pour quelle raison nous modifierions notre position initiale, laquelle consiste à ne pas reconnaître ce régime tout en entretenant avec lui des relations de fait, notamment dans le domaine commercial."

bezeichnete er dementsprechend als den Beginn einer in diese Richtung weisenden Entwicklung.[488]

## Der Verkauf der SECAM-Technologie als Gradmesser der Normalisierung

In den französisch-sowjetischen Beziehungen war die SECAM-Technologie ein Symbol für die von de Gaulle seit 1963 betriebene Entspannungspolitik.[489] Knapp vier Jahre nachdem Frankreich die Sowjetunion für die SECAM-Norm gewonnen hatte, verkaufte man diese Technologie im März 1969 auch an die DDR. In den französisch-ostdeutschen Beziehungen spiegeln die sich über mehrere Jahre erstreckenden Verhandlungen die allmähliche Normalisierung auf wirtschaftlicher Ebene und in einem geringeren Maße auch auf kultureller Ebene wider.

Seit 1963 wurde die französische Farbfernsehtechnologie (SECAM) auf der Leipziger Messe ausgestellt. Erste Anläufe für Verhandlungen zwischen Frankreich und der DDR gab es nur wenige Monate nach der Unterzeichnung des französisch-sowjetischen Abkommens im März 1965. Sie scheiterten jedoch am Versuch der DDR, bei dieser Gelegenheit das TTD-System zu unterwandern.[490] In den folgenden Jahren trafen sich die Verhandlungsführer beider Seiten mehrfach. Es wurde sogar eine Arbeitsgruppe eingerichtet – wenn auch ohne Beteiligung der zuständigen Ministerien auf französischer Seite.[491] Erst 1967 bekräftigte die CFT gegenüber dem *Quai d'Orsay* ihr Interesse an einer Kooperation mit der DDR.[492] Während es den Verantwortlichen auf französischer Seite um die Zusammenarbeit in bestimmten technischen Bereichen ging, forderte man von ostdeutscher Seite als Gegenleistung eine Zusammenarbeit auch auf kultureller Ebene, insbesondere den Austausch von Korrespondenten und von Fernsehprogrammen. Während der Austausch von Technikern 1967 bereits kein Problem mehr darstellte, war der von Korrespondenten eine äußerst heikle Angelegenheit. Der Austausch von Programmen verbot sich für den *Quai d'Orsay* mit Rücksicht auf die Bundesrepublik ganz. So war das Maximum dessen, was in der gegenwärtigen Situation als politisch machbar angesehen wurde, ein technisches Abkommen zwi-

[488] Ibid., S. 39 f.: „En ce qui concerne les TTD, autrement dit les visas, j'avais déclaré […] que nous envisagions un certain assouplissement. Celui-ci est intervenu. S'il n'est pas très important, il constitue toutefois le début d'un évolution. Je considère que cet assouplissement appelle d'autres améliorations."

[489] Cf. Chantriaux, SECAM, dossier pionnier de la coopération franco-russe; sowie Fickers, „Politique de la grandeur" versus „Made in Germany", S. 257–263.

[490] AMAE, RDA 1961–1970, 66: Schreiben der Association pour la promotion et la diffusion du procédé français de télévision en couleurs vom 1. 9. 1965 an Ponte.

[491] Ibid.: Schreiben von Pons vom 28. 7. 1967 an Biasini.

[492] Ibid.: Note vom 8. 6. 1967 für de Beaumarchais: „Sans qu'il y ait eu de protocole signé, le principe d'une coopération industrielle a été admis par la CFT, qui pourrait plus particulièrement porter sur la technique verrière, domaine dans lequel les Allemands de l'Est seraient capables de nous apporter un soutien utile." Basis für diese Note war eine Note der ORTF, Gilles, vom 3. 6. 1967 für Dupont, cf. ibid.

schen den Fernsehstationen beider Länder.[493] Eine Veränderung der Einstellung („ligne de conduite") gegenüber der DDR, um den Verkauf der SECAM-Technologie an die DDR zu befördern, kam selbst aus Sicht der Wirtschaftsabteilung (noch) nicht infrage.[494] Um nicht den Argwohn der Bundesregierung zu wecken, wurde die Botschaft in Bonn angewiesen, selbst über die technische Kooperation nicht mit Vertretern des Auswärtigen Amts zu sprechen.[495]

Die DDR nutzte ihrerseits das Interesse Frankreichs an der Verbreitung der SECAM-Technologie, um Verbesserungen in den bilateralen Handelsbeziehungen zu erwirken. Die Eröffnung einer französisch-ostdeutschen Handelskammer in Paris und Ost-Berlin wurde freilich abgelehnt.[496] Dafür kam man der DDR in den alljährlichen Verhandlungen bei der Verlängerung der Laufzeit des bilateralen Handelsabkommens bereits wenige Monate später entgegen. Dies reichte jedoch nicht aus, um die Verhandlungen über die SECAM-Technologie voranzubringen. Nach seiner Reise zu Verhandlungen in die DDR wandte sich der Präsident der CFT und Conseiller d'État, Jean Cahen-Salvador, im Juli 1968 an den neuen Außenminister, Michel Debré, um sich für verschiedene Forderungen der DDR in dieser Angelegenheit einzusetzen. Das besondere Interesse der CFT am Erfolg der Verhandlungen mit der DDR beruhte vor allem auf der Annahme, dass zahlreiche andere osteuropäische Staaten umgehend dem ostdeutschen Beispiel folgen würden.[497] Im Einzelnen ging es Cahen-Salvador um eine ministerielle Vollmacht für die Unterzeichnung des angestrebten Abkommens, um die Erleichterung des Visa-Prozedere für die ostdeutschen Verhandlungspartner und nicht zuletzt um die Kooperation mit dem ostdeutschen Fernsehen. Entgegen der Auffassung der politischen Abteilung des *Quai d'Orsay*[498] signalisierte Michel Debré ein Entgegenkommen in allen drei Punkten (und das nur wenige Tage nach dem Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei). Einzige Bedingung: Die grundsätzliche Haltung Frankreichs gegenüber der DDR dürfe dabei nicht kompromittiert werden.[499] Unklar ist, ob das noch vor dieser Entscheidung in

[493] Ibid.: Note der S/DEUC, Pagniez, vom 9. 8. 1967: „La conclusion d'un accord de caractère limité et technique entre les organismes de télévision des deux pays doit constituer le maximum de ce que nous pouvons accepter."

[494] Ibid.: Note der DAEF vom 10. 8. 1967 für die S/DEUC, Pagniez: „L'Allemagne de l'Est établit sans nul doute un lien entre son choix du système SECAM et la nature et l'étendue des relations instituées entre les organismes de radiodiffusion et de télévision des deux pays. Ce lien ne suffit pas toutefois à justifier, aux yeux de la direction des Affaires économiques et financières, une modification de la ligne de conduite adoptée jusqu'à présent en ce qui concerne les relations entre la France et le DDR [sic]."

[495] Ibid.: Telegramm der S/DEUC, Pagniez, vom 9. 8. 1967 an die franz. Botschaft in Bonn.

[496] Ibid.: Note von Pagniez vom 6. 11. 1967.

[497] Ibid.: Note von Racine vom 30. 7. 1967 über eine Unterredung mit Cahen-Salvador: „Comme on le sait l'adoption effective par la RDA du procédé SECAM présente une très grande importance pour la vente ultérieure dans les pays de l'Europe de l'Est qui sont déjà disposés à l'adopter, notamment la Hongrie, la Roumanie, etc., et le président de la Compagnie française de télévision (CFT) attache donc lui-même à cette affaire une très grande importance."

[498] Ibid.: Note der S/DEUC vom 8. 8. 1968 für Prunet-Foch.

[499] Ibid.: Note von Jean Cahen-Salvador vom 31. 7. 1968 für den Conseiller d'État chargé de mission auprès du ministre des Affaires étrangères; handschriftl. Anmerkung von

Berlin gestreute Gerücht, Ulbricht hätte sich für die konkurrierende westdeutsche PAL-Norm entschieden[500], bis zu Debré durchgedrungen war.

Die ostdeutsche Delegation, die für die Fortsetzung der Verhandlungen im Herbst desselben Jahres in Paris erwartet wurde, sollte durch den zuständigen ostdeutschen Vizeminister geleitet werden. Großbritannien und die USA weigerten sich jedoch, das dafür benötigte TTD auszustellen, und brachten die Angelegenheit im *Groupe de Bonn* zur Sprache. Aus ihrer Sicht hätte die Einreise eines DDR-Vizeministers in einen NATO-Mitgliedsstaat dem gültigen TTD-Reglement widersprochen; für dessen Änderung hätte es jedoch auch der Zustimmung des Auswärtigen Amts bedurft.[501] Da dies nicht zu erwarten war – der Streit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik um die Vorherrschaft bei der Farbfernsehnorm in Europa schwelte schon seit vielen Jahren und war ebenso komplex[502] – schien man im *Quai d'Orsay* nun sogar entschlossen, bestehende Regeln notfalls zu brechen.[503] Zwei Tage später war die Angelegenheit auch Thema eines Vier-Augen-Gesprächs zwischen Michel Debré und seinem westdeutschen Amtskollegen in Bonn. Willy Brandt zeigte sich der Visa/TTD-Problematik gegenüber völlig indifferent; ihm ging es um die befürchtete Vertiefung der deutschen Teilung, wenn man in der DDR nicht mehr in der Lage wäre, westdeutsches Fernsehen (in Farbe) zu empfangen. Wie ernst es Brandt damit war, Frankreich von seinem Vorhaben abzubringen, zeigt sein Vorschlag, die französische Industrie bei einem Verzicht zu entschädigen.[504] Debré versprach, die Angelegenheit nicht zu vergessen.

Debré blieb diesem Versprechen treu, wenn auch gerade nicht im Sinne Brandts, denn für den französischen Außenminister gab es keinen Grund, die Normalisierung der Beziehungen mit der DDR allein der Bundesrepublik zu überlassen.[505]

Pagniez: „D'après des indications transmises téléphoniquement par M. Heilbrunner (?) le 29 août, le ministre a prescrit d'aller aussi loin qu'on le pourrait sans remettre en cause notre politique à l'égard de la RDA. On pourrait parler de coopération technique, promettre que les visas seraient délivrés sans délai. Enfin, une lettre officielle pourrait ‚habiliter' M. Cahen-Salvador à signer […]."

500 Ibid.: Telegramm aus Berlin, Toffin, vom 23. 8. 1968.

501 Ibid.: Telegramm aus Bonn, Seydoux, vom 24. 9. 1968.

502 Fickers, „Politique de la grandeur" versus „Made in Germany", S. 244–263.

503 AMAE, RDA 1961–1970, 66: Telegramm der S/DEUC, Tiné, vom 25. 9. 1968 an die franz. Botschaft in Bonn: „[Si nécessaire] nous nous verrions obligés de passer outre et de déroger aux règles."

504 ANF, 5 AG 1, 676: Protokoll des Gesprächs zwischen Debré und Brandt am 27. 9. 1968: „M. Brandt dit qu'il sait très bien qu'il y a des intérêts économiques qui jouent, qu'il y a des firmes qui sont intéressés en France à vendre les installations nécessaires en Allemagne de l'Est et que la République fédérale serait disposée à trouver une formule de compensation éventuelle à ces industriels pour les dédommager le cas échéant. Il espère que cette question pourra trouver une solution favorable." In allen weiteren Gesprächen des deutsch-französischen Gipfels wurde die Angelegenheit nicht thematisiert.

505 AMAE, RDA 1961–1970, 66: Annotation du ministre concernant une note du 28 août, datiert auf den 25. 10. 1968: „On peut – et on doit – aller assez loin en s'arrêtant à ce qui serait une reconnaissance politique. C'est tout. Mais M. Cahen-Salvador peut être habilité par une lettre officielle et on peut parler de coopération technique, notamment de l'ORTF. Pour les titres et les visas, on peut donner l'assurance qu'ils seront délivrés sans délai. Il ne faut pas oublier qu'avant les évènements de Prague M. Schiller allait rencontrer son homologue de l'Est … Ne restons pas en queue de peloton."

Seit Einführung der Hallstein-Doktrin hatte Frankreich ausnahmslos alle Entscheidungen in den Beziehungen mit der DDR an den deutschlandpolitischen Wünschen und Vorstellungen der Bundesregierung ausgerichtet. Angesichts der zunehmenden Normalisierung der innerdeutschen Beziehungen und der damit verbundenen Aufweichung der Hallstein-Doktrin wurde dieses Kriterium hier außer Acht gelassen – ein Novum im Dreieck zwischen Bonn, Paris und Ost-Berlin. Davon unberührt blieb die Frage der diplomatischen Anerkennung, die auch weiterhin eine unüberschreitbare Grenze darstellte.

Die Bundesregierung wehrte sich, indem sie bei der Gewährung des TTD für den ostdeutschen Verhandlungsführer jegliche Kooperation verweigerte.[506] Und da Frankreich trotz aller Entschlossenheit in der Sache doch nicht bereit war, die Regeln zu brechen, mussten die für November 1968 geplanten Verhandlungen ausfallen.[507] Erst die Bereitschaft der DDR, bei der Verhandlungsführung auf eine niedrigere Stufe in der Hierarchie auszuweichen, ermöglichte ihre Wiederaufnahme im Januar des folgenden Jahres. Im Vorfeld schaltete sich erneut Michel Debré in die Angelegenheit ein und gewährte der französischen Delegation einen großen Verhandlungsspielraum[508]; insbesondere bei der von der DDR angestrebten Kooperation auf kultureller Ebene. In diesem Punkt hatte sich die Einstellung des *Quai d'Orsay* in den vorangegangenen Monaten gewandelt: Nunmehr wurde ein Austausch nicht mehr ausgeschlossen, sondern sollte von Fall zu Fall geprüft werden.[509] Bei den Verhandlungen einigte man sich relativ zügig auf einen *Accord de coopération dans le domaine de la télévision en couleur*, der von Jean Cahen-Salvador unterzeichnet werden sollte, sowie auf eine Lizenzvereinbarung zwischen der CFT und den zuständigen Stellen der DDR über die SECAM-Technologie selbst.[510]

Das Auswärtige Amt wurde erst nach Abschluss der Verhandlungen in Kenntnis gesetzt.[511] Was folgte, waren massive Interventionen aus Bonn, um die Unterzeichnung in letzter Minute doch noch zu verhindern.[512] Der Generalsekretär des *Quai d'Orsay* ließ in Bonn ausrichten, dass Frankreich die Konkurrenz mit der Bundesrepublik in diesem Bereich bedauere und man selbst ein einheitliches

[506] Ibid.: Telegramm der S/DEUC, Alphand, vom 26. 10. 1968 an die franz. Botschaft in Bonn sowie für den Minister an die franz. Botschaft in Ankara.

[507] Ibid.: Note der S/DEUC vom 31. 10. 1968 für den Minister.

[508] Ibid.: Schreiben des MAE, Debré, vom 16. 1. 1969 an die ORTF, de Bresson: „Je pense que, sans nous laisser entraîner à des concessions trop marquantes, nous devons, pour favoriser la promotion du SECAM dans un pays qui est à cet égard particulièrement important, accorder aux Allemands de l'Est quelques satisfactions."

[509] Ibid.: Entwurf vom 15. 1. 1969 für ein Schreiben der ORTF, de Bresson, an den DFF, Adameck; es erhielt die Zustimmung des Ministers; cf. dazu ibid.: Entwurf der S/DEUC vom 28. 10. 1968 für ein Schreiben des MAE, Kabinett/Minister, an den Délégué interministériel pour la télévision en couleur, Nora: „Bien entendu, si quelques échanges limités, dans le domaine artistique, nous étaient proposés, nous n'aurions pas d'objection à les examiner cas par cas, à condition que l'opération soit traitée purement au niveau des services."

[510] Ibid.: Note der Affaires générales vom 18. 1. 1969.

[511] PA/AA, B 24, 629: Vermerk der Abt. III A 2 vom 1. 3. 1969.

[512] AMAE, RDA 1961–1970, 66: Note der DAEF vom 4. 3. 1969.

System für Europa begrüßt hätte. Es sei jedoch die Bundesregierung gewesen, die sich seinerzeit gegen SECAM entschieden habe.[513] Um aus dieser Meinungsverschiedenheit keine Krise werden zu lassen, sah sich nun selbst Charles de Gaulle genötigt einzugreifen.[514] Eine Einladung des französischen Staatspräsidenten zum Gespräch schlug der westdeutsche Botschafter in Paris jedoch aufgrund von Terminschwierigkeiten aus. Wenige Tage vor Unterzeichnung des Abkommens in Leipzig am 2. März 1969 wurden sämtliche französische Botschaften angewiesen, im Zweifelsfall den kommerziellen Aspekt des Vertrages hervorzuheben und darauf hinzuweisen, dass die Bundesregierung in letzter Zeit wenig Anstrengungen für eine erfolgreiche wirtschaftliche Kooperation mit Frankreich unternommen habe, während es Frankreich auf politischer Ebene an Solidarität nicht habe fehlen lassen.[515]

Für weitere Verhandlungen über den Verkauf von technischem Material an die DDR im Sommer desselben Jahres konnte dann auch die Einreise des ostdeutschen Vizeministers für Post und Telekommunikation genehmigt werden.[516] Die Bundesregierung ließ ein Jahr verstreichen, bevor sie offiziell Interesse an der Technik bekundete, die es ermöglichen sollte, in PAL-Norm produzierte Sendungen im SECAM-Format auszustrahlen, damit die Ostdeutschen auch künftig westdeutsche Sendungen in Farbe würden empfangen können.[517]

[513] Ibid.: Telegramm der DAEF, Alphand, vom 28. 2. 1969 an die franz. Botschaft in Bonn; sowie ibid.: Telegramm aus Bonn, François-Seydoux, vom 27. 2. 1969.

[514] ANF, 5 AG 1, 676: Protokoll des Gesprächs zwischen de Gaulle und Kiesinger am 14. 3. 1969: „À mon avis, les possibilités pratiques, notamment pour la paix, le développement et le progrès, résident maintenant dans des contacts et des échanges de plus en plus intenses entre l'Ouest et l'Est. Je crois que cela est vrai notamment pour l'Europe. […] Du côté de l'Est, je crois qu'on en a beaucoup besoin pour le développement, et, à l'Ouest, on ne serait pas fâché d'avoir de nouveaux marchés d'exportation et de pouvoir acheter des matières premières, etc. À mon sens, c'est cela la possibilité actuellement et je ne vois pas pourquoi nous ne la saisirions pas. Et ceci d'autant plus que plus il y aura d'échanges avec l'Est de marchandises, d'ingénieurs, d'étudiants, de touristes, de journaux, de radio, etc., et moins le bloc communiste sera communiste. Je le crois. Nous le sentons déjà chez les Tchèques et c'est latent chez les Polonais et les Hongrois. Cela l'est probablement aussi en Allemagne de l'Est."

[515] AMAE, RDA 1961–1970, 66: Telegramm (circulaire) des Secrétariat général, Alphand, vom 27. 2. 1969: „Il importe de rappeler que l'opération a avant tout un caractère commercial, que la République fédérale aurait pu elle-même adopter le procédé SECAM, ce qui eut contribué à constituer un facteur d'unité européenne sur le plan technique, qu'enfin nous n'avons guère à nous féliciter de la coopération que l'Allemagne nous a apportée récemment en diverses occasions ou elle aurait pu s'exercer, alors que nous sommes restés, de notre côté, attachés à l'application de notre traité en maints domaines politiques et économiques."

[516] Ibid.: Schreiben des MAE, de Beaumarchais, vom 19. 6. 1969 an das Ministère de l'Industrie, Délégué interministériel pour la télévision en couleur, Nora.

[517] Ibid.: Telegramm der DAEF, d'Aumale, vom 24. 4. 1970 an die franz. Botschaft in Bonn; ob dies angesichts der relativ geringen Verbreitung von Farbfernsehgeräten in der DDR tatsächlich nötig war, ist eine andere Frage, denn die in PAL-Norm produzierten Fernsehsendungen in Farbe konnten trotz SECAM-Norm immer noch in Schwarz/Weiß empfangen werden, cf. dazu Fickers, „Politique de la grandeur" versus „Made in Germany", S. 335–368.

## Die Veränderungen der Jahre 1969–1971 im Spiegel parlamentarischer Debatten

Auch wenn Frankreich dem am 1. Juli 1968 unterzeichneten Atomwaffensperrvertrag nicht beitrat, so stand doch zu dieser Zeit die Frage der Entspannung angesichts der Zuspitzung der Situation in der Tschechoslowakei ganz oben auf der Tagesordnung.[518] Am 25. Juli, dem Tag, an dem sich der Nordatlantikrat erstmals mit dem von den Warschauer-Pakt-Staaten gemachten Vorschlag einer europäischen Sicherheitskonferenz auseinandersetzte, definierte Michel Debré bei seiner ersten Anhörung durch den Auswärtigen Ausschuss der französischen Nationalversammlung die Einstellung der französischen Außenpolitik gegenüber dieser Frage. Erster Schritt auf dem Weg zu einer dauerhaften Entspannung sei, so Debré, die Anerkennung der bestehenden Situation. Dies bezog sich auf die gegenwärtige Teilung Europas im Allgemeinen und Deutschlands im Besonderen, auf unterschiedliche Konzeptionen der Situation in Europa, aber auch auf die Oder-Neiße-Grenze. Es bezog sich hingegen nicht auf die diplomatische Anerkennung der DDR und noch weniger auf eine Festschreibung der deutschen Teilung. Allerdings sollte auf lange Sicht nur die Akzeptanz dieser Teilung, in erster Linie durch die Bundesrepublik selbst, ihre Überwindung ermöglichen. Danach müssten in einem zweiten Schritt die Beziehungen auf wirtschaftlicher und kultureller Ebene normalisiert werden. Erst diese Normalisierung mache Verhandlungen auf einer europäischen Ebene möglich und sinnvoll.[519] Auch hier waren die Erwartungen an die Bundesregierung groß, stand doch die Normalisierung der innerdeutschen Beziehungen im Zentrum einer umfassenden Normalisierung der Ost-West-Beziehungen in Europa. In diesem Zusammenhang wird ein wichtiges Motiv für das Engagement Debrés zugunsten des Verkaufs der SECAM-Technologie an die DDR deutlich. Denn als Adressat dieser Politik lässt sich auch die Bundesregierung denken, die zur allfälligen Neuausrichtung ihrer Ostpolitik gedrängt werden sollte, der man aber gleichzeitig vermitteln wollte, dass die Normalisierung der Beziehungen zur DDR nicht allein Sache der Bundesrepublik sei. Als Zeichen des sich ankündigenden Wandels wurde anlässlich des 14. Juli 1968 erstmals ein Grußtelegramm von Walter Ulbricht an Charles de Gaulle erwidert.[520]

[518] Zur Entspannung in Europa cf. Loth, Overcoming the Cold War, S. 102–127.

[519] ANF, 20060135/9: Protokoll der Sitzung vom 25. 7. 1968, S. 15 f.: „En quoi consiste la détente? On peut dire qu'elle consiste en trois points. Elle consiste d'abord à reconnaître les faits; elle consiste, en second lieu, à développer les rapports; elle consiste, en troisième lieu, à rechercher sur certains points les bases d'une entente. Ces trois points sont plus faciles à dire qu'ensuite à expliciter, dans la mesure où derrière chacune de ces affirmations se trouvent bien des difficultés. […] Et si l'on peut, dans le moment présent, considérer qu'effectivement le statu quo est de la nécessité de la détente, il ne faut pas en tirer la conséquence que le statu quo doit être éternel, mais qu'il y a là affaire de temps, affaire de transformation des esprits, affaire aussi de probation par l'Allemagne de la transformation profonde de son comportement." Das Thema „détente" stand bei dieser Sitzung erstmals als solches auf der Tagesordnung des Auswärtigen Ausschusses der französischen Nationalversammlung.

[520] AMAE, RDA 1961–1970, 188: Schreiben der S/DEUC, Tiné, vom 16. 7. 1968 an das GMFB: „Vous voudrez bien prier votre interlocuteur habituel à l'ambassade de l'URSS de faire savoir à M. Ulbricht que le président de la République a bien reçu son message et y a été sensible."

Die militärische Intervention in der Tschechoslowakei zeigte aus Sicht des Außenministers, dass der von Frankreich beschrittene Weg der Entspannungspolitik alternativlos sei. Eine Festigung des atlantischen Bündnisses wäre gleichbedeutend mit einer Rückkehr in den Kalten Krieg. Man müsse vielmehr eine europäische Lösung für das „deutsche Problem" finden, wenn man eine Wiederholung der Ereignisse in der Tschechoslowakei vermeiden wolle.[521] Mit Blick auf die Entwicklung der folgenden Monate sprach Debré im Dezember 1968 von einer „Tendenz zur Normalisierung". Dazu zählte er insbesondere ein kürzlich zustande gekommenes Handelsabkommen zwischen den beiden deutschen Staaten, das wesentlich umfangreicher war als alle bisher unterzeichneten Abkommen. Die Frage, ob ein solches Abkommen nicht einer De-facto-Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik gleichkomme, beantwortete Debré mit einem Hinweis auf den Kontext der Normalisierung.[522] Nur ein Jahr später sollte Frankreich dem bundesrepublikanischen Beispiel mit einem fünfjährigen Handelsabkommen folgen.

Mit seiner Unterstützung für den Verkauf der SECAM-Technologie an die DDR sorgte Michel Debré in den französisch-ostdeutschen Beziehungen für den Ausgangspunkt einer in den folgenden Jahren alle Bereiche umfassenden Normalisierung. Grundsätzlich spielte Deutschland und damit auch die DDR in seinen Überlegungen jedoch eine weit geringere Rolle als noch bei seinem Vorgänger Maurice Couve de Murville oder auch seinem Nachfolger Maurice Schumann. Der personelle Wechsel im Élysée-Palast und im *Quai d'Orsay* im Juni 1969 erweiterte somit den Spielraum für die unter Debré begonnene Normalisierung. Bereits einen Monat nach seinem Amtsantritt genehmigte Schumann ein Gastspiel der Berliner Staatsoper, welches seit 1960 geplant und noch im März 1969 abgelehnt worden war. In den folgenden Monaten wurden weitere Gastspiele ostdeutscher Ensembles gebilligt. Im Rahmen der Wirtschaftsbeziehungen konnte noch im Sommer 1969 erstmals ein ostdeutscher Vizeminister nach Frankreich reisen. Eine Veränderung von hohem symbolischem Wert war auch die Duldung von DDR-Fahne und -Hymne bei einem Pferderennen im September 1969 – bislang ein Tabu bei sämtlichen kulturellen und sportiven Veranstaltungen. Sollte die ostdeutsche Mannschaft gewinnen, so die Europa-Abteilung des *Quai d'Orsay*, könne man sich im Rahmen einer Pressekonferenz davon distanzieren; eine offizielle Intervention, wie von der westdeutschen Botschaft gefordert, wurde indessen abgelehnt.[523]

[521] ANF, 20060135/9: Protokoll der Sitzung vom 29. 8. 1968, S. 51: „[…] si nous considérons les vingt années à venir et non seulement les prochains événements, nous voyons qu'il n'y aura de possibilité européenne que dans la mesure où le problème qui est au cœur de cette affaire, c'est-à-dire la place de l'Allemagne, sera réglé par accord entre toutes les nations du continent européen. […] Si, dans les vingt ans à venir, nous ne nous mettons pas dans la situation de pouvoir régler le sort des deux Allemagnes, telles qu'elles sont et avec, le cas échéant, des modifications du statu quo, en accord avec toutes les nations européennes de l'Ouest et de l'Est, ce qui s'est passé en Tchécoslovaquie se repassera à dates régulières." Cf. dazu auch AP, Sénat, 48 S 10: Protokoll der Sitzung vom 30. 8. 1968.

[522] ANF, 20060135/9: Protokoll der Sitzung vom 12. 12. 1968, S. 45 f.

[523] AMAE, RDA 1961–1970, 73: Note der S/DEUC vom 18. 9. 1969.

Mit den im September in der Bundesrepublik stattfindenden Wahlen wurde der von Maurice Schumann sehr geschätzte Willy Brandt Bundeskanzler. In seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 skizzierte Brandt die von ihm und Egon Bahr konzipierte Ostpolitik und schlug damit eine Richtung ein, die dem von Frankreich beschrittenen Weg und dem schon seit Langem erwarteten Politikwechsel der Bundesrepublik entsprach.[524] Überdies enthielt die Regierungserklärung die Aufforderung an die westlichen Bündnispartner, ihre Wirtschafts- und Kulturbeziehungen mit der DDR zu normalisieren. Im November fand daraufhin im *Quai d'Orsay* eine Sitzung statt, in der man sich mit Vertretern des französischen Innenministeriums auf Erleichterungen bei der Vergabe von TTD/Visa für Ostdeutsche im Rahmen französisch-ostdeutscher Städtepartnerschaften verständigte.[525] Dies wurde als eine wichtige Maßnahme zur Normalisierung der französisch-ostdeutschen Kulturbeziehungen angesehen; im selben Kontext wurde wenig später auch der seit vielen Jahren geplanten Woche des ostdeutschen Films in Paris zugestimmt. Auf wirtschaftlicher Ebene gab der *Quai d'Orsay* parallel dazu sein Einverständnis zur Eröffnung eines Büros der französischen Industrie in Ost-Berlin (kurz BEIF).

Im Auswärtigen Ausschuss der französischen Nationalversammlung wurde unterdessen bereits die Frage einer Anerkennung der DDR diskutiert, wie sie die Organisation einer europäischen Sicherheitskonferenz unter Beteiligung beider deutscher Staaten implizierte. Dabei ging es vor allem um die aus Sicht der französischen Außenpolitik notwendigen Gegenleistungen und Garantien für eine aus dieser Veränderung hervorgehende De-facto-Anerkennung der DDR sowie um die Frage des richtigen Zeitpunkts. Verbunden waren mit diesen Fragen für Paris zudem die alliierten Rechte in Bezug auf Berlin und Deutschland in seiner Gesamtheit, die zu begründen mit fortschreitender Anerkennung zusehends schwieriger wurde. Der Perspektivenwechsel der Bundesrepublik, die nun die Existenz von zwei Staaten unter dem Dach einer Nation anerkenne, verbiete jedoch, so Schumann, den Rückfall in alte Denkschemata.[526] Die Frage nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR blieb indes auch weiterhin ein Tabu.[527]

Das Jahr 1970 begann mit einer umfassenden Normalisierung in den französisch-ostdeutschen Beziehungen auf wirtschaftlicher Ebene. Durch das im Januar

[524] AP, Sénat, 48 S 12: Protokoll der Sitzung vom 13. 11. 1969, S. 62 f.; zur Haltung der französischen Außenpolitik gegenüber der Ostpolitik von Brandt/Bahr cf. auch Wilkens, Der unstete Nachbar, S. 57–122; des Weiteren ist hier auf das Dissertationsprojekt von Rachèle Raus (Universität Paris 1) zur Wahrnehmung der Ostpolitik in Frankreich hinzuweisen.

[525] AMAE, RDA 1961–1970, 195: Handschriftl. Protokoll einer Sitzung im MAE vom 19. 11. 1969.

[526] ANF, 20060135/9: Protokoll der Sitzung vom 12. 12. 1969, S. 61: „[…] vous avez mille fois raison de dire que l'offre même de conférence de sécurité européenne est liée au souci d'obtenir la reconnaissance de la RDA. Or, vous l'avez compris, à partir du moment où l'Allemagne a un gouvernement qui dit: deux États dans une seule nation, il est évident qu'aucun autre pays ne peut continuer à traiter le problème de la RDA avec le vocabulaire antérieur."

[527] Ibid., S. 66: „Cette question est en effet un peu trop directe pour le motif nécessaire et suffisant que je crois déjà y avoir répondu indirectement. Mais ce n'est pas la première fois que je m'aperçois que M. Bousquet [Raymond Bousquet (UDR, Paris)] a parfaitement compris ma pensée."

unterzeichnete fünfjährige Handelsabkommen wurde die DDR im französischen Außenhandel quasi auf eine Stufe mit allen anderen osteuropäischen Staaten gestellt. Verstärkt wurde diese Entwicklung durch erste Erfolge privatwirtschaftlicher Initiativen: Infolge der Reise von Georges Villiers im September 1969 in die DDR wurde im Frühjahr nicht nur das BEIF eröffnet, es konnten auch bedeutende Verträge abgeschlossen werden. Für den umfangreichsten dieser Verträge über den Verkauf von 10 000 Eisenbahnwaggons setzte Frankreich auf europäischer Ebene sogar eine Verlängerung der Kreditlaufzeiten im Handel mit der DDR durch. Daneben empfing Maurice Schumann im April 1970 erstmals eine Delegation der EFA zu einer Audienz im *Quai d'Orsay*. Kern des Gesprächs war der Ausbau der französisch-ostdeutschen Kulturbeziehungen, einer Ebene, auf der die EFA in den vorangegangenen zehn Jahren zum Hauptakteur geworden waren. In der Folge dieser Audienz kam noch im selben Jahr ein erster inoffizieller Kontakt zwischen den Ministerien für Kultur beider Länder zustande. Ebenfalls von den EFA initiiert, formierten sich im Laufe des Jahres auch die DDR-Freundschaftsgesellschaften in der französischen Nationalversammlung und im Senat. Die Beziehungen auf parlamentarischer Ebene, die sich im vergangenen Jahrzehnt gegen den Willen der französischen Außenpolitik entwickelt hatten, erhielten damit ihre offizielle Legitimierung. Maurice Schumann ging sogar noch einen Schritt weiter, wenn er bewusst auf die Möglichkeiten der parlamentarischen Diplomatie zurückgriff. In einer handschriftlichen Notiz des EFA-Generalsekretärs war nicht nur von den guten Absichten Schumanns der Gesellschaft gegenüber die Rede, sondern auch von seiner Bitte an den Präsidenten der Freundschaftsgesellschaft in der Nationalversammlung, künftig als Vermittler zwischen französischer und ostdeutscher Regierung zu fungieren.[528]

Weniger als ein Jahr nachdem Willy Brandt die Leitung im Bonner Kanzleramt übernommen hatte, konnte im August 1970 in Moskau der Vertrag über Gewaltverzicht und Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion unterzeichnet werden – der Rahmenvertrag für alle kommenden Verhandlungen auf dem von Brandt beschrittenen außenpolitischen Weg. Gegenüber französischen Parlamentariern hatte Maurice Schumann allerdings alle Mühe, den mit diesem Vertrag aufkeimenden Rapallo-Komplex zu entkräften. Parlamentarier mit einem vitalen Interesse am Ausbau des Handels mit der DDR wie George Gorse, Direktor des CNCE, oder auch Pierre Sudreau, Vorsitzender des Verbandes der französischen Eisenbahnindustrie, interessierten sich in diesem Zusammenhang aber auch für die möglichen Auswirkungen des Moskauer Vertrages auf die französisch-ostdeutschen Beziehungen in wirtschaftlicher Hinsicht. Auf Anfrage bestätigte Schumann zwar das definitive Ende der Hallstein-Doktrin, bekräftigte aber umgehend, dass er ein konzertiertes Handeln mit den NATO-Partnern und insbesondere mit der Bundesrepublik weiterhin für dringend ge-

[528] AEFA, Groupe parlementaire: Undatierte handschriftl. Notiz von Lenoir: „M[aurice] S[chumann] a donné assurance de ses bonnes intentions […] et a prié Fossé de se faire intermédiaire entre G[ouvernemen]ts F[rance] et RDA." Schumann und Fossé gehörten derselben Partei an. Zu den engen Verbindungen Schumanns zur EFA cf. auch ibid.: Brief von Schumann vom 23. 2. 1970 an die EFA/Nord, Simoens.

boten halte.[529] Die Normalisierung der bilateralen Beziehungen, wie auch später die Anerkennung selbst, waren aus Sicht der französischen Außenpolitik nur in einem multilateralen Rahmen durchführbar.

Insbesondere im Bereich der Handelsbeziehungen hatte es aus Sicht des Ministers bereits substanzielle Fortschritte gegeben, die von der französischen Außenpolitik durchaus befürwortete Beschleunigung des Rhythmus der Normalisierung sei jedoch nicht allein vom politischen Willen Frankreichs abhängig.[530] Noch vor Ende des Jahres stimmte der *Quai d'Orsay* einer weiteren bedeutenden Veränderung in den Handelsbeziehungen mit der DDR zu: Man ließ den Direktor des CNCE das jährliche Handelsprotokoll unterzeichnen und stattete ihn zu diesem Zweck mit einer Vollmacht des Wirtschaftsministeriums aus. Damit war nicht länger die französische Botschaft in Bonn, sondern das Ministerium in Paris für die Beziehungen mit der DDR zuständig – ein entscheidender Schritt hin zu offiziellen bilateralen Handelsbeziehungen. 1971 nahm zudem das auf französischer Seite privatwirtschaftlich organisierte *Comité économique France-RDA* seine Arbeit auf.

Durch die Diskussion über das Budget des Außenministeriums im Herbst 1970 wurden auch die kulturellen Beziehungen Frankreichs zur DDR zu einem Thema für den Auswärtigen Ausschuss. Dessen Berichterstatter Xavier Deniau, er war zudem Mitglied der DDR-Freundschaftsgesellschaft im Parlament, setzte sich gelegentlich dieser Debatte für ein Minimum kultureller Präsenz auch in jenen Staaten ein, zu denen Frankreich keine diplomatischen Beziehungen unterhielt. Während er auf eine entsprechende Anfrage vom Außenministerium in Bezug auf Nordkorea und Nordvietnam Antwort erhielt, blieb diese im Falle der DDR aus.[531] Der vom Ausschuss einstimmig angenommene Bericht Deniaus enthielt daher die Aufforderung an die französische Regierung, die kulturellen Beziehungen mit Staaten wie der DDR im selben Maße auszubauen wie die Handelsbeziehungen.[532] Während die kulturelle Präsenz Frankreichs in der DDR in den fol-

[529] ANF, 20060135/10: Protokoll der Sitzung vom 24. 9. 1970, S. 42: „C'est quelque chose de complètement différent de la doctrine Hallstein qui appartient définitivement au passé, mais c'est une nécessité politique qui n'a pas disparu parce que la doctrine Hallstein est morte."

[530] Ibid., S. 45 f.: „[…] il est certain que l'évolution de nos rapports avec l'Allemagne de l'Est est une des conséquences logiques, souhaitables, inéluctables et nécessaires de ce qui vient de se passer. J'ajoute cependant – et je pense que M. Gorse ne me contredira pas sur ce point – que c'est un domaine dans lequel il n'est ni habile, ni opportun, ni payant de faire cavalier seul. Des mesures de détente importantes ont déjà été prises – j'ai eu l'occasion d'en parler devant la commission – pour faciliter les échanges. Sur le plan économique et, en particulier, sur le plan des échanges commerciaux, des développements substantiels se sont produits; nous nous proposons de les accélérer, mais sans rompre la règle de la solidarité et de la loyauté dans l'information et la consultation et la définition d'un rythme que M. Gorse ne nous reprochera certainement pas."

[531] ANF, 20060135/10: Protokoll der Sitzung vom 21. 10. 1970, S. 33 f.

[532] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 22. 10. 1970, S. 4: „Abordant le problème des pays avec lesquels notre coopération culturelle est faible ou inexistante, comme la Chine, le Nord-Vietnam, la Corée du Nord, Formose ou la RDA, le rapporteur souhaite que, même quand nous n'entretenons pas avec ces pays des relations diplomatiques, nous ayons avec eux des relations culturelles au même titre que nous avons des relations commerciales."

genden Jahren nur sehr langsam zunahm, wuchs die Zahl der Gastspiele ostdeutscher Ensembles in Frankreich. Für 1971 war das bislang längste Gastspiel des Berliner Ensembles geplant und nach dem Erfolg der Berliner Staatsoper in Versailles 1970 liefen bereits die Planungen für ein weiteres, außerordentlich umfangreiches Gastspiel der Staatsoper in Paris. 1971 reiste zudem eine Delegation des französischen Ministeriums für Kultur nach Ost-Berlin, um über den Austausch von Ausstellungen zu verhandeln. Außerdem übernahm der *Quai d'Orsay* seit 1971 die Kosten für Reisen französischer Wissenschaftler in die DDR und es wurden in diesem Jahr erste Partnerschaften zwischen Hochschulen beider Länder geschlossen.

Alle Veränderungen zusammengenommen, hatten die französisch-ostdeutschen Beziehungen im Zeitraum 1969–1971 eine beachtliche Normalisierung erfahren. Im Juli 1971 zog Maurice Schumann ausführlich Bilanz vor dem Auswärtigen Ausschuss.[533] Auslöser dafür war eine erneute Anfrage von Xavier Deniau[534], dessen Kritik an den kulturellen Beziehungen bislang ohne eine befriedigende Reaktion des Ministers geblieben war. Schumann betonte das stetige Voranschreiten der Entwicklung, wobei das Fehlen diplomatischer Beziehungen kein grundsätzliches Hindernis mehr darstelle.[535] Da die französische Außenpolitik nicht selbst aktiv werden könne, unterstütze man in den Beziehungen auf kultureller und auf wirtschaftlicher Ebene private Initiativen im Rahmen des Möglichen. Nach einer Aufzählung sämtlicher Initiativen im künstlerischen und wissenschaftlichen Austausch, aber auch im Bereich der Städtepartnerschaften, kam er zu dem Schluss, dass die „patrie de Brecht" Eingang in alle Bereiche kulturellen Lebens in Frankreich erhalten habe.[536] Mehr noch, Schumann bezeichnete die Kulturbeziehungen Frankreichs zur „patrie de Brecht" sogar als umfangreicher als die Kulturbeziehungen zu manch anderen Staaten der westlichen Welt.[537] Die Worte des Minis-

[533] Basis für die Ausführungen Schumanns war eine Note der S/DEUC, Boyer, vom 5. 11. 1970 für die Debatte des Budgets seines Ministeriums im Plenum der Nationalversammlung, cf. AMAE, RDA 1961–1970, 73; tatsächlich ging Schumann bei seinen Erörterungen allerdings kaum auf die Frage der Beziehungen zur DDR ein, cf. JO vom 5. 11. 1970, S. 5220ff.; cf. auch AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Note der S/DEUC vom 23. 6. 1971.

[534] Cf. dazu auch AEFA, Groupe parlementaire: Brief der EFA, Lenoir, vom 22. 6. 1971 an Deniau.

[535] ANF, 20060135/10: Protokoll der Sitzung vom 2. 7. 1971, S. 3: „Le gouvernement français n'entretient pas encore de relations diplomatiques avec la République démocratique allemande. Je n'ai pas besoin ni de vous dire pourquoi ni de rappeler que cette situation est évolutive par essence. J'ajoute qu'elle ne constitue pas, en soi, un obstacle au développement des relations entre la France et la République démocratique allemande. J'ai déjà dit à M. Deniau, et je répète à la commission, que nous soutenons toutes les initiatives qui tendent à tisser des liens culturels et commerciaux avec l'Allemagne de l'Est."

[536] Ibid., S. 4: „La patrie de Brecht n'est plus absente d'aucun des domaines de la vie culturelle française."

[537] Ibid., S. 20: „Je ne vois pas comment les rapports culturels pourraient être plus développés, car il y a probablement très peu de pays dans le monde, même les pays de l'Est [sic], avec lesquels nous avons des échanges aussi fréquents et aussi développés." Die Wortprotokolle der parlamentarischen Fachausschüsse werden von Beamten der Nationalversammlung mithilfe stenografischer Notizen angefertigt und anschließend vom

ters kamen einer Anerkennung der ostdeutschen Wahlheimat des Dramatikers gleich, die der DDR als Staatswesen bislang verwehrt geblieben war. Die Perzeption der DDR als eines Landes der Dramatiker und Schriftsteller spiegelt aber auch die durchaus verbreitete Wahrnehmung der DDR als des „anderen Deutschlands" – jenes Deutschlands also, dem in Frankreich ohnehin schon immer alle Türen offen standen.[538]

Eine weitere Intensivierung der Beziehungen in diesem Bereich scheitere, so Schumann, nicht selten an der Verweigerung von Ausreisegenehmigungen für DDR-Bürger. Um die kulturelle Präsenz Frankreichs in der DDR zu stärken, setzte sich Deniau für die Eröffnung eines Büros der *Alliance française* in Ost-Berlin nach dem Vorbild des BEIF ein. Parallel dazu forderte Jean de Broglie, Präsident des Auswärtigen Ausschusses, die Umwandlung des BEIF in eine offizielle Handelskammer. Schumann bestätigte, dass eine solche Entwicklung zwar prinzipiell wünschenswert, aus politischen Gründen zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch nicht realisierbar sei. Außerdem gebe es in der Praxis kaum Unterschiede zwischen dem privat organisierten BEIF und einer offiziellen Handelskammer. Für Schumann war vielmehr entscheidend, dass Frankreich beim Ausbau seiner Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit der DDR weiter gegangen sei als jedes andere westliche Land. [539] Im Laufe einer äußerst hitzigen Diskussion gestand Schumann den Parlamentariern zu, dass der Rhythmus der Normalisierung zu wünschen übrig lasse.[540] Ein weiterer Normalisierungsschub in den französisch-ostdeutschen Beziehungen sei allerdings erst nach Ratifizierung der von der Bundesrepublik unterzeichneten Ostverträge möglich.[541] Dahinter verbarg sich auch eine indirekte Kritik an dem Tempo, mit der die Bundesregierung ihre Ostpolitik voranbrachte.

Das Verhältnis zwischen offizieller und parlamentarischer Diplomatie war zwiespältig. Einerseits nutzte Schumann diesen Kanal für Kontakte zur DDR auf politischer Ebene, die ihm offiziell nicht zur Verfügung standen.[542] Andererseits

Präsidenten des jeweiligen Ausschusses korrigiert, dennoch finden sich zahlreiche Tippfehler; im Kontext der Sitzung erscheint es deshalb zulässig, anstelle von „pays de l'Est" „pays de l'Ouest" zu lesen.

538 Siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel zur französischen Konzeption eines „anderen Deutschlands" (Erster Teil, I.).

539 ANF, 20060135/10: Protokoll der Sitzung vom 2.7.1971, S. 20f.: „Pas un seul pays occidental ne développe le volume de son commerce et ses échanges avec l'Allemagne de l'Est au point où nous l'avons fait. Nous n'avons pas conféré à ce développement un caractère politique, c'est tout à fait exact. Nous n'avons pas voulu introduire dans notre politique d'entente, de détente et de coopération avec l'Est ce facteur supplémentaire de complication sur lequel je n'ai pas besoin d'insister. L'ouverture d'une mission commerciale officielle de la France à Berlin-Est s'imposera un jour ou l'autre et elle est extrêmement souhaitable; dans la pratique beaucoup de choses se passent comme si elle existait."

540 Ibid., S. 21: „Nous ne sommes pas en marge de cette évolution. Vous pouvez considérer que nous ne la suivons pas avec un rythme très rapide, c'est un autre problème."

541 Ibid., S. 22: „[…] il est infiniment probable que des étapes pourront être franchies au-delà même de vos espérances. Nous avons bien l'intention de ne pas nous laisser devancer."

542 Ibid., S. 4: „Récemment, une délégation de parlementaires de la République démocratique allemande a été reçue ici même par le groupe d'études parlementaires du centre franco-allemand. À la fois, avant, pendant et après, j'ai eu moi-même des entretiens avec son président."

erschwerte der wachsende Druck aus parlamentarischen Kreisen auf Schumann und den *Quai d'Orsay*, die französisch-ostdeutschen Beziehungen zu intensivieren, die französische Entspannungspolitik in ihrer Gesamtheit. Bereits im Frühjahr hatte Jean de Broglie das Fehlen französisch-ostdeutscher Kulturbeziehungen in einem Schreiben scharf kritisiert[543] und damit selbst das Interesse des französischen Ministerpräsidenten geweckt.[544] Parallel dazu hatte sich George Gorse in *Le Monde* öffentlichkeitswirksam für Beziehungen mit der DDR eingesetzt.[545] Tatsächlich spiegelt sich der aus diesen Kreisen ausgeübte Druck auch in den Entscheidungen des *Quai d'Orsay* wider. In der Einwilligung zur Teilnahme der DDR am Festival in Cannes 1971 sah man beispielsweise eine Möglichkeit, das Interesse der nicht kommunistischen Parlamentarier an einer Belebung der kulturellen Beziehungen mit der DDR zu befriedigen.[546] Verstärkt wurde der Einfluss der Parlamentarier nicht selten durch französische Unternehmen und Verbände. So setzten sich zur selben Zeit französische Produktionsgesellschaften mit einem vitalen Interesse an Geschäften mit der DDR erfolgreich für die Zulassung der Herkunftsbezeichnung „Deutsche Demokratische Republik" für ostdeutsche Filme ein.[547]

Der Druck aus parlamentarischen Kreisen wurde im September 1971 noch erheblich verstärkt durch eine Reise von Jean de Broglie und einigen Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses nach Ost-Berlin, die nicht nur in Paris einige Aufregung auslöste. Abgesehen vom Auswärtigen Amt interessierte sich insbesondere das *Foreign Office* für einen eventuellen Wandel der französischen DDR-Politik. Um zu beschwichtigen, erklärte man dem britischen Botschafter im *Quai d'Orsay*, dass man „auf allen vier Rädern bremse".[548] Dennoch überwog in London die

[543] AMAE, RDA 1971–1976, 3074: Entwurf vom 10. 3. 1971 für eine Antwort Schumanns an den Präsidenten des Auswärtigen Ausschusses, de Broglie.

[544] Ibid.: Note des Premier ministre, Kabinett, vom 11. 3. 1971 für das MAE, Kabinett.

[545] Le Monde vom 24. 2. 1971: „Une place à gagner et rien à perdre, tel est l'enjeu. Et, puisque chacun connaît, au fond de lui-même, l'issue du processus depuis longtemps engagé, pourquoi attendre d'être dépassés par d'autres? La RDA vaut bien une messe."

[546] AMAE, RDA 1971–1976, 3074: Note der DGRCST vom 17. 4. 1971 für die S/DEUC; handschriftl. Anmerkung: „M. Boyer, J'ai parlé de cette demande [Teilnahme der DDR am Filmfestival in Cannes – Ch. W.] le 21 avril à M. Feït, indiquant que nous n'avions pas encore arrêté notre position, mais inclinions à répondre positivement – s'agissant d'un petit geste sans portée politique directe, et dans le domaine culturel qui intéresse particulièrement ceux des éléments du Parlement, communistes mis à part, qui souhaitent un dégel prompt de nos relations avec l'Allemagne de l'Est."

[547] Ibid.: Schreiben des Marché international des programmes de télévision, Roy, vom 11. 3. 1971 an DEFA, Jordan: „Par suite de pressions de sociétés françaises comme la nôtre auprès du ministère de l'Économie et des Finances – Direction générale du commerce extérieur [sic] –, le gouvernement français accepte de tolérer désormais le déploiement du drapeau de la RDA et l'utilisation de panonceaux ‚République démocratique allemande' sur les stands et pavillons des manifestations internationales." Cf. dazu die jahrelangen Anstrengungen zur Durchführung einer Woche des ostdeutschen Films in Paris seit 1965.

[548] NAUK, FCO 33, 1345: Schreiben der brit. Botschaft in Paris, Palliser, vom 24. 9. 1971 an das FCO: „Against this background I asked how Arnaud saw French policy developing. He said that we could be absolutely confident that there would be no move towards recognition of the GDR or even towards any significant stepping up of Franco-GDR contacts until the Berlin Agreement had been concluded in all three stages. But beyond

Skepsis gegenüber der französischen Haltung. Nach den Äußerungen de Broglies im ostdeutschen Fernsehen und den missverständlichen Bemerkungen Pompidous gelegentlich einer Pressekonferenz zur gleichen Zeit befürchtete man, Frankreich könne tatsächlich nach Abschluss der Verhandlungen der Alliierten über den Berlin-Status aus der Solidarität des Westens ausbrechen, um als erster NATO-Partner die DDR anzuerkennen.[549] Anlässlich einer Rede Schumanns vor der französischen Nationalversammlung im November 1971, in der er erneut die umfangreiche Normalisierung der französisch-ostdeutschen Beziehungen bilanzierte, fragte man sich in Downing Street Nr. 10 allerdings auch, warum Großbritannien Frankreich auf diesem Weg noch nicht gefolgt sei.[550]

Im Auswärtigen Ausschuss sah sich Schumann nun nicht mehr nur mit der Forderung nach Normalisierung der Beziehungen, sondern immer stärker mit der Forderung nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR konfrontiert. Der Minister war deshalb in regelmäßigen Abständen gehalten, den in traditionellen außenpolitischen Kategorien nur schwer verständlichen und offensichtlich noch schwerer zu akzeptierenden multilateralen Charakter dieses Anerkennungsprozesses zu erklären; eines Prozesses, in dem die Normalisierung der Beziehungen zwischen zwei fremden Staaten die Vorbedingung für die Normalisierung der Beziehungen des eigenen Landes zu einem dieser beiden fremden Staaten war. Immerhin wurde das Kind auch von Schumann inzwischen beim Namen genannt: Die diplomatische Anerkennung der DDR war mithin nur noch eine Frage der Zeit.[551] Im Frühjahr 1972 wurde sie von Schumann sogar als logi-

that he was not prepared to commit himself. He and ‚the Department' were ‚locking the brakes on all four wheels'. But there were also several feet on the accelerator and he could not forecast how things would develop."

549 NAUK, PREM 15, 920: Note des FCO vom 8. 10. 1971 für den Prime Minister: „The French have always been more relaxed about the GDR than the other allies. And there is some recent evidence to suggest that they too may, perhaps after the completion of the Berlin negotiations, consider breaking ranks in order to get in first in building a relationship with the GDR, justifying their action by arguing that the Brandt/Brezhnev meeting creates a new situation in which the Federal Republic's allies must develop their own contacts with the East. They are jealous of Brandt's new role as an interlocuteur valable with the Russians; but Brezhnev's forthcoming visit to Paris may soothe them." Selbst in Frankreich herrschte Unklarheit über die Äußerungen von de Broglie und ihre Gültigkeit hinsichtlich der französischen Außenpolitik, wie Fragen von Parlamentariern in den nachfolgenden Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses zeigen, cf. ANF, 20060135/10: Protokoll der Sitzung vom 9. 3. 1972, S. 35 ff.

550 NAUK, PREM 15, 920: Telegramm der brit. Botschaft in Paris vom 5. 11. 1971 an das FCO; handschriftl. Anmerkung, vermutl. von Edward Heath: „If the French can do [all?] this with the GDR. Why cannot we?"

551 ANF, 20060135/10: Protokoll der Sitzung vom 16. 12. 1971; S. 33 f.: „Quand M. Duclos, à la tribune du Sénat, dit: ‚Le jour viendra où vous reconnaîtrez la RDA', il a raison. Le tout est de savoir si nous allons le faire, ce qui serait puéril, inopérant et dangereux, isolément, ou si, comme l'a confirmé le président de la République au chancelier Brandt, et dans l'intérêt même de la détente, tenir compte de la solidarité qui doit nous unir à nos partenaires européens, et plus particulièrement au premier intéressé, la République fédérale [sic]. Nous accusera-t-on d'être à la remorque de la République fédérale simplement parce que nous l'aidons à pratiquer l'ostpolitique [sic], c'est-à-dire à aller plus avant dans la voie que nous-mêmes avons ouverte, et où elle s'est engagée après nous?"

sche Konsequenz der Entspannungspolitik interpretiert.[552] Auf keinen Fall dürfe die Anerkennung der DDR hingegen mit dem Problem der Wiedervereinigung in Verbindung gebracht werden.[553] Die Schwierigkeiten der Bundesregierung bei der Ratifizierung der Ostverträge durch den Bundestag veranlassten die französische Außenpolitik, die Normalisierung der französisch-ostdeutschen Beziehungen in noch stärkerem Maße zu verlangsamen.[554] Tatsächlich wartete die französische Außenpolitik für alle weiteren Schritte das Inkrafttreten der Ostverträge sowie des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin im Juni 1972 ab.

Erst ab September 1972 wurde das privat betriebene BEIF für jeweils zehn Tage im Monat zu einer offiziellen Handelskammer. Erst jetzt wurde die Normalisierung der französisch-ostdeutschen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen unmittelbar in Verbindung mit der Ost- und Entspannungspolitik de Gaulles gesetzt, wurde dessen Moskau-Reise von 1966 ganz offiziell als Ausgangspunkt für Veränderungen auch in den Beziehungen zur DDR definiert.[555] Zudem wurde im Herbst 1972 erneut eine Delegation der EFA im *Quai d'Orsay* empfangen, um die Normalisierung der Beziehungen auf kultureller Ebene voranzubringen. Grundlage der Verhandlungen war ein von den diversen Gremien der EFA erarbeiteter Maßnahmenkatalog, aus dem sich das Ministerium je nach Umsetzbarkeit der einzelnen Vorschläge für den Ausbau der Beziehungen bediente. Sämtliche in diesem Zeitraum getroffenen Maßnahmen sollten einen möglichst reibungslosen Übergang hin zu offiziellen Beziehungen mit der DDR vorbereiten.

Eine Woche vor der Unterzeichnung des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages und damit unmittelbar vor Beginn der Verhandlungen zwischen Frankreich und der DDR über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen konstatierte Maurice Schumann im außen- und verteidigungspolitischen Ausschuss des Senats, dass man das Rennen um eine Normalisierung der Beziehungen zur DDR durchaus hätte gewinnen können; ein viel größerer Erfolg sei es jedoch, dass man dieser Versuchung widerstanden habe.[556]

[552] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 9. 3. 1972, S. 29: „La participation pleine et entière de l'Allemagne de l'Est à la vie internationale est certainement l'aboutissement logique et inéluctable de cette politique d'ouverture, mais la précipitation et le désir d'en toucher trop vite les dividendes compromettraient tout probablement de manière irréparable. Il suffit de suivre les débats du Bundestag pour s'apercevoir que c'est là le point le plus vulnérable. Il ne faut absolument pas rompre un équilibre déjà précaire si l'on veut la ratification des traités et, par voie de conséquence, leurs suites y compris la normalisation des rapports entre la RDA et le reste de l'Europe."

[553] AP, Sénat, 48 S 15: Protokoll der Sitzung vom 24. 2. 1972, S. 28 f.

[554] Ibid., S. 30: „Le rythme de la normalisation des rapports entre la France et la RDA doit être subordonné à cette exigence, subordonné à cette nécessité et par conséquent quelque peu ralenti."

[555] AMAE, RDA 1971–1976, 3077: Note vom 20. 9. 1972 für den Leiter der DREE über ein Gespräch des Bevollmächtigten der DREE in Ost-Berlin mit Honecker: „Il [das Interesse der franz. Regierung am Ausbau der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit der DDR – Ch. W.] s'inscrivait dans le cadre d'une politique de coopération et d'amitié avec l'ensemble des pays de l'Est de l'Europe qui avaient choisi le socialisme, dont le voyage du général de Gaulle à Moscou avait marqué le commencement."

[556] AP, Sénat, 48 S 15: Protokoll der Sitzung vom 13. 12. 1972, S. 8: „Rien ne nous aurait été plus facile que de normaliser nos rapports avec la RDA au nom de la France et de la

## 2. Zwischen Bilateralismus und Multilateralismus: die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR 1972/73

Der französische Zeitplan für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR am 9. Februar 1973 entsprach nicht der Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen beiden Staaten, sondern dem Fortgang der europäischen Ost- und Entspannungspolitik, die seit Herbst 1969 maßgeblich durch Willy Brandt und Egon Bahr betrieben wurde. Es handelte sich für die französische Außenpolitik mithin um die Konsequenz eines mehrere Jahre andauernden Verhandlungsmarathons, der sich auf vielen Ebenen abgespielt hatte. Zentrale Bedingung für diesen Schritt war die Normalisierung der innerdeutschen Beziehungen, wie sie durch den am 21. Dezember 1972 zwischen beiden deutschen Staaten unterzeichneten Grundlagenvertrag festgeschrieben wurde.

### Die Vorbereitungen

Das Problem einer Anerkennung der DDR durch Frankreich infolge einer neuen Ostpolitik der Bundesrepublik stellte sich für das französische Außenministerium erstmals nach der Reise Willy Brandts im April 1970 in die USA, bei der sich Brandt der notwendigen Unterstützung des US-Präsidenten Richard Nixon für seine Politik versicherte.[557] Nur wenige Wochen nach dieser Reise setzte man sich in der Europa-Abteilung des *Quai d'Orsay* erstmals mit diesem Problem auseinander. In einer entsprechenden Note wurden Strategien entwickelt und mögliche Schwierigkeiten aufgezeigt: Zwar ergäben sich Art und Zeitpunkt der Anerkennung grundsätzlich aus der Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen, gleichzeitig könne der von der DDR erreichte internationale Status nicht gänzlich ignoriert werden. Diese Einschätzung bezog sich auf eine allgemeine Anerkennungswelle, vor allem jedoch auf eine eventuelle Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die UNO. Um auf die neue Entwicklung entsprechend zu reagieren, verfüge Frankreich, so die Europa-Abteilung des *Quai d'Orsay*, über einen breiten Handlungsspielraum, der von einer allmählichen Normalisierung der Beziehungen im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich bis hin zum Austausch von Botschaftern zwischen Paris und Ost-Berlin reiche. Wählen könne man das Niveau der Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR indes nur theoretisch.[558] Tatsächlich ergab sich dieses Niveau aus Entwicklungen, auf die Frankreich lediglich begrenzt Einfluss nehmen konnte.

Dennoch, so der Tenor der Note, sollte der Einfluss Frankreichs geltend gemacht werden, um eine umfassende und vorbehaltlose Anerkennung der DDR

France seule, et même d'essayer de gagner une sorte de course de vitesse. La tentation aurait pu être grande, nous avons pensé qu'il y avait un intérêt majeur à ce que le problème fût réglé d'une manière concertée."

557 Zum Problem des Multilateralismus cf. Badie/Devin (Hrsg.), Le multilatéralisme, dort insbesondere die Artikel von Pierre Grosser und Guillaume Devin.

558 AMAE, RDA 1971–1976, 3081: Note der S/DEUC vom 6. 5. 1970.

auszuschließen. Eine solche Anerkennung hätte nicht nur Auswirkungen auf die Rechte der Alliierten in Bezug auf ganz Deutschland, sie würde auch die deutsche Teilung verankern.[559] Um dies zu verhindern, müsse eine Anerkennung mit der Bekräftigung der alliierten Rechte einhergehen. Dies bezog sich grundsätzlich auf Deutschland in seiner Gesamtheit, praktisch jedoch insbesondere auf Berlin und die Zugangswege nach West-Berlin. Man befürchtete, dass sich mit einer Anerkennung der DDR die Schwierigkeiten in Berlin noch verstärken würden. Um eine Bestätigung der alliierten Rechte und Verantwortlichkeiten – quasi als Gegenleistung für die Anerkennung der DDR – zu erwirken, wurden Verhandlungen mit der Sowjetunion vorgeschlagen.[560] Als Voraussetzung dafür wurde eine sehr enge Zusammenarbeit der drei Westalliierten mit der Bundesrepublik bezeichnet, mehr noch, eine Harmonisierung der Verhandlungen zwischen den Alliierten mit den Verhandlungen der Bundesrepublik und den von ihr unterzeichneten Abkommen. Wenn Frankreich in der Frage des Anerkennungsprozesses hinter der Bundesrepublik zurückblieb, wie von Parlamentariern immer wieder kritisiert, und gleichzeitig sehr eng mit der Bundesrepublik zusammenarbeitete, so diente dies in erster Linie aber der Verteidigung eigener Interessen.[561]

Ein Jahr nach der Erarbeitung dieses Strategiepapiers des Außenministeriums äußerte sich der französische Staatspräsident Georges Pompidou – soweit aus den Quellen ersichtlich – erstmals zum Problem der Anerkennung der DDR.[562] Bezugnehmend auf ein Gespräch zwischen dem westdeutschen Außenminister und dem sowjetischen Botschafter in Bonn über die innerdeutschen Beziehungen forderte Pompidou dazu auf, die Entwicklung auf das Genaueste zu verfolgen und die Anerkennung intern entsprechend vorzubereiten, damit man zum gegebenen Zeitpunkt auch als Erster zur Tat schreiten könne.[563] Tatsächlich wurde die Frage im *Quai d'Orsay* jedoch erst wieder aktuell nach der Unterzeichnung des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin im September 1971 sowie nach dem dadurch möglich gewordenen sogenannten Transitabkommen vom Dezember 1971, wel-

[559] Ibid.: „Une reconnaissance complète et sans réserve de la RDA par les trois puissances aurait nécessairement des incidences sur leurs compétences et leurs droits relatifs à l'Allemagne dans son ensemble. […] En outre, une telle reconnaissance, aboutissant à consacrer la division de l'Allemagne, porterait atteinte, de ce fait, à l'un des éléments essentiels auxquels est liée la responsabilité quadripartite, c'est-à-dire la perspective d'un règlement de paix avec une Allemagne unifiée."

[560] Ibid.: „Reste alors l'autre voie, celle de la négociation préalable. Ne pourrions-nous tenter, le jour venu, de ‚vendre' à l'Union soviétique notre reconnaissance de la RDA et notre accord à son entrée aux Nations unies? Pouvons-nous espérer d'obtenir en échange la réaffirmation par l'URSS d'une certaine responsabilité quadripartite au moins sur les accès?"

[561] Ibid.: „Les cartes que nous pourrions jouer perdraient en effet beaucoup de leur valeur si Moscou avait le sentiment que les options essentielles ont déjà été prises par la République fédérale."

[562] Zur Haltung Pompidous in deutschlandpolitischen Fragen cf. Schirmann/Mohamed-Gaillard (Hrsg.), Georges Pompidou et l'Allemagne.

[563] ANF, 5 AG 2, 1009: Kurzfassung eines Telegramms aus Bonn vom 14. 5. 1971 für Pompidou; handschriftl. Anmerkung Pompidous: „Il faudra que nous soyons les premiers à reconnaître la RDA – suivre l'évolution de près et préparer les modalités pour ce qui nous concerne."

ches den Verkehr zwischen der Bundesrepublik und der DDR regelte. Im Januar 1972, acht Monate nach der Aufforderung Pompidous, informierte die Europa-Abteilung des französischen Außenministeriums intern alle von dieser Angelegenheit betroffenen Abteilungen, dass die aktuelle Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen Frankreich zu einem noch nicht zu bestimmenden Datum dazu bringen werde, seinerseits diplomatische Beziehungen mit der DDR aufzunehmen, und bat darum, sämtliche in diesem Fall zu klärenden Fragen und Probleme zusammenzutragen.[564] Zum gegebenen Zeitpunkt sollte dies als Grundlage für eine gemeinsame Sitzung mit Vertretern aller Abteilungen dienen. Es ist durchaus möglich, dass man sich dabei an der Einschätzung der Situation durch die amerikanische Außenpolitik orientiert hat: Nur wenige Tage später meldete die französische Botschaft aus Washington, dass im *State Department* erste Besprechungen über zu erwartende Probleme in den Beziehungen mit der DDR geführt wurden.[565] Abgesehen von der Arbeit in den einzelnen Abteilungen geschah im *Quai d'Orsay* in den nächsten Monaten jedoch wenig – ein Indiz dafür, dass man keine baldige Veränderung der Gesamtsituation erwartete.

Ein weiterer wichtiger Schritt in diesem multilateralen Prozess war das gleichzeitige Inkrafttreten der Ostverträge und des Vier-Mächte-Abkommens am 3. Juni 1972.[566] Im Vorfeld dieses Ereignisses forderte das Auswärtige Amt Frankreich dazu auf, dem Wunsch der DDR nach Aufnahme in internationale Organisationen entgegenzukommen. Dies ist insofern bemerkenswert, als das Auswärtige Amt bis zu diesem Zeitpunkt mit großer Regelmäßigkeit bei den drei Westalliierten interveniert hatte, um eine Aufwertung des internationalen Status der DDR zu verhindern.[567] Der Leiter der Europa-Abteilung des *Quai d'Orsay* schlug daraufhin vor, sämtliche Vorsicht fahren zu lassen und mit dem sowjetischen Außenminister offen über die Anerkennung der DDR durch die drei Westalliierten zu sprechen.[568] Entsprechend gereizt reagierte auch Pompidou auf diese Aufforderung aus Bonn[569] und wies seinen Außenminister an, sich der DDR gegenüber ab

564 AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Note der S/DEUC, Arnaud, vom 13. 1. 1972.

565 AMAE, RDA 1971–1976, 3081: Telegramm aus Washington, Lucet, vom 19. 1. 1972.

566 Zum Vier-Mächte-Abkommen cf. Wilkens, Der unstete Nachbar, S. 123–176 sowie Osmont, La négociation de l'accord quadripartite sur Berlin.

567 Wenige Monate zuvor hatte die Bonner Regierung Paris noch darum gebeten, in Ost-Berlin keine CNCE-Mission einzurichten. Pompidou sprach sich bei dieser Gelegenheit gegen eine weitere Rücksichtnahme auf Bonn aus: „Les Allemands n'ont pas eu un geste à notre égard depuis des mois, et n'ont cessé de nous critiquer alors que je les ai soutenus sur l'essentiel." In: ANF, 543 AP, 25: Note von Raimond vom 31. 1. 1972 für Pompidou (handschriftl. Anmerkung).

568 ANF, 5 AG 2, 1009: Kurzfassung eines Telegramms aus Bonn vom 29. 5. 1972 für Pompidou: „Au cours de la réunion des directeurs d'Europe MM. Bahr et Frank interviennent avec force pour préconiser plus de souplesse face au désir de la RDA d'être admise dans les organisations internationales. M. Arnaud suggère que nous pourrions abattre notre jeu plus vite que prévu et faire connaître nos intentions à M. Gromyko le 3 juin à Berlin. Les Allemands accueillent cette suggestion avec intérêt."

569 Ibid.: Kurzfassung eines Telegramms aus Bonn vom 29. 5. 1972 für Pompidou; handschriftl. Anmerkung Pompidous: „Quelle comédie! Allons donc de l'avant si la RFA le désire! On cherche à faire porter aux 3 le chapeau de la rigueur, c'est se moquer des gens." Zur Haltung und Politik Pompidous gegenüber Deutschlands cf. Schirmann/

sofort entgegenkommend zu zeigen. Adressat dieser veränderten Haltung war jedoch nicht die DDR, sondern die Bundesrepublik: Maurice Schumann sollte im Rahmen der Unterzeichnung des Schlussprotokolls des Vier-Mächte-Abkommens in Berlin keine konkreten politischen Maßnahmen in puncto Anerkennung ergreifen; vielmehr sollte die Bundesrepublik auf diese Weise davor gewarnt werden, die als notwendig erachtete Solidarität der Alliierten nicht über Gebühr zu strapazieren.[570] Dementsprechend missfiel Pompidou auch die Bitte der angloamerikanischen Bündnispartner an Frankreich, im Namen der Alliierten gegen ein inoffizielles Gespräch zwischen dem UNO-Generalsekretär und dem DDR-Außenminister zu protestieren.[571]

Anfang Juli 1972 empfing Egon Bahr die Botschafter der drei Westalliierten in Bonn, um sie über den Stand der Verhandlungen mit der DDR zu informieren.[572] Im selben Monat bat Maurice Schumann daraufhin seinen Kollegen vom Wirtschafts- und Finanzministerium, für die Eröffnung einer Botschaft in Ost-Berlin entsprechende Gelder im Budget für 1973 zurückzuhalten. Es handele sich zwar derzeit nur um eine Arbeitshypothese, auch könne dieser Posten nicht offiziell eingeplant werden, man müsse aber ab sofort über die Konsequenzen einer Anerkennung der DDR nachdenken. Der Umfang der neu zu schaffenden Botschaft, die umgehend einsatzfähig sein müsse (es wurde mit 20 Stellen und einem Budget von 4,7 Millionen FF gerechnet), erlaube es darüber hinaus nicht, auf bereits bewilligte Gelder zurückzugreifen.[573]

In den folgenden Wochen zeigte sich, dass nicht nur die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen selbst maßgeblich für den Verlauf des Anerkennungsprozesses in Frankreich war, sondern auch die Einschätzung dieser Entwicklung

Mohamed-Gaillard (Hrsg.), Georges Pompidou et l'Allemagne. Eine andere Interpretation findet sich bei Soutou, L'alliance incertaine, S. 318–320.

570 ANF, 5 AG 2, 1009: Handschriftl. Note von J[obert] vom 31. 5. 1972 für Raimond (auf Anweisung Pompidous): „Il faut faire dire dès ce matin à M. Schumann qu'il faudrait qu'il se montre ‚ouvert' vis-à-vis de la RDA. (Vous avez vu l'annotation d'hier du président de la République sur un télégramme.) C'est une attitude à prendre, pour inquiéter et ne pas laisser à certains le confort de penser qu'ils peuvent toujours compter sur notre acharnement à défendre l'état actuel des affaires. C'est une attitude qui est démontrée. Ce n'est pas une action précise à engager [Hervorhebungen im Original – Ch. W.]."

571 Ibid.: Kurzfassung eines Telegramms aus Bonn vom 28. 6. 1972 für Pompidou; handschriftl. Anmerkung Pompidous: „Les Anglais et les Américains disent en privé leur mécontentement et nous demandent de faire une ‚protestation' – les bons apôtres! Manifestons notre mécontentement en privé."

572 ANF, 543 AP, 26: Kurzfassung verschiedener Telegramme aus Bonn vom 3./4. 7. 1972 für Pompidou.

573 AMAE, RDA 1971–1976, 3101: Schreiben des MAE, Schumann, vom 24. 7. 1972 an das MinEF, Giscard d'Estaing: „L'importance du poste à créer m'interdit en effet d'envisager la mise en place des emplois et crédits de fonctionnement nécessaires par prélèvement sur les dotations existantes de mon budget. L'hypothèse d'une ouverture symbolique n'impliquant dans un premier temps que la présence d'un chargé d'affaires sans collaborateur et sans moyens doit être par ailleurs formellement écartée dans le cas présent. C'est donc une ambassade disposant de tous ses moyens en effectifs et en crédits que j'aurai le devoir de mettre immédiatement en place en Allemagne orientale dès que des relations officielles auront été établies entre les deux pays."

durch die amerikanische Außenpolitik. Ende August bezeichnete das *State Department* den Modus vivendi zwischen beiden deutschen Staaten und deren Aufnahme in die UNO als absehbar. Der an diese Einschätzung geknüpften Initiative Washingtons zugunsten von Konsultationen der drei Alliierten – zwecks Klärung sämtlicher, die Anerkennung der DDR durch die Alliierten betreffender, Fragen – stand man in Paris sehr aufgeschlossen gegenüber.[574] Für Pompidou bestand darin der einzige Ausweg aus dem Dilemma, dass Frankreich einerseits sobald wie möglich diplomatische Beziehungen mit der DDR aufzunehmen beabsichtigte, es aufgrund der engen Beziehungen mit der Bundesrepublik andererseits aber nicht in der Lage war, in dieser Angelegenheit unabhängig aktiv zu werden.[575] Um die Bundesregierung nicht an den Gesprächen beteiligen zu müssen, wählte man als Ort der Konsultationen Berlin. Die französische Militärregierung in Berlin erarbeitete daraufhin eine ausführliche Liste mit allen Problemen, die sich im Falle einer Anerkennung der DDR durch die Alliierten stellen würden. Dazu zählten die verschiedenen Zugänge nach West-Berlin, juristische Erwägungen hinsichtlich des Status von Berlin, die Aktivitäten der Westalliierten in Ost-Berlin (Passieren der Grenze, Patrouillen in Ost-Berlin etc.), der Warenverkehr und schließlich die Zukunft der militärischen Verbindungsmissionen der Alliierten in der DDR.[576] Konsultationen kamen vorerst jedoch nicht zustande.

Bei einer Besprechung der drei alliierten Botschafter Ende September in Bonn äußerte der amerikanische Vertreter, dass es jetzt an der Zeit sei, sich ernsthaft mit der Anerkennungsproblematik zu beschäftigen. Gespräche sollten sowohl zwischen den drei Westalliierten unter Ausschluss der Bundesrepublik als auch mit ihr geführt werden. Als unklar galt der Grad der Abstimmung zwischen den drei Alliierten bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Auch stellte sich die Frage nach dem geeigneten Zeitpunkt für Verhandlungen mit der DDR.[577] Der Generalsekretär des *Quai d'Orsay* befand nach Rücksprache mit dem *Élysée*, dass man erst nach der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages mit der DDR in direkte Verhandlungen treten könne. Man müsse zwar die Meinung der Bundesregierung einholen; Konsultationen sollten seiner Auffassung zufolge jedoch nur zwischen den Alliierten stattfinden.[578] Pompidou, dem offensichtlich viel daran gelegen war, umgehend mit den Vorbereitungen zu beginnen, sprach sich außerdem dafür aus, der DDR durch gewisse Erleichterungen bei der Vergabe von Visa zu verstehen zu geben, dass die von ostdeutscher Seite mit Ungeduld erwartete Anerkennung in greif-

[574] AMAE, RDA 1971–1976, 3081: Telegramm aus Washington, Kosciusko-Morizet, vom 29. 8. 1972.

[575] ANF, 5 AG 2, 1009: Kurzfassung vom 29. 8. 1972 eines Telegramms aus Washington vom 30. 8. 1972 für Pompidou; handschriftl. Anmerkung Pompidous: „Il me semble que nous avons intérêt à répondre favorablement – nous n'allons pas être en retard par rapport aux Américains dans les rapports avec la RDA. D'autre part nos liens avec Bonn nous empêchent d'aller seuls de l'avant. Parfois nous avons intérêt au rappel des autorités quadripartites." Die Zustimmung der französischen Regierung wurde noch am selben Tag nach Washington übermittelt, cf. AMAE, RDA 1971–1976, 3081: Telegramm der S/DEUC, Alphand, vom 30. 8. 1972 an die franz. Botschaft in Washington.

[576] Ibid.: Schreiben des GMFB, Toffin, vom 18. 9. 1972 an die franz. Botschaft in Bonn.

[577] Ibid.: Telegramm aus Bonn, Sauvagnargues, vom 26. 9. 1972.

[578] Ibid.: Telegramm der S/DEUC, Alphand, vom 29. 9. 1972 an die franz. Botschaft in Bonn.

bare Nähe gerückt sei.[579] Als Hintergrund für diese Entscheidung lässt sich vermuten, dass auf diese Weise der von der DDR über die französischen Parlamentarier ausgeübte Druck auf die französische Regierung abgeschwächt werden sollte.

Die geplanten Konsultationen in Berlin kamen nicht zustande. Stattdessen wurde im sogenannten *Groupe de Bonn* (Bonner Vierergruppe bestehend aus Vertretern der Botschaften der drei Alliierten und des Auswärtigen Amts) bereits über den folgenden Schritt, die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO, diskutiert.[580] Während die Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten zum Grundlagenvertrag noch andauerten, begannen am 23. Oktober 1972 in Berlin auch die Gespräche zwischen den Botschaftern der vier Alliierten über die UN-Mitgliedschaft. Gegenstand der Verhandlungen war eine gemeinsame Erklärung, in der man sich verpflichtete, die Mitgliedsanträge beider deutscher Staaten zu unterstützen. Aus französischer Sicht hatte man die DDR damit indirekt als souveränen Staat anerkannt. Es bestehe mithin, so der französische Botschafter in Bonn Jean Sauvagnargues, keine Verpflichtung mehr zu einer offiziellen Anerkennung; stattdessen könne man sich in den Verhandlungen mit der DDR auf die praktische Umsetzung dieser Anerkennung, also auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen beschränken.[581] Die gefundene Formulierung halte außerdem das Risiko einer übereilten Anerkennungswelle gering, sei doch mit dieser Erklärung allen NATO-Mitgliedern die Möglichkeit gegeben, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR ohne Zeitdruck vorzubereiten.[582] Die Selbstverpflichtung zur Unterstützung der DDR bei der Aufnahme als eigenständiger Staat in die Vereinten Nationen wurde verknüpft mit einer Bekräftigung alliierter Rechte und Praktiken.[583] Erst durch die mit dieser Erklärung geschaffene

[579] ANF, 5 AG 2, 1009: Kurzfassung vom 27. 9. 1972 eines Telegramms aus Bonn vom 26. 9. 1972 für Pompidou; handschriftl. Anmerkung Pompidous: „C'est exact [bezieht sich auf die Feststellung, dass jetzt der Moment gekommen ist – Ch. W.]. De plus j'aimerais que l'on voit si nous ne pouvons pas, sans rien annoncer à personne, relâcher nos disciplines, par exemple en matière de visas (??) ou autre, marquer à la RDA que le jour approche …"

[580] Hervé Alphand forderte jedoch, dass man sich wieder um eine realistischere Diskussion bemühen solle. Es sei zwar grundsätzlich nicht falsch, sich darüber Gedanken zu machen, die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO habe derzeit jedoch einen stark hypothetischen Charakter; cf. AMAE, RDA 1971–1976, 3092: Telegramm der S/DEUC, Alphand, vom 30. 9. 1972 an die franz. Botschaft in Bonn.

[581] ANF, 5 AG 2, 1009: Telegramm aus Bonn, Sauvagnargues, vom 10. 11. 1972: „À cet égard, il me paraît important de souligner que le texte adopté il y a quelques jours est, peut-être, de nature à nous dispenser de toute discussion avec les Allemands de l'Est sur la reconnaissance formelle de leur État." Pompidou kommentierte am 13. 11. 1972 in einer Anmerkung zustimmend: „Nous ne devons pas mal nous conduire, mais il ne s'agit pas de se laisser duper!"

[582] Ibid.: Telegramm aus Bonn, Sauvagnargues, vom 10. 11. 1972: „Et, grâce à une promesse à la RDA qui ne prendra effet qu'à la veille de l'entrée de celle-ci et de la RFA aux Nations unies, nos partenaires de l'Alliance pourraient, sans être pressés par le temps, mettre au point, dans l'intervalle, les modalités de l'établissement effectif de relations diplomatiques."

[583] AMAE, RDA 1971–1976, 3092: Telegramm der S/DEUC, Alphand, vom 28. 10. 1972; Alphand definierte hier die Festschreibung des UNO-Beitritts beider deutscher Staaten und die Wahrung der alliierten Rechte als die französischen Verhandlungsziele und stimmte deshalb dem sowjetischen Gegenvorschlag grundsätzlich zu.

explizite Verbindung zwischen der Anerkennung des zweiten deutschen Staates und der Beibehaltung alliierter Rechte und Verantwortlichkeiten für Deutschland in seiner Gesamtheit wurde aus Sicht der französischen Außenpolitik eine entscheidende Hürde auf dem Weg zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR aus dem Weg geräumt.

Nach insgesamt zehn Sitzungen einigte man sich am 5. November auf den Text der gemeinsamen Erklärung.[584] Noch am selben Tag fand in Brüssel die erste Konsultation zwischen den Vertretern der drei Westalliierten über den weiteren Verlauf des Anerkennungsprozesses statt. Hierbei ging es im Wesentlichen um die Themen bilateraler Verhandlungen mit der DDR sowie um die Form der Konsultationen im weiteren Verlauf dieses Prozesses. So kam man überein, dass die Konsultationen vorerst im *Groupe de Bonn* fortgeführt werden sollten, während die alliierten Missionen in Berlin mit Untersuchungen zu praktischen Problemen beauftragt wurden.[585]

Während die Bundesregierung vor allem um eine Abstimmung des Anerkennungsprozesses der drei Alliierten mit dem von ihr betriebenen Normalisierungsprozess der innerdeutschen Beziehungen besorgt war, drang man im französischen Außenministerium auf eine verstärkte Abstimmung des Anerkennungsprozesses unter den Alliierten.[586] Ein erster Abgleich mit der britischen Position fand in Paris zwischen dem Sekretär der britischen Botschaft und dem Leiter der für die DDR zuständigen Zentraleuropa-Abteilung des *Quai d'Orsay* statt. Unterschiede wurden lediglich in Detailfragen festgestellt: So schloss Maurice Schumann im Falle einer Verzögerung der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages Zwischenschritte auf dem Weg zur Normalisierung der Beziehungen mit der DDR nicht aus; im Gegensatz zu London plante man die Eröffnung eines zusätzlichen Konsulats außerhalb von Berlin; auch wollte Schumann sich nach Eröffnung der Botschaft nicht mit einem Geschäftsträger begnügen.[587]

In den kommenden Wochen wurden sämtliche Fragen und Probleme bezüglich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR von Vertretern der Alliierten an den verschiedensten Orten – Berlin, Bonn, Brüssel, London, Paris und Washington – verhandelt. Vor allem für außenstehende Beteiligte war es offensichtlich schwierig geworden, den Überblick zu wahren. So wurden die übrigen NATO-Mitgliedsstaaten von der Zustimmung der drei Westalliierten zur Aufnahme der DDR in die UNESCO überrascht und forderten daraufhin, künftig besser über den Stand der Konzertierung zwischen den Alliierten informiert zu werden.[588] Die Frage der Anerkennung war in den folgenden Tagen auch Thema einer Sitzung der EU-Außenminister. Schumann mahnte seine Kollegen zu Solidarität, und man einigte sich, die Angelegenheit bei einer Sitzung des Nordatlan-

[584] Zu den Sitzungen der Botschafter vom 23. 10. bis zum 5. 11. 1972 cf. ibid. (eigenständiges Dossier).
[585] AMAE, RDA 1971–1976, 3081: Summary of points agreed at a meeting of US, French and UK officials in Brussels on 5th November 1972.
[586] Ibid.: Note der S/DEUC vom 10. 11. 1972.
[587] Ibid.: Note der S/DEUC vom 15. 11. 1972; mit handschriftl. Anmerkungen von Maurice Schumann.
[588] Ibid.: Telegramm aus Brüssel (REPAN), Rose, vom 17. 11. 1972.

tikrates am 8. Dezember 1972 zu verhandeln.[589] Der Generalsekretär des *Quai d'Orsay* drängte infolge dieses Treffens auf eine baldige Einigung der drei Alliierten in Bonn.[590] Während die Gespräche in den folgenden Tagen im *Groupe de Bonn* fortgesetzt wurden, hier arbeitete man insbesondere an der Vorbereitung eines Kommuniqués für die Sitzung des Nordatlantikrates am 8. Dezember[591], bestand weiterhin Uneinigkeit zwischen den drei Alliierten über den geeigneten Ort für die Konsultationen – mindestens zwei der Delegationen wären jeweils von ihren Experten weit entfernt gewesen.[592] Hinzu kam, dass die für derartige Konsultationen notwendigen Dossiers, die von den jeweiligen Außenministerien vorbereitet wurden, noch nicht fertig waren.

Nach der Paraphierung des Grundlagenvertrages am 8. November und dem Wahlerfolg der sozialliberalen Koalition am 19. November 1972 wuchs der Druck auf das französische Außenministerium, die Vorbereitungen für die Aufnahme der Verhandlungen mit der DDR voranzutreiben. Wenige Tage später und unmittelbar nach dem Treffen der EU-Außenminister lud die Zentraleuropa-Abteilung sämtliche damit befassten Fachabteilungen des Ministeriums zu einer Sitzung am 29. November ein.[593] Inzwischen rechnete man mit einer Unterzeichnung des Grundlagenvertrages zwischen dem 18. und dem 21. Dezember. Und für den 8. Dezember erwartete man eine definitive Entscheidung des NATO-Rates über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR. Da alle NATO-Mitglieder offensichtlich einverstanden waren, ihre Positionen miteinander zu koordinieren, beabsichtigte man, sich nach denen zu richten, die wie die skandinavischen Staaten auf eine Beschleunigung des Prozesses drangen – eine Einstellung, die der französischen Regierung durchaus entgegenkam.[594] Als besonders vordringlich wurde in Paris der Ausbau der Kulturbeziehungen angesehen, nicht zuletzt als Möglichkeit, um sich von den anderen NATO-Mitgliedern abzusetzen.[595] Man betrachtete nicht ohne Sorge das wachsende Interesse der USA an Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit der DDR[596] und suchte offensichtlich nach einer individuellen Note innerhalb dieses gemeinschaftlichen Prozesses.

Weil auch die DDR wisse, dass man es mit der Aufnahme von Beziehungen eilig habe, wurde angeregt, Fragen und Probleme[597] zukünftiger Beziehungen zunächst

589 Ibid.: Telegramm (circulaire) von Maurice Schumann vom 21. 11. 1972.
590 Ibid.: Telegramm der S/DEUC, Alphand, vom 22. 11. 1972.
591 Ibid.: Verschiedene Telegramme aus Bonn, Sauvagnargues, vom 23. 11. bis zum 27. 11. 1972.
592 Ibid.: Telegramm aus London, de Beaumarchais, vom 28. 11. 1972.
593 AMAE, RDA 1971–1976, 3101: Note der S/DEUC, Boyer, vom 23. 11. 1972.
594 Ibid.: Note der S/DEUC vom 1. 12. 1972: „Attitude qui conviendrait assez bien au gouvernement français."
595 Ibid.: „M. Arnaud relève qu'il serait opportun de faire preuve d'originalité en ce domaine [die Kulturbeziehungen – Ch. W.]. Nous pourrions en effet en hâtant les choses sur ce point nous différencier dans une certaine mesure de nos partenaires de l'Alliance qui reconnaîtront certainement tous la RDA en même temps."
596 AMAE, RDA 1971–1976, 3081: Telegramm aus Washington, Kosciusko-Morizet, vom 6. 9. 1972.
597 Die während der Sitzung am 29. 11. 1972 behandelten Punkte im Einzelnen: französische Staatsangehörige in der DDR, Reisen Ostdeutscher nach Frankreich (Anerkennung ostdeutscher Pässe und Eröffnung eines Konsulats), Beziehungen im juristischen

nur anzuschneiden, sich ihre Vertiefung jedoch für spätere Verhandlungen vorzubehalten. Über die Gesamtheit der besprochenen Probleme sollte es nicht nur Konsultationen mit Großbritannien und den USA geben, sondern auch mit jenen Ländern, die ebenfalls von Deutschland besetzt worden waren und demzufolge die gleichen Probleme mit der DDR zu regeln hatten. Mit der Sitzung vom 29. November 1972 wurde die erste Etappe der internen Vorbereitungen abgeschlossen. Erstmals wurden nun auch sämtliche Botschafter Frankreichs über den Stand der Beziehungen zur DDR informiert und zu privaten Kontakten mit ihren ostdeutschen Amtskollegen autorisiert. Ohne von der alliierten Grundlinie abzuweichen (d. h. keine Initiative vor Unterzeichnung des Grundlagenvertrages zu ergreifen), hatte man damit eine Möglichkeit gefunden, der DDR die unmittelbar bevorstehende Eröffnung von Verhandlungen – wie von Pompidou gefordert – anzukündigen.[598] Während man auf westdeutscher Seite sichergehen wollte, dass der Ständige Vertreter der Bundesrepublik vor seinen alliierten Kollegen in Ost-Berlin eintraf, drängte Pompidou darauf, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen nicht unnötig weiter hinauszuzögern.[599] Bereits zwei Tage später unterbreitete ihm Schumann den Vorschlag zur Ernennung von Bernard Guillier de Chalvron als Botschafter in Ost-Berlin.[600] Für die Wahl von de Chalvron sprach nicht nur dessen Engagement im Widerstand, sondern vor allem seine intime Kenntnis der deutsch-deutschen Entwicklung, die er sich als politischer Berater der französischen Militärregierung in Berlin in den 1950er und 1960er Jahren erworben hatte.

In Vorbereitung der Sitzung des NATO-Rates am 8. Dezember 1972 trafen sich die Außenminister der drei Alliierten und ihr bundesdeutscher Kollege am 5. Dezember zu einem Arbeitsessen (ein sogenanntes „dîner quadripartite"), um wichtige Details der anstehenden Verhandlungen mit der DDR zu besprechen und eine einheitliche Position zu bestimmen.[601] Diese Position verteidigte Schumann wenige Tage später im Namen seines britischen und seines amerikanischen Kollegen im NATO-Rat (Frankreich hatte zu diesem Zeitpunkt den Vorsitz der alliierten Verwaltung in Berlin inne).[602] Mit seiner Rede forderte er die Solidarität aller NATO-Mitglieder in dieser Angelegenheit. Der Erfolg des Vier-Mächte-Abkommens und der innerdeutschen Verhandlungen erlaube, die Normalisierung der Beziehungen mit der DDR nunmehr in Angriff zu nehmen. Wenn Schumann hier nicht von der Aufnahme von Beziehungen, sondern ganz bewusst von deren Nor-

Bereich, Wiener Konvention über Konsularbeziehungen, Besitz des französischen Staates (Terrain der ehemaligen franz. Botschaft auf dem Pariser Platz), Rückgabe von Beutegut, Reparationen etc.

598 AMAE, RDA 1971–1976, 3101: Telegramm der S/DEUC, Alphand, vom 1. 12. 1972.

599 ANF, 543 AP, 26: Kurzfassung vom 29. 11. 1972 eines Telegramms aus Bonn; handschriftl. Anmerkung Pompidous: „Ne traînons pas à l'excès."

600 Ibid.: Note von Raimond vom 1. 12. 1972 für Jobert.

601 AMAE, RDA 1971–1976, 3101: Telegramm der S/DEUC, Puaux, vom 20. 12. 1972 an die franz. Botschaft in Bonn.

602 Ibid.: Rede von Maurice Schumann, gehalten vor dem NATO-Rat am 7. 12. 1972; Schumann hielt seine Rede bereits am 7. Dezember, um sich am 8. Dezember in Paris mit Henry Kissinger über die aktuelle Entwicklung in Deutschland besprechen zu können; siehe auch der im Anschluss an das „dîner quadripartite" erstellte Redeentwurf vom 5. 12. 1972, cf. AMAE, RDA 1971–1976, 3081.

malisierung sprach, so verdeutlicht dies, dass es sich bei dem geplanten Schritt aus französischer Sicht prinzipiell nicht um etwas grundlegend Neues, sondern um eine Etappe in einem deutlich über den bilateralen Rahmen hinausgehenden Prozess handelte. Auch das im *Groupe de Bonn* vorbereitete Kommuniqué diente vor allem einer Bestätigung der Grundhaltung gegenüber Deutschland in seiner Gesamtheit.[603] Gleichzeitig autorisierte Schumann die übrigen NATO-Mitglieder, unmittelbar nach der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages mit der DDR Kontakt aufzunehmen. Auch das weitere Vorgehen wurde von den drei Alliierten vorgegeben: Die NATO-Mitglieder wurden angehalten, der DDR lediglich ihre Bereitschaft für Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu signalisieren. Eine formelle Anerkennung – die Schumann als überflüssig bezeichnete – würde der Position der drei Alliierten schaden, insbesondere aber Frankreich, welches mehr noch als Großbritannien bestrebt war, dem Ganzen einen möglichst wenig formellen Charakter zu verleihen. Um die unveränderte Haltung gegenüber Berlin zum Ausdruck zu bringen, dürfe es außerdem nicht zu einer Reduzierung der Präsenz der NATO-Staaten in West-Berlin infolge der Eröffnung von Botschaften im Ostteil der Stadt kommen.[604]

In der sich anschließenden Sitzung des NATO-Rates sollte unter anderem verhandelt werden, ob man sich im ersten Schriftwechsel mit der DDR auf die „Gemeinsame Erklärung der vier Alliierten" beziehen würde. Auch regte Schumann Konsultationen zu allen praktischen Problemen in den Verhandlungen mit der DDR an, allerdings ohne konkrete Vorschläge zu machen. Lediglich die den Status von Berlin betreffenden Fragen sollten auch weiterhin im *Groupe de Bonn* besprochen werden.[605] Die Sitzung hatte indes nicht den – auch von Frankreich – gewünschten Erfolg. Ursache dafür war nicht zuletzt die Eile, mit der nun einige NATO-Mitglieder, allen voran Dänemark, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR betrieben. Zwar wurde mit dem Kommuniqué festgelegt, dass die Verhandlungen mit der DDR erst nach Unterzeichnung des Grundlagenvertrages aufgenommen werden sollten. Darüber hinaus ließ sich jedoch keine Einigkeit erzielen. François de Rose, ständiger Vertreter Frankreichs beim Nordatlantikrat, blieb nur zu konstatieren, dass mit der Sitzung vom 8. Dezember eine Epoche zu Ende gehe.[606]

Wenn der NATO-Rat nach über zwanzig Jahren erstmals nicht geschlossen der deutschlandpolitischen Position der drei Alliierten und der Bundesrepublik folgte, so lag das in erster Linie an der Uneinigkeit der drei Westalliierten. Auch bei den weiteren Gesprächen im *Groupe de Bonn* wurde kein Konsens hinsichtlich des genauen Zeitplans und der Bezugnahme auf die Gemeinsame Erklärung vom 9. November 1972 gefunden, und dies vor allem deshalb, weil die USA zum ge-

[603] AMAE, RDA 1971–1976, 3101: Rede von Maurice Schumann, gehalten vor dem NATO-Rat am 7. 12. 1972: „Le communiqué qui a été préparé pour la présente session indique clairement que, ce faisant, nous ne porterons pas préjudice à notre position constante concernant l'Allemagne […]."

[604] Ibid.

[605] Ibid.

[606] AMAE, RDA 1971–1976, 3081: Telegramm aus Brüssel (REPAN), Rose, vom 11. 12. 1972.

gebenen Zeitpunkt noch keine Kontaktaufnahme zur DDR beabsichtigten.[607] Es blieb mithin vorerst jedem Staat selbst überlassen, einen geeigneten Zeitpunkt festzulegen. Mit Ausnahme Belgiens nahmen alle NATO-Mitglieder ihre Verhandlungen mit der DDR jedoch zumindest in dem von Maurice Schumann formulierten Rahmen auf.[608] Zum Ausgleich dachte man im *Quai d'Orsay* nun verstärkt darüber nach, den Prozess der Aufnahme diplomatischer Beziehungen am Ratifizierungsprozess des Grundlagenvertrages in der Bundesrepublik auszurichten, und plante deshalb, die Botschaft zunächst nur mit einem Geschäftsträger zu eröffnen.[609] Ungeachtet des Zögerns in Washington und London forderte Georges Pompidou erneut, bei der Aufnahme der Verhandlungen keine weitere Zeit zu verlieren.[610]

Während der amerikanische Botschafter in Bonn noch auf Instruktionen wartete, formierte sich allmählich eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Großbritannien. Am 15. Dezember wurde im *Groupe de Bonn* ein Text überarbeitet – basierend auf einer Übereinkunft zwischen den Ministern vom 5. Dezember[611] –, der den Alliierten für die erste Kontaktaufnahme mit der DDR dienen sollte.[612] Im *Quai d'Orsay* sah man derweil vor allem die Vorteile eines von den beiden anderen Alliierten unabhängigen Vorgehens.[613] Nur drei Tage später, am 19. Dezember, gab die britische Politik ihre auf Washington ausgerichteten Bemühungen um ein koordiniertes Handeln aller drei Westalliierten endgültig auf. Gleichzeitig signalisierte das *Foreign Office* ein verstärktes Interesse, sich mit Frankreich abzustimmen und das eigene Vorgehen am französischen auszurich-

[607] Ibid.: Telegramm aus Bonn, Sauvagnargues, vom 12. 12. 1972.

[608] Ibid.: Telegramm aus Brüssel (REPAN), Rose, vom 15. 12. 1972: „Il apparaît donc qu'en l'absence d'une direction donnée par les pays du groupe de Bonn les autres alliés ont arrêté individuellement leur position." Am selben Tag wurde bekannt, dass ein erster Kontakt zwischen dem belgischen und dem ostdeutschen Außenministerium hergestellt worden war, cf. AMAE, RDA 1971–1976, 3101: Telegramm aus Bonn, Sauvagnargues, vom 15. 12. 1972.

[609] AMAE, RDA 1971–1976, 3081: Telegramm der S/DEUC, Puaux, vom 12. 12. 1972 an REPAN: „Pour notre part, notre intention est de proposer à la RDA peu après la signature du traité fondamental d'ouvrir la négociation portant sur l'établissement de relations diplomatiques. Sans vouloir préjuger la durée de la négociation, on ne peut exclure un parallélisme de fait avec la procédure de ratification en République fédérale. Nous examinerons le moment venu, en fonction du calendrier, l'éventualité de la nomination d'un chargé d'affaires à Berlin-Est."

[610] ANF, 5 AG 2, 1009: Kurzfassung vom 13. 12. 1972 eines Telegrammes der S/DEUC, Puaux, vom 12. 12. 1972 an REPAN (siehe Anm. 609); handschriftl. Anmerkung Pompidous bezogen auf den Zeitpunkt der Aufnahme von Verhandlungen nach der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages: „non pas ‚peu après' mais ‚immédiatement après'".

[611] AMAE, RDA 1971–1976, 3101: Telegramm der S/DEUC, Puaux, vom 20. 12. 1972 an die franz. Botschaft in Bonn.

[612] AMAE, RDA 1971–1976, 3081: Telegramm aus Bonn, Sauvagnargues, vom 15. 12. 1972; cf. ibid.: Telegramm aus Bonn, Morizet, vom 18. 12. 1972: „Ce document représente ce qui peut, à l'heure actuelle et en l'absence d'un rapprochement entre les Américains d'un côté et les Britanniques et nous-mêmes de l'autre sur la manière d'ouvrir la discussion avec la RDA, constituer une position commune."

[613] Ibid.: Telegramm der S/DEUC, Puaux, vom 18. 12. 1972 an die franz. Botschaft in Bonn.

ten.[614] In den USA entschied nach einer weiteren Sitzung des Nordatlantikrates am 20. Dezember schließlich US-Präsident Richard Nixon selbst über die amerikanische Linie: Man werde zunächst die Verhandlungen Frankreichs und Großbritanniens abwarten und erst im Januar mit der DDR in Kontakt treten, gleichzeitig aber an weiteren Konsultationen mit den Alliierten festhalten.[615] Durch das abwartende Verhalten der Vereinigten Staaten sowie aufgrund seiner besonderen Nähe zur Bundesrepublik gelangte Frankreich in den folgenden Wochen in eine Führungsrolle bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den europäischen NATO-Mitgliedsstaaten und der DDR. Gegenüber Dritten verwiesen selbst bundesdeutsche Diplomaten auf das Vorgehen Frankreichs als nachahmenswerten Maßstab.[616]

## Die Verhandlungen

Nachdem am 19. Dezember bekannt geworden war, dass der Grundlagenvertrag zwei Tage später unterzeichnet werden sollte, erteilte die Europa-Abteilung des französischen Außenministeriums den Verhandlungen mit der DDR grünes Licht. Insbesondere die anstehenden Verhandlungen über französischen Besitz auf dem Gebiet der DDR wurden als kompliziert und langwierig eingeschätzt: Zwar werde man aus ihrem erfolgreichen Abschluss keine Bedingung machen, gleichzeitig erlaube dies aber, die Entsendung des französischen Botschafters hinauszuzögern.[617] Hintergrund war die Absicht der französischen Diplomatie, auch in der nun folgenden Etappe weitestgehend parallel zur Bundesrepublik zu agieren, das hieß unter anderem, die Ratifizierung des Grundlagenvertrages und den Austausch der Ständigen Vertreter zwischen beiden deutschen Staaten abzuwarten.

Einen Tag nach der Unterzeichnung des „Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten“ in Ost-Berlin war es schließlich so weit: Am 22. Dezember 1972, Punkt 12 Uhr, teilte der französische Außenminister seinem ostdeutschen Amtskollegen die Bereitschaft zur Aufnahme von Verhandlungen mit. Das über den normalen Postweg versandte Telegramm basierte auf dem sogenannten französisch-britischen Projekt (von den Briten tags zuvor ein weiteres Mal mit französischen Diplomaten in Bonn abgeglichen[618]) und diente im Wesentlichen der Bekräftigung alliierter Rechte.[619] Die Bezugnahme auf den Grundlagen-

[614] Ibid.: Telegramm aus Bonn, Morizet, vom 19. 12. 1972: „Après la séance [Sitzung des Groupe de Bonn am 18. Dezember – Ch. W.], le délégué britannique a marqué en privé à mon collaborateur le désir de son gouvernement de rester le plus près possible du nôtre dans la procédure à suivre vis-à-vis la RDA.“ Cf. ibid.: Telegramm aus London, de Beaumarchais, vom 19. 12. 1972.

[615] Ibid.: Telegramm aus Washington, Kosciusko-Morizet, vom 21. 12. 1972.

[616] AMAE, RDA 1971–1976, 3101: Note der S/DEUC vom 28. 12. 1972; betrifft die Eröffnung der japanischen Botschaft in Ost-Berlin; handschriftl. Anmerkung: „M. de Margerie, lu par le ministre qui a été intéressé par ce paragraphe.“

[617] Ibid.: Note der S/DEUC vom 19. 12. 1972 für das MAE, Kabinett.

[618] AMAE, RDA 1971–1976, 3081: Telegramm aus Bonn, Sauvagnargues, vom 21. 12. 1972.

[619] AMAE, RDA 1971–1976, 3101: Text der sogenannten Communication franco-britannique vom 22. 12. 1972: „Le gouvernement de la République française, ayant pris note de la signature, le 21 décembre, du traité général sur les relations entre la République

vertrag, die Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten Nationen, das Vier-Mächte-Abkommen und die Gemeinsame Erklärung der vier Alliierten vom 9. November 1972 verdeutlicht aber auch den tatsächlichen Stellenwert des Ereignisses: Die Aufnahme der Verhandlungen zwischen Frankreich und der DDR war Konsequenz und Bestandteil eines allgemeineren Prozesses und gründete nicht auf der Entwicklung der Beziehungen Frankreichs zur DDR. Die verzögerte Veröffentlichung des Telegramms diente vermutlich der zeitgleichen Bekanntgabe mit dem gleichlautenden Telegramm des britischen Außenministers.[620]

Unmittelbar nach den Weihnachtsfeiertagen 1972 erreichte den *Quai d'Orsay* die Nachricht aus Washington, dass auch das *State Department* im Begriff sei, seine Vorbereitungen für die Verhandlungen mit der DDR abzuschließen, und in Kürze für Konsultationen in Paris oder London bereitstehe.[621] Der Vorschlag wurde umgehend aufgegriffen; man einigte sich auf ein Treffen zwischen hochrangigen Diplomaten der drei Westalliierten in Paris am 12. und 13. Januar 1973, also nur wenige Tage vor Beginn der Verhandlungen zwischen Frankreich und der DDR.[622] Das Treffen diente dem Abgleich der Positionen der drei Außenministerien in folgenden Punkten: das Funktionieren und die Ausstattung der Botschaften in Ost-Berlin, die Besitzansprüche auf dem Gebiet der DDR sowie Rechtsansprüche an die DDR, humanitäre Angelegenheiten, mit dem deutschen Reich geschlossene Verträge sowie die Bekräftigung der Zuständigkeit der Alliierten für Berlin („déclinatoire") und der Ablauf der Verhandlungen mit der DDR. Auffällig ist dabei, dass die britische Position in fast allen Punkten der französischen entsprach.[623] Zwar vermittelte auch der Vertreter des *Foreign Office* den Eindruck, dass eine große Übereinstimmung mit den Positionen des *Quai d'Orsay* bestehe, dennoch zeigt sich in Detailfragen eine grundsätzlich andere Einstellung: Während London die Ernennung eines Militärattachés in Erwägung zog, wurde das von Paris aus „berlinologischen" Gründen prinzipiell ausgeschlossen.[624] Weitere

démocratique allemande et la République fédérale d'Allemagne ainsi que l'intention exprimée par les gouvernements de la République démocratique allemande et de la République fédérale d'Allemagne de demander en temps opportun leur admission aux Nations unies ayant présents à l'esprit la déclaration quadripartite du 9 novembre 1972 ainsi que l'accord quadripartite de 1971–1972, a l'honneur de proposer l'ouverture de conversations avec le ministère des Affaires étrangères de la République démocratique allemande en vue d'établir des relations diplomatiques."

620 AMAE, RDA 1971–1976, 3081: Telegramm aus London, Cuvillier, vom 21. 12. 1972 und Telegramm aus Bonn, Sauvagnargues, vom 21. 12. 1972; erst für den weiteren Schriftverkehr wurde auf die ostdeutsche Handelsvertretung in Paris zurückgegriffen, cf. AMAE, RDA 1971–1976, 3101: Telegramm der S/DEUC, Puaux, vom 30. 12. 1972.

621 AMAE, RDA 1971–1976, 3081: Telegramm aus Washington, Kosciusko-Morizet, vom 27. 12. 1972.

622 Ibid.: Telegramme der S/DEUC vom 28. 12. 1972 und 3. 1. 1973 an die franz. Botschaften in Washington und London sowie Telegramme aus Washington, Kosciusko-Morizet, vom 30. 12. 1972 und 3. 1. 1973.

623 Ibid.: Protokoll der Sitzung von Vertretern der drei Alliierten vom 11. und 12. Januar 1973 in Paris.

624 In einer Note der zuständigen Abteilung des Quai d'Orsay wurde dies als eine „contradiction flagrante avec nos positions" bewertet, cf. AMAE, RDA 1971–1976, 3101: Note der S/DEUC vom 5. 1. 1973.

Differenzen bestanden hinsichtlich der französischen Absicht, ein zweites Konsulat außerhalb von Berlin zu eröffnen, sowie bei der Frage der Entschädigung von Opfern des Nationalsozialismus. Dies bezog sich auf die in die deutsche Armee integrierten elsässischen und lothringischen Kräfte – ein Problem, das Frankreich mit anderen kontinentaleuropäischen Staaten wie zum Beispiel Belgien teilte.[625]

Zuvor hatte am 5. Januar 1973 im *Quai d'Orsay* eine weitere Sitzung aller mit den Beziehungen zur DDR befassten Abteilungen des Ministeriums stattgefunden.[626] Vereinbart wurde dabei die Eröffnung einer Botschaft mittlerer Größe, vergleichbar den diplomatischen Vertretungen in Prag oder Warschau, ausgestattet mit einer besonders umfangreichen Wirtschaftsabteilung („poste d'expansion économique") sowie einer Abteilung für kulturelle und technische Zusammenarbeit.[627]

Die Verhandlungen mit der DDR begannen schließlich am 17. Januar in Paris und damit unmittelbar vor den Feierlichkeiten anlässlich des 10-jährigen Jubiläums des Élysée-Vertrages, die in Anwesenheit von Willy Brandt ebenfalls in Paris stattfanden.[628] Der Bitte des Kanzleramts nach Unterbrechung der Verhandlungen aus diesem Anlass wurde umgehend entsprochen.[629] Geleitet wurde die französische Delegation von André Rodocanachi; ihr gehörten unter anderem der zukünftige Geschäftsträger der französischen Botschaft in Ost-Berlin, Jacques Jessel, an, zuvor dritter Mann der französischen Botschaft in Washington, sowie Joëlle Timsit als erfahrene DDR-Spezialistin der Europa-Abteilung des Ministeriums.[630] Als Grundprinzip für die Verhandlungen wurde nach den Konsultationen zwischen den drei Alliierten ein strikter Parallelismus bei der Eröffnung der Botschaften angeordnet.[631]

Mit dem Verlauf der ersten Verhandlungsrunde (17.–19. 1.) zeigte man sich grundsätzlich zufrieden. Die größten Probleme bereiteten der französischen Diplomatie die Absicht der DDR, der Aufnahme diplomatischer Beziehungen einen möglichst formellen Charakter zu verleihen, und ihre Vorstellung vom Umfang der ostdeutschen Botschaft in Paris.[632] Die DDR beabsichtigte ihre Botschaft mit etwa doppelt so vielen Mitarbeitern auszustatten, wie Paris für die Botschaft in

[625] Ibid.: Telegramm der S/DEUC, Courcel, vom 2. 1. 1973.
[626] Ibid.: Note der S/DEUC, Boyer, vom 2. 1. 1973.
[627] Ibid.: Note der S/DEUC vom 5. 1. 1973.
[628] Ibid.: Note des S/DEUC, Boyer, vom 9. 1. 1973.
[629] Ibid.: Note der S/DEUC, Puaux, vom 11. 1. 1973 für Schumann: „La formule qui rencontrait l'accord de M. von Staden et qui semblerait la plus élégante, serait que M. Rodocanachi fasse en sorte que le vendredi 19 janvier après trois jours de discussions, certains problèmes paraissent nécessiter des recherches supplémentaires et qu'il propose d'interrompre les travaux et de les reprendre à Berlin-Est où il se déclarerait disposé à se rendre pour ‚finaliser' l'accord." Dieser Passus ist angestrichen und wurde handschriftlich von Schumann bestätigt; cf. auch ibid.: Note der S/DEUC, Boyer, vom 18. 1. 1973 für MAE, Kabinett.
[630] Ibid.: Note der S/DEUC, Ourmet, vom 11. 1. 1973; weiterhin nahmen Jacques Fournier als ständiges Mitglied sowie Charles Boutant, Pierre d'Huart und André Rousselet als wechselnde Vertreter verschiedener Fachabteilungen teil.
[631] Ibid.: Note der S/DEUC, Boyer, vom 12. 1. 1973.
[632] Ibid.: Telegramm der S/DEUC vom 19. 1. 1973 an die franz. Botschaft in Bonn.

Ost-Berlin eingeplant hatte. Der ostdeutsche Wunsch nach Veröffentlichung eines gemeinsamen ostdeutsch-französischen Pressekommuniqués zur offiziellen Bekanntgabe der Aufnahme diplomatischer Beziehungen brachte die französische Diplomatie jedoch noch weit stärker in Bedrängnis. Unmittelbar nach Abschluss der ersten Verhandlungsrunde bestellte das *Foreign Office*, auf Angleichung der Positionen bedacht, einen Mitarbeiter der französischen Botschaft ein, um diesbezüglich Zweifel anzumelden. In London befürchtete man als unmittelbare Folge eine Schwächung der eigenen Verhandlungsposition: Wie sollte man nach einer derartigen Ankündigung die umgehende Umwandlung der ostdeutschen Handelsvertretungen in Paris oder London in vollwertige Botschaften verhindern, ohne zuvor materielle Probleme bei der Eröffnung der französischen oder der britischen Botschaft in Ost-Berlin geklärt zu haben. Die zweite Befürchtung des *Foreign Office* betraf die Reaktion der Bundesregierung, die möglichst wenig Publizität in dieser Angelegenheit gewünscht hatte.[633] Pompidou mahnte zur Vorsicht[634]; Schumann wandte ein, dass es nicht möglich sei, auf ein Kommuniqué zu verzichten, dass man aber vor Abschluss der Verhandlungen und unabhängig von den Alliierten sicherstellen müsse, dass ein für Frankreich zufriedenstellendes Ergebnis erzielt werden würde.[635]

Für die Fortsetzung der Verhandlungen am 25. Januar wurde vorgeschlagen, auf die ostdeutsche Seite zuzugehen und – abweichend von der üblichen Praxis – zwei Dokumente zuzulassen: ein vertrauliches Protokoll mit den Verhandlungsergebnissen sowie ein allgemein gehaltenes Pressekommuniqué. Zum Ausgleich sollte eine baldige, dafür aber simultane Eröffnung der Botschaften vereinbart werden. Die Verhandlung weiter gehender französischer Forderungen sollte – nachdem man auf diesem Gebiet bislang erfolglos geblieben war – auf die Zeit nach der Aufnahme von Beziehungen vertagt werden.[636] Auch in der zweiten Verhandlungsrunde (25./26. 1.) bestand das Hauptproblem der französischen Delegation in den ostdeutschen Bemühungen, dem Prozedere einen möglichst formel-

[633] AMAE, RDA 1971–1976, 3079: Telegramm aus London, de Beaumarchais, vom 22. 1. 1973: „M. James a rapporté que, du côté britannique, on souhaitait pouvoir procéder, dans l'affaire des rapports à établir avec la RDA, d'une façon aussi semblable que possible à la nôtre, même s'il pouvait y avoir un décalage dans le calendrier. On se félicitait d'ailleurs des contacts étroits qui s'étaient institués entre nos deux pays et de la similitude de pensée et d'attitude qu'ils avaient fait apparaître. Mais notre intention de formaliser à très bref délai l'ouverture de relations diplomatiques avec la RDA introduisait un élément nouveau et on n'était pas certain de pouvoir nous suivre sur ce point."

[634] ANF, 5 AG 2, 1009: Handschriftl. Anmerkung Pompidous zum Telegramm aus London vom 22. 1. 1973 (siehe Anm. 633): „J'ai recommandé la prudence à M. Schumann."

[635] AMAE, RDA 1971–1976, 3081: Note der S/DEUC vom 23. 1. 1973; handschriftl. Anmerkung Schumanns: „Il est en effet impossible de ne pas faire un communiqué; mais j'apporte les précisions suivantes: 1/ le chancelier Brandt m'a dit ‚de notre point de vue, cela ne pose aucun problème, mais – pour nos partenaires occidentaux – il serait bon de tenir au courant le groupe de Bonn.' Soit! 2/ Indépendamment des alliés, il importe de s'assurer que les résultats de la négociation française sont satisfaisants de notre seul point de vue avant de les entériner. À cet égard, et mutatis mutandis, l'argumentation anglaise n'est pas négligeable."

[636] AMAE, RDA 1971–1976, 3101: Note vom 24. 1. 1973 [ermittelt] für MAE, Kabinett.

len Charakter zu verleihen. So suchte die ostdeutsche Delegation, den Rahmen der zukünftigen französisch-ostdeutschen Beziehungen unter Verweis auf die Charta der Vereinten Nationen zu definieren. Dies war für die französische Diplomatie undenkbar, stellte doch aus ihrer Sicht die Aufnahme diplomatischer Beziehungen überhaupt erst die Grundlage für Gespräche über die Gestaltung des bilateralen Verhältnisses dar.[637] Ein Entgegenkommen war hingegen bei der Frage des gemeinsamen Pressekommuniqués möglich. Da die DDR unter Verweis auf das britische Vorgehen unvermindert Druck auf die französische Diplomatie ausübte, genehmigte Schumann schließlich neben Verhandlungsprotokoll und gemeinsamer Erklärung auch ein gemeinsames Pressekommuniqué. Seine Absicht war es, mit diesem Zugeständnis auch Bewegung in die bislang ungeklärte Frage des Territoriums am Pariser Platz zu bringen.[638]

Dennoch stockten die Verhandlungen Anfang Februar 1973. Paris weigerte sich, ein konkretes Datum für die Aufnahme der Beziehungen zu benennen. Man einigte sich schließlich auf eine Eröffnung der beiden Botschaften in der ersten Märzhälfte sowie die spätere und gleichzeitige Akkreditierung der Botschafter. Die DDR verzichtete auf einen Verweis auf die UN-Charta und Frankreich billigte der ostdeutschen Botschaft insgesamt 35 Mitarbeiter (davon 18 Diplomaten) zu.[639] Am 7. Februar war schließlich auch die Frage des ehemaligen Botschaftsterritoriums am Pariser Platz geklärt und die Texte wurden dem Minister unterbreitet.[640] Am 8. Februar konnten die Texte auch Georges Pompidou vorgelegt werden.[641] Nachdem seitens der französischen Regierung keine Einwände erhoben wurden, bereitete man die Unterzeichnung für den folgenden Nachmittag vor.[642] Größtes Problem war dabei ein weiteres Mal die Absicht der DDR, der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Frankreich, hier der Zeremonie selbst, einen möglichst offiziellen Charakter zu verleihen. Um dem zu begegnen, begrenzte man die Zahl der akkreditierten Journalisten und beantragte Unterschriftsvollmachten für den französischen Verhandlungsführer André Rodocanachi.[643] Unterzeichnet wurden am 9. Februar schließlich eine gemeinsame Erklärung über die Entscheidung,

[637] Ibid.: Note der S/DEUC vom 31. 1. 1973: „Soulignant le fait que l'objet même des relations diplomatiques était de permettre le développement des discussions entre deux pays sur toutes les questions politiques, économiques et culturelles, la délégation française a fermement écarté les suggestions de ses interlocuteurs, qui tendent en fait à donner un caractère privilégié aux relations futures de la France et de la République démocratique allemande."

[638] Ibid.; handschriftl. Anmerkung: „Le ministre est d'accord pour céder éventuellement sur trois textes contre le droit d'utiliser la Pariser Platz et une mention des personnes."

[639] Ibid.: Telegramm der S/DEUC vom 5. 1. 1973 an die franz. Botschaft in Bonn.

[640] Ibid.: Note der S/DEUC vom 7. 2. 1973 für MAE, Kabinett.

[641] ANF, 5 AG 2, 1009: Note von Raimond vom 8. 2. 1973 für Pompidou: „Ces textes n'appellent pas d'observation. Il suffit que vous lisiez le communiqué de presse. Aux termes de la déclaration commune, les relations diplomatiques prendront effet à partir de demain."

[642] AMAE, RDA 1971–1976, 3101: Telegramm (circulaire) der S/DEUC, Courcel, vom 8. 2. 1973.

[643] Ibid.: Note der S/DEUC, Boyer, vom 7. 2. 1973 für die protokollarische Abteilung.

diplomatische Beziehungen aufzunehmen[644], das Verhandlungsprotokoll, in dem der Zeitplan und die Konditionen für die Eröffnung der Botschaften sowie die Gegenstände späterer bilateraler Verhandlungen fixiert waren, die gemeinsame Presseerklärung und ein Briefwechsel zwischen den beiden Verhandlungsführern über das Territorium am Pariser Platz, welches mit Aufnahme der Beziehungen wieder in französischen Besitz überging. Kurz nach 16 Uhr des 9. Februar wurden alle diplomatischen Vertretungen in einem Telegramm über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten informiert.[645]

Mit der Unterzeichnung wurde eine weitere Etappe auf dem Weg der Normalisierung der französisch-ostdeutschen Beziehungen abgeschlossen. Die Verhandlungen spielten sich nach Aussagen der französischen Diplomaten in einer guten Atmosphäre ab, dennoch blieben viele der für Frankreich auf bilateraler Ebene wichtigen Fragen ungeklärt. Erfolgreicher waren die Verhandlungen auf multilateraler Ebene: Der tägliche Kontakt mit der britischen Botschaft in Paris während der Verhandlungen mit der DDR[646] erlaubte Frankreich die Wahrung alliierter Rechte in Deutschland und Berlin im gewünschten Umfang. Mehr noch, die Durchsetzung des Prinzips strikter Simultaneität ermöglichte der französischen Diplomatie in allen die Botschaften betreffenden Angelegenheiten, die Entwicklung der Beziehungen steuern zu können und ihren weiteren Verlauf an den Ratifizierungsprozess des Grundlagenvertrages anzupassen.[647]

## 3. Von den Problemen um die Eröffnung der Botschaft bis zu den Schwierigkeiten eines Konsularabkommens – Frankreich und das fortgesetzte Ringen der DDR um Anerkennung 1973–1980

Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR stand die französische Außenpolitik vor einer ganzen Reihe von Problemen, deren Ursache die unveränderte Haltung Frankreichs gegenüber der deutschen Frage vor dem Hintergrund

644 Ibid.: Gemeinsame Erklärung vom 9. 2. 1973: „Le gouvernement de la République française et le gouvernement de la République démocratique allemande ont décidé d'établir des relations diplomatiques entre les deux États. Ils échangeront des ambassadeurs extraordinaires et plénipotentiaires. Les deux gouvernements sont convenus d'appliquer entre les deux États les dispositions de la convention de Vienne du 18 avril 1961 sur les relations diplomatiques."

645 Ibid.: Telegramm (circulaire) der S/DEUC, Courcel, vom 9. 2. 1973.

646 Ibid.: Note des S/DEUC vom 13. 2. 1973: „[Der Quai d'Orsay – Ch. W.] a gardé un contact quotidien avec l'ambassade de Grande-Bretagne, qui de son côté nous informait des progrès de la négociation entre la RDA et le gouvernement britannique. On ne peut que se féliciter du parallélisme qui a ainsi été maintenu entre les négociations qui se déroulaient à Paris et à Londres."

647 Ibid.: Note des S/DEUC vom 13. 2. 1973: „Sur le plan pratique de l'établissement des ambassades, nous avons été animés tout au long de la négociation par le souci d'observer une simultanéité rigoureuse dans l'ouverture des deux missions et un certain équilibre dans leurs effectifs." Cf. auch die ausführliche zusammenfassende Note über den Verlauf der Verhandlungen ibid.: Note der S/DEUC vom 3. 4. 1973.

einer sich sprunghaft entwickelnden Normalisierung der Beziehungen mit der DDR war. Es war für Frankreich nun schwieriger geworden, seine deutschlandpolitische Grundhaltung zu vertreten. Das Problem der Anerkennung der DDR, wie es vor dem 9. Februar 1973 bestanden hatte, war zwar jetzt gegenstandslos, gleichzeitig tauchte es aber an den unterschiedlichsten Stellen in veränderter Form wieder auf. Dies reichte von der Bezeichnung der französischen Botschaft in Ost-Berlin bis hin zu den zähen Verhandlungen über ein Konsularabkommen.

## Die Eröffnung der französischen Botschaft in Ost-Berlin

Dass die französische Botschaft in Ost-Berlin und nicht in der DDR eröffnet werden würde, stand von Anbeginn der Überlegungen hinsichtlich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen fest und spielte mangels Alternativen auch in den internen Diskussionen keine Rolle. Die Frage stellte sich dennoch, insbesondere aufgrund der in juristischer Hinsicht sehr strikten Auslegung des Berlin-Status durch Frankreich. Georges Pompidou selbst war gehalten, auf einer Pressekonferenz im Januar 1973 zu diesem Problem Stellung zu beziehen, und nutzte die Gelegenheit nicht nur zu einer Bekräftigung der französischen Einstellung zur Berlin-Frage, sondern auch zu einem Seitenhieb auf die Bundesregierung, deren Machtdemonstrationen in West-Berlin der französischen Regierung ebenso wenig gefielen wie die ostdeutsche Bezeichnung „Berlin, Hauptstadt der DDR".[648] Um zu verhindern, dass der Berlin-Status zu einem Thema der Verhandlungen zwischen Frankreich und der DDR werden würde, hatte man sich im Rahmen der Bonner Vierergruppe bereits auf einen offiziellen Text („déclinatoire") geeinigt, wonach die Wahl von Berlin als Sitz der Botschaft keinen Einfluss auf den Berlin-Status habe.[649]

Um die Eröffnung der Botschaft in Ost-Berlin mit den Grundprinzipien der französischen Deutschlandpolitik in Einklang zu bringen, entschied man sich für eine untypische, aber dennoch nach internationalem Recht gebräuchliche Bezeichnung: Anstelle einer „Ambassade de France *en* RDA" („Französische Botschaft *in* der DDR") wurde am 15. März 1973 in Berlin eine „Ambassade de France *près* la RDA" („Französische Botschaft *bei* der DDR") eröffnet.[650] Mit dieser juristischen Finesse wurde zwar Klarheit über die Haltung Frankreichs hergestellt,

[648] ANF, 5 AG 2, 633: Text der Pressekonferenz vom 9. 1. 1973: „Cela n'a l'air de rien, n'est-ce pas! Je pourrais vous répondre … en Allemagne de l'Est. Il y a aussi les commodités, de la sorte qu'il n'est pas impossible que ce soit à Berlin-Est. Mais cela ne change pas quoi que ce soit aux positions traditionnelles de la France en ce qui concerne Berlin, de même que d'ailleurs rien de ce qui a été fait et dit ne change rien aux positions traditionnelles de la France en ce qui concerne Berlin-Ouest. Ce qui contrarie quelquefois d'ailleurs un peu tout le monde, et notamment nos amis de République fédérale."

[649] AMAE, RDA 1971–1976, 3102: Note der S/DEUC vom 5. 1. 1973 für MAE, Kabinett: „Le gouvernement français part du principe que l'établissement et le fonctionnement de l'ambassade de France à Berlin-Est, où ce serait commode pour les services gouvernementaux avec qui elle sera en rapport, n'affecteront pas le statut juridique spécial de la région de Berlin."

[650] Ibid.: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 16. 3. 1973; sowie ibid., 3081: Telegramm der S/DEUC, de Courcel, vom 20. 3. 1973 an die franz. Botschaft in Berlin.

gleichzeitig entstand hier aber auch das erste handfeste Problem in den diplomatischen Beziehungen, denn die DDR-Regierung wollte diese Bezeichnung nicht akzeptieren.

Der erste offizielle Notenwechsel anlässlich der Aufnahme der Amtsgeschäfte durch den französischen Geschäftsträger, Jacques Jessel, bot beiden Seiten Gelegenheit, ihre jeweilige Position zu bekräftigen.[651] Frankreich ignorierte die mehrfach vorgetragene Kritik der DDR an dieser Bezeichnung.[652] Von seinem syrischen Amtskollegen erfuhr Jessel, dass die DDR versuchte, Frankreich in dieser Angelegenheit zu isolieren.[653] Das französische Außenministerium bemühte sich daraufhin verstärkt um eine gemeinsame Position mit dem *Foreign Office*, sowohl hinsichtlich der Bezeichnung der Berliner Botschaften als auch in Bezug auf die Inschrift der Botschaftssiegel.[654] Bereits im April signalisierte London sein Einverständnis bei der Bezeichnung der britischen Botschaft in Berlin.[655] Der errungene diplomatische Sieg war jedoch unvollständig, denn solange Großbritannien nur ein provisorisches Siegel verwendete, war Frankreich weiterhin isoliert. Bereits kurze Zeit später verweigerte die DDR der französischen Botschaft die Erledigung einer administrativen Formalität mit dem Verweis auf die Siegelinschrift.[656] Zusätzlich erschwert wurde die Lage für die französischen Diplomaten, weil auch das amerikanische Außenministerium zunächst nicht bereit war, sich ihrer Position anzuschließen.[657] Gefolgt von seinem britischen Kollegen, trug der französische Botschafter in Washington deshalb die französische Position im *State Department* an prominenter Stelle vor.[658]

Unterdessen etablierte sich im offiziellen Schriftverkehr zwischen französischer Botschaft und ostdeutschem Außenministerium allmählich eine Praxis, bei der die Haltung des jeweils anderen zwar unvermindert kritisiert, die Noten selbst jedoch angenommen wurden.[659] In Gesprächen mit dem französischen Geschäftsträger bekräftigten Vertreter des ostdeutschen Ministeriums, dass eine Annahme der Noten keine Veränderung ihrer Position beinhalte.[660] Jacques Jessel, vor allem darum besorgt, dass dieses juristische Problem keine Auswirkungen auf die Be-

[651] AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Note des MfAA vom 19. 3. 1973 an das MAE.
[652] Ibid.: Note der S/DEUC, Boyer, vom 27. 4. 1973 über ein Gespräch mit dem ostdeutschen Geschäftsträger in Paris (Schramm).
[653] AMAE, RDA 1971–1976, 3081: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 9. 4. 1973.
[654] Ibid.: Telegramme der S/DEUC, de Courcel, vom 3. 4. und 9. 4. 1973 an die franz. Botschaft in London.
[655] Ibid.: Telegramm aus London, de Beaumarchais, vom 13. 4. 1973: „M. James n'a pas caché que cette décision [die Bezeichnung der britischen Botschaft in Berlin betreffend – Ch. W.] n'avait pas été acquise sans mal, mais que le souci de solidarité avec nous, qui avait marqué tout au long l'attitude du Royaume-Uni dans l'affaire des rapports avec la RDA, l'avait finalement emporté." Cf. ibid.: Note der S/DEUC vom 13. 4. 1973; handschriftl. Anmerkung: „Gagné! E M[argerie]".
[656] Ibid.: Telegramm aus Berlin, Giordani, vom 9. 5. 1973.
[657] Ibid.: Telegramm aus Bonn, Sauvagnargues, vom 24. 5. 1973.
[658] Ibid.: Telegramm der S/DEUC, de Courcel, vom 25. 5. 1973 an die franz. Botschaft in Washington; Telegramm aus Washington, La Gorce, vom 30. 5. 1973 sowie Telegramm aus London, de Beaumarchais, vom 30. 5. 1973.
[659] Ibid.: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 25. 5. 1973.
[660] Ibid.: Telegramme aus Berlin, Jessel, vom 13. 6. und 20. 6. 1973.

ziehungen habe, akzeptierte diese Einstellung und bot an, dass beide Seiten auch weiterhin ihre Formulierung in der jeweiligen Landessprache verwendeten (tatsächlich wäre es auch schwierig, die französische Botschaftsbezeichnung adäquat ins Deutsche zu übertragen). Damit war das Problem auf praktischer Ebene gelöst. Wenige Tage später telegrafierte Jessel nach Paris, dass die Schlacht um die Bezeichnung der Botschaft zunächst geschlagen sei; „zunächst" deshalb, weil eine Entscheidung des *State Department* noch ausstand. Um den Amerikanern die Übernahme der französisch-britischen Position zu erleichtern, schlug Jessel vor, die französische der britischen Praxis anzugleichen, das heißt, die Verwendung des „près" auf das Siegel zu beschränken und es im weiteren Schriftverkehr bei der Bezeichnung „Ambassade de France" zu belassen.[661] Diese Praxis wurde jedoch erst ein Jahr später dauerhaft übernommen, nachdem die USA in Vorbereitung der Eröffnung ihrer Botschaft signalisiert hatten, dass sie maximal die britische Position übernehmen könnten.[662]

## Die Parallelität beim Austausch der Botschafter

Das Problem der Anerkennung, welches die französisch-ostdeutschen Beziehungen lange Zeit überschattet hatte, wurde nur wenige Wochen nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen quasi abgelöst durch die mit dem Austausch der Botschafter zwischen Paris und Ost-Berlin entstehenden Differenzen.[663] Die von der SED-Führung befürchtete Diskriminierung der DDR hatte bereits die Verhandlungen zu Beginn des Jahres dominiert und bestimmte nun auch die Reaktionen in dieser Angelegenheit. Zudem wurde wie bereits bei der Frage der Anerkennung aus parlamentarischen Kreisen Druck auf die französische Regierung ausgeübt, dieses Problem zu regeln.

Mit der Durchsetzung strikter Parallelität bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen bis hin zum parallelen Austausch der Botschafter hatte sich Frankreich ein wichtiges Maß an Handlungsfreiheit bewahrt: einerseits, um diesen Prozess in einem multilateralen Rahmen, das heißt vor allem unter Berücksichtigung der Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen, weiterführen zu können; andererseits aber auch, um materielle Interessen bei der Ausstattung der eigenen Botschaft durchsetzen zu können.[664] Zum Zeitpunkt ihrer Eröffnung war die Frage des Austausches der Botschafter zwischen Paris und Ost-Berlin noch an den Ratifizierungsprozess des Grundlagenvertrages gebunden. Jessel erkundigte sich unmittelbar nach Übernahme der Geschäfte in Paris, ob er explizit auf die Absprache mit der Bundesrepublik verweisen solle.[665] Intern wurde betont, dass man keinerlei moralische Verpflichtung gegenüber Bonn eingegangen sei, dass ein Abwarten der Ratifizierung des Grundlagenvertrages in Abstimmung mit dem

[661] Ibid.: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 26. 6. 1973.
[662] Ibid.: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 28. 3. 1974.
[663] AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Note der S/DEUC vom 7. 3. 1974.
[664] Ibid.: Note des S/DEUC vom 16. 7. 1973: „Il avait été entendu, lors de l'établissement des relations diplomatiques, que l'échange d'ambassadeurs interviendrait ultérieurement de façon concomitante."
[665] AMAE, RDA 1971–1976, 3102: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 16. 3. 1973.

*Foreign Office* und dem *State Department* aber nicht von Nachteil sei.[666] Gegenüber dem ostdeutschen Geschäftsträger in Paris berief man sich jedoch auf die Probleme hinsichtlich der Bezeichnung der französischen Botschaft in Berlin, um Verzögerungen in dieser Angelegenheit zu erklären.[667]

Nachdem der bundesdeutsche Außenminister den Austausch der Ständigen Vertreter zwischen Bonn und Ost-Berlin für Ende August 1973 angekündigt hatte, konnte Michel Jobert mit Zustimmung von Walter Scheel seinem ostdeutschen Amtskollegen bei einem Gespräch in Helsinki den Monat September als Termin für den Austausch der Botschafter benennen.[668] Da sich die innerdeutschen Verhandlungen über den Status der Ständigen Vertretungen allerdings in die Länge zogen, stellte sich im französischen Außenministerium – nicht zuletzt auf Drängen des Auswärtigen Amts – erneut die Frage nach dem Zeitpunkt der Entsendung des französischen Botschafters. Gegenüber Bonn berief man sich auf die Übereinkunft zwischen Jobert und Scheel, gleichzeitig sondierte man in London das Vorgehen des *Foreign Office*.[669] Der französische Botschafter in Bonn konstatierte kurze Zeit später, dass sich auch im Auswärtigen Amt allmählich die Ansicht durchsetzen würde, dass es nicht unbedingt eines strikten Parallelismus zwischen der Entsendung der alliierten Botschafter und des Ständigen Vertreters bedürfe.[670]

Aus Sicht des französischen Außenministeriums lässt sich festhalten, dass die politischen Querelen um den Botschafteraustausch noch im Sommer 1973 abgelöst wurden durch die rein materiellen Aspekte dieser Angelegenheit, nachdem Scheel auf eine weitere Verknüpfung zwischen der Entsendung der alliierten Botschafter und des Ständigen Vertreters der Bundesrepublik ausdrücklich verzichtet hatte.[671] Weiterhin sollte aber verhindert werden, dass die DDR wie in den Niederlanden und in Belgien ihre Handelsvertretung binnen kürzester Zeit zur Botschaft umwandelte, mithin keinerlei Interesse mehr am Zufriedenstellen materieller Bedürfnisse der französischen Botschaft hätte.[672]

Das von einer Delegation des französischen Außenministeriums geprüfte ostdeutsche Angebot für die künftige Residenz des Botschafters beförderte derartige Befürchtungen. Aufgrund des als hässlich beschriebenen Umfelds sowie einer ungünstigen Raumaufteilung des Gebäudes und eines zu kleinen Gartens ohne Bäume wurde empfohlen, dieses Angebot abzulehnen und eine adäquate Residenz zur Be-

[666] AMAE, RDA 1971–1976, 3069: Note der S/DEUC vom 3. 5. 1973; handschriftl. Anmerkung: „Il serait préférable de s'en tenir à ce qui a été convenu, c-a-d attendre la ratification du Grundvertrag [sic] par le Bundestag. P." Weitere handschriftl. Anmerkung: „Que font les deux autres alliés? Si, comme je le pense, ils ne sont pas pressés, il n'y a pas d'inconvénient à attendre la ratification. N'avons-nous pas pris une sorte d'engagement moral sur ce point vis-à-vis de Bonn."

[667] Ibid.: Note der S/DEUC vom 29. 5. 1973.

[668] AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Undatierter Bericht über ein Gespräch zwischen Winzer und Jobert im Juli 1973 sowie das Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 20. 6. 1973; cf. auch AMAE, RDA 1971–1976, 3069: Telegramm der DEU, de Courcel, vom 12. 7. 1973.

[669] Ibid.: Telegramm der S/DEUC, de Courcel, vom 30. 8. 1973 an die franz. Botschaft in London sowie Telegramm der S/DEUC vom 3. 9. 1973 an die franz. Botschaft in Bonn.

[670] Ibid.: Telegramm aus Bonn, Sauvagnargues, vom 29. 5. 1973.

[671] AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Note der S/DEUC vom 7. 3. 1974.

[672] AMAE, RDA 1971–1976, 3102: Note der S/DEUC, Boyer, vom 12. 1. 1973.

dingung für den Austausch der Botschafter zu erheben.[673] Zum Vergleich wurde die Situation des italienischen Botschafters (untergebracht im selben Gebäude wie die italienische und die französische Botschaft) und des britischen Botschafters (untergebracht in einer Villa mit großem Park) angeführt und darauf verwiesen, dass die Frankreich angebotene Immobilie bereits von Belgien abgelehnt worden sei. Während die DDR im September 1973 bereits die Akkreditierung ihres Botschafters in Paris beantragte (unter Berufung auf die Äußerungen Joberts im Gespräch mit Otto Winzer), blieb ein ernst zu nehmender Vorschlag für die Unterbringung des französischen Botschafters aus.[674] Zwar hatte die DDR nach der Anerkennungswelle die Wünsche zahlreicher Staaten zu befriedigen, es ist jedoch auffällig, dass man sich im Falle Frankreichs mehr Zeit ließ als bei zahlreichen anderen westeuropäischen Staaten. Im November 1973 wurden schließlich ein ab 1975 verfügbarer Neubau sowie eine provisorische Residenz vorgeschlagen.[675] Der *Quai d'Orsay* gab für diese Lösung sein grundsätzliches Einverständnis; vorausgesetzt, dass alle Details zuvor geklärt seien. Da es sich um einen Neubau handelte, stellte man sehr präzise Anforderungen an das Gebäude: Die Residenz sollte einen Empfangsbereich, einen Salon von 100 Quadratmetern sowie einen Speisesaal für 24 Personen umfassen.[676] Bei einem Gespräch mit dem ostdeutschen Geschäftsträger in Paris kündigte der Leiter der politischen Abteilung im *Quai d'Orsay*, Emmanuel de Margerie, für Januar 1974 die erneute Entsendung einer Delegation nach Ost-Berlin an.[677] Diese nahm den ostdeutschen Vorschlag eines Neubaus an; im Gegenzug wurde die Fertigstellung der provisorischen Residenz binnen vier Wochen in Aussicht gestellt.[678] Parallel zu dieser Ende Januar erzielten Übereinkunft wurde auch die Anfrage auf Akkreditierung des ostdeutschen Botschafters in Paris an den Ministerrat weitergeleitet.[679]

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte man seitens der DDR weitere Absprachen mit der Bundesrepublik hinsichtlich des Terminkalenders vermutet und entsprechend ausdauernd auf dem baldigen Austausch der Botschafter insistiert. Auf eine Anfrage des ostdeutschen Außenministers Ende des Jahres 1973 antwortete Jobert, dass die politischen Bedingungen für den Austausch der Botschafter erfüllt seien, dass einzig die Frage der Residenz des Botschafters diese Angelegenheit hinauszögern würde.[680] Aufgrund der Verzögerung bei der Übermittlung dieses Antwort-

[673] Ibid.: Nicht näher spezifizierte Note vom 8. 8. 1973.
[674] Ibid.: Note der S/DEUC vom 7. 9. 1973 sowie Note der S/DEUC vom 31. 10. 1973 für MAE, Kabinett.
[675] Ibid.: Note der Direction du personnel et de l'administration générale für den Generalsekretär des MAE; cf. ibid.: Telegramm der S/DEUC, de Margerie, vom 20. 11. 1973.
[676] Ibid.: Telegramm der S/DEUC vom 14. 12. 1973.
[677] AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Note der S/DEUC, de Margerie, vom 14. 12. 1973.
[678] AMAE, RDA 1971–1976, 3102: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 18. 1. 1973.
[679] Ibid.: Note der S/DEUC vom 29. 1. 1974 für MAE, Protokollabteilung.
[680] AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Undatierte Kopie eines Schreibens von Winzer an Jobert, handschriftl. Anmerkung Joberts: „Préparer une réponse à M. Winzer lui disant que l'horizon de nos relations est tout bleu, mais qu'il faut un toit convenable pour abriter notre ambassadeur à Berlin-Est." Cf. auch das Antwortprojekt vom 10. 1. 1974: „Je souhaite comme vous-même […] que les relations entre nos deux pays et nos deux gouvernements se développent à notre avantage mutuel. Je vous confirme à ce propos qu'à mon avis, comme je vous en faisais part dès le mois de juillet dernier, les conditions politiques pour l'échange des ambassadeurs se trouvent réunies."

schreibens, in dem Jobert die DDR vom „blauen Horizont" der Beziehungen zu überzeugen suchte, wurde die Frage des Botschafteraustausches auch zu einem der zentralen Themen beim Besuch des Präsidenten der französischen Nationalversammlung, Edgar Faure, in der DDR. Jacques Jessel, der bei den von Faure geführten Gesprächen anwesend war, empfahl den Vertretern der DDR-Regierung, Frankreich auf die Probe zu stellen, indem man die notwendigen Voraussetzungen für eine angemessene Unterbringung des Botschafters schaffe.[681]

Die Aussicht auf einen baldigen Austausch der Botschafter führte zu einer deutlichen Verbesserung der Atmosphäre in den französisch-ostdeutschen Beziehungen. Eine echte Vertiefung der Beziehungen zeichnete sich gleichwohl nicht ab.[682] Am 25. März 1974 überreichte Bernard Guillier de Chalvron als erster französischer Botschafter in Ost-Berlin sein Beglaubigungsschreiben. Nur einen Tag später, am 26. März 1974, fand sich Ernst Scholz als erster Botschafter der DDR in Frankreich aus demselben Grund im *Élysée* ein.[683]

Von der Parallelität bei der Installierung der Botschaften in Paris und Berlin war auch die Anzahl des Personals betroffen. Während die DDR auf eine sehr umfangreiche Ausstattung drang, sorgte Frankreich von Beginn der Verhandlungen an für eine Beschränkung und konnte seine Vorstellungen schließlich auch durchsetzen. Im Ergebnis einigte man sich auf 35 Mitarbeiter, darunter 18 Diplomaten.[684] Als Maßstab galten die französischen Botschaften in Warschau und Prag. Erst nachdem der französische Botschafter in Berlin, Bernard de Chalvron, ein knappes Jahr nach seiner Einsetzung selbst um eine Aufstockung seines Mitarbeiterstabes bat, war der *Quai d'Orsay* zu Konzessionen bereit.[685] Dabei orientier-

[681] Ibid.: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 14. 1. 1974.

[682] Ibid.: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 21. 3. 1974.

[683] ANF, 5 AG 2, 1009: Undatierte Note für Pompidou; zum protokollarischen Ablauf cf. ANF, 5 AG 2, 751 und 985 (Fotografien); geplant war die Zeremonie ursprünglich für den 25. 3. 1974.

[684] AMAE, RDA 19715–1976, 3102: Note der S/DEUC, Boyer, vom 25. 1. 1973 für den stellvertretenden Leiter der politischen Abteilung des MAE; vorgesehene Zusammensetzung der französischen Botschaft zum Zeitpunkt ihrer Eröffnung: 1 ministre plénipotentiaire hors classe (ambassadeur), 1 conseiller des Affaires étrangères 1re classe (conseiller d'ambassade 1re classe), 1 conseiller des Affaires étrangères 2e classe (conseiller d'ambassade 2e classe), 1 secrétaire des Affaires étrangères (secrétaire d'ambassade 1re classe), 1 secrétaire adjoint des Affaires étrangères de 1re classe (consul adjoint de 1re classe), 1 secrétaire adjoint des Affaires étrangères de 2e classe (secrétaire d'ambassade de 2e classe), 1 secrétaire adjoint des Affaires étrangères de 2e classe (vice-consul archiviste), 1 secrétaire de Chancellerie de classe normale (vice-consul), 1 chiffreur de classe exceptionnelle, 3 adjoints de Chancellerie, 5 sténo-dactylo de Chancellerie, 1 chargé de mission d'enseignement de 1e catégorie, 1 chargé de mission d'enseignement de 2e catégorie und vor Ort rekrutiertes Hilfspersonal.

[685] Ibid.: Note der S/DEUC, Plaisant, vom 10. 1. 1975 für den Leiter der politischen Abteilung des MAE; handschriftl. Anmerkung: „M. Plaisant, Je ne suis pas opposé au principe d'un relèvement très limité, correspondant aux besoins prévisibles de notre propre ambassade pour le proche avenir (il me semble que Chalvron suffirait 2 ou 3 additions). Mais je trouve les chiffres cités ci-dessous trop élevés [bezieht sich auf ostdeutsche Forderungen – Ch. W.], même le premier, compte surtout tenu des limitations que nous imposons à d'autres ambassades de l'Est (Tchécoslovaquie notamment)."

te man sich nicht an den ostdeutschen Forderungen, sondern allein am Bedarf der französischen Botschaft. Zwei Jahre nach ihrer Eröffnung stimmte das französische Außenministerium einer Aufstockung um neun auf insgesamt 44 Mitarbeiter zu, darunter vier zusätzliche Diplomaten. Nunmehr gab es 22 Diplomaten je Botschaft.[686]

## Die „Kranick"-Affäre

Weniger offensichtlich, aber mindestens genauso belastend wie der Austausch der Botschafter war für die französisch-ostdeutschen Beziehungen in der Anfangsphase der Austausch von Agenten.[687] Frankreich hielt zum Zeitpunkt der Aufnahme diplomatischer Beziehungen vier ostdeutsche Agenten gefangen, deren Befreiung für die DDR oberste Priorität hatte. Es handelte sich um den ehemaligen Fremdenlegionär Peter Kranick, der für seine Zusammenarbeit mit dem ostdeutschen Ministerium für Staatssicherheit in Frankreich zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, um das 1966 verhaftete Ehepaar Hans-Joachim und Marianne Bamler (verurteilt zu 18 respektive 12 Jahren Haft) sowie um den 1969 verhafteten Hans Voelkner (verurteilt zu 12 Jahren Haft). Das Interesse dieser Mitarbeiter der Hauptabteilung Aufklärung, des Auslandsnachrichtendienstes der DDR, hatte dem NATO-Hauptquartier in Fontainebleau bei Paris gegolten.[688] Noch im Februar 1973 nutzte der sowjetische Botschafter eine Audienz bei Pompidou, um den Austausch im Rahmen der französisch-sowjetischen Beziehungen abzuwickeln. In Frankreich entschied man sich jedoch, direkt mit der DDR zu verhandeln.[689] Während Marianne Bamler kurze Zeit später im Austausch gegen in der DDR inhaftierte Ostdeutsche freigelassen wurde, blieben die drei anderen weiter in Haft.

Einem Gespräch mit dem Geschäftsträger der DDR-Botschaft in Paris im Dezember 1973 entnahm Emmanuel de Margerie, dass der Zustand der Beziehungen

[686] Ibid.: Telegramm der S/DEUC, de Courcel, vom 20. 3. 1975 an die franz. Botschaft in Berlin.

[687] Es handelt sich hierbei auch um eine der wenigen Angelegenheiten der französisch-ostdeutschen Beziehungen, die in der Ära Giscard an höchster Stelle geregelt wurden. Im Präsidialarchiv von Valéry Giscard d'Estaing (ANF, 5 AG 3) findet sich lediglich ein Dossier zu den französisch-ostdeutschen Beziehungen, dessen Konsultation mit dem Verweis auf diese Spionage-Affäre abgelehnt wurde. Nach Aussage des 2006 zuständigen Archivars (Pasacal Geneste) ist die Spionage-Affäre zentrales Element in diesem Dossier.

[688] Cf. Eichner/Schramm (Hrsg.), Kundschafter im Westen (mit Texten von Hans-Joachim Bamler und Hans Voelkner); cf. dazu Faligot/Guisnel/Kauffer, Histoire politique des services secrets français, S. 139–144; sowie Herbstritt/Müller-Enbergs, Das Gesicht dem Westen zu … DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland.

[689] ANF, 543 AP, 27: Note von Raimond vom 22. 2. 1973 für Jobert: „En conclusion, tout ceci s'est passé très aimablement, mais il me paraît évident que les Russes (ou plus vraisemblablement M. Abrassimov lui-même) voudraient récupérer eux-mêmes leurs espions avant que nous ayons établi sur le plan politique des relations diplomatiques avec la RDA. Il me semble qu'il ne faut pas donner suite aux propositions de M. Abrassimov, et laisser faire les Allemands de l'Est." Handschriftl. Anmerkung Pompidous: „Vu – D'accord sur la conclusion."

ganz entscheidend von der Klärung dieser Angelegenheit abhing.[690] Um die stockenden Verhandlungen im wirtschaftlichen, kulturellen und humanitären Bereich positiv zu beeinflussen, wurde eine schrittweise Auslieferung beschlossen: Im September 1974 wurden zwei der drei verbliebenen ostdeutschen Spione gegen zehn französische Agenten ausgetauscht.[691] Lediglich Kranick wurde als Unterpfand für die Regelung humanitärer Angelegenheiten – bei denen das französische Außenministerium seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen bislang keinerlei Fortschritte erzielt hatte – weiter in Frankreich festgehalten.[692] Erst im Vorfeld eines von der DDR gewünschten Treffens zwischen zwei hochrangigen Vertretern beider Außenministerien machte die DDR im Frühjahr 1975 ein neues Angebot. Zu diesem Zeitpunkt waren dem *Quai d'Orsay* insgesamt 234 humanitäre Fälle bekannt. Lediglich sechs Fälle waren seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen geregelt worden, und diese auch nur auf Intervention der Gesellschaft *France-RDA*, das heißt am Einflussbereich des französischen Außenministeriums vorbei.[693] Zuvor hatte der ostdeutsche Außenminister den französischen Botschafter in Berlin gebeten, ihm diejenigen Fälle zu benennen, bei denen Frankreich an einer schnellen Erledigung besonders interessiert sei.[694] Das neue Angebot sah die Befreiung von drei französischen Protegés im Austausch gegen Kranick vor sowie von sieben weiteren Gefangenen nach dessen erfolgter Auslieferung. Zunächst auf Empfehlung des französischen Geheimdienstes abgelehnt, wurde der Vorschlag auf Drängen der Europa-Abteilung (die darauf verwies, dass das Angebot aus französischer Sicht ausreichend sei) dennoch vom Außenminister und seinem Generalsekretär akzeptiert.[695] Der Austausch wurde daraufhin für Anfang Mai 1975 – einen Monat vor dem geplanten Treffen – vereinbart.[696]

## Das Transportabkommen und der Berlin-Status

Bei den Verhandlungen zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen war eine Reihe von Abkommen vereinbart worden, die in der Folge zwischen Frankreich und der DDR ausgehandelt werden sollten. Abgesehen von den Abkommen im wirt-

690 AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Note der S/DEUC, de Margerie, vom 14. 12. 1973: „La démarche de Schramm [Geschäftsträger der ostdeutschen Botschaft in Paris – Ch. W.] confirme l'importance que la RDA accorde à la libération des trois détenus qui sont encore chez nous (ceux pour lesquels M. Abrassimov était intervenu au début de l'année). Il est donc très probable que nos relations avec la RDA resteront mauvaises, voire empireront comme elle nous en menace clairement, tant que cette question ne sera pas réglée selon ses vœux. Nous pouvons très bien nous en accommoder – mais il serait sans doute utile que le ministre soit informé de la situation, qui ne manquera pas de susciter des réactions sur le plan intérieur (Parlement, etc.)."

691 Ibid.: Note der S/DEUC vom 12. 9. 1974.

692 Ibid.: Note der S/DEUC vom 3. 10. 1974.

693 AMAE, RDA 1971–1976, 3105: Note der S/DEUC vom 9. 6. 1975.

694 AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 25. 10. 1974.

695 Ibid.: Vertrauliche Note der S/DEUC, Plaisant, vom 18. 3. 1975 für den Leiter der politischen Abteilung des MAE sowie Vertrauliche Note der S/DEUC vom 8. 4. 1975 (handschriftl. Einverständnis des Ministers und seines Generalsekretärs auf dieser Note).

696 Ibid.: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 29. 4. 1975.

schaftlichen Bereich, die einen ganz eigenen Komplex darstellen, zählten dazu in erster Linie ein Kulturabkommen, ein Transportabkommen sowie ein Konsularabkommen. Während Frankreich vor allem an einem Kulturabkommen zum Ausbau der bilateralen Beziehungen im kulturellen Bereich[697] sowie an einer Regelung hinsichtlich französischen Privatbesitzes in der DDR interessiert war, suchte die DDR über das Aushandeln von Transport- und Konsularabkommen mit Frankreich politische Ziele zu verwirklichen, die eigentlich außerhalb der bilateralen Beziehungen lagen. Hintergrund war im ersten Fall der Versuch, den Berlin-Status außer Kraft zu setzen, sowie im zweiten Fall der Versuch, die ostdeutsche Staatsangehörigkeit völkerrechtlich festzuschreiben. Der französische Außenminister nutzte ein Treffen mit dem Präsidenten der Volkskammer, um die DDR darauf hinzuweisen, dass Frankreich weder mit der Erlangung der Souveränität über die Zugangswege nach West-Berlin durch die DDR noch mit der juristischen Festschreibung der deutschen Teilung einverstanden sein könne.[698]

Im Falle des Transportabkommens kam es wie bei der „Kranick"-Affäre zu einer Annäherung im Vorfeld des im Juni 1975 stattfindenden Treffens zwischen den Leitern der politischen Abteilungen beider Außenministerien.[699] Ein den französischen Vorstellungen entsprechendes Abkommen wurde am 22. Mai 1975 unterzeichnet, womit die zweite entscheidende Vorbedingung für das erwähnte Treffen erfüllt war.[700] Allein die Fortführung der Verhandlungen war im *Quai d'Orsay* bereits als Zugeständnis an die DDR betrachtet worden.[701] Mit der Unterzeichnung war das Problem einer versuchten Infragestellung des Berlin-Status für Frankreich vom Tisch.

### Das Konsularabkommen und das Problem der „nationalité est-allemande"

Ungleich komplizierter und langwieriger waren die Verhandlungen über ein Konsularabkommen, die sich bis 1980 über fast sieben Jahre hinzogen. Im Normalfall ist die Aufnahme konsularischer Beziehungen eine unmittelbare Folge der Auf-

[697] AMAE, RDA 1971–1976, 3103: Note der S/DEUC vom 4. 11. 1975 für den Leiter der politischen Abteilung des MAE.

[698] AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Bericht vom 19. 2. 1975 über ein Gespräch zwischen dem französischen Außenminister (Jean Sauvagnargues) und dem Präsidenten der Volkskammer der DDR (Gerald Götting): „Il n'y avait qu'un parti à prendre, c'était, comme dans l'accord quadripartite, de mettre les divergences de vues théoriques entre parenthèses. À quoi bon remuer le passé, soulever des controverses juridiques? La France ne souhaite pas y entrer et cela non seulement pour ne pas altérer ses bon rapports avec la République fédérale, mais aussi pour ne pas affecter la stabilité européenne, qui était une constante de sa politique."

[699] Ibid.: Vertrauliche Note der S/DEUC, Plaisant, vom 18. 3. 1975 für den Leiter der politischen Abteilung des MAE: „Une solution satisfaisante n'est pas hors de portée, mais il n'y a pas lieu selon moi de donner satisfaction à la RDA sur ce chapitre où nous détenons en somme un gage."

[700] Ibid.: Note der S/DEUC vom 9. 6. 1975.

[701] Ibid.: Vertrauliche Note der S/DEUC vom 8. 4. 1975.

nahme diplomatischer Beziehungen.[702] Die Schwierigkeiten Frankreichs in den hierüber mit der DDR geführten Verhandlungen waren deshalb symptomatisch für das Dilemma der französisch-ostdeutschen Beziehungen. Hier spiegelt sich die prinzipielle Unvereinbarkeit von umfassenden diplomatischen Beziehungen mit der DDR und grundsätzlicher deutschlandpolitischer Position. Das Problem, mit dem man sich unweigerlich konfrontiert sah, war nicht neu und konnte bereits in den innerdeutschen Verhandlungen zum Grundlagenvertrag nicht gelöst werden. Aus französischer Sicht handelte es sich um den Versuch der DDR, eine eigenständige „nationalité est-allemande" mittels Konsularabkommen festzuschreiben. Die Verwendung des Begriffs „nationalité" (Staatsangehörigkeit) durch die juristische Abteilung des *Quai d'Orsay* entsprach zwar dem allgemeinen französischen Sprachgebrauch, gleichzeitig aber beförderte der damit assoziierte Terminus „nation" bei den französischen Diplomaten den Eindruck des Widerspruchs zwischen dem Ansinnen der DDR und der französischen Deutschlandpolitik, die vom Prinzip der Einheit der deutschen Nation ausging.

Eigentlich stellte sich das Problem auf bilateraler Ebene erst mit der Übergabe eines Entwurfs für das Konsularabkommen durch die ostdeutsche Botschaft im Oktober 1974.[703] Die Verhandlungen Großbritanniens und anderer westeuropäischer Staaten in dieser Sache zwangen die französische Diplomatie jedoch bereits ein Jahr zuvor zur intensiven Auseinandersetzung mit diesem Problem.[704] Den Vorlauf bis zum Beginn der Verhandlungen nutzte man in Paris zur Bestimmung einer eigenen Position; sie sollte in Abhängigkeit von den Interessen der in der DDR lebenden Franzosen mit doppelter Staatsangehörigkeit und von den aus Bonn zu erwartenden Reaktionen definiert werden.[705]

Gleichzeitig fand der Anspruch der Bonner Regierung, auch weiterhin das Recht auszuüben, Ostdeutsche unter den Schutz des Grundgesetzes zu stellen, bei den Juristen des *Quai d'Orsay* keine Zustimmung. Dies führe dazu, dass Ostdeutsche in Frankreich als Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit anzusehen seien und die französische Rechtsprechung die tatsächliche Staatsangehörigkeit („nationalité effective") ermitteln müsste – eine Praxis im Einklang mit internationalem Rechtsgebrauch, demzufolge die Anerkennung eines Staates, die Anerkennung seines Territoriums und seiner Bevölkerung impliziere.[706] Formaljuristisch betrachtet bestand das Problem also gar nicht. Weil Frankreich 1949 aber

[702] AMAE, RDA 1971–1976, 3103: Note der DCAAC vom 3. 3. 1972 für die S/DEUC; diese Note wurde in Vorbereitung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen erstellt, weil man im Quai d'Orsay von Beginn an von einer Aufnahme konsularischer Beziehungen ausging.

[703] Ibid.: Telegramm der DCAAC vom 26. 10. 1974 an die franz. Botschaft in Berlin.

[704] AMAE, RDA 1971–1976, 3102: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 2. 11. 1973.

[705] Ibid.: Note der S/DEUC vom 4. 2. 1974: „Quelle que soit la formule utilisée dans la convention consulaire que nous négocierons avec la RDA, il semble inévitable que nous nous retrouvions placés devant un problème de conflit de nationalités et de nationalité dominante."

[706] Ibid.: Note vom 8. 4. 1974 für die S/DEUC: „Les Affaires juridiques estiment que les prétentions du gouvernement fédéral ne sont justifiées ni au regard de notre droit interne ni au regard du droit international. […] Le droit international s'interprète d'ailleurs tout à fait dans le même sens. Il convient de noter en premier lieu que notre reconnaissance de

auch der extensiven Definition der deutschen Staatsangehörigkeit im Grundgesetz zugestimmt hatte, war die Bestimmung einer eindeutigen Position in dieser Angelegenheit für das französische Außenministerium äußerst delikat.[707] Durch die Anerkennung von zwei deutschen Staaten befand sich Frankreich in einem quasi unauflösbaren Widerspruch, denn praktisch wurde damit die Einheit der deutschen Nation infrage gestellt, für die Frankreich als alliierte Siegermacht weiterhin Verantwortung trug.[708] Die Diskussion um das Konsularabkommen mit der DDR förderte diesen Widerspruch am deutlichsten zutage.

Die aus Bonn erwarteten Reaktionen waren ein wichtiger Grund für das Zögern Frankreichs bei der Bestimmung der eigenen Position. Die westdeutsche Kritik am Nachgeben Österreichs in den Verhandlungen über ein Konsularabkommen mit der DDR könne Frankreich, so eine Note des *Quai d'Orsay*, einen kleinen Vorgeschmack von dem vermitteln, was man in Paris zu erwarten habe. Noch mehr als die Kritik aus Bonn fürchtete man jedoch, in Bonn den Eindruck zu erzeugen, dass die französische Außenpolitik sich von einer derartigen Kritik abhängig mache.[709] Ein Verzicht auf das Konsularabkommen, das für französische Belange als nicht zwingend notwendig bewertet wurde, schien den französischen Diplomaten daher nur schwer möglich. Zur selben Zeit bekräftigte Außenminister Jean Sauvagnargues gelegentlich einer Pressekonferenz am 22. Januar 1975 in Bonn die Grundprinzipien der französischen Deutschlandpolitik als Leitlinie auch in dieser Angelegenheit und schloss damit eine offizielle Anerkennung der „nationalité est-allemande" aus.[710] Das Wort des Ministers in dieser diffizilen Frage erleichterte der juristischen Abteilung des *Quai d'Orsay* offensichtlich die Arbeit bei der Bestimmung einer Position. Bereits zwei Wochen später zeichnete sich eine Lösung ab: Zwar könne man der DDR das Recht auf eine eigene Staatsangehörigkeit nicht verweigern, die von der DDR vorgeschlagene Formel[711] müsse gleichwohl nicht akzeptiert werden; nicht zuletzt deshalb, weil bei Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit (französisch/ostdeutsch) dadurch der „nationalité est-allemande" der Vorrang eingeräumt werden würde. Auch wurde darauf verwiesen, dass eine Definition von „nationalité" nicht notwendig Bestandteil eines Konsularabkommens sei. Um diesem Problem gänzlich aus dem Weg zu gehen und alliierte Rechte unberührt zu lassen, wurde vorgeschlagen, jeglichen Bezug auf die „nationalité" durch den Begriff des „ressortissant" (Staatsangehöriger) zu

la RDA implique nécessairement que nous reconnaissons que cet État possède un territoire et une population et le droit de conférer à celle-ci sa nationalité."

707 Ibid.: Note der S/DEUC vom 21. 1. 1975.

708 Ibid.: Entwurf für eine Note vom 22. 1. 1975.

709 Ibid.: Entwurf für eine Note vom 22. 1. 1975: „Enfin, peut-être surtout, nous aurons laissé Bonn hypothéquer une fois de plus nos rapports avec Berlin-Est."

710 Ibid.: Note der S/DEUC, Plaisant, vom 23. 1. 1972 für die DCAAC: „[…] nous tiendrons largement compte du point de vue bien connu du gouvernement français sur la question allemande et nous ne ferons rien qui soit incompatible avec notre position relative à l'Allemagne dans son ensemble."

711 AMAE, RDA 1971–1976, 3103: Ostdeutscher Entwurf für ein Konsularabkommen zwischen Frankreich und der DDR, überreicht am 26. 10. 1974; Paragraf 1, Absatz 2: „Sont ressortissants de l'État d'envoi les personnes qui, conformément aux lois et règlements de cet État, ont la nationalité de celui-ci."

ersetzen, für den ebenfalls eine Definition zu vermeiden sei.[712] Der Umgang mit diesen Begriffen verdeutlicht die ganze Widersprüchlichkeit der Angelegenheit und die zum Teil verworrene Suche der französischen Diplomatie nach einem Formelkompromiss, der es ihr ermöglichen würde, einer eindeutigen juristischen Festlegung aus dem Weg zu gehen.

Die Ausarbeitung eines französischen Gegenentwurfs nahm nicht weniger als acht Monate in Anspruch. Weil offizielle Reaktionen von französischer Seite nach Übergabe des ostdeutschen Entwurfs zunächst ausblieben, vermutete die DDR-Regierung erneut Absprachen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik.[713] Den Aufenthalt einer französischen Parlamentarierdelegation in Ost-Berlin im November 1974, der auch Georges Gorse angehörte, nutzte man deshalb, um die an Beziehungen mit der DDR interessierten Kreise in Frankreich zur Unterstützung für die Anerkennung der ostdeutschen Staatsangehörigkeit zu gewinnen.[714] Während die DDR keine Gelegenheit ausließ, um ihr Interesse an einem Konsularabkommen zu bekräftigen, forderte der französische Außenminister bei einem Gespräch mit Gerald Götting die DDR-Regierung dazu auf, diese Frage nicht überzubewerten.[715] Dem ostdeutschen Botschafter legte man im *Quai d'Orsay* bereits einen Monat später nahe, dass sich die DDR keine Illusionen über die französische Position machen dürfe, da Frankreich die Frage der Staatsangehörigkeit üblicherweise nicht in einem derartigen Abkommen klären würde.[716] Die französischen Diplomaten machten sich ihrerseits jedoch keine Illusionen darüber, dass die Eröffnung der Verhandlungen in diesem Bereich zu einer erneuten Konfrontation führen würde.[717] Weil aber die Beziehungen bereits seit Längerem von dieser Problematik überschattet wurden, drängte der französische Botschafter das Ministerium in Paris, baldmöglichst mit den Verhandlungen zu beginnen.[718] Zwei Tage vor deren Beginn, am 7. Juli 1975, wurde der französische Gegenentwurf schließlich der ostdeutschen Botschaft in Paris überreicht.[719]

Einen nicht zu unterschätzenden Einfluss bei der Erarbeitung dieses Entwurfes hatte die Haltung der amerikanischen Diplomatie, die sich nach Eröffnung ihrer

[712] AMAE, RDA 1971–1976, 3102: Note des Service juridique vom 3. 2. 1975 für die DCAAC sowie Note der S/DEUC vom 3. 2. 1975.

[713] AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 8. 11. 1974: „Le singulier de l'affaire est que ce procès d'intention nous est fait avant qu'une discussion sérieuse ait pu avoir lieu sur cette question, et avant même que, du côté français, nous ayons pu exprimer nos vues sur le projet de convention déposé par la partie est-allemande."

[714] Ibid.: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 8. 11. 1974.

[715] Ibid.: Bericht vom 19. 2. 1975 über ein Gespräch zwischen dem französischen Außenminister (Jean Sauvagnargues) und dem Präsidenten der Volkskammer der DDR (Gerald Götting).

[716] Ibid.: Bericht vom 19. 3. 1975 über ein Gespräch zwischen dem Leiter der politischen Abteilung des MAE (Jean de Laboulaye) und dem Botschafter der DDR in Paris (Ernst Scholz).

[717] Ibid.: Vertrauliche Note der S/DEUC vom 8. 4. 1975.

[718] Ibid.: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, 1. 4. 1975.

[719] AMAE, RDA 1971–1976, 3103: Telegramm der DCAAC vom 5. 7. 1975 an die franz. Botschaft in Berlin sowie Telegramm der S/DEUC, Andréani, vom 12. 6. 1975 an die franz. Botschaft in Berlin.

Botschaft im Dezember 1974 in Berlin verstärkt mit dieser Problematik auseinandersetzte. Die USA lehnten die Definition von Staatsangehörigkeit im Rahmen eines derartigen Abkommens grundsätzlich ab und planten im konkreten Fall, alle Verweise auf das Territorium durch eine Formulierung zu ersetzen, in der stattdessen vom Gastland die Rede war. Das *State Department* suchte vor allem eine Anerkennung von Rechten der DDR auf dem Gebiet von Ost-Berlin zu verhindern.[720]

Die Verhandlungen zwischen Frankreich und der DDR wurden nach einer ersten Runde im Juli 1975, bei der man sich im Wesentlichen mit der Darstellung der jeweiligen Position begnügt hatte, im November desselben Jahres fortgesetzt.[721] Die DDR versuchte nun, Frankreich verstärkt in britisches Fahrwasser zu manövrieren, in der Annahme, dass ein Einlenken Frankreichs auch das der USA zur Folge habe und dass sich dadurch schließlich selbst die Bundesrepublik genötigt sähe, ihre Position zu überdenken.[722] Die britische Lösung gründete auf einer besonderen Ausgangssituation: Die komplexe britische Staatsangehörigkeit hatte Großbritannien bereits in den 1950er Jahren dazu veranlasst, in dem mit der Bundesrepublik geschlossenen Konsularabkommen die Staatsbürger („ressortissants") beider Staaten zu definieren. Aufgrund der vollständig anderen Ausgangssituation wurde eine Übernahme des Konsularabkommens zwischen Großbritannien und der DDR als Modell von Frankreich jedoch ausgeschlossen.[723] Das Insistieren der DDR wurde von französischer Seite weitestgehend ignoriert; stattdessen wartete man auf eine Veränderung der DDR-Position.[724]

Auch beim ersten offiziellen Besuch des ostdeutschen Außenministers in Paris im Januar 1976 spielte die Definition der Staatsangehörigkeit im Konsularabkommen eine zentrale Rolle. Oskar Fischer erhoffte sich von seinem Besuch, in dieser Frage eine Konzession seines französischen Amtskollegen zu erwirken.[725] Die französische Position hatte sich jedoch nicht im Mindesten verändert.[726] Um dennoch Bewegung in die verfahrene Verhandlungssituation zu bringen, lancierte Sauvagnargues im Gespräch mit Fischer die Idee, dass das Vorweisen eines DDR-Passes zur Bestimmung eines DDR-Bürgers dienen könne.[727] Die Idee war nicht

[720] Ibid.: Note der S/DEUC vom 19. 2. 1975.
[721] Ibid.: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 11. 8. 1975.
[722] Ibid.: Undatierte Note der DCAAC (vermutl. vom November 1975).
[723] Ibid.: Note der S/DEUC vom 3. 5. 1976 für MAE, Kabinett.
[724] AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Bericht der S/DEUC vom 21. 11. 1975 über ein Gespräch zwischen dem Staatssekretär des MAE (Destremau) und dem stellvertretenden Staatsratsvorsitzenden der DDR (Homann).
[725] AMAE, RDA 1971–1976, 3105: Note der S/DEUC vom 24. 12. 1975.
[726] Ibid.: Note der S/DEUC vom 29. 12. 1975: „Considérant d'une part que nous n'avions jamais souscrit expressis verbis à la conception extensive de la République fédérale, d'autre part qu'en vertu de nos droits quadripartites et des accords de Paris nous ne devions rien faire qui porte atteinte au concept d'Allemagne dans son ensemble, nous nous en sommes tenus à notre pratique constante selon laquelle la définition de la nationalité n'a pas sa place dans une convention consulaire, et nous avons éliminé toute définition de la nationalité des ressortissants des parties."
[727] AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Telegramm (circulaire) der S/DEUC, Andréani, vom 8. 1. 1976; sowie ibid., 3103: Note der DCAAC vom 9. 2. 1976.

neu, sie basierte auf dem 1956 zwischen Frankreich und der Bundesrepublik geschlossenen Konsularabkommen.[728] Der Vorschlag war auch Thema einer interministeriellen Sitzung. Weil damit aber nicht das Problem der doppelten Staatsangehörigkeit geklärt wurde, stellte sich die konkrete Umsetzung als äußerst schwierig dar. Man beschloss deshalb, zunächst die Vorschläge der Gegenseite abzuwarten.[729] Noch bevor es dazu kam, wurde diese pragmatische Lösung jedoch nicht nur von amerikanischer Seite scharf kritisiert[730], sondern auch von der Rechtsabteilung des *Quai d'Orsay* als unhaltbar verworfen.[731] Entsprechend endete auch die dritte Verhandlungsrunde im Februar 1976 ohne Ergebnisse in der Frage der „nationalité".[732] Auf französischer Seite erwartete man, dass mit der Unterzeichnung des britisch-ostdeutschen Konsularabkommens am 4. Mai 1976 der Druck auf die französische Regierung insbesondere seitens parlamentarischer Kreise zunehmen werde.[733] Auch die nächsten beiden Verhandlungsrunden im Oktober 1976[734] und im Juli 1977[735] verliefen ergebnislos. In praktischer Hinsicht hatte das Fehlen eines Konsularabkommens keinerlei Auswirkungen auf die Entwicklung der Beziehungen. Aus französischer Sicht handelte es sich vielmehr um ein theoretisches Problem, das, obschon von großer Bedeutung, im Gegensatz zur Anerkennung der DDR nicht dazu geeignet war, größere Kreise zu mobilisieren. Hatte das Thema der Anerkennung der DDR für die EFA genügend Potenzial zur Mobilisierung größerer Massen geboten, gelang es *France-RDA* im Fall des Konsularabkommens nicht, dieses nur schwer verständliche juristische Problem zum Gegenstand einer politischen Kampagne zu machen.[736]

Das Vorpreschen Großbritanniens beim Ausbau der politischen Beziehungen mit der DDR erschwerte Frankreich erheblich die Durchsetzung seiner Deutschlandpolitik in den verschiedenen Verhandlungen mit der DDR, vor allem aber bei

[728] AMAE, RDA 1971–1976, 3102: Note der S/DEUC vom 15. 1. 1976 für die DCAAC; der auf dem Abkommen von 1956 aufbauende Vorschlag für das Konsularabkommen mit der DDR lautete: „Sans préjudice d'autres méthodes de détermination de la nationalité, est considéré comme ressortissant de l'une des parties contractantes toute personne présentant un passeport délivré par les autorités compétentes de son pays."

[729] AMAE, RDA 1971–1976, 3103: Protokoll der DCAAC vom 9. 2. 1976 einer interministeriellen Sitzung am 22. 1. 1976.

[730] AMAE, RDA 1971–1976, 3102: Note der S/DEUC vom 9. 2. 1976 für den Leiter der Europa-Abteilung.

[731] AMAE, RDA 1971–1976, 3103: Note vom 31. 1. 1976 für MAE, Kabinett.

[732] Ibid.: Telegramm der DCAAC, Jeannot, vom 17. 2. 1976 an die franz. Botschaft in Berlin.

[733] Ibid.: Note der S/DEUC vom 3. 5. 1976 für MAE, Kabinett.

[734] Ibid.: Telegramm der S/DEUC vom 18. 6. 1976 an die franz. Botschaft in Berlin.

[735] AEFA, Présidence nationale, correspondance: Brief von MAE, François-Poncet, vom 26. 12. 1978 an die EFA, Alpes-Maritimes, Muller.

[736] Ibid.: Brief von EFA, Lenoir, vom 28. 9. 1976 an Jacques Denis; Lenoir zitierte hier ausführlich aus einem Schreiben des Präsidenten des EFA-Komitees Meurthe-et-Moselle: „Nous ne sommes pas au milieu du gué, mais dans la morne plaine où la reconnaissance diplomatique étant acquise, le français moyen, et même le militant PCF moyen des fédérations de Meurthe-et-Moselle Nord et Sud, se désintéresse de l'environnement de la RDA. La question pourtant percutante ‚La RDA restera-t-elle encore longtemps un État sans citoyens?' n'éveille guère (hélas) qu'une brève réponse: ‚Bof …'"

denen zum Konsularabkommen.[737] Im *State Department* sprach man in diesem Zusammenhang sogar vom „britischen Fauxpas".[738] Hier zeichnete sich auch ein Wechsel der Allianzen ab: 1973 hatten Frankreich und Großbritannien quasi gemeinsam diplomatische Beziehungen zur DDR aufgenommen, die USA waren ihnen knapp zwei Jahre später fast auf demselben Weg gefolgt. 1976, als sich der britische Sonderweg bei den konsularischen Beziehungen mit der DDR bestätigte, führte dies zu einem verstärkten Schulterschluss zwischen Frankreich und den USA in allen die Beziehungen mit der DDR betreffenden Dingen. Die den Franzosen von den Briten weiterhin angetragene enge Kooperation in diesem Bereich wurde in Paris nach dem „britischen Sündenfall" – soweit aus den Quellen ersichtlich – mit weit weniger Interesse aufgenommen. Bei einem Treffen der Leiter der politischen Abteilungen des *Quai d'Orsay* und des *Foreign Office* im Januar 1976 kritisierte die französische Seite das beschleunigte Vorgehen Großbritanniens gegenüber der DDR; vereinbart wurde daraufhin lediglich ein Informationsaustausch über die Verschuldung der DDR.[739]

Eine belgische Initiative, Konsultationen zu diesem Problem auf europäischer Ebene durchzuführen, war bereits 1973 gescheitert.[740] Drei Jahre später wurde diese Idee vom Auswärtigen Amt aufgegriffen, um zu verhindern, dass Frankreich dem britischen oder dem österreichischen Beispiel folgte.[741] Eine entsprechende Sitzung fand am 9. März 1976 mit Vertretern der drei Alliierten, der Bundesrepublik, Italiens und Belgiens statt. Verabredet wurde lediglich ein kontinuierlicher Informationsaustausch. Eine gemeinsame politische Linie wurde aufgrund der unterschiedlichen Ausgangssituationen hingegen als unrealistisch betrachtet.[742]

Erst 1980 gelang es Frankreich und der DDR, sich auf einen für beide Seiten annehmbaren Kompromiss zu einigen. Im fraglichen Absatz des am 16. Juni 1980 unterzeichneten Abkommens ist die Rede sowohl von Staatsangehörigen beider entsendenden Staaten, ohne dies zu präzisieren, als auch von Staatsangehörigen beider Staaten, die als juristische Personen ihren Wohnsitz im entsendenden Staat haben.[743] Zuvor hatten bereits die USA im Dezember 1979 ein Konsularabkom-

[737] AMAE, RDA 1971–1976, 3087: Note der S/DEUC vom 16. 1. 1976: „Ce faisant [bezieht sich auf Transport- und Konsularabkommen – Ch. W.], Londres n'a pas créé de précédents avantageux pour les États occidentaux. […] elle ne nous facilite pas les choses dans notre propre négociation avec Berlin-Est [bezieht sich auf die Verhandlungen über das Konsularabkommen – Ch. W.]."

[738] AMAE, RDA 1971–1976, 3080: Telegramm aus Washington, de la Gorce, vom 14. 8. 1975.

[739] AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Note der S/DEUC vom 2. 2. 1976 über eine Sitzung der Leiter der politischen Abteilungen des MAE und des FCO am 21. 1. 1976.

[740] AMAE, RDA 1971–1976, 3103: Brief von M. Guillaume vom 17. 9. 1973 an Bertrand Dufourcq, sowie ibid., 3102: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 29. 1. 1974.

[741] Ibid.: Note der S/DEUC vom 5. 2. 1976 für den Leiter der politischen Abteilung des MAE.

[742] AMAE, RDA 1971–1976, 3102: Note der S/DEUC vom 11. 3. 1976; cf. auch ibid., 3103: Note der S/DEUC vom 24. 3. 1976 für den Leiter der Europa-Abteilung des MAE.

[743] JO, Anhang zur Sitzung der französischen Nationalversammlung am 2. 4. 1981, Nr. 2256: Gesetzentwurf zur Ratifizierung des Konsularabkommens zwischen der Französischen Republik und der Deutschen Demokratischen Republik, Kapitel I, Absatz 2 des Konsularabkommens: „Les dispositions de la présente convention applicables aux ressortissants de l'État d'envoi sont également applicables, lorsque le contexte l'admet, aux personnes morales qui ont leur siège social sur le territoire de l'État d'envoi et qui sont constituées conformément à la législation de cet État."

men mit der DDR geschlossen; 1981 und 1983 folgten schließlich Belgien beziehungsweise Italien.

In Frankreich zogen sich parallel zu den Verhandlungen über das Konsularabkommen auch die Verhandlungen über ein Kulturabkommen in die Länge. Eine Koppelung dieser beiden Verhandlungen versuchte man im *Quai d'Orsay* vergeblich zu vermeiden, da Frankreich vor allem am Ausbau der Kulturbeziehungen interessiert, gleichzeitig aber nicht zu der entscheidenden, von der DDR eingeforderten Konzession bei der Aufnahme konsularischer Beziehungen in der Lage war.[744] Ungeachtet dessen wurde das ostdeutsche Interesse an der Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft hin und wieder auch als ein Trumpf angesehen, den man sich in den verschiedenen stockenden Verhandlungen zunutze machen solle. Tatsächlich wurden sowohl Konsular- als auch Kulturabkommen am selben Tag unterzeichnet.

### Politische Konsultationen und die Frage nach der Intensität der Beziehungen

Ein weiterer Trumpf Frankreichs in den verschiedenen Verhandlungen mit der DDR war deren Streben nach regelmäßigen bilateralen politischen Konsultationen und politischen Kontakten auf höchster Ebene. Während die DDR in ihren Beziehungen Prestige auf hoher Ebene anstrebte, erwartete man auf französischer Seite nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen vor allem konkrete Ergebnisse in den laufenden Verhandlungen und in den Beziehungen auf kultureller und wirtschaftlicher Ebene. Diese Forderung nach mehr Substanz in den französisch-ostdeutschen Beziehungen war auch die zentrale Botschaft des französischen Außenministers Michel Jobert an seinen ostdeutschen Amtskollegen Otto Winzer bei einem ersten Gespräch auf Ministerebene am Rande der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Juli 1973 in Helsinki.[745] Dass sich seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen wenig Grundlegendes im Verhältnis zwischen beiden Staaten geändert hatte, verdeutlicht die Wortwahl Joberts, der, anstatt von „relations" zu sprechen, den schwächeren Begriff der „rapports" verwendete; einen Begriff, unter dem er die Kontakte vor und nach dem 9. Februar 1973 zusammenfasste.[746] Allein das Einverständnis Joberts für dieses Treffen in Helsinki führte bereits zu einer Verbesserung der Atmosphäre in den Beziehun-

[744] AMAE, RDA 1971–1976, 3103: Note der S/DEUC vom 4. 11. 1975 für den Leiter der politischen Abteilung des MAE.

[745] AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Undatierter Bericht über ein Gespräch zwischen dem französischen Außenminister (Michel Jobert) und dem Außenminister der DDR (Otto Winzer): „Notre réunion est la preuve que nous pouvons avoir entre ministres des Affaires étrangères des contacts bilatéraux à condition de ne pas déserter trop longtemps la salle de conférence. Je me félicite de l'établissement des rapports [sic] entre la RDA et la France."

[746] Ibid.: „Voilà longtemps que nous essayons d'avoir des rapports effectifs avec vous quelle que soit la formule et le temps. […] J'espère que nos rapports se développeront harmonieusement, il y a eu déjà entre nous beaucoup de contacts même s'ils n'ont pas eu d'étiquettes brillantes."

gen.[747] Die französischen Diplomaten stellten jedoch bald fest, dass derartige Zugeständnisse zwar regelmäßig eine Verbesserung der Atmosphäre, nicht aber eine Vertiefung der Beziehungen bewirkten.[748]

Nachdem im Juli 1973 ein baldiger Austausch der Botschafter angekündigt worden war, forderte die ostdeutsche Seite erstmals politische Konsultationen auf der Ebene der Abteilungsleiter beider Außenministerien. Die Unverhältnismäßigkeit dieser Forderung wurde aus französischer Sicht im Vergleich mit den Beziehungen zu anderen Ostblockstaaten deutlich, wo Frankreich erst in der Folge offizieller Staatsbesuche derartigen Konsultationen zugestimmt hatte.[749] Zugeständnisse im Bereich der politischen Kooperation waren nur infolge einer substanziellen Verbesserung der Beziehungen im kulturellen Bereich und eines Entgegenkommens bei humanitären Angelegenheiten denkbar.[750] Von der DDR wurden politische Konsultationen im Gegensatz dazu als eine Instanz angesehen, mit der sich Details der Beziehungen auf den verschiedenen praktischen Ebenen regeln ließen, wie der Chefaußenpolitiker der SED, Hermann Axen, dem französischen Botschafter bei ihrem ersten Treffen in Berlin erklärte.[751] In diesem Sinne lancierte der ostdeutsche Botschafter in Paris bereits bei seinem ersten Höflichkeitsbesuch im *Quai d'Orsay* auch die Idee eines offiziellen Treffens auf Ministerebene.[752] Die Erfahrungen Belgiens hatten der französischen Diplomatie zu diesem Zeitpunkt jedoch längst gezeigt, dass selbst von einem Treffen auf Ministerebene kaum eine Verbesserung der Beziehungen zu erwarten war.

Bereits im September 1974 konstatierte man im *Quai d'Orsay* ernüchtert, dass die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwar grundsätzlich die Kontakte zwischen Vertretern beider Staaten erleichtert habe, dies aber nicht zu einem besonders umfangreichen Ausbau der Beziehungen geführt habe.[753] Um die politischen Beziehungen mit der DDR auf eine Ebene zu heben, die den Beziehungen mit anderen Ostblockstaaten entsprach, erwartete Paris nach wie vor merkliche Anstrengungen in den Wirtschafts- und Kulturbeziehungen von Ost-Berlin.[754] Entsprechend reagierte auch der französische Außenminister Jean Sauvagnargues auf eine Einladung seines ostdeutschen Amtskollegen nach Ost-Berlin: Bei einem Ge-

[747] AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 20. 6. 1973.
[748] Ibid.: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 21. 3. 1974.
[749] Ibid.: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 20. 6. 1973.
[750] Ibid.: Note der S/DEUC vom 10. 7. 1974: „Dans ce contexte, nous pourrions songer à lier des progrès substantiels dans la négociation de l'accord culturel et des cas humanitaires à des concessions dans le domaine de la coopération politique."
[751] Ibid.: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 20. 5. 1974.
[752] Ibid.: Bericht der S/DEUC vom 23. 4. 1974 über ein Gespräch zwischen Ernst Scholz, Botschafter der DDR in Paris, und de Courcel.
[753] Ibid.: Note der S/DEUC vom 12. 9. 1974: „L'établissement de relations diplomatiques entre la France et la République démocratique allemande, s'il a naturellement rendu plus aisés les contacts entre les représentants des autorités françaises et est-allemandes, n'a pas été suivi d'une amélioration spectaculaire des rapports entre les deux pays, qui restent dans l'ensemble assez médiocres."
[754] Ibid.: „Jusqu'ici nous n'avons pas donné de réponse précise à ces avances, un certain nombre d'obstacles s'opposant encore à une amélioration franche des relations entre les deux gouvernements."

spräch mit Oskar Fischer am Rande einer Sitzung der Vereinten Nationen lehnte er einen derartigen Besuch ab, weil er ihn für verfrüht hielt.[755] Bevor neue Ziele bestimmt werden könnten, müssten die im Protokoll vom Februar 1973 festgeschriebenen Vorhaben[756] erledigt sein – politische Konsultationen konnten nur als krönender Abschluss und nicht als Ausgangspunkt in den Beziehungen mit der DDR angesehen werden.[757]

Die ostdeutsche Seite ließ keine Gelegenheit aus, um auf der Notwendigkeit von Treffen auf hoher politischer Ebene zu insistieren. Der französische Botschafter in Berlin, Bernard de Chalvron, war häufig Adressat dieses Begehrens und bezeichnete es nach nur wenigen Monaten im Amt bereits als „Leitmotiv" ostdeutscher Außenpolitik.[758] Im Gespräch mit dem DDR-Außenminister bewertete er die Beziehungen zwischen beiden Staaten als nicht intim genug, um engere politische Kontakte zu rechtfertigen.[759]

Obwohl der Vorschlag politischer Konsultationen von französischer Seite kontinuierlich als verfrüht abgelehnt wurde, begann die DDR im Januar 1975 mit den Planungen für eine Reise des stellvertretenden DDR-Außenministers und Leiters der Westeuropa-Abteilung im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Kurt Nier, nach Paris. Zwar befürchtete man im *Quai d'Orsay*, dass diese Reise der Vorbereitung eines Besuches des ostdeutschen Außenministers dienen solle.[760] Den Besuch von Nier wollte man hingegen nicht ausschließen, da er eine geeignete Gelegenheit bot, um die noch ausstehenden Probleme zu besprechen. Gleichzeitig sollte der DDR vermittelt werden, dass durch gewisse Fortschritte in einzelnen Bereichen ein solcher Besuch um vieles fruchtbarer werden würde.[761] Um vom Interesse der DDR an diesem Besuch zu profitieren, ließ man den Botschafter dem ostdeutschen Außenministerium grundsätzliches Einverständnis signalisieren, ohne jedoch ein konkretes Datum zu benennen.[762]

Auf Vorschlag von François Plaisant (Leiter der Zentraleuropa-Abteilung) machte der Leiter der politischen Abteilung des *Quai d'Orsay* und möglicher

[755] AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Telegramm aus Washington, Guiringaud, vom 24. 9. 1974.

[756] AMAE, RDA 1971–1976, 3101: Protokoll vom 9. 2. 1973 über die zwischen Frankreich und der DDR zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen geführten Verhandlungen: „Après l'établissement des relations diplomatiques, les deux gouvernements engageront, à un moment approprié et aussitôt que possible, des conversations et des négociations sur les questions suivantes: a) coopération en matière économique, transports, relations culturelles et affaires consulaires; b) règlement des questions non encore résolues concernant les biens et intérêts des personnes physiques et morales, ressortissants des deux pays."

[757] AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Note der S/DEUC, Plaisant, vom 18. 10. 1974 für den Leiter der Europa-Abteilung (über ein Gespräch mit E. Walkowski): „J'ai naturellement répondu que ces contacts devaient être plutôt un couronnement qu'un point de départ."

[758] Ibid.: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 8. 11. 1974.

[759] Ibid.: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 25. 10. 1974.

[760] Ibid.: Note der S/DEUC vom 24. 1. 1975 für den Minister.

[761] Ibid.: Telegramm der S/DEUC, de Courcel, vom 30. 1. 1975 an die franz. Botschaft in Berlin.

[762] Ibid.: Telegramm der S/DEUC, de Laboulaye, vom 17. 2. 1975 an die franz. Botschaft in Berlin.

Gastgeber von Kurt Nier, Jean de Laboulaye, zunächst die Klärung der „Kranick"-Affäre sowie Fortschritte in den humanitären Angelegenheiten zur Vorbedingung für ein solches Treffen.[763] Weil auch die Verhandlungen über das Transportabkommen in einer Sackgasse steckten, einigten sich der Minister und sein Generalsekretär jedoch darauf, neben dem erfolgreichen Austausch von Kranick, den Abschluss dieser Verhandlungen als Bedingung für das Treffen zwischen Nier und de Laboulaye aufzustellen.[764] Fortschritte in den humanitären Angelegenheiten wurden somit zwar nicht zur Bedingung erhoben, dennoch sollte der DDR nahegelegt werden, dass eine positive Entwicklung in diesem Bereich das Treffen unter sehr viel günstigeren Vorzeichen stattfinden lassen würde.[765] Nur fünf Tage nach Unterzeichnung des Transportabkommens – die „Kranick"-Affäre war bereits einige Wochen zuvor beendet worden – wurde der ostdeutschen Botschaft in Paris ein Terminvorschlag für die Begegnung zwischen Nier und de Laboulaye übermittelt. Das Treffen fand schließlich am 9. Juni 1975 in Paris statt, allerdings ohne dass nennenswerte Fortschritte in den humanitären Angelegenheiten erzielt worden wären.

Aus Sicht des *Quai d'Orsay* hatte sich der Zustand der französisch-ostdeutschen Beziehungen zum Zeitpunkt des Treffens kaum gebessert, auch wenn die geforderten Bedingungen erfüllt waren.[766] In der internen Beurteilung überwogen die „Schattenzonen". Vor allem bedauerte man, dass die DDR bisher gerade in jenen Bereichen wenig Entgegenkommen gezeigt habe, an denen Frankreich besonders interessiert gewesen wäre (wie bei der Residenz des Botschafters, den Kulturbeziehungen und in den humanitären Angelegenheiten).[767] Vermutlich gerade deshalb maß der Leiter der Europa-Abteilung des französischen Außenministeriums dem Besuch Niers im Rahmen des Anlaufprozesses der französisch-ostdeutschen Beziehungen große Bedeutung bei.[768] Themen des Gesprächs waren bezeichnenderweise vor allem internationale Angelegenheiten: die KSZE, die innerdeutschen Beziehungen, die Entwicklung im Nahen Osten sowie in Südostasien, aber auch Portugal und Zypern. Demgegenüber spielten die bilateralen Beziehungen, gemessen an der Anzahl der Seiten im Gesprächsprotokoll, nur eine sehr marginale Rolle. Jean de Laboulaye nutzte die Gelegenheit, um die unnachgiebige französi-

763 Ibid.: Vertrauliche Noten der S/DEUC, Plaisant, vom 18. 3. und 19. 3. 1975.

764 Ibid.: Vertrauliche Note der S/DEUC vom 8. 4. 1974.

765 Ibid.: Telegramm der S/DEUC, de Laboulaye, vom 23. 4. 1975 an die franz. Botschaft in Berlin.

766 Es ist aufschlussreich, in diesem Zusammenhang zwei Noten der Zentraleuropa-Abteilung miteinander zu vergleichen. Eine Note vom 9. 6. 1975 zum Stand der französisch-ostdeutschen Beziehungen beginnt mit derselben Einschätzung wie eine Note vom 12. 9. 1974 (siehe Anm. 753): „L'établissement des relations diplomatiques entre la France et la RDA (9 février 1973) puis l'échange d'ambassadeurs intervenu en mars 1974 n'ont pas été suivis d'une amélioration spectaculaire des rapports entre les deux pays." In: AMAE, RDA 1971–1976, 3100.

767 Ibid.: Note der S/DEUC vom 9. 6. 1975.

768 Ibid.: Note der S/DEUC vom 18. 4. 1975 über ein Gespräch zwischen dem Leiter der Europa-Abteilung des MAE (Jacques Andréani) und dem Botschafter der DDR in Paris (Ernst Scholz): „Le directeur d'Europe a convenu que la visite de M. Nier à Paris s'inscrivait dans le processus de démarrage des relations entre la France et la RDA."

sche Position in der Frage des Konsularabkommens zu bekräftigen, und erwirkte bei Nier auf Nachfrage das Zugeständnis, die Verhandlungen über das Kulturabkommen noch im selben Jahr wieder aufzunehmen.[769]

Während seines Paris-Besuchs traf Nier auch auf Sauvagnargues, der ihm sein prinzipielles Einverständnis für ein Treffen auf Ministerebene gab.[770] Der französische Botschafter in Bonn reagierte umgehend und forderte zunächst eine Reise des Ministers nach West-Berlin, um sowohl in der DDR als auch in West-Berlin Klarheit über die Intentionen der französischen Regierung zu schaffen und entsprechend kritische Reaktionen in Bonn und West-Berlin zu vermeiden.[771] Tatsächlich stand der Besuch eines französischen Außenministers in West-Berlin schon seit Längerem aus. Im *Quai d'Orsay* übernahm man daher den Vorschlag von de Chalvron, das erste Treffen in Paris zu organisieren. Bis zu einem eventuellen Gegenbesuch bleibe dem Minister damit genügend Zeit, einen Besuch in West-Berlin zu absolvieren.[772] Nur wenige Monate später, Anfang Oktober 1975, und noch bevor es zu einem offiziellen Besuch Fischers kam, befand sich dieser auf der Durchreise in Paris.[773] Fischer wurde von Sauvagnargues empfangen und besprach mit ihm Details seiner geplanten offiziellen Paris-Reise.[774] Gleichzeitig beschloss man im *Quai d'Orsay*, den Rhythmus politischer Treffen zu verlangsamen, indem man den Gegenbesuch von de Laboulaye in Berlin hinauszögerte.

Der offizielle Besuch Fischers fand am 6. und 7. Januar 1976 statt. Auf dem Programm standen neben einem Gespräch der beiden Minister in großer Runde auch ein Vier-Augen-Gespräch sowie ein offizieller Empfang und ein Gegenempfang. Der bei dieser Gelegenheit von Sauvagnargues ausgebrachte Toast lässt Rückschlüsse auf den Zustand der Beziehungen zu. In einer ersten Fassung dieser Rede wurde betont, dass man sich in einer Phase des Kennenlernens befinde. Die französisch-sowjetischen Beziehungen wurden zum Modell erklärt und als gemeinsames Ziel die Umsetzung der Entspannungspolitik in Europa definiert.[775] Eine zweite, handschriftlich überarbeitete Fassung verzichtete auf derartige Anspielungen auf die gaullistische Entspannungspolitik. Stattdessen wurde an eine gemeinsame Vergangenheit erinnert, Gemeinsamkeiten bei der Bewertung bestimmter Aspekte der internationalen Situation hervorgehoben und die Beziehungen in den Kontext der allgemeinen deutsch-französischen Annäherung

769 Ibid.: Bericht der S/DEUC vom 16. 6. 1975 über das Gespräch zwischen dem stellvertretenden Außenminister der DDR, Kurt Nier, und dem Leiter der politischen Abteilung des MAE, Jean de Laboulaye, am 11. 6. 1975.

770 Ibid.: Telegramm der S/DEUC, de Laboulaye, vom 12. 6. 1975 an die franz. Botschaft in Berlin.

771 Ibid.: Telegramm aus Bonn, Worsmer, vom 16. 6. 1975.

772 Ibid.: Telegramm der S/DEUC, de Laboulaye, vom 18. 6. 1975 sowie Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 17. 6. 1975.

773 Ibid.: Telegramm aus Lima, Gabillaud, vom 24. 9. 1975 sowie Note der S/DEUC vom 30. 9. 1975 für MAE, Kabinett, Kauffmann.

774 Ibid.: Telegramm der S/DEUC, de Laboulaye, vom 30. 9. 1975.

775 Ibid.: Entwurf für einen Toast des Ministers anlässlich des Besuches von Oskar Fischer in Paris, erste Version erstellt von der franz. Botschaft in Berlin am 12. 12. 1975: „[…] relations de plus en plus cordiales au fur et à mesure que, de part et d'autre, l'on se connaît et s'apprécie davantage."

gestellt.[776] Vermutlich um einen gewissen Unterschied zu den französisch-westdeutschen Beziehungen deutlich zu machen, wurde der im Text zunächst mehrfach verwendete Begriff „amitié" durch „entente" und „coopération" ersetzt.[777] Das Treffen wurde außerdem als Ausgangspunkt für eine Intensivierung der französisch-ostdeutschen Beziehungen auf Regierungsebene bezeichnet. In diesem Sinne nahm Sauvagnargues während der Gespräche die Einladung Fischers nach Ost-Berlin an und stellte auch den baldigen Gegenbesuch des Leiters der politischen Abteilung des *Quai d'Orsay* in Aussicht.[778] Tatsächlich aber drängte man von französischer Seite bei jeder weiteren Anfrage der DDR zwecks Konkretisierung auf eine Verschiebung dieser Besuche.[779]

Die von Sauvagnargues angekündigte Reise in die DDR fand nie statt. Sein Nachfolger, Louis de Guiringaud, entsandte, um selbst eine solche Reise nicht antreten zu müssen, seinen Staatssekretär Olivier Stirn im Juli 1978 in die DDR. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass Stirn vor und nach seiner Regierungstätigkeit als Abgeordneter der Nationalversammlung auch Mitglied der parlamentarischen Freundschaftsgesellschaft *France-RDA* war.[780] Erneut wurde bei dieser Gelegenheit eine DDR-Reise des französischen Außenministers prinzipiell befürwortet. Aber erst im Juli 1979, mehr als sechs Jahre nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR sowie nach dem zuvor notwendigen Besuch von Valéry Giscard d'Estaing in West-Berlin, reiste mit Jean François-Poncet erstmalig ein Außenminister der drei Westalliierten nach Ost-Berlin. Diese Reise, deren minutiöse Vorbereitung sich über ein ganzes Jahr erstreckte[781], sollte einen nicht unerheblichen Einfluss auf die florierende Entwicklung der französisch-ostdeutschen Beziehungen in den 1980er Jahren haben.

Die zahlreichen Probleme Frankreichs mit der DDR nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen verdeutlichen die Diskrepanz, die zwischen den mit diesen Beziehungen auf beiden Seiten verbundenen Interessen bestand. Mehr noch, sie belegen, dass die Aufnahme umfassender diplomatischer Beziehungen zur DDR nur sehr bedingt im Interesse Frankreichs lag. Die französische Außenpolitik war hier am Ende eines multilateralen Prozesses, an dem sie selbst einen maßgeblichen Anteil gehabt hatte, vielmehr zur Umsetzung einer sich aus diesem

[776] Ibid.: „Mais cela [unterschiedliche Philosophie der politischen und gesellschaftlichen Beziehungen – Ch. W.] ne doit pas nous empêcher d'établir, à l'instar de la coopération entre la France et l'Union soviétique, inaugurée il y a 10 ans maintenant par le général de Gaulle, des liens approfondis et constructifs. Il s'agit pour nous comme pour vous de donner un contenu concret à la politique de détente à laquelle nous sommes également attachés."

[777] AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Entwurf für einen Toast des Ministers anlässlich des Besuches von Oskar Fischer in Paris, zweite Version, undatiert: „[…] cette œuvre de rapprochement se traduira par le développement de nos relations bilatérales dans tous les domaines […]."

[778] Ibid.: Telegramm der S/DEUC, Andréani, vom 8. 1. 1976.

[779] Ibid.: Telegramm der S/DEUC vom 11. 2. 1976 an die franz. Botschaft in Berlin und weitere Telegramme.

[780] AEFA, Présidence nationale, correspondance: Undatierte Note der EFA über die Reise von Olivier Stirn nach Dresden und Berlin am 10. 7. und 11. 7. 1978.

[781] Interview mit Joëlle Timsit, geführt am 3. 12. 2007.

Prozess ergebenden Entscheidung genötigt. Interesse hatte Paris im Sinne seiner multilateralen Entspannungspolitik vor allem an einem Ausbau der Beziehungen und Kontakte auf wirtschaftlicher und kultureller Ebene und engagierte sich deshalb bereits seit 1969/70 für die Umsetzung entsprechender Ziele. Nach dem 9. Februar 1973 war man gehalten, zahlreiche Konzessionen auf politischer Ebene zu machen – bis hin zu den erwähnten Treffen auf Regierungsebene –, um konkrete Verbesserungen beim Ausbau der Kultur- und Wirtschaftsbeziehungen zu erwirken. An bilateralen politischen Beziehungen mit der DDR konnte Frankreich jedoch kein wirkliches Interesse haben, hätten diese doch über kurz oder lang zu einer Festschreibung der deutschen Teilung geführt und damit auch zu einer Beschneidung seiner Einflussmöglichkeiten auf die weitere Entwicklung Deutschlands.

# III. Die europäische Dimension der französisch-ostdeutschen Beziehungen

Als François Mitterrand im Dezember 1989 in großer Eile in die DDR reiste, besuchte er sie nicht nur als französischer Staatschef, sondern auch als Ratspräsident der Europäischen Gemeinschaft. Seit den Tagen Robert Schumans im *Quai d'Orsay* war man in Paris von der europäischen Mission Frankreichs überzeugt, überzeugt davon, dass Frankreich eine besondere Rolle in Europa einnehmen müsse, weil es vom „deutschen Problem" auch am stärksten betroffen sei. Die europäische Integration war mithin aus französischer Perspektive zuallererst eine Lösung für das „deutsche Problem".

Wenn sich also Mitterrand im Herbst 1989 für eine Regelung dieses noch immer ungelösten Problems in einem europäischen Rahmen einsetzte, so tat er dies als französischer Staatschef in europäischer Mission. Die deutsche Wiedervereinigung mochte Mitterrand ungelegen kommen – die Europäische Gemeinschaft befand sich 1989 in einer empfindlichen Phase –, sie war jedoch zentraler Bestandteil der sicherheitspolitischen Konzeption französischer Europapolitik. Als Präsident der französischen Republik war er gehalten, die sicherheitspolitischen Interessen seines Landes zu verteidigen. Die Situation im Herbst 1989 bot ihm die Gelegenheit, den von seinen Amtsvorgängern vorgezeichneten Weg zu Ende zu gehen und die französischen Interessen hinsichtlich der Wiederherstellung der Einheit der deutschen Nation zu verteidigen. Mit seinem Wirken befand sich Mitterrand in ungebrochener Kontinuität zu seinem Amtsvorgänger, Charles de Gaulle, der die Rahmenbedingungen dieses Weges dreißig Jahre zuvor definiert hatte. Es ist kein Zufall, dass man in den Archiven des Präsidenten Mitterrand, und zwar speziell in einem anlässlich seiner DDR-Reise angefertigten Dossier, Kopien einzelner Seiten aus den „Mémoires d'espoir" de Gaulles findet.[782] Der damalige Außenminister Mitterrands, Roland Dumas, äußerte in einem Interview, zur Kontinuität der Deutschlandpolitik zwischen beiden Staatspräsidenten befragt, dass Mitterrand nicht nur von der politischen Philosophie seines Vorgängers inspiriert gewesen sei, sondern dass es ihm kaum möglich gewesen sei, sich in dieser Hinsicht von seinem Vorgänger zu unterscheiden.[783]

Die DDR war aus Sicht der für die französische Außenpolitik Verantwortlichen immer ein Bestandteil des „deutschen Problems". Die Einstellung gegenüber der DDR war deshalb von der Einstellung zur deutschen Wiedervereinigung nicht zu trennen, sondern wurde vielmehr von ihr bedingt. Die Frage der Wiedervereinigung war allerdings nur selten eine Frage des „Ob", sie war vor allem eine Frage des „Wie". Das von der Presse regelmäßig bediente Klischee eines der deutschen

[782] ANF, 5 AG 4, CD 177; es handelt sich um Kopien der Seiten 183, 186 und 187 aus dem ersten Band der Mémoires d'espoir, die Mitterrand von Hubert Védrine im Vorfeld seiner DDR-Reise zur Lektüre vorgelegt wurden; die Anstreichungen einzelner Passagen entstammen mit hoher Wahrscheinlichkeit der Hand Mitterrands.

[783] Interview mit Roland Dumas, geführt am 5. 2. 2007, cf. dazu auch Duhamel, De Gaulle – Mitterrand. La marque et la trace.

Einheit 1989/90 gegenüber feindlich eingestellten französischen Staatspräsidenten erweist sich bei Archivrecherchen als haltlose Legende.[784]

## 1. Die Definition der offiziellen Haltung Frankreichs gegenüber der DDR durch Charles de Gaulle

Im öffentlichen politischen Diskurs in Frankreich war die DDR ein weitgehend tabuisiertes Thema. Dies traf insbesondere auf die Jahre bis zur ihrer diplomatischen Anerkennung zu, prinzipiell aber für den gesamten Zeitraum von 1949 bis 1989. Eine der wenigen Ausnahmen von dieser Regel stellt die von Charles de Gaulle am 25. März 1959 abgehaltene Pressekonferenz dar. Im Kontext der zweiten Berlin-Krise bezog er hier Stellung zur sowjetischen Note vom 27. November 1958 an die westlichen Alliierten und formulierte die französische Haltung zu drei eng miteinander verknüpften Problemen: dem Status von Berlin sowie dem Zugang nach West-Berlin, der Zukunft Deutschlands und seiner eventuellen Neutralisierung. Gleichzeitig war dies eine der äußerst seltenen Gelegenheiten, bei der sich ein französischer Staatspräsident zur französischen Haltung gegenüber der DDR äußerte.[785] Die Tabuisierung reichte dabei bis in die Wortwahl: Mit einer einzigen Ausnahme sprach de Gaulle, wenn er die DDR meinte, von den „autorités de Pankow", dem „système de Pankow" oder auch nur von „Pankow" – eine Metapher für seine Einstellung gegenüber dem zweiten deutschen Staat.

Ein halbes Jahr zuvor, im September 1958, hatte Charles de Gaulle Konrad Adenauer als ersten Staatschef auf sein Privatanwesen nach Colombey-les-deux-Églises eingeladen und damit den Grundstein für eine intensive Partnerschaft zwischen Frankreich und der Bundesrepublik gelegt. Zwar sprach de Gaulle Deutschland sein Vertrauen aus, auch zeugen die Gesten von einem fast uneingeschränkten Entgegenkommen gegenüber Deutschland, dennoch blieb sein Deutschlandbild einer Ambivalenz verhaftet, wie sie geradezu typisch ist für die während der Dritten Republik sozialisierten Generationen: Der Bewunderung für den deutschen Nachbarn stand immer auch ein gewisses Misstrauen gegenüber.[786] Selbst wenn de Gaulle grundsätzlich davon ausging, dass Deutschland zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Gefahr mehr für Frankreich darstelle, so verwies er doch im Gespräch mit Adenauer gleichzeitig auf bestehende Erinnerungen an deutsch-

[784] Cf. dazu auch Vaïsse/Wenkel (Hrsg.), La diplomatie française face à l'unification allemande, S. 29–51. Die in der britischen Dokumentenedition von 2010 und der deutschen Dokumentenedition von 1998 abgedruckten Protokolle der Gespräche François Mitterrands mit Margaret Thatcher und Helmut Kohl geben die französische Position nur sehr unvollständig wieder und spiegeln in erster Linie die britische bzw. deutsche Auffassung der französischen Position.

[785] De Gaulle, Discours et messages, Bd. III, S. 82–94.

[786] Cf. Vaïsse, La grandeur, S. 226.

französische Auseinandersetzungen und auf die Notwendigkeit, auch an Vorsichtsmaßnahmen zu denken.[787]

Die Sicherheit Frankreichs war ein zentrales Leitmotiv der Außenpolitik de Gaulles. Es bestand daher auch kein Widerspruch zwischen der von ihm betriebenen deutsch-französischen Versöhnung einerseits und den aller Deutschlandpolitik zugrunde liegenden sicherheitspolitischen Überlegungen andererseits. Zudem lässt sich in dieser Hinsicht eine gewisse Kontinuität zwischen den von ihm 1945 und 1958 geäußerten Überzeugungen ausmachen. Geändert hatte sich bei seiner Rückkehr an die Spitze des französischen Staates jedoch die Vorstellung, auf welchem Wege eine dauerhafte Sicherheit gegenüber Deutschland zu erreichen beziehungsweise zu festigen sei. Unter dem Einfluss des Kalten Krieges war die zunächst von ihm verfochtene Idee einer Teilung Deutschlands dem Konzept seiner Integration innerhalb eines europäischen Staatenbündnisses gewichen. Sicherheit *vor* Deutschland wurde nunmehr als Sicherheit *mit* Deutschland verstanden. Die Integration der Bundesrepublik konnte dementsprechend nur als eine Teil- beziehungsweise Zwischenlösung angesehen werden.[788]

## Die Pressekonferenz vom 25. März 1959

Die Reaktion de Gaulles auf die drei von der sowjetischen Note vorgegebenen Themen während seiner Pressekonferenz im März 1959 ermöglicht einen ziemlich weitgehenden Einblick in die französische Deutschlandpolitik und verdeutlicht ganz nebenbei die grundsätzliche Haltung Frankreichs gegenüber der DDR.

Die von sowjetischer Seite angeregte Neutralisierung Deutschlands widersprach nicht nur der grundsätzlichen sicherheitspolitischen Konzeption der Außenpolitik de Gaulles, sondern gleichzeitig auch den seit 1950 von Frankreich unternommenen politischen Anstrengungen zur europäischen Integration Westdeutschlands. Jegliche derartige Initiative wurde deshalb von französischer Seite nicht nur ausgeschlossen, sondern musste notwendig als größtmögliche Gefahr für Frankreich angesehen werden.[789] Die Realisierung des Gegenteils, das heißt der Integration

[787] De Gaulle, Mémoires d'espoir, Bd. I, S. 186: „Sans doute le peuple français ne peut-il perdre le souvenir de ce qu'il a souffert jadis du fait de son voisin d'outre-Rhin et négliger les précautions qui s'imposent pour l'avenir."

[788] Ibid., S. 183: „[…] j'estime qu'elle [Deutschland – Ch. W.] fasse partie intégrante de la coopération organisée des États, à laquelle je vise pour l'ensemble de notre continent. Ainsi serait garantie la sécurité de tous entre l'Atlantique et l'Oural et créé dans la situation des choses, des esprits et des rapports un changement tel que la réunion des trois tronçons du peuple allemand [Bundesrepublik, DDR und Berlin – Ch. W.] y trouverait sans doute sa chance. En attendant, la République fédérale doit jouer un rôle essentiel au sein de la Communauté économique et, le cas échéant, du concert politique des Six."

[789] De Gaulle, Discours et messages, Bd. III, S. 85: „Car, si le désarmement ne s'étendait pas à une zone qui approcherait l'Oural d'aussi près qu'elle approcherait l'Atlantique, comment la France serait-elle couverte? […] pour que ces dispositions [Beschränkung der Bewaffnung – Ch. W.], apparemment humanitaires, ne risquent pas de mener à notre disparition, il faut qu'elles s'appliquent à une aire assez profonde et assez large pour que la France en soit couverte et non point, au contraire, exposée." Cf. auch Vaïsse, La grandeur, S. 270.

Deutschlands in seiner Gesamtheit, war mithin erklärtes Ziel französischer Außenpolitik.

Die deutsche Teilung aber verhinderte das Erreichen dieses Zieles. Die Wiedervereinigung des deutschen Volkes stellte daher eine notwendige Bedingung dar, um die angestrebte Integration Deutschlands zu realisieren. Dass die Wiedervereinigung als einzig mögliche und dauerhafte Lösung des „deutschen Problems" für de Gaulle eine unumstößliche Gewissheit war, zeigt sich bereits an seiner Wortwahl: Er sprach in diesem Zusammenhang nicht einfach nur von der Zukunft Deutschlands, sondern vom „natürlichen Schicksal des deutschen Volkes". Dem lag sein Verständnis vom Wesen einer Nation zugrunde. Ganz allgemein lässt sich die Außenpolitik de Gaulles nur begreifen, wenn man sein Verständnis der Nation als eine ihrer zentralen Determinanten berücksichtigt. Dies gilt ebenso für seine Asienpolitik wie für seine Europapolitik. So folgten beispielsweise die Anerkennung Chinas und die Nichtanerkennung der DDR ein und demselben („nationalen") Prinzip.[790] Immer wenn de Gaulle vom deutschen Volk oder auch von Deutschland sprach, war damit nichts anderes als die deutsche Nation gemeint.[791] Für ihn handelte es sich nicht um ein abstraktes Konzept, sein Interesse galt den Nationen im Einzelnen, wobei sich das Verständnis anderer Nationen unmittelbar von seinem Verständnis der französischen Nation ableitete.[792] Eines der wichtigsten Charakteristika der französischen Nation ist die durch die Französische Republik verkörperte Einheit und Unteilbarkeit. Im Unterschied zu Deutschland wurde die Einheit der französischen Nation, die gleichzeitig dem französischen Staatsgebilde entspricht, über die zentralistischen Strukturen des Staates und die Institutionen der Republik, wie Schule und Militär, ausgebaut und gefestigt.[793] Obwohl sich de Gaulle über die Unterschiede zwischen deutscher und französischer Nation im Klaren war, dürfte die Teilung einer Nation, auch der deutschen, für ihn schlicht nicht vorstellbar gewesen sein. Sprach er von Deutschland, so meinte er nicht allein die Bundesrepublik, sondern immer auch Berlin und die DDR.[794]

Im unmittelbaren Zusammenhang mit der DDR spielen zwei weitere grundsätzliche Einstellungen eine Rolle: Zum einen galt der von de Gaulle am Beispiel Russlands formulierte Primat der Nation über die kommunistische Ideologie in

790 Cf. De la Gorce, La nation selon Charles de Gaulle, S. 196.

791 Cf. Cazenave, La nation chez de Gaulle, S. 6.

792 Cf. ibid., S. 9; sowie Maillard, La nation et les autres nations, S. 58: „Il [Charles de Gaulle – Ch. W.] appliquait en somme aux nations étrangères l'idée qu'il se faisait de la nation française, reposant non pas avant tout sur une ethnie, mais sur un passé vécu en commun, une langue commune, bref un ensemble d'éléments de civilisation ou de culture."

793 Cf. Krulic, La nation, S. 69–82 und 126–136; Billard, La France et l'idée de nation, S. 180–185.

794 Cf. De la Gorce, La nation selon Charles de Gaulle, S. 194: „Le général de Gaulle, qui fut attentif à la diversité du pays, n'en fut jamais détourné de parler du peuple allemand comme d'un peuple et de la nation allemande comme d'une seule nation, acteur, comme nation, de notre histoire et dont il a voulu faire un partenaire essentiel de la France."

gleichem Maße auch für die DDR. Zum anderen verteidigte de Gaulle die dem französischen Konzept der Nation inhärente Idee vom Selbstbestimmungsrecht eines Volkes – welches auf der Koinzidenz von „citoyenneté" (Gesamtheit aller Bürger) und Nation gründet – auch im Falle Deutschlands.[795] Daraus ergab sich letztlich auch seine Haltung zur Frage der Souveränität eines Staates und folglich zu dessen Legitimität. Eine Frage, die er indirekt beantwortete, wenn er von der DDR als einer künstlichen und vor allem willkürlichen Konstruktion sprach, deren Souveränität nur durch die sowjetische Präsenz gewährleistet werde.

Das dritte Thema, auf das de Gaulle während seiner Pressekonferenz einging, ist die Berlin-Frage. Sie war von ganz zentraler Bedeutung für die französische Außenpolitik; handelte es sich doch quasi um einen ihrer strategischen Grundpfeiler. Allein die französische Präsenz in Berlin stellte sicher, dass Frankreich an der endgültigen Regelung des „deutschen Problems" beteiligt werden würde – auch wenn diese erst in einer noch fernen Zukunft zu erwarten war – und ermöglichte somit die Wahrung französischer Interessen. Jegliche Veränderung des Berlin-Status und der alliierten Zugangsrechte nach Berlin, wie sie von sowjetischer Seite gefordert wurde, konnte deshalb nicht akzeptiert werden.

Wenn die deutsche Einheit als notwendige Gewissheit anzunehmen war, so stellte sich die Frage nach dem Rahmen, in dem sie verwirklicht werden könnte. Sehr aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang die von de Gaulle hergestellte Verknüpfung des „deutschen Schicksals" mit der europäischen Integration in einem einzigen Satz.[796] Dieser Satz kann als Schlüssel für das französische Verständnis von der Lösung des „deutschen Problems" gelten. De Gaulle definierte die französische Haltung gegenüber Deutschland und dem „deutschen Problem" auf dem Hintergrund seiner Europakonzeption. Deutschland befand sich für ihn nicht am Rande eines ideologischen Blocks, sondern im Zentrum Europas; die deutsche Nation bezeichnete er als einen zentralen Bestandteil Europas. In seiner Wahrnehmung verschmolzen dementsprechend deutsche und europäische Teilung vollständig miteinander[797]; sein Wirken galt gleichermaßen der deutschen und der europäischen Wiedervereinigung.[798]

Die Einrahmung („encadrement") Deutschlands war bereits eine zentrale Motivation der mit dem Schuman-Plan eingeleiteten französischen Europapolitik. Diese grundsätzliche Ausrichtung sollte nicht zugunsten der deutschen Einheit aufgegeben werden. Zwar begründete de Gaulle die Nichtanerkennung der DDR mit ihrer Abhängigkeit von der Sowjetunion und der dort installierten Dikta-

[795] Cf. Cazenave, La nation chez de Gaulle, S. 10; sowie Maillard, La nation et les autres nations, S. 60.

[796] De Gaulle, Discours et messages, Bd. III, S. 84 f.: „La réunification des deux fractions en une seule Allemagne, qui serait entièrement libre, nous paraît être le destin normal du peuple allemand, pourvu que celui-ci ne remette pas en cause ses actuelles frontières, à l'ouest, à l'est, au nord et au sud et qu'il tende à s'intégrer."

[797] Ibid., Bd. IV, S. 338: „Le problème allemand est, par excellence, le problème européen."

[798] Cf. De Gaulle, Mémoires d'espoir, Bd. I, S. 173–210; das mit „L'Europe" überschriebene Kapitel seiner Erinnerungen ist im Wesentlichen Deutschland gewidmet und verdeutlicht exemplarisch die konstatierte Parallelität.

tur[799], tatsächlich aber stand eine Anerkennung der DDR vor allem im Widerspruch zu seiner Vorstellung von der Lösung des „deutschen Problems" im Sinne Frankreichs. Die DDR stellte für Frankreich in außenpolitischer Hinsicht ein Problem dar, welches primär unabhängig von ihrer politischen Verfasstheit bestand.

Wenn man aber davon ausgeht, dass die Wiederherstellung der Einheit der deutschen Nation etwas quasi Zwangsläufiges hat und eigenen Gesetzmäßigkeiten folgt, eine Teilung mithin nicht dauerhaft festgeschrieben werden kann, so stellte der Zustand der Teilung potenziell einen Unsicherheitsfaktor dar (dies bezog sich auch auf Befürchtungen hinsichtlich einer etwaigen Neutralisierung). Die Überwindung der Teilung im dafür vorgesehenen Rahmen musste folglich im Interesse Frankreichs liegen. De Gaulle selbst konstatierte aus diesem Grund gar eine Interessenkonvergenz zwischen Frankreich und Deutschland. Sein langjähriger diplomatischer Berater, Pierre Maillard, beschrieb das deutsch-französische Verhältnis in dieser Hinsicht als eine Interessengemeinschaft.[800] Bezogen auf die Beziehungen zwischen beiden Staaten wäre es deshalb insgesamt wahrscheinlich auch sinnvoller, für den Zeitraum bis 1990 von deutsch-französischer Solidarität als von deutsch-französischer Freundschaft zu sprechen. Die Unterstützung Frankreichs für die Überwindung der Teilung knüpfte de Gaulle im Interesse der französischen Sicherheit an zwei Bedingungen: Die formelle Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als Symbol für die Anerkennung der aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangenen Ordnung und die Bereitschaft zur europäischen Integration. Ministerpräsident Michel Debré wies zu Recht darauf hin, dass de Gaulle der erste westliche Staatschef war, der nach über zehn Jahren wieder zur Oder-Neiße-Grenze Position bezog, und verdeutlichte damit den Stellenwert, den diese Pressekonferenz in der Wahrnehmung der Zeitgenossen einnahm.[801]

Das Verdienst von Charles de Gaulle war es, mit der im März 1959 abgehaltenen Pressekonferenz die grundsätzliche Haltung Frankreichs gegenüber dem „deutschen Problem", wie es aus dem Zweiten Weltkrieg und dem Kalten Krieg hervorgegangen war, erstmalig in ihrer Gesamtheit vor der Weltöffentlichkeit definiert zu haben. Dabei stellten die Erklärungen de Gaulles nichts grundlegend Neues dar; vielmehr griff er auf die bereits seit zehn Jahren bestehenden Grundprinzipien französischer Deutschlandpolitik zurück. Deutlich wird dies unter anderem daran,

[799] De Gaulle, Discours et messages, Bd. III, S. 84: „D'ailleurs, ce système-là [„le système de Pankow", d. h. die DDR – Ch. W.] nous ne sommes pas disposés à le reconnaître comme un État souverain et indépendant, car il n'a pu naître et n'existe qu'en vertu de l'occupation soviétique et grâce à une implacable dictature. Au point de vue des rapports extérieurs de la République française, nous ne saurions mettre sur le même plan, d'une part cette construction arbitraire, d'autre part la République fédérale allemande [sic] […]."

[800] Cf. Maillard, Le général de Gaulle et les autres nations, S. 120 f.: „Il s'agissait donc pour lui, concernant l'Europe, et surtout les nations voisines de la France, de substituer la notion de solidarité à celle de menace. Le rapport privilégié qu'il a voulu établir avec l'Allemagne s'est inscrit dans le cadre de ce dessein. Ses motivations étaient multiples […]. Il y avait dans son dessein, outre ses pensées sur l'Allemagne d'hier et d'alors, l'objectif incontestable d'assurer de façon définitive la sécurité de la France, par une association étroite d'intérêts remplaçant la rivalité et l'antagonisme des deux pays."

[801] AP, Sénat, 48 S 1: Protokoll der Sitzung vom 15. 9. 1959, S. 22 ff.

dass man im französischen Außenministerium mit Blick auf die DDR im selben Zeitraum bereits von der traditionellen Haltung Frankreichs sprach.[802]

Es ist nicht zuletzt der Klarheit und Eindeutigkeit seiner Formulierungen zu verdanken, dass dieser Text in den folgenden dreißig Jahren für alle mit der Außenpolitik befassten französischen Politiker – unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit – als Maßstab diente, wenn es um die deutsche Frage oder um die DDR als ein Teil dieses Problems ging. Die Langlebigkeit seiner Erklärung verdeutlicht aber gleichzeitig, dass es sich hier nicht nur um die Position eines Politikers beziehungsweise einer Regierung handelt, sondern um eine sehr viel grundsätzlichere Ausrichtung der Außenpolitik eines Staates, die gebunden war an den Kontext der ideologischen Blockkonfrontation und die Wahrnehmung der eigenen Rolle innerhalb dieses Kontextes. Hinzu kamen vom unmittelbaren Kontext unabhängige Wahrnehmungsmuster wie das französische Verständnis von der Einheit der Nation. Der Rückgriff auf solch grundsätzliche, über den konkreten Fall hinausreichende Wahrnehmungsmuster verlieh der Positionierung eine nahezu universelle Dimension, die weit über den Einfluss eines Einzelnen und seiner Politik hinausreicht.

An der grundsätzlichen Einstellung der französischen Außenpolitik gegenüber den auf der Pressekonferenz angesprochenen Themen änderte sich in den folgenden Jahrzehnten wenig, auch wenn die Berlin-Frage oder etwaige Befürchtungen hinsichtlich einer Neutralisierung Deutschlands an Dringlichkeit verloren. Und selbst die von de Gaulle ausgeschlossene Gleichberechtigung der beiden deutschen Staaten durch die französische Außenpolitik blieb ein (unausgesprochenes) Prinzip der französischen Deutschlandpolitik bis 1989/90, trotz diplomatischer Anerkennung der DDR. Gleichzeitig wurden Beziehungen mit der DDR, ob auf wirtschaftlicher oder kultureller Ebene, dadurch nicht prinzipiell ausgeschlossen. Im Gegenteil, bezogen auf die innerdeutschen Beziehungen forderte de Gaulle zu deren Intensivierung auf.[803]

## Von Robert Schuman zu Charles de Gaulle

Die französische Deutschlandpolitik nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde entscheidend durch den Kalten Krieg beeinflusst.[804] Eine zentrale Rolle spielten dabei die erste Berlin-Krise sowie die institutionelle Teilung Deutschlands durch die Schaffung zweier deutscher Staaten. Die Debatten der Auswärtigen Ausschüsse in der französischen Nationalversammlung und im Senat vermitteln für diese Zeit den Eindruck einer sich unter französischen Politikern ausbreitenden Ohnmacht gegen-

[802] AMAE, RDA 1956–1960, 33, f. 135 f.: Note der S/DEUC vom 2. 12. 1960 an das Kabinett des Ministers, de Beaumarchais.

[803] De Gaulle, Discours et messages, Bd. III, S. 85: „[…] en attendant que cet idéal [„la réunification de l'Allemagne et son intégration dans une organisation européenne" – Ch. W.] puisse être atteint, nous croyons que les deux parties séparées du peuple allemand devraient pouvoir multiplier entre elles les liens et les relations dans tous les domaines pratiques."

[804] Zur französischen Deutschlandpolitik zwischen 1945 und 1955 cf. Maelstaf, Que faire de l'Allemagne?

über dem schwindenden politischen Einfluss Frankreichs auf die Entwicklung in Deutschland; eine Entwicklung, die zunehmend beherrscht wurde von den Regierungen in Moskau und Washington. Die französischen Parlamentarier bedauerten dementsprechend mehrfach das Fehlen einer klar definierten Deutschlandpolitik.

1948 antwortete Außenminister Robert Schuman auf die Frage eines Parlamentariers im Auswärtigen Ausschuss der Nationalversammlung, dass es in Ermangelung einer deutschen Regierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt keiner eigenständigen Deutschlandpolitik bedürfe, man vielmehr eine außenpolitische Linie verfolge, die ihre Anwendung auch auf deutschem Gebiet finde.[805] Ein gutes Jahr später, nach Entstehung der beiden deutschen Teilstaaten, formulierte Schuman am selben Ort die Einrahmung (das „encadrement") Deutschlands als Prinzip der französischen Deutschlandpolitik.[806] Das Motiv des „encadrement" sollte in der Folge auch Verwendung als unterstützendes Argument in der Debatte über die EVG finden. Im Fall der deutschen Wiederbewaffnung zeigte sich der Architekt der EGKS, Robert Schuman, überzeugt, dass Texte und Abkommen keinesfalls ausreichend seien, um sich der Treue Deutschlands zu versichern. Man müsse vielmehr eine Situation schaffen, in der eine Interessenkonvergenz mit dem deutschen Nachbarn entstehe.[807]

Nach dem Tode Stalins sprach Georges Bidault im Sommer 1953 als Außenminister von einem Paradigmenwechsel: Habe man bislang einen Friedensvertrag Deutschland betreffend abschließen wollen, so sei man jetzt an einem Punkt angekommen, wo es darum gehe, einen Friedensvertrag mit Deutschland zu schließen.[808] Die Wiedervereinigung bezeichnete er als ein europäisches Problem, das nicht bilateral von den beiden Weltmächten geregelt werden könne.[809] Auf die Frage, ob die deutsche Entscheidung für eine der beiden Seiten das Gesicht der Welt verändern könne, antwortete Bidault, dass er vor allem keine Veränderung zu Lasten Frankreichs wünsche, schließlich sei Frankreich zuerst davon betroffen.[810] Mit anderen Worten: Nur eine europäische Lösung lag im Interesse Frank-

[805] ANF, C 15333: Protokoll der Sitzung vom 11. 8. 1948, S. 51: „Notre politique à l'égard de l'Allemagne? D'ailleurs, la formule n'est pas tout à fait exacte, car il n'y a pas encore une personnalité allemande, il n'y a pas d'Allemagne, il n'y a pas de gouvernement allemand avec lequel nous puissions traiter au point de vue politique. Les gouvernements allemands qui existent actuellement n'ont que des fonctions politiques extrêmement restreintes, à portée locale; […] mais nous n'avons pas un gouvernement allemand à l'égard duquel nous ayons à pratiquer une politique."

[806] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 8. 11. 1949, S. 44: „Notre politique à l'égard de l'Allemagne est que nous ne pouvons pas indéfiniment maintenir ce pays à l'écart et le mater par des injonctions ou des interdictions. Cette politique, nous l'avons vu, a échoué après la Première Guerre mondiale. C'est pourquoi la tentative que nous devons faire, qui est peut-être la seule chance d'aboutir, consiste à encadrer l'Allemagne, à lui marquer sa place et à la maintenir à cette place. Nous commençons du point de vue économique."

[807] ANF, C 15591, Protokoll der Sitzung vom 8. 2. 1952.

[808] ANF, C 15592, Protokoll der Sitzung vom 22. 7. 1953.

[809] Ibid.: „Il va de soi que le problème de la réunion de l'Allemagne orientale à l'Allemagne occidentale est un problème européen et mondial et qu'on ne tranchera pas comme cela, sous prétexte qu'il y aura un petit accord entre les uns et les autres." Antwort auf eine Frage von Marcel-Edmond Naegelen (SFIO, Basses-Alpes).

[810] Ibid.: „Je ne souhaite pas […] qu'elle change à notre détriment car, entre nous soit dit, c'est nous les plus intéressés."

reichs. Auf eine im Auswärtigen Ausschuss des Senats gestellte Frage, ob die deutsche Wiedervereinigung erstrebenswert und erreichbar sei, antwortete Bidault im Frühjahr 1954, dass diese auch gegen die öffentliche Meinung in Frankreich unbedingt herzustellen sei, um der bis dahin bestehenden Unsicherheit ein Ende zu bereiten.[811] Als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses der Nationalversammlung rief er seinen Kollegen ein weiteres Jahr später in Erinnerung, dass man sich für die deutsche Einheit aus einem europäischen beziehungsweise einem französischen Interesse einsetze und nicht aus Liebe zu einem Land, das Frankreich in der Vergangenheit unzählige Schwierigkeiten bereitet habe.[812]

Noch wichtiger als die deutsche Einheit war aus sicherheitspolitischen Gründen die europäische Integration Deutschlands. Als zuständiger Staatssekretär erklärte Maurice Schumann im Kontext einer Anhörung zur Berliner Außenminister-Konferenz 1954, dass alle deutschlandpolitischen Entscheidungen an diesem Kriterium gemessen werden müssten. Eine Wiedervereinigung zu Lasten der europäischen Integration wurde damit ausgeschlossen. In diesem Zusammenhang zitierte er eine grundsätzliche Äußerung Bidaults gegenüber Molotow, wonach man sich mit Moskau zwar über das zu erreichende Ziel einig sei – eine Regelung des „deutschen Problems", die das Wiederauferstehen des deutschen Militarismus verhindere –, nicht jedoch über die Methoden.[813]

Im Kontext der Pariser Verträge stellte sich die Frage, wie weit sich der Gültigkeitsbereich der mit diesen Verträgen der Bundesrepublik verliehenen Souveränität erstrecke: Vor dem Auswärtigen Ausschuss des Senats bekräftigte Regierungschef Edgar Faure, dass man zwar nur die Bonner Regierung anerkenne, deren Zuständigkeit jedoch nicht den Osten des Landes umfasse.[814] Die Nichtanerkennung der DDR bezeichnete Christian Pineau, Außenminister der nachfolgenden Regierungen, folglich als eine bewusste politische Entscheidung im Rahmen der französischen Deutschlandpolitik.[815] Die Wiedervereinigung blieb also für die französische Regierung, unabhängig von der Unterzeichnung der Pariser Verträge,

[811] AP, Sénat, 19 S 9: Protokoll der Sitzung vom 3. 3. 1954, S. 3: „C'est pourquoi, sans se faire d'illusions sur l'enthousiasme que la réunification de l'Allemagne peut provoquer dans l'opinion publique en France, il est sage de faire en sorte que disparaisse cette espèce de trou noir au sein de l'Europe." Antwort auf eine Frage von Ernest Pezet (MRP, Français hors de France).

[812] ANF, C 15594: Protokoll der Sitzung vom 24. 11. 1955.

[813] ANF, C 15592: Protokoll der Sitzung vom 11. 2. 1954.

[814] AP, Sénat, 19 S 9: Protokoll der Sitzung vom 15. 3. 1955, S. 44: „Nous considérons, et c'est la thèse officielle française, que le gouvernement de Bonn est le seul gouvernement allemand que nous reconnaissons. Nous n'avons pas dit par là qu'il a le droit de régenter la partie orientale, ce qui n'est pas vrai, ni qu'il resterait le maître si l'Allemagne venait à être réunifiée dans des conditions que nous approuverions, mais dont nous ne pouvons pas déduire les conséquences à l'égard de l'autorité, s'il en conservait, du gouvernement de Bonn." Antwort auf eine Frage von Léo Hamon (IOM, Seine).

[815] AP, Sénat, 19 S 11: Protokoll der Sitzung vom 16. 7. 1957, S. 32: „M. Hamon [Léo Hamon (IOM, Seine) – Ch. W.] dit que Bonn représente l'Allemagne. C'est la thèse de la France sur le plan politique, mais nous n'avons jamais dit que le gouvernement de Bonn engageait toute l'Allemagne, c'est-à-dire qu'il engageait, pour demain, l'Allemagne réunifiée. En réalité, nous avons voulu choisir entre les deux Allemagnes. Nous en avons reconnu une, mais pas l'autre. C'est un acte purement politique."

eines der zentralen Anliegen dieser Politik.[816] Die Debatten der beiden Auswärtigen Ausschüsse zeigen im Übrigen, dass die Frage der deutschen Wiedervereinigung auch für die französischen Parlamentarier in der Regel nur eine Frage des Modus war. Die deutsche Teilung wurde hier in der Regel parteiübergreifend als ein Sicherheitsproblem wahrgenommen.

Die Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Charles de Gaulle im Juni 1958 und die damit verbundene Entwicklung der französischen Außenpolitik rief nicht nur in Bonn Besorgnis hervor, auch bei den bis dahin für diese Politik verantwortlichen französischen Politikern bestand eine gewisse Unsicherheit. Eine Äußerung des neuen Regierungschefs, wonach Frankreich zwar dem Westen angehöre, aber dennoch seine eigenen Interessen mit der notwendigen Flexibilität vertreten müsse, hatte den neuen Präsidenten des Auswärtigen Ausschusses der Nationalversammlung, Maurice Schumann, dazu veranlasst, den neuen Außenminister, Maurice Couve de Murville, um eine Präzisierung zu bitten. Dieser erklärte daraufhin, dass Frankreich keine Position zwischen Ost und West beziehen werde, dass es aber in der Lage sein müsse, seine eigenen Interessen zu vertreten, auch wenn diese nicht mit denen der anderen Westmächte zusammenfielen. Die Präzisierung verdeutlicht, dass sich die Sorge Schumanns vor allem auf die französische Haltung zum „deutschen Problem" bezog. Entsprechend groß war auch das Interesse des Ausschusses, der sich in seiner ersten Sitzung nach dem Regierungswechsel ausführlich damit beschäftigte.[817]

## Die Beständigkeit der Grundhaltung vor dem sich wandelnden Kontext

Während de Gaulle selbst sich im Laufe seiner Regierungszeit öffentlich relativ selten zum „deutschen Problem" äußerte, war es vor allem sein Außenminister, der in den kommenden zehn Jahren regelmäßig die französische Haltung darlegte und erklärte. In besonderer Ausführlichkeit tat er dies vor dem Auswärtigen Ausschuss der Nationalversammlung. In seinen Erinnerungen beschrieb er Kontinuität als Charakteristikum einer jeden ernst zu nehmenden Außenpolitik.[818] Die Beständigkeit, mit der er die grundsätzliche Haltung Frankreichs gegenüber dem „deutschen Problem" und damit gegenüber der DDR während seiner Amtszeit vor dem Hintergrund der sich im Laufe der 1960er Jahre allmählich entspannen-

[816] AP, Sénat, 19 S 10: Protokoll der Sitzung vom 25. 1. 1956, S. 27: „Dans l'état actuel des choses, je crois que la France peut être le seul lien entre l'Ouest et l'Est sur un terrain de cette nature. Je voudrais sur ce point préciser à nouveau le sens de la déclaration d'investiture de M. le président du Conseil lorsqu'il a dit: ‚La réunification de l'Allemagne passe par le désarmement.' Qu'est-ce que cela voulait dire? Cela ne voulait pas dire que la position de la France était fondamentalement changée sur le problème de la réunification de l'Allemagne, bien au contraire. Nous sommes plus partisans que jamais de la réunification de l'Allemagne."

[817] ANF, C 15750: Protokoll der Sitzung vom 20. 6. 1958; Maurice Schumann gab die Äußerung wie folgt wieder: „La France appartient à l'Occident, mais ne doit pas s'y confiner."

[818] Couve de Murville, Une politique étrangère, S. 17.

den Ost-West-Beziehungen verteidigte, ist in dieser Hinsicht exemplarisch. Sie rief bei einigen Parlamentariern jedoch Unverständnis hervor. Im Auswärtigen Ausschuss wurden die verschiedenen Etappen der Entspannung und der darauf aufbauenden französischen Ostpolitik begleitet von stereotypen Fragen nach einer „Anpassung" der Grundhaltung, auf die der Minister mit den immer gleichen Formulierungen reagierte. Inwieweit die Infragestellung der Grundhaltung allgemeinen Tendenzen in der öffentlichen Meinung entsprach, verdeutlicht der Umstand, dass de Gaulle und Couve de Murville diese 1962 und 1965 fast parallel verteidigten – der eine auf Nachfragen während seiner Pressekonferenzen im Élysée-Palast, der andere auf Nachfragen zumeist kommunistischer Abgeordneter während seiner Anhörungen im Auswärtigen Ausschuss.

Eine gewisse Arbeitsteilung zwischen dem Präsidenten und seinem Minister sowie eine Trennung zwischen öffentlichem Raum und geschütztem Rahmen lässt sich bereits am Beispiel der Pressekonferenz vom März 1959 zeigen: War de Gaulle nur beiläufig auf die DDR eingegangen, hatte er die Frage der Anerkennung der DDR lediglich indirekt beantwortet, so erklärte Maurice Couve de Murville vor dem Auswärtigen Ausschuss zur selben Zeit mehrfach und ausdrücklich, dass eine Anerkennung der DDR den französischen Sicherheitsinteressen widerspreche.[819] In diesem Sinne verteidigte er auch das von den französischen Parlamentariern kritisierte Eintreten Frankreichs für die deutsche Wiedervereinigung mit einem Hinweis auf die französischen Interessen.[820] Wie von de Gaulle wurde die Teilung von Couve de Murville als etwas Widernatürliches dargestellt, deren Überwindung demzufolge als historische Notwendigkeit erschien.[821] Auch für den Außenminister entsprach allein die Wiedervereinigung dem Wesen der deutschen Nation.[822] Um seine Ausführungen zur französischen Haltung in dieser Frage, aber auch mit Blick auf die Oder-Neiße-Grenze, zu belegen, bediente er sich immer wieder eines Verweises auf die von de Gaulle 1959 abgehaltene Pressekonferenz. Die insbesondere von den Kommunisten regelmäßig eingeforderte Anpassung der französischen Grundhaltung an die sich wandelnden Verhältnisse, das heißt die Anerkennung der DDR als Reaktion auf die Stabilisierung des Ost-West-Konfliktes, war schon deshalb nicht möglich, weil sich die Grundsituation aus Sicht der französischen Regierung nicht wandelte: Ihre Haltung gründete in der als auf Dauer unhaltbar angesehenen Teilung einer Nation. In welchem Maße das fran-

819 ANF, 20060132/4: Protokoll der Sitzung vom 13. 2. 1959, S. 62: „Il ne faut pas accepter ce qui serait contraire soit à nos principes, soit aux intérêts essentiels de notre sécurité. Je donne des exemples. Il serait contraire à nos principes de reconnaître la République démocratique allemande qui n'est pas un véritable gouvernement."

820 ANF, 20060132/5: Protokoll der Sitzung vom 10. 8. 1961.

821 Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 10. 5. 1962, S. 8: „Nous avons toujours dit que la division de l'Allemagne était quelque chose d'anormal et qu'il arriverait un jour où certainement le peuple allemand serait réuni."

822 ANF, 20060133/4: Protokoll der Sitzung vom 20. 5. 1965, S. 72 f.: „Pour nous, il est contraire à la nature, il n'est pas réaliste de faire un règlement fondé sur la division perpétuelle de l'Allemagne. Cette division existe depuis longtemps, peut-être existera-t-elle encore pendant longtemps, sinon très longtemps, mais, en définitive, s'il doit y avoir un règlement allemand, ce règlement doit être conforme à la nature, c'est-à-dire fondé sur la réunification."

zösische Konzept der Nation bei der Bewertung des „deutschen Problems" eine Rolle spielte, zeigt sich zum Beispiel, wenn der kommunistische Senator Jacques Duclos auf den Unterschieden zwischen französischer und deutscher Nation insistierte, um zu belegen, dass eine Einheit der deutschen Nation keineswegs zwingend sei.[823] Aus Sicht der französischen Regierung musste es hingegen kontraproduktiv erscheinen, eine Situation zu festigen, deren Überwindung als natürlicher Gang der Dinge betrachtet wurde. Die Haltung gegenüber der DDR entspreche, so Couve de Murville, der Haltung gegenüber dem „deutschen Problem" insgesamt, ihre Anerkennung sei mit der Einheit der deutschen Nation prinzipiell nicht vereinbar.[824]

Für de Gaulle blieb das „deutsche Problem", unabhängig von der relativen Stabilisierung der Situation in Deutschland auch nach dem Ende der zweiten Berlin-Krise und trotz anderer Schauplätze des Kalten Krieges, vorrangig.[825] Bemerkenswert ist demgegenüber die Seltenheit, mit der er sich während seiner gesamten Amtszeit zu dieser Problematik äußerte. Lediglich 1962 und 1965 bezog er, von Journalisten befragt, während seiner Pressekonferenzen erneut öffentlich Stellung dazu. Der Wandel der internationalen Situation führte hierbei bisweilen zu einer Akzentuierung einzelner Argumentationselemente; die Grundüberzeugungen blieben hingegen unberührt.

Während seiner Pressekonferenz im Mai 1962 auf Deutschland angesprochen – die französischen Beziehungen mit der Bundesrepublik steuerten einem Höhepunkt entgegen – betonte de Gaulle den strategischen Hintergrund der deutsch-französischen Solidarität und knüpfte die Lösung des „deutschen Problems" erneut an die Schaffung eines europäischen Gleichgewichts und an die Überwindung der europäischen Spaltung.[826] Die Verknüpfung von europäischer und

[823] AP, Sénat, 48 S 15: Protokoll der Sitzung vom 24. 2. 1972, S. 67 f.

[824] ANF, 20060133/4: Protokoll der Sitzung vom 20. 5. 1965, S. 80 f.: „M. Feix [Léon Feix (PCF, Val-d'Oise) – Ch. W.] m'a posé la question, je dirai traditionnelle ou rituelle, sur l'intérêt qu'il y aurait à améliorer, à avaliser nos relations commerciales, culturelles et humaines avec la république démocratique allemande. Je répondrai, rituellement aussi, que je ne crois pas que la France doive en aucune façon changer sa position concernant les autorités de Pankow. D'abord, pour la raison que je disais à l'instant à propos de notre position quant à la solution du problème allemand. Nous ne pensons pas qu'il faille cristalliser juridiquement ce statu quo par la reconnaissance de la DDR ou de la RDA. Cela n'est pas une bonne politique et même ce n'est pas, quoi qu'on en dise, une politique vraiment réaliste. Il ne faut rien faire qui soit de nature à préjuger d'une façon radicale, comme cela serait le cas, la solution allemande et, en quelque sorte, enlever aux Allemands, avec toutes sortes de conséquences imprévisibles, mais qui seraient certainement mauvaises, tout espoir de voir d'ici très longtemps régler leurs problèmes."

[825] De Gaulle, Discours et messages, Bd. III, S. 409: „[…] le problème allemand est certainement le plus brûlant du monde à l'heure qu'il est. […] Dans la grande querelle qui est en ce moment-ci posée et alimentée par les ambitions des Soviets, l'Allemagne est tout naturellement l'enjeu capital."

[826] Ibid., S. 411: „De cette solidarité [zwischen Frankreich und Deutschland – Ch. W.] dépend la sécurité immédiate des deux peuples. […] De cette solidarité dépend, par conséquent, le destin de l'Europe tout entière depuis l'Atlantique jusqu'à l'Oural; car s'il peut se créer à l'occident de l'Europe une construction, une organisation, qui soit ferme, prospère, attrayante, alors réapparaissent les possibilités d'un équilibre européen avec les États de l'Est et réapparaît la perspective d'une coopération proprement euro-

deutscher Teilung verdeutlicht, dass das Interesse an der Überwindung der deutschen Teilung dem Interesse an der Überwindung der europäischen Teilung entsprach. Die Interessenkonvergenz hinsichtlich der deutschen Wiedervereinigung wurde damit als Amalgam der deutsch-französischen Solidarität definiert. Gleichzeitig erschien die deutsche Wiedervereinigung als zentraler Bestandteil der gaullistischen Europapolitik, die er nicht nur als eines der drei Ziele seiner Außenpolitik bezeichnete, sondern auch eindeutig dem Imperativ der französischen Sicherheit unterordnete.[827]

Die Darstellung des „deutschen Problems" als eines genuin europäischen Problems wurde in den folgenden Jahren noch akzentuiert. So stellte de Gaulle bei seiner Pressekonferenz im Februar 1965 die bipolare Blockkonfrontation als Rahmen für die Überwindung der deutschen Teilung wesentlich offener infrage als drei Jahre zuvor und insistierte noch stärker als zuvor auf der Notwendigkeit einer europäischen Lösung.[828] Das Eintreten für eine europäische Lösung entsprach der unveränderten Wahrnehmung der deutschen Teilung als des zentralen Unsicherheitsfaktors in Europa, und zwar in erster Linie für Frankreich selbst, und war mithin französischen Sicherheitsinteressen geschuldet.[829] Und während die Wiedervereinigung ein unmittelbares Anliegen der französischen Außenpolitik blieb[830], wuchs die Entschlossenheit, auf diese Einfluss zu nehmen, sie in einen europäischen Rahmen einzubetten und sie gleichsam in den Dienst der gaullistischen Europakonzeption zu stellen.[831] Die seit 1962 zunehmende Betonung des für den französischen Handlungsspielraum insgesamt so bedeutsamen europäischen Rahmens entsprang dem allgemeinen Bedürfnis nach der Stärkung Europas als einer eigenen politischen Kraft, um den Antagonismus zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion aufbrechen zu können.

péenne […]. Dans ce cas-là, on pourrait et on devrait, je le crois, résoudre le problème allemand d'une manière objective."

827 Ibid., S. 403: „[…] contribuer à construire l'Europe dans les domaines de la politique, de la défense et de l'économie, de telle sorte que l'expansion et l'action de cet ensemble aident à la prospérité et à la sécurité françaises et, en même temps, fassent renaître les possibilités d'un équilibre européen vis-à-vis des pays de l'Est."

828 De Gaulle, Discours et messages, Bd. IV, S. 342: „La France, pour sa part, croit qu'il ne pourra être résolu autrement que par l'Europe elle-même, parce qu'il est à la dimension de l'Europe tout entière. C'est là, à terme, sur ce continent, l'objectif essentiel de la politique de la France."

829 Ibid., S. 338: „[…] l'Allemagne ressent une angoisse, parfois une fureur suscitées par sa propre incertitude au sujet de ses limites, de son unité, de son régime politique, de son rôle international, et qui font que son destin apparaît perpétuellement au continent tout entier comme d'autant plus inquiétant qu'il reste indéterminé."

830 Ibid., S. 340 f.: „Une pareille indétermination, en une pareille région du monde et à une pareille époque, ne saurait, évidemment, être tenue pour définitive. […] il est clair qu'une paix réelle, a fortiori des rapports féconds entre l'Ouest et l'Est ne seront pas établis tant que subsisteront les anomalies allemandes, les inquiétudes qu'elles suscitent et les épreuves qu'elles entraînent."

831 Ibid., S. 339: „Pour la France, tout se ramène aujourd'hui à trois questions étroitement liées: faire en sorte que l'Allemagne soit désormais un élément certain du progrès et de la paix; sous cette condition, aider à sa réunification; prendre la voie et choisir le cadre qui permettraient d'y parvenir."

Die Jahre 1963/64 stellen innerhalb der über ein Jahrzehnt von de Gaulle geprägten französischen Außenpolitik einen entscheidenden Wendepunkt dar.[832] Die Ursache für die klare Aufteilung seiner Politik in zwei Phasen ist im grundlegenden Wandel des internationalen Kontextes nach dem Ende der Kuba-Krise und der sich daran anschließenden Stabilisierung des Gleichgewichtes zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu suchen. Während bislang auf die Notwendigkeit einer unerschütterlichen Solidarität und einer in allen Punkten konvergierenden Haltung gegenüber Deutschland zwischen den Westalliierten verwiesen wurde, betonte Couve de Murville im Herbst 1963 vor dem Auswärtigen Ausschuss der Nationalversammlung erstmalig die Eigenständigkeit der französischen Position in Bezug auf das „deutsche Problem". Bemerkenswert ist auch, dass der Außenminister die Berlin-Krise in diesem Zusammenhang für beendet erklärte. Verantwortlich machte er dafür den bereits über zwei Jahre zurückliegenden Mauerbau. Der Zeitpunkt dieser „verspäteten" Erklärung verdeutlicht die allmähliche Ablösung von einer gemeinsamen alliierten Position, denn mit der Erklärung, dass diese schwerwiegende Krise beendet sei, während derer eine gemeinsame Position unabdingbar gewesen sei, wurde mittelbar auch das Vertreten einer eigenen, genuin französischen Position in der Zukunft legitimiert. Ungeachtet dessen blieb die Berlin-Frage von zentraler Bedeutung für die französische Perzeption des „deutschen Problems" insgesamt[833], behielten die Grundprinzipien der gaullistischen Außenpolitik ihre Gültigkeit. Dass diese Kontinuität insbesondere hinsichtlich der französischen Deutschlandpolitik bestand, zeigt nicht zuletzt der Vergleich der sowohl vom Staatschef als auch vom Außenminister 1962 und 1965 vorgetragenen Positionen, das heißt vor und nach jenem zentralen Wendepunkt der gaullistischen Außenpolitik. Als Ursache dafür lässt sich annehmen, dass die Haltung gegenüber dem „deutschen Problem" zu einem großen Teil kontextunabhängigen Überzeugungen, wie dem Verständnis der Nation, geschuldet war.

Der Entschlossenheit der französischen Regierung, den sich aufgrund der fortschreitenden Entspannung in den Ost-West-Beziehungen vergrößernden Handlungsspielraum zu nutzen, entsprach eine veränderte Wahrnehmung der Rolle Frankreichs. Die Absicht, sich der bislang alles dominierenden bipolaren Logik des Kalten Krieges zu entziehen, manifestierte sich nahezu gleichzeitig auf Regierungs- und auf parlamentarischer Ebene. Bei ihrer Umsetzung bestanden freilich gravierende Unterschiede. Ein hervorragendes Beispiel in diesem Zusammenhang sind die Reisen französischer Parlamentarier in die DDR (auch aus den Reihen der Regierungsparteien). Es ist kein Zufall, dass der parlamentarische Tourismus im Herbst 1963 erheblich an Bedeutung gewann. Selbst wenn er elementaren Grundprinzipien der französischen Außenpolitik zuwiderlief, war er doch Ausdruck einer allgemein veränderten Wahrnehmung. Sowohl vonseiten der französischen Regierung als auch vonseiten der französischen Parlamentarier wurde Entspannung und der Dialog mit dem Osten als etwas absolut Notwendiges angesehen, um dem Schema der Blockkonfrontation zu entgehen und um einen dau-

[832] Cf. Vaïsse, La grandeur, S. 414–418 und 566–571.
[833] ANF, 20060133/4: Protokoll der Sitzung vom 3. 10. 1963, S. 68 f.

erhaften Frieden in Europa zu gewährleisten. Während das zu erreichende Ziel klar war, bestand jedoch keine Einigkeit über den Weg dahin. Für die Regierung gab es auf diesem Weg klare Grenzen, denen sicherheitspolitische Erwägungen zugrunde lagen. Die umfassende völkerrechtliche Anerkennung der DDR war eine dieser Grenzen, deren Überschreitung das Erreichen des eigentlich angestrebten Zieles aus Sicht der Regierung erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen würde. Umgekehrt schloss dies den Ausbau von Beziehungen auf kultureller und wirtschaftlicher Ebene ausdrücklich nicht aus; und selbst die Legitimität von Kontakten auf parlamentarischer Ebene wurde von Maurice Schumann als Präsident des Auswärtigen Ausschusses der Nationalversammlung nicht infrage gestellt. Im Gegensatz zur Frage der Anerkennung spielte der sich wandelnde Kontext hierbei eine wichtige Rolle.

An der Schnittstelle von offizieller Diplomatie und parlamentarischer Kontrolle verteidigte Schumann gleichzeitig aber auch die französische Grundhaltung hinsichtlich des „deutschen Problems" gegenüber seinen Kollegen. Es war kein Zufall, dass er sich zu einer besonders ausführlichen Stellungnahme anlässlich des Berichtes von Aymar Achille-Fould (RD, Gironde) über seine DDR-Reise vom Januar 1964 gezwungen sah. Schumann versuchte hier einem eklatanten Missverstehen der Ostpolitik de Gaulles durch die französischen Parlamentarier entgegenzutreten. Der Kommentar des späteren Außenministers zum Reisebericht kann als eine der eindringlichsten Erklärungen gelten, warum eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR den elementaren Sicherheitsinteressen Frankreichs widersprach: Frankreich habe sich nicht „zum Spaß" für die europäische Konstruktion engagiert, sondern mit dem Ziel, Deutschland innerhalb dieser Konstruktion fest zu „verankern". Eine ganz besondere Bedeutung bei der Verwirklichung dieser Verankerung komme den Pariser Verträgen zu. Durch die Anerkennung der DDR würde jedoch die damit von beiden Seiten eingegangene vertragliche Bindung hinfällig werden. Auf dem Hintergrund eines unvermindert präsenten Rapallo-Komplexes, verbunden mit der Annahme, dass Deutschland jede sich bietende Möglichkeit nutzen würde, um die als zwangsläufig angesehene Wiedervereinigung zu realisieren, stellte er die Lösung Westdeutschlands aus der vertraglich geschaffenen Verankerung als die größtmögliche Gefahr für die Sicherheit Frankreichs dar.[834]

[834] Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 25. 6. 1964, S. 9: „Critiquant l'exposé de M. Achille-Fould, M. le président [Maurice Schumann – Ch. W.] déclare que la France n'est pas libre de reconnaître l'Allemagne de l'Est, car elle est liée par le traité de 1954. L'adhésion de l'Allemagne fédérale à l'OTAN est conditionnée juridiquement par le droit qui lui est reconnu de représenter la totalité de l'Allemagne. La France ne peut reconnaître l'Allemagne de l'Est sans provoquer l'effondrement de son système diplomatique. Reconnaître Pankow ce serait consacrer le statu quo, pétrifier l'actuelle division de l'Allemagne en deux, libérer Bonn de l'engagement contracté en 1954. Ainsi libérée, l'Allemagne fédérale pourrait engager à l'Est une négociation qui est ouverte en permanence. Il y aurait tout à craindre, alors, de l'alliance de la technique allemande et de l'espace russe. Les Français n'ont pas souhaité faire l'Europe pour le plaisir, mais pour y amarrer l'Allemagne. Tout ce qui rend précaire et révocable cet amarrage, ainsi que l'engagement occidental à Berlin, est néfaste, et contribue à détruire l'équilibre entre les blocs et la détente qui peut en résulter."

Die Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR entwickelten sich auf politischer Ebene in den verschiedensten Kontexten, zu denen unter anderem die europäische Integration gehörte. Daneben gewann mit der Wiederbelebung der Beziehungen zwischen Paris und Moskau 1963 ein Spannungsfeld an Bedeutung, das sich zwischen den französisch-westdeutschen Beziehungen einerseits und den französisch-sowjetischen Beziehungen andererseits herausgebildet hatte und in dessen Zentrum die DDR stand. Innerhalb der genannten bilateralen Beziehungen war sie der nicht anwesende und dennoch stets präsente Dritte: In den Beziehungen mit der Bundesrepublik wurde sie als ein Teil Deutschlands in grundlegende Überlegungen immer mit einbezogen. In den Beziehungen mit der Sowjetunion spielte sie eine nicht minder bedeutende Rolle – schließlich war man davon überzeugt, dass der Schlüssel für eine Lösung des „deutschen Problems" in Moskau liege. Es handelte sich um ein sensibles Gleichgewicht, welches es für Paris zwischen diesen beiden bilateralen Verhältnissen zu wahren galt und welches dennoch verantwortlich war für zahlreiche Missverständnisse und Fehlinterpretationen.[835] Dieses Gleichgewicht wurde jedoch nicht nur in Bonn oder Moskau infrage gestellt, vor allem die Kritik an der französischen Außenpolitik im eigenen Land verdeutlicht seine Fragilität. Besonders heftig fiel die Kritik im außen- und verteidigungspolitischen Ausschuss des Senats aus, wo man der französischen Regierung überheblichen Isolationismus und, bezogen auf ihre Deutschlandpolitik, Prinzipienreiterei vorwarf.[836]

Mit dem Ende der Berlin-Krise, aber auch dem Ende des Algerienkrieges wurde der Handlungsspielraum für die Ostpolitik de Gaulles erheblich erweitert.[837] 1964 war ein Schlüsseljahr sowohl in den französisch-westdeutschen als auch in den französisch-sowjetischen Beziehungen. Während es zwischen Frankreich und der Sowjetunion zu einer Annäherung kam, wuchsen in Bonn die Zweifel an den

[835] Vaïsse, La grandeur, S. 264–283; De Gaulle selbst war bemüht, diesen Fehlinterpretationen entgegenzuwirken, wenn er sich zum Beispiel unmittelbar vor seiner Reise in die Sowjetunion in einem Brief an den Bundeskanzler Erhard wandte, cf. ANF, 5 AG 1, 678, Brief von de Gaulle vom 16. 6. 1966 an Erhard: „Comme je vous l'ai exposé lors de notre dernière rencontre, mon voyage à Moscou se rattache à l'ensemble des efforts entrepris par la France pour ouvrir de nouvelles perspectives aux relations entre l'Ouest et l'Est de l'Europe. Il est clair que l'Allemagne n'a rien à en redouter, bien au contraire. Suivant nous, c'est seulement à la faveur d'un rapprochement entre les deux fractions de notre continent, ouvrant la voie à une coopération étendue à l'Europe tout entière, qu'il est permis d'envisager, avec un espoir raisonnable, une évolution et, finalement, une solution du problème allemand. Ce problème, qui pèse d'un grand poids sur l'avenir de l'Europe, sera certainement au centre des entretiens que j'aurai avec les dirigeants de l'Union soviétique."

[836] AP, Sénat, 48 S 6: Protokoll der Sitzung vom 7. 11. 1963, S. 24: „La bonne méthode serait-elle de ne rien faire? Si vous posez le principe que les Russes doivent céder sur tous les points et accepter par exemple l'unité d'une Allemagne sous contrôle occidental, le problème ne sera jamais résolu. Vous n'espérez tout de même pas que l'Union soviétique aille vous apporter sur un plateau d'argent cette Allemagne réunifiée qui n'aura pas renoncé peut-être à des revendications territoriales, qui n'aura pas admis la ligne Oder-Neisse." Reaktion von André Monteil (RPCD, Finistère) während einer Anhörung von Maurice Couve de Murville.

[837] Vaïsse, La grandeur, S. 417 f.

französisch-westdeutschen Beziehungen.[838] Die Annäherung mit der Sowjetunion vollzog sich zunächst auf technischer und wirtschaftlicher Ebene, bevor sie in den folgenden Jahren auch auf politischer Ebene fortgesetzt wurde. Wurde bislang die Lösung des „deutschen Problems" als Bedingung einer allgemeinen Entspannung angesehen, so vollzog de Gaulle nunmehr einen von Maurice Vaïsse als „kopernikanische Wende" bezeichneten Wandel in seiner Außenpolitik, indem er – begünstigt durch die Entwicklung der internationalen Situation – aus der allgemeinen Entspannungspolitik das Mittel zur Lösung des „deutschen Problems" machte.[839] Ebenfalls 1964 erreichten die politischen Kontakte auf parlamentarischer Ebene zwischen Frankreich und der DDR eine neue Qualität. Dazu trugen die beiden Parlamentarierdelegationen zu Beginn des Jahres, die eine bis 1966 andauernde Welle des politischen Tourismus in die DDR auslösten, ebenso bei wie eine im Auswärtigen Ausschuss der Nationalversammlung erstmalig zur DDR abgehaltene Sitzung.

Die französische Ost- und Entspannungspolitik erlebte mit der Reise von Charles de Gaulle nach Moskau 1966 einen ihrer wichtigen Höhepunkte. Im Mittelpunkt dieser Reise stand der Dialog über internationale und vor allem europäische Angelegenheiten. An erster Stelle stand dabei der Austausch über das „deutsche Problem" als den zentralen Unsicherheitsfaktor in Europa. In einem Gespräch mit Leonid Breschnew betonte de Gaulle, dass Deutschland aus französischer Perspektive vor allem deshalb eine Gefahr darstelle, weil es im Zentrum der Auseinandersetzung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion stehe. Auf dem Hintergrund einer als unumgänglich dargestellten deutschen Wiedervereinigung verteidigte er auch in Moskau seine Konzeption einer europäischen Lösung des „deutschen Problems".[840] Um dessen Herauslösung aus dem Kontext der Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu begünstigen, forderte er Breschnew auf, den Austausch zwischen den Deutschen beider Teilstaaten auf gesellschaftlicher Ebene zu erleichtern. In Bezug auf die DDR vertrat de Gaulle seine bereits 1959 geäußerten Überzeugungen, dass es sich um ein künstliches Konstrukt handele und vor allem, dass dessen Anerkennung eine Regelung des „deutschen Problems" und damit dauerhafte Sicherheit in Europa verhindere.[841]

Innerhalb dieser parallelen, bisweilen gegenläufigen und scheinbar widersprüchlichen Entwicklung zwischen den französisch-sowjetischen und den französisch-westdeutschen Beziehungen, deren übergeordnete Funktion die Lösung des „deut-

[838] Cf. dazu Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten, S. 247–339.

[839] Vaïsse, La grandeur, S. 420.

[840] AMAE, Entretiens et messages, 27: Protokoll eines Gesprächs von de Gaulle und Breschnew am 21. 6. 1966 in Moskau, f. 281 f.: „Extérieurement, il est important de sortir le problème allemand de la contestation entre l'Union soviétique et les États-Unis et d'en faire ce qu'il doit être, c'est-à-dire un problème de bonne foi entre Européens. […] Si vous voulez la sécurité, il faut attirer la question allemande à l'intérieur de l'Europe. C'est une question d'attitude."

[841] Ibid., f. 286: „Sur la reconnaissance de la RDA, je vous dirai que nous ne considérons pas celle-ci comme un État. C'est une institution artificielle que vous avez réalisé, là pour les besoins de la cause. L'Allemagne de l'Est est un fait, mais nous ne la reconnaissons pas comme État. Si nous le faisions, les perspectives en Allemagne ne pourraient pas être pacifiques."

schen Problems" war und in deren Mittelpunkt die DDR stand, gab es bestimmte Ereignisse, die miteinander korrespondierten. Eine solche Verbindung bestand etwa zwischen den Gesprächen, die de Gaulle 1966 im Abstand weniger Monate zunächst mit Leonid Breschnew und später mit Willy Brandt geführt hat. Den französischen Präsidenten und den neuen Außenminister der Bundesrepublik verband eine in großen Teilen ähnliche Sicht auf die Europa betreffenden Fragen des Kalten Krieges. In Brandt fand de Gaulle einen aktiven Partner für die Fortführung seiner Ostpolitik durch die Bundesrepublik.[842] Bezug nehmend auf seine Gespräche mit der sowjetischen Regierung, die eine langfristige Regelung des „deutschen Problems" im Sinne Deutschlands möglich erscheinen ließen, versuchte de Gaulle Einfluss zu nehmen auf die Politik der Bundesrepublik gegenüber Moskau und Ost-Berlin. Dass de Gaulle die Wiedervereinigung als eine historische Notwendigkeit verstand, wird aus beiden Gesprächen deutlich: Zwar versicherte er Breschnew, man habe es damit nicht eilig, gleichzeitig jedoch stellte er sie Brandt gegenüber als ein Anliegen französischer Politik dar. Hinsichtlich der DDR äußerte sich de Gaulle in beiden Gesprächen in nahezu identischer Weise. Auch forderte er Bonn wie vorher schon Moskau dazu auf, den innerdeutschen Austausch in allen Bereichen zu unterstützen und zu fördern.[843] Wenn er den Ausbau der innerdeutschen Beziehungen mit dem Hinweis befürwortete, dies entspreche der französischen Politik, so lässt dies auch Rückschlüsse auf seine Einstellung zu Beziehungen und Kontakten zwischen Frankreich und der DDR zu. Im Dienste eines europäischen Dialogs über den Eisernen Vorhang hinweg wurden sie von de Gaulle hiermit als grundsätzlich positiv bewertet. Der allmähliche Ausbau der Beziehungen mit der DDR auf kultureller und wirtschaftlicher Ebene seit 1966/67 kann als Beleg dafür gewertet werden. Die entscheidende Einschränkung lieferte er an gleicher Stelle: Frankreich werde nichts unternehmen, was Deutschland schade (gemeint war hier nicht nur die Bundesrepublik, sondern die deutsche Nation insgesamt). Damit wurde eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR ausgeschlossen.[844] Mit diesen beiden Postulaten – Befürwortung und Unterstützung von Beziehungen und Kontakten mit der DDR einerseits sowie Gewährleistung der Integrität der deutschen Nation auch in Zukunft als nicht zu überschreitende Grenze andererseits – wurde der Rahmen definiert, in dem sich die Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR bis zur Unterzeichnung des Grundlagenvertrages, prinzipiell jedoch bis zur Wiedervereinigung, entwickeln sollten.

[842] Zum Verhältnis zwischen Brandt und de Gaulle: Möller/Vaïsse (Hrsg.), Willy Brandt und Frankreich, siehe insbesondere die Beiträge von Cyril Buffet, Maurice Vaïsse und Klaus Hildebrand.

[843] AMAE, Entretiens et messages, 28: Protokoll eines Gesprächs von de Gaulle und Brandt am 16. 12. 1966 in Paris, f. 82: „Quant à vos rapports avec les gens de la RDA – comme il y a un seul peuple allemand et c'est là la vérité de base – chaque fois que vous l'améliorerez sur des questions pratiques, économiques, scientifiques, techniques, d'échanges de personnes, de touristes, de visites, nous trouverons cela très satisfaisant pour tous, et particulièrement pour vous. Il faut maintenir des contacts avec les Allemands artificiellement écartés. C'est cela notre politique."

[844] Ibid., f. 81: „Nous vous aiderons si vous voulez, en particulier à Moscou; nous avons déjà commencé. Dans cette politique de détente, nous ne faisons rien qui soit nuisible à l'Allemagne, nous ne reconnaîtrons pas la RDA."

Als Gegenleistung für das Eintreten Frankreichs zugunsten der Einheit der deutschen Nation forderte de Gaulle eine veränderte Einstellung gegenüber den deutschen Grenzen und im Zusammenhang damit eine psychologische Aktion gegenüber den osteuropäischen Nachbarn Deutschlands, um diesen die grundsätzlichen Bedenken gegenüber Deutschland zu nehmen. Auch mahnte er eine stärker europäische Ausrichtung der deutschen Außenpolitik an, gemeint war eine größere Unabhängigkeit von den Vereinigten Staaten als Bedingung für den Dialog mit dem Osten.[845]

Dass Deutschland nicht in der gewünschten Weise auf den von der französischen Ostpolitik vorgezeichneten Kurs einschwenkte, wurde von Charles de Gaulle in seinen Gesprächen mit Kurt G. Kiesinger nach dem Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in Prag entsprechend scharf kritisiert. Im Zuge einer allgemeinen Enttäuschung über den Stand der französisch-westdeutschen Beziehungen beklagte man in Paris vor allem die mangelnde Solidarität beim Einkauf von Waffen in den Vereinigten Staaten, die Deutschland auch in Frankreich hätte erwerben können. In den Vier-Augen-Gesprächen prangerte de Gaulle zudem die aus französischer Sicht unzureichende Politik der Bundesregierung gegenüber dem Osten Europas an. Zwar räumte er die Legitimität unterschiedlicher Sichtweisen auf den Osten ein, insistierte aber auf dem gemeinsamen Sicherheitsinteresse und dem sich daraus ableitenden gemeinsamen Interesse an einer Entspannungspolitik in Europa.[846]

In Vorbereitung des deutsch-französischen Gipfels im Frühjahr 1969 fiel die Kritik an der deutschen Politik im Osten Europas noch deutlicher aus.[847] Die von de Gaulle bei den Gesprächen mit Kiesinger im März vorgetragenen Positionen wichen in ihrem Grundgehalt nicht von denen ab, die er bei früheren Gesprächen deutlich gemacht hatte. Sie wurden jedoch sehr viel dringlicher vorgetragen; auch traten der französische Präsident und sein Außenminister gegenüber ihren deutschen Amtskollegen sehr viel ungehaltener auf. Debré machte in einem Gespräch mit Brandt die westdeutsche Politik nicht nur für die Ereignisse in Prag unmittelbar verantwortlich, sondern bezeichnete diese Politik als eine Infragestellung der europäischen Solidarität. Es müsse, so Debré, deutlicher werden, dass zwischen Frankreich und der Bundesrepublik noch immer ein Einverständnis über Grundsatzfragen bestehe.[848] Charles de Gaulle, überzeugt von der Alternativlosigkeit des von Frankreich eingeschlagenen Weges, richtete wenige Tage später einen eindringlichen Appell an den Bundeskanzler, ebenfalls eine aktive Ostpolitik zu be-

[845] Ibid., f. 88.

[846] ANF, 5 AG 1, 676: Protokoll eines Gesprächs von de Gaulle und Kiesinger am 27. 9. 1968: „Ensuite, il y a la question de la politique. Est-ce que l'Allemagne et la France peuvent faire une politique commune? En France tout le monde croit que dans une certaine mesure, et notamment pour la sécurité, cela serait possible. Je dis ‚dans une certaine mesure', car tout le monde sait que si vous êtes submergés, nous serons menacés."

[847] Ibid.: Protokoll eines Gesprächs von de Gaulle und von Braun, westdeutscher Botschafter in Paris, am 14. 1. 1969: „Pour ce qui est, enfin, des rapports avec l'Est, nous constatons sans doute que l'Allemagne n'est pas opposée à la politique de détente, mais ne nous apporte pas son soutien dans ce domaine quand il y aurait lieu de le faire."

[848] Ibid.: Protokoll eines Gesprächs von Debré und Brandt am 10. 3. 1969.

treiben. Um die Bundesrepublik zu diesem als überfällig angesehenen Schritt zu bewegen, erläuterte er Kiesinger die mit dieser Politik verbundenen Interessen und verwies zunächst auf den Ostblock als Absatzmarkt. Wenn de Gaulle hierzu erklärte, dass er keinen Grund sehe, diese Möglichkeiten nicht auch zu nutzen, könnte dies eine Anspielung auf den nur zwei Wochen zuvor mit der DDR unterzeichneten Vertrag über die französische SECAM-Technologie gewesen sein. Ein über die Wirtschaftsbeziehungen hinausgehendes politisches Interesse sah er in dem mit diesen Beziehungen verbundenen Durchlässigerwerden des Eisernen Vorhangs sowie einer fortschreitenden Entideologisierung des Ostblocks und damit auch der DDR.[849] Die Kontakte und Beziehungen in allen praktischen Bereichen – gemeint waren hier in erster Linie die innerdeutschen Beziehungen – würden zudem als Grundlage für die Schaffung eines Klimas der Entspannung in Europa dienen. Die Argumentation des französischen Präsidenten gipfelte schließlich im Hauptinteresse aller Ost- und Entspannungspolitik, der Regelung des „deutschen Problems", was wiederum nur in einer solchen Atmosphäre möglich sei.[850]

Wenn die französische Regierung in den folgenden Jahren die Entwicklung der Beziehungen Frankreichs mit der DDR auf wirtschaftlicher, kultureller, aber auch auf parlamentarischer Ebene zuließ, so war dies grundsätzlich mit der Absicht zu erklären, die Schaffung eines solchen Klimas in Europa voranzutreiben. Die Regierungserklärung von Willy Brandt im Oktober 1969 ermöglichte es Frankreich schließlich, die Beziehungen mit der DDR in den genannten Bereichen auf eine quantitativ und qualitativ höhere Ebene zu stellen. Dabei wurde jeder Schritt vor allem an einem Kriterium gemessen: Die Bundesregierung sollte auf ihrem Weg der deutsch-deutschen Annäherung nicht behindert werden. Alles, was ihren Handlungsspielraum auf diesem Feld hätte einschränken können, wurde als kontraproduktiv angesehen, da alles, was einer Regelung des „deutschen Problems" zuwiderlief, gleichsam französischen Interessen widersprach. Während des ge-

[849] Ibid.: Protokoll eines Gesprächs von de Gaulle und Kiesinger am 14. 3. 1969, S. 2: „À mon avis, les possibilités pratiques, notamment pour la paix, le développement et le progrès, résident maintenant dans des contacts et des échanges de plus en plus intenses entre l'Ouest et l'Est. Je crois que cela est vrai notamment pour l'Europe. […] Du côté de l'Est, je crois qu'on en a beaucoup besoin pour le développement, et, à l'Ouest, on ne serait pas fâché d'avoir de nouveaux marchés d'exportation et de pouvoir acheter des matières premières, etc. À mon sens, c'est cela la possibilité actuellement et je ne vois pas pourquoi nous ne la saisirions pas. Et ceci d'autant plus que plus il y aura d'échanges avec l'Est de marchandises, d'ingénieurs, d'étudiants, de touristes, de journaux, de radio, etc., et moins le bloc communiste sera communiste. Je le crois. Nous le sentons déjà chez les Tchèques et c'est latent chez les Polonais et les Hongrois. Cela l'est probablement aussi en Allemagne de l'Est."

[850] Ibid.: „Le problème allemand apparaîtra [infolge der Détente in Europa – Ch. W.], même chez les Russes, comme différent. Je ne dis pas qu'ils seront pressés de vous réunir, je suis même sûr qu'ils n'accepteront pas le rétablissement de vos frontières d'avant-guerre et je suis sûr qu'ils ne veulent pas que vous possédiez d'armes atomiques. Mais ceci étant, ils accepteront et peut-être favoriseront même, sinon une réunification politique tout au moins une vie en commun du peuple allemand tout entier. C'est là mon sentiment. Je crois que c'est la seule chance pour vous d'être réunifiés ou alors il faut faire la guerre. Or, on ne veut pas la faire. Il vaut donc mieux tirer parti de la détente pour résoudre les problèmes européens, et notamment le problème allemand."

samten Anerkennungsprozesses und darüber hinaus blieb dieses Prinzip bindend für sämtliche Entscheidungen der französischen Regierung, die den Ausbau der Beziehungen mit der DDR betrafen. Dies wurde insbesondere bei den Verhandlungen über ein Konsularabkommen zwischen Frankreich und der DDR sichtbar, bei denen die DDR versuchte, die Existenz einer ostdeutschen Staatsangehörigkeit juristisch zu fixieren und damit die Teilung der deutschen Nation festzuschreiben. Dass die Verhandlungen bis zum Ende der 1970er Jahre andauerten, also fast während der gesamten Amtszeit von Valéry Giscard d'Estaing, dass man sich nicht wie Großbritannien auf einen Kompromiss in dieser Frage eingelassen, sondern sich konsequent der Anerkennung einer „nationalité est-allemande" verweigert hatte, ist ein klares Indiz dafür, dass sich die Grundhaltung Frankreichs hinsichtlich des „deutschen Problems" und der DDR auch nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen nicht änderte.

Zwar wurden die Thesen de Gaulles zur deutschen Wiedervereinigung von seinen Nachfolgern im Wesentlichen übernommen, jedoch ohne diese in der Öffentlichkeit explizit zu bekräftigen. Dies lag zum einen an der Übernahme der zentralen Rolle innerhalb der europäischen Ost- und Entspannungspolitik durch die Bundesrepublik seit Oktober 1969, zum anderen aber auch an der Überlagerung der deutschen Frage durch andere Probleme der Ost-West-Beziehungen in Europa seit Beginn der KSZE-Verhandlungen. Aus dem öffentlichen Diskurs in Frankreich wurde das „deutsche Problem" ab der Mitte der 1970er Jahre bis 1989 nahezu vollständig verdrängt.[851]

## 2. Zwischen Normalisierung und Kontinuität

Der unveränderten Grundhaltung Frankreichs in Bezug auf den zweiten deutschen Staat stand fortan die im Zusammenhang mit der Anerkennung beschleunigte Normalisierung der französisch-ostdeutschen Beziehungen gegenüber. Dieses Paradoxon charakterisierte die Beziehungen insbesondere nach 1973. Und hier liegt auch die wesentliche Ursache für die zahlreichen Schwierigkeiten begründet, denen sich Frankreich seit dieser Zeit in den Beziehungen mit der DDR ausgesetzt sah. Eklatantes Beispiel für diese Schwierigkeiten sind die Verhandlungen über ein Konsularabkommen. Zwar waren nicht die alliierten Rechte selbst unmittelbar in Gefahr, dafür fürchtete man umso mehr die Infragestellung der Einheit der deutschen Nation. Die Anerkennung einer „nationalité est-allemande" hätte die These Frankreichs vom Fortbestehen Deutschlands als einer Einheit infrage gestellt und damit auch die Verantwortung für die gesamtdeutsche Souveränität durch die Alliierten sowie die Möglichkeit Frankreichs, auf die Entwicklung Deutschlands und seine europäische Integration Einfluss zu nehmen.[852]

[851] ANF, 5 AG 4, CDM 33: Note des CAP, Guéhenno, vom 12. 9. 1989.

[852] AMAE, RDA 1971–1976, 3103: Note der S/DEUC vom 12. 4. 1976 für die Rechtsabteilung: „[…] la reconnaissance de la nationalité est-allemande porterait atteinte à notre thèse relative à la survie de l'Allemagne dans son ensemble ou, comme le dit la direction juridique, à ‚ce qui subsiste de l'exercice de la souveraineté allemande par les quatre alliés'."

In den nicht allzu zahlreichen Reden französischer Politiker und Diplomaten im Kontext der französisch-ostdeutschen Beziehungen war die Bezugnahme auf Charles de Gaulle und seine Entspannungspolitik in Europa ein häufig wiederkehrendes Motiv. Sie beinhaltete immer auch eine indirekte Anspielung auf die Grundprinzipien gaullistischer Deutschlandpolitik als den Kern seiner Europapolitik. Auch der erste Botschafter Frankreichs in Ost-Berlin, Bernard de Chalvron, bediente sich bei der Übergabe seines Beglaubigungsschreibens einer solchen Anspielung, indem er die gaullistische Entspannungspolitik in Europa zum Maßstab seines eigenen Wirkens erklärte.[853] Dementsprechend bezog er sich nicht auf die französisch-ostdeutschen Beziehungen, wenn er die tradierten und sehr engen Verbindungen zwischen beiden Ländern hervorhob.[854] Statt einer eigenständigen Betrachtung der Beziehungen mit dem zweiten deutschen Staat, wie sie durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen gerechtfertigt gewesen wäre, nahm de Chalvron hier deren Einordnung in den Kontext der deutsch-französischen Beziehungen im Allgemeinen vor. Den Beziehungen zur DDR wurde somit ein eigenständiger Charakter abgesprochen, sie wurden vielmehr als Teil der deutsch-französischen Beziehungen in den Dienst der europäischen Entspannungspolitik gestellt. Um dennoch von den französisch-ostdeutschen Beziehungen im Besonderen zu sprechen, verwies de Chalvron nicht auf die Erfolge des Berliner Ensembles in Frankreich, wie vom Ministerium in Paris vorgeschlagen[855], sondern auf seine persönlichen Kontakte zu Ostdeutschen, denen er während des Zweiten Weltkrieges im Widerstand in Frankreich begegnet war. Auch Georges Pompidou nahm in seiner Rede bei der Übergabe des Beglaubigungsschreibens durch den ostdeutschen Botschafter Bezug auf diese gemeinsame Vergangenheit.[856] Indem er seine Rede damit begann, machte er den gemeinsamen Widerstand gegen den Nationalsozialismus sogar zur Basis der französisch-ostdeutschen Beziehungen. Er verließ jedoch umgehend den bilateralen Rahmen und schlug eine Brücke zur französischen Europapolitik, indem er die Wahl eines ehemaligen Résistance-Kämpfers zum Botschafter der DDR in Frankreich als Symbol der Entspannung in Europa bezeichnete. Das Funktionieren der Beziehungen zur DDR zeigte er auf

[853] AMAE, RDA 1971–1976, 3069: Ansprache von de Chalvron, gehalten am 25. 3. 1974 anlässlich der Übergabe seines Beglaubigungsschreibens in Ost-Berlin: „Renouvelée et proclamée par le général de Gaulle, cette politique de sécurité européenne dans l'indépendance nationale réciproque sera mon constant objectif."

[854] Ibid.: „Les liens qui les [die beiden Staaten – Ch. W.] unissent ont été toujours très étroits. L'histoire témoigne de leur ancienneté et de leur profondeur, et dans des domaines aussi différents que les domaines politique, économique, culturel, théâtral, musical ou littéraire, des liens puissants se sont noués au cours des siècles."

[855] AMAE, RDA 1971–1976, 3069: Entwurf der S/DEUC vom 12. 3. 1974 für die Ansprache von de Chalvron anlässlich der Übergabe seines Beglaubigungsschreibens in Ost-Berlin.

[856] AMAE, RDA 1971–1976, 3069: Ansprache von Pompidou anlässlich der Übergabe des Beglaubigungsschreibens durch Ernst Scholz, Botschafter der DDR in Paris: „En désignant Votre Excellence pour représenter la République démocratique allemande en France, le président du Conseil de l'État et le gouvernement de votre pays ont fait un choix auquel nous sommes profondément sensibles. Que vous ayez jadis choisi la France comme terre d'asile nous honore grandement."

parlamentarischer Ebene am Beispiel der Reise von Edgar Faure sowie an der Existenz der Freundschaftsgesellschaften in der Nationalversammlung und im Senat; auf gesellschaftlicher und kultureller Ebene bezeugten dies die Städtepartnerschaften respektive die Erfolge des Berliner Ensembles und der Staatsoper in Frankreich.[857] Pompidou machte deutlich, dass vor allem der Ausbau der Beziehungen auf kultureller Ebene im Interesse Frankreichs liege. Erst an zweiter Stelle sprach er über die Wirtschaftsbeziehungen. Die Anmerkung, Frankreich scheue in diesem Bereich keine Anstrengung in Verbindung mit der Anerkennung der wirtschaftlichen Leistungen der DDR, lässt sich als eine an die DDR gerichtete Aufforderung verstehen, dieses Potenzial auch in den Beziehungen mit Frankreich zu nutzen.[858] Von Beziehungen auf politischer Ebene, abgesehen vom Interesse gewisser parlamentarischer Kreise für die DDR, sprach Pompidou hingegen nicht.

Im Juli 1975 wurde Bernard de Chalvron als Botschafter bereits durch Henry Bayle in Ost-Berlin abgelöst. Bayle war zwar Anfang der 1950er Jahre im Rahmen seiner Tätigkeit im französischen Hochkommissariat in der Bundesrepublik mit deutschen Angelegenheiten befasst gewesen, galt jedoch im Gegensatz zu de Chalvron nicht als DDR-Spezialist. Für ihn wurden daher Instruktionen erarbeitet. Sie zeugen von den Anstrengungen Frankreichs um eine Normalisierung der Beziehungen zur DDR unter Wahrung deutschlandpolitischer Grundsätze: Frankreich könne, so die Vorgabe des *Quai d'Orsay*, die ostdeutsche Konzeption, wonach die DDR nicht länger ein sozialistischer Staat deutscher Nation sei, sondern ein sozialistischer Staat, vergleichbar allen anderen Ostblockstaaten, aus Prinzip nicht akzeptieren. Desgleichen habe die Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten Nationen keine Auswirkungen auf die Verantwortung Frankreichs gegenüber Deutschland in seiner Gesamtheit. Als Beleg für dieses grundlegende Prinzip der französisch-ostdeutschen Beziehungen wurde der erste offizielle Schriftwechsel zwischen beiden Staaten benannt: In seinem Schreiben vom 27. Dezember 1972 hatte Maurice Schumann in erster Linie auf das Vier-Mächte-Abkommen verwiesen.[859]

Zu dieser problematischen Grundsituation kam der Einfluss von Dritten auf die Beziehungen Frankreichs zum zweiten deutschen Staat: Auf wirtschaftlicher Ebene wurden die Möglichkeiten Frankreichs erheblich durch die innerdeutschen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen eingeschränkt, da die ostdeutschen Außenhandelskapazitäten durch die bundesdeutsche Wirtschaft weitgehend absorbiert

[857] Ibid.: „La récente visite du président de l'Assemblée nationale dans votre pays est venue confirmer l'intérêt que la ‚classe politique' porte depuis quelques années déjà à la République démocratique allemande, que ce soit au niveau national ou municipal. Les réalisations de votre pays dans le domaine artistique, de l'Opéra d'État au Berliner Ensemble, reçoivent en France un accueil chaleureux."

[858] Ibid.: „La France, pour sa part, ne ménagera pas ses efforts pour renforcer ses relations avec un pays dont elle a pu apprécier le remarquable essor économique."

[859] AMAE, RDA 1971–1976, 3069: Entwurf vom 24. 6. 1976 der Instruktionen für den franz. Botschafter in der DDR: „[…] marquant ainsi que l'établissement de relations diplomatiques entre les deux pays n'impliquerait aucune modification de nos conceptions concernant l'Allemagne et le statut de Berlin." Cf. auch ibid., 3101: Brief von Maurice Schumann vom 27. 12. 1972 an Otto Winzer.

wurden.[860] Auf kultureller und teilweise sogar auf parlamentarischer Ebene ging der auch nach 1973 weitgehend unverminderte Einfluss der Freundschaftsgesellschaft *France-RDA* zu Lasten der Verhandlungsmöglichkeiten des französischen Außenministeriums.[861] Die von Frankreich angestrebte Normalisierung der Beziehungen auf wirtschaftlicher und kultureller Ebene blieb somit trotz der Aufnahme diplomatischer Beziehungen ein schwieriges Unterfangen.[862] Zudem wurde die Normalisierung beschränkt durch die unvermindert gültigen Grundprinzipien der von de Gaulle definierten Deutschlandpolitik. Ihre Fortführung war durch die veränderten internationalen Rahmenbedingungen inzwischen ebenfalls erheblich erschwert worden. Dass die französische Diplomatie dennoch an einer gesamtdeutschen Politik festhielt, sich in besonderem Maße in die Pflicht genommen fühlte, lässt sich nur mit der gaullistischen Konzeption dauerhafter Sicherheit in Europa erklären.[863] Die zahlreichen Zugeständnisse auf politischer Ebene an die DDR seit 1975 (Erhöhung des Botschaftspersonals, Besuche in Ost-Berlin von zwei Staatssekretären, die Treffen von de Laboulaye/Nier und Sauvagnargues/Fischer in Paris etc.) wurden aus diesem Grund vom *Quai d'Orsay* als „Schein-Kooperation" bewertet.[864]

## Die parlamentarischen Beziehungen als Ersatzebene nach 1973

Während die DDR-Politik Frankreichs in den von de Gaulle vorgezeichneten Bahnen verlief und von der parlamentarischen Ebene unbedingt zu unterscheiden ist, waren es nicht zuletzt linksgaullistische Parlamentarier wie Pierre Billotte (UDR, Val-de-Marne), die sich für einen Ausbau der Kontakte auf politischer Ebene engagierten. Billotte hatte zusammen mit einem Mitglied des Präsidiums der Freundschaftsgesellschaft *France-RDA* der Nationalversammlung, René La Combe (UDR, Maine-et-Loire), im Januar 1974 eine Studienreise unternommen.[865] Ziel seiner Reise war es, die Motive der DDR für Beziehungen mit Frank-

[860] AMAE, RDA 1971–1976, 3069: Entwurf vom 24. 6. 1976 der Instruktionen für den franz. Botschafter in der DDR: „Les rapports que la RDA entretient avec Bonn ne sont pas sans hypothéquer par ailleurs un développement satisfaisant de nos relations bilatérales."

[861] Ibid.: „À cela s'ajoutent les conséquences fâcheuses des habitudes prises par les représentants est-allemands à Paris dans la semi-clandestinité d'avant 1973. La RDA ne fait pas toujours du Quai d'Orsay ou de notre ambassade son interlocuteur privilégié. Il nous revient donc d'être vigilants à l'égard des satisfactions (notamment de prestige) que Berlin-Est pourrait par ce biais obtenir au détriment de nos intérêts réels."

[862] Ibid.: „La ‚normalisation' des relations avec l'ami le plus fidèle de Moscou, allemand de surcroît, est une tâche ardue. Nous souhaitons d'autant plus progresser sur cette voie, mais ni au prix de nos intérêts ni de nos positions de principe touchant la question allemande [sic]."

[863] Ibid.: „Plus que pour tout autre pays, notre politique doit être coordonnée en fonction d'une vue d'ensemble."

[864] Ibid.: „Dans le domaine politique, nous avons répondu peu à peu à ‚l'avidité' des Allemands de l'Est pour les manifestations de coopération ‚de façade'."

[865] AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Telegramm der S/DEUC, Puaux, vom 4. 1. 1974 an die franz. Botschaft in Berlin; einwöchiger Aufenthalt ab dem 8. 1. 1974; weiterer Teilnehmer: Rémy Goussault, Mitglied des Conseil économique et social.

reich zu ermitteln. Für Billotte gab es im Verhältnis beider Staaten Anknüpfungspunkte, die sich Frankreich künftig besser zunutze machen sollte: Dies bezog er auf die relative Unabhängigkeit Frankreichs gegenüber den Vereinigten Staaten sowie auf die historischen Verbindungen zwischen Frankreich und Preußen seit dem durch die Hugenotten geleisteten Kulturtransfer. Es bezog sich aber auch auf ein von Billotte postuliertes Interesse an einem freiheitlichen Sozialismus in beiden Ländern.[866] Die an die französische Regierung adressierte Frage Billottes, auf welcher politischen Ebene und durch welche politischen Milieus die Kontakte mit der DDR zukünftig geführt werden sollten, lässt sich im Nachhinein mit den Aktivitäten auf parlamentarischer Ebene beantworten, wozu auch die Reise Billottes zu zählen ist. Zur selben Zeit wie Billotte hielt sich auch Edgar Faure in der DDR auf. Im November 1974 folgte schließlich eine Delegation mit Abgeordneten und Lokalpolitikern um den gaullistischen Bürgermeister von Boulogne-Billancourt und ehemaligen Leiter des CNCE, Georges Gorse.[867]

Aufgrund des Fehlens einer echten politischen Ebene in den französisch-ostdeutschen Beziehungen spielten die seit Beginn der 1970er Jahre intensivierten parlamentarischen Beziehungen als Ersatzebene auch nach 1973 eine bedeutsame Rolle. Die DDR versuchte gezielt, die guten Kontakte auf parlamentarischer Ebene in Beziehungen auf politischer Ebene umzumünzen, und ließ keine Gelegenheit aus, um über diesen Umweg die von ihr geforderten politischen Konsultationen zu erwirken. Der Frankreich-Aufenthalt des Präsidenten der Volkskammer der DDR, Gerald Götting, im Januar 1975 auf Einladung des Präsidenten der französischen Nationalversammlung ist dafür ein gutes Beispiel: Die Reise wurde mit minimalem protokollarischen Aufwand organisiert, die Einbeziehung des Präsidiums der Nationalversammlung mit einer persönlichen Einladung vermieden.[868] Götting traf außerdem auf zahlreiche Vertreter jener parlamentarischen Kreise, die den Beziehungen mit der DDR gegenüber besonders aufgeschlossenen waren, darunter Georges Gorse, Louis Gros (Vizepräsident des Senats und Mitglied der Freundschaftsgesellschaft *France-RDA* im Senat) und André Voisin (Präsident des Bezirksparlaments *Indre-et-Loire*, Voisin hatte die DDR erstmalig im Januar 1964 be-

[866] AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Undatierter Reisebericht von Pierre Billotte: „En définitive, les contacts entre la France et la RDA au niveau des milieux politiques devraient, pour être fructueux, s'établir en France avec les membres de la majorité, spécialement avec les gaullistes et surtout avec le MSP qui, sans s'écarter de ce qui constitue le fond libéral de l'opinion française, est ouvert en direction d'un nouveau socialisme de fait, non marxiste, celui des personnes, réalisé par la participation progressive des citoyens à tous les rouages, qui convient à un pays démocratique et très évolué. Le problème immédiat est en somme de savoir, si le contact pris en RDA doit se renouveler à Paris, quel milieu politique en sera chargé et quels moyens y seront affectés."

[867] AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Telegramm der S/DEUC, de Margerie, vom 28. 10. 1974 sowie ibid., 3100: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 8. 11. 1974; Reise vom 5. bis zum 9. 11. 1974 auf Einladung der Nationalen Front; weitere Teilnehmer: Henry Berger (UDR, Côte-d'Or), André Fanton (UDR, Paris), Claude Estier (PS, Stadtrat von Paris), Michel Crépeau (MRG, Bürgermeister von La Rochelle), Jean Poudevigne (PDM), Gustave Ansart (PCF, Nord) sowie André Laignel (PS, Stadtrat von Issodun); Poudevigne und Ansart waren außerdem Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft France-RDA in der Nationalversammlung.

[868] AP, Assemblée, 2004-019/43: Note von Lebedel vom 6. 11. 1974.

reist).[869] Über diese lediglich parlamentarischen Kontakte hinaus nutzte der Volkskammerpräsident seinen Paris-Aufenthalt aber auch zu einer Unterredung mit dem französischen Außenminister. Das Gespräch zwischen Götting und Sauvagnargues verdeutlicht einmal mehr die Unvereinbarkeit der Prioritäten beider Staaten in den Beziehungen mit dem jeweils anderen: Während die DDR bestrebt war, klassische bilaterale Beziehungen mit einer politischen Ebene als zentralem „Motor" zu etablieren, standen für Frankreich diese Beziehungen im Dienste multilateraler europäischer Entspannungspolitik, war der Austausch von Waren und Personen zur Überwindung der Spaltung Europas das zentrale Anliegen.[870]

Auch die französische Diplomatie machte sich die parlamentarische Ebene aktiv zunutze. Dies zeigt sich beispielsweise in der Zusammenarbeit mit der Freundschaftsgesellschaft *France-RDA* der Nationalversammlung. Als die Gesellschaft im September 1975 eine Delegation in die DDR entsandte, empfing Sauvagnargues zuvor deren Präsidenten Roger Fossé (UDR, Seine-Maritime).[871] Zwar ist über den Inhalt dieses Gesprächs nichts bekannt, es ist aber zu vermuten, dass Sauvagnargues die Gelegenheit genutzt hat, um Fossé quasi als außerordentlichen Botschafter mit der französischen Position vertraut zu machen. Darüber hinaus wurde die Delegation von Fossé durch das Außenministerium mit Informationsmaterial versorgt.[872] Welchen Raum die Freundschaftsgesellschaft aus Sicht des Ministeriums in den Beziehungen einnahm, wird auch daran ersichtlich, dass sie den Fachausschüssen der Nationalversammlung als Ansprechpartner empfohlen wurde, die an einer Reise in die DDR interessiert waren.[873]

Hatte der Delegation der Freundschaftsgesellschaft mit Albert Ehm (UDR, Bas-Rhin) ein Mitglied aus dem Präsidium des Auswärtigen Ausschusses der Nationalversammlung angehört, so befand sich in der Delegation, die der Auswärtige Aus-

[869] Ibid.: Programm vom 14. 2. 1975 für den Frankreichaufenthalt von Gerald Götting, Präsident der Volkskammer, vom 18. 2. bis 21. 2. 1975.

[870] AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Bericht der S/DEUC vom 19. 2. 1975 über ein Gespräch zwischen dem Außenminister (Jean Sauvagnargues) und dem Präsidenten der Volkskammer der DDR (Gerald Götting): „Cette évolution [von Wirtschafts- und Kulturbeziehungen hin zu politischen Beziehungen – Ch. W.] répondait à l'intérêt des deux pays, mais aussi à celui de la détente en Europe. Et cette détente avait deux volets: d'une part le respect du statu quo territorial, d'autre part le développement et l'assouplissement des échanges."

[871] Ibid.: Brief von MAE, Sauvagnargues, vom 30. 9. 1975 an die EFA, Périllier.

[872] AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Note des Kabinetts, Roux, vom 3. 7. 1975 für die DEU sowie ibid.: Telegramm der S/DEUC, Leprette, vom 2. 9. 1975 an die franz. Botschaft in Berlin; und AEFA, Groupe parlementaire: Brief von EFA, Lecomte, vom 4. 7. 1975 an die Deufra; Reisezeitraum: 5. 9.–12. 9. 1975, weitere Teilnehmer: Albert Ehm (UDR, Bas-Rhin) und César Depietri (PCF, Moselle).

[873] AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Brief von MAE, Sauvagnargues, vom 1. 7. 1975 an die Nationalversammlung, Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und volkswirtschaftliche Planung, Icant: „J'ignore si vous avez déjà informé les autorités de la RDA de ce projet. Si tel n'était pas le cas, il me paraîtrait souhaitable que vous recueilliez au préalable leur assentiment, ne serait-ce que sous la forme d'un sondage par l'intermédiaire du groupe d'amitié France-RDA." Tatsächlich erhielt der Ausschuss in der Folge eine Einladung der ostdeutschen Regierung und die Reise konnte bereits im Januar 1976, also ein halbes Jahr nach Beginn der Planungen, stattfinden, cf. ibid.: Telegramm der S/DEUC, Andréani, vom 31. 12. 1975 an die franz. Botschaft in Berlin.

schuss im März 1976 in die DDR entsandte, mit Jacques Chaumont (UDR, Sarthe) auch ein Mitglied der Freundschaftsgesellschaft. Angeführt wurde diese Delegation durch den früheren Chefdiplomaten de Gaulles und amtierenden Präsidenten des Ausschusses, Maurice Couve de Murville (UDR, Paris).[874] Auch diese Reise kann als Beleg für die Bedeutung der parlamentarischen Ersatzebene für die französische Diplomatie gelten, wurde ihr Zeitpunkt doch durch den *Quai d'Orsay* mit dem Paris-Besuch des ostdeutschen Außenministers abgestimmt. Man betrachtete die Reise intern sogar als eine mögliche Gegenleistung in den schwierigen Verhandlungen mit der DDR.[875] Die Vorbereitung der Reise fand in enger Zusammenarbeit mit dem Außenministerium statt, und auch während der Reise war die französische Diplomatie in der Person des Botschafters präsent.[876] Zwei Jahre zuvor hatte man in ähnlicher Weise bereits von der Reise des Präsidenten der französischen Nationalversammlung, Edgar Faure, profitiert, um direkte Kontakte mit hochrangigen Vertretern der DDR-Regierung herzustellen. Couve de Murville war sich des Dilemmas der französisch-ostdeutschen Beziehungen und der politischen Bedeutung seiner Reise bewusst und darum von sich aus bemüht, die parlamentarische Ebene in den Dienst der französischen Außenpolitik zu stellen, etwa wenn er darum bat, im Programm einen Opernbesuch durch ein Gespräch mit dem Chefstrategen der DDR-Außenpolitik, Hermann Axen, zu ersetzen.[877] Themen dieser Unterredung waren politische Konsultationen auf Regierungsebene sowie das mit dem Konsularabkommen verbundene Problem der Anerkennung der „nationalité est-allemande".[878] Ein weiteres Gespräch führte Couve de Murville mit dem Ministerratspräsidenten der DDR, Horst Sindermann. Hier ging es vorrangig um die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, speziell um Kooperationsmöglichkeiten in der Dritten Welt. Der jeweils anwesende französische Botschafter in Berlin entnahm diesen Gesprächen, dass die Beziehungen mit Frankreich für die DDR sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht vorwiegend als Mittel zur Reduzierung des bundesrepublikanischen Einflusses dienten.[879] Couve de Murville beschränkte sich in seinem Bericht, den

[874] Ibid.: Telegramme der S/DEUC, Andréani, vom 11. 3. 1976 an die franz. Botschaft in Kopenhagen und vom 16. 3. 1976 an die franz. Botschaft in Berlin; weitere Teilnehmer: Édouard Frédéric-Dupont (RI, Paris), Jean-Paul Palewski (UDR, Yvelines), Jacques Chaumont (UDR, Sarthe) und Gérard Bordu (PCF, Seine-et-Marne).

[875] Ibid.: Note vom 14. 11. 1975 für Plaisant und Timsit: „J'ai remercié Mme Monet (secrétaire de la commission) de nous avoir consultés avant d'engager quoi que ce soit. En effet ce déplacement, souhaité par les Allemands de l'Est, pouvait éventuellement nous être utile comme ‚monnaie d'échange' dans l'ensemble de nos négociations avec la RDA."

[876] Ibid.: Telegramm der S/DEUC, de Laboulaye, vom 12. 3. 1976 an die franz. Botschaft in Berlin; sowie ibid.: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 19. 3. 1976 (Einverständnis der DDR für die Anwesenheit de Chalvrons bei allen wichtigen Gesprächen).

[877] Ibid.: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 18. 3. 1976.

[878] Ibid.: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 30. 3. 1976.

[879] Ibid.: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 30. 3. 1976: „De cet entretien, comme d'autres qu'a eu M. Couve de Murville, il ressort l'impression que dans les domaines aussi bien politique qu'économique ou culturel, la préoccupation première de la RDA est de se dégager de l'emprise de la République fédérale et qu'elle compte pour cela sur la France."

er dem Auswärtigen Ausschuss bei seiner Rückkehr erstattete, auf die Darlegung der ostdeutschen Argumentation in der Frage des Konsularabkommens, der Frankreich bislang nicht habe folgen können.[880] Mit seiner Beschreibung der wirtschaftlichen Stabilisierung der DDR seit dem Mauerbau lieferte er ganz nebenbei auch eine Begründung, warum er selbst seit Ende der 1950er Jahre diese Politik vertrat: Seine Wahrnehmung des wirtschaftlichen Aufschwungs in beiden deutschen Staaten entsprach seiner unveränderten Wahrnehmung der deutschen Nation als einer Einheit.[881]

Bereits ein Jahr später, im Mai 1977, weilte eine Delegation des Auswärtigen Ausschusses der Volkskammer auf Einladung Couve de Murvilles zu einem Gegenbesuch in Frankreich. Die Delegation wurde angeführt von Hermann Axen, der die Gelegenheit nutzte, zahlreiche Gespräche mit hochrangigen französischen Politikern zu führen, darunter der neu gewählte Pariser Bürgermeister, der Senatspräsident, der Generalsekretär des *Élysée* und spätere Außenminister, Jean François-Poncet, sowie mit Louis de Guiringaud, Hausherr des *Quai d'Orsay*.[882] Da sich die Verhandlungen über die Konsular- und Kulturabkommen zwischen Frankreich und der DDR zum Zeitpunkt dieser Reise in einer unverändert ausweglosen Situation befanden, ist anzunehmen, dass diesen Gesprächen von beiden Seiten große Bedeutung beigemessen wurde. Den Empfang der ostdeutschen Delegation teilten sich Auswärtiger Ausschuss und Freundschaftsgesellschaft. Umgekehrt beteiligte sich Couve de Murville auch am Empfang einer Delegation der Freundschaftsgesellschaft DDR-Frankreich der Volkskammer, die sich im September desselben Jahres in Paris aufhielt.[883] Die Idee für eine entsprechende Einla-

[880] ANF, 20060509/7: Protokoll der Sitzung vom 22. 4. 1976: „Les discussions ont permis d'évoquer les problèmes des rapports entre les deux pays, la difficulté majeure qui existe à l'heure actuelle étant l'établissement d'une convention consulaire qui achoppe sur les problèmes de définition de nationalité. Le problème tient à une disposition datant de Guillaume II (1912), et selon laquelle la langue allemande sert de critère pour la définition de citoyenneté. La République fédérale a repris cette loi et la République démocratique en tire la conclusion qu'elle doit adopter des procédures lui permettant de se prémunir contre l'application de ce texte. Une définition précise de la nationalité dans une convention consulaire serait l'une de ces procédures. Le gouvernement français n'a pas encore accepté d'entrer dans cette voie […]."

[881] Ibid.: „Les autres impressions retirées de ce voyage sont que la situation économique de l'Allemagne est plutôt bonne depuis que la construction du mur a arrêté l'hémorragie de population, ce succès étant d'ailleurs dû à des caractères spécifiques du peuple allemand; […]. La République démocratique allemande est un pays qui a été ravagé par la guerre et, si la reconstruction y a été plus tardive qu'en Allemagne de l'Ouest, elle a été faite avec le même zèle et le même labeur."

[882] AP, Assemblée, 2004-019/44: Programm für den Frankreich-Aufenthalt einer Delegation des Auswärtigen Ausschusses der Volkskammer der DDR, 2. 5.–6. 5. 1977.

[883] AMAE, Groupe parlementaire: Brief von EFA, Lenoir, vom 18. 10. 1977 an den Auswärtigen Ausschuss, Couve de Murville; sowie AP, Assemblée, 2004-019/45: Programm für den Frankreich-Aufenthalt einer Delegation von Abgeordneten der Volkskammer der DDR, 24. 10.–31. 10. 1977; für den Aufenthalt dieser Delegation bewilligte die Quästur der Nationalversammlung insgesamt 56 054,– FF.

dung hatte niemand anderes als Hermann Axen selbst bei seinem Besuch im Mai lanciert.[884]

Die DDR ließ nichts unversucht, um die parlamentarischen Beziehungen auszubauen, und vor allem, um über diesen Umweg die von ihr intendierten politischen Beziehungen auf Regierungsebene zu erwirken. Nach den wechselseitigen Besuchen von Edgar Faure und Gerald Götting, ein Austausch, der von französischer Seite auf die Person des Präsidenten der Nationalversammlung beschränkt worden war, erging von ostdeutscher Seite eine Einladung an das gesamte Präsidium der Nationalversammlung.[885] Noch unter der Leitung Faures wurde die Einladung im Dezember 1976 angenommen.[886] Aufgrund von Wahlen und diversen anderen Hindernissen musste die Reise jedoch mehrfach verschoben werden und kam schließlich erst im September 1980 zustande. Geleitet wurde die Delegation von André Delehedde (PS, Pas-de-Calais), zu diesem Zeitpunkt Vizepräsident sowohl der Nationalversammlung als auch der dort beheimateten Freundschaftsgesellschaft *France-RDA*.[887] Zwar waren nur wenige Monate zuvor das Konsularabkommen und andere wichtige Verträge zwischen beiden Staaten unterzeichnet worden, dennoch hatte sich aus Sicht des französischen Außenministeriums die Grundsituation der Beziehungen nicht verändert: Dominiert vom „deutschen Problem" wurde eine Normalisierung der Beziehungen nach wie vor an die Beibehaltung deutschlandpolitischer Grundprinzipien geknüpft.[888] Diente die Reise allgemein einer besseren Kenntnis der DDR, so galt das besondere Interesse der Teilnehmer ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und den Beziehungen mit Frankreich in diesem Sektor sowie den Maßnahmen der DDR in Bezug auf die demografische Entwicklung.[889] Auf dem Programm stand wie bei allen anderen wichtigen französischen Parlamentarierdelegationen auch ein Treffen

[884] Ibid.: Brief von Assemblée, Lebedel, vom 7. 7. 1977 an den Botschafter der DDR in Paris, Fleck.

[885] AP, Assemblée, 2004-019/46: Brief von Gerald Götting vom 8. 7. 1976 an Edgar Faure.

[886] Ibid.: Brief von Edgar Faure vom 22. 12. 1976 an Horst Sindermann: „Je profite de l'occasion pour vous adresser mes félicitations pour votre élection à la tête de la Chambre du peuple; je suis persuadé que les excellentes relations que j'ai pu entretenir personnellement avec votre prédécesseur, M. Gérald Götting, se poursuivront avec vous-même et je me rappelle à ce propos l'intéressant entretien que j'ai pu avoir avec vous dans votre pays."

[887] Ibid.: Note der Assemblée, Service des relations parlementaires internationales et du protocole vom 23. 9. 1980; Reisezeitraum: 25. 9.–2. 10. 1980, weitere Teilnehmer: Emmanuel Hamel (UDF, Rhône; Mitglied des Finanzausschusses und der parlamentarischen Freundschaftsgesellschaft France-RDA), Daniel Goulet (RPR, Orne; Mitglied des Verteidigungsausschusses) und Jacques Jouve (PCF, Haute-Vienne; Mitglied des Finanzausschusses).

[888] Ibid.: Undatierte Note der DEU (entstammt der unmittelbar vor der Reise vom MAE zusammengestellten Dokumentation): „Les relations diplomatiques entre la France et la RDA remontent au 9 février 1973. Le ‚problème allemand' continue de jouer largement sur les relations entre les deux pays. La France s'efforce de développer dans la mesure du possible ses relations avec la RDA dans tous les domaines, mais sans que ce soit au prix de ses intérêts ou de ses positions de principe concernant la question allemande."

[889] Ibid.: Brief der Assemblée, Lebedel, vom 27. 6. 1980 an die Interparlamentarische Gruppe der Volkskammer, Wolter.

mit dem ostdeutschen Außenminister, auf das André Delehedde durch den *Quai d'Orsay* entsprechend vorbereitet worden war.[890] In seinem Bericht über den Verlauf der Reise für den Präsidenten der Nationalversammlung, Jacques Chaban-Delmas, schilderte Delehedde zwar, dass die Teilnehmer entsprechend ihrer politischen Ausrichtung im Verlauf der Reise unterschiedliche Eindrücke gewonnen hätten. Gleichzeitig zeugt sein Bericht aber auch von der fraktionsübergreifenden Bewunderung für die wirtschaftliche und demografische Entwicklung der DDR.[891] Die Delegation, der zwei Mitglieder des Finanzpolitischen Ausschusses der Nationalversammlung angehörten, bekundete zudem großes Interesse an dem für Ost-Berlin geplanten französischen Kulturzentrum und setzte sich nach ihrer Rückkehr für eine ausreichende Finanzierung dieses Projekts ein.[892] Der von Delehedde unterbreitete Vorschlag, im Gegenzug eine ostdeutsche Delegation nach Frankreich einzuladen, wurde 1984 mit einer Reise des Volkskammerpräsidenten Horst Sindermann verwirklicht. Nur ein Jahr später reiste mit Louis Mermaz (PS, Isère) erneut ein Präsident der französischen Nationalversammlung in die DDR.

Auch die Freundschaftsgesellschaft *France-RDA* der Nationalversammlung unternahm 1984 eine weitere Reise in die DDR.[893] Bemerkenswert ist dabei, dass der Delegation mehrheitlich Gaullisten angehörten, obwohl die Reise in die Amtszeit einer sozialistischen Regierung fiel und der Anteil der RPR-Mitglieder innerhalb der Freundschaftsgesellschaft in den 1980er Jahren stark zurückgegangen war. Der Delegation ging es neben der wirtschaftlichen Situation der DDR vor allem um den Zustand der innerdeutschen Beziehungen. Der Reisebericht belegt eindrücklich das widersprüchliche Verhältnis französischer Politiker zur deutschen Teilung: Hatte der Rapallo-Komplex, obschon in abgeschwächter Form, weiterhin Bestand, und damit auch der Wunsch nach Kontrolle und Begrenzung des deutschen Nachbarn, so blieb doch die Teilung einer Nation auch 35 Jahre nach der Schaffung von zwei deutschen Staaten und zwölf Jahre nach der internationalen

[890] Ibid.: Note vom 24. 9. 1980 für Delehedde.

[891] Ibid.: Brief von Delehedde vom 8. 10. 1980 an Chaban-Delmas: „La puissance économique et l'élévation du niveau de vie de la RDA sont indéniables, et nous pouvons, me semble-t-il, tirer d'intéressantes conclusions en ce qui concerne la politique démographique, puisque la RDA est le seul pays industrialisé qui ait réussi non seulement à stopper son déclin démographique, mais encore à provoquer une élévation sensible du nombre des naissances." Cf. ibid. auch den siebzehnseitigen Bericht von Lebedel für die Teilnehmer der Delegation.

[892] Ibid.: Brief der Assemblée, Lebedel, vom 8. 10. 1980 an die franz. Botschaft in Berlin: „D'après ce qui m'a été indiqué, toutes les interventions en commission [Finanzpolitischer Ausschuss – Ch. W.] insistaient sur la nécessité de prévoir un volume de crédits adéquats pour faire face à une situation nouvelle, puisque ce centre est le premier ouvert par la France dans un pays socialiste et qu'il devrait disposer de locaux importants et bien situés, comme nous l'ont précisé les autorités de la RDA lors de notre séjour." Cf. ibid.: Brief der franz. Botschaft in Berlin, Bayle, vom 23. 10. 1980 an Assemblée, Lebedel.

[893] AP, Assemblée, 2004-019/46: Undatierte Note über den Aufenthalt einer Delegation der parlamentarischen Freundschaftsgesellschaft France-RDA in der DDR vom 2. 3. bis 9. 3. 1984; Teilnehmer: Roger Fossé (RPR, Seine-Maritime), René La Combe (RPR, Maine-et-Loire), Paul Mercieca (PCF, Val-de-Marne) und Jean Rousseau (PS, Cher).

Anerkennung dieser Situation aus französischer Perspektive nicht vorstellbar.[894] Die Einheit Deutschlands erschien jedoch in so weiter Ferne, dass ein offenes Zutagetreten dieses Widerspruches von vornherein verhindert wurde.

Der außerordentliche Umfang der parlamentarischen Beziehungen – von der Ebene des Präsidiums über die verschiedenen Fachausschüsse bis hin zur Freundschaftsgesellschaft[895] – lässt rückblickend den Schluss zu, dass es sich hierbei um den bedeutsamsten Bereich der Beziehungen auf politischer Ebene zwischen Frankreich und der DDR bis in die Mitte der 1980er Jahre gehandelt hat. Erst über die auf diesem Weg hergestellten Verbindungen kamen allmählich auch Kontakte auf Regierungsebene zustande.

## Kontakte auf Regierungsebene in den 1980er Jahren

Die 1980er Jahre waren in verschiedener Hinsicht das „goldene Jahrzehnt" der französisch-ostdeutschen Beziehungen. Dies traf in erster Linie auf die Kulturbeziehungen zu, die sich nun vollständig entfalten konnten. Der entscheidende qualitative Wandel in diesem Bereich wurde durch die Unterzeichnung eines Kulturabkommens zwischen Frankreich und der DDR bewirkt, wodurch die Beziehungen auf französischer Seite von der privatgesellschaftlichen Ebene, auf der sie sich seit den 1950er Jahren kontinuierlich entwickelt hatten, auf eine offizielle, staatliche Ebene überführt wurden. Herausragendes Ereignis und Symbol dieser Veränderung war die Eröffnung von Kulturzentren in Ost-Berlin und Paris. Der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen war weit weniger umfangreich, aber auch in diesem Bereich wurde das bislang Erreichte um ein Vielfaches übertroffen (so wurde in Bezug auf das globale Handelsvolumen die 5-Milliarden-FF-Marke erreicht und damit gleichzeitig ein Ausgleich der Handelsbilanz erzielt).

Ungleich spektakulärer scheint die Entwicklung der Beziehungen auf politischer Ebene zu sein. Nach dem ersten Besuch eines französischen Außenministers in der DDR noch 1979 folgte in den 1980er Jahren die Reise eines französischen Premierministers und schließlich die Reise des Präsidenten der französischen Republik selbst. Dieser fortschreitenden Normalisierung der Beziehungen mit der DDR stand weiterhin eine erstaunliche Kontinuität in der Grundhaltung Frankreichs hinsichtlich der DDR und dem „deutschen Problem" insgesamt gegenüber. Die Gleichzeitigkeit dieser beiden Tendenzen ist entscheidend verantwortlich für die Ambivalenz der Beziehungen und für ihre kontroverse Beurteilung. Die Über-

[894] Ibid.: „Il faut d'abord faire la part du non-dit. Qu'on le veuille ou non, tout rapprochement visible affirmé entre les deux Allemagnes fait renaître très vite aux yeux des Français l'idée d'un nouveau Rapallo, plus sensible encore dans la mesure où se profile à l'arrière-plan l'idée d'une unité allemande aux conséquences imprévisibles pour l'avenir de l'Europe occidentale. Dans le non-dit, il faut également inclure la difficulté qu'éprouve, pour des raisons historiques [in den weiteren Ausführungen wird diese Argumentation bis zur Schlacht von Bouvines von 1214 zurückgeführt – Ch. W.], un Français à comprendre la dualité nation/État qui caractérise à l'heure actuelle la situation allemande."

[895] AP, Assemblée, 2004-019/42: Note von Michel Couderc vom 14. 6. 1990 für den Präsidenten der Nationalversammlung, Fabius.

windung der deutschen Teilung blieb, wie von de Gaulle definiert, ein notwendiges Anliegen französischer Außenpolitik. Gleichzeitig bot der veränderte internationale Kontext aber auch neue Möglichkeiten, um diesem Ziel näher zu kommen. So ermöglichte gerade die Entspannung in den innerdeutschen Beziehungen den kontinuierlichen Ausbau des politischen Dialogs mit dem zweiten deutschen Staat. Die politische Heimat des französischen Präsidenten Mitterrand hat den Dialog mit den Vertretern eines sozialistischen Deutschlands sicherlich befördert beziehungsweise erleichtert, sie hatte jedoch keinen Einfluss auf die grundsätzliche Ausrichtung der französischen Außenpolitik.

Auch die verschiedenen Krisen in den Ost-West-Beziehungen standen einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR nicht im Wege. So hatte die von Mitterrand vor dem Bundestag im Januar 1983 verteidigte Stationierung von Pershing-2-Raketen in Westdeutschland keine Auswirkungen auf den Besuch des ostdeutschen Außenministers, Oskar Fischer, im Dezember desselben Jahres beim französischen Präsidenten. Dieser erste Empfang eines ostdeutschen Außenministers im *Élysée* folgte dem Prinzip der Reziprozität: Wenige Tage zuvor war sein französischer Amtskollege Claude Cheysson in Berlin anlässlich der Eröffnung des französischen Kulturzentrums durch Erich Honecker empfangen worden.[896] Die euphemistische interne Darstellung der französisch-ostdeutschen Beziehungen seit der diplomatischen Anerkennung zehn Jahre zuvor entsprach allerdings weniger den Tatsachen, sondern reflektiert eher den Willen, sie weiter zu normalisieren.[897] Thema des Gesprächs mit Fischer dürften insbesondere die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern gewesen sein, die das Interesse Mitterrands geweckt hatten.[898] Die Einladung, der Eröffnung des DDR-Kulturzentrums in Paris beizuwohnen, lehnte Mitterrand hingegen ab. Auch waren die Grenzen der Beziehungen auf politischer Ebene schnell erreicht, wenn es um eine Audienz für ein Mitglied des Zentralkomitees der SED ging (und nicht um den Vertreter eines Ministeriums, mit dem man unmittelbar zusammenarbeitete). Ein solches Ansinnen wurde von Mitterrand entschieden abgelehnt.[899]

Gut drei Jahre später, im Januar 1987, reiste Fischer erneut nach Paris. Ein Vergleich des Besuchsprogramms mit dem von 1983 verdeutlicht die kontinuierliche Normalisierung. Bei seinem Arbeitsbesuch im Dezember 1983 hatte Fischer die Ministerin für Außenhandel Edith Cresson, den Bildungsminister Alain Savary, den kommunistischen Minister für Berufsbildung Marcel Rigout und die Ministe-

[896] ANF, 5 AG 4, CD 189: Note von Gaillard vom 28. 11. 1983 für Mitterrand.

[897] Ibid.: Note von Gaillard vom 12. 12. 1983 für Mitterrand: „L'établissement, il y a tout juste dix ans, des relations diplomatiques a permis un développement rapide des visites et des contacts, tant au niveau gouvernemental qu'au niveau des administrations." In dieser, in Hinblick auf das Gespräch angefertigten Note wurden die bilateralen Beziehungen Frankreich-DDR erst an dritter Stelle behandelt, nach einem Abschnitt über die Beziehungen DDR-Sowjetunion und einem Abschnitt zu den innerdeutschen Beziehungen.

[898] Ibid.; eine Passage bezüglich des Rückganges der Handelsbeziehungen mit der DDR seit 1981 ist von Mitterrand doppelt angestrichen.

[899] ANF, 5 AG 4, CD 189: Note von Védrine vom 21. 12. 1983 für Mitterrand, handschriftl. Anmerkung Mitterrands: „Non. C'est trop excessif et vous ne devriez pas me transmettre ce genre de propositions."

rin für Jugend und Sport Edwige Avice sowie einzelne Parlamentarier getroffen.[900] Demgegenüber wurde er 1987 von den Präsidenten des Senats und der Nationalversammlung empfangen, und einem ihm zu Ehren ausgerichteten Essen im *Quai d'Orsay* folgte ein Vier-Augen-Gespräch mit dem Außenminister Jean-Bernard Raimond. Selbst dem Empfang im *Élysée* wurde von französischer Seite eine besonders hohe Priorität eingeräumt.[901] Begründet wurde die Bevorzugung des ostdeutschen Außenministers gegenüber seinen finnischen und türkischen Amtskollegen mit dem Mangel an „politischen Kontakten" zur DDR. Diese Einschätzung Hubert Védrines macht zudem deutlich, dass es sich auch 1987 aus französischer Sicht nicht um politische Beziehungen, sondern lediglich um Kontakte auf politischer Ebene handelte. Aus einem den Besuch resümierenden Telegramm des *Quai d'Orsay* an die Botschaft in Berlin lässt sich eine Typologie der Beziehungen in den verschiedenen Bereichen ableiten, die sehr genau deren Zustand aus französischer Sicht abbildet: Einzig auf kultureller Ebene war dort von Beziehungen („relations culturelles") die Rede, auf wirtschaftlicher Ebene wurden die Beziehungen sprachlich auf den Austausch von Waren („échanges économiques") beschränkt und auf politischer Ebene handelte es sich nur um Kontakte („contacts politiques").[902] Dennoch brachte das Gespräch der beiden Außenminister eine entscheidende Neuerung auf politischer Ebene: Jean-Bernard Raimond erklärte sich für die französische Seite mit den von der DDR seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen eingeforderten politischen Konsultationen einverstanden. Außerdem wurde ein Treffen der beiden Außenminister am Rande der kommenden Vollversammlung der Vereinten Nationen vereinbart. Gleichzeitig bekräftigte Raimond, dass eine ebenfalls seit der Anerkennung ausstehende Klärung von Rechtsstreitigkeiten über den französischen Privatbesitz in der DDR die Entwicklung der bilateralen Beziehungen erheblich befördern würde. Fischer stellte eine baldige Reglung in Aussicht.[903]

Eine von Raimond gehaltene Rede anlässlich des zu Ehren von Fischer gegebenen Essens beschreibt die französisch-ostdeutschen Beziehungen in den Kategorien von Normalisierung und Kontinuität. Er befürwortete den Ausbau der Beziehungen – unter Berücksichtigung bereits eingegangener Verpflichtungen, was sich gleichermaßen auf die Beziehungen zur Bundesrepublik, auf die europäische Integration wie auch auf die Verpflichtungen Frankreichs als alliierter Siegermacht in Deutschland bezogen haben dürfte. Die französische Verantwortung für Deutschland in seiner Gesamtheit wird ebenfalls deutlich, wenn er seine anerkennende Darstellung der DDR als Partner mit dem Verweis auf die Rolle der „deut-

[900] Ibid.: Note von Gaillard vom 12. 12. 1983 für Mitterrand.
[901] Ibid.: Note von Védrine vom 17. 12. 1986 für Bianco, und mit dessen Einverständnis weiter an Mitterrand; verschiedene Außenminister, die in den kommenden beiden Monaten nach Paris reisten, hatten um eine Audienz gebeten. Auf Nachfrage Mitterrands, ob dies notwendig sei, wurde von Védrine eine Prioritätenliste erstellt, an deren erster Stelle die DDR stand. Der Empfang eines osteuropäischen Außenministers durch den Präsidenten wurde mit Mangel an politischen Kontakten mit diesen Ländern begründet.
[902] Ibid.: Telegramm der S/DEUC, Vaugier, vom 3. 2. 1987.
[903] Ibid.: Telegramm der S/DEUC, Vaugier, vom 3. 2. 1987.

schen Nation" in Europa relativierte.[904] Die bilateralen Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR im kulturellen wie im wirtschaftlichen Bereich ordnete er in den europäischen Kontext und insbesondere in den europäischen Dialog im Dienste des KSZE-Prozesses ein. Die Haltung Frankreichs zur deutschen Einheit sprach Raimond indirekt an, indem er die europäische Teilung als inakzeptabel bezeichnete.[905] Den französisch-ostdeutschen Beziehungen selbst attestierte er damit eine Funktion bei der Überwindung der europäischen Teilung, was unausgesprochen freilich auch für die Überwindung der deutschen Teilung galt.

Die von Raimond gezogene Bilanz der Beziehungen ist durchwachsen: In den Wirtschaftsbeziehungen hätte man beiderseits guten Willen gezeigt, nur würde das tatsächlich Erreichte meist weit hinter den Ambitionen zurückbleiben. Zufrieden zeigte er sich vor allem mit der nahezu ausgeglichenen Handelsbilanz. Auf der Basis einer Steigerung des Handelsvolumens um 17% im Jahr 1986 bekundeten beide Seiten das Bedürfnis nach einem weiteren Ausbau. Raimond bekräftigte außerdem das Interesse der französischen Regierung an einzelnen Projekten der französischen Wirtschaft in der DDR. Die Kulturbeziehungen wurden von beiden Seiten gleichermaßen als Erfolg gewertet, gleichzeitig nutzte Raimond die Gelegenheit, um den Stellenwert des Französisch-Unterrichts in der DDR zu kritisieren und dessen Verbesserung als Bedingung für den weiteren Ausbau der Kulturbeziehungen zu formulieren.[906]

Im *Élysée* wurde der Zustand der Beziehungen deutlich kritischer bewertet. Im Vorfeld des Gesprächs Mitterrand/Fischer war von einer Verlangsamung der Beziehungen die Rede, die mit dem Regierungswechsel von 1986 in Frankreich begründet wurde – der sozialistischen Regierung unter Laurent Fabius war eine konservative Regierung unter Jacques Chirac gefolgt – insofern war dies jedoch in erster Linie als Kritik an der Regierung Chirac zu verstehen. Der Zustand der bilateralen Beziehungen wurde am Zustand der Wirtschaftsbeziehungen gemessen, die nicht jenen Erwartungen entsprachen, die man mit dem Besuch von Fabius in der DDR 1985 verbunden hatte. Soweit aus den Quellen ersichtlich, dominierten wie bereits 1983 wirtschaftliche Aspekte das Gespräch zwischen Mitterrand und Fischer und damit auch das Bild der Beziehungen.[907] Daneben stellte sich hier die Frage nach dem Gewicht der Regierung während der „cohabitation", also der

[904] ANF, 5 AG 4, CD 189: Rede gehalten von J.-B. Raimond am 30. 1. 1987 anlässlich eines zu Ehren Fischers gegebenen Essens: „[Vertreter eines Staates – Ch. W.] qui occupe aujourd'hui parmi les pays industrialisés une place digne de considération, qui, au fil des années, est devenu pour la France, au-delà des différences de systèmes politiques, économiques et sociaux, un partenaire constant pour une coopération que nous souhaitons encore approfondir. Votre pays, de par sa situation au cœur de l'Europe et du rôle du peuple allemand dans l'histoire de notre continent, est au nombre de ceux avec lesquels nous tenons à maintenir des relations suivies et des contacts réguliers."

[905] Ibid.: „Par là [Kulturaustausch zwischen Ost- und Westeuropa – Ch. W.] pourront être surmontées, au profit de tous, les conséquences les plus dommageables de la division de l'Europe que nous ne saurions accepter comme une donnée intangible et immuable."

[906] ANF, 5 AG 4, CD 189: Telegramm der S/DEUC, Vaugier, vom 3. 2. 1987.

[907] Ibid.: Note von Boudier und Musitelli vom 30. 1. 1987 für Mitterrand: „Sa visite répond au souhait de la RDA de maintenir avec la France un courant d'échanges à haut niveau, qui après la visite de Laurent Fabius en juin 1985 s'est sensiblement ralenti. Cela tient à

Zusammenarbeit von konservativer Regierung und sozialistischem Präsidenten, dem die Verfassung der Fünften Republik ein besonderes Gewicht innerhalb der Außenpolitik zuerkennt.

Wenn Fischer 1987 sehr zuvorkommend in Paris empfangen wurde, lag dies sicherlich auch daran, dass sich eine bereits zwei Jahre zuvor lancierte Einladung Erich Honeckers nach Paris bisher noch nicht hatte realisieren lassen.[908] Diese Einladung war durch Laurent Fabius überbracht worden, der im Juni 1985 als erster französischer Premierminister in die DDR gereist war. Fabius war jedoch weder der erste westliche Regierungschef noch der erste Regierungschef eines NATO-Staates, der die Einladung zu einem Staatsbesuch in der DDR angenommen hatte. Ihm waren bereits seine Amtskollegen aus Österreich (1978 und 1984), Kanada, Schweden, Griechenland und Italien (alle 1984) zuvorgekommen. Auch mit der Einladung Honeckers betrat Frankreich scheinbar kaum Neuland: Unmittelbar vor dem Besuch von Fabius in Ost-Berlin weilte Honecker auf Einladung des italienischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi in Rom. Der entscheidende Unterschied lag in beiden Fällen in der Position Frankreichs als alliierter Siegermacht und der damit verbundenen Verantwortung für Deutschland insgesamt. Weder der britische noch der amerikanische Regierungschef sollten dem Beispiel Frankreichs folgen.

Das Problem einer Einladung für Honecker tauchte erstmals mit der Reise von Fabius auf. Wenige Tage vor dieser Reise wurde der diplomatische Berater Mitterrands, Hubert Védrine, darauf aufmerksam gemacht, dass die ostdeutsche Seite selbstverständlich davon ausgehe, durch Fabius eine Einladung überbracht zu bekommen.[909] Diese könne jedoch nur vom Präsidenten selbst ausgehen. Auf Bitten Mitterrands wurde daraufhin zunächst das Kanzleramt in Bonn konsultiert.[910] Helmut Kohl ließ übermitteln, dass er keinen prinzipiellen Hinderungsgrund sehe, bat aber darum, dass die Einladung – nach italienischem Modell – durch den Regierungschef ausgesprochen werden möge. Außerdem regte er an, dass die Reise erst nach dem gemeinsamen Besuch von Mitterrand und Kohl in West-Berlin, mithin erst Ende 1985 oder besser noch 1986, stattfinden solle.[911] Die unter diesen Bedingungen lancierte Einladung – ohne konkrete Daten – erreichte Honecker wenige Tage später mit dem Einverständnis Mitterrands.[912] Überbracht wurde die Einladung zwar durch den Regierungschef, ihr Urheber war dennoch (trotz der grundsätzlichen Abstimmung mit Kohl) der französische Staatschef selbst.

Auf Anfrage des Botschafters der DDR wurde die Einladung im Januar 1986 erneut zum Thema. Als Voraussetzung für einen Besuch in Paris wurde nun der Staatsbesuch Honeckers in Bonn postuliert. Damit, vermutlich aber auch auf-

la fois à un moindre intérêt du gouvernement actuel pour le dialogue avec la RDA et à la maigreur des résultats obtenus dans le développement des échanges."

908 Ibid.

909 ANF, 5 AG 4, CD 189: Note von Bernard (Berater des Ministerpräsidenten) vom 3. 6. 1985 für Védrine.

910 Ibid.: Note von Védrine vom 5. 6. 1985 für Mitterrand (mit handschriftl. Anmerkung).

911 Ibid.: Note von Védrine vom 7. 6. 1985 für Mitterrand (mit handschriftl. Anmerkung).

912 Ibid.: Note von Bernard vom 5. 1. 1986 für Fabius.

grund des Regierungswechsels, war die Angelegenheit zunächst wieder vom Tisch. Erst nach dem Besuch Fischers im Januar 1987 und infolge erneuten Drängens seitens des Botschafters wurde das Projekt Mitterrand im März desselben Jahres durch den diplomatischen Berater Jean Musitelli wiederholt vorgetragen. Musitelli kam aufgrund seiner Analyse der innerdeutschen Beziehungen zu dem Schluss, dass der Moment besonders günstig sei, um die Einladung zu bestätigen.[913] Gleichwohl blieb die Koordinierung mit Bonn in dieser Sache der entscheidende Punkt. Zwar hatte Mitterrand beabsichtigt, die Frage beim 49. deutsch-französischen Gipfeltreffen im Mai 1987 mit Kohl persönlich zu erörtern, dennoch äußerte er nur einen Monat später im Gespräch mit seinem Generalsekretär, dass die Einladung für Honecker eine delikate Angelegenheit bleibe: Einerseits sollte die Bundesregierung in den innerdeutschen Beziehungen nicht düpiert werden, andererseits sollte nicht der Eindruck einer Abhängigkeit gegenüber der Bundesrepublik erweckt werden.[914] Während sich der *Quai d'Orsay* sehr vorsichtig und eher ablehnend verhielt – man fürchtete Verstimmungen in den französisch-westdeutschen Beziehungen und sah zudem nicht, dass von einer solchen Einladung eine nennenswerte Verbesserung der französisch-ostdeutschen Wirtschaftsbeziehungen ausgehen würde – sprach sich die französische Botschafterin in Ost-Berlin, Joëlle Timsit, für die Einladung aus. Timsit hatte gegenüber Musitelli geäußert, dass die Beziehungen zur DDR nicht ausschließlich unter einem ökonomischen Aspekt zu betrachten seien, sondern auch die Kulturbeziehungen berücksichtigt werden müssten.[915]

Erst einige Tage nach dem offiziellen „Arbeitsbesuch" Honeckers in der Bundesrepublik, der ersten Einladung eines DDR-Staatschefs mit allen protokollarischen Ehren ins Zentrum der Bonner Republik, brachte Außenminister Raimond gegenüber Mitterrand das Vorhaben einer Einladung Honeckers nach Paris erneut zur Sprache. Der Besuch von Honecker in Bonn wurde von französischen Diplomaten als entscheidende Etappe in den innerdeutschen Beziehungen interpretiert und von Raimond dementsprechend auch im Ministerrat erörtert. Von nun an trat die westeuropäische Konkurrenz in den Kultur- und Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR bei der Beurteilung einer möglichen Reise Honeckers nach Paris in den Vordergrund. Man ging davon aus, dass sowohl Großbritannien als auch Italien nicht zögern würden, von den neu entstandenen Möglichkeiten zu profitieren.[916] Im Antwortschreiben von Mitterrand an Honecker wurden der Ausbau

[913] Ibid.: Note von Musitelli vom 17. 3. 1987: „Le moment paraît donc particulièrement propice pour confirmer à M. Honecker l'invitation que lui avait transmise en votre nom Laurent Fabius en 1985."

[914] Ibid.: Note von Musitelli vom 15. 6. 1987, handschriftl. Anmerkung von Bianco für Musitelli und Védrine: „Le président m'en a parlé. Il trouve cela délicat. C'est aussi l'avis de Raimond. Il faut y réfléchir encore – Comment ‚tâter' la chancellerie à Bonn sans avoir l'air de solliciter leur autorisation?"

[915] Ibid.: Note von Musitelli vom 6. 5. 1987 für Mitterrand.

[916] Ibid.: Note von Musitelli vom 15. 9. 1987 für Mitterrand: „Cette visite devrait permettre de faire progresser les projets économiques et de consolider nos positions culturelles. Il est vraisemblable que les Britanniques et les Italiens, qui ont les mêmes intérêts que nous, vont s'engouffrer dans la brèche ouverte par la visite en RFA de M. Honecker. C'est pourquoi nous pourrions maintenant prendre date […] afin de retirer le bénéfice

der Wirtschaftsbeziehungen und die Verstärkung der Kooperation im kulturellen Bereich gleichermaßen als Zweck der Einladung definiert. Daneben sollte der von Fabius aufgenommene politische Dialog zwischen Frankreich und der DDR fortgeführt werden – ein Dialog zwischen Europäern als Gegenstück zu den einer rein bipolaren Logik folgenden sowjetisch-amerikanischen Abrüstungsverhandlungen in Genf.[917]

Keine vier Monate nach seinem Besuch in Bonn reiste Honecker auf Einladung Mitterrands schließlich nach Paris. Im Gegensatz zu seinen Besuchen in Italien, Griechenland, Schweden und den Niederlanden – auf Einladung der jeweiligen Regierungschefs – war der Besuch in Paris ein vollwertiger Staatsbesuch, damit beginnend, dass die Einladung durch den Staatschef ausgesprochen worden war. Nur Belgien war Frankreich zuvorgekommen und hatte Honecker noch im Oktober 1987 im Rahmen eines offiziellen Staatsbesuches empfangen. Außerdem sollte es der erste und einzige Besuch des ostdeutschen Staatschefs bei einem der drei Westalliierten bleiben. Auch dem Protokoll nach handelte es sich um einen vollwertigen Staatsbesuch: Empfang durch den Präsidenten am Flughafen, Unterbringung im Gästehaus des Präsidenten (Hôtel de Marigny), Staatsbankett im *Élysée*, Zeremonie am Triumphbogen, Empfang im Pariser Rathaus durch Jacques Chirac, Essen im *Quai d'Orsay* sowie ein Treffen mit dem Senatspräsidenten Alain Poher.[918] Verzichtet wurde jedoch auf einen Gegenempfang sowie auf eine Pressekonferenz. Auf ausdrücklichen Wunsch der ostdeutschen Seite sah das Programm vor allem politische Gespräche vor, darunter zwei Gespräche mit Mitterrand und eines mit seinem Premierminister Chirac.[919]

Man war sich in Paris des Prestigegewinns, der mit dieser Reise für die DDR verbunden war, durchaus bewusst, begründete sie aber unter anderem mit dem Interesse Frankreichs an der DDR als exzellentem Handelspartner.[920] Weitaus wichtiger war jedoch das Interesse, einen Beitrag zur Überwindung der europäischen Teilung zu leisten. Diese Absicht diente nicht nur zur Rechtfertigung des Honecker-Besuches, sie wurde von Mitterrand in seiner Rede anlässlich des Staatsbanketts auch als zentrale Motivation für die Entwicklung von Beziehungen

politique d'une invitation que vous avez été parmi les pays d'Europe occidentale le premier à lancer."

917 Ibid.: Undatiertes Projekt für ein Antwortschreiben von Mitterrand an Honecker: „Je me félicite comme vous de l'établissement d'un dialogue politique à haut niveau entre nos deux pays, illustré en particulier par la visite à Berlin de M. Laurent Fabius en juin 1985. […] Au moment où les États-Unis d'Amérique et l'Union soviétique négocient à Genève des accords de désarmement qui engagent l'avenir de l'Europe, il me paraît normal et utile que nous nous entretenions, entre Européens, de ce que pourrait être la meilleure façon d'assurer la sécurité pour tous et la coopération entre tous sur notre continent. Les divisions héritées des hasards de l'histoire récente ne devraient pas entraver le développement d'un dialogue sincère et constructif, fondé sur notre appartenance à une même civilisation et voué à la recherche de complémentarités entre les deux parties de l'Europe et à l'instauration d'un climat de confiance bénéfique pour nos peuples et pour la paix."

918 Ibid.: Note von Boudier und Musitelli vom 6. 1. 1988 für Mitterrand.

919 Ibid.: Note des Protokollchefs vom 17. 11. 1989 für Mitterrand.

920 Ibid.: Note von Musitelli vom 6. 1. 1988 für Mitterrand: „En tout état de cause la RDA reste un excellent partenaire pour tenter de développer nos échanges commerciaux."

Frankreichs mit der DDR beschrieben. Diese vor beiden Delegationen gehaltene Rede war eine Art Grundsatzerklärung zur Funktion der französisch-ostdeutschen Beziehungen und zu den von französischer Seite damit verbundenen Absichten. Im Sinne einer durchaus als gaullistisch zu bezeichnenden Tradition sprach Mitterrand nicht von politischen Beziehungen zwischen beiden Staaten, sondern von einem „politischen Dialog" – gemeint war allerdings weniger der bilaterale, sondern vielmehr der multilaterale europäische Dialog über den Eisernen Vorhang.[921]

Zwar bewertete Mitterrand die Anwesenheit Honeckers in Paris als einen großen Fortschritt in den Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR, ordnete sie jedoch umgehend in den größeren Kontext der deutsch-französischen Beziehungen insgesamt ein. Ausgehend von der Erinnerung an eine ähnliche Vergangenheit, was sich auf den Widerstand beider Staatsmänner gegen den Nationalsozialismus bezog, erklärte Mitterrand, dass die Sicherung des Friedens und die Überwindung der europäischen Teilung eine gemeinsame Verantwortung sei; die Beziehungen mit der DDR wollte er mithin als einen Beitrag auf diesem Weg verstanden wissen.[922] Die Verständigung zwischen Frankreich und der DDR diene somit nicht nur einer umfassenden Versöhnung zwischen Deutschen und Franzosen, sondern vor allem der Einheit des europäischen Kontinents und der Verwirklichung eines allgemeinen Zieles französischer Politik: aus Europa einen weltpolitischen Akteur zu machen, der eine aktive Rolle im Ost-West-Konflikt übernehmen könne.[923] Zum Abschluss forderte er seinen Gast dazu auf, ausgetretene Pfade zu verlassen und Gelegenheiten zu nutzen, wo sie sich eröffneten. Was als Anspielung auf die von der DDR weitgehend ignorierte Reformpolitik Gorbatschows interpretiert werden kann, war gleichsam eine Vorausahnung der sich knapp zwei Jahre später darbietenden Situation: Den Gegenbesuch in Ost-Berlin

[921] ANF, 5 AG 4, CD 189: Rede Mitterrands anlässlich des zu Ehren Honeckers gegebenen Staatsbanketts am 7. 1. 1988: „En matière de coopération, le chemin accompli par la France et la République démocratique allemande est loin d'être négligeable. Nous avons bâti depuis quinze ans, au fil des rencontres des membres de nos gouvernements, un dialogue politique que vient couronner aujourd'hui votre présence à Paris."

[922] Ibid.: „C'est en mesurant mieux tout ce qui nous différencie que nous fraierons la voie au rapprochement et que pourra évoluer ce qui, aujourd'hui, paraît figé. Devons-nous nous résigner à expliquer à nos enfants que la coupure, imposée par l'histoire récente mais démentie par la géographie, par la culture, et par la mémoire commune des peuples d'Europe, est immuable et insurmontable? Il faudra une longue patience et une grande prudence pour déplacer peu à peu les lignes d'un horizon immobile depuis 40 ans. Mais c'est aussi notre responsabilité, à nous Français, aux Allemands de part et d'autre de l'Elbe, de reconstruire, avec les autres nations de l'Est et de l'Ouest, en jouant des complémentarités plus que des différences, une Europe vivable et vivante, porteuse d'espoir parce qu'elle aura surmonté ses divisions."

[923] Ibid.: „L'Europe ne doit pas être le témoin muet et l'enjeu passif des relations Est-Ouest. Les peuples d'Europe attendent de leurs dirigeants qu'ils apportent une contribution active au débat en cours [Abrüstungsverhandlungen in Wien – Ch. W.]. La personnalité européenne doit s'y exprimer fortement […]." Und an anderer Stelle: „La France veut construire l'Europe et reléguer dans le passé, définitivement, les effets de la Deuxième Guerre mondiale."

sollte Mitterrand nutzen, um sich für die europäische Einheit einzusetzen.[924] Dass Mitterrand gegenüber Honecker eine immanent französische Position vertrat, wird nicht zuletzt daran ersichtlich, dass sein politischer Gegner Chirac im Gespräch mit Honecker dieselben Positionen verteidigte.[925] Auch erhielt Mitterrand für seine Rede die Anerkennung des eher konservativen Deutschlandexperten Alfred Grosser, der ihr den nötigen Hintersinn attestierte.[926]

## 3. Die Reise von François Mitterrand in die DDR im Dezember 1989

Diese Reise ist nicht nur der Höhepunkt der französisch-ostdeutschen Beziehungen, es handelt sich gleichermaßen um eine Art Schlussakkord, in dem sich die verschiedenen Ebenen dieser Beziehungen treffen. Mit dem Besuch des französischen Staatschefs in der DDR wurde der höchste Grad an Normalisierung im Verhältnis zwischen beiden Staaten erreicht.[927] Mit ihm verloren die Beziehungen wenige Monate vor ihrem Ende auch den ihnen bis dahin eigenen Charakter, gekennzeichnet durch zum Teil stark asynchrone Entwicklungen auf den verschiedenen Ebenen (Beziehungen auf wirtschaftlicher, kultureller, parlamentarischer und privatgesellschaftlicher Ebene). Verantwortlich dafür war vor allem das Fehlen eines „Motors", das heißt einer staatlichen Ebene, von der Impulse für eine stärker synchronisierte Entwicklung der Beziehungen auf allen anderen Ebenen hätten ausgehen können. Aber die mit dieser Reise ursprünglich intendierte Normalisierung der französisch-ostdeutschen Beziehungen täuscht darüber hinweg, dass sie sich im Moment ihrer Realisierung bereits in einen neuen, deutlich erweiterten Kontext einordnete: einerseits die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft, vertreten durch ihren amtierenden Ratspräsidenten, zur DDR; andererseits die Einbettung der deutschen Wiedervereinigung in den allgemeineren Zusammenhang einer gesamteuropäischen Einheit – einer Einheit, die infolge der Entwicklungen in Osteuropa im Laufe des Jahres 1989 in greifbare Nähe gerückt schien.

[924] Ibid.: „Sachons aussi saisir les chances que nous offre notre temps ou les provoquer quand elles tardent à se présenter. De notre côté, nous y sommes prêts."

[925] ANF, 5 AG 4, CD 189: Note von Musitelli vom 8. 1. 1988 für Mitterrand.

[926] Ibid.: Note von Musitelli vom 8. 1. 1988 für Mitterrand; Grosser habe die Rede mit den folgenden Worten bedacht: „dense, profond, avec juste ce qu'il faut de perfidie".

[927] Cf. die Erinnerungen der Hauptakteure: Mitterrand, De l'Allemagne, de la France, S. 109–126 und 205–211; Kohl, Erinnerungen 1982–1990, S. 581, 956 f., 983–985, 988 f. und 1032–1037; Dumas, Le fil et la pelote, S. 383–389; Védrine, Les mondes de François Mitterrand, S. 423–479; cf. dazu Schabert, Wie Weltgeschichte gemacht wird, S. 450–456; Bozo, Mitterrand, la fin de la guerre froide et l'unification allemande, S. 163–167; sowie zuletzt erschienen, aber ohne neue Erkenntnisse zu der hier behandelten Frage, Lappenküper, Mitterrand und Deutschland, S. 273–277; darauf, dass der in Deutschland entstandene Eindruck hinsichtlich der französischen Wahrnehmung der Wiedervereinigung täuscht, hatte Ingo Kolboom bereits 1991 hingewiesen, cf. Kolboom, Vom geteilten zum vereinten Deutschland, S. 44–65.

## Ursprüngliche Planungen und veränderte Umstände

Genau ein Jahr nach dem Besuch Honeckers in Paris im Januar 1988 wurde das bei dieser Gelegenheit formulierte Projekt eines Gegenbesuches Mitterrands in der DDR wieder aufgenommen. Dahinter stand, zu Beginn der zweiten Amtszeit von François Mitterrand, die allgemeine Absicht, die französische Ostpolitik wiederzubeleben.[928] Auch wenn in diesem Zusammenhang eine Vertiefung des politischen Dialogs vorgeschlagen wurde, zentrales Anliegen der Reise war der Ausbau der Kultur- und Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR.[929] Dahinter stand die Absicht, zur Beförderung der Entspannung in Europa die Kontakte zwischen Ost und West zu vermehren.

Als Gegenstand für einen politischen Dialog und mit der Absicht, die Normalisierung der Beziehungen voranzutreiben, wurden regelmäßige Konsultationen zur Abrüstung vorgeschlagen. Frankreich ging es jedoch nicht um den Ausbau politischer Beziehungen mit der DDR, man beabsichtigte vielmehr, dem deutsch-deutschen Bilateralismus etwas entgegenzusetzen[930]; gleichzeitig sollten mit Blick auf die Wirtschafts- und Kulturbeziehungen sowie den Austausch von Personen aber auch französische Interessen auf rein bilateraler Ebene gefördert werden. Angesichts wenig interessanter Verträge für die französische Wirtschaft hoffte man, dass sich der Ausbau des politischen Dialoges positiv auf die Entwicklung des französischen Marktanteils in der DDR auswirken werde.[931] Um das Frankreich-Bild in der DDR zu verbessern, wurde eine von der DDR seit Übernahme der französischen SECAM-Technologie eingeforderte Kooperation im Bereich des Fernsehens ins Auge gefasst. Der besseren Verbreitung eines differenzierten Frankreichbildes sollten auch die für die Kulturbeziehungen formulierten Ziele dienen: zum einen das von französischer Seite konstant vorgetragene Anliegen einer Verbesserung der Stellung der französischen Sprache im Schulunterricht und in der Erwachsenenbildung der DDR, zum anderen die verstärkte kulturelle Präsenz Frankreichs in der ostdeutschen Provinz. Hinzu kam der Vorschlag, den Personenaustausch zwischen beiden Ländern zum Thema des Besuches zu machen, der seit den 1960er Jahren zwar stetig ausgebaut worden war, sich jedoch im Wesentlichen auf eine

[928] Cf. auch ANF, 5 AG 4, CDM 33: Note von de Margerie vom 23. 1. 1992 für Mitterrand.

[929] ANF, 5 AG 4, CD 187: Note von J[oëlle] T[imsit] vom 16. 1. 1989: „Celle-ci [die bilaterale Zusammenarbeit – Ch. W.] va certainement faire progresser rapidement la négociation d'un certain nombre d'accords bilatéraux […]. Là n'est cependant pas l'essentiel. La visite de M. le président de la République doit surtout être pour nous l'occasion de confirmer notre position de deuxième partenaire commercial occidental de la RDA, de susciter une image plus précise et plus vivante de la France […], de renforcer notre présence culturelle et la place, encore tout à fait marginale, du français dans ce pays, et enfin de favoriser au maximum les échanges de personnes (tout particulièrement de jeunes), que la législation est-allemande en matière de voyages rend très difficiles."

[930] Ibid.: „En effet, non seulement le désarmement conventionnel sera au centre de nos préoccupations dans les années qui viennent, mais cette décision contribuerait à ne pas laisser à la RFA le monopole de telles consultations bilatérales […]."

[931] Ibid.: „L'élargissement du dialogue politique avec le 2e État allemand doit favoriser le maintien de notre part de marché, même dans un contexte économique est-allemand plus médiocre en 1987 rendant les importations en devises plus difficiles en RDA."

Richtung beschränkte.[932] Dahinter verbarg sich der Wunsch nach „rayonnement", der Ausstrahlung französischer Kultur, als einem Imperativ französischer Außenpolitik. Zwar sollte die Reise auch die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen befördern; eine Überbetonung dieser Ebene, etwa durch den Besuch Mitterrands während der Leipziger Messe, sollte jedoch vermieden werden.[933]

Der erste Besuch eines Staatschefs einer der drei westalliierten Mächte erforderte vom französischen Protokoll besondere Anstrengungen: So galt es nicht nur, die Anwesenheit des ostdeutschen Verteidigungsministers zu verhindern – ein derartiges Treffen hatte die Delegation von Laurent Fabius vier Jahre zuvor vor große Schwierigkeiten gestellt; auch ein Besuch in der ostdeutschen Provinz, das heißt außerhalb von Berlin als einem der Verantwortung der Alliierten unterstellten Territorium, wurde als notwendig erachtet, um die unveränderte Haltung Frankreichs in der Berlin-Frage zu demonstrieren.[934] Mögliche Orte dafür waren: Weimar als deutsche Kulturstadt und wegen seiner Nähe zu Schaala, wo Mitterrand zu Beginn des Zweiten Weltkrieges als Kriegsgefangener interniert worden war, Leipzig als Universitätsstadt, Dresden wiederum als deutsche Kulturstadt und auch wegen der Zerstörungen von 1945 sowie Potsdam als Symbol für die Traditionen preußisch-französischer Beziehungen. Als mögliche Themen für den Besuch wurden nicht nur hugenottische Traditionen, die Erfolge in den Kultur- oder Wirtschaftsbeziehungen sowie Versöhnung und Erinnerung vorgeschlagen, sondern vor allem die Überwindung der europäischen Teilung und die Respektierung der Menschenrechte. Der letzte Themenkomplex wurde schließlich mit dem Vorschlag verbunden, an der Leipziger Universität vor ostdeutschen Studenten eine entsprechende Rede zu halten.[935]

Die Kritik am Bilateralismus der Bundesrepublik in ihren Beziehungen mit Osteuropa und insbesondere mit der DDR bestimmte im Frühjahr 1989 auch die Sicht der französischen Diplomaten auf die französisch-westdeutschen Beziehungen: Man müsse die Bundesrepublik als Partner dazu bringen, eine außenpolitische Vision zu formulieren. Die Politik gegenüber dem Ostblock solle künftig stärker multilateral, also durch die Europäische Gemeinschaft, betrieben werden. Hintergrund war die Absicht, das Wiederaufleben von Nationalismen in Osteuropa zu verhindern. Um weitere Alleingänge der Bundesrepublik zu vermeiden, wurde vorgeschlagen, ihr das Gefühl zu vermitteln, dass sie einen Platz in der französischen Europakonzeption habe.[936]

[932] Ibid.: „L'expérience montre cependant que si une multitude de contacts existent déjà entre associations et municipalités, les mouvements de personnes se font davantage dans le sens France-RDA."

[933] Ibid.

[934] Ibid.: „Pour des raisons berlinologiques, certes plus ‚politiques' que juridiques, une visite en province serait également souhaitable […]."

[935] Ibid.

[936] ANF, 5 AG 4, CDM 33: Note des CAP, Guéhenno, vom 30. 4. 1989: „Bref, l'Allemagne de 1989 ne trouve pas dans le cadre politique et stratégique issu de l'après-guerre une réponse dynamique à ses ambitions nouvelles. L'apparente fluidité de la situation à l'Est accroît encore son impatience d'être un acteur à part entière des relations internationales. Dans ce contexte difficile, la relation franco-allemande peut jouer un rôle décisif. Mais la France ne doit être ni une donneuse de leçons (attitude adoptée jusqu'à présent

Nachdem eine erste Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze für DDR-Bürger am 27. Juni 1989 einen verstärkten Flüchtlingsstrom ausgelöst hatte, rückte das „deutsche Problem" mit aller Dringlichkeit wieder in den Blick französischer Politiker und Diplomaten. Mitterrand nutzte die Gelegenheit eines Gorbatschow-Besuches in Paris, um die Legitimität der deutschen Wiedervereinigung aus französischer Sicht zu bekräftigen.[937] Nur wenige Wochen später ergänzte er in einer Presseerklärung, dass eine Wiedervereinigung jedoch nicht ohne die Alliierten vonstattengehen könne. Insbesondere der Dialog mit Moskau wurde dabei ein weiteres Mal als Schlüssel definiert. Als an Bonn adressierte Warnung fügte Mitterrand dem hinzu, dass es zur Wahrung des Gleichgewichts in Europa auch einer Balance zwischen den beiden deutschen Staaten in diesem Prozess bedürfe.[938] Aber erst als die Massenflucht nach der vollständigen Öffnung der ungarischen Westgrenze am 11. September 1989 unvorhergesehene Ausmaße annahm, beschäftigte man sich im französischen Außenministerium wieder intensiver mit der französischen Haltung gegenüber Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Bemerkenswert in den ausführlichen Analysen von Jean-Marie Guéhenno, Leiter des *Centre d'analyse et de prévision* (kurz CAP), war das Gewicht, welches der gaullistischen Betrachtungsweise („l'approche gaullienne") eingeräumt wurde.[939] Gleichzeitig wird deutlich – ohne dass ausdrücklich darauf hingewiesen würde –, dass es zwischen der Ära de Gaulle/Pompidou und der Ära Mitterrand keinen grundlegenden Wandel gegeben hatte. Die Frage, die sich daraus ergab, lautete für französische Diplomaten, wie man über die traditionelle Position hinausgehen könne. Anstelle der amerikanischen Rhetorik, die eine einfache Lösung suggeriere, sei es angebracht – wie von Mitterrand bereits praktiziert –, eine gewisse Vorsicht walten zu lassen, um nicht unnötig Hoffnungen zu wecken.

par Mme Thatcher, et qui ne peut encourager les Allemands à se rebiffer), ni un alibi (ce qui aggraverait les malentendus, ni un intermédiaire (position dans laquelle nous risquerions de cumuler les inconvénients des deux premières attitudes). En fait, il s'agit de redevenir de vrais partenaires, en mettant les Allemands devant leurs responsabilités." Cf. auch Vaïsse/Wenkel (Hrsg.), La diplomatie française face à l'unification allemande, S. 55–60.

937 François Mitterrand am 5. 7. 1989: „Cette aspiration à la réunification est légitime pour ceux qui l'éprouvent ici et là, pour quelque partie que ce soit, comme vient de le dire M. Gorbatchev. Je crois que l'ensemble des dirigeants allemands eux-mêmes désirent que le processus, qu'ils jugent désirable, se déroule dans la paix, ne soit pas un facteur de tensions nouvelles." Zitiert nach ANF, 5 AG 4, CDM 33: Note von Morel vom 31. 7. 1991 für Mitterrand.

938 François Mitterrand am 27. 7. 1989: „Il est juste que les Allemands aient la liberté de choix. Mais le consentement mutuel entre l'Union soviétique et les puissances de l'Ouest supposera un vrai dialogue. […] il est certain que ce droit inaliénable n'entrera pas dans les faits aux forceps, pour employer une expression médicale. Il faudra d'abord que les deux gouvernements allemands soient d'accord. Aucun des deux pays allemands ne peut imposer ses vues à l'autre. Cet aspect interallemand est fondamental […]." Zitiert nach ibid.: Note des CAP, Guéhenno, vom 12. 9. 1989.

939 ANF, 5 AG 4, CDM 33: Note des CAP, Guéhenno, vom 12. 9. 1989: „En définitive, l'approche gaullienne de la question allemande se traduit à la fois par une expression claire de son objectif – la réunification – et le rapport à un futur indéfini de sa réalisation, lorsque l'approfondissement des relations entre les deux Europe aura donné naissance à un terrain favorable pour discuter."

Hierin sah man sich im September 1989 auch durchaus im Einklang mit der Bonner Regierung. Mit Besorgnis wurde hingegen die Polarisierung der Haltung zur Wiedervereinigung in der Bundesrepublik betrachtet. Um dem sich in diesem Klima ausbreitenden Generalverdacht entgegenzuwirken, die Alliierten würden sich nicht für deutsche Belange einsetzen, wurde eine offizielle Rede Mitterrands angeregt.[940] Ziel dieser Rede sollte es sein, das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen einerseits und den europäischen Rahmen für eine Wiedervereinigung andererseits zu bekräftigen. Zwar sprach Mitterrand diese Punkte am 25. Oktober 1989 bei seiner Rede vor dem europäischen Parlament an, doch war die Rede im Wesentlichen den tief greifenden Veränderungen in ganz Osteuropa gewidmet.[941] Das Ausbleiben einer Rede, in der er exklusiv Stellung zur deutschen Wiedervereinigung bezog, hat das in der Bundesrepublik Platz greifende Vorurteil eines sich gegen die Wiedervereinigung sträubenden Frankreichs sicherlich befördert.

Mit der Amtsenthebung Erich Honeckers durch das Zentralkomitee der SED am 18. Oktober setzte sich nicht nur die Überzeugung im *Élysée* durch, dass eine Wiedervereinigung näherrücke, es wurde damit auch ein entscheidender Hinderungsgrund für die Reise Mitterrands beseitigt – die Politik Honeckers sollte 1989 keine weitere Bestätigung erfahren.[942] Unklar war hingegen der Zeitrahmen für die Realisierung der deutschen Einheit: Védrine erstellte hierzu einen detaillierten Plan, der verschiedene Etappen, von Erleichterungen im Grenzverkehr, Beziehungen in der Art, wie sie zwischen Österreich und Ungarn bestanden oder auch nach dem Modell des Benelux, über eine Konföderation bis hin zum Einheitsstaat vorsah. Für Mitterrand war dabei von entscheidender Bedeutung, dass die deutsche nicht schneller als die europäische Einheit realisiert werde, sondern Bestandteil dieses allgemeineren Prozesses werde.[943] Einer aus französischer Sicht zu stark auf nationale Interessen ausgerichteten westdeutschen Politik sollte die Wiederaufnahme einer gemeinschaftlichen westeuropäischen Ostpolitik entgegengesetzt werden.[944] Gleichzeitig sollte alles getan werden, um den Ostblock zu stabilisieren; unter anderem schlug Védrine vor, die Sowjetunion an der Ostpolitik der europäischen Gemeinschaft zu beteiligen. Das französische Außenministerium betonte seinerseits die zentrale Bedeutung der französisch-sowjetischen Bezie-

[940] Ibid.: „Dans ce contexte de polarisation des positions allemandes, un discours solennel sur notre vision de la question allemande devient nécessaire pour apaiser les soupçons tenaces que nourrissent les Allemands à notre égard, et peut contribuer à un utile recentrage du débat politique outre-Rhin."

[941] Journal officiel des Communautés européennes, 25. 10. 1989, n° 3-382, S. 161–163.

[942] ANF, 5 AG 4, CD 177: Note von Védrine vom 18. 10. 1989: „Si le mouvement de rapprochement entre les deux Allemagnes paraît inévitable, le point d'arrivée de ce processus n'est pas joué d'avance." Cf. auch ANF, 5 AG 4, CD 187: Note von Hennekinne vom 26. 10. 1989 für Mitterrand.

[943] ANF, 5 AG 4, CD 177: Note von Védrine vom 18. 10. 1989: „Tout reste gérable si ce mouvement vers la fin de la division du peuple allemand n'avance pas plus vite que la construction européenne et la suppression générale des barrières entre l'Europe de l'Est et l'Europe de l'Ouest." Handschriftl. Anmerkung von Mitterrand: „La question des rythmes comparés est essentielle."

[944] Ibid.: „Ce sont les Douze ensemble qui doivent ‚aimanter' l'Europe de l'Est et pas uniquement la RFA qui doit attirer la RDA."

hungen, die nutzbringend eingesetzt werden sollten, um eine für alle akzeptable Lösung der deutschen Frage zu finden.[945] Das französische Konzept des „encadrement" Deutschlands, wie es bereits im Zuge der EGKS praktiziert und von de Gaulle festgeschrieben worden war, fand hier seine Fortsetzung im Streben nach einer europäischen Einrahmung des deutschen Einigungsprozesses und der damit ebenfalls beabsichtigten Integration eines vereinten Deutschlands in einer gesamteuropäischen Konstruktion. Öffentlich sprach sich Mitterrand dafür aus, die bis zur deutschen Einheit verbleibende Zeit zu nutzen, um die europäische Gemeinschaft zu stärken.[946]

Bei einem Gespräch mit Oskar Fischer Ende Oktober 1989 informierte Roland Dumas seinen ostdeutschen Amtskollegen darüber, dass die Entscheidung über den genauen Zeitpunkt der Reise Anfang November mitgeteilt werde. Um sie in den Kontext einer neuen französischen Ostpolitik einzuordnen, wurde intern vorgeschlagen, die DDR-Reise zeitgleich mit einem Ungarn-Besuch Mitterrands bekanntzugeben. Nachdem der *Quai d'Orsay* seine Zustimmung bereits gegeben hatte und entsprechende Termine (13./14. Dezember 1989 beziehungsweise Januar 1990) im Kalender des Präsidenten freigehalten worden waren, bedurfte es nur noch einer Zustimmung durch Mitterrand selbst. Mitterrand schien jedoch zu zögern.[947] Während die Vorbereitungen weiterliefen, wurde der Termin auch in den folgenden zwei Wochen nicht konkretisiert.[948] Erst wenige Tage nach dem Mauerfall, am 13. November 1989, unternahm die französische Botschafterin in Ost-Berlin, Joëlle Timsit, im Auftrag des *Élysée* entsprechende Schritte und informierte den ostdeutschen Außenminister von der Absicht des französischen Präsidenten, den geplanten Staatsbesuch alsbald durchzuführen. Fischer schlug als geeigneten Zeitpunkt die Periode nach dem SED-Parteitag, also nach dem 17. Dezember, vor. Mitterrand konnte es nun wiederum gar nicht schnell genug gehen. Er drängte darauf, den nächstmöglichen Termin festzusetzen.[949] Bereits vier Tage später wurde ein französischer Terminvorschlag von ostdeutscher Seite bestätigt[950] und weitere vier Tage später, am 21. November, erfolgte die offizielle An-

[945] Cf. auch ANF, 5 AG 4, CDM 33: Note der DEU vom 19. 10. 1989: „C'est un domaine [Friedensvertrag zwischen den vier Alliierten und den beiden deutschen Staaten – Ch. W.] où la concertation franco-soviétique trouverait avantage à s'exprimer, compte tenu de la position de nos deux pays en Europe et de la convergence de leurs intérêts sur cette question [die deutsche Frage – Ch. W.]."

[946] François Mitterrand am 18. 10. 1989: „La prévision est que ce mouvement-là continuera. Il devra être sanctionné, pacifiquement et démocratiquement. Cela demandera du temps … Tout le temps qui nous sépare de ces échéances, court ou long, c'est l'histoire qui en décidera, ce n'est pas moi, tout ce temps doit être utilisé pour renforcer la Communauté européenne." Zitiert nach ibid.: Note von Morel vom 31. 7. 1991 für Mitterrand.

[947] ANF, 5 AG 4, CD 187: Note von Hennekinne vom 26. 10. 1989 für Mitterrand; handschriftl. Anmerkung Mitterrands bezogen auf das von ihm erforderliche Einverständnis, um mit der ostdeutschen Seite zwecks Terminabstimmung in Kontakt zu treten: „en principe oui".

[948] Ibid.: Note von de Margerie vom 6. 11. 1989 für Hennekinne.

[949] Ibid.: Telegramm aus Berlin, Timsit, vom 13. 11. 1989; handschriftl. Anmerkung Mitterrands: „Fixer la date la plus proche."

[950] Ibid.: Note von Hennekinne vom 17. 11. 1989 für Mitterrand.

kündigung. Diese Eile lässt sich wohl nur mit der Absicht Mitterrands erklären, die Reise unbedingt noch während seiner am 31. Dezember 1989 endenden Amtszeit als Ratspräsident der Europäischen Gemeinschaft durchzuführen; andernfalls hätte auch ein Termin zu Beginn des neuen Jahres ausgereicht.

In der Zwischenzeit wurde im Außenministerium und in der diplomatischen Abteilung des *Élysée* intensiv an der Adaption der französischen Grundhaltung in der deutschen Frage an die sich beständig wandelnde Situation in der DDR gearbeitet.[951] Davon zeugt unter anderem eine mehr als sechzigseitige Note des Leiters der Europa-Abteilung im *Quai d'Orsay*, Jacques Blot. Hatte Mitterrand noch im Sommer die Berücksichtigung der Interessen beider deutscher Staaten in einem Vereinigungsprozess als notwendiges Prinzip definiert, so spekulierte Blot Ende Oktober bereits über die Bedingungen, unter denen Frankreich eine „absorption" der DDR durch die Bundesrepublik akzeptieren könne.[952] Für Blot bestand vor allem ein Kommunikationsproblem, weshalb er es als dringend notwendig ansah, den offiziellen Diskurs zu ändern. Seit der Beteiligung Frankreichs an der Teilung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg halte sich jenseits des Rheins hartnäckig der Verdacht, dass Frankreich ein ungebrochenes Interesse an einem geteilten

[951] Die Frage nach der französischen Haltung gegenüber der deutschen Einheit in den Jahren 1989/90 ist Ausgangspunkt einer bisweilen polemisch geführten Debatte, in deren Zentrum die Frage nach der Haltung des französischen Staatspräsidenten François Mitterrand steht, cf. Wenkel, Frankreich und die deutsche Einheit. Grundlage für die Bewertung seiner Haltung waren und sind neben den Aussagen von Zeitzeugen vor allem eine deutsche und eine britische Quellenedition, cf. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramts 1989/90, u. a. S. 470–474, 628–631, 682–690, 757–758, 842–852, 909–912 und 943–947; sowie DBPO III/VII. German Unification 1989–1990, S. 215–219. Doch in beiden Fällen spiegeln die dort mit den Worten deutscher und britischer Diplomaten wiedergegebenen Äußerungen Mitterrands zuallererst die deutsche respektive britische Bewertung der französischen Haltung. Das Deutsche Historische Institut Paris und das Archiv des französischen Außenministeriums haben versucht, mit einer Quellenedition diesem Ungleichgewicht und der Fokussierung der Debatte auf die Person Mitterrands entgegenzuwirken, cf. Vaïsse/Wenkel (Hrsg.), La diplomatie française face à l'unification allemande. Leider war es den Herausgebern jedoch nicht möglich, Dokumente aus den Mitterrand-Beständen des französischen Nationalarchivs abzudrucken, cf. ibid., S. 31–34. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die Bewertung der Haltung Mitterrands sind auch die Äußerungen von Jacques Attali. Der von ihm Mitte der 1990er Jahre vorgelegte dritte Band der „Verbatim" ist aufgrund unzähliger Halbwahrheiten und konsequent falsch zitierter Gesprächsprotokolle nicht als Quelle zu verwenden und ist in erster Linie aussagekräftig hinsichtlich der Haltung von Attali selbst, cf. Attali, Verbatim III. In einem vom IfZ München-Berlin herausgegebenen Quellenband mit sowjetischen Dokumenten zeigt sich die Divergenz zwischen der Haltung Mitterrands und derjenigen Attalis sehr deutlich, cf. Galkin/Tschernjajew (Hrsg.), Gorbatschow und die deutsche Frage, S. 199–200 und 266–272.

[952] ANF, 5 AG 4, CDM 33: Note der DEU, Blot, vom 30. 10. 1989: „À titre spéculatif, on pourrait envisager, si un effondrement total de la RDA venait à se produire sous le coup d'événements dramatiques, que la France admît le principe de l'absorption de la RDA par la RFA sous réserve d'une consultation populaire et d'un accord de garanties avec les Alliés. Dans l'hypothèse d'une autorité nouvelle sur le territoire de la RDA demandant la réunification, la France pourrait admettre le principe d'un processus négocié de fusion auquel seraient associés les Alliés. Car en tout état de cause, les Alliés, face à de telles novations ne sauraient être exclus."

beziehungsweise politisch, moralisch, militärisch und wirtschaftlich dezimierten Deutschland habe.[953] Im Bewusstsein um eine gewisse Ambiguität der französischen Haltung schien es ihm geboten, das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung zum politischen Ziel Frankreichs zu erklären und deutlich zu machen, dass eine Beendigung der aus dem Krieg entstandenen Situation auch im Interesse Frankreichs liege. Die gaullistische Betrachtungsweise blieb dabei der Maßstab aller Dinge, insbesondere in Bezug auf die Fortführung paralleler bilateraler Konsultationen im Rahmen der französisch-westdeutschen und der französisch-sowjetischen Beziehungen.[954] Schließlich war man nach wie vor davon überzeugt, dass der Schlüssel für die deutsche und damit für die europäische Einheit in Moskau liege. Die Krise in der DDR war für Blot gleichbedeutend mit dem Scheitern eines bilateralen deutsch-deutschen Ansatzes; es sei daher wiederum Sache der Alliierten, nun die Führung zu übernehmen. Gleichzeitig kritisierte er jedoch auch scharf die französische Deutschlandpolitik, die seit de Gaulle keine neuen Konzepte hervorgebracht habe.[955] Paradoxerweise hatte dies zur Folge, dass die französische Diplomatie im Gegensatz etwa zur britischen Diplomatie bestens auf die Situation vorbereitet war.

Um in Deutschland eine Veränderung der Wahrnehmung der französischen Haltung zu bewirken und um den Ostdeutschen Vertrauen zu vermitteln, empfahl Blot ausdrücklich, die Reise Mitterrands in die DDR nicht abzusagen. Die Gelegenheit könne genutzt werden, das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen zu verteidigen und die DDR an der Seite der Bundesrepublik zu unterstützen. Entscheidend sei, dass der gesamte Prozess eingerahmt werde („encadré"); eine globale Friedenslösung sei bis spätestens 1995 anzustreben.[956] Als handlungsleitende Interessen Frankreichs benannte er dessen Verantwortung für Deutschland als alliierte Siegermacht, die besondere Beziehung zur Bundesrepublik, die Verpflichtung gegenüber der Schlussakte von Helsinki, die Schwere der Krise und ihrer Auswirkungen auf Europa sowie den Anachronismus einer Situation, wie sie über 45 Jahre nach Kriegsende noch immer bestand.

Genau eine Woche nach der offiziellen Ankündigung der DDR-Reise Mitterrands trug Helmut Kohl in einer Rede vor dem Bundestag seinen 10-Punkte-Plan

[953] Ibid.: „Or il y a, répandue outre-Rhin, l'idée que Paris trouve son compte dans le maintien de cette situation: non seulement la division, mais le statut diminué de l'Allemagne, moralement, politiquement et militairement. Pour la France, au contraire, le maintien de la situation actuelle lui conférerait un poids politique supérieur à la réalité de sa puissance."

[954] Ibid.: „Bien entendu, la situation a changé, notamment avec la reconnaissance des deux États allemands. Mais, de l'approche gaullienne, ne peut-on garder l'idée qu'une action de la France sur la question allemande suppose de mener de front une concertation franco-allemande et une concertation franco-soviétique, de même que se révèle indispensable une double approche, communautaire et paneuropéenne."

[955] Ibid.: „Réfléchir aujourd'hui sur la question allemande, c'est d'abord constater qu'une réflexion novatrice sur le problème s'est tarie en France depuis plus de 20 ans."

[956] Ibid.; gegenüber Gorbatschow betonte Mitterrand am 6. Dezember, dass er sich schon allein deshalb in die DDR begeben werde, um zu vermeiden, dass eine Absage politisch interpretiert werden könne, cf. ANF, 5 AG 4, CD 67: Protokoll des Gesprächs Mitterrand-Gorbatschow am 6. 12. 1989.

für die Überwindung der deutschen Teilung vor. Nur wenige Eingeweihte wussten um diesen Plan, der westdeutsche Außenminister und der französische Staatspräsident gehörten nicht dazu.[957] Vor dem Hintergrund einer französischen Deutschlandpolitik, die mit dem Begriff „encadrement" zu umschreiben ist, löste der unilaterale Vorstoß Kohls in den Reihen französischer Außenpolitiker viel Kritik und Unverständnis aus. So viel Eigeninitiative konnte auch Mitterrand nicht gefallen. Indem er jedoch auf die zahlreichen Anfragen von Journalisten schwieg[958], ließ er einmal mehr viel Platz für Mutmaßungen und Spekulationen bezüglich der französischen Einstellung zur deutschen Einheit.

Die Vorbereitung der Reise war gekennzeichnet von einer gewissen Hektik – zwischen der Einigung auf einen Termin und der Reise selbst verblieb nur ein Monat zur effektiven Planung – und von einer großen Unsicherheit über das, was man zum Zeitpunkt der Reise tatsächlich in der DDR vorfinden würde. Kurz bevor François Mitterrand sich am 6. Dezember 1989 in Kiew mit Michael Gorbatschow traf, um über die deutsche Frage zu verhandeln, weilte eine Delegation des *Élysée* vom 3. bis zum 5. Dezember in Berlin, um den Aufenthalt Mitterrands in Ost-Berlin vorzubereiten. Dies stellte sich vor allem deshalb als relativ schwierig heraus, weil sich aufgrund der rasanten und unvorhersehbaren Entwicklung in der DDR auch zwei Wochen vor der Reise nicht mit Sicherheit bestimmen ließ, auf wen Mitterrand in seinen Gesprächen treffen würde.[959] Tatsächlich traf Mitterrand während seiner Reise zu Gesprächen auf Regierungsebene mit dem Staatsratsvorsitzenden Manfred Gerlach (im Amt seit dem 6. 12. 1989), dem Vorsitzenden des Ministerrates Hans Modrow (im Amt seit dem 13. 11. 1989) und dem langjährigen DDR-Außenminister Oskar Fischer (im Amt seit 1975) zusammen. Weitere Gespräche fanden mit dem neuen Parteivorsitzenden der SED-PDS Gregor Gysi[960] (im Amt seit dem 9. 12. 1989), dem Geschäftsführer der SDP Ibrahim Böhme (im Amt seit Oktober 1989) sowie in Leipzig mit dem Chef des Leipziger Gewandhauses, Kurt Masur, dem Oberbürgermeister und dem Rektor der Leipziger Universität statt.[961]

Nicht nur die große Instabilität der Situation in der DDR stellte den Mitarbeiterstab des Präsidenten und Mitterrand selbst bei der unmittelbaren Vorbereitung

[957] Interview mit Roland Dumas, geführt am 5. 2. 2007.

[958] ANF, 5 AG 4, CD 177: Note von Védrine vom 28. 11. 1989 für Mitterrand; handschriftl. Anmerkung Mitterrands bezüglich der Anfragen von Journalisten: „Laissez les parler."

[959] ANF, 5 AG 4, CD 187: Note von de Margerie vom 6. 12. 1989 für Mitterrand: „La mission préparatoire en RDA […] a laissé une curieuse impression d'irréalité. L'immense tourmente dans laquelle sont pris le pays et les dirigeants ne transparaissait en rien chez nos interlocuteurs du protocole des Affaires étrangères. Seuls étaient étranges leur parfaite bonne volonté, leur absence totale d'exigences et surtout le fait que, pendant deux jours et demi, ils aient réussi à ne jamais prononcer le nom des personnalités avec lesquelles, lors de la visite d'État, des entretiens allaient avoir lieu […]. Nul ne sait vers quel régime, vers quel État, va s'orienter la transition de plus en plus chaotique que connaît la RDA."

[960] Das Gespräch zwischen Mitterrand und Gysi bezeichnete Roland Dumas als einen der wichtigsten Momente der Reise, cf. Interview mit Roland Dumas, geführt am 5. 2. 2007.

[961] ANF, 5 AG 4, CD 187: Undatierte Noten im Dossier „Questions protocolaires"; cf. Vaïsse/Wenkel (Hrsg.), La diplomatie française face à l'unification allemande.

und Durchführung der Reise vor eine große Herausforderung, auch die Erwartungshaltung ostdeutscher Politiker gegenüber ihrem französischen Gast trug dazu in erheblichem Maße bei. Die Regierung in Ost-Berlin erhoffte sich von den Verhandlungen und Gesprächen, wenn nicht eine Aufwertung des internationalen Status der DDR, so doch zumindest eine Bestätigung der DDR als souveräner und unabhängiger Staat, um derart gestärkt in die Verhandlungen mit der Bundesrepublik gehen zu können.[962] Im Vorfeld der Reise nutzte der Außenhandelsminister der DDR, Gerhard Beil, seit Beginn der 1960er Jahre wichtiger Gesprächspartner Frankreichs für Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit der DDR, seine guten Kontakte, um entsprechend Einfluss auf den Verlauf der Reise und auf die Haltung Mitterrands zu nehmen. In einem Gespräch mit Edith Cresson, frühere Amtskollegin und im Herbst 1989 Staatssekretärin für europäische Angelegenheiten im Außenministerium, bat er inständig darum, die Souveränität des zweiten deutschen Staates öffentlich zu bekräftigen.[963] Die Anspielung Gerhard Beils auf französische Ängste hinsichtlich eines so großen, 80 Millionen Menschen umfassenden Deutschlands dürfte ihre Wirkung bei Mitterrand verfehlt haben, widerspiegelt aber (ost)deutsche Fehleinschätzungen hinsichtlich der französischen Deutschlandpolitik. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass die von ostdeutscher Seite mit der Reise verbundenen Erwartungen auf westdeutscher Seite nicht unbemerkt blieben.

Hier wurde ein letztes Mal jener Mechanismus wirksam, der die innerdeutsche Wahrnehmung der französisch-ostdeutschen Beziehungen in früheren Jahrzehnten dominiert und auch den Verlauf der Beziehungen selbst nicht selten erheblich beeinflusst hatte: Die Befürchtungen in der Bundesrepublik hinsichtlich der Reise Mitterrands entsprachen vielmehr den ostdeutschen Erwartungen als den tatsächlich von französischer Seite mit dieser Reise verbundenen Absichten und Zielsetzungen. Zwei Episoden verdeutlichen exemplarisch, wie weitgehend Mitterrand es vermied, von einer der beiden Seiten in Anspruch genommen zu werden: Das DDR-Fernsehen hatte die Absicht, ein Interview mit Mitterrand noch vor dem Kohl-Besuch in Dresden am 19. Dezember 1989 auszustrahlen.[964] Wäh-

[962] ANF, 5 AG 4, EG 204: Note von Hennekinne vom 19. 12. 1989 für Mitterrand: „Les autorités de Berlin-Est attendent beaucoup de cette visite, dans la mesure où elle est pour la RDA une réaffirmation solennelle du statut d'État souverain et indépendant et où elle permet d'éviter le tête-à-tête quasi-exclusif avec les dirigeants de Bonn [Hervorhebungen im Original – Ch. W.]."

[963] Ibid.: Persönliche Note von Cresson vom 1. 12. 1989 für Mitterrand: „Je vous en prie! que votre président le 22 décembre négocie, agisse, s'exprime, conclue en mettant en évidence le fait qu'il négocie, agit, s'exprime, conclut avec la République démocratique allemande souveraine. Toute la République démocratique allemande, y compris notre opposition, attend de votre président cette mise en exergue de notre souveraineté." Edith Cresson hatte Élisabeth Guigou um eine vertrauliche Weiterleitung an Mitterrand gebeten, cf. ibid.: Note von Guigou vom 2. 12. 1989 für Hennekinne; mit der Weiterleitung an Hennekinne hatte sie ihren vertraulichen Charakter bereits verloren.

[964] ANF, 5 AG 4, CD 187: Note von Duhamel vom 12. 12. 1989 für Mitterrand: „Les Allemands de l'Est souhaitent beaucoup pouvoir diffuser votre interview avant l'arrivée du chancelier Kohl et donc assureront avec difficulté une diffusion de votre interview le 20 décembre au soir."

rend der Generalsekretär des *Élysée* dem ostdeutschen Ansinnen zustimmte, entschied sich Mitterrand für eine Ausstrahlung am 20. Dezember und ließ damit Kohl den medialen Vortritt.[965] Umgekehrt verweigerte er Kohl den gemeinsamen Gang durch einen am 22. Dezember neu eröffneten Grenzübergang unmittelbar am Brandenburger Tor. Verschiedene Gründe dürften Mitterrand dazu gebracht haben, sich der Teilnahme an einer solchen Zeremonie zu entziehen: grundsätzliche Einwände den Berlin-Status betreffend, ein damit in Zusammenhang stehendes Missfallen an einer Machtdemonstration der Bundesrepublik in Berlin sowie vor allem die Überzeugung, sich nicht in innerdeutsche Angelegenheiten einmischen zu wollen.[966]

Trotz der sich rasch verändernden Situation wurde auf die Einhaltung von Grundprinzipien der französischen Haltung gegenüber der DDR sehr viel Wert gelegt. Dies zeigt sich in den Details der Reiseplanung, wie zum Beispiel dem Besuch in Leipzig, das heißt jenseits des unter alliierter Verantwortung stehenden Berliner Stadtgebietes. Aufgrund der französischen Verantwortung gegenüber Deutschland in seiner Gesamtheit wurde auch eine Einladung Mitterrands zu einer Stippvisite auf dem Sonderparteitag der SPD, der zur selben Zeit in West-Berlin stattfand, abgelehnt.[967] Der Besuch in West-Berlin im Rahmen eines Staatsbesuches in der DDR hätte aus französischer Sicht die Gleichstellung beider deutscher Staaten bedeutet und wäre damit einer erheblichen Aufwertung des internationalen Status der DDR gleichgekommen.

## Die europäische Einheit

Welche Absichten aber verknüpfte Mitterrand mit dieser Reise? Welche Ziele verfolgte die französische Außenpolitik im Dezember 1989 in der DDR? Auch wenn eine gewisse innere Stabilität der DDR unzweifelhaft im Interesse der französischen Außenpolitik lag, eine Stärkung oder gar Aufwertung des internationalen Status der DDR wurde weder beabsichtigt noch aktiv betrieben. Dies ist den verfügbaren Quellen nicht zu entnehmen und hätte auch nicht der französischen Grundhaltung gegenüber der DDR entsprochen.

Die scheinbar umfassende Normalisierung der französisch-ostdeutschen Beziehungen auch auf politischer Ebene durch die beiden offiziellen Staatsbesuche in den Jahren 1988 und 1989 stand im offenen Widerspruch zu den Gegenständen und Themen der Mitterrand-Reise. Auf bilateraler Ebene dominierten erneut Abkommen und Vereinbarungen über Fragen der Kultur- und Wirtschaftsbeziehungen; lediglich ein Abkommen zum Umweltschutz reichte über den ansonsten

[965] Ibid.; handschriftl. Anmerkung Mitterrands: „Plutôt le mercredi 20 (télévision)."

[966] Kohl hatte einen Emissär mit einer Einladung zu Mitterrand entsandt. Nach Auskunft Dumas habe man daraufhin über eine Stunde beratschlagt, wie mit dieser Situation umzugehen sei. Mitterrand schloss nicht nur seine eigene Teilnahme aus, sondern lehnte auch das Angebot Dumas, ihn zu vertreten, ab, cf. Interview mit Roland Dumas, geführt am 5. 2. 2007; eine Note von 1992 verweist auf eine Depesche, die Mitterrand darüber informiert habe, dass die Veranstaltung nicht stattfinden werde, cf. ANF, 5 AG 4, CDM 33: Note von de Margerie vom 23. 1. 1992 für Mitterrand.

[967] ANF, 5 AG 4, CD 187: Note von Hennekinne vom 12. 12. 1989 für Mitterrand.

unveränderten Rahmen hinaus.[968] Die politische Ebene spielte im Kontext der bilateralen Beziehungen weiterhin eine zu vernachlässigende Rolle. So wurde beispielsweise der Zeitpunkt als denkbar ungeeignet bezeichnet, um die seit 1974 andauernden Verhandlungen über französischen Privatbesitz aus der Zeit vor 1945 fortzuführen.[969]

Im bilateralen Kontext stand an erster Stelle der Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Handelsbeziehungen. Belegt wird dies nicht zuletzt durch die Anwesenheit zahlreicher prominenter Vertreter der französischen Wirtschaft und Industrie in der französischen Delegation. Vor allem jene Unternehmen waren hier präsent, deren Verhandlungen mit der DDR sich bereits vor den politischen Veränderungen in einem fortgeschrittenen Stadium befunden hatten. Außerdem wurde Mitterrand begleitet von Roger Fauroux, Minister für Industrie, und Jean-Marie Rausch, Minister für Außenhandel.[970]

Im Vorfeld der Reise wurde die DDR von der französischen Diplomatie nicht nur als große Industriemacht angesehen, sondern – trotz Staatsschulden – auch als ein interessanter und vor allem solventer Handelspartner, ganz im Gegensatz zu anderen osteuropäischen Staaten wie etwa Polen.[971] Die größte Herausforderung für die französische Wirtschaft stellte dabei unverändert die westdeutsche Konkurrenz dar: Die innerdeutschen Handelsbeziehungen beliefen sich 1989 auf das Zehnfache der französisch-ostdeutschen Handelsbeziehungen. Um der westdeutschen Konkurrenz etwas entgegensetzen zu können, wurden auch von der Kooperation mit der DDR bis dahin ausgeschlossene Bereiche ins Gespräch gebracht. So sollte die Reise etwa genutzt werden, um die Zusammenarbeit im Bereich der Kernenergie vorzubereiten.[972] Die politischen Veränderungen in der

[968] ANF, 5 AG 4, EG 204: Note von Hennekinne vom 19. 12. 1989 für Mitterrand; es handelte sich im Einzelnen um ein Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit, ein Doppelbesteuerungsabkommen, ein Abkommen über Jugendaustausch sowie eine Absichtserklärung über die Eröffnung eines zweiten Kulturzentrums in Frankreich und in der DDR.

[969] Ibid.: „Le seul élément de contentieux concerne l'indemnisation des biens privés spoliés après la guerre: nous demandons 65 MF, les Allemands en proposent 28. Mais le moment se prête vraiment peu à évoquer ce problème." Cf. auch ibid.: Undatierte Statistik zur DDR mit Angaben zu den Beziehungen Frankreich-DDR.

[970] ANF, 5 AG 4, CD 187: Undatierte Liste aller Mitglieder der offiziellen Delegation; sowie ANF, 5 AG 4, EG 204: Note des Generalstabes, Mechain, vom 18. 12. 1989 (enthält die Zusammensetzung der Delegation sowie deren Verteilung auf die zum Einsatz kommenden Flugzeuge des GLAM).

[971] Ibid.: Note von Boudier vom 19. 12. 1989 für Mitterrand; diese Einschätzung beruhte auf folgenden Zahlen: die Staatsschulden der DDR wurden mit 11 Milliarden US-Dollar beziffert, die Devisenreserven auf 9 Milliarden US-Dollar geschätzt.

[972] Ibid.: Note von Lanxade (chef de l'état-major particulier) vom 18. 12. 1989 für Mitterrand: „Il est possible que, sous la pression du volontarisme commercial et industriel allemand, la RDA devienne susceptible d'un traitement favorable au sens du COCOM. Il ne faut pas se laisser surprendre par cette évolution et ne pas en laisser le bénéfice industriel et commercial à la seule RFA. Il faut donc que nos industriels soient encouragés à prospecter dans ce pays sur des thèmes les plus immédiatement accessibles, comme l'aéronautique, les communications ou les centrales nucléaires." Cf. auch ibid.: Note von Boudier vom 19. 12. 1989 für Mitterrand: „Une coopération avec notre pays dans un domaine aussi important [Bereich der Kernenergie – Ch. W.], en dehors des

DDR wurden insgesamt als günstige Voraussetzung angesehen, um die französische Präsenz auf dem ostdeutschen Markt im Laufe der bevorstehenden Übergangsphase auszubauen.[973] Angesichts der wirtschaftlichen Dominanz der Bundesrepublik in der DDR betrachtete man jedoch ihre Anstrengungen für eine wirtschaftliche „Übernahme" der DDR mit Bestürzung.[974] Denn genau dies, einen Alleingang der Bundesrepublik, suchte Frankreich zu verhindern. Die starke Gewichtung wirtschaftlicher Aspekte während der Mitterrand-Reise kann gleichsam als eine Antwort auf die westdeutschen Bestrebungen verstanden werden.

Dieses Anliegen war eng mit dem Hauptanliegen der Reise verbunden: die Schaffung eines europäischen Rahmens für die deutsche Wiedervereinigung und die Überführung des deutsch-deutschen Bilateralismus in einen europäischen Multilateralismus. Anstelle rein bilateraler Beziehungen war der politische Dialog zwischen der Europäischen Gemeinschaft, die Mitterrand als deren Ratspräsident vertrat, und der DDR ein zentrales Element seiner Reise. Bereits im Sommer 1989 hatte die DDR bei der französischen Ratspräsidentschaft ihre Bereitschaft zur Aufnahme eines politischen Dialogs signalisiert. Bei einer Sitzung der zwölf EU-Außenminister im Oktober 1989 war einem jährlichen Treffen mit der DDR zugestimmt worden. Auf Bitten Genschers war diese Entscheidung der DDR-Regierung seinerzeit jedoch nicht mitgeteilt worden. Der Besuch Mitterrands in Ost-Berlin wurde nunmehr als geeignete Gelegenheit angesehen, um eine entsprechende Nachricht zu überbringen.[975] Eine Kooperation zwischen EU und DDR erschien der französischen Außenpolitik als der entscheidende Schlüssel für die Verknüpfung von deutscher und europäischer Einheit. In diesem Sinne hatte Mitterrand bereits am 24. November 1989 in seinem Brief an das Staatsoberhaupt der DDR, Egon Krenz, das französische Interesse an einer Intensivierung der Be-

conséquences positives directes pour notre industrie, montrerait que l'évolution actuelle dans ce pays ne le conduit pas à se tourner exclusivement vers la République fédérale d'Allemagne, mais aussi vers d'autres pays de la Communauté."

973 Ibid.: Note der DREE, Ravier, vom 1. 12. 1989 für den Minister (Rausch): „Les changements récents devraient ouvrir de nouvelles perspectives pour les entreprises françaises sur un marché où notre présence, supérieure à celle de l'Italie, du Royaume-Uni et du Japon, est cependant encore dix fois moins importante que celle de la RFA."

974 Ibid.: Telegramm aus Bonn, Boidevaix, vom 24. 11. 1989 für DREE: „Il est frappant de constater que l'essentiel des propositions du gouvernement allemand vise à étendre au territoire de la RDA un dispositif d'aides allemandes réservé aux entreprises de la RFA, comme si, par anticipation, il était envisagé de préparer les conditions d'une réunification économique." Cf. auch ANF, 5 AG 4, CDM 33: Note des CAP, Guéhenno, vom 6. 4. 1990, mit dem bezeichnenden Titel „L'économie de la RDA face à la réunification: la vision du ‚repreneur'".

975 ANF, 5 AG 4, EG 204: Note von Guigou vom 18. 12. 1989 für Mitterrand: „Votre visite pourrait être l'occasion d'annoncer au gouvernement est-allemand l'établissement d'un dialogue politique entre les Douze et la RDA." Diese Passage wurde von Mitterrand angestrichen; die Note von Guigou basierte auf einer entsprechenden Note des MAE, DEU, Meunier, vom 13. 12. 1989, cf. ibid.

ziehungen zwischen der EU und der DDR bekräftigt und deren Umsetzung als wichtiges Anliegen seiner Reise bezeichnet.[976]

Die europäische Einheit war auch das Leitmotiv jener Rede François Mitterrands, die er am 21. Dezember 1989 in Anwesenheit des Staatsratsvorsitzenden Manfred Gerlach und der DDR-Regierung in Ost-Berlin hielt. Die Botschaft Mitterrands war allerdings nicht nur an seine ostdeutschen Gastgeber adressiert, sondern gleichermaßen an deren Amtskollegen in Bonn[977]: Es handelt sich um eine Bekräftigung der deutsch-französischen Solidarität (ohne sich dabei auf einen der beiden deutschen Staaten festzulegen), verbunden mit der Aufforderung, diese in den Dienst der Überwindung der europäischen Teilung zu stellen.[978] Während eine Gleichberechtigung der beiden deutschen Staaten durch Frankreich grundsätzlich ausgeschlossen wurde, postulierte Mitterrand hier eine Gleichberechtigung der beiden deutschen Gesellschaften. Das von ihm ausdrücklich befürwortete Selbstbestimmungsrecht der Deutschen knüpfte er folglich an die Bedingung, dass es ein Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen in Ost und West sei.

Überhaupt sprach Mitterrand wenig von der DDR als Staat.[979] Einleitend stellte er die Frage nach dem Beitrag des Gastlandes („votre pays") zur europäischen Kultur.[980] In seiner Antwort spannte er den Bogen von Luther und Bach zu

[976] ANF, 5 AG 4, CD 187: Brief von Mitterrand vom 24. 11. 1989 an Krenz: „S'agissant plus précisément des perspectives de développement des relations de la République démocratique allemande avec la Communauté européenne, soyez assuré que la France les considère avec faveur. Bien des possibilités peuvent être envisagées en ce domaine et la France ne manquera pas de les étudier sans retard avec ses partenaires. En particulier, elle fera tout ce qui est en son pouvoir pour que les négociations sur un accord commercial puissent débuter dans les meilleurs délais. Au moment où s'estompe ce qui séparait les Européens, il importe en effet d'éviter que de nouvelles divisions de nature économique ou technologique ne se fassent jour. Je suis persuadé que le renforcement de la coopération entre la France et la République démocratique allemande pourra constituer à cet égard un élément essentiel."

[977] Sein Aufruf zur Anerkennung der Grenzen scheint sogar ausschließlich an die Bundesregierung gerichtet gewesen zu sein, nachdem er Kohl mehrfach und mit großer Dringlichkeit zur offiziellen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesregierung aufgefordert hatte.

[978] Ibid.: Rede Mitterrands vom 21. 12. 1989 (in der vorgetragenen Fassung): „Le message que je suis venu vous apporter est un message d'amitié de la France pour le peuple allemand, le peuple allemand tout entier. C'est aussi un message de confiance dans sa maturité, à l'Est comme à l'Ouest. C'est enfin un message de solidarité, car nous avons la volonté de construire ensemble une Europe pacifique, ouverte et libre." Cf. Vaïsse/Wenkel (Hrsg.), La diplomatie française face à l'unification allemande, S. 174–179.

[979] Bezogen auf die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft betonte Mitterrand in einem Gespräch mit Kohl zwei Monate später, dass er die DDR nicht als 13. Mitgliedsstaat sondern als 16–17 Millionen zusätzliche Menschen sehe, cf. ANF, 5 AG 4, CD 73: Protokoll eines Gesprächs Mitterrand-Kohl vom 15. 2. 1990.

[980] ANF, 5 AG 4, CD 187: Rede Mitterrands vom 21. 12. 1989 (in der vorgetragenen Fassung): „Comment ne pas souligner d'un mot l'apport de votre pays à la civilisation européenne? La création artistique, le bouillonnement des idées ont nourri l'œuvre de Bach, Händel, Leibniz, Lessing, Luther, Nietzsche et tant d'autres génies allemands, génies universels. Comment un Français oublierait-il l'édit de tolérance qui, il y a plus de trois cents ans, a ouvert le Brandebourg à ceux de nos compatriotes que la révocation de l'édit de Nantes avait condamnés à l'exil? Comment oublierait-il ce que la philoso-

Lessing und Nietzsche, verwies auf die Verdienste Friedrichs des Großen um die Aufklärung und die hugenottischen Traditionen in Preußen und erwähnte schließlich die ostdeutschen Schriftsteller und Theaterleute. Das ostdeutsche Theater, für das man in Frankreich seit den 1950er Jahren stets ein besonderes Interesse hegte, wurde zum Hort der deutschen Revolution erklärt, die deutsche Kultur zum eigentlichen Sieger.[981] Es stellt sich mithin die Frage, von welchem Deutschland hier eigentlich die Rede war: Die aufgezählten historischen Persönlichkeiten lassen sich ihrem Geburtsort nach zwar dem Gebiet zuordnen, welches der DDR entsprach, mit dem zweiten deutschen Staat hatten sie jedoch wenig zu tun. Trat in der Rede Mitterrands stattdessen die französische Konzeption eines „anderen Deutschlands" zutage? Jenes Deutschland, welches in der französischen Wahrnehmung seit dem 19. Jahrhundert für Aufklärung, Philosophie und Kultur stand? Jenes Deutschland also, welches für Frankreich trotz militärischer Auseinandersetzungen eine Vorbildfunktion einnahm, an dem man sich in Frankreich orientierte?

Ein weiteres Thema seiner Rede war die Nation. Wie vor ihm de Gaulle bekräftigte auch Mitterrand die Einheit der deutschen Nation als deren Bestimmung und das Recht der Deutschen, diese Einheit zu verwirklichen. Dem fügte er allerdings hinzu, dass es sich hierbei auch um eine europäische Angelegenheit handele, und bestätigte damit erneut seine Absicht, die deutsche Einheit im Rahmen der europäischen Integration verwirklichen zu wollen.[982] Aus diesem Grund fand wohl auch die von Hans Modrow lancierte Idee einer deutsch-deutschen Vertragsgemeinschaft die Zustimmung Mitterrands[983], eine Zustimmung, die gleichzeitig als Kritik an der von Helmut Kohl verfolgten Strategie aufgefasst werden kann, weil diese der französischen Konzeption von der Verwirklichung der deutschen Einheit weit weniger entsprach. Nicht die deutsche Einheit wurde infrage gestellt, sondern der von Helmut Kohl beschrittene Weg zu einer als überstürzt empfundenen deutschen Wiedervereinigung, mit der das Gleichgewicht in Europa in Gefahr gebracht und der Prozess der europäischen Integration ausgebremst werde. In diesem Sinne lässt sich auch eine handschriftliche Korrektur Mitterrands an einer Note seines Beraters Hubert Védrine interpretieren, mit der er den Begriff „réunification allemande" durch „unité allemande" ersetzte – es ging für ihn nicht um die Rückkehr zu einem status quo ante, sondern um die Einheit von Bundes-

phie des Lumières doit à Berlin, doit à Frédéric le Grand? Franchissant le temps, nous savons qu'au cours des quarante dernières années ce dynamisme intellectuel et artistique ne s'est pas démenti."

981 Dies bezog sich mit großer Wahrscheinlichkeit auf den Aufruf des Deutschen Theaters zur Demonstration am 4. November 1989 in Ost-Berlin.

982 Ibid.: „L'aspiration à l'unité plonge ses racines dans l'histoire et retrouve son actualité. Elle est d'abord l'affaire de ceux qui ont en commun la culture, la langue, la mémoire des siècles. Je veux dire que c'est d'abord l'affaire des Allemands qui auront à se prononcer librement sur ce que sera leur destin. La voie démocratique est la seule qui soit ouverte. Démocratique et pacifique. Car c'est aussi l'affaire de vos voisins qui cherchent à préserver l'équilibre européen, la paix que connaît notre continent depuis ces dernières décennies."

983 Ibid.

republik, DDR und Berlin.[984] Auch in einer unmittelbar nach den Wahlen in der DDR am 20. März 1990 abgehaltenen Pressekonferenz bevorzugte Mitterrand, von einem „processus d'unification" zu sprechen anstatt von einer *Wieder*vereinigung.

Dass es sich bei den von François Mitterrand vertretenen Positionen um eine originär französische Haltung handelt, zeigt nicht nur ein Vergleich mit den Äußerungen Charles de Gaulles, sondern auch ein Vergleich mit den Äußerungen seines politischen Widersachers Valéry Giscard d'Estaing. Auch Giscard forderte Ende November 1989 vor dem europäischen Parlament die Verwirklichung der deutschen Einheit in einem europäischen Rahmen.[985] Aber während man Mitterrand im Allgemeinen seine zögerliche Haltung vorwarf, kritisierte Giscard bereits vier Tage nach dem Mauerfall dessen vermeintlich überstürztes Eintreten für eine deutsche Wiedervereinigung.[986]

Die Störung der Beziehung zwischen Kohl und Mitterrand, deren eigentliche Ursache divergierende strategische Konzeptionen waren, sollte von Dauer sein.[987] Dass sich in der öffentlichen Meinung in Deutschland das Vorurteil festgesetzt hat, Frankreich sei gegen die Wiedervereinigung gewesen, ist aber auch das Ergebnis einer ungeeigneten Kommunikationsstrategie des *Élysée* und der französischen Regierung.[988] Mitterrand und Kohl bedauerten regelmäßig den Einfluss der Presse auf die Vertiefung dieser „kleinen" deutsch-französischen Verstimmung.[989] Auch im ausführlichen Gespräch mit dem deutschen Oppositionsführer Oskar Lafontaine wunderte sich Mitterrand über die deutsche Presse, die versuche, aus ihm einen Nationalisten zu machen, und bekräftigte ein weiteres Mal, dass er der deutschen Einheit gelassen entgegensehe und sie als historische Notwendigkeit betrachte.[990] Gleichzeitig stellte er Mitte März 1990 jedoch mit Bedauern fest,

[984] ANF, 5 AG 4, CDM 33: Note von Védrine vom 5. 2. 1990 für Mitterrand.

[985] Valéry Giscard d'Estaing am 22. 11. 1989 vor dem europäischen Parlament: „C'est la communauté européenne tout entière qui devra être prête, grâce à la poursuite de son progrès, à offrir le cadre de la réunion politique du peuple allemand. L'accélération de l'union de l'Europe est le seul moyen pour nous de reprendre une marge d'avance sur l'Histoire." In: ANF, 5 AG 4, CDM 33.

[986] Valéry Giscard d'Estaing im Interview mit Daniel Vernet für RTL/Le Monde am 12. 11. 1989: „Jusqu'à présent, les Allemands de l'Est ne se sont pas prononcés; c'est nous qui en parlons. Et quand vous regardez les manifestations, il est intéressant de voir les bannières et les inscriptions sur les murs en Allemagne de l'Est. On ne parle pas de réunification, on parle de réformes politiques, de liberté, etc. N'allons donc pas dans le sens où certains se sont avancés un peu imprudemment, à mon avis." Die Frage Vernets, ob er damit Mitterrand gemeint habe, bejahte Giscard, cf. ANF, 5 AG 4, CDM 33.

[987] Cf. Kohl, Erinnerungen 1982–1990, S. 1075–1079.

[988] Zu den Problemen der Kommunikationsstrategie des Élysée cf. Seggelke, Frankreichs Staatspräsident in der politischen Kommunikation.

[989] ANF, 5 AG 4, CDM 33: Protokoll eines Gesprächs zwischen Mitterrand und Kohl am 14. 3. 1990.

[990] ANF, 5 AG 4, CDM 33: Protokoll eines Gesprächs zwischen Mitterrand und Lafontaine am 14. 3. 1990: „L'unité allemande ne pose pas de problème à mes yeux. S'il s'agit d'avoir une puissance plus forte, cela ne m'impressionne pas. Cité le S[ain]t Empire romain germanique, Bismark; la France vit bien avec tout ça. La France est ramassée derrière ses frontières naturelles. Cela ne me pose pas de problèmes psychologiques. Étonnement devant la presse allemande qui voudrait qu'on se comporte comme le plus excité des patriotes allemands. Mais je ne suis pas Allemand. Même si je redou-

dass die von ihm bevorzugte Parallelität von deutscher und europäischer Einheit nicht mehr zu verwirklichen sei, weil die deutsche Einheit sich sehr viel schneller realisieren werde, als man noch zum Zeitpunkt seiner DDR-Reise angenommen habe, und dass die „deutsche Angelegenheit" den europäischen Integrationsprozess wie befürchtet in erheblichem Maße ausbremsen werde.[991] An seine Reise in die DDR erinnernd, warnte er auch Lafontaine eindringlich vor einer Nichtbeachtung ostdeutscher Befindlichkeiten im Wiedervereinigungsprozess.[992]

Es scheint, als sei Mitterrand das Tempo dieses Prozesses nunmehr gleichgültig gewesen. Sein Interesse galt fortan den Auswirkungen dieses Prozesses auf die Europäische Gemeinschaft, die NATO, auf die Oder-Neiße-Grenze sowie auf den Frieden und die Sicherheit in Europa.[993] Im Gespräch mit Lafontaine entwarf er im März 1990 ein Vorgehen in fünf Schritten:

1. Verwirklichung der deutschen Einheit ohne eine Ausweitung des NATO-Einflussgebiets,
2. Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze,
3. umgehende Verwirklichung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion,
4. Aufnahme von Verhandlungen mit den osteuropäischen Staaten über eine gemeinsame gesamteuropäische Konstruktion sowie
5. Regelung der Frage der deutschen NATO-Mitgliedschaft.

In keinem Falle dürfe Deutschland jedoch neutralisiert werden – in diesem Punkt hatte sich die Haltung Frankreichs seit dem 25. März 1959 nicht gewandelt. Die Hartnäckigkeit Frankreichs in der Berlin-Frage über viele Jahrzehnte hatte sich in zweierlei Hinsicht ausgezahlt: Das Prinzip der deutschen Einheit war bewahrt worden und Frankreich an den noch im März 1990 beginnenden 2+4-Verhandlungen beteiligt. Der Weg zur Wiederherstellung der Einheit der deutschen Nation – von Charles de Gaulle als deren „natürliches Schicksal" bezeichnet – sollte durch die vier Tage nach diesem Gespräch in der DDR stattfindenden Wahlen geebnet werden. Die europäische Integration der Bundesrepublik schien aus französischer Sicht im Frühjahr 1990 irreversibel, die europäische Integration ganz Deutschlands war somit in greifbare Nähe gerückt. Nur einen Tag nach dem Gespräch mit Lafontaine stimmte Mitterrand der von Kohl vorgeschlagenen deutsch-französischen Initiative auf dem Sondergipfel der Europäischen Gemeinschaft in Dublin zu.[994] In Dublin wurde am 28. April 1990 schließlich vereinbart, die deutsche Ver-

tais l'unité allemande, ce serait une faute historique capitale de ne pas en reconnaître la nécessité."

991 Ibid.: „Que les choses soient liées, unité allemande, unité européenne, ce serait le schéma idéal. […] L'unité allemande sera rapide, moins qu'on le pensait il y a 3 mois. L'unité des 12 a besoin de l'accord de chacun. Chacun sait que l'unité allemande ira plus vite que les autres. Je pense que l'Allemagne continuera dans la ligne qui a été la sienne dans les dernières décennies. Tout dépend de l'état d'esprit des Allemands. Ils se sont tellement concentrés sur leurs propres problèmes (ce qui est normal) que les autres leur semblent lointains. […] l'affaire allemande est un frein objectif."

992 Ibid.: „Il faut faire attention à la psychologie. Les Allemands de l'Est y sont sensibles."

993 Ibid.: „L'unité allemande n'est pas un problème pour la France. Qu'elle aille vite, lentement, c'est votre affaire. Les nôtres, ce sont les conséquences."

994 ANF, 5 AG 4, CDM 33: Note von Guigou vom 15. 3. 1990 für Mitterrand.

einigung im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft zu verwirklichen. François Mitterrand hatte sein mit der Reise vom Dezember verfolgtes Ziel – zumindest teilweise – erreicht und war damit den von Charles de Gaulle vorgezeichneten Weg konsequent zu Ende gegangen.

# Ein chronologisches Fazit

Auch wenn die Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR auf den verschiedenen Ebenen keiner einheitlichen Chronologie folgen, so lässt sich doch eine allgemeine Entwicklung feststellen, die sich von den frühen 1950er Jahren bis hin zur Mitterrand-Reise von 1989 erstreckt. Auf einer spezifischen, nicht selten idealisierenden Perzeption gründend, entwickelte sich allmählich ein Interesse für die DDR, das sich im Laufe der Jahrzehnte in ein konkretes Engagement für den Austausch mit der DDR wandelte und schließlich in bilaterale Beziehungen mündete. Dabei ermöglicht das jahrzehntelange Fehlen einer treibenden politischen Kraft auf französischer Seite, die allmähliche Entstehung der Beziehungen auf der Basis privatgesellschaftlicher Initiativen nachzuvollziehen.

Einer der Ausgangspunkte für die Beziehungen Frankreichs zur DDR in den 1950er Jahren war das spezifische Interesse kleiner Kreise an bestimmten Aspekten des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens in der DDR. Es handelte sich hierbei um ganz unterschiedliche Bereiche wie etwa die Bodenreform, die Verstaatlichung der Industrie oder auch das Theater von Brecht. In den 1950er Jahren wurde das Interesse am Handel mit der DDR und an der Leipziger Messe sogar vom französischen Wirtschaftsministerium forciert, das auf die Eventualität einer deutschen Wiedervereinigung vorbereitet sein wollte. Hinzu kamen vereinzelt Kontakte zwischen französischen und deutschen Widerstandskämpfern, von denen die Deutschen sich nach 1945 aufgrund ihrer politischen Einstellung für die SBZ beziehungsweise für die DDR entschieden hatten. Viel bedeutsamer als die reale Existenz derartiger Verbindungen war jedoch die Wahrnehmung solcher Remigranten in Frankreich. Eng damit verbunden war ein weiterer Ausgangspunkt für das Interesse an der DDR: die negative Wahrnehmung der Bundesrepublik als Nachfolgestaat des Deutschen Reiches. Insbesondere die in Frankreich mit großem Eifer geführte Debatte über die deutsche Wiederbewaffnung im Rahmen einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft spielte in diesem Zusammenhang eine nicht zu unterschätzende Rolle. Während die Bundesrepublik im Zentrum einer die französische Öffentlichkeit polarisierenden Debatte stand, wurde das Deutschland jenseits des Eisernen Vorhangs in der französischen Perzeption zu einem deutschen Gegenentwurf – einem Gegenentwurf zu jenem ungeliebten Deutschland, das Frankreich seit 1870 dreimal mit Krieg überzogen hatte. Ein entscheidender Faktor dieses Wahrnehmungsmechanismus war der geringe Kenntnisstand über die DDR in den 1950er Jahren: Selbst für speziell an Deutschland interessierte Personenkreise, Germanisten oder Politiker jenseits der Kommunistischen Partei war es außerordentlich schwierig, an verlässliche Informationen zu gelangen. Zudem wurde die DDR im politischen Diskurs bewusst tabuisiert. Dies alles ließ sie bei der französischen Linken in den 1950er und 1960er Jahren zu einer idealen Projektionsfläche für politische Utopien und alternative Deutschlandbilder werden. Dabei bediente man sich in Ermangelung tatsächlicher Kenntnisse eines gefestigten Wahrnehmungs- und Interpretationsmusters, welches bereits das französische Deutschlandbild zur Zeit der Dritten Republik geprägt hatte. Die seit dem Krieg von 1870/71 in Frankreich äußerst populäre Theorie von einem guten

aufklärerischen und einem schlechten militaristischen Deutschland hatte auch nach dem Zweiten Weltkrieg Bestand. Begünstigt wurde die Übertragung dieses doppelten Deutschlandbildes auf die beiden seit Ende der 1940er Jahre entstehenden deutschen Staaten durch den hohen Grad an Allgemeingültigkeit, den das Denkschema im Laufe der vorangegangenen Jahrzehnte erreicht hatte.

In praktischer Hinsicht begannen die Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR auf wirtschaftlicher Ebene. Bereits vor 1949 gab es Handel zwischen der sowjetischen Besatzungszone und Frankreich und dementsprechend auch Bestrebungen, diesen Handel vertraglich zu regeln. Nach Gründung der DDR setzte man diese Verhandlungen mit den ostdeutschen Behörden fort und einigte sich bereits Ende 1953 auf ein erstes inoffizielles Handelsabkommen. Auf kultureller Ebene begannen die Beziehungen nur wenig später mit den Aufführungen des Berliner Ensembles beim ersten Internationalen Theaterfestival in Paris im Sommer 1954. Während sich die Handelsbeziehungen in den 1950er Jahren nur zögerlich entwickelten, entfalteten sich die kulturellen Beziehungen zwischen 1954 und 1960 auf geradezu spektakuläre Weise. Die viel beachteten Erfolge des Berliner Ensembles waren nicht nur Ausgangspunkt für einen bedeutenden Kulturtransfer im Bereich des Theaters von Ost nach West – eine Seltenheit im Zeitalter des Kalten Krieges –, sondern auch Grundlage für die Kulturbeziehungen zwischen beiden Staaten in den kommenden Jahrzehnten. Während die französische Politik die Entwicklung von kulturellem Austausch mit der DDR bis zur zweiten Berlin-Krise, obschon in einem sehr engen Rahmen, duldete, versuchte sie im selben Zeitraum die Handelsbeziehungen zu befördern, um zumindest auf diesem Wege über Kontakte zum zweiten deutschen Staat zu verfügen. Nach einem Jahrzehnt, in dem das französische Deutschlandbild ganz entscheidend von der Debatte über die Wiederbewaffnung geprägt worden war, wuchs gegen Ende der 1950er Jahre in Frankreich nicht nur das Bedürfnis nach Versöhnung mit dem deutschen Nachbarn, sondern auch das Interesse am Deutschland jenseits des Eisernen Vorhangs. Diese Entwicklung spiegelte sich sowohl in der Gründung einer Freundschaftsgesellschaft 1958 als auch in dem 1959 einsetzenden „parlamentarischen Tourismus“ in die DDR. Dabei gilt nicht nur für diesen Bereich der Beziehungen, dass nicht das Angebot seitens der DDR, in diesem Fall die Einladungen an französische Parlamentarier, sondern die Nachfrage auf französischer Seite, hier die Annahme entsprechender Einladungen, den Umfang und das Tempo der Beziehungen bestimmt haben.

Die Zuspitzung der zweiten Berlin-Krise seit 1960, die Verschärfung der Spannungen zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion sowie schließlich der Bau der Berliner Mauer 1961 stellten eine in vielfältiger Hinsicht einschneidende Zäsur in den Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR dar. Die Auswirkungen dieser Ereignisse waren hingegen je nach Bereich sehr unterschiedlich: So fanden die Beziehungen auf kultureller Ebene bereits 1960 mit der Neuregelung der TTD-Vergabe für Ostdeutsche und der verschärften Kontrolle von Reisen französischer Wissenschaftler in die DDR ein jähes Ende. Die Anzahl von Reisen französischer Parlamentarier in die DDR verringerte sich zwar merklich, vollständig konnte der *Quai d'Orsay* den parlamentarischen Tourismus aber nicht zum Erliegen bringen. Die Handelsbeziehungen profitierten sogar von der internatio-

nalen Krise – französische Stahlexporte führten 1960/61 zu einer Verdoppelung des globalen Handelsvolumens. Wenn die Wirtschaftsbeziehungen nach 1961 dennoch zurückgingen, so lagen dem vor allem strukturelle Defizite zugrunde; Sanktionsmaßnahmen wurden nicht ergriffen. Die vielleicht wichtigste Auswirkung hatten die Ereignisse vom August 1961 jedoch auf die Wahrnehmung der DDR. Der zweite Staat auf deutschem Boden wurde in Frankreich nun sehr viel deutlicher als ein eigenständiges, geografisch-politisch von der Bundesrepublik verschiedenes Staatsgebilde wahrgenommen. Es mag paradox klingen, aber genau dieser Wandel in der Wahrnehmung war eine entscheidende Grundvoraussetzung für das verstärkte Engagement zugunsten von Beziehungen mit der DDR im kommenden Jahrzehnt.

Das Ummünzen von Interesse an bestimmten Aspekten des kulturellen oder gesellschaftlichen Lebens in der DDR in konkretes Engagement für Beziehungen mit diesem Staat war in den 1960er Jahren die Aufgabe der *Échanges franco-allemands*. Diese in einem linksintellektuellen Umfeld entstandene Gesellschaft füllte nicht nur das seit 1960 bestehende Vakuum im kulturellen Austausch, sondern koordinierte auch die Beziehungen auf parlamentarischer Ebene und wurde damit binnen weniger Jahre zu einem Hauptakteur in den französisch-ostdeutschen Beziehungen. Besonderen Auftrieb erhielten die Beziehungen in beiden Bereichen 1963, dem Jahr, in dem die von Charles de Gaulle und Konrad Adenauer betriebene deutsch-französische Versöhnungsarbeit durch den Élysée-Vertrag besiegelt wurde. Die um seine Ratifizierung entstandenen Querelen in den deutsch-französischen Beziehungen mündeten in einer Neuausrichtung der französischen Außenpolitik hinsichtlich des „deutschen Problems“ im Besonderen und der Ost-West-Beziehungen im Allgemeinen. Konträr zur deutschlandpolitischen Grundhaltung der französischen Regierung und dennoch ganz im Zeichen dieser neuen französischen Ost- und Entspannungspolitik stand die zweite Welle von Reisen französischer Parlamentarier in die DDR (1963/64–1966). Qualitativ und quantitativ höherwertig als drei Jahre zuvor, schlugen sich diese Aktivitäten nun auch in der Arbeit des Parlaments nieder: 1964 wurde die DDR auf diesem Wege erstmals zu einem zentralen Sitzungsthema des Auswärtigen Ausschusses der französischen Nationalversammlung. Die Aufmerksamkeit, die derartige Aktivitäten in Bonn weckten, reduzierte jedoch gleichzeitig den Handlungsspielraum der französischen Regierung bei der Normalisierung ihrer Beziehungen zur DDR in anderen Bereichen erheblich. Erst 1966, als die französisch-sowjetischen Beziehungen mit der Moskau-Reise von Charles de Gaulle bereits einen Höhepunkt erreicht hatten, wurden erste Auswirkungen der französischen Ost- und Entspannungspolitik auch im Umgang mit der DDR spürbar: Dazu zählte das Gastspiel des Deutschen Theaters in Paris ebenso wie die Aufhebung der Kontingentierung bei einem Großteil der für den Import vorgesehenen ostdeutschen Produkte. Waren die Kontakte zur DDR in Frankreich in den 1950er Jahren eindeutig in den Kontext der deutsch-französischen Beziehungen eingeordnet worden, so wurden sie nun verstärkt auch im Kontext der französisch-sowjetischen Beziehungen wahrgenommen. Aus der Perspektive der französischen Außenpolitik befand sich die DDR damit quasi an der Schnittstelle zwischen den französisch-westdeutschen und den französisch-sowjetischen Beziehungen.

Wie auf kultureller Ebene waren es in den 1960er Jahren auch auf wirtschaftlicher Ebene vor allem private Akteure, die sich für eine Normalisierung der Beziehungen einsetzten. Das französische Wirtschaftsministerium unterstützte die Beteiligung der französischen Industrie auf der Leipziger Messe nur auf indirektem Wege, nachdem eine französische Initiative, die auf einen Boykott aller NATO-Mitglieder zielte, gescheitert war. Aufgrund der zunehmenden Konkurrenz der Westeuropäer auf dem ostdeutschen respektive dem osteuropäischen Markt, zu dem die Leipziger Messe das Tor war, und weil die Hallstein-Doktrin allmählich an Bedeutung verlor, war Frankreich in den kommenden Jahren zu weiteren Konzessionen in den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR bereit. Das wohl deutlichste Signal in diesem Bereich war der Verkauf der SECAM-Technologie an die DDR gegen den Willen der Bundesregierung. Frankreich wollte der Bundesrepublik damit zu verstehen geben, dass die Normalisierung der Beziehungen zur DDR nicht allein eine innerdeutsche Angelegenheit sei und vor allem, dass es an der Zeit wäre, in Sachen Ostpolitik neue Wege zu beschreiten. Das entscheidende Gespräch in dieser Angelegenheit zwischen dem französischen und dem bundesdeutschen Außenminister fand nur einen Monat nach dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in Prag statt.

Zwar waren an der Niederschlagung des Prager Frühlings im August 1968 fast keine ostdeutschen Soldaten beteiligt, die lautstarke Zustimmung der DDR-Führung und die Truppenbewegungen an der Grenze zur Tschechoslowakei sollten der Öffentlichkeit in Ost und West jedoch einen anderen Eindruck vermitteln. Die Auswirkungen auf die Wahrnehmung der DDR in Frankreich waren von einschneidendem Charakter. Eine auf relativer Unkenntnis basierende und deshalb in linken Kreisen weitestgehend unkritische Sicht auf die DDR hatte bis dahin die Projektion eines uneingeschränkt positiven Deutschlandbildes sowie utopischer Sozialismusvorstellungen auf dieses „andere Deutschland" ermöglicht. Genau hierauf gründete aber nicht selten das Interesse an der DDR sowie am Ausbau der bilateralen Beziehungen von französischer Seite. Diese Grundlage ging nun verloren und machte aus den Ereignissen die wohl tiefstgreifende Zäsur im französisch-ostdeutschen Verhältnis. Jegliches auf positivem Interesse an der DDR basierende Engagement für diese Beziehungen war nachhaltig gestört. Um die durch den Utopieverlust ausgelöste Krise zu überwinden, entschlossen sich die Leitungsgremien der *Échanges franco-allemands*, die Arbeit der Gesellschaft stärker auf das Ziel der Anerkennung der DDR auszurichten. Eine Entscheidung, die die Gesellschaft einige Jahre später, nämlich nach Erreichen des Ziels, vor erhebliche Orientierungsschwierigkeiten stellen sollte. An der Krise von 1968 scheiterte schließlich auch der erste Anlauf zur Gründung einer Freundschaftsgesellschaft in der französischen Nationalversammlung.

Ungeachtet dieser Krise auf privatgesellschaftlicher Ebene erfuhr die Normalisierung der Beziehungen auf kultureller und wirtschaftlicher Ebene in den kommenden zwei, drei Jahren jedoch einen bedeutenden Schub. Bereits im Sommer 1969 wurden erste Zugeständnisse auf kultureller Ebene gemacht. Aber erst die Neuausrichtung der bundesdeutschen Außenpolitik unter Willy Brandt im Herbst desselben Jahres verlieh Frankreich den nötigen Spielraum für eine umfassende Normalisierung seiner Beziehungen zur DDR. Dies machte sich zunächst auf

wirtschaftlicher Ebene bemerkbar. Die französische Industrie hatte sich im Laufe der 1960er Jahre mit Beharrlichkeit eine komfortable Ausgangsposition für Handel und wirtschaftliche Kooperation mit der DDR erarbeitet: Auf der Leipziger Messe war Frankreich auch ohne einen offiziellen Stand zum zweiten westlichen Aussteller nach der Bundesrepublik avanciert. Dementsprechend wuchs gegen Ende der 1960er Jahre kontinuierlich der Druck auf die französische Regierung, die für einen Ausbau der Beziehungen notwendigen politischen Rahmenbedingungen zu schaffen. Aber erst die Regierungswechsel in Bonn und Paris erlaubten eine qualitative Veränderung. Binnen kürzester Zeit wurden Ende 1969 beziehungsweise Anfang 1970 die Eröffnung eines Büros der französischen Industrie in Ost-Berlin genehmigt, ein Handelsabkommen über fünf Jahre unterzeichnet und die Laufzeit für Kredite über das im EWG-Rahmen bisher Übliche verlängert. Frankreich hatte damit seine Position als bedeutendster westlicher Handelspartner der DDR ausgebaut (wenn man vom innerdeutschen Handel absieht). Die DDR verpflichtete sich im Gegenzug, Industriegüter für zwei Milliarden FF zu importieren – mehr als die Summe aller Importe seit 1950. Auch auf kulturellem Gebiet wurden nun zahlreiche Projekte genehmigt, die bislang an den politischen Verhältnissen gescheitert waren. Um den Ausbau von Städtepartnerschaften nicht länger zu behindern, wurden zudem Reiseerleichterungen beschlossen. Bereits 1971 konnte der französische Außenminister vor dem Auswärtigen Ausschuss der Nationalversammlung konstatieren, dass Frankreich die „patrie de Brecht" anerkannt habe. Um die Kulturbeziehungen mit der DDR auch ohne eine offizielle Ebene weiter ausbauen zu können, war man im *Quai d'Orsay* nun sogar bereit, mit den *Échanges franco-allemands* zusammenzuarbeiten, jener Gesellschaft also, deren Aktivitäten man im vorangegangenen Jahrzehnt nach Kräften zu verhindern gesucht hatte. Die EFA erlebten gerade zu Beginn der 1970er Jahre eine breite Zustimmung für ihr Engagement: An einer Unterschriftenkampagne für die diplomatische Anerkennung beteiligten sich 250 000 Franzosen, und an den von ihr initiierten parlamentarischen Freundschaftsgesellschaften nahmen zur selben Zeit 130 Abgeordnete und Senatoren teil. Vor allem mit den Aktivitäten auf parlamentarischer Ebene gelang es den EFA, an entscheidender Stelle allgemeines Interesse für die DDR in konkretes Engagement für Beziehungen mit dem zweiten deutschen Staat umzuwandeln. In den kommenden Jahren wurde die derart institutionell gefestigte parlamentarische Diplomatie zu einem gefragten Partner der französischen Diplomatie. Das gesamte folgende Jahrzehnt über bot diese Ebene dem *Quai d'Orsay* unter Umgehung einer offiziellen Ebene zahlreiche Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme mit der DDR.

Zu Beginn der 1970er Jahre hatte Frankreich die Beziehungen in praktischer Hinsicht somit kontinuierlich ausgebaut. Der Rhythmus der Normalisierung war vor allem an die Entspannungspolitik der Bundesrepublik gebunden. Nach erfolgreichen Verhandlungen in Moskau und Warschau stellte die Ratifizierung der dort ausgehandelten Verträge die Bundesregierung indes innenpolitisch vor große Herausforderungen. Wenn Frankreich mit Blick auf die Umsetzung der Brandtschen Ostpolitik die Normalisierung seiner Beziehungen mit der DDR zeitweilig nicht weiter verfolgte, so ist dies nicht als Ausdruck eines Kräfteverhältnisses zu verstehen, bei dem die Bundesrepublik den Ton angab. Vielmehr hatte Frankreich

ein großes Interesse am Gelingen der westdeutschen Ostpolitik: Die Regierung Brandt mit Initiativen im Bereich der französisch-ostdeutschen Beziehungen vor der eigenen Opposition zu diskreditieren und sie damit zu behindern, hätte bedeutet, eigenen deutschland- und europapolitischen Interessen zu widersprechen. Erst nach dem Inkrafttreten der Ostverträge und des Vier-Mächte-Abkommens konnten weitere Schritte auf dem Weg der Normalisierung gegangen werden. So wurde das Büro der französischen Industrie in Ost-Berlin ab Herbst 1972 allmonatlich für zehn Tage zur offiziellen Handelskammer. Zur selben Zeit intensivierte der *Quai d'Orsay* die Vorbereitungen für die Aufnahme offizieller Beziehungen zur DDR. Dass man für die in Ost-Berlin zu eröffnende Botschaft von Beginn an eine im Verhältnis zu ihrer Größe besonders umfangreiche Wirtschaftsabteilung sowie die Ernennung eines Kulturattachés einplante, zeugt von der Absicht der französischen Diplomatie, die Beziehungen zur DDR in den Dienst der französischen KSZE-Politik zu stellen und die Beziehungen auf politischer Ebene möglichst klein zu halten. Mit der Ernennung eines Kulturattachés unterschieden sich die Aktivitäten der französischen Diplomatie in der DDR nach 1973 zudem deutlich von denen ihrer westlichen Partner.

Während in der Bundesrepublik noch um die Ratifizierung der Ostverträge gerungen wurde, begannen nicht nur in Paris die Vorbereitungen für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR. Dabei wurde ein multilateraler Verhandlungsmarathon auf den unterschiedlichsten Ebenen in Gang gesetzt, der vor allem dazu diente, die Rechte der West-Alliierten in Berlin zu sichern und damit auch ihre Verantwortung für die Zukunft Deutschlands zu wahren. Eine der wichtigsten Etappen auf diesem Weg war die Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung der vier Alliierten am 9. November 1972 über die Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten Nationen. Im Nachhinein wurde dies vom *Quai d'Orsay* sogar als eigentlicher Akt der Anerkennung der DDR durch die Französische Republik deklariert. Als im Herbst 1972 auch ein Erfolg bei den Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten über den Grundlagenvertrag allmählich absehbar wurde, gestalteten sich die Vorbereitungen für die Eröffnung einer französischen Botschaft in Ost-Berlin zusehends konkreter. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten am 9. Februar 1973 war Teil eines multilateralen Entspannungsprozesses und lag nur sehr bedingt im französischen Interesse. Zwar war Frankreich an einer Intensivierung der Beziehungen im Dienste einer allgemeinen Annäherung zwischen Ost und West in Europa gelegen, gleichzeitig musste es aber auch – schon aus eigenem Interesse – seiner Verantwortung für die Zukunft Deutschlands insgesamt gerecht werden. Dieses Dilemma zwischen Normalisierungsbestrebungen und Grundüberzeugung stellte die französische Außenpolitik nach 1973 vor besonders große Herausforderungen. Bestes Beispiel sind die Verhandlungen über ein bilaterales Konsularabkommen mit der DDR, die sich über nahezu sieben Jahre hinzogen. Erst dank eines in Washington ausgearbeiteten Formelkompromisses konnte Frankreich sich des Versuchs der DDR erwehren, über die völkerrechtliche Anerkennung der ostdeutschen Staatsbürgerschaft auch die deutsche Teilung festzuschreiben.

Der Übergang von inoffiziellen zu offiziellen Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR vollzog sich nur sehr allmählich. In allen Bereichen bediente sich

die französische Diplomatie seit Beginn der 1970er Jahre nicht staatlicher Akteure, um die Beziehungen auf offizieller Ebene vorzubereiten. Während der Übergang im wirtschaftlichen Bereich relativ reibungslos verlief und die bestehenden Institutionen ihre Arbeit unter den neuen Vorzeichen nahtlos fortsetzen konnten, war dieser Prozess im kulturellen Bereich äußerst langwierig. Die Dominanz der *Échanges franco-allemands/France-RDA* in diesem Bereich war derart ausgeprägt, dass es fast ein Jahrzehnt dauerte, bis der *Quai d'Orsay* die vollständige Kontrolle über die Kulturbeziehungen mit der DDR erlangt hatte. Besonders wichtig waren die „inoffiziellen" Akteure auf der politischen Ebene, weshalb der parlamentarischen Diplomatie vor und nach 1973 eine große Bedeutung zukam. Dies zeigte sich unter anderem am Stellenwert der Reise des französischen Parlamentspräsidenten Edgar Faure in die DDR noch vor dem Austausch von Botschaftern zwischen beiden Staaten. Bis weit in die 1980er Jahre hinein dienten parlamentarische Kontakte häufig als Ersatz für offizielle Kontakte auf Regierungsebene. Paradoxerweise lässt sich insgesamt feststellen, dass sich in allen Bereichen mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen kaum etwas änderte. Diese verblüffende Stagnation in den französisch-ostdeutschen Beziehungen hatte verschiedene Gründe: So war das Normalisierungspotenzial der Beziehungen bereits zu Beginn der 1970er Jahre gewissermaßen erschöpft worden; auch machte sich bemerkbar, dass das Interesse für die DDR als das „andere Deutschland" seit 1968 schwand; und schließlich waren die von beiden Seiten mit diesen Beziehungen verbundenen Konzeptionen nur schwer miteinander vereinbar. Besonders deutlich wurden die Interessengegensätze zwischen Frankreich und der DDR am Verhältnis von Beziehungen auf kultureller sowie auf politischer Ebene: Während Frankreich sehr viel Wert auf den Abschluss eines Kulturabkommens und die Eröffnung von Kulturzentren legte, war die DDR vor allem an politischen Kontakten auf höchster Ebene interessiert. Empfand die DDR die französischen Interessen als Einmischung in innere Angelegenheiten und als Bedrohung, so bewertete Frankreich die ostdeutschen Absichten als unvereinbar mit seiner deutschlandpolitischen Grundüberzeugung.

Ende der 1970er Jahre war die Zeit des privatgesellschaftlich dominierten Engagements in den verschiedenen Bereichen der Beziehungen im Wesentlichen beendet. Sie erlangten nun zunehmend eine Form, die immer stärker jenen bilateralen Beziehungen entsprach, wie sie Frankreich zu anderen osteuropäischen Staaten unterhielt. Den Auftakt für diese die 1980er Jahre kennzeichnende Entwicklung bildete die Reise von Jean François-Poncet in die DDR im Juli 1979. Lange war diese Reise eines französischen Außenministers nach Ost-Berlin im *Quai d'Orsay* vorbereitet worden, wozu sogar die Reise des französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing im selben Jahr nach West-Berlin zählte. Die erste Reise eines Außenministers der drei Westalliierten nach Ost-Berlin sollte nicht den geringsten Zweifel an der französischen Grundhaltung gegenüber der DDR und Deutschland insgesamt aufkommen lassen. Es ist diese bereits von Charles de Gaulle 1959 definierte und bei allen Kontakten mit der ostdeutschen Regierung kontinuierlich vertretene Grundhaltung, die bis zum Ende der 1980er Jahre eine vollständige Normalisierung der Beziehungen verhindert hat. Auf die Reise von François-Poncet folgte in den Jahren 1980/81 die Unterzeichnung einer

ganzen Reihe von bilateralen Abkommen. Dieser Aufschwung in den französisch-ostdeutschen Beziehungen stand nur scheinbar im Widerspruch zur Rückkehr in den Kalten Krieg, die sich seit Mitte der 1970er Jahre vollzogen hatte.

Die Intensivierung der Beziehungen zur DDR zu Beginn der 1980er Jahre war im Einzelnen das Ergebnis langwieriger und zäher Verhandlungen, könnte aber auch als eine Antwort Frankreichs auf den wieder an Bedeutung gewinnenden Bilateralismus in den Ost-West-Beziehungen verstanden werden und als ein Versuch, in ostpolitischer Hinsicht einen gewissen Führungsanspruch geltend zu machen. Auf kultureller Ebene hatte Frankreich sich mit seinen Vorstellungen gegenüber der DDR weitestgehend durchsetzen können, die Eröffnung von Kulturzentren in Ost-Berlin und Paris markierten den besonderen Stellenwert der Kulturbeziehungen. Der mit den Gastspielen des Berliner Ensembles in Paris in den 1950er Jahren ausgelöste Kulturtransfer im Bereich des Theaters fand einen Nachhall bis zum Ende der DDR und darüber hinaus etwa im Wirken verschiedener von Brecht und Felsenstein geprägter Regisseure aus der DDR auf französischen Bühnen. Wie auf kultureller Ebene konnte Frankreich auch auf wirtschaftlicher Ebene zu Beginn des Jahrzehnts die Früchte seiner Hartnäckigkeit ernten. Neue Abkommen und Verträge zogen eine signifikante Steigerung des Handelsvolumens nach sich. Mit Blick auf die sehr viel umfangreicheren innerdeutschen Handelsbeziehungen konnte die für Frankreich bis 1989 defizitäre Handelsbilanz dem Streben der französischen Industrie nach einer besseren Nutzung des vermeintlich vielversprechenden Potenzials des ostdeutschen Marktes jedoch nichts anhaben. Hier befanden sich die französisch-ostdeutschen Beziehungen an der Schnittstelle zwischen europäischem Integrationsprozess und Kaltem Krieg: Dem Streben nach einer Beseitigung der Sonderstellung des innerdeutschen Handels innerhalb der Europäischen Gemeinschaft aus wirtschaftlichen Interessen stand das politische Interesse an einer Überwindung der deutschen Teilung gegenüber. Die Reise von François-Poncet war schließlich auch Ausgangspunkt für eine Intensivierung der Kontakte auf politischer Ebene, als deren Höhepunkte die Reisen von Laurent Fabius als Regierungschef 1985 und schließlich von François Mitterrand als Staatschef im Dezember 1989 angesehen werden können. Im Vergleich dazu verlor die parlamentarische Diplomatie allmählich an Bedeutung. Gegenüber früheren Jahrzehnten sorgten die zahlreichen Kontakte auf Regierungsebene auch für eine zunehmende Harmonisierung der Beziehungen in den verschiedenen Bereichen. Es stellt sich die Frage, ob sich damit nicht auch ihr Charakter im letzten Jahrzehnt in gewissem Maße verändert hat. Eine Frage, die sich aufgrund der bislang verfügbaren Quellen noch nicht vollständig beantworten lässt.

Mit der Reise von François Mitterrand war der höchste Grad an Normalisierung erreicht. Doch diese Normalisierung täuscht darüber hinweg, dass der Normalisierung seiner Beziehungen zur DDR für Frankreich immer eine feste Grenze gesetzt war. Sinn und Zweck der Reise war es, den in greifbare Nähe gerückten deutschen Einigungsprozess in einen gesamteuropäischen Einigungsprozess einzubetten und zu verhindern, dass der eine den anderen verzögern würde. Die Historiografie hat zwar gezeigt, dass die Fundamente der Nachkriegsordnung nicht erst in Jalta gelegt wurden. Mit der deutschen und der europäischen Einheit in den Jahren von 1989 bis 1992 endete jedoch das, was gemeinhin als „Ordnung von

Jalta" bezeichnet wird. Es war diese während des Zweiten Weltkrieges entstandene internationale Ordnung, welche den Rahmen für die Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR vorgegeben, sie zunächst ermöglicht und später sogar notwendig gemacht hatte. Mit ihr verschwanden sie auch wieder.

Am 2. Oktober 1990 wurde die französische Botschaft in Berlin geschlossen und damit die diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR nur siebzehn Jahre nach ihrer Aufnahme beendet. Das französische Interesse an der DDR bestand hingegen fort und ist selbst heute noch lebendig. Davon zeugt nicht nur der Fortbestand der *Échanges franco-allemands*, davon zeugen auch unzählige Publikationen und Forschungsarbeiten, die in Frankreich seit 1990 entstanden sind.[1] Das französische Interesse an der DDR entsprang dem ambivalenten Verhältnis Frankreichs zu seinem deutschen Nachbarn, ist historisch gewachsen und daher gewissermaßen konsequent. Dennoch hat es nur in begrenztem Maße etwas mit der DDR als einem realen Gegenstand zu tun. Das französische Interesse an der DDR kennt sehr verschiedene Motive – ihnen zugrunde lag in aller Regel das Interesse an einem „anderen", eigenen Vorstellungen entsprechenden Deutschland. Dass die DDR vornehmlich von linken Intellektuellen und Künstlern als ein mögliches „anderes Deutschland" wahrgenommen wurde, lässt sich auf eine selektive Wahrnehmung der DDR sowie auf das besondere Interesse an der ostdeutschen Theater- und Kulturszene, aber auch an alternativen Gesellschaftsmodellen zurückführen. 1968 zerbrach diese Verbindung zwischen dem historischen Konzept des „anderen Deutschlands" und der DDR im Wesentlichen; in der Folge wandelte sich das Interesse an der DDR und ging langfristig deutlich zurück. Trotzdem wurde die DDR auch in den nachfolgenden beiden Jahrzehnten mit dem „anderen Deutschland" in Verbindung gebracht. Davon zeugt nicht zuletzt eine mit Unterstützung des französischen Ministeriums für Kultur im Januar 1990 in Paris ausgerichtete Veranstaltung unter dem Titel „L'autre Allemagne hors les murs", mit der die Arbeiten ostdeutscher Künstler einem breiten französischen Publikum zugänglich gemacht wurden.[2]

Das Interesse an der DDR ist eine Episode der sich über mehr als ein Jahrhundert erstreckenden französischen Suche nach dem „anderen Deutschland". Hierin gründet auch der eigentliche Unterschied der französisch-ostdeutschen zu den italienisch-ostdeutschen oder britisch-ostdeutschen Beziehungen. Obschon in einem etwas anderen Sinne, entsprach auch die Reise von François Mitterrand in die DDR dieser Suche. Die Auseinandersetzung mit den Beziehungen Frankreichs zur DDR in einer Perspektive der „longue durée" lässt die Verbindung zwischen den „forces profondes" im Verhältnis zum deutschen Nachbarn sowie der historischen Deutschlandwahrnehmung und den mit dieser Reise verbundenen politischen Entscheidungen deutlich zutage treten.

Die Teilung der deutschen Nation wurde in Frankreich spätestens seit den 1950er Jahren als etwas Unnatürliches wahrgenommen, das auf Dauer keinen

[1] Als Querschnitt aktueller französischer Forschungen über die DDR cf. Kott/Droit, Die ostdeutsche Gesellschaft.

[2] ANF, 5 AG 4, CD 187: Beschreibung des Projekts „L'autre Allemagne hors les murs", übermittelt von Lang an Hennekinne.

Bestand haben würde. Die Überwindung dieser Teilung musste dementsprechend allein schon aus sicherheitspolitischen Erwägungen immer auch im Interesse Frankreichs liegen. Für die Wiederherstellung der deutschen Einheit hatte Frankreich jedoch ganz eigene Vorstellungen: Um die bis 1989 erfolgreiche europäische Integration der Bundesrepublik nicht zu gefährden, sollte sie in einem europäischen Rahmen verwirklicht werden. Dahinter stand die Absicht, den deutschen Nachbarn im Blick haben zu können, eine diffuse Gefährdung auch weiterhin beherrschbar zu machen. Der französische Wunsch, auf die deutsche Einheit Einfluss nehmen zu können, ist hingegen noch sehr viel älter. Bereits Elme Caro hatte 1870 genaue Vorstellungen, wie eine deutsche Einheit im Sinne Frankreichs auszusehen habe.[3] In der deutschen Einheit sah er ebenso wie in der Rückkehr zum Deutschland der Aufklärung die Voraussetzungen für eine dauerhafte Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland.

Am 2. Oktober 1990 endete im Westteil Berlins mit der Verabschiedung der westalliierten Stadtkommandanten gleichzeitig auch der Besatzungsstatus. Die hartnäckige Verteidigung des alliierten Berlin-Status in den vorangegangenen Jahrzehnten, nicht zuletzt gegenüber der DDR, hatte Frankreich 45 Jahre nach Kriegsende in die Lage versetzt, sich, indem es an der Gestaltung eines neuen, „anderen Deutschlands" mitwirken konnte, einen alten Traum zu erfüllen.

[3] Caro, La morale de la guerre, S. 594: „Gardons ce que nous pourrons préserver de cette noble et libérale sympathie qui devrait survivre entre les esprits cultivés des deux races, les deux grandes ouvrières de la civilisation moderne, et préparer le jour de leur réconciliation dans la justice et dans la paix. Cette réconciliation je ne l'estime durable qu'à deux conditions: la première, c'est que l'Allemagne revienne aux nobles leçons d'Emmanuel Kant et désavoue à tout jamais celles qu'elle a reçues de M. de Bismarck. La seconde condition, c'est que l'unité, qui est, je le reconnais, dans la destinée de la race germanique et que nous ne devons ni entraver ni troubler, se fasse par l'esprit allemand, non pas par l'esprit prussien. […] Avec l'unité allemande, la paix perpétuelle pourrait n'être pas un vain rêve. Avec l'unité prussienne, je crains qu'elle ne soit qu'une sanglante chimère."

# Abkürzungsverzeichnis

| | |
|---|---|
| AA | Auswärtiges Amt |
| AD93 | Archives départementales de la Seine-Saint-Denis |
| ADN | Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst |
| AEFA | Archives des Échanges franco-allemands |
| AFAA | Association française d'action artistique |
| AFP | Agence France-Presse |
| AMAE | Archives du ministère des Affaires étrangères |
| ANF | Archives nationales de France |
| AP | Archives parlementaires |
| ATO | Allied Travel Office |
| | |
| BE | Berliner Ensemble |
| BEIF | Bureau économique de l'industrie française (Berlin) |
| BMGB | British Military Government, Berlin |
| BNF | Bibliothèque nationale de France |
| BSO | Berliner Sinfonie-Orchester |
| | |
| CADA | Commission d'accès aux documents administratifs |
| CAEF | Centre des archives du ministère de l'Économie, des Finances et de l'Industrie |
| CAEM | Conseil d'assistance économique mutuelle |
| CAP | Centre d'analyse et de prévision (MAE) |
| CAPES | Certificat d'aptitude au professorat de l'enseignement du second degré |
| CD | Centre démocratique |
| CDU | Christlich-Demokratische Union |
| CED | Communauté européenne de défense |
| CEE | Communauté économique européenne |
| CFT | Compagnie française de télévision |
| CGT | Confédération générale du travail |
| CNCE | Comité national du commerce extérieur |
| CNI | Centre national des indépendants |
| CNIP | Centre national des indépendants et paysans |
| CNPF | Conseil national du patronat français |
| CNRS | Centre national de la recherche scientifique |
| CNSM | Conservatoire national supérieur de musique |
| COCOM | Coordinating Committee for Multilateral Export Controls |
| COFACE | Compagnie française d'assurance pour le commerce extérieur |
| CRAPS | Centre républicain d'action paysanne et sociale |
| CRARS | Centre républicain d'action rurale et sociale |
| ČSSR | Československá socialistická republika (Tschechoslowakische Sozialistische Republik) |

| | |
|---|---|
| DAC | Direction des Affaires culturelles (MAE) |
| DAEF | Direction des Affaires économiques et financières (MAE) |
| DBPO | Documents on British Policy Overseas |
| DCAAC | Direction des Conventions administratives et des Affaires consulaires (MAE) |
| DDR | Deutsche Demokratische Republik |
| DEFA | Deutsche Film AG |
| DEU | Direction d'Europe (MAE) |
| Deufra | Deutsch-französische Gesellschaft der DDR |
| DFF | Deutscher Fernsehfunk (DDR) |
| DGACT | Direction générale des Affaires culturelles et techniques (MAE) |
| DGRC | Direction générale des Relations culturelles (MAE) |
| DGRCST | Direction générale des Relations culturelles, scientifiques et techniques (MAE) |
| DIA | Deutscher Innen- und Außenhandel |
| DOM-TOM | Départements d'outre-mer et territoires d'outre-mer |
| DRC | Direction des Relations culturelles (MAE) |
| DREE | Direction des Relations économiques extérieures (MinEFI) |
| DT | Deutsches Theater, Berlin |
| | |
| EA | Service des Échanges artistiques (MAE) |
| ED | Entente démocratique |
| EFA | Échanges franco-allemands |
| EFTA | European Free Trade Association |
| EG | Europäische Gemeinschaft |
| EGKS | Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) |
| ENSA | Société d'ingénierie du groupe Schneider |
| EU | Europäische Union |
| EVG | Europäische Verteidigungsgemeinschaft |
| EWG | Europäische Wirtschaftsgemeinschaft |
| | |
| FCO | Foreign and Commonwealth Office (brit. Außenministerium seit 1966) |
| FDP | Freie Demokratische Partei |
| FF | Franc français |
| FGDS | Fédération de la gauche démocratique et socialiste |
| FIMTM | Fédération des industries mécaniques et transformatrices des métaux |
| Finex | Direction des Finances extérieures (MinEFI) |
| FLN | Front de libération nationale |
| FMVJ | Fédération mondiale des villes jumelées |
| FNSP | Fondation nationale des sciences politiques |
| FO | Foreign Office (brit. Außenministerium bis 1966) |
| FSRG | Formation des sénateurs radicaux de gauche |
| | |
| GD | Gauche démocratique |

| | |
|---|---|
| GDR | German Democratic Republic |
| GLAM | Groupe de liaisons aériennes ministérielles |
| GMFB | Gouvernement militaire français à Berlin |
| GRDE | Groupe du rassemblement démocratique et européen |
| IOM | Indépendants d'outre-mer |
| ITI | Internationales Theaterinstitut (UNESCO) |
| JO | Journal officiel de la République française |
| JOCE | Journal officiel des Communautés européennes |
| k. A. | keine Angaben |
| KfA | Kammer für Außenhandel der DDR |
| KPdSU | Kommunistische Partei der Sowjetunion |
| KSZE | Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa |
| KZ | Konzentrationslager |
| LOT | Polskie Linie Lotnicze (poln. Fluggesellschaft) |
| LPG | Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft |
| MAC | Ministère des Affaires culturelles |
| MAE | Ministère des Affaires étrangères (auch *Quai d'Orsay*) |
| MfAA | Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR |
| MfK | Ministerium für Kultur der DDR |
| MinED | Ministère de l'Éducation nationale |
| MinEF | Ministère des Finances et des Affaires économiques |
| MinEFI | Ministère de l'Économie, des Finances et de l'Industrie |
| MinInt | Ministère de l'Intérieur |
| MRG | Mouvement des radicaux de gauche |
| MRP | Mouvement républicain populaire |
| MSP | Mouvement solidarité participation |
| Mus. Nachl. | Musikabteilung Nachlass (SBB) |
| NATO | North Atlantic Treaty Organization |
| NAUK | The National Archives (UK) |
| n. i. | non inscrit |
| NVA | Nationale Volksarmee |
| OCDE | Organisation de coopération et de développement économiques |
| ONU | Organisation des Nations unies |
| ORTF | Office de radiodiffusion télévision française |
| OTAN | Organisation du traité de l'Atlantique Nord |
| PA/AA | Politisches Archiv des Auswärtigen Amts |
| PAL | Phase Alternation Line (Farbfernsehnorm) |
| PCF | Parti communiste français |
| PDM | Progrès et démocratie moderne |

| | |
|---|---|
| PDS | Partei des Demokratischen Sozialismus |
| POLEX | Section de politique extérieure (PCF) |
| PRL | Parti républicain de la liberté |
| PS | Parti socialiste |
| PSRG | Parti socialiste et des radicaux de gauche |
| PSU | Parti socialiste unifié |
| Rad.-soc. | Radical-socialiste |
| RD | Rassemblement démocratique |
| RDA | République démocratique allemande |
| RDE | Rassemblement démocratique et européen |
| RDS | Réformateurs démocrates sociaux |
| RDSE | Rassemblement démocratique et social européen |
| REPAN | Représentant permanent de la France au conseil Atlantique Nord (ständiger Vertreter Frankreichs bei der NATO) |
| Rép. prog. | Républicain progressiste |
| Rép. soc. | Centre national des républicains sociaux |
| RFA | République fédérale d'Allemagne |
| RI | Républicains indépendants |
| RPCD | Républicains populaires et centre démocratique |
| RPF | Rassemblement du peuple français |
| RPR | Rassemblement pour la République |
| RWG | Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe |
| SAPMO | Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv |
| S/DEUC | Sous-direction d'Europe centrale (MAE) |
| SBB | Staatsbibliothek zu Berlin |
| SBZ | Sowjetische Besatzungszone |
| SDECE | Service de documentation extérieure et de contre-espionnage |
| SDP | Sozialdemokratische Partei |
| SECAM | Séquentiel couleur à mémoire (Farbfernsehnorm) |
| SED | Sozialistische Einheitspartei Deutschlands |
| SFIO | Section française de l'Internationale ouvrière |
| SGCI | Secrétariat général du comité interministériel pour les questions de coopération économique européenne |
| SGDN | Secrétariat général de la Défense nationale |
| SNCF | Société nationale des chemins de fer français |
| SPD | Sozialdemokratische Partei Deutschlands |
| SS | Schutzstaffel |
| STO | Service du travail obligatoire |
| TDN | Théâtre des nations (bis 1956 Festival international d'art dramatique de la ville de Paris) |
| TNP | Théâtre national populaire (seit 1972 im Théâtre de la Cité, Villeurbanne) |

| | |
|---|---|
| TSF | Transmission sans fil |
| TTD | Temporary Travel Document |
| UC | Union centriste |
| UCDP | Union centriste des démocrates du progrès |
| UDF | Union pour la démocratie française |
| UDR | Union démocratique pour la V$^{e}$ République (1967/68), Union pour la défense de la République (1968–1971), Union des démocrates pour la République (1971–1976) |
| UDSR | Union démocratique et socialiste de la Résistance |
| UdSSR | Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken |
| UDT | Union démocratique du travail |
| UFR | Unité de formation et de recherche |
| UK | United Kingdom |
| UN/UNO | United Nations/United Nations Organization |
| UNESCO | United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization |
| UNR | Union pour la nouvelle République |
| URR | Union républicaine et résistante |
| URSS | Union des républiques socialistes soviétiques |
| US/USA | United States/United States of America |
| VEB | Volkseigener Betrieb |
| WMW | Vereinigung volkseigne Betriebe Werkzeugmaschinen und Werkzeuge |

# Tabellenverzeichnis

**Allgemeines**
Chronologie der französisch-ostdeutschen Beziehungen ..... CD-ROM
Französische Außenminister 1947–1990 ..... CD-ROM
Französische Botschafter in Ost-Berlin 1973–1990 ..... CD-ROM

**Geschichte der *Échanges franco-allemands/France-RDA***
Zahl der Mitglieder ..... 79
Verteilung der Mitglieder nach regionalen Schwerpunkten ..... 81
Verteilung der Mitglieder nach Départements für die Jahre 1964/65, 1968/69, 1972/75 und 1986/87 ..... CD-ROM
Nominelle Zusammensetzung des Präsidiums ..... CD-ROM
Nominelle Zusammensetzung des Nationalkomitees ..... CD-ROM
Übersicht über die Zusammensetzung des Nationalkomitees (in absoluten Zahlen) ..... 86
Übersicht über die Zusammensetzung des Nationalkomitees (prozentual) ..... 86
Neuzugänge im Nationalkomitee ..... 87
Auflagenzahlen von *Rencontres franco-allemandes* 1963–1972 ..... CD-ROM
Von den EFA in die DDR entsandte Delegationen 1958–1972 ..... CD-ROM
Zusammensetzung des Ehrenkomitees der *Association pour le respect des frontières sur l'Oder et la Neisse* 1959 ..... CD-ROM

**Wirtschaftsbeziehungen**
Handelsbilanz Frankreich-DDR 1955–1961 ..... CD-ROM
Handelsbilanz Frankreich-DDR 1962–1968 ..... CD-ROM
Handelsbilanz Frankreich-DDR 1969–1973 ..... CD-ROM
Handelsbilanz Frankreich-DDR 1974–1989 ..... CD-ROM
Auswirkungen der Getreidelieferungen auf die Exportbilanz ..... 125
Entwicklung des Handels in den Bereichen Maschinenbau und Metallverarbeitung ..... 160

**Kulturbeziehungen**
Gastspiele ostdeutscher Theater- und Opernensembles in Frankreich 1954–1973 ..... CD-ROM
Städtepartnerschaften zwischen Frankreich und der DDR 1959–1964 ..... CD-ROM

**Beziehungen auf parlamentarischer Ebene**
Präsidenten des Auswärtigen Ausschusses der französischen Nationalversammlung ..... 290
Präsidenten des Auswärtigen Ausschusses des französischen Senats ..... 292
Übersicht über die Zusammensetzung des *Groupe d'amitié France-RDA* in der französischen Nationalversammlung 1967–1990 ..... 370

Nominelle Zusammensetzung des *Groupe d'amitié France-RDA* in der französischen Nationalversammlung 1967–1990 ..... CD-ROM
Übersicht über die Zusammensetzung des *Groupe d'amitié France-RDA* im französischen Senat 1970–1987 ..... 387
Nominelle Zusammensetzung des *Groupe d'amitié France-RDA* im französischen Senat 1970–1987 ..... CD-ROM

# Quellen- und Literaturverzeichnis

## 1. Ungedruckte Quellen

(für die mit einem * versehenen Artikel und Bestände wurde eine Sondergenehmigung erwirkt, für die mit ** versehenen Artikel wurde eine Sondergenehmigung über die *Commission d'accès aux documents administratifs* erwirkt)

### Archives nationales de France, Pierrefitte-sur-Seine (ANF)

*Papiers des chefs de l'État de la Cinquième République (5 AG)*
*5 AG 1* – Charles de Gaulle*
647 Außenhandelspolitik („Conseils restreints")
670 DDR
672–678 Bilaterale Beziehungen mit der BRD
679 Berlin

*5 AG 2* – Georges Pompidou*
69 Wirtschaftsbeziehungen Frankreich-DDR
87** Bericht von Pierre Sudreau und Jean de Broglie vom 15. 7. 1971 über eine Reise in die DDR
103 Grußtelegramme der DDR-Regierung
104–106 Bilaterale Beziehungen mit der BRD
751 Übergabe des Beglaubigungsschreibens durch Ernst Scholz
985 Übergabe des Beglaubigungsschreibens durch Ernst Scholz, Photos
1009 DDR
1042 „Conseils restreints" vom 11. 7. 1969, 7. 10. 1969 und 12. 2. 1970

*5 AG 3* – Valéry Giscard d'Estaing*
933–939 Bilaterale Beziehungen mit der BRD
1095 Bilaterale Beziehungen mit der Volksrepublik Polen

*5 AG 4* – François Mitterrand*[1]
*CD (cellule diplomatique)*
177 Analysen zur deutschen Frage
187 Mitterrand-Reise 1989, „Dossier du Président"
189 Gespräche mit Oskar Fischer, Honecker-Besuch 1988
*LA (archives de Laure Adler)*
48 Monument für den Frieden
*FB (archives de Frédérique Bredin)*
29 Kulturbeziehungen Frankreich-DDR
*SB (archives de Sophie Bouchet)*
36 Kulturbeziehungen Frankreich-DDR, Presse
*EG (archives d'Élisabeth Guigou)*
98 Abkommen über Umweltschutz
204 Mitterrand-Reise 1989
213 Konsequenzen der Wiedervereinigung
214 Auswirkungen der Wiedervereinigung auf die EWG

*AH (archives d'Alain Holleville)*

[1] Bos/Vaisse, Les archives présidentielles de François Mitterrand.

34 Wirtschaftliche Kooperation DDR-EWG
35 Wirtschaftliche Konsequenzen der Wiedervereinigung

*CDM (archives de Caroline de Margerie)*
33 Deutsch-französische Beziehungen (1988–1992)

*Archives du Premier ministre**
19900488/324–327 Exportkredite, DDR (1966–1980)
19900639/40 Handelsbeziehungen DDR-EWG

*Archives du ministère de l'Industrie**
19870345/14 Bilaterale Beziehungen in der Energiewirtschaft, DDR
19900157/13 Bilaterale Beziehungen, DDR (1983)
19910036/9 Bilaterale Beziehungen, DDR (1970–1977, 1982–1983)
19910657/9 Bilaterale Beziehungen, DDR

*Archives des Assemblées nationales*
*Protokolle der Fachausschüsse, 4. Republik (série C)*
C 15308 Auswärtiger Ausschuss, 2. verfassunggebende Versammlung (1946)
C 15332–15334* Auswärtiger Ausschuss, 1. Legislaturperiode (1946–1951)
C 15591–15594* Auswärtiger Ausschuss, 2. Legislaturperiode (1951–1955)
C 15748* Ausschuss für Wirtschaftsangelegenheiten, 3. Legislaturperiode (1956–1958)
C 15749–15750* Auswärtiger Ausschuss, 3. Legislaturperiode (1956–1958)

*Protokolle der Fachausschüsse, 5. Republik (versements)**
20060132/4–5 Auswärtiger Ausschuss, 1. Legislaturperiode (1959–1962)
20060133/3–5 Auswärtiger Ausschuss, 2. Legislaturperiode (1962–1966)
20060134/2 Auswärtiger Ausschuss, 3. Legislaturperiode (1967–1968)
20060135/9–10 Auswärtiger Ausschuss, 4. Legislaturperiode (1968–1972)
20060509/6–7 Auswärtiger Ausschuss, 5. Legislaturperiode (1973–1978)

*Théâtre des nations (série 55 AJ)*
253 Ostdeutschland, Korrespondenz
296 Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen
300 Presse
304 Ostdeutschland, Berliner Ensemble und Komische Oper
315 Ostdeutschland, Deutsches Theater
335 Beziehungen mit dem ITI, UNESCO

*Nachlässe (série AP)*
*505 AP – Edgar Faure*
I/61 Korrespondenz, u. a. mit Henri Laugier
I/77 Vorarbeiten zu einem Artikel über die dt.-frz. Beziehungen
II/287 Reise in die DDR, Empfang von Gerald Götting, *France-RDA*

*518 AP – Édouard Naegelen*
6 Deutschland

*543 AP* – Édouard Balladur*
25–28 Außenpolitik 1971–1973, Dossiers „Annotations du Président"

## Archives du ministère des Affaires étrangères, La Courneuve und Nantes (AMAE)

*série Cabinet du ministre (La Courneuve)*
*sous-série Christian Pineau*
050 Nationalversammlung, Korrespondenz
*sous-série Maurice Couve de Murville*
008 Erklärungen von DDR-Politikern
010 Gipfeltreffen 1958, Arbeitsgruppe Ost-West-Beziehungen
351–352 Auswärtiger Ausschuss der Nationalversammlung
357–359 Reisen von Parlamentariern, Korrespondenz
362 Senat, Korrespondenz
363 Korrespondenz, u. a. mit Henri Laugier

*série Secrétariat général (La Courneuve)*
*sous-série Dossiers*
005 Beziehungen Frankreichs mit den USA hinsichtlich Deutschlands
*sous-série Entretiens et messages*
027 Gespräch de Gaulle-Breschnew am 21. 6. 1966
028 Gespräch de Gaulle-Brandt am 16. 12. 1966
029 Gespräch Brunet-Lahr am 9. 1. 1967
031 Gespräch Brunet-Lahr/Neff am 21. 8. 1967
032 Gespräch Brunet-Lahr am 2. 11. 1967
035 Gespräch Brunet-Lahr am 29. 10. 1968
038 Gespräch Schumann-von Braun am 8. 10. 1969
040 Dîner quadripartite mit Schumann, Roger, Stewart und Scheel am 3. 12. 1969
043 Gespräch Brunet-von Braun/Herbst am 25. 6. 1970
045 Gespräch de Broglie-Beil am 21. 10. 1970

*série Europe 1945–1955 (La Courneuve)*
*sous-série Allemagne, IV. Allemagne de l'Est*
674 Entnazifizierung in Ostdeutschland
685 Verwaltungsangelegenheiten, Privatbesitz, Beziehungen zwischen ostdeutschen Gewerkschaften und der CGT
730 Ostdeutschland, Leipziger Messe
731–733 Wirtschaftsbeziehungen mit Frankreich
739 Ostdeutschland, Transport und Kommunikation
758 Kulturbeziehungen mit Frankreich
759 Französischer Privatbesitz in Ostdeutschland

*série Europe (La Courneuve)*
*sous-série RDA 1956–1960*
1 Diplomatisches und konsularisches Korps der DDR
14 Kulturbeziehungen mit der DDR
18 Wirtschaftsbeziehungen mit Drittstaaten
20 Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR
21 DDR, Transport und Kommunikation
23 Anerkennung und Modi der Beziehungen mit der DDR (u. a. Finnland, Jugoslawien), DDR-Fahne in westeuropäischen Staaten
24 Beziehungen der DDR mit internationalen Organisationen
25 Beziehungen der DDR mit den USA und Großbritannien
32 Politische Beziehungen Frankreich-DDR
33 Reisen bedeutender Persönlichkeiten, Parlamentarier, Delegationen, Vereine, Techniker etc., Städtepartnerschaften
34 Verwaltungsangelegenheiten, Privatbesitz, Visa- und Passfragen

*sous-série RDA 1961–1970*

| | |
|---|---|
| 38 | Diplomatisches und konsularisches Korps in der DDR sowie diplomatisches und konsularisches Korps der DDR im Ausland |
| 40 | Diplomatisches und konsularisches Personal der DDR |
| 66 | Fernsehen, SECAM |
| 72–73 | Kulturbeziehungen mit Frankreich |
| 74 | Kultur- und Sportbeziehungen mit anderen Ländern |
| 75 | Kulturbeziehungen, Verschiedene Angelegenheiten |
| 81** | Wirtschaftsbeziehungen mit Frankreich |
| 82–85 | Wirtschaftsbeziehungen mit Frankreich |
| 93–94 | DDR, Leipziger Messe |
| 98 | DDR, Transport und Kommunikation |
| 106** | Beziehungen der DDR mit anderen Staaten, Problem der Anerkennung |
| 120 | Beziehungen mit internationalen Organisationen, Beziehungen DDR-EWG |
| 135 | Beziehungen der DDR mit der NATO, den USA und Großbritannien |
| 187–188 | Politische Beziehungen Frankreich-DDR, Allgemeines |
| 189–191 | Politische Beziehungen Frankreich-DDR, Reisen bedeutender Persönlichkeiten, Delegationen, Vereine, Techniker etc. |
| 192–193 | Aktivitäten der französisch-ostdeutschen Gesellschaft *Échanges franco-allemands* |
| 194** | Politische Beziehungen mit Frankreich, *Échanges franco-allemands* |
| 195–198 | Politische Beziehungen Frankreich-DDR, Gesellschaft *France-RDA*, Städtepartnerschaften |

*sous-série RDA 1971–juin 1976*

| | |
|---|---|
| 3069 | Diplomatisches Korps der DDR |
| 3070 | Innenpolitik der DDR, Beziehungen der SED mit dem PCF |
| 3072 | Presse und Radio, französische Korrespondenten in der DDR |
| 3074 | Kulturbeziehungen mit Frankreich |
| 3076–3077 | Wirtschaftsbeziehungen mit Frankreich |
| 3078 | Anerkennung der DDR durch westeuropäische Staaten |
| 3079 | Anerkennung der DDR durch Großbritannien |
| 3080 | Verhandlungen über ein Konsularabkommen DDR-Großbritannien |
| 3081 | Anerkennungsbewegung, Herstellung von Beziehungen zwischen den drei Westmächten und der DDR, 1972–1973, protokollarische Beziehungen |
| 3082 | Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die UNO |
| 3084–3086 | Beziehungen der DDR mit internationalen Organisationen |
| 3087 | Beziehungen zwischen Großbritannien und der DDR |
| 3088–3097 | Innerdeutsche Beziehungen |
| 3100 | Politische Beziehungen mit Frankreich |
| 3101 | Anerkennungsbewegung in Frankreich, erste Kontakte zwischen Frankreich und der DDR |
| 3102 | Einrichtung der Französischen Botschaft in Ost-Berlin |
| 3103 | Anerkennung der DDR durch Frankreich, konsularische Beziehungen |
| 3104 | Reisen bedeutender französischer Persönlichkeiten in die DDR (u. a. Jean de Broglie, Edgar Faure, Maurice Couve de Murville) |
| 3105 | Reisen bedeutender ostdeutscher Persönlichkeiten nach Frankreich (u. a. Gerald Götting, Kurt Nier, Oskar Fischer) |
| 3106 | *France-RDA*, Städtepartnerschaften |

*sous-série Statut de l'Allemagne*

| | |
|---|---|
| 63 | Frankreich und die Oder-Neiße-Grenze |

*série Ambassade à Bonn (Nantes)*
*sous-série Ambassade*
13 SBZ, Beziehungen mit Frankreich (1955–1959)
16 Beziehungen Frankreich-DDR (1954–1959)
35 Deutsche Wiedervereinigung (1955)
217 Beziehungen Frankreich-DDR (1962–1965)

*sous-série Service culturel*
80 Französisch-Unterricht in der DDR

*série Ambassade à Berlin-Est (Nantes)*
*sous-série Ambassade*
136 Konsularabkommen USA-DDR (1975–1981)
144–145 Politische Beziehungen Frankreich-DDR (1970–1981)
151–152 Besuche französischer Politiker in der DDR (1973–1979)
155 Besuche französischer Politiker in der DDR (1984–1985)
173 Wirtschaftsbeziehungen Frankreich-DDR (1978–1980)
185 Kulturbeziehungen Frankreich-DDR (1973–1985)
190 Französisches Kulturzentrum in Ost-Berlin (1980–1985)
195 Kulturabkommen Frankreich-DDR (1976–1984)
199 Interparlamentarische Beziehungen (1976–1985)

*sous-série Service culturel*
45 Reise einer Delegation des kulturpolitischen Ausschusses des Senats in die DDR
47 Kulturbeziehungen mit der DDR, *Échanges franco-allemands* (1971–1975)
48 Gespräche mit dem Ministerium für Kultur vor 1980
51 Verhandlungen über ein Kulturabkommen
95 Reisen französischer Wissenschaftler und Schriftsteller in die DDR
144 Kulturbeziehungen mit der DDR (1974–1978)

*série Service des Échanges artistiques/EA (Nantes)*
555, 559 Théâtre des nations, Allgemeines
573 Théâtre des nations, Gastspiele
909 Gastspiele ausländischer Orchester, DDR
1088 Französische Beteiligung an deutschen Ausstellungen
1727/39 Kultureller Austausch zwischen Frankreich und der DDR (1970–1972)

## Centre des archives du ministère de l'Économie, des Finances et de l'Industrie, Savigny-le-Temple (CAEF)

*série Trésor**
B 532/2 DDR, Beziehungen mit Frankreich (1952–1964)
B 55827 DDR, Beziehungen mit Frankreich (1948–1969)

*série Direction des Relations économiques extérieures (DREE)*
B 54922* DDR, Beziehungen mit Frankreich (1953–1969)
B 55282* DDR, Leipziger Messe (1950–1987)
B 57024* Hoch-Kommissariat der Französischen Republik in Deutschland (1948–1952)
B 60394/1 – B 60395/2 DDR, wirtschaftliche Situation (1952–1976)
B 60396/1 – B 60403/1* DDR, Beziehungen mit Frankreich (1950–1976)
B 60404/1 – B 60409/1 DDR, Beziehungen mit Drittstaaten (1951–1979)
B 60409/2* DDR, Aktivitäten des Conseiller commercial in Berlin (1961–1970)

## Archives parlementaires, Paris (AP)

*Assemblée nationale (Assemblée)*
*Präsidium der Nationalversammlung**
8 P 310 Sitzungsprotokolle, 3. Legislaturperiode (1967–1968)
8 P 311 Sitzungsprotokolle, 4. Legislaturperiode (1968–1972)

*Freundschaftsgesellschaften**
2004-019, 1–36 *Groupe d'amitié France-RFA* (1956–1992)
2004-019, 37–46 *Groupe d'amitié France-RDA* (1967–1990)
2004-029, 16 Reisen und Empfänge durch das Präsidium der Nationalversammlung, DDR (1971–1993)

*Sénat*
*Protokolle der Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses**
19 S 1 – 19 S 12 4. Republik
48 S 1 – 48 S 18 5. Republik (Zusammenlegung mit dem verteidigungspolitischen Ausschuss)

*Protokolle der Sitzungen des Kulturpolitischen Ausschusses*
47 S 17 Sitzungen vom 31. 10. 1973, 21. 11. 1973, 12. 12. 1973 und 19. 12. 1973

## Archives départementales de la Seine-Saint-Denis, Bobigny (AD93)

*Archives du Parti communiste français*
*série POLEX*
AAA J 1 Protokolle der Sitzungen der POLEX (1961–1970)
AAA J 4/5 Berichte der POLEX (1961–1972)
AAA J 6 Arbeitsbilanzen der POLEX (1961–1971)
CCC J 49 Beziehungen zwischen SED/PDS und PCF (1979–1991)
DDD J 2 Noten für das Sekretariat und das Büro, Dossier „Allemagne de l'Est" (1968–1971)
DDD J 4 Noten für das Sekretariat und das Büro (1978–1980)
EEE J 1 Freundschaftsgesellschaften mit den sozialistischen Staaten

*Comité départemental des Échanges franco-allemands/France-RDA* (38 J)
2 Korrespondenz (1966–1969)

*Nachlass von Raymond Guyot* (283 J)
30 Noten für das Sekretariat
34 Treffen der kommunistischen Parteien Europas in Berlin, 1958
76 Protokolle und Berichte der POLEX

*Nachlass von Jacques Denis*
278 Deutsch-französische Beziehungen, „Berufsverbote"
279 Dokumentation zur deutschen Frage, Protokolle der Sitzungen des „Collectif de langue allemande"

## Bibliothèque nationale de France, Paris (BNF)

*Département Arts et spectacles*
4 SW 781/2 Théâtre des nations (1966), Pressedossiers
4 SW 2444 Théâtre des nations (1954–1969), Allgemeines

| | |
|---|---|
| 4 SW 5920 | Bertolt Brecht „Der Kaukasische Kreidekreis“, Aufführungen in Frankreich (1954–1976) |
| 4 SW 5929 | Bertolt Brecht „Mutter Courage“, Aufführungen in Frankreich |
| R Supp. 3424 | Théâtre national populaire, Brecht „Mutter Courage“ (1951) |

## Fondation nationale des sciences politiques, Paris (FNSP)

*Bibliothek/Pressedossiers*

| | |
|---|---|
| 211/122 | Relations politiques avec la RDA |
| 251/122 | Relations économiques avec la RDA |

## Archives des Échanges franco-allemands, Paris (AEFA)

*Nationalkongresse*

IIe Congrès national (Paris, 13. 2. 1966)
IIIe Congrès national (Montreuil, 2./3. 3. 1968)
IVe Congrès national (Lille, 25./26. 4. 1970)
Ve Congrès national (Lyon, 6./7. 5. 1972)
VIe Congrès extraordinaire (Paris, 13. 5. 1973)
Assises nationales (Paris, 17./18. 11. 1973)
VIIe Congrès national (Amiens, 26./27. 4. 1975)
VIIIe Congrès national (Strasbourg, 4./5. 11. 1978)
IXe Congrès national (Le Havre, 7./8. 11. 1981)
Xe Congrès national (Paris, 20./21. 10. 1984)
XIe Congrès national (Lyon, 12./13. 12. 1987)
XIIe Congrès national (Ivry-sur-Seine, 17. 3. 1991)

*Organisation auf nationaler Ebene*

Présidence nationale, correspondance (juin 1964–décembre 1980)
Présidence nationale, procès-verbaux (1963–1979)
Comité national, procès-verbaux (1969–1988)
Secrétariat général
Correspondance ministères français (1964–1989)

*Organisation auf regionaler Ebene*

Circulaires aux comités (1961–1972)
Archive der lokalen Komitees (u. a. Bouches-du-Rhône, Meurthe-et-Moselle, Moselle, Nord, Pas-de-Calais, Bas-Rhin, Rhône, Seine-Maritime, Paris, Seine-Saint-Denis)

*Kulturbeziehungen mit der DDR*

Commission culturelle
Expositions en France
L’art graphique en France
Manifestations culturelles I (1968–1976)
Manifestations culturelles II (1975–1984)
Colloque „La RDA vue par les Français et par elle-même“ (Paris, 11./12. 12. 1971)
Cercle Dürer
Cercle Bach
Ministère de la Culture de RDA (Korrespondenz 1966–1978)
Accords France-RDA
Centre culturel
Affaire Biermann
Commission sportive
RDA-France/Deufra (Korrespondenz 1967–1992)
Contrats d’amitié, Jumelages (1970–1981)

*Beziehungen auf parlamentarischer Ebene mit der DDR*
Colloque international de Bruxelles (Mai 1963)
Journées d'étude (Oktober 1966)
Groupe parlementaire d'étude des EFA
Groupe sénatorial d'étude des EFA
Commission juridique des EFA
Documents d'histoire

## National Archives of the United Kingdom, Kew (NAUK)

*Prime Minister's Office (PREM)*

| | |
|---|---|
| 15-920 | Beziehungen DDR-Frankreich (1971–1972) |

*Foreign Office (FO 371)*

| | |
|---|---|
| 124361 | Politische Beziehungen DDR-Frankreich (1956) |
| 130586 | Handelsbeziehungen zwischen der DDR und westeuropäischen Staaten (1957) |
| 137152 | Handelsbeziehungen DDR-Frankreich (1958) |
| 177922 | DDR, politische Beziehungen mit Frankreich (1964) |
| 183028 | DDR, politische Beziehungen mit Frankreich (1965) |
| 183089 | DDR, Handels- und Wirtschaftsbeziehungen (1965) |

*Foreign and Commonwealth Office (FCO 33)*

| | |
|---|---|
| 224 | Frankreich und die bundesdeutsche Deutschlandpolitik (1968) |
| 244 | Französische Haltung gegenüber der DDR (1967–1968) |
| 276 | Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen DDR-Frankreich (1968) |
| 494 | Wirtschaftsbeziehungen DDR-Frankreich (1969) |
| 950 | Handelsbeziehungen DDR-Frankreich (1969–1970) |
| 1345 | Französische Haltung gegenüber der DDR (1971) |
| 1356 | Handelsbeziehungen DDR-Frankreich (1971) |
| 1731 | Aufnahme politischer Beziehungen DDR-Frankreich (1972) |
| 1739 | Handelsbeziehungen DDR-Frankreich (1972) |
| 2076 | Politische Beziehungen DDR-Frankreich (1973) |
| 2370 | Politische Beziehungen DDR-Frankreich (1974) |

## Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Berlin (PA/AA)

*Referat Westeuropa (B 24)*

| | |
|---|---|
| 310 | Werbetätigkeit der SBZ im Ausland (1957) |
| 373 | Aktivitäten der EFA (1959) |
| 567 | Aktivitäten der EFA, Städtepartnerschaften, Handelsvertretung der SBZ (1965–1966) |
| 608 | Handelsbeziehungen SBZ-Frankreich (1966–1967) |
| 625 | Propaganda der SBZ in Frankreich (1964–1965) |
| 629 | Aktivitäten der EFA, Handelsbeziehungen SBZ-Frankreich (1966–1969) |
| 653 | Beziehungen Frankreich-DDR (1970–1971) |
| 109193 | Beziehungen Frankreich-DDR (1972–1975) |
| 113545–113546 | Konsularabkommen Frankreich-DDR (1976) |
| 113564 | Beziehungen Frankreich-DDR (1978) |

*Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA)*

| | |
|---|---|
| A630 | Berichte der Botschaft in Moskau über Kontakte mit der französischen Botschaft in Moskau |

| | |
|---|---|
| A 9504 | Beziehungen DDR-Frankreich, Auslandspropaganda (1957) |
| A 10952 | Berichte der Botschaft in Prag über Beziehungen DDR-Frankreich |
| A 12048 | Innen- und Außenpolitik Frankreichs |
| A 12052 | Jahresanalysen |
| A 12057 | Berichte der Botschaften an das MfAA über die Beziehungen DDR-Frankreich |
| A 12058 | Beziehungen DDR-Frankreich, Perspektivpläne |
| A 17522 | Beziehungen DDR-Frankreich (1955) |
| A 17588 | Beziehungen DDR-Frankreich (1956) |
| A 17668 | Beziehungen DDR-Frankreich, Schriftwechsel |

## Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin (SAPMO)

*Liga für Völkerfreundschaft, Sektion Frankreich (DY 13)*

| | |
|---|---|
| 1965 | 10 Jahre Deufra |
| 2064 | Historikerkolloquium von Deufra und EFA |
| 2065 | EFA-Kolloquium „Die DDR in den Augen der Franzosen und in ihren eigenen Augen“ |
| 2066 | Originale Kooperationsprotokolle Deufra-EFA |
| 2067–2072 | EFA, Nationalkongresse, Anerkennungsbewegung |
| 3077–3082 | DDR-Reisen französischer Delegationen |

*Büro Hermann Axen (DY 30/IV 2/2.035)*

| | |
|---|---|
| 095–097 | Korrespondenz, Frankreich |

*Büro Verner (DY 30/IV 2/2.036)*

| | |
|---|---|
| 93 | Eröffnung eines DDR-Konsulates in Frankreich |

*Außenpolitische Kommission beim Politbüro (DY 30/IV 2/2.115)*

| | |
|---|---|
| 7 | Einschätzungen der französischen Außenpolitik |

*Abteilung Internationale Verbindungen (DY 30 IV A 2-20)*

| | |
|---|---|
| 236 | Beziehungen DDR-Frankreich |
| 459 | Deufra, Reisen von SED-Delegationen nach Frankreich |
| 460–461 | Reisen von PCF-Delegationen in die DDR |
| 465–466 | Beziehungen DDR-Frankreich, Deufra |
| 467–468 | Reisen französischer Delegationen in die DDR (Parlamentarier u. a.) |
| 469–470 | KfA-Vertretung in Paris, Handelsbeziehungen DDR-Frankreich |

*Nachlass Walter Ulbricht (NY 4182)*

| | |
|---|---|
| 1302 | Beziehungen DDR-Frankreich (1963/64, 1967/68, 1970/71) |

## Akademie der Künste, Berlin (AdK)

| | |
|---|---|
| VKM 2190 – VKM 2191 | Debussykreis |

## Staatsbibliothek zu Berlin (SBB)

| | |
|---|---|
| Mus. Nachl. H. Goldschmidt | Nachlass Harry Goldschmidt, Korrespondenz |

### Interviews

Gilbert Badia (Germanist, geführt am 23. 6. 2004)
Georges Castellan (Historiker, geführt am 9. 10. 2006)
Roland Dumas (ehemaliger Außenminister, geführt am 5. 2. 2007)
Sandrine Kott (Historikerin, geführt am 15. 4. 2005)
Gerhard Leo (Journalist, geführt am 18. 12. 2003)
Josiane Lecomte (EFA-Sekretärin, geführt am 13. 11. 2007)
Rita Thalmann (Germanistin, geführt am 4. 12. 2007)
Joëlle Timsit (Diplomatin, geführt am 5. 12. 2007)

## 2. Gedruckte Quellen und Literatur

### Gedruckte Quellen, Primärliteratur, Erinnerungen

[AAPD] Akten zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1969–1978, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, München 2000–2009.
Andréani, Jacques: Le piège. Helsinki et la chute du communisme, Paris 2005.
Attali, Jacques: Verbatim, Bd. III: Chronique des années 1988–1991, Fayard 1995.
Barthes, Roland/Dort, Bernard: Brecht „traduit", in: Théâtre populaire 23 (März 1957), S. 1–8.
Bastid, Paul: L'idée de légitimité, in: Annales de philosophie politique 7, Paris 1967, S. 1–16.
Beil, Gerhard: Außenhandel und Politik. Ein Minister erinnert sich, Berlin 2010.
Berbig, Roland et alii (Hrsg.): In Sachen Biermann. Protokolle, Berichte und Briefe zu den Folgen einer Ausbürgerung, Berlin 1994.
Bock, Siegfried: DDR-Außenpolitik im Rückspiegel. Diplomaten im Gespräch, Münster 2004.
Bonnefous, Édouard : Avant l'oubli, Bd. 2: La vie de 1940 à 1970, Paris 1987.
Bulletin des commissions, hrsg. von Assemblée nationale, Paris 1947–1990.
Bulletin d'information de l'Association des originaires de Pologne pour le respect des frontières sur l'Oder et la Neisse, 19 (Febr. 1959).
Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich. Dokumente 1949–1963, hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und dem Institut für Zeitgeschichte, München 1997–1999.
Caro, Elme-Marie: La morale de la guerre. Kant et M. de Bismarck, in: Revue des deux mondes 90 (Nov.–Dez. 1870), S. 577–594.
Ders.: Les deux Allemagnes. Madame de Staël et Henri Heine, in: Revue des deux mondes 96 (Nov.–Dez. 1871), S. 5–20.
Couve de Murville, Maurice: Une politique étrangère. 1958–1969, Paris 1971.
[DBPO] Documents on British Policy Overseas, series III, volume VII: German Unification 1989–1990, hrsg. von Patrick Salmon, Keith Hamilton und Stephen Twigge, London 2010.
[DDF] Documents diplomatiques français, ministère des Affaires étrangères, hrsg. von Maurice Vaïsse, Bde. 23–31: 1963–1967, Brüssel 2000–2006.
Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, hrsg. von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann, München 1998.
Dort, Bernard: Brecht en France, in: Les Temps modernes 171 (Juni 1960), S. 1855–1874.
Ders.: Lecture de Brecht, Paris 1960.
Dumas, Roland: Le Fil et la Pelote. Mémoires, Paris 1996.
Eichner, Klaus/Schramm, Gotthold (Hrsg.): Kundschafter im Westen. Spitzenquellen der DDR-Aufklärung erinnern sich, Berlin 2003.
Exilés en France. Souvenirs d'antifascistes allemands émigrés 1933–1945, hrsg. von Gilbert Badia, Paris 1982.

Galkin, Aleksandr/Tschernjajew, Anatolij (Hrsg.): Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986–1991, deutsche Ausgabe hrsg. von Helmut Altrichter, Horst Möller und Jürgen Zarusky, kommentiert von Andreas Hilger, aus dem Russischen übertragen von Joachim Glaubitz, München 2011.
Das Gastspiel der Komischen Oper mit „Hoffmanns Erzählungen" und „Albert Herring" vom 4. bis 9. Mai 1959 in Paris auf Einladung des „Théâtre des nations". Pressestimmen, Berlin 1959.
Gaulle, Charles de: Mémoires d'espoir, Bd. I: Le renouveau. 1958–1962, Paris 1970.
Ders.: Discours et messages, Bd. IV: Pour l'effort. Août 1962–décembre 1965, Paris 1970.
Ders.: Discours et messages, Bd. III: Avec le renouveau. Mai 1958–juillet 1962, Paris 1972.
Grappin, Pierre: Que faire de l'Allemagne? Opinions et projets, Paris 1945.
[JO] Journal officiel de la République française, Paris.
Klemperer, Victor: So sitze ich denn zwischen allen Stühlen. Tagebücher 1945–1959, hrsg. von Walter Nowojski, 2 Bde., Berlin 1999.
Kohl, Helmut: Erinnerungen, Bd. II: 1982–1990, München 2005.
Laugier, Henri: Du civisme national au civisme international, Paris 1972.
Mitterrand, François: De l'Allemagne, de la France, Paris 1996.
Pompidou, Georges: Entretiens et discours 1968–1974, Paris 1984.
Schirmann, Sylvain/Mohamed-Gaillard, Sarah (Hrsg.): Georges Pompidou et l'Allemagne, Brüssel 2012.
Schwarz, Jewgeni: Stücke. Mit einer Nachbemerkung von Lola Debüser, Berlin 1972.
Sudreau, Pierre: Au-delà de toutes les frontières, Paris 2002.
Thalmann, Rita: Tout commença à Nuremberg. Entre histoire et mémoire, Paris 2004.
Théâtre des nations: Paris, Rendez-vous des théâtres du monde. Mit einem Vorwort von A.-M. Julien, Paris 1957.
Théâtre populaire 11 (Jan.–Febr. 1955), 12 (März.–Apr. 1955).
Tralbaut, Marc Edo (Hrsg.): Vincent Van Gogh 1853–1890. Exposition au musée Jacquemart-André, février–mars 1960, Paris 1960.
Vaïsse, Maurice/Wenkel, Christian (Hrsg.): La diplomatie française face à l'unification allemande. D'après des archives inédites présentés par Maurice Vaïsse et Christian Wenkel, Paris 2011.
Védrine, Hubert: Les mondes de François Mitterrand. À l'Élysée 1981–1995, Paris 1996.
Vermeil, Edmond/Dresch, Joseph (Hrsg.): Henri Heine, 1797–1856. Exposition Paris BNF 31. 5.–30. 6. 1957, Ausstellungskatalog mit einem Vorwort von Julien Cain, Paris 1957.

## Vor 1989 erschienene französische Literatur über die DDR[2]

Allemagne, actualité et perspectives. Journées d'étude organisées par les Échanges franco-allemands, Paris 1966.
Badia, Gilbert: Histoire de l'Allemagne contemporaine, Bd. II, Paris 1962.
Ders.: La RDA, les deux Allemagnes et les germanistes français, in: La Pensée. Revue du rationalisme moderne 105 (Okt. 1962), S. 119–121.
Ders.: Histoire de l'Allemagne contemporaine, Bd. II: Les deux États allemands, Paris 1987.
Ders./Lefranc, Pierre: Un pays méconnu. La République démocratique allemande, Leipzig 1963.
Castellan, Georges: DDR. Allemagne de l'Est, avec la collaboration de M. Barth, J.-Y. Calvez, A. Lewin, R. Ruffieux, W. Zyss, J. Bugnicourt und K. Altmeyer, Paris 1955.
Ders.: La République démocratique allemande, Paris 1961 (weitere Ausgaben: 1964, 1968, 1972, 1976, 1980, 1987).
Ders.: Remarques sur l'historiographie de la République démocratique allemande, in: Revue historique 228 (Okt.–Dez. 1962), S. 409–426.

[2] Cf. dazu Badia, Fachliteratur über die DDR; sowie Mortier, Die DDR in Forschung und Lehre in der französischen Germanistik.

Ders.: Itinéraires allemands, Paris 1981.
Découverte de l'Allemagne démocratique. Texte von Alexander Abusch, Gilbert Badia, Johannes R. Becher et alii., in: La Nouvelle Critique, numéro spécial 73/74 (1956).
Europe. Revue mensuelle 35/133–134 (Jan.–Febr. 1957).
La frontière Oder-Neisse et l'opinion publique en France, hrsg. von der Association pour le respect des frontières sur l'Oder et la Neisse, mit einem Vorwort von Paul Bastid, Paris 1963.
Gimond, Marcel: Sculptures allemandes contemporaines, République démocratique allemande, avec le concours de l'Agence littéraire et artistique parisienne pour les échanges culturels, Paris 1960.
Gouju, Maurice/Blanchard, Gérard: Théâtre – Cinéma. Affiches de la République démocratique allemande, in: Techniques graphiques 63 (1966).
Grosser, Alfred: Que sais-je de la bonne Allemagne?, in: Preuves 133 (März 1962), S. 84–86.
Guillen, Pierre: La construction des deux États allemands. 1945–1973, Paris 1976.
Laveau, Paul: La RDA au quotidien, Paris 1985.
Lusset, Félix: Allemagne, Ouest et Est (Leserbrief mit kurzem Kommentar von Alfred Grosser), in: Preuves 141 (Nov. 1962), S. 92 f.
Melichar, Franz (Hrsg.): RDA, République démocratique allemande. Mit einem Vorwort von Georges Castellan und Rita Thalmann, Paris 1973.
Nicolle, Jacques: Premiers contacts avec la jeune République démocratique allemande, in: La Pensée 2 (Jan.–Febr. 1950), S. 123–128.
Ders.: La République démocratique allemande, par un témoin, Paris 1956.
Paraf, Pierre: Les démocraties populaires. Albanie, Bulgarie, Hongrie, Pologne, Roumanie, Tchécoslovaquie, Yougoslavie, République démocratique allemande, Paris 1962.
Peinture et gravure en République démocratique allemande. Exposition au musée d'Art moderne de la ville de Paris, 12. 3.–26. 4. 1981, Paris 1981.
Le problème de Berlin. Colloque organisé par les Échanges franco-allemands sur le thème „La question de Berlin-Ouest" dans le cadre d'un règlement négocié du problème allemand, Paris 1963.
[Rencontres] Rencontres franco-allemandes. Organe de l'Association française pour les échanges culturels avec l'Allemagne d'aujourd'hui. „Échanges franco-allemands", erscheint in wechselnden Intervallen und mit wechselndem Untertitel seit November 1959.
Rougeron, Georges: Regards sur l'Allemagne, Paris 1964; Sonderheft von Rencontres.
Scat, Guy: Les relations commerciales entre la France et la RDA. Étude présentée par la section des relations extérieures au Conseil économique et social, Paris 1989.
Schreiber, Thomas: Les relations de la France avec les pays de l'Est, in: Notes et études documentaires. La Documentation française 4569–4670 (30. 4. 1980), S. 73–87.
Smotkine, Henri: Économie de la République démocratique allemande, Paris 1976, [2]1980.
Ders.: Le développement industriel de la République démocratique allemande, Paris 1981.
Tournadre, Jean-François/Stieg, Gerald/Hörling, Hans: La République démocratique Allemande. Textes et documents, Paris 1977.
Villon, Pierre: La France devant les deux Allemagnes, in: Découverte de l'Allemagne démocratique, S. 472–490.

## Vor 1989 erschienene Literatur zu den Beziehungen Frankreich-DDR

Badia, Gilbert: RDA. De la reconnaissance à la connaissance, in: La Pensée 173 (Jan./Febr. 1973), S. 94–102.
Ders.: Les échanges culturels entre la France et la République démocratique allemande, in: Allemagnes d'aujourd'hui 106 (Okt.–Dez. 1988), S. 114–128.
Castellan, Georges: Simples jalons pour une histoire des EFA, in: Ders., Itinéraires allemands, S. 375–379.
Ders./Lenoir Roland: France – République démocratique allemande. 30 ans de relations, Paris 1978.

Gisselbrecht, Bonne Allemagne et Allemagne de Bonn, in: La Nouvelle Critique 140 (Nov. 1962).
Jäger, Eckhard: SED und französische Geschichtsschreibung. Der sowjetzonale Einfluss auf ausländische Historiker, dargestellt am Beispiel von Professor Georges Castellan, Pfaffenhoffen a.d. Ilm 1964.
Kiersch, Gerhard: Frankreich und die DDR. Ein vergessener Bereich deutsch-französischer Beziehungen, in: Frankreich – Europa – Weltpolitik. Festschrift für Gilbert Ziebura zum 65. Geburtstag, hrsg. von Hartmut Elsenhans et alii., Opladen 1989, S. 147–159.
Ménudier, Henri: Die Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR, in: Festschrift für Claus Arndt zum 60. Geburtstag, hrsg. von Annemarie Renger, Carola Stern und Herta Däubler-Gmelin, Heidelberg 1987, S. 126–144.
Meyer zu Natrup, Friedhelm B.: Frankreich und die DDR, in: Europa-Archiv 43/11 (1988), S. 311–322.
Weisenfeld, Ernst: Welches Deutschland soll es sein? Frankreich und die deutsche Einheit seit 1945, München 1986.

## Französische Schulbücher (Geschichte und Geografie)

Alexandre, Françoise et alii: Histoire. Le monde de 1939 à nos jours, Paris: Hachette, 1983.
Azéma, Jean-Pierre et alii: Histoire. Classe de terminale, Paris: A. Colin, 1983.
Azéma, Jean-Pierre et alii: Histoire. Terminales, Paris: Nathan, 1989.
Baille, Suzanne et alii: Le monde actuel. Histoire et civilisation, Paris: Belin, 1963.
Barbier, Denis et alii: La guerre des mondes. 1939 à nos jours, Paris: Magnard, 1983.
Becker, Jean-Jacques et alii: Histoire. Classe terminale, Paris: Belin, 1983.
Benichi, Régis et alii: Histoire de 1945 à nos jours, Paris: Hachette, 1989.
Bernard, Nicole et alii: Histoire. Terminale G, Paris: Bordas, 1968.
Berstein, Serge et alii: Histoire. Classe terminale, de 1939 à nos jours, Paris: Hatier, 1983.
Berstein, Serge et alii: Histoire. Terminale, Paris: Hatier, 1989.
Bienfait, Jean et alii: Géographie. Classes terminales. Les grandes puissances économiques du monde, Paris: Bordas, 1968.
Bodin, M. et alii: Histoire. Les civilisations du monde contemporain, Paris: Nathan, 1962.
Bonifacio, Antoine et alii: Histoire. Le monde contemporain, Paris: Hachette, 1966.
Bouillon, Jacques et alii: Le monde contemporain. Histoire et civilisation, Paris: Bordas, 1962.
Bouillon, Jacques et alii: 1914–1945. Le monde contemporain, Paris: Bordas, 1980.
Bouillon, Jacques et alii: Le temps présent. Histoire, terminale. Le XX$^{e}$ siècle depuis 1939, Paris: Bordas, 1983.
Brisson, Élisabeth et alii: Histoire. Terminales, Paris: Bordas, 1989.
Brodziak, Sylvie et alii: Connaissance du monde contemporain, Paris: Bertrand-Lacoste, 1990.
Cenat, Marie-Françoise et alii: Histoire. Classes terminales, Paris: Istra, 1989.
Dacier, Gérard et alii: Géographie. Classes terminales, Paris: Masson, 1961, 1967.
Dacier, Gérard et alii: Géographie. Terminales A, B, C, D, Paris: Belin, 1983.
De Bertier de Sauvigny, Guillaume: Les civilisations du monde contemporain, Paris: Gigord, 1969.
François, Denis et alii: Histoire. Classes terminales, Paris: Nathan, 1983.
Frank, Robert et alii: Histoire. Terminales A, B, C, D, Paris: Belin, 1989.
Frank, Robert: Histoire. Terminale G, Paris: Belin, 1990.
Gayot, E. et alii: Histoire. Terminales, Paris: ABC éditions, 1989.
Genet, Lucien et alii: Le monde contemporain, Paris: Hatier, 1972.
Hallynck, Pierre: Le monde contemporain de 1914 à nos jours, Paris: Masson, 1962.
Merlier, André: Guide d'histoire et de géographie, Paris: A. Colin, 1967.
Pitte, Jean-Robert: Géographie. Terminales, Paris: Nathan, 1990.
Prévot, Victor: Géographie du monde contemporain, Paris: Belin, 1961, 1965.
Prévot, Victor: Le Monde depuis 1939, Paris: Belin, 1970.

Rovan, Joseph: Allemagne, Paris: Éd. du Seuil, 1960.
Sentou, Jean et alii: Histoire. Le monde contemporain, Paris: Delagrave, 1962, 1970.
Sentou, Jean et alii: Histoire aujourd'hui. Le monde, Paris: Delagrave, 1983.
Trotignon, Yves et alii: Histoire. Terminales, de 1939 à nos jours, Paris: Scodel, 1983.
Wolikow, Serge: Histoire du temps présent 1939/1982, Paris: Messidor, 1983.

## Sekundärliteratur

Aron, Raymond/Lerner, Daniel (Hrsg.): La querelle de la CED. Essais d'analyse sociologique, Paris 1956.

Badia, Gilbert: Fachliteratur über die DDR. Eine kommentierte Bibliographie, in: Röseberg, Frankreich und „Das andere Deutschland", S. 333–365.
Ders.: L'association France-RDA, in: Pfeil (Hrsg.), La RDA et l'Occident, S. 453–464.
Badie, Bertrand/Devin, Guillaume: Le multilatéralisme. Nouvelles formes de l'action internationale, Paris 2007.
Baechler, Christian/Müller, Klaus-Jürgen (Hrsg.): Les tiers dans les relations franco-allemandes. Dritte in den deutsch-französischen Beziehungen, München 1996.
Baillou, Jean (Hrsg.): Les Affaires étrangères et le corps diplomatique français, Bd. II: 1870–1980, Paris 1985.
Bange, Olivier: English, American, and German Interests behind the Preamble to the Franco-German Treaty 1963, in: Gustav Schmidt (Hrsg.): Zwischen Bündnissicherung und privilegierter Partnerschaft. Die deutsch-britischen Beziehungen und die Vereinigten Staaten von Amerika 1955–1963, Bochum 1995, S. 225–280.
Bary, Nicole: Zur Rezeption von DDR-Literatur in Frankreich, in: Röseberg (Hrsg.), Frankreich und „Das andere Deutschland", S. 367–375.
Bauerkämper, Arnd (Hrsg.): Britain and the GDR. Relations and Perceptions in a Divided World, Berlin 2002.
Ders.: Ein asymmetrisches Verhältnis. Gesellschaftliche und kulturelle Kontakte zwischen Großbritannien und der DDR von den Sechziger- zu den Achtzigerjahren, in: Archiv für Sozialgeschichte 45 (2005), S. 43–58.
Ders./Di Palma, Francesco (Hrsg.): Bruderparteien jenseits des Eisernen Vorhangs. Die Beziehungen der SED zu den kommunistischen Parteien West- und Südeuropas 1968–1989, Berlin 2011.
Baumann, Ansbert: Begegnung der Völker? Der Elysée-Vertrag und die Bundesrepublik Deutschland, deutsch-französische Kulturpolitik von 1963 bis 1969, Frankfurt a. M. 2003.
Becker, Bert: Die DDR und Großbritannien 1945/49 bis 1973. Politische, wirtschaftliche und kulturelle Kontakte im Zeichen der Nichtanerkennungspolitik, Bochum 1991.
Beilecke, François: Netzwerke und Intellektuelle. Konzeptionelle Überlegungen zur politischen Rolle eines zivilgesellschaftlichen Akteurs, in: Der Intellektuelle und der Mandarin. Für Hans Manfred Bock, hrsg. von François Beilecke und Katja Marmetschke, Kassel 2005, S. 49–65.
Bell, Marianne: Britain and East Germany. The Politics of Non-Recognition, M.Phil.-Thesis, University of Nottingham 1977.
Berger, Stefan/La Porte, Norman: Britische Parlamentarierkontakte nach Osteuropa 1945–1989. Zwischen fellow travelling und ostpolitischer Erneuerung, in: Archiv für Sozialgeschichte 45 (2005), S. 3–42.
Dies.: Friendly Enemies. Britain and the GDR, 1949–1990, New York 2010.
Dies. (Hrsg.): The Other Germany. Perceptions and Influences in British-East German Relations 1945–1990, Augsburg 2005.
Berstein, Serge: Le radicalisme d'Edgar Faure, in: Sagnes (Hrsg.), Edgar Faure, S. 9–18.
Ders./Ruby, Marcel (Hrsg.): Un siècle de radicalisme, Villeneuve-d'Ascq 2004.
Billard, Jacques: La France et l'idée de nation, in: Philosophie politique. Revue internationale de philosophie politique 8 (1997), S. 161–198.

Bitsch, Marie-Thérèse: La construction européenne. Enjeux politiques et choix institutionnels, Brüssel 2007.
Dies.: Histoire de la construction européenne de 1945 à nos jours, Brüssel 2008.
Bittner, Franz: Die Darstellung Deutschlands in französischen Geographielehrbüchern, Trier 1977.
Bled, Jean-Paul: Le général de Gaulle et l'Allemagne pendant la traversée du désert 1946–1958, in: Revue d'Allemagne 22/4 (Dez. 1990), S. 513–523.
Boissonnat, Jean/Grannec Cristophe: L'aventure du christianisme social. Passé et avenir, Paris 1999.
Bos, Agnès/Vaisse, Damien: Les archives présidentielles de François Mitterrand, in: Vingtième siècle. Revue d'histoire 86 (Apr.–Juni 2005), S. 71–79.
Bozo, Frédéric: Mitterrand, la fin de la guerre froide et l'unification allemande. De Yalta à Maastricht, Paris 2005.
Brand-Crémieux, Marie-Noëlle: Les Français face à la réunification allemande. Automne 1989 – automne 1990, Paris 2004.
Brüning, Franziska: Frankreich und Heinrich Brüning. Ein deutscher Kanzler in der französischen Wahrnehmung, Stuttgart 2012.
Brylla, Charlotta: Sozialistische Utopie oder bedrohlicher Oststaat? Darstellungen der DDR im schwedischen öffentlichen Diskurs 1961–1989, in: Hecker-Stampehl (Hrsg.), Nordeuropa und die beiden deutschen Staaten, S. 199–214.
Buffet, Cyril: Rapport sur l'homme au passé complexe. Willy Brandt et la France 1947–1966, in: Möller/Vaïsse (Hrsg.), Willy Brandt und Frankreich, S. 41–74.
Buton, Philippe: La CED, l'affaire Dreyfus de la Quatrième République?, in: Vingtième Siècle 84 (Okt.–Nov. 2004), S. 43–59.

Cahn, Jean-Paul/Müller Klaus-Jürgen: La République fédérale d'Allemagne et la guerre d'Algérie 1954–1962, Paris 2003.
Canteloube, Marie-Laure: Anna Seghers et la France, Paris 2012.
Casanova, Vincent: Jalons pour une histoire du Chant du Monde à l'heure de la guerre froide 1945–1953, in: Bulletin de l'Institut Pierre Renouvin 18 (2004), S. 13–27.
Castellan, Georges: Le réarmement clandestin du Reich 1930–1935 vu par le 2e bureau de l'État-major français, Paris 1954.
Castin-Chaparro, Laure: Puissance de l'URSS, misères de l'Allemagne. Staline et la question allemande 1941–1955, Paris 2002.
Cazenave, Michel: La nation chez de Gaulle, in: Cahiers de la Fondation Charles de Gaulle 7 (2000), S. 5–12.
Chantriaux, Olivier: Le bras de fer franco-allemand en matière de télévision en couleurs, in: Revue d'histoire diplomatique 119/1 (2005), S. 75–91.
Ders.: SECAM, dossier pionnier de la coopération franco-russe, in: Vaïsse (Hrsg.), De Gaulle et la Russie, S. 265–272.
Chebel d'Appollonia, Ariane: Histoire politique des intellectuels en France 1944–1954. 2 Bde., Brüssel 1991.
Colard, Daniel: Edgar Faure et la politique internationale ou „La primauté de la politique inductrice", in: Sagnes (Hrsg.), Edgar Faure, S. 67–79.
Colin, Nicole: Deutsche Dramatik im französischen Theater nach 1945. Künstlerisches Selbstverständnis im Kulturtransfer, Bielefeld 2011.
Combes, André: Radicalisme et franc-maçonnerie, in: Berstein/Ruby (Hrsg.), Un siècle de radicalisme, S. 71–79.
Condette, Jean-François: Albert Châtelet. La République par l'école 1883–1960, Arras 2009.
Cullin, Michel: Die französischen Sozialisten und die DDR, in: Röseberg (Hrsg.), Frankreich und „Das andere Deutschland", S. 35–38.

Defrance, Corine/Pfeil, Ulrich (Hrsg.): Der Elysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen 1945–1963–2003, München 2005.
Dies.: Eine Nachkriegsgeschichte in Europa. 1945 bis 1963, Darmstadt 2011.

Digeon, Claude: La crise allemande de la pensée française 1870–1914, Paris 1959.
Dülffer, Jost: Europa im Ost-West-Konflikt 1945–1991, München 2004.
Duhamel, Alain: De Gaulle – Mitterrand. La marque et la trace, Paris 1991.
Dulphy, Anne/Manigand, Christine: Du plan Schumann à la CECA. Les perceptions de l'opinion française, in: Wilkens (Hrsg.), Le plan Schuman dans l'Histoire, S. 245–267.
Durand, Béatrice: Cousins par alliance. Les Allemands en notre miroir, Paris 2002.
Durantin, Jean-François: Les conceptions européennes des neutralistes français vis-à-vis du conflit Est-Ouest au début de la guerre froide, in: Maurice Vaïsse (Hrsg.): Le pacifisme en Europe des années 1920 aux années 1950, Brüssel 1993, S. 347–371.

Eichelbrenner, J.M.: Deutschland und die Deutschen in den französischen Deutschbüchern, in: Reinhard Sprenger (Hrsg.): Das Deutschlandbild in internationalen Geschichtsbüchern, Kastellaun 1976, S. 139–146.
Escherich, Bernhard: Das Bild der DDR in Frankreich bis 1989, in: Dokumente 56/1 (2000), S. 25–32.
Espagne, Michel: En deçà du Rhin. L'Allemagne des philosophes français au XIX$^{e}$ siècle, Paris 2004.

Fabre-Renault, Catherine/Goudin, Élisa/Hähnel-Mesnard, Carola (Hrsg.): La RDA au passé présent. Relectures critiques et réflexions pédagogiques, colloque organisé par le groupe de recherches sur la RDA et les nouveaux Länder de l'université Sorbonne nouvelle-Paris 3, Paris 2006.
Fässler, Peter E.: Durch den „Eisernen Vorhang". Die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen 1949–1969, Köln 2006.
Faligot, Roger/Guisnel, Jean/Kauffer, Rémi: Histoire politique des services secrets français. De la seconde guerre mondiale à nos jours, Paris 2012.
Fickers, Andreas: „Politique de la grandeur" versus „Made in Germany". Politische Kulturgeschichte der Technik am Beispiel der PAL-SECAM-Kontroverse, München 2007.
Fondation Charles de Gaulle (Hrsg.): Charles de Gaulle et la nation. Actes du colloque organisé par la Fondation Charles de Gaulle, Paris 2002.
François, Étienne: Die DDR-Gesellschaft aus europäischer Perspektive, in: Kott/Droit (Hrsg.), Die ostdeutsche Gesellschaft, S. 10–12.
Frank, Robert: Mentalitäten, Vorstellungen und internationale Beziehungen, in: Loth/Osterhammel (Hrsg.), Internationale Geschichte, S. 159–185.
Ders.: La machine diplomatique culturelle française après 1945, in: Relations internationales 115 (Herbst 2003), S. 325–348.
Ders.: Pour l'histoire des relations internationales, Paris 2012.
Fritsch-Bournazel, Renata: Rapallo, naissance d'un mythe. La politique de la peur dans la France du Bloc national, Paris 1974.
Dies.: L'Allemagne, un enjeu pour l'Europe, Brüssel 1987.
Dies.: Danger allemand et sécurité européenne dans la politique étrangère française d'après-guerre. Les années charnières, 1945–1949, in: Henri Ménudier et alii (Hrsg.): L'Allemagne occupée 1945–1949, Paris 1989, S. 183–200.
Froment-Meurice, Henri: Frankreich und die Wiedervereinigung Deutschlands, in: Timmermann (Hrsg.), Das war die DDR, S. 344–355.

Geiger, Tim: Atlantiker gegen Gaullisten. Außenpolitischer Konflikt und innerparteilicher Machtkampf in der CDU/CSU 1958–1969, München 2008.
Gerbet, Pierre: La construction de l'Europe, Paris 2007.
Gienow-Hecht, Jessica C.E.: Cultural Transfer, in: Hogan/Paterson (Hrsg.), Explaining the History of American Foreign Relations, S. 257–278.
Girard, Alain/Stoetzel, Jean: L'opinion publique devant la CED, in: Aron/Lerner (Hrsg.), La querelle de la CED, S. 127–147.
Gödde-Baumanns, Beate: L'idée des deux Allemagnes dans l'historiographie française des années 1871–1914, in: Francia 12 (1984), S. 609–619.

Golz, Hans-Georg: Verordnete Völkerfreundschaft. Das Wirken der Freundschaftsgesellschaft DDR-Großbritannien und der Britain-GDR Society, Möglichkeiten und Grenzen, Leipzig 2004.
Gomart, Thomas: Double détente. Les relations franco-soviétiques de 1958 à 1964, Paris 2003.
Grosser, Alfred: La IVe République et sa politique extérieure, Paris 1972.
Gürttler, Karin R.: Die Rezeption der DDR-Literatur in Frankreich 1945–1990, Bd. I: Autoren und Werke im Spiegel der Kritik, Bern 2000.
Dies.: Die Rezeption der DDR-Literatur in Frankreich, Bd. II: Repertorium der übersetzten literarischen Werke und Texte 1945–2000 und Sekundärliteratur, Bern 2004.
Guillen, Pierre: La question allemande 1949–1995, Paris 1996.
Gulyga, Asenij V.: Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Leipzig 1980.

Hänsch, Klaus: Frankreich zwischen Ost und West. Die Reaktion auf den Ausbruch des Ost-West-Konfliktes 1946–1948, Berlin/New York 1972.
Hecker-Stampehl, Jan (Hrsg.): Nordeuropa und die beiden deutschen Staaten 1949–1989, Leipzig 2007.
Herbstritt, Georg/Müller-Enbergs Helmut (Hrsg.): Das Gesicht dem Westen zu … DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland. Bremen 2003.
Herrmann, Hans-Christian: „Bedeutende Basen der Anerkennungsbewegung" – Zur Bedeutung der Städtepartnerschaften zwischen Frankreich und der DDR, in: Timmermann (Hrsg.), Das war die DDR, S. 356–385.
Heyde, Veronika: Nicht nur Entspannung und Menschenrechte. Die Entdeckung von Abrüstung und Rüstungskontrolle durch die französische KSZE-Politik, in: Peter/Wentker (Hrsg.), Die KSZE im Ost-West-Konflikt, S. 83–98.
Hiepel, Claudia: Willy Brandt und Georges Pompidou. Deutsch-französische Europapolitik zwischen Aufbruch und Krise, München 2012.
Hoff, Henning: „… Largely the Prisoners of Dr. Adenauer's Policy. La Grande Bretagne et la RDA 1949–1973, in: Pfeil (Hrsg.), La RDA et l'Occident, S. 189–212.
Ders.: Großbritannien und die DDR 1955–1973. Diplomatie auf Umwegen, München 2003.
Hogan, Michael/Paterson Thomas G. (Hrsg.): Explaining the History of American Foreign Relations, Cambridge 2004.
Horstmeier, Carel: La politique de reconnaissance de la RDA en Belgique jusqu'en 1972, in: Pfeil (Hrsg.), La RDA et l'Occident, S. 281–298.
Howarth, Marianne: Großbritannien und die DDR. Beziehungen und Nicht-Beziehungen, in: Heiner Timmermann (Hrsg.): Die DDR – Erinnerung an einen untergegangenen Staat, Berlin 1999, S. 509–526.
Dies.: La politique occidentale de la RDA 1966–1989, in: Pfeil (Hrsg.), La RDA et l'Occident, S. 99–116.
Dies.: The Berlin Triangle. Britain and the Two German States in the 1980s, in: Bauerkämper (Hrsg.), Britain and the GDR, S. 173–198.
Hüfner, Agnes: Brecht in Frankreich 1930–1963. Verbreitung, Aufnahme, Wirkung, Stuttgart 1968.
Hüser, Dietmar: Frankreichs „doppelte Deutschlandpolitik". Dynamik aus der Defensive – Planen, Entscheiden, Umsetzen in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Krisenzeiten 1944–1950, Berlin 1996.
Ders.: Selbstfindung durch Fremdwahrnehmung in Kriegs- und Nachkriegszeiten. Französische Nation und deutscher Nachbar seit 1870, in: Birgit Aschmann und Michael Salewski (Hrsg.): Das Bild „des Anderen". Politische Wahrnehmung im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 2000, S. 55–79.
Husson, Édouard : Une autre Allemagne, Paris 2005.

Ilic, Franco: Frankreich und Deutschland. Das Deutschlandbild im französischen Parlament 1919–1933, Münster 2001.
Immerman, Richard: Psychology, in: Hogan/Paterson (Hrsg.), Explaining the History of American Foreign Relations, S. 103–122.

Irmer, Thomas/Schmidt, Matthias: Die Bühnenrepublik. Theater in der DDR, Berlin 2003.

Jansen, Sabine: Pierre Cot. Un antifasciste radical, Paris 2002.

Kaelble, Hartmut: Die Gesellschaft der DDR im internationalen Vergleich, in: Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka und Hartmut Zwahr (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 559–580.
Kaiser, Wolfram/Varsori, Antonio (Hrsg.): European Union History. Themes and Debates, Basingstoke 2010.
Kilian, Werner: Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen der BRD und der DDR 1955–1973. Aus den Akten der beiden deutschen Außenministerien, Berlin 2001.
Kimmel, Adolf: L'Assemblée nationale sous la Cinquième République, Paris 1991.
Knabe, Hubertus: Westarbeit des MfS. Das Zusammenspiel von „Aufklärung" und „Abwehr", Berlin 1999.
Kocka, Jürgen/Sabrow, Martin: Die DDR als Geschichte. Fragen – Hypothesen – Perspektiven, Berlin 1994.
König, Mareike: Deutschlandperzeption und Europadebatte in Le Monde und Le Figaro, Opladen 2000.
Kolboom, Ingo: Deutschlandbilder der Franzosen. Der Tod des „Dauerdeutschen", in: Günter Trautmann (Hrsg.): Die hässlichen Deutschen? Deutschland im Spiegel der westlichen und östlichen Nachbarn, Darmstadt 1991, S. 212–243.
Ders.: Vom geteilten zum vereinten Deutschland. Deutschland-Bilder in Frankreich, Bonn 1991.
Ders.: Von der heillosen zur heilsamen Verstrickung. Deutsche und Franzosen in der gegenseitigen Wahrnehmung, in: Hans Süssmuth (Hrsg.): Deutschlandbilder in Dänemark und England, in Frankreich und den Niederlanden, Baden-Baden 1996, S. 287–302.
Ders.: Frankreichs „Ferner Osten" oder Was ist „französisch" in den neuen Bundesländern?, in: Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog 56/1 (2000), S. 7–17.
Kott, Sandrine: Le communisme au quotidien. Les entreprises d'État dans la société est-allemande, Paris 2001.
Dies./Droit, Emmanuel (Hrsg.): Die ostdeutsche Gesellschaft. Eine transnationale Perspektive, Berlin 2006.
Krakovitch, Raymond: Edgar Faure. Le virtuose de la politique, Paris 2006.
Krauskopf, Jürgen: Das Deutschland- und Frankreichbild in Schulbüchern. Deutsche Französischbücher und französische Deutschbücher von 1950–1980, Tübingen 1984.
Krulic, Brigitte: La nation. Une idée moderne, Paris 1999.
Kwaschik, Anne/Pfeil, Ulrich (Hrsg.): Die DDR in den deutsch-französischen Beziehungen, Brüssel 2013.

Labrusse, Jean de: La représentation est-allemande sur la scène sportive internationale 1948–1968, in: Bulletin de l'Institut Pierre Renouvin 16 (Herbst 2003), S. 135–148.
Lachaise, Francis: Histoire d'un État disparu, la République démocratique allemande de 1945 à nos jours, Paris 2001.
La Gorce, Paul-Marie de: La nation selon Charles de Gaulle, in: Fondation Charles de Gaulle (Hrsg.), Charles de Gaulle et la nation, S. 193–200.
Langkau-Alex, Ursula: Zweimal Antifaschismus – zweierlei Antifaschismus? Front populaire und deutsche Volksfrontbewegung in Paris, in: Anne Saint Sauveur-Henn (Hrsg.): Fluchtziel Paris. Die deutschsprachige Emigration 1933–1940, Berlin 2002, S. 114–128.
Lappenküper, Ulrich: Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963. Von der „Erbfeindschaft" zur „Entente élémentaire", 2 Bde., München 2001.
Ders.: Mitterrand und Deutschland. Die enträtselte Sphinx, München 2011.
Lattre, André de: Histoire de la politique économique française de 1945 à 1977, Paris 1982.
Lavabre, Marie-Claire: Usages du passé, usages de la mémoire, in: Revue française de science politique 44/3 (1994), S. 480–493.

Lazar, Marc: Maisons rouges. Les partis communistes français et italien de la Libération à nos jours, Paris 1992.
Ders.: Le communisme, une passion française, Paris 2005.
Lefèvre, Sylvie: Les relations économiques franco-allemandes de 1945 à 1955. De l'occupation à la coopération, Paris 1998.
Leffler, Melvyn P./Westad, Odd Arne (Hrsg.): The Cambridge History of the Cold War, 3 Bde., Cambridge 2010.
Leiner, Wolfgang: Das Deutschlandbild in der französischen Literatur, Darmstadt 1991.
Lenger, Friedrich: Netzwerkanalyse und Biographieforschung – einige Überlegungen, in: Bios. Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen 18/2 (2005), S. 180–185.
Leo, Maxim: Die Beziehungen zwischen der DDR und Frankreich in den siebziger Jahren aus ostdeutscher Sicht, in: Monika Sommer-Hasenstein (Hrsg.): Eine Vernunftehe, St. Ingbert 2001, S. 56–69.
Léon, Cristina: Zwischen Paris und Moskau. Kommunistische Vorstadtidentität und lokale Erinnerungskultur in Ivry-sur-Seine, München 2012.
Lill, Johannes: Völkerfreundschaft im Kalten Krieg? Die politischen, kulturellen und ökonomischen Beziehungen der DDR zu Italien 1949–1973, Frankfurt a. M. 2001.
Linderoth, Andreas: Kampen för erkännande. DDR's utrikespolitik gentemot Sverige 1949–1972, Lund 2002.
Lipp, Karlheinz: Religiöser Sozialismus und Pazifismus. Der Friedenskampf des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands in der Weimarer Republik, Pfaffenweiler 1995.
Lorrain, Sophie: Histoire de la RDA, Paris 1994.
Loth, Wilfried: Overcoming the Cold War. A History of Détente, 1950–1991, Basingstoke 2002.
Ders./Osterhammel, Jürgen (Hrsg.): Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten, München 2000.
Ludlow, N. Piers: European Integration and the Cold War, in: Leffler/Westad (Hrsg.), The Cambridge History of the Cold War, Bd. 2, S. 179–197.

Maelstaf, Geneviève: Que faire de l'Allemagne? Les responsables français, le statut international de l'Allemagne et le problème de l'unité allemande, 1945–1955, Paris 1999.
Maillard, Pierre: La nation et les autres nations chez Charles de Gaulle, in: Cahiers de la Fondation Charles de Gaulle 7 (2000), S. 56–73.
Ders.: Le général de Gaulle et les autres nations, in: Fondation Charles de Gaulle (Hrsg.), Charles de Gaulle et la nation, S. 111–124.
Manigand, Christine: Les radicaux et l'Europe, in: Berstein/Ruby (Hrsg.), Un siècle de radicalisme, S. 255–266.
Marcowitz, Reiner: Idealistische Aussöhnung oder realistisches Machtkalkül? Eine (Forschungs-)bilanz der Frankreichpolitik Konrad Adenauers, in: Klaus Schwabe (Hrsg.): Konrad Adenauer und Frankreich 1949–1963. Stand und Perspektiven der Forschung zu den deutsch-französischen Beziehungen in Politik, Wirtschaft und Kultur, Bonn 2005, S. 14–39.
Marès, Antoine: Un siècle à travers trois républiques. Georges et Édouard Bonnefous 1880–1980, Paris 1980.
Martini, Magda: La cultura all'ombra del muro. Relazioni culturali tra Italia e DDR 1949–1989, Bologna 2007.
Mathieu, Jean-Philippe/Mortier, Jean: RDA. Quelle Allemagne?, Paris 1990.
Merkel, Kurt: Die kulturellen Auslandsbeziehungen der DDR zwischen Zusammenarbeit und Auseinandersetzung, in: Evemarie Badstübner (Hrsg.): Befremdlich anders. Leben in der DDR, Berlin 2000, S. 626–646.
Metzger, Chantal: La vision française de la RDA de 1949 à 1955, in: Élisabeth du Réau (Hrsg.): Regards croisés et coopération en Europe au XX$^{e}$ siècle, Paris 1996, S. 153–172.
Dies.: Élites nationales et notables locaux français face à la RDA 1949–1973, in: Dorothee Röseberg (Hrsg.): Interkulturalität und wissenschaftliche Kanonbildung. Frankreich als Forschungsgegenstand einer interkulturellen Kulturwissenschaft, Berlin 2008, S. 461–482.

Dies.: Vierzig Jahre Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR, in: Röseberg (Hrsg.), Frankreich und „Das andere Deutschland", S. 19–33.
Meyer-Plantureux, Chantal: Bertolt Brecht et le Berliner Ensemble à Paris, Paris 1995.
Miard-Delacroix, Hélène: Question nationale allemande et nationalisme. Perceptions françaises d'une problématique allemande au début des années cinquante, Villeneuve-d'Ascq 2004.
Dies.: Im Zeichen der europäischen Einigung. 1963 bis in die Gegenwart, Darmstadt 2011.
Dies./Hudemann, Rainer (Hrsg.): Wandel und Integation, deutsch-französische Annäherungen der fünfziger Jahre. Mutations et integration, les rapprochements franco-allemands dans les années cinquante, München 2005.
Mieck, Ilja: Leipzig/Kassel. Napoleon, Madame de Staël, Völkerschlacht, in: Morizet/Möller (Hrsg.), Franzosen und Deutsche, S. 130–161.
Milza, Pierre: Mentalités collectives et relations internationales, in: Relations internationales 41 (Frühjahr 1985), S. 93–109.
Möller, Horst: Fürstenstaat oder Bürgernation. Deutschland 1763–1815, Berlin 1989.
Ders.: Charles de Gaulle und die deutsche Frage. Bemerkungen zu Tradition und Wandlung geostrategischen Denkens, in: Gegenwart in Vergangenheit. Beiträge zur Kultur und Geschichte der Neueren und Neuesten Zeit. Festgabe für Friedrich Prinz zu seinem 65. Geburtstag, hrsg. von Georg Jenal, München 1993, S. 335–347.
Ders.: „Wiederholte Spiegelungen". Potsdam, Berlin, Preussen in deutscher und französischer Perspektive, in: Morizet/Möller (Hrsg.), Franzosen und Deutsche, S. 78–103.
Ders.: Deutschland und Frankreich. Eine historische Betrachtung, in: Plurales Deutschland – Allemagne Plurielle. Festschrift für Étienne François – Mélanges Étienne François, hrsg. von Peter Schöttler, Patrice Veit und Michael Werner, Göttingen 1999, S. 348–363.
Ders./Vaïsse, Maurice (Hrsg.): Willy Brandt und Frankreich, München 2005.
Morelle, Chantal und Pierre Jakob: Henri Laugier. Un esprit sans frontières, Brüssel 1997.
Morizet, Jacques/Möller, Horst (Hrsg.): Franzosen und Deutsche. Orte der gemeinsamen Geschichte, München 1996.
Mortier, Daniel: Celui qui dit oui, celui qui dit non ou La réception de Brecht en France, 1945–1956, Paris 1986.
Mortier, Jean: Die DDR in Forschung und Lehre in der französischen Germanistik von 1950 bis 1970, in: Röseberg (Hrsg.), Frankreich und „Das andere Deutschland", S. 465–476.
Ders./Poumet, Jacques: Les mutations culturelles dans les nouveaux Länder. Actes du colloque organisé par le laboratoire sur l'histoire de la RDA et les nouveaux Länder (Paris 8) et l'équipe de recherche sur l'Allemagne contemporaine (Lyon 2), in: Allemagne d'aujourd'hui 132 (Apr.–Jun. 1995).
Multhoff, R.: Das Deutschlandbild in französischen Geschichtsbüchern, in: Reinhard Sprenger (Hrsg.): Das Deutschlandbild in internationalen Geschichtsbüchern, Kastellaun 1976, S. 133–138.
Muth, Ingrid: Die DDR-Außenpolitik 1949–1972. Inhalte, Strukturen, Mechanismen, Berlin 2000.

Nakath, Detelf: Deutsch-deutsche Grundlagen. Zur Geschichte der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik in den Jahren von 1969 und 1982, Schkeuditz 2002.
Neumann, Nathalie: 1967 – Image(s) de la République démocratique allemande. Eine Photoreportage von Willy Ronis, in: Timmermann (Hrsg.), Das war die DDR, S. 702–716.
Dies.: Wie erscheint sie so schön … – Bilder von der DDR für ein französisches Publikum. Eine Fotoreportage von Willy Ronis, in: Sowi. Das Journal für Geschichte, Politik, Wirtschaft und Kultur 33/1 (2004), S. 13–22.
Neuner, Thomas: Paris, Havanna und die intellektuelle Linke. Kooperationen und Konflikte in den 1960er Jahren, Konstanz 2012.
Nezeys, Bertrand: Les relations économiques extérieures de la France. Commerce, investissements, politique économique extérieure, Paris 1982.

Niedhart, Gottfried: Selektive Wahrnehmung und politisches Handeln. Internationale Beziehungen im Perzeptionsparadigma, in: Loth/Osterhammel (Hrsg.), Internationale Geschichte, S. 141–157.

Ory, Pascal/Sirinelli, Jean-François: Les intellectuels en France de l'affaire Dreyfus à nos jours, Paris 1986.
Osmont, Matthieu: La négociation de l'accord quadripartite sur Berlin 1969–1971. Le rôle du groupe de Bonn, in: Relations internationales 135 (Winter 2008), S. 37–52.

Paech, Norman/Stuby, Gerhard: Machtpolitik und Völkerrecht in den internationalen Beziehungen, Baden-Baden 1994.
Pekelder, Jacco: Niederlande und DDR. Bildformung und Beziehungen 1949–1989, Münster 2002.
Peslin, Daniela: Le Théâtre des nations. Une aventure théâtrale à redécouvrir, Paris 2009.
Peter, Matthias/Wentker, Hermann (Hrsg.): Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975–1990, München 2012.
Pfeil, Ulrich: „Comme un coup de tonnerre dans un ciel d'été". Französische Reaktionen auf den 17. Juni 1953. Verlauf – Perzeption – Interpretationen, Berlin 2003.
Ders.: Die „anderen" deutsch-französischen Beziehungen. Die DDR und Frankreich 1949–1990, Köln 2004.
Ders. (Hrsg.): La RDA et l'Occident. 1949–1990. Colloque international, Asnières 2000.
Picard, Emmanuelle: Des usages de l'Allemagne. Politique culturelle française en Allemagne et rapprochement franco-allemand, 1945–1963. Politique publique, trajectoires, discours, Paris, 1999; unveröffentliche, am Institut d'études politiques de Paris verteidigte Dissertation.
Piniau, Bernard: L'action artistique de la France dans le monde. Histoire de l'Association française d'action artistique (AFAA) de 1922 à nos jours, Paris 1998.
Planson, Claude: Il était une fois le Théâtre des nations, Paris 1984.
Pöthig, Charis: Italien und die DDR. Die politischen, ökonomischen und kulturellen Beziehungen von 1949 bis 1980, Frankfurt a. M. 2000.
Poidevin, Raymond: Robert Schumann. Homme d'État, 1886–1963, Paris 1986.
Priess, Lutz/Kural, Vaclav/Wilke, Manfred: Die SED und der „Prager Frühling" 1968. Politik gegen einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz", Berlin 1996.

Raffestin, Claude: La frontière comme représentation, discontinuité géographique et discontinuité idéologique, in: Relations internationales 63 (Herbst 1990), S. 295–303.
Renouvin, Pierre/Duroselle, Jean-Baptiste: Introduction à l'histoire des relations internationales, Paris 1991.
Rey, Marie-Pierre: La tentation du rapprochement. France et URSS à l'heure de la détente 1964–1974, Paris 1991.
Rimbaud, Christine: Maurice Schumann. Sa voix, son visage, Paris 2000.
Rioux, Jean-Pierre: L'opinion publique française et la Communauté européenne de défense. Querelle partisane ou bataille de la mémoire?, in: Relations internationales 37 (Frühjahr 1984), S. 37–53.
Risterucci-Roudnicky, Danielle: France – RDA. Anatomie d'un transfert littéraire 1949–1990, Bern 2000.
Robert, Frédéric: Louis Durey. L'aîné des Six, Paris 1968.
Robin, Gabriel: États, souveraineté et grands ensembles, in: Fondation Charles de Gaulle (Hrsg.), Charles de Gaulle et la nation, S. 125–131.
Röseberg, Dorothee (Hrsg.): Frankreich und „Das andere Deutschland". Analysen und Zeitzeugnisse, Tübingen 1999.
Romano, Angela: From Détente in Europe to European Détente. How the West Shaped the Helsinki CSCE, Brüssel 2009.
Rosoux, Valérie-Barbara: Les usages de la mémoire dans les relations internationales. Le recours au passé dans la politique étrangère de la France à l'égard de l'Allemagne et de l'Algérie, de 1962 à nos jours, Brüssel 2001.

Rowell, Jay: Socio-histoire der Herrschaft. Einführung, in: Kott/Droit (Hrsg.), Die ostdeutsche Gesellschaft, S. 26–34.

Sabrow, Martin: DDR-Bild im Perspektivenwandel, in: Kocka/Sabrow (Hrsg.), Die DDR als Geschichte, S. 239–251.
Sagnes, Jean (Hrsg.): Edgar Faure. Homme politique et homme d'État 1908–1988. Les rencontres de Béziers, Perpignan 1999.
Schabert, Thilo: Wie Weltgeschichte gemacht wird. Frankreich und die deutsche Einheit, Stuttgart 2002.
Scholtyseck, Joachim: Die Außenpolitik der DDR, München 2003.
Scholz, Werner: Rahmenbedingungen und Praxis systemübergreifender Wirtschaftsbeziehungen vor der diplomatischen Anerkennung der DDR durch Frankreich, in: Ders. (Hrsg.): Aspekte der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen 1945–1957, Leipzig 1993, S. 30–62.
Ders.: Zu den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Frankreich und der DDR 1958–1965, in: Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande XXV/4 (Okt.–Dez. 1993), S. 589–599.
Schulzinger, Robert D.: Memory and Understanding US Foreign Relations, in: Hogan/Paterson (Hrsg.), Explaining the History of American Foreign Relations, S. 336–352.
Seggelke, Sabine: Frankreichs Staatspräsident in der politischen Kommunikation. Öffentlichkeitsarbeit in der V. Republik, Berlin 2007.
Soutou, Georges-Henri: La France, l'Allemagne et les accords de Paris, in: Relations internationales 52 (Winter 1987), S. 451–470.
Ders.: L'alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands, 1954–1996, Paris 1996.
Ders.: La guerre de cinquante ans. Les relations Est-Ouest, 1943–1990, Paris 2001.
Ders.: Willy Brandt, Georges Pompidou et l'Ostpolitik, in: Möller/Vaïsse (Hrsg.): Willy Brandt und Frankreich, S. 121–154.
Ders.: Mitläufer der Allianz? Frankreich und der NATO-Doppelbeschluss, in: Philipp Gassert, Tim Geiger und Hermann Wentker (Hrsg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011, S. 363–376.
Steffen Gerber, Therese: Das Kreuz mit Hammer, Zirkel, Ährenkranz. Die Beziehungen zwischen der Schweiz und der DDR in den Jahren 1949–1972, Berlin 2002.
Steiner, André: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, Stuttgart 2004.

Taubert, Fritz: La guerre d'Algérie et la République démocratique allemande. Le rôle de l'„autre" Allemagne pendant les „événements" 1954 à 1962, Dijon 2010.
Thiesse, Anne-Marie: La création des identités nationales. Europe XVIII$^{e}$–XX$^{e}$ siècle, Paris 2001.
Thobie, Jacques: La dialectique forces profondes – décision dans l'histoire des relations internationales, in: Relations internationales 41 (Frühjahr 1985), S. 29–38.
Timmermann, Heiner (Hrsg.): Das war die DDR. DDR-Forschung im Fadenkreuz von Herrschaft, Außenbeziehungen, Kultur und Souveränität, Münster 2004.
Touraine, Alain: Le communisme utopique. Le mouvement de mai, Paris 1972.
Trebesius, Dorothea: Komponieren als Beruf. Frankreich und die DDR im Vergleich 1950–1980, Göttingen 2012.

Vaïsse, Maurice (Hrsg.): La mission d'Edgar Faure, avec les témoignages d'Alain Peyrefitte, Étienne Burin de Roziers, Zhang Xichang und Claude Chayet, in: Cahiers de la Fondation Charles de Gaulle 1 (1995), S. 21–44.
Ders.: La grandeur. Politique étrangère du général de Gaulle 1958–1969, Paris 1998.
Ders.: De Gaulle et Willy Brandt. Deux non-conformistes au pouvoir, in: Möller/Vaïsse (Hrsg.), Willy Brandt und Frankreich, S. 103–114.
Ders.: De Gaulle et la Russie. Colloque organisé par la Fondation Charles de Gaulle, Paris 2006.
Ders.: Le chemin de Varsovie. La France face à l'intervention en Afghanistan, in: Revue d'histoire diplomatique 2006/2, S. 169–187.

Ders.: La puissance ou l'influence? La France dans le monde depuis 1958, Paris 2009.
Voss, Egon: Offenbachs Hoffmann in Felsensteins Erzählungen, in: Attila Csampai und Dietmar Holland (Hrsg.): Jacques Offenbach, Hoffmanns Erzählungen. Texte, Materialien, Kommentare, Reinbek 1984, S. 294–306.

Weber, Hermann: Geschichte der DDR, München 2000.
Wenkel, Christian: Les relations entre la France et la „patrie de Brecht". La France et les Français face à l'action culturelle de la RDA et la Culture est-allemande 1954–1970, in: Antoine Marès (Hrsg.): Culture et politique étrangère des démocraties populaires, Paris 2007, S. 47–62.
Ders.: Inquiétudes parlementaires. La perception du problème allemand à travers les débats de la commission des Affaires étrangères de l'Assemblée nationale 1949–1955, in: Relations internationales 129 (Frühjahr 2007), S. 85–102.
Ders.: Les images françaises du socialisme en RDA 1956–1968, in: Chantal Metzger (Hrsg.): RDA – Vitrine du socialisme, l'envers du miroir 1949–1989–2009, Brüssel 2009, S. 219–231.
Ders.: Entre normalisation et continuité. Les relations de la France avec la RDA, in: Francia 36 (2010), S. 231–249.
Ders.: La marge de manœuvre des parlementaires en l'absence de relations officielles. Le cas de la RDA 1967–1976, in: Parlement[s] 17 (Juni 2012), S. 72–87.
Ders.: La visite d'Edgar Faure à Berlin-Est en janvier 1974, in: Parlement[s] 17 (Juni 2012), S. 129–131.
Ders.: L'„autre" dans le rapport franco-allemand, in: Reiner Marcowitz und Hélène Miard-Delacroix (Hrsg.): 50 ans de relations franco-allemandes, Paris 2013, S. 43–73.
Ders.: Die Anerkennung der DDR als Ausdruck französischer Deutschland- und Europapolitik, in: Anne Kwaschik und Ulrich Pfeil (Hrsg.): Der Ort der DDR in den deutsch-französischen Beziehungen, Brüssel (im Druck).
Ders.: Frankreich und die deutsche Einheit. Entflechtung nationaler Interessen als Grundlage neuer Verflechtung, in: Jörn Leonhard (Hrsg.): Vergleich zur Verflechtung. Deutschland und Frankreich im 20. Jahrhundert, Berlin 2014.
Ders.: Le Théâtre des nations – un théâtre de la guerre froide?, in: Christian Ingrao und Jean Vigreux (Hrsg.): La société française dans la guerre froide, Dijon (im Druck).
Ders./Robin-Hivert, Émilia (Hrsg.): La diplomatie parlementaire en France après 1945, dossier thématique, in: Parlement[s] 17 (Juni 2012).
Wentker, Hermann: Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989, München 2007.
Wenzke, Rüdiger: Die NVA und der Prager Frühling 1968. Die Rolle Ulbrichts und der DDR-Streitkräfte bei der Niederschlagung der tschechoslowakischen Reformbewegung, Berlin 1995.
Wilkens, Andreas: Der unstete Nachbar. Frankreich, die deutsche Ostpolitik und die Berliner Vier-Mächte-Verhandlungen 1969–1974, München 1990.
Ders. (Hrsg.): Le plan Schumann dans l'histoire, intérêts nationaux et projet européen, Brüssel 2004.
Williams, Philip: La vie politique sous la IV$^{e}$ République, Paris 1971.
Wolfrum, Edgar: Wo ist der Ort der DDR in den deutsch-französischen Beziehungen? Plädoyer für neue Forschungsaktivitäten, in: Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog 56/1 (2000), S. 18–24.

Zarusky, Jürgen (Hrsg.): Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen. Mit Beiträgen von Wilfried Loth, Hermann Graml und Gerhard Wettig, München 2002.

## Internetressourcen

http://www.assemblee-nationale.fr/sycomore (13. 5. 2013)
http://www.senat.fr/elus.html (13. 5. 2013)

# Register

## Personenregister

Die Namen von Personen aus dem Tabellenanhang wurden nur dann erfasst, wenn sie auch im Textteil des Buches erwähnt sind.


Abraham, Pierre 39f., 88, 180, 184f., 194, 198, 215, 226, 230, 232, CD-ROM
Abusch, Alexander 27
Achard, Marcel 88, CD-ROM
Achille-Fould, Aymar 51, 83, 325, 338–343, 351f., 358, 463, CD-ROM
Adamov, Arthur 32, CD-ROM
Adenauer, Konrad 29, 91, 194, 222f., 303, 306, 313f., 450, 507
Aicher-Scholl, Inge 226
Alphand, Hervé 415
Andler, Charles 31
André, Maurice 217, CD-ROM
Angoulvent, Paul 94
Ansart, Gustave 473, CD-ROM
Appen, Karl von 235
Armengaud, André 88, 329, 332, CD-ROM
Arp, Hans 235
Astolfi, Achille 147, 151, 161
Attali, Jacques 493
Attila 19
Aubin, Jean 382, CD-ROM
Aumeran, Adolphe 296, 306, 309
Auriol, Vincent 41
Avice, Edwige 481
Axen, Hermann 2, 338, 358, 364, 376, 443, 475–477

Bach, Johann Sebastian 25, 32, 108, 226, 239, 500
Bachmann, Ingeborg 226
Badia, Gilbert 9, 27, 31, 38f., 59, 77, 96f., 214, 217, 224, 230, 232, 278, CD-ROM
Bahr, Egon 402, 410, 412f.
Baignières, Claude 186
Balkow, Julius 338, 341
Ballanger, Robert 329, 332, 334, 351, 356, 369, CD-ROM
Bamler, Hans-Joachim 433
Bamler, Marianne 433
Barberot, Paul 368, CD-ROM
Bardol, Jean 51, 329f., 333, 335f., 378, 383, CD-ROM
Bardoux, Jacques 290, 293–295, 299–302, 306f., 311–313, 316
Barrault, Jean-Louis 247, 249f.
Barre, Raymond 171
Barrel, Virgile 368
Barrès, Philippe 303
Barthes, Jean-Jacques 181, 371
Bastid, Paul 54, 88, CD-ROM
Baumel, Jacques 337
Baumont, Maurice 93, CD-ROM
Bayard, Henri 371, CD-ROM
Bayle, Henry 471, CD-ROM
Beauvoir, Simone de 57
Becher, Johannes R. 187, 190
Beethoven, Ludwig van 32, 108, 110, 216, 225f., 239f., 260f., CD-ROM
Beil, Gerhard 113, 134, 148, 150f., 155, 157f., 166, 358–360, 363, 496
Benoist, Daniel 51, 336, 354–357, 368, CD-ROM
Béranger, Jean 387f., CD-ROM
Berg, Alban 261
Berghaus, Ruth 260, 286
Bertaux, Pierre 230
Berthouin, Fernand 334, 348, 351, 357, CD-ROM
Besset, Maurice 204f.
Besson, Benno 227f., 246–249, 251
Bidault, Georges 290, 293–295, 305–308, 315, 319, 456f., CD-ROM
Biermann, Wolfgang 70, 108-110, 282
Billiemaz, Auguste 329, 378, 382f., CD-ROM
Billotte, Pierre 110, 302, 472f.
Billoux, François 29, 51, 297, 310, 313, 324, 327, 394
Biscarlet, Alfred 293–295, 303
Bismarck, Otto von 18f., 28, 295, 365, 514
Bizet, Émile 334, 351, 371, CD-ROM
Blankenhorn, Herbert 332
Bloch, Jean-Richard 293f., CD-ROM
Bloncourt, Élie 59, CD-ROM
Blot, Jacques 493f.
Boegner, Marc 201
Böhme, Ibrahim 495
Bonnefous, Édouard 290, 299
Bonnel, Pierre 357, CD-ROM

Bonnet, Alain 371, CD-ROM
Bonte, Florimond 298, 304f.
Bordeneuve, Jacques 330, 335
Borm, William 229
Borroco, Edmond 322
Bossus, Raymond 51, 346, CD-ROM
Bottigelli, Émile 27, 214, CD-ROM
Boucheny, Serge 378–380, 383f., 386–388, CD-ROM
Bouhey, Jean 303
Boulangé, Marcel 51, 329, 378, 380f., 383, CD-ROM
Boulier, Jean 206, CD-ROM
Bourdellès, Pierre 332, 334, 351f., 354–357, CD-ROM
Boyer, Jean 388, CD-ROM
Brahms, Johannes 216
Brandt, Willy 55, 152, 166, 238, 252, 254, 256, 258f., 355, 359, 378, 397, 402f., 408, 410, 423f., 466–468, 508–510, CD-ROM
Brayard, Joseph 329, CD-ROM
Brecht, Bertolt 1, 27, 32f., 40, 53, 179–198, 211, 224–227, 230, 232f., 235, 241f., 247–249, 251, 255f., 260, 262f., 286, 405, 505, 509, 512, CD-ROM
Breschnew, Leonid 287, 465f.
Briand, Aristide 91, 349
Briane, Jean 371, CD-ROM
Britten, Benjamin 188, 197, CD-ROM
Broglie, Jean de 155, 290, 358f., 362–367, 369, 371, 406–408, CD-ROM
Brugère, Raymond 41, CD-ROM
Brugerolle, André 334, 351, 368, CD-ROM
Brun, Raymond 51, 78, 344f., 382, 386f., CD-ROM
Büchner, Georg 33, 214, 225f.
Burkard, Thierry 264, 270f., 273–275, 277, 279, 389
Bussières, Raymond 106f., CD-ROM
Bustin, Georges 348, CD-ROM

Cahen-Salvador, Jean 396–398
Caillavet, Henri 57, 334f., 349, 389, CD-ROM
Caillemer, Henri 318f.
Capitant, René 51f.
Carcassonne, Roger 51, 330, 336, 380, CD-ROM
Carlebach, Emil 226
Caro, Elme 18–22, 514
Casadesus, Jean-Claude 285, CD-ROM
Casalis, Georges 22, 104f., CD-ROM
Castellan, Georges 9, 23f., 30, 32, 38, 40, 42, 52, 58, 63, 65f., 71–73, 76f., 88f., 92–97, 102, 106, 223f., 266f., 271, 273, 278, 282, 284, 355, 369, CD-ROM
Cayeux de Senarpont, André de 224, CD-ROM
Cazenave, Franck 359, CD-ROM
Cermolacce, Paul 51, 329, 333, 344, 351, CD-ROM
Chaban-Delmas, Jacques 350–353, 359–361, 366, 478
Chabbert, Jean 233f., CD-ROM
Chabrun, Daniel 240
Chalvron, Bernard Guillier de 69, 169f., 201, 204f., 209, 212, 263, 277, 279, 330, 418, 432, 444, 446, 470f., 475, CD-ROM
Chamant, Jean 51f.
Chambriard, Jean-Paul 388, CD-ROM
Chambrun, Gilbert 305, 308, 311, 313
Chandernagor, André 352
Chapalain, Jean-Yves 356, CD-ROM
Chapelle, Jean 155, 163
Charbonnel, Jean 168
Charret, Édouard 334, 356–358, 369, CD-ROM
Chatagner, Jacques 50, CD-ROM
Châtelet, Albert 36f., 39f., 54, 79, 82, 88, 211–213, CD-ROM
Chaumont, Jacques 475, CD-ROM
Chauvin, Adolphe 389, CD-ROM
Chavanne, François 243
Chazelle, René 383, CD-ROM
Chéreau, Patrice 286
Cheysson, Claude 480, CD-ROM
Childs, David 93
Chirac, Jacques 376, 482, 485, 487
Chruschtschow, Nikita S. 33, 127
Cluzel, Jean 348
Cocteau, Jean 217, CD-ROM
Cointat, Michel 371, CD-ROM
Colin, André 292, 380f.
Colinet, Michel 332
Colombo, Pia 230
Comiti, Joseph 371, CD-ROM
Cormier, Paul 359, 368, CD-ROM
Cornu, Marcel 237, CD-ROM
Coste-Floret, Alfred 301
Cot, Pierre 227, 296, 299f., CD-ROM
Coumaros, Jean 358f., 366, CD-ROM
Cousté, Pierre-Bernard 371, CD-ROM
Couve de Murville, Maurice 42, 123, 138, 202–204, 250, 290, 318–326, 330, 339, 341f., 391, 393f., 401, 458–460, 462, 464, 475f., CD-ROM
Couveinhes, René 371, CD-ROM
Craxi, Bettino 483
Cremer, Fritz 217f.

Crémieux, Suzanne 51, 331, 336, CD-ROM
Cresson, Edith 480, 496
Cukier, Michel 241
Cuttoli, Charles de 387, CD-ROM

Dahlem, Franz 2, 266
Dähn, Fritz 217
Daquin, Louis 267, CD-ROM
Darcante, Jean 245–247
Dardel, Georges 343, 378, 381, CD-ROM
D'Argenlieu, Philippe 321, 330
Dasté, Jean 183
D'Aumale, Christian 153
David, Léon 329, 331, 336, 378, 381f., CD-ROM
Debré, Michel 10, 187, 252, 300, 314, 396–398, 400f., 454, 467, CD-ROM
Decourdemanche, Denise 107, CD-ROM
Deferre, Gaston 355f., 369
Deflassieux, Jean 83, CD-ROM
Delagnes, Roger 336, CD-ROM
Delalande, Jean-Pierre 371, CD-ROM
Delatre, Georges 356, 358, CD-ROM
Delbos, Yvon 301, 305
Delehedde, André 371, 477f., CD-ROM
Deliaune, Gérard 333, 338, 357, 359, CD-ROM
Deniau, Xavier 268, 358, 362f., 404–406, CD-ROM
Denis, Jacques 12, 37, 39, CD-ROM
Denvers, Albert 371, CD-ROM
Depietri, César 370, 474, CD-ROM
Deprez, Charles 358, 371, CD-ROM
Dervaux, Renée 329, CD-ROM
Desanlis, Jean 368, CD-ROM
Deschizeaux, Louis 34, 49, 51, 107, 335f., 347, CD-ROM
Dessau, Paul 32, 187, 224f., CD-ROM
Destremau, Bernard 369, 439, CD-ROM
Dieckmann, Johannes 327f.
Digeon, Claude 21, 225
Diligent, André 51, 331, CD-ROM
Dormoy, Marx 105
Dort, Bernard 180, 182, 184, 186, 189, 193, 198
Douzans, Jacques 323, 331
Dreyfus, François-Georges 58, 64, 69, CD-ROM
Dronne, Raymond 316f.
Droz, Jacques 270, CD-ROM
Duboscq, Franz 359, CD-ROM
Dubreuil, Pierre 217, CD-ROM
Dubuis, Émile 335, CD-ROM
Duclos, Jacques 88, 327, 385f., 408, 460, CD-ROM
Dufeu, Jean-Baptiste 329, 380, CD-ROM
Duhamel, Jacques 258, 262, 267, 271, 449
Dumas, Roland 41, 353, 449, 492, 495, 497, CD-ROM
Dumez, Natalis 29, CD-ROM
Dumur, Guy 248
Duraffour, Paul 351, CD-ROM
Dürer, Albrecht 32, 218, 233
Durey, Louis 216f., 239, CD-ROM
Duroméa, André 72
Dutheil, Charles 333
Dutoit, Adolphe 329, 335, CD-ROM

Eckert, Willehad Paul 229
Eeckhoutte, Léon 389–391, CD-ROM
Ehm, Albert 358, 371, 474, CD-ROM
Einstein, Albert 25, 233
Eisler, Hanns 32f., 225f., 228
Eloy, Didier 370, CD-ROM
Erhard, Ludwig 49, 51, 242, 464
Erlanger, Philippe 196
Estier, Claude 76, 82, 473, CD-ROM

Fabius, Laurent 173, 482–485, 489, 512, CD-ROM
Fabre, Henri 333
Fabre, Jean 52, 54, CD-ROM
Fabre, Robert 51, 63, 344, 351, 356–358, 368, CD-ROM
Faure, Edgar 34, 41, 44, 52, 64, 250, 276f., 290, 302, 314f., 326, 338, 350, 361, 372–376, 432, 457, 471, 473, 475, 477, 511, CD-ROM
Faure, Lucie 51
Faure, Maurice 306
Fauroux, Roger 498
Feït, René 76, 371, 407, CD-ROM
Feix, Léon 324, 342, 366, 460
Felsenstein, Walter 186–191, 195–197, 242, 247, 249, 260, 512
Ferrant, Charles 383, CD-ROM
Fischer, Oskar 171, 439, 444, 446f., 472, 480–484, 492, 495, CD-ROM
Flaubert, Gustave 18f.
Fossé, Roger 51f., 56, 60, 64, 346, 351–361, 366, 368–371, 403, 474, 478, CD-ROM
Fouchet, Max-Pol 240, CD-ROM
Fouchier, Jacques 51f., 338, 356, CD-ROM
Fougeron, André 235, CD-ROM
Fourquet, Jean 221
François, Étienne 2
François-Poncet, André 93, 138, 303
François-Poncet, Jean 281, 447, 476, 511f., CD-ROM

Frey, Roger 336
Friedrich II. von Preußen 501
Friedrich August I. von Sachsen 25
Fustel de Coulanges, Numa Denis 19

Gaborit, Roger 309
Gambiez, Claude 230
Gargar, Marcel 381f., 387, CD-ROM
Garreau, Roger 41f., CD-ROM
Gaulle, Charles de 6, 11, 14, 17, 36, 44, 47, 55, 79, 90f., 99, 168, 171, 212, 264, 292, 318, 337, 347f., 350, 353, 373f., 393–395, 399f., 409, 447, 449–455, 458–470, 472, 475, 480, 490, 492, 494, 501–504, 507, 511, CD-ROM
Gaulle, Pierre de 316
Gauthier, André 334f.
Gautier, Jean-Jacques 183, 194, 247
Gay, Francisque 41
Genevois, Louis 205
Genscher, Hans-Dietrich 499
Geoffroy, Jean 51, 331
Gerlach, Manfred 338, 495, 500
Giacometti, Alberto 235
Gierek, Edward 287
Gimond, Marcel 218f., CD-ROM
Girnus, Wilhelm 230
Girod de l'Ain, Bertrand 230
Giscard d'Estaing, Valéry 11, 154, 159, 166, 168, 287, 433, 447, 469, 502, 511
Gisselbrecht, André 27, 33, 215, 232, CD-ROM
Gissinger, Antoine 357, 371, CD-ROM
Globke, Hans 31
Glon, André 358, CD-ROM
Gluck, Christoph Willibald 260
Godefroy, Pierre 60, 335, 368, CD-ROM
Goethe, Johann Wolfgang von 17, 25, 32f., 77, 224
Goldschmidt, Harry 216f.
Gorbatschow, Michail 486, 490, 494f., CD-ROM
Gorki, Maxim 192
Gorse, Georges 155, 361f., 367, 403f., 407, 438, 473, CD-ROM
Gosnat, Georges 341f., 370, 375, CD-ROM
Götting, Gerald 70, 104, 354, 376, 435, 438, 473f., 477
Gouin, Félix 309
Gouju, Maurice 235f., CD-ROM
Goutmann, Marie-Thérèse 388f., CD-ROM
Grand-Chastel, Paule-Marie 237
Grappin, Pierre 54, 225, 230f., CD-ROM
Grass, Günter 228
Gravier, Jean 380, CD-ROM
Grégoire, André 53, CD-ROM
Grenet, Yves 62
Gros, Louis 389, 473
Grosser, Alfred 30f., 52, 94, 487
Grotewohl, Otto 28, 304
Grumbach, Salomon 290, 292–295
Gruner, Karin 236, 266
Guéhenno, Jean-Michel 490
Guéna, Yves 168, 171, CD-ROM
Guillaumot, Paul 51, 344, CD-ROM
Guillou, Louis 51, 338, 348, CD-ROM
Guiringaud, Louis de 447, 476, CD-ROM
Guyot, Raymond 57, 311, 321
Gysi, Gregor 495
Gysi, Irene 188, 240, 260, 268f., 362

Hage, Georges 371, CD-ROM
Hager, Kurt 2, 271, 358, 391
Haid, Bruno 273
Hamel, Emmanuel 371, 477, CD-ROM
Hamon, Léo 301, 305, 314f., 317, 457
Hamon, Yves 338, 348, CD-ROM
Hannoun, Michel 371, CD-ROM
Hauriou, André 42, 45, 47f., 52, 55f., 88, 103–105, 266, 344, 351f., 377, CD-ROM
Hauser, Harald 226
Hébert, Jacques 338, CD-ROM
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 17, 19, 25
Hein, Christoph 286
Heine, Heinrich 18, 21, 32, 110, 187, 214, 225f.
Heinz, Wolfgang 248
Héon, Gustave 338, 343, CD-ROM
Hermlin, Stefan 229
Herriot, Édouard 327–329, 349
Herzog, Maurice 207
Heym, Stefan 286
Hitler, Adolf 31f., 91, 224, 226, 248
Holstein, Jean-Paul 239
Honecker, Erich 3, 9, 76, 97, 163, 169, 285, 288, 376, 409, 480, 483–488, 491, CD-ROM
Honecker, Margot 277
Howarth, Marianne 9
Hüfner, Agnes 182f., 192, 194

Isorni, Jacques 310, 312

Jacquet, Gérard 51
Jacquet, Marc 369
Jacquin, Emmanuel 240f., 383f., CD-ROM
Janáček, Leoš 186, CD-ROM
Jarrosson, Guy 319

Jessel, Jacques 167f., 276, 376, 423, 428f., 432, CD-ROM
Joachim, Irène 216, CD-ROM
Joachim, Joseph 216
Jobert, Michel 166, 359, 375, 430–432, 442, CD-ROM
Julien, A.-M. 188, 193

Kallich, Rainer 273
Kant, Hermann 229, 240
Kant, Immanuel 18f., 225, 514
Kastler, Alfred 54, CD-ROM
Kauffmann, Michel 346, 380, CD-ROM
Kemp, Robert 181
Kiesinger, Kurt Georg 30, 467f., CD-ROM
Klaffenbach, Günther 250
Kleist, Heinrich von 180, CD-ROM
Klemperer, Victor 102, 211, 214f.
Kloppenburg, Heinz 226, 229
Koch, Robert 25
Kochan, Günther 229
Kohl, Helmut 450, 483f., 494–497, 500–503, CD-ROM
Kranick, Peter 433–435, 445
Kreisky, Bruno 42
Krenz, Egon 499
Kriegel-Valrimont, Maurice 307
Krupp von Bohlen und Halbach, Alfried 298
Kuckhoff, Greta 230
Kühn, Achim 237
Kühn, Fritz 236f., 264, CD-ROM
Kupfer, Harry 286

La Chambre, Guy 301f.
La Combe, René 356, 371, 472, 478, CD-ROM
La Gontrie, Pierre de 344
Laboulaye, Jean de 438, 445f., 472
Labrousse, Ernest 40, 42, 93f., 224, CD-ROM
Lafontaine, Oskar 502f.
Lagatu, Catherine 348, 389f., CD-ROM
Lainé, Jean 359, 368, CD-ROM
Lalloy, Maurice 378, 383, CD-ROM
Lambert, Bernard 333
Lambert, Marcel 344
Lamps, René 51, 67, 334, 338, 351f., 354–358, CD-ROM
Lance, Alain 223
Lang, Fritz 246
Lang, Jack 198, 246, 263, 286
Langevin, Paul 211
Las Vergnas, Raymond 63
Laugier, Henri 40–45, 62, 72, 88–92, 205f., 212f., 222–224, 235, 316, CD-ROM
Lavergne, Bernard 33, CD-ROM
Lavigne, Pierre 63
Lavy, Arthur 343, 345
Le Bail, Jean 293
Le Trocquer, Jean 240f.
Le Troquer, André 327
Lecanuet, Jean 292, 337, 380f., 384f.
Lefort, Bernard 117, 120, 135f.
Lehmann, Henri 206
Lemaire, Maurice 367
Lenoir, Roland 39, 45f., 50, 53, 62, 71, 82, 105, 107, 193f., 224, 267, 271, 355f., 368f., 381, 384, CD-ROM
Leo, Gerhard 105, 240
Léon, Georges 247f.
Lepercq, Arnaud 371, CD-ROM
Lessing, Gotthold Ephraim 500f.
Liebknecht, Karl 28, 229
Lucas, Henri 370, CD-ROM
Luchaire, François 94, CD-ROM
Lumbroso, Fernand 254, 260f., 263
Lusset, Félix 49
Luther, Martin 25, 224, 500
Luxemburg, Rosa 229
Lwoff, André 57

Machefer, Philippe 70, 384, CD-ROM
Maertens, Lucienne 39, 220, CD-ROM
Maillard, Pierre 454
Mainguy, Paul 357, CD-ROM
Malraux, André 188, 232, 243
Mann, Heinrich 226, 228, 230
Mann, Thomas 32
Margerie, Emmanuel de 421, 431, 433
Margerie, Roland de 128, 136
Maroselli, André 329f.
Maroselli, Jacques 57
Marquet, Michel 357, CD-ROM
Marry, Christian 58, CD-ROM
Martin, André 370, CD-ROM
Martin, Hubert 387, CD-ROM
Martin, Louis 33, 51, 335, 379f., 383, 386, CD-ROM
Marx, Karl 110, 225
Mascarello, Livio 40, 327, CD-ROM
Massin, Brigitte 108, 110, 216, 224, 239, CD-ROM
Massin, Jean 108, 216, 239, CD-ROM
Masson, André 235
Masson, Jean 328
Massot, Marcel 51, 335, 351, 353, 368, CD-ROM
Masur, Kurt 58, 259, 495
Matraja, Pierre 70, 384, 387f., CD-ROM
Matthus, Siegfried 286
Mauriac, François 33

Mauroy, Pierre 63
May, Gisela 53, 230
Mayer, Daniel 44, 51, 290
Mayer, Hans 214
Mayer, René 51, 312
Mazars, Pierre 235
Ménard, Claude 163, 172, 266
Mendès-France, Pierre 51, 310f., 313, 328, 334, CD-ROM
Mer, Jacques 339
Mercieca, Paul 478, CD-ROM
Merlet, Dominique 240
Mermaz, Louis 478
Messmer, Pierre 374
Mexandeau, Louis 371, CD-ROM
Michelet, Edmond 254
Michon, Jacques 228, 239, CD-ROM
Minder, Robert 31
Miossec, Charles 371, CD-ROM
Miró, Joan 235
Miroudot, Michel 389, 391, CD-ROM
Mistral, Paul 336, CD-ROM
Mittag, Günter 156f.
Mitterrand, François 3, 11, 13f., 32, 41, 44, 49, 51, 64, 72, 82, 97, 174f., 178, 198, 284, 286, 330, 371, 388, 449f., 480–505, 512f., CD-ROM
Moch, Jules 51, 309–310, 312, 324
Modrow, Hans 495, 501
Mohr, Arno 217
Moinard, Jean-Pierre 231, CD-ROM
Molière 185, 195, 286
Mollet, Guy 51, 82, 330, 336f., CD-ROM
Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch 308, 457
Mondon, Raymond 319
Monnerville, Gaston 380, CD-ROM
Monod, Gustave 211
Monod, Théodore 225
Monory, René 383, CD-ROM
Montalat, Jean 353
Montassier, Gérard 267–270
Monteil, André 292, 324, 379, 464
Montéro, Germaine 225
Morelle, Chantal 90
Mortier, Daniel 183
Morvan-Lebesque 181, 185f.
Motte, Eugène 321
Moutet, Marius 321, 329f.
Mozart, Wolfgang Amadeus 252, 261, CD-ROM
Müller, Émile 210
Müller, Heiner 1, 286
Musitelli, Jean 484
Mutter, André 295
Nacenta, Raymond 242
Naegelen, Marcel-Edmond 308, 456, CD-ROM
Namy, Louis 378, 382
Napoleon I. 17, 33
Netter, Lucienne 39, 223f., CD-ROM
Neuwirth, Lucien 357f., 370, CD-ROM
Nicolle, Jacques 200, 211
Nier, Kurt 171, 277, 444–446, 472
Nietzsche, Friedrich 500f.
Nixon, Richard 410, 421
Noel-Baker, Philipp 44
Noiret, Roger 51f.
Norden, Albert 2, 64
Nungesser, Roland 356

Odru, Louis 51, 358, 368
Offenbach, Jacques 188f., CD-ROM
Ott, Barthélémy 293

Pabst, Georg Wilhelm 180
Palewski, Gaston 303f., 312–313, 315
Palewski, Jean-Paul 51, 475, CD-ROM
Palmero, Francis 383, CD-ROM
Papon, Cristiane 371, CD-ROM
Paquet, Aimé 63, 369
Paul-Boncour, Joseph 36f., 41, CD-ROM
Pekelder, Jacco 9
Pellenc, Marcel 329, 331, 337f., 346, 378f., 381–383, CD-ROM
Penne, Guy 64
Peretti, Achille 356, 374
Péridier, Jean 51, 64, 70f., 82, 329, 380–386, CD-ROM
Périllier, Louis 53f., 56, 62, 66, 88, 105, 351–353, 355–357, 367, 369, CD-ROM
Péronnet, Gabriel 51, 334, 351f., 357f., 371, CD-ROM
Peyrefitte, Alain 320
Pfeil, Ulrich 7f.
Pfrimmer, Albert 214–216, CD-ROM
Pfrimmer, Édouard 232, CD-ROM
Philip, André 299
Philippe, Joseph 246
Picasso, Pablo 233, 235
Piccoli, Michel 57
Pichette, James 232, 235f., 241, 267, 270, CD-ROM
Pieck, Wilhelm 28, 94
Pierre-Bloch, Jean 46, 328, CD-ROM
Pinay, Antoine 314, 316, 326, CD-ROM
Pineau, Christian 41, 51, 314, 316f., 327, 382, 457, CD-ROM
Pingeon, Roger 84, CD-ROM
Pinton, Auguste 329f., 382, CD-ROM

Plaisant, François 432, 444
Plaisant, Marcel 292, 298
Planchon, Roger 262, 269, 286
Planson, Claude 180, 184, 186–188, 190–195, 197, 286
Plantier, Maurice 358, CD-ROM
Poher, Alain 384, 485
Poignant, Fernand 383
Poliakoff, Serge 235
Poliakov, Léon 229
Pompidou, Georges 11, 157, 168, 359, 364, 367, 374, 408, 411–415, 418, 420, 424f., 427, 433, 470f., 490
Poniatowski, Michel 369
Poppe, Eberhard 64
Poudevigne, Jean 473, CD-ROM
Pozner, Vladimir 110, CD-ROM
Prouteau, Jean-Pierre 328
Prouvoyeur, Claude 72, CD-ROM

Racine, Jean 182, 286
Raimond, Jean-Bernard 358f., 481f., 484, CD-ROM
Ramonet, Édouard 328
Rausch, Jean-Marie 498
Renan, Ernest 19, 225
Renn, Ludwig 214, 217
Renouard, Isidore 334, CD-ROM
Restat, Étienne 51, 54, 56, 330, 378, 381–384, CD-ROM
Rétoré, Guy 262, 286
Ribière, René 326
Rieubon, René 346, 351, 356, CD-ROM
Rigout, Marcel 480
Rivet, Paul 293
Rivière, François 76, 87, CD-ROM
Robin, Jean 196, 252
Rodocanachi, André 423, 425
Rolin, Henri 44
Rolland, Romain 225
Ronis, Willy 100, 237f.
Rose, François de 419
Rosenblatt, Marcel 302
Rotinat, Vincent 292, 330
Rougeron, Georges 32, 48, 51, 105, 344f., 347f., CD-ROM
Rousseau, Jean 478, CD-ROM
Rouxel, Ernest 348, CD-ROM
Rusk, Dean 323

Saillant, Louis 57, 327
Sallé, Louis 356, 358, 370f.
Sangnier, Marc 22
Sarrailh, Jean 215
Sartre, Jean-Paul 57, 182
Sauvagnargues, Jean 257, 376, 381, 415, 435, 437–439, 443, 446f., 472, 474, CD-ROM
Savary, Alain 355f., 480
Schall, Ekkehard 230
Scheel, Walter 162f., 430
Schiller, Friedrich 17, 25, 32, 263
Schiller, Karl 397
Schloesing, Édouard 357, 359, 368, CD-ROM
Schmittlein, Raymond 42, 44, 51, 82
Schober, Rita 277
Scholl, Hans 226
Scholl, Sophie 226
Scholz, Ernst 69, 361, 432, 438, 443, 445, 470
Schramm, Gerhard 63, 157, 428, 434
Schuman, Robert 290, 295–297, 299–301, 303–306, 309, 319, 350, 449, 453, 455f., CD-ROM
Schumann, Maurice 10, 22, 45, 51f., 55, 60, 72, 89, 97–99, 126, 154–158, 162–164, 195, 198, 251–253, 255, 257, 266, 268–270, 290, 299, 302, 308, 310f., 316, 318, 320, 339–341, 355, 358, 362–364, 366f., 374, 379–381, 384–387, 393, 401–403, 405–409, 413, 416, 418–420, 423–425, 457f., 463, 471, CD-ROM
Schwarz, Jewgeni 227, 246–248, CD-ROM
Schweitzer, Albert 41, 233
Ségard, Norbert 170f., CD-ROM
Seghers, Anna 1, 27, 214, 226, 229
Seigewasser, Hans 354f., 383
Sempé, Abel 330, 380, CD-ROM
Seramy, Paul 335, 343
Serreau, Jean-Michel 180, 184, CD-ROM
Servan-Schreiber, Jean-Jacques 59
Seydoux de Clausonne, François 139, 201, 208
Seydoux de Clausonne, Roger 203
Shakespeare, William 185
Sindermann, Horst 376, 475, 478
Soldani, Édouard 51, 336, 380, CD-ROM
Sölle, Horst 154, 158f.
Solliers, Jean de 240f., 267, 283, CD-ROM
Soria, Georges 254, 260, CD-ROM
Souquès, Pierre 328
Spaak, Paul-Henri 42
Spiral, André 362
Sprauer, Germain 371, CD-ROM
Staël-Holstein, Germaine de 17f., 20f., 365
Stalin, Josef 102, 104, 107, 136, 248, 304, 307, 456
Stasi, Bernard 63

Staudte, Wolfgang 226
Stirn, Olivier 69, 371, 447, CD-ROM
Stoph, Willi 55, 154, 333, 335, 366, 378, CD-ROM
Strauß, Franz Josef 30
Strauss, Richard 260
Stresemann, Gustav 91, 222
Sudreau, Pierre 83, 98, 157, 358, 362–366, 371, 403, CD-ROM
Suran, Charles 51, 331, 336, CD-ROM
Tailleur, Jean 50, 223
Taine, Hippolyte 19
Talamoni, Louis 338, CD-ROM
Tal-Coat, Pierre 235
Teitgen, Henri 295
Thalmann, Rita 38, 223f., 226, 231f., CD-ROM
Thome-Patenôtre, Jacqueline 51, 325, 338f., 343, 356f., 368, 370, 372, CD-ROM
Thorailler, Edmond 359, CD-ROM
Timsit, Joëlle 173, 253, 258, 281, 423, 447, 484, 492, CD-ROM
Tinant, René 51, 338, 378, 389f., CD-ROM

Ulbricht, Walter 28, 103, 128, 149, 254, 321, 336, 338, 340, 397, 400

Vaillant, Robert 199
Vaillant-Couturier, Marie-Claude 340
Vaïsse, Maurice 465
Vallin, Camille 329, 345, CD-ROM
Védrine, Hubert 449, 481, 483, 491, 501
Vendroux, Jacques 290, 340
Ver, Antonin 51, 344, 351, 357, 368, 370, CD-ROM
Verdeille, Fernand 88, 330, 335, CD-ROM
Vérillon, Maurice 329, CD-ROM
Vermeil, Edmond 24, 31, 93, 95, 214, 224, CD-ROM
Verner, Paul 2
Verneuil, Jacques 331, CD-ROM
Vial-Massat, Théo 325
Viard, Paul 298
Vigier, Jean-Louis 332
Vilar, Jean 180, 184, 193, 198
Villiers, Georges 150f., 154f., 157, 161, 166, 403, CD-ROM
Villon, Pierre 27f., 39, 215, 359, 368, 370, CD-ROM
Viron, Hector 383, 387, CD-ROM
Vitez, Antoine 286
Voelkner, Hans 433
Vogé, Maurice 107, CD-ROM
Voilquin, Albert 387, CD-ROM
Voisin, André-Georges 338, 371, 473, CD-ROM
Voisin, Robert 181, 194, 198
Voltaire 25

Wagner, Richard 260f., CD-ROM
Walkowski, Ernst 362, 444
Weigel, Helene 181, 191f., 194f., 230, 247
Weill, Kurt 225, 251
Weiss, Peter 228
Werner, Maurice 259
Wiener, Jean 225
Wilhelm II. 28, 32, 34, 91, 224, 476
Winckler, Jean-Paul 346
Winzer, Otto 338, 430f., 442, CD-ROM
Witzleben, Erwin von 226
Wolf, Christa 1, 286
Wolf, Konrad 64
Wolfrum, Edgar 7, 9

Zadkine, Ossip 235

## Sachregister

Algerienkrieg 90, 193, 198, 207, 314, 327, 339, 464
Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik Deutschland siehe Hallstein-Doktrin
*Alliance française* 271, 406
*Allied Travel Office* (siehe auch *Temporary Travel Documents*) 55, 340f., 394
Alliierte Rechte und Verantwortung für Deutschland als Ganzes (siehe auch Berlin-Frage und Vier-Mächte-Abkommen über Berlin) 7, 314, 402, 411, 415f., 421, 426, 437, 469, 471, 481, 483, 489, 494, 497, 510
Alliierte Verbindungsmission, Potsdam 414
Das „andere Deutschland" (siehe auch Theorie der „deux Allemagne") 1, 13f., 17–35, 77, 88, 95, 101, 105, 110, 224, 307, 406, 501, 508, 511, 513f.
Anerkennung der DDR (siehe auch Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR, De-facto-Anerkennung, Gemeinsame Erklärung der vier Alliierten über die Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die UNO und Nichtanerkennung der DDR) 2, 8f., 14, 28, 38, 40, 42, 46–48, 50, 52–61, 63, 67, 70, 84, 87, 95, 97, 103–105, 107, 113f., 117, 150,

159, 162, 164f., 178, 196f., 199, 204, 227, 229, 241, 270, 287, 289, 316–320, 323, 336, 340, 342, 346, 354, 358, 360, 363, 368, 372, 374, 380f., 384–387, 392–394, 398, 400, 402, 404, 406, 408–416, 419, 427, 429, 436f., 440, 450, 454f., 459f., 463, 465f., 469, 480f., 508–510
Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR (siehe auch Anerkennung der DDR) 2, 5, 14, 61, 63, 65, 71, 79f., 113, 156, 159–161, 163f., 169, 238, 241, 261, 270, 272f., 275, 282, 287f., 317, 369f., 390, 392, 402, 408–427, 429, 433f., 436, 442–444, 447, 469f., 472, 481, 510f.
Außen- und verteidigungspolitischer Ausschuss des französischen Senats siehe *Commission des Affaires étrangères, de la Défense et des Forces armées du Sénat*
Auswärtiger Ausschuss der französischen Nationalverammlung siehe *Commission des Affaires étrangères de l'Assemblée nationale*
Auswärtiges Amt (siehe auch Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Paris) 12, 120, 127, 131f., 148, 162, 204, 251, 332, 396–398, 407, 412, 415, 430, 441

Berlin-Frage (siehe auch Alliierte Rechte und Verantwortung für Deutschland als Ganzes und Vier-Mächte-Abkommen über Berlin) 40f., 44, 162, 196, 208, 295, 319, 321–323, 340, 373, 380, 386, 408, 411, 414, 419, 422, 427, 434f., 446f., 450, 453, 455, 462, 489, 497, 503, 510f., 514
Berlin-Krise (1958–1961) (siehe auch Innerdeutsche Grenze und Vier-Mächte-Abkommen über Berlin) 4, 24f., 35, 40, 122–124, 146, 148, 177, 189, 193f., 196f., 204, 217, 220, 222, 251, 292, 316, 318, 322, 325, 373, 450, 460, 462, 464, 506
Berliner Ensemble 33, 177, 179–187, 189, 191–199, 211, 235, 242, 245, 247–250, 254, 260f., 263, 268, 286, 390, 405, 470f., 506, 512
Berliner Mauer siehe Innerdeutsche Grenze
Bonner Vierergruppe 146, 208, 245, 397, 415–417, 419–421, 424, 427
Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Paris (siehe auch Auswärtiges Amt) 106, 120, 151, 214, 227, 343, 345, 353, 399, 401
Britisch-ostdeutsche Beziehungen (siehe auch *Foreign Office*) 3f., 7, 9, 44, 57, 93, 128, 136f., 139, 141, 143, 162, 173, 200, 251, 276, 330, 333, 336, 346, 392, 397, 408, 416, 418–422, 424–426, 428f., 431, 436, 439–441, 469, 483f., 493f., 513f.
Buchenwald siehe Konzentrationslager
*Bureau économique de l'industrie française,* Berlin 149–163, 361, 402f., 406, 409, 509f.

*Cercle Bach* 238–241, 267, 283f.
*Cercle Beethoven* 216f., 238f.
*Cercle Dürer* 46, 217–219, 231–238, 241, 264, 267, 284
*Cercle Heine* 27, 38f., 214–217, 232
COFACE-Klassifizierung (siehe auch Kredite für Handel mit DDR) 123, 126, 153f., 156, 166, 403, 509
*Comédie-Française* 177, 181, 194, 201, 251, 254, 260, 263f., 269, 278, 280, 286
*Comité national du commerce extérieur* 119, 126, 138, 140, 142–144, 147, 149–152, 154f., 162, 403f., 412, 473
*Commission des Affaires étrangères de l'Assemblée nationale* 11, 52, 97f., 126, 155, 255, 268, 290–293, 296–326, 333, 335, 339, 342, 352f., 358, 362–364, 366f., 369, 393f., 400, 402, 404–408, 455–460, 462f., 465, 474, 476, 507, 509
*Commission des Affaires étrangères, de la Défense et des Forces armées du Sénat* 11, 290, 292–294, 298, 305, 314f., 317, 320f., 324f., 330, 332, 335, 373, 379–381, 382–386, 388, 409, 455, 457f., 464
*Comité national du commerce extérieur* 119, 126, 138, 140, 142–144, 147, 149–152, 154f., 162, 403f., 412, 473
*Conseil national du patronat français* 150f., 157

DDR-Bilder in Frankreich (siehe auch Deutschlandbilder in Frankreich) 1f., 4, 8, 11, 13f., 23–27, 29–35, 58, 76, 84, 94, 101, 107f., 148, 177, 189, 195, 197f., 219, 221, 224, 237, 291, 305f., 322f., 325, 364, 406, 505, 507f., 513
DDR-Reise von François Mitterrand (1989) 3, 14, 32, 97, 174f., 178, 284, 286, 388, 449, 487–505, 512
DDR-Staatsbürgerschaft siehe „Nationalité est-allemande"
De-facto-Anerkennung der DDR (siehe auch Anerkennung der DDR) 59, 115, 119, 151, 393, 401f.
Deportation (siehe auch Konzentrationslager, Nationalsozialismus und Zwangsarbeit) 36, 72, 325, 334f., 364
Deufra 45, 103, 106, 229, 231, 275f., 282f., 360, 377
Deutsche Einheit (siehe auch Deutsche Frage, Europäische Einheit und „Problème

allemand") 2, 14, 26, 28, 48f., 77f., 97, 99, 120, 135, 165, 175, 291–293, 295, 300, 303f., 308, 310–312, 316, 318, 322f., 342, 345, 347, 384f., 394, 409, 436f., 449f., 452–461, 463, 465–467, 469, 476, 479, 482, 487, 490–495, 499, 501–503, 505, 512, 514
Deutsche Frage (siehe auch Deutsche Einheit und „Problème allemand") 51, 313, 319, 322, 324, 330, 455, 492, 495, 437, 465, 472, 477, 490f., 494
Deutsche Nation (siehe auch „Nationalité est-allemande") 19f., 56, 293, 394, 402, 436f., 449, 452–454, 459f., 466f., 469, 471, 476, 478f., 481f., 501, 503, 513
Deutsches Theater Berlin 177, 227, 245–251, 254, 264, 393, 501, 507
Deutschlandbilder in Frankreich (siehe auch DDR-Bilder in Frankreich) 4, 17f., 20f., 23, 25, 58, 93, 95, 101, 224, 296, 298, 303, 306, 310f., 322, 450, 453, 476, 501, 505f., 508, 513
Dresdner Gemäldegalerie 242, 265, 269, 284, 326, 344f.

*Échanges franco-allemands* (siehe auch EFA-Kulturkommission, EFA-Nationalkomitee und EFA-Präsidium) 3f., 9f., 12f., 22, 29f., 32, 34–99, 103–110, 177, 193f., 205, 210–220, 222–241, 250f., 255–257, 265–276, 278, 280–285, 316, 326, 328f., 332, 336, 339, 377f., 381, 384, 386, 388, 403, 409, 434, 440, 447, 472, 507–509, 511, 513
EFA-Kulturkommission (siehe auch *Échanges franco-allemands*) 46, 72, 96, 106, 109, 223–226, 228, 230–232, 238f., 241, 267, 282f.
EFA-Nationalkomitee (siehe auch *Échanges franco-allemands*) 37, 40f., 44–47, 53f., 57, 67, 72, 75, 77, 82–88, 93, 95, 107f., 110, 194, 205, 217, 220, 222, 224, 239, 250, 329, 336, 345, 373, 377, 386, CD-ROM
EFA-Präsidium (siehe auch *Échanges franco-allemands*) 10, 37, 40, 45–47, 49f., 52, 54, 56f., 61, 69f., 72, 76, 78, 81–84, 88f., 94, 96, 98, 103, 106–109, 194, 232, 266, 271, 285, 328, 344f., 347, 353, 356, 368f., 384, 386, CD-ROM
Einmarsch von Warschauer-Pakt-Truppen in Prag (1968) 33, 55, 80, 85, 102f., 105, 148, 228, 231, 236, 239, 323, 355, 396f., 400f., 467, 508
Einrahmung Deutschlands 297, 453, 456, 463, 492, 494f.
Eisenbahnindustrie 153, 156, 158, 169, 171, 174, 364, 403
Élysée-Vertrag (siehe auch Französisch-westdeutsche Beziehungen) 6, 46, 91, 222, 289, 324f., 336f., 423, 507
Entnazifizierung (siehe auch Nationalsozialismus) 291, 293f., 345, 360
Entspannung (siehe auch Französische Ost- und Entspannungspolitik, KSZE-Prozess und Neue Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland) 6, 35, 37, 58f., 65, 72, 287, 313, 315f., 326, 339, 354, 385, 393, 400, 404, 408, 462f., 465, 468, 470, 474, 480, 488, 510
Europäische Einheit (siehe auch Deutsche Einheit) 347, 453, 456, 474, 484, 487, 491, 494, 497–504, 512
Europäische Gemeinschaft 98, 101, 120, 125, 153, 164f., 169, 175, 312, 314, 323, 341, 350, 394, 449, 463, 487, 489, 491–493, 499f., 503f., 509, 512
Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl 28, 294, 299f., 334, 350, 456, 492
Europäische Verteidigungsgemeinschaft siehe Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft siehe Europäische Gemeinschaft
Europa-Konzeptionen 6, 14, 32, 44, 54, 56, 60, 101f., 289, 303, 315, 338, 347, 349f., 365, 385, 400f., 449, 451, 453, 460f., 472, 485–487, 489, 494, 501

*Festival international d'art dramatique de la ville de Paris* siehe *Théâtre des nations*
FGDS (siehe auch GD, PSRG, Radikalsozialismus und RD) 52f., 342, 348, 351f., 355–359, 368–370
*Foreign Office* (siehe auch Britisch-ostdeutsche Beziehungen) 12, 212, 244, 259, 367, 407, 420, 422, 424, 428, 430, 441
*France-RDA* siehe *Échanges franco-allemands*
*France-URSS* 36, 38, 210, 373
Französisch-chinesische Beziehungen 117f., 137, 197, 207, 289, 315–317, 337–339, 352, 372f., 404, 452
Französische Militärregierung in Berlin siehe *Gouvernement militaire français à Berlin*
Französische Ost- und Entspannungspolitik (siehe auch Entspannung und Neue Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland) 51, 168, 171, 250, 264, 289, 315, 326, 366, 392f., 395, 401, 406f., 409, 446–448, 459, 463–470, 474, 488, 491f., 507f.

Französische Sicherheitsinteressen 22, 28, 33, 73, 287, 291, 296, 298, 301–303, 305, 312f., 315, 318f., 322, 341, 354, 379, 385f., 449, 451, 454f., 457–459, 461, 463, 465, 467, 472, 503, 514
Französisch-sowjetische Beziehungen 5f., 38, 62, 67, 137, 145, 152, 160, 250, 254, 265, 287–289, 291, 297, 299, 301, 304f., 312–314, 316–320, 353, 366, 373, 395, 433, 446, 450f., 453, 464–466, 491f., 494, 506f.
Französisch-westdeutsche Beziehungen (siehe auch Élysée-Vertrag) 3, 5f., 62, 77, 98, 163, 199, 243, 289, 337, 349, 447, 450f., 454, 461, 464f., 467, 484, 489, 494, 502f., 507

Gaullismus (siehe auch RPR, UDR und UNR-UDT) 34, 60, 72, 90, 99, 110, 168, 317, 333f., 336, 374, 446, 461f., 470, 472f., 478, 486, 490, 494
GD (siehe auch FGDS, PSRG, Radikalsozialismus und RD) 292, 329–331, 335f., 338, 343–346, 373, 378, 380–383, 386–389
Gemeinsame Erklärung der vier Alliierten über die Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die UNO (siehe auch Anerkennung der DDR) 393, 414–416, 419, 422, 510
Generationelle Unterschiede 75, 87–89, 94, 107, 222, 306, 339, 383, 450
Gewerkschaften 35, 40, 50, 53, 82–84, 121, 147, 157, 207, 240, 243, 294, 326
Gipfelkonferenz in Genf (1955) 44, 315–317, 326, 372
Gipfelkonferenz in Paris (1960) 40, 191, 321
Görlitzer Abkommen (1950) siehe Oder-Neiße-Grenze
*Gouvernement militaire français à Berlin* 49, 114, 116, 146, 148f., 199, 243, 256, 333f., 336, 338, 343, 345–348, 359, 414, 418
*Groupe d'amitié France-RDA à l'Assemblée nationale* 10f., 51, 53, 56, 60, 64, 69, 71, 83, 289, 346, 348, 351–372, 374, 376f., 380, 384, 387f., 403f., 447, 471–479, 508f., CD-ROM
*Groupe d'amitié France-RDA au Sénat* 10f., 51, 56, 64, 70f., 83, 289, 329f., 348f., 368, 372, 376–391, 403, 471, 473, 509, CD-ROM
*Groupe de Bonn* siehe Bonner Vierergruppe
Grundlagenvertrag (siehe auch Innerdeutsche Beziehungen) 165, 287, 409f., 414–421, 426, 429, 436, 466, 510

Hallstein-Doktrin 2, 6, 26, 30, 205, 251, 311, 313f., 322, 394, 398, 403f., 463, 508
Hochschulpartnerschaften 78, 231, 272, 275, 278, 405
„Humanisme" 31f., 34, 39, 218, 223–230, 233, 236, 238
Humboldt-Universität zu Berlin 25, 91f., 97, 204f., 208, 213, 223, 250, 273, 277f.
Innerdeutsche Beziehungen (siehe auch Grundlagenvertrag) 3, 5–8, 25, 42, 46, 48, 113, 120, 132, 147, 150f., 153, 156, 161, 164f., 171, 175, 197, 207, 257f., 265, 283, 287, 307, 338, 340f., 347, 350, 356, 363, 379, 394, 398, 400f., 410–416, 418, 421, 429f., 436, 455, 466, 468, 471, 478, 480, 484, 488, 490, 494, 499–501, 508–510, 512
Innerdeutsche Grenze (siehe auch Berlin-Krise 1958–1961) 1, 4, 8, 24f., 30, 44, 80, 95f., 123f., 140–142, 144, 165, 175, 177, 197, 209, 219–222, 233, 238, 292, 321–324, 333, 340, 345f., 414, 462, 476, 492, 502, 506
Innerdeutscher Handel siehe Innerdeutsche Beziehungen
Italienisch-ostdeutsche Beziehungen 3, 7, 12f., 44, 57, 127f., 131f., 141–143, 147, 162, 166, 168, 175, 251, 276, 330, 333, 342, 346, 431, 441f., 483–485, 499, 513

KfA-Vertretung, Paris 35, 57, 121f., 126f., 129f., 132, 139, 141, 149, 155f., 268, 422, 424, 430
Komische Oper Berlin 177, 186–191, 197, 242, 249, 260
Kommunismus (siehe auch PCF) 1, 9, 12f., 23f., 27–29, 31, 37f., 44, 53, 67, 70–72, 77, 82, 90f., 95f., 181, 183, 190, 206f., 209, 220, 232, 248, 256, 291, 340, 364f., 373, 452
Konsularabkommen Frankreich-DDR (siehe auch „Nationalité est-allemande") 5, 67, 276, 281, 288, 392, 427, 435–442, 446, 469, 475–477, 510
Konzentrationslager (siehe auch Deportation, Nationalsozialismus und Zwangsarbeit) 19, 29f., 226, 325, 327, 333, 344, 347, 353, 360f., 364, 382f.
Kredite für Handel mit DDR (siehe auch COFACE-Klassifizierung) 116, 121, 123, 126, 128f., 131, 142, 152f., 171, 340, 403, 509
KSZE-Prozess (siehe auch Entspannung, Französische Ost- und Entspannungspolitik und Neue Ostpolitik der Bundes-

republik Deutschland) 44, 69, 72f., 97, 264, 274, 281, 380, 392f., 400, 402, 430, 442, 445, 469, 482, 494, 510
Kulturabkommen Frankreich-DDR 66, 71, 73, 177, 201, 263, 265, 269, 271, 274–277, 280–282, 284, 391f., 435, 442f., 446, 476, 479, 511

Laizismus 1f., 33, 349, 391
Leipziger Messe 35, 83, 121, 134–148, 151, 154, 168–170, 328, 333, 335, 394f., 489, 505, 508f.
LPG 332, 334f., 344, 354, 360, 381, 383

Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR 8, 277, 279, 338, 381, 389, 420, 428, 444
Ministerium für Kultur der DDR 186f., 190, 195, 201, 236f., 264–266, 268f.
Moskauer Vertrag (1970) siehe Ostverträge

„Nationalité est-allemande" (siehe auch Deutsche Nation und Konsularabkommen Frankreich-DDR) 108f., 282, 347, 435–442, 453, 469, 475f., 510
Nationalsozialismus (siehe auch Deportation, Entnazifizierung, Konzentrationslager, Oradour-sur-Glane, Widerstand gegen das NS-Regime und Zwangsarbeit) 4, 23, 27–30, 34, 37, 50, 54, 88, 91, 95, 101, 120, 219, 224, 226, 248, 302, 307, 325, 360, 365, 386, 423, 470, 486
NATO 42f., 101, 123, 127, 129, 134, 139, 141–143, 146f., 152, 165, 196, 208, 217, 221, 242, 245, 305, 311–313, 323, 397, 401, 415–421, 433, 483, 503, 508
Neue Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland (siehe auch Entspannung, Französische Ost- und Entspannungspolitik, KSZE-Prozess und Ostverträge) 5, 55, 251, 256, 355, 384f., 400, 402, 406, 410, 466f., 508–510
Nichtanerkennung der DDR (siehe auch Anerkennung der DDR) 54, 87, 255, 317, 319, 327, 452f., 457
Normalisierung der französisch-ostdeutschen Beziehungen 10, 37, 46, 59, 67, 71, 74, 97f., 105, 115, 133, 146, 149, 155, 157, 161, 229, 234, 238, 240, 265–268, 271, 279, 282, 288, 354, 378, 385, 392–410, 416, 418, 426f., 469–472, 477, 479–481, 487f., 497, 507–512

Oder-Neiße-Grenze 24, 29, 31, 41f., 49f., 54, 87, 104, 238, 292, 303–305, 309, 321, 324, 382, 400, 454, 459, 464, 500, 503
Oradour-sur-Glane (siehe auch Nationalsozialismus) 298
Ostverträge (siehe auch Neue Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland und Vier-Mächte-Abkommen über Berlin) 59, 159, 162, 385, 406, 409, 412, 510

Pariser Verträge (1954) 28, 36, 296, 311–314, 372, 385, 439, 457, 463
„Patrie de Brecht" 1, 179, 195, 198, 241, 255, 405f., 509
PCF (siehe auch Kommunismus) 12f., 37–40, 64, 71, 82, 91, 95f., 104, 210, 216, 291, 293, 297–299, 301–304, 307, 310f., 312f., 321, 324–336, 338, 340–342, 344–346, 348, 351f., 356–359, 366, 368–371, 378–383, 385–390, 407, 459f., 473–475, 477f., 480, 505
PDM (siehe auch UC, UCDP und UDF) 98, 342, 348, 351f., 356–359, 363, 368–370, 473
Planwirtschaft 1f., 114, 146, 331, 344, 349f., 360, 364, 381, 505
Preußen 17–19, 22, 25, 27f., 31, 33, 294, 301, 342, 364f., 473, 489, 501, 514
„Problème allemand" (siehe auch Deutsche Frage) 47, 92, 226, 324, 385, 453, 460f., 464f., 468, 477
PS (siehe auch SFIO) 63f., 70, 82, 209, 310, 355, 357, 370f., 378, 380–384, 387–390, 473, 477f., 482f.
PSRG (siehe auch FGDS, GD, Radikalsozialismus und RD) 370

Radikalsozialismus (siehe auch FGDS, GD, PSRG und RD) 41, 54, 59f., 78, 290, 301f., 305f., 309, 327–331, 334f., 337f., 343, 345, 349f., 356, 371–374, 382f., 386
Rapallo-Komplex 28, 313, 320, 359, 365, 403, 463, 478f.
RD (siehe auch FGDS, GD, PSRG und Radikalsozialismus) 334f., 338, 344, 463
Religiöser Sozialismus 22, 41, 87, 93, 104, 107
Römische Verträge (1957) siehe Europäische Gemeinschaft und Innerdeutscher Handel
RPR (siehe auch Gaullismus, UDR und UNR-UDT) 332, 344, 370f., 386–388, 477f.

Sachsenhausen siehe Konzentrationslager
SECAM 149, 251, 395–401, 468, 488, 508
SED 12, 64, 108, 163, 327, 338, 358, 374, 376f., 429, 443, 480, 491f., 495

SFIO (siehe auch PS) 32, 34, 45, 48f., 52, 83, 105, 107, 234, 290, 292f., 299, 303, 309, 321, 324, 328–331, 335f., 344, 346f., 382, 456
Staatsoper Berlin 196f., 202, 251–254, 260f., 269, 401, 405, 471
Städtepartnerschaften 38, 40, 46, 49f., 56f., 61, 65, 69, 72, 78, 106, 209f., 220, 231, 234, 241, 255, 333, 338, 373, 402, 405, 471, 509
*State Department* 148, 412, 414, 422, 428–430, 439, 441

*Temporary Travel Documents* (siehe auch Allied Travel Office) 43, 49, 55, 134, 140f., 208f., 225f., 238, 394f., 397f., 402, 506
*Théâtre des nations* 12, 177, 179–198, 211, 242, 245–250, 268, 286, 506
Theorie der „deux Allemagne" (siehe auch Das „andere Deutschland") 1, 17–34, 89, 224, 215, 505f.

UC (siehe auch PDM, UCDP und UDF) 292, 368, 370f., 387f.
UCDP (siehe auch PDM, UC und UDF) 292, 348, 378–380, 382–385, 387–390
UDF (siehe auch PDM, UC und UCDP) 370f., 477
UDR (siehe auch Gaullismus, RPR und UNR-UDT) 64, 290, 302, 351–354, 356–359, 362, 366–371, 378, 382f., 387f., 402, 472–475
UNESCO 90f., 180, 245, 416
UNR-UDT (siehe auch Gaullismus, RPR und UDR) 42, 44, 83, 320–322, 325f., 330, 332–335, 338–340, 346

Verstaatlichung von Betrieben siehe Planwirtschaft
Vier-Mächte-Abkommen über Berlin (siehe auch Alliierte Rechte und Verantwortung für Deutschland als Ganzes, Ostverträge, Berlin-Frage und Berlin-Krise) 59, 159, 409, 411–413, 418, 422, 435, 471, 510

Warschauer Vertrag (1970) siehe Ostverträge
Widerstand gegen das NS-Regime (siehe auch Nationalsozialismus) 2, 4, 6, 13, 27, 29, 36, 45, 57, 78, 88, 105, 107, 226, 298, 314, 360f., 382, 385f., 418, 470
Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland 23, 26, 51, 93, 95, 101, 291, 300–305, 307, 309–311, 324, 456, 505f.

Zwangsarbeit (siehe auch Deportation, Konzentrationslager und Nationalsozialismus) 93, 95, 334f.